II

(Nicht veröffentlichungsbedürftige Rechtsakte)

EUROPÄISCHES PARLAMENT

ENDGÜLTIGE FESTSTELLUNG des Gesamthaushaltsplans der Europäischen Gemeinschaften für das Haushaltsjahr 1992

(92/41/EWG, Euratom, EGKS)

DER PRÄSIDENT DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS —

aufgrund des Vertrages über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, insbesondere des Artikels 78 Absatz 7,

aufgrund des Vertrages zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, insbesondere des Artikels 203 Absatz 7,

aufgrund des Vertrages zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft, insbesondere des Artikels 177 Absatz 7,

aufgrund des am 22. Juli 1975 unterzeichneten Vertrages zur Änderung bestimmter Finanzvorschriften der Verträge zur Gründung der Europäischen Gemeinschaften und des Vertrages zur Einsetzung eines gemeinsamen Rates und einer gemeinsamen Kommission der Europäischen Gemeinschaften,

aufgrund der Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften vom 21. Dezember 1977 (1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (2), insbesondere der Artikel 10 und 17,

aufgrund der Interinstitutionellen Vereinbarung über die Haushaltsdisziplin und die Verbesserung des Haushaltsverfahrens (3),

in Kenntnis des von der Kommission unterbreiteten Vorentwurfs des Gesamthaushaltsplans der Europäischen Gemeinschaften für das Haushaltsjahr 1992,

in Kenntnis der von der Kommission unterbreiteten Berichtigungsschreiben Nrn. 1, 2 und 3 zum Vorentwurf des Gesamthaushaltsplans der Europäischen Gemeinschaften für das Haushaltsjahr 1992,

in Kenntnis des vom Rat am 25. Juli 1991 aufgestellten Entwurfs des Gesamthaushaltsplans der Europäischen Gemeinschaften für das Haushaltsjahr 1992,

---

(1) ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1.

(2) ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1.

(3) ABl. Nr. L 185 vom 15. 7. 1988, S. 33.

aufgrund der Beratungen des Europäischen Parlaments vom 24. Oktober 1991,

aufgrund des Ergebnisses der Beratungen des Rates vom 12. November 1991 über die vom Europäischen Parlament am 24. Oktober 1991 angenommenen Änderungsvorschläge und Abänderungen,

in Kenntnis des vom Rat am 12. Dezember 1991 erstellten Berichtigungsschreibens Nr. 1 zum Entwurf des Gesamthaushaltsplans der Europäischen Gemeinschaften für das Haushaltsjahr 1992,

aufgrund der Beratungen des Europäischen Parlaments vom 11. und 12. Dezember 1991,

aufgrund der vom Europäischen Parlament am 12. Dezember 1991 angenommenen Entschließungen —

STELLT FEST,

daß das in Artikel 78 des Vertrages über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, Artikel 203 des Vertrages zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und Artikel 177 des Vertrages zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft vorgesehene Verfahren abgeschlossen und der Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften für das Haushaltsjahr 1992 endgültig festgestellt ist.

Der Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften für das Haushaltsjahr 1992 beläuft sich auf 66 117 889 328 ECU an Mitteln für Verpflichtungen und auf 62 827 602 349 ECU an Mittel für Zahlungen und Einnahmen. Er enthält weiter einen Betrag von 1 660 000 000 ECU an Mitteln für Verpflichtungen und von 1 200 000 000 ECU an Mitteln für Zahlungen und Einnahmen, die erst nach einer entsprechenden Revision der Finanziellen Vorausschau wirksam werden.

Geschehen zu Brüssel am 18. Dezember 1991.

Der Präsident

Enrique BARÓN CRESPO

GESAMTHAUSHALTSPLAN DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN FÜR DAS HAUSHALTSJAHR 1992

INHALT

Seite

GESAMTEINNAHMEN

A. Einnahmen ... 5

B. Finanzierung des Gesamthaushalts ... 103

C. Personalbestand ... 109

EINNAHMEN UND AUSGABEN NACH EINZELPLÄNEN

Einzelplan I: Parlament ... 127

— Einnahmen ... 129
— Ausgaben ... 132

Einzelplan II: Rat ... 195

— Einnahmen ... 196
— Ausgaben ... 200
Anlage: Wirtschafts- und Sozialausschuß ... 233

Einzelplan III: Kommission ... 269

— Einnahmen ... 271
— Ausgaben ... 315

— Teil A: Verwaltungsmittel ... 323
— Anlage I: Liste der Ausschüsse im Rahmen von Artikel A-2 5 1 ... 431
— Anlage II: Amt für amtliche Veröffentlichungen ... 445

— Teil B: Operationelle Mittel ... 479
— Anlage I: Forschungs und technologische Entwicklung ... 1397
— Anlage II: Anleihen und Darlehen mit Garantie aus dem Haushaltsplan ... 1451

Einzelplan IV: Gerichtshof ... 1485

— Einnahmen ... 1487
— Ausgaben ... 1490

Einzelplan V: Rechnungshof ... 1525

— Einnahmen ... 1527
— Ausgaben ... 1535

Einzelplan VI: Interinstitutionelles Amt ... 1571

— Ausgaben ... 1572

Die Beträge sind in diesem Haushaltsdokument in Ecu ausgedrückt, sofern nichts anderes angegeben ist.

A. EINNAHMEN

Titel	Art der Einnahmen	Haushaltsjahr 1992	Haushaltsjahr 1991	Haushaltsjahr 1990
1	Eigene Mittel	62 441 718 639	52 907 817 841	39 695 665 617,82
3	Verfügbare Überschüsse			
	— Verfügbarer Überschuß aus dem vorhergehenden Haushaltsjahr	p.m.	2 225 689 444	3 645 156 464,43
	— Eigenmittelüberschuß aufgrund der Übertragung nach der Währungsreserve des Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft, Abteilung Garantie	p.m.	p.m.	819 000 000,—
	— Restlicher Überschuß des Haushaltsjahres 1989		615 932 402	
	— Eigenmittelüberschuß aus der Mehrwertsteuer, den entsprechenden Finanzbeiträgen und zusätzlichen Einnahmen	p.m.	p.m.	1 717 462 663,05
4	Sonstige von der Gemeinschaft erhobene Abgaben, Abzüge und Gebühren	278 427 126	269 935 024	257 983 995,74
5	Einnahmen aus der laufenden Verwaltungstätigkeit der Organe	77 148 200	40 269 100	171 329 619,—
6	Beiträge zu den Gemeinschaftsprogrammen, Erstattungen verauslagter Beträge und Vergütungen für entgeltliche Leistungen	13 244 384	9 449 384	145 033 244,32
7	Verzugszinsen und Geldbußen	p.m.	p.m.	1 703 773,66
8	Anleihen und Darlehen	14 322 000	12 587 000	13 149 886,59
9	Sonstige Einnahmen	2 742 000	3 768 000	2 659 815,35
	GESAMTBETRAG	**62 827 602 349**	**56 085 448 195**	**46 469 145 079,96**
		1 200 000 000 (1)		

(1) Dieser Betrag ist nicht im Gesamtbetrag der Einnahmen enthalten; er wird erst nach der Revision der Finanziellen Vorausschau wirksam.

TITEL 1

EIGENE MITTEL

KAPITEL 10 — ABSCHÖPFUNGEN, PRÄMIEN, ZUSATZ- ODER AUSGLEICHSBETRÄGE, ZUSÄTZLICHE TEILBETRÄGE UND ANDERE ABGABEN AUF DEN WARENVERKEHR MIT NICHTMITGLIEDSTAATEN, DIE VON DEN EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTSORGANEN IM RAHMEN DER GEMEINSAMEN AGRARPOLITIK EINGEFÜHRT WORDEN SIND (ARTIKEL 2 ABSATZ 1 BUCHSTABE a) DES BESCHLUSSES 88/376/EWG, EURATOM)

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1992	Haushaltsjahr 1991	Haushaltsjahr 1990
	KAPITEL 10			
100	***Abschöpfungen, Prämien, Zusatz- oder Ausgleichsbeträge, zusätzliche Teilbeträge und andere Abgaben auf den Warenverkehr mit Nichtmitgliedstaaten, die von den Organen der Europäischen Gemeinschaften im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik eingeführt worden sind (Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe a) des Beschlusses 88/376/EWG, Euratom)***			
1000	Abschöpfungen, Prämien, Zusatz- oder Ausgleichsbeträge, zusätzliche Teilbeträge und andere Abgaben auf den Warenverkehr mit Nichtmitgliedstaaten, die von den Organen der Europäischen Gemeinschaften im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik eingeführt worden sind (Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe a) des Beschlusses 88/376/EWG, Euratom)	1 369 500 000	1 275 933 760	1 173 400 013,90

TITEL 1

EIGENE MITTEL

KAPITEL 10 — ABSCHÖPFUNGEN, PRÄMIEN, ZUSATZ- ODER AUSGLEICHSBETRÄGE, ZUSÄTZLICHE TEILBETRÄGE UND ANDERE ABGABEN AUF DEN WARENVERKEHR MIT NICHTMITGLIEDSTAATEN, DIE VON DEN EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTSORGANEN IM RAHMEN DER GEMEINSAMEN AGRARPOLITIK EINGEFÜHRT WORDEN SIND (ARTIKEL 2 ABSATZ 1 BUCHSTABE a) DES BESCHLUSSES 88/376/EWG, EURATOM)

Artikel Posten	Erläuterungen
100	
1000	Beschluß 88/376/EWG, Euratom des Rates vom 24. Juni 1988 über das System der eigenen Mittel der Gemeinschaften (ABl. Nr. L 185 vom 15. 7. 1988, S. 24), insbesondere Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe a). Die Abschöpfungen sind veränderliche Abgaben, die bei der Einfuhr von (einer Marktorganisation unterliegenden) landwirtschaftlichen Erzeugnissen aus Drittländern zum Ausgleich des Unterschieds zwischen den Weltmarktpreisen und dem innerhalb der Gemeinschaft festgelegten Preisniveau erhoben werden.

Mitgliedstaaten	Haushaltsjahr 1992	Haushaltsjahr 1991	Haushaltsjahr 1990
Belgien	93 400 000	134 201 111	87 890 460
Dänemark	7 000 000	6 400 000	8 638 242
Deutschland	157 800 000	135 477 778	175 396 686
Griechenland	18 000 000	13 400 000	12 095 521
Spanien	157 000 000	125 800 000	146 783 477
Frankreich	83 000 000	76 800 000	100 630 258
Irland	2 200 000	1 900 000	2 459 476
Italien	384 500 000	363 200 000	307 999 550
Luxemburg	100 000	198 888	150 882
Niederlande	120 400 000	92 100 000	105 012 230
Portugal	148 400 000	133 555 983	62 116 185
Vereinigtes Königreich	197 700 000	192 900 000	164 227 047
Posten 1000 insgesamt	1 369 500 000	1 275 933 760	1 173 400 014

KAPITEL 10 — ABSCHÖPFUNGEN, PRÄMIEN, ZUSATZ- ODER AUSGLEICHSBETRÄGE, ZUSÄTZLICHE TEILBETRÄGE UND ANDERE ABGABEN AUF DEN WARENVERKEHR MIT NICHTMITGLIEDSTAATEN, DIE VON DEN EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTSORGANEN IM RAHMEN DER GEMEINSAMEN AGRARPOLITIK EINGEFÜHRT WORDEN SIND (ARTIKEL 2 ABSATZ 1 BUCHSTABE a) DES BESCHLUSSES 88/376/EWG, EURATOM) *(Fortsetzung)*

KAPITEL 11 — ABGABEN, DIE IM RAHMEN DER GEMEINSAMEN MARKTORGANISATION FÜR ZUCKER VORGESEHEN SIND (ARTIKEL 2 ABSATZ 1 BUCHSTABE a) DES BESCHLUSSES 88/376/EWG, EURATOM)

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1992	Haushaltsjahr 1991	Haushaltsjahr 1990
100	*(Fortsetzung)*			
1001	Erstattungen von Beitrittsausgleichsbeträgen an Portugal (Artikel 372 Absatz 3 der Beitrittsakte Portugals)	– 16 380 000	– 13 640 385	
	Artikel 100 insgesamt	1 353 120 000	1 262 293 375	1 173 400 013,90
	KAPITEL 10 INSGESAMT	1 353 120 000	1 262 293 375	1 173 400 013,90
	KAPITEL 11			
110	***Produktionsabgaben für Zucker***	680 237 000	700 560 370	436 580 234,49

KAPITEL 10 — ABSCHÖPFUNGEN, PRÄMIEN, ZUSATZ- ODER AUSGLEICHSBETRÄGE, ZUSÄTZLICHE TEILBETRÄGE UND ANDERE ABGABEN AUF DEN WARENVERKEHR MIT NICHTMITGLIEDSTAATEN, DIE VON DEN EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTSORGANEN IM RAHMEN DER GEMEINSAMEN AGRARPOLITIK EINGEFÜHRT WORDEN SIND (ARTIKEL 2 ABSATZ 1 BUCHSTABE a) DES BESCHLUSSES 88/376/EWG, EURATOM) *(Fortsetzung)*

KAPITEL 11 — ABGABEN, DIE IM RAHMEN DER GEMEINSAMEN MARKTORGANISATION FÜR ZUCKER VORGESEHEN SIND (ARTIKEL 2 ABSATZ 1 BUCHSTABE a) DES BESCHLUSSES 88/376/EWG, EURATOM)

Artikel Posten	Erläuterungen
100	*(Fortsetzung)*
1001	Entscheidung 91/183/EWG, Euratom des Rates vom 8. April 1991 betreffend die Rückerstattung an Portugal der Einnahmen aus den Beitrittsausgleichsbeträgen auf Weichweizenlieferungen aus den anderen Mitgliedstaaten (ABl. Nr. L 91 vom 12. 4. 1991, S. 57).

Mitgliedstaaten	Haushaltsjahr 1992	Haushaltsjahr 1991	Haushaltsjahr 1990
Belgien	—	—	
Dänemark	—	—	
Deutschland	—	—	
Griechenland	—	—	
Spanien	—	—	
Frankreich	—	—	
Irland	—	—	
Italien	—	—	
Luxemburg	—	—	
Niederlande	—	—	
Portugal	– 16 380 000	– 13 640 385	
Vereinigtes Königreich	—	—	
Posten 1001 insgesamt	– 16 380 000	– 13 640 385	

110	Verordnung (EWG) Nr. 1785/81 des Rates vom 30. Juni 1981 über die gemeinsame Marktorganisation für Zucker (ABl. Nr. L 177 vom 1. 7. 1981, S. 4), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1069/89 (ABl. Nr. L 114 vom 27. 4. 1989, S. 1). Die gemeinsame Marktorganisation für Zucker sieht vor, daß die Zuckerfabriken Produktionsabgaben zahlen, um die Ausgaben für die Stützung des Zuckermarktes zu decken.

KAPITEL 1 1 — ABGABEN, DIE IM RAHMEN DER GEMEINSAMEN MARKTORGANISATION FÜR ZUCKER VORGESEHEN SIND (ARTIKEL 2 ABSATZ 1 BUCHSTABE a) DES BESCHLUSSES 88/376/EWG, EURATOM) *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1992	Haushaltsjahr 1991	Haushaltsjahr 1990
1 1 0	*(Fortsetzung)*			
1 1 1	***Lagerkostenabgaben für Zucker***	388 522 000	471 161 185	405 945 507,56
1 1 2	***Produktionsabgaben für Isoglukose***	5 207 000	5 228 000	3 061 682,47

KAPITEL 1 1 — ABGABEN, DIE IM RAHMEN DER GEMEINSAMEN MARKTORGANISATION FÜR ZUCKER VORGESEHEN SIND (ARTIKEL 2 ABSATZ 1 BUCHSTABE a) DES BESCHLUSSES 88/376/EWG, EURATOM) *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
1 1 0	*(Fortsetzung)*

Die Berechnung der Abgaben gemäß Artikel 28 der Verordnung (EWG) Nr. 1785/81 kann jedoch zur Folge haben, daß die Abgaben nicht in vollem Umfang den voraussichtlichen Gesamtverlust decken, der auf das Vorhandensein eines exportierbaren und gemäß den Absätzen 1 und 2 zu berechnenden Überschusses zurückzuführen ist.

Mitgliedstaaten	Haushaltsjahr 1992	Haushaltsjahr 1991	Haushaltsjahr 1990
Belgien	41 095 000	43 331 000	30 258 103
Dänemark	25 785 000	27 187 000	18 501 328
Deutschland	215 208 000	223 072 370	117 144 517
Griechenland	9 950 000	10 492 000	6 668 566
Spanien	20 376 000	21 689 000	11 144 346
Frankreich	205 787 000	212 934 000	144 016 540
Irland	6 244 000	2 111 000	4 840 460
Italien	71 777 000	75 682 000	52 169 139
Luxemburg	—	—	0
Niederlande	49 411 000	52 100 000	35 758 772
Portugal	45 000	24 000	9 592
Vereinigtes Königreich	34 559 000	31 938 000	16 068 871
Artikel 1 1 0 insgesamt	680 237 000	700 560 370	436 580 234

1 1 1 Um einen regelmäßigen Zuckerabsatz während des gesamten Wirtschaftsjahres zu gewährleisten, wurde ein Ausgleichssystem für die Lagerkosten geschaffen: die Lagerabgaben sollen also auf einer Mehrjahresbasis die Ausgaben für die Lagerkostenvergütung des Postens B1-1 1 1 0 des Ausgabenplans von Einzelplans III „Kommission" ausgleichen.

Mitgliedstaaten	Haushaltsjahr 1992	Haushaltsjahr 1991	Haushaltsjahr 1990
Belgien	25 190 000	29 369 000	26 903 676
Dänemark	12 137 000	13 740 000	14 162 621
Deutschland	97 096 000	111 850 185	88 590 806
Griechenland	6 698 000	7 282 000	9 413 463
Spanien	29 507 000	36 445 000	35 093 186
Frankreich	107 716 000	141 498 000	113 923 094
Irland	5 725 000	7 749 000	6 560 536
Italien	44 941 000	56 506 000	51 753 214
Luxemburg	—	—	0
Niederlande	26 965 000	33 148 000	28 630 112
Portugal	53 000	69 000	54 276
Vereinigtes Königreich	32 494 000	33 505 000	30 860 524
Artikel 1 1 1 insgesamt	388 522 000	471 161 185	405 945 508

1 1 2 Verordnung (EWG) Nr. 1785/81 des Rates vom 30. Juni 1981 über die gemeinsame Marktorganisation für Zucker (ABl. Nr. L 177 vom 1. 7. 1981, S. 4).

Die gemeinsame Marktorganisation für Zucker sieht vor, daß die Isoglukosefabriken Abgaben für die Produktion von Isoglukose zahlen, um die Ausgaben für die Stützung des Marktes zu decken.

KAPITEL 1 1 — ABGABEN, DIE IM RAHMEN DER GEMEINSAMEN MARKTORGANISATION FÜR ZUCKER VORGESEHEN SIND (ARTIKEL 2 ABSATZ 1 BUCHSTABE a) DES BESCHLUSSES 88/376/EWG, EURATOM) *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1992	Haushaltsjahr 1991	Haushaltsjahr 1990
1 1 2	*(Fortsetzung)*			
1 1 3	***Auf nichtausgeführte C-Zucker- und C-Isoglukose-Mengen erhobene Beträge***	p.m.	p.m.	52 940,10

KAPITEL 1 1 — ABGABEN, DIE IM RAHMEN DER GEMEINSAMEN MARKTORGANISATION FÜR ZUCKER VORGESEHEN SIND (ARTIKEL 2 ABSATZ 1 BUCHSTABE a) DES BESCHLUSSES 88/376/EWG, EURATOM) *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen

1 1 2 *(Fortsetzung)*

Die Begrenzung der Abgaben gemäß Artikel 28 der Verordnung (EWG) Nr. 1785/81 kann jedoch zur Folge haben, daß die Abgaben nicht in vollem Umfang den voraussichtlichen Gesamtverlust decken, der auf das Vorhandensein eines exportierbaren und gemäß den Absätzen 1 und 2 berechneten Überschusses zurückzuführen ist.

Mitgliedstaaten	Haushaltsjahr 1992	Haushaltsjahr 1991	Haushaltsjahr 1990
Belgien	1 766 000	1 799 000	1 273 586
Dänemark	—	—	0
Deutschland	791 000	812 000	580 780
Griechenland	3 000	3 000	34 565
Spanien	1 141 000	1 171 000	294 960
Frankreich	423 000	421 000	333 533
Irland	—	—	0
Italien	416 000	423 000	318 928
Luxemburg	—	—	0
Niederlande	27 000	27 000	148 315
Portugal	1 000	1 000	5 112
Vereinigtes Königreich	639 000	571 000	71 903
Artikel 1 1 2 insgesamt	5 207 000	5 228 000	3 061 682

1 1 3 Verordnung (EWG) Nr. 2670/81 der Kommission vom 14. September 1981 mit Durchführungsvorschriften für die Erzeugung außerhalb von Quoten im Zuckersektor (ABl. Nr. L 262 vom 16. 9. 1981, S. 14).

Mitgliedstaaten	Haushaltsjahr 1992	Haushaltsjahr 1991	Haushaltsjahr 1990
Belgien	p.m.	p.m.	0
Dänemark	p.m.	p.m.	0
Deutschland	p.m.	p.m.	0
Griechenland	p.m.	p.m.	0
Spanien	p.m.	p.m.	0
Frankreich	p.m.	p.m.	52 685
Irland	p.m.	p.m.	0
Italien	p.m.	p.m.	255
Luxemburg	p.m.	p.m.	0
Niederlande	p.m.	p.m.	0
Portugal	p.m.	p.m.	0
Vereinigtes Königreich	p.m.	p.m.	0
Artikel 1 1 3 insgesamt	p.m.	p.m.	52 940

KAPITEL 11 — ABGABEN, DIE IM RAHMEN DER GEMEINSAMEN MARKTORGANISATION FÜR ZUCKER VORGESEHEN SIND (ARTIKEL 2 ABSATZ 1 BUCHSTABE a) DES BESCHLUSSES 88/376/EWG, EURATOM) *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1992	Haushaltsjahr 1991	Haushaltsjahr 1990
114	***Für Substitutions-C-Zucker und Substitutions-C-Isoglukose erhobene Beträge***	p.m.	p.m.	0,—
115	***Durch Verordnung (EWG) Nr. 934/86 eingeführte Tilgungsabgabe***	—	92 008 000	84 927 595,97
116	***Ergänzungsabgabe gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 1107/88***	162 034 000	19 233 000	– 19 880 688,27

KAPITEL 1 1 — ABGABEN, DIE IM RAHMEN DER GEMEINSAMEN MARKTORGANISATION FÜR ZUCKER VORGESEHEN SIND (ARTIKEL 2 ABSATZ 1 BUCHSTABE a) DES BESCHLUSSES 88/376/EWG, EURATOM) *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen

1 1 4 Verordnung (EWG) Nr. 2670/81 der Kommission vom 14. September 1981 mit Durchführungsvorschriften für die Erzeugung außerhalb von Quoten im Zuckersektor (ABl. Nr. L 262 vom 16. 9. 1981, S. 14).

Mitgliedstaaten	Haushaltsjahr 1992	Haushaltsjahr 1991	Haushaltsjahr 1990
Belgien	p.m.	p.m.	0
Dänemark	p.m.	p.m.	0
Deutschland	p.m.	p.m.	0
Griechenland	p.m.	p.m.	0
Spanien	p.m.	p.m.	0
Frankreich	p.m.	p.m.	0
Irland	p.m.	p.m.	0
Italien	p.m.	p.m.	0
Luxemburg	p.m.	p.m.	0
Niederlande	p.m.	p.m.	0
Portugal	p.m.	p.m.	0
Vereinigtes Königreich	p.m.	p.m.	0
Artikel 1 1 4 insgesamt	p.m.	p.m.	0

1 1 5 Verordnung (EWG) Nr. 934/86 des Rates vom 24. März 1986 zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 1785/81 über die gemeinsame Marktorganisation im Zuckersektor (ABl. Nr. L 87 vom 2. 4. 1986, S. 1).

Die Einführung dieser Tilgungsabgabe soll es ermöglichen, innerhalb eines Zeitraums von fünf Jahren (1987 bis 1991) die Gesamtheit der tatsächlichen Ausgaben für die Ausfuhr von gemeinschaftlichen Produktionsüberschüssen im Rahmen der Zuckerwirtschaftsjahre 1981/82 bis 1985/86 abzudecken, nachdem sich bei den Einnahmen im Zusammenhang mit der Begrenzung der Produktionsabgaben ein kumuliertes Defizit von etwa 400 000 000 ECU ergeben hat (Artikel 32a der Verordnung (EWG) Nr. 1785/81, geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 934/86).

Mitgliedstaaten	Haushaltsjahr 1992	Haushaltsjahr 1991	Haushaltsjahr 1990
Belgien	—	6 743 000	6 949 641
Dänemark	—	255 000	3 726 401
Deutschland	—	26 496 000	26 365 606
Griechenland	—	1 029 000	936 322
Spanien	—	—	0
Frankreich	—	38 874 000	35 508 591
Irland	—	2 052 000	924 906
Italien	—	4 960 000	4 956 616
Luxemburg	—	—	0
Niederlande	—	7 540 000	7 529 513
Portugal	—	—	0
Vereinigtes Königreich	—	4 059 000	0
Artikel 1 1 5 insgesamt	—	92 008 000	84 927 596

1 1 6 Verordnung (EWG) Nr. 1107/88 des Rates vom 25. April 1988 zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 1785/81 über die gemeinsame Marktorganisation für Zucker (ABl. Nr. L 110 vom 29. 4. 1988, S. 20).

KAPITEL 1 1 — ABGABEN, DIE IM RAHMEN DER GEMEINSAMEN MARKTORGANISATION FÜR ZUCKER VORGESEHEN SIND (ARTIKEL 2 ABSATZ 1 BUCHSTABE a) DES BESCHLUSSES 88/376/EWG, EURATOM) *(Fortsetzung)*

KAPITEL 1 2 — ZÖLLE UND ANDERE ABGABEN NACH ARTIKEL 2 ABSATZ 1 BUCHSTABE b) DES BESCHLUSSES 88/376/EWG, EURATOM

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1992	Haushaltsjahr 1991	Haushaltsjahr 1990
1 1 6	*(Fortsetzung)*			
	KAPITEL 1 1 INSGESAMT	1 236 000 000	1 288 190 555	910 687 272,32
	KAPITEL 1 2			
1 2 0	***Zölle und andere Abgaben nach Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b) des Beschlusses 88/376/EWG, Euratom***	12 888 800 000	13 277 555 556	11 427 854 721,47

KAPITEL 11 — ABGABEN, DIE IM RAHMEN DER GEMEINSAMEN MARKTORGANISATION FÜR ZUCKER VORGESEHEN SIND (ARTIKEL 2 ABSATZ 1 BUCHSTABE a) DES BESCHLUSSES 88/376/EWG, EURATOM) *(Fortsetzung)*

KAPITEL 12 — ZÖLLE UND ANDERE ABGABEN NACH ARTIKEL 2 ABSATZ 1 BUCHSTABE b) DES BESCHLUSSES 88/376/EWG, EURATOM

Artikel Posten	Erläuterungen
116	*(Fortsetzung)* Die Ergänzungsabgabe ist dazu bestimmt, den Gesamtverlust im Sinne des Artikels 28 der Verordnung (EWG) Nr. 1785/81, der für die Wirtschaftsjahre 1988/89, 1989/90 und 1990/91 festgestellt worden ist und der aus dem Aufkommen der für diese Wirtschaftsjahre fälligen Produktionsabgaben nicht abgedeckt ist, in vollem Umfang auszugleichen.

Mitgliedstaaten	Haushaltsjahr 1992	Haushaltsjahr 1991	Haushaltsjahr 1990
Belgien	9 049 000	1 324 000	0
Dänemark	5 478 000	798 000	0
Deutschland	56 905 000	5 092 000	– 19 880 688
Griechenland	2 149 000	308 000	0
Spanien	4 576 000	671 000	0
Frankreich	43 674 000	6 260 000	0
Irland	1 331 000	62 000	0
Italien	20 866 000	2 233 000	0
Luxemburg	—	—	0
Niederlande	10 497 000	1 530 000	0
Portugal	1 000	1 000	0
Vereinigtes Königreich	7 508 000	954 000	0
Artikel 116 insgesamt	162 034 000	19 233 000	– 19 880 688

120	Beschluß 88/376/EWG, Euratom des Rates vom 24. Juni 1988 über das System der eigenen Mittel der Gemeinschaften (ABl. Nr. L 185 vom 15. 7. 1988, S. 24), insbesondere Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b).

KAPITEL 1 2 — ZÖLLE UND ANDERE ABGABEN NACH ARTIKEL 2 ABSATZ 1 BUCHSTABE b) DES BESCHLUSSES 88/376/EWG, EURATOM *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1992	Haushaltsjahr 1991	Haushaltsjahr 1990
1 2 0	*(Fortsetzung)*			
	KAPITEL 1 2 INSGESAMT	12 888 800 000	13 277 555 556	11 427 854 721,47

KAPITEL 1 2 — ZÖLLE UND ANDERE ABGABEN NACH ARTIKEL 2 ABSATZ 1 BUCHSTABE b) DES BESCHLUSSES 88/376/EWG, EURATOM *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
1 2 0	*(Fortsetzung)* Die Verwendung der Zölle als eigene Mittel zur Finanzierung der Ausgaben der Gemeinschaft ist die logische Folge des freien Warenverkehrs innerhalb der Gemeinschaft.

Mitgliedstaaten	Haushaltsjahr 1992	Haushaltsjahr 1991	Haushaltsjahr 1990
Belgien	925 000 000	813 330 000	764 104 046
Dänemark	247 000 000	233 658 889	229 435 335
Deutschland	3 940 000 000	3 988 888 889	3 416 503 534
Griechenland	197 900 000	190 904 444	159 457 006
Spanien	617 500 000	581 660 000	511 241 229
Frankreich	1 721 000 000	1 774 810 000	1 537 921 338
Irland	170 200 000	198 857 778	148 370 639
Italien	1 152 700 000	1 257 777 778	1 036 862 206
Luxemburg	12 800 000	10 936 667	10 495 021
Niederlande	1 289 700 000	1 193 148 889	1 087 836 021
Portugal	130 000 000	140 195 556	107 154 577
Vereinigtes Königreich	2 485 000 000	2 893 386 666	2 418 473 769
Artikel 1 2 0 insgesamt	12 888 800 000	13 277 555 556	11 427 854 721

KAPITEL 1 3 — EIGENE MITTEL AUS DER MEHRWERTSTEUER GEMÄSS ARTIKEL 2 ABSATZ 1 BUCHSTABE c) UND VON ARTIKEL 5 ABSATZ 2 DES BESCHLUSSES 88/376/EWG, EURATOM

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1992	Haushaltsjahr 1991	Haushaltsjahr 1990
	KAPITEL 1 3			
1 3 0	***Eigene Mittel aus der Mehrwertsteuer gemäß Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe c) und Artikel 5 Absatz 2 des Beschlusses 88/376/EWG, Euratom***	34 232 406 979	30 255 925 653	
1 3 0 0	Eigene Mittel aus der Mehrwertsteuer gemäß Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe c) und Artikel 5 Absatz 2 des Beschlusses 88/376/EWG, Euratom, mit Ausnahme der zur Finanzierung der Währungsreserve des Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft, Abteilung Garantie, bestimmten Eigenmittel			27 440 059 080,71

KAPITEL 1 3 — EIGENE MITTEL AUS DER MEHRWERTSTEUER GEMÄSS ARTIKEL 2 ABSATZ 1 BUCHSTABE c) UND VON ARTIKEL 5 ABSATZ 2 DES BESCHLUSSES 88/376/EWG, EURATOM

Artikel Posten	Erläuterungen

1 3 0

Beschluß 88/376/EWG, Euratom des Rates vom 24. Juni 1988 über das System der eigenen Mittel der Gemeinschaften (ABl. Nr. L 185 vom 15. 7. 1988, S. 24), insbesondere Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe c) und Artikel 5 Absatz 2.

Unter Berücksichtigung der Begrenzung der MwSt.-Bemessungsgrundlage der Mitgliedstaaten auf 55 % ihres Bruttosozialproduktes sowie des Ausgleichs zugunsten des Vereinigten Königreichs werden die eigenen Einnahmen aus der Mehrwertsteuer beim Satz von 1,4 % wie folgt veranschlagt. Der einheitliche MwSt.-Satz beträgt 1,2499 %.

Mitgliedstaaten	Effektiver Satz (Haushaltsjahr 1992)	Haushaltsjahr 1992	Haushaltsjahr 1991	Haushaltsjahr 1990
Belgien	1,4000	1 108 100 000	1 022 560 000	
Dänemark	1,4000	617 960 000	608 860 000	
Deutschland	1,3301	10 108 657 696	8 736 799 492	
Griechenland	1,3823	507 866 276	469 140 599	
Spanien	1,3823	3 526 933 612	2 977 299 525	
Frankreich	1,3888	7 499 658 030	7 083 313 655	
Irland	1,3823	247 850 907	231 165 247	
Italien	1,4000	5 278 000 000	5 215 000 000	
Luxemburg	1,3823	79 145 029	68 857 734	
Niederlande	1,3930	1 699 493 351	1 609 139 226	
Portugal	1,3823	469 092 054	391 959 404	
Vereinigtes Königreich	0,6424	3 089 650 024	1 841 830 771	
Artikel 1 3 0 insgesamt		34 232 406 979	30 255 925 653	

1 3 0 0

Beschluß 88/376/EWG, Euratom des Rates vom 24. Juni 1988 über das System der eigenen Mittel der Gemeinschaften (ABl. Nr. L 185 vom 15. 7. 1988, S. 24), insbesondere Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe c) und Artikel 5 Absatz 2.

Die zur Finanzierung der Währungsreserve des Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft bestimmten Mehrwersteuer-Einnahmen werden in Posten 1 3 0 1 eingesetzt.

Mitgliedstaaten	Effektiver Satz (Haushaltsjahr 1992)	Haushaltsjahr 1992	Haushaltsjahr 1991	Haushaltsjahr 1990
Belgien				884 376 650
Dänemark				563 948 939
Deutschland				6 959 577 745
Griechenland				339 603 268
Spanien				2 564 296 633
Frankreich				6 157 997 328
Irland				198 099 243
Italien				4 562 560 969
Luxemburg				57 585 217
Niederlande				1 402 241 121
Portugal				318 006 593
Vereinigtes Königreich				3 431 765 375
Posten 1 3 0 0 insgesamt				27 440 059 081

KAPITEL 1 3 — EIGENE MITTEL AUS DER MEHRWERTSTEUER GEMÄSS ARTIKEL 2 ABSATZ 1 BUCHSTABE c) UND VON ARTIKEL 5 ABSATZ 2 DES BESCHLUSSES 88/376/EWG, EURATOM *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1992	Haushaltsjahr 1991	Haushaltsjahr 1990
1 3 0	*(Fortsetzung)*			
1 3 0 1	Zur Finanzierung der Währungsreserve des Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft, Abteilung Garantie, bestimmte Eigenmittel aus der Mehrwertsteuer gemäß Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe c) und Artikel 6 Absatz 1 des Beschlusses 88/376/EWG, Euratom			0,—
	Artikel 1 3 0 insgesamt	34 232 406 979	30 255 925 653	27 440 059 080,71
	KAPITEL 1 3 INSGESAMT	34 232 406 979	30 255 925 653	27 440 059 080,71

KAPITEL 1 3 — EIGENE MITTEL AUS DER MEHRWERTSTEUER GEMÄSS ARTIKEL 2 ABSATZ 1 BUCHSTABE c) UND VON ARTIKEL 5 ABSATZ 2 DES BESCHLUSSES 88/376/EWG, EURATOM *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
1 3 0	*(Fortsetzung)*
1 3 0 1	Beschluß 88/376/EWG, Euratom des Rates vom 24. Juni 1988 über das System der eigenen Mittel der Gemeinschaften (ABl. Nr. L 185 vom 15. 7. 1988, S. 24), insbesondere Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe c) und Artikel 6 Absatz 1.

Mitgliedstaaten	Effektiver Satz (Haushaltsjahr 1992)	Haushaltsjahr 1992	Haushaltsjahr 1991	Haushaltsjahr 1990
Belgien				0
Dänemark				0
Deutschland				0
Griechenland				0
Spanien				0
Frankreich				0
Irland				0
Italien				0
Luxemburg				0
Niederlande				0
Portugal				0
Vereinigtes Königreich				0
Posten 1 3 0 1 insgesamt				0

Der tatsächlich abzuführende Betrag wird auf die Höhe der von Kapitel B1-5 0 des Ausgabenplans von Einzelplan III „Kommission" zu übertragenden Mittel für die Währungsreserve und die entsprechenden Erstattungen an die beiden neuen Mitgliedstaaten begrenzt.

KAPITEL 14 — UNTER ZUGRUNDELEGUNG DES BRUTTOSOZIALPRODUKTS ABGEFÜHRTE EIGENMITTEL GEMÄSS ARTIKEL 2 ABSATZ 1 BUCHSTABE d), ARTIKEL 5 ABSATZ 2 UND ARTIKEL 6 ABSATZ 1 DES BESCHLUSSES 88/376/EWG, EURATOM

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1992	Haushaltsjahr 1991	Haushaltsjahr 1990
	KAPITEL 14			
140	***Unter Zugrundelegung des Bruttosozialprodukts abgeführte Eigenmittel gemäß Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe d), Artikel 5 Absatz 2 und Artikel 6 Absatz 1 des Beschlusses 88/376/EWG, Euratom***			
1400	Unter Zugrundelegung des Bruttosozialprodukts abgeführte Eigenmittel gemäß Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe d) und Artikel 5 Absatz 2 des Beschlusses 88/376/EWG, Euratom mit Ausnahme der zur Finanzierung der Währungsreserve des Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft, Abteilung Garantie, bestimmten Eigenmittel	13 280 821 660	7 403 476 526	94 858 730,07

KAPITEL 14 — UNTER ZUGRUNDELEGUNG DES BRUTTOSOZIALPRODUKTS ABGEFÜHRTE EIGENMITTEL GEMÄSS ARTIKEL 2 ABSATZ 1 BUCHSTABE d), ARTIKEL 5 ABSATZ 2 UND ARTIKEL 6 ABSATZ 1 DES BESCHLUSSES 88/376/EWG, EURATOM

Artikel Posten	Erläuterungen
140	
1400	Beschluß 88/376/EWG, Euratom des Rates vom 24. Juni 1988 über das System der eigenen Mittel der Gemeinschaften (ABl. Nr. L 185 vom 15. 7. 1988, S. 24), insbesondere Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe d) und Artikel 5 Absatz 2. Der für das laufende Haushaltsjahr auf das Bruttosozialprodukt der Mitgliedstaaten anzuwendende einheitliche Satz beträgt 0,2386 %, Währungsreserve des Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft nicht eingeschlossen. Unter Berücksichtigung des Finanzausgleichs zugunsten des Vereinigten Königreichs stellt sich die Aufteilung der Zahlungen wie folgt dar:

Mitgliedstaaten	Haushaltsjahr 1992	Haushaltsjahr 1991	Haushaltsjahr 1990
Belgien	418 845 960	227 091 190	2 409 798
Dänemark	267 232 697	154 931 291	5 009 185
Deutschland	3 450 553 369	1 935 421 232	0
Griechenland	159 403 157	87 815 958	1 661 866
Spanien	1 106 992 883	582 701 376	0
Frankreich	2 457 863 050	1 377 435 799	0
Irland	77 792 559	43 270 605	0
Italien	2 511 419 496	1 434 092 872	85 777 881
Luxemburg	24 841 121	12 889 116	0
Niederlande	572 085 522	325 768 878	0
Portugal	147 233 156	73 368 817	0
Vereinigtes Königreich	2 086 558 690	1 148 689 392	0
Posten 1400 insgesamt	13 280 821 660	7 403 476 526	94 858 730

KAPITEL 14 — UNTER ZUGRUNDELEGUNG DES BRUTTOSOZIALPRODUKTS ABGEFÜHRTE EIGENMITTEL GEMÄSS ARTIKEL 2 ABSATZ 1 BUCHSTABE d), ARTIKEL 5 ABSATZ 2 UND ARTIKEL 6 ABSATZ 1 DES BESCHLUSSES 88/376/EWG, EURATOM *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1992	Haushaltsjahr 1991	Haushaltsjahr 1990
140	*(Fortsetzung)*			
1401	Unter Zugrundelegung des Bruttosozialprodukts abgeführte Eigenmittel gemäß Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe d) und Artikel 6 Absatz 1 des Beschlusses 88/376/EWG, Euratom zur Finanzierung der Währungsreserve des EAGFL, Abteilung Garantie	1 000 000 000	1 004 544 162	0,—
1402	Unter Zugrundelegung des Bruttosozialprodukts abgeführte Eigenmittel gemäß Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe d) des Beschlusses 88/376/EWG, Euratom in Verbindung mit der Revision der Finanziellen Vorausschau	*1 200 000 000* (1)		

(1) Dieser Betrag ist nicht im Gesamtbetrag der Einnahmen enthalten; er wird erst nach der Revision der Finanziellen Vorausschau wirksam.

KAPITEL 14 — UNTER ZUGRUNDELEGUNG DES BRUTTOSOZIALPRODUKTS ABGEFÜHRTE EIGENMITTEL GEMÄSS ARTIKEL 2 ABSATZ 1 BUCHSTABE d), ARTIKEL 5 ABSATZ 2 UND ARTIKEL 6 ABSATZ 1 DES BESCHLUSSES 88/376/EWG, EURATOM *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
14 0	*(Fortsetzung)*
1401	Beschluß 88/376/EWG, Euratom des Rates vom 24. Juni 1988 über das System der eigenen Mittel der Gemeinschaften (ABl. Nr. L 185 vom 15. 7. 1988, S. 24), insbesondere Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe d) und Artikel 6 Absatz 1.

Der vorläufige Betrag entspricht einem auf das Bruttosozialprodukt der Mitgliedstaaten anzuwendenden Satz von 0,0182 %.

Die abzuführenden Beträge verteilen sich wie folgt:

Mitgliedstaaten	Haushaltsjahr 1992	Haushaltsjahr 1991	Haushaltsjahr 1990
Belgien	31 424 078	30 765 307	0
Dänemark	19 491 229	19 956 246	0
Deutschland	263 232 628	268 107 482	0
Griechenland	12 160 400	12 164 853	0
Spanien	84 449 250	80 719 688	0
Frankreich	187 503 186	190 811 612	0
Irland	5 934 567	5 994 133	0
Italien	179 857 425	179 824 002	0
Luxemburg	1 895 056	1 785 487	0
Niederlande	43 642 732	45 127 682	0
Portugal	11 231 987	10 163 539	0
Vereinigtes Königreich	159 177 462	159 124 131	0
Posten 1 4 0 1 insgesamt	1 000 000 000	1 004 544 162	0

Der tatsächlich abzuführende Betrag wird auf die Höhe der von Kapitel B1-5 0 des Ausgabenplans von Einzelplan III „Kommission" zu übertragenden Mittel für die Währungsreserve und die entsprechenden Erstattungen an die beiden neuen Mitgliedstaaten begrenzt.

1402 *Neuer Posten*

Beschluß 88/376/EWG, Euratom des Rates vom 24. Juni 1988 über das System der eigenen Mittel der Gemeinschaften (ABl. Nr. L 185 vom 15. 7. 1988, S. 24), insbesondere Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe d).

Diese Einnahmen entsprechen den in Kapitel B0-5 0 des Ausgabenplans von Einzelplan III „Kommission" „Reserve in Verbindung mit der Revision der Finanziellen Vorausschau" eingesetzten Mitteln. Der tatsächlich erforderliche Betrag bleibt auf die nach der Revision der Finanziellen Vorausschau verfügbaren Mittel beschränkt.

Der vorläufige Betrag entspricht einem auf das Bruttosozialprodukt der Mitgliedstaaten anzuwendenden Satz von 0,0218 %.

KAPITEL 1 4 — UNTER ZUGRUNDELEGUNG DES BRUTTOSOZIALPRODUKTS ABGEFÜHRTE EIGENMITTEL GEMÄSS ARTIKEL 2 ABSATZ 1 BUCHSTABE d), ARTIKEL 5 ABSATZ 2 UND ARTIKEL 6 ABSATZ 1 DES BESCHLUSSES 88/376/EWG, EURATOM *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1992	Haushaltsjahr 1991	Haushaltsjahr 1990
1 4 0	*(Fortsetzung)*			
1 4 0 2	*(Fortsetzung)*			
	Artikel 1 4 0 insgesamt	14 280 821 660 *1 200 000 000* (1)	8 408 020 688	94 858 730,07
	KAPITEL 1 4 INSGESAMT	14 280 821 660 *1 200 000 000* (1)	8 408 020 688	94 858 730,07

(1) Dieser Betrag ist nicht im Gesamtbetrag der Einnahmen enthalten; er wird erst nach der Revision der Finanziellen Vorausschau wirksam.

KAPITEL 14 — UNTER ZUGRUNDELEGUNG DES BRUTTOSOZIALPRODUKTS ABGEFÜHRTE EIGENMITTEL GEMÄSS ARTIKEL 2 ABSATZ 1 BUCHSTABE d), ARTIKEL 5 ABSATZ 2 UND ARTIKEL 6 ABSATZ 1 DES BESCHLUSSES 88/376/EWG, EURATOM *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
140	*(Fortsetzung)*
1402	*(Fortsetzung)*

Die Beträge verteilen sich wie folgt auf die Mitgliedstaaten:

Mitgliedstaaten	Haushaltsjahr 1992	Haushaltsjahr 1991	Haushaltsjahr 1990
Belgien	37 708 894		
Dänemark	23 389 475		
Deutschland	315 879 155		
Griechenland	14 592 480		
Spanien	101 339 100		
Frankreich	225 003 823		
Irland	7 121 480		
Italien	215 828 910		
Luxemburg	2 274 067		
Niederlande	52 371 278		
Portugal	13 478 384		
Vereinigtes Königreich	191 012 954		
Posten 1402 insgesamt	1 200 000 000		

KAPITEL 19 — DEN MITGLIEDSTAATEN DURCH DIE ERHEBUNG DER EIGENEN MITTEL ERWACHSENDE KOSTEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1992	Haushaltsjahr 1991	Haushaltsjahr 1990
	KAPITEL 19			
190	***Den Mitgliedstaaten durch die Erhebung der eigenen Mittel erwachsende Kosten***	– 1 549 430 000	– 1 584 167 986	– 1 351 194 200,65
	KAPITEL 19 INSGESAMT	– 1 549 430 000	– 1 584 167 986	– 1 351 194 200,65
	Titel 1 insgesamt	**62 441 718 639** ***1 200 000 000*** (1)	**52 907 817 841**	**39 695 665 617,82**

(1) Dieser Betrag ist nicht im Gesamtbetrag der Einnahmen enthalten; er wird erst nach der Revision der Finanziellen Vorausschau wirksam.

KAPITEL 19 — DEN MITGLIEDSTAATEN DURCH DIE ERHEBUNG DER EIGENEN MITTEL ERWACHSENDE KOSTEN

Artikel Posten	Erläuterungen
190	Beschluß 88/376/EWG, Euratom des Rates vom 24. Juni 1988 über das System der eigenen Mittel der Gemeinschaften (ABl. Nr. L 185 vom 15. 7. 1988, S. 24), insbesondere Artikel 2 Absatz 3.

Mitgliedstaaten	Haushaltsjahr 1992	Haushaltsjahr 1991	Haushaltsjahr 1990
Belgien	– 109 550 000	– 103 009 711	– 91 737 951
Dänemark	– 29 740 000	– 28 203 889	– 27 446 403
Deutschland	– 446 780 000	– 449 168 922	– 380 470 114
Griechenland	– 23 470 000	– 22 341 844	– 18 863 544
Spanien	– 83 010 000	– 76 743 600	– 70 455 720
Frankreich	– 216 160 000	– 225 159 700	– 193 038 604
Irland	– 18 570 000	– 21 273 178	– 16 315 602
Italien	– 167 520 000	– 176 078 178	– 145 405 965
Luxemburg	– 1 290 000	– 1 113 555	– 1 064 590
Niederlande	– 149 700 000	– 137 959 389	– 126 491 522
Portugal	– 27 850 000	– 27 384 654	– 16 933 974
Vereinigtes Königreich	– 275 790 000	– 315 731 366	– 262 970 212
Artikel 190 insgesamt	–1 549 430 000	–1 584 167 986	–1 351 194 201

TITEL 3

VERFÜGBARE ÜBERSCHÜSSE

KAPITEL 30 — VERFÜGBARER ÜBERSCHUSS AUS DEM VORHERGEHENDEN HAUSHALTSJAHR

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1992	Haushaltsjahr 1991	Haushaltsjahr 1990
	KAPITEL 30			
300	***Verfügbarer Überschuß aus dem vorhergehenden Haushaltsjahr***	p.m.	2 225 689 444	3 645 156 464,43
301	***Eigenmittelüberschuß aufgrund der Übertragung nach der Währungsreserve des Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft, Abteilung Garantie***	p.m.	p.m.	819 000 000,—
302	***Restlicher Überschuß des Haushaltsjahres 1989***		615 932 402	
	KAPITEL 30 INSGESAMT	p.m.	2 841 621 846	4 464 156 464,43

TITEL 3

VERFÜGBARE ÜBERSCHÜSSE

KAPITEL 30 — VERFÜGBARER ÜBERSCHUSS AUS DEM VORHERGEHENDEN HAUSHALTSJAHR

Artikel Posten	Erläuterungen
300	Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (Abl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1). Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1552/89 des Rates vom 29. Mai 1989 zur Durchführung des Beschlusses 88/376/EWG, Euratom über das System der Eigenmittel der Gemeinschaften (Abl. Nr. L 155 vom 7. 6. 1989, S. 1). Nach Artikel 32 der Haushaltsordnung wird der Saldo jedes Haushaltsjahres — je nachdem, ob es sich um einen Überschuß oder ein Defizit handelt — als Einnahme oder Ausgabe im Haushaltsplan des darauffolgenden Haushaltsjahres verbucht. Die geschätzten Einnahmen- oder Ausgabenbeträge werden im Verlauf des Haushaltsverfahrens in den Haushaltsplan eingesetzt; gegebenenfalls wird das Verfahren des Berichtigungsschreibens gemäß Artikel 14 der Haushaltsordnung angewendet. Die Schätzungen werden entsprechend den Richtlinien in Artikel 15 der Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1552/89 vorgenommen. Nach Abschluß der Rechnungen des jeweiligen Haushaltsjahres wird der gegenüber den Schätzungen verzeichnete Unterschiedsbetrag im Wege eines Berichtigungs- oder Nachtragshaushaltsplans in den Haushaltsplan des darauffolgenden Jahres eingesetzt. Ein Fehlbetrag wird bei Kapitel B0-3 0 des Ausgabenplans von Einzelplan III „Kommission" eingesetzt.
301	Beschluß 88/376/EWG, Euratom des Rates vom 24. Juni 1988 über das System der Eigenmittel der Gemeinschaften (ABl. Nr. L 185 vom 15. 7. 1988, S. 24), insbesondere Artikel 7. Entscheidung 88/377/EWG des Rates vom 24. Juni 1988 betreffend die Haushaltsdisziplin (ABl. Nr. L 185 vom 15. 7. 1988, S. 29), insbesondere Artikel 12.

KAPITEL 31 — ÜBERSCHUSS DER GEMÄSS ARTIKEL 10 ABSÄTZE 4 BIS 6 UND 9 DER VERORDNUNG (EWG, EURATOM) Nr. 1552/89 FÜR FRÜHERE HAUSHALTSJAHRE ABGEFÜHRTEN MwSt.-EIGENMITTEL UND FINANZBEITRÄGE

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1992	Haushaltsjahr 1991	Haushaltsjahr 1990
	KAPITEL 31			
310	***Ergebnis der Anwendung von Artikel 10 Absätze 4, 5 und 9 der Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1552/89***	p.m.	p.m.	1 191 235 229,92
311	***Ergebnis der Anwendung von Artikel 10 Absätze 6 und 9 der Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1552/89 für die Haushaltsjahre 1979 bis 1988***			
3110	Ergebnis der Anwendung von Artikel 10 Absätze 6 und 9 der geänderten Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1552/89 für das Haushaltsjahr 1979	p.m.	p.m.	1 210 488,31

KAPITEL 31 — ÜBERSCHUSS DER GEMÄSS ARTIKEL 10 ABSÄTZE 4 BIS 6 UND 9 DER VERORDNUNG (EWG, EURATOM) Nr. 1552/89 FÜR FRÜHERE HAUSHALTSJAHRE ABGEFÜHRTEN MwSt.-EIGENMITTEL UND FINANZBEITRÄGE

Artikel Posten	Erläuterungen

310 Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1552/89 des Rates vom 29. Mai 1989 zur Durchführung des Beschlusses 88/376/EGW, Euratom über das System der Eigenmittel der Gemeinschaften (ABl. Nr. L 155 vom 7. 6. 1989, S. 1).

Mitgliedstaaten	Haushaltsjahr 1992	Haushaltsjahr 1991	Haushaltsjahr 1990
Belgien	p.m.	p.m.	47 621 266
Dänemark	p.m.	p.m.	– 40 911 955
Deutschland	p.m.	p.m.	– 14 036 014
Griechenland	p.m.	p.m.	51 199 461
Spanien	p.m.	p.m.	337 182 001
Frankreich	p.m.	p.m.	162 509 748
Irland	p.m.	p.m.	21 503 188
Italien	p.m.	p.m.	– 112 493 109
Luxemburg	p.m.	p.m.	5 521 792
Niederlande	p.m.	p.m.	69 801 229
Portugal	p.m.	p.m.	26 995 584
Vereinigtes Königreich	p.m.	p.m.	636 342 038
Artikel 3 1 0 insgesamt	p.m.	p.m.	1 191 235 230

311

3110 Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1552/89 des Rates vom 29. Mai 1989 zur Durchführung des Beschlusses 88/376/EWG, Euratom über das System der Eigenmittel der Gemeinschaften (ABl. Nr. L 155 vom 7. 6. 1989, S. 1).

Mitgliedstaaten	Haushaltsjahr 1992	Haushaltsjahr 1991	Haushaltsjahr 1990
Belgien	p.m.	p.m.	0
Dänemark	p.m.	p.m.	0
Deutschland	p.m.	p.m.	427 167
Griechenland	—	—	0
Spanien	—	—	0
Frankreich	p.m.	p.m.	0
Irland	p.m.	p.m.	7 873
Italien	p.m.	p.m.	0
Luxemburg	p.m.	p.m.	2 820
Niederlande	p.m.	p.m.	0
Portugal	—	—	0
Vereinigtes Königreich	p.m.	p.m.	775 628
Posten 3 1 1 0 insgesamt	p.m.	p.m.	1 210 488

KAPITEL 3 1 — ÜBERSCHUSS DER GEMÄSS ARTIKEL 10 ABSÄTZE 4 BIS 6 UND 9 DER VERORDNUNG (EWG, EURATOM) Nr. 1552/89 FÜR FRÜHERE HAUSHALTSJAHRE ABGEFÜHRTEN MwSt.-EIGENMITTEL UND FINANZBEITRÄGE
(Fortsetzung)

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1992	Haushaltsjahr 1991	Haushaltsjahr 1990
3 1 1	*(Fortsetzung)*			
3 1 1 1	Ergebnis der Anwendung von Artikel 10 Absätze 6 und 9 der Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1552/89 für das Haushaltsjahr 1980	p.m.	p.m.	884 913,46
3 1 1 2	Ergebnis der Anwendung von Artikel 10 Absätze 6 und 9 der Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1552/89 für das Haushaltsjahr 1981	p.m.	p.m.	845 129,53

KAPITEL 3 1 — ÜBERSCHUSS DER GEMÄSS ARTIKEL 10 ABSÄTZE 4 BIS 6 UND 9 DER VERORDNUNG (EWG, EURATOM) Nr. 1552/89 FÜR FRÜHERE HAUSHALTSJAHRE ABGEFÜHRTEN MwSt.-EIGENMITTEL UND FINANZBEITRÄGE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
3 1 1	*(Fortsetzung)*
3 1 1 1	Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1552/89 des Rates vom 29. Mai 1989 zur Durchführung des Beschlusses 88/376/EWG, Euratom über das System der Eigenmittel der Gemeinschaften (ABl. Nr. L 155 vom 7. 6. 1989, S. 1).

Mitgliedstaaten	Haushaltsjahr 1992	Haushaltsjahr 1991	Haushaltsjahr 1990
Belgien	p.m.	p.m.	0
Dänemark	p.m.	p.m.	0
Deutschland	p.m.	p.m.	0
Griechenland	—	—	0
Spanien	—	—	0
Frankreich	p.m.	p.m.	0
Irland	p.m.	p.m.	0
Italien	p.m.	p.m.	0
Luxemburg	p.m.	p.m.	0
Niederlande	p.m.	p.m.	0
Portugal	—	—	0
Vereinigtes Königreich	p.m.	p.m.	884 913
Posten 3 1 1 1 insgesamt	p.m.	p.m.	884 913

3 1 1 2 Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1552/89 des Rates vom 29. Mai 1989 zur Durchführung des Beschlusses 88/376/EWG, Euratom über das System der Eigenmittel der Gemeinschaften (ABl. Nr. L 155 vom 7. 6. 1989, S. 1).

Mitgliedstaaten	Haushaltsjahr 1992	Haushaltsjahr 1991	Haushaltsjahr 1990
Belgien	p.m.	p.m.	0
Dänemark	p.m.	p.m.	0
Deutschland	p.m.	p.m.	0
Griechenland	p.m.	p.m.	16 924
Spanien	—	—	0
Frankreich	p.m.	p.m.	0
Irland	p.m.	p.m.	0
Italien	p.m.	p.m.	0
Luxemburg	p.m.	p.m.	0
Niederlande	p.m.	p.m.	0
Portugal	—	—	0
Vereinigtes Königreich	p.m.	p.m.	828 206
Posten 3 1 1 2 insgesamt	p.m.	p.m.	845 130

KAPITEL 3 1 — ÜBERSCHUSS DER GEMÄSS ARTIKEL 10 ABSÄTZE 4 BIS 6 UND 9 DER VERORDNUNG (EWG, EURATOM) Nr. 1552/89 FÜR FRÜHERE HAUSHALTSJAHRE ABGEFÜHRTEN MwSt.-EIGENMITTEL UND FINANZBEITRÄGE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1992	Haushaltsjahr 1991	Haushaltsjahr 1990
3 1 1	*(Fortsetzung)*			
3 1 1 3	Ergebnis der Anwendung von Artikel 10 Absätze 6 und 9 der Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1552/89 für das Haushaltsjahr 1982	p.m.	p.m.	940 458,40
3 1 1 4	Ergebnis der Anwendung von Artikel 10 Absätze 6 und 9 der Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1552/89 für das Haushaltsjahr 1983	p.m.	p.m.	2 286 130,03

KAPITEL 3 1 — ÜBERSCHUSS DER GEMÄSS ARTIKEL 10 ABSÄTZE 4 BIS 6 UND 9 DER VERORDNUNG (EWG, EURATOM) Nr. 1552/89 FÜR FRÜHERE HAUSHALTSJAHRE ABGEFÜHRTEN MwSt.-EIGENMITTEL UND FINANZBEITRÄGE
(Fortsetzung)

Artikel Posten	Erläuterungen
3 1 1	*(Fortsetzung)*
3 1 1 3	Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1552/89 des Rates vom 29. Mai 1989 zur Durchführung des Beschlusses 88/376/EWG, Euratom über das System der Eigenmittel der Gemeinschaften (ABl. Nr. L 155 vom 7. 6. 1989, S. 1).

Mitgliedstaaten	Haushaltsjahr 1992	Haushaltsjahr 1991	Haushaltsjahr 1990
Belgien	p.m.	p.m.	0
Dänemark	p.m.	p.m.	0
Deutschland	p.m.	p.m.	0
Griechenland	p.m.	p.m.	18 826
Spanien	—	—	0
Frankreich	p.m.	p.m.	0
Irland	p.m.	p.m.	– 323 653
Italien	p.m.	p.m.	0
Luxemburg	p.m.	p.m.	0
Niederlande	p.m.	p.m.	0
Portugal	—	—	0
Vereinigtes Königreich	p.m.	p.m.	1 245 285
Posten 3 1 1 3 insgesamt	p.m.	p.m.	940 458

3 1 1 4 Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1552/89 des Rates vom 29. Mai 1989 zur Durchführung des Beschlusses 88/376/EWG, Euratom über das System der Eigenmittel der Gemeinschaften (ABl. Nr. L 155 vom 7. 6. 1989, S. 1).

Mitgliedstaaten	Haushaltsjahr 1992	Haushaltsjahr 1991	Haushaltsjahr 1990
Belgien	p.m.	p.m.	0
Dänemark	p.m.	p.m.	0
Deutschland	p.m.	p.m.	0
Griechenland	p.m.	p.m.	17 468
Spanien	—	—	0
Frankreich	p.m.	p.m.	0
Irland	p.m.	p.m.	– 492 161
Italien	p.m.	p.m.	1 356 607
Luxemburg	p.m.	p.m.	0
Niederlande	p.m.	p.m.	0
Portugal	—	—	0
Vereinigtes Königreich	p.m.	p.m.	1 404 216
Posten 3 1 1 4 insgesamt	p.m.	p.m.	2 286 130

KAPITEL 31 — ÜBERSCHUSS DER GEMÄSS ARTIKEL 10 ABSÄTZE 4 BIS 6 UND 9 DER VERORDNUNG (EWG, EURATOM) Nr. 1552/89 FÜR FRÜHERE HAUSHALTSJAHRE ABGEFÜHRTEN MwSt.-EIGENMITTEL UND FINANZBEITRÄGE
(Fortsetzung)

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1992	Haushaltsjahr 1991	Haushaltsjahr 1990
311	*(Fortsetzung)*			
3115	Ergebnis der Anwendung von Artikel 10 Absätze 6 und 9 der Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1552/89 für das Haushaltsjahr 1984	p.m.	p.m.	2 175 707,23
3116	Ergebnis der Anwendung von Artikel 10 Absätze 6 und 9 der Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1552/89 für das Haushaltsjahr 1985	p.m.	p.m.	– 302 604,49

KAPITEL 3 1 — ÜBERSCHUSS DER GEMÄSS ARTIKEL 10 ABSÄTZE 4 BIS 6 UND 9 DER VERORDNUNG (EWG, EURATOM) Nr. 1552/89 FÜR FRÜHERE HAUSHALTSJAHRE ABGEFÜHRTEN MwSt.-EIGENMITTEL UND FINANZBEITRÄGE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
3 1 1	*(Fortsetzung)*
3 1 1 5	Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1552/89 des Rates vom 29. Mai 1989 zur Durchführung des Beschlusses 88/376/EWG, Euratom über das System der Eigenmittel der Gemeinschaften (ABl. Nr. L 155 vom 7. 6. 1989, S. 1).

Mitgliedstaaten	Haushaltsjahr 1992	Haushaltsjahr 1991	Haushaltsjahr 1990
Belgien	p.m.	p.m.	0
Dänemark	p.m.	p.m.	0
Deutschland	p.m.	p.m.	0
Griechenland	p.m.	p.m.	14 255
Spanien	—	—	0
Frankreich	p.m.	p.m.	0
Irland	p.m.	p.m.	– 527 685
Italien	p.m.	p.m.	1 489 091
Luxemburg	p.m.	p.m.	0
Niederlande	p.m.	p.m.	0
Portugal	—	—	0
Vereinigtes Königreich	p.m.	p.m.	1 200 046
Posten 3 1 1 5 insgesamt	p.m.	p.m.	2 175 707

3 1 1 6	Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1552/89 des Rates vom 29. Mai 1989 zur Durchführung des Beschlusses 88/376/EWG, Euratom über das System der Eigenmittel der Gemeinschaften (ABl. Nr. L 155 vom 7. 6. 1989, S. 1).

Mitgliedstaaten	Haushaltsjahr 1992	Haushaltsjahr 1991	Haushaltsjahr 1990
Belgien	p.m.	p.m.	0
Dänemark	p.m.	p.m.	0
Deutschland	p.m.	p.m.	397 958
Griechenland	p.m.	p.m.	– 34 614
Spanien	—	—	0
Frankreich	p.m.	p.m.	0
Irland	p.m.	p.m.	– 642 047
Italien	p.m.	p.m.	1 791 320
Luxemburg	p.m.	p.m.	0
Niederlande	p.m.	p.m.	0
Portugal	—	—	0
Vereinigtes Königreich	p.m.	p.m.	– 1 815 221
Posten 3 1 1 6 insgesamt	p.m.	p.m.	– 302 604

KAPITEL 3 1 — ÜBERSCHUSS DER GEMÄSS ARTIKEL 10 ABSÄTZE 4 BIS 6 UND 9 DER VERORDNUNG (EWG, EURATOM) Nr. 1552/89 FÜR FRÜHERE HAUSHALTSJAHRE ABGEFÜHRTEN MwSt.-EIGENMITTEL UND FINANZBEITRÄGE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1992	Haushaltsjahr 1991	Haushaltsjahr 1990
3 1 1	*(Fortsetzung)*			
3 1 1 7	Ergebnis der Anwendung von Artikel 10 Absätze 6 und 9 der Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1552/89 für das Haushaltsjahr 1986	p.m.	p.m.	34 065 344,35
3 1 1 8	Ergebnis der Anwendung von Artikel 10 Absätze 6 und 9 der Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1552/89 für das Haushaltsjahr 1987	p.m.	p.m.	– 9 190 048,84

KAPITEL 3 1 — ÜBERSCHUSS DER GEMÄSS ARTIKEL 10 ABSÄTZE 4 BIS 6 UND 9 DER VERORDNUNG (EWG, EURATOM) Nr. 1552/89 FÜR FRÜHERE HAUSHALTSJAHRE ABGEFÜHRTEN MwSt.-EIGENMITTEL UND FINANZBEITRÄGE
(Fortsetzung)

Artikel Posten	Erläuterungen
3 1 1	*(Fortsetzung)*
3 1 1 7	Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1552/89 des Rates vom 29. Mai 1989 zur Durchführung des Beschlusses 88/376/EWG, Euratom über das System der Eigenmittel der Gemeinschaften (ABl. Nr. L 155 vom 7. 6. 1989, S. 1).

Mitgliedstaaten	Haushaltsjahr 1992	Haushaltsjahr 1991	Haushaltsjahr 1990
Belgien	p.m.	p.m.	– 110 407
Dänemark	p.m.	p.m.	– 76 345
Deutschland	p.m.	p.m.	845 447
Griechenland	p.m.	p.m.	0
Spanien	p.m.	p.m.	22 205 917
Frankreich	p.m.	p.m.	0
Irland	p.m.	p.m.	– 11 863
Italien	p.m.	p.m.	13 652 348
Luxemburg	p.m.	p.m.	0
Niederlande	p.m.	p.m.	0
Portugal	p.m.	p.m.	208 260
Vereinigtes Königreich	p.m.	p.m.	– 2 648 013
Posten 3 1 1 7 insgesamt	p.m.	p.m.	34 065 344

3 1 1 8	Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1552/89 des Rates vom 29. Mai 1989 zur Durchführung des Beschlusses 88/376/EWG, Euratom über das System der Eigenmittel der Gemeinschaften (ABl. Nr. L 155 vom 7. 6. 1989, S. 1).

Mitgliedstaaten	Haushaltsjahr 1992	Haushaltsjahr 1991	Haushaltsjahr 1990
Belgien	p.m.	p.m.	– 113 931
Dänemark	p.m.	p.m.	– 82 398
Deutschland	p.m.	p.m.	– 21 880 306
Griechenland	p.m.	p.m.	0
Spanien	p.m.	p.m.	– 246 043
Frankreich	p.m.	p.m.	– 929 170
Irland	p.m.	p.m.	– 14 783
Italien	p.m.	p.m.	17 455 553
Luxemburg	p.m.	p.m.	0
Niederlande	p.m.	p.m.	1 836 021
Portugal	p.m.	p.m.	– 202 634
Vereinigtes Königreich	p.m.	p.m.	– 5 012 358
Posten 3 1 1 8 insgesamt	p.m.	p.m.	– 9 190 049

KAPITEL 3 1 — ÜBERSCHUSS DER GEMÄSS ARTIKEL 10 ABSÄTZE 4 BIS 6 UND 9 DER VERORDNUNG (EWG, EURATOM) Nr. 1552/89 FÜR FRÜHERE HAUSHALTSJAHRE ABGEFÜHRTEN MwSt.-EIGENMITTEL UND FINANZBEITRÄGE
(Fortsetzung)

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1992	Haushaltsjahr 1991	Haushaltsjahr 1990
3 1 1	*(Fortsetzung)*			
3 1 1 9	Ergebnis der Anwendung von Artikel 10 Absätze 6 und 9 der Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1552/89 für das Haushaltsjahr 1988	p.m.	p.m.	303 635 145,68
	Artikel 3 1 1 insgesamt	p.m.	p.m.	336 550 663,66
3 1 2	***Ergebnis der Anwendung von Artikel 10 Absätze 6 und 9 der Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1552/89 für die Haushaltsjahre 1989 und 1990***			
3 1 2 0	Ergebnis der Anwendung von Artikel 10 Absätze 6 und 9 der Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1552/89 für das Haushaltsjahr 1989	p.m.	p.m.	
3 1 2 1	Ergebnis der Anwendung von Artikel 10 Absätze 6 und 9 der Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1552/89 für das Haushaltsjahr 1990	p.m.		
	Artikel 3 1 2 insgesamt	p.m.	p.m.	
	KAPITEL 3 1 INSGESAMT	p.m.	p.m.	1 527 785 893,58

KAPITEL 3 1 — ÜBERSCHUSS DER GEMÄSS ARTIKEL 10 ABSÄTZE 4 BIS 6 UND 9 DER VERORDNUNG (EWG, EURATOM) Nr. 1552/89 FÜR FRÜHERE HAUSHALTSJAHRE ABGEFÜHRTEN MwSt.-EIGENMITTEL UND FINANZBEITRÄGE
(Fortsetzung)

Artikel Posten	Erläuterungen
3 1 1	*(Fortsetzung)*
3 1 1 9	Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1552/89 des Rates vom 29. Mai 1989 zur Durchführung des Beschlusses 88/376/EWG, Euratom über das System der Eigenmittel der Gemeinschaften (ABl. Nr. L 155 vom 7. 6. 1989, S. 1).

Mitgliedstaaten	Haushaltsjahr 1992	Haushaltsjahr 1991	Haushaltsjahr 1990
Belgien	p.m.	p.m.	– 105 051
Dänemark	p.m.	p.m.	154 032
Deutschland	p.m.	p.m.	– 20 498 071
Griechenland	p.m.	p.m.	1 839 318
Spanien	p.m.	p.m.	85 915 299
Frankreich	p.m.	p.m.	0
Irland	p.m.	p.m.	1 413 097
Italien	p.m.	p.m.	196 873 559
Luxemburg	p.m.	p.m.	1 282 946
Niederlande	p.m.	p.m.	0
Portugal	p.m.	p.m.	2 401 296
Vereinigtes Königreich	p.m.	p.m.	34 358 721
Posten 3 1 1 9 insgesamt	p.m.	p.m.	303 635 146

3 1 2	
3 1 2 0	Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1552/89 des Rates vom 29. Mai 1989 zur Durchführung des Beschlusses 88/376/EWG, Euratom über das System der Eigenmittel der Gemeinschaften (ABl. Nr. L 155 vom 7. 6. 1989, S. 1).
3 1 2 1	*Neuer Posten* Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1552/89 des Rates vom 29. Mai 1989 zur Durchführung des Beschlusses 88/376/EWG, Euratom über das System der Eigenmittel der Gemeinschaften (ABl. Nr. L 155 vom 7. 6. 1989, S. 1).

KAPITEL 3 2 — ÜBERSCHUSS DER GEMÄSS ARTIKEL 10 ABSÄTZE 7 BIS 9 DER VERORDNUNG (EWG, EURATOM) Nr. 1552/89 FÜR FRÜHERE HAUSHALTSJAHRE AUF DER GRUNDLAGE DES BRUTTOSOZIALPRODUKTS ABGEFÜHRTEN EIGENMITTEL

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1992	Haushaltsjahr 1991	Haushaltsjahr 1990
	KAPITEL 3 2			
3 2 0	***Ergebnis der Anwendung von Artikel 10 Absätze 7 und 9 der Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1552/89***	p.m.	p.m.	164 818 609,33
3 2 1	***Ergebnis der Anwendung von Artikel 10 Absätze 8 und 9 der Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1552/89 für die Haushaltsjahre 1988 bis 1990***			
3 2 1 0	Ergebnis der Anwendung von Artikel 10 Absätze 8 und 9 der Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1552/89 für das Haushaltsjahr 1988	p.m.	p.m.	24 858 160,14
3 2 1 1	Ergebnis der Anwendung von Artikel 10 Absätze 8 und 9 der Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1552/89 für das Haushaltsjahr 1989	p.m.	p.m.	
3 2 1 2	Ergebnis der Anwendung von Artikel 10 Absätze 8 und 9 der Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1552/89 für das Haushaltsjahr 1990	p.m.		
	Artikel 3 2 1 insgesamt	p.m.	p.m.	24 858 160,14
	KAPITEL 3 2 INSGESAMT	p.m.	p.m.	189 676 769,47
	Titel 3 insgesamt	**p.m.**	**2 841 621 846**	**6 181 619 127,48**

KAPITEL 32 — ÜBERSCHUSS DER GEMÄSS ARTIKEL 10 ABSÄTZE 7 BIS 9 DER VERORDNUNG (EWG, EURATOM) Nr. 1552/89 FÜR FRÜHERE HAUSHALTSJAHRE AUF DER GRUNDLAGE DES BRUTTOSOZIALPRODUKTS ABGEFÜHRTEN EIGENMITTEL

Artikel Posten	Erläuterungen
320	Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1552/89 des Rates vom 29. Mai 1989 zur Durchführung des Beschlusses 88/376/EWG, Euratom über das System der Eigenmittel der Gemeinschaften (ABl. Nr. L 155 vom 7. 6. 1989, S. 1).

Mitgliedstaaten	Haushaltsjahr 1992	Haushaltsjahr 1991	Haushaltsjahr 1990
Belgien	p.m.	p.m.	2 703 610
Dänemark	p.m.	p.m.	– 142 263
Deutschland	p.m.	p.m.	27 369 295
Griechenland	p.m.	p.m.	– 879 834
Spanien	p.m.	p.m.	23 543 960
Frankreich	p.m.	p.m.	25 072 974
Irland	p.m.	p.m.	2 065 955
Italien	p.m.	p.m.	16 964 807
Luxemburg	p.m.	p.m.	256 290
Niederlande	p.m.	p.m.	4 132 551
Portugal	p.m.	p.m.	1 593 645
Vereinigtes Königreich	p.m.	p.m.	61 137 619
Artikel 3 2 0 insgesamt	p.m.	p.m.	164 818 609

321	
3210	Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1552/89 des Rates vom 29. Mai 1989 zur Durchführung des Beschlusses 88/376/EWG, Euratom über das System der Eigenmittel der Gemeinschaften (ABl. Nr. L 155 vom 7. 6. 1989, S. 1).
3211	Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1552/89 des Rates vom 29. Mai 1989 zur Durchführung des Beschlusses 88/376/EWG, Euratom über das System der Eigenmittel der Gemeinschaften (ABl. Nr. L 155 vom 7. 6. 1989, S. 1).
3212	*Neuer Posten* Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1552/89 des Rates vom 29. Mai 1989 zur Durchführung des Beschlusses 88/376/EWG, Euratom über das System der Eigenmittel der Gemeinschaft (ABl. Nr. L 155 vom 7. 6. 1989, S. 1).

TITEL 4

SONSTIGE VON DER GEMEINSCHAFT ERHOBENE ABGABEN, ABZÜGE UND GEBÜHREN

KAPITEL 40 — GEHALTSABZÜGE

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1992	Haushaltsjahr 1991	Haushaltsjahr 1990
	KAPITEL 40			
400	***Ertrag aus der Steuer auf die Gehälter, Löhne und anderen Bezüge der Mitglieder der Organe, der Beamten, der sonstigen Bediensteten und der Ruhegehaltsempfänger sowie der Mitglieder der Organe der Europäischen Investitionsbank, ihres Personals und ihrer Ruhegehaltsempfänger***	192 581 764	171 199 681	155 868 748,69
401	***Beiträge des Personals zur Versorgungsordnung***	85 845 362	81 390 296	72 572 005,87

TITEL 4

SONSTIGE VON DER GEMEINSCHAFT ERHOBENE ABGABEN, ABZÜGE UND GEBÜHREN

KAPITEL 40 — GEHALTSABZÜGE

Artikel Posten	Erläuterungen		
400	Protokoll über die Vorrechte und Befreiungen der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 13.		
	Verordnung Nr. 422/67/EWG, Nr. 5/67/Euratom des Rates vom 25. Juli 1967 über die Regelung der Amtsbezüge für den Präsidenten und die Mitglieder der Kommission sowie für den Präsidenten, die Richter, die Generalanwälte und den Kanzler des Gerichtshofes (ABl. Nr. 187 vom 8. 8. 1967, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EGKS, EWG, Euratom) Nr. 4046/88 (ABl. Nr. L 356 vom 24. 12. 1988, S. 2).		
	Verordnung (EWG, Euratom, EGKS) Nr. 260/68 des Rates vom 29. Februar 1968 zur Festlegung der Bestimmungen und des Verfahrens für die Erhebung der Steuer zugunsten der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 56 vom 4. 3. 1968, S. 8), zuletzt geändert durch die Verordnung (EGKS, EWG, Euratom) Nr. 3519/85 (ABl. Nr. L 335 vom 13. 12. 1985, S. 59).		
	Verordnung (EGKS, EWG, Euratom) Nr. 1859/76 des Rates vom 29. Juni 1976 zur Festlegung der Beschäftigungsbedingungen für das Personal des Europäischen Zentrums für die Förderung der Berufsbildung (ABl. Nr. L 214 vom 6. 8. 1976, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 679/87 (ABl. Nr. L 72 vom 14. 3. 1987, S. 1).		
	Verordnung (EGKS, EWG, Euratom) Nr. 1860/76 des Rates vom 29. Juni 1976 zur Festlegung der Beschäftigungsbedingungen für das Personal der Europäischen Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen (ABl. Nr. L 214 vom 6. 8. 1976, S. 24), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 680/87 (ABl. Nr. L 72 vom 14. 3. 1987, S. 15).		
	Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 3736/90 des Rates vom 19. Dezember 1990 zur Berichtigung — mit Wirkung vom 1. Juli 1989 — und zur Angleichung — mit Wirkung vom 1. Juli 1990 — der Dienst- und Versorgungsbezüge der Beamten und sonstigen Bediensteten der Europäischen Gemeinschaften sowie der Berichtigungskoeffizienten, die auf die Dienst- und Versorgungsbezüge anwendbar sind (ABl. Nr. L 360 vom 22. 12. 1990, S. 1).		
	Parlament		19 289 391
	Rat		14 215 503
	Kommission:		141 821 182
	— Verwaltung	(115 162 000)	
	— Forschung und technologische Entwicklung	(24 707 000)	
	— Amt für amtliche Veröffentlichungen	(1 126 182)	
	— Euratom-Versorgungsagentur	(153 000)	
	— Europäisches Zentrum zur Förderung der Berufsbildung	(420 000)	
	— Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen	(253 000)	
	Gerichtshof		6 255 688
	Rechnungshof		3 000 000
	Europäische Investitionsbank		8 000 000
		Insgesamt	192 581 764
401	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 83 Absatz 2.		
	Verordnung (EGKS, EWG, Euratom) Nr. 509/82 des Rates vom 22. Februar 1982 zur Änderung der Verordnung (EGKS, EWG, Euratom) Nr. 1859/76 zur Festlegung der Beschäftigungsbedingungen für das Personal des Europäischen Zentrums für die Förderung der Berufsbildung (ABl. Nr. L 64 vom 8. 3. 1982, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 679/87 (ABl. Nr. L 72 vom 14. 3. 1987, S. 1).		
	Verordnung (EGKS, EWG, Euratom) Nr. 510/82 des Rates vom 22. Februar 1982 zur Änderung der Verordnung (EGKS, EWG, Euratom) Nr. 1860/76 zur Festlegung der Beschäftigungsbedingungen für das Personal der Europäischen Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen (ABl. Nr. L 64 vom 8. 3. 1982, S. 15), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 680/87 (ABl. Nr. L 72 vom 14. 3. 1987, S. 15).		

KAPITEL 4 0 — GEHALTSABZÜGE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1992	Haushaltsjahr 1991	Haushaltsjahr 1990
4 0 1	*(Fortsetzung)*			
4 0 2	***Ertrag der besonderen Abgabe auf die Nettobeträge der Dienstbezüge, Ruhegehälter und Vergütungen beim Ausscheiden aus dem Dienst der Mitglieder des Organs, der Beamten, der sonstigen Bediensteten und der Ruhegehaltsempfänger***	p.m.	17 345 047	29 543 241,18
	KAPITEL 4 0 INSGESAMT	278 427 126	269 935 024	257 983 995,74
	Titel 4 insgesamt	**278 427 126**	**269 935 024**	**257 983 995,74**

KAPITEL 40 — GEHALTSABZÜGE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen		
401	*(Fortsetzung)*		
	Parlament		11 195 476
	Rat		8 213 437
	Kommission:		62 609 793
	— Verwaltung	(47 493 000)	
	— Forschung und technologische Entwicklung	(13 607 000)	
	— Amt für antliche Veröffentlichungen	(1 003 793)	
	— Euratom-Versorgungsagentur	(86 000)	
	— Europäisches Zentrum zur Förderung der Berufsbildung	(240 000)	
	— Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen	(180 000)	
	Gerichtshof		2 491 456
	Rechnungshof		1 335 200
		Insgesamt	85 845 362
402	Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 3821/81 des Rates vom 15. Dezember 1981 zur Änderung des Statuts der Beamten der Europäischen Gemeinschaften sowie der Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Gemeinschaften (ABl. Nr. L 386 vom 31. 12. 1981, S. 1). Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 3822/81 des Rates vom 15. Dezember 1981 zur Änderung der Verordnung Nr. 422/67/EWG, Nr. 5/67/Euratom über die Regelung der Amtsbezüge für den Präsidenten und die Mitglieder der Kommission sowie für den Präsidenten, die Richter, die Generalanwälte und den Kanzler des Gerichtshofes, der Verordnung (EGKS, EWG, Euratom) Nr. 1240/70 über die Regelung der Amtsbezüge für die ehemaligen Mitglieder der Kommission der Europäischen Gemeinschaften, deren Amtszeit am 1. Juli 1970 abläuft, der Verordnung Nr. 423/67/EWG, Nr. 6/67/Euratom über die Regelung der Amtsbezüge für die Mitglieder der EWG-Kommission und der EAG-Kommission sowie der Hohen Behörde, die nicht zu Mitgliedern der gemeinsamen Kommission der Europäischen Gemeinschaften ernannt worden sind, und der Verordnung (EWG, Euratom, EGKS) Nr. 2290/77 über die Regelung der Amtsbezüge für die Mitglieder des Rechnungshofes (ABl. Nr. L 386 vom 31. 12. 1981, S. 4). Beschluß 81/1062/Euratom, EGKS, EWG des Rates vom 15. Dezember 1981 zur Änderung des Beschlusses des Rates vom 4. Juni 1973 über die Regelung der Amtsbezüge der ehemaligen Mitglieder der Kommission der Europäischen Gemeinschaften, deren Amtszeit am 4. Januar 1973 abläuft, und des Beschlusses des Rates vom 14. Oktober 1958 über die Regelung der Amtsbezüge der ehemaligen Mitglieder des Gerichtshofes der EGKS (ABl. Nr. L 386 vom 31. 12. 1981, S. 11). Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 3212/87 des Rates vom 20. Oktober 1987 zur Anpassung der in Artikel 66a des Statuts der Beamten der Europäischen Gemeinschaften vorgesehenen besonderen Abgabe (ABl. Nr. L 307 vom 29. 10. 1987, S. 1). Gemäß den genannten Akten wird die besondere Abgabe nach dem 30. Juni 1991 nicht mehr erhoben. Etwaige Einnahmen im Zusammenhang mit rückwirkenden Berichtigungen von Dienstbezügen, Ruhegehältern und Vergütungen beim Ausscheiden aus dem Dienst können bei diesem Artikel eingesetzt werden. Die Einsetzung jedes neuen Betrags bei diesem Artikel setzt die Zustimmung aller Gemeinschaftsinstitutionen gemäß Artikel 22 des Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1), voraus, wonach jede einzelne Institution für die Einstellung und Verwaltung ihres Personals zuständig ist.		

TITEL 5

EINNAHMEN AUS DER LAUFENDEN VERWALTUNGSTÄTIGKEIT DER ORGANE

KAPITEL 5 0 — ERLÖS AUS DER VERÄUSSERUNG VON BEWEGLICHEN UND UNBEWEGLICHEN SACHEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1992	Haushaltsjahr 1991	Haushaltsjahr 1990
	KAPITEL 5 0			
5 0 0	***Erlös aus der Veräußerung von beweglichen Sachen***	1 000	1 000	162 959,59
5 0 1	***Erlös aus der Veräußerung von unbeweglichen Sachen***	p.m.	p.m.	0,—
5 0 2	***Erlös aus dem Verkauf von Veröffentlichungen, Drucksachen und Filmen***	929 000	560 000	941 903,78
5 0 3	***Erlös aus der Veräußerung von Beförderungsmitteln***	50 000	10 000	67 035,—
	KAPITEL 5 0 INSGESAMT	980 000	571 000	1 171 898,37

TITEL 5

EINNAHMEN AUS DER LAUFENDEN VERWALTUNGSTÄTIGKEIT DER ORGANE

KAPITEL 50 — ERLÖS AUS DER VERÄUSSERUNG VON BEWEGLICHEN UND UNBEWEGLICHEN SACHEN

Artikel Posten	Erläuterungen	
500	Erlös aus der Veräußerung beweglicher Sachen, der nicht gemäß Artikel 27 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1), wiederverwendet werden kann.	
	Parlament	p.m.
	Rat	p.m.
	Kommission:	
	— Verwaltung	p.m.
	— Forschung und technologische Entwicklung	p.m.
	Gerichtshof	p.m.
	Rechnungshof	1 000
	Insgesamt	1 000
501	Erlös aus dem Verkauf unbeweglicher Sachen, der nicht gemäß Artikel 27 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1), wiederverwendet werden kann.	
502	Erlös aus dem Verkauf von Veröffentlichungen, Druckschriften und Filmen, der nicht gemäß Artikel 27 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1), wiederverwendet werden kann.	
	Parlament	800 000
	Rat	30 000
	Kommission:	
	— Verwaltung	p.m.
	— Forschung und technologische Entwicklung	p.m.
	Gerichtshof	40 000
	Rechnungshof	59 000
	Insgesamt	929 000
503	Parlament	50 000

KAPITEL 5 1 — MIETEINNAHMEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1992	Haushaltsjahr 1991	Haushaltsjahr 1990
	KAPITEL 5 1			
5 1 0	***Einnahmen aus der Vermietung von Mobiliar und Material***	p.m.	p.m.	0,—
5 1 1	***Einnahmen aus der Vermietung und Untervermietung von Gebäuden und der Erstattung der Mietnebenkosten***			
5 1 1 0	Einnahmen aus der Vermietung und Untervermietung von Gebäuden	11 200	10 500	8 780,55
5 1 1 1	Erstattung der Mietnebenkosten	p.m.	p.m.	0,—
	Artikel 5 1 1 insgesamt	11 200	10 500	8 780,55
	KAPITEL 5 1 INSGESAMT	11 200	10 500	8 780,55

KAPITEL 5 1 — MIETEINNAHMEN

Artikel Posten	Erläuterungen	
5 1 1		
5 1 1 0	Einnahmen aus der Vermietung und Untervermietung von Gebäuden, die nicht gemäß Artikel 27 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1), wiederverwendet werden können.	
	Parlament	—
	Rat	11 200
	Kommission:	
	— Verwaltung	p.m.
	— Forschung und technologische Entwicklung	p.m.
	Gerichtshof	—
	Rechnungshof	—
	Insgesamt	11 200
5 1 1 1	Erstattung von Mietnebenkosten, die nicht gemäß Artikel 27 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1), wiederverwendet werden können.	
	Parlament	—
	Rat	—
	Kommission:	
	— Verwaltung	p.m.
	— Forschung und technologische Entwicklung	p.m.
	Gerichtshof	—
	Rechnungshof	—
	Insgesamt	p.m.

KAPITEL 52 — ERTRÄGE AUS ANLAGEMITTELN UND DARLEHENSMITTELN, BANKZINSEN UND SONSTIGEN ZINSEN

KAPITEL 54 — VERSCHIEDENE NICHT IN ANSPRUCH GENOMMENE WIEDERZUVERWENDENDE EINNAHMEN (ARTIKEL 27 DER HAUSHALTSORDNUNG)

KAPITEL 55 — ÜBERTRAGUNG ODER RÜCKKAUF VON VESORGUNGSANSPRÜCHEN DURCH DAS PERSONAL

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1992	Haushaltsjahr 1991	Haushaltsjahr 1990
	KAPITEL 52			
520	***Erträge aus Anlagemitteln und Darlehensmitteln, Bankzinsen und sonstige Zinsen auf Guthaben des Organs***	62 574 000	29 389 500	62 444 782,39
521	***Erträge aus Anlagemitteln oder Darlehensmitteln, Bankzinsen und sonstigen Zinsen auf Guthaben subventionierter Einrichtungen, die an die Kommission abgeführt werden***	300 000	15 000	432 924,69
	KAPITEL 52 INSGESAMT	62 874 000	29 404 500	62 877 707,08
	KAPITEL 54			
540	***Verschiedene nicht in Anspruch genommene wiederzuverwendende Einnahmen (Artikel 27 der Haushaltsordnung)***	4 000 000	4 000 000	95 674 855,17
	KAPITEL 54 INSGESAMT	4 000 000	4 000 000	95 674 855,17
	KAPITEL 55			
550	***Übertragung oder Rückkauf von Versorgungsansprüchen durch das Personal***	6 341 000	4 728 100	8 744 851,26

KAPITEL 52 — ERTRÄGE AUS ANLAGEMITTELN UND DARLEHENSMITTELN, BANKZINSEN UND SONSTIGEN ZINSEN

KAPITEL 54 — VERSCHIEDENE NICHT IN ANSPRUCH GENOMMENE WIEDERZUVERWENDENDE EINNAHMEN (ARTIKEL 27 DER HAUSHALTSORDNUNG)

KAPITEL 55 — ÜBERTRAGUNG ODER RÜCKKAUF VON VESORGUNGSANSPRÜCHEN DURCH DAS PERSONAL

Artikel Posten	Erläuterungen	
520	Parlament	2 000 000
	Rat	450 000
	Kommission:	
	— Verwaltung	60 000 000
	— Forschung und technologische Entwicklung	p.m.
	— Amt für amtliche Veröffentlichungen	p.m.
	Gerichtshof	100 000
	Rechnungshof	24 000
	Insgesamt	62 574 000
521	Abkommen vom 13. Juli 1965 zwischen der Kommission und der Europäischen Gesellschaft für Zusammenarbeit. Zinsen auf Bankguthaben der Europäischen Gesellschaft für Zusammenarbeit, die gemäß Artikel 17 des Abkommens an die Kommission abgeführt werden.	
540	Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1). Gemäß Artikel 27 der Haushaltsordnung ist die Wiederverwendung jeweils vor Abschluß des Haushaltsjahres vorzunehmen, das auf das Haushaltsjahr folgt, in dem die Einnahme eingezogen wurde. Die Einnahmen, die wiederverwendet werden können und nicht innerhalb der vorgesehenen Frist verwendet wurden, werden bei diesem Artikel verbucht.	
550	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 107 und Artikel 4, Artikel 11 Absatz 2 und Anhang VIII Artikel 48.	

KAPITEL 55 — ÜBERTRAGUNG ODER RÜCKKAUF VON VESORGUNGSANSPRÜCHEN DURCH DAS PERSONAL *(Fortsetzung)*

KAPITEL 56 — ARBEITGEBERBEITRÄGE ZUR VERSORGUNGSORDNUNG

KAPITEL 58 — VERSCHIEDENE VERGÜTUNGEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1992	Haushaltsjahr 1991	Haushaltsjahr 1990
550	*(Fortsetzung)*			
	KAPITEL 55 INSGESAMT	6 341 000	4 728 100	8 744 851,26
	KAPITEL 56			
560	***Arbeitgeberbeitrag des gemeinsamen Unternehmens „Joint European Torus (JET), Joint Undertaking" zur Versorgungsordnung***	1 592 000	1 555 000	1 254 967,63
	KAPITEL 56 INSGESAMT	1 592 000	1 555 000	1 254 967,63
	KAPITEL 58			
580	***Verschiedene Vergütungen***	150 000	p.m.	157 938,05
	KAPITEL 58 INSGESAMT	150 000	p.m.	157 938,05

KAPITEL 55 — ÜBERTRAGUNG ODER RÜCKKAUF VON VESORGUNGSANSPRÜCHEN DURCH DAS PERSONAL *(Fortsetzung)*

KAPITEL 56 — ARBEITGEBERBEITRÄGE ZUR VERSORGUNGSORDNUNG

KAPITEL 58 — VERSCHIEDENE VERGÜTUNGEN

Artikel Posten	Erläuterungen	
550	*(Fortsetzung)*	
	Parlament	1 000 000
	Rat	p.m.
	Kommission:	
	— Verwaltung	5 000 000
	— Forschung und technologische Entwicklung	p.m.
	— Amt für amtliche Veröffentlichungen	p.m.
	Gerichtshof	250 000
	Rechnungshof	91 000
	Insgesamt	6 341 000
560	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 83 Absatz 2. Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere die Artikel 41 und 43. Beschluß 78/471/Euratom des Rates vom 30. Mai 1978 zur Errichtung des gemeinsamen Unternehmens „Joint European Torus (JET), Joint Undertaking" (ABl. Nr. L 151 vom 7. 6. 1978, S. 10), insbesondere Artikel 8 Ziffer 5 und Artikel 8 Ziffer 7 der Satzung im Anhang zu diesem Beschluß.	
580	Verschiedene Vergütungen, die nicht gemäß Artikel 27 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1), wiederverwendet werden können.	

KAPITEL 5 9 — SONSTIGE EINNAHMEN AUS DER VERWALTUNGSTÄTIGKEIT

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1992	Haushaltsjahr 1991	Haushaltsjahr 1990
	KAPITEL 5 9			
5 9 0	***Sonstige Einnahmen aus der Verwaltungstätigkeit***	1 200 000	p.m.	1 438 620,89
	KAPITEL 5 9 INSGESAMT	1 200 000	p.m.	1 438 620,89
	Titel 5 insgesamt	**77 148 200**	**40 269 100**	**171 329 619,—**

KAPITEL 59 — SONSTIGE EINNAHMEN AUS DER VERWALTUNGSTÄTIGKEIT

Artikel Posten	Erläuterungen	
590	Kommission	1 200 000

TITEL 6

BEITRÄGE ZU DEN GEMEINSCHAFTSPROGRAMMEN, ERSTATTUNGEN VERAUSLAGTER BETRÄGE UND VERGÜTUNGEN FÜR ENTGELTLICHE LEISTUNGEN

KAPITEL 60 — BEITRÄGE ZU DEN GEMEINSCHAFTSPROGRAMMEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1992	Haushaltsjahr 1991	Haushaltsjahr 1990
	KAPITEL 60			
600	***Beiträge nach Artikel 6 des Beschlusses 88/376/EWG, Euratom***			
6002	Beitrag Deutschlands zum Zusatzprogramm „Betrieb des HFR — Direkte Aktion“		500 000	99 714,15
6008	Beitrag der Niederlande zum Zusatzprogramm „Betrieb des HFR — Direkte Aktion“		500 000	99 805,29
	Artikel 600 insgesamt		1 000 000	199 519,44
601	***Kooperationsabkommen im Bereich der kontrollierten thermonuklearen Fusion und der Plasmaphysik***			
6010	Kooperationsabkommen Schweden — Euratom im Bereich der kontrollierten thermonuklearen Fusion und der Plasmaphysik	p.m.	p.m.	6 398 192,—
6011	Kooperationsabkommen Schweiz — Euratom im Bereich der kontrollierten thermonuklearen Fusion und der Plasmaphysik	p.m.	p.m.	0,—

TITEL 6

BEITRÄGE ZU DEN GEMEINSCHAFTSPROGRAMMEN, ERSTATTUNGEN VERAUSLAGTER BETRÄGE UND VERGÜTUNGEN FÜR ENTGELTLICHE LEISTUNGEN

KAPITEL 60 — BEITRÄGE ZU DEN GEMEINSCHAFTSPROGRAMMEN

Artikel Posten	Erläuterungen
600	Beschluß 84/1/Euratom, EWG des Rates vom 22. Dezember 1983 zur Feststellung eines Forschungsprogramms, das von der Gemeinsamen Forschungsstelle für die Europäische Atomgemeinschaft und die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft auszuführen ist (1984-1987) (ABl. Nr. L 3 vom 5. 1. 1984, S. 21). Beschluß 88/376/EWG, Euratom des Rates vom 24. Juni 1988 über das System der eigenen Mittel der Gemeinschaften (ABl. Nr. L 185 vom 15. 7. 1988, S. 24). Diese Einnahmen sind der Beitrag der Bundesrepublik Deutschland und der Niederlande zur Finanzierung des Programms „Betrieb des HFR (High-flux reactor)" (Artikel B6-4 4 1 des Ausgabenplans von Einzelplan III „Kommission"). Ab dem Haushaltsjahr 1988 wird der Betrieb des HFR als Leistung für Rechnung Dritter angesehen, bei der die Einnahmen bei den Posten 6 2 2 0 und 6 2 2 1 eingesetzt werden. Die Einnahmen, aus denen die Zahlungen für im Rahmen des Zusatzprogramms HFR (1984-1987) (Artikel B6-4 4 2) noch abzuwickelnde Verpflichtungen beglichen werden sollen, werden für das Haushaltsjahr 1991 auf 1 000 000 ECU geschätzt. Sie werden nach dem bis 1987 angewendeten Eingliederungsplan bei diesem Artikel eingesetzt. Da das Zusatzprogramm HFR (1984-1987) abgeschlossen ist, fallen 1992 keine Einnahmen mehr an.
601	
6010	Einnahmen aus Kooperationsabkommen zwischen Schweden und der Europäischen Atomgemeinschaft, insbesondere aus dem Abkommen vom 10. Mai 1976. Gemäß Artikel 96 Absatz 1 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1), werden die etwaigen Einnahmen für zusätzliche Mittel bei Posten B6-8 0 0 4 des Ausgabenplans von Einzelplan III „Kommission" bereitgestellt. Diese Einnahmen sind zur Deckung des Anteils Schwedens am Beitrag der Gemeinschaft zur Finanzierung des gemeinsamen Unternehmens JET (Joint European Torus), der Ausgaben für das Kooperationsabkommen sowie der Ausgaben für andere Assoziierungsabkommen bestimmt, die mit Forschungsorganen der Gemeinschaft abgeschlossen wurden oder abzuschließen sind.
6011	Einnahmen aus Kooperationsabkommen zwischen der Schweiz und der Europäischen Atomgemeinschaft, insbesondere aus dem Abkommen vom 14. September 1978. Gemäß Artikel 96 Absatz 1 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1), werden die etwaigen Einnahmen für zusätzliche Mittel bei Posten B6-8 0 0 4 des Ausgabenplans von Einzelplan III „Kommission" bereitgestellt.

KAPITEL 60 — BEITRÄGE ZU DEN GEMEINSCHAFTSPROGRAMMEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1992	Haushaltsjahr 1991	Haushaltsjahr 1990
601	*(Fortsetzung)*			
6011	*(Fortsetzung)*			
	Artikel 601 insgesamt	p.m.	p.m.	6 398 192,—
602	***Kooperationsabkommen mit europäischen Nichtmitgliedstaaten im Rahmen der gemeinschaftlichen Forschungsprogramme***	p.m.	p.m.	7 360 939,40
603	***Kooperationsabkommen mit europäischen Nichtmitgliedstaaten im Rahmen der gemeinschaftlichen Programme im Bereich der Industrie***	p.m.	p.m.	0,—
604	***Kooperationsabkommen mit Drittlandseinrichtungen im Rahmen wissenschaftlicher und technischer Projekte von gemeinschaftlicher Bedeutung (Eureka und andere)***	2 000 000	p.m.	3 240 563,—
605	***Abkommen über europäische Zusammenarbeit im Bereich der wissenschaftlichen und technischen Forschung***	200 000	160 000	0,—
606	***Einnahmen im Rahmen der Zusatzprogramme im Bereich der Forschung und der technologischen Entwicklung***			
6061	Einnahmen aus der Beteiligung von Mitgliedstaaten an den Zusatzprogrammen im Bereich der Informationstechnologien		p.m.	0,—

KAPITEL 60 — BEITRÄGE ZU DEN GEMEINSCHAFTSPROGRAMMEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
601	*(Fortsetzung)*
6011	*(Fortsetzung)* Diese Einnahmen sind zur Deckung des Anteils der Schweiz am Beitrag der Gemeinschaft zur Finanzierung des gemeinsamen Unternehmens JET (Joint European Torus), der Ausgaben für das Kooperationsabkommen sowie der Ausgaben für andere Assoziierungsabkommen bestimmt, die mit Forschungsorganen der Gemeinschaft abgeschlossen wurden oder abzuschließen sind.
602	Entschließung, vom 21. November 1991, der Minister der an der europäischen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der wissenschaftlichen und technischen Forschung teilnehmenden Staaten (COST) (ABl. Nr. C 333 vom 24. 12. 1991, S. 1). Einnahmen aus den Kooperationsabkommen, die zwischen der Gemeinschaft und europäischen Drittländern, insbesondere den Staaten, die sich an der europäischen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der wissenschaftlichen und technischen Forschung beteiligen, im Hinblick auf ihre Mitwirkung an gemeinschaftlichen Forschungsprogrammen geschlossen worden sind. Dieser eventuelle Beitrag ist zur Deckung der Ausgaben für Sitzungen, Gutachterverträge und Forschungsverträge im Rahmen der jeweiligen Programme bestimmt. Gemäß Artikel 96 Absatz 1 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1), werden die etwaigen Einnahmen als zusätzliche Mittel bei Posten B6-8 0 0 4 des Ausgabenplans von Einzelplan III „Kommission" eingesetzt.
603	Entschließung, vom 21. November 1991, der Minister der an der europäischen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der wissenschaftlichen und technischen Forschung teilnehmenden Staaten (COST) (ABl. Nr. C 333 vom 24. 12. 1991, S. 1). Einnahmen aus den Kooperationsabkommen, die zwischen der Gemeinschaft und europäischen Drittländern, insbesondere den Staaten, die sich an der europäischen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der wissenschaftlichen und technischen Forschung beteiligen, im Hinblick auf ihre Mitwirkung an gemeinschaftlichen Forschungsprogrammen geschlossen worden sind. Soweit diese Beiträge nicht bei Posten B5-4 0 1 0 und Artikel B5-4 0 3 des Ausgabenplans des Einzelplans III „Kommission" wiederverwendet werden, werden sie bei diesem Artikel verbucht.
604	Einnahmen aus Kooperationsabkommen zwischen der Gemeinschaft und Drittlandseinrichtungen im Rahmen wissenschaftlicher und technischer Projekte von gemeinschaftlicher Bedeutung (EUREKA und andere). Gemäß Artikel 96 Absatz 1 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1), werden die Einnahmen als zusätzliche Mittel bei Posten B6-8 0 0 4 des Ausgabenplans von Einzelplan III „Kommission" eingesetzt.
605	Entschließung, vom 21. November 1991, der Minister der an der europäischen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der wissenschaftlichen und technischen Forschung teilnehmenden Staaten (COST) (ABl. Nr. C 333 vom 24. 12. 1991, S. 1). Einnahmen von seiten der an der europäischen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der wissenschaftlichen und technischen Forschung beteiligten Staaten zur Deckung der Ausgaben bei Posten B6-8 2 0 1 des Ausgabenplans von Einzelplan III „Kommission" des Gesamthaushaltsplans. Gemäß Artikel 96 Absatz 1 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1), können die Mehreinnahmen für zusätzliche Ausgaben bei Posten B6-8 2 0 1 verwendet werden. Die Einnahmen werden als zusätzliche Mittel bei Posten B6-8 0 0 4 eingesetzt.
606	
6061	Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, insbesondere Artikel 130 L. Diese Einnahmen entsprechen einem Teil oder der Gesamtheit des eventuellen Beitrags der Mitgliedstaaten, die sich an den Zusatzprogrammen für Informationstechnologien beteiligen.

KAPITEL 60 — BEITRÄGE ZU DEN GEMEINSCHAFTSPROGRAMMEN *(Fortsetzung)*

KAPITEL 61 — ERSTATTUNG VERSCHIEDENER BETRÄGE

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1992	Haushaltsjahr 1991	Haushaltsjahr 1990
606	*(Fortsetzung)*			
6061	*(Fortsetzung)*			
6062	Einnahmen aus der Beteiligung von Mitgliedstaaten an den Zusatzprogrammen im Bereich der Kommunikationstechnologien		p.m.	0,—
6063	Einnahmen aus der Beteiligung von Mitgliedstaaten an den Zusatzprogrammen zur Entwicklung von Telematiksystemen, die von allgemeinem Interesse sind		p.m.	0,—
	Artikel 606 insgesamt		p.m.	0,—
607	***Kooperationsabkommen mit den der Europäischen Freihandelszone angehörenden Staaten im Rahmen der Gemeinschaftsprogramme zur Zusammenarbeit von Hochschulen und Wirtschaft hinsichtlich der Aus- und Weiterbildung auf dem Gebiet der Technologie***	p.m.	p.m.	4 872 700,—
	KAPITEL 60 INSGESAMT	2 200 000	1 160 000	22 071 913,84
	KAPITEL 61			
610	***Erstattung von Beträgen, die für Rechnung eines anderen Organs verauslagt worden sind***			
6100	Teil des Aufkommens der nach Artikel 20 des Vertrages vom 8. April 1965 entrichteten EGKS-Umlagen	5 000 000	5 000 000	5 000 000,—

KAPITEL 60 — BEITRÄGE ZU DEN GEMEINSCHAFTSPROGRAMMEN *(Fortsetzung)*

KAPITEL 61 — ERSTATTUNG VERSCHIEDENER BETRÄGE

Artikel Posten	Erläuterungen
606	*(Fortsetzung)*
6061	*(Fortsetzung)* Gemäß Artikel 96 Absatz 1 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1), werden diese Einnahmen als zusätzliche Mittel bei Posten B6-8004 des Ausgabenplans des Einzelplans III „Kommission" eingesetzt.
6062	Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, insbesondere Artikel 130 L. Diese Einnahmen entsprechen einem Teil oder der Gesamtheit des eventuellen Beitrags der Mitgliedstaaten, die sich an den Zusatzprogrammen im Bereich der Kommunikationstechnologien beteiligen. Gemäß Artikel 96 Absatz 1 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1), werden diese Einnahmen als zusätzliche Mittel bei Posten B6-8004 des Ausgabenplans des Einzelplans III „Kommission" eingesetzt.
6063	Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, insbesondere Artikel 130 L. Diese Einnahmen entsprechen einem Teil oder der Gesamtheit des eventuellen Beitrags der Mitgliedstaaten, die sich an den Zusatzprogrammen zur Entwicklung von Telematiksystemen beteiligen, die von allgemeinem Interesse sind. Gemäß Artikel 96 Absatz 1 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1), werden diese Einnahmen als zusätzliche Mittel bei Posten B6-8004 des Ausgabenplans des Einzelplans III „Kommission" eingesetzt.
607	Beschluß 89/27/EWG des Rates vom 16. Dezember 1988 über die Verabschiedung der zweiten Phase des Programms über Zusammenarbeit zwischen Hochschule und Wirtschaft im Bereich der Aus- und Weiterbildung auf dem Gebiet der Technologie (COMETT II) (1990-1994) (ABl. Nr. L 13 vom 17. 1. 1989, S. 28). Beschluß des Rates vom 22. Mai 1989 über die Öffnung des Programms COMETT II für die EFTA-Länder. Beschluß des Rates vom 27. Juli 1990 über den Abschluß eines Abkommens zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Fürstentum Liechtenstein über Zusammenarbeit im Bereich der Aus- und Weiterbildung im Rahmen des COMETT-II-Programms (1990-1994). Einnahmen aus den Kooperationsabkommen, die zwischen der Gemeinschaft und der Europäischen Freihandelszone angehörenden Staaten und Liechtenstein geschlossen worden sind, damit diese sich an den Gemeinschaftsprogrammen zur Zusammenarbeit von Hochschulen und Wirtschaft hinsichtlich der Aus- und Weiterbildung auf dem Gebiet der Technologie beteiligen können.
610	
6100	Beschluß 77/729/EGKS des Rates vom 21. November 1977 zur Anpassung des Teils der Verwaltungsausgaben der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, der aus den Umlagen auf die Erzeugung von Kohle und Stahl aufgebracht wird (ABl. Nr. L 306 vom 30. 11. 1977, S. 28). Dieser Beschluß setzt den durch die Umlage zu finanzierenden Teil der EGKS-Verwaltungsausgaben auf 5 000 000 ECU fest.

KAPITEL 6 1 — ERSTATTUNG VERSCHIEDENER BETRÄGE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1992	Haushaltsjahr 1991	Haushaltsjahr 1990
6 1 0	*(Fortsetzung)*			
6 1 0 1	Erstattung sonstiger Beträge, die für Rechnung eines anderen Organs verauslagt worden sind	950 000	765 000	611 814,—
6 1 0 2	Erstattung von Sozialausgaben, die für Rechnung eines anderen Organs geleistet worden sind	644 384	644 384	286 360,—
6 1 0 3	Erstattung von Zuschüssen	p.m.	p.m.	0,—
	Artikel 6 1 0 insgesamt	6 594 384	6 409 384	5 898 174,—
6 1 1	***Erstattung von Beträgen, die für Rechnung eines oder mehrerer Mitgliedstaaten verauslagt worden sind***			
6 1 1 0	Beiträge der Staaten, die an internationalen Regierungskonferenzen teilgenommen haben	p.m.	p.m.	0,—
	Artikel 6 1 1 insgesamt	p.m.	p.m.	0,—
6 1 2	***Erstattung von Beträgen, die eigens in Durchführung von Auftragsarbeiten gegen Vergütung verauslagt worden sind***	p.m.	p.m.	0,—
6 1 3	***Wiedereingezogene Beträge gemäß Artikel 8 der Verordnung (EWG) Nr. 729/70***	p.m.	p.m.	0,—
6 1 4	***Rückzahlung der für Vorhaben und Aktionen gewährten finanziellen Unterstützungen im Falle einer erfolgreichen kommerziellen Nutzung der Ergebnisse***			
6 1 4 0	Rückzahlung der für die Vorhaben und die Aktionen auf dem Gebiet der neuen Energietechnologien gewährten finanziellen Unterstützung im Falle einer erfolgreichen kommerziellen Nutzung der Ergebnisse	4 000 000	1 400 000	4 421 741,31

KAPITEL 61 — ERSTATTUNG VERSCHIEDENER BETRÄGE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen		
610	*(Fortsetzung)*		
6101	Parlament		950 000
	Rat		p.m.
	Kommission:		
	— Verwaltung		p.m.
	— Forschung und technologische Entwicklung		p.m.
	Gerichtshof		—
	Rechnungshof		—
		Insgesamt	950 000
6102	Parlament		644 384
6103	Parlament		p.m.
611			
6110	Erstattung der für Rechnung der Mitgliedstaaten verauslagten Beträge für die Beteiligung dieser Staaten an internationalen Konferenzen oder Veranstaltungen. Diese Beträge sind nicht gemäß Artikel 27 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1), zur Wiederverwendung bestimmt.		
612	Erstattung von Beträgen, die eigens in Durchführung von Auftragsarbeiten gegen Vergütung verauslagt worden sind, und die nicht gemäß Artikel 27 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1), wiederverwendet werden können.		
613	Verordnung (EWG) Nr. 729/70 des Rates vom 21. April 1970 über die Finanzierung der gemeinsamen Agrarpolitik (ABl. Nr. L 94 vom 28. 4. 1970, S. 13), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 2048/88 (ABl. Nr. L 185 vom 15. 7. 1988, S. 1). Werden Beträge, die bei der Finanzierung der gemeinsamen Agrarpolitik oder infolge von Unregelmäßigkeiten oder von Versäumnissen verloren gingen, wieder eingezogen, so sind sie den Zahlstellen zuzuleiten. Diese bringen die Beträge von den durch den Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds finanzierten Ausgaben in Abzug. Eine Verbuchung als Einnahme erfolgt daher nur, wenn die wieder eingezogenen Summen höher sind als die Ausgaben.		
614			
6140	Verordnung (EWG) Nr. 3056/73 des Rates vom 9. November 1973 über die Unterstützung gemeinschaftlicher Vorhaben im Bereich der Kohlenwasserstoffe (ABl. Nr. L 312 vom 13. 11. 1973, S. 1). Verordnung (EWG) Nr. 1302/78 des Rates vom 12. Juni 1978 über die Gewährung einer finanziellen Unterstützung für Vorhaben zur Nutzung alternativer Energiequellen (ABl. Nr. L 158 vom 16. 6. 1978, S. 3). Verordnung (EWG) Nr. 1303/78 des Rates vom 12. Juni 1978 über die Gewährung einer finanziellen Unterstützung für Demonstrationsvorhaben zur Energieeinsparung (ABl. Nr. L 158 vom 16. 6. 1978, S. 6).		

KAPITEL 6 1 — ERSTATTUNG VERSCHIEDENER BETRÄGE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1992	Haushaltsjahr 1991	Haushaltsjahr 1990
6 1 4	*(Fortsetzung)*			
6 1 4 0	*(Fortsetzung)*			
6 1 4 1	Rückzahlung der für Informatik-Vorhaben gewährten finanziellen Unterstützung im Falle einer erfolgreichen kommerziellen Nutzung der Ergebnisse	30 000	60 000	0,—
6 1 4 2	Rückzahlung der für agro-industrielle Demonstrationsvorhaben gewährten finanziellen Unterstützung der Gemeinschaft im Falle einer erfolgreichen kommerziellen Nutzung der Ergebnisse	p.m.	p.m.	0,—
6 1 4 3	Rückzahlung von Subventionen, die zur Förderung einer europäischen Risikokapitaltätigkeit für die kleinen und mittleren Unternehmen gewährt werden	p.m.	p.m.	0,—
	Artikel 6 1 4 insgesamt	4 030 000	1 460 000	4 421 741,31
6 1 5	***Rückzahlungen nicht verwendeter Zuschüsse der Gemeinschaft***			
6 1 5 0	Rückzahlung nicht verwendeter Zuschüsse des Europäischen Sozialfonds, des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und des Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft	p.m.	p.m.	6 481 861,45
6 1 5 1	Rückzahlungen im Interesse des Haushaltsausgleichs geleisteter, jedoch nicht verwendeter Zuschüsse	p.m.	p.m.	1 725 215,70
6 1 5 2	Rückzahlungen nicht verwendeter Zinszuschüsse	p.m.	p.m.	1 612 077,80
6 1 5 3	Rückzahlungen von Beträgen, die im Rahmen der durch das Organ geschlossenen Verträge nicht verwendet wurden	p.m.	p.m.	1 402 374,44
6 1 5 8	Rückzahlungen sonstiger nicht verwendeter Zuschüsse der Gemeinschaft	p.m.	p.m.	0,—

KAPITEL 6 1 — ERSTATTUNG VERSCHIEDENER BETRÄGE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
6 1 4	*(Fortsetzung)*
6 1 4 0	*(Fortsetzung)*
	Verordnung (EWG) Nr. 727/79 des Rates vom 9. April 1979 zur Durchführung — auf dem Gebiet der Sonnenenergie — der Verordnung (EWG) Nr. 1302/78 über die Gewährung einer finanziellen Unterstützung für Vorhaben zur Nutzung alternativer Energiequellen (ABl. Nr. L 93 vom 12. 4. 1979, S. 3).
	Verordnung (EWG) Nr. 728/79 des Rates vom 9. April 1979 zur Durchführung — auf dem Gebiet der Verflüssigung und Vergasung fester Brennstoffe — der Verordnung (EWG) Nr. 1302/78 über die Gewährung einer finanziellen Unterstützung für Vorhaben zur Nutzung alternativer Energiequellen (ABl. Nr. L 93 vom 12. 4. 1979, S. 5).
	Verordnung (EWG) Nr. 1971/83 des Rates vom 11. Juli 1983 zur Gewährung einer finanziellen Unterstützung für industrielle Pilot- und für Demonstrationsvorhaben auf dem Gebiet der Verflüssigung und Vergasung fester Brennstoffe (ABl. Nr. L 195 vom 19. 7. 1983, S. 1), geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 2125/84 (ABl. Nr. L 196 vom 29. 7. 1984, S. 3).
	Verordnung (EWG) Nr. 1972/83 des Rates vom 11. Juli 1983 zur Gewährung einer finanziellen Unterstützung für Demonstrationsvorhaben auf dem Gebiet der Nutzung alternativer Energiequellen, der Energieeinsparung und der Substitution von Kohlenwasserstoffen (ABl. Nr. L 195 vom 19. 7. 1983, S. 6), geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 2126/84 (ABl. Nr. L 196 vom 26. 7. 1984, S. 4).
	Verordnung (EWG) Nr. 3639/85 des Rates vom 20. Dezember 1985 über ein Programm zur Unterstützung der technologischen Entwicklung im Bereich der Kohlenwasserstoffe (ABl. Nr. L 350 vom 27. 12. 1985, S. 25).
6 1 4 1	Verordnung (EWG) Nr. 1996/79 des Rates vom 11. September 1979 über ein System der gemeinschaftlichen Unterstützung für den Bereich der Datenverarbeitung (ABl. Nr. L 231 vom 13. 9. 1979, S. 1).
6 1 4 2	Einnahmen aus der Rückzahlung der für agro-industrielle Demonstrationsvorhaben gewährten finanziellen Unterstützung der Gemeinschaft im Falle einer erfolgreichen kommerziellen Nutzung der Ergebnisse.
	Gemäß Artikel 96 Absatz 1 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1), werden eventuelle Einnahmen als zusätzliche Mittel bei Posten B6-8 0 0 4 des Ausgabenplans des Einzelplans III „Kommission" eingesetzt.
6 1 4 3	Beschluß der Kommission vom 21. Dezember 1988 zur Lancierung eines Pilotvorhabens „Eurotech Capital" (E/1783/88).
6 1 5	
6 1 5 0	Rückzahlungen von Zuschüssen aus dem Europäischen Sozialfonds, dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und dem Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft, deren Wiederverwendung in der Regel für den betreffenden Fonds nicht vorgesehen ist oder die nicht gemäß Artikel 27 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1), wiederverwendet werden können.
6 1 5 1	Rückzahlungen im Interesse des Haushaltsausgleichs geleisteter Zuschüsse, deren Wiederverwendung in Artikel 27 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1), nicht vorgesehen ist.
6 1 5 2	Rückzahlungen von Zinszuschüssen, die nicht gemäß Artikel 27 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1), wiederverwendet werden.
6 1 5 3	Rückzahlungen von Beträgen, die im Rahmen der durch das Organ geschlossenen Verträge nicht verwendet wurden, und deren Wiederverwendung in Artikel 27 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1), nicht vorgesehen ist.
6 1 5 8	Rückzahlungen sonstiger, nicht verwendeter Zuschüsse der Gemeinschaft, die nicht gemäß Artikel 27 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1), wiederverwendet werden.

KAPITEL 6 1 — ERSTATTUNG VERSCHIEDENER BETRÄGE *(Fortsetzung)*

KAPITEL 6 2 — VERGÜTUNGEN FÜR ENTGELTLICHE LEISTUNGEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1992	Haushaltsjahr 1991	Haushaltsjahr 1990
6 1 5	*(Fortsetzung)*			
6 1 5 9	Rückzahlung nicht verwendeter Abschlagszahlungen seitens der Empfänger von Gemeinschaftsbeihilfen	p.m.	p.m.	79 577 875,13
	Artikel 6 1 5 insgesamt	p.m.	p.m.	90 799 404,52
6 1 6	***Rückzahlungen von Beträgen, die für Rechnung der Internationalen Atomenergieagentur verauslagt worden sind***	p.m.	p.m.	4 332,38
6 1 8	***Rückzahlung der im Rahmen der Nahrungsmittelhilfe gezahlten Beträge***			
6 1 8 0	Rückzahlung der im Rahmen der Nahrungsmittelhilfe an die Auftragnehmer oder die Nahrungsmittelhilfeempfänger zuviel gezahlten Beträge	p.m.	p.m.	0,—
6 1 8 1	Erstattung der von den Nahrungsmittelhilfeempfängern verursachten zusätzlichen Kosten	p.m.	p.m.	9 058,41
	Artikel 6 1 8 insgesamt	p.m.	p.m.	9 058,41
6 1 9	***Erstattung sonstiger Beträge, die für Rechnung Dritter verauslagt worden sind***	p.m.	p.m.	0,—
	KAPITEL 6 1 INSGESAMT	10 624 384	7 869 384	101 132 710,62
	KAPITEL 6 2			
6 2 0	***Entgeltliche Lieferung von Ausgangsstoffen oder besonderen spaltbaren Stoffen (Artikel 6 Buchstabe b) des Euratom-Vertrags)***	p.m.	p.m.	0,—

KAPITEL 61 — ERSTATTUNG VERSCHIEDENER BETRÄGE *(Fortsetzung)*

KAPITEL 62 — VERGÜTUNGEN FÜR ENTGELTLICHE LEISTUNGEN

Artikel Posten	Erläuterungen
615	*(Fortsetzung)*
6159	Rückzahlung von Abschlagszahlungen seitens der Empfänger von Gemeinschaftsbeihilfen; diese Beträge sind nicht gemäß Artikel 7 Absatz 7 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1), wiederverwendet worden.
616	Erstattung des Anteils der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) an den von der Kommission verauslagten Beträgen für die von der IAEO im Rahmen der Verifizierungsabkommen durchgeführten Kontrollen (siehe Artikel B4-2 0 0 und B4-2 0 2 des Ausgabenplans von Einzelplan III „Kommission"), die gemäß der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1), nicht wiederverwendet werden.
618	
6180	In den Bekanntmachungen der Vergabe und den Schreiben der Kommission beigefügten finanziellen Bedingungen sind Bestimmungen über die Kriterien für die Gewährung der Nahrungsmittelhilfe an die Empfänger vorgesehen.
6181	In der Anlage zu den Schreiben der Kommission sind Lieferbedingungen vorgesehen, in denen die Bedingungen für die Gewährung der Nahrungsmittelhilfe an die Empfänger festgelegt sind.
619	Erstattung sonstiger Beträge, die für Rechnung Dritter verauslagt worden sind und deren Wiederverwendung nicht in Artikel 27 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1), vorgesehen ist.
620	Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft, insbesondere Artikel 6 Buchstabe b). Einnahmen aus der entgeltlichen Lieferung von Ausgangsstoffen oder besonderen spaltbaren Stoffen an die Mitgliedstaaten zur Ausführung ihrer Forschungsprogramme, die nicht gemäß Artikel 27 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. *1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1), wiederverwendet werden.

KAPITEL 6 2 — VERGÜTUNGEN FÜR ENTGELTLICHE LEISTUNGEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1992	Haushaltsjahr 1991	Haushaltsjahr 1990
6 2 1	***Vergütungen für entgeltliche Leistungen an Mitgliedstaaten, Personen oder Unternehmen (Artikel 6 Buchstabe c) des Euratom-Vertrags)***			
6 2 1 0	Erstattung bestimmter einzelstaatlicher Stellen für die Inanspruchnahme von Personal	400 000	400 000	0,—
	Artikel 6 2 1 insgesamt	400 000	400 000	0,—
6 2 2	***Einnahmen aus den durch die Gemeinsame Forschungsstelle für Dritte gegen Vergütung erbrachten Leistungen***			
6 2 2 0	Einnahmen aus dem Betrieb des HFR, die zur Rückzahlung der in den Ausgabenplan eingestellten Beträge bestimmt sind	p.m.	p.m.	5 217 000,—
6 2 2 1	Einnahmen aus dem Betrieb des HFR, die als zusätzliche Mittel in den Ausgabenplan eingesetzt werden	p.m.	p.m.	10 400 000,—
6 2 2 2	Sonstige Einnahmen aus den von der Gemeinsamen Forschungsstelle für Dritte gegen Vergütung erbrachten Dienstleistungen, die zur Rückzahlung der in den Ausgabenplan eingestellten Beträge bestimmt sind	p.m.	p.m.	2 277 796,02

KAPITEL 62 — VERGÜTUNGEN FÜR ENTGELTLICHE LEISTUNGEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
621	
6210	Einnahmen aus der Inanspruchnahme von wissenschaftlichem Personal durch die nationalen Organe auf der Grundlage von Artikel 6 Buchstabe c) des Euratom-Vertrags: — Euratom-Kernforschungszentrum Karlsruhe (KfK); — Euratom-Commissariat à l'énergie atomique français (CEA). Gemäß Artikel 96 Absatz 1 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1), werden Mehreinnahmen als zusätzliche Mittel bei Posten B6-8 0 0 4 des Ausgabenplans von Einzelplan III „Kommission" eingesetzt.
622	
6220	Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1), insbesondere Artikel 92 Absatz 1 Buchstabe e). Einnahmen aus dem Betrieb des HFR (High-flux reactor) in der Forschungsanstalt Petten der Gemeinsamen Forschungsstelle. Die Einnahmen im Zusammenhang mit dem für den Betrieb des HFR eingesetzten Personals, die mit 6 439 829 ECU veranschlagt werden, werden zur Rückzahlung der bei Artikel B6-1 1 1 des Ausgabenplans des Einzelplans III „Kommission" verbuchten Ausgaben verwendet. Diese Einnahmen werden zu je 50 % von Deutschland und den Niederlanden abgeführt.
6221	Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1), insbesondere Artikel 92 Absatz 1 Buchstabe e) und Artikel 96 Absatz 1. Einnahmen aus dem Betrieb des HFR (High-flux reactor) in der Forschungsanstalt Petten der Gemeinsamen Forschungsstelle. Von Dritten (insbesondere von Deutschland und den Niederlanden) abgeführte Beträge, die zur Deckung der der Gemeinsamen Forschungsstelle für den Betrieb des HFR entstehenden Ausgaben bestimmt sind. Gemäß Artikel 96 Absatz 2 der Haushaltsordnung können diese Einnahmen als zusätzliche Mittel bei Artikel B6-4 4 1 des Ausgabenplans von Einzelplan III „Kommission" eingestellt werden. *Betrieb des HFR-Programm 1992-1994* Die Ausgaben werden auf 13 029 573 ECU an Verpflichtungsermächtigungen und auf 9 289 304 ECU an Zahlungsermächtigungen veranschlagt; dazu stellen die Niederlande als Gastland noch Dienstleistungen zur Verfügung, deren Gegenwert auf 2 400 000 ECU an Verpflichtungs- und Zahlungsermächtigungen geschätzt wird. Diese Ausgaben werden durch Einnahmen gedeckt, die von Deutschland und den Niederlanden abzuführen sind und auf 7 714 786,50 ECU bzw. 5 314 786,50 ECU an Verpflichtungsermächtigungen und auf 5 844 625 ECU bzw. 3 444 652 ECU an Zahlungsermächtigungen veranschlagt werden; darüber hinaus stellen die Niederlande Dienstleistungen im Gegenwert von 2 400 000 ECU an Verpflichtungs- und Zahlungsermächtigungen zur Verfügung, wodurch sich ihr Beitrag auf 50 % des Gesamtbetrags erhöht. *Abschluß früherer Programme* Die Ausgaben werden auf 1 414 840 ECU an Verpflichtungsermächtigungen und auf 4 700 000 an Zahlungsermächtigungen veranschlagt; die angeforderten Verpflichtungsermächtigungen entsprechen dem aus der Mittelausstattung 1988 bis 1991 verbliebenen Restbetrag. Die Einnahmen werden zu je 50 % auf Deutschland und die Niederlande umgelegt.
6222	Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1), insbesondere Artikel 92 Absatz 1 Buchstabe e). Rückzahlungen von Personen, Unternehmen und staatlichen Einrichtungen, für die die Gemeinsame Forschungsstelle gegen Entgelt Forschungsarbeiten durchführt und/oder Dienstleistungen erbringt. Die Ausgaben für die Hilfsmittel, die die Gemeinsame Forschungsstelle für Dritte bereitstellen will, sowie für die Einrichtung eines Vorschußfonds (bei Kapitel B6-1 2 und bei Artikel B6-4 3 2 des Ausgabenplans des Einzelplans III „Kommission" des Gesamthaushaltsplans eingesetzt) werden nach Maßgabe der entsprechenden Einnahmen zurückgezahlt; dadurch verringern sich die für die Finanzierung der Gemeinsamen Forschungsstelle erforderlichen eigenen Mittel.

KAPITEL 6 2 — VERGÜTUNGEN FÜR ENTGELTLICHE LEISTUNGEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1992	Haushaltsjahr 1991	Haushaltsjahr 1990
6 2 2	*(Fortsetzung)*			
6 2 2 2	*(Fortsetzung)*			
6 2 2 3	Sonstige Einnahmen aus den von der Gemeinsamen Forschungsstelle für Dritte gegen Vergütung erbrachten Dienstleistungen, die als zusätzliche Mittel in den Ausgabenplan eingesetzt werden	p.m.	p.m.	3 310 994,32
6 2 2 4	Einnahmen aus Lizenzen, die die Kommission an patentfähige und nichtpatentfähige Erfindungen vergeben hat, die aus Forschungen der Gemeinsamen Forschungsstelle hervorgegangen sind	p.m.	p.m.	0,—
	Artikel 6 2 2 insgesamt	p.m.	p.m.	21 205 790,34
6 2 3	***Einnahmen aus den von der Generaldirektion Wissenschaft, Forschung und Entwicklung für Dritte gegen Vergütung erbrachten Dienstleistungen***	p.m.	p.m.	608 517,81
6 2 4	***Einnahmen aus Lizenzen, die die Kommission an patentfähige und nichtpatentfähige Erfindungen vergeben hat, die aus der gemeinschaftlichen Forschungstätigkeit (indirekte Aktionen) hervorgegangen sind***	20 000	20 000	14 311,71
	KAPITEL 6 2 INSGESAMT	420 000	420 000	21 828 619,86
	Titel 6 insgesamt	**13 244 384**	**9 449 384**	**145 033 244,32**

KAPITEL 6 2 — VERGÜTUNGEN FÜR ENTGELTLICHE LEISTUNGEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
6 2 2	*(Fortsetzung)*
6 2 2 2	*(Fortsetzung)* In gleicher Weise werden die im Zusammenhang mit Leistungen für Dritte festgestellten Personaleinnahmen zur Rückzahlung der bei Artikel B6-1 1 1 verbuchten Ausgaben verwendet.
6 2 2 3	Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1), insbesondere Artikel 92 Absatz 1 Buchstabe e) und Artikel 96 Absatz 1. Es handelt sich um Einnahmen, die von Personen, Unternehmen und staatlichen Einrichtungen abgeführt werden, für die die Gemeinsame Forschungsstelle gegen Entgelt Forschungsarbeiten durchführt und/oder Dienstleistungen erbringt. Gemäß Artikel 96 Absatz 1 der Haushaltsordnung können diese Einnahmen bis zur Höhe der für jeden Dienstleistungsvertrag mit Dritten anfallenden Ausgaben als zusätzliche Mittel bei Artikel B6-4 3 1 des Ausgabenplans von Einzelplan III „Kommission" des Gesamthaushaltsplans eingesetzt werden.
6 2 2 4	Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft, insbesondere Artikel 12. Verordnung (EWG) Nr. 2380/74 des Rates vom 17. September 1974 über die Regelung für die Verbreitung von Kenntnissen im Rahmen der Forschungsprogramme der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (ABl. Nr. L 255 vom 20. 9. 1974, S. 1).
6 2 3	Einnahmen aus den Verträgen über die für Dritte gegen Vergütung erbrachten Leistungen. Gemäß Artikel 96 Absatz 1 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1), werden die etwaigen Einnahmen als zusätzliche Mittel bei Posten B6-8 0 0 4 des Ausgabenplans von Einzelplan III „Kommission" eingesetzt.
6 2 4	Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft, insbesondere Artikel 12. Verordnung (EWG) Nr. 2380/74 des Rates vom 17. September 1974 über die Regelung für die Verbreitung von Kenntnissen im Rahmen der Forschungsprogramme der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (ABl. Nr. L 255 vom 20. 9. 1974, S. 1).

TITEL 7

VERZUGSZINSEN UND GELDBUSSEN

KAPITEL 7 0 — VERZUGSZINSEN

KAPITEL 7 1 — GELDBUSSEN, ZWANGSGELDER UND STRAFEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1992	Haushaltsjahr 1991	Haushaltsjahr 1990
	KAPITEL 7 0			
7 0 0	***Verzugszinsen***			
7 0 0 0	Infolge verspäteter Gutschriften auf den Konten bei den Haushaltsverwaltungen der Mitgliedstaaten fällige Zinsen	p.m.	p.m.	1 110 164,80
7 0 0 1	Sonstige Verzugszinsen	p.m.		
	Artikel 7 0 0 insgesamt	p.m.	p.m.	1 110 164,80
	KAPITEL 7 0 INSGESAMT	p.m.	p.m.	1 110 164,80
	KAPITEL 7 1			
7 1 0	***Geldbußen, Zwangsgelder und Strafen***	p.m.	p.m.	593 608,86

TITEL 7

VERZUGSZINSEN UND GELDBUSSEN

KAPITEL 70 — VERZUGSZINSEN

KAPITEL 71 — GELDBUSSEN, ZWANGSGELDER UND STRAFEN

Artikel Posten	Erläuterungen
700	
7000	*Vormals Artikel 700* Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1), insbesondere Artikel 33 Absatz 4. Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1552/89 des Rates vom 29. Mai 1989 zur Durchführung des Beschlusses vom 88/376/EWG, Euratom über das System der eigenen Mittel Gemeinschaften (ABl. Nr. L 155 vom 7. 6. 1989, S. 1), insbesondere Artikel 11.
7001	*Neuer Posten* Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1), insbesondere Artikel 49. Verordnung (EWG) 4253/88 des Rates vom 19. Dezember 1988 zur Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 hinsichtlich der Koordinierung der Interventionen der verschiedenen Strukturfonds einerseits und zwischen diesen und den Interventionen der Europäischen Investitionsbank und der sonstigen vorhandenen Finanzinstrumente andererseits (ABl. Nr. L 374 vom 31. 12. 1988, S. 1), insbesondere Artikel 24. Verordnung (EWG) Nr. 1865/90 der Kommission vom 2. Juli 1990 über die Zahlung von Verzugszinsen bei verspäteter Rückzahlung von Strukturfondszuschüssen (ABl. Nr. L 170 vom 3. 7. 1990, S. 35).
710	Verordnung Nr. 11 des Rates vom 27. Juni 1960 über die Beseitigung von Diskriminierungen auf dem Gebiet der Frachten und Beförderungsbedingungen gemäß Artikel 79 Absatz 3 des Vertrages zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (ABl. Nr. 52 vom 16. 8. 1960, S. 1121/60), insbesondere die Artikel 17 und 18. Verordnung Nr. 17 des Rates vom 6. Februar 1962, Erste Durchführungsverordnung zu den Artikeln 85 und 86 des Vertrages (ABl. Nr. 13 vom 21. 2. 1962, S. 204/62), geändert und ergänzt durch die Verordnungen — Nr. 59 (ABl. Nr. 58 vom 10. 7. 1962, S. 1655/62), — Nr. 118/63/EWG (ABl. Nr. 162 vom 7. 11. 1963, S. 2696/63), — (EWG) Nr. 2822/71 (ABl. Nr. L 285 vom 29. 12. 1971, S. 49), insbesondere die Artikel 15 und 16. Verordnung (EWG) Nr. 1017/68 des Rates vom 19. Juli 1968 über die Anwendung von Wettbewerbsregeln auf dem Gebiet des Eisenbahn-, Straßen- und Binnenschiffsverkehrs (ABl. Nr. L 175 vom 23. 7. 1968, S. 1), insbesondere die Artikel 22 und 23.

KAPITEL 7 1 — GELDBUSSEN, ZWANGSGELDER UND STRAFEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1992	Haushaltsjahr 1991	Haushaltsjahr 1990
7 1 0	*(Fortsetzung)*			
	KAPITEL 7 1 INSGESAMT	p.m.	p.m.	593 608,86
	Titel 7 insgesamt	**p.m.**	**p.m.**	**1 703 773,66**

KAPITEL 7 1 — GELDBUSSEN, ZWANGSGELDER UND STRAFEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
7 1 0	*(Fortsetzung)* Verordnung (EWG) Nr. 4064/89 des Rates vom 21. Dezember 1989 über die Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen (ABl. Nr. L 395 vom 30. 12. 1989, S. 1), insbesondere Artikel 14 und 15.

TITEL 8

ANLEIHEN UND DARLEHEN

KAPITEL 80 — EINNAHMEN IM ZUSAMMENHANG MIT DER GARANTIE DER EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTSGEMEINSCHAFT FÜR ANLEIHEN UND DARLEHEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1992	Haushaltsjahr 1991	Haushaltsjahr 1990
	KAPITEL 80			
800	***Garantie der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft für Gemeinschaftsanleihen zur Stützung der Zahlungsbilanzen***	p.m.	p.m.	0,—
801	***Garantie der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft für Euratom-Anleihen***	p.m.	p.m.	0,—

TITEL 8

ANLEIHEN UND DARLEHEN

KAPITEL 80 — EINNAHMEN IM ZUSAMMENHANG MIT DER GARANTIE DER EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTSGEMEINSCHAFT FÜR ANLEIHEN UND DARLEHEN

Artikel Posten	Erläuterungen
800	Verordnung (EWG) Nr. 397/75 des Rates vom 17. Februar 1975 über die Gemeinschaftsanleihen (ABl. Nr. L 46 vom 20. 2. 1975, S. 1). Verordnung (EWG) Nr. 682/81 des Rates vom 16. März 1981 für die Anpassung des Systems der Gemeinschaftsanleihen zur Stützung der Zahlungsbilanzen der Mitgliedstaaten (ABl. Nr. L 73 vom 19. 3. 1981, S. 1). Beschluß 83/298/EWG des Rates vom 16. Mai 1983 betreffend eine Gemeinschaftsanleihe zugunsten der Französischen Republik (ABl. Nr. L 153 vom 11. 6. 1983, S. 44). Verordnung (EWG) Nr. 1131/85 des Rates vom 30. April 1985 zur Anpassung der Verordnung (EWG) Nr. 682/81 für den Ausbau des Systems der Gemeinschaftsanleihen zur Stützung der Zahlungsbilanzen der Mitgliedstaaten der Gemeinschaft (ABl. Nr. L 118 vom 1. 5. 1985, S. 59). Akte vom 12. Juni 1985 über die Bedingungen des Beitritts des Königreichs Spanien und der Portugiesischen Republik und die Anpassungen der Verträge (ABl. Nr. L 302 vom 15. 11. 1985, S. 23) und insbesondere die Erklärung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft in der Schlußakte über die Anwendung des Systems der Gemeinschaftsanleihen zugunsten Portugals. Beschluß 85/543/EWG des Rates vom 9. Dezember 1985 über eine Gemeinschaftsanleihe zugunsten der Griechischen Republik (ABl. Nr. L 341 vom 19. 12. 1985, S. 17). Verordnung (EWG) Nr. 1969/88 des Rates vom 24. Juni 1988 zur Einführung eines einheitlichen Systems des mittelfristigen finanziellen Beistands zur Stützung der Zahlungsbilanzen der Mitgliedstaaten (ABl. Nr. L 178 vom 8. 7. 1988, S. 1). Beschluß 91/136/EWG des Rates vom 4. März 1991 über eine Gemeinschaftsanleihe zugunsten der Griechischen Republik (ABl. Nr. L 66 vom 13. 3. 1991, S. 22). Die Garantie der EWG betrifft die auf den Kapitalmärkten oder bei Finanzinstitutionen aufgenommenen Anleihen. Der Kapitalbetrag der Darlehen, die damit den Mitgliedstaaten gewährt werden können, ist auf 14 Milliarden ECU begrenzt. Dieser Artikel dient der Verbuchung etwaiger Einnahmen aus den Rechten bei Inanspruchnahme der Garantie gemäß Artikel B0-2 0 0 des Ausgabenplans des Einzelplans III „Kommission", sofern diese Einnahmen nicht — wie eigentlich in Artikel 27 Absatz 3 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1), vorgesehen — von den Ausgaben abgezogen worden sind. In Anlage II von Teil B des Einzelplans III sind sämtliche Anleihe- und Darlehensoperationen einschließlich Schuldendienst (Kapital und Zinsen) zusammengefaßt.
801	Beschluß 77/270/Euratom des Rates vom 29. März 1977 zur Ermächtigung der Kommission, im Hinblick auf einen Beitrag zur Finanzierung von Kernkraftanlagen Euratom-Anleihen aufzunehmen (ABl. Nr. L 88 vom 6. 4. 1977, S. 9). Beschluß 77/271/Euratom des Rates vom 29. März 1977 zur Durchführung des Beschlusses 77/270/Euratom zur Ermächtigung der Kommission, im Hinblick auf einen Beitrag zur Finanzierung von Kernkraftanlagen Euratom-Anleihen aufzunehmen (ABl. Nr. L 88 vom 6. 4. 1977, S. 11). Beschluß 80/29/Euratom des Rates vom 20. Dezember 1979 zur Änderung des Beschlusses 77/271/Euratom zur Durchführung des Beschlusses 77/270/Euratom zur Ermächtigung der Kommission, im Hinblick auf einen Beitrag zur Finanzierung von Kernkraftanlagen Euratom-Anleihen aufzunehmen (ABl. Nr. L 12 vom 17. 1. 1980, S. 28). Beschluß 82/170/Euratom des Rates vom 15. März 1982 zur Änderung des Beschlusses 77/271/Euratom hinsichtlich des Gesamtbetrags der Euratom-Anleihen, welche die Kommission im Hinblick auf ihren Beitrag für die Finanzierung von Kernkraftanlagen aufnehmen kann (ABl. Nr. L 78 vom 24. 3. 1982, S. 21). Beschluß 85/537/Euratom des Rates vom 5. Dezember 1985 zur Änderung des Beschlusses 77/271/Euratom hinsichtlich des Gesamtbetrags der Euratom-Anleihen, welche die Kommission im Hinblick auf einen Beitrag für die Finanzierung von Kernkraftanlagen aufnehmen kann (ABl. Nr. L 334 vom 12. 12. 1985, S. 23). Beschluß 90/212/Euratom des Rates vom 23. April 1990 zur Änderung des Beschlusses 77/271/Euratom über die Anwendung des Beschlusses 77/270/Euratom, mit dem die Kommission ermächtigt wird, Euratom-Anleihen als Beitrag zur Finanzierung von Kernkraftwerken aufzunehmen (ABl. Nr. L 112 vom 3. 5. 1990, S. 26).

KAPITEL 80 — EINNAHMEN IM ZUSAMMENHANG MIT DER GARANTIE DER EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTSGEMEINSCHAFT FÜR ANLEIHEN UND DARLEHEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1992	Haushaltsjahr 1991	Haushaltsjahr 1990
801	*(Fortsetzung)*			
802	***Garantie der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft für Anleihen zur Investitionsförderung in der Gemeinschaft (Neues Gemeinschaftsinstrument)***	p.m.	p.m.	0,—

KAPITEL 80 — EINNAHMEN IM ZUSAMMENHANG MIT DER GARANTIE DER EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTSGEMEINSCHAFT FÜR ANLEIHEN UND DARLEHEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
801	*(Fortsetzung)* Der Gesamtbetrag der genehmigten Euratom-Anleihen wurde auf 4 Milliarden ECU festgesetzt. 1 Milliarde ECU wurde durch den Beschluß 77/270/Euratom, 1 Milliarde ECU durch den Beschluß 82/170/Euratom, 1 Milliarde ECU durch den Beschluß 85/537/Euratom und 1 Milliarde ECU durch den Beschluß 90/212/Euratom genehmigt. Dieser Artikel dient der Verbuchung etwaiger Einnahmen aus den Rechten bei Inanspruchnahme der Garantie gemäß Artikel B0-2 0 1 des Ausgabenplans des Einzelplans III „Kommission", sofern diese Einnahmen nicht — wie eigentlich in Artikel 27 Absatz 3 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1), vorgesehen — von den Ausgaben abgezogen worden sind. In Anlage II von Teil B des Einzelplans III sind sämtliche Anleihe- und Darlehensoperationen einschließlich Schuldendienst (Kapital und Zinsen) zusammengefaßt.
802	Beschluß 78/870/EWG des Rates vom 16. Oktober 1978 zur Ermächtigung der Kommission, Anleihen zur Investitionsförderung in der Gemeinschaft aufzunehmen (ABl. Nr. L 298 vom 25. 10. 1978, S. 9). Beschluß 79/486/EWG des Rates vom 14. Mai 1979 über die Durchführung des Beschlusses 78/870/EWG zur Ermächtigung der Kommission, Anleihen zur Investitionsförderung in der Gemeinschaft aufzunehmen (ABl. Nr. L 125 vom 22. 5. 1979, S. 16). Beschluß 80/739/EWG des Rates vom 22. Juli 1980 über die zweite Anwendung des Beschlusses 78/870/EWG zur Ermächtigung der Kommission, Anleihen zur Investitionsförderung in der Gemeinschaft aufzunehmen (ABl. Nr. L 205 vom 7. 8. 1980, S. 19). Beschluß 80/1103/EWG des Rates vom 25. November 1980 über die Verwendung eines Teils der zweiten Anleihetranche in Ergänzung des Beschlusses 80/739/EWG über die zweite Anwendung des Beschlusses 78/870/EWG zur Ermächtigung der Kommission, Anleihen zur Investitionsförderung in der Gemeinschaft aufzunehmen (ABl. Nr. L 326 vom 2. 12. 1980, S. 19). Beschluß 81/19/EWG des Rates vom 20. Januar 1981 über eine Sonderhilfe der Gemeinschaft zugunsten des Wiederaufbaus der vom Erdbeben im November 1980 betroffenen Gebiete in Italien (ABl. Nr. L 37 vom 10. 2. 1981, S. 21). Beschluß 81/1013/EWG des Rates vom 14. Dezember 1981 über eine Sonderbeihilfe der Gemeinschaft zugunsten des Wiederaufbaus der von den Erdbeben der Monate Februar und März 1981 in Griechenland betroffenen Gebiete (ABl. Nr. L 367 vom 23. 12. 1981, S. 27). Beschluß 82/169/EWG des Rates vom 15. März 1982 zur Ermächtigung der Kommission, Anleihen zur Investitionsförderung in der Gemeinschaft aufzunehmen (ABl. Nr. L 78 vom 24. 3. 1982, S. 19). Beschluß 82/268/EWG des Rates vom 26. April 1982 über die Anwendung des Beschlusses 82/169/EWG zur Ermächtigung der Kommission, Anleihen zur Investitionsförderung in der Gemeinschaft aufzunehmen (ABl. Nr. L 116 vom 30. 4. 1982, S. 16). Beschluß 83/200/EWG des Rates vom 19. April 1983 zur Ermächtigung der Kommission, im Rahmen des Neuen Gemeinschaftsinstruments Anleihen zur Investitionsförderung in der Gemeinschaft aufzunehmen (ABl. Nr. L 112 vom 28. 4. 1983, S. 26). Beschluß 83/308/EWG des Rates vom 13. Juni 1983 über die Anwendung des Beschlusses 83/200/EWG zur Ermächtigung der Kommission, im Rahmen des Neuen Gemeinschaftsinstruments Anleihen zur Investitionsförderung in der Gemeinschaft aufzunehmen (ABl. Nr. L 164 vom 23. 6. 1983, S. 31). Beschluß 84/383/EWG des Rates vom 23. Juli 1984 betreffend die Anwendung des Beschlusses 83/200/EWG zur Ermächtigung der Kommission, im Rahmen des Neuen Gemeinschaftsinstruments Anleihen zur Investitionsförderung in der Gemeinschaft aufzunehmen (ABl. Nr. L 208 vom 3. 8. 1984, S. 53). Beschluß 87/182/EWG des Rates vom 9. März 1987 zur Ermächtigung der Kommission, im Rahmen des Neuen Gemeinschaftsinstruments Anleihen zur Investitionsförderung in der Gemeinschaft aufzunehmen (ABl. Nr. L 71 vom 14. 3. 1987, S. 34). Der Höchstbetrag der genehmigten Anleihen wurde auf 6 830 000 000 ECU festgesetzt. Davon entfallen 1 Milliarde ECU auf die durch den Beschluß 78/870/EWG genehmigten Anleihen, 1 Milliarde ECU auf die durch den Beschluß 82/169/EWG genehmigten Anleihen und 1 080 000 000 ECU auf die durch die Beschlüsse 81/19/EWG und 81/1013/EWG genehmigten Anleihen. Hiervon sind die von der Europäischen Investitionsbank aus eigenen Mitteln für den gleichen Zweck gewährten Darlehen und die durch den Beschluß 83/200/EWG genehmigten Anleihen in Höhe von 3 Milliarden ECU und 750 000 000 ECU durch den Beschluß 87/182/EWG abzuziehen. Dieser Artikel dient der Verbuchung etwaiger Einnahmen aus den Rechten bei Inanspruchnahme der Garantie gemäß Artikel B0-2 0 2 des Ausgabenplans des Einzelplans III „Kommission", sofern diese Einnahmen nicht — wie eigentlich in Artikel 27 Absatz 3 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1), vorgesehen — von den Ausgaben abgezogen worden sind.

KAPITEL 80 — EINNAHMEN IM ZUSAMMENHANG MIT DER GARANTIE DER EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTSGEMEINSCHAFT FÜR ANLEIHEN UND DARLEHEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1992	Haushaltsjahr 1991	Haushaltsjahr 1990
802	*(Fortsetzung)*			
804	***Garantie der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft für ein Anleiheprogramm der Gemeinschaft zur Gewährung einer mittelfristigen Finanzhilfe für Ungarn***			
8040	Garantie der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft für die beiden ersten Tranchen eines Anleiheprogramms der Gemeinschaft zur Gewährung einer mittelfristigen Finanzhilfe für Ungarn	p.m.	p.m.	0,—
8041	Garantie der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft für eine zweite Anleihe der Gemeinschaft zur Gewährung einer zusätzlichen mittelfristigen Finanzhilfe für Ungarn	p.m.	p.m.	
	Artikel 804 insgesamt	p.m.	p.m.	0,—
805	***Garantie der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft für Darlehen der Europäischen Investitionsbank***			
8050	Garantie der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft für Darlehen der Europäischen Investitionsbank an Drittländer im Mittelmeerraum	p.m.	p.m.	0,—

KAPITEL 80 — EINNAHMEN IM ZUSAMMENHANG MIT DER GARANTIE DER EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTSGEMEINSCHAFT FÜR ANLEIHEN UND DARLEHEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
802	*(Fortsetzung)* Anlage II zu Teil B des Einzelplans III enthält eine Zusammenfassung der Anleihe- und Darlehenstransaktionen sowie des Schuldendienstes (Kapital und Zinsen).
804	
8040	Beschluß 90/83/EWG des Rates vom 22. Februar 1990 über eine mittelfristige Finanzhilfe für Ungarn (ABl. Nr. L 58 vom 7. 3. 1990, S. 7). Beschluß 90/681/EWG des Rates vom 21. Dezember 1990 über einen zweiten Teilbetrag der mittelfristigen Finanzhilfe für Ungarn (ABl. Nr. L 375 vom 31. 12. 1990, S. 18). Bei diesem Posten können Mittel für eine etwaige Ausfallbürgschaft der Gemeinschaft veranschlagt werden, die es der Kommission ermöglichen, für säumige Schuldner den Schuldendienst (Rückzahlung des Kapitals, Zinsen und Nebenkosten) für eine erste Tranche von 350 000 000 ECU und 260 000 000 ECU im Rahmen eines Anleihehöchstbetrags von 870 000 000 ECU zu leisten. Er dient der Verbuchung etwaiger Einnahmen aus den Rechten bei Inanspruchnahme der Garantie gemäß Posten B0-2 1 0 0 des Ausgabenplans des Einzelplans III „Kommission" des Gesamthaushaltsplans, sofern diese Einnahmen nicht — wie eigentlich in Artikel 27 Absatz 3 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1), vorgesehen — von den Ausgaben abgezogen worden sind. Anlage II zu Teil B des Einzelplans III enthält eine Zusammenfassung der Anleihe- und Darlehenstransaktionen sowie des Schuldendienstes (Kapital und Zinsen).
8041	Beschluß 91/310/EWG des Rates, vom 24. Juni 1991, über eine weitere mittelfristige Finanzhilfe für Ungarn (ABl. Nr. L 174 vom 3. 7. 1991, S. 34). Bei diesem Posten können Mittel für eine etwaige Ausfallbürgschaft der Gemeinschaft veranschlagt werden, die es der Kommission ermöglichen, für säumige Schuldner den Schuldendienst (Rückzahlung des Kapitals, Zinsen und Nebenkosten) im Rahmen eines Anleihehöchstbetrags von 180 000 000 ECU zu leisten. Er dient der Verbuchung etwaiger Einnahmen aus den Rechten bei Inanspruchnahme der Garantie gemäß Posten B0-2 1 0 1 des Ausgabenplans von Einzelplan III „Kommission", sofern diese Einnahmen nicht — wie eigentlich in Artikel 27 Absatz 3 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1), vorgesehen — von den Ausgaben abgezogen worden sind. Anlage II zu Teil B des Einzelplans III enthält eine Zusammenfassung der Anleihe- und Darlehenstransaktionen sowie des Schuldendienstes (Kapital und Zinsen).
805	
8050	Beschluß des Rates vom 7. Oktober 1975 (Soforthilfe für Portugal). Verordnung (EWG) Nr. 939/76 des Rates vom 23. April 1976 zum Abschluß des Finanzprotokolls und des Protokolls zur Festlegung einiger Bestimmungen betreffend das Abkommen zur Gründung einer Assoziation zwischen der EWG und Malta (ABl. Nr. L 111 vom 28. 4. 1976, S. 1). Beschluß des Rates vom 19. Oktober 1976 (Abkommen mit Jugoslawien). Beschluß des Rates vom 8. März 1977 (Mittelmeerprotokolle). Beschluß des Rates vom 20. Dezember 1977 (außerordentliche Hilfe für den Libanon). Beschluß 78/666/EWG des Rates vom 25. Juli 1978 über den Abschluß des Finanzprotokolls zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und Griechenland (ABl. Nr. L 225 vom 16. 8. 1978, S. 25). Verordnung (EWG) Nr. 2210/78 des Rates vom 26. September 1978 über den Abschluß des Kooperationsabkommens zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Demokratischen Volksrepublik Algerien (ABl. Nr. L 263 vom 27. 9. 1978, S. 1).

KAPITEL 80 — EINNAHMEN IM ZUSAMMENHANG MIT DER GARANTIE DER EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTSGEMEINSCHAFT FÜR ANLEIHEN UND DARLEHEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1992	Haushaltsjahr 1991	Haushaltsjahr 1990
805	*(Fortsetzung)*			
8050	*(Fortsetzung)*			

KAPITEL 80 — EINNAHMEN IM ZUSAMMENHANG MIT DER GARANTIE DER EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTSGEMEINSCHAFT FÜR ANLEIHEN UND DARLEHEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
805	*(Fortsetzung)*
8050	*(Fortsetzung)*
	Verordnung (EWG) Nr. 2211/78 des Rates vom 26. September 1978 über den Abschluß des Kooperationsabkommens zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Königreich Marokko (ABl. Nr. L 264 vom 27. 9. 1978, S. 1).
	Verordnung (EWG) Nr. 2212/78 des Rates vom 26. September 1978 über den Abschluß des Kooperationsabkommens zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Tunesischen Republik (ABl. Nr. L 265 vom 27. 9. 1978, S. 1).
	Verordnung (EWG) Nr. 2213/78 des Rates vom 26. September 1978 über den Abschluß des Kooperationsabkommens zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Arabischen Republik Ägypten (ABl. Nr. L 266 vom 27. 9. 1978, S. 1).
	Verordnung (EWG) Nr. 2214/78 des Rates vom 26. September 1978 über den Abschluß des Kooperationsabkommens zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Libanesischen Republik (ABl. Nr. L 267 vom 27. 9. 1978, S. 1).
	Verordnung (EWG) Nr. 2215/78 des Rates vom 26. September 1978 über den Abschluß des Kooperationsabkommens zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Haschemitischen Königreich Jordanien (ABl. Nr. L 268 vom 27. 9. 1978, S. 1).
	Verordnung (EWG) Nr. 2216/78 des Rates vom 26. September 1978 über den Abschluß des Kooperationsabkommens zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Arabischen Republik Syrien (ABl. Nr. L 269 vom 27. 9. 1978, S. 1).
	Verordnung (EWG) Nr. 2217/78 des Rates vom 26. September 1978 über den Abschluß des Zusatzprotokolls zum Abkommen zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Staat Israel sowie des Protokolls über die finanzielle Zusammenarbeit (ABl. Nr. L 270 vom 27. 9. 1978, S. 1).
	Verordnung (EWG) Nr. 2237/78 des Rates vom 26. September 1978 über den Abschluß des Finanzprotokolls und des Zusatzprotokolls zum Abkommen zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der portugiesischen Republik (ABl. Nr. L 274 vom 29. 9. 1978, S. 1).
	Verordnung (EWG) Nr. 2760/78 des Rates vom 23. November 1978 über den Abschluß des Finanzprotokolls zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Republik Zypern (ABl. Nr. L 332 vom 29. 11. 1978, S. 1).
	Beschluß 79/281/EWG des Rates vom 5. März 1979 über den Abschluß des Finanzprotokolls zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Türkei (ABl. Nr. L 67 vom 17. 3. 1979, S. 14).
	Verordnung (EWG) Nr. 1273/80 des Rates vom 23. Mai 1980 über den Abschluß des Interimsprotokolls zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien betreffend die vorzeitige Inkraftsetzung des Protokolls Nr. 2 des Kooperationsabkommens (ABl. Nr. L 130 vom 27. 5. 1980, S. 98).
	Verordnung (EWG) Nr. 3323/80 des Rates vom 18. Dezember 1980 über den Abschluß des Abkommens in Form eines Briefwechsels zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Portugiesischen Republik über die Durchführung einer Hilfe zugunsten Portugals vor dessen Beitritt (ABl. Nr. L 349 vom 23. 12. 1980, S. 1).
	Beschluß des Rates vom 4. Juni 1981 (finanzielle Zusammenarbeit mit Spanien).
	Beschluß des Rates vom 19. Juli 1982 (zusätzliche Soforthilfe für den Wiederaufbau in Libanon).
	Verordnung (EWG) Nr. 3177/82 des Rates vom 22. November 1982 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Demokratischen Volksrepublik Algerien (ABl. Nr. L 337 vom 29. 11. 1982, S. 1).
	Verordnung (EWG) Nr. 3178/82 des Rates vom 22. November 1982 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Arabischen Republik Ägypten (ABl. Nr. L 337 vom 29. 11. 1982, S. 8).
	Verordnung (EWG) Nr. 3179/82 des Rates vom 22. November 1982 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Haschemitischen Königreich Jordanien (ABl. Nr. L 337 vom 29. 11. 1982, S. 15).
	Verordnung (EWG) Nr. 3180/82 des Rates vom 22. November 1982 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Libanesischen Republik (ABl. Nr. L 337 vom 27. 11. 1982, S. 22).
	Verordnung (EWG) Nr. 3181/82 des Rates vom 22. November 1982 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Königreich Marokko (ABl. Nr. L 337 vom 29. 11. 1982, S. 29).
	Verordnung (EWG) Nr. 3182/82 des Rates vom 22. November 1982 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Arabischen Republik Syrien (ABl. Nr. L 337 vom 29. 11. 1982, S. 36).
	Verordnung (EWG) Nr. 3183/82 des Rates vom 22. November 1982 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Tunesischen Republik (ABl. Nr. L 337 vom 29. 11. 1982, S. 43).
	Beschluß des Rates vom 17. Oktober 1983 (Verlängerung der finanziellen Zusammenarbeit mit Spanien und Portugal).
	Verordnung (EWG) Nr. 3354/83 des Rates vom 22. November 1983 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Staat Israel (ABl. Nr. L 335 vom 30. 11. 1983, S. 7).

KAPITEL 80 — EINNAHMEN IM ZUSAMMENHANG MIT DER GARANTIE DER EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTSGEMEINSCHAFT FÜR ANLEIHEN UND DARLEHEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1992	Haushaltsjahr 1991	Haushaltsjahr 1990
805	*(Fortsetzung)*			
8050	*(Fortsetzung)*			

KAPITEL 80 — EINNAHMEN IM ZUSAMMENHANG MIT DER GARANTIE DER EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTSGEMEINSCHAFT FÜR ANLEIHEN UND DARLEHEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
805	*(Fortsetzung)*
8050	*(Fortsetzung)*
	Verordnung (EWG) Nr. 787/84 des Rates vom 26. März 1984 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Republik Zypern (ABl. Nr. L 85 vom 28. 3. 1984, S. 37).
	Beschluß des Rates vom 18. Juni 1984 (Schreiben des Ratspräsidenten an die Europäische Investitionsbank: Empfehlung, die finanzielle Zusammenarbeit mit Spanien und Portugal zum zweiten Mal zu verlängern).
	Beschluß des Rates vom 9. Oktober 1984 (Darlehen außerhalb des Protokolls mit Jugoslawien).
	Verordnung (EWG) Nr. 2458/86 des Rates vom 7. Juli 1986 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Republik Malta (ABl. Nr. L 216 vom 5. 8. 1986, S 1).
	Beschluß 87/604/EWG des Rates vom 21. Dezember 1987 über den Abschluß des zweiten Protokolls über die finanzielle Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien (ABl. Nr. L 389 vom 31. 12. 1987, S. 65).
	Beschluß 88/30/EWG des Rates vom 21. Dezember 1987 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Demokratischen Volksrepublik Algerien (ABl. Nr. L 22 vom 27. 1. 1988, S. 1).
	Beschluß 88/31/EWG des Rates vom 21. Dezember 1987 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Arabischen Republik Ägypten (ABl. Nr. L 22 vom 27. 1. 1988, S. 9).
	Beschluß 88/32/EWG des Rates vom 21. Dezember 1987 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Haschemitischen Königreich Jordanien (ABl. Nr. L 22 vom 27. 1. 1988, S. 17).
	Beschluß 88/33/EWG des Rates vom 21. Dezember 1987 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Libanesischen Republik (ABl. Nr. L 22 vom 27. 1. 1988, S. 25).
	Beschluß 88/34/EWG des Rates vom 21. Dezember 1987 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Tunesischen Republik (ABl. Nr. L 22 vom 27. 1. 1988, S. 33).
	Beschluß 88/453/EWG des Rates vom 30. Juni 1988 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Königreich Marokko (ABl. Nr. L 224 vom 13. 8. 1988, S. 32).
	Beschluß 88/597/EWG des Rates vom 21. November 1988 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Staat Israel (ABl. Nr. L 327 vom 30. 11. 1988, S. 51).
	Beschluß 89/378/EWG des Rates vom 12. Juni 1989 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und Malta (ABl. Nr. L 180 vom 27. 6. 1989, S. 46).
	Beschluß 90/153/EWG des Rates vom 26. Februar 1990 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Republik Zypern (ABl. Nr. L 82 vom 29. 3. 1990, S. 32).
	Empfehlung für einen Beschluß des Rates, von der Kommission vorgelegt am 20. Dezember 1990, über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Arabischen Republik Syrien (ABl. Nr. C 16 vom 24. 1. 1991, S. 9).
	Vorschlag für einen Beschluß des Rates, von der Kommission vorgelegt am 6. April 1991, über den Abschluß des dritten Protokolls über die finanzielle Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien (ABl. Nr. C 134 vom 24. 5. 1991, S. 5).
	Empfehlung für einen Beschluß des Rates, von der Kommission vorgelegt am 6. Mai 1991, über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Arabischen Republik Ägypten, der Demokratischen Volksrepublik Algerien, dem Königreich Marokko und der Tunesischen Republik (ABl. Nr. C 135 vom 25. 5. 1991, S. 4).
	Empfehlung für einen Beschluß des Rates, von der Kommission vorgelegt am 6. Mai 1991, über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Staat Israel (ABl. Nr. C 135 vom 25. 5. 1991, S. 12).
	Empfehlung für einen Beschluß des Rates, von der Kommission vorgelegt am 31. Mai 1991, über den Abschluß der Protokolle über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Haschemitischen Königreich Jordanien, der Libanesischen Republik und der Arabischen Republik Syrien (ABl. Nr. C 162 vom 21. 6. 1991, S. 5).

KAPITEL 80 — EINNAHMEN IM ZUSAMMENHANG MIT DER GARANTIE DER EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTSGEMEINSCHAFT FÜR ANLEIHEN UND DARLEHEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1992	Haushaltsjahr 1991	Haushaltsjahr 1990
805	*(Fortsetzung)*			
8050	*(Fortsetzung)*			
8051	Garantie der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft für Darlehen der Europäischen Investitionsbank an Drittländer in Mittel- und Osteuropa	p.m.	p.m.	0,—
	Artikel 805 insgesamt	p.m.	p.m.	0,—
806	***Garantie der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft für Anleihen der Gemeinschaft und bereitgestellte Mittel zur Gewährleistung der Ausfuhr von Agrarerzeugnissen und Nahrungsmitteln in die Sowjetunion***			
8060	Garantie der Gemeinschaft zur Gewährleistung der Ausfuhr landwirschaftlicher Erzeugnisse und Nahrungsmitteln in die Sowjetunion	p.m.	p.m.	

KAPITEL 80 — EINNAHMEN IM ZUSAMMENHANG MIT DER GARANTIE DER EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTSGEMEINSCHAFT FÜR ANLEIHEN UND DARLEHEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
805	*(Fortsetzung)*
8050	*(Fortsetzung)* Dieser Posten dient der Verbuchung etwaiger Einnahmen aus den Rechten bei Inanspruchnahme der Garantie gemäß Artikel B0-2 1 1 des Ausgabenplans des Einzelplans III „Kommission", sofern diese Einnahmen nicht — wie eigentlich in Artikel 27 Absatz 3 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1), vorgesehen — von den Ausgaben abgezogen worden sind. Anlage II zu Teil B des Einzelplans III sind sämtliche Anleihe- und Darlehensoperationen einschließlich Schuldendienst (Kapital und Zinsen) zusammengefaßt.
8051	Beschluß 90/62/EWG des Rates vom 12. Februar 1990 zur Garantieleistung der Gemeinschaft bei der Europäischen Investitionsbank für Verluste im Rahmen von Darlehen für Vorhaben in Ungarn und Polen (ABl. Nr. L 42 vom 16. 2. 1990, S. 68). Beschluß 91/252/EWG des Rates vom 14. Mai 1991 zur Ausdehnung des Beschlusses 90/62/EWG zur Garantieleistung der Gemeinschaft bei der Europäischen Investitionsbank für Verluste im Rahmen von Darlehen für Vorhaben in Ungarn und Polen auf solche in der Tschechoslowakei, Bulgarien und Rumänien (ABl. Nr. L 123 vom 18. 5. 1991, S. 44). Der Beschluß 90/62/EWG bildet die Grundlage für einen Garantievertrag, der am 24. April 1990 (Brüssel) und am 14. Mai 1990 (Luxemburg) von der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Europäischen Investitionsbank für Darlehen zugunsten Ungarns und Polens unterzeichnet wurde, sowie für eine Ausdehnung der Vertragsbestimmungen auf Darlehen für die Tschechoslowakei und Bulgarien (Unterzeichnung des Vertrages am 31. Juli 1991 in Brüssel und Luxemburg). Dieser Posten deckt die Ausfallbürgschaft der Gemeinschaft ab. Er erlaubt es der Kommission, den Schuldendienst (Rückzahlung von Kapital, Zinsen und Nebenkosten) im Zusammenhang mit Darlehen der Europäischen Investitionsbank im Gesamtbetrag von maximal 1,7 Milliarden ECU für säumige Schuldner zu leisten. Er dient der Verbuchung etwaiger Einnahmen aus den Rechten bei Inanspruchnahme der Garantie gemäß Artikel B0-2 1 2 des Ausgabenplans des Einzelplans III „Kommission", sofern diese Einnahmen nicht — wie eigentlich in Artikel 27 Absatz 3 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1), vorgesehen — von den Ausgaben abgezogen worden sind. Anlage II zu Teil B des Einzelplans III enthält eine Zusammenfassung der Anleihe- und Darlehenstransaktionen sowie des entsprechenden Schuldendienstes.
806	
8060	*Vormals Posten 8061* Verordnung (EWG) Nr. 599/91 des Rates vom 5. März 1991 über eine Kreditbürgschaft für die Ausfuhr von Agrarerzeugnissen und Nahrungsmitteln der Gemeinschaft in die Sowjetunion (ABl. Nr. L 67 vom 14. 3. 1991, S. 21), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 3281/91 (ABl. Nr. L 310 vom 12. 11. 1991, S. 1). Verordnung (EWG) Nr. 599/91 liegt einem zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und einem von der Deutschen Bank vertretenen Bankenkonsortium am 26. November 1991 unterzeichneten Kreditbürgschaftsvertrag zugrunde, durch den der Sowjetunion Darlehen gewährt werden. In einem Übereinkommen zwischen der Gemeinschaft und der Sowjetunion vom 26. November 1991 werden die Darlehensbestimmungen und die Einzelheiten für die Verwendung der Mittel festgelegt. Bei diesem Posten können Mittel für die Ausfallbürgschaft der Gemeinschaft veranschlagt werden, die es der Kommission ermöglicht, für säumige Schuldner den Schuldendienst (Rückzahlung des Kapitals, Zinsen und Nebenkosten) im Rahmen eines globalen Darlehenshöchstbetrags von 500 000 000 ECU zu leisten. Er dient der Verbuchung etwaiger Einnahmen aus den Rechten bei der Inanspruchnahme der Garantie gemäß Posten B0-2 1 3 0 des Ausgabenplans von Einzelplan III „Kommission", sofern diese Einnahmen nicht — wie eigentlich in Artikel 27 Absatz 3 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1) vorgesehen — von den Ausgaben abgezogen worden sind. Anlage II zu Teil B des Einzelplans III enthält eine Zusammenfassung der Anleihe- und Darlehenstransaktionen sowie des Schuldendienstes.

KAPITEL 80 — EINNAHMEN IM ZUSAMMENHANG MIT DER GARANTIE DER EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTSGEMEINSCHAFT FÜR ANLEIHEN UND DARLEHEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1992	Haushaltsjahr 1991	Haushaltsjahr 1990
806	*(Fortsetzung)*			
8061	Ertrag der Avalprovision im Rahmen der Kreditbürgschaft der Gemeinschaft für die Ausfuhr von Agrarerzeugnissen und Nahrungsmitteln der Gemeinschaft in die Sowjetunion	p.m.	p.m.	
8062	Garantie der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft für eine Anleihe der Gemeinschaft zur Gewährung einer mittelfristigen Finanzhilfe für die Sowjetunion und ihre Republiken	p.m.		
	Artikel 806 insgesamt	p.m.	p.m.	
807	***Garantie der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft für eine Anleihe der Gemeinschaft zur Gewährung einer mittelfristigen Finanzhilfe für die Tschechoslowakei***	p.m.	p.m.	
808	***Garantie der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft für eine Anleihe der Gemeinschaft zur Gewährung einer mittelfristigen Finanzhilfe für Bulgarien***	p.m.	p.m.	

KAPITEL 80 — EINNAHMEN IM ZUSAMMENHANG MIT DER GARANTIE DER EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTSGEMEINSCHAFT FÜR ANLEIHEN UND DARLEHEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
806	*(Fortsetzung)*
8061	*Vormals Posten 8062* Verordnung (EWG) Nr. 599/91 des Rates vom 5. März 1991 über eine Kreditbürgschaft für die Ausfuhr von Agrarerzeugnissen und Nahrungsmitteln der Gemeinschaft in die Sowjetunion (ABl. Nr. L 67 vom 14. 3. 1991, S. 21), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 3281/91 (ABl. Nr. L 310 vom 12. 11. 1991, S. 1). Auf der Grundlage der Verordnung (EWG) Nr. 599/91 haben die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und ein durch die Deutsche Bank vertretenes Bankenkonsortium am 26. November 1991 einen Bürgschaftsvertrag im Zusammenhang mit Darlehen für die Sowjetunion unterzeichnet. In einem zwischen der Gemeinschaft und der Sowjetunion am 26. November 1991 geschlossenen Abkommen sind die Darlehensbestimmungen sowie die Einzelheiten der Mittelverwendung festgelegt. Dieser Posten dient der Verbuchung der Einnahmen aus der Anwendung der in der Verordnung (EWG) Nr. 599/91 vorgesehenen Avalprovision. Die Avalprovision wird nach Konsultation des in der vorgenannten Verordnung vorgesehenen Ausschusses in einem zwischen der Gemeinschaft und der Sowjetunion zu schließenden Abkommen festgelegt.
8062	*Neuer Posten* Beschluß 91/658/EWG des Rates vom 16. Dezember 1991 über ein mittelfristiges Darlehen für die Sowjetunion und ihre Republiken (ABl. Nr. L 362 vom 31. 12. 1991, S. 89). Mit diesem Posten wird die von der Gemeinschaft bereitgestellte Garantie eingesetzt, die es der Kommission ermöglicht, bei Ausfall des Schuldners den Schuldendienst (Rückzahlung von Kapital, Zinsen und Nebenkosten) für ein Darlehen in einer Gesamthöhe von maximal 1 250 000 000 ECU von einer Gesamtlaufzeit von 5 Jahren zu übernehmen. Dieser Posten dient der Verbuchung etwaiger Einnahmen aus den Rechten bei der Inanspruchnahme der Garantie gemäß Posten B0-2 1 3 1 des Ausgabenplans des Einzelplans III „Kommission", sofern diese Einnahmen nicht gemäß Artikel 27 Absatz 3 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1), von den Ausgaben abgezogen worden sind.
807	Beschluß 91/106/EWG des Rates vom 25. Februar 1991 über eine mittelfristige Finanzhilfe für die Tschechische und Slowakische Föderative Republik (ABl. Nr. L 56 vom 2. 3. 1991, S. 24). Bei diesem Artikel können Mittel für die Ausfallbürgschaft der Gemeinschaft veranschlagt werden, die es der Kommission ermöglicht, für säumige Schuldner den Schuldendienst (Rückzahlung des Kapitals, Zinsen und Nebenkosten) im Rahmen eines globalen Darlehenshöchstbetrags von 375 000 000 ECU zu leisten. Er dient der Verbuchung etwaiger Einnahmen aus den Rechten bei der Inanspruchnahme der Garantie gemäß Artikel B0-2 1 4 des Ausgabenplans von Einzelplan III „Kommission", sofern diese Einnahmen nicht — wie eigentlich in Artikel 27 Absatz 3 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1), vorgesehen — von den Ausgaben abgezogen worden sind. Anlage II zu Teil B des Einzelplans III enthält eine Zusammenfassung der Anleihe- und Darlehenstransaktionen sowie des Schuldendienstes (Kapital und Zinsen).
808	Beschluß 91/311/EWG des Rates vom 24. Juni 1991 über eine mittelfristige Finanzhilfe für Bulgarien (ABl. Nr. L 174 vom 3. 7. 1991, S. 36). Bei diesem Artikel können Mittel für die Ausfallbürgschaft der Gemeinschaft veranschlagt werden, die es der Kommission ermöglicht, für säumige Schuldner den Schuldendienst (Rückzahlung des Kapitals, Zinsen und Nebenkosten) im Rahmen eines globalen Darlehenshöchstbetrags von 290 000 000 ECU zu leisten. Er dient der Verbuchung etwaiger Einnahmen aus den Rechten bei der Inanspruchnahme der Garantie gemäß Artikel B0-2 1 5 des Ausgabenplans von Einzelplan III „Kommission", sofern diese Einnahmen nicht — wie eigentlich in Artikel 27 Absatz 3 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1), vorgesehen — von den Ausgaben abgezogen worden sind. Anlage II zu Teil B des Einzelplans III enthält eine Zusammenfassung der Anleihe- und Darlehenstransaktionen sowie des Schuldendienstes (Kapital und Zinsen).

KAPITEL 80 — EINNAHMEN IM ZUSAMMENHANG MIT DER GARANTIE DER EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTSGEMEINSCHAFT FÜR ANLEIHEN UND DARLEHEN *(Fortsetzung)*

KAPITEL 81 — VON DER KOMMISSION GEWÄHRTE DARLEHEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1992	Haushaltsjahr 1991	Haushaltsjahr 1990
809	***Sonstige Garantien der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft***			
8090	Garantie der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft für die Gemeinschaftsanleihe zur Gewährung einer mittelfristigen Finanzhilfe für Rumänien	p.m.	p.m.	
8091	Garantie der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft für die Gemeinschaftsanleihe zur Gewährung eines mittelfristigen Darlehens für Algerien	p.m.	p.m.	
	Artikel 809 insgesamt	p.m.	p.m.	
	KAPITEL 80 INSGESAMT	p.m.	p.m.	0,—
	KAPITEL 81			
810	***Rückfluß und Zinserlös bei im Rahmen von Finanzprotokollen gewährten Sonderdarlehen und haftendem Kapital***	14 175 000	12 440 000	12 996 848,63
811	***Rückfluß und Zinserlös im Rahmen der von der Kommission für die Verbesserung der Wohnbedingungen der Wanderarbeitnehmer gewährten Darlehen***	72 000	72 000	82 422,53
812	***Rückfluß und Zinserlös im Rahmen der den Beamten der Organe durch die Kommission gewährten Baudarlehen***	75 000	75 000	70 615,43
813	***Rückfluß und Zinserlös im Rahmen der Darlehen und des haftenden Kapitals, das die Kommission im Zusammenhang mit der Aktion „EC-International Investment Partners" Entwicklungsländern in Asien und Lateinamerika und im südlichen Mittelmeerraum gewährt***	p.m.	p.m.	0,—
814	***Rückzahlung und Zinserträge aus den Darlehen, die den von der Golfkrise am unmittelbarsten betroffenen Ländern gewährt wurden***	p.m.	p.m.	

KAPITEL 80 — EINNAHMEN IM ZUSAMMENHANG MIT DER GARANTIE DER EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTSGEMEINSCHAFT FÜR ANLEIHEN UND DARLEHEN *(Fortsetzung)*

KAPITEL 81 — VON DER KOMMISSION GEWÄHRTE DARLEHEN

Artikel Posten	Erläuterungen
809	
8090	Beschluß 91/384/EWG des Rates vom 22. Juli 1991 über eine mittelfristige Finanzhilfe für Rumänien (ABl. Nr. L 208 vom 30. 7. 1991, S. 64). Dieser Artikel dient der Verbuchung etwaiger Einnahmen aus den Rechten bei Inanspruchnahme der Garantie gemäß Artikel B0-2 1 6 des Ausgabenplans im Einzelplan III „Kommission", sofern diese Einnahmen nicht gemäß Artikel 27 Absatz 3 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1), von den Ausgaben abgezogen worden sind.
8091	Beschluß 91/510/EWG des Rates vom 23. September 1991 über die Gewährung eines mittelfristigen Darlehens an Algerien (ABl. Nr. L 272 vom 28. 9. 1991, S. 90). Dieser Artikel dient der Verbuchung etwaiger Einnahmen aus den Rechten bei Inanspruchnahme der Garantie gemäß Artikel B0-2 1 8 des Ausgabenplans im Einzelplan III „Kommission", sofern diese Einnahmen nicht gemäß Artikel 27 Absatz 3 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1), von den Ausgaben abgezogen worden sind.
810	Dieser Artikel dient der Verbuchung der Kapitalrückzahlungen und der Zinserträge aus Sonderdarlehen und haftendem Kapital, die aus den in Kapitel B7-4 0 des Ausgabenplans von Einzelplan III „Kommission" vorgesehenen Mitteln Ländern gewährt wurden, für die in den Finanzprotokollen im Anhang zu den geschlossenen Abkommen die Gewährung derartiger Darlehen und von haftendem Kapital durch die Gemeinschaft vorgesehen ist. Die tatsächlichen Einnahmen sind wegen der Zahlung der Zinsen für Sonderdarlehen und haftendes Kapital, die noch im vergangenen Haushaltsjahr und im laufenden Haushaltsjahr ausgezahlt werden können, normalerweise höher als die Mittelansätze im Haushaltsplan. Die Zinsen für Sonderdarlehen und Risikokapital werden ab Auszahlung fällig; die ersteren sind halbjährlich, die zweiten jährlich zahlbar.
811	Zinsen und Kapitalrückfluß im Rahmen der aus einem Teil der Mittel des Postens B3-4 1 1 0 des Ausgabenplans von Einzelplan III „Kommission" zugunsten der Wanderarbeitnehmer gewährten Darlehen.
812	Zinsen und Kapitalrückfluß im Rahmen der an die Beamten gewährten Baudarlehen.
813	Vorschlag für eine Verordnung (EWG) des Rates, von der Kommission vorgelegt am 5. Dezember 1990, über das Finanzinstrument „EC-International Investment Partners" für die Länder Asiens, Lateinamerikas und des Mittelmeerraums (ABl. Nr. C 81 vom 26. 3. 1991, S. 6), geändert am 20. November 1991 (ABl. Nr. C 314 vom 5. 12. 1991, S. 9). Dieser Artikel dient der Verbuchung der Kapitalrückzahlungen und der Zinserträge aus Darlehen und Risikokapital, die aus den bei den Posten B7-3 0 0 5, B7-3 0 1 5 und B7-4 0 8 5 des Teils B des Ausgabenplans von Einzelplan III „Kommission" (EC-International Investment Partners) veranschlagten Mitteln gewährt wurden.
814	Verordnung (EWG) Nr. 3557/90 des Rates vom 4. Dezember 1990 über eine finanzielle Unterstützung der von der Golfkrise am unmittelbarsten betroffenen Länder (ABl. Nr. L 347 vom 12. 12. 1990, S. 1).

KAPITEL 8 1 — VON DER KOMMISSION GEWÄHRTE DARLEHEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1992	Haushaltsjahr 1991	Haushaltsjahr 1990
8 1 4	*(Fortsetzung)*			
8 1 5	***Garantie der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft für eine Anleihe der Gemeinschaft zur Gewährung eines mittelfristigen Darlehens an Israel***	p.m.	p.m.	
	KAPITEL 8 1 INSGESAMT	14 322 000	12 587 000	13 149 886,59
	Titel 8 insgesamt	**14 322 000**	**12 587 000**	**13 149 886,59**

KAPITEL 8 1 — VON DER KOMMISSION GEWÄHRTE DARLEHEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
8 1 4	*(Fortsetzung)* Dieser Artikel dient der Verbuchung der Rückzahlungen der Hauptschuld und der Zinserträge aus Darlehen, die aus den Mitteln des Artikels B7-7 0 0 des Ausgabenplans des Einzelplans III „Kommission" den von der Golfkrise betroffenen Ländern gewährt wurden.
8 1 5	Beschluß 91/408/EWG des Rates vom 22. Juli 1991 über eine Finanzhilfe für Israel und die palästinensische Bevölkerung der besetzten Gebiete (ABl. Nr. L 227 vom 15. 8. 1991, S. 33). Dieser Artikel deckt die Ausfallbürgschaft der Gemeinschaft ab, die es der Kommission ermöglicht, für säumige Schuldner den Schuldendienst (Rückzahlung des Kapitals, Zinsen und Nebenkosten) im Zusammenhang mit einem Darlehen im Gesamtbetrag von maximal 160 000 000 ECU zu leisten. Er dient der Verbuchung etwaiger Einnahmen aus den Rechten bei Inanspruchnahme der Garantie gemäß Artikel B0-2 1 7 des Ausgabenplans von Einzelplan III „Kommission", sofern diese Einnahmen nicht — wie eigentlich in Artikel 27 Absatz 3 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1), vorgesehen — von den Ausgaben abgezogen worden sind. Anlage II zu Teil B des Einzelplans III enthält eine Zusammenfassung der Anleihe- und Darlehenstransaktionen sowie des entsprechenden Schuldendienstes.

TITEL 9

SONSTIGE EINNAHMEN

KAPITEL 9 0 — SONSTIGE EINNAHMEN

KAPITEL 9 1 — (FREIWILLIGER) BEITRAG DER ABGEORDNETEN DES PARLAMENTS ZU EINER VERSORGUNGSORDNUNG

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1992	Haushaltsjahr 1991	Haushaltsjahr 1990
	KAPITEL 9 0			
9 0 0	***Sonstige Einnahmen***	1 922 000	3 003 000	1 880 589,35
	KAPITEL 9 0 INSGESAMT	1 922 000	3 003 000	1 880 589,35
	KAPITEL 9 1			
9 1 0	***(Freiwilliger) Beitrag der Abgeordneten des Parlaments zu einer Versorgungsordnung***	820 000	765 000	779 226,—
	KAPITEL 9 1 INSGESAMT	820 000	765 000	779 226,—
	Titel 9 insgesamt	**2 742 000**	**3 768 000**	**2 659 815,35**
	GESAMTBETRAG	**62 827 602 349** ***1 200 000 000*** (1)	**56 085 448 195**	**46 469 145 079,96**

(1) Dieser Betrag ist nicht im Gesamtbetrag der Einnahmen enthalten; er wird erst nach der Revision der Finanziellen Vorausschau wirksam.

TITEL 9

SONSTIGE EINNAHMEN

KAPITEL 9 0 — SONSTIGE EINNAHMEN

KAPITEL 9 1 — (FREIWILLIGER) BEITRAG DER ABGEORDNETEN DES PARLAMENTS ZU EINER VERSORGUNGSORDNUNG

Artikel Posten	Erläuterungen		
900	Parlament		50 000
	Rat		792 000
	Kommission		1 000 000
	Gerichtshof		30 000
	Rechnungshof		50 000
		Insgesamt	1 922 000
910	Parlament		820 000

B. FINANZIERUNG DES GESAMTHAUSHALTSPLANS

Mittelansätze, die im Haushaltsjahr 1992 gemäß Artikel 1 des Beschlusses 88/376/EWG, Euratom vom 24. Juni 1988 über das System der Eigenmittel der Gemeinschaften und gemäß Artikel 10 des Vertrages vom 22. April 1970 zur Änderung bestimmter Haushaltsvorschriften der Verträge zur Gründung der Europäischen Gemeinschaften und des Vertrages zur Einsetzung eines gemeinsamen Rates und einer gemeinsamen Kommission der Europäischen Gemeinschaften zu decken sind

Beschreibung	Beträge
Ausgaben	
A. *Einzelplan III — Kommission (Teil B)*	
1. Europäischer Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft, Abteilung Garantie (Teileinzelplan B1)	36 039 000 000
2. Strukturmaßnahmen und Fischerei (Teileinzelplan B2)	17 619 522 000
3. Allgemeine und berufliche Bildung, Jugendpolitik, Kultur Information und sonstige Sozialmaßnahmen (Teileinzelplan B3)	506 286 000
4. Energie, Euratom-Sicherheitsüberwachung und Umwelt (Teileinzelplan B4)	225 580 001
5. Verbraucherschutz, Binnenmarkt, Industrie und technologische Entwicklung (Teileinzelplan B5)	252 924 000
6. Forschung und technologische Entwicklung (Teileinzelplan B6)	1 945 146 021
7. Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern und anderen Drittländern (Teileinzelplan B7)	2 268 719 999
8. Unterstützungsausgaben für Gemeinschaftsmaßnahmen (Teileinzelplan B8)	151 110 000
9. Rückzahlungen, Garantien, Reserven (Teileinzelplan B0)	891 937 665
Einzelplan III Teil B insgesamt	59 900 225 686
B. *Einzelplan III — Kommission (Teil A)*	1 872 707 101
Einzelplan III insgesamt	61 772 932 787
C. *Einzelpläne I, II, IV und V — Sonstige Organe*	1 054 669 562
Gesamtbetrag der Ausgaben	**62 827 602 349**
Einnahmen	
Verschiedene Einnahmen (Titel 4 bis 9)	385 883 710
Verfügbarer Überschuß aus vorangegangenen Haushaltsjahren	p.m.
Eigemittelüberschuß Währungsreserve des Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft	p.m.
Gesamtbetrag der Einnahmen	**385 883 710**
Durch die Eigenmittel im Sinne von Artikel 2 des Beschlusses 88/376/EWG, Euratom zu deckende Mittelansätze	**62 441 718 639**

Betrag der durch die Eigenmittel im Sinne von Artikel 2 des Beschlusses 88/376/EWG, Euratom zu finanzierenden Ausgaben	62 441 718 639
Betrag der Zölle, Agrarabschöpfungen und Zucker- und Isoglucoseabgaben (siehe Tabelle 5)	– 13 928 490 000
Zu finanzierender Restbetrag	48 513 228 639

TABELLE 1

Aufgliederung der MwSt.-Eigenmittel gemäß Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe c) des Beschlusses 88/376/EWG, Euratom

Mitgliedstaaten	1 % der MwSt.-Bemessungsgrundlage	Einheitlicher Satz MwSt.-Eigenmittel	MwSt.-Eigenmittel zum einheitlichen Satz
Belgien	791 500 000	1,2499 (2)	989 268 027
Dänemark	441 400 000		551 690 344
Deutschland	7 600 000 000		9 498 972 840
Griechenland (1)	367 400 000		459 200 345
Spanien (1)	2 551 450 000		3 188 967 665
Frankreich	5 400 000 000		6 749 270 176
Irland (1)	179 300 000		224 100 767
Italien	3 770 000 000		4 711 990 474
Luxemburg (1)	57 255 000		71 561 012
Niederlande	1 220 000 000		1 524 835 114
Portugal (1)	339 350 000		424 141 636
Vereinigtes Königreich (1)	4 809 200 000		6 010 850 024
Insgesamt	27 526 855 000		34 404 848 424

(1) Die Bemessungsgrundlage ist auf 55 % des für das laufende Haushaltsjahr geschätzten Bruttosozialprodukts begrenzt.

(2) Berechnung des Satzes: $\frac{34\,404\,848\,424}{27\,526\,855\,000} = 1{,}249864847\,\%$.

Aus zusätzlichen Eigenmitteln zu finanzierender Restbetrag:

48 513 228 639 ECU – 34 404 848 424 ECU = 14 108 380 215 ECU.

TABELLE 2

Ermittlung der abzuführenden MwSt.-Eigenmittel und des von den übrigen Mitgliedstaaten aufzubringenden Betrages für die Finanzierung der Korrektur zugunsten des Vereinigten Königreichs, der zu der zusätzlichen Einnahme gemäß Artikel 5 Absatz 2 des Beschlusses 88/376/EWG, Euratom hinzuzurechnen ist

Mitgliedstaaten	MwSt.-Eigenmittel zum einheitlichen Satz	Korrektur zugunsten des Vereinigten Königreichs	Insgesamt	MwSt. zum Satz von 1,4 %	Zur ergänzenden Einnahme hinzuzurechnende Finanzierung der Korrektur zugunsten des Vereinigten Königreichs	MwSt.-Eigenmittelzahlungen
Belgien	989 268 027	125 759 176	1 115 027 203	1 108 100 000	6 927 203	1 108 100 000
Dänemark	551 690 344	78 003 910	629 694 254	617 960 000	11 734 254	617 960 000
Deutschland	9 498 972 840	609 684 856	10 108 657 696	10 640 000 000	—	10 108 657 696
Griechenland	459 200 345	48 665 931	507 866 276	514 360 000	—	507 866 276
Spanien	3 188 967 665	337 965 947	3 526 933 612	3 572 030 000	—	3 526 933 612
Frankreich	6 749 270 176	750 387 854	7 499 658 030	7 560 000 000	—	7 499 658 030
Irland	224 100 767	23 750 140	247 850 907	251 020 000	—	247 850 907
Italien	4 711 990 474	719 789 514	5 431 779 988	5 278 000 000	153 779 988	5 278 000 000
Luxemburg	71 561 012	7 584 017	79 145 029	80 157 000	—	79 145 029
Niederlande	1 524 835 114	174 658 237	1 699 493 351	1 708 000 000	—	1 699 493 351
Portugal	424 141 636	44 950 418	469 092 054	475 090 000	—	469 092 054
Vereinigtes Königreich	6 010 850 024	– 2 921 200 000	3 089 650 024	6 732 880 000	—	3 089 650 024
Insgesamt	34 404 848 424	0	34 404 848 424	38 537 597 000	172 441 445	34 232 406 979

TABELLE 3

Bestimmung des einheitlichen Satzes und Aufteilung der unter Zugrundelegung des Bruttosozialprodukts gemäß Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe d) des Beschlusses 88/376/EWG, Euratom abzuführenden Eigenmittel

Mitgliedstaaten	1 % des BSP	Auf die zusätzliche Bemessungsgrundlage zu erhebender einheitlicher Satz	Einnahmen gemäß der zusätzlichen Bemessungsgrundlage zum einheitlichen Satz
Belgien	1 726 200 000	0,2487 (1)	443 342 835
Dänemark	1 070 700 000		274 989 672
Deutschland	14 460 000 000		3 713 785 997
Griechenland	668 000 000		171 563 557
Spanien	4 639 000 000		1 191 442 133
Frankreich	10 300 000 000		2 645 366 236
Irland	326 000 000		83 727 126
Italien	9 880 000 000		2 537 496 933
Luxemburg	104 100 000		26 736 177
Niederlande	2 397 400 000		615 728 254
Portugal	617 000 000		158 465 143
Vereinigtes Königreich	8 744 000 000		2 245 736 152
Insgesamt	54 932 400 000		14 108 380 215

(1) Berechnung des Abrufsatzes: $\frac{14\,108\,380\,215}{54\,932\,400\,000} = 0{,}256831673\,\%$.

TABELLE 4

Ermittlung der zusätzlichen Einnahmen gemäß Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe d) und Artikel 5 Absatz 2 des Beschlusses 88/376/EWG, Euratom

Mitgliedstaaten	Zusätzliche Einnahme zum einheitlichen Satz	Finanzierung der nicht durch die MwSt. gedeckten Korrektur zugunsten des Vereinigten Königreichs	Abzuführender Gesamtbetrag der zusätzlichen Einnahme	Davon Währungsreserve	Davon „Sonstige“
Belgien	443 342 835	6 927 203	450 270 038	31 424 078	418 845 960
Dänemark	274 989 672	11 734 254	286 723 926	19 491 229	267 232 697
Deutschland	3 713 785 997	—	3 713 785 997	263 232 628	3 450 553 369
Griechenland	171 563 557	—	171 563 557	12 160 400	159 403 157
Spanien	1 191 442 133	—	1 191 442 133	84 449 250	1 106 992 883
Frankreich	2 645 366 236	—	2 645 366 236	187 503 186	2 457 863 050
Irland	83 727 126	—	83 727 126	5 934 567	77 792 559
Italien	2 537 496 933	153 779 988	2 691 276 921	179 857 425	2 511 419 496
Luxemburg	26 736 177	—	26 736 177	1 895 056	24 841 121
Niederlande	615 728 254	—	615 728 254	43 642 732	572 085 522
Portugal	158 465 143	—	158 465 143	11 231 987	147 233 156
Vereinigtes Königreich	2 245 736 152	—	2 245 736 152	159 177 462	2 086 558 690
Insgesamt	14 108 380 215	172 441 445	14 280 821 660	1 000 000 000	13 280 821 660

TABELLE 5

Finanzierung der Ausgaben — Zusammenfassung

Mitgliedstaaten	Zucker- und Isoglukose-abgaben	Agrar-abschöpfungen	Zölle	MwSt.-Eigenmittel	Eigene Mittel auf der Grundlage des BSP	Insgesamt
Belgien	69 390 000	84 060 000	832 500 000	1 108 100 000	450 270 038	2 544 320 038
Dänemark	39 060 000	6 300 000	222 300 000	617 960 000	286 723 926	1 172 343 926
Deutschland	333 000 000	142 020 000	3 546 000 000	10 108 657 696	3 713 785 997	17 843 463 693
Griechenland	16 920 000	16 200 000	178 110 000	507 866 276	171 563 557	890 659 833
Spanien	50 040 000	141 300 000	555 750 000	3 526 933 612	1 191 442 133	5 465 465 745
Frankreich	321 840 000	74 700 000	1 548 900 000	7 499 658 030	2 645 366 236	12 090 464 266
Irland	11 970 000	1 980 000	153 180 000	247 850 907	83 727 126	498 708 033
Italien	124 200 000	346 050 000	1 037 430 000	5 278 000 000	2 691 276 921	9 476 956 921
Luxemburg	0	90 000	11 520 000	79 145 029	26 736 177	117 491 206
Niederlande	78 210 000	108 360 000	1 160 730 000	1 699 493 351	615 728 254	3 662 521 605
Portugal	90 000	117 180 000	117 000 000	469 092 054	158 465 143	861 827 197
Vereinigtes Königreich	67 680 000	177 930 000	2 236 500 000	3 089 650 024	2 245 736 152	7 817 496 176
Insgesamt	1 112 400 000	1 216 170 000	11 599 920 000	34 232 406 979	14 280 821 660	62 441 718 639

C. PERSONALBESTAND

Genehmigter Personalbestand

Organe	1991		1992	
	Dauer-planstellen	Planstellen auf Zeit	Dauer-planstellen	Planstellen auf Zeit
Parlament	3 062	503	3 104	537
Rat	2 205	—	2 215	—
Wirtschafts- und Sozialausschuß	506	—	510	—
Kommission:				
— Verwaltung	12 599	558	12 911	573
— Forschung und technologische Entwicklung	2 703	191	3 218	191
— Amt für amtliche Veröffentlichungen	428	—	428	—
— Europäisches Zentrum für Berufsbildung	69	—	71	—
— Europäische Stiftung für die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen	59	—	59	—
Gerichtshof	693	101	707	93
Rechnungshof	320	64	327	67

Die Gliederung nach Laufbahngruppe und Besoldungsgruppe dieser Bediensteten soll im Rahmen der nachstehenden Stellenpläne beibehalten werden.

Einzelplan I — Parlament

Laufbahn- und Besoldungsgruppen	1991			
	Dauerplanstellen		Planstellen auf Zeit	
			Fraktionen	
Sondergruppe	1	—	—	—
A 1	9	—	—	1
A 2	21 (1)	—	10	1
A 3	70 (2)	—	19	6
A 4	69	—	41	5
A 5	48	2	38	1
A 6	89	4	56	2
A 7	44	—	25	3
A 8	—	—	—	—
Insgesamt	350	6	189	19
LA 3	33 (3)	—	—	—
LA 4	296 (4)	—	—	—
LA 5	155	—	—	—
LA 6	152	—	—	—
LA 7	40	—	—	—
LA 8	—	—	—	—
Insgesamt	676 (5)	—	—	—
B 1	107 (6)	2	29	3
B 2	126	4	20	—
B 3	49	—	21	1
B 4	117	5	10	5
B 5	33	—	—	4
Insgesamt	432	11	80	13
C 1	414 (7)	5	52	11
C 2	500 (8)	21	70	10
C 3	238	—	39	3
C 4	153	9	3	1
C 5	16	—	2	—
Insgesamt	1 321	35	166	25
D 1	125 (9)	1	9	2
D 2	147	1	—	—
D 3	10	—	—	—
D 4	—	—	—	—
Insgesamt	282	2	9	2
Gesamtzahl	**3 062**	**54** (10)	**444** (11)	**59** (12) (13)
	3 565 (14) (15)			

(1) Davon 1 A 1 ad personam.
(2) Davon 6 A 2 ad personam.
(3) Davon 2 A 2 ad personam.
(4) Davon 4 LA 3 ad personam.
(5) Davon 496 für den Übersetzungs- und 180 für den Dolmetscherdienst.
(6) Davon 4 A 5 ad personam.
(7) Davon 15 B 3/B 2 ad personam.
(8) Davon 3 C 1 ad personam.
(9) Davon 1 C 3 ad personam.
(10) Virtuelle Reserve für die zu den Fraktionen abgeordneten Beamten.
(11) Davon 5 A 7/A 6 und 5 C 5/C 4, für die die Mittel in Kapitel 10 0 eingesetzt sind.
(12) Davon 19 für das Kabinett des Präsidenten, 14 für das Sekretariat der Vizepräsidenten, 5 dem Generalsekretär unterstellt, 5 für die Generaldirektion V (davon 2 A 7 halbtags), 3 für den Personalrat und 10 für die Datenverarbeitung.
(13) *Davon 3 A 3 bis 1996 einschließlich.*
(14) Die virtuelle Reserve für die Abordnungen nicht mitgerechnet.
(15) Die Besetzung gewisser Stellen mit Halbtagskräften kann durch die Einstellung sonstiger Bediensteter im Rahmen der so in jeder Laufbahngruppe frei gewordenen Stellen ausgeglichen werden.

Einzelplan I — Parlament

Laufbahn- und Besoldungsgruppen	1992			
	Dauerplanstellen		Planstellen auf Zeit	
			Fraktionen	Sonstige
Sondergruppe	1	—	—	—
A 1	9	—	—	1
A 2	21 (1)	—	10	1
A 3	73 (2)	—	19	6
A 4	67	2	43	5
A 5	52	2	39	1
A 6	89	2	59	3
A 7	48	—	24	4
A 8	—	—	—	—
Insgesamt	359	6	194	21
LA 3	34 (3)	—	—	—
LA 4	296 (4)	—	—	—
LA 5	155	—	—	—
LA 6	153	—	—	—
LA 7	40	—	—	—
LA 8	—	—	—	—
Insgesamt	678 (5)	—	—	—
B 1	112 (6)	3	32	4
B 2	122	2	23	—
B 3	54	3	22	2
B 4	115	3	14	5
B 5	36	—	—	4
Insgesamt	439	11	91	15
C 1	429 (7)	18	55	11
C 2	487 (8)	6	81	10
C 3	240	6	33	3
C 4	162	4	3	1
C 5	24	—	2	—
Insgesamt	1 342	34	174	25
D 1	124 (9)	12	15	2
D 2	147	1	—	—
D 3	14	—	—	—
D 4	—	—	—	—
Insgesamt	285	13	15	2
Gesamtzahl	**3 104** (10) (11)	**64** (12)	**474**	**63** (13) (14)
	3 641 (15)			

(1) Davon 1 A 1 ad personam.
(2) Davon 4 A 2 ad personam.
(3) Davon 2 A 2 ad personam.
(4) Davon 5 LA 3 ad personam.
(5) Davon 497 für den Übersetzungs- und 181 für den Dolmetscherdienst.
(6) Davon 2 A 5 ad personam.
(7) Davon 15 B 3/B 2 ad personam.
(8) Davon 3 C 1 ad personam.
(9) Davon 1 C 3 ad personam.
(10) Davon 1 A 7/A 6 und 1 C 5/C 4, für die die Mittel in Kapitel 10 0 eingesetzt sind.
(11) Davon 4 Beförderungen „ad personam" (1 A 2 nach A 1, 2 LA 4 nach LA 3 und 1 B 1 nach A 5), die in Ausnahmefällen verdienstvollen Beamten, die das Ende ihrer Laufbahn erreicht haben (mindestens 60 Jahre alt und seit mindestens 2 Jahren in der letzten Dienstaltersstufe der obersten Besoldungsgruppe) und nach langen Dienstjahren (mindestens 25 Jahre) gewährt werden.
(12) Virtuelle Reserve für die zu den Fraktionen abgeordneten Beamten, die bei der Gesamtzahl nicht mitberechnet ist.
(13) Davon 19 für das Kabinett des Präsidenten, 14 für das Sekretariat der Vizepräsidenten, 3 dem Generalsekretär unterstellt, 2 für die GD II, 2 für die GD III, 3 für die GD IV, 5 für die GD V (davon 2 A 7 halbtags), 2 für die GD VI, 3 für den Personalrat, 10 für den Informatikbereich.
(14) Davon 3 A 3, 2 A 7/A 6, 1 B 1 und 1 B 3 bis 1996 einschließlich.
(15) Die Besetzung gewisser Stellen mit Halbtagskräften kann durch die Einstellung sonstiger Bediensteter im Rahmen der so in jeder Laufbahngruppe frei gewordenen Stellen ausgeglichen werden.

Einzelplan II — Rat

Laufbahn- und Besoldungsgruppen	1991	1992	1991	1992
	Rat		Wirtschafts- und Sozialausschuß	
	Dauerplanstellen	Dauerplanstellen	Dauerplanstellen	Dauerplanstellen
Sondergruppe	1	1	1	1
A 1	9	9	1	1
A 2	20 (1)	20 (1)	6	6
A 3	38 (2)	38 (2)	11	11
A 4	53 (3)	55 (3)	12 (4)	12 (4)
A 5	46	46	8	8
A 6	33	33	7	7
A 7	24	24	12	12
A 8	—	—	—	—
Insgesamt	223	225	57	57
LA 3	17	17	10	10
LA 4	115	123	21	21
LA 5	179	179	29	29
LA 6	91	91	27	27
LA 7	54	54	32	32
LA 8	—	—	—	—
Insgesamt	456	464	119	119
B 1	39	39	10	11
B 2	48	48	13	13
B 3	43	43	16	17
B 4	21	21	15	14
B 5	40	40	15	15
Insgesamt	191	191	69 (5)	70 (5)
C 1	359	359	35	37
C 2	312	312	51	53
C 3	229	229	87	86
C 4	118	118	30	29
C 5	193	193	19	19
Insgesamt	1 211	1 211	222	224
D 1	71	71	8	8
D 2	52	52	13	14
D 3	—	—	17	17
D 4	—	—	—	—
Insgesamt	123	123	38	39
Gesamtzahl	**2 205** (6)	**2 215** (7)	**506** (7)	**510** (7)

(1) Davon 3 A 1 ad personam.
(2) Davon 7 A 2 ad personam.
(3) Davon 5 A 3 ad personam.
(4) Davon 1 A 3 ad personam.
(5) Davon:
— 5 Stellen für Sekretariatshauptinspektoren,
— 3 Stellen für technische Hauptinspektoren,
— 17 Stellen für Sekretariatsinspektoren,
— 1 Stelle für einen technischen Inspektor.
(6) Die Teilbesetzung bestimmter Stellen (Halbzeitbeschäftigung) kann dadurch ausgeglichen werden, daß Hilfskräfte und Bedienstete auf Zeit im Sinne des Artikels 2 Buchstabe b) der Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten eingestellt werden.
(7) Die Besetzung bestimmter Stellen mit Halbtagskräften kann durch die Einstellung sonstiger Bediensteter im Rahmen der so in jeder Laufbahngruppe frei gewordenen Stellen ausgeglichen werden.

Einzelplan III — Kommission

Verwaltung

Laufbahn- und Besoldungsgruppen	1991		
	Dauerplanstellen	Davon Dauerplanstellen für die Versorgungsagentur	Planstellen auf Zeit
A 1	27	—	—
A 2	157 (1)	—	19
A 3	425 (2) (3)	2 (4)	29
A 4	911 (5) (6)	3	74
A 5	823 (5) (6)	1	67
A 6	611	2	21
A 7	542	—	30
A 8	11	—	5
Insgesamt	3 507	8	245
LA 3	37 (7)	—	—
LA 4	348 (8)	—	2
LA 5	487	—	5
LA 6	347	—	2
LA 7	396	—	21
LA 8	1	—	—
Insgesamt	1 616	—	30 (9)
B 1	606	1	36
B 2	551 (10)	2	41
B 3	617	1	57
B 4	413	3	24
B 5	328	—	23
Insgesamt	2 515 (11)	7	181 (12)
C 1	987	6	18
C 2	867	1	43
C 3	1 284	—	21
C 4	546	2	7
C 5	450	—	13
Insgesamt	4 134	9	102
D 1	304	—	—
D 2	285	—	—
D 3	238	—	—
D 4	—	—	—
Insgesamt	827	—	—
Gesamtzahl	**12 599** (13) (14) (15) (16)	**24**	**558**

(1) Davon 27 A 1 ad personam.

(2) Davon 21 A 2 ad personam.

(3) Davon 2 A 2 ad personam gemäß Artikel 8 der Verordnung (EWG, Euratom, EGKS) Nr. 259/68 des Rates.

(4) Das Amt des Generaldirektors der Agentur wird von einem Beamten der Besoldungsgruppe A 2 ad personam wahrgenommen, der nach Maßgabe von Artikel 53 des Euratom-Vertrags zum Generaldirektor ernannt wird.

(5) Davon 1 A 3 ad personam, wobei diese Einstufung auf diejenigen Beamten angewandt wird, die gemäß der Rechtsprechung des Gerichtshofes in den Rechtssachen Nr. 20/63 und 21/63 sowie 79/63 und 82/63 Anspruch auf eine Einstufung in die Besoldungsgruppe A 3 haben.

(6) Davon 11 A 3 ad personam.

(7) Davon 1 A 2 ad personam.

(8) Davon 2 LA 3 ad personam für den gemeinsamen Dolmetscherkonferenzdienst.

(9) Davon 2 LA 5 und 18 LA 7 für den gemeinsamen Dolmetscherkonferenzdienst.

(10) Davon 1 B 1 ad personam gemäß Artikel 8 der Verordnung (EWG, Euratom, EGKS) Nr. 259/68 des Rates.

(11) Davon 206 Planstellen für Sekretariatshauptinspektoren und Sekretariatsinspektoren, technische Hauptinspektoren und technische Inspektoren.

(12) Davon 17 Planstellen für Sekretariatshauptinspektoren und technische Hauptinspektoren.

(13) Zu dieser Gesamtzahl kommen außerdem 34 Planstellen der Laufbahngruppe A 7/A 6, die pro forma ohne Mittelzuweisung geschaffen worden sind, um die Abordnung von Beamten in die AKP-Länder zu ermöglichen.

(14) Davon 3 A 2, 1 A 4, 1 A 5, 3 A 7, 8 LA 3, 50 LA 4, 98 LA 5, 130 LA 6, 142 LA 7, 6 B 1, 4 B 2, 7 B 3 (2 B 3*), 8 B 4 (3 B 4*), 8 B 5, 11 C 1, 22 C 2, 17 C 3, 11 C 4, 7 C 5, 1 D 1, 1 D 2 und 2 D 3 für den gemeinsamen Dolmetscherkonferenzdienst. Die Sternchen bezeichnen die BS und die BT.

(15) Die Besetzung bestimmter Stellen mit Halbtagskräften kann durch die Einstellung sonstiger Bediensteter im Rahmen der so in jeder Laufbahngruppe frei gewordenen Stellen ausgeglichen werden.

(16) Davon 2 Planstellen für das Sekretariat des Wirtschafts- und Währungsausschusses.

Einzelplan III — Kommission

Verwaltung

Laufbahn- und Besoldungsgruppen	1992		
	Dauerplanstellen	Davon Dauerplanstellen für die Versorgungsagentur	Planstellen auf Zeit
A 1	27	—	—
A 2	163 (1)	—	19
A 3	435 (2) (3)	2 (4)	29
A 4	951 (5) (6)	3	82
A 5	878 (5) (6)	1	74
A 6	616	2	21
A 7	592	—	30
A 8	16	—	5
Insgesamt	3 678	8	260
LA 3	40 (7)	—	—
LA 4	393 (8)	—	2
LA 5	487	—	5
LA 6	302	—	2
LA 7	396	—	21
LA 8	1	—	—
Insgesamt	1 619	—	30 (9)
B 1	624	1	36
B 2	569 (10)	2	41
B 3	677	1	57
B 4	422	3	24
B 5	287	—	23
Insgesamt	2 579 (11)	7	181 (12)
C 1	1 011	6	18
C 2	877	1	43
C 3	1 405	—	21
C 4	551	2	7
C 5	369	—	13
Insgesamt	4 213	9	102
D 1	357	—	—
D 2	287	—	—
D 3	178	—	—
D 4	—	—	—
Insgesamt	822	—	—
Gesamtzahl	**12 911** (13) (14) (15) (16) (17)	**24**	**573**

(1) Davon 27 A 1 ad personam.

(2) Davon 21 A 2 ad personam.

(3) Davon 2 A 2 ad personam gemäß Artikel 8 der Verordnung (EWG, Euratom, EGKS) Nr. 259/68 des Rates.

(4) Das Amt des Generaldirektors der Agentur wird von einem Beamten der Besoldungsgruppe A 2 ad personam wahrgenommen, der nach Maßgabe von Artikel 53 des Euratom-Vertrags zum Generaldirektor ernannt wird.

(5) Davon 1 A 3 ad personam, wobei diese Einstufung auf diejenigen Beamten angewandt wird, die gemäß der Rechtsprechung des Gerichtshofes in den Rechtssachen Nr. 20/63 und 21/63 sowie 79/63 und 82/63 Anspruch auf eine Einstufung in die Besoldungsgruppe A 3 haben.

(6) Davon 11 A 3 ad personam.

(7) Davon 1 A 2 ad personam.

(8) Davon 2 LA 3 ad personam für den gemeinsamen Dolmetscherkonferenzdienst.

(9) Davon 2 LA 5 und 18 LA 7 für den gemeinsamen Dolmetscherkonferenzdienst.

(10) Davon 1 B 1 ad personam gemäß Artikel 8 der Verordnung (EWG, Euratom, EGKS) Nr. 259/68 des Rates.

(11) Davon 206 Planstellen für Sekretariatshauptinspektoren und Sekretariatsinspektoren, technische Hauptinspektoren und technische Inspektoren.

(12) Davon 17 Planstellen für Sekretariatshauptinspektoren und technische Hauptinspektoren.

(13) Zu dieser Gesamtzahl kommen außerdem 34 Planstellen der Laufbahngruppe A 7/A 6, die pro forma ohne Mittelzuweisung geschaffen worden sind, um die Abordnung von Beamten in die AKP-Länder zu ermöglichen.

(14) Davon 3 A 2, 1 A 4, 1 A 5, 3 A 7, 8 LA 3, 75 LA 4, 95 LA 5, 108 LA 6, 142 LA 7, 6 B 1, 4 B 2, 7 B 3 (2 B 3*), 8 B 4 (3 B 4*), 8 B 5, 11 C 1, 22 C 2, 17 C 3, 11 C 4, 7 C 5, 1 D 1, 1 D 2 und 2 D 3 für den gemeinsamen Dolmetscherkonferenzdienst und davon 2 A 2 (1 A 1 ad personam), 2 A 4, 2 A 5, 1 A 6, 1 A 7, 27 LA 3, 267 LA 4, 383 LA 5, 235 LA 6, 251 LA 7, 4 B 1, 8 B 2 (5 B 2*), 8 B 3 (2 B 3*), 8 B 4 (2 B 4*), 20 B 5 (6 B 5*), 57 C 1, 74 C 2, 111 C 3, 100 C 4, 140 C 5, 2 D 1 und 2 D 2 für den Übersetzungsdienst. Die Sternchen bezeichnen die BS und die BT.

(15) Davon 3 1992 zuzuordnende LA 3.

(16) Die Besetzung bestimmter Stellen mit Halbtagskräften kann durch die Einstellung sonstiger Bediensteter im Rahmen der so in jeder Laufbahngruppe frei gewordenen Stellen ausgeglichen werden.

(17) Davon 2 Planstellen für das Sekretariat des Wirtschafts- und Währungsausschusses.

Forschung und technologische Entwicklung

Gemeinsame Forschungsstelle

Laufbahn- und Besoldungsgruppen	1991		
	Wissenschaftlich-technische Dienstposten (1)	Verwaltungsdienstposten (2)	Insgesamt
A 1	1 (3)	—	1
A 2	10 (4)	1	11
A 3	34	8	42
A 4	185	11	196
A 5	162	7	169
A 6	113	—	113
A 7	70	4	74
A 8	15	—	15
Insgesamt	590	31	621
B 1	155	39	194
B 2	187	22	209
B 3	161	20	181
B 4	127	13	140
B 5	38	20	58
Insgesamt	668	114 (5)	782
C 1	253	137	390
C 2	194	94	288
C 3	32	21	53
C 4	2	3	5
C 5	2	—	2
Insgesamt	483	255	738
D 1	17	19	36
D 2	2	1	3
D 3	—	—	—
D 4	—	—	—
Insgesamt	19	20	39
Gesamtzahl	**1 760**	**420**	**2 180** (6)

(1) Als Personal auf wissenschaftlich-technischen Dienstposten sind die Bediensteten anzusehen, die Abteilungen dieser Art, d.h. wissenschaftlich-technischen oder allgemeinen Abteilungen angehören, und zwar einschließlich der leitenden Bediensteten.

(2) Als Personal auf Verwaltungsdienstposten sind grundsätzlich folgende Bedienstete anzusehen: alle Bediensteten in Verwaltungs-, Finanz- und Beschaffungsabteilungen der Forschungsanstalten, alle Sekretäre, gleichviel in welcher Abteilung sie tätig sind, sowie einige Bedienstete in den wissenschaftlich-technischen Abteilungen, die den Beschaffungsstellen der Forschungsanstalten zur Verfügung gestellt sind.

(3) Davon 1 Beamter, der die Vergünstigungen gemäß Artikel 93 des Statuts genießt.

(4) Davon 1 A 1 ad personam.

(5) Davon 11 Planstellen für Sekretariatshauptinspektoren und Sekretariatsinspektoren.

(6) Die Besetzung bestimmter Stellen mit Halbtagskräften kann durch die Einstellung sonstiger Bediensteter im Rahmen der so in jeder Laufbahngruppe frei gewordenen Stellen ausgeglichen werden.

Forschung und technologische Entwicklung

Gemeinsame Forschungsstelle

Laufbahn- und Besoldungsgruppen	1992		
	Wissenschaftlich-technische Dienstposten (1)	Verwaltungsdienstposten (2)	Insgesamt
A 1	1 (3)	—	1
A 2	10 (4)	1	11
A 3	34	8	42
A 4	185	9	194
A 5	162	7	169
A 6	113	2	115
A 7	70	2	72
A 8	5	—	5
Insgesamt	580	29	609
B 1	170	36	206
B 2	172	21	193
B 3	121	18	139
B 4	122	13	135
B 5	53	17	70
Insgesamt	638	105 (5)	743
C 1	253	137	390
C 2	94	74	168
C 3	62	25	87
C 4	32	3	35
C 5	9	—	9
Insgesamt	450	239	689
D 1	20	15	35
D 2	2	2	4
D 3	—	—	—
D 4	—	—	—
Insgesamt	22	17	39
Gesamtzahl	**1 690**	**390**	**2 080** (6)

(1) Als Personal auf wissenschaftlich-technischen Dienstposten sind die Bediensteten anzusehen, die Abteilungen dieser Art, d.h. wissenschaftlich-technischen oder allgemeinen Abteilungen angehören, und zwar einschließlich der leitenden Bediensteten.

(2) Als Personal auf Verwaltungsdienstposten sind grundsätzlich folgende Bedienstete anzusehen: alle Bediensteten in Verwaltungs-, Finanz- und Beschaffungsabteilungen der Forschungsanstalten, alle Sekretäre, gleichviel in welcher Abteilung sie tätig sind, sowie einige Bedienstete die den Instituten im Bereich der Haushaltsführung zur Verfügung gestellt sind.

(3) Davon 1 Beamter, der die Vergünstigungen gemäß Artikel 93 des Statuts genießt.

(4) Davon 1 A 1 ad personam.

(5) Davon 11 Planstellen für Sekretariatshauptinspektoren und Sekretariatsinspektoren.

(6) Die Besetzung bestimmter Stellen mit Halbtagskräften kann durch die Einstellung sonstiger Bediensteter im Rahmen der so in jeder Laufbahngruppe frei gewordenen Stellen ausgeglichen werden.

Indirekte Aktionen

Laufbahn- und Besoldungsgruppen	1991								
	Dauerplanstellen						Planstellen auf Zeit		
	AFP/C (ohne TIT)			TIT			JET		
	Wissenschaftlich-technische Dienstposten (1)	Verwaltungsposten (2)	Insgesamt	Wissenschaftlich-technische Dienstposten (1)	Verwaltungsposten (2)	Insgesamt	Wissenschaftlich-technische Dienstposten (1)	Verwaltungsposten (2)	Insgesamt
A 1	—	—	—	1	—	1	—	—	—
A 2	7 (3)	—	7	3	1	4	2 (4)	—	2
A 3	35	2	37	18	2	20	12	1	13
A 4	114	4	118	90	11	101	42	6	48
A 5	100	—	100	61	11	72	54	3	57
A 6	47	2	49	43	6	49	16	—	16
A 7	24	2	26	26	1	27	—	—	—
A 8	3	—	3	—	—	—	—	—	—
Insgesamt	330	10	340	242	32	274	126	10	136
B 1	24	16	40	1	13	14	18	1	19
B 2	6	9	15	2	19	21	21	—	21
B 3	—	16	16	—	24	24	9	—	9
B 4	—	13	13	—	13	13	—	—	—
B 5	—	4	4	—	9	9	—	—	—
Insgesamt	30	58 (5)	88	3	78	81	48	1	49
C 1	—	37	37	—	32	32	—	4	4
C 2	—	27	27	—	41	41	—	1	1
C 3	—	33	33	—	46	46	—	1	1
C 4	—	27	27	—	34	34	—	—	—
C 5	—	16	16	—	15	15	—	—	—
Insgesamt	—	140	140	—	168	168	—	6	6
D 1	—	—	—	—	—	—	—	—	—
D 2	—	—	—	—	—	—	—	—	—
D 3	—	—	—	—	—	—	—	—	—
D 4	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Insgesamt	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Gesamtzahl	**360** (6)	**208**	**568** (7) (8) (9) (10) (11) (12)	**245**	**278**	**523** (12) (13)	**174**	**17**	**191** (12)

(1) Als Personal auf wissenschaftlich-technischen Dienstposten sind die Bediensteten anzusehen, die Abteilungen dieser Art angehören, und zwar einschließlich der leitenden Bediensteten.

(2) Als Personal auf Verwaltungsdienstposten sind grundsätzlich folgende Bedienstete anzusehen: alle Bediensteten in Verwaltungs- und Finanzabteilungen, alle Sekretäre, gleichviel in welcher Abteilung sie tätig sind, sowie einige Bedienstete für Verwaltungsaufgaben in wissenschaftlichen Abteilungen.

(3) Davon 1 Beamter, der zu 100 % die Vergünstigungen gemäß Artikel 93 des Statuts genießt, und 1 Stelle A 1 ad personam.

(4) Davon 2 Beamte, von denen der eine zu 100 % und der andere zu 50 % in den Genuß der Vorteile gemäß Artikel 93 des Statuts kommt.

(5) 3 Planstellen für Sekretariatsinspektoren.

(6) Davon entfallen 4 Planstellen auf Bedienstete, die gemäß Artikel 6 Buchstabe c) des Euratom-Vertrags bestimmten nationalen Einrichtungen zur Verfügung gestellt werden (Posten B6-8 0 0 3).

(7) Davon 2 neue Planstellen (2 A) aus dem Stellenplan 1989, die erst in Anspruch genommen werden können, wenn der Beschluß über das entsprechende Programm vorliegt (Posten B6-5 2 3 4).

(8) Davon 1 Planstelle (1 C) aus dem Stellenplan 1989 im Anschluß an die Neuaufteilung der Personalressourcen, die erst in Anspruch genommen werden können, wenn der Beschluß über das entsprechende Programm vorliegt (Posten B6-5 2 3 4).

(9) Davon 7 Planstellen (3 A, 1 B und 3 C) aus dem Stellenplan 1990, die erst in Anspruch genommen werden können, wenn die Beschlüsse über die entsprechenden Programme (Artikel B6-6 1 2, B6-6 2 1 bis B6-6 2 3 und B6-6 3 1) des Rahmenprogramms 1990-1994 vorliegen.

(10) Davon 4 Planstellen (3 A und 1 B), die erst in Anspruch genommen werden können, wenn die Beschlüsse über die entsprechenden Programme vorliegen (Posten B6-5 2 3 4, B6-5 8 1 2).

(11) Davon 47 Planstellen (26 A, 7 B und 14 C), die erst in Anspruch genommen werden können, wenn die Beschlüsse über die entsprechenden Programme (Artikel B6-6 1 2, B6-6 2 1 bis B6-6 2 3 und B6-6 3 1) des Rahmenprogramms 1990-1994 vorliegen.

(12) Die Besetzung bestimmter Stellen mit Halbtagskräften kann durch die Einstellung sonstiger Bediensteter im Rahmen der so in jeder Laufbahngruppe frei gewordenen Stellen ausgeglichen werden.

(13) Davon 108 Planstellen (56 A, 13 B und 39 C), die erst in Anspruch genommen werden können, wenn die Beschlüsse über die entsprechenden Programme (Artikel B6-6 1 1 und B6-7 1 1) des Rahmenprogramms 1990-1994 vorliegen.

Indirekte Aktionen

Laufbahn- und Besoldungsgruppen	1992					
	Dauerplanstellen			Planstellen auf Zeit JET		
	Wissenschaftlich-technische Dienstposten (1)	Verwaltungsposten (2)	Insgesamt	Wissenschaftlich-technische Dienstposten (1)	Verwaltungsposten (2)	Insgesamt
A 1	1	—	1			
A 2	11 (3)	1	12	2 (4)	—	2
A 3	57	4	61	12	1	13
A 4	213	15	228	42	6	48
A 5	169	12	181	54	3	57
A 6	96	9	105	16	—	16
A 7	52	3	55	—	—	—
A 8	4	—	4	—	—	—
Insgesamt	603	44	647	126	10	136
B 1	25	30	55	18	1	19
B 2	8	30	38	21	—	21
B 3	—	41	41	9	—	9
B 4	—	26	26	—	—	—
B 5	—	14	14	—	—	—
Insgesamt	33	141 (5)	174	48	1	49
C 1	—	71	71	—	4	4
C 2	—	72	72	—	1	1
C 3	—	81	81	—	1	1
C 4	—	62	62	—	—	—
C 5	—	31	31	—	—	—
Insgesamt	—	317	317	—	6	6
D 1	—	—	—	—	—	—
D 2	—	—	—	—	—	—
D 3	—	—	—	—	—	—
D 4	—	—	—	—	—	—
Insgesamt	—	—	—	—	—	—
Gesamtzahl	**636** (6)	**502**	**1 138** (7) (8) (9) (10) (11)	**174**	**17**	**191** (12)

(1) Als Personal auf wissenschaftlich-technischen Dienstposten sind die Bediensteten anzusehen, die Abteilungen dieser Art angehören, und zwar einschließlich der leitenden Bediensteten.

(2) Als Personal auf Verwaltungsdienstposten sind grundsätzlich folgende Bedienstete anzusehen: alle Bediensteten in Verwaltungs- und Finanzabteilungen, alle Sekretäre, gleichviel in welcher Abteilung sie tätig sind, sowie einige Bedienstete für Verwaltungsaufgaben in wissenschaftlichen Abteilungen.

(3) Davon 1 Beamter, der zu 100 % die Vergünstigungen gemäß Artikel 93 des Statuts genießt, und 1 Stelle A 1 ad personam.

(4) Davon 2 Beamte, von denen der eine zu 100 % und der andere zu 50 % in den Genuß der Vorteile gemäß Artikel 93 des Statuts kommt.

(5) 3 Planstellen für Sekretariatsinspektoren.

(6) Davon entfallen 4 Planstellen auf Bedienstete, die gemäß Artikel 6 Buchstabe c) des Euratom-Vertrags bestimmten nationalen Einrichtungen zur Verfügung gestellt werden (Posten B6-8 0 0 3).

(7) Davon 15 Planstellen (9 A, 1 B und 5 C) aus dem Stellenplan 1991, die erst in Anspruch genommen werden können, wenn die Beschlüsse über die entsprechenden Programme (Posten B6-6 1 2 2, B6-6 2 2 1 und B6-6 3 1 1) des Rahmenprogramms 1990-1994 vorliegen.

(8) Davon 13 Planstellen (11 A, 1 B und 1 C), die erst in Anspruch genommen werden können, wenn die Beschlüsse über die entsprechenden Programme (Posten B6-6 2 3 3 und B6-6 3 1 1) des Rahmenprogramms 1990-1994 vorliegen.

(9) Davon 2 Planstellen (A) aus dem Stellenplan 1991, die erst in Anspruch genommen werden können, wenn die Beschlüsse über das entsprechende Programm (Posten B6-7 1 1 1) des Rahmenprogramms 1990-1994 vorliegen.

(10) Davon 5 Planstellen (4 A und 1 B), die nur nach Übertragung der entsprechenden Mittel, die in Kapitel B0-4 0 für den Posten B6-8 1 0 5 blockiert wurden, in Anspruch genommen werden können.

(11) Die Besetzung bestimmter Stellen mit Halbtagskräften kann durch die Einstellung sonstiger Bediensteter im Rahmen der so in jeder Laufbahngruppe frei gewordenen Stellen ausgeglichen werden.

Amt für amtliche Veröffentlichungen

Laufbahn- und Besoldungsgruppen	1991	1992
	Dauerplanstellen	Dauerplanstellen
A 1	—	—
A 2	1	1
A 3	1	1
A 4	3	3
A 5	4	4
A 6	6	6
A 7	5	5
A 8	—	—
Insgesamt	20	20
B 1	25	25
B 2	52 } (1)	52 } (1)
B 3	62 }	65 }
B 4	50	47
B 5	14	14
Insgesamt	203	203
C 1	25	25
C 2	25	26
C 3	36	35
C 4	36	36
C 5	9	9
Insgesamt	131	131
D 1	13	16
D 2	22	24
D 3	39	34
D 4	—	—
Insgesamt	74	74
Gesamtzahl	**428**	**428**

(1) Davon 2 Stellen für technische Hauptinspektoren und Sekretariatshauptinspektoren.

Europäisches Zentrum für die Förderung der Berufsbildung

Laufbahn- und Besoldungsgruppen	1991	1992
	Dauerplanstellen	Dauerplanstellen
Direktor	1	1
Stellvertretender Direktor	2	2
A 4	4 (1)	4 (1)
A 5	12 (2)	12 (2)
A 6	6 (3)	6 (3)
A 7	4	4
A 8	—	—
Insgesamt	29	29
B 1	4	4
B 3	6	6
B 5	5	5
Insgesamt	15	15
C 1	3	3
C 2	4	4
C 3	13	13
C 4	2	2
C 5	2	2
Insgesamt	24	24
D 1	1	1
D 2	—	2
D 4	—	—
Insgesamt	1	3
Gesamtzahl	**69**	**71**

(1) Davon 1 Übersetzer.
(2) Davon 6 Übersetzer.
(3) Davon 3 Übersetzer.

Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen

Laufbahn- und Besoldungsgruppen	1991	1992
	Dauerplanstellen	Dauerplanstellen
Direktor	1	1
Stellvertretender Direktor	1	1
A 4	1	1
A 5	11 (1)	11 (1)
A 6	5 (2)	5 (2)
A 7	5 (3)	5 (3)
A 8	—	—
Insgesamt	24	24
B 1	2	2
B 2	2	2
B 3	4	4
B 4	1	1
B 5	—	—
Insgesamt	9	9
C 1	1	1
C 2	3	3
C 3	11	11
C 4	2	2
C 5	2	2
Insgesamt	19	19
D 2	6	6
D 3	1	1
D 4	—	—
Insgesamt	7	7
Gesamtzahl	**59**	**59**

(1) Davon 6 Übersetzer.
(2) Davon 2 Übersetzer.
(3) Davon 1 Übersetzer.

Einzelplan IV — Gerichtshof

Laufbahn- und Besoldungsgruppen	1991					
	Dauerplanstellen			Planstellen auf Zeit		
	Gerichtshof	Gericht erster Instanz	Insgesamt	Gerichtshof	Gericht erster Instanz	Insgesamt
A 1	—	—	—	—	—	—
A 2	5	—	5	—	—	—
A 3	9 (1)	—	9	14 (2)	—	14
A 4	7 (3)	—	7	29	—	29
A 5	13	2	15	14	12	26
A 6	11	—	11	—	—	—
A 7	20	—	20	—	—	—
A 8	—	—	—	—	—	—
Insgesamt	65	2	67	57	12	69
LA 3	11	—	11	—	—	—
LA 4	39	—	39	6 (4)	—	6
LA 5	67	—	67	6 (4)	—	6
LA 6	76	—	76	9 (4)	—	9
LA 7	7	—	7	—	—	—
LA 8	—	—	—	—	—	—
Insgesamt	200	—	200	21	—	21
B 1	19	—	19	—	—	—
B 2	19 (5)	2	21	—	—	—
B 3	28	3	31	1	—	1
B 4	29 (6)	—	29	—	—	—
B 5	25 (7)	5	30	1	—	1
Insgesamt	120	10	130	2	—	2
C 1	27	—	27	—	—	—
C 2	48	1	49	2 (4)	—	2
C 3	87	16	103	6 (4)	—	6
C 4	45	—	45	1 (4)	—	1
C 5	10	—	10	—	—	—
Insgesamt	217	17	234	9	—	9
D 1	24	—	24	—	—	—
D 2	11	—	11	—	—	—
D 3	27	—	27	—	—	—
D 4	—	—	—	—	—	—
Insgesamt	62	—	62	—	—	—
Gesamtzahl	**664**	**29**	**693 (8)**	**89**	**12**	**101**
	794 (9) (10)					

(1) Davon 1 A 2 ad personam (Hilfskanzler für die Dauer seines Amtes).

(2) Davon 2 in die Besoldungsgruppe A 2 ad personam eingestufte Beamte auf Lebenszeit und 5 in die Besoldungsgruppe A 2 ad personam und für die Dauer ihres Amtes als Rechtsreferenten eingestufte Beamte auf Lebenszeit, wobei die freiwerdenden Rechtsreferentenstellen allmählich mit Bediensteten auf Zeit besetzt werden sollen.

(3) Davon 1 A 3 ad personam.

(4) Diese Stellen werden nur für eine Höchstdauer von 3 bzw. 4 Jahren geschaffen.

(5) Davon 2 Stellen für Sekretariatshauptinspektoren oder technische Hauptinspektoren.

(6) Davon 10 Stellen für Sekretariatsinspektoren oder technische Inspektoren.

(7) Davon 8 Stellen für Sekretariatsinspektoren oder technische Inspektoren.

(8) Ohne die nicht mit Mitteln versehene virtuelle Reserve für Beamte, die zum Gerichtshof oder zum Gericht erster Instanz abgeordnet wurden (1 A 4, 1 A 5, 1 A 6, 1 LA 4, 1 LA 5, 4 LA 6, 5 B 4, 1 B 5, 3 C 2, 7 C 3).

(9) Die virtuelle Reserve für Abordnungen nicht mitgerechnet.

(10) Die Besetzung bestimmter Stellen mit Halbtagskräften kann durch die Einstellung sonstiger Bediensteter im Rahmen der so in jeder Laufbahngruppe frei gewordenen Stellen ausgeglichen werden.

Einzelplan IV — Gerichtshof

Laufbahn- und Besoldungsgruppen	1992					
	Dauerplanstellen			Planstellen auf Zeit		
	Gerichtshof	Gericht erster Instanz	Insgesamt	Gerichtshof	Gericht erster Instanz	Insgesamt
A 1	—	—	—	—	—	—
A 2	5	—	5	—	—	—
A 3	10 (1)	—	10	14 (2)	—	14
A 4	6 (3)	—	6	29	4	33
A 5	13	2	15	14	8	22
A 6	11	—	11	—	—	—
A 7	20	—	20	—	—	—
A 8	—	—	—	—	—	—
Insgesamt	65	2	67	57	12	69
LA 3	11	—	11	—	—	—
LA 4	40	—	40	—	—	—
LA 5	69	—	69	6 (4)	—	6
LA 6	75	—	75	9 (4)	—	9
LA 7	5	—	5	—	—	—
LA 8	—	—	—	—	—	—
Insgesamt	200	—	200	15	—	15
B 1	19	—	19	—	—	—
B 2	19 (5)	2	21	—	—	—
B 3	32	3	35	—	—	—
B 4	29 (6)	—	29	—	—	—
B 5	32 (7)	9	41	—	—	—
Insgesamt	131	14	145	—	—	—
C 1	26	—	26	—	—	—
C 2	46	3	49	2 (4)	—	2
C 3	87	15	102	6 (4)	—	6
C 4	45	1	46	1 (4)	—	1
C 5	10	—	10	—	—	—
Insgesamt	214	19	233	9	—	9
D 1	24	—	24	—	—	—
D 2	11	—	11	—	—	—
D 3	27	—	27	—	—	—
D 4	—	—	—	—	—	—
Insgesamt	62	—	62	—	—	—
Gesamtzahl	**672**	**35**	**707 (8)**	**81**	**12**	**93**
	800 (9) (10)					

(1) Davon 1 A 2 ad personam (stellvertretender Kanzler für die Dauer seines Amtes).

(2) Davon 2 in die Besoldungsgruppe A 2 ad personam eingestufte Beamte auf Lebenszeit und 5 in die Besoldungsgruppe A 2 ad personam und für die Dauer ihres Amtes als Rechtsreferenten eingestufte Beamte auf Lebenszeit, wobei die freiwerdenden Rechtsreferentenstellen allmählich mit Bediensteten auf Zeit besetzt werden sollen.

(3) Davon 1 A 3 ad personam.

(4) Diese Stellen werden nur für eine Höchstdauer von 3 bzw. 4 Jahren geschaffen.

(5) Davon 2 Stellen für Sekretariatshauptinspektoren oder technische Hauptinspektoren.

(6) Davon 10 Stellen für Sekretariatsinspektoren oder technische Inspektoren.

(7) Davon 8 Stellen für Sekretariatsinspektoren oder technische Inspektoren.

(8) Ohne die nicht mit Mitteln versehene virtuelle Reserve für Beamte, die zum Gerichtshof oder zum Gericht erster Instanz abgeordnet wurden (1 A 4, 1 A 5, 1 A 6, 1 LA 4, 1 LA 5, 4 LA 6, 5 B 4, 1 B 5, 3 C 2, 7 C 3).

(9) Die virtuelle Reserve für Abordnungen nicht mitgerechnet.

(10) Die Besetzung bestimmter Stellen mit Halbtagskräften kann durch die Einstellung sonstiger Bediensteter im Rahmen der so in jeder Laufbahngruppe frei gewordenen Stellen ausgeglichen werden.

Einzelplan V — Rechnungshof

Laufbahn- und Besoldungsgruppen	1991		1992	
	Dauerplanstellen	Planstellen auf Zeit	Dauerplanstellen	Planstellen auf Zeit
A 1	—	1	—	1
A 2	5	—	5	—
A 3	17	—	17	—
A 4	17	28	19	28
A 5	14	2	16	2
A 6	20	13	22	13
A 7	20	—	20	—
A 8	—	—	—	—
Insgesamt	93	44	99	44
LA 3	1	—	1	—
LA 4	9	—	12	—
LA 5	9	—	9	—
LA 6	13	—	10	—
LA 7	14	—	14	—
LA 8	—	—	—	—
Insgesamt	46	—	46	—
B 1	12	—	12	—
B 2	18 (1)	—	20 (2)	—
B 3	28 (3)	8 (4)	25 (1)	9 (4)
B 4	7	—	7	—
B 5	5	—	5	—
Insgesamt	70	8	69	9
C 1	17	—	19	—
C 2	24	—	24	—
C 3	31	6	31	8
C 4	16	—	16	—
C 5	2	—	2	—
Insgesamt	90	6	92	8
D 1	7	—	7	—
D 2	7	—	7	—
D 3	7	6	7	6
D 4	—	—	—	—
Insgesamt	21	6	21	6
Gesamtzahl	**320** (5)	**64** (5)	**327** (5)	**67** (5)

(1) Davon 1 Planstelle für einen Sekretariatshauptinspektor.
(2) Davon 3 Planstellen für Sekretariatshauptinspektoren.
(3) Davon 4 Planstellen für Sekretariatshauptinspektoren.
(4) Planstellen für Sekretariatshauptinspektoren.
(5) Die Besetzung bestimmter Stellen mit Halbtagskräften kann durch die Einstellung sonstiger Bediensteter im Rahmen der so in jeder Laufbahngruppe frei gewordenen Stellen ausgeglichen werden.

EINZELPLAN I

PARLAMENT

EINNAHMEN

Beitrag der Europäischen Gemeinschaften zur Finanzierung der Ausgaben des Europäischen Parlaments im Haushaltsjahr 1992

Bezeichnung	Betrag
Ausgaben	588 794 193
Eigene Einnahmen	– 36 985 251
Ausstehender Beitrag	**551 808 942**

PARLAMENT

Eigene Einnahmen

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1992	Haushaltsjahr 1991	Haushaltsjahr 1990
4	**SONSTIGE VON DER GEMEINSCHAFT ERHOBENE ABGABEN, ABZÜGE UND GEBÜHREN**			
40	GEHALTSABZÜGE			
400	**Ertrag aus der Steuer auf die Gehälter, Löhne und anderen Bezüge der Beamten und sonstigen Bediensteten**	19 407 431	16 586 734	15 753 967
401	**Beiträge des Personals zur Altersversorgung**	11 263 984	10 178 223	9 646 789
402	**Krisenabgabe**	p.m.	2 454 523	3 730 364
	KAPITEL 40 INSGESAMT	30 671 415	29 219 480	29 131 120
	Titel 4 insgesamt	**30 671 415**	**29 219 480**	**29 131 120**
5	**EINNAHMEN AUS DER LAUFENDEN VERWALTUNGSTÄTIGKEIT DES ORGANS**			
50	ERLÖS AUS VERÄUSSERUNGEN VON BEWEGLICHEN UND UNBEWEGLICHEN SACHEN			
500	**Erlös aus der Veräußerung von beweglichen Sachen**	p.m.	p.m.	158 887
502	**Erlös aus dem Verkauf von Veröffentlichungen, Drucksachen und Filmen**	800 000	440 000	839 080
503	**Erlös aus dem Verkauf von Transportmaterial**	50 000	10 000	67 035
	KAPITEL 50 INSGESAMT	850 000	450 000	1 065 002
52	ERTRÄGE AUS ANLAGEMITTELN UND DAHRLEHENSMITTELN, BANKZINSEN UND SONSTIGE ZINSEN			
520	**Erträge aus Anlagemitteln und Darlehensmitteln, Bankzinsen und sonstige Zinsen**	2 000 000	800 000	2 555 061
	KAPITEL 52 INSGESAMT	2 000 000	800 000	2 555 061
53	KURSGEWINNE			
530	**Kursgewinne**	p.m.	p.m.	0
	KAPITEL 53 INSGESAMT	p.m.	p.m.	0
55	ÜBERTRAGUNG ODER RÜCKKAUF VON RUHEGEHALTSANSPRÜCHEN DURCH DAS PERSONAL			
550	**Übertragung oder Rückkauf von Ruhegehaltsansprüchen durch das Personal**	1 000 000	550 000	1 269 481
	KAPITEL 55 INSGESAMT	1 000 000	550 000	1 269 481
	Titel 5 insgesamt	**3 850 000**	**1 800 000**	**4 889 544**

PARLAMENT

Eigene Einnahmen *(Fortsetzung)*

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1992	Haushaltsjahr 1991	Haushaltsjahr 1990
6	**BEITRÄGE ZU DEN GEMEINSCHAFTSPROGRAMMEN, ERSTATTUNG VERAUSLAGTER BETRÄGE UND VERGÜTUNGEN FÜR ENTGELTLICHE LEISTUNGEN**			
6 1	ERSTATTUNG VERSCHIEDENER BETRÄGE			
6 1 0	**Erstattung von Beträgen, die für Rechnung eines anderen Organs verauslagt worden sind**			
6 1 0 1	Erstattung von Beträgen, die für Rechnung eines anderen Organs verauslagt worden sind	950 000	765 000	611 814
6 1 0 2	Erstattung von Sozialausgaben, die für Rechnung eines anderen Organs verauslagt worden sind	644 384	644 384	286 360
6 1 0 3	Erstattung von Subventionen	p.m.	p.m.	0
	KAPITEL 6 1 INSGESAMT	1 594 384	1 409 384	898 174
	Titel 6 insgesamt	**1 594 384**	**1 409 384**	**898 174**
9	**SONSTIGE EINNAHMEN**			
9 0	SONSTIGE EINNAHMEN			
9 0 2	**Pauschale Telefon- und Postgebühren der Fraktionen**	p.m.	p.m.	0
9 0 4	**Gehälter**	50 000	250 000	28 001
9 0 5	**Überschüsse Kantinen, Restaurants und Einkaufszentrale**	p.m.	p.m.	0
9 0 6	**Verschiedenes**	p.m.	850 000	633 082
	KAPITEL 9 0 INSGESAMT	50 000	1 100 000	661 083
9 1	(FREIWILLIGER) BEITRAG DER MITGLIEDER ZU EINER ALTERSVERSORGUNG	820 000	765 000	779 226
	KAPITEL 9 1 INSGESAMT	820 000	765 000	779 226
	Titel 9 insgesamt	**870 000**	**1 865 000**	**1 440 309**
	GESAMTBETRAG	**36 985 799**	**34 293 864**	**36 359 147**

PARLAMENT

AUSGABEN

Gesamtübersicht über die Mittel (1992 und 1991) und der Ausgaben (1990)

Titel Kapitel	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
1	**AUSGABEN FÜR MITGLIEDER UND PERSONAL DES ORGANS**			
1 0	MITGLIEDER DES ORGANS	101 062 407	85 385 901	77 929 116,—
1 1	PERSONAL	241 770 892	219 289 861	195 030 479,—
1 2	KOSTEN UND VERGÜTUNGEN BEI DIENSTANTRITT, AUSSCHEIDEN AUS DEM DIENST UND VERSETZUNGEN	8 740 634	9 771 561	7 003 252,—
1 3	DIENSTREISE- UND FAHRKOSTEN	15 243 000	14 417 000	14 193 396,—
1 4	SOZIALE UND MEDIZINISCHE INFRASTRUKTUR	1 380 000	1 761 000	1 373 470,—
1 5	PRAKTIKA UND BERUFLICHE FORTBILDUNG DES PERSONALS	1 363 100	934 934	1 123 163,—
1 6	SOZIALAUSGABEN	1 247 000	927 400	703 970,—
	Titel 1 insgesamt	**370 807 033**	**332 487 657**	**297 356 846,—**
2	**GEBÄUDE, MATERIAL UND VERSCHIEDENE SACHAUSGABEN**			
2 0	GRUNDSTÜCKSINVESTITIONEN, MIETE VON GEBÄUDEN UND NEBENKOSTEN	74 406 873	57 103 420	52 506 056,—
2 1	INFORMATIK UND TELEKOMMUNIKATION	18 723 000		
2 2	BEWEGLICHE SACHEN UND NEBENKOSTEN	10 726 810	31 829 250	24 075 600,—
2 3	LAUFENDE SACHAUSGABEN FÜR DEN DIENSTBETRIEB	14 637 083	13 840 305	10 474 789,—
2 4	AUSGABEN FÜR EMPFÄNGE UND FÜR REPRÄSENTATIONSZWECKE	665 000	594 000	534 983,—
2 5	AUSGABEN FÜR SITZUNGEN UND EINBERUFUNGEN	3 147 000	2 350 000	1 446 582,—
2 6	KOSTEN FÜR UNTERSUCHUNGEN, ERHEBUNGEN UND KONSULTATIONEN	1 745 000	1 195 000	886 059,—
2 7	AUSGABEN FÜR VERÖFFENTLICHUNGEN UND FÜR DIE UNTERRICHTUNG DER ÖFFENTLICHKEIT	13 000 000	13 150 000	9 759 030,—
2 9	ZUSCHÜSSE UND BETEILIGUNGEN	11 882 000	11 703 150	7 812 560,—
	Titel 2 insgesamt	**148 932 766**	**131 765 125**	**107 495 659,—**
3	**AUSGABEN IM ZUSAMMENHANG MIT DER DURCHFÜHRUNG SPEZIFISCHER AUFGABEN DURCH DAS ORGAN**			
3 7	BESONDERE AUSGABEN EINIGER INSTITUTIONEN UND ORGANE	26 290 004	25 959 745	24 853 640,—
	Titel 3 insgesamt	**26 290 004**	**25 959 745**	**24 853 640,—**

PARLAMENT

Gesamtübersicht über die Mittel (1992 und 1991) und der Ausgaben (1990) *(Fortsetzung)*

Titel Kapitel	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
10	**SONSTIGE AUSGABEN**			
10 0	VORLÄUFIG EINGESETZTE MITTEL	34 064 390	17 976 150	0,—
10 1	RÜCKSTELLUNG FÜR UNVORHERGESEHENE AUSGABEN	8 700 000	4 000 000	0,—
	Titel 10 insgesamt	**42 764 390**	**21 976 150**	**0,—**
	GESAMTBETRAG	**588 794 193**	**512 188 677**	**429 706 145,—**

PARLAMENT

TITEL 1

AUSGABEN FÜR MITGLIEDER UND PERSONAL DES ORGANS

KAPITEL 1 0 — MITGLIEDER DES ORGANS

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
	KAPITEL 1 0			
1 0 0	***Gehälter, Zulagen und Entschädigungen***			
1 0 0 0	Grundgehälter Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
1 0 0 1	Residenzzulage Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
1 0 0 2	Familienzulagen Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
1 0 0 3	Aufwandsentschädigungen Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
1 0 0 4	Reise- und Aufenthaltskosten bei Sitzungen und Einberufungen und Nebenkosten Nichtgetrennte Mittel	32 662 800 (1)	31 329 000	28 173 288,—
1 0 0 5	Kosten für besondere Reisen in Ausübung des Mandats Nichtgetrennte Mittel	1 295 000	647 500 (2)	470 000,—
1 0 0 6	Zulage zur Deckung der Auslagen der Mitglieder für Tätigkeiten in ihrer Eigenschaft als Mitglieder des Europäischen Parlaments, die nicht unter Posten 1 0 0 5 fallen Nichtgetrennte Mittel	16 854 000	16 106 000	14 755 036,—
1 0 0 7	Amtszulage Nichtgetrennte Mittel	104 400		

(1) Es werden Mittel in Höhe von 328 000 ECU in Kapitel 10 0 eingesetzt.
(2) Es werden Mittel in Höhe von 647 500 ECU in Kapitel 10 0 eingesetzt.

PARLAMENT

TITEL 1

AUSGABEN FÜR MITGLIEDER UND PERSONAL DES ORGANS

KAPITEL 10 — MITGLIEDER DES ORGANS

Artikel Posten	Erläuterungen	
100		
1000	Dieser Posten dient der Finanzierung der Gehälter der Mitglieder des Europäischen Parlaments, die — entsprechend der bei den Mitgliedern anderer Gemeinschaftsorgane angewandten Praxis — über den Haushaltsplan dieses Organs und nicht über die Haushaltspläne der Mitgliedstaaten erfolgen sollte.	
1001	Die Veranschlagung dieser Zulagen erfolgt im Hinblick auf die bevorstehenden Beratungen über die Zahlung der Bezüge der Mitglieder auf Gemeinschaftsebene.	
1002	Die Veranschlagung dieser Zulagen erfolgt im Hinblick auf die bevorstehenden Beratungen über die Zahlung der Bezüge der Mitglieder auf Gemeinschaftsebene.	
1003	Die Veranschlagung dieser Zulagen erfolgt im Hinblick auf die bevorstehenden Beratungen über die Zahlung der Bezüge der Mitglieder auf Gemeinschaftsebene.	
1004	Diese Mittel werden auf der Grundlage der augenblicklich für die Erstattung der Reise- und Aufenthaltskosten geltenden Regelung berechnet. Sie sind für 12 Tagungen bestimmt. Diese Mittel sind automatisch übertragbar.	
	Sie gliedern sich wie folgt auf:	
	— Tagungen	10 527 000
	— Ausschußsitzungen und Sonstiges an den drei Arbeitsorten	10 869 800
	— Ausschußsitzungen und Sonstiges außerhalb der drei Arbeitsorte	1 330 000
	— interparlamentarische Delegationen	1 354 000
	— AKP-Tagungen	648 000
	— Fraktionen außerhalb der drei Arbeitsorte	2 221 000
	— Fraktionen innerhalb der drei Arbeitsorte	5 713 000
	Insgesamt	32 662 800
1005	Regelung betreffend die Kostenerstattung und Vergütung für die Mitglieder des Europäischen Parlamentes, insbesondere Artikel 10.	
	Präsidiumsbeschlüsse vom 13. Dezember 1989 und vom 3. April 1990.	
	Der jährliche Betrag von 2 500 ECU pro Mitglied darf, außer in Ausnahmefällen, nicht überschritten werden.	
1006	Beschluß des Präsidiums vom 18. und 19. Oktober 1982.	
	Beschluß des Präsidiums vom 10. Mai 1989.	
	Diese monatliche Pauschalzulage ist insbesondere bestimmt zur Deckung:	
	— der Kosten für Reisen im Herkunftsland und damit zusammenhängende Aufwendungen für die Unterhaltung eines Büros sowie Fernsprech- und Postgebühren	16 336 000
	— der Telekommunikationszulage	518 000
	Insgesamt	16 854 000
1007	*Neuer Posten*	
	Beschluß des Präsidiums vom 20. März 1991.	

PARLAMENT

KAPITEL 1 0 — MITGLIEDER DES ORGANS *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
1 0 0	*(Fortsetzung)*			
1 0 0 7	*(Fortsetzung)*			
	Artikel 1 0 0 insgesamt	50 916 200	48 082 500	43 398 324,—
1 0 1	***Kranken- und Unfallversicherung und sonstige Soziallasten*** Nichtgetrennte Mittel	1 220 000	1 162 500	1 042 356,—
1 0 2	***Übergangsgelder*** Nichtgetrennte Mittel	100 000	300 000	1 750 454,—
1 0 3	***Versorgungsbezüge***			
1 0 3 0	Ruhegehälter Nichtgetrennte Mittel	2 515 000	2 515 000	2 058 723,—
1 0 3 1	Ruhegehälter wegen Dienstunfähigkeit Nichtgetrennte Mittel	55 000	96 000	79 399,—
1 0 3 2	Hinterbliebenenversorgung Nichtgetrennte Mittel	1 832 807	1 577 801	1 200 406,—
1 0 3 3	Freiwillige Ruhegehaltsregelung für die Mitglieder Nichtgetrennte Mittel	4 400 000		
	Artikel 1 0 3 insgesamt	8 802 807	4 188 801 (1)	3 338 528,—
1 0 5	***Kurse für die Mitglieder***			
1 0 5 0	Sprachkurse Nichtgetrennte Mittel	542 400	572 100	506 343,—

(1) Es werden Mittel in Höhe von 2 600 000 ECU in Kapitel 10 0 für Artikel 1 0 3 eingesetzt.

KAPITEL 10 — MITGLIEDER DES ORGANS *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen	
100	*(Fortsetzung)*	
1007	*(Fortsetzung)* Diese Mittel sind zur Deckung der mit dem Amt des Präsidenten verbundenen pauschalen Aufenthalts- und Aufwandsentschädigungen bestimmt.	
101	Dieser Artikel ist zur Deckung der Unfall- und Krankenversicherung sowie der sonstigen Soziallasten der Mitglieder bestimmt. Die Mittel gliedern sich wie folgt auf: — Unfallversicherung (Beschlüsse des Präsidiums vom 20. Oktober 1958, 3. April und 21. November 1990)	165 000
	— Krankenversicherung (Artikel 21 der Regelung betreffend die Kostenerstattung und die Vergütungen für die Mitglieder) (Beschlüsse des Präsidiums vom 24. September 1989, 3. April und 21. November 1990) Repatriierung	300 000
	— Lebensversicherung (Beschlüsse des Erweiterten Präsidiums vom 18. Juni 1975 und 4. Februar 1987) (Leistungen dürfen von anderer Seite nicht zur Aufrechnung in Anspruch genommen werden)	705 000
	— Versicherung gegen Verlust und Diebstahl (Beschlüsse des Präsidiums vom 19. Januar 1978, 3. April und 21. November 1990)	50 000
	Insgesamt	1 220 000
102	Beschluß des Präsidiums vom 18. Mai 1988 und 12. Dezember 1990. Diese Mittel sind zur Deckung des Übergangsgelds bestimmt.	
103		
1030	Beschluß des Präsidiums vom 24. und 25. Mai 1982.	
1031	Beschluß des Präsidiums vom 24. und 25. Mai 1982.	
1032	Beschluß des Erweiterten Präsidiums vom 29. April 1980 und des Präsidiums vom 24. und 25. Mai 1982.	
1033	*Neuer Posten* Beschluß des Präsidiums vom 12. Juni 1990. Diese Mittel sind zur Deckung des Anteils der Institution an der zusätzlichen Ruhegehaltsregelung für die Mitglieder (freiwillig) bestimmt.	
105		
1050	Beschluß des Präsidiums vom 10. Mai 1989. Die Mittel sind zur Deckung der Kosten für die Sprachkurse der Mitglieder des Organs bestimmt.	

PARLAMENT

KAPITEL 10 — MITGLIEDER DES ORGANS *(Fortsetzung)*

KAPITEL 11 — PERSONAL

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
105	*(Fortsetzung)*			
1051	EDV-Kurse Nichtgetrennte Mittel	140 000	140 000	45 700,—
	Artikel 105 insgesamt	682 400	712 100	552 043,—
106	***Sekretariatszulagen für die Mitglieder*** Nichtgetrennte Mittel	38 841 000	30 440 000 (1)	27 847 411,—
109	***Vorläufig eingesetzte Mittel für Entschädigungen und Zulagen für die Mitglieder*** Nichtgetrennte Mittel	500 000	500 000	0,—
	KAPITEL 10 INSGESAMT	101 062 407	85 385 901	77 929 116,—
	KAPITEL 11			
110	***Beamte und Bedienstete auf Zeit, die eine im Stellenplan vorgesehene Stelle innehaben***			
1100	Grundgehälter Nichtgetrennte Mittel	160 872 296	147 740 112	135 409 036,—
1101	Familienzulagen Nichtgetrennte Mittel	14 457 137	13 809 268	12 169 655,—
1102	Auslands- und Expatriierungszulagen (einschließlich Artikel 97 des EGKS-Statuts) Nichtgetrennte Mittel	22 886 939	21 137 178	19 265 063,—
1103	Sekretariatszulage Nichtgetrennte Mittel	1 753 741	1 497 396	1 451 978,—
	Artikel 110 insgesamt	199 970 113 (2)	184 183 954	168 295 732,—

(1) Es werden Mittel in Höhe von 4 300 000 ECU in Kapitel 10 0 eingesetzt.
(2) Es werden Mittel in Höhe von 85 581 ECU in Kapitel 10 0 für Artikel 1 1 0 eingesetzt.

PARLAMENT

KAPITEL 10 — MITGLIEDER DES ORGANS *(Fortsetzung)*

KAPITEL 11 — PERSONAL

Artikel Posten	Erläuterungen	
105	*(Fortsetzung)*	
1051	Diese Mittel sind zur Deckung folgender Posten bestimmt:	
	— Kosten für EDV-Kurse der Mitglieder des Organs (Beschluß des Präsidiums vom 3. April 1990)	140 000
	— Erstattung der Kosten, die die Mitglieder für die EDV-Ausbildung ihrer Assistenten aufgewendet haben	p.m.
	Insgesamt	140 000
106	Beschluß des Präsidiums vom 9. Juli 1987. Beschluß des Kollegiums der Quästoren vom 2. Dezember 1987. Regelung betreffend die Kostenerstattung und die Vergütungen für die Mitglieder, insbesondere Artikel 14 bis 16. Diese Mittel sind zur Deckung der Kosten für die Beschäftigung von Sekretariatsassistenten, wissenschaftlichen und sonstigen Assistenten auf der Grundlage eines privatrechtlichen Vertrages zwischen dem Mitglied und dem Assistenten bestimmt.	
109	Diese Mittel dienen zur Finanzierung der Auswirkungen etwaiger Anpassungen der Leistungen für die Mitglieder.	
110		
1100	Die für die Grundgehälter der Beamten und unter den folgenden Posten für die damit zusammenhängenden Zulagen und Vergütungen veranschlagten Mittel sind anhand des beigefügten Organisations- und Stellenplans für 1992 unter Berücksichtigung der Stellen, für die das Einstellungsverfahren noch nicht abgeschlossen ist, berechnet.	
1101	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 67. Die Familienzulagen umfassen die Haushaltszulage, die Zulage für unterhaltsberechtigte Kinder und sonstige unterhaltsberechtigte Personen sowie die Erziehungszulage der Beamten und Bediensteten auf Zeit.	
1102	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 4 des Anhangs VII. Diese Zulage steht den Beamten zu, die die vorgesehenen Voraussetzungen vorgenannten Artikels erfüllen.	
1103	Diese Zulage wird den Beamten der Laufbahngruppe C gewährt, die Dienstposten für Bürosekretäre(innen) und Büroassistenten(innen) bekleiden.	

PARLAMENT

KAPITEL 1 1 — PERSONAL *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
1 1 1	***Sonstige Bedienstete***			
1 1 1 0	Hilfskräfte Nichtgetrennte Mittel	5 790 000	5 274 065	4 753 102,—
1 1 1 1	Dolmetscherhilfskräfte Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
1 1 1 2	Örtliche Bedienstete Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
1 1 1 3	Sonderberater Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
1 1 1 4	Austausch von Personal zwischen der Institution und dem öffentlichen Dienst der Mitgliedstaaten Nichtgetrennte Mittel	65 000 (1)	81 000	32 797,—
	Artikel 1 1 1 insgesamt	5 855 000	5 355 065	4 785 899,—
1 1 2	***Versorgungsbezüge und Abgangsgelder*** Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
1 1 3	***Kranken- und Unfallversicherung, Versicherung gegen Berufskrankheiten und Arbeitslosenversicherung***			
1 1 3 0	Krankenversicherung Nichtgetrennte Mittel	5 791 280	5 318 644	3 712 482,—
1 1 3 1	Unfallversicherung und Versicherung gegen Berufskrankheiten Nichtgetrennte Mittel	1 108 150	1 477 401	834 877,—
1 1 3 2	Arbeitslosenversicherung der Bediensteten auf Zeit Nichtgetrennte Mittel	169 952	130 000	136 376,—
	Artikel 1 1 3 insgesamt	7 069 382 (2)	6 926 045	4 683 735,—

(1) Es werden Mittel in Höhe von 16 000 ECU in Kapitel 10 0 eingesetzt.
(2) Es werden Mittel in Höhe von 3 198 ECU in Kapitel 10 0 für Artikel 1 1 3 eingesetzt.

KAPITEL 11 — PERSONAL *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen	
111		
1110	Diese Mittel decken die Gehälter der Bediensteten, die eingestellt werden:	
	— als Ersatz für die Beamten, die vorübergehend ihr Amt nicht ausüben können,	3 110 000
	— zur Verstärkung des Personals insbesondere anläßlich der Tagungen, vor allem zur Ergänzung der technischen Teams (Druckerei, Vervielfältigung, Verteilung, Boten)	2 663 000
	— für sonstige Aufgaben	17 000
	Insgesamt	5 790 000
	Sie werden anhand der gewonnenen Erfahrungen und der statistischen Durchschnittsdaten der letzten Jahre unter besonderer Berücksichtigung des Personalbedarfs während der Tagungen und der Erhöhung der Gehälter der anläßlich der Tagungen eingestellten Hilfskräfte berechnet.	
1114	Mit diesen Mitteln schafft das Parlament (wie bereits die Kommission) für interessierte Parlamente und Behörden der Mitgliedstaaten die Möglichkeit, ein Programm für den Austausch von Beamten und anderen Bediensteten in Form von einjährigen Praktika, die gegebenenfalls verlängert werden können, bei den Dienststellen und Fraktionen des Europäischen Parlaments zu organisieren. Die Schaffung neuer oder zusätzlicher Stellen im Stellenplan des Generalsekretariats des Europäischen Parlaments ist zur Durchführung eines solchen Programms nicht erforderlich.	
113		
1130	Mittel, die für die Zahlung des Beitrags der Institution zum gemeinsamen Krankenversicherungssystem bestimmt sind.	
1131	Mittel, die für die Unfallversicherung und die Versicherung gegen Berufskrankheiten des Personals sowie zur Deckung der Ausgaben bestimmt sind, für die die Versicherung gegebenenfalls nicht aufkommt.	
1132	Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 28a.	
	Beitrag des Organs zur Finanzierung des in Artikel 28a Absatz 7 der Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten vorgesehenen Arbeitslosensonderfonds.	

PARLAMENT

KAPITEL 1 1 — PERSONAL *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
1 1 4	***Sonstige Zulagen und Vergütungen***			
1 1 4 0	Geburtenzulage und Sterbegelder Nichtgetrennte Mittel	15 000	28 500	9 550,—
1 1 4 1	Fahrkosten anläßlich des Jahresurlaubs Nichtgetrennte Mittel	2 943 000	2 650 000	2 443 207,—
1 1 4 2	Mietzulage und Fahrkostenzulage Nichtgetrennte Mittel	1 000	1 000	56,—
1 1 4 3	Pauschalvergütung für Dienstaufwandskosten Nichtgetrennte Mittel	77 450	74 736	76 731,—
1 1 4 4	Pauschalabgeltung von Fahrkosten Nichtgetrennte Mittel	46 300	43 005	52 177,—
1 1 4 5	Sondervergütung für die Rechnungsführer und Zahlstellenverwalter Nichtgetrennte Mittel	42 000	41 000	33 456,—
1 1 4 6	Schaffung oder Aufrechterhaltung von Rentenansprüchen für die Bediensteten auf Zeit Nichtgetrennte Mittel	52 000	52 000	27 991,—
1 1 4 9	Sonstige Zulagen und Erstattungen Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
	Artikel 1 1 4 insgesamt	3 176 750	2 890 241	2 643 168,—
1 1 5	***Überstunden*** Nichtgetrennte Mittel	1 000 000	1 026 855	1 010 301,—
1 1 6	***Berichtigungskoeffizient*** Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	276 574,—
1 1 7	***Aushilfsleistungen***			
1 1 7 0	Dolmetscher und Konferenzoperateure Nichtgetrennte Mittel	14 000 000	11 455 357	11 632 231,—
1 1 7 1	Freiberufliche Korrektoren Nichtgetrennte Mittel	—	—	0,—

KAPITEL 11 — PERSONAL *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
114	
1140	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere die Artikel 70, 74 und 75. Diese Mittel decken die Zahlung der vorgesehenen Zulagen.
1141	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 8 des Anhangs VII. Die Beamten haben für sich und ihre Familien anläßlich des Jahresurlaubs Anspruch auf die (Pauschal-)Vergütung der Reisekosten vom Ort der dienstlichen Verwendung zum Herkunftsort.
1143	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 14 des Anhangs VII. Diese Mittel decken die Pauschalvergütungen für Dienstaufwandskosten.
1144	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 15 des Anhangs VII. Diese Mittel decken die Pauschalabgeltung von Fahrkosten.
1145	Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1), insbesondere Artikel 75 Absatz 4 erster Unterabsatz. Den Beamten, die die Eigenschaft eines Rechnungsführers, unterstellten Rechnungsführers oder Zahlstellenverwalters haben, wird eine indexierte Sondervergütung gewährt.
1146	Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Gemeinschaften, insbesondere Artikel 42.
115	Nach dem Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften werden lediglich die Überstunden bezahlt, die von Beamten der Laufbahngruppen C und D geleistet werden, und zwar entsprechend ihrem Grundgehalt. Die Mittel gliedern sich wie folgt auf: — Pauschalvergütung für Fahrer und Telefonisten/innen 386 000 — Vergütungen zum Stundensatz für Überstunden des übrigen Personals der Laufbahngruppen C und D, die nicht — wie vorgesehen — durch Dienstbefreiung abgegolten werden konnten 614 000 Insgesamt 1 000 000
116	Unter diesen Artikeln können die Mittel eingesetzt werden, die für die Zahlungen entsprechend den vom Rat beschlossenen Berichtigungskoeffizienten bestimmt sind.
117	
1170	Beschluß des Präsidiums vom 16. Februar 1983. Regelung betreffend die Dolmetscher. Die Mittel wurden auf der Grundlage des Systems „angepaßter Zeitplan“ berechnet.

PARLAMENT

KAPITEL 1 1 — PERSONAL *(Fortsetzung)*

KAPITEL 1 2 — KOSTEN UND VERGÜTUNGEN BEI DIENSTANTRITT, AUSSCHEIDEN AUS DEM DIENST UND VERSETZUNGEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
1 1 7	*(Fortsetzung)*			
1 1 7 2	Auf Dienstleistungsbasis entlohntes sonstiges Personal sowie nach außerhalb zu vergebende Übersetzungs- und Schreibarbeiten Nichtgetrennte Mittel	3 716 050	2 090 756	1 702 839,—
	Artikel 1 1 7 insgesamt	17 716 050	13 546 113	13 335 070,—
1 1 9	***Vorläufige Mittel***			
1 1 9 0	Vorläufig eingesetzte Mittel Nichtgetrennte Mittel	6 983 597	5 361 588	0,—
	Artikel 1 1 9 insgesamt	6 983 597 (1)	5 361 588	0,—
	KAPITEL 1 1 INSGESAMT	241 770 892	219 289 861	195 030 479,—
	KAPITEL 1 2			
1 2 0	***Verschiedene Ausgaben für Personaleinstellung*** Nichtgetrennte Mittel	500 000	499 000	426 030,—
1 2 1	***Reisekosten (einschließlich derjenigen der Familienmitglieder)***			
1 2 1 1	Personal Nichtgetrennte Mittel	60 000	85 000	36 067,—
	Artikel 1 2 1 insgesamt	60 000	85 000	36 067,—

(1) Es werden Mittel in Höhe von 2 621 ECU in Kapitel 10 0 für Artikel 1 1 9 eingesetzt.

PARLAMENT

KAPITEL 11 — PERSONAL *(Fortsetzung)*

KAPITEL 12 — KOSTEN UND VERGÜTUNGEN BEI DIENSTANTRITT, AUSSCHEIDEN AUS DEM DIENST UND VERSETZUNGEN

Artikel Posten	Erläuterungen	
117	*(Fortsetzung)*	
1172	Mittel für auf Dienstleistungsbasis nach außerhalb zu vergebende Übersetzungs-, Schreib-, Loch-, Mikromations- und Kodierungsarbeiten sowie für technische Hilfsleistungen entlohntes sonstiges Personal.	
	Sie gliedern sich wie folgt auf:	
	— Übersetzung der ausführlichen Sitzungsberichte	1 873 550
	— sonstige Übersetzungen und Schreibarbeiten	1 750 000
	— technische Unterstützung	92 500
	Insgesamt	3 716 050
119		
1190	Diese Mittel werden vorläufig eingesetzt. Sie können erst nach einer Übertragung auf die entsprechenden Artikel und Posten verwendet werden. Sie dienen zur Finanzierung der Auswirkungen etwaiger Anpassungen der Gehälter.	
120	Diese Mittel decken die Kosten für Werbung, Einberufung von Bewerbern, Miete von Sälen und Maschinen sowie die Kosten für ärztliche Einstellungsuntersuchungen.	
121		
1211	Diese Mittel sind für die Zahlung der Reisekosten, auf die die Bediensteten anläßlich ihres Dienstantritts, ihres Ausscheidens aus dem Dienst oder der Änderung ihres Dienstortes Anspruch haben, bestimmt. Sie decken ebenfalls die Reisekosten der Familienmitglieder.	

PARLAMENT

KAPITEL 1 2 — KOSTEN UND VERGÜTUNGEN BEI DIENSTANTRITT, AUSSCHEIDEN AUS DEM DIENST UND VERSETZUNGEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
1 2 2	***Einrichtungs-, Wiedereinrichtungs- und Versetzungsbeihilfen***			
1 2 2 1	Einrichtungs-, Wiedereinrichtungs- und Versetzungsbeihilfen des Personals Nichtgetrennte Mittel	1 042 068	1 389 424	766 307,—
	Artikel 1 2 2 insgesamt	1 042 068	1 389 424	766 307,—
1 2 3	***Umzugskosten***			
1 2 3 1	Umzugskosten des Personals Nichtgetrennte Mittel	455 566	650 808	376 996,—
	Artikel 1 2 3 insgesamt	455 566	650 808	376 996,—
1 2 4	***Zeitweilige Tagegelder*** Nichtgetrennte Mittel	750 000	631 000	938 774,—
1 2 5	***Vergütungen bei Versetzung in den einstweiligen Ruhestand, bei Stellenenthebung und bei Entlassung***			
1 2 5 0	Vergütungen bei Stellenenthebung aus dienstlichen Gründen in Anwendung der Artikel 41 und 50 des Statuts Nichtgetrennte Mittel	350 000	312 000	301 210,—
1 2 5 4	Vergütungen für das endgültige Ausscheiden aus dem Dienst (Verordnung (EGKS, EWG, Euratom) Nr. 2150/82) Nichtgetrennte Mittel	77 000	80 000	69 917,—
1 2 5 6	Entschädigungen für das endgültige Ausscheiden aus dem Dienst (Verordnung (EGKS, EWG, Euratom) Nr. 3518/85) Nichtgetrennte Mittel	4 600 000	5 100 000	3 711 674,—
1 2 5 7	Vergütungen für endgültig aus dem Dienst ausscheidende Bedienstete auf Zeit Nichtgetrennte Mittel	740 000	856 929	376 277,—
	Artikel 1 2 5 insgesamt	5 767 000	6 348 929	4 459 078,—
1 2 9	***Vorläufig eingesetzte Mittel für etwaige Anpassungen der Gehälter und verschiedene Vergütungen der Beamten und sonstigen Bediensteten*** Nichtgetrennte Mittel	166 000	167 400	0,—
	KAPITEL 1 2 INSGESAMT	8 740 634	9 771 561	7 003 252,—

PARLAMENT

KAPITEL 1 2 — KOSTEN UND VERGÜTUNGEN BEI DIENSTANTRITT, AUSSCHEIDEN AUS DEM DIENST UND VERSETZUNGEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
1 2 2	
1 2 2 1	Diese Vergütungen entsprechen zwei Monatsgrundgehältern bei Beamten, die Anspruch auf die Haushaltszulage haben, und einem monatlichen Grundgehalt bei den anderen. Sie stehen den Bediensteten zu, die bei Dienstantritt, beim Ausscheiden aus dem Dienst oder bei ihrer Verwendung an einem neuen Dienstort ihren Wohnsitz wechseln müssen.
1 2 3	
1 2 3 1	Diese Mittel decken die Umzugskosten der unter Posten 1 2 2 1 genannten Bediensteten.
1 2 4	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 10 des Anhangs VII. Während eines begrenzten Zeitraums hat das neueingestellte Personal Anspruch auf Tagegelder.
1 2 5	
1 2 5 6	Verordnung (EGKS, EWG, Euratom) Nr. 3518/85 des Rates vom 12. Dezember 1985 zur Einführung von Sondermaßnahmen aufgrund des Beitritts Spaniens und Portugals betreffend das endgültige Ausscheiden von Beamten der Europäischen Gemeinschaften aus dem Dienst (ABl. Nr. L 335 vom 13. 12. 1985, S. 56).
1 2 5 7	Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 2274/87 des Rates vom 23. Juli 1987 zur Einführung von Sondermaßnahmen betreffend das endgültige Ausscheiden von Bediensteten auf Zeit der Europäischen Gemeinschaften aus dem Dienst (ABl. Nr. L 209 vom 31. 7. 1987, S. 1).
1 2 9	Die in diesem Kapitel genannten Vergütungen können geändert werden, und die Anzahl der Berechtigten kann sich im Laufe des Haushaltsjahres ändern.

PARLAMENT

KAPITEL 1 3 — DIENSTREISE- UND FAHRKOSTEN

KAPITEL 1 4 — SOZIALE UND MEDIZINISCHE INFRASTRUKTUR

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
	KAPITEL 1 3			
1 3 0	***Dienstreise- und Fahrkosten sowie Nebenkosten***			
1 3 0 1	Dienstreise- und Fahrkosten Nichtgetrennte Mittel	15 243 000 (1)	14 417 000	14 193 396,—
1 3 0 2	Besondere Ausstattung für Dienstreisen Nichtgetrennte Mittel	—	—	0,—
	Artikel 1 3 0 insgesamt	15 243 000	14 417 000	14 193 396,—
	KAPITEL 1 3 INSGESAMT	15 243 000	14 417 000	14 193 396,—
	KAPITEL 1 4			
1 4 0	***Restaurants und Kantinen***			
1 4 0 1	Kosten für den laufenden Betrieb der Restaurants und Kantinen Nichtgetrennte Mittel	1 000 000	1 446 000	1 103 104,—
	Artikel 1 4 0 insgesamt	1 000 000 (2)	1 446 000	1 103 104,—

(1) Es werden Mittel in Höhe von 347 000 ECU in Kapitel 10 0 eingesetzt.
(2) Es werden Mittel in Höhe von 500 000 ECU in Kapitel 10 0 für Artikel 1 4 0 eingesetzt.

KAPITEL 13 — DIENSTREISE- UND FAHRKOSTEN

KAPITEL 14 — SOZIALE UND MEDIZINISCHE INFRASTRUKTUR

Artikel Posten	Erläuterungen	
130		
1301	Die Höhe dieser für die Deckung der Dienstreise- und Fahrkosten des Personals bestimmten Mittel ist vor allem auf die zahlreichen Dienstreisen zwischen den drei Arbeitsorten und auf die Zunahme der Tätigkeiten des Parlaments und die Erhöhung der Reise- und Aufenthaltskosten zurückzuführen.	
	Sie gliedern sich wie folgt auf:	
	— Tagungen	9 042 023
	— Ausschußsitzungen an den drei Arbeitsorten	909 400
	— Ausschußsitzungen außerhalb der drei Arbeitsorte	517 500
	— interparlamentarische Delegationen	848 000
	— AKP-Tagungen	540 000
	— Fraktionssitzungen an den drei Arbeitsorten	317 600
	— Fraktionssitzungen außerhalb der drei Arbeitsorte	709 500
	— sonstige Dienstreisen im Rahmen der drei Arbeitsorte	1 205 977
	— sonstige Dienstreisen außerhalb der drei Arbeitsorte	853 000
	— berufliche Fortbildung	300 000
	Insgesamt	15 243 000
140		
1401	Diese Mittel sind erforderlich, um den Betrieb der Cafeterias und Kantinen in Luxemburg, Brüssel und Straßburg zu gewährleisten.	

PARLAMENT

KAPITEL 1 4 — SOZIALE UND MEDIZINISCHE INFRASTRUKTUR *(Fortsetzung)*

KAPITEL 1 5 — PRAKTIKA UND BERUFLICHE FORTBILDUNG DES PERSONALS

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
1 4 1	***Ärztlicher Dienst*** Nichtgetrennte Mittel	380 000	315 000	270 366,—
	KAPITEL 1 4 INSGESAMT	1 380 000	1 761 000	1 373 470,—
	KAPITEL 1 5			
1 5 0	***Kosten für Fortbildungsaufenthalte in den Dienststellen des Organs*** Nichtgetrennte Mittel	350 000	303 804	258 874,—
1 5 1	***Sprachkurse, Umschulung, berufliche Fortbildung und Information des Personals***			
1 5 1 0	Berufliche Fortbildung im allgemeinen Nichtgetrennte Mittel	600 000	413 900 (1)	510 111,—
1 5 1 1	Sprachkurse Nichtgetrennte Mittel	400 000	204 750 (2)	316 261,—
1 5 1 2	Berufliche Fortbildung im Rahmen der Mobilität Nichtgetrennte Mittel	—	—	26 146,—
1 5 1 3	Unterrichts- und technisches Material für die berufliche Fortbildung Nichtgetrennte Mittel	13 100	12 480	11 771,—
	Artikel 1 5 1 insgesamt	1 013 100	631 130	864 289,—
	KAPITEL 1 5 INSGESAMT	1 363 100	934 934	1 123 163,—

(1) Es werden Mittel in Höhe von 413 900 ECU in Kapitel 10 0 eingesetzt.
(2) Es werden Mittel in Höhe von 204 750 ECU in Kapitel 10 0 eingesetzt.

PARLAMENT

KAPITEL 14 — SOZIALE UND MEDIZINISCHE INFRASTRUKTUR *(Fortsetzung)*

KAPITEL 15 — PRAKTIKA UND BERUFLICHE FORTBILDUNG DES PERSONALS

Artikel Posten	Erläuterungen
141	Diese Mittel decken den Kauf von Material und von Arzneimitteln für den ärztlichen Dienst an den drei Arbeitsorten, die Kosten für Sachverständige und Material für Arbeitshygiene sowie die Kosten für Invalidisierungen und für die jährlichen Untersuchungen.
150	Aus diesen Mitteln können den Praktikanten eine Vergütung gewährt und eine Versicherung gegen Krankheit und Unfälle während der Fortbildungsaufenthalte sowie die Reisekosten und etwaige Entschädigungen bezahlt werden.
151	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 24 dritter Absatz des Statuts. Die Mittel dieses Artikels sind zur Deckung der Ausgaben für Kurse zur beruflichen Fortbildung und Umschulung, Sprachkurse, Ausbildung in Sicherheitsfragen und Kurse zur Erleichterung der Mobilität des Personals bestimmt. Sie decken auch die Ausgaben für die Anschaffung oder Herstellung von pädagogischem Material sowie die Erstellung spezifischer Studien durch Experten zur Planung und Durchführung von Ausbildungsprogrammen.

PARLAMENT

KAPITEL 1 6 — SOZIALAUSGABEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
	KAPITEL 1 6			
1 6 0	***Außerordentliche Beihilfen***			
	Nichtgetrennte Mittel	13 000	13 000	8 325,—
1 6 1	***Gesellschaftliche Beziehungen zwischen den Bediensteten***			
	Nichtgetrennte Mittel	94 000	94 000	67 395,—
1 6 2	***Sonstige Sozialaufwendungen***			
1 6 2 0	Sonstige Aufwendungen			
	Nichtgetrennte Mittel	204 000	182 000	275 540,—
1 6 2 1	Herrichtung eines zwischengemeinschaftlichen Sportzentrums			
	Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
	Artikel 1 6 2 insgesamt	204 000	182 000	275 540,—
1 6 3	***Kleinkindzentren und private Kinderkrippen***			
	Nichtgetrennte Mittel	794 000	638 400	352 710,—
1 6 4	***Hilfe für behinderte Personen***			
1 6 4 0	Kosten, die im Rahmen des gemeinsamen Krankheitsfürsorgesystems nicht erstattet werden, sowie sonstige spezifische Maßnahmen			
	Nichtgetrennte Mittel	142 000		

PARLAMENT

KAPITEL 16 — SOZIALAUSGABEN

Artikel Posten	Erläuterungen
160	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 76. Diese Mittel sind zur Deckung der Zuwendungen an Beamte oder Bedienstete bestimmt, die sich in einer besonders schwierigen Lage befinden.
161	Mit diesen Mitteln sollen alle Initiativen finanziell gefördert und unterstützt werden, die dazu dienen, die gesellschaftlichen Beziehungen zwischen den Bediensteten verschiedener Nationalität zu entwickeln; hierzu gehören Zuschüsse an Clubs sowie an Vereinigungen des Personals auf kulturellem und sportlichem Gebiet.
162	
1620	Die Mittel dieses Postens sind für die sonstigen Zuwendungen und Zuschüsse an die Bediensteten und deren Familien, für Tätigkeiten wie Ferienzentren, Haushaltshilfen, Rechtsberatung usw. sowie für einen Zuschuß an den Personalausschuß bestimmt. Ferner decken sie die finanzielle Beteiligung an den interinstitutionellen sozialen Tätigkeiten in Luxemburg und Brüssel.
1621	Dieser Posten ist für die Anmietung und die Kosten der Herrichtung von Plätzen und Hallen für sportliche Aktivitäten der Clubs der Beamten bestimmt. Augenblicklich gibt es keine interinstitutionelle Sportanlage.
163	Dieser Betrag dient zur Deckung des Anteils des Europäischen Parlaments an den: — Verwaltungskosten der von den Institutionen geleiteten Kleinkindzentren sowie des Anteils des Europäischen Parlaments an den Kosten der reservierten Plätze in externen Kinderkrippen, mit denen eine Vereinbarung getroffen wurden 770 000 — Betriebskosten der in den Räumlichkeiten des Europäischen Parlaments in Straßburg und Brüssel eingerichteten Kinderhorte 24 000 Insgesamt 794 000 Die Betriebskosten gehen in vollem Umfang zu Lasten der Eltern.
164	
1640	*Neuer Posten* Diese Mittel sind im Rahmen von Maßnahmen zu ihren Gunsten für folgende behinderte Personen bestimmt: — Beamte und Bedienstete auf Zeit im aktiven Dienst, — Ehegatten von Beamten und Bediensteten auf Zeit im aktiven Dienst, — alle unterhaltsberechtigten Kinder im Sinne des Statuts der Beamten der Europäischen Gemeinschaften.

PARLAMENT

KAPITEL 1 6 — SOZIALAUSGABEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
1 6 4	*(Fortsetzung)*			
1 6 4 0	*(Fortsetzung)*			
	Artikel 1 6 4 insgesamt	142 000		
	KAPITEL 1 6 INSGESAMT	1 247 000	927 400	703 970,—
	Titel 1 insgesamt	**370 807 033**	**332 487 657**	**297 356 846,—**

KAPITEL 16 — SOZIALAUSGABEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
164	*(Fortsetzung)*
1640	*(Fortsetzung)* Diese Mittel sollen es im Rahmen der Haushaltsmöglichkeiten erlauben, nach Ausschöpfung der etwaigen auf nationaler Ebene im Aufenthalts- oder Herkunftsland bestehenden Ansprüche für notwendig erachtete Ausgaben für nichtmedizinische Zwecke zu erstatten, die durch die Behinderung bedingt sind und ordnungsgemäß nachgewiesen werden.

PARLAMENT

TITEL 2

GEBÄUDE, MATERIAL UND VERSCHIEDENE SACHAUSGABEN

KAPITEL 20 — GRUNDSTÜCKSINVESTITIONEN, MIETE VON GEBÄUDEN UND NEBENKOSTEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
	KAPITEL 20			
200	***Mieten***			
2000	Mieten Nichtgetrennte Mittel	48 835 450	34 005 688	32 451 779,—

PARLAMENT

TITEL 2

GEBÄUDE, MATERIAL UND VERSCHIEDENE SACHAUSGABEN

KAPITEL 20 — GRUNDSTÜCKSINVESTITIONEN, MIETE VON GEBÄUDEN UND NEBENKOSTEN

Artikel Posten	Erläuterungen		
200			
2000	Diese Mittel gliedern sich wie folgt auf:		
	— Luxemburg:		
	— Hochhausgebäude	1 476 200	
	— BAK-Gebäude	6 193 000	
	— Schumangebäude	3 098 700	
	— NHE-Gebäude	654 700	
	— Senningerberggebäude	263 800	
			11 686 400
	— Straßburg:		
	— Europapalais	495 400	
	— IPE-Gebäude	4 477 500	
	— IPE-Gebäude-Anbau I	433 200	
	— IPE-Gebäude-Anbau II	2 338 600	
	— IPE-Gebäude-Anbau III	4 259 600	
	— Parkplatz	33 500	
			12 037 800
	— Brüssel:		
	— Belliardgebäude I (einschließlich Verankerung des Übergangs)	4 822 600	
	— Gebäude Belliard II	1 234 200	
	— Belliardgebäude III / IV	4 071 800	
	— Eastmangebäude	253 700	
	— Remorqueurgebäude	254 400	
	— Ardennegebäude	637 300	
	— Remard-Gebäude	1 031 600	
	— Van Maerlantgebäude (einschließlich Miete Übergang)	3 257 300	
	— Öffentliche Abgabe Übergang Belliard/Remorqueur	3 600	
	— D 1	6 992 750	
			22 559 250

PARLAMENT

KAPITEL 2 0 — GRUNDSTÜCKSINVESTITIONEN, MIETE VON GEBÄUDEN UND NEBENKOSTEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
2 0 0	*(Fortsetzung)*			
2 0 0 0	*(Fortsetzung)*			
2 0 0 1	Garantien Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
	Artikel 2 0 0 insgesamt	48 835 450	34 005 688	32 451 779,—
2 0 1	***Versicherungskosten*** Nichtgetrennte Mittel	131 500	129 500	83 771,—
2 0 2	***Wasser, Gas, Strom und Heizung*** Nichtgetrennte Mittel	4 476 000	3 348 428	2 770 635,—
2 0 3	***Reinigung und Unterhaltung*** Nichtgetrennte Mittel	9 900 000	7 729 881	5 543 743,—

PARLAMENT

KAPITEL 20 — GRUNDSTÜCKSINVESTITIONEN, MIETE VON GEBÄUDEN UND NEBENKOSTEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen		
200	*(Fortsetzung)*		
2000	*(Fortsetzung)*		
	— Außenbüros:		
	— Athen	147 800	
	— Bonn	120 300	
	— Kopenhagen	73 600	
	— Kopenhagen (Anbau)	23 800	
	— Dublin	96 300	
	— Den Haag	97 400	
	— London	574 700	
	— Madrid	133 550	
	— Madrid (Anbau)	26 750	
	— Paris	666 500	
	— Rom	440 100	
	— sonstige Säle	31 200	
	— Berlin	120 000	
			2 552 000
		Insgesamt	48 835 450
	Die Mieten werden auf 12 Monate und auf der Grundlage der bestehenden oder in Vorbereitung befindlichen Verträge berechnet, in denen normalerweise eine Indexierung aufgrund der Lebenshaltungskosten oder der Baukosten vorgesehen ist.		
202	Diese Mittel gliedern sich wie folgt auf:		
	— Luxemburg		1 695 000
	— Straßburg		1 133 000
	— Brüssel		1 410 000
	— Außenstellen und andere Orte		238 000
		Insgesamt	4 476 000
203	Bei diesen Mitteln wird der Erhöhung der Nebenkosten Rechnung getragen.		
	Sie gliedern sich wie folgt auf:		
	— Luxemburg		3 171 000
	— Straßburg		3 155 000
	— Brüssel		3 244 000
	— Außenbüros und andere Orte		330 000
		Insgesamt	9 900 000

PARLAMENT

KAPITEL 2 0 — GRUNDSTÜCKSINVESTITIONEN, MIETE VON GEBÄUDEN UND NEBENKOSTEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
2 0 4	***Herrichtung der Diensträume*** Nichtgetrennte Mittel	5 655 000	6 197 000 (1)	3 198 701,—
2 0 5	***Sicherheit und Bewachung der Gebäude*** Nichtgetrennte Mittel	4 958 923 (2)	4 958 923	3 877 121,—
2 0 6	***Erwerb von Immobilien*** Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m. (2)	4 000 000,—
2 0 7	***Bau von Gebäuden*** Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
2 0 8	***Sonstige Ausgaben, die vor dem Bau von Gebäuden oder dem Erwerb von Immobilien anfallen*** Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
2 0 9	***Sonstige Sachausgaben*** Nichtgetrennte Mittel	450 000 (3)	734 000	580 306,—
	KAPITEL 2 0 INSGESAMT	74 406 873 (4)	57 103 420	52 506 056,—

(1) Es werden Mittel in Höhe von 6 000 000 ECU in Kapitel 10 0 eingesetzt.
(2) Es werden Mittel in Höhe von 2 000 000 ECU in Kapitel 10 0 eingesetzt.
(3) Es werden Mittel in Höhe von 450 000 ECU in Kapitel 10 0 eingesetzt.
(4) Es werden Mittel in Höhe von 20 000 000 ECU in Kapitel 10 0 für Kapitel 2 0 eingesetzt.

PARLAMENT

KAPITEL 2 0 — GRUNDSTÜCKSINVESTITIONEN, MIETE VON GEBÄUDEN UND NEBENKOSTEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen	
2 0 4	Die Mittel sind zur Deckung der vorhersehbaren laufenden Ausgaben vorgesehen.	
	Sie gliedern sich wie folgt auf:	
	— Luxemburg	2 083 598
	— Straßburg	1 094 444
	— Brüssel	2 391 958
	— Außenbüros	85 000
	Insgesamt	5 655 000
2 0 5	Die Mittel sind im wesentlichen zur Deckung der Kosten für die Sicherheit und Bewachung der Dienstgebäude des Parlaments an den drei üblichen Arbeitsorten und den Außenbüros vorgesehen.	
	Sie gliedern sich wie folgt auf:	
	— Luxemburg	1 144 437
	— Straßburg	1 196 518
	— Brüssel	2 301 178
	— Außenbüros	316 790
	Insgesamt	4 958 923
2 0 9	Diese Mittel sind zur Deckung der sonstigen laufenden Ausgaben für Immobilien bestimmt, die in den anderen Artikeln des Kapitels 2 0 nicht besonders vorgesehen sind.	

PARLAMENT

KAPITEL 2 1 — INFORMATIK UND TELEKOMMUNIKATION

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
	KAPITEL 2 1			
2 1 0	***Ausstattung, Betriebskosten und Dienstleistungen im Zusammenhang mit der Informatik***			
2 1 0 0	Einrichtungen des EDV-Zentrums Nichtgetrennte Mittel	3 140 000		
2 1 0 1	Aufgeteilte Informatikeinrichtungen Nichtgetrennte Mittel	5 003 000		
2 1 0 2	Leistungen von externem Personal für den Betrieb, die Realisierung und die Wartung von EDV-Systemen Nichtgetrennte Mittel	4 293 000		
2 1 0 3	An Dritte übertragene Arbeiten im Zusammenhang mit dem EDV-Betrieb Nichtgetrennte Mittel	1 220 000		
	Artikel 2 1 0 insgesamt	13 656 000		

PARLAMENT

KAPITEL 21 — INFORMATIK UND TELEKOMMUNIKATION

Artikel Posten	Erläuterungen	
210		
2100	*Vormals Teilposten 2240 und 2242*	
	Diese Mittel zur Deckung folgender Ausgaben bestimmt:	
	— Kauf, Anmietung, Wartung und Erhaltung von Hard- und Software der Zentralsysteme im Rechenzentrum	3 140 000
	— Kauf von Material und Dokumentation	p.m.
	Insgesamt	3 140 000
	Die eventuellen Einnahmen können wiederverwendet werden.	
2101	*Vormals Teilposten 2240 und 2242*	
	Diese Mittel sind zur Deckung folgender Ausgaben bestimmt:	
	— Kauf, Anmietung, Wartung und Erhaltung von Terminalnetzen, Mikrocomputern, Minicomputern und Software für die EDV-Einrichtungen in den Abteilungen	4 003 000
	— Kauf, Anmietung, Wartung und Erhaltung von Hard- und Software in den Fraktionen	1 000 000
	— Kauf von Material und Dokumentation	p.m.
	Insgesamt	5 003 000
	Die eventuellen Einnahmen können wiederverwendet werden.	
2102	*Vormals Teilposten 2243*	
	Diese Mittel sind zur Deckung der Kosten für Dienstleistungs- und Beratergesellschaften für Informatik bestimmt, und zwar für:	
	— die Nutzung des EDV-Zentrums (Operators, Systemanalytiker, Systemingenieure usw.)	110 000
	— die Aufrechterhaltung bereits bestehender Anwendungen (Analyse der Änderungen, Programmierung, Durchführung)	400 000
	— die Realisierung neuer und die Ausweitung bereits bestehender Anwendungen (Durchführbarkeitsstudie, Analyse, Programmierung, Durchführung)	2 983 000
	— die Unterstützung Infocentre	400 000
	— die Durchführung besonderer Studien (komplexe Lastenhefte, Ergonomie, Strategie usw.)	400 000
	Insgesamt	4 293 000
2103	*Vormals Teilposten 2243*	
	Diese Mittel sind zur Deckung der Ausgaben für Anwendungen, die an externe Stellen vergeben werden (Bürodienst, Datenerfassung usw.) sowie für das Abonnement und die Nutzung von Netzdienstleistungen (externe elektronische Post usw.) bestimmt.	

PARLAMENT

KAPITEL 2 1 — INFORMATIK UND TELEKOMMUNIKATION *(Fortsetzung)*

KAPITEL 2 2 — BEWEGLICHE SACHEN UND NEBENKOSTEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
2 1 1	***Ausstattung, Kosten für die Einrichtung und Leistungen im Zusammenhang mit der Telekommunikation***			
2 1 1 0	Telekommunikationsausstattung Nichtgetrennte Mittel	3 647 000		
2 1 1 1	Kosten für Telekommunikationseinrichtungen Nichtgetrennte Mittel	890 000		
2 1 1 2	Leistungen von externem Personal für den Betrieb, die Realisierung und die Erhaltung von Software und Telekommunikationssystemen Nichtgetrennte Mittel	530 000		
	Artikel 2 1 1 insgesamt	5 067 000		
	KAPITEL 2 1 INSGESAMT	18 723 000 (1)		
	KAPITEL 2 2			
2 2 0	***Büromaschinen***			
2 2 0 0	Erstausstattung Nichtgetrennte Mittel	30 000	55 000 (2)	53 951,—
2 2 0 1	Ersatzbeschaffung Nichtgetrennte Mittel	200 000	180 000	178 750,—

(1) Es werden Mittel in Höhe von 5 000 000 ECU in Kapitel 10 0 für Kapitel 2 1 eingesetzt.
(2) Es werden Mittel in Höhe von 310 000 ECU in Kapitel 10 0 eingesetzt.

PARLAMENT

KAPITEL 21 — INFORMATIK UND TELEKOMMUNIKATION *(Fortsetzung)*

KAPITEL 22 — BEWEGLICHE SACHEN UND NEBENKOSTEN

Artikel Posten	Erläuterungen	
211		
2110	*Vormals Teilposten 2220, 2221, 2222, 2223, 2240 und 2242*	
	Diese Mittel bestimmt zur Deckung der Kosten für Kauf, Anmietung, Wartung und Erhaltung von:	
	— Übertragungsnetzen	345 000
	— Telefonzentralen und -geräten (Beantworter, Modems usw.)	3 247 000
	— Fernkopierern	55 000
	— Fernschreibern	p.m.
	— sonstigem Telekommunikationsmaterial	p.m.
	Insgesamt	3 647 000
	Die eventuellen Einnahmen können wiederverwendet werden.	
2111	*Vormals Teilposten 2040*	
	Diese Mittel sind bestimmt zur Deckung der Kosten für Verkabelung, Einrichtung und Transport von Telekommunikationsmaterial:	
	— Luxemburg	200 000
	— Straßburg	150 000
	— Brüssel	525 000
	— sonstige Orte	15 000
	Insgesamt	890 000
2112	*Vormals Teilposten 2243*	
	Diese Mittel sind bestimmt zur Deckung der Ausgaben für die Unterstützung durch Dienstleistungs- und Beratergesellschaften für Informatik und Telekommunikation für:	
	— die Inanspruchnahme des Netzes	160 000
	— die Erhaltung der Telekommunikationssysteme	220 000
	— die Durchführung von Untersuchungen und/oder Sotfware betreffend die Telekommunikation	150 000
	Insgesamt	530 000
220		
2200	Diese Mittel sind für den Kauf zusätzlicher Büromaschinen für das Generalsekretariat und die Fraktionen in Luxemburg, Straßburg und Brüssel bestimmt.	

PARLAMENT

KAPITEL 22 — BEWEGLICHE SACHEN UND NEBENKOSTEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung		Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
220	*(Fortsetzung)*				
2202	Miete	Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
2203	Unterhaltung, Betrieb und Instandsetzung	Nichtgetrennte Mittel	180 000	180 000	186 329,—
		Artikel 220 insgesamt	410 000	415 000	419 030,—
221	***Mobiliar***				
2210	Erstausstattung	Nichtgetrennte Mittel	796 000	1 800 000	724 312,—
2211	Ersatzbeschaffung	Nichtgetrennte Mittel	500 000	1 340 000	631 678,—
2212	Miete	Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
2213	Unterhaltung, Betrieb und Instandsetzung	Nichtgetrennte Mittel	30 000	30 000	10 103,—
		Artikel 221 insgesamt	1 326 000	3 170 000	1 366 093,—
222	***Material und technische Anlagen***				
2220	Erstausstattung	Nichtgetrennte Mittel	2 294 200 (1)	2 457 750 (2)	2 018 643,—
2221	Ersatzbeschaffung	Nichtgetrennte Mittel	1 256 500	1 733 200	1 271 500,—

(1) Es werden Mittel in Höhe von 2 862 000 ECU in Kapitel 10 0 eingesetzt.
(2) Es werden Mittel in Höhe von 1 500 000 ECU in Kapitel 10 0 eingesetzt.

PARLAMENT

KAPITEL 22 — BEWEGLICHE SACHEN UND NEBENKOSTEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen	
220	*(Fortsetzung)*	
2203	Diese Mittel sind zur Unterhaltung des Bestandes an Büromaschinen bestimmt.	
221		
2210	Diese Mittel sind insbesondere zur Deckung des Kaufs von Spezialmobiliar bestimmt.	
2211	Diese Mittel sind zur Deckung der Erneuerung von Mobiliar, das mindestens 15 Jahre alt und nicht mehr instandsetzbar ist, bestimmt.	
222		
2220	Diese Mittel decken den Kauf von verschiedenem Material und zusätzlichen technischen Anlagen.	
	Sie gliedern sich wie folgt auf:	
	— Veröffentlichung und Verteilung in herkömmlicher oder elektronischer Form	557 640
	— Archive	27 167
	— Audiovisuell	477 273
	— Gebäude	5 000
	— Konferenzen	305 403
	— Telefon (siehe neuen Posten 2 1 1 0)	—
	— Kantinen	343 957
	— Ausstattung	137 560
	— Post	p.m.
	— Sicherheit	440 200
	Insgesamt	2 294 200
2221	Diese Mittel sind zur Erneuerung von verschiedenen Ausstattungsgegenständen für die Druckerei, die Archive, den Telefondienst und die Kantinen und Einkaufszentralen bestimmt.	

PARLAMENT

KAPITEL 2 2 — BEWEGLICHE SACHEN UND NEBENKOSTEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
2 2 2	*(Fortsetzung)*			
2 2 2 1	*(Fortsetzung)*			
2 2 2 2	Miete Nichtgetrennte Mittel	715 000	2 223 000	1 537 533,—
2 2 2 3	Unterhaltung, Betrieb und Instandsetzung Nichtgetrennte Mittel	965 000	1 567 800	1 063 372,—
	Artikel 2 2 2 insgesamt	5 230 700	7 981 750	5 891 048,—
2 2 3	***Fahrzeuge***			
2 2 3 0	Erstausstattung Nichtgetrennte Mittel	30 000	50 000	0,—
2 2 3 1	Ersatzbeschaffung Nichtgetrennte Mittel	720 000	706 500	448 340,—
2 2 3 2	Miete Nichtgetrennte Mittel	1 075 000	795 000	904 380,—

KAPITEL 22 — BEWEGLICHE SACHEN UND NEBENKOSTEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen		
222	*(Fortsetzung)*		
2221	*(Fortsetzung)*		
	Die Mittel gliedern sich wie folgt auf:		
	— Veröffentlichung und Verteilung in herkömmlicher oder elektronischer Form		200 000
	— Archive		15 300
	— Audiovisuell		356 000
	— Gebäude		8 000
	— Konferenzen		353 000
	— Telefon (siehe neuen Posten 2 1 1 0)		—
	— Kantinen		260 000
	— Ausstattung		20 000
	— Post		p.m.
	— Sicherheit		44 200
		Insgesamt	1 256 500
2222	Diese Mittel gliedern sich wie folgt auf:		
	— Telefonanlagen (siehe neuen Posten 2 1 1 0)		—
	— Reprographieanlagen (Intendantur)		550 000
	— Fernkopiergeräte (siehe neuen Posten 2 1 1 0)		—
	— verschiedene Geräte		15 000
	— Vervielfältigungsanlagen		150 000
		Insgesamt	715 000
2223	Diese Mittel sind für die Unterhaltung des Materials einschließlich audiovisueller Geräte bestimmt.		
	Sie gliedern sich wie folgt auf:		
	— Veröffentlichung und Verteilung in herkömmlicher oder elektronischer Form		400 000
	— Archive		13 500
	— Audiovisuell		100 000
	— Gebäude		106 000
	— Konferenzen		55 000
	— Telefon (siehe neuen Posten 2 1 1 0)		—
	— Kantinen		130 000
	— Ausstattung		20 000
	— Post		5 700
	— Sicherheit		134 800
		Insgesamt	965 000
223			
2231	Diese Mittel sind zur Erneuerung des Fuhrparks bestimmt.		
2232	Diese Mittel sind für die Miete von Fahrzeugen, Taxis und Omnibussen an den Sitzungsorten bestimmt.		

PARLAMENT

KAPITEL 22 — BEWEGLICHE SACHEN UND NEBENKOSTEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
223	*(Fortsetzung)*			
2233	Unterhaltung, Betrieb und Instandsetzung Nichtgetrennte Mittel	465 000	420 000	411 081,—
	Artikel 223 insgesamt	2 290 000	1 971 500	1 763 801,—
224	***Material, Betriebskosten und Dienstleistungen im Zusammenhang mit den EDV-Anlagen***			
2240	Erstausstattung Nichtgetrennte Mittel		3 120 000	3 618 922,—
2242	Miete und Unterhaltung des Materials Nichtgetrennte Mittel		9 220 000	5 836 233,—
2243	Realisierung und Anpassung von EDV-Anwendungen Nichtgetrennte Mittel		4 315 000	3 904 534,—
	Artikel 224 insgesamt		16 655 000	13 359 689,—
225	***Ausgaben für Dokumentation und Bibliothek***			
2250	Bibliothek, Beschaffung von Büchern Nichtgetrennte Mittel	164 750	308 000	261 757,—
2251	Spezifisches Bibliotheks-, Dokumentations- und Vervielfältigungsmaterial Nichtgetrennte Mittel	25 750	45 000	39 137,—
2252	Abonnements auf Zeitungen und Zeitschriften Nichtgetrennte Mittel	164 410	299 000	269 290,—
2253	Abonnements bei Presseagenturen Nichtgetrennte Mittel	850 000	789 000	527 754,—
2254	Kosten für Buchbinderarbeiten und zur Erhaltung der Werke der Bibliothek Nichtgetrennte Mittel	5 200	5 000	4 974,—
2255	Abfrage bei Datenbanken Nichtgetrennte Mittel	85 000	70 000	56 977,—

PARLAMENT

KAPITEL 22 — BEWEGLICHE SACHEN UND NEBENKOSTEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
223	*(Fortsetzung)*
2233	Die beantragten Mittel stehen im Verhältnis zu der Erhöhung der Unterhaltungskosten.
224	
2240	Siehe neue Posten: 2100, 2101 und 2110.
2242	Siehe neue Posten: 2100, 2101 und 2110.
2243	Siehe neue Posten: 2102, 2103 und 2112.
225	
2250	Diese Mittel sind für die Erweiterungen und Ersatzbeschaffungen im Bereich der allgemeinen Nachschlagewerke und zur laufenden Ergänzung des Grundstocks der Bibliothek, vor allem der amtlichen Veröffentlichungen, sowie in Anbetracht der Anschaffung von Werken in spanischer, griechischer und portugiesischer Sprache unerläßlich. Sie gliedern sich wie folgt auf: — Bibliothek 85 250 — Übersetzung 79 500 Insgesamt 164 750
2251	Diese Mittel sind bestimmt für spezielles Bibliotheks-, Dokumentations-, Vervielfältigungs- und Mediotheksmaterial sowie Spezialmaterial für sonstige Systeme zur Archivierung von Informationen.
2252	Diese Mittel decken Zeitungs- und Zeitschriftenabonnements. Sie gliedern sich wie folgt auf: — Zeitungen 55 000 — Zeitungen und Zeitschriften (Bibliothek) 86 090 — technische Dienste und Übersetzung 23 320 Insgesamt 164 410
2253	Diese Mittel decken insbesondere die Abonnements bei Presseagenturen (AEP, ANSA, Belga, DPA, Reuter, Press Association usw.) und die Kosten für Sammlung, Verwertung und Verbreitung der Informationen über EPISTEL/OVIDE und andere Datenträger. Die Vergütungen für Telematikdienste können wiederverwendet werden.
2255	Diese Mittel sind zur Deckung der Kosten für die Nutzung externer dokumentarischer und statistischer Datenbanken (ohne EDV-Anlagen und Kosten für die Nachrichtenübermittlung) bestimmt.

PARLAMENT

KAPITEL 22 — BEWEGLICHE SACHEN UND NEBENKOSTEN *(Fortsetzung)*

KAPITEL 23 — LAUFENDE SACHAUSGABEN FÜR DEN DIENSTBETRIEB

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
225	*(Fortsetzung)*			
2256	Mehrsprachige Datenbank fur Dokumentation Nichtgetrennte Mittel	175 000	120 000	116 050,—
	Artikel 225 insgesamt	1 470 110 (1)	1 636 000	1 275 939,—
	KAPITEL 22 INSGESAMT	10 726 810	31 829 250	24 075 600,—
	KAPITEL 23			
230	***Papier- und Bürobedarf*** Nichtgetrennte Mittel	2 306 000	2 168 000	1 904 696,—
231	***Post- und Fernmeldegebühren***			
2310	Postgebühren und Zustellungskosten Nichtgetrennte Mittel	1 860 783	1 779 085	1 327 210,—

(1) Es werden Mittel in Höhe von 354 990 ECU in Kapitel 10 0 für Artikel 225 eingesetzt.

PARLAMENT

KAPITEL 22 — BEWEGLICHE SACHEN UND NEBENKOSTEN *(Fortsetzung)*

KAPITEL 23 — LAUFENDE SACHAUSGABEN FÜR DEN DIENSTBETRIEB

Artikel Posten	Erläuterungen	
225	*(Fortsetzung)*	
2256	Diese Mittel sind zur Deckung der Kosten für die Nutzung der Datenbank EPOQUE (ohne Anlagen und Kosten für die Nachrichtenübermittlung) bestimmt.	
230	Diese Mittel sind für den Kauf von Papier, Umschlägen, Büromaterial, Erzeugnissen für die Druckerei und die Vervielfältigung bestimmt.	
	Sie gliedern sich wie folgt auf:	
	— Veröffentlichung und Verteilung in herkömmlicher oder elektronischer Form	200 000
	— Außenbüros	55 000
	— audiovisueller Bedarf	101 000
	— Papier für die Druckerei	750 000
	— Vervielfältigungspapier	400 000
	— Bürobedarf	800 000
	Insgesamt	2 306 000
231		
2310	Diese Mittel gliedern sich wie folgt auf:	
	— Poststelle Luxemburg	153 914
	— Poststelle Straßburg	53 271
	— Poststelle Brüssel	218 598
	— Pressebüros	750 000
	— Pakete, Verzollung	60 000
	— Verteilung Luxemburg	550 000
	— Verteilung Straßburg	75 000
	— Verteilung Brüssel	p.m.
	Insgesamt	1 860 783

PARLAMENT

KAPITEL 2 3 — LAUFENDE SACHAUSGABEN FÜR DEN DIENSTBETRIEB *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
2 3 1	*(Fortsetzung)*			
2 3 1 1	Ferngespräche, Telegramme, Fernschreiben, Fernsehen Nichtgetrennte Mittel	8 500 000	7 895 120	5 637 987,—
2 3 1 2	Miete für Fernsehleitungszeit Nichtgetrennte Mittel	125 000	125 000	94 223,—
	Artikel 2 3 1 insgesamt	10 485 783	9 799 205	7 059 420,—
2 3 2	***Finanzkosten***			
2 3 2 0	Bankkosten Nichtgetrennte Mittel	120 000	99 000	96 239,—
2 3 2 1	Kursdifferenzen Nichtgetrennte Mittel	p.m. (1)	250 000	81 000,—
2 3 2 9	Sonstige Finanzkosten Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
	Artikel 2 3 2 insgesamt	120 000	349 000	177 239,—
2 3 3	***Streitsachen*** Nichtgetrennte Mittel	95 000	95 000	59 325,—
2 3 4	***Schadenersatz*** Nichtgetrennte Mittel	15 000	10 000	4 749,—

(1) Es werden Mittel in Höhe von 250 000 ECU in Kapitel 10 0 eingesetzt.

PARLAMENT

KAPITEL 23 — LAUFENDE SACHAUSGABEN FÜR DEN DIENSTBETRIEB *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen	
231	*(Fortsetzung)*	
2311	Unter diesem Posten werden die festen Anschlußgebühren und die Gebühren für Telefongespräche sowie für telegrafische und Fernschreibverbindungen verbucht.	
	Die Mittel gliedern sich wie folgt auf:	
	— Luxemburg	1 920 000
	— Straßburg	2 193 000
	— Brüssel	4 032 000
	— Außenbüros	288 000
	— Fernschreibkosten:	
	— Luxemburg und Straßburg	39 000
	— Brüssel	14 000
	— Außenbüros	14 000
	— zusätzliche Einrichtungen	p.m.
	— Telematikkosten	p.m.
	Insgesamt	8 500 000
2312	Diese Mittel dienen zur Deckung der Kosten für die Miete von Fernsehleitungszeit zwischen den Arbeitsorten des Parlaments und den Hauptstädten/Sendezentralen in den Mitgliedstaaten.	
232		
2321	Dieser Posten dient zur Deckung aller Kursdifferenzen mit Ausnahme der Differenzen aufgrund der Neubewertung des Ecu, d.h.: Mitteltransfers zwischen Bankkonten, im Ausland geleistete Zahlungen, insbesondere an die Beamten.	
233	Die Mittel dieses Artikels sind für verschiedene Ausgaben und Prozeßkosten aufgrund von gerichtlichen Klagen bestimmt.	

PARLAMENT

KAPITEL 2 3 — LAUFENDE SACHAUSGABEN FÜR DEN DIENSTBETRIEB *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
2 3 5	***Andere Sachausgaben***			
2 3 5 0	Verschiedene Versicherungskosten Nichtgetrennte Mittel	193 000	162 000	138 625,—
2 3 5 1	Dienst- und Arbeitskleidung sowie Arbeitsgerät Nichtgetrennte Mittel	382 300	339 100	294 995,—
2 3 5 2	Verschiedene Ausgaben für interne Sitzungen Nichtgetrennte Mittel	440 000	420 000	394 737,—
2 3 5 3	Umzug von Dienststellen Nichtgetrennte Mittel	430 000	330 000	327 726,—
2 3 5 4	Kleinausgaben Nichtgetrennte Mittel	152 000	150 000	97 277,—
2 3 5 9	Sonstige Sachausgaben Nichtgetrennte Mittel	18 000	18 000	16 000,—
	Artikel 2 3 5 insgesamt	1 615 300	1 419 100	1 269 360,—
2 3 9	***Dienstleistungen zwischen den Organen***			
2 3 9 0	Dienstleistungen des Amtes für amtliche Veröffentlichungen Nichtgetrennte Mittel	(p.m.)	(3 460 000)	0,—
2 3 9 1	Gemeinsamer Dolmetscherkonferenzdienst Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
2 3 9 3	Juristisches Dokumentationszentrum Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
	Artikel 2 3 9 insgesamt	p.m.	p.m.	0,—
	KAPITEL 2 3 INSGESAMT	14 637 083	13 840 305	10 474 789,—

KAPITEL 23 — LAUFENDE SACHAUSGABEN FÜR DEN DIENSTBETRIEB *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen	
235		
2350	Dieser Posten deckt die Ausgaben in Zusammenhang mit den Versicherungen, die unter einem anderen Posten nicht besonders vorgesehen sind.	
	Die Mittel gliedern sich wie folgt auf:	
	— Versicherungsprämien für den Transport von bestimmtem Material (Material für Dolmetscher, Fernsehen usw.) sowie Prämien für die Versicherung gegen Verlust und Diebstahl von Sachen der Abgeordneten und Beamten	180 000
	— Versicherungen, Kasse und Zahlungsverkehr	13 000
	Insgesamt	193 000
2351	Diese Mittel sollen	
	— den Kauf und die Instandhaltung von Arbeitskleidung für das Personal der Kantinen und des Restaurationsdienstes	22 300
	— den Kauf von Arbeitskleidung für Amtsboten, Kraftfahrer und Transporteure	320 000
	— den Kauf von Arbeitsinstrumenten	40 000
	decken.	
	Insgesamt	382 300
2354	Mit diesen Mitteln sollen verschiedene kleinere Ausgaben gedeckt werden.	
2359	Mit diesen Mitteln soll die Beteiligung an den Sekretariatskosten des Kabinetts des Präsidenten gedeckt werden.	
239		
2390	Diese *pro-forma*-Mittel dienen zur Deckung der Leistungen des Amtes für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften (Auftragskosten). Die tatsächlichen Mittel zur Bezahlung der Tätigkeiten des Amtes für amtliche Veröffentlichungen sind in der Anlage II des Teiles A des Ausgabenplans von Einzelplan III „Kommission" aufgeführt.	
2393	Dieser Posten deckt eine etwaige Forderung auf Kostenbeteiligung, die die Kommission im Zusammenhang mit dem juristischen Dokumentationszentrum an die anderen Organe richten könnte (Dateneingabe und Popularisierung der interinstitutionellen Datenbank CELEX).	

PARLAMENT

KAPITEL 24 — AUSGABEN FÜR EMPFÄNGE UND FÜR REPRÄSENTATIONSZWECKE

KAPITEL 25 — AUSGABEN FÜR SITZUNGEN UND EINBERUFUNGEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
	KAPITEL 24			
240	***Ausgaben für Empfänge und für Repräsentationszwecke***			
2400	Ausgaben für Empfänge und für Repräsentationszwecke der Mitglieder des Organs Nichtgetrennte Mittel	420 000	370 000	333 254,—
2401	Ausgaben für Empfänge und für Repräsentationszwecke des Personals Nichtgetrennte Mittel	25 000	22 000	18 614,—
2402	Fonds für Ausgaben nach Artikel 18 der Geschäftsordnung des Europäischen Parlaments Nichtgetrennte Mittel	22 000	22 000	20 000,—
2403	Kunstwerke Nichtgetrennte Mittel	198 000	180 000	163 115,—
	Artikel 240 insgesamt	665 000	594 000	534 983,—
	KAPITEL 24 INSGESAMT	665 000	594 000	534 983,—
	KAPITEL 25			
250	***Sitzungen und Einberufungen im allgemeinen*** Nichtgetrennte Mittel	1 927 000	885 000	100 000,—
251	***Ausschüsse*** Nichtgetrennte Mittel	—	—	0,—
255	***Verschiedene Kosten für Sitzungen für die Veranstaltung von Konferenzen und Kongressen und für die Teilnahme an diesen*** Nichtgetrennte Mittel	1 220 000 (1)	1 465 000	1 346 582,—
	KAPITEL 25 INSGESAMT	3 147 000	2 350 000	1 446 582,—

(1) Es werden Mittel in Höhe von 480 000 ECU in Kapitel 10 0 eingesetzt.

KAPITEL 24 — AUSGABEN FÜR EMPFÄNGE UND FÜR REPRÄSENTATIONSZWECKE

KAPITEL 25 — AUSGABEN FÜR SITZUNGEN UND EINBERUFUNGEN

Artikel Posten	Erläuterungen
240	
2400	Diese Mittel sind zur Deckung aller Kosten für die vom Europäischen Parlament veranstalteten Empfänge, einschließlich der Fonds für jeden parlamentarischen Ausschuß und jede interparlamentarische Delegation, und den Kauf von Repräsentationsartikeln bestimmt.
2401	Diese Mittel sind zur Deckung der Kosten der Empfänge, die vom Generalsekretariat gegeben werden, bestimmt.
250	Diese Mittel sind zur Deckung der Reise-, Aufenthalts- und Nebenkosten der Sachverständigen und sonstigen Persönlichkeiten bestimmt, die zu Sitzungen der Ausschüsse und der Studien- und Arbeitsgruppen eingeladen werden. Sie gliedern sich wie folgt auf: — Sitzungen und allgemeine Einberufungen 200 000 — Beobachter aus der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (Beschluß des Erweiterten Präsidiums vom 21. November 1990) 1 727 000 Insgesamt 1 927 000
255	Die Mittel sind vor allem zur Deckung der Kosten im Zusammenhang mit der Organisation der immer zahlreicheren Sitzungen außerhalb der Arbeitsorte bestimmt. Sie gliedern sich wie folgt auf: — jährliche Ausschußsitzungen 280 000 — Fraktionssitzungen 840 000 — sonstige Sitzungen 100 000 Insgesamt 1 220 000

PARLAMENT

KAPITEL 26 — KOSTEN FÜR UNTERSUCHUNGEN, ERHEBUNGEN UND KONSULTATIONEN

KAPITEL 27 — AUSGABEN FÜR VERÖFFENTLICHUNGEN UND FÜR DIE UNTERRICHTUNG DER ÖFFENTLICHKEIT

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
	KAPITEL 26			
260	***Konsultationen, Untersuchungen und Erhebungen über Einzelprobleme***			
	Nichtgetrennte Mittel	1 230 000	680 000	391 792,—
261	***STOA-Programm***			
	Nichtgetrennte Mittel	515 000 (1)	515 000	494 267,—
	KAPITEL 26 INSGESAMT	1 745 000	1 195 000	886 059,—
	KAPITEL 27			
270	***Amtsblatt***			
	Nichtgetrennte Mittel	5 000 000	6 200 000	4 202 649,—
271	***Veröffentlichungen***			
2710	Allgemeine Veröffentlichungen			
	Nichtgetrennte Mittel	3 300 000	3 300 000	2 519 412,—
2719	Ausgaben für die Unterrichtung der Öffentlichkeit und für die Förderung von Veröffentlichungen			
	Nichtgetrennte Mittel	1 400 000	998 000	921 521,—

(1) Es werden Mittel in Höhe von 485 000 ECU in Kapitel 10 0 eingesetzt.

KAPITEL 26 — KOSTEN FÜR UNTERSUCHUNGEN, ERHEBUNGEN UND KONSULTATIONEN

KAPITEL 27 — AUSGABEN FÜR VERÖFFENTLICHUNGEN UND FÜR DIE UNTERRICHTUNG DER ÖFFENTLICHKEIT

Artikel Posten	Erläuterungen
260	Diese Mittel sollen Untersuchungen für die politischen Organe und die Verwaltung ermöglichen, mit denen im Rahmen von Verträgen qualifizierte Sachverständige und Forschungsinstitute beauftragt werden, und die Ausgaben für die Honorare und die Nebenkosten bei den Klagen der Institution decken. Sie gliedern sich wie folgt auf: — Rechtssachverständige 80 000 — sonstige Sachverständige 150 000 — Ausgaben für externe Forschung 1 000 000 Insgesamt 1 230 000
261	Diese Mittel sind zur Deckung der Kosten der folgenden Ausgabenkategorien in Zusammenhang mit der Bewertung wissenschaftlicher und technologischer Optionen bestimmt: — Honorare und Organisationskosten für Konsultationen, Kosten für Studien und Untersuchungen, — Kosten für die Organisation von Tagungen und Erstattung der Kosten für an solchen Tagungen teilnehmende Sachverständige.
270	Diese Mittel decken die Kosten für die traditionnelle oder elektronische Veröffentlichung der Texte, die das Parlament im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* zu veröffentlichen hat, und zwar vor allem in Anwendung seiner Geschäftsordnung (Artikel 17, 36 und 45) und der Geschäftsordnung der Beratenden Versammlung AKP—EWG (Haushaltspläne, schriftliche Anfragen, Protokolle, Mitteilungen).
271	
2710	Mit diesen Mitteln werden die Kosten für die traditionnelle oder elektronische Reprographie der offiziellen Veröffentlichungen des Europäischen Parlaments außer dem *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* gedeckt, wie z.B. von Publikationen allgemeiner Art, Arbeitsdokumenten und verschiedenen Druckerzeugnissen sowie für die im Zusammenhang mit diesen Publikationen, Dokumenten und verschiedenen Druckerzeugnissen von Dritten durchgeführten Aufträge.
2719	Es handelt sich um Ausgaben für informatorische Veröffentlichungen, die nicht von den sekretariatseigenen Diensten gedruckt werden. Die Mittel sind für die Herausgabe des Monatsblattes „Europäisches Parlament", der grundlegenden Informationsbroschüre, der Broschüren über spezielle Themen und verschiedene Veröffentlichungen bestimmt. Sie umfassen: — Herausgabe und Anpassung der grundlegenden Informationsbroschüre — Druck und Verteilung des Monatsblattes — Herstellung von Broschüren über spezielle Themen, Faltblättern, Aufklebern, Plakaten, verschiedenen Veröffentlichungen usw.

PARLAMENT

KAPITEL 27 — AUSGABEN FÜR VERÖFFENTLICHUNGEN UND FÜR DIE UNTERRICHTUNG DER ÖFFENTLICHKEIT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
27	*(Fortsetzung)*			
2719	*(Fortsetzung)*			
	Artikel 27 1 insgesamt	4 700 000	4 298 000	3 440 933,—
272	***Ausgaben für die Unterrichtung der Öffentlichkeit und für die Teilnahme an öffentlichen Veranstaltungen***			
2720	Ausgaben für die Unterrichtung der Öffentlichkeit und für die Teilnahme an öffentlichen Veranstaltungen Nichtgetrennte Mittel	1 210 000	1 140 000	778 039,—
2721	Ausgaben für die „audiovisuelle" Information Nichtgetrennte Mittel	1 065 000	685 000	659 455,—
2722	Teilnahme an internationalen Ausstellungen Nichtgetrennte Mittel	900 000	702 000	677 954,—
2723	Information für die gewählten Vertreter der kommunalen und regionalen Körperschaften über die Tätigkeit der Gemeinschaft im Hinblick auf das Jahr 1992 Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
2724	Beteiligung an den Verwaltungs- und Organisationskosten des Jean-Monnet-Hauses Nichtgetrennte Mittel	125 000	125 000	
	Artikel 272 insgesamt	3 300 000	2 652 000	2 115 448,—
	KAPITEL 27 INSGESAMT	13 000 000	13 150 000	9 759 030,—

PARLAMENT

KAPITEL 27 — AUSGABEN FÜR VERÖFFENTLICHUNGEN UND FÜR DIE UNTERRICHTUNG DER ÖFFENTLICHKEIT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
271	*(Fortsetzung)*
2719	*(Fortsetzung)* Der Erlös aus einem etwaigen Verkauf kann wiederverwendet werden.
272	
2720	Mit diesen Mitteln sollen die Kosten für die materielle Organisation von Pressekonferenzen, die Einladung von Journalisten zu den Tagungen des Europäischen Parlaments, die Beteiligung an den Betriebskosten des Internationalen Pressezentrums in Brüssel und europäischer Journalistenvereinigungen und andere Informationsausgaben gedeckt werden. Die eventuellen Einnahmen aus Informationsaktionen können wiederverwendet werden.
2721	Diese Mittel decken den Verwaltungshaushalt (technische Leistungen in den Rundfunk-/Fernsehanstalten, Verbreitung von Filmen, Video-Kasetten und Diaserien, Ausgaben für Photos, Filme, Audio, Video). Diese Mittel ermöglichen auch die Finanzierung der audiovisuellen Informationsaktionen der Außenbüros sowie die finanziellen Beiträge, die den Rundfunk- und Fernsehanstalten und den Fachverbänden gewährt wurden. Die eventuellen Einnahmen aus Informationsaktionen können wiederverwendet werden.
2722	Mit diesen Mitteln sollen die gesamten Kosten für die Beteiligung des Europäischen Parlaments an — internationalen Messen und an der Ausrichtung von Ausstellungen 200 000 — der Weltausstellung in Sevilla, der Fachausstellung in Genua, der 500-Jahr-Feier der Entdeckung Amerikas und den Olympischen Spielen in Barcelona 700 000 gedeckt werden. Insgesamt 900 000 Diese Mittel betreffen insbesondere die bei solchen Veranstaltungen anfallenden Kosten für Infrastruktur, Transport, Informationsmaterial und Betriebskosten. Die eventuellen Einnahmen im Zusammenhang mit der Beteiligung an Messen und Ausstellungen können wiederverwendet werden.
2723	Dieser Posten soll den Erfahrungsaustausch auf gemeinschaftlicher Ebene im Hinblick auf die Vorbereitung der kommunalen Körperschaften auf die Vollendung des großen Binnenmarktes erleichtern. Ferner soll er auch der Vorbereitung der gewählten Vertreter dieser kommunalen und regionalen Körperschaften auf das Ziel 1992 dienen.
2724	Beschluß des Präsidiums vom 24. April 1990.

PARLAMENT

KAPITEL 29 — ZUSCHÜSSE UND BETEILIGUNGEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
	KAPITEL 29			
290	***Zuschüsse an Hochschulen***			
	Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
294	***Stipendien***			
2940	Forschungsstipendien und Studienstipendien			
	Nichtgetrennte Mittel	250 000	201 150	185 352,—
2941	Stipendien für die Aus- und Fortbildung von Konferenzdolmetschern			
	Nichtgetrennte Mittel	527 000	527 000	74 289,—
2942	Sonstige Stipendien			
	Nichtgetrennte Mittel	615 000	440 000	336 478,—
	Artikel 294 insgesamt	1 392 000	1 168 150	596 119,—
299	***Sonstige Zuschüsse***			
2990	Organisation von Besuchergruppen			
	Nichtgetrennte Mittel	7 820 000	7 820 000	6 071 690,—
2991	Zuschüsse zu den Besuchskosten von „Meinungsmultiplikatoren" aus den Mitgliedstaaten			
	Nichtgetrennte Mittel	750 000 (1)	1 140 000	886 715,—
2992	Beihilfen und Teilnahme an Informationsaktivitäten von kommunalen und regionalen staatlichen Stellen			
	Nichtgetrennte Mittel	290 000	290 000	258 036,—
2993	Beihilfen zur Förderung der Beziehungen zwischen dem Europäischen Parlament und den nationalen Parlamenten			
	Nichtgetrennte Mittel	150 000	80 000	0,—
2994	Programm „EUROSCOLA"			
	Nichtgetrennte Mittel	1 155 000	1 155 000	
2995	Zuschüsse für die demokratisch gewählten Parlamente in Mittel- und Osteuropa			
	Nichtgetrennte Mittel	200 000	50 000	

(1) Es werden Mittel in Höhe von 750 000 ECU in Kapitel 10 0 eingesetzt.

KAPITEL 29 — ZUSCHÜSSE UND BETEILIGUNGEN

Artikel Posten	Erläuterungen	
294		
2940	Diese Mittel decken die Kosten für die Gewährung von Robert-Schuman-Stipendien an junge Hochschulstudenten zur Durchführung von Forschungsarbeiten in der Generaldirektion Wissenschaft und die damit verbundenen Kosten einschließlich der Kosten für die unentgeltlich arbeitenden Praktikanten.	
2941	Diese Mittel decken Stipendien für die Ausbildung und berufliche Fortbildung von Dolmetschern und damit verbundene Kosten.	
2942	Diese Mittel decken die Finanzierung anderer Stipendien. Sie gliedern sich wie folgt auf: — Studienaufenthalte für Staatsangehörige aus Drittländern in der Gemeinschaft — Finanzierung von kulturellen Initiativen von europäischem Interesse — Studienstipendien für junge Universitätsangehörige, die zum einen Teil aus den Ländern Afrikas, der Karibik und des Pazifiks kommen und zum anderen Teil aus Ländern Zentralamerikas, um Forschungsarbeiten zum Thema Menschenrechte bei Stellen durchzuführen, die eine spezielle Zuständigkeit für diesen Bereich haben Insgesamt	 560 000 55 000 p.m. 615 000
299		
2990	Zuschüsse, die den Besuchergruppen während und außerhalb der Tagungen gewährt werden, sowie Vergütungen im Falle von Studienbesuchen sowie Mittel zur Deckung aller flankierenden Empfangs-, Betreuungs- und Infrastrukturkosten.	
2991	Zuschüsse zu den Besuchskosten von „Meinungsmultiplikatoren" aus den Mitgliedstaaten, wie Lehrer, Journalisten, führende Vertreter von Gesellschafts- und Berufsgruppen, Persönlichkeiten aus der Politik, den Gewerkschaftsorganisationen und der Wirtschaft usw.	
2992	Mit diesen Mitteln soll die Mithilfe der Gebietskörperschaften als unmittelbar auf die Bevölkerung einwirkende „Meinungsmultiplikatoren" dazu genutzt werden, Informationen über Bedeutung und Tätigkeiten des Europäischen Parlaments in großem Umfang zu verbreiten.	
2993	Diese Mittel sind dazu bestimmt, die für die Förderung der Beziehungen zwischen dem Europäischen Parlament und den nationalen Parlamenten vorgesehenen Ausgaben zu decken.	
2994	Diese Mittel sollen Zuschüsse für die Organisation eines Begegnungsprogramms für Jugendliche aus Abschlußklassen von allgemeinbildenden Schulen und Gymnasien der Gemeinschaft decken.	
2995	Diese Mittel dienen zur Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen dem Europäischen Parlament und den demokratisch gewählten Parlamenten Mittel- und Osteuropas; sie soll zur Einführung eines starken parlamentarischen Systems beitragen, das für die kommenden Jahre über ausreichende Mittel verfügt, um die Personal- und auch die Materialkosten zu decken. In einer ersten Phase werden mit diesen Mitteln die Ausarbeitung von Programmen für eine Zusammenarbeit sowie die ersten Maßnahmen zur Ausbildung der Beamten der gewählten Parlamente finanziert werden können.	

PARLAMENT

KAPITEL 29 — ZUSCHÜSSE UND BETEILIGUNGEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
299	*(Fortsetzung)*			
2996	Globe-EG Nichtgetrennte Mittel	p.m. (1)		
2998	Beziehungen zu den Vertretungsorganen der Gebietskörperschaften Nichtgetrennte Mittel	125 000		
	Artikel 299 insgesamt	10 490 000	10 535 000	7 216 441,—
	KAPITEL 99 INSGESAMT	11 882 000	11 703 150	7 812 560,—
	Titel 2 insgesamt	**148 932 766**	**131 765 125**	**107 495 659,—**

(1) Es werden Mittel in Höhe von 150 000 ECU in Kapitel 10 0 eingesetzt.

PARLAMENT

KAPITEL 29 — ZUSCHÜSSE UND BETEILIGUNGEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
299	*(Fortsetzung)*
2996	*Neuer Posten* Dieser Posten ist als Beitrag zu den Verwaltungs- und Betreibsausgaben der Organisation GLOBE-EG bestimmt.
2998	*Neuer Posten* Das Parlament schafft sich eine externe Stelle außerhalb des Generalsekretariats, deren Aufgabe in der Organisation der regelmäßigen Kontakte zu den Gebietskörperschaften bestehen wird. Dieser Mittel decken das Jahresgehalt eines externen Sachverständigen und einer externen Sekretärin sowie eventuelle Reisekosten für Dienstreisen nach Straßburg.

PARLAMENT

TITEL 3

AUSGABEN IM ZUSAMMENHANG MIT DER DURCHFÜHRUNG SPEZIFISCHER AUFGABEN DURCH DAS ORGAN

KAPITEL 3 7 — BESONDERE AUSGABEN EINIGER INSTITUTIONEN UND ORGANE

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
	KAPITEL 3 7			
3 7 0	***Besondere Ausgaben des Europäischen Parlaments***			
3 7 0 0	Ausgaben für die im AKP—EWG-Abkommen von Lome vorgesehenen parlamentarischen Delegationen und Organe Nichtgetrennte Mittel	385 000	531 000	312 588,—
3 7 0 2	Ausgaben für den im Rahmen der Assoziation mit der Türkei vorgesehenen interparlamentarischen paritätischen Ausschuß Nichtgetrennte Mittel	—	102 000	6 657,—
3 7 0 5	Beteiligung an den Sekretariatskosten der Fraktionen und an den Kosten der fraktionslosen Mitglieder Nichtgetrennte Mittel	9 135 000	8 758 000	8 253 000,—
3 7 0 6	Zusätzliche politische Aktivitäten Nichtgetrennte Mittel	4 721 000	4 526 000	4 243 000,—
3 7 0 8	Informationstätigkeiten Nichtgetrennte Mittel	12 000 000	12 000 000	12 000 000,—
3 7 0 9	Beiträge zu internationalen Organisationen Nichtgetrennte Mittel	49 004	42 745	38 395,—
	Artikel 3 7 0 insgesamt	26 290 004	25 959 745	24 853 640,—
	KAPITEL 3 7 INSGESAMT	26 290 004	25 959 745	24 853 640,—
	Titel 3 insgesamt	**26 290 004**	**25 959 745**	**24 853 640,—**

PARLAMENT

TITEL 3

AUSGABEN IM ZUSAMMENHANG MIT DER DURCHFÜHRUNG SPEZIFISCHER AUFGABEN DURCH DAS ORGAN

KAPITEL 37 — BESONDERE AUSGABEN EINIGER INSTITUTIONEN UND ORGANE

Artikel Posten	Erläuterungen	
370		
3700	Diese Mittel decken Verwaltungsausgaben für die parlamentarischen Delegationen einerseits und für die zweimal jährlich stattfindenden Tagungen der Paritätischen Versammlung AKP—EWG sowie ihrer Arbeitsgruppen andererseits.	
	Sie gliedern sich wie folgt auf:	
	— Delegationen	155 000
	— Länder Afrikas, der Karibik und des Pazifik	205 000
	— Verschiedenes	25 000
	Insgesamt	385 000
3705	Diese Beteiligung setzt sich zusammen aus einem festen „Grundbetrag" je Fraktion und einem Betrag, dessen Höhe von der Zahl der Mitglieder und der verwendeten Sprachen abhängt.	
3706	Mit diesen Mitteln werden die Kosten für die Aktivitäten gedeckt, die nicht über den Posten 3705 finanziert werden. Diese Mittel dienen auch zur Finanzierung der politischen Aktivitäten der fraktionslosen Mitglieder.	
3708	Diese Mittel dienen der Finanzierung der politischen Information über die Rolle und die Arbeit des Europäischen Parlaments, seiner Fraktionen und ihrer Mitglieder sowie seiner übrigen Organe.	
3709	Diese Mittel dienen zur Deckung der Beiträge für die internationalen Organisationen, denen das Europäische Parlament angehört (IPU, Gruppe 12 +, Vereinigung der Generalsekretäre der Parlamente).	

PARLAMENT

TITEL 10

SONSTIGE AUSGABEN

KAPITEL 10 0 — VORLÄUFIG EINGESETZTE MITTEL

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
	KAPITEL 10 0	34 064 390	17 976 150	0,—
	KAPITEL 10 0 INSGESAMT	34 064 390	17 976 150	0,—

PARLAMENT

TITEL 10

SONSTIGE AUSGABEN

KAPITEL 10 0 — VORLÄUFIG EINGESETZTE MITTEL

Artikel Posten	Erläuterungen				
	Es ist eine Rückstellung für einen etwaigen Bedarf infolge der Ausgaben für folgende Kapitel, Artikel und Posten vorzusehen:				
	Posten	1 0 0 4	Reise- und Aufenthaltskosten bei Sitzungen und Einberufungen und Nebenkosten (Ausschußsitzungen und sonstiges außerhalb der drei Arbeitsorte)	328 000	
	Posten	1 3 0 1	Dienstreise- und Fahrkosten (Ausschußsitzungen außerhalb der drei Arbeitsorte; Fraktionen außerhalb der drei Arbeitsorte)	347 000	
	Artikel	2 5 5	Verschiedene Kosten für die Veranstaltung von Sitzungen, Konferenzen und Kongressen und für die Teilnahme an diesen	480 000	
					1 155 000
	Posten	1 1 1 4	Austausch von Personal zwischen der Institution und dem öffentlichen Dienst der Mitgliedstaaten		16 000
	Kapitel	1 1	Personal (1 A 7/A 6 und 1 C 5/C 4 (Referat STOA))		
			— Artikel 1 1 0	85 581	
			— Artikel 1 1 3	3 198	
			— Artikel 1 1 9	2 621	
					91 400
	Artikel	1 4 0	Restaurants und Kantinen		500 000
	Artikel	2 0 5	Sicherheit und Bewachung der Gebäude		2 000 000
	Artikel	2 0 9	Sonstige Sachausgaben für Immobilien		450 000
	Kapitel	2 0	Grundstücksinvestionen, Miete von Gebäuden und Nebenkosten		20 000 000
	Kapitel	2 1	Informatik und Telekommunikation		5 000 000
	Posten	2 2 2 0	Erstaustattung an Material und technischen Anlagen (Audiovisuelle Einrichtungen: Gebäude D1 in Brüssel)		2 862 000
	Artikel	2 2 5	Ausgaben für Dokumentation und Bibliothek (Bibliothek)		354 990
	Posten	2 3 2 1	Kursdifferenzen		250 000
	Artikel	2 6 1	STOA-Programm		485 000
	Posten	2 9 9 1	Zuschüsse zu den Besuchskosten von „Meinungsmultiplikatoren“ aus den Mitgliedstaaten		750 000
	Posten	2 9 9 6	Globe-EG		150 000
				Insgesamt	34 064 390

PARLAMENT

KAPITEL 10 1 — RÜCKSTELLUNG FÜR UNVORHERGESEHENE AUSGABEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
	KAPITEL 10 1	8 700 000	4 000 000	0,—
	KAPITEL 10 1 INSGESAMT	8 700 000	4 000 000	0,—
	Titel 10 insgesamt	**42 764 390**	**21 976 150**	**0,—**
	GESAMTBETRAG	**588 794 193**	**512 188 677**	**429 706 145,—**

KAPITEL 10 1 — RÜCKSTELLUNG FÜR UNVORHERGESEHENE AUSGABEN

Artikel Posten	Erläuterungen
	Diese Mittel sind zur Deckung einer allgemeinen Rückstellung für Haushaltsentscheidungen bestimmt, die nichtvorhersehbare Ausgaben mit sich bringen.

EINZELPLAN II

RAT

RAT

EINNAHMEN

Eigene Einnahmen

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1992	Haushaltsjahr 1991	Haushaltsjahr 1990
4	**VON DER GEMEINSCHAFT ERHOBENE STEUERN, ABSCHÖPFUNGEN UND GEBÜHREN**			
40	GEHALTSABZÜGE			
400	**Ertrag aus der Steuer auf die Gehälter, Löhne und anderen Bezüge der Beamten und sonstigen Bediensteten**			
	— Rat	11 595 000	10 966 815	9 742 703,68
	— Wirtschafts- und Sozialausschuß	2 620 503	2 560 283	2 304 166,78
	Artikel 400 insgesamt	14 215 503	13 527 098	12 046 870,46
401	**Beiträge des Personals zur Altersversorgung und zur Arbeitslosenversicherung**			
	— Rat	6 683 000	6 327 960	5 917 567,98
	— Wirtschafts- und Sozialausschuß	1 530 437	1 427 434	1 507 509,62
	Artikel 401 insgesamt	8 213 437	7 755 394	7 425 077,60
402	**Sonderabgabe auf die Dienstbezüge der Beamten und sonstigen Bediensteten**			
	— Rat	2 549 000	2 548 897	2 236 726,12
	— Wirtschafts- und Sozialausschuß	p.m.	323 550	533 812,09
	Artikel 402 insgesamt	2 549 000	2 872 447	2 770 538,21
	KAPITEL 40 INSGESAMT	24 971 216	24 154 939	22 242 486,27
	Titel 4 insgesamt	**24 971 216**	**24 154 939**	**22 242 486,27**
5	**ERLÖSE AUS DEM VERWALTUNGSBETRIEB DES ORGANS**			
50	ERLÖS AUS DER VERÄUSSERUNG VON BEWEGLICHEN UND UNBEWEGLICHEN SACHEN			
500	**Erlös aus der Veräußerung von beweglichen Sachen**			
	— Rat	p.m.	p.m.	4 072,59
	— Wirtschafts- und Sozialausschuß	p.m.	p.m.	0,—
	Artikel 500 insgesamt	p.m.	p.m.	4 072,59

RAT

Eigene Einnahmen *(Fortsetzung)*

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1992	Haushaltsjahr 1991	Haushaltsjahr 1990
5 0	*(Fortsetzung)*			
5 0 2	**Erlös aus dem Verkauf von Veröffentlichungen, Drucksachen und Filmen**			
	— Rat	p.m.	p.m.	0,—
	— Wirtschafts- und Sozialausschuß	30 000	35 000	0,—
	Artikel 5 0 2 insgesamt	30 000	35 000	0,—
	KAPITEL 5 0 INSGESAMT	30 000	35 000	4 072,59
5 1	MIETEINNAHMEN			
5 1 0	**Einnahmen aus der Vermietung von Mobiliar und Material**			
	— Rat	p.m.	p.m.	0,—
	— Wirtschafts- und Sozialausschuß	p.m.	p.m.	0,—
	Artikel 5 1 0 insgesamt	p.m.	p.m.	0,—
5 1 1	**Einnahmen aus der Vermietung von unbeweglichen Sachen und Mietkosten**			
	— Rat	9 700	9 000	8 780,55
	— Wirtschafts- und Sozialausschuß	1 500	1 500	0,—
	Artikel 5 1 1 insgesamt	11 200	10 500	8 780,55
	KAPITEL 5 1 INSGESAMT	11 200	10 500	8 780,55
5 2	ERTRAG AUS ANLAGEMITTELN, BANKZINSEN UND SONSTIGEN ZINSEN			
5 2 0	**Ertrag aus Anlagemitteln, Bankzinsen und sonstigen Zinsen von Konten des Organs**			
	— Rat	300 000	300 000	237 297,79
	— Wirtschafts- und Sozialausschuß	150 000	200 000	164 037,65
	Artikel 5 2 0 insgesamt	450 000	500 000	401 335,44
	KAPITEL 5 2 INSGESAMT	450 000	500 000	401 335,44
5 3	KURSGEWINNE			
5 3 0	**Kursgewinne**			
	— Rat	p.m.	p.m.	0,—
	— Wirtschafts- und Sozialausschuß	—	—	0,—
	Artikel 5 3 0 insgesamt	p.m.	p.m.	0,—
	KAPITEL 5 3 INSGESAMT	p.m.	p.m.	0,—

RAT

Eigene Einnahmen *(Fortsetzung)*

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1992	Haushaltsjahr 1991	Haushaltsjahr 1990
5 5	TRANSFERS ODER RÜCKKÄUFE VON RUHEGEHALTSANSPRÜCHEN DURCH DAS PERSONAL			
5 5 0	**Transfers oder Rückkäufe von Ruhegehaltsansprüchen durch das Personal**			
	— Rat	p.m.	p.m.	206 916,96
	— Wirtschafts- und Sozialausschuß	p.m.	p.m.	0,—
	Artikel 5 5 0 insgesamt	p.m.	p.m.	206 916,96
	KAPITEL 5 5 INSGESAMT	p.m.	p.m.	206 916,96
	Titel 5 insgesamt	**491 200**	**545 500**	**621 105,54**
6	**BEITRÄGE ZU DEN GEMEINSCHAFTSPROGRAMMEN, ERSTATTUNG VON AUSGABEN UND EINNAHMEN**			
6 1	ERSTATTUNG VERSCHIEDENER AUSGABEN			
6 1 0	**Erstattung von Beträgen, die für Rechnung eines anderen Organs verauslagt worden sind**			
6 1 0 1	Erstattung anderer Beträge, die für Rechnung eines anderen Organs verauslagt worden sind			
	— Rat	p.m.	p.m.	0,—
	Artikel 6 1 0 insgesamt	p.m.	p.m.	0,—
6 1 1	**Erstattung von Beträgen, die für Rechnung eines oder mehrerer Staaten verauslagt worden sind**			
6 1 1 0	Von den Teilnehmerstaaten der Regierungskonferenzen zu erhebende Beiträge			
	— Rat	p.m.	p.m.	0,—
	Artikel 6 1 1 insgesamt	p.m.	p.m.	0,—
	KAPITEL 6 1 INSGESAMT	p.m.	p.m.	0,—
	Titel 6 insgesamt	**p.m.**	**p.m.**	**0,—**

Eigene Einnahmen *(Fortsetzung)*

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1992	Haushaltsjahr 1991	Haushaltsjahr 1990
7	**VERZUGSZINSEN**			
7 0	VERZUGSZINSEN			
7 0 0	**Verzugszinsen**			
	— Rat	p.m.	p.m.	0,—
	— Wirtschafts- und Sozialausschuß	p.m.	p.m.	0,—
	Artikel 7 0 0 insgesamt	p.m.	p.m.	0,—
	KAPITEL 7 0 INSGESAMT	p.m.	p.m.	0,—
	Titel 7 insgesamt	**p.m.**	**p.m.**	**0,—**
9	**SONSTIGE EINNAHMEN**			
9 0	SONSTIGE EINNAHMEN			
9 0 0	**Sonstige Einnahmen, einschließlich eines symbolischen Beitrags der Europäischen Politischen Zusammenarbeit**			
	— Rat	732 000	662 000	728 236,98
	— Wirtschafts- und Sozialausschuß	60 000	30 000	75 673,25
	Artikel 9 0 0 insgesamt	792 000	692 000	803 910,23
	KAPITEL 9 0 INSGESAMT	792 000	692 000	803 910,23
	Titel 9 insgesamt	**792 000**	**692 000**	**803 910,23**
	GESAMTBETRAG	**26 254 416**	**25 392 439**	**23 667 502,04**
	davon für die eigenen Einnahmen des Rates	**21 868 700**	**20 814 672**	**19 082 302,65**

RAT

AUSGABEN

Gesamtübersicht über die Mittel (1992 und 1991) und der Ausgaben (1990)

Titel Kapitel	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
1	**AUSGABEN FÜR DAS PERSONAL DES ORGANS**			
10	MITGLIEDER DES ORGANS	—	—	0,—
11	PERSONAL IM AKTIVEN DIENST	140 976 000	129 851 542	115 798 505,09
12	KOSTEN UND VERSCHIEDENE BEITRÄGE	3 300 000	2 631 000	2 172 896,30
13	DIENSTREISE- UND FAHRKOSTEN	2 600 000	1 920 000	2 407 984,86
14	SOZIALE UND MEDIZINISCHE EINRICHTUNGEN UND MASSNAHMEN	485 000	557 000	487 044,15
16	SOZIALAUSGABEN	535 000	525 000	479 372,15
17	AUSGABEN FÜR EMPFÄNGE UND FÜR REPRÄSENTATIONSZWECKE	500 000	480 000	488 321,23
	Titel 1 insgesamt	**148 396 000**	**135 964 542**	**121 834 123,78**
2	**GEBÄUDE, MATERIAL UND VERSCHIEDENE SACHAUSGABEN**			
20	GRUNDSTÜCKSINVESTITIONEN, MIETE VON GEBÄUDEN UND NEBENKOSTEN	21 150 000	18 866 000	17 563 395,12
22	BEWEGLICHE SACHEN UND NEBENKOSTEN	10 825 000	10 919 000	9 397 230,62
23	LAUFENDE SACHAUSGABEN FÜR DEN DIENSTBETRIEB	26 425 000	23 718 000	22 778 171,48
24	POST- UND FERNMELDEGEBÜHREN	2 300 000	2 220 000	2 049 768,06
25	AUSGABEN FÜR SITZUNGEN UND EINBERUFUNGEN	13 691 000	11 311 000	13 699 960,95
27	AUSGABEN FÜR VERÖFFENTLICHUNGEN UND FÜR DIE UNTERRICHTUNG DER ÖFFENTLICHKEIT	6 438 000	6 534 000	5 832 385,96
28	ZUSCHÜSSE UND ZUWENDUNGEN	38 500	45 000	38 288,24
29	VERTRAG ÜBER DAS NEUE GEBÄUDE	66 200 000	92 100 000	42 083 000,—
	Titel 2 insgesamt	**147 067 500**	**165 713 000**	**113 442 200,43**
3	**AUSGABEN IM ZUSAMMENHANG MIT DER DURCHFÜHRUNG SPEZIFISCHER AUFGABEN DURCH DAS ORGAN**			
37	BESONDERE AUSGABEN EINIGER INSTITUTIONEN UND ORGANE	51 635 224	48 335 868	44 573 237,98
	Titel 3 insgesamt	**51 635 224**	**48 335 868**	**44 573 237,98**

RAT

Gesamtübersicht über die Mittel (1992 und 1991) und der Ausgaben (1990) *(Fortsetzung)*

Titel Kapitel	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
10	**SONSTIGE AUSGABEN**			
10 0	VORLÄUFIG EINGESETZTE MITTEL	—	—	0,—
10 1	RÜCKSTELLUNGEN FÜR UNVORHERGESEHENE AUSGABEN	—	—	0,—
	Titel 10 insgesamt	—	—	**0,—**
	GESAMTBETRAG	**347 098 724**	**350 013 410**	**279 849 562,19**
	davon für eigene Ausgaben des Rates	**295 463 500**	**301 677 542**	**235 276 324,21**

RAT

TITEL 1

AUSGABEN FÜR DAS PERSONAL DES ORGANS

KAPITEL 1 0 — MITGLIEDER DES ORGANS

KAPITEL 1 1 — PERSONAL IM AKTIVEN DIENST

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
	KAPITEL 1 0			
1 0 2	***Übergangsgelder***			
	Nichtgetrennte Mittel	—	—	0,—
	KAPITEL 1 0 INSGESAMT	—	—	0,—
	KAPITEL 1 1			
1 1 0	***Beamte und Bedienstete auf Zeit, die eine im Stellenplan vorgesehene Planstelle innehaben***			
1 1 0 0	Grundgehälter			
	Nichtgetrennte Mittel	99 018 000	91 051 623	83 879 658,62
1 1 0 1	Familienzulagen			
	Nichtgetrennte Mittel	10 311 000	10 926 236	8 401 311,60
1 1 0 2	Auslands- und Expatriierungszulagen (einschließlich Artikel 97 des EGKS-Statuts)			
	Nichtgetrennte Mittel	13 278 000	12 292 274	11 249 761,64
1 1 0 3	Sekretariatszulage			
	Nichtgetrennte Mittel	1 416 000	1 203 562	1 299 845,27
	Artikel 1 1 0 insgesamt	124 023 000	115 473 695	104 830 577,13
1 1 1	***Sonstige Bedienstete***			
1 1 1 0	Hilfskräfte			
	Nichtgetrennte Mittel	70 000	90 000	902,28
1 1 1 1	Dolmetscherhilfskräfte			
	Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
1 1 1 2	Örtliche Bedienstete			
	Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—

RAT

TITEL 1

AUSGABEN FÜR DAS PERSONAL DES ORGANS

KAPITEL 10 — MITGLIEDER DES ORGANS

KAPITEL 11 — PERSONAL IM AKTIVEN DIENST

Artikel Posten	Erläuterungen
	In den Artikeln 110, 113, 114, 118 und 119 ist ein Pauschalabzug von 4 % vorgenommen worden. Die Mittel dieses Kapitels sind auf der Grundlage des Stellenplans des Rates für das laufende Haushaltsjahr veranschlagt.
110	
1100	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere die Artikel 62 und 66.
1101	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere die Artikel 62, 67 und 68a sowie Anhang VII Abschnitt I. Diese Mittel dienen zur Deckung der Familienzulagen, die umfassen: — die Haushaltszulage, — die Zulage für unterhaltsberechtigte Kinder, — die Erziehungszulage.
1102	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere die Artikel 62 und 69 sowie Anhang VII Artikel 4. Diese Zulagen erhalten die Beamten, die die Bedingungen der vorgenannten Artikel erfüllen.
1103	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Anhang VII Artikel 4a.
111	
1110	Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 3 und Titel III. Diese Mittel decken die Gehälter der Bediensteten, die insbesondere im Hinblick auf großen Arbeitsanfall und zur Ersetzung von Beamten eingestellt werden, die zeitweilig ihre Tätigkeit nicht wahrnehmen können (Krankheit, Mutterschaft usw.).

RAT

KAPITEL 1 1 — PERSONAL IM AKTIVEN DIENST *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
1 1 1	*(Fortsetzung)*			
1 1 1 3	Sonderberater Nichtgetrennte Mittel	80 000	p.m.	68 373,96
	Artikel 1 1 1 insgesamt	150 000	90 000	69 276,24
1 1 2	***Berufliche Fortbildung des Personals, Sprachkurse, Umschulung und Information des Personals*** Nichtgetrennte Mittel	700 000	650 000	554 318,46
1 1 3	***Kranken- und Unfallversicherung, Versicherung gegen Berufskrankheiten sowie Arbeitslosenversicherung***			
1 1 3 0	Krankenversicherung Nichtgetrennte Mittel	3 358 000	3 096 353	2 303 840,87
1 1 3 1	Unfallversicherung und Versicherung gegen Berufskrankheiten Nichtgetrennte Mittel	726 000	677 845	583 400,61
1 1 3 2	Arbeitslosenversicherung für Bedienstete auf Zeit Nichtgetrennte Mittel	3 000	3 000	1 269,27
	Artikel 1 1 3 insgesamt	4 087 000	3 777 198	2 888 510,75
1 1 4	***Sonstige Zulagen und Vergütungen***			
1 1 4 0	Geburtenzulagen und Sterbegelder Nichtgetrennte Mittel	60 000	69 000	30 964,94
1 1 4 1	Fahrkosten anläßlich des Jahresurlaubs Nichtgetrennte Mittel	2 264 000	1 968 000	2 004 911,80
1 1 4 2	Mietzulage und Fahrkostenzulage Nichtgetrennte Mittel	17 000	17 000	13 069,25
1 1 4 4	Pauschalabgeltung von Fahrkosten Nichtgetrennte Mittel	40 000	37 000	32 307,34
1 1 4 5	Sondervergütung für die Rechnungsführer und Zahlstellenverwalter Nichtgetrennte Mittel	9 000	9 000	8 428,72
1 1 4 7	Vergütung für Schichtarbeit oder Arbeitsbereitschaft am Arbeitsplatz oder in der Wohnung Nichtgetrennte Mittel	280 000	240 000	257 359,41
1 1 4 9	Sonstige Zulagen und Erstattungen Nichtgetrennte Mittel	330 000	307 000	278 886,88

RAT

KAPITEL 11 — PERSONAL IM AKTIVEN DIENST *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
112	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 24 Absatz 3. Diese Mittel sind für Durchführung von Sprach-, Fortbildungs- oder Umschulungskursen bestimmt. Sie decken auch den Kauf von didaktischem und technischem Material für die Fortbildung des Personals.
113	
1130	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 72 und Anhang X Artikel 24.
1131	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 73, Anhang VIII Artikel 15 und Anhang X Artikel 25. Die Ausgaben für Fälle in denen keine Versicherungsleistungen gewährt werden (Artikel 73), werden auf 67 000 ECU geschätzt.
1132	Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 28a (betreffend die Bediensteten auf Zeit).
114	
1140	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere die Artikel 70, 74 und 75.
1141	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Anhang VII Artikel 8. Die Beamten haben anläßlich des Jahresurlaubs für sich und für ihre Familienangehörigen Anspruch auf Erstattung der Reisekosten vom Ort der dienstlichen Verwendung zum Herkunftsort.
1142	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Anhang VII Artikel 14a. Diese Mittel sind für die Zahlung der Mietzulage bestimmt, wonach einem Beamten, an dessen Dienstort die Wohnverhältnisse als besonders schwierig anerkannt worden sind, eine Mietzulage gewährt werden kann.
1144	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Anhang VII Artikel 15. Diese Mittel sind für die pauschale Abgeltung der Kosten für Fahrten bestimmt.
1145	Diese Mittel dienen zur Deckung der Sondervergütung nach Artikel 75 der Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften vom 21. Dezember 1977 (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1), die Beamten gewährt wird, die die Eigenschaft eines Rechnungsführers, unterstellten Rechnungsführers oder Zahlstellenverwalters haben.
1147	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere die Artikel 56a und 56b. Diese Mittel sind für die Zahlung der für die mit Sicherheitsfragen betrauten Beamten vorgesehenen Vergütungen für Schichtarbeit oder Arbeitsbereitschaft am Arbeitsplatz oder in der Wohnung bestimmt.
1149	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 34 und 70a und Anhang X. Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 47.

RAT

KAPITEL 1 1 — PERSONAL IM AKTIVEN DIENST *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
1 1 4	*(Fortsetzung)*			
1 1 4 9	*(Fortsetzung)*			
	Artikel 1 1 4 insgesamt	3 000 000	2 647 000	2 625 928,34
1 1 5	***Überstunden***			
	Nichtgetrennte Mittel	2 200 000	1 900 000	1 920 000,—
1 1 7	***Aushilfsleistungen***			
1 1 7 5	Auf Dienstleistungsbasis entlohntes sonstiges Personal sowie nach außerhalb zu vergebende Übersetzungs- und Schreibarbeiten			
	Nichtgetrennte Mittel	1 600 000	1 150 000	1 398 742,93
	Artikel 1 1 7 insgesamt	1 600 000	1 150 000	1 398 742,93
1 1 8	***Kosten und Vergütungen bei Dienstantritt, Ausscheiden aus dem Dienst und Versetzungen***			
1 1 8 0	Verschiedene Ausgaben für Personaleinstellung			
	Nichtgetrennte Mittel	300 000	350 000	298 417,06
1 1 8 1	Reisekosten (einschließlich derjenigen der Familienmitglieder)			
	Nichtgetrennte Mittel	30 000	60 000	17 231,13
1 1 8 2	Einrichtungs-, Wiedereinrichtungs- und Versetzungsbeihilfen			
	Nichtgetrennte Mittel	300 000	450 000	309 553,40
1 1 8 3	Umzugskosten			
	Nichtgetrennte Mittel	250 000	300 000	299 988,41

RAT

KAPITEL 11 — PERSONAL IM AKTIVEN DIENST *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
114	*(Fortsetzung)*
1149	*(Fortsetzung)* Diese Mittel sind für die Zahlung sonstiger Vergütungen bestimmt, insbesondere aufgrund folgender Bestimmungen des Statuts: — Artikel 34 Absatz 2 (Entschädigung bei Entlassung eines Beamten auf Probe), — Artikel 70a (Vergütung für Lehrgänge im Rahmen der beruflichen Fortbildung), — Anhang X (Übernahme der Mietkosten der in Genf dienstlich verwendeten Beamten durch das Organ), — Artikel 47 Absatz 1 der Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten (Vergütung bei Kündigung des Vertrages eines Bediensteten auf Zeit).
115	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 56 und Anhang VI. Die Mittel sind für die Bezahlung von Überstunden des Personals der Laufbahngruppen C und D, die nicht durch Freizeit abgegolten werden konnten, vorgesehen.
117	
1175	Diese Mittel sind für alle Dienstleistungen von Personen bestimmt, die nicht bei der Institution beschäftigt sind: — Sicherheitsdienste, — Dienstleistungen des RTT, — Aushilfspersonal für die Tagungen in Luxemburg und Straßburg, — Interimspersonal für verschiedene Dienstleistungen, einschließlich Übersetzung.
118	
1180	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere die Artikel 27 bis 31 und 33 und Anhang III. Diese Mittel sind für die Veranstaltung von Eignungsprüfungen und Auswahlverfahren zur Einstellung von Personal bestimmt (Anzeigen, Veröffentlichungskosten, Kosten für die Einberufung der Bewerber, Miete von Sälen, Mobiliar, Maschinen, ärztliche Untersuchungen bei der Einstellung, die nicht im Hause durchgeführt werden, usw.).
1181	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere die Artikel 20 und 71 und Anhang VII Artikel 7. Diese Mittel dienen der Erstattung der Reisekosten, die den Bediensteten anläßlich ihres Dienstantritts oder ihres Ausscheidens aus dem Dienst zu zahlen sind. Sie umfassen auch die Mittel für die Reisekosten ihrer Familienmitglieder.
1182	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Anhang VII Artikel 5 und 6. Diese Mittel sind für Einrichtungs- bzw. Wiedereinrichtungsbeihilfen bestimmt, die zwei Monatsgrundgehälter für Beamte, die Haushaltsvorstand sind, und ein Grundgehalt für die übrigen Beamten betragen.
1183	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere die Artikel 20 und 71 und Anhang VII Artikel 9.

RAT

KAPITEL 1 1 — PERSONAL IM AKTIVEN DIENST *(Fortsetzung)*

KAPITEL 1 2 — KOSTEN UND VERSCHIEDENE BEITRÄGE

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
1 1 8	*(Fortsetzung)*			
1 1 8 4	Zeitweilige Tagegelder Nichtgetrennte Mittel	120 000	290 000	104 809,84
	Artikel 1 1 8 insgesamt	1 000 000	1 450 000	1 029 999,84
1 1 9	***Mittel für Anpassungen der Bezüge der Beamten und sonstigen Bediensteten***			
1 1 9 0	Berichtigungskoeffizienten Nichtgetrennte Mittel	560 000	380 000	481 151,40
1 1 9 1	Vorläufig eingesetzte Mittel Nichtgetrennte Mittel	3 656 000	2 333 649	0,—
	Artikel 1 1 9 insgesamt	4 216 000	2 713 649	481 151,40
	KAPITEL 1 1 INSGESAMT	140 976 000	129 851 542	115 798 505,09
	KAPITEL 1 2			
1 2 1	***Vergütungen bei Versetzung in den einstweiligen Ruhestand, bei Stellenenthebung und bei Entlassung***			
1 2 1 0	Vergütungen bei Stellenenthebung aus dienstlichen Gründen in Anwendung der Artikel 41 und 50 des Statuts der Beamten der Europäischen Gemeinschaften Nichtgetrennte Mittel	480 000	331 000	216 532,97
1 2 1 5	Vergütung bei endgültigem Ausscheiden aus dem Dienst (Verordnung (EGKS, EWG, Euratom) Nr. 3518/85) Nichtgetrennte Mittel	2 820 000	2 300 000	1 956 363,33
	Artikel 1 2 1 insgesamt	3 300 000	2 631 000	2 172 896,30
	KAPITEL 1 2 INSGESAMT	3 300 000	2 631 000	2 172 896,30

RAT

KAPITEL 11 — PERSONAL IM AKTIVEN DIENST *(Fortsetzung)*

KAPITEL 12 — KOSTEN UND VERSCHIEDENE BEITRÄGE

Artikel Posten	Erläuterungen
118	*(Fortsetzung)*
1184	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Anhang VII Artikel 10. Diese Mittel sind für die Zahlung der vorgenannten vorgesehenen Tagegelder bestimmt.
119	
1190	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere die Artikel 64 und 65. Diese Mittel sind dazu bestimmt, die Auswirkungen der Berichtigungskoeffizienten zu decken, die auf die Dienstbezüge der Beamten und der Hilfskräfte und auf die Überstunden der Beamten angewendet werden.
1191	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 65. Diese Mittel sind dazu bestimmt, die Auswirkungen der eventuellen vom Rat während des Haushaltsjahres zu beschließenden Anpassungen der Dienstbezüge zu decken. Hierbei handelt es sich um vorläufig eingesetzte Mittel, die nur nach Übertragung nach entsprechenden Linien dieses Kapitels verwendet werden können.
121	
1210	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 41 und 50.
1215	Verordnung (EGKS, EWG, Euratom) Nr. 3518/85 des Rates vom 12. Dezember 1985 zur Einführung von Sondermaßnahmen aufgrund des Beitritts Spaniens und Portugals betreffend das endgültige Ausscheiden von Beamten der Europäischen Gemeinschaften aus dem Dienst (ABl. Nr. L 335 vom 13. 12. 1985, S. 56).

RAT

KAPITEL 13 — DIENSTREISE- UND FAHRKOSTEN

KAPITEL 14 — SOZIALE UND MEDIZINISCHE EINRICHTUNGEN UND MASSNAHMEN

KAPITEL 16 — SOZIALAUSGABEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
	KAPITEL 13			
130	***Dienstreise- und Fahrkosten sowie Nebenkosten***			
1301	Dienstreisekosten Nichtgetrennte Mittel	2 600 000	1 920 000	2 407 984,86
	Artikel 130 insgesamt	2 600 000	1 920 000	2 407 984,86
	KAPITEL 13 INSGESAMT	2 600 000	1 920 000	2 407 984,86
	KAPITEL 14			
140	***Restaurants und Kantinen***			
1400	Ausgaben für den Betrieb der Restaurants und Kantinen Nichtgetrennte Mittel	230 000	310 000	274 135,81
1401	Ausgaben für den Umbau und die Erneuerung der Einrichtung der Restaurants und Kantinen Nichtgetrennte Mittel	100 000	100 000	74 939,79
	Artikel 140 insgesamt	330 000	410 000	349 075,60
141	***Ärztlicher Dienst*** Nichtgetrennte Mittel	155 000	147 000	137 968,55
	KAPITEL 14 INSGESAMT	485 000	557 000	487 044,15
	KAPITEL 16			
160	***Außerordentliche Beihilfen*** Nichtgetrennte Mittel	15 000	15 000	14 999,99
161	***Gesellschaftliche Beziehungen zwischen den Bediensteten*** Nichtgetrennte Mittel	90 000	140 000	133 999,99
162	***Sonstige Sozialaufwendungen*** Nichtgetrennte Mittel	70 000	45 000	41 872,17

RAT

KAPITEL 13 — DIENSTREISE- UND FAHRKOSTEN

KAPITEL 14 — SOZIALE UND MEDIZINISCHE EINRICHTUNGEN UND MASSNAHMEN

KAPITEL 16 — SOZIALAUSGABEN

Artikel Posten	Erläuterungen
130	
1301	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Anhang VII Artikel 11 bis 13. Diese Mittel sind für die Bezahlung der Dienstreise- und Fahrkosten des Personals bestimmt.
140	
1401	Der Betrag der wiederzuverwendenden Einnahmen wird auf 500 ECU geschätzt.
141	Diese Mittel sind zur Deckung der Ausgaben für den ärztlichen Behandlungsraum, der Ausgaben für die ärztlichen Untersuchungen und der für die Invaliditätsausschüsse vorzusehenden Ausgaben bestimmt.
160	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 76. Diese Mittel sind dazu bestimmt, die Zuwendungen für Beamte und Bedienstete zu finanzieren, die sich in einer besonders schwierigen Lage befinden.
161	Diese Mittel sind zur Deckung der Kosten der gesellschaftlichen Beziehungen zwischen den Bediensteten bestimmt.
162	Diese Mittel sind zur Deckung der sonstigen Sozialaufwendungen bestimmt. Aus diesen Mitteln können ferner im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel nach Erlöschen eines etwaigen Anspruchs auf einzelstaatlicher Ebene im Aufenthalts- oder Herkunftsland Ausgaben erstattet werden, die nicht die medizinische Versorgung betreffen, als erforderlich anerkannt sind, aufgrund einer Behinderung entstehen und ordnungsgemäß nachgewiesen werden.

RAT

KAPITEL 16 — SOZIALAUSGABEN *(Fortsetzung)*

KAPITEL 17 — AUSGABEN FÜR EMPFÄNGE UND FÜR REPRÄSENTATIONSZWECKE

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
163	***Organgemeinsame Sozialdienste*** Nichtgetrennte Mittel	360 000	325 000	288 500,—
	KAPITEL 16 INSGESAMT	535 000	525 000	479 372,15
	KAPITEL 17			
170	***Ausgaben für Empfänge und für Repräsentationszwecke*** Nichtgetrennte Mittel	500 000	480 000	488 321,23
	KAPITEL 17 INSGESAMT	500 000	480 000	488 321,23
	Titel 1 insgesamt	**148 396 000**	**135 964 542**	**121 834 123,78**

RAT

KAPITEL 16 — SOZIALAUSGABEN *(Fortsetzung)*

KAPITEL 17 — AUSGABEN FÜR EMPFÄNGE UND FÜR REPRÄSENTATIONSZWECKE

Artikel Posten	Erläuterungen
163	Diese Mittel sind bestimmt für die Finanzierung des Anteils des Rates an den Kosten der Kleinkinder-Tagesstätte (an die Kommission zu zahlen).

RAT

TITEL 2

GEBÄUDE, MATERIAL UND VERSCHIEDENE SACHAUSGABEN

KAPITEL 20 — GRUNDSTÜCKSINVESTITIONEN, MIETE VON GEBÄUDEN UND NEBENKOSTEN

Artikel Posten	Bezeichnung		Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
	KAPITEL 20				
200	***Mieten***	Nichtgetrennte Mittel	14 256 000	12 750 000	11 399 999,81
201	***Versicherungskosten***	Nichtgetrennte Mittel	44 000	41 000	29 229,08
202	***Wasser, Gas, Strom und Heizung***	Nichtgetrennte Mittel	1 280 000	1 125 000	1 048 078,95
203	***Reinigung und Instandhaltung***	Nichtgetrennte Mittel	4 000 000	3 475 000	3 544 780,70
204	***Herrichtung der Diensträume***	Nichtgetrennte Mittel	1 250 000	1 075 000	1 304 853,93

RAT

TITEL 2

GEBÄUDE, MATERIAL UND VERSCHIEDENE SACHAUSGABEN

KAPITEL 20 — GRUNDSTÜCKSINVESTITIONEN, MIETE VON GEBÄUDEN UND NEBENKOSTEN

Artikel Posten	Erläuterungen	
200	Diese Mittel sind zur Bezahlung der Mieten und Steuern für die vom Rat benutzten Gebäude sowie für die Miete von Sälen, eines Lagers und von Parkplätzen bestimmt.	
	— In Brüssel benutzte Räume:	
	— Miete	12 146 000
	— Grundsteuervorabzug	1 350 000
	— In Luxemburg benutzte Räume *(Kirchberg)*	295 000
	— In Genf benutzte Räume	390 000
	— Miete von Sitzungssälen bei Tagungen und Dienstreisen im Ausland	75 000
	Insgesamt	14 256 000
201	Diese Mittel sind zur Bezahlung der Versicherungsprämien für die vom Rat benutzten Gebäude bestimmt.	
202	Diese Mittel sind zur Deckung der Wasser-, Gas-, Strom- und Heizkosten bestimmt.	
203	Diese Mittel sind zur Deckung von Reinigungs- und Unterhaltungskosten bestimmt, und zwar für: — Reinigung der Büros, Werkstätten und Lager (einschließlich Gardinen, Vorhänge, Teppiche, Jalousien usw.) — Ersetzung von abgenutzten Gardinen, Vorhängen und Teppichen — Malerarbeiten und Beschilderung — verschiedene Instandhaltungsarbeiten wie Instandsetzung von Decken und Trennwänden — Instandsetzung technischer Anlagen — technisches Material — Verträge über die Instandhaltung der verschiedenen technischen Anlagen (Klimaanlage, Heizung, Brandschutz).	
204	Diese Mittel sind zur Deckung der Kosten für folgende Umbauarbeiten bestimmt: — Anpassung der Büros an die betrieblichen Erfordernisse — Erweiterung des Elektrizitätsversorgungsnetzes für Datenverarbeitungsanlagen — Klimatisierung für Datenverarbeitungsanlagen — Cafeteria Charlemagne: Verstärkung des Lüftungssystems — Küchen: Anpassung der technischen Anlagen an hygienische Erfordernisse — zusätzliche Klimatisierung für technische Dienste — Erhöhung der Sicherheit der Hochspannungskabine — verbesserte Klimatisierung und Beleuchtung von Sitzungssälen — Umgestaltung der Schreibkanzleien im Hinblick auf Textverarbeitung — Ersetzung der Fenster in den Schreibkanzleien durch Thermopanefenster — Einrichtung von Räumen für den Sicherheitsdienst.	

RAT

KAPITEL 20 — GRUNDSTÜCKSINVESTITIONEN, MIETE VON GEBÄUDEN UND NEBENKOSTEN *(Fortsetzung)*

KAPITEL 22 — BEWEGLICHE SACHEN UND NEBENKOSTEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
208	***Sonstige Ausgaben, die vor dem Bau von Gebäuden oder dem Erwerb von Immobilien anfallen***			
	Nichtgetrennte Mittel	320 000	400 000	236 452,65
	KAPITEL 20 INSGESAMT	21 150 000	18 866 000	17 563 395,12
	KAPITEL 22			
220	***Büromaschinen***			
2200	Erstausstattung — Büromaschinen			
	Nichtgetrennte Mittel	15 000	p.m.	12 360,53
2201	Ersatzbeschaffung von Büromaschinen			
	Nichtgetrennte Mittel	40 000	58 000	65 417,36
2202	Miete von Büromaschinen			
	Nichtgetrennte Mittel	p.m.	2 000	0,—
2203	Unterhaltung, Betrieb und Reparatur von Büromaschinen			
	Nichtgetrennte Mittel	35 000	40 000	47 000,—
	Artikel 220 insgesamt	90 000	100 000	124 777,89
221	***Mobiliar***			
2210	Erstausstattung — Mobiliar			
	Nichtgetrennte Mittel	495 000	420 000	367 213,73
2211	Ersatzbeschaffung von Mobiliar			
	Nichtgetrennte Mittel	125 000	140 000	104 683,61
2212	Miete von Mobilar			
	Nichtgetrennte Mittel	5 000	4 000	0,—
2213	Unterhaltung, Betrieb und Instandsetzung von Mobiliar			
	Nichtgetrennte Mittel	25 000	36 000	27 674,85
	Artikel 221 insgesamt	650 000	600 000	499 572,19
222	***Material und technische Anlagen***			
2220	Erstausstattung — Material und technische Anlagen			
	Nichtgetrennte Mittel	1 920 000	985 000	1 489 822,97

RAT

KAPITEL 20 — GRUNDSTÜCKSINVESTITIONEN, MIETE VON GEBÄUDEN UND NEBENKOSTEN *(Fortsetzung)*

KAPITEL 22 — BEWEGLICHE SACHEN UND NEBENKOSTEN

Artikel Posten	Erläuterungen
208	Diese Mittel sind insbesondere für die Hinzuziehung von Sachverständigen bei den Studien über das neue Gebäude für den Rat vorgesehen.
220	
2201	Diese Mittel sind bestimmt zur Ersetzung eines Teils: — der mindestens neun Jahre alten Schreibmaschinen, — der mindestens neun Jahre alten Rechenmaschinen, — der mindestens neun Jahre alten Diktiereinheiten. Der wiederverwendbare Veräußerungserlös wird auf 250 ECU veranschlagt.
2202	Miete verschiedener Rechen- und Schreibmaschinen anläßlich von Dienstreisen ins Ausland oder besonderen Veranstaltungen in Brüssel.
2203	Diese Mittel sind für die Unterhaltung von Schreib- und Rechenmaschinen sowie Diktiergeräten bestimmt.
221	
2210	Diese Mittel sind bestimmt für den Ankauf von Möbeln sowie von Spezialmöbeln.
2211	Diese Mittel sind bestimmt für die Ersetzung eines Teils des vor mindestens 15 Jahren erworbenen oder nicht mehr instandsetzbaren Mobiliars. Der wiederverwendbare Veräußerungserlös wird auf 1 000 ECU veranschlagt.
2212	Diese Mittel dienen zur Deckung der Kosten für die Miete von Mobiliar bei Dienstreisen und Sitzungen außerhalb der Räumlichkeiten des Rates.
2213	Diese Mittel dienen zur Deckung der Kosten für die Instandsetzung und Neupolsterung des Mobiliars.
222	
2220	Diese Mittel sind bestimmt für die Beschaffung von Material und technischen Anlagen für folgende Dienste: — Vervielfältigung/Verteilung, — Konferenzen, — Sicherheit,

RAT

KAPITEL 22 — BEWEGLICHE SACHEN UND NEBENKOSTEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
222	*(Fortsetzung)*			
2220	*(Fortsetzung)*			
2221	Ersatzbeschaffung Nichtgetrennte Mittel	710 000	125 000	332 940,88
2222	Miete von Material und technischen Anlagen Nichtgetrennte Mittel	3 470 000	5 100 000	3 579 748,34
2223	Unterhaltung, Betrieb und Instandsetzung von Material und technischen Anlagen Nichtgetrennte Mittel	1 800 000	2 000 000	1 498 493,29
2224	Kosten für Untersuchungen Nichtgetrennte Mittel	1 800 000	1 640 000	1 518 634,38
	Artikel 222 insgesamt	9 700 000	9 850 000	8 419 639,86
223	***Fahrzeuge***			
2230	Erstausstattung — Fahrzeuge Nichtgetrennte Mittel	20 000	45 000	0,—
2231	Ersatzbeschaffung von Fahrzeugen Nichtgetrennte Mittel	50 000	8 000	42 726,61
2232	Miete von Fahrzeugen Nichtgetrennte Mittel	40 000	40 000	37 999,82
2233	Unterhaltung, Betrieb und Instandsetzung von Fahrzeugen Nichtgetrennte Mittel	35 000	36 000	37 000,—
	Artikel 223 insgesamt	145 000	129 000	117 726,43
225	***Ausgaben für Dokumentation und Bibliothek***			
2250	Bibliothek, Beschaffung von Büchern Nichtgetrennte Mittel	92 000	92 000	93 835,07
2252	Abonnements auf Zeitungen und Zeitschriften Nichtgetrennte Mittel	96 000	96 000	103 996,27
2253	Abonnements bei Presseagenturen Nichtgetrennte Mittel	38 000	38 000	27 696,84

RAT

KAPITEL 22 — BEWEGLICHE SACHEN UND NEBENKOSTEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
222	*(Fortsetzung)*
2220	*(Fortsetzung)* — Telekommunikation, — neue Technologien.
2221	Diese Mittel sind für das Ersatzbeschaffungsprogramm für Geräte und technische Anlagen in folgenden Dienststellen bestimmt: — Vervielfältigung/Verteilung, — Sicherheit, — Telekommunikation, — Konferenzen, — Archive. Der wiederverwendbare Veräußerungserlös wird auf 2 000 ECU veranschlagt.
2222	Diese Mittel sind zur Deckung der Miete folgender Ausrüstungen bestimmt: — Material für neue Technologien, — Fernkopierer (Verbindungen nach Genf, Luxemburg, Straßburg sowie mit anderen Organen und zwischen Gebäuden), Schnellfernkopierer, — gemietetes Material bei Dienstreisen im Ausland (insbesondere Dolmetschkabinen und -ausrüstungen).
2223	Diese Mittel dienen zur Deckung der Kosten für die Unterhaltung von Material und technischen Anlagen in den verschiedenen Diensten.
2224	Diese Mittel sind zur Deckung der Kosten für Untersuchungen und für die Entwicklung und den Erwerb von Anwendersoftware zur Verwirklichung des Programms „Neue Technologien" bestimmt.
223	
2230	Diese Mittel sind für den Kauf eines zusätzlichen Dienstwagens bestimmt.
2231	Diese Mittel sind für die Ersatzbeschaffung eines Dienstwagens, eines Lieferwagens und eines Kombiwagens bestimmt. Der Einnahmebetrag, der in Abzug gebracht werden kann, wird auf 4 000 ECU geschätzt.
2232	Mittel zur Deckung der Kosten für die Miete von Fahrzeugen für die Fälle, in denen eigene Fahrzeuge des Rates, insbesondere bei Dienstreisen, nicht zur Verfügung stehen.
225	
2250	Diese Mittel sind für die Anschaffung der für die Dienststellen des Rates notwendigen Bücher und Druckwerke bestimmt.
2253	Mittel zur Deckung der Abonnements und Kosten für Agenturdienste von Presseagenturen über Fernschreiber.

RAT

KAPITEL 22 — BEWEGLICHE SACHEN UND NEBENKOSTEN *(Fortsetzung)*

KAPITEL 23 — LAUFENDE SACHAUSGABEN FÜR DEN DIENSTBETRIEB

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
225	*(Fortsetzung)*			
2254	Kosten für Buchbinderarbeiten und für Erhaltung der Werke der Bibliothek Nichtgetrennte Mittel	10 000	10 000	9 986,07
2255	Abonnements auf Bildschirm-Schellinformationsdienste Nichtgetrennte Mittel	4 000	4 000	0,—
	Artikel 225 insgesamt	240 000	240 000	235 514,25
	KAPITEL 22 INSGESAMT	10 825 000	10 919 000	9 397 230,62
	KAPITEL 23			
230	***Papier- und Bürobedarf*** Nichtgetrennte Mittel	2 400 000	2 400 000	2 245 221,72
232	***Finanzkosten***			
2320	Bankkosten Nichtgetrennte Mittel	25 000	8 000	17 999,99
2321	Kursdifferenzen Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
2329	Sonstige Finanzkosten Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
	Artikel 232 insgesamt	25 000	8 000	17 999,99

RAT

KAPITEL 22 — BEWEGLICHE SACHEN UND NEBENKOSTEN *(Fortsetzung)*

KAPITEL 23 — LAUFENDE SACHAUSGABEN FÜR DEN DIENSTBETRIEB

Artikel Posten	Erläuterungen
225	*(Fortsetzung)*
2254	Mittel zur Deckung der Kosten für die zur Erhaltung der Bibliothekswerke und Zeitschriften erforderlichen Buchbindearbeiten u.a.
2255	Diese Mittel sind bestimmt zur Deckung dieser Abonnementskosten.
230	Diese Mittel dienen zur Deckung folgender Schreibwaren- und Materialkosten: — Offsetpapier, — Schreibwaren und Büromaterial (laufender Bedarf), — Material für den Postversand (Briefumschläge, Packpapier, Platten für die Frankiermaschine), — Drucksachen, — Material für die Vervielfältigungsabteilung (Druckerschwärze, Offsetplatten, Matrizen, Filme und Chemikalien für die Herrichtung der Platten), — Material für die Tonbandaufnahmen der Sitzungen und magnetische Spulengestelle für automatische Schreibmaschinen und DV-Anlagen, — Material für den Verteilungs- und Archivdienst, — Material für den Sicherheitsdienst und den Konferenzdienst, — Photokopien (Papier und Grundgebühren), — Papier für Xerographien. Der Betrag der Einnahmen aus dem Verkauf von Büromaterial und Recyclingmaterial, der für eine Wiederverwendung in Betracht kommt, wird auf 20 000 ECU geschätzt.
232	
2320	Mittel zur Deckung der Bankkosten (Provision, Agios, verschiedene Kosten).

RAT

KAPITEL 23 — LAUFENDE SACHAUSGABEN FÜR DEN DIENSTBETRIEB *(Fortsetzung)*

KAPITEL 24 — POST- UND FERNMELDEGEBÜHREN

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
233	***Streitsachen*** Nichtgetrennte Mittel	150 000	150 000	134 738,36
234	***Schadenersatz***			
2340	Schadenersatz Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
2341	Entschädigungen Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
	Artikel 234 insgesamt	p.m.	p.m.	0,—
235	***Andere Sachausgaben***			
2350	Verschiedene Versicherungskosten Nichtgetrennte Mittel	65 000	60 000	50 296,55
2351	Dienst- und Arbeitskleidung Nichtgetrennte Mittel	150 000	95 000	90 000,—
2352	Verschiedene Ausgaben für interne Sitzungen Nichtgetrennte Mittel	105 000	130 000	129 000,—
2353	Umzug von Dienststellen und Beförderung von Material bei Konferenzen Nichtgetrennte Mittel	100 000	100 000	84 935,68
2359	Sonstige Sachausgaben Nichtgetrennte Mittel	30 000	25 000	25 979,18
	Artikel 235 insgesamt	450 000	410 000	380 211,41
239	***Dienstleistungen zwischen den Organen — Gemeinsamer Dolmetscherkonferenzdienst*** Nichtgetrennte Mittel	23 400 000	20 750 000	20 000 000,—
	KAPITEL 23 INSGESAMT	26 425 000	23 718 000	22 778 171,48
	KAPITEL 24			
240	***Postgebühren und Zustellungskosten*** Nichtgetrennte Mittel	520 000	520 000	484 966,68

RAT

KAPITEL 23 — LAUFENDE SACHAUSGABEN FÜR DEN DIENSTBETRIEB *(Fortsetzung)*

KAPITEL 24 — POST- UND FERNMELDEGEBÜHREN

Artikel Posten	Erläuterungen
233	Diese Mittel sind zur Deckung der Kosten bestimmt, die sich aus der Hinzuziehung von Rechtsberatern oder anderen als Berater fungierenden Sachverständigen ergeben können. Auch sollen sie die Deckung der Ausgaben ermöglichen, die dem Rat vom Gerichtshof in Rechnung gestellt werden können.
235	
2350	Diese Mittel decken alle Versicherungskosten, die nicht die Gebäude betreffen (die Gebäudeversicherungskosten sind unter Artikel 201 verbucht).
2351	Diese Mittel dienen zur Deckung der Kosten für den Kauf der Dienstkleidung für das Personal des Sitzungsdienstes und des Sicherheitsdienstes, der Arbeitskleidung für das in den technischen Arbeitsräumen und den internen Diensten tätige Personal und für die Instandsetzung und Instandhaltung der Arbeits- und Dienstkleidung.
2352	Diese Mittel sind zur Deckung der Kosten für Getränke (gelegentlich auch Imbisse) bestimmt, die bei Sitzungen gereicht werden.
2353	Diese Mittel sind zur Deckung der Kosten für Verlagerung und Transport von Material bei Tagungen des Rates und der Assoziationsräte sowie beim internen Umgang mit diesem Material bestimmt.
239	Diese Mittel sind bestimmt zur Deckung der Kosten für Dienstleistungen der Dolmetscher der Kommission für den Rat.

RAT

KAPITEL 24 — POST- UND FERNMELDEGEBÜHREN *(Fortsetzung)*

KAPITEL 25 — AUSGABEN FÜR SITZUNGEN UND EINBERUFUNGEN

KAPITEL 27 — AUSGABEN FÜR VERÖFFENTLICHUNGEN UND FÜR DIE UNTERRICHTUNG DER ÖFFENTLICHKEIT

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
241	***Ferngespräche, Telegramme, Fernschreiben, Fernsehen*** Nichtgetrennte Mittel	1 780 000	1 700 000	1 564 801,38
	KAPITEL 24 INSGESAMT	2 300 000	2 220 000	2 049 768,06
	KAPITEL 25			
250	***Sitzungen und Einberufungen im allgemeinen***			
2501	Sitzungen und Einberufungen im allgemeinen Nichtgetrennte Mittel	13 631 000	11 251 000	13 641 000,—
2502	Reise- und Aufenthaltskosten bei Tagungen und Einberufungen des Ständigen Ausschusses für Beschäftigungsfragen Nichtgetrennte Mittel	35 000	35 000	34 999,97
	Artikel 250 insgesamt	13 666 000	11 286 000	13 675 999,97
255	***Verschiedene Kosten für die Veranstaltung von Konferenzen und Kongressen und für die Teilnahme an diesen*** Nichtgetrennte Mittel	25 000	25 000	23 960,98
	KAPITEL 25 INSGESAMT	13 691 000	11 311 000	13 699 960,95
	KAPITEL 27			
270	***Amtsblatt*** Nichtgetrennte Mittel	6 100 000	6 200 000	5 530 101,02
271	***Veröffentlichungen***			
2710	Allgemeine Veröffentlichungen Nichtgetrennte Mittel	300 000	300 000	272 312,47

RAT

KAPITEL 24 — POST- UND FERNMELDEGEBÜHREN *(Fortsetzung)*

KAPITEL 25 — AUSGABEN FÜR SITZUNGEN UND EINBERUFUNGEN

KAPITEL 27 — AUSGABEN FÜR VERÖFFENTLICHUNGEN UND FÜR DIE UNTERRICHTUNG DER ÖFFENTLICHKEIT

Artikel Posten	Erläuterungen
241	Bei der Aufstellung dieser Voranschläge wurden die wiederverwendbaren Beträge berücksichtigt, die sich aus der Rückforderung von Kosten für Ferngespräche und Telegramme ergeben. Der für eine Wiederverwendung in Betracht kommende Betrag aus den Rückforderungen wird auf 375 000 ECU geschätzt.
250	
2501	Diese Mittel dienen zur Erstattung der Reisekosten des Vorsitzes und der Delegationen bei Ratstagungen und Sitzungen im Rahmen des Rates.
270	Der für eine Wiederverwendung in Betracht kommende Betrag der Einnahmen wird auf 600 000 ECU geschätzt.
271	
2710	Die Mittel sind zur Deckung der Kosten für die Herausgabe von Veröffentlichungen in neun Sprachen gemäß dem Beschluß 69/13/Euratom, EGKS, EWG vom 16. Januar 1969 über die Einrichtung des Amtes für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 13 vom 18. 1. 1969, S. 19) bestimmt. Der für eine Wiederverwendung in Betracht kommende Betrag der Einnahmen wird auf 100 000 ECU geschätzt.

RAT

KAPITEL 27 — AUSGABEN FÜR VERÖFFENTLICHUNGEN UND FÜR DIE UNTERRICHTUNG DER ÖFFENTLICHKEIT *(Fortsetzung)*

KAPITEL 28 — ZUSCHÜSSE UND ZUWENDUNGEN

KAPITEL 29 — VERTRAG ÜBER DAS NEUE GEBÄUDE

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
27	*(Fortsetzung)*			
2719	Ausgaben für die Verbreitung von Informationen und für die Förderung von Veröffentlichungen Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
	Artikel 271 insgesamt	300 000	300 000	272 312,47
273	***Bildung der Jugendlichen im europäischen Geist***			
2733	Kosten für die Veranstaltung von Praktika in den Dienststellen des Organs Nichtgetrennte Mittel	38 000	34 000	29 972,47
	Artikel 273 insgesamt	38 000	34 000	29 972,47
	KAPITEL 27 INSGESAMT	6 438 000	6 534 000	5 832 385,96
	KAPITEL 28			
280	***Zuschüsse und Zuwendungen*** Nichtgetrennte Mittel	38 500	45 000	38 288,24
	KAPITEL 28 INSGESAMT	38 500	45 000	38 288,24
	KAPITEL 29			
297	***Vertrag zwischen dem Rat und dem belgischen Staat über den Bau des künftigen Gebäudes für den Rat und seine Dienststellen in Brüssel*** Nichtgetrennte Mittel	66 200 000	92 100 000	42 083 000,—
	KAPITEL 29 INSGESAMT	66 200 000	92 100 000	42 083 000,—
	Titel 2 insgesamt	**147 067 500**	**165 713 000**	**113 442 200,43**

RAT

KAPITEL 27 — AUSGABEN FÜR VERÖFFENTLICHUNGEN UND FÜR DIE UNTERRICHTUNG DER ÖFFENTLICHKEIT *(Fortsetzung)*

KAPITEL 28 — ZUSCHÜSSE UND ZUWENDUNGEN

KAPITEL 29 — VERTRAG ÜBER DAS NEUE GEBÄUDE

Artikel Posten	Erläuterungen
273	
2733	Diese Mittel sind für die Durchführung von Praktika in den Dienststellen des Rates bestimmt.
280	Diese Mittel sind bestimmt für die Beteiligung des Rates an den Ausgaben einiger Vereinigungen, deren Tätigkeiten in engem Zusammenhang mit denjenigen der Gemeinschaftsinstitutionen stehen.

RAT

TITEL 3

AUSGABEN IM ZUSAMMENHANG MIT DER DURCHFÜHRUNG SPEZIFISCHER AUFGABEN DURCH DAS ORGAN

KAPITEL 3 7 — BESONDERE AUSGABEN EINIGER INSTITUTIONEN UND ORGANE

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
	KAPITEL 3 7			
3 7 3	***Wirtschafts- und Sozialausschuß***			
	Nichtgetrennte Mittel	51 635 224	48 335 868	44 573 237,98
	KAPITEL 3 7 INSGESAMT	51 635 224	48 335 868	44 573 237,98
	Titel 3 insgesamt	**51 635 224**	**48 335 868**	**44 573 237,98**

RAT

TITEL 3

AUSGABEN IM ZUSAMMENHANG MIT DER DURCHFÜHRUNG SPEZIFISCHER AUFGABEN DURCH DAS ORGAN

KAPITEL 37 — BESONDERE AUSGABEN EINIGER INSTITUTIONEN UND ORGANE

Artikel Posten	Erläuterungen
373	Siehe die Anlage des vorliegenden Einzelplans.

RAT

TITEL 10

SONSTIGE AUSGABEN

KAPITEL 10 0 — VORLÄUFIG EINGESETZTE MITTEL

KAPITEL 10 1 — RÜCKSTELLUNGEN FÜR UNVORHERGESEHENE AUSGABEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
	KAPITEL 10 0	—	—	0,—
	KAPITEL 10 0 INSGESAMT	—	—	0,—
	KAPITEL 10 1	—	—	0,—
	KAPITEL 10 1 INSGESAMT	—	—	0,—
	Titel 10 insgesamt	**—**	**—**	**0,—**
	GESAMTBETRAG	**347 098 724**	**350 013 410**	**279 849 562,19**
	davon für eigene Ausgaben des Rates	**295 463 500**	**301 677 542**	**235 276 324,21**

RAT

TITEL 10

SONSTIGE AUSGABEN

KAPITEL 10 0 — VORLÄUFIG EINGESETZTE MITTEL

KAPITEL 10 1 — RÜCKSTELLUNGEN FÜR UNVORHERGESEHENE AUSGABEN

Artikel Posten	Erläuterungen

RAT

ANLAGE

WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS

RAT

Anlage
(Wirtschafts- und Sozialausschuß)

EINNAHMEN

Eigene Einnahmen

Titel Kapitel Artikel	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1992	Haushaltsjahr 1991	Haushaltsjahr 1990
4	**VERSCHIEDENE STEUERN, ABZÜGE UND GEMEINSCHAFTSABGABEN**			
40	ABZÜGE VON DIENSTBEZÜGEN DES PERSONALS			
400	**Ertrag aus der Steuer auf die Gehälter, Löhne und anderen Bezüge der Beamten und sonstigen Bediensteten**	2 620 503	2 560 283	2 304 166,78
401	**Beitrag des Personals zur Altersversorgung**	1 530 437	1 427 434	1 507 509,62
402	**Von den Dienstbezügen einbehaltene Abgaben**	p.m.	323 550	533 812,09
	KAPITEL 40 INSGESAMT	4 150 940	4 311 267	4 345 488,49
	Titel 4 insgesamt	4 150 940	4 311 267	4 345 488,49
5	**VERSCHIEDENE EINNAHMEN**			
50	ERLÖS AUS DER VERÄUSSERUNG VON BEWEGLICHEN UND UNBEWEGLICHEN SACHEN			
500	**Erlös aus der Veräußerung von beweglichen Sachen**	p.m.	p.m.	0,—
501	**Erlös aus der Veräußerung von unbeweglichen Sachen**	—	—	0,—
502	**Erlös aus dem Verkauf von Veröffentlichungen, Drucksachen und Filmen**	30 000	35 000	
	KAPITEL 50 INSGESAMT	30 000	35 000	0,—
51	MIETEINNAHMEN			
510	**Einnahmen aus der Vermietung von Mobiliar und Material**	p.m.	p.m.	0,—
511	**Einnahmen aus der Vermietung von unbeweglichen Sachen**	1 500	1 500	0,—
	KAPITEL 51 INSGESAMT	1 500	1 500	0,—
52	ERTRAG AUS ANLAGEMITTELN ODER DARLEHENSMITTELN, BANKZINSEN UND SONSTIGEN ZINSEN	150 000	200 000	164 037,65
53	KURSDIFFERENZEN	—	—	0,—
55	ÜBERTRAGUNGEN ODER RÜCKKÄUFE VON RUHEGEHALTSANSPRÜCHEN DES PERSONALS	p.m.	p.m.	0,—
	Titel 5 insgesamt	**181 500**	**236 500**	**164 037,65**

RAT
Anlage
(Wirtschafts- und Sozialausschuß)

Eigene Einnahmen *(Fortsetzung)*

Titel Kapitel Artikel	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1992	Haushaltsjahr 1991	Haushaltsjahr 1990
7	**VERZUGSZINSEN UND GELDBUSSEN**			
7 0	VERZUGSZINSEN	p.m.	p.m.	0,—
	Titel 7 insgesamt	**p.m.**	**p.m.**	**0,—**
9	**VERSCHIEDENE EINNAHMEN**			
9 0	VERSCHIEDENE EINNAHMEN	60 000	30 000	75 673,25
	Titel 9 insgesamt	**60 000**	**30 000**	**75 673,25**
	GESAMTBETRAG	**4 392 440**	**4 577 767**	**4 585 199,39**

RAT

Anlage
(Wirtschafts- und Sozialausschuß)

AUSGABEN

Gesamtübersicht über die Mittel (1992 und 1991) und der Ausgaben (1990)

Titel Kapitel	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
1	**AUSGABEN FÜR DAS PERSONAL DES ORGANS**			
1 0	MITGLIEDER DES ORGANS	52 500	51 200	40 656,65
1 1	PERSONAL IM AKTIVEN DIENST	32 125 224	29 812 668	27 511 871,38
1 2	VERSORGUNGSBEZÜGE, VERGÜTUNGEN UND VERSCHIEDENE BEITRÄGE	420 000	845 000	698 026,99
1 3	DIENSTREISE- UND FAHRKOSTEN	205 000	215 000	215 665,81
1 4	SOZIALE UND MEDIZINISCHE INFRASTRUKTUR	87 000	88 000	97 941,26
1 5	AUSTAUSCH VON BEAMTEN UND SACHVERSTÄNDIGEN	p.m.	p.m.	0,—
1 6	SOZIALAUSGABEN	85 000	73 000	69 708,97
1 7	AUSGABEN FÜR EMPFÄNGE UND REPRÄSENTATIONSZWECKE	30 000	30 000	29 998,32
	Titel 1 insgesamt	**33 004 724**	**31 114 868**	**28 663 869,38**
2	**GEBÄUDE, MATERIAL UND VERSCHIEDENE SACHAUSGABEN**			
2 0	GRUNDSTÜCKSINVESTITIONEN, MIETE VON GEBÄUDEN UND NEBENKOSTEN	4 330 000	3 985 500	3 484 138,55
2 1	AUSGABEN FÜR DIE DATENVERARBEITUNG	455 000	410 000	409 776,07
2 2	BEWEGLICHE SACHEN UND NEBENKOSTEN	2 094 000	1 841 000	1 955 716,64
2 3	LAUFENDE SACHAUSGABEN FÜR DEN DIENSTBETRIEB	3 897 000	3 424 000	3 461 426,40
2 4	POST- UND FERNMELDEGEBÜHREN	535 000	500 000	396 230,37
2 5	AUSGABEN FÜR SITZUNGEN UND EINBERUFUNGEN	6 416 000	6 156 000	5 443 847,22
2 6	KOSTEN FÜR UNTERSUCHUNGEN, ERHEBUNGEN UND KONSULTATIONEN	37 000	35 000	40 000,—
2 7	AUSGABEN FÜR VERÖFFENTLICHUNGEN UND FÜR DIE UNTERRICHTUNG DER ÖFFENTLICHKEIT	764 000	687 000	715 733,35
2 9	ZUSCHÜSSE UND ZUWENDUNGEN	2 500	2 500	2 500,—
	Titel 2 insgesamt	**18 530 500**	**17 041 000**	**15 909 368,60**
10	**SONSTIGE AUSGABEN**			
10 0	VORLÄUFIG EINGESETZTE MITTEL	100 000	180 000	0,—

RAT
Anlage
(Wirtschafts- und Sozialausschuß)

Gesamtübersicht über die Mittel (1992 und 1991) und der Ausgaben (1990) *(Fortsetzung)*

Titel Kapitel	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
10 1	RÜCKSTELLUNGEN FÜR UNVORHERGESEHENE AUSGABEN	—	—	0,—
	Titel 10 insgesamt	**100 000**	**180 000**	**0,—**
	GESAMTBETRAG	**51 635 224**	**48 335 868**	**44 573 237,98**

RAT
Anlage
(Wirtschafts- und Sozialausschuß)

TITEL 1

AUSGABEN FÜR DAS PERSONAL DES ORGANS

KAPITEL 1 0 — MITGLIEDER DES ORGANS

KAPITEL 1 1 — PERSONAL IM AKTIVEN DIENST

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
	KAPITEL 1 0			
1 0 0	***Gehälter, Zulagen und Entschädigungen***			
1 0 0 3	Aufwandsentschädigungen Nichtgetrennte Mittel	17 000	16 200	14 999,88
	Artikel 1 0 0 insgesamt	17 000	16 200	14 999,88
1 0 1	***Kranken- und Unfallversicherung sowie sonstige Soziallasten*** Nichtgetrennte Mittel	20 000	20 000	9 656,77
1 0 5	***Sprachkurse für die Mitglieder des Organs*** Nichtgetrennte Mittel	15 500	15 000	16 000,—
	KAPITEL 1 0 INSGESAMT	52 500	51 200	40 656,65
	KAPITEL 1 1			
1 1 0	***Beamte und Bedienstete auf Zeit, die eine im Stellenplan vorgesehene Planstelle innehaben***			
1 1 0 0	Grundgehälter Nichtgetrennte Mittel	22 673 143	20 925 221	19 936 138,14
1 1 0 1	Familienzulagen Nichtgetrennte Mittel	2 455 501	2 307 673	2 010 171,52
1 1 0 2	Auslands- und Expatriierungszulagen (einschließlich Artikel 97 des EGKS-Statuts) Nichtgetrennte Mittel	3 005 552	2 975 843	2 642 771,92

RAT
Anlage
(Wirtschafts- und Sozialausschuß)

TITEL 1

AUSGABEN FÜR DAS PERSONAL DES ORGANS

KAPITEL 10 — MITGLIEDER DES ORGANS

KAPITEL 11 — PERSONAL IM AKTIVEN DIENST

Artikel Posten	Erläuterungen
100	
1003	Vergütung für den Präsidenten und die Vizepräsidenten des Wirtschafts- und Sozialausschusses.
101	Kranken- und Unfallversicherungsprämie der Mitglieder des Wirtschafts- und Sozialausschusses.
105	Diese Mittel sind für eine partielle Erstattung der Einschreibgebühren für Sprachkurse der Mitglieder des Wirtschafts- und Sozialausschusses bestimmt.
	Eine pauschale Kürzung um 4 % wurde bei den Mitteln dieses Kapitels vorgenommen.
110	Die Mittel dieses Artikels wurden unter Zugrundelegung des Statuts der Beamten der Europäischen Gemeinschaften und der Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten berechnet.
1100	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 62 und 66. Diese Mittel wurden auf der Grundlage des Stellenplans berechnet.
1101	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 67. Diese Mittel dienen zur Deckung der Familienzulagen, die umfassen: — die Haushaltszulage, — die Zulage für unterhaltsberechtigte Kinder, — die Erziehungszulage.
1102	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Anhang VII Artikel 4. Diese Mittel dienen zur Deckung der Zulage, die den Beamten zusteht, die die Bedingungen vorgenannten Artikels erfüllen.

RAT
Anlage
(Wirtschafts- und Sozialausschuß)

KAPITEL 1 1 — PERSONAL IM AKTIVEN DIENST *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
1 1 0	*(Fortsetzung)*			
1 1 0 3	Sekretariatszulage Nichtgetrennte Mittel	235 000	231 813	219 854,88
	Artikel 1 1 0 insgesamt	28 369 196	26 440 550	24 808 936,46
1 1 1	***Sonstige Bedienstete***			
1 1 1 0	Hilfskräfte Nichtgetrennte Mittel	840 000	830 000	896 689,96
1 1 1 1	Dolmetscherhilfskräfte Nichtgetrennte Mittel	—	—	0,—
1 1 1 2	Örtliche Bedienstete Nichtgetrennte Mittel	10 000	—	0,—
	Artikel 1 1 1 insgesamt	850 000	830 000	896 689,96
1 1 2	***Berufliche Fortbildung des Personals, Sprachkurse, Umschulung und Information des Personals*** Nichtgetrennte Mittel	110 000	110 000	95 000,—
1 1 3	***Kranken- und Unfallversicherung und Versicherung gegen Berufskrankheiten***			
1 1 3 0	Krankenversicherung Nichtgetrennte Mittel	770 886	713 031	562 080,17
1 1 3 1	Unfallversicherung und Versicherung gegen Berufskrankheiten Nichtgetrennte Mittel	151 910	155 508	135 524,41
1 1 3 2	Arbeitslosenversicherung für Bedienstete auf Zeit Nichtgetrennte Mittel	14 000	16 300	13 492,33
	Artikel 1 1 3 insgesamt	936 796	884 839	711 096,91
1 1 4	***Sonstige Zulagen und Vergünstigungen***			
1 1 4 0	Geburtenzulagen und Sterbegelder Nichtgetrennte Mittel	4 000	4 000	1 131,38
1 1 4 1	Fahrkosten anläßlich des Jahresurlaubs Nichtgetrennte Mittel	456 700	400 000	429 444,61

RAT
Anlage
(Wirtschafts- und Sozialausschuß)

KAPITEL 11 — PERSONAL IM AKTIVEN DIENST *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
110	*(Fortsetzung)*
1103	Diese Mittel dienen zur Deckung der Zulage, die die Beamten der Laufbahngruppe C erhalten, die Planstellen für Bürosekretäre und Büroassistenten innehaben.
111	
1110	Aus diesen Mitteln werden die Bezüge sowie der Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung für die Hilfskräfte gezahlt. Diese Hilfskräfte werden zu dem Zweck eingestellt, Arbeitsüberlastungen aufzufangen und Beamte zu vertreten, die ihren Dienst nicht normal ausüben können (Krankheitsurlaub, Mutterschaftsurlaub, Urlaub aus persönlichen Gründen, Halbzeitkräfte).
1112	Regelung für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 3 und Titel III. Aus diesen Mitteln werden die Bezüge (einschließlich Überstunden) sowie der Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung für die örtlichen Bediensteten gezahlt.
112	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 24 dritter Unterabsatz. Diese Mittel sind zur Veranstaltung von Sprach-, Fortbildungs- und Umschulungskursen bestimmt. Sie dienen außerdem zur Anschaffung von Lehrmitteln und technischem Material für die Ausbildung des Personals.
113	
1130	Diese Mittel sind zur Deckung des Beitrages des Organs zur Krankenversicherung bestimmt.
1131	Diese Mittel sind zur Deckung der Kosten für die Versicherung des Personals gegen Berufskrankheiten und Unfälle bestimmt.
1132	Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Arbeitslosenversicherung für Bedienstete auf Zeit.
114	
1140	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere die Artikel 70, 74 und 75. Diese Mittel sind zur Deckung der Zahlung dieser Zulagen gemäß vorgenannten Artikeln vorgesehen.
1141	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Anhang VII Artikel 8. Die Beamten haben für ihre Person und für ihre Familienangehörigen Anspruch auf Erstattung der Reisekosten vom Ort der dienstlichen Verwendung zum Herkunftsort.

RAT

Anlage
(Wirtschafts- und Sozialausschuß)

KAPITEL 1 1 — PERSONAL IM AKTIVEN DIENST *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
1 1 4	*(Fortsetzung)*			
1 1 4 2	Mietzulage und Fahrkostenzulage Nichtgetrennte Mittel	—	—	0,—
1 1 4 3	Pauschalvergütung für Dienstaufwandskosten Nichtgetrennte Mittel	—	—	0,—
1 1 4 4	Pauschalabgeltung von Fahrkosten Nichtgetrennte Mittel	7 000	6 500	5 515,61
1 1 4 5	Sondervergütung für die Rechnungsführer und Zahlstellenverwalter Nichtgetrennte Mittel	12 300	9 500	9 828,—
1 1 4 9	Sonstige Zulagen und Erstattungen Nichtgetrennte Mittel	p.m.	—	0,—
	Artikel 1 1 4 insgesamt	480 000	420 000	445 919,60
1 1 5	***Überstunden*** Nichtgetrennte Mittel	75 000	75 000	98 932,74
1 1 7	***Aushilfsleistungen***			
1 1 7 0	Freiberufliche Dolmetscher des SCIC Nichtgetrennte Mittel	—	—	0,—
1 1 7 2	Interims-Konferenzoperateure des SCIC Nichtgetrennte Mittel	13 500	13 000	7 870,73
1 1 7 5	Sonstige Leistungen sowie Übersetzungs- und Schreibarbeiten außerhalb des Hauses Nichtgetrennte Mittel	166 500	165 000	154 206,98
	Artikel 1 1 7 insgesamt	180 000	178 000	162 077,71
1 1 8	***Vergütungen und Kosten bei Dienstantritt, Ausscheiden aus dem Dienst und Versetzungen***			
1 1 8 0	Verschiedene Ausgaben für Einstellung Nichtgetrennte Mittel	72 000	106 350	56 825,04
1 1 8 1	Reisekosten (einschließlich derjenigen der Familienmitglieder) Nichtgetrennte Mittel	10 000	17 150	8 246,40

RAT

Anlage
(Wirtschafts- und Sozialausschuß)

KAPITEL 11 — PERSONAL IM AKTIVEN DIENST *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen	
114	*(Fortsetzung)*	
1144	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Anhang VII Artikel 15. Diese Mittel sind zur Deckung der pauschalen Abgeltung für Fahrten gemäß vorgenanntem Artikel vorgesehen.	
1145	Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 90, S. 1), insbesondere Artikel 75. Mittel für die Zahlung der vorgesehenen Sondervergütung, die den Beamten gewährt wird, die die Eigenschaft eines Rechnungsführers, eines unterstellten Rechnungsführers oder eines Zahlstellenverwalters haben.	
115	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Anhang VI Artikel 56. Diese Mittel gliedern sich wie folgt auf: — Pauschalvergütung gemäß dem Statut für 7 Chauffeure und 4 Telefonisten/innen — Vergütungen zum Stundensatz für Überstunden der Beamten der Laufbahngruppen C und D, die nicht — wie vorgesehen — durch Dienstbefreiung kompensiert worden sind Insgesamt	 57 000 18 000 75 000
117		
1172	Diese Mittel sind dazu bestimmt, bei Arbeitsüberlastung die Leistungen von Konferenztechnikern zu decken, die im Auftrag des Wirtschafts- und Sozialausschusses arbeiten.	
1175	Diese Mittel sind dazu bestimmt, alle Leistungen zu decken, die gelegentlich von Personen ausgeführt werden, die dem Organ nicht angehören.	
118		
1180	Mittel für die Abhaltung von Auswahlverfahren für die Personaleinstellung, welche mit Ausgaben für die Einberufung und Veröffentlichung sowie mit Kosten für ärztliche Untersuchungen vor der Einstellung verbunden ist.	
1181	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere die Artikel 20 und 71 und Artikel 7 des Anhangs VII.	

RAT

Anlage
(Wirtschafts- und Sozialausschuß)

KAPITEL 11 — PERSONAL IM AKTIVEN DIENST *(Fortsetzung)*

KAPITEL 12 — VERSORGUNGSBEZÜGE, VERGÜTUNGEN UND VERSCHIEDENE BEITRÄGE

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
118	*(Fortsetzung)*			
1182	Einrichtungs-, Wiedereinrichtungs- und Versetzungsbeihilfen Nichtgetrennte Mittel	100 000	80 700	94 980,—
1183	Umzugskosten Nichtgetrennte Mittel	70 000	65 100	67 289,38
1184	Zeitweilige Tagegelder Nichtgetrennte Mittel	70 000	80 700	63 264,24
	Artikel 118 insgesamt	322 000	350 000	290 605,06
119	***Mittel für Anpassungen der Dienstbezüge der Beamten und sonstigen Bediensten***			
1190	Berichtigungskoeffizienten Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	2 612,94
1191	Vorläufig eingesetzte Mittel Nichtgetrennte Mittel	802 232	524 279	0,—
	Artikel 119 insgesamt	802 232	524 279	2 612,94
	KAPITEL 11 INSGESAMT	32 125 224	29 812 668	27 511 871,38
	KAPITEL 12			
121	***Vergütungen bei Versetzung in den einstweiligen Ruhestand, bei Stellenenthebung und bei Entlassung***			
1210	Vergütungen bei Stellenenthebung aus dienstlichen Gründen in Anwendung der Artikel 41 und 50 des Statuts der Beamten der Europäischen Gemeinschaften Nichtgetrennte Mittel	107 000	170 000	200 153,35
1215	Vergütung bei endgültigem Ausscheiden aus dem Dienst Nichtgetrennte Mittel	313 000	675 000	497 873,64
	Artikel 121 insgesamt	420 000	845 000	698 026,99
	KAPITEL 12 INSGESAMT	420 000	845 000	698 026,99

RAT
Anlage
(Wirtschafts- und Sozialausschuß)

KAPITEL 11 — PERSONAL IM AKTIVEN DIENST *(Fortsetzung)*

KAPITEL 12 — VERSORGUNGSBEZÜGE, VERGÜTUNGEN UND VERSCHIEDENE BEITRÄGE

Artikel Posten	Erläuterungen
118	*(Fortsetzung)*
1182	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere die Artikel 5 und 6 des Anhangs VII.
1183	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere die Artikel 20 und 71 und Artikel 9 des Anhangs VII.
1184	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 10 des Anhangs VII.
119	
1190	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere die Artikel 64 und 65.
1191	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 65. Diese Mittel sind dazu bestimmt, die Auswirkungen der Anpassungen der Dienstbezüge zu decken, die der Rat möglicherweise im Laufe des Haushaltsjahrs beschließt. Sie sind vorläufig eingesetzt und können erst nach ihrer Übertragung nach entsprechenden Linien dieses Kapitels verwendet werden.
121	
1210	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere die Artikel 41 und 50 und Anhang IV.
1215	Verordnung (EGKS, EWG, Euratom) Nr. 3518/85 des Rates vom 12. Dezember 1985 zur Einführung von Sondermaßnahmen aufgrund des Beitritts Spaniens und Portugals betreffend das endgültige Ausscheiden von Beamten der Europäischen Gemeinschaften aus dem Dienst (ABl. Nr. L 335 vom 13. 12. 1985, S. 56).

RAT

Anlage
(Wirtschafts- und Sozialausschuß)

KAPITEL 13 — DIENSTREISE- UND FAHRKOSTEN

KAPITEL 14 — SOZIALE UND MEDIZINISCHE INFRASTRUKTUR

KAPITEL 15 — AUSTAUSCH VON BEAMTEN UND SACHVERSTÄNDIGEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
	KAPITEL 13			
130	***Dienstreise- und Fahrkosten sowie Nebenkosten***			
	Nichtgetrennte Mittel	205 000	215 000	215 665,81
	KAPITEL 13 INSGESAMT	205 000	215 000	215 665,81
	KAPITEL 14			
140	***Restaurants, Cafeterias und Kantinen***			
1400	Laufende Betriebsausgaben für Restaurants, Cafeterias und Kantinen			
	Nichtgetrennte Mittel	22 000	28 000	27 957,34
1401	Ausgaben für Umgestaltung und Erneuerung der Einrichtungen von Restaurants und Kantinen			
	Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
	Artikel 140 insgesamt	22 000	28 000	27 957,34
141	***Ärztlicher Dienst***			
	Nichtgetrennte Mittel	65 000	60 000	69 983,92
	KAPITEL 14 INSGESAMT	87 000	88 000	97 941,26
	KAPITEL 15			
152	***Austausch von Personal zwischen den Gemeinschaften und dem öffentlichen und privaten Sektor***			
1520	Nationale und internationale Beamte und Bedienstete des Privatsektors, die vorübergehend beschäftigt werden			
	Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—

RAT
Anlage
(Wirtschafts- und Sozialausschuß)

KAPITEL 13 — DIENSTREISE- UND FAHRKOSTEN

KAPITEL 14 — SOZIALE UND MEDIZINISCHE INFRASTRUKTUR

KAPITEL 15 — AUSTAUSCH VON BEAMTEN UND SACHVERSTÄNDIGEN

Artikel Posten	Erläuterungen
130	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Anhang VII Artikel 11 bis 13. Diese Mittel sind zur Deckung der Fahrkosten, zur Zahlung der Tagegelder für Dienstreisen sowie der bei Ausführung einer Dienstreise entstehenden zusätzlichen oder außergewöhnlichen Kosten bestimmt.
140	
1400	Diese Mittel sind zur Deckung der Ausgaben für die Unterhaltung der Kantine des Wirtschafts- und Sozialausschusses bestimmt.
141	Diese Mittel decken die Kosten der ärztlichen Untersuchung bei der Einstellung und der jährlichen ärztlichen Untersuchung aller Bediensteten sowie die Betriebskosten einer Erste-Hilfe-Station.
152	
1520	Diese Mittel sollen gegebenenfalls eine Beteiligung an den von Beamten der nationalen Verwaltungen und Bediensteten des privaten Sektors, die an einem Austausch teilnehmen, verauslagten Spesen — insbesondere für die Hin- und Rückfahrt — ermöglichen.

RAT

Anlage
(Wirtschafts- und Sozialausschuß)

KAPITEL 15 — AUSTAUSCH VON BEAMTEN UND SACHVERSTÄNDIGEN *(Fortsetzung)*

KAPITEL 16 — SOZIALAUSGABEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
152	*(Fortsetzung)*			
1521	Beamte des Organs, die vorübergehend in nationalen und internationalen Dienststellen beschäftigt werden Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
	Artikel 152 insgesamt	p.m.	p.m.	0,—
	KAPITEL 15 INSGESAMT	p.m.	p.m.	0,—
	KAPITEL 16			
160	***Außergewöhnliche Unterstützungen*** Nichtgetrennte Mittel	2 000	2 000	739,44
161	***Soziale Beziehungen zwischen dem Personal*** Nichtgetrennte Mittel	15 000	20 000	20 000,—
162	***Sonstige soziale Maßnahmen*** Nichtgetrennte Mittel	16 000	10 000	8 969,53
163	***Kinderkrippen, Kindertagesstätten*** Nichtgetrennte Mittel	45 000	41 000	40 000,—
164	***Beihilfe für behinderte Personen*** Nichtgetrennte Mittel	7 000		
	KAPITEL 16 INSGESAMT	85 000	73 000	69 708,97

RAT
Anlage
(Wirtschafts- und Sozialausschuß)

KAPITEL 15 — AUSTAUSCH VON BEAMTEN UND SACHVERSTÄNDIGEN *(Fortsetzung)*

KAPITEL 16 — SOZIALAUSGABEN

Artikel Posten	Erläuterungen
152	*(Fortsetzung)*
1521	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 38. Dieser Posten dient zur Erstattung zusätzlicher Kosten, die den Beamten der Europäischen Gemeinschaften bei diesem Austausch entstehen.
160	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 76. Diese Mittel sind dazu bestimmt, die Zuwendungen für Beamte und Bedienstete zu finanzieren, die sich in einer besonders schwierigen Lage befinden.
161	Diese Mittel dienen zur Förderung und finanziellen Unterstützung aller Initiativen, die der Pflege der zwischenmenschlichen Beziehungen zwischen den Angehörigen des Personals dienen. Sie decken auch den Anteil an den Kosten für die Förderung der sozialen, sportlichen, pädagogischen und kulturellen Tätigkeiten des interinstitutionellen Europazentrums von Overijse.
162	Diese Mittel decken die Maßnahmen zugunsten der Mitglieder des Personals, soweit hierfür nicht Mittel in anderen Artikeln dieses Kapitels vorgesehen sind (Ferienkolonien, Familienhilfen usw.).
163	Diese Mittel dienen zur Deckung des Anteils des Wirtschafts- und Sozialausschusses an den Ausgaben für Kinderkrippen und Kindertagesstätten.
164	*Neuer Artikel* Diese Mittel sind im Rahmen von Maßnahmen zu ihren Gunsten für folgende behinderte Personen bestimmt: — Beamte und Bedienstete auf Zeit im aktiven Dienst, — Ehegatten von Beamten und Bediensteten auf Zeit im aktiven Dienst, — alle unterhaltsberechtigten Kinder im Sinne des Statuts der Beamten der Europäischen Gemeinschaften. Diese Mittel sollen es im Rahmen der Haushaltsmöglichkeiten erlauben, nach Ausschöpfung der etwaigen auf nationaler Ebene im Aufenhalts- oder Herkunftsland bestehenden Ansprüche für notwendig erachtete Ausgaben für nichtmedizinische Zwecke zu erstatten, die durch die Behinderung bedingt sind und ordnungsgemäß nachgewiesen werden.

RAT

Anlage
(Wirtschafts- und Sozialausschuß)

KAPITEL 1 7 — AUSGABEN FÜR EMPFÄNGE UND REPRÄSENTATIONSZWECKE

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
	KAPITEL 1 7			
1 7 0	***Ausgaben für Empfänge und Repräsentationszwecke***			
1 7 0 0	Ausgaben für Empfänge und für Repräsentationszwecke Nichtgetrennte Mittel	21 500	21 500	21 498,34
1 7 0 1	Ausgaben des Personals für Empfänge und für Repräsentationszwecke Nichtgetrennte Mittel	8 500	8 500	8 499,98
	Artikel 1 7 0 insgesamt	30 000	30 000	29 998,32
	KAPITEL 1 7 INSGESAMT	30 000	30 000	29 998,32
	Titel 1 insgesamt	**33 004 724**	**31 114 868**	**28 663 869,38**

RAT
Anlage
(Wirtschafts- und Sozialausschuß)

KAPITEL 17 — AUSGABEN FÜR EMPFÄNGE UND REPRÄSENTATIONSZWECKE

Artikel Posten	Erläuterungen
170	
1700	Diese Mittel sind zur Deckung der Ausgaben für Empfänge und für Repräsentationszwecke des Präsidenten und von Mitgliedern des Organs bestimmt.
1701	Diese Mittel dienen zur Deckung der Ausgaben für Empfänge und für Repräsentationszwecke bestimmter Beamter im Interesse des Organs.

RAT
Anlage
(Wirtschafts- und Sozialausschuß)

TITEL 2

GEBÄUDE, MATERIAL UND VERSCHIEDENE SACHAUSGABEN

KAPITEL 20 — GRUNDSTÜCKSINVESTITIONEN, MIETE VON GEBÄUDEN UND NEBENKOSTEN

Artikel Posten	Bezeichnung		Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
	KAPITEL 20				
200	***Mieten***	Nichtgetrennte Mittel	2 580 000	2 418 000 (1)	1 965 000,—
201	***Versicherungskosten***	Nichtgetrennte Mittel	55 000	40 000	42 939,39
202	***Wasser, Gas, Strom und Heizung***	Nichtgetrennte Mittel	210 000	200 000	172 613,45
203	***Reinigung und Instandhaltung***	Nichtgetrennte Mittel	760 000	747 500	728 758,11
204	***Herrichtung der Diensträume***	Nichtgetrennte Mittel	220 000	160 000	179 917,73

(1) Es werden Mittel in Höhe von 30 000 ECU in Kapitel 10 0 eingesetzt.

RAT
Anlage
(Wirtschafts- und Sozialausschuß)

TITEL 2

GEBÄUDE, MATERIAL UND VERSCHIEDENE SACHAUSGABEN

KAPITEL 20 — GRUNDSTÜCKSINVESTITIONEN, MIETE VON GEBÄUDEN UND NEBENKOSTEN

Artikel Posten	Erläuterungen	
200	Diese Mittel sind für die Miete der vom Wirtschafts- und Sozialausschuß benutzten Gebäude bestimmt.	
	Sie gliedern sich wie folgt auf:	
	— Gebäude „Mont des Arts“	771 780
	— Gebäude „Ravenstein“	600 025
	— Gebaüde „Palais des Congrès“	267 568
	— Galerie „Ravenstein“	460 345
	— Parkhaus „Albertine“	265 910
	— Grundsteuern	214 372
	Insgesamt	2 580 000
201	Diese Mittel sind für Versicherungsprämien für Feuer, Haftpflicht, Diebstahl und Glasschaden bestimmt.	
202	Diese Mittel gliedern sich wie folgt auf:	
	— Wasser	16 000
	— Elektrizität	105 000
	— Heizung	89 000
	Insgesamt	210 000
203	Diese Mittel gliedern sich wie folgt auf:	
	— Reinigung der Büroräume	590 000
	— technisches Material	23 000
	— Unterhaltung der Aufzüge	15 000
	— Unterhaltung der Klimaanlagen	70 000
	— Malerarbeiten	40 000
	— Klempner- und Glaserarbeiten	17 000
	— Mietnebenkosten	5 000
	Insgesamt	760 000
204	Diese Mittel dienen zur Deckung der Kosten folgender Arbeiten:	
	— Herrichtung von Diensträumen und Errichtung von Trennwänden in neu angemieteten Diensträumen	165 000
	— Instandsetzung von Sitzungssälen	55 000
	Insgesamt	220 000

RAT

Anlage
(Wirtschafts- und Sozialausschuß)

KAPITEL 20 — GRUNDSTÜCKSINVESTITIONEN, MIETE VON GEBÄUDEN UND NEBENKOSTEN *(Fortsetzung)*

KAPITEL 21 — AUSGABEN FÜR DIE DATENVERARBEITUNG

KAPITEL 22 — BEWEGLICHE SACHEN UND NEBENKOSTEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
205	***Sicherheit und Überwachung der Gebäude*** Nichtgetrennte Mittel	500 000	420 000	394 909,87
208	***Sonstige Ausgaben*** Nichtgetrennte Mittel	5 000		
	KAPITEL 20 INSGESAMT	4 330 000	3 985 500	3 484 138,55
	KAPITEL 21			
211	***Informatiknetz*** Nichtgetrennte Mittel	220 000	200 000	159 996,73
214	***Analyse- und Programmierungsarbeiten, Voranalysen und besondere Projekte, die an dritte vergeben werden*** Nichtgetrennte Mittel	235 000	210 000	249 779,34
	KAPITEL 21 INSGESAMT	455 000	410 000	409 776,07
	KAPITEL 22			
220	***Technische Anlagen und Hardware für die Büroautomation***			
2200	Erstausstattung — Material und technische Anlagen Nichtgetrennte Mittel	110 000	60 000	16 855,99
2201	Ersatzbeschaffung von Material und technischen Anlagen Nichtgetrennte Mittel	175 000	140 000	106 453,06
2202	Miete von Material und technischen Anlagen Nichtgetrennte Mittel	220 000	200 000	201 377,80
2203	Instandhaltung, Betrieb und Instandsetzung von Material und technischen Anlagen Nichtgetrennte Mittel	400 000	330 000	375 360,31

RAT
Anlage
(Wirtschafts- und Sozialausschuß)

KAPITEL 20 — GRUNDSTÜCKSINVESTITIONEN, MIETE VON GEBÄUDEN UND NEBENKOSTEN *(Fortsetzung)*

KAPITEL 21 — AUSGABEN FÜR DIE DATENVERARBEITUNG

KAPITEL 22 — BEWEGLICHE SACHEN UND NEBENKOSTEN

Artikel Posten	Erläuterungen	
205	Diese Mittel gliedern sich wie folgt auf:	
	— Bewachung der Gebäude	425 000
	— Miete der Feuerlöscher	17 000
	— laufende Ausgaben	30 000
	— Arbeiten zur Verbesserung der Sicherheit in den Gebäuden	20 000
	— Vorsorgeprogramm in den Bereichen Hygiene und Sicherheit	8 000
	Insgesamt	500 000
208	*Neuer Artikel* Diese Mittel sind zur Deckung der Kosten für die Studien vor dem Bezug eines neuen Gebäudes bestimmt.	
211	Diese Mittel sind zur Deckung der Kauf-, Miet- und Wartungskosten für Software, Zusatzgeräte, Zubehör und Fachliteratur zu dem bereits vorhandenen Kleinrechner bestimmt.	
214	Diese Mittel dienen zur Deckung der Kosten für externes Personal und nach außerhalb vergebene Arbeiten.	
220		
2200	Diese Mittel dienen insbesondere zur Beschaffung eines Rückstichheftsystems und einer Zusammentragmaschine.	
2201	Diese Mittel dienen insbesondere zur Ersatzbeschaffung einer kompletten Simultandolmetschanlage und einer Offset-Maschine.	
2202	Diese Mittel sind namentlich zur Miete der Telefonzentralanlage bestimmt.	
2203	Diese Mittel decken insbesondere die Wartung der bürotechnischen Anlagen, der Vervielfältigungsmaschinen, der Simultandolmetschanlagen sowie die Gebühren für die Telefonanlage.	

RAT

Anlage
(Wirtschafts- und Sozialausschuß)

KAPITEL 22 — BEWEGLICHE SACHEN UND NEBENKOSTEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
220	*(Fortsetzung)*			
2204	Hardware für die Büroautomation Nichtgetrennte Mittel	950 000	875 000	1 018 268,65
	Artikel 220 insgesamt	1 855 000	1 605 000	1 718 315,81
221	***Mobiliar***			
2210	Erstausstattung Nichtgetrennte Mittel	80 000	95 000	133 931,66
2211	Ersatzbeschaffung Nichtgetrennte Mittel	42 000	40 000	488,90
2212	Miete Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
2213	Unterhaltung, Betrieb und Instandsetzung Nichtgetrennte Mittel	7 000	5 000	5 504,14
	Artikel 221 insgesamt	129 000	140 000	139 924,70
223	***Fahrzeuge***			
2230	Erstausstattung — Transportmaterial Nichtgetrennte Mittel	p.m.	—	0,—
2231	Ersatzbeschaffung von Transportmaterial Nichtgetrennte Mittel	4 000	—	9 827,78
2232	Miete von Transportmaterial Nichtgetrennte Mittel	6 000	6 000	2 074,02
2233	Unterhaltung, Betrieb und Instandsetzung von Transportmaterial Nichtgetrennte Mittel	30 000	24 000	24 758,16
	Artikel 223 insgesamt	40 000	30 000	36 659,96
225	***Ausgaben für Dokumentation und Bibliothek***			
2250	Bibliothek, Beschaffung von Büchern Nichtgetrennte Mittel	25 000	26 000	24 550,25
2251	Spezifisches Bibliotheks-, Dokumentations- und Vervielfältigungsmaterial Nichtgetrennte Mittel	5 000	6 000	1 368,38
2252	Abonnements auf Zeitungen und Zeitschriften Nichtgetrennte Mittel	21 000	22 000	24 339,59
2253	Abonnements bei Presseagenturen Nichtgetrennte Mittel	10 000	7 500	6 840,57
2254	Kosten für Buchbindearbeiten und zur Erhaltung der Werke der Bibliothek Nichtgetrennte Mittel	4 000	4 500	3 717,38

RAT
Anlage
(Wirtschafts- und Sozialausschuß)

KAPITEL 22 — BEWEGLICHE SACHEN UND NEBENKOSTEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
220	*(Fortsetzung)*
2204	Diese Mittel sind zur Deckung der Kauf-, Miet- und Wartungskosten für das integrierte System der Dokumentenherstellung mit zentralem Datenspeicher, Textverarbeitungsmaschinen mit Tastatur und Bildschirm sowie Druckern bestimmt.
221	
2210	Diese Mittel sind für die Ergänzung der Ausstattung für einige Büros und technische Dienste bestimmt.
2211	Diese Mittel sind zur Ersatzbeschaffung von Mobiliar und für die Erneuerung eines Teils des mindestens 15 Jahre alten und nicht mehr instandsetzbaren Mobiliars bestimmt.
2213	Anstrich, Unterhaltung und Reparatur der Möbel.
223	
2231	Diese Mittel dienen zur Ersatzbeschaffung eines Kleinbusses.
2232	Diese Mittel sollen die Kosten für Taxis und Mietwagen decken, insbesondere außerhalb Brüssels und in den Fällen, wo kein Fahrzeug des Wirtschafts- und Sozialausschusses verfügbar ist.
2233	Diese Mittel sollen die Kosten für Versicherung und Wartung der Dienstwagen des Wirtschafts- und Sozialausschusses decken.
225	
2250	Diese Mittel dienen zum Erwerb von Büchern und Lexika für die einzelnen Sprachabteilungen und für die Bibliothek der Mitglieder des Wirtschafts- und Sozialausschusses.
2251	Diese Mittel dienen zum Erwerb von speziellem Bibliotheksmaterial.
2252	Diese Mittel dienen für Abonnements verschiedener Zeitungen, Zeitschriften und sonstiger Publikationen.
2254	Diese Mittel sollen die Kosten für das Einbinden der Veröffentlichungen im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* und verschiedener Broschüren decken.

RAT

Anlage
(Wirtschafts- und Sozialausschuß)

KAPITEL 22 — BEWEGLICHE SACHEN UND NEBENKOSTEN *(Fortsetzung)*

KAPITEL 23 — LAUFENDE SACHAUSGABEN FÜR DEN DIENSTBETRIEB

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
225	*(Fortsetzung)*			
2255	Abonnements für Datenbanken Nichtgetrennte Mittel	5 000		
	Artikel 225 insgesamt	70 000	66 000	60 816,17
	KAPITEL 22 INSGESAMT	2 094 000	1 841 000	1 955 716,64
	KAPITEL 23			
230	***Papier- und Bürobedarf*** Nichtgetrennte Mittel	360 000	350 000	359 881,66
232	***Finanzkosten***			
2320	Bankkosten Nichtgetrennte Mittel	4 000	4 000	1 008,16
2329	Sonstige Finanzkosten Nichtgetrennte Mittel	p.m.	—	0,—
	Artikel 232 insgesamt	4 000	4 000	1 008,16
233	***Streitsachen*** Nichtgetrennte Mittel	15 000	5 000	34 450,24
234	***Schadenersatz und Zinsen*** Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—

RAT
Anlage
(Wirtschafts- und Sozialausschuß)

KAPITEL 22 — BEWEGLICHE SACHEN UND NEBENKOSTEN *(Fortsetzung)*

KAPITEL 23 — LAUFENDE SACHAUSGABEN FÜR DEN DIENSTBETRIEB

Artikel Posten	Erläuterungen	
225	*(Fortsetzung)*	
2255	*Neuer Posten* Diese Mittel sollen die Abonnementskosten für den Anschluß an externe Datenbanken über das Informatiksystem des Ausschusses decken.	
230	Diese Mittel dienen zur Deckung der Kosten von folgendem Papier- und Bürobedarf:	
	— weißes Offset-Papier	136 000
	— farbiges Offset-Papier und kartoniertes Papier (weiß und farbig)	50 000
	— Listing-Papier	33 500
	— Photokopierkosten	63 000
	— Bürobedarf	67 000
	— Druckereiarbeiten	3 000
	— Verschiedenes	7 500
	Insgesamt	360 000
232		
2320	Mittel zur Deckung von Agios und sonstigen Spesen.	
233	Diese Mittel dienen zur Deckung der Kosten, die gegebenenfalls durch die Inanspruchnahme der Leistungen von Rechtsanwälten oder anderen Beratern entstehen.	

RAT

Anlage
(Wirtschafts- und Sozialausschuß)

KAPITEL 2 3 — LAUFENDE SACHAUSGABEN FÜR DEN DIENSTBETRIEB *(Fortsetzung)*

KAPITEL 2 4 — POST- UND FERNMELDEGEBÜHREN

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
2 3 5	***Andere Sachausgaben***			
2 3 5 0	Verschiedene Versicherungskosten Nichtgetrennte Mittel	3 000	3 000	944,07
2 3 5 1	Dienst- und Arbeitskleidung Nichtgetrennte Mittel	15 000	15 000	16 751,52
2 3 5 2	Verschiedene Ausgaben für interne Sitzungen Nichtgetrennte Mittel	19 000	18 000	17 998,66
2 3 5 3	Umzug von Dienststellen Nichtgetrennte Mittel	27 000	25 000	27 175,01
2 3 5 9	Sonstige Sachausgaben Nichtgetrennte Mittel	4 000	4 000	3 537,08
	Artikel 2 3 5 insgesamt	68 000	65 000	66 406,34
2 3 9	***Dienstleistungen zwischen den Organen — Gemeinsamer Dolmetscherkonferenzdienst*** Nichtgetrennte Mittel	3 450 000	3 000 000 (1)	2 999 680,—
	KAPITEL 2 3 INSGESAMT	3 897 000	3 424 000	3 461 426,40
	KAPITEL 2 4			
2 4 0	***Postgebühren und Zustellungskosten*** Nichtgetrennte Mittel	260 000	270 000	226 271,46
2 4 1	***Ferngespräche, Telegramme, Fernschreiben, Fernsehen*** Nichtgetrennte Mittel	275 000	230 000	169 958,91
	KAPITEL 2 4 INSGESAMT	535 000	500 000	396 230,37

(1) Es werden Mittel in Höhe von 100 000 ECU in Kapitel 10 0 eingesetzt.

RAT
Anlage
(Wirtschafts- und Sozialausschuß)

KAPITEL 23 — LAUFENDE SACHAUSGABEN FÜR DEN DIENSTBETRIEB *(Fortsetzung)*

KAPITEL 24 — POST- UND FERNMELDEGEBÜHREN

Artikel Posten	Erläuterungen
235	
2350	Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplans der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1), insbesondere Artikel 75. Diese Mittel dienen zur Deckung der verschiedenen Versicherungen (Haftpflicht, Diebstahl) und der Versicherungskosten gemäß dieses Artikels.
2351	Diese Mittel dienen zur Deckung der Ausgaben für: — die Anschaffung von Dienstkleidung für Amtsgehilfen und Fahrer, — die Anschaffung und Reinigung von Arbeitskleidung für das Personal, das Arbeiten ausführt, die einen Schutz gegen ungewöhnlichen Verschleiß und gegen Verschmutzung erfordern.
2352	Diese Mittel dienen zur Deckung der Ausgaben für Erfrischungen und gelegentliche Imbisse, die bei internen Sitzungen gereicht werden.
2353	Diese Mittel dienen zur Deckung der Kosten für die Verlagerung von Simultandolmetschanlagen und Ausstattungskosten für Sitzungssäle bei Sitzungen außerhalb der üblichen Arbeitsräume und der Kosten für interne Umzüge.
2359	Diese Mittel dienen zur Deckung verschiedener kleinerer Ausgaben.
239	Kosten für die Leistungen der Dolmetscher der Kommission.
240	Veranschlagt sind Mittel für Postgebühren und Zustellungskosten für den normalen Schriftverkehr, sowie für Paketgebühren im Luft-, Schiffs- und Eisenbahnversand.
241	Diese Mittel dienen zur Deckung der Kosten für die festen Anschlußgebühren und die Gebühren für Telefongespräche, Fernschreiben und Telefax. Der Betrag der wiederverwendungsfähigen Einnahmen wird auf 45 000 ECU geschätzt.

RAT

Anlage
(Wirtschafts- und Sozialausschuß)

KAPITEL 25 — AUSGABEN FÜR SITZUNGEN UND EINBERUFUNGEN

KAPITEL 26 — KOSTEN FÜR UNTERSUCHUNGEN, ERHEBUNGEN UND KONSULTATIONEN

KAPITEL 27 — AUSGABEN FÜR VERÖFFENTLICHUNGEN UND FÜR DIE UNTERRICHTUNG DER ÖFFENTLICHKEIT

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
	KAPITEL 25			
250	***Sitzungen und Einberufungen im allgemeinen*** Nichtgetrennte Mittel	6 336 000 (1)	6 086 000 (2)	5 374 411,11
255	***Verschiedene Kosten für die Veranstaltung von Konferenzen, Kongressen und Sitzungen und für die Teilnahme an diesen*** Nichtgetrennte Mittel	80 000	70 000	69 436,11
	KAPITEL 25 INSGESAMT	6 416 000	6 156 000	5 443 847,22
	KAPITEL 26			
260	***Konsultationen, Untersuchungen und Erhebungen über Einzelprobleme*** Nichtgetrennte Mittel	37 000	35 000	40 000,—
	KAPITEL 26 INSGESAMT	37 000	35 000	40 000,—
	KAPITEL 27			
270	***Amtsblatt*** Nichtgetrennte Mittel	485 000	410 000	450 000,—
271	***Veröffentlichungen***			
2710	Allgemeine Veröffentlichungen Nichtgetrennte Mittel	150 000	150 000	149 396,60

(1) Es werden Mittel in Höhe von 100 000 ECU in Kapitel 10 0 eingesetzt.
(2) Es werden Mittel in Höhe von 50 000 ECU in Kapitel 10 0 eingesetzt.

RAT

Anlage
(Wirtschafts- und Sozialausschuß)

KAPITEL 25 — AUSGABEN FÜR SITZUNGEN UND EINBERUFUNGEN

KAPITEL 26 — KOSTEN FÜR UNTERSUCHUNGEN, ERHEBUNGEN UND KONSULTATIONEN

KAPITEL 27 — AUSGABEN FÜR VERÖFFENTLICHUNGEN UND FÜR DIE UNTERRICHTUNG DER ÖFFENTLICHKEIT

Artikel Posten	Erläuterungen
250	Diese Mittel dienen zur Deckung der Reisekosten und Tagegelder der Mitglieder des Wirtschafts- und Sozialausschusses anläßlich der Plenartagungen und anderer Sitzungen.
255	Diese Mittel dienen zur Deckung der Kosten — einschließlich Repräsentationskosten — für die Veranstaltung von allgemeinen Konferenzen. Sie dienen auch zur Deckung der Kosten für die jährlichen Begegnungen der Sozialpartner der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft insbesondere mit Vertretern der sozioökonomischen Kreise der EFTA sowie der AKP-Staaten.
260	Diese Mittel dienen zur Deckung der Kosten für die Durchführung von Studien, mit denen qualifizierte Sachverständige und Forschungsinstitute von außerhalb vertraglich beauftragt werden.
270	Diese Mittel dienen zur Deckung der Kosten für den Druck der Veröffentlichungen im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften.* Der für eine Wiederverwendung in Betracht kommende Betrag der Einnahmen wird auf 20 000 ECU geschätzt.
271	
2710	Beschluß 69/13/Euratom, EGKS, EWG vom 16. Januar 1969 zur Einsetzung des Amtes für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 13 vom 18. 1. 1969, S. 19). Diese Mittel dienen zur Deckung der Druckkosten für die verschiedenen an Dritte vergebenen Veröffentlichungen des Wirtschafts- und Sozialausschusses in den Sprachen der Gemeinschaften. Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 10 000 ECU veranschlagt.

RAT

Anlage
(Wirtschafts- und Sozialausschuß)

KAPITEL 27 — AUSGABEN FÜR VERÖFFENTLICHUNGEN UND FÜR DIE UNTERRICHTUNG DER ÖFFENTLICHKEIT *(Fortsetzung)*

KAPITEL 29 — ZUSCHÜSSE UND ZUWENDUNGEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
271	*(Fortsetzung)*			
2719	Ausgaben für die Verbreitung von Informationen und für die Förderung von Veröffentlichungen Nichtgetrennte Mittel	12 000	12 000	11 549,31
	Artikel 271 insgesamt	162 000	162 000	160 945,91
272	***Ausgaben für die Unterrichtung der Öffentlichkeit und für die Teilnahme an öffentlichen Veranstaltungen*** Nichtgetrennte Mittel	37 000	35 000	34 787,45
273	***Ausbildung der Jugendlichen im europäischen Geiste***			
2730	Ausbildung der Jugendlichen im europäischen Geiste Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
2733	Kosten für Fortbildungsaufenthalte in den Dienststellen des Organs Nichtgetrennte Mittel	80 000	80 000	69 999,99
	Artikel 273 insgesamt	80 000	80 000	69 999,99
	KAPITEL 27 INSGESAMT	764 000	687 000	715 733,35
	KAPITEL 29			
294	***Studienstipendien***			
2940	Forschungs- und Studienstipendien Nichtgetrennte Mittel	2 500	2 500	2 500,—
	Artikel 294 insgesamt	2 500	2 500	2 500,—
	KAPITEL 29 INSGESAMT	2 500	2 500	2 500,—
	Titel 2 insgesamt	**18 530 500**	**17 041 000**	**15 909 368,60**

RAT

Anlage
(Wirtschafts- und Sozialausschuß)

KAPITEL 27 — AUSGABEN FÜR VERÖFFENTLICHUNGEN UND FÜR DIE UNTERRICHTUNG DER ÖFFENTLICHKEIT *(Fortsetzung)*

KAPITEL 29 — ZUSCHÜSSE UND ZUWENDUNGEN

Artikel Posten	Erläuterungen
271	*(Fortsetzung)*
2719	Diese Mittel dienen zur Deckung der Druckkosten verschiedener Veröffentlichungen.
272	Diese Mittel sind zur Deckung der Kosten — einschließlich Repräsentationskosten — für Aktionen der Unterrichtung der Öffentlichkeit über die Ziele und die Tätigkeit des Wirtschafts- und Sozialausschusses bestimmt.
273	
2733	Veranschlagt sind Mittel für die Veranstaltung von Verwaltungspraktika für junge Akademiker.
294	
2940	Diese Mittel sollen dazu dienen, in begrenztem Umfang zur Verwirklichung von Forschungsvorhaben in den Tätigkeitsbereichen des Wirtschafts- und Sozialausschusses beizutragen, die für die europäische Integration von besonderem Interesse sind.

RAT
Anlage
(Wirtschafts- und Sozialausschuß)

TITEL 10

SONSTIGE AUSGABEN

KAPITEL 10 0 — VORLÄUFIG EINGESETZTE MITTEL

KAPITEL 10 1 — RÜCKSTELLUNGEN FÜR UNVORHERGESEHENE AUSGABEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
	KAPITEL 10 0	100 000	180 000	0,—
	KAPITEL 10 0 INSGESAMT	100 000	180 000	0,—
	KAPITEL 10 1	—	—	0,—
	KAPITEL 10 1 INSGESAMT	—	—	0,—
	Titel 10 insgesamt	**100 000**	**180 000**	**0,—**
	GESAMTBETRAG	**51 635 224**	**48 335 868**	**44 573 237,98**

RAT
Anlage
(Wirtschafts- und Sozialausschuß)

TITEL 10

SONSTIGE AUSGABEN

KAPITEL 10 0 — VORLÄUFIG EINGESETZTE MITTEL

KAPITEL 10 1 — RÜCKSTELLUNGEN FÜR UNVORHERGESEHENE AUSGABEN

Artikel Posten	Erläuterungen
	Diese Mittel werden nur vorläufig in dieses Kapitel eingesetzt und können erst verwendet werden, wenn sie gemäß den Bestimmungen der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1), auf andere Kapitel des Haushaltsplans übertragen worden sind.
	Artikel 2 5 0 Sitzungen und Einberufungen im allgemeinen 100 000

EINZELPLAN III

KOMMISSION

KOMMISSION

GESAMTEINNAHMEN

KOMMISSION

Eigene Einnahmen

TITEL 3

VERFÜGBARE ÜBERSCHÜSSE

KAPITEL 30 — VERFÜGBARE ÜBERSCHÜSSE AUS DEM VORHERGEHENDEN HAUSHALTSJAHR

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1992	Haushaltsjahr 1991	Haushaltsjahr 1990
	KAPITEL 30			
300	***Verfügbarer Überschuß aus dem vorhergehenden Haushaltsjahr***	p.m.	2 225 689 444	3 645 156 464,43
301	***Eigenmittelüberschuß aufgrund der Übertragung nach der Währungsreserve des Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft, Abteilung Garantie***	p.m.	p.m.	819 000 000,—
302	***Restbetrag des verfügbaren Überschusses aus dem Haushaltsjahr 1989***		615 932 402	
	KAPITEL 30 INSGESAMT	p.m.	2 841 621 846	4 464 156 464,43
	Titel 3 insgesamt	**p.m.**	**2 841 621 846**	**4 464 156 464,43**

KOMMISSION

Eigene Einnahmen

TITEL 3

VERFÜGBARE ÜBERSCHÜSSE

KAPITEL 30 — VERFÜGBARE ÜBERSCHÜSSE AUS DEM VORHERGEHENDEN HAUSHALTSJAHR

Artikel Posten	Erläuterungen
300	Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S .1). Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1552/89 des Rates vom 29. Mai 1989 zur Durchführung des Beschlusses 88/376/EWG, Euratom über das System der Eigenmittel der Gemeinschaften (ABl. Nr. L 155 vom 7. 6. 1989, S. 1). Gemäß Artikel 32 der Haushaltsordnung wird der Saldo jedes Haushaltsjahres — je nachdem, ob es sich um einen Überschuß oder ein Defizit handelt — als Einnahme oder Ausgabe im Haushaltsplan des darauffolgenden Haushaltsjahres verbucht. Die ordnungsgemäßen Schätzungen dieser Einnahmen oder Ausgaben werden im Laufe des Haushaltsverfahrens in den Haushaltsplan eingesetzt, gegebenenfalls im Wege des Verfahrens des Berichtigungsschreibens nach Artikel 14 der Haushaltsordnung. Sie werden gemäß Artikel 15 der Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1552/89 berechnet. Nach Abschluß der Rechnung des Haushaltsjahres wird der Unterschied im Vergleich zu den Schätzungen in den Haushaltsplan des folgenden Haushaltsjahres im Wege eines Berichtigungs- oder Nachtragshaushaltsplans eingesetzt. Ein Defizit wird in Kapitel B0-3 0 des Ausgabenplans von vorliegendem Einzelplan eingesetzt.
301	Beschluß 88/376/EWG, Euratom des Rates vom 24. Juni 1988 über das System der Eigenmittel der Gemeinschaften (ABl. Nr. L 185 vom 15. 7. 1988, S. 24), insbesondere Artikel 7. Entscheidung 88/377/EWG des Rates vom 24. Juni 1988 betreffend die Haushaltsdisziplin (ABl. Nr. L 185 vom 15. 7. 1988, S. 29), insbesondere Artikel 12.

KOMMISSION

TITEL 4

SONSTIGE VON DER GEMEINSCHAFT ERHOBENE ABGABEN, ABZÜGE UND GEBÜHREN

KAPITEL 40 — GEHALTSABZÜGE

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1992	Haushaltsjahr 1991	Haushaltsjahr 1990
	KAPITEL 40			
400	***Ertrag der Steuer auf die Gehälter, Löhne und anderen Bezüge der Mitglieder des Organs, der Beamten und sonstigen Bediensteten sowie der Empfänger von Versorgungsbezügen***	141 821 182	125 225 152	120 412 327,16
401	***Beiträge des Personals zur Versorgungsordnung***	62 609 793	59 926 593	52 344 463,74
402	***Ertrag der besonderen Abgabe auf die Nettobeträge der Dienstbezüge, Ruhegehälter und Vergütungen beim Ausscheiden aus dem Dienst der Mitglieder des Organs, der Beamten, der sonstigen Bediensteten und der Ruhegehaltsempfänger***	p.m.	11 177 594	21 483 784,93

KOMMISSION

TITEL 4

SONSTIGE VON DER GEMEINSCHAFT ERHOBENE ABGABEN, ABZÜGE UND GEBÜHREN

KAPITEL 40 — GEHALTSABZÜGE

Artikel Posten	Erläuterungen
400	Protokoll über die Vorrechte und Befreiungen der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 13. Verordnung Nr. 422/67/EWG, Nr. 5/67/Euratom des Rates vom 25. Juli 1967 über die Regelung der Amtsbezüge für den Präsidenten und die Mitglieder der Kommission sowie für den Präsidenten, die Richter, die Generalanwälte und den Kanzler des Gerichtshofes (ABl. Nr. 187 vom 8. 8. 1967, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EGKS, EWG, Euratom) Nr. 1546/73 (ABl. Nr. L 155 vom 11. 6. 1973, S. 8). Verordnung (EWG, Euratom, EGKS) Nr. 260/68 des Rates vom 29. Februar 1968 zur Festlegung der Bestimmungen und des Verfahrens für die Erhebung der Steuer zugunsten der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 56 vom 4. 3. 1968, S. 8), zuletzt geändert durch die Verordnung (EGKS, EWG, Euratom) Nr. 1544/73 (ABl. Nr. L 155 vom 11. 6. 1973, S. 6). Verordnung (EGKS, EWG, Euratom) Nr. 1859/76 des Rates vom 29. Juni 1976 zur Festlegung der Beschäftigungsbedingungen für das Personal des Europäischen Zentrums für die Förderung der Berufsbildung (ABl. Nr. L 214 vom 6. 8. 1976, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 679/87 (ABl. Nr. L 72 vom 14. 3. 1987, S. 1). Verordnung (EGKS, EWG, Euratom) Nr. 1860/76 des Rates vom 29. Juni 1976 zur Festlegung der Beschäftigungsbedingungen für das Personal der Europäischen Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen (ABl. Nr. L 214 vom 6. 8. 1976, S. 24), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 680/87 (ABl. Nr. L 72 vom 14. 3. 1987, S. 15). Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 3736/90 des Rates vom 19. Dezember 1990 zur Berichtigung — mit Wirkung vom 1. Juli 1989 — und zur Angleichung — mit Wirkung vom 1. Juli 1990 — der Dienst- und Versorgungsbezüge der Beamten und sonstigen Bediensteten der Europäischen Gemeinschaften sowie der Berichtigungskoeffizienten, die auf diese Dienst- und Versorgungsbezüge anwendbar sind (ABl. Nr. L 360 vom 22. 12. 1990, S. 1).
401	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 83 Absatz 2. Verordnung (EGKS, EWG, Euratom) Nr. 509/82 des Rates vom 22. Februar 1982 zur Änderung der Verordnung (EGKS, EWG, Euratom) Nr. 1859/76 zur Festlegung der Beschäftigungsbedingungen für das Personal des Europäischen Zentrums für die Förderung der Berufsbildung (ABl. Nr. L 64 vom 8. 3. 1982, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 679/87 (ABl. Nr. L 72 vom 14. 3. 1987, S. 1). Verordnung (EGKS, EWG, Euratom) Nr. 510/82 des Rates vom 22. Februar 1982 zur Änderung der Verordnung (EGKS, EWG, Euratom) Nr. 1860/76 zur Festlegung der Beschäftigungsbedingungen für das Personal der Europäischen Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen (ABl. Nr. L 64 vom 8. 3. 1982, S. 15), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 680/87 (ABl. Nr. L 72 vom 14. 3. 1987, S. 15).
402	Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 3821/81 des Rates vom 15. Dezember 1981 zur Änderung des Statuts der Beamten der Europäischen Gemeinschaften sowie der Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten dieser Gemeinschaften (ABl. Nr. L 386 vom 31. 12. 1981, S. 1). Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 3822/81 des Rates vom 15. Dezember 1981 zur Änderung der Verordnung Nr. 422/67/EWG, Nr. 5/67/Euratom über die Regelung der Amtsbezüge für den Präsidenten und die Mitglieder der Kommission sowie für den Präsidenten, die Richter, die Generalanwälte und den Kanzler des Gerichtshofes, der Verordnung (EGKS, EWG, Euratom) Nr. 1240/70 über die Regelung der Amtsbezüge für die ehemaligen Mitglieder der Kommission der Europäischen Gemeinschaften, deren Amtszeit am 1. Juli 1970 abläuft, der Verordnung Nr. 423/67/EWG, Nr. 6/67/Euratom über die Regelung der Amtsbezüge für die Mitglieder der EWG-Kommission und der EAG-Kommission sowie der Hohen Behörde, die nicht zu Mitgliedern der gemeinsamen Kommission der Europäischen Gemeinschaften ernannt worden sind, und der Verordnung (EWG, Euratom, EGKS) Nr. 2290/77 über die Regelung der Amtsbezüge für die Mitglieder des Rechnungshofes (ABl. Nr. L 386 vom 31. 12. 1981, S. 4). Beschluß 81/1062/Euratom, EGKS, EWG des Rates vom 15. Dezember 1981 zur Änderung des Beschlusses des Rates vom 4. Juni 1973 über die Regelung der Amtsbezüge der ehemaligen Mitglieder der Kommission der Europäischen Gemeinschaften, deren Amtszeit am 4. Januar 1973 abläuft, und des Beschlusses des Rates vom 14. Oktober 1958 über die Regelung der Amtsbezüge der ehemaligen Mitglieder des Gerichtshofes der EGKS (ABl. Nr. L 386 vom 31. 12. 1981, S. 11). Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 3212/87 des Rates vom 20. Oktober 1987 zur Anpassung des Satzes der besonderen Abgaben gemäß Artikel 66a des Statuts der Beamten der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 307 vom 29. 10. 1987, S. 1). Gemäß den genannten Akten wird die besondere Abgabe nach dem 30. Juni 1991 nicht mehr erhoben. Etwaige Einnahmen im Zusammenhang mit rückwirkenden Berichtigungen von Dienstbezügen, Ruhegehältern und Vergütungen beim Ausscheiden aus dem Dienst können bei diesem Artikel eingesetzt werden.

KOMMISSION

KAPITEL 4 0 — GEHALTSABZÜGE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1992	Haushaltsjahr 1991	Haushaltsjahr 1990
4 0 2	*(Fortsetzung)*			
	KAPITEL 4 0 INSGESAMT	204 430 975	196 329 339	194 240 575,83
	Titel 4 insgesamt	**204 430 975**	**196 329 339**	**194 240 575,83**

KAPITEL 40 — GEHALTSABZÜGE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
402	*(Fortsetzung)* Die Einsetzung jedes neuen Betrags bei diesen Artikel setzt die Zustimmung aller Gemeinschaftsinstitutionen gemäß den Bedingungen von Artikel 22 das Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1), voraus, wonach jede einzelne Institution für die Einstellung und Verwaltung ihres Personals zuständig ist.

KOMMISSION

TITEL 5

EINNAHMEN AUS DER LAUFENDEN VERWALTUNGSTÄTIGKEIT DES ORGANS

KAPITEL 5 0 — ERLÖS AUS DER VERÄUSSERUNG VON BEWEGLICHEN UND UNBEWEGLICHEN SACHEN

KAPITEL 5 1 — MIETEINNAHMEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1992	Haushaltsjahr 1991	Haushaltsjahr 1990
	KAPITEL 5 0			
5 0 0	***Erlös aus der Veräußerung von beweglichen Sachen***	p.m.	p.m.	0,—
5 0 1	***Erlös aus der Veräußerung von unbeweglichen Sachen***	p.m.	p.m.	0,—
5 0 2	***Verkauf von Veröffentlichungen, Drucksachen und Filmen***	p.m.	p.m.	0,—
	KAPITEL 5 0 INSGESAMT	p.m.	p.m.	0,—
	KAPITEL 5 1			
5 1 0	***Einnahmen aus der Vermietung von Mobiliar und Material***	p.m.	p.m.	0,—
5 1 1	***Einnahmen aus der Vermietung und Untervermietung von Gebäuden und Einnahmen aus Mietnebenkosten***			
5 1 1 0	Einnahmen aus der Vermietung und Untervermietung von Gebäuden	p.m.	p.m.	0,—
5 1 1 1	Einnahmen aus Mietnebenkosten	p.m.	p.m.	0,—
	Artikel 5 1 1 insgesamt	p.m.	p.m.	0,—
	KAPITEL 5 1 INSGESAMT	p.m.	p.m.	0,—

KOMMISSION

TITEL 5

EINNAHMEN AUS DER LAUFENDEN VERWALTUNGSTÄTIGKEIT DES ORGANS

KAPITEL 50 — ERLÖS AUS DER VERÄUSSERUNG VON BEWEGLICHEN UND UNBEWEGLICHEN SACHEN

KAPITEL 51 — MIETEINNAHMEN

Artikel Posten	Erläuterungen
500	Erlös aus der Veräußerung von beweglichen Sachen, der gemäß Artikel 27 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1), nicht wiederverwendet wird.
501	Artikel 27 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1), sieht die Wiederverwendung des Erlöses aus der Veräußerung von unbeweglichen Sachen nicht vor.
502	Einnahmen aus dem Verkauf von Veröffentlichungen, Drucksachen und Filmen, die gemäß Artikel 27 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1), nicht wiederverwendet werden.
511	
5110	Einnahmen aus der Vermietung und Untervermietung von Gebäuden, die gemäß Artikel 27 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1), nicht wiederverwendet werden.
5111	Einnahmen aus der Erstattung von Mietnebenkosten, die gemäß Artikel 27 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1), nicht wiederverwendet werden.

KOMMISSION

KAPITEL 52 — ERTRÄGE AUS ANLAGEMITTELN UND DARLEHENSMITTELN, BANKZINSEN UND SONSTIGE ZINSEN

KAPITEL 54 — VERSCHIEDENE NICHT IN ANSPRUCH GENOMMENE WIEDERZUVERWENDENDE EINNAHMEN (ARTIKEL 27 DER HAUSHALTSORDNUNG)

KAPITEL 55 — ÜBERTRAGUNG ODER RÜCKKAUF VON RUHEGEHALTSANSPRÜCHEN DURCH DAS PERSONAL

KAPITEL 56 — ARBEITGEBERBEITRÄGE ZUR VERSORGUNGSORDNUNG

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1992	Haushaltsjahr 1991	Haushaltsjahr 1990
	KAPITEL 52			
520	***Erträge aus Anlagemitteln und Darlehensmitteln, Bankzinsen und sonstige Zinsen auf Guthaben des Organs***	60 000 000	28 000 000	59 279 644,80
521	***Erträge aus Anlagemitteln oder Darlehensmitteln, Bankzinsen und sonstige Zinsen auf Guthaben subventionierter Einrichtungen, die an die Kommission abgeführt werden***	300 000	15 000	432 924,69
	KAPITEL 52 INSGESAMT	60 300 000	28 015 000	59 712 569,49
	KAPITEL 54			
540	***Verschiedene nicht in Anspruch genommene wiederzuverwendende Einnahmen (Artikel 27 der Haushaltsordnung)***	4 000 000	4 000 000	95 664 872,17
	KAPITEL 54 INSGESAMT	4 000 000	4 000 000	95 664 872,17
	KAPITEL 55			
550	***Übertragung oder Rückkauf von Ruhegehaltsansprüchen durch das Personal***	5 000 000	4 000 000	6 424 311,02
	KAPITEL 55 INSGESAMT	5 000 000	4 000 000	6 424 311,02
	KAPITEL 56			
560	***Arbeitgeberbeitrag des Gemeinsamen Unternehmens „Joint European Torus (JET), Joint undertaking" zur Versorgungsordnung***	1 592 000	1 555 000	1 254 967,63

KOMMISSION

KAPITEL 52 — ERTRÄGE AUS ANLAGEMITTELN UND DARLEHENSMITTELN, BANKZINSEN UND SONSTIGE ZINSEN

KAPITEL 54 — VERSCHIEDENE NICHT IN ANSPRUCH GENOMMENE WIEDERZUVERWENDENDE EINNAHMEN (ARTIKEL 27 DER HAUSHALTSORDNUNG)

KAPITEL 55 — ÜBERTRAGUNG ODER RÜCKKAUF VON RUHEGEHALTSANSPRÜCHEN DURCH DAS PERSONAL

KAPITEL 56 — ARBEITGEBERBEITRÄGE ZUR VERSORGUNGSORDNUNG

Artikel Posten	Erläuterungen
520	Die Einnahmen enthalten nicht Erträge aus Anlagemitteln oder Darlehensmitteln. Sie beziehen sich lediglich auf die Bankzinsen aus den Sichtkonten der Kommission.
521	Abkommen vom 13. Juli 1965 zwischen der Kommission und der Europäischen Gesellschaft für Zusammenarbeit. Zinserträge der Bankkonten der Europäischen Gesellschaft für Zusammenarbeit, die der Kommission in Anwendung von Artikel 17 des Abkommens überwiesen werden.
540	Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1). Gemäß Artikel 27 der Haushaltsordnung ist die Wiederverwendung jeweils vor Abschluß des Haushaltsjahres vorzunehmen, das auf das Haushaltsjahr folgt, in dem die Einnahme eingezogen wurde. Die Einnahmen, die wiederverwendet werden können und nicht innerhalb der vorgesehenen Frist verwendet wurden, werden bei diesem Artikel verbucht.
550	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 107 und Artikel 4, Artikel 11 Absatz 2 und Artikel 48 des Anhangs VIII.
560	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 83 Absatz 2. Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere die Artikel 41 und 43.

KOMMISSION

KAPITEL 56 — ARBEITGEBERBEITRÄGE ZUR VERSORGUNGSORDNUNG *(Fortsetzung)*

KAPITEL 58 — VERSCHIEDENE VERGÜTUNGEN

KAPITEL 59 — ANDERE EINNAHMEN AUS DER VERWALTUNGSTÄTIGKEIT

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1992	Haushaltsjahr 1991	Haushaltsjahr 1990
560	*(Fortsetzung)*			
	KAPITEL 56 INSGESAMT	1 592 000	1 555 000	1 254 967,63
	KAPITEL 58			
580	***Verschiedene Vergütungen***	150 000	p.m.	157 938,05
	KAPITEL 58 INSGESAMT	150 000	p.m.	157 938,05
	KAPITEL 59			
590	***Andere Einnahmen aus der Verwaltungstätigkeit***	1 200 000	p.m.	1 438 620,89
	KAPITEL 59 INSGESAMT	1 200 000	p.m.	1 438 620,89
	Titel 5 insgesamt	**72 242 000**	**37 570 000**	**164 653 279,25**

KOMMISSION

KAPITEL 56 — ARBEITGEBERBEITRÄGE ZUR VERSORGUNGSORDNUNG *(Fortsetzung)*

KAPITEL 58 — VERSCHIEDENE VERGÜTUNGEN

KAPITEL 59 — ANDERE EINNAHMEN AUS DER VERWALTUNGSTÄTIGKEIT

Artikel Posten	Erläuterungen
560	*(Fortsetzung)* Beschluß 78/471/Euratom des Rates vom 30. Mai 1978 zur Errichtung des Gemeinsamen Unternehmens „Joint European Torus (JET), Joint undertaking" (ABl. Nr. L 151 vom 7. 6. 1978, S. 10), insbesondere Artikel 8 Ziffer 5 und Artikel 8 Ziffer 7 der Satzung im Anhang.
580	Verschiedene Vergütungen, die gemäß Artikel 27 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1), nicht wiederverwendet werden.

KOMMISSION

TITEL 6

BEITRÄGE ZU DEN GEMEINSCHAFTSPROGRAMMEN, ERSTATTUNGEN VERAUSLAGTER BETRÄGE UND VERGÜTUNGEN FÜR ENTGELTLICHE LEISTUNGEN

KAPITEL 60 — BEITRÄGE ZU DEN GEMEINSCHAFTSPROGRAMMEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1992	Haushaltsjahr 1991	Haushaltsjahr 1990
	KAPITEL 60			
600	***Beiträge nach Artikel 6 des Beschlusses 88/376/EWG, Euratom***			
6002	Beitrag Deutschlands zum Ergänzungsprogramm „Betrieb des Reaktors HFR — Direkte Aktion“		500 000	99 714,15
6008	Beitrag der Niederlande zum Ergänzungsprogramm „Betrieb des Reaktors HFR — Direkte Aktion“		500 000	99 805,28
	Artikel 600 insgesamt		1 000 000	199 519,43
601	***Kooperationsabkommen im Bereich der kontrollierten thermonuklearen Fusion und der Plasmaphysik***			
6010	Kooperationsabkommen Schweden-Euratom im Bereich der kontrollierten thermonuklearen Fusion und der Plasmaphysik	p.m.	p.m.	6 398 192,—
6011	Kooperationsabkommen Schweiz-Euratom im Bereich der kontrollierten thermonuklearen Fusion und der Plasmaphysik	p.m.	p.m.	0,—

KOMMISSION

TITEL 6

BEITRÄGE ZU DEN GEMEINSCHAFTSPROGRAMMEN, ERSTATTUNGEN VERAUSLAGTER BETRÄGE UND VERGÜTUNGEN FÜR ENTGELTLICHE LEISTUNGEN

KAPITEL 60 — BEITRÄGE ZU DEN GEMEINSCHAFTSPROGRAMMEN

Artikel Posten	Erläuterungen
600	Beschluß 84/1/Euratom, EWG des Rates vom 22. Dezember 1983 zur Feststellung eines Forschungsprogramms, das von der Gemeinsamen Forschungsstelle für die Europäische Atomgemeinschaft und die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft auszuführen ist (1984-1987) (ABl. Nr. L 3 vom 5. 1. 1984, S. 21). Beschluß 88/376/EWG, Euratom des Rates vom 24. Juni 1988 über das System der eigenen Mittel der Gemeinschaften (ABl. Nr. L 185 vom 15. 7. 1988, S. 24). Diese Einnahmen bilden den Beitrag der Bundesrepublik Deutschland und der Niederlande zur Finanzierung des Programms „Betrieb des Reaktors HFR (high-flux-reactor)" (Artikel B6-4 4 1 des Ausgabenplans von vorliegendem Einzelplan). Vom Haushaltsjahr 1988 an gilt der Betrieb des Reaktors HFR als Leistung für Rechnung Dritter, bei der die Einnahmen in die Posten 6 2 2 0 und 6 2 2 1 eingesetzt sind. Die zur Deckung der Ausgaben aufgrund noch abzuwickelnder Verpflichtungen im Rahmen des HFR-Ergänzungsprogramms 1984-1987 (Artikel B6-4 4 2) bestimmten Einnahmen werden jedoch für das Haushaltsjahr 1991 auf 1 000 000 ECU veranschlagt; sie sind entsprechend dem bis 1987 gültigen Eingliederungsplan bei Artikel 6 0 0 eingesetzt worden. Da das HFR-Ergänzungsprogramm (1984-1987) abgeschlossen ist, sind für 1992 keine Mittel mehr vorgesehen.
601	
6010	Einnahmen aus Kooperationsabkommen zwischen Schweden und der Europäischen Atomgemeinschaft, insbesondere dem Abkommen vom 10. Mai 1976. Gemäß Artikel 96 Absatz 1 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1), werden etwaige Einnahmen als zusätzliche Mittel bei Posten B6-8 0 0 4 des Ausgabenplans dieses Einzelplans eingesetzt. Diese Einnahmen werden zur Deckung des schwedischen Anteils an dem Gemeinschaftsbeitrag zur Finanzierung des gemeinsamen Unternehmens JET (Joint European Torus), der Ausgaben aufgrund des Kooperationsabkommens sowie der Ausgaben aufgrund anderer, mit gemeinschaftlichen Forschungseinrichtungen abgeschlossener oder noch abzuschließender Assoziierungsabkommen verwendet.
6011	Einnahmen aus Kooperationsabkommen zwischen der Schweiz und der Europäischen Atomgemeinschaft, insbesondere dem Abkommen vom 14. September 1978. Gemäß Artikel 96 Absatz 1 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1), werden etwaige Einnahmen als zusätzliche Mittel bei Posten B6-8 0 0 4 des Ausgabenplans dieses Einzelplans eingesetzt.

KOMMISSION

KAPITEL 60 — BEITRÄGE ZU DEN GEMEINSCHAFTSPROGRAMMEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1992	Haushaltsjahr 1991	Haushaltsjahr 1990
601	*(Fortsetzung)*			
6011	*(Fortsetzung)*			
	Artikel 601 insgesamt	p.m.	p.m.	6 398 192,—
602	***Kooperationsabkommen mit europäischen Nichtmitgliedstaaten im Rahmen der gemeinschaftlichen Forschungsprogramme***	p.m.	p.m.	7 360 939,40
603	***Kooperationsabkommen mit europäischen Nichtmitgliedstaaten im Rahmen der gemeinschaftlichen Industrieprogramme***	p.m.	p.m.	0,—
604	***Kooperationsabkommen mit Einrichtungen in Nichtmitgliedstaaten im Rahmen wissenschaftlicher und technologischer Projekte von gemeinschaftlichem Interesse (EUREKA und andere)***	2 000 000	p.m.	3 240 563,—
605	***Abkommen über europäische Zusammenarbeit im Bereich der wissenschaftlichen und technischen Forschung***	200 000	160 000	0,—
606	***Einnahmen im Rahmen der Zusatzprogramme im Bereich der Forschung und der technologischen Entwicklung***			
6061	Einnahmen aus der Beteiligung von Mitgliedstaaten an den Zusatzprogrammen im Bereich der Informationstechnologien		p.m.	0,—

KOMMISSION

KAPITEL 60 — BEITRÄGE ZU DEN GEMEINSCHAFTSPROGRAMMEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
601	*(Fortsetzung)*
6011	*(Fortsetzung)* Diese Einnahmen werden zur Deckung des Schweizer Anteils an dem Gemeinschaftsbeitrag zur Finanzierung des Gemeinsamen Unternehmens JET (Joint European Torus), der Ausgaben aufgrund des Kooperationsabkommens sowie der Ausgaben anderer, mit gemeinschaftlichen Forschungseinrichtungen abgeschlossener oder noch abzuschließender Assoziierungsabkommen verwendet.
602	Entschließung vom 21. November 1991 der Minister der an der europäischen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der wissenschaftlichen und technischen Forschung teilnehmenden Staaten (COST) (ABl. Nr. C 333 vom 24. 12. 1991, S. 1). Einnahmen aus den Kooperationsabkommen, die zwischen der Gemeinschaft und europäischen Drittländern, insbesondere mit Staaten, die sich an der europäischen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der wissenschaftlichen und technischen Forschung beteiligen, im Hinblick auf ihre Mitwirkung an gemeinschaftlichen Forschungsprogrammen geschlossen worden sind. Die etwaigen Mittel sind zur Deckung der Ausgaben für Sitzungen, Gutachterverträge und Forschungsverträge im Rahmen der jeweiligen Programme bestimmt. Entsprechend Artikel 96 Absatz 1 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1), können etwaige Einnahmen als zusätzliche Mittel bei Posten B6-8 0 0 4 des Ausgabenplans von vorliegendem Einzelplan verwendet werden.
603	Entschließung vom 21. November 1991 der Minister der an der europäischen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der wissenschaftlichen und technischen Forschung teilnehmenden Staaten (COST) (ABl. Nr. C 333 vom 24. 12. 1991, S. 1). Einnahmen aus den Kooperationsabkommen, die zwischen der Gemeinschaft und europäischen Drittländern, insbesondere mit den Staaten, die sich an der europäischen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der wissenschaftlichen und technischen Forschung beteiligen, im Hinblick auf die Mitwirkung an gemeinschaftlichen Forschungsprogrammen geschlossen worden sind. Soweit diese Beiträge nicht bei den Posten B5-4 0 1 0 und Artikel B5-4 0 3 des Ausgabenplans von vorliegendem Einzelplan wiederverwendet werden, werden sie an dieser Stelle verbucht.
604	Einnahmen aus den Kooperationsabkommen, die zwischen der Gemeinschaft und Einrichtungen in Drittländern im Rahmen wissenschaftlicher und technologischer Projekte von gemeinschaftlichem Interesse (EUREKA und andere Projekte) geschlossen worden sind. Gemäß Artikel 96 Absatz 1 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1), werden diese Einnahmen als zusätzliche Mittel bei Posten B6-8 0 0 4 des Ausgabenplans im Rahmen dieses Einzelplans eingestellt.
605	Entschließung vom 21. November 1991 der Minister der an der europäischen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der wissenschaftlichen und technischen Forschung teilnehmenden Staaten (COST) (ABl. Nr. C 333 vom 24. 12. 1991, S. 1). Die Einnahmen von seiten der an der europäischen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der wissenschaftlichen und technischen Forschung beteiligten Staaten dienen zur Deckung der Ausgaben bei Posten B6-8 2 0 1 des Ausgabenplans von vorliegendem Einzelplan des Gesamthaushaltsplans. Gemäß Artikel 96 Absatz 1 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1), werden die Einnahmen, die die Vorausschätzungen überschreiten, als zusätzliche Mittel bei Posten B6-8 0 0 4 eingestellt.
606	
6061	Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, insbesondere Artikel 130 L. Diese Einnahmen entsprechen einem Teil oder der Gesamtheit des eventuellen Beitrags der Mitgliedstaaten, die sich an den Zusatzprogrammen auf dem Gebiet der Informationstechnologien beteiligen.

KOMMISSION

KAPITEL 60 — BEITRÄGE ZU DEN GEMEINSCHAFTSPROGRAMMEN *(Fortsetzung)*

KAPITEL 61 — ERSTATTUNG VERSCHIEDENER BETRÄGE

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1992	Haushaltsjahr 1991	Haushaltsjahr 1990
606	*(Fortsetzung)*			
6061	*(Fortsetzung)*			
6062	Einnahmen aus der Beteiligung von Mitgliedstaaten an den Zusatzprogrammen im Bereich der Telekommunikationstechnologien		p.m.	0,—
6063	Einnahmen aus der Beteiligung von Mitgliedstaaten an den Zusatzprogrammen zur Förderung der Telematik-Systeme von allgemeinem Interesse		p.m.	0,—
	Artikel 606 insgesamt		p.m.	0,—
607	***Kooperationsabkommen mit den der Europäischen Freihandelszone angehörenden Staaten im Rahmen der Gemeinschaftsprogramme zur Zusammenarbeit von Hochschulen und Wirtschaft hinsichtlich der Aus- und Weiterbildung auf dem Gebiet der Technologie***	p.m.	p.m.	4 872 700,—
	KAPITEL 60 INSGESAMT	2 200 000	1 160 000	22 071 913,83
	KAPITEL 61			
610	***Erstattung von Beträgen, die für Rechnung eines anderen Organs verauslagt worden sind***			
6100	Teil des Aufkommens der nach Artikel 20 des Vertrages vom 8. April 1965 entrichteten EGKS-Umlagen	5 000 000	5 000 000	5 000 000,—

KOMMISSION

KAPITEL 60 — BEITRÄGE ZU DEN GEMEINSCHAFTSPROGRAMMEN *(Fortsetzung)*

KAPITEL 61 — ERSTATTUNG VERSCHIEDENER BETRÄGE

Artikel Posten	Erläuterungen
606	*(Fortsetzung)*
6061	*(Fortsetzung)* Gemäß Artikel 96 Absatz 1 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1), werden diese Einnahmen als zusätzliche Mittel bei Posten B6-8004 des Ausgabenplans von vorliegendem Einzelplan eingestellt.
6062	Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, insbesondere Artikel 130 L. Diese Einnahmen entsprechen einem Teil oder der Gesamtheit des eventuellen Beitrags der Mitgliedstaaten, die sich an den Zusatzprogrammen auf dem Gebiet der Telekommunikationstechnologien beteiligen. Gemäß Artikel 96 Absatz 1 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1), werden diese Einnahmen als zusätzliche Mittel bei Posten B6-8004 des Ausgabenplans von vorliegendem Einzelplan eingestellt.
6063	Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, insbesondere Artikel 130 L. Diese Einnahmen entsprechen einem Teil oder der Gesamtheit des eventuellen Beitrags der Mitgliedstaaten, die sich an den Zusatzprogrammen zur Förderung von Telematik-Systemen von allgemeinem Nutzen beteiligen. Gemäß Artikel 96 Absatz 1 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1), werden diese Einnahmen als zusätzliche Mittel bei Posten B6-8004 des Ausgabenplans von vorliegendem Einzelplan eingestellt.
607	Beschluß 89/27/EWG des Rates vom 16. Dezember 1988 über die Verabschiedung des zweiten Teils des Programms über Zusammenarbeit zwischen Hochschule und Wirtschaft im Bereich der Aus- und Weiterbildung auf dem Gebiet der Technologie (COMETT II) (1990-1994) (ABl. Nr. L 13 vom 17. 1. 1989, S. 28). Beschluß des Rates vom 22. Mai 1989 über die Öffnung des Programms COMETT II für die EFTA-Länder. Beschluß des Rates vom 27. Juli 1990 über den Abschluß eines Abkommens zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Fürstentum Liechtenstein über Zusammenarbeit im Bereich der Aus- und Weiterbildung im Rahmen des COMETT-II-Programms (1990-1994). Einnahmen aus den Kooperationsabkommen, die zwischen der Gemeinschaft und der Europäischen Freihandelszone angehörenden Staaten und Liechtenstein geschlossen worden sind, damit diese sich an den Gemeinschaftsprogrammen zur Zusammenarbeit von Hochschulen und Wirtschaft hinsichtlich der Aus- und Weiterbildung auf dem Gebiet der Technologie beteiligen können.
610	
6100	Beschluß 77/729/EGKS des Rates vom 21. November 1977 zur Anpassung des Teiles der Verwaltungsausgaben der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, der aus den Umlagen auf die Erzeugung von Kohle und Stahl aufgebracht wird (ABl. Nr. L 306 vom 30. 11. 1977, S. 28). Dieser Beschluß setzt den durch die Umlage zu finanzierenden Teil der EGKS-Verwaltungsausgaben auf 5 000 000 ECU fest.

KOMMISSION

KAPITEL 6 1 — ERSTATTUNG VERSCHIEDENER BETRÄGE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1992	Haushaltsjahr 1991	Haushaltsjahr 1990
6 1 0	*(Fortsetzung)*			
6 1 0 1	Erstattung sonstiger Beträge, die für Rechnung eines anderen Organs verauslagt worden sind	p.m.	p.m.	0,—
	Artikel 6 1 0 insgesamt	5 000 000	5 000 000	5 000 000,—
6 1 1	***Erstattung von Beträgen, die für Rechnung eines oder mehrerer Mitgliedstaaten verauslagt worden sind***			
6 1 1 0	Beiträge der Staaten, die an internationalen Regierungskonferenzen teilgenommen haben	p.m.	p.m.	0,—
	Artikel 6 1 1 insgesamt	p.m.	p.m.	0,—
6 1 2	***Erstattung von Beträgen, die eigens in Durchführung von Auftragsarbeiten gegen Vergütung verauslagt worden sind***	p.m.	p.m.	0,—
6 1 3	***Wiedereingezogene Beträge gemäß Artikel 8 der Verordnung (EWG) Nr. 729/70***	p.m.	p.m.	0,—
6 1 4	***Rückzahlung der für Vorhaben und Aktionen gewährten finanziellen Unterstützungen im Falle einer erfolgreichen kommerziellen Nutzung der Ergebnisse***			
6 1 4 0	Rückzahlung der für Vorhaben und Aktionen auf dem Gebiet der neuen Energietechnologien gewährten finanziellen Unterstützung im Falle einer erfolgreichen kommerziellen Nutzung der Ergebnisse	4 000 000	1 400 000	4 421 741,31

KOMMISSION

KAPITEL 61 — ERSTATTUNG VERSCHIEDENER BETRÄGE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
610	*(Fortsetzung)*
6101	Erstattung sonstiger Ausgaben, die für Rechnung eines anderen Organs verauslagt worden sind und deren Wiederverwendung in Artikel 27 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1), nicht vorgesehen ist.
611	
6110	Erstattung der für Rechnung der Mitgliedstaaten verauslagten Beträge für die Beteiligung dieser Staaten an internationalen Konferenzen oder Veranstaltungen. Die Wiederverwendung dieser Mittel ist in Artikel 27 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1), nicht vorgesehen.
612	Erstattung von Beträgen, die eigens in Durchführung von Auftragsarbeiten gegen Vergütung verauslagt worden sind, deren Wiederverwendung in Artikel 27 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1), nicht vorgesehen ist.
613	Verordnung (EWG) Nr. 729/70 des Rates vom 21. April 1970 über die Finanzierung der gemeinsamen Agrarpolitik (ABl. Nr. L 94 vom 28. 4. 1970, S. 13), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 2048/88 (ABl. Nr. L 185 vom 15. 7. 1988, S. 1). Werden Beträge, die bei der Finanzierung der gemeinsamen Agrarpolitik infolge von Unregelmäßigkeiten oder Versäumnissen verloren gingen, wieder eingezogen, so sind sie den Zahlstellen zuzuleiten. Diese bringen die Beträge von den durch den Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft finanzierten Ausgaben in Abzug. Eine Verbuchung als Einnahme erfolgt daher nur, wenn die wieder eingezogenen Summen höher sind als die Ausgaben.
614	
6140	Verordnung (EWG) Nr. 3056/73 des Rates vom 9. November 1973 über die Unterstützung gemeinschaftlicher Vorhaben im Bereich der Kohlenwasserstoffe (ABl. Nr. L 312 vom 13. 11. 1973, S. 1). Verordnung (EWG) Nr. 1302/78 des Rates vom 12. Juni 1978 über die Gewährung einer finanziellen Unterstützung für Vorhaben zur Nutzung alternativer Energiequellen (ABl. Nr. L 158 vom 16. 6. 1978, S. 3). Verordnung (EWG) Nr. 1303/78 des Rates vom 12. Juni 1978 über die Gewährung einer finanziellen Unterstützung für Demonstrationsvorhaben zur Energieeinsparung (ABl. Nr. L 158 vom 16. 6. 1978, S. 6). Verordnung (EWG) Nr. 727/79 des Rates vom 9. April 1979 zur Durchführung — auf dem Gebiet der Sonnenenergie — der Verordnung (EWG) Nr. 1302/78 über die Gewährung einer finanziellen Unterstützung für Vorhaben zur Nutzung alternativer Energiequellen (ABl. Nr. L 93 vom 12. 4. 1979, S. 3). Verordnung (EWG) Nr. 728/79 des Rates vom 9. April 1979 zur Durchführung — auf dem Gebiet der Verflüssigung und Vergasung fester Brennstoffe — der Verordnung (EWG) Nr. 1302/78 über die Gewährung einer finanziellen Unterstützung für Vorhaben zur Nutzung alternativer Energiequellen (ABl. Nr. L 93 vom 12. 4. 1979, S. 5). Verordnung (EWG) Nr. 1971/83 des Rates vom 11. Juli 1983 zur Gewährung einer finanziellen Unterstützung für industrielle Pilot- und für Demonstrationsvorhaben auf dem Gebiet der Verflüssigung und Vergasung fester Brennstoffe (ABl. Nr. L 195 vom 19. 7. 1983, S. 1), geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 2125/84 (ABl. Nr. L 196 vom 26. 7. 1984, S. 3).

KOMMISSION

KAPITEL 6 1 — ERSTATTUNG VERSCHIEDENER BETRÄGE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1992	Haushaltsjahr 1991	Haushaltsjahr 1990
6 1 4	*(Fortsetzung)*			
6 1 4 0	*(Fortsetzung)*			
6 1 4 1	Rückzahlung der für Informatik-Vorhaben gewährten finanziellen Unterstützung im Falle einer erfolgreichen kommerziellen Nutzung der Ergebnisse	30 000	60 000	0,—
6 1 4 2	Rückzahlung der für agro-industrielle Demonstrationsvorhaben gewährten finanziellen Unterstützung der Gemeinschaft im Falle einer erfolgreichen kommerziellen Nutzung der Ergebnisse	p.m.	p.m.	0,—
6 1 4 3	Rückzahlung von Subventionen, die zur Förderung einer europäischen Risikokapitaltätigkeit für die kleinen und mittleren Unternehmen gewährt werden	p.m.	p.m.	0,—
	Artikel 6 1 4 insgesamt	4 030 000	1 460 000	4 421 741,31
6 1 5	***Rückzahlung nicht verwendeter Zuschüsse der Gemeinschaft***			
6 1 5 0	Rückzahlung nicht verwendeter Zuschüsse des Europäischen Sozialfonds, des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und des Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft	p.m.	p.m.	6 481 861,45
6 1 5 1	Rückzahlung im Interesse des Haushaltsausgleichs geleisteter, jedoch nicht verwendeter Zuschüsse	p.m.	p.m.	1 725 215,70
6 1 5 2	Rückzahlung nicht verwendeter Zinszuschüsse	p.m.	p.m.	1 612 077,80
6 1 5 3	Rückzahlung von Beträgen, die im Rahmen der durch das Organ geschlossenen Verträge nicht verwendet wurden	p.m.	p.m.	1 402 374,44
6 1 5 8	Rückzahlung sonstiger nicht verwendeter Zuschüsse der Gemeinschaft	p.m.	p.m.	0,—
6 1 5 9	Rückzahlung von nicht wiederverwendeten Vorschüssen für Gemeinschaftsbeihilfen	p.m.	p.m.	79 577 875,13
	Artikel 6 1 5 insgesamt	p.m.	p.m.	90 799 404,52

KOMMISSION

KAPITEL 61 — ERSTATTUNG VERSCHIEDENER BETRÄGE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
614	*(Fortsetzung)*
6140	*(Fortsetzung)* Verordnung (EWG) Nr. 1972/83 des Rates vom 11. Juli 1983 zur Gewährung einer finanziellen Unterstützung für Demonstrationsvorhaben auf dem Gebiet der Nutzung alternativer Energiequellen, der Energieeinsparung und der Substitution von Kohlenwasserstoffen (ABl. Nr. L 195 vom 19. 7. 1983, S. 6), geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 2126/84 (ABl. Nr. L 196 vom 26. 7. 1984, S. 4). Verordnung (EWG) Nr. 3639/85 des Rates vom 20. Dezember 1985 über ein Programm zur Unterstützung der technologischen Entwicklung im Bereich der Kohlenwasserstoffe (ABl. Nr. L 350 vom 27. 12. 1985, S. 25).
6141	Verordnung (EWG) Nr. 1996/79 des Rates vom 11. September 1979 über ein System der gemeinschaftlichen Unterstützung für den Bereich der Datenverarbeitung (ABl. Nr. L 231 vom 13. 9. 1979, S. 1).
6142	Einnahmen aus der Rückzahlung der für agro-industrielle Demonstrationsvorhaben gewährten finanziellen Unterstützung der Gemeinschaft im Falle einer erfolgreichen kommerziellen Nutzung der Ergebnisse. Gemäß Artikel 96 Absatz 1 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1), werden eventuelle Einnahmen als zusätzliche Mittel bei Posten B6-8 0 0 4 des Ausgabenplans von vorliegendem Einzelplan eingesetzt.
6143	Beschluß der Kommission vom 21. Dezember 1988 „Lancierung eines Pilotvorhabens Eurotech Capital" (E/1783/88).
615	
6150	Rückzahlung von Zuschüssen aus dem Europäischen Sozialfonds, dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und dem Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft, deren Wiederverwendung in der Regelung für den betreffenden Fonds nicht vorgesehen ist oder die nicht gemäß Artikel 27 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1), wiederverwendet werden können.
6151	Rückzahlung im Interesse des Haushaltsausgleichs geleisteter Zuschüsse, deren Wiederverwendung in Artikel 27 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1), nicht vorgesehen ist.
6152	Rückzahlung von Zinszuschüssen, deren Wiederverwendung in Artikel 27 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1), nicht vorgesehen ist.
6153	Rückzahlung von Beträgen, die im Rahmen der durch das Organ geschlossenen Verträge nicht verwendet wurden und deren Wiederverwendung in Artikel 27 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1), nicht vorgesehen ist.
6158	Rückzahlung sonstiger, nicht in Anspruch genommener Zuschüsse der Gemeinschaft, deren Wiederverwendung in Artikel 27 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1), nicht vorgesehen ist.
6159	Rückzahlung von Vorschüssen für Gemeinschaftsbeihilfen, die nicht gemäß Artikel 7 Absatz 7 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1), wiederverwendet wurden.

KOMMISSION

KAPITEL 6 1 — ERSTATTUNG VERSCHIEDENER BETRÄGE *(Fortsetzung)*

KAPITEL 6 2 — VERGÜTUNGEN FÜR ENTGELTLICHE LEISTUNGEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1992	Haushaltsjahr 1991	Haushaltsjahr 1990
6 1 6	***Rückzahlung von Beträgen, die für Rechnung der Internationalen Atomenergie-Organisation verauslagt worden sind***	p.m.	p.m.	4 332,38
6 1 8	***Erstattung der im Rahmen der Nahrungsmittelhilfe gezahlten Beträge***			
6 1 8 0	Rückzahlung der im Rahmen der Nahrungsmittelhilfe an die Auftragnehmer oder die Nahrungsmittelhilfeempfänger zuviel gezahlten Beträge	p.m.	p.m.	0,—
6 1 8 1	Erstattung der von den Nahrungsmittelhilfeempfängern verursachten zusätzlichen Kosten	p.m.	p.m.	9 058,41
	Artikel 6 1 8 insgesamt	p.m.	p.m.	9 058,41
6 1 9	***Erstattung sonstiger Beträge, die für Rechnung Dritter verauslagt worden sind***	p.m.	p.m.	
	KAPITEL 6 1 INSGESAMT	9 030 000	6 460 000	100 234 536,62
	KAPITEL 6 2			
6 2 0	***Entgeltliche Lieferung von Ausgangsstoffen oder besonderen spaltbaren Stoffen (Artikel 6 Buchstabe b) des Euratom-Vertrags)***	p.m.	p.m.	0,—
6 2 1	***Vergütungen für entgeltliche Dienstleistungen an Mitgliedstaaten, Personen oder Unternehmen (Artikel 6 Buchstabe c) des Euratom-Vertrags)***			
6 2 1 0	Erstattungen bestimmter einzelstaatlicher Stellen für die Inanspruchnahme von Personal	400 000	400 000	0,—

KOMMISSION

KAPITEL 6 1 — ERSTATTUNG VERSCHIEDENER BETRÄGE *(Fortsetzung)*

KAPITEL 6 2 — VERGÜTUNGEN FÜR ENTGELTLICHE LEISTUNGEN

Artikel Posten	Erläuterungen
6 1 6	Erstattungen des Anteils der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) an den von der Kommission verauslagten Beträgen für die von der IAEO im Rahmen der Verifizierungsabkommen durchgeführten Kontrollen (siehe Artikel B4-2 0 0 und B4-2 0 2 des Ausgabenplans von vorliegendem Einzelplan), die gemäß der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1), nicht wiederverwendet werden.
6 1 8	
6 1 8 0	Bestimmungen in den Ausschreibungen oder in den finanziellen Bedingungen im Anhang zu den Schreiben der Kommission zur Festlegung der Bedingungen für die Gewährung der Nahrungsmittelhilfe an die Begünstigten.
6 1 8 1	In der Anlage zu den Schreiben der Kommission sind Lieferbedingungen vorgesehen, in denen die Bedingungen für die Gewährung der Nahrungsmittelhilfe an die Empfänger festgelegt sind.
6 1 9	Erstattung sonstiger Beträge, die für Rechnung Dritter verauslagt worden sind und deren Wiederverwendung in Artikel 27 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1), nicht vorgesehen ist.
6 2 0	Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft, insbesondere Artikel 6 Buchstabe b). Einnahmen aus der entgeltlichen Lieferung von Rohstoffen und spaltbarem Material an die Mitgliedstaaten zur Durchführung ihrer Forschungsprogramme. Gemäß Artikel 27 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1), werden diese Einnahmen nicht wiederverwendet.
6 2 1	
6 2 1 0	Einnahmen aus der Inanspruchnahme von wissenschaftlichem Personal durch die nationalen Organe auf der Grundlage von Artikel 6 Buchstabe c) des Euratom-Vertrags: — Euratom-Kernforschungszentrum Karlsruhe (KfK), — Euratom-Commissariat à l'énergie atomique français (CEA).

KOMMISSION

KAPITEL 6 2 — VERGÜTUNGEN FÜR ENTGELTLICHE LEISTUNGEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1992	Haushaltsjahr 1991	Haushaltsjahr 1990
6 2 1	*(Fortsetzung)*			
6 2 1 0	*(Fortsetzung)*			
	Artikel 6 2 1 insgesamt	400 000	400 000	0,—
6 2 2	***Einnahmen aus den von der Gemeinsamen Forschungsstelle für Dritte gegen Vergütung erbrachten Leistungen***			
6 2 2 0	Einnahmen aus dem Betrieb des Reaktors HFR, die zur Rückzahlung der in dem Ausgabenplan eingestellten Beträge bestimmt sind	p.m.	p.m.	5 217 000,—
6 2 2 1	Einnahmen aus dem Betrieb des Reaktors HFR, die als zusätzliche Mittel in den Ausgabenplan eingesetzt werden	p.m.	p.m.	10 400 000,—
6 2 2 2	Sonstige Einnahmen aus den von der Gemeinsamen Forschungsstelle für Dritte gegen Vergütung erbrachten Dienstleistungen, die zur Rückzahlung der in den Ausgabenplan eingestellten Beträge bestimmt sind	p.m.	p.m.	2 277 796,02

KOMMISSION

KAPITEL 6 2 — VERGÜTUNGEN FÜR ENTGELTLICHE LEISTUNGEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
6 2 1	*(Fortsetzung)*
6 2 1 0	*(Fortsetzung)* Gemäß Artikel 96 Absatz 1 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1), werden Einnahmen, die die Vorausschätzungen überschreiten, als zusätzliche Mittel bei Posten B6-8 0 0 4 des Ausgabenplans innerhalb des vorliegenden Einzelplans eingestellt.
6 2 2	
6 2 2 0	Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1), insbesondere Artikel 92 Absatz 1 Buchstabe e). Einnahmen aus dem Betrieb des Reaktors HFR (High-flux reactor) — Forschungsanstalt Petten der Gemeinsamen Forschungsstelle. Die Einnahmen im Zusammenhang mit dem für den Betrieb des Reaktors HFR eingesetzten Personal, die mit 6 439 829 ECU veranschlagt werden, werden zur Rückzahlung der bei Artikel B6-1 1 1 des Ausgabenplans von vorliegendem Einzelplan des Gesamthaushaltsplans verbuchten Ausgaben verwendet. Diese Einnahmen werden zu je 50 % von Deutschland und den Niederlanden abgeführt.
6 2 2 1	Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1), insbesondere Artikel 92 Absatz 1 Buchstabe e) und Artikel 96 Absatz 1. Einnahmen aus dem Betrieb des Reaktors HFR (High-flux reactor) — Forschungsanstalt Petten der Gemeinsamen Forschungsstelle. Von Dritten (insbesondere von Deutschland und den Niederlanden) abgeführte Beträge, die zur Deckung der der Gemeinsamen Forschungsstelle für den Betrieb des Reaktors HFR entstehenden Ausgaben bestimmt sind. Gemäß Artikel 96 Absatz 1 der Haushaltsordnung werden die Einnahmen als zusätzliche Mittel bei Artikel B6-4 4 1 des Ausgabenplans des vorliegenden Einzelplans eingestellt. *Betrieb des Reaktors HFR, Programm 1992-1994* Die Ausgaben werden auf 13 029 573 ECU an Verpflichtungsermächtigungen und auf 9 289 304 ECU an Zahlungsermächtigungen veranschlagt; dazu stellen die Niederlande als Gastland noch Dienstleistungen zur Verfügung, deren Gegenwert auf 2 400 000 ECU an Verpflichtungs- und Zahlungsermächtigungen geschätzt wird. Diese Ausgaben werden durch Einnahmen gedeckt, die von Deutschland und den Niederlanden abzuführen sind und auf 7 714 786,50 ECU bzw. 5 314 786,50 ECU an Verpflichtungsermächtigungen und auf 5 844 652 ECU bzw. 3 444 652 ECU an Zahlungsermächtigungen veranschlagt werden; darüber hinaus stellen die Niederlande Dienstleistungen zur Verfügung, deren Gegenwert 2 400 000 ECU an Zahlungs- und Verpflichtungsermächtigungen beträgt, wodurch sich ihr Beitrag auf 50 % des Gesamtbetrags erhöht. *Abschluß der früheren Programme* Die Ausgaben werden auf 1 414 840 ECU an Verpflichtungsermächtigungen bzw. 4 700 000 ECU an Zahlungsermächtigungen veranschlagt; die Verpflichtungsermächtigungen entsprechen dem Restbetrag der Mittelzuweisung 1988-1991. Die Einnahmen werden zu gleichen Teilen von Deutschland und den Niederlanden bereitgestellt.
6 2 2 2	Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1), insbesondere Artikel 92 Absatz 1 Buchstabe e). Rückzahlungen von Personen, Unternehmen und staatlichen Einrichtungen, für die die Gemeinsame Forschungsstelle gegen Entgelt Forschungsarbeiten durchführt und/oder Dienstleistungen erbringt. Die Ausgaben für die Hilfsmittel, die die Gemeinsame Forschungsstelle für Dritte bereitstellen wird, sowie für die Einrichtung eines Vorschußfonds, und die bei Kapitel B6-1 2 und Artikel B6-4 3 2 des Ausgabenplans von vorliegendem Einzelplan des Gesamthaushaltsplans verbucht sind, werden nach Maßgabe der entsprechenden Einnahmen zurückgezahlt; dadurch verringern sich die für die Finanzierung der Gemeinsamen Forschungsstelle erforderlichen eigenen Mittel. In gleicher Weise werden die im Zusammenhang mit Leistungen für Dritte festgestellten Personaleinnahmen zur Rückzahlung der bei Artikel B6-1 1 1 verbuchten Ausgaben verwendet.

KOMMISSION

KAPITEL 6 2 — VERGÜTUNGEN FÜR ENTGELTLICHE LEISTUNGEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1992	Haushaltsjahr 1991	Haushaltsjahr 1990
6 2 2	*(Fortsetzung)*			
6 2 2 3	Sonstige Einnahmen aus den von der Gemeinsamen Forschungsstelle für Dritte gegen Vergütung erbrachten Dienstleistungen, die als zusätzliche Mittel in den Ausgabenplan eingesetzt werden	p.m.	p.m.	3 310 994,32
6 2 2 4	Einnahmen aus Lizenzen der Kommission für patentfähige oder nicht patentfähige Erfindungen, die aus der Forschungstätigkeit der Gemeinsamen Forschungsstelle hervorgegangen sind	p.m.	p.m.	0,—
	Artikel 6 2 2 insgesamt	p.m.	p.m.	21 205 790,34
6 2 3	***Einnahmen aus den von der Generaldirektion Wissenschaft, Forschung und Entwicklung für Dritte gegen Vergütung erbrachten Dienstleistungen***	p.m.	p.m.	608 517,81
6 2 4	***Einnahmen aus Lizenzen der Kommission auf patentfähige oder nicht patentfähige Erfindungen, die aus der gemeinschaftlichen Forschung stammen (indirekte Aktionen)***	20 000	20 000	14 311,71
	KAPITEL 6 2 INSGESAMT	420 000	420 000	21 828 619,86
	Titel 6 insgesamt	**11 650 000**	**8 040 000**	**144 135 070,31**

KOMMISSION

KAPITEL 62 — VERGÜTUNGEN FÜR ENTGELTLICHE LEISTUNGEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
622	*(Fortsetzung)*
6223	Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1), insbesondere Artikel 92 Absatz 1 Buchstabe e) und Artikel 96 Absatz 1. Es handelt sich um Einnahmen, die von Personen, Unternehmen und staatlichen Einrichtungen abgeführt werden, für die die Gemeinsame Forschungsstelle gegen Entgelt Forschungsarbeiten durchführt und/oder Dienstleistungen erbringt. Gemäß Artikel 96 Absatz 1 der Haushaltsordnung können diese etwaigen Einnahmen bis zur Höhe der für jeden Dienstleistungsvertrag mit Dritten anfallenden Ausgaben als zusätzliche Mittel bei Artikel B6-4 3 1 des Ausgabenplans von vorliegendem Einzelplan (Dienstleistungen für Rechnung Dritter) eingesetzt werden.
6224	Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft, insbesondere Artikel 12. Verordnung (EWG) Nr. 2380/74 des Rates vom 17. September 1974 über die Regelung für die Verbreitung der Kenntnisse im Rahmen der Forschungsprogramme der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (ABl. Nr. L 255 vom 20. 9. 1974, S. 1).
623	Einnahmen aus den Verträgen über die für Dritte gegen Vergütung erbrachten Leistungen. Gemäß Artikel 96 Absatz 1 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1), können etwaige Einnahmen als Mittel zur Deckung zusätzlicher Ausgaben bei Posten B6-8 0 0 4 des Ausgabenplans im vorliegenden Einzelplan eingesetzt werden.
624	Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft, insbesondere Artikel 12. Verordnung (EWG) Nr. 2380/74 des Rates vom 17. September 1974 über die Regelung für die Verbreitung der Kenntnisse im Rahmen der Forschungsprogramme der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (ABl. Nr. L 255 vom 20. 9. 1974, S. 1).

KOMMISSION

TITEL 7

VERZUGSZINSEN UND GELDBUSSEN

KAPITEL 7 0 — VERZUGSZINSEN

KAPITEL 7 1 — GELDBUSSEN, ZWANGSGELDER UND STRAFEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1992	Haushaltsjahr 1991	Haushaltsjahr 1990
	KAPITEL 7 0			
7 0 0	***Verzugszinsen***			
7 0 0 0	Zinsen infolge verspäteter Gutschrift auf den Konten bei den Finanzverwaltungen der Mitgliedstaaten	p.m.	p.m.	1 110 164,80
7 0 0 1	Sonstige Verzugszinsen	p.m.		
	Artikel 7 0 0 insgesamt	p.m.	p.m.	1 110 164,80
	KAPITEL 7 0 INSGESAMT	p.m.	p.m.	1 110 164,80
	KAPITEL 7 1			
7 1 0	***Geldbußen, Zwangsgelder und Strafen***	p.m.	p.m.	593 608,86

KOMMISSION

TITEL 7

VERZUGSZINSEN UND GELDBUSSEN

KAPITEL 70 — VERZUGSZINSEN

KAPITEL 71 — GELDBUSSEN, ZWANGSGELDER UND STRAFEN

Artikel Posten	Erläuterungen
700	
7000	*Vormals Artikel 700* Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1), insbesondere Artikel 33 Absatz 4. Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1552/89 des Rates vom 29. Mai 1989 zur Durchführung des Beschlusses 88/376/EWG, Euratom über das System der eigenen Mittel der Gemeinschaften (ABl. Nr. L 155 vom 7. 6. 1989, S. 1), insbesondere Artikel 11.
7001	*Neuer Posten* Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1), insbesondere Artikel 49. Verordnung (EWG) Nr. 4253/88 des Rates vom 19. Dezember 1988 zur Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 hinsichtlich der Koordinierung der Interventionen der verschiedenen Strukturfonds einerseits und zwischen diesen und den Interventionen der Europäischen Investitionsbank und der sonstigen vorhandenen Finanzinstrumente andererseits (ABl. Nr. L 374 vom 31. 12. 1988, S. 1), insbesondere Artikel 24. Verordnung (EWG) Nr. 1865/90 der Kommission vom 2. Juli 1990 über die Zahlung von Verzugszinsen bei verspäteter Rückzahlung von Strukturfondszuschüssen (ABl. Nr. L 170 vom 3. 7. 1990, S. 35).
710	Verordnung Nr. 11 des Rates vom 27. Juni 1960 über die Beseitigung von Diskriminierungen auf dem Gebiet der Frachten und Beförderungsbedingungen gemäß Artikel 79 Absatz 3 des Vertrages zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (ABl. Nr. 52 vom 16. 8. 1960, S. 1121/60), insbesondere die Artikel 17 und 18. Verordnung Nr. 17 des Rates vom 6. Februar 1962 — Erste Durchführungsverordnung zu den Artikeln 85 und 86 des Vertrages (ABl. Nr. 13 vom 21. 2. 1962, S. 204/62), geändert und ergänzt durch die Verordnungen: — Nr. 59 (ABl. Nr. 58 vom 10. 7. 1962, S. 1655/62), — Nr. 118/63/EWG (ABl. Nr. 162 vom 7. 11. 1963, S. 2696/63), — (EWG) Nr. 2822/71 (ABl. Nr. L 285 vom 29. 12. 1971, S. 49), insbesondere die Artikel 15 und 16. Verordnung (EWG) Nr. 1017/68 des Rates vom 19. Juli 1968 über die Anwendung von Wettbewerbsregeln auf dem Gebiet des Eisenbahn-, Straßen- und Binnenschiffsverkehrs (ABl. Nr. L 175 vom 23. 7. 1968, S. 1), insbesondere die Artikel 22 und 23.

KOMMISSION

KAPITEL 7 1 — GELDBUSSEN, ZWANGSGELDER UND STRAFEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1992	Haushaltsjahr 1991	Haushaltsjahr 1990
7 1 0	*(Fortsetzung)*			
	KAPITEL 7 1 INSGESAMT	p.m.	p.m.	593 608,86
	Titel 7 insgesamt	**p.m.**	**p.m.**	**1 703 773,66**

KAPITEL 71 — GELDBUSSEN, ZWANGSGELDER UND STRAFEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
710	*(Fortsetzung)* Verordnung (EWG) Nr. 4064/89 des Rates vom 21. Dezember 1989 über die Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen (ABl. Nr. L 395 vom 30. 12. 1989, S. 1), insbesondere Artikel 14 und 15.

KOMMISSION

TITEL 8

ANLEIHEN UND DARLEHEN

KAPITEL 80 — EINNAHMEN IN VERBINDUNG MIT DER GARANTIE DER EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTSGEMEINSCHAFT FÜR DIE ANLEIHEN UND DARLEHEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1992	Haushaltsjahr 1991	Haushaltsjahr 1990
	KAPITEL 80			
800	***Garantie der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft für Gemeinschaftsanleihen zur Stützung der Zahlungsbilanzen***	p.m.	p.m.	0,—
801	***Garantie der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft für Euratom-Anleihen***	p.m.	p.m.	0,—
802	***Garantie der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft für Anleihen zur Förderung der Investitionen in der Gemeinschaft (Neues Gemeinschaftsinstrument)***	p.m.	p.m.	0,—
804	***Garantie der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft für die Gemeinschaftsanleihen zur Gewährung einer mittelfristigen Finanzhilfe zugunsten Ungarns***			
8040	Garantie der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft für die ersten beiden Tranchen der Gemeinschaftsanleihen zur Gewährung einer mittelfristigen Finanzhilfe zugunsten Ungarns	p.m.	p.m.	0,—
8041	Garantie der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft für eine zweite Gemeinschaftsanleihe zur Gewährung einer mittelfristigen Finanzhilfe zugunsten Ungarns	p.m.	p.m.	

KOMMISSION

TITEL 8

ANLEIHEN UND DARLEHEN

KAPITEL 80 — EINNAHMEN IN VERBINDUNG MIT DER GARANTIE DER EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTSGEMEINSCHAFT FÜR DIE ANLEIHEN UND DARLEHEN

Artikel Posten	Erläuterungen
800	Zur Rechtsgrundlage siehe die Erläuterungen zu Artikel B0-2 0 0 des Ausgabenplans dieses Einzelplans. Dieser Artikel dient der Verbuchung etwaiger Einnahmen aus den Rechten bei Inanspruchnahme der Garantie gemäß Artikel B0-2 0 0, sofern diese Einnahmen nicht — wie eigentlich in Artikel 27 Absatz 3 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1), vorgesehen — von den Ausgaben abgezogen worden sind. Teil B von Anlage II der Ausgabenansätze gibt eine Zusammenfassung der Anleihe- und Darlehensoperationen einschließlich Schuldendienst (Kapital und Zinsen).
801	Zur Rechtsgrundlage siehe die Erläuterungen zu Artikel B0-2 0 1 des Ausgabenplans dieses Einzelplans. Dieser Artikel dient der Verbuchung etwaiger Einnahmen aus den Rechten bei Inanspruchnahme der Garantie gemäß Artikel B0-2 0 1, sofern diese Einnahmen nicht — wie eigentlich in Artikel 27 Absatz 3 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1), vorgesehen — von den Ausgaben abgezogen worden sind. In Teil B von Anlage II der Ausgabenansätze sind sämtliche Anleihe- und Darlehensoperationen einschließlich Schuldendienst (Kapital und Zinsen) zusammengefaßt.
802	Zur Rechtsgrundlage siehe die Erläuterungen zu Artikel B0-2 0 2 des Ausgabenplans dieses Einzelplans. Dieser Artikel gilt der Verbuchung etwaiger Einnahmen aus den Rechten bei Inanspruchnahme der Garantie gemäß Artikel B0-2 0 2, sofern diese Einnahmen nicht — wie eigentlich in Artikel 27 Absatz 3 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1), vorgesehen — von den Ausgaben abgezogen worden sind. In Teil B von Anlage II der Ausgabenansätze sind die Anleihe- und Darlehensoperationen einschließlich Schuldendienst (Kapital und Zinsen) zusammengefaßt.
804	
8040	Zur Rechtsgrundlage siehe Erläuterungen zu Posten B0-2 1 0 0 des Ausgabenplans dieses Einzelplans. Dieser Posten dient der Verbuchung etwaiger Einnahmen aus den Rechten bei Inanspruchnahme der Garantie gemäß Posten B0-2 1 0 0, sofern diese Einnahmen nicht gemäß Artikel 27 Absatz 3 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1), von den Ausgaben abgezogen worden sind. In Teil B von Anlage II des Ausgabenplans sind die Anleihe- und Darlehensoperationen einschließlich Schuldendienst (Kapital und Zinsen) zusammengefaßt.
8041	Zur Rechtsgrundlage siehe Erläuterungen zu Posten B0-2 1 0 1 des Ausgabenplans dieses Einzelplans. Dieser Posten dient der Verbuchung etwaiger Einnahmen aus den Rechten bei Inanspruchnahme der Garantie gemäß Posten B0-2 1 0 1, sofern diese Einnahmen nicht gemäß Artikel 27 Abstaz 3 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1), von den Ausgaben abgezogen worden sind.

KOMMISSION

KAPITEL 80 — EINNAHMEN IN VERBINDUNG MIT DER GARANTIE DER EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTSGEMEINSCHAFT FÜR DIE ANLEIHEN UND DARLEHEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1992	Haushaltsjahr 1991	Haushaltsjahr 1990
804	*(Fortsetzung)*			
8041	*(Fortsetzung)*			
	Artikel 804 insgesamt	p.m.	p.m.	0,—
805	***Garantie der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft für die Darlehen der Europäischen Investitionsbank***			
8050	Garantie der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft für die Darlehen der Europäischen Investitionsbank zugunsten von Ländern des Mittelmeerraums	p.m.	p.m.	0,—
8051	Garantie der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft für die Darlehen der Europäischen Investitionsbank in den Drittländern Mittel- und Osteuropas	p.m.	p.m.	0,—
	Artikel 805 insgesamt	p.m.	p.m.	0,—
806	***Garantie der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft für Anleihen der Gemeinschaft und bereitgestellte Mittel zur Gewährleistung der Ausfuhr von Agrarerzeugnissen und Nahrungsmitteln in die Sowjetunion***			
8060	Garantie der Gemeinschaft zur Gewährleistung der Ausfuhr landwirschaftlicher Erzeugnisse und Nahrungsmittel in die Sowjetunion	p.m.	p.m.	
8061	Ertrag aus der von der Gemeinschaft erhobenen Avalprovision für die Kreditbürgschaft der Gemeinschaft zur Sicherung der Ausfuhr von Agrarerzeugnissen und Lebensmitteln aus der Gemeinschaft nach der Sowjetunion	p.m.	p.m.	

KOMMISSION

KAPITEL 80 — EINNAHMEN IN VERBINDUNG MIT DER GARANTIE DER EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTSGEMEINSCHAFT FÜR DIE ANLEIHEN UND DARLEHEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
804	*(Fortsetzung)*
8041	*(Fortsetzung)* In Teil B von Anlage II des Ausgabenplans sind die Anleihe- und Darlehensoperationen einschließlich Schuldendienst (Kapital und Zinsen) zusammengefaßt.
805	
8050	Zur Rechtsgrundlage siehe die Erläuterungen zu Artikel B0-2 1 1 des Ausgabenplans dieses Einzelplans. Dieser Posten dient der Verbuchung eventueller Einnahmen aus den Rechten bei Inanspruchnahme der Garantie gemäß Artikel B0-2 1 1 sofern diese Einnahmen nicht gemäß Artikel 27 Absatz 3 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1), von den Ausgaben abgezogen worden sind. In Teil B von Anlage II sind die Anleihe- und Darlehensoperationen einschließlich Schuldendienst (Kapital und Zinsen) zusammengefaßt.
8051	Zur Rechtsgrundlage siehe die Erläuterungen zu Artikel B0-2 1 2 des Ausgabenplans dieses Einzelplans des Gesamthaushaltsplans. Dieser Posten dient der Verbuchung etwaiger Einnahmen aus den Rechten bei Inanspruchnahme der Garantie gemäß Artikel B0-2 1 2, sofern diese Einnahmen nicht gemäß Artikel 27 Absatz 3 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1), von den Ausgaben abgezogen worden sind. In Teil B von Anlage II sind die Anleihe- und Darlehensoperationen einschließlich Schuldendienst (Kapital und Zinsen) zusammengefaßt.
806	
8060	*Vormals Posten 8061* Zur Rechtsgrundlage siehe Erläuterungen zu Posten B0-2 1 3 0 des Ausgabenplans dieses Einzelplans. Dieser Posten dient der Verbuchung etwaiger Einnahmen aus den Rechten bei Inanspruchnahme der Garantie gemäß Posten B0-2 1 3 0, sofern diese Einnahmen nicht gemäß Artikel 27 Absatz 3 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1), von den Ausgaben abgezogen worden sind. In Teil B von Anlage II sind die Anleihe- und Darlehensoperationen einschließlich Schuldendienst (Kapital und Zinsen) zusammengefaßt.
8061	*Vormals Posten 8062* Zur Rechtsgrundlage siehe Erläuterungen zu Artikel B0-2 1 3 des Ausgabenplans dieses Einzelplans. Dieser Posten dient der Verbuchung der mit der Verordnung (EWG) Nr. 599/91 eingeführten Avalprovision. Diese Avalprovision wird in einem Abkommen zwischen der Gemeinschaft — nach Anhörung des in der Verordnung vorgesehenen Ausschusses — und der Sowjetunion festgesetzt.

KOMMISSION

KAPITEL 80 — EINNAHMEN IN VERBINDUNG MIT DER GARANTIE DER EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTSGEMEINSCHAFT FÜR DIE ANLEIHEN UND DARLEHEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1992	Haushaltsjahr 1991	Haushaltsjahr 1990
806	*(Fortsetzung)*			
8062	Garantie der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft für eine Anleihe der Gemeinschaft zur Gewährung einer mittelfristigen Finanzhilfe für die Swjetunion und ihre Republiken	p.m.		
	Artikel 806 insgesamt	p.m.	p.m.	
807	***Garantie der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft für eine Gemeinschaftsanleihe zur Gewährung einer mittelfristigen Finanzhilfe zugunsten der Tschechoslowakei***	p.m.	p.m.	
808	***Garantie der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft für eine Gemeinschaftsanleihe zur Gewährung einer mittelfristigen Finanzhilfe zugunsten Bulgariens***	p.m.	p.m.	
809	***Sonstige Garantien der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft***			
8090	Garantie der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft für die Gemeinschaftsanleihe zur Gewährung einer mittelfristigen Finanzhilfe für Rumänien	p.m.	p.m.	
8091	Garantie der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft für die Gemeinschaftsanleihe zur Gewährung eines mittelfristigen Darlehen für Algerien	p.m.	p.m.	
	Artikel 809 insgesamt	p.m.	p.m.	
	KAPITEL 80 INSGESAMT	p.m.	p.m.	0,—

KOMMISSION

KAPITEL 80 — EINNAHMEN IN VERBINDUNG MIT DER GARANTIE DER EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTSGEMEINSCHAFT FÜR DIE ANLEIHEN UND DARLEHEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
806	*(Fortsetzung)*
8062	*Neuer Posten* Zur Rechtsgrundlage siehe Erläuterungen zu Posten B0-2 1 3 1 des Ausgabenplans dieses Einzelplans. Dieser Posten dient der Verbuchung etwaiger Einnahmen aus den Rechten bei der Inanspruchnahme der Garantie gemäß Posten B0-2 1 3 1, sofern diese Einnahmen nicht gemäß Artikel 27 Absatz 3 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr . L 70 vom 16. 3. 1990), von den Ausgaben abgezogen worden sind.
807	Zur Rechtsgrundlage siehe Erläuterungen zu Artikel B0-2 1 4 des Ausgabenplans dieses Einzelplans. Dieser Artikel dient der Verbuchung etwaiger Einnahmen aus den Rechten bei Inanspruchnahme der Garantie gemäß Artikel B0-2 1 4, sofern diese Einnahmen nicht gemäß Artikel 27 Absatz 3 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1), von den Ausgaben abgezogen worden sind. In Teil B von Anlage II sind die Anleihe- und Darlehensoperationen einschließlich Schuldendienst (Kapital und Zinsen) zusammengefaßt.
808	Zur Rechtsgrundlage siehe Erläuterungen zu Artikel B0-2 1 5 des Ausgabenplans dieses Einzelplans. Dieser Artikel dient der Verbuchung etwaiger Einnahmen aus den Rechten bei Inanspruchnahme der Garantie gemäß Artikel B0-2 1 5, sofern diese Einnahmen nicht gemäß Artikel 27 Absatz 3 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1), von den Ausgaben abgezogen worden sind. In Teil B von Anlage II sind die Anleihe- und Darlehensoperationen einschließlich Schuldendienst (Kapital und Zinsen) zusammengefaßt.
809	
8090	Zur Rechtsgrundlage siehe Erläuterungen zu Artikel B0-2 1 6 des Ausgabenplans dieses Einzelplans. Dieser Artikel dient der Verbuchung etwaiger Einnahmen aus den Rechten bei Inanspruchnahme der Garantie gemäß Artikel B0-2 1 6, sofern diese Einnahmen nicht gemäß Artikel 27 Absatz 3 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1), von den Ausgaben abgezogen worden sind.
8091	Zur Rechtsgrundlage siehe Erläuterungen zu Artikel B0-2 1 8 des Ausgabenplans dieses Einzelplans. Dieser Artikel dient der Verbuchung etwaiger Einnahmen aus den Rechten bei Inanspruchnahme der Garantie gemäß Artikel B0-2 1 8, sofern diese Einnahmen nicht gemäß Artikel 27 Absatz 3 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1), von den Ausgaben abgezogen worden sind.

KOMMISSION

KAPITEL 8 1 — VON DER KOMMISSION GEWÄHRTE DARLEHEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1992	Haushaltsjahr 1991	Haushaltsjahr 1990
	KAPITEL 8 1			
8 1 0	***Rückfluß und Zinsertrag von im Rahmen von Finanzprotokollen gewährten Sonderdarlehen und von haftendem Kapital***	14 175 000	12 440 000	12 996 848,63
8 1 1	***Rückfluß und Zinsertrag im Rahmen der von der Kommission zur Verbesserung der Wohnbedingungen der Wanderarbeitnehmer gewährten Darlehen***	72 000	72 000	82 422,53
8 1 2	***Rückfluß und Zinsertrag im Rahmen der den Beamten der Organe durch die Kommission gewährten Baudarlehen***	75 000	75 000	70 615,43
8 1 3	***Rückfluß und Zinserlös im Rahmen der Darlehen und des haftenden Kapitals, das die Kommission im Rahmen der Aktion „EC-International Investment Partners" in den asiatischen und lateinamerikanischen Entwicklungsländern sowie den südlichen Mittelmeerländern gewährt***	p.m.	p.m.	0,—
8 1 4	***Rückzahlung und Zinserträge aus den Darlehen, die den von der Golfkrise am unmittelbarsten betroffenen Ländern gewährt werden***	p.m.	p.m.	
8 1 5	***Garantie der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft für eine Gemeinschaftsanleihe zur Gewährung einer mittelfristigen Finanzhilfe zugunsten Israels***	p.m.	p.m.	
	KAPITEL 8 1 INSGESAMT	14 322 000	12 587 000	13 149 886,59
	Titel 8 insgesamt	**14 322 000**	**12 587 000**	**13 149 886,59**

KAPITEL 8 1 — VON DER KOMMISSION GEWÄHRTE DARLEHEN

Artikel Posten	Erläuterungen
8 1 0	Rückzahlungen von Hauptschuld und Zinserträgen aus den Sonderdarlehen und haftendem Kapital, die aus den Mitteln des Kapitels B7-4 0 des Ausgabenplans von vorliegendem Einzelplan Ländern gewährt wurden, für die in den Finanzprotokollen im Anhang zu den geschlossenen Abkommen die Gewährung derartiger Darlehen und Risikokapitale durch die Gemeinschaft vorgesehen ist. Die tatsächlichen Einnahmen sind wegen der Zahlung der Zinsen für Sonderdarlehen und haftendem Kapital, die noch im vergangenen Haushaltsjahr und im laufenden Haushaltsjahr ausgezahlt werden können, normalerweise höher als die Mittelansätze im Haushaltsplan. Die Zinsen für die Sonderdarlehen und das Risikokapital werden ab Auszahlung fällig; erstere sind halbjährlich, die zweiten in der Regel jährlich zahlbar.
8 1 1	Zinsen und Kapitalrückfluß im Rahmen der aus einem Teil der Mittel des Postens B3-4 1 1 0 des Ausgabenplans von vorliegendem Einzelplan zugunsten der Wanderarbeitnehmer gewährten Darlehen.
8 1 2	Zinsen und Kapitalrückfluß im Rahmen der an die Beamten gewährten Baudarlehen.
8 1 3	Zur Rechtsgrundlage siehe Erläuterungen zu den Posten B7-3 0 0 5, B7-3 0 1 5 und B7-4 0 8 5 des Ausgabenplans dieses Einzelplans. Dieser Artikel dient der Verbuchung der Rückzahlungen von Hauptschuld und Zinserträgen aus den Darlehen und dem haftenden Kapital, die aus den Mitteln der Posten B7-3 0 0 5, B7-3 0 1 5 und B7-4 0 8 5 im Rahmen der Aktion „EC-International Investment Partners" gewährt werden.
8 1 4	Zur Rechtsgrundlage siehe Erläuterungen zu Artikel B7-7 0 0 des Ausgabenplans dieses Einzelplans. Dieser Artikel dient der Verbuchung der Rückzahlungen der Hauptschuld und der Zinserträge aus Darlehen, die aus den Mitteln des Artikels B7-7 0 0 den von der Golfkrise betroffenen Ländern gewährt wurden.
8 1 5	Zur Rechtsgrundlage siehe Erläuterungen zu Artikel B0-2 1 7 des Ausgabenplans dieses Einzelplans. Dieser Artikel dient der Verbuchung etwaiger Einnahmen aus den Rechten bei Inanspruchnahme der Garantie gemäß Artikel B0-2 1 7, sofern diese Einnahmen nicht gemäß Artikel 27 Absatz 3 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1), von den Ausgaben abgezogen worden sind. In Teil B von Anlage II sind die Anleihe- und Darlehensoperationen einschließlich Schuldendienst (Kapital und Zinsen) zusammengefaßt.

KOMMISSION

TITEL 9

SONSTIGE EINNAHMEN

KAPITEL 90 — SONSTIGE EINNAHMEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1992	Haushaltsjahr 1991	Haushaltsjahr 1990
	KAPITEL 90			
900	***Sonstige Einnahmen***	1 000 000	1 176 000	322 364,11
	KAPITEL 90 INSGESAMT	1 000 000	1 176 000	322 364,11
	Titel 9 insgesamt	**1 000 000**	**1 176 000**	**322 364,11**
	GESAMTBETRAG	**303 644 975**	**3 097 324 185**	**4 982 361 414,18**

KOMMISSION

TITEL 9

SONSTIGE EINNAHMEN

KAPITEL 90 — SONSTIGE EINNAHMEN

Artikel Posten	Erläuterungen
900	Einnahmen im Rahmen der laufenden Tätigkeit der Dienststellen.

KOMMISSION

GESAMTAUSGABEN

KOMMISSION

Zusammenfassung der Haushaltsmittel (1992 und 1991) und der Ausgaben (1990)

Teil A

Titel	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
A-1	AUSGABEN FÜR MITGLIEDER UND PERSONAL DES ORGANS	1 238 575 800	1 127 079 697	974 576 683,76
A-2	GEBÄUDE, MATERIAL UND VERSCHIEDENE SACHAUSGABEN	235 445 855	221 578 000	212 455 454,—
A-3	AUSGABEN FÜR DIE AUSFÜHRUNG BESONDERER AUFGABEN DURCH DAS ORGAN	198 707 696	177 077 578	162 973 643,61
A-4	UNTERSTÜTZUNGSAUSGABEN ZU DEN AUSGABEN FÜR DIE AUSFÜHRUNG BESONDERER AUFGABEN DURCH DAS ORGAN	10 599 000	8 863 000	7 477 766,99
A-5	DATENVERARBEITUNG	45 474 000	43 563 000	40 395 156,14
A-6	AUSGABEN FÜR PERSONAL UND DIENSTBETRIEB IN DRITTLÄNDERN	136 794 750	134 754 938	112 087 751,—
A-10	SONSTIGE AUSGABEN	7 110 000	6 690 000	0,—
	Teil A insgesamt	**1 872 707 101**	**1 719 450 213**	**1 509 966 455,50**

KOMMISSION

Zusammenfassung der Mittel (1992 und 1991) und der Ausgaben (1990) *(Fortsetzung)*

Teil B

Teil-einzelplan Titel	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
B1	**EUROPÄISCHER AUSRICHTUNGS- UND GARANTIEFONDS FÜR DIE LANDWIRTSCHAFT, ABTEILUNG GARANTIE**			
B1-1	PFLANZLICHE ERZEUGNISSE	20 439 000 000	19 378 000 000	14 647 621 686,72
B1-2	TIERISCHE ERZEUGNISSE	12 696 000 000	10 124 000 000	9 667 165 552,05
B1-3	NEBENAUSGABEN	1 707 000 000	1 817 000 000	733 206 389,28
B1-4	FLÄCHENSTILLEGUNGEN	180 000 000	100 000 000	21 152 744,68
B1-5	WÄHRUNGSRESERVE	1 000 000 000	1 000 000 000	0,—
	Teileinzelplan B1 insgesamt	**36 022 000 000**	**32 419 000 000**	**25 069 146 372,73**

KOMMISSION

Zusammenfassung der Mittel (1992 und 1991) und der Ausgaben (1990) *(Fortsetzung)*

Teil-einzelplan Titel	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B2	**STRUKTURMASSNAHMEN UND FISCHEREI**						
B2-1	STRUKTURFONDS	17 585 285 000	16 039 600 000	14 367 400 000	12 851 000 000	10 706 288 836,97	9 592 407 917,25
B2-2	SONSTIGE STRUKTURMASSNAHMEN	416 240 000	408 040 000	429 125 000	421 225 000	158 114 209,17	147 931 382,52
B2-3	INTEGRIERTE MITTELMEER-PROGRAMME	465 620 000	301 120 000	332 689 000	289 689 000	225 481 714,—	191 712 558,40
B2-5	SONSTIGE AGRARMASSNAHMEN	164 713 000	174 020 000	157 987 000	140 687 000	116 065 008,75	102 058 869,21
B2-6	SONSTIGE REGIONALE MASSNAHMEN	85 014 000	78 500 000	70 884 000	40 184 000	28 037 368,85	23 760 467,56
B2-7	VERKEHR UND FREMDENVERKEHR	156 724 000	126 042 000	129 817 000	101 817 000	70 290 303,34	26 746 870,84
B2-9	GEMEINSAME FISCHEREI- UND SEEPOLITIK	424 900 000	298 200 000	432 173 000	345 773 000	392 412 284,11	295 840 114,69
	Teileinzelplan B2 insgesamt	**19 298 496 000**	**17 425 522 000**	**15 920 075 000**	**14 190 375 000**	**11 696 689 725,19**	**10 380 458 180,47**
B3	**ALLGEMEINE UND BERUFLICHE BILDUNG, JUGENDPOLITIK, KULTUR, INFORMATION UND SONSTIGE SOZIALMASSNAHMEN**						
B3-1	ALLGEMEINE UND BERUFLICHE BILDUNG UND JUGENDPOLITIK	267 891 000	266 891 000	206 906 000	204 706 000	153 268 404,86	145 903 304,19
B3-2	KULTUR	12 382 000	12 382 000	9 352 000	9 352 000	8 794 168,13	8 794 168,13
B3-3	INFORMATION UND KOMMUNIKATION	82 355 000	66 093 000	56 884 000	43 884 000	31 958 867,70	29 905 225,84
B3-4	SONSTIGE SOZIALMASSNAHMEN	139 685 000	160 920 000	93 512 000	95 910 000	72 941 578,15	72 109 765,71
	Teileinzelplan B3 insgesamt	**502 313 000**	**506 286 000**	**366 654 000**	**353 852 000**	**266 963 018,84**	**256 712 463,87**
B4	**ENERGIE, EURATOM-SICHERHEITSÜBERWACHUNG UND UMWELT**						
B4-1	ENERGIE	181 315 000	140 970 000	150 730 000	113 530 000	63 060 318,—	110 334 345,47
B4-2	EURATOM-SICHERHEITSÜBERWACHUNG	9 166 000	6 016 000	6 927 000	6 927 000	427 307,05	427 307,05
B4-3	UMWELT	111 140 001	78 594 001	99 562 000	72 937 000	41 916 069,10	31 530 083,54
	***Teileinzelplan* B4 insgesamt**	**301 621 001**	**225 580 001**	**257 219 000**	**193 394 000**	**105 403 694,15**	**142 291 736,06**

KOMMISSION

Zusammenfassung der Mittel (1992 und 1991) und der Ausgaben (1990) *(Fortsetzung)*

Teil-einzelplan Titel	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B5	**VERBRAUCHERSCHUTZ, BINNENMARKT, INDUSTRIE UND TECHNOLOGISCHE INNOVATION**						
B5-1	VERBRAUCHERSCHUTZ	19 225 000	19 590 000	11 807 000	12 657 000	6 819 494,—	6 664 727,35
B5-2	HILFEN FÜR DEN WIEDERAUFBAU	18 650 000	18 650 000	22 400 000	22 400 000	23 219 925,—	23 219 925,—
B5-3	BINNENMARKT	123 843 000	100 254 000	107 277 000	84 172 000	88 899 012,06	72 053 474,08
B5-4	INDUSTRIE	47 087 000	46 930 000	45 372 000	28 712 000	30 740 393,93	30 310 074,94
B5-5	INNOVATION, INFORMATIONSMARKT	36 162 000	33 700 000	28 783 000	20 783 000	45 113 955,03	24 631 369,43
B5-6	STATISTISCHE INFORMATIONEN	36 368 000	31 600 000	30 583 000	27 783 000	23 393 752,—	13 548 598,36
	Teileinzelplan B5 insgesamt	**281 335 000**	**250 724 000**	**246 222 000**	**196 507 000**	**218 186 532,02**	**170 428 169,16**
B6	**FORSCHUNG UND TECHNOLOGISCHE ENTWICKLUNG**						
B6-1	GEMEINSAME FORSCHUNGSSTELLE — PERSONAL UND DURCHFÜHRUNGSMITTEL	203 953 000	202 460 551	189 417 374	189 146 371	193 891 917,49	194 960 343,44
B6-3	GEMEINSAME FORSCHUNGSSTELLE — DIREKTE OPERATIONELLE MITTEL RAHMENPROGRAMM 1990-1994	37 369 000	15 131 000				
B6-4	GEMEINSAME FORSCHUNGSSTELLE — DIREKTE OPERATIONELLE MITTEL — FLANKIERENDE UND UNTERSTÜTZENDE MASSNAHMEN FÜR DIE RAHMENPROGRAMME 1987-1991 UND 1990-1994	20 000 000	34 961 000	47 576 626	55 947 629	43 359 756,48	56 441 749,22
B6-5	INDIREKTE AKTIONEN (AKTIONEN AUF KOSTENTEILUNGSBASIS) UND KONZERTIERTE AKTIONEN — RAHMENPROGRAMM 1987-1991	242 900 000	913 258 470	1 129 691 128	1 215 626 000	1 440 341 701,37	1 137 648 322,91
B6-6	INDIREKTE AKTIONEN (AKTIONEN AUF KOSTENTEILUNGSBASIS), KONZERTIERTE AKTIONEN UND ERGÄNZENDE PROGRAMME — RAHMENPROGRAMM 1990-1994	1 850 666 000	597 385 000	17 000 000	4 000 000		
B6-7	AKTIONEN ZUR VERBREITUNG UND VERWERTUNG DER ERGEBNISSE — RAHMENPROGRAMM 1990-1994	30 000 000	8 425 000	p.m.	p.m.		

KOMMISSION

Zusammenfassung der Mittel (1992 und 1991) und der Ausgaben (1990) *(Fortsetzung)*

Teil-einzelplan Titel	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B6-8	TÄTIGKEITEN ZUR FLANKIERUNG UND UNTERSTÜTZUNG DER RAHMENPROGRAMME 1987-1991 UND 1990-1994	230 112 000	152 600 000	93 950 000	62 360 000	68 159 688,65	40 357 551,13
	Teileinzelplan B6 insgesamt	**2 615 000 000**	**1 924 221 021**	**1 477 635 128**	**1 527 080 000**	**1 745 753 063,99**	**1 429 407 966,70**
B7	**ZUSAMMENARBEIT MIT ENTWICKLUNGSLÄNDERN UND ANDEREN DRITTLÄNDERN**						
B7-1	EUROPÄISCHER ENTWICKLUNGSFONDS	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	0,—	0,—
B7-2	NAHRUNGSMITTELHILFE	521 150 000	555 800 000	656 007 000	703 847 000	535 390 607,72	489 993 767,21
B7-3	ZUSAMMENARBEIT MIT ENTWICKLUNGSLÄNDERN IN ASIEN UND LATEINAMERIKA	581 600 000	363 200 000	463 100 000	329 100 000	378 785 738,75	244 863 187,38
B7-4	ZUSAMMENARBEIT MIT DEN LÄNDERN DES MITTELMEERRAUMS	336 530 000	277 600 000	217 000 000	211 200 000	227 806 952,61	118 459 020,77
B7-5	SONSTIGE MASSNAHMEN DER ZUSAMMENARBEIT	330 219 999	312 619 999	381 342 000	354 142 000	250 284 889,18	212 817 824,02
B7-6	ZUSAMMENARBEIT MIT DEN LÄNDERN MITTEL- UND OSTEUROPAS UND SOWJETUNION	1 018 000 000	705 000 000	1 174 915 000	431 915 000	496 604 020,—	167 572 852,71
B7-7	ZUSAMMENARBEIT MIT ANDEREN DRITTLÄNDERN	p.m.	30 000 000	587 500 000	557 500 000		
	Teileinzelplan B7 insgesamt	**2 787 499 999**	**2 244 219 999**	**3 479 864 000**	**2 587 704 000**	**1 888 872 208,26**	**1 233 706 652,09**
B8	**UNTERSTÜTZUNGSAUSGABEN FÜR GEMEINSCHAFTSMASSNAHMEN**						
B8-2	UNTERSTÜTZUNGSAUSGABEN IM BEREICH STRUKTURMASSNAHMEN UND FISCHEREI	18 267 000	18 267 000	21 275 000	21 275 000	9 091 000,—	9 091 000,—
B8-3	UNTERSTÜTZUNGSAUSGABEN IM BEREICH BILDUNG, JUGENDPOLITIK, KULTUR, INFORMATION UND SONSTIGE SOZIALMASSNAHMEN	16 909 000	16 909 000	22 910 000	22 910 000	14 205 000,—	14 205 000,—
B8-4	UNTERSTÜTZUNGSAUSGABEN IM BEREICH DER ENERGIE, DER EURATOM-SICHERHEITSÜBERWACHUNG UND DER UMWELT	15 328 000	15 328 000	15 086 000	15 086 000	18 933 584,89	18 933 584,89

KOMMISSION

Zusammenfassung der Mittel (1992 und 1991) und der Ausgaben (1990) *(Fortsetzung)*

Teil-einzelplan Titel	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B8-5	UNTERSTÜTZUNGSAUSGABEN FÜR MASSNAHMEN IN DEN BEREICHEN VERBRAUCHERSCHUTZ, BINNENMARKT, INDUSTRIE UND TECHNOLOGISCHE INNOVATION	70 934 000	70 934 000	76 849 000	76 849 000	56 264 927,37	56 264 927,37
B8-7	UNTERSTÜTZUNGSAUSGABEN FÜR MASSNAHMEN IM BEREICH DER ZUSAMMENARBEIT MIT ENTWICKLUNGSLÄNDERN UND ANDEREN DRITTLÄNDERN	29 672 000	29 672 000	50 976 000	50 976 000	7 768 483,12	7 768 483,12
	Teileinzelplan B8 insgesamt	**151 110 000**	**151 110 000**	**187 096 000**	**187 096 000**	**106 262 995,38**	**106 262 995,38**
B0	**RÜCKZAHLUNGEN, GARANTIEN, RESERVEN**						
B0-1	ERSTATTUNGEN UND RÜCKZAHLUNGEN AN DIE MITGLIEDSTAATEN	891 937 665	891 937 665	1 287 014 346	1 287 014 346	2 437 137 896,27	2 380 984 167,01
B0-2	GARANTIE FÜR ANLEIHEN UND DARLEHEN	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	12 743 771,50	12 743 771,50
B0-3	AUS DEM VORHERGEHENDEN HAUSHALTSJAHR ÜBERTRAGENES DEFIZIT	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	0,—	0,—
B0-4	RESERVEN UND RÜCKSTELLUNGEN	339 200 000	258 625 000	1 038 509 033	453 144 161	0,—	0,—
B0-5	OPERATIONELLE RESERVE FÜR DIE REVISION DER FINANZIELLEN VORAUSSCHAU	*1 660 000 000*	*1 200 000 000*				
	Teileinzelplan B0 insgesamt	**1 231 137 665**	**1 150 562 665**	**2 325 523 379**	**1 740 158 507**	**2 449 881 667,77**	**2 393 727 938,51**
	Teil B insgesamt	**63 190 512 665**	**59 900 225 686**	**56 679 288 507**	**53 395 166 507**	**43 547 159 278,33**	**41 182 142 474,97**
	Teil A insgesamt	**1 872 707 101**	**1 872 707 101**	**1 719 450 213**	**1 719 450 213**	**1 509 966 455,50**	**1 509 966 455,50**
	GESAMTBETRAG	**65 063 219 766**	**61 772 932 787**	**58 398 738 720**	**55 114 616 720**	**45 057 125 733,83**	**42 692 108 930,47**

KOMMISSION

TEIL A

VERWALTUNGSMITTEL

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

Zusammenfassung der Mittel (1992 und 1991) und der Ausgaben (1990)

Titel Kapitel	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
A-1	**AUSGABEN FÜR MITGLIEDER UND PERSONAL DES ORGANS**			
A-1 0	MITGLIEDER DES ORGANS	8 141 000	8 084 837	7 349 409,91
A-1 1	PERSONAL IM AKTIVEN DIENST	904 764 800	835 023 388	718 379 739,89
A-1 2	VERSORGUNGSBEZÜGE, VERGÜTUNGEN UND VERSCHIEDENE BEITRÄGE	284 896 000	247 839 472	215 013 623,42
A-1 3	DIENSTREISE- UND FAHRKOSTEN	20 749 000	20 000 000	19 684 500,—
A-1 4	SOZIALE UND MEDIZINISCHE INFRASTRUKTUR	3 480 000	3 152 000	2 976 759,94
A-1 5	AUSTAUSCH VON BEAMTEN UND SACHVERSTÄNDIGEN	12 739 000	10 000 000	9 438 500,—
A-1 6	SOZIALAUSGABEN	3 066 000	2 235 000	994 950,60
A-1 7	AUSGABEN FÜR EMPFÄNGE UND REPRÄSENTATIONSZWECKE	740 000	745 000	739 200,—
	Titel A-1 insgesamt	**1 238 575 800**	**1 127 079 697**	**974 576 683,76**
A-2	**GEBÄUDE, MATERIAL UND VERSCHIEDENE SACHAUSGABEN**			
A-2 0	GRUNDSTÜCKSINVESTITIONEN, MIETE VON GEBÄUDEN UND NEBENKOSTEN	140 001 855	126 695 000	125 615 514,32
A-2 2	BEWEGLICHE SACHEN UND NEBENKOSTEN	22 345 000	22 236 000	21 646 921,96
A-2 3	LAUFENDE SACHAUSGABEN FÜR DEN DIENSTBETRIEB	11 471 000	11 730 000	10 608 294,14
A-2 4	POST- UND FERNMELDEGEBÜHREN SOWIE RUNDFUNK- UND FERNSEHSTUDIOS	36 900 000	34 919 000	31 730 500,—
A-2 5	AUSGABEN FÜR SITZUNGEN UND EINBERUFUNGEN	21 953 000	21 620 000	20 962 841,55
A-2 6	UNTERSUCHUNGEN, ERHEBUNGEN UND KONSULTATIONEN	2 775 000	2 948 000	1 891 382,03
A-2 9	GEBÄUDE, MATERIAL UND VERSCHIEDENE SACHAUSGABEN — MASSNAHMEN AUF KOSTENTEILUNGSBASIS	p.m.	1 430 000	0,—
	Titel A-2 insgesamt	**235 445 855**	**221 578 000**	**212 455 454,—**
A-3	**AUSGABEN FÜR DIE AUSFÜHRUNG BESONDERER AUFGABEN DURCH DAS ORGAN**			
A-3 0	ZUSCHÜSSE IM INTERESSE DES HAUSHALTSAUSGLEICHS	26 398 000	20 772 000	18 745 398,62
A-3 1	GEBÄUDE UND MATERIAL FÜR DEN DIENSTBETRIEB	—	p.m.	3 500 000,—
A-3 2	JUGEND UND BILDUNG	91 413 696	81 243 253	72 656 775,17
A-3 4	VERÖFFENTLICHUNGEN	68 375 000	65 633 325	57 983 363,67

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

Zusammenfassung der Mittel (1992 und 1991) und der Ausgaben (1990) *(Fortsetzung)*

Titel Kapitel	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
A-3 5	KONTROLLEN, ERHEBUNGEN UND ANALYSEN IN DEN BEREICHEN WIRTSCHAFT, HANDEL, INDUSTRIE UND ANDERE	12 521 000	9 429 000	10 088 106,15
	Titel A-3 insgesamt	**198 707 696**	**177 077 578**	**162 973 643,61**
A-4	**UNTERSTÜTZUNGSAUSGABEN ZU DEN AUSGABEN FÜR DIE AUSFÜHRUNG BESONDERER AUFGABEN DURCH DAS ORGAN**			
A-4 0	ZUSCHÜSSE IM INTERESSE DES HAUSHALTSAUSGLEICHS	208 000	290 000	509 109,79
A-4 4	VERÖFFENTLICHUNGEN	700 000	446 000	2 750 000,—
A-4 5	KONTROLLEN, ERHEBUNGEN UND ANALYSEN IN DEN BEREICHEN WIRTSCHAFT, HANDEL, INDUSTRIE UND ANDERE	9 691 000	8 127 000	4 218 657,20
	Titel A-4 insgesamt	**10 599 000**	**8 863 000**	**7 477 766,99**
A-5	**DATENVERARBEITUNG**			
A-5 0	DATENVERARBEITUNG	45 474 000	43 563 000	40 395 156,14
	Titel A-5 insgesamt	**45 474 000**	**43 563 000**	**40 395 156,14**
A-6	**AUSGABEN FÜR PERSONAL UND DIENSTBETRIEB IN DRITTLÄNDERN**			
A-6 0	AUSGABEN FÜR PERSONAL UND DIENSTBETRIEB IN DRITTLÄNDERN	136 794 750	134 754 938	112 087 751,—
	Titel A-6 insgesamt	**136 794 750**	**134 754 938**	**112 087 751,—**
A-10	**SONSTIGE AUSGABEN**			
A-10 0	VORLÄUFIG EINGESETZTE MITTEL	7 110 000	6 690 000	0,—
A-10 1	RÜCKSTELLUNGEN FÜR UNVORHERGESEHENE AUSGABEN	p.m.	p.m.	0,—

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

Zusammenfassung der Mittel (1992 und 1991) und der Ausgaben (1990) *(Fortsetzung)*

Titel Kapitel	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
A-10 2	RÜCKLAGEN ZUR DECKUNG EVENTUELLER FEHLBETRÄGE IN LANDESWÄHRUNG AUFGRUND EINER DIFFERENZ ZWISCHEN DEM BEI DER AUFSTELLUNG DES HAUSHALTSPLANS BENUTZTEN UMRECHNUNGSSATZ DES ECU UND DEN BEI DER AUSFÜHRUNG VERWENDETEN UMRECHNUNGSSÄTZEN FÜR DIE LANDESWÄHRUNGEN	p.m.	p.m.	0,—
	Titel A-10 insgesamt	**7 110 000**	**6 690 000**	**0,—**
	Teil A insgesamt	**1 872 707 101**	**1 719 450 213**	**1 509 966 455,50**

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

TITEL A-1

AUSGABEN FÜR MITGLIEDER UND PERSONAL DES ORGANS

KAPITEL A-1 0 — MITGLIEDER DES ORGANS

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
	KAPITEL A-1 0			
A-1 0 0	***Gehälter, Zulagen und Entschädigungen***			
A-1 0 0 0	Grundgehälter Nichtgetrennte Mittel	2 898 000	2 706 422	2 633 081,99
A-1 0 0 1	Residenzzulagen Nichtgetrennte Mittel	435 000	406 269	394 626,11
A-1 0 0 2	Familienzulagen Nichtgetrennte Mittel	198 000	191 425	177 438,55
A-1 0 0 3	Aufwandsentschädigungen Nichtgetrennte Mittel	138 000	131 000	134 170,71
	Artikel A-1 0 0 insgesamt	3 669 000	3 435 116	3 339 317,36
A-1 0 1	***Kranken- und Unfallversicherung sowie sonstige Soziallasten*** Nichtgetrennte Mittel	212 000	207 716	123 918,45
A-1 0 2	***Übergangsgelder*** Nichtgetrennte Mittel	49 000	630 277	565 363,51
A-1 0 3	***Versorgungsbezüge***			
A-1 0 3 0	Ruhegehälter Nichtgetrennte Mittel	2 134 000	1 824 646	1 568 715,21

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

TITEL A-1

AUSGABEN FÜR MITGLIEDER UND PERSONAL DES ORGANS

KAPITEL A-10 — MITGLIEDER DES ORGANS

Artikel Posten	Erläuterungen
A-100	
A-1000	Regelung über die Amtsbezüge der Mitglieder der Kommission, insbesondere Artikel 2. Veranschlagt sind die Grundgehälter der Mitglieder der Kommission.
A-1001	Regelung über die Amtsbezüge der Mitglieder der Kommission, insbesondere Artikel 4. Veranschlagt ist die Residenzzulage der Mitglieder der Kommission.
A-1002	Regelung über die Amtsbezüge der Mitglieder der Kommission, insbesondere Artikel 3. Veranschlagt sind die Familienzulagen der Mitglieder der Kommission, und zwar: — die Haushaltszulage, — die Zulage für unterhaltsberechtigte Kinder, — die Erziehungszulage.
A-1003	Regelung über die Amtsbezüge der Mitglieder der Kommission, insbesondere Artikel 4. Veranschlagt ist die Aufwandsentschädigung der Mitglieder der Kommission.
A-101	Regelung über die Amtsbezüge der Mitglieder der Kommission, insbesondere die Artikel 11 und 14. Veranschlagt sind: — der Arbeitgeberbeitrag zur Unfallversicherung und zur Versicherung gegen Berufskrankheiten, — der Arbeitgeberbeitrag zur Krankenversicherung, — die Geburtenzulage, — beim Tode eines Mitglieds der Kommission: — die vollen Dienstbezüge des Verstorbenen bis zum Ende des dritten auf den Sterbemonat folgenden Monats, — die Kosten für die Überführung bis zum Herkunftsort des Verstorbenen.
A-102	Regelung über die Amtsbezüge der Mitglieder der Kommission, insbesondere Artikel 7. Veranschlagt sind: — die Übergangsentschädigung, — die Familienzulage der Mitglieder der Kommission nach Ausscheiden aus dem Dienst.
A-103	
A-1030	Regelung über die Amtsbezüge der Mitglieder der Kommission, insbesondere die Artikel 8, 9 und 18. Veranschlagt sind die Ruhegehälter der ehemaligen Mitglieder der Kommission.

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-1 0 — MITGLIEDER DES ORGANS *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
A-1 0 3	*(Fortsetzung)*			
A-1 0 3 1	Ruhegehälter wegen Dienstunfähigkeit Nichtgetrennte Mittel	p.m.	56 002	54 152,81
A-1 0 3 2	Hinterbliebenenversorgungen Nichtgetrennte Mittel	553 000	516 236	481 271,86
	Artikel A-1 0 3 insgesamt	2 687 000	2 396 884	2 104 139,88
A-1 0 4	***Dienstreisekosten*** Nichtgetrennte Mittel	1 300 000	1 200 000	1 150 000,—
A-1 0 5	***Vergütungen und Kosten beim Dienstantritt und beim Ausscheiden aus dem Dienst***			
A-1 0 5 0	Reisekosten (einschließlich derjenigen der Familienmitglieder) Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
A-1 0 5 1	Einrichtungs- und Wiedereinrichtungsbeihilfen Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
A-1 0 5 2	Umzugskosten Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
	Artikel A-1 0 5 insgesamt	p.m.	p.m.	0,—
A-1 0 9	***Mittel für Anpassungen der Amtsbezüge***			
A-1 0 9 0	Berichtigungskoeffizient Nichtgetrennte Mittel	30 000	77 385	66 670,71
A-1 0 9 1	Vorläufig eingesetzte Mittel für etwaige Anpassungen der Amtsbezüge Nichtgetrennte Mittel	194 000	137 459	0,—

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-10 — MITGLIEDER DES ORGANS *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
A-103	*(Fortsetzung)*
A-1031	Regelung über die Amtsbezüge der Mitglieder der Kommission, insbesondere die Artikel 10 und 18. Veranschlagt sind die Ruhegehälter wegen Dienstunfähigkeit der ehemaligen Mitglieder der Kommission.
A-1032	Regelung über die Amtsbezüge der Mitglieder der Kommission, insbesondere die Artikel 15 und 18. Veranschlagt ist die Hinterbliebenenversorgung für Witwen und/oder Waisen der ehemaligen Mitglieder der Kommission.
A-104	Regelung über die Amtsbezüge der Mitglieder der Kommission, insbesondere Artikel 6. Veranschlagt sind die Ausgaben für Fahrkosten, Dienstreisetagegelder sowie für Nebenkosten oder außergewöhnliche Auslagen, die bei Erledigung eines dienstlichen Auftrags entstehen. Der Betrag aus der Erstattung der für Rechnung anderer Institutionen und Organe der Gemeinschaften sowie für Rechnung Dritter verauslagten Dienstreisekosten kann wiederverwendet werden. Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 7 000 ECU veranschlagt.
A-105	Veranschlagt sind die Mittel zur Deckung der Ausgaben bei Dienstantritt der Mitglieder der Kommission sowie bei ihrem Ausscheiden aus dem Dienst.
A-1050	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 7 des Anhangs VII (entsprechende Anwendung). Veranschlagt sind Mittel für die Erstattung der Reisekosten der Mitglieder der Kommission (einschließlich derjenigen ihrer Familienangehörigen) bei Dienstantritt oder Ausscheiden aus dem Dienst.
A-1051	Regelung über die Amtsbezüge der Mitglieder der Kommission, insbesondere Artikel 5. Veranschlagt sind die Einrichtungs- und Wiedereinrichtungsbeihilfe für die Mitglieder der Kommission bei Dienstantritt und Ausscheiden aus dem Dienst.
A-1052	Regelung über die Amtsbezüge der Mitglieder der Kommission, insbesondere Artikel 5. Veranschlagt sind Mittel für die Erstattung der Umzugskosten der Mitglieder der Kommission beim Dienstantritt oder beim Ausscheiden aus dem Dienst.
A-109	
A-1090	Regelung über die Amtsbezüge der Mitglieder der Kommission, insbesondere Artikel 4a. Veranschlagt sind Mittel für die Anwendung der Berichtigungskoeffizienten auf die Dienstbezüge, die Übergangsentschädigungen, die Ruhegehälter, die Ruhegehälter wegen Dienstunfähigkeit, die Hinterbliebenenversorgung der Mitglieder, der ehemaligen Mitglieder und ihrer Rechtsnachfolger. Veranschlagt sind ferner Mittel für die Anwendung der Berichtigungskoeffizienten auf den Teil der Dienstbezüge, der in ein anderes Land, als das, in dem der Dienstort liegt, überwiesen wird.
A-1091	Regelung über die Amtsbezüge der Mitglieder der Kommission, insbesondere die Artikel 2, 3 und 4a. Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1). Die Mittel sind vorläufig eingesetzt und können nur in Anspruch genommen werden, wenn sie vorher auf andere Artikel oder Posten übertragen worden sind.

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-1 0 — MITGLIEDER DES ORGANS *(Fortsetzung)*

KAPITEL A-1 1 — PERSONAL IM AKTIVEN DIENST

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
A-1 0 9	*(Fortsetzung)*			
A-1 0 9 1	*(Fortsetzung)*			
	Artikel A-1 0 9 insgesamt	224 000	214 844	66 670,71
	KAPITEL A-1 0 INSGESAMT	8 141 000	8 084 837	7 349 409,91
	KAPITEL A-1 1			

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-1 0 — MITGLIEDER DES ORGANS *(Fortsetzung)*

KAPITEL A-1 1 — PERSONAL IM AKTIVEN DIENST

Artikel Posten	Erläuterungen
A-1 0 9	*(Fortsetzung)*
A-1 0 9 1	*(Fortsetzung)* Veranschlagt sind Mittel, mit denen die Auswirkungen der vom Rat im Laufe des Haushaltsjahres zu beschließenden etwaigen Anpassungen der Bezüge gedeckt werden sollen. Vom Haushaltsjahr 1992 an wird der Stellenplan der Kommission in sieben Tätigkeitsbereiche unterteilt. Neben dem Personal, das die im Stellenplan vorgesehenen Planstellen innehat, hat die Kommission auch Personal mit den im Teileinzelplan B8 enthaltenen operationellen Mitteln eingestellt. Die Haushaltsbehörde ist zusammen mit dem Rechnungshof der Auffassung, daß diese Praxis nicht der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, s. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1) entspricht, und wünscht die Wiedereinbeziehung aller „Minibudgets" in den derzeitigen Teil A des Haushaltsplans. Das betreffende Personal muß im Stellenplan aufgeführt werden und einen Status erhalten, der den ausgeübten Funktionen entspricht. Daher wird die Kommission ihre Stellenpläne dementsprechend anpassen und diesen eine dreijährige Vorausschau über die Entwicklung ihres Personalbestandes beigeben.

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-1 1 — PERSONAL IM AKTIVEN DIENST *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
A-1 1 0	***Beamte und Bedienstete auf Zeit, die eine im Stellenplan vorgesehene Stelle innehaben***			
A-1 1 0 0	Grundgehälter Nichtgetrennte Mittel	630 836 500	604 905 235 (1)	518 672 969,25
A-1 1 0 1	Familienzulagen Nichtgetrennte Mittel	67 480 300	58 822 432 (2)	55 483 129,56

(1) Mittel in Höhe von 2 171 000 ECU sind in Kapitel A-10 0 eingesetzt.
(2) Mittel in Höhe von 224 000 ECU sind in Kapitel A-10 0 eingesetzt.

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-1 1 — PERSONAL IM AKTIVEN DIENST *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen

Stellenplan der Kommission nach Tätigkeitsbereichen

Aufteilung der Planstellen des Haushaltsplans 1992
(Dauerplanstellen und Planstellen auf Zeit)

Tätigkeitsbereich	A	LA	B	C	D	Insgesamt
I. Binnenmarkt	774	1	384	455	—	1 614
II. Sozialraum	148	—	88	106	—	342
III. Begleitmaßnahmen	521	1	341	351	5	1 219
IV. Wirtschaftsenwicklung und Strukturmaßnahmen	465	—	296	275	—	1 036
V. Gemeinsame Politiken	198	—	156	254	4	612
VI. Außenbeziehungen	916	2	394	442	13	1 767
VII. Horizontale Dienste:						
a) Koordination	418	22	347	516	63	1 366
b) Finanzen, Kontrolle	142	—	139	160	5	446
c) Verwaltung	224	7	490	1 079	733	2 533
d) Sprachendienste	15	1 614	74	523	8	2 234
Bereich VII insgesamt	799	1 643	1 050	2 278	809	6 579
Bereiche I bis VII insgesamt	3 821	1 647	2 709	4 161	831	13 169
Kabinette	117	2	51	139	6	315
Insgesamt	**3 938**	**1 649**	**2 760**	**4 300**	**837**	**13 484**

A-1 1 0

A-1 1 0 0 Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere die Artikel 62 und 66.

Veranschlagt sind die Grundgehälter der im Stellenplan vorgesehenen Beamten und Bediensteten auf Zeit mit Ausnahme der Grundgehälter des Personals der Versorgungsagentur, der Europäischen Gesellschaft für Zusammenarbeit und des in Drittländern diensttuenden Personals.

Die entsprechenden Ausgaben für die Beamten und Bediensteten auf Zeit, die eine Forschungsplanstelle innehaben, werden aus den Mitteln der einzelnen Posten des Teileinzelplans B6 gedeckt.

Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 4 000 000 ECU veranschlagt.

A-1 1 0 1 Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere die Artikel 62, 67 und 68a sowie Abschnitt 1 des Anhangs VII.

Veranschlagt sind die Familienzulagen, und zwar:

— die Haushaltszulage,

— die Zulage für unterhaltsberechtigte Kinder,

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-1 1 — PERSONAL IM AKTIVEN DIENST *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
A-1 1 0	*(Fortsetzung)*			
A-1 1 0 1	*(Fortsetzung)*			
A-1 1 0 2	Auslands- und Expatriierungszulagen (einschließlich Artikel 97 des EGKS-Statuts) Nichtgetrennte Mittel	82 040 500	72 017 424 (1)	67 455 533,27
A-1 1 0 3	Sekretariatszulage Nichtgetrennte Mittel	4 791 500	4 200 000	4 387 276,10
	Artikel A-1 1 0 insgesamt	785 148 800	739 945 091	645 998 908,18
A-1 1 1	***Sonstige Bedienstete***			
A-1 1 1 0	Hilfskräfte Nichtgetrennte Mittel	11 800 000	8 134 000	9 889 482,44
A-1 1 1 1	Dolmetscherhilfskräfte Nichtgetrennte Mittel	9 000	9 000	0,—
A-1 1 1 2	Örtliche Bedienstete Nichtgetrennte Mittel	3 934 000	2 550 000	2 474 889,83
A-1 1 1 3	Sonderberater Nichtgetrennte Mittel	120 000	170 000	100 777,88

(1) Mittel in Höhe von 275 000 ECU sind in Kapitel A-10 0 eingesetzt.

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-1 1 — PERSONAL IM AKTIVEN DIENST *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
A-1 1 0	*(Fortsetzung)*
A-1 1 0 1	*(Fortsetzung)* — die Erziehungszulage der Beamten und Bediensteten auf Zeit. Die entsprechenden Ausgaben für die Beamten und Bediensteten auf Zeit, die eine Forschungsplanstelle innehaben, werden aus den Mitteln der einzelnen Posten des Teileinzelplans B6 gedeckt.
A-1 1 0 2	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere die Artikel 62 und 69 sowie Artikel 4 des Anhangs VII. Veranschlagt sind die Auslands- und Expatriierungszulagen der Beamten und Bediensteten auf Zeit. Die entsprechenden Ausgaben für die Beamten und Bediensteten auf Zeit, die eine Forschungsplanstelle innehaben, werden aus den Mitteln der einzelnen Posten des Teileinzelplans B6 gedeckt.
A-1 1 0 3	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 4a des Anhangs VII. Veranschlagt ist die Sekretariatszulage für Beamte und Bedienstete auf Zeit der Laufbahngruppe C, die in eine Planstelle als Büroassistent, Bürosekretär, Fernschreiber, Maschinenschreiber, Bürohauptsekretär oder Hauptsekretär eingewiesen wurden. Die entsprechenden Ausgaben für die Beamten und Bediensteten auf Zeit, die eine Forschungsplanstelle innehaben, werden aus den Mitteln der einzelnen Posten des Teileinzelplans B6 gedeckt.
A-1 1 1	
A-1 1 1 0	Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 3 und Titel III. Veranschlagt sind die Vergütungen einschließlich der Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung für Hilfskräfte; ausgenommen sind die aufgrund des Berichtigungskoeffizienten gezahlten Beträge; sie gehen zu Lasten des Postens A-1 1 9 0. Sie umfassen ferner den notwendigen Betrag für die Vergütungen der Hilfskräfte als Betreuer für Behinderte. Die entsprechenden Ausgaben für die aus den Forschungsmitteln besoldeten Hilfskräfte werden aus den einzelnen Posten des Teileinzelplans B6 gedeckt.
A-1 1 1 1	Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 3 und Titel III. Veranschlagt sind die Bezüge einschließlich der Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung für Dolmetscher-Hilfskräfte; ausgenommen sind die aufgrund des Berichtigungskoeffizienten gezahlten Beträge; sie gehen zu Lasten des Postens A-1 1 9 0. Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 500 000 ECU veranschlagt.
A-1 1 1 2	Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 4 und Titel IV. Veranschlagt sind die Vergütungen einschließlich der Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung für die örtlichen Bediensteten. Mittel für die Bezüge der örtlichen Bediensteten in den Vertretungen in der Gemeinschaft.
A-1 1 1 3	Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere die Artikel 5, 82 und 83. Veranschlagt sind die Vergütungen, die Dienstreisekosten sowie die Arbeitgeberbeiträge zur Unfallversicherung für Sonderberater.

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-1 1 — PERSONAL IM AKTIVEN DIENST *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
A-1 1 1	*(Fortsetzung)*			
A-1 1 1 4	Übersetzerhilfskräfte Nichtgetrennte Mittel	105 000	37 000	0,—
	Artikel A-1 1 1 insgesamt	15 968 000	10 900 000	12 465 150,15
A-1 1 2	***Berufliche Fortbildung des Personals, Sprachkurse, Umschulung und Information des Personals*** Nichtgetrennte Mittel	4 428 900	4 050 000	4 297 928,77
A-1 1 3	***Kranken- und Unfallversicherung und Versicherung gegen Berufskrankheiten sowie Arbeitslosenversicherung und Aufrechterhaltung der Ruhegehaltsansprüche***			
A-1 1 3 0	Krankenversicherung Nichtgetrennte Mittel	21 448 400	19 282 296 (1)	14 493 180,11
A-1 1 3 1	Versicherung gegen Unfall und Berufskrankheiten Nichtgetrennte Mittel	4 226 900	3 799 224 (2)	3 618 855,43
A-1 1 3 2	Arbeitslosenversicherung für Bedienstete auf Zeit Nichtgetrennte Mittel	231 000	210 000	207 571,35

(1) Mittel in Höhe von 73 000 ECU sind in Kapitel A-10 0 eingesetzt.
(2) Mittel in Höhe von 14 000 ECU sind in Kapitel A-10 0 eingesetzt.

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-1 1 — PERSONAL IM AKTIVEN DIENST *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
A-1 1 1	*(Fortsetzung)*
A-1 1 1 4	*Vormals Teilposten A-1 1 1 0* Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 3 und Titel III. Veranschlagt sind die Vergütungen einschließlich der Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung für Übersetzerhilfskräfte; ausgenommen sind die aufgrund des Berichtigungskoeffizienten gezahlten Beträge; sie gehen zu Lasten des Postens A-1 1 9 0.
A-1 1 2	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 24 Absatz 3. Veranschlagt sind Mittel für Sprachkurse, Informationsveranstaltungen bei Dienstantritt, Kurse zur Verbesserung der beruflichen Kenntnisse und zur beruflichen Fortbildung, für die Information über die Anwendung moderner Methoden (Rechenzentrum, Ecdoc, Celex, Sincom usw.) sowie für Seminare usw. Die Mittel dienen ferner zur Beschaffung des erforderlichen Materials und der notwendigen Dokumentation sowie für Konsultationen über Organisationsmethoden. Die entsprechenden Ausgaben für die Beamten und Bediensteten auf Zeit, die eine Forschungsplanstelle innehaben, werden aus den Mitteln der einzelnen Posten des Teileinzelplans B6 gedeckt. Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 1 500 ECU veranschlagt.
A-1 1 3	
A-1 1 3 0	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 72. Veranschlagt sind die Arbeitgeberbeiträge zur Krankenversicherung. Veranschlagt sind ebenfalls die Zahlungen (zusätzliche Krankheitskostenerstattungen) an die seinerzeit deportierten oder internierten Widerstandskämpfer. Die entsprechenden Ausgaben für die Beamten und Bediensteten auf Zeit, die eine Forschungsplanstelle innehaben, werden aus den Mitteln der einzelnen Posten des Teileinzelplans B6 gedeckt.
A-1 1 3 1	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 73 und Artikel 15 des Anhangs VIII. Veranschlagt sind Mittel: — für den Arbeitgeberbeitrag zur Versicherung gegen Unfall und Berufskrankheiten, — für zusätzliche Ausgaben infolge der Anwendung der einschlägigen Statutsbestimmungen. Die entsprechenden Ausgaben für die Beamten und Bediensteten auf Zeit, die eine Forschungsplanstelle innehaben, werden aus den Mitteln der einzelnen Posten des Teileinzelplans B6 gedeckt.
A-1 1 3 2	Verordnung (EGKS, EWG, Euratom) Nr. 2799/85 des Rates vom 27. September 1985 zur Änderung des Statuts der Beamten der Europäischen Gemeinschaften sowie der Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten dieser Gemeinschaften (ABl. Nr. L 265 vom 8. 10. 1985, S. 1). Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Arbeitslosenversicherung für Bedienstete auf Zeit.

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-1 1 — PERSONAL IM AKTIVEN DIENST *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
A-1 1 3	*(Fortsetzung)*			
A-1 1 3 3	Bildung oder Aufrechterhaltung von Ruhegehaltsansprüchen der Bediensteten auf Zeit Nichtgetrennte Mittel	300 000	368 000	260 601,94
	Artikel A-1 1 3 insgesamt	26 206 300	23 659 520	18 580 208,83
A-1 1 4	***Sonstige Zulagen und Vergütungen***			
A-1 1 4 0	Geburtenzulagen und Sterbegelder Nichtgetrennte Mittel	90 000	90 000	44 703,20
A-1 1 4 1	Jährliche Reisekosten vom Dienstort zum Herkunftsort Nichtgetrennte Mittel	10 400 900	9 145 000	9 052 080,47
A-1 1 4 2	Mietzulagen und Fahrkostenzulagen Nichtgetrennte Mittel	155 000	155 000	42 643,17
A-1 1 4 3	Pauschale Amtszulagen Nichtgetrennte Mittel	200 000	200 000	182 794,64
A-1 1 4 4	Fahrkostenpauschale Nichtgetrennte Mittel	158 000	158 000	157 157,05

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-1 1 — PERSONAL IM AKTIVEN DIENST *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
A-1 1 3	*(Fortsetzung)*
A-1 1 3 3	Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 42. Veranschlagt sind die Zahlungen, die das Organ für Bedienstete auf Zeit zur Bildung oder Aufrechterhaltung ihrer Versorgungsansprüche im Herkunftsland zu leisten hat.
A-1 1 4	
A-1 1 4 0	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere die Artikel 70, 74 und 75. Veranschlagt sind: — die Geburtszulage, — beim Tode eines Beamten: — die vollen Dienstbezüge des Verstorbenen bis zum Ende des dritten auf den Sterbemonat folgenden Monats, — die Kosten für die Überführung bis zum Herkunftsort des Verstorbenen. Die entsprechenden Ausgaben für die Beamten und Bediensteten auf Zeit, die eine Forschungsplanstelle innehaben, werden aus den Mitteln der einzelnen Posten des Teileinzelplans B6 gedeckt.
A-1 1 4 1	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 8 des Anhangs VII. Veranschlagt ist die pauschale Erstattung der Fahrkosten für Beamte auf Lebenszeit und Bedienstete auf Zeit, für deren Ehegatten und die unterhaltsberechtigten Personen vom Ort der dienstlichen Verwendung zum Herkunftsort, und zwar: — einmal je Kalenderjahr, wenn die Bahnstrecke mehr als 50 km und weniger als 725 km beträgt, — zweimal je Kalenderjahr, wenn die Bahnstrecke mindestens 725 km beträgt. Die entsprechenden Ausgaben für die Beamten und Bediensteten auf Zeit, die eine Forschungsplanstelle innehaben, werden aus den Mitteln der einzelnen Posten des Teileinzelplans B6 gedeckt.
A-1 1 4 2	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere die Artikel 14a und 14b des Anhangs VII. Verordnungen Nr. 6/66/Euratom und Nr. 121/66/EWG der Räte vom 28. Juli 1966 zur Festlegung des Verzeichnisses der Orte, an denen eine Mietzulage gewährt werden kann, sowie des Höchstbetrags dieser Zulage und der Bedingungen für ihre Gewährung (ABl. Nr. 150 vom 12. 8. 1966, S. 2749/66). Verordnungen Nr. 7/66/Euratom und Nr. 122/66/EWG der Räte vom 28. Juli 1966 zur Festlegung des Verzeichnisses der Orte, an denen eine Fahrkostenzulage gewährt werden kann, sowie des Höchtsbetrags dieser Zulage und der Bedingungen für ihre Gewährung (ABl. Nr. 150 vom 12. 8. 1966, S. 2751/66). Veranschlagt sind: — die Mietzulagen für Beamte, an deren Dienstort anerkanntermaßen besonders schwierige Wohnverhältnisse bestehen, — die Fahrkostenzulagen für Beamte, an deren Dienstort die Beförderungsbedingungen wegen der Entfernung zwischen Wohnung und Arbeitsstätte als besonders schwierig und kostspielig anerkannt worden sind. Die entsprechenden Ausgaben für die Beamten und Bediensteten auf Zeit, die eine Forschungsplanstelle innehaben, werden aus den Mitteln der einzelnen Posten des Teileinzelplans B6 gedeckt.
A-1 1 4 3	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 14 des Anhangs VII. Veranschlagt sind die pauschalen Amtszulagen für Beamte, die aufgrund der ihnen übertragenen Aufgaben regelmäßig Aufwandskosten zu verauslagen haben, sowie ein Teil der Wohnungskosten, der in besonderen Fällen übernommen wird. Die entsprechenden Ausgaben für die Beamten und Bediensteten auf Zeit, die eine Forschungsplanstelle innehaben, werden aus den Mitteln der einzelnen Posten des Teileinzelplans B6 gedeckt.
A-1 1 4 4	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 15 des Anhangs VII. Veranschlagt sind: — die Fahrkostenpauschale in Höhe von 3 000 bfrs pro Monat für Beamte der Besoldungsgruppen A 1 oder A 2, die nicht über einen Dienstwagen verfügen. Hierbei handelt es sich um die pauschale Abgeltung der Kosten für Fahrten innerhalb des Gebietes der Stadt, in der der Beamte dienstlich verwendet wird;

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-1 1 — PERSONAL IM AKTIVEN DIENST *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
A-1 1 4	*(Fortsetzung)*			
A-1 1 4 4	*(Fortsetzung)*			
A-1 1 4 5	Sondervergütung für die Rechnungsführer und Zahlstellenverwalter Nichtgetrennte Mittel	90 000	90 000	80 410,—
A-1 1 4 7	Vergütungen für Schichtdienst und Bereitschaftsdienst am Arbeitsplatz und zu Hause Nichtgetrennte Mittel	734 000	734 000	746 470,67
A-1 1 4 9	Sonstige Zulagen und Erstattungen Nichtgetrennte Mittel	28 000	28 000	6 614,11
	Artikel A-1 1 4 insgesamt	11 855 900	10 600 000	10 312 873,31
A-1 1 5	***Überstunden*** Nichtgetrennte Mittel	3 011 200	2 069 755	2 484 962,06

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-1 1 — PERSONAL IM AKTIVEN DIENST *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
A-1 1 4	*(Fortsetzung)*
A-1 1 4 4	*(Fortsetzung)* — die Fahrkostenpauschale in Höhe von nicht mehr als 3 000 bfrs für Beamte einer anderen Besoldungsgruppe als A 1 oder A 2, die aus dienstlichen Gründen ständig Fahrten zurücklegen, für die sie aufgrund einer besonderen Ermächtigung ihren privaten Kraftwagen benutzen. Die entsprechenden Ausgaben für die Beamten und Bediensteten auf Zeit, die eine Forschungsplanstelle innehaben, werden aus den Mitteln der einzelnen Posten des Teileinzelplans B6 gedeckt.
A-1 1 4 5	Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1), insbesondere Artikel 75. Veranschlagt sind die Sondervergütungen für Beamte, die die Eigenschaft eines Rechnungsführers, eines unterstellten Rechnungsführers oder eines Zahlstellenverwalters haben. Die entsprechenden Ausgaben für die Beamten und Bediensteten auf Zeit, die eine Forschungsplanstelle innehaben, werden aus den Mitteln der einzelnen Posten des Teileinzelplans B6 gedeckt.
A-1 1 4 7	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere die Artikel 56a und 56b. Veranschlagt sind Vergütungen für Schichtdienst und für Bereitschaftsdienst am Arbeitsplatz und zu Hause. Die entsprechenden Ausgaben für die Beamten und Bediensteten auf Zeit, die eine Forschungsplanstelle innehaben, werden aus den Mitteln der einzelnen Posten des Teileinzelplans B6 gedeckt.
A-1 1 4 9	Statut der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, insbesondere Artikel 95. Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 34. Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 47. Veranschlagt sind: — die Ausgleichszulage für Beamte auf Lebenszeit der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, deren Nettodienstbezüge sich vermindert haben, — die Entschädigung bei Beendigung des Dienstverhältnisses eines Beamten auf Probe im Falle offensichtlich unzulänglicher Leistungen, — die Vergütung bei Kündigung des Vertrages eines Bediensteten auf Zeit durch das Organ, — Erstattung der Ausgaben für die Sicherheit der Wohnungen der Beamten, die in der Delegation oder den Vertretungen der Kommission in der Gemeinschaft tätig sind. Die entsprechenden Ausgaben für die Beamten und Bediensteten auf Zeit, die eine Forschungsplanstelle innehaben, werden aus den Mitteln der einzelnen Posten des Teileinzelplans B6 gedeckt.
A-1 1 5	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 56 und Anhang VI. Veranschlagt sind Pauschalvergütungen und Vergütungen zum Stundensatz für Überstunden der Beamten und Hilfskräfte der Laufbahngruppen C und D sowie der örtlichen Bediensteten, sofern diese Überstunden nicht, wie vorgesehen, durch Dienstbefreiung abgegolten werden konnten. Die entsprechenden Ausgaben für die Beamten und Bediensteten auf Zeit, die eine Forschungsplanstelle innehaben, werden aus den Mitteln der einzelnen Posten des Teileinzelplans B6 gedeckt.

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-1 1 — PERSONAL IM AKTIVEN DIENST *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
A-1 1 7	***Aushilfsleistungen***			
A-1 1 7 0	Freiberufliche Dolmetscher des gemeinsamen Dolmetscherkonferenzdienstes Nichtgetrennte Mittel	50 000	50 000	345 000,—
A-1 1 7 1	Sonstige freiberufliche Dolmetscher Nichtgetrennte Mittel	5 195 100	4 412 000	4 612 000,—
A-1 1 7 2	Interims-Konferenzoperateure des gemeinsamen Dolmetscherkonferenzdienstes Nichtgetrennte Mittel	30 000	30 000	15 000,—
A-1 1 7 3	Sonstige Interims-Konferenzoperateure Nichtgetrennte Mittel	8 000	15 000	6 500,—
A-1 1 7 4	Freiberufliche Korrektoren Nichtgetrennte Mittel	152 000	145 000	98 000,—
A-1 1 7 5	Leistungen zur Unterstützung des Übersetzungsdienstes Nichtgetrennte Mittel	3 158 600	2 410 000	
A-1 1 7 6	Sonstige Leistungen sowie Schreibarbeiten außerhalb des Hauses Nichtgetrennte Mittel	5 138 000	5 138 000	7 160 776,05
	Artikel A-1 1 7 insgesamt	13 731 700	12 200 000	12 237 276,05
A-1 1 8	***Vergütungen und Kosten bei Dienstantritt, Ausscheiden aus dem Dienst und Versetzungen***			
A-1 1 8 0	Verschiedene Ausgaben für Einstellung Nichtgetrennte Mittel	3 403 700	3 200 000	2 810 000,—

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-1 1 — PERSONAL IM AKTIVEN DIENST *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
A-1 1 7	
A-1 1 7 0	Veranschlagt sind die von freiberuflichen Dolmetschern und anderen, irgendwelchen Einrichtungen oder Agenturen angehörenden, nichtständigen Dolmetschern für den SCIC erbrachten Leistungen in von der Kommission oder anderen Organen veranstalteten Sitzungen, bei denen die notwendigen Dienstleistungen von den Dolmetschern der Kommission — Beamte, Zeitbedienstete oder Hilfskräfte — nicht zu bewältigen sind. Veranschlagt sind auch die Alters- und Todesfallversicherung, die Kranken- und Unfallversicherung sowie die Fahrkosten der freiberuflichen und anderen, irgendwelchen Einrichtungen oder Agenturen angehörenden, nichtständigen Dolmetscher. Die entsprechenden Ausgaben für die Beamten und Bediensteten auf Zeit, die eine Forschungsplanstelle innehaben, werden aus den Mitteln der einzelnen Posten des Teileinzelplans B6 gedeckt. Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 18 000 000 ECU veranschlagt.
A-1 1 7 1	Siehe Erläuterung zu Posten A-1 1 7 0.
A-1 1 7 2	Veranschlagt sind die Dienstleistungen von freiberuflichen Dolmetschern des SCIC und anderen in von der Kommission oder anderen Organen veranstalteten Sitzungen, die von Beamten der Kommission nicht zu bewältigen sind.
A-1 1 7 3	Siehe Erläuterung zu Posten A-1 1 7 2.
A-1 1 7 4	Veranschlagt sind die Honorare der freiberuflichen Korrektoren, die tätig werden, um die Ausführung von Arbeiten zu gewährleisten, die von den Beamten der Kommission allein nicht zu bewältigen sind. Veranschlagt sind ebenfalls die Versicherungs- und Fahrkosten der freiberuflichen Korrektoren.
A-1 1 7 5	*Vormals Teilposten A-1 1 7 5* Veranschlagt sind die Ausgaben für Übersetzungsleistungen auf freiberuflicher oder Zeitarbeitsbasis sowie für vom Übersetzungsdienst außer Haus vergebene Schreib- und sonstige Arbeiten.
A-1 1 7 6	*Vormals Teilposten A-1 1 7 5* Veranschlagt sind: — die Kosten für die Einstellung von Aushilfspersonal (besonders Telefonisten, Fernschreib-Personal und Stenotypisten für sämtliche Kommissionsdienststellen), — die Kosten für Vervielfältigungs- und Schreibarbeiten außerhalb des Hauses, soweit diese nicht durch die Dienststellen der Kommission ausgeführt werden können, — die Kosten der Umstellung auf den EDV-Betrieb zur Erstellung von erläuternden und begründenden Schriftstücken, die für den Eigenbedarf der Kommission und zur Vorlage bei der Haushaltsbehörde bestimmt sind. Die entsprechenden Ausgaben für die Forschung werden aus den Mitteln der einzelnen Posten des Teileinzelplans B6 gedeckt. Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 126 000 ECU veranschlagt.
A-1 1 8	
A-1 1 8 0	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere die Artikel 27 bis 31 und 33 sowie Anhang III. Veranschlagt sind die Ausgaben für Einstellungsverfahren, insbesondere: — die Kosten für Veröffentlichungen, — die Reise- und Aufenthaltskosten sowie die Unfallversicherung der einberufenen Stellenbewerber, — die Kosten für gemeinsame Einstellungsprüfungen (Saalmiete, Miete für Mobiliar und Maschinen, Kosten für das Korrigieren der Prüfungsarbeiten), — Kosten für die ärztliche Untersuchung vor der Einstellung. Wiederzuverwenden sind die Beträge aus der teilweisen Erstattung: — der Kosten für Veröffentlichungen,

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-1 1 — PERSONAL IM AKTIVEN DIENST *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
A-1 1 8	*(Fortsetzung)*			
A-1 1 8 0	*(Fortsetzung)*			
A-1 1 8 1	Reisekosten (einschließlich derjenigen der Familienmitglieder) Nichtgetrennte Mittel	478 500	322 000 (1)	142 000,—
A-1 1 8 2	Einrichtungs-, Wiedereinrichtungs- und Versetzungsbeihilfen Nichtgetrennte Mittel	6 104 000	5 418 159 (2)	3 391 000,—
A-1 1 8 3	Umzugskosten Nichtgetrennte Mittel	3 227 200	1 688 000 (3)	1 957 185,93
A-1 1 8 4	Zeitweilige Tagegelder Nichtgetrennte Mittel	4 008 500	3 143 709 (4)	1 684 000,—
	Artikel A-1 1 8 insgesamt	17 221 900	13 771 868	9 984 185,93

(1) Mittel in Höhe von 82 000 ECU sind in Kapitel A-10 0 eingesetzt.
(2) Mittel in Höhe von 966 000 ECU sind in Kapitel A-10 0 eingesetzt.
(3) Mittel in Höhe von 904 000 ECU sind in Kapitel A-10 0 eingesetzt.
(4) Mittel in Höhe von 794 000 ECU sind in Kapitel A-10 0 eingesetzt.

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-1 1 — PERSONAL IM AKTIVEN DIENST *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
A-1 1 8	*(Fortsetzung)*
A-1 1 8 0	*(Fortsetzung)* — der von der Kommission verauslagten Kosten anläßlich der Durchführung gemeinsamer Auswahlverfahren zur Einstellung von Beamten für mehrere Organe der Europäischen Gemeinschaften, — der Kosten bei der Einstellung von Beamten und sonstigen Bediensteten des Gemeinsamen Dolmetscher-Konferenzdienstes. Die entsprechenden Ausgaben für die Beamten und Bediensteten auf Zeit, die eine Forschungsplanstelle innehaben, werden aus den Mitteln der einzelnen Posten des Teileinzelplans B6 gedeckt. Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 15 000 ECU veranschlagt.
A-1 1 8 1	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere die Artikel 20 und 71 und Artikel 7 des Anhangs VII. Veranschlagt sind Mittel für die Erstattung der Reisekosten der Beamten und der Bediensteten auf Zeit (einschließlich derjenigen ihrer Familienangehörigen) beim Dienstantritt, beim Ausscheiden aus dem Dienst oder bei Versetzungen, die mit einem Wechsel des Dienstorts verbunden sind. Die entsprechenden Ausgaben für die Beamten und Bediensteten auf Zeit, die eine Forschungsplanstelle innehaben, werden aus den Mitteln der einzelnen Posten des Teileinzelplans B6 gedeckt.
A-1 1 8 2	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere die Artikel 5 und 6 des Anhangs VII. Veranschlagt sind die Einrichtungs- und Wiedereinrichtungsbeihilfe für Beamte und Bedienstete auf Zeit, die infolge ihres Dienstantritts, ihrer Verwendung an einem neuen Dienstort oder ihres Ausscheidens aus dem Dienst ihren Wohnsitz wechseln und sich an einem anderen Ort wieder einrichten müssen. Die entsprechenden Ausgaben für die Beamten und Bediensteten auf Zeit, die eine Forschungsplanstelle innehaben, werden aus den Mitteln der einzelnen Posten des Teileinzelplans B6 gedeckt.
A-1 1 8 3	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere die Artikel 20 und 71 und Artikel 9 des Anhangs VII. Veranschlagt sind Mittel für die Erstattung der Umzugskosten der Beamten und der Bediensteten auf Zeit, die infolge ihres Dienstantritts, ihrer Verwendung an einem neuen Dienstort oder ihres endgültigen Ausscheidens aus dem Dienst ihren Wohnsitz wechseln und sich an einem anderen Ort wieder einrichten müssen. Die entsprechenden Ausgaben für die Beamten und Bediensten auf Zeit, die eine Forschungsplanstelle innehaben, werden aus den Mitteln der einzelnen Posten des Teileinzelplans B6 gedeckt.
A-1 1 8 4	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 10 des Anhangs VII. Veranschlagt sind die zeitweiligen Tagegelder für Beamte und Bedienstete auf Zeit, die nachweisen, daß sie infolge ihres Dienstantritts oder ihrer Verwendung an einem neuen Dienstort ihren Wohnort wechseln müssen. Die entsprechenden Ausgaben für die Beamten und Bediensten auf Zeit, die eine Forschungsplanstelle innehaben, werden aus den Mitteln der einzelnen Posten des Teileinzelplans B6 gedeckt.

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-1 1 — PERSONAL IM AKTIVEN DIENST *(Fortsetzung)*

KAPITEL A-1 2 — VERSORGUNGSBEZÜGE, VERGÜTUNGEN UND VERSCHIEDENE BEITRÄGE

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
A-1 1 9	***Mittel für Anpassungen der Dienstbezüge der Beamten und sonstigen Bediensteten***			
A-1 1 9 0	Berichtigungskoeffizienten Nichtgetrennte Mittel	2 108 500	2 092 583 (1)	2 018 246,61
A-1 1 9 1	Vorläufig eingesetzte Mittel Nichtgetrennte Mittel	25 083 600	15 734 571 (2)	0,—
	Artikel A-1 1 9 insgesamt	27 192 100	17 827 154	2 018 246,61
	KAPITEL A-1 1 INSGESAMT	904 764 800	835 023 388	718 379 739,89
	KAPITEL A-1 2			
A-1 2 0	***Versorgungsbezüge und Abgangsgelder***			
A-1 2 0 0	Ruhegehälter Nichtgetrennte Mittel	117 420 000	92 405 923	79 716 936,37
A-1 2 0 1	Ruhegehälter wegen Dienstunfähigkeit Nichtgetrennte Mittel	70 175 000	63 571 391	57 315 319,82
A-1 2 0 2	Hinterbliebenenversorgung Nichtgetrennte Mittel	33 579 000	29 933 558	26 275 109,86

(1) Mittel in Höhe von 8 000 ECU sind in Kapitel A-10 0 eingesetzt.
(2) Mittel in Höhe von 59 000 ECU sind in Kapitel A-10 0 eingesetzt.

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-1 1 — PERSONAL IM AKTIVEN DIENST *(Fortsetzung)*

KAPITEL A-1 2 — VERSORGUNGSBEZÜGE, VERGÜTUNGEN UND VERSCHIEDENE BEITRÄGE

Artikel Posten	Erläuterungen
A-1 1 9	
A-1 1 9 0	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere die Artikel 64 und 65 sowie Anhang VII Artikel 17 Absatz 3. Veranschlagt sind Mittel für die Anwendung des Berichtigungskoeffizienten, der auf die Dienstbezüge der Beamten, der Bediensteten auf Zeit und der Hilfskräfte anzuwenden ist. Veranschlagt sind ferner Mittel für die Anwendung des Berichtigungskoeffizienten auf den Teil der Dienstbezüge, der in ein anderes Land als das, in dem der Dienstort liegt, überwiesen wird. Die entsprechenden Ausgaben für die Beamten und Bediensteten auf Zeit, die eine Forschungsplanstelle innehaben, werden aus den Mitteln der einzelnen Posten des Teileinzelplans B6 gedeckt.
A-1 1 9 1	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 65. Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3.1990, S. 1). Beschluß 81/1061/Euratom, EGKS, EWG des Rates vom 15. Dezember 1981 zur Änderung des Verfahrens zur Angleichung der Dienstbezüge der Beamten und sonstigen Bediensteten der Gemeinschaften (ABl. Nr. L 386 vom 31. 12. 1981, S. 6). Die Mittel sind vorläufig eingesetzt und können nur in Anspruch genommen werden, wenn sie vorher nach Maßgabe der Haushaltsordnung auf andere Haushaltsartikel oder -posten übertragen worden sind. Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Auswirkungen der vom Rat im Laufe des Haushaltsjahres zu beschließenden etwaigen Anpassungen der Bezüge. Die entsprechenden Ausgaben für die Beamten und Bediensteten auf Zeit, die eine Forschungsplanstelle innehaben, werden aus den Mitteln der einzelnen Posten des Teileinzelplans B6 gedeckt.
A-1 2 0	
A-1 2 0 0	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 77 und Anhang VIII. Veranschlagt sind die Ruhegehälter der Beamten und der Bediensteten auf Zeit sämtlicher Organe der Europäischen Gemeinschaften, einschließlich der aus den Forschungs- und Investitionsmitteln besoldeten Beamten und Bediensteten. Veranschlagt sind ebenfalls die Zahlungen (Ruhegehalt-Sondervergütung) an die seinerzeit deportierten oder internierten Widerstandskämpfer.
A-1 2 0 1	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 78 und Anhang VIII. Veranschlagt sind die Ruhegehälter wegen Dienstunfähigkeit der Beamten und der Bediensteten auf Zeit sämtlicher Organe der Europäischen Gemeinschaften, einschließlich der aus den Mitteln für Forschung und technologische Entwicklung besoldeten Beamten und Bediensteten.
A-1 2 0 2	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere die Artikel 79 und 80 und Anhang VIII. Veranschlagt sind Mittel für die Hinterbliebenenversorgung der anspruchsberechtigten Personen der Beamten und Bediensteten auf Zeit sämtlicher Organe der Europäischen Gemeinschaften, einschließlich der aus Mitteln für Forschung und technologische Entwicklung besoldeten Beamten und Bediensteten.

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-1 2 — VERSORGUNGSBEZÜGE, VERGÜTUNGEN UND VERSCHIEDENE BEITRÄGE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
A-1 2 0	*(Fortsetzung)*			
A-1 2 0 2	*(Fortsetzung)*			
A-1 2 0 3	Abgangsgelder Nichtgetrennte Mittel	8 826 000	6 897 000	6 367 018,72
	Artikel A-1 2 0 insgesamt	230 000 000	192 807 872	169 674 384,77
A-1 2 1	***Vergütungen bei Versetzung in den einstweiligen Ruhestand, bei Stellenenthebung und bei Entlassung***			
A-1 2 1 0	Vergütungen bei Stellenenthebung aus dienstlichen Gründen in Anwendung der Artikel 41 und 50 des Statuts der Beamten der Europäischen Gemeinschaften Nichtgetrennte Mittel	4 008 000	3 229 786	4 063 767,52
A-1 2 1 3	Vergütung bei endgültigem Ausscheiden aus dem Dienst (Verordnung (EGKS, EWG, Euratom) Nr. 2150/82) Nichtgetrennte Mittel	81 000	207 716	451 031,44
A-1 2 1 4	Vergütung bei endgültigem Ausscheiden aus dem Dienst (Verordnung (EGKS, EWG, Euratom) Nr. 1679/85) Nichtgetrennte Mittel	2 690 000	4 083 052	5 255 710,67
A-1 2 1 5	Vergütung bei endgültigem Ausscheiden aus dem Dienst (Verordnung (EGKS, EWG, Euratom) Nr. 3518/85) Nichtgetrennte Mittel	17 874 000	21 195 215	20 906 620,12
A-1 2 1 6	Vergütung bei endgültigem Ausscheiden aus dem Dienst (Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 2274/87) Nichtgetrennte Mittel	3 176 000	3 314 298	2 456 130,34
A-1 2 1 7	Vergütungen bei endgültigem Ausscheiden aus dem Dienst (Verordnung (EWG) Nr. 1857/89) Nichtgetrennte Mittel	4 981 000	5 408 771	3 932 874,92
	Artikel A-1 2 1 insgesamt	32 810 000	37 438 838	37 066 135,01
A-1 2 3	***Krankenversicherung*** Nichtgetrennte Mittel	8 781 000	7 519 536	4 966 224,22

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-1 2 — VERSORGUNGSBEZÜGE, VERGÜTUNGEN UND VERSCHIEDENE BEITRÄGE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
A-1 2 0	*(Fortsetzung)*
A-1 2 0 2	*(Fortsetzung)* Veranschlagt sind ebenfalls die Zahlungen (Hinterbliebenenversorgung-Sondervergütung) an die Anspruchsberechtigten der seinerzeit deportierten oder internierten Widerstandskämpfer.
A-1 2 0 3	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 11 und 12 des Anhangs VIII. Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 39. Veranschlagt sind Mittel für die Abgangsgelder der Beamten und Bediensteten auf Zeit sämtlicher Organe der Europäischen Gemeinschaften, einschließlich des wissenschaftlichen und technischen Personals. Veranschlagt sind ferner Mittel für die Auszahlung des versicherungsmathematischen Gegenwerts der Ruhegehaltsansprüche.
A-1 2 1	
A-1 2 1 0	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere die Artikel 41 und 50 und Anhang IV. Veranschlagt sind die Vergütungen für Beamte, die: — im Anschluß an eine Maßnahme zur Verminderung der Zahl der Dienstposten des Organs in den einstweiligen Ruhestand versetzt werden, — einen Dienstposten der Besoldungsgruppe A 1 oder A 2 innehaben und die diesen Stellen aus dienstlichen Gründen enthoben werden.
A-1 2 1 3	Verordnung (EGKS, EWG, Euratom) Nr. 2150/82 des Rates vom 28. Juli 1982 zur Einführung vorübergehender Sondermaßnahmen betreffend das endgültige Ausscheiden von Beamten der Europäischen Gemeinschaften aus dem Dienst infolge des Beitritts Griechenlands (ABl. Nr. L 228 vom 4. 8. 1982, S. 1).
A-1 2 1 4	Verordnung (EGKS, EWG, Euratom) Nr. 1679/85 des Rates vom 19. Juni 1985 zur Einführung vorübergehender Sondermaßnahmen betreffend das endgültige Ausscheiden wissenschaftlicher und technischer Beamter der Europäischen Gemeinschaften aus dem Dienst (ABl. Nr. L 162 vom 21. 6. 1985, S. 1), insbesondere Artikel 3.
A-1 2 1 5	Verordnung (EGKS, EWG, Euratom) Nr. 3518/85 des Rates vom 12. Dezember 1985 zur Einführung von Sondermaßnahmen aufgrund des Beitritts Spaniens und Portugals betreffend das endgültige Ausscheiden von Beamten der Europäischen Gemeinschaften aus dem Dienst (ABl. Nr. L 335 vom 13. 12. 1985, S. 56).
A-1 2 1 6	Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 2274/87 des Rates vom 23. Juli 1987 zur Einführung von Sondermaßnahmen betreffend das endgültige Ausscheiden von Bediensteten auf Zeit der Europäischen Gemeinschaften aus dem Dienst (ABl. Nr. L 209 vom 31. 7. 1987, S. 1).
A-1 2 1 7	Verordnung (EWG) Nr. 1857/89 des Rates vom 21. Juni 1989 zur Einführung befristeter Sondermaßnahmen betreffend das endgültige Ausscheiden von Beamten der Europäischen Gemeinschaften aus dem Dienst (ABl. Nr. L 181 vom 28. 6. 1989, S. 2).
A-1 2 3	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 72. Veranschlagt sind die Arbeitgeberbeiträge zur Krankenversicherung für die Ruhegehaltsempfänger und die Empfänger von Vergütungen bei Versetzung in den einstweiligen Ruhestand, Amtsenthebung und Entlassung. Veranschlagt sind außerdem die Zahlungen (zusätzliche Krankheitskostenerstattungen) an die seinerzeit deportierten oder internierten Widerstandskämpfer.

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-1 2 — VERSORGUNGSBEZÜGE, VERGÜTUNGEN UND VERSCHIEDENE BEITRÄGE *(Fortsetzung)*

KAPITEL A-1 3 — DIENSTREISE- UND FAHRKOSTEN

KAPITEL A-1 4 — SOZIALE UND MEDIZINISCHE INFRASTRUKTUR

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
A-1 2 9	***Anpassungen der Bezüge und verschiedene Vergütungen***			
A-1 2 9 0	Berichtigungskoeffizienten Nichtgetrennte Mittel	5 139 000	5 154 217	3 306 879,42
A-1 2 9 1	Vorläufig eingesetzte Mittel Nichtgetrennte Mittel	8 166 000	4 919 009	0,—
	Artikel A-1 2 9 insgesamt	13 305 000	10 073 226	3 306 879,42
	KAPITEL A-1 2 INSGESAMT	284 896 000	247 839 472	215 013 623,42
	KAPITEL A-1 3			
A-1 3 0	***Dienstreise- und Fahrkosten sowie Nebenkosten*** Nichtgetrennte Mittel	20 749 000	20 000 000	19 684 500,—
	KAPITEL A-1 3 INSGESAMT	20 749 000	20 000 000	19 684 500,—
	KAPITEL A-1 4			
A-1 4 0	***Restaurants und Kantinen***			
A-1 4 0 0	Ausgaben für den Betrieb der Restaurants und Kantinen Nichtgetrennte Mittel	694 000	655 000	712 584,11

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-1 2 — VERSORGUNGSBEZÜGE, VERGÜTUNGEN UND VERSCHIEDENE BEITRÄGE *(Fortsetzung)*

KAPITEL A-1 3 — DIENSTREISE- UND FAHRKOSTEN

KAPITEL A-1 4 — SOZIALE UND MEDIZINISCHE INFRASTRUKTUR

Artikel Posten	Erläuterungen
A-1 2 9	
A-1 2 9 0	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere die Artikel 64 und 65. Veranschlagt sind die finanziellen Auswirkungen der Berichtigungskoeffizienten, die bei Versetzung in den einstweiligen Ruhestand, Stellenenthebung und Entlassung auf die Versorgungsbezüge und Vergütungen angewendet werden.
A-1 2 9 1	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 65. Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1). Beschluß 81/1061/Euratom, EGKS, EWG des Rates vom 15. Dezember 1981 zur Änderung des Verfahrens zur Angleichung der Dienstbezüge der Beamten und sonstigen Bediensteten der Gemeinschaften (ABl. Nr. L 386 vom 31. 12. 1981, S. 6). Die Mittel sind vorläufig eingesetzt und können nur in Anspruch genommen werden, wenn sie vorher nach Maßgabe der Haushaltsordnung auf andere Haushaltsartikel oder -posten übertragen worden sind. Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Auswirkungen der vom Rat im Laufe des Haushaltsjahres beschlossenen etwaigen Anpassungen der Versorgungsbezüge und Zulagen.
A-1 3 0	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere die Artikel 11 bis 13 des Anhangs VII. Veranschlagt sind die Ausgaben für Fahrkosten, Dienstreisetagegelder sowie für Nebenkosten oder außergewöhnliche Auslagen, die bei Erledigung eines dienstlichen Auftrags durch das auf Statutsbasis beschäftigte Personal der Kommission entstehen, und für die zu den Kommissionsdienststellen abgeordneten nationalen oder internationalen Sachverständigen oder Beamten. Die entsprechenden Ausgaben für die Beamten und Bediensteten auf Zeit, die eine Forschungsplanstelle innehaben, werden aus den Mitteln der einzelnen Posten des Teileinzelplans B6 gedeckt. Der Betrag aus der Erstattung der für Rechnung anderer Institutionen und Organe der Gemeinschaften sowie für Rechnung Dritter verauslagten Dienstreisekosten kann wiederverwendet werden. Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 1 040 000 ECU veranschlagt.
A-1 4 0	
A-1 4 0 0	Veranschlagt sind Ausgaben für die Restaurants, Kantinen und Cafeterias, besonders die Ausgaben für die Instandhaltung der Anlagen. Die entsprechenden Ausgaben, die für die Forschung vorgesehen sind, werden aus den Mitteln der einzelnen Posten des Teileinzelplans B6 gedeckt.

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-1 4 — SOZIALE UND MEDIZINISCHE INFRASTRUKTUR *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
A-1 4 0	*(Fortsetzung)*			
A-1 4 0 0	*(Fortsetzung)*			
A-1 4 0 1	Ausgaben für den laufenden Umbau und die laufende Erneuerung der Einrichtung der Restaurants und Kantinen Nichtgetrennte Mittel	240 000	227 000	168 452,35
A-1 4 0 2	Ausgaben für den außergewöhnlichen Umbau und die außergewöhnliche Erneuerung der Einrichtung der Restaurants und Kantinen Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
	Artikel A-1 4 0 insgesamt	934 000	882 000	881 036,46
A-1 4 1	***Ärztlicher Dienst***			
A-1 4 1 0	Ärztlicher Dienst Nichtgetrennte Mittel	1 800 000	1 637 000	1 542 828,90
A-1 4 1 1	Ankauf von Material für den ärztlichen Dienst Nichtgetrennte Mittel	366 000	333 000	284 765,78
	Artikel A-1 4 1 insgesamt	2 166 000	1 970 000	1 827 594,68
A-1 4 2	***Ärztliche Kontrolle strahlenexponierter Bediensteter im Rahmen des Gesundheitsschutzes*** Nichtgetrennte Mittel	380 000	300 000	268 128,80
	KAPITEL A-1 4 INSGESAMT	3 480 000	3 152 000	2 976 759,94

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-1 4 — SOZIALE UND MEDIZINISCHE INFRASTRUKTUR *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
A-1 4 0	*(Fortsetzung)*
A-1 4 0 0	*(Fortsetzung)*
	Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 1 000 ECU veranschlagt.
A-1 4 0 1	Veranschlagt sind Ausgaben für den laufenden Umbau, die laufende Ersatzbeschaffung von Material und den Ankauf neuer Ausrüstungen, der nicht zu der laufenden Instandhaltung gerechnet werden kann. Die entsprechenden Ausgaben für die Forschung werden aus den Mitteln der einzelnen Posten des Teileinzelplans B6 gedeckt. Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 5 000 ECU veranschlagt.
A-1 4 0 2	Bei diesem Posten sollen gegebenenfalls die für grundlegende Umbauten und Erneuerungen erforderlichen Ausgaben veranschlagt werden, die von den laufenden Ausgaben für Umbau, Instandsetzung und Erneuerung der Anlagen und des Materials klar unterschieden werden müssen.
A-1 4 1	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 59 (Ärztliche Kontrolle bei Fernbleiben vom Dienst wegen Krankheit und vorbeugende ärztliche Untersuchung) und Artikel 8 des Anhangs II (Invaliditätsausschuß). Veranschlagt sind neben Arzthonoraren die Kosten für vorbeugende Untersuchungen (Spezialuntersuchungen, Analysen usw.), für Behandlungsmaterial (Arzneimittel, Verbandstoffe usw.), für den Ankauf von Geräten und Spezialmobiliar, für die Tätigkeit des Invaliditätsausschusses. Veranschlagt sind außerdem die Kosten für die ärztlichen Untersuchungen bei der Einstellung von Betreuern für die Kindertagesstätten. Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 45 000 ECU veranschlagt.
A-1 4 2	Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft, insbesondere Kapitel III. Einzelstaatliche Rechtsvorschriften über die Grundnormen. Veranschlagt sind Mittel für die ärztliche Kontrolle strahlenexponierter Bediensteter im Rahmen des Gesundheitsschutzes.

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-1 5 — AUSTAUSCH VON BEAMTEN UND SACHVERSTÄNDIGEN

KAPITEL A-1 6 — SOZIALAUSGABEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
	KAPITEL A-1 5			
A-1 5 2	***Austausch von Personal zwischen den Gemeinschaften und dem öffentlichen und privaten Sektor***			
A-1 5 2 0	Vorübergehend zur Kommission abgeordnete nationale und internationale Beamte sowie Bedienstete des privaten Sektors Nichtgetrennte Mittel	11 754 000	9 190 000	9 000 000,—
A-1 5 2 1	Vorübergehend zu nationalen Verwaltungen, internationalen Organisationen und öffentlichen oder privaten Einrichtungen oder Unternehmen abgeordnete Beamte der Kommission Nichtgetrennte Mittel	985 000	810 000	438 500,—
	Artikel A-1 5 2 insgesamt	12 739 000	10 000 000	9 438 500,—
	KAPITEL A-1 5 INSGESAMT	12 739 000	10 000 000	9 438 500,—
	KAPITEL A-1 6			
A-1 6 0	***Außerordentliche Beihilfen*** Nichtgetrennte Mittel	20 000	20 000	7 104,91
A-1 6 1	***Gesellschaftliche Beziehungen zwischen den Bediensteten*** Nichtgetrennte Mittel	346 000	332 000	203 390,60
A-1 6 2	***Sonstige Sozialaufwendungen*** Nichtgetrennte Mittel	950 000	878 000	513 791,90

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-1 5 — AUSTAUSCH VON BEAMTEN UND SACHVERSTÄNDIGEN

KAPITEL A-1 6 — SOZIALAUSGABEN

Artikel Posten	Erläuterungen
A-1 5 2	
A-1 5 2 0	Die Modalitäten der Benennung der Beamten und ihrer Vergütung sowie sonstige finanzielle Bestimmungen werden von der Kommission festgelegt. Veranschlagt sind die Ausgaben im Zusammenhang mit der Abordnung nationaler Beamter und anderer Sachverständiger zu den Dienststellen der Kommission, ihrer vorübergehenden Verwendung in diesen Dienststellen sowie die Ausgaben für Konsultationen von kurzer Dauer, insbesondere im Hinblick auf die Vorbereitung von Rechtsakten zur Harmonisierung in verschiedenen Bereichen. Durch diesen Austausch soll es den Mitgliedstaaten außerdem ermöglicht werden, die Rechtsakte der Gemeinschaft einheitlich anzuwenden.
A-1 5 2 1	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 38. Veranschlagt sind Mittel zur Erstattung zusätzlicher Kosten, die den Beamten der Gemeinschaften bei dieser Abordnung entstehen, sowie die Ausgaben für Ausbildungsmaßnahmen.
A-1 6 0	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 76. Veranschlagt sind Mittel für finanzielle Zuwendungen an Beamte, ehemalige Beamte oder Rechtsnachfolger eines verstorbenen Beamten, die sich in einer besonders schwierigen Lage befinden. Die entsprechenden Ausgaben für die Beamten und Bediensteten auf Zeit, die eine Forschungsplanstelle innehaben, werden aus den Mitteln der einzelnen Posten des Teileinzelplans B6 gedeckt.
A-1 6 1	Veranschlagt sind ein Teil der Ausgaben für das Foyer, für kulturelle Veranstaltungen, für Zuschüsse an die Personalklubs sowie für die Verwaltung und Erweiterung der Sportanlagen und alle Tätigkeiten, die die Herstellung engerer gesellschaftlicher Beziehungen zwischen den Bediensteten verschiedener Staatsangehörigkeit fördern. Ferner ermöglichen diese Mittel nach Ausschöpfung etwaiger nationaler Ansprüche im Wohnsitz- oder Herkunftsland die Erstattung — im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel — der durch die Behinderung bedingten, als notwendig anerkannten und ordnungsgemäß nachgewiesenen nichtmedizinischen Ausgaben. Die entsprechenden Ausgaben für die Beamten und Bediensteten auf Zeit, die eine Forschungsplanstelle innehaben, werden aus den Mitteln der einzelnen Posten des Teileinzelplans B6 gedeckt. Die Beiträge anderer Organe sowie die Beteiligung an den Ausgaben der Beamten für die Tätigkeiten können wiederverwendet werden. Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 35 000 ECU veranschlagt.
A-1 6 2	Veranschlagt sind Zuschüsse insbesondere für Ferienkolonien, Jugendorganisationen (Jugendführer, Pfadfinder) und kirchliche Veranstaltungen. Veranschlagt sind ferner die Ausgaben für die Betreuung sowie für die Rechtsberatung und die Beratung in Grundstücksfragen. Die entsprechenden Ausgaben für die Beamten und Bediensteten auf Zeit, die eine Forschungsplanstelle innehaben, werden aus den Mitteln der einzelnen Posten des Teileinzelplans B6 gedeckt.

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-1 6 — SOZIALAUSGABEN *(Fortsetzung)*

KAPITEL A-1 7 — AUSGABEN FÜR EMPFÄNGE UND REPRÄSENTATIONSZWECKE

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
A-1 6 3	***Institutionelle Sozialeinrichtungen*** Nichtgetrennte Mittel	1 500 000	1 005 000	270 663,19
A-1 6 4	***Beihilfe für behinderte Personen*** Nichtgetrennte Mittel	250 000		
	KAPITEL A-1 6 INSGESAMT	3 066 000	2 235 000	994 950,60
	KAPITEL A-1 7			
A-1 7 0	***Ausgaben für Empfänge und Repräsentationszwecke***			
A-1 7 0 0	Ausgaben der Mitglieder des Organs für Empfänge und für Repräsentationszwecke Nichtgetrennte Mittel	380 000	383 000	380 000,—
A-1 7 0 1	Ausgaben des Personals für Empfänge und für Repräsentationszwecke Nichtgetrennte Mittel	360 000	362 000	359 200,—
	Artikel A-1 7 0 insgesamt	740 000	745 000	739 200,—
	KAPITEL A-1 7 INSGESAMT	740 000	745 000	739 200,—
	Titel A-1 insgesamt	**1 238 575 800**	**1 127 079 697**	**974 576 683,76**

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-1 6 — SOZIALAUSGABEN *(Fortsetzung)*

KAPITEL A-1 7 — AUSGABEN FÜR EMPFÄNGE UND REPRÄSENTATIONSZWECKE

Artikel Posten	Erläuterungen
A-1 6 3	Veranschlagt sind bestimmte Ausgaben im Zusammenhang mit den Kleinkinder-Tagesstätten, insbesondere für Leistungen auf Vertragsbasis sowie die finanzielle Beteiligung der Kommission an den Infrastrukturausgaben der nicht von ihr verwalteten Kleinkindertagesstätten. Die Gehälter der in diesen Kleinkindertagesstätten dienstlich verwendeten Beamten und Bediensteten auf Zeit sowie die Mieten für diese von der Kommission verwalteten Tagesstätten sind bei Kapitel A-1 1 bzw. A-2 0 eingesetzt. Die Verwaltungsausgaben werden aus den Elternbeiträgen finanziert. Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 600 000 ECU veranschlagt.
A-1 6 4	*Neuer Artikel* Diese Mittel sind zur Deckung der Kosten einer Aktionspolitik zugunsten von Behinderten in den folgenden Kategorien vorgesehen: — Beamte und Bedienstete auf Zeit, — Ehegatten dieser Personen, — alle im Sinne des Statuts unterhaltspfichtigen Kinder der Beamten der Europäischen Gemeinschaften. Damit soll im Rahmen der Möglichkeiten des Haushalts und nach Ausschöpfung der Ansprüche im Aufenthaltsland bzw. Herkunftsland die Erstattung von als notwendig anerkannten Kosten (außer Arztkosten), die sich aus der Behinderung ergeben und nachweislich belegt sind, finanziert werden.
A-1 7 0	
A-1 7 0 0	Beschluß der Kommission vom 19. September 1979. Veranschlagt sind die Ausgaben für Empfänge und für Repräsentationszwecke der Kommission. Die Kosten können von den Mitgliedern der Kommission in Ausübung ihres Amtes und im Rahmen der Tätigkeit des Organs gesondert verauslagt werden.
A-1 7 0 1	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 14 des Anhangs VII. Erstattungsfähig sind Aufwandsausgaben, die verauslagt werden, um Repräsentationsverpflichtungen im Namen der Kommission im dienstlichen Interesse nachzukommen. Repräsentationsverpflichtungen bestehen nicht gegenüber Beamten oder sonstigen Bediensteten der Kommission oder eines anderen Organs der Europäischen Gemeinschaften. Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 2 000 ECU veranschlagt.

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

TITEL A-2

GEBÄUDE, MATERIAL UND VERSCHIEDENE SACHAUSGABEN

KAPITEL A-2 0 — GRUNDSTÜCKSINVESTITIONEN, MIETE VON GEBÄUDEN UND NEBENKOSTEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
	KAPITEL A-2 0			
A-2 0 0	***Mieten*** Nichtgetrennte Mittel	83 987 000	76 288 000 (1)	71 989 856,73
A-2 0 1	***Versicherungskosten*** Nichtgetrennte Mittel	271 000	287 000	290 000,—
A-2 0 2	***Wasser, Gas, Strom und Heizung*** Nichtgetrennte Mittel	8 747 000	8 088 000 (2)	7 790 000,—
A-2 0 3	***Reinigung und Instandhaltung*** Nichtgetrennte Mittel	17 300 000	15 756 000 (3)	16 398 602,71
A-2 0 4	***Herrichtung der Diensträume*** Nichtgetrennte Mittel	6 208 000	6 116 000	6 903 301,78
A-2 0 5	***Sicherheit und Überwachung der Gebäude*** Nichtgetrennte Mittel	17 332 855	13 360 000 (4)	14 880 104,85
A-2 0 6	***Erwerb von Immobilien*** Nichtgetrennte Mittel	5 544 000	6 400 000	6 436 393,71
A-2 0 7	***Bau von Gebäuden*** Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
A-2 0 8	***Sonstige, vor dem Erwerb von Immobilien oder dem Bau von Gebäuden anfallende Ausgaben*** Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
A-2 0 9	***Sonstige Ausgaben für Gebäude*** Nichtgetrennte Mittel	612 000	400 000	927 254,54

(1) Mittel in Höhe von 351 000 ECU sind in Kapitel A-10 0 eingesetzt.
(2) Mittel in Höhe von 29 000 ECU sind in Kapitel A-10 0 eingesetzt.
(3) Mittel in Höhe von 59 000 ECU sind in Kapitel A-10 0 eingesetzt.
(4) Mittel in Höhe von 51 000 ECU sind in Kapitel A-10 0 eingesetzt.

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

TITEL A-2

GEBÄUDE, MATERIAL UND VERSCHIEDENE SACHAUSGABEN

KAPITEL A-2 0 — GRUNDSTÜCKSINVESTITIONEN, MIETE VON GEBÄUDEN UND NEBENKOSTEN

Artikel Posten	Erläuterungen
A-2 0 0	Veranschlagt sind die Mieten für die belegten Dienstgebäude oder Gebäudeteile sowie die Miete von Konferenzsälen, Lagerräumen, Garagen und Parkplätzen. Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 697 000 ECU veranschlagt.
A-2 0 1	Veranschlagt sind die Mittel für die Zahlung der in den Versicherungspolicen für die Dienstgebäude oder Teile von Dienstgebäuden der Kommission vorgesehenen Prämien.
A-2 0 2	Veranschlagt sind die Ausgaben für Wasser, Gas, Strom und Heizung. Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 15 000 ECU veranschlagt.
A-2 0 3	Veranschlagt sind die Mittel für die Unterhaltung der Räume, der Aufzüge, der Zentralheizung, der Klimaanlagen usw. Der Ansatz ist nach den laufenden Verträgen berechnet. Veranschlagt sind ferner die Mittel für bestimmte regelmäßige Sonderreinigungen, Putz- und Pflegemittel, Wäscherei und chemische Reinigung usw. sowie für Malerarbeiten und das zur Instandsetzung und Instandhaltung in eigener Werkstatt erforderliche Material. Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 38 000 ECU veranschlagt.
A-2 0 4	Veranschlagt sind Mittel für Herrichtungsarbeiten, wie die Versetzung von Zwischenwänden in den Gebäuden, Energieeinsparungsmaßnahmen, Verlegung von elektrischen Leitungen sowie Telefon- oder EDV-Leitungen usw. Veranschlagt sind ferner die Ausgaben für das entsprechende Material.
A-2 0 5	Veranschlagt sind verschiedene Ausgaben für die Sicherheit der Gebäude, insbesondere die Gebäudeüberwachungsverträge, die Miete und das Nachfüllen der Feuerlöscher, die Anschaffung und Unterhaltung der Brandbekämpfungsgeräte, die Ersatzbeschaffung für die Ausrüstung der freiwilligen Mannschaften des Feuerlöschdienstes und die gesetzlich vorgeschriebenen Kontrollen.
A-2 0 6	Veranschlagt sind die Mittel für den Erwerb oder den Mietkauf von Gebäuden, insbesondere des Breydel-Gebäudes.
A-2 0 7	Bei diesem Artikel sollen gegebenenfalls Mittel für den Bau von Gebäuden eingesetzt werden.
A-2 0 8	Bei diesem Artikel sollen gegebenenfalls Mittel zur Deckung der Ausgaben für die finanziellen und technischen Gutachten veranschlagt werden, die vor dem Erwerb oder der Errichtung von Gebäuden in Auftrag zu geben sind.
A-2 0 9	Veranschlagt sind Mittel für die übrigen laufenden Gebäudekosten, soweit diese in den vorhergehenden Artikeln des Kapitels A-2 0 nicht besonders vorgesehen sind. Hierzu gehören Straßenreinigungs- und Müllabfuhrgebühren, Beschilderungsmaterial.

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-2 0 — GRUNDSTÜCKSINVESTITIONEN, MIETE VON GEBÄUDEN UND NEBENKOSTEN *(Fortsetzung)*

KAPITEL A-2 2 — BEWEGLICHE SACHEN UND NEBENKOSTEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
A-2 0 9	*(Fortsetzung)*			
	KAPITEL A-2 0 INSGESAMT	140 001 855	126 695 000	125 615 514,32
	KAPITEL A-2 2			
A-2 2 0	***Technische Anlagen und Hardware für die Büroautomation***			
A-2 2 0 0	Erstausstattung — Material und technische Anlagen Nichtgetrennte Mittel	1 078 000	1 450 000	1 020 931,—
A-2 2 0 1	Ersatzbeschaffung von Material und technischen Anlagen Nichtgetrennte Mittel	304 000	535 000	294 965,42
A-2 2 0 2	Miete von Material und technischen Anlagen Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
A-2 2 0 3	Instandhaltung, Betrieb und Instandsetzung von Material und technischen Anlagen Nichtgetrennte Mittel	371 000	390 000	359 500,17
A-2 2 0 4	Hardware für die Büroautomation Nichtgetrennte Mittel	11 046 000	10 925 000 (1)	10 882 999,72
	Artikel A-2 2 0 insgesamt	12 799 000	13 300 000	12 558 396,31

(1) Mittel in Höhe von 93 000 ECU sind in Kapitel A-10 0 eingesetzt.

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-2 0 — GRUNDSTÜCKSINVESTITIONEN, MIETE VON GEBÄUDEN UND NEBENKOSTEN *(Fortsetzung)*

KAPITEL A-2 2 — BEWEGLICHE SACHEN UND NEBENKOSTEN

Artikel Posten	Erläuterungen
A-2 0 9	*(Fortsetzung)* Veranschlagt sind ebenfalls die Ausgaben für die technische Unterstützung bei umfangreichen Herrichtungsarbeiten.
A-2 2 0	
A-2 2 0 0	Veranschlagt sind Mittel für die Beschaffung von Material, insbesondere von Material für Audio-Video-Technik, Vervielfältigung, Archivierung, Bibliothek und Dolmetschen. Sie sollen auch die Kosten für Anlagen und Hardware für behinderte Beamte decken. Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 10 000 ECU veranschlagt.
A-2 2 0 1	Veranschlagt sind Mittel für die Ersatzbeschaffung, insbesondere von: — Material für Audio-Video-Technik, Vervielfältigung, Archivierung, Bibliothek und Dolmetschen, wie Kabinen, Kopfhörer und Hörgeräte für Simultandolmetschanlagen, — verschiedenes Arbeitsgerät für die Werkstätten, die für die Gebäudeinstandhaltung zuständig sind. Sie sollen auch die Kosten für Anlagen und Hardware für behinderte Beamte decken. Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 6 000 ECU veranschlagt.
A-2 2 0 2	Bei diesem Posten sollen gegebenenfalls Mittel für die Miete von Material und Geräten veranschlagt werden, deren Kauf nicht wirtschaftlich bzw. angesichts der knappen Haushaltsmittel schwierig wäre. Sie sollen auch die Kosten für Anlagen und Hardware für behinderte Beamte decken.
A-2 2 0 3	Veranschlagt sind Mittel für die Instandhaltungs- und Instandsetzungskosten für das Material und die Geräte der Posten A-2 2 0 0 bis A-2 2 0 2. Sie sollen auch die Kosten für Anlagen und Hardware für behinderte Beamte decken. Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 9 000 ECU veranschlagt.
A-2 2 0 4	Veranschlagt sind die Mittel für Kauf, Miete, Einbau, Wartung und Unterhalt aller Geräte der Bürokommunikation wie Textverarbeitungsmaschinen, elektronische Photokopiergeräte, Kleincomputer, Mikrokopiergeräte, Reader-Printer, Fernkopierer, große Vervielfältigungseinheiten usw. sowie die Mittel für die Dokumentation, Lieferungen usw. Sie sollen auch die Kosten für Anlagen und Hardware für behinderte Beamte decken. Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 47 000 ECU veranschlagt.

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-2 2 — BEWEGLICHE SACHEN UND NEBENKOSTEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
A-2 2 1	***Mobiliar***			
A-2 2 1 0	Erstausstattung — Mobiliar Nichtgetrennte Mittel	3 059 000 (1)	2 237 000 (2)	2 591 229,92
A-2 2 1 1	Ersatzbeschaffung von Mobiliar Nichtgetrennte Mittel	1 304 000	1 445 000	1 420 704,59
A-2 2 1 2	Miete von Mobiliar Nichtgetrennte Mittel	4 000	1 000	1 000,—
A-2 2 1 3	Unterhaltung, Betrieb und Instandsetzung von Mobiliar Nichtgetrennte Mittel	515 000 (3)	361 000	309 115,84
	Artikel A-2 2 1 insgesamt	4 882 000	4 044 000	4 322 050,35
A-2 2 3	***Fahrzeuge***			
A-2 2 3 0	Erstausstattung an Fahrzeugen Nichtgetrennte Mittel	12 000 (4)	p.m.	15 169,29
A-2 2 3 1	Ersatzbeschaffung von Fahrzeugen Nichtgetrennte Mittel	371 000 (5)	290 000	444 040,29
A-2 2 3 2	Miete von Fahrzeugen Nichtgetrennte Mittel	222 000	262 000	188 500,—
A-2 2 3 3	Unterhaltung, Betrieb und Instandsetzung von Fahrzeugen Nichtgetrennte Mittel	614 000 (6)	648 000	733 813,56
	Artikel A-2 2 3 insgesamt	1 219 000	1 200 000	1 381 523,14
A-2 2 5	***Ausgaben für Dokumentationen und Bibliothek***			
A-2 2 5 0	Bibliothek, Beschaffung von Büchern Nichtgetrennte Mittel	521 000	587 000	541 152,16
A-2 2 5 1	Spezifisches Bibliotheks-, Dokumentations- und Vervielfältigungsmaterial Nichtgetrennte Mittel	23 000 (7)	25 000	25 000,—

(1) Mittel in Höhe von 258 000 ECU sind in Kapitel A-10 0 eingesetzt.
(2) Mittel in Höhe von 196 000 ECU sind in Kapitel A-10 0 eingesetzt.
(3) Mittel in Höhe von 46 000 ECU sind in Kapitel A-10 0 eingesetzt.
(4) Mittel in Höhe von 5 000 ECU sind in Kapitel A-10 0 eingesetzt.
(5) Mittel in Höhe von 149 000 ECU sind in Kapitel A-10 0 eingesetzt.
(6) Mittel in Höhe von 246 000 ECU sind in Kapitel A-10 0 eingesetzt.
(7) Mittel in Höhe von 3 000 ECU sind in Kapitel A-10 0 eingesetzt.

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-2 2 — BEWEGLICHE SACHEN UND NEBENKOSTEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
A-2 2 1	
A-2 2 1 0	Veranschlagt sind Mittel für die Anschaffung von Büromöbeln, insbesondere ergonomischen Möbeln, Regalen für die Archive usw. Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 7 000 ECU veranschlagt.
A-2 2 1 1	Veranschlagt sind Mittel für die Ersatzbeschaffung von veraltetem und nicht mehr verwendbarem Mobiliar. Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 10 000 ECU veranschlagt.
A-2 2 1 2	Veranschlagt sind Mittel für die Anmietung von Mobiliar.
A-2 2 1 3	Veranschlagt sind Mittel für die Instandhaltung und Instandsetzung des Mobiliars.
A-2 2 3	
A-2 2 3 0	Veranschlagt sind Mittel für den Kauf von Fahrzeugen.
A-2 2 3 1	Veranschlagt sind Mittel für Fahrzeuge, die im Haushaltsjahr einen so hohen Gesamtkilometerstand erreicht haben werden, daß eine Ersatzbeschaffung gerechtfertigt ist. Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 81 000 ECU veranschlagt.
A-2 2 3 2	Veranschlagt sind die Kosten für die kurz- und langfristige Anmietung von Fahrzeugen in Fällen, in denen der Bedarf nicht aus dem kommissionseigenen Fahrzeugpark gedeckt werden kann. Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 1 000 ECU veranschlagt.
A-2 2 3 3	Veranschlagt sind die Kosten für die Instandhaltung, Instandsetzung und Versicherung der Dienstfahrzeuge (Kauf von Treibstoff, Schmiermitteln, Reifen, Schläuchen, verschiedenem Material, Ersatzteilen, Werkzeug usw.). Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 45 000 ECU veranschlagt.
A-2 2 5	
A-2 2 5 0	*Vormals Teilposten A-2 2 5 0* Veranschlagt sind Mittel für die Anschaffung der für die Dienststellen der Kommission notwendigen Nachschlagewerke, Dokumente und sonstigen nichtperiodischen Veröffentlichungen sowie für die Vervollständigung vorhandener Bände.
A-2 2 5 1	Veranschlagt sind Mittel für die Ausrüstung mit speziellem Bibliotheksmaterial (Karteien, Regale, Katalogschränke usw.).

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-2 2 — BEWEGLICHE SACHEN UND NEBENKOSTEN *(Fortsetzung)*

KAPITEL A-2 3 — LAUFENDE SACHAUSGABEN FÜR DEN DIENSTBETRIEB

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
A-2 2 5	*(Fortsetzung)*			
A-2 2 5 2	Abonnements auf Zeitungen und Zeitschriften Nichtgetrennte Mittel	1 120 000	1 172 000	1 083 000,—
A-2 2 5 3	Abonnements bei Presseagenturen Nichtgetrennte Mittel	438 000	530 000	436 000,—
A-2 2 5 4	Kosten für Buchbinderarbeiten und für die Erhaltung der Werke der Bibliothek Nichtgetrennte Mittel	155 000	170 000	191 800,—
A-2 2 5 5	Abonnements bei Bildschirm-Schnellinformationsdiensten Nichtgetrennte Mittel	82 000 (1)	62 000	59 000,—
A-2 2 5 6	Mehrsprachige terminologische Datenbank (Eurodicautom) Nichtgetrennte Mittel	946 000 (2)	976 000	894 000,—
A-2 2 5 7	Beschaffung von Wörterbüchern, Enzyklopädien und anderen Werken für den Übersetzungsdienst Nichtgetrennte Mittel	160 000 (3)	170 000	155 000,—
	Artikel A-2 2 5 insgesamt	3 445 000	3 692 000	3 384 952,16
	KAPITEL A-2 2 INSGESAMT	22 345 000	22 236 000	21 646 921,96
	KAPITEL A-2 3			
A-2 3 0	***Papier- und Bürobedarf*** Nichtgetrennte Mittel	5 994 000	5 883 000 (4)	5 953 704,62
A-2 3 2	***Finanzkosten***			
A-2 3 2 0	Bankspesen Nichtgetrennte Mittel	800 000	700 000	700 000,—

(1) Mittel in Höhe von 10 000 ECU sind in Kapitel A-10 0 eingesetzt.
(2) Mittel in Höhe von 116 000 ECU sind in Kapitel A-10 0 eingesetzt.
(3) Mittel in Höhe von 20 000 ECU sind in Kapitel A-10 0 eingesetzt.
(4) Mittel in Höhe von 46 000 ECU sind in Kapitel A-10 0 eingesetzt.

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-2 2 — BEWEGLICHE SACHEN UND NEBENKOSTEN *(Fortsetzung)*

KAPITEL A-2 3 — LAUFENDE SACHAUSGABEN FÜR DEN DIENSTBETRIEB

Artikel Posten	Erläuterungen
A-2 2 5	*(Fortsetzung)*
A-2 2 5 2	Veranschlagt sind Mittel für die Abonnements von Zeitungen, Fachzeitschriften, Amtsblättern, Parlamentsdokumenten, Außenhandelsstatistiken, Bulletins und sonstigen Fachveröffentlichungen.
A-2 2 5 3	Veranschlagt sind Mittel für Abonnements bei Presseagenturen in Form von Fernschreiben und Presse- und Informationsbulletins.
A-2 2 5 4	Veranschlagt sind die Kosten für Buchbinderarbeiten und sonstige Kosten für die Erhaltung der Bücher und Veröffentlichungen.
A-2 2 5 5	Veranschlagt sind Mittel für Abonnements bei Bildschirm-Schnellinformationsdiensten.
A-2 2 5 6	Veranschlagt sind Mittel für den Erwerb von allgemeinen Nachschlagewerken, den Ankauf bereits vorhandener terminologischer Sammlungen sowie für die Inanspruchnahme von Sachverständigen zur Ergänzung derartiger Sammlungen um die noch fehlenden Sprachfassungen. Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 45 000 ECU veranschlagt.
A-2 2 5 7	*Vormals Teilposten A-2 2 5 0* Veranschlagt sind Mittel für den Erwerb spezifischer Werke für den Bedarf der Übersetzer.
A-2 3 0	Veranschlagt sind Mittel für den Ankauf von Papier und Umschlägen, Büromaterial, Material für den Vervielfältigungsdienst sowie einige in Auftrag gegebene Druckarbeiten. Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 245 000 ECU veranschlagt.
A-2 3 2	
A-2 3 2 0	Veranschlagt sind Mittel für die Deckung der Bankspesen (Provisionen, Agios, sonstige Spesen).

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-2 3 — LAUFENDE SACHAUSGABEN FÜR DEN DIENSTBETRIEB *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
A-2 3 2	*(Fortsetzung)*			
A-2 3 2 9	Sonstige Finanzkosten Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
	Artikel A-2 3 2 insgesamt	800 000	700 000	700 000,—
A-2 3 3	***Streitsachen*** Nichtgetrennte Mittel	1 000 000	1 500 000	543 586,42
A-2 3 4	***Schadenersatz***			
A-2 3 4 0	Schadenersatz Nichtgetrennte Mittel	55 000	110 000	1 180,56
A-2 3 4 1	Entschädigungen Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
	Artikel A-2 3 4 insgesamt	55 000	110 000	1 180,56
A-2 3 5	***Andere Sachausgaben***			
A-2 3 5 0	Verschiedene Versicherungskosten Nichtgetrennte Mittel	144 000	142 000	143 000,—
A-2 3 5 1	Dienst- und Arbeitskleidung Nichtgetrennte Mittel	395 000	390 000	410 822,54
A-2 3 5 2	Verschiedene Ausgaben für interne Sitzungen Nichtgetrennte Mittel	172 000	170 000	160 000,—
A-2 3 5 3	Umzug von Dienststellen Nichtgetrennte Mittel	2 096 000	2 070 000	1 984 000,—
A-2 3 5 9	Andere Sachausgaben Nichtgetrennte Mittel	35 000	35 000	32 000,—

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-2 3 — LAUFENDE SACHAUSGABEN FÜR DEN DIENSTBETRIEB *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
A-2 3 2	*(Fortsetzung)*
A-2 3 2 9	Bei diesem Posten sollen gegebenenfalls Mittel zur Deckung von Kassenfehlbeträgen, Verlusten oder Beschädigungenn von Geldern oder Werten eingesetzt werden (Artikel 75 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1)), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1).
A-2 3 3	Veranschlagt sind die vor Klageerhebung anfallenden Kosten sowie die Ausgaben für die Inanspruchnahme von Rechtsanwälten und sonstigen Sachverständigen als Berater der Kommission. Die Mittel sind ebenfalls zur Deckung etwaiger Ausgaben bestimmt, die der Kommission vom Gerichtshof oder von anderen Gerichten angelastet werden. Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 50 000 ECU veranschlagt.
A-2 3 4	
A-2 3 4 0	Veranschlagt sind die Mittel für den von der Kommission zu leistenden Schadenersatz sowie die im Rahmen ihrer Haftpflicht anfallenden Ausgaben.
A-2 3 4 1	Bei diesem Posten sollen gegebenenfalls Mittel für Einzelfälle eingesetzt werden, in denen aus Billigkeitsgründen eine Entschädigung zu zahlen ist, ohne daß daraus irgendwelche Rechtsansprüche abgeleitet werden können.
A-2 3 5	
A-2 3 5 0	Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1). Veranschlagt sind die Kosten für verschiedene Versicherungen (insbesondere Haftpflichtversicherung, Diebstahlversicherung) und die Versicherungskosten gemäß Artikel 75 der Haushaltsordnung.
A-2 3 5 1	Veranschlagt sind die Kosten für: — die Anschaffung von Dienstkleidung für Amtsgehilfen, Fahrer, Nachtwächter, Garagenwächter, Boten, — die Anschaffung und Reinigung von Arbeitskleidung für das technische Personal sowie für Personal, das gegen Witterung und Kälte sowie gegen übermäßigen Verschleiß und starke Verschmutzung der Kleidung geschützt werden muß. Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 1 000 ECU veranschlagt.
A-2 3 5 2	Veranschlagt sind die Kosten für Erfrischungen und gelegentliche Imbisse, die bei internen Sitzungen gereicht werden.
A-2 3 5 3	Veranschlagt sind die Kosten für den Umzug und die Zusammenlegung der Dienststellen sowie die Kosten für die Handhabung (Entgegennahme, Lagerung, Unterbringung) von Material, Mobiliar und Bürobedarf. Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 5 000 ECU veranschlagt.
A-2 3 5 9	Veranschlagt sind sonstige, nicht ausdrücklich in anderen Posten dieses Artikels vorgesehene Verwaltungsausgaben wie: — Erstattung von Kosten an Stenotypie-Sekretäre, — Gebühren für die Teilnahme an Konferenzen, — Gebühren für die Beteiligung an beruflichen und wissenschaftlichen Verbänden,

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-2 3 — LAUFENDE SACHAUSGABEN FÜR DEN DIENSTBETRIEB *(Fortsetzung)*

KAPITEL A-2 4 — POST- UND FERNMELDEGEBÜHREN SOWIE RUNDFUNK- UND FERNSEHSTUDIOS

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
A-2 3 5	*(Fortsetzung)*			
A-2 3 5 9	*(Fortsetzung)*			
	Artikel A-2 3 5 insgesamt	2 842 000	2 807 000	2 729 822,54
A-2 3 9	***Dienstleistungen zwischen den Organen***			
A-2 3 9 1	Dienstleistungen von Dolmetschern des Parlaments Nichtgetrennte Mittel	780 000	730 000	680 000,—
A-2 3 9 2	Dienstleistungen der Kommission (Übersetzungsdienst für mittel- und langfristige Aufgaben) für das Amt für amtliche Veröffentlichungen Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
	Artikel A-2 3 9 insgesamt	780 000	730 000	680 000,—
	KAPITEL A-2 3 INSGESAMT	11 471 000	11 730 000	10 608 294,14
	KAPITEL A-2 4			
A-2 4 0	***Postgebühren und Zustellungskosten*** Nichtgetrennte Mittel	8 627 000	8 433 000 (1)	7 434 500,—
A-2 4 1	***Nachrichtenübermittlung***			
A-2 4 1 0	Abonnements und Fernmeldegebühren Nichtgetrennte Mittel	16 544 000	15 388 000 (2)	13 631 000,—

(1) Mittel in Höhe von 41 000 ECU sind in Kapitel A-10 0 eingesetzt.
(2) Mittel in Höhe von 34 000 ECU sind in Kapitel A-10 0 eingesetzt.

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-2 3 — LAUFENDE SACHAUSGABEN FÜR DEN DIENSTBETRIEB *(Fortsetzung)*

KAPITEL A-2 4 — POST- UND FERNMELDEGEBÜHREN SOWIE RUNDFUNK- UND FERNSEHSTUDIOS

Artikel Posten	Erläuterungen
A-2 3 5	*(Fortsetzung)*
A-2 3 5 9	*(Fortsetzung)* — Aufwendungen für die Medaillen, die den Beamten nach zwanzig Dienstjahren verliehen werden.
A-2 3 9	
A-2 3 9 1	Veranschlagt sind die Dienstleistungen der Dolmetscher des Parlaments (Beamte oder Bedienstete auf Zeit) für die Kommission.
A-2 3 9 2	Abkommen vom 8. Dezember 1972 zwischen der Kommission der Europäischen Gemeinschaften und dem Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften über die Angliederung des Übersetzungsdienstes für mittel- und langfristige Aufgaben an das Amt für amtliche Veröffentlichungen. Gemäß den Vorschriften dieses Abkommens, das am 1. Januar 1973 in Kraft getreten ist, hat sich die Kommission verpflichtet, diesem eine Übersetzungskapazität für alle Arbeiten zur Verfügung zu stellen, die das Amt für seinen eigenen Bedarf oder den Bedarf der Organe der Gemeinschaft verlangt. Ausgeführt werden diese Arbeiten von den in Luxemburg beschäftigten Übersetzern, die im Stellenplan der Kommission erfaßt sind. Erforderlichenfalls kann auch vorübergehend auf freiberuflich tätige Übersetzer zurückgegriffen werden. Der Übersetzungdienst für mittel- und langfristige Aufgaben, der an das Amt für amtliche Veröffentlichungen angeschlossen ist, umfaßte im Jahr 1991: 18 LA und 9 C. Die Mittel hierfür sind in Titel A-1 enthalten.
A-2 4 0	Veranschlagt sind Mittel für Postgebühren und Zustellungskosten für den normalen Schriftverkehr, den Versand von Berichten und Veröffentlichungen sowie für Paketgebühren im Luft-, Schiffs- und Eisenbahnversand sowie für den internen Postdienst der Kommission. Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 60 000 ECU veranschlagt.
A-2 4 1	
A-2 4 1 0	Veranschlagt sind die Mittel für Grund- und Benutzungsgebühren für Fernsprecher Fernschreiber, Telegraph, Fernsehen, Telekonferenz, Videokonferenz, Datenübertragung usw. über Kabel oder Funk, sowie für den Kauf von Fernsprechbüchern. Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 2 122 000 ECU veranschlagt.

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-2 4 — POST- UND FERNMELDEGEBÜHREN SOWIE RUNDFUNK- UND FERNSEHSTUDIOS *(Fortsetzung)*

KAPITEL A-2 5 — AUSGABEN FÜR SITZUNGEN UND EINBERUFUNGEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
A-2 4 1	*(Fortsetzung)*			
A-2 4 1 1	Kauf und Installierung von Fernmeldeanlagen und -geräten Nichtgetrennte Mittel	10 229 000	9 598 000 (1)	9 165 000,—
	Artikel A-2 4 1 insgesamt	26 773 000	24 986 000	22 796 000,—
A-2 4 2	***Ausrüstung und Betrieb der Rundfunk- und Fernsehstudios*** Nichtgetrennte Mittel	1 500 000	1 500 000	1 500 000,—
	KAPITEL A-2 4 INSGESAMT	36 900 000	34 919 000	31 730 500,—
	KAPITEL A-2 5			
A-2 5 0	***Sitzungen und Einberufungen im allgemeinen*** Nichtgetrennte Mittel	8 171 000	8 171 000	7 691 552,03
A-2 5 1	***Ausgaben für Ausschußsitzungen***			
A-2 5 1 0	Ausgaben für Sitzungen von Ausschüssen, deren Konsultierung im Rahmen des Verfahrens zur Ausarbeitung von Gemeinschaftsrechtsakten obligatorisch ist Nichtgetrennte Mittel	6 534 000	6 534 000	7 457 000,—
A-2 5 1 1	Ausgaben für Sitzungen von Ausschüssen, deren Konsultierung kein obligatorisches Element des Verfahrens zur Ausarbeitung von Gemeinschaftsrechtsakten ist Nichtgetrennte Mittel	2 019 000	2 019 000	1 932 500,—
	Artikel A-2 5 1 insgesamt	8 553 000	8 553 000	9 389 500,—

(1) Mittel in Höhe von 64 000 ECU sind in Kapitel A-10 0 eingesetzt.

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-2 4 — POST- UND FERNMELDEGEBÜHREN SOWIE RUNDFUNK- UND FERNSEHSTUDIOS *(Fortsetzung)*

KAPITEL A-2 5 — AUSGABEN FÜR SITZUNGEN UND EINBERUFUNGEN

Artikel Posten	Erläuterungen
A-2 4 1	*(Fortsetzung)*
A-2 4 1 1	Veranschlagt sind die Ausgaben für Fernmeldeanlagen einschließlich der Verkabelung: Erwerb, Miete, Installierung, Wartung, Dokumentation usw.
A-2 4 2	Diese Mittel sind zur Deckung der Ausgaben für den Betrieb der Studios der Kommission, die Ausgaben für das Personal und Ausgaben für Kauf, Miete, Wartung und Instandsetzung der Anlagen und der für den Betrieb der Studios erforderlichen Geräte bestimmt.
A-2 5 0	Veranschlagt sind die Reise-, Aufenthalts- und Nebenkosten der Regierungssachverständigen und anderen Teilnehmer an Sitzungen der Studien- und Arbeitsgruppen sowie die Nebenkosten für die Veranstaltung dieser Sitzungen, soweit sie nicht durch die bestehende Infrastruktur (an den vorläufigen Sitzen der Organe oder bei den Außenstellen) gedeckt sind. Veranschlagt sind ferner die Ausgaben für die Vorbereitung der Dreierkonferenzen und der Sitzungen des Ständigen Ausschusses für Beschäftigungsfragen sowie für die Unterstützung bei einigen internationalen Verhandlungen (insbesondere die Sachverständigenhonorare). Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 5 000 ECU veranschlagt.
A-2 5 1	Veranschlagt sind die Reise-, Aufenthalts- und Nebenkosten der Sachverständigen, die zu der Arbeit der aufgrund des Vertrages und der Verordnungen eingesetzten Ausschüsse (des Rates oder der Kommission) hinzugezogen werden, sowie die Nebenkosten für die Veranstaltung der Sitzungen, soweit sie nicht durch die bestehende Infrastruktur (an den vorläufigen Sitzen der Organe oder bei den Außenstellen) gedeckt sind. Die Erstattungen für die Sachverständigen erfolgen aufgrund der von der Kommission getroffenen Entscheidungen. Ein Verzeichnis dieser Ausschüsse ist in Anlage I dieses Teiles des Ausgabenplans von vorliegendem Einzelplan wiedergegeben.

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-2 5 — AUSGABEN FÜR SITZUNGEN UND EINBERUFUNGEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
A-2 5 2	***Ausschüsse der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl***			
A-2 5 2 0	Beratender Ausschuß der EGKS Nichtgetrennte Mittel	550 000	537 000	502 000,—
A-2 5 2 1	Sonstige Ausschüsse im Rahmen der EGKS Nichtgetrennte Mittel	873 000	873 000	877 999,90
	Artikel A-2 5 2 insgesamt	1 423 000	1 410 000	1 379 999,90
A-2 5 3	***Fachausschüsse für die Arbeitssicherheit***			
A-2 5 3 0	Ständiger Ausschuß für die Betriebssicherheit und den Gesundheitsschutz im Steinkohlenbergbau und in den übrigen mineralgewinnenden Betrieben Nichtgetrennte Mittel	260 000	251 000	235 000,—
A-2 5 3 1	Beratender Ausschuß für Sicherheit, Arbeitshygiene und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz Nichtgetrennte Mittel	290 000	277 000	259 999,34
	Artikel A-2 5 3 insgesamt	550 000	528 000	494 999,34
A-2 5 4	***Jugendforum der Europäischen Gemeinschaften*** Nichtgetrennte Mittel	1 200 000	1 195 000	810 000,—
A-2 5 5	***Verschiedene Kosten für die Veranstaltung von Konferenzen, Kongressen und Sitzungen und für die Teilnahme an diesen***			
A-2 5 5 0	Veranstaltung von Konferenzen, Kongressen und Sitzungen durch das Organ Nichtgetrennte Mittel	358 000	358 000	214 823,88

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-2 5 — AUSGABEN FÜR SITZUNGEN UND EINBERUFUNGEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
A-2 5 2	
A-2 5 2 0	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, insbesondere Artikel 18. Vertrag zur Einsetzung eines gemeinsamen Rates und einer gemeinsamen Kommission der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 20. Veranschlagt sind die Ausgaben für die Sitzungen des Beratenden Ausschusses der EGKS sowie die Kosten für Empfänge und Repräsentationszwecke des Vorsitzenden des Beratenden Ausschusses in Ausübung seines Amtes.
A-2 5 2 1	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, insbesondere Artikel 46, 54 und 55. Veranschlagt sind die Ausgaben für Sachverständige und für die Sitzungen der Ausschüsse und Arbeitsgruppen im Rahmen der Tätigkeit der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl.
A-2 5 3	
A-2 5 3 0	Entscheidung der Vertreter der Mitgliedstaaten, im Ministerrat vereinigt, am 9. und 10. Mai 1957 betreffend das Mandat und die Geschäftsordnung des Ständigen Ausschusses für die Betriebssicherheit im Steinkohlenbergbau (ABl. Nr. 28 vom 31. 8. 1957, S. 487/57). Beschluß 74/326/EWG des Rates vom 27. Juni 1974 über die Erstreckung der Zuständigkeit des Ständigen Ausschusses für die Betriebssicherheit und den Gesundheitsschutz im Steinkohlenbergbau auf alle mineralgewinnende Betriebe (ABl. Nr. L 185 vom 9. 7. 1974, S. 18). Veranschlagt sind die Reise-, Aufenthalts- und Nebenkosten der Mitglieder und Sachverständigen, die Nebenkosten für die Veranstaltung von Sitzungen, die Kosten für die praktische Erprobung von Rettungsgeräten und Sicherheitsanlagen sowie die Kosten für Sicherheitskampagnen.
A-2 5 3 1	Beschluß 74/325/EWG des Rates vom 27. Juni 1974 zur Einsetzung eines Beratenden Ausschusses für Sicherheit, Arbeitshygiene und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz (ABl. Nr. L 185 vom 9. 7. 1974, S. 15). Veranschlagt sind die Kosten der Sitzungen des Beratenden Ausschusses und seiner Untergruppen sowie die Kosten der zu den Aufgaben dieses Ausschusses gehörenden praktischen Materialversuche.
A-2 5 4	Veranschlagt sind die Ausgaben für das Jugendforum der Europäischen Gemeinschaften: — Verwaltungsausgaben des Ständigen Sekretariats (Personal, Miete von Büros und Konferenzsälen, Verschiedenes), — Reise-, Aufenthalts- und Nebenkosten der an den Sitzungen des Forums teilnehmenden Delegierten, — Nebenkosten für die Veranstaltung der Sitzungen, soweit sie nicht durch die bestehende Infrastruktur des Sekretariats gedeckt werden.
A-2 5 5	Veranschlagt sind sämtliche Kosten für die Veranstaltung von Konferenzen, Kongressen usw. und die Beteiligung an ihnen (ausgenommen gewisse Ausgaben, die bei Veranstaltung der Konferenzen an einem der vorläufigen Sitze der Gemeinschaften oder bei Außenstellen durch die bestehende Infrastruktur gedeckt werden könnten).
A-2 5 5 0	Veranschlagt sind die Kosten für Konferenzen, Kongresse und Sitzungen, die von der Kommission zur Unterstützung der Durchführung der Politik in den verschiedenen Bereichen veranstaltet werden. Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 5 000 ECU veranschlagt.

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-2 5 — AUSGABEN FÜR SITZUNGEN UND EINBERUFUNGEN *(Fortsetzung)*

KAPITEL A-2 6 — UNTERSUCHUNGEN, ERHEBUNGEN UND KONSULTATIONEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
A-2 5 5	*(Fortsetzung)*			
A-2 5 5 1	Ausgaben für die Beteiligung des Organs an Konferenzen, Kongressen und Sitzungen Nichtgetrennte Mittel	403 000	403 000	216 566,40
A-2 5 5 2	Konferenzen, Kongresse und Sitzungen im EGKS-Bereich Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
A-2 5 5 3	Veranstaltung durch das Organ von Konferenzen, Kongressen und Sitzungen für Beamte der Mitgliedstaaten, die Mittel bewirtschaften und Ausgaben kontrollieren Nichtgetrennte Mittel	750 000	733 000	500 000,—
A-2 5 5 4	Veranstaltung von Konferenzen, Kongressen und Sitzungen im Bereich der Verbände der europäischen Juristen zum Schutz der finanziellen Interessen der Gemeinschaft Nichtgetrennte Mittel	270 000	20 000	
	Artikel A-2 5 5 insgesamt	1 781 000	1 514 000	931 390,28
A-2 5 6	***Kosten der vorbereitenden Sitzungen der Gewerkschaften*** Nichtgetrennte Mittel	275 000	249 000	265 400,—
	KAPITEL A-2 5 INSGESAMT	21 953 000	21 620 000	20 962 841,55
	KAPITEL A-2 6			
A-2 6 0	***Untersuchungen und Konsultationen*** Nichtgetrennte Mittel	2 775 000	2 948 000	1 891 382,03
	KAPITEL A-2 6 INSGESAMT	2 775 000	2 948 000	1 891 382,03

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-2 5 — AUSGABEN FÜR SITZUNGEN UND EINBERUFUNGEN *(Fortsetzung)*

KAPITEL A-2 6 — UNTERSUCHUNGEN, ERHEBUNGEN UND KONSULTATIONEN

Artikel Posten	Erläuterungen
A-2 5 5	*(Fortsetzung)*
A-2 5 5 1	Veranschlagt sind verschiedene Kosten für Konferenzen, Kongresse und Sitzungen, an denen die Kommission teilnimmt.
A-2 5 5 2	Bei diesem Posten sollen gegebenenfalls Mittel zur Deckung der Kosten der Konferenzen, Kongresse und Sitzungen im EGKS-Bereich veranschlagt werden.
A-2 5 5 3	Veranschlagt sind die Ausgaben für die Veranstaltung von Konferenzen, Seminaren, Sitzungen, Lehrgängen und Studienaufenthalten für Beamte der Mitgliedstaaten, die die aus Gemeinschaftsmitteln finanzierten Maßnahmen überwachen oder am System der Gemeinschaftsstatistiken mitarbeiten. Vier Fünftel dieses Mittelansatzes sind zur Deckung der Ausgaben betreffend die Tätigkeiten im Bereich der Strukturfonds bestimmt; ein Fünftel soll die Ausgaben im Bereich der gemeinsamen Agrarpolitik und in den sonstigen Bereichen des Haushaltsplans decken. Ein Betrag in Höhe von 100 000 ECU ist für Seminare zur Ausbildung der Zollbeamten und Bediensteten der Einrichtungen, die die Gemeinschaftsmittel bewirtschaften, in den neuen Ländern der Bundesrepublik Deutschland.
A-2 5 5 4	*Vormals Teilposten A-3 0 9 0* Veranschlagt sind die Ausgaben für die Initiativen der Kommission im Bereich der Finanzkontrolle, mit denen die Tätigkeiten der Verbände der europäischen Juristen zum Schutz der finanziellen Interessen der Gemeinschaften auf nationaler und transnationaler Ebene koordiniert werden sollen. Damit sollen insbesondere die Kosten der Arbeit der Verbände, der Veranstaltung von Seminaren, Sitzungen und Konferenzen sowie der Erstellung von Studien, der Ausbildungs- und sonstigen Aktionen zur Förderung und Weiterentwicklung der Verbände gedeckt werden.
A-2 5 6	Veranschlagt sind die Ausgaben für die vorbereitenden Sitzungen der europäischen Gewerkschaftsvertreter, in denen die Standpunkte der Gewerkschaften zur Entwicklung der Gemeinschaftspolitik ermittelt und harmonisiert werden sollen.
A-2 6 0	Diese Mittel sind zur Deckung der Ausgaben für Spezialuntersuchungen und -konsultationen bestimmt, die auf Vertragsbasis von hochqualifizierten Fachleuten ausgeführt werden, wenn das Personal der Kommission hierfür nicht eingesetzt werden kann. Dieser Artikel kann auch zum Kauf bereits durchgeführter Studien oder für Abonnements bei spezialisierten Forschungsinstituten dienen.

KOMMISSION

Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-2 9 — GEBÄUDE, MATERIAL UND VERSCHIEDENE SACHAUSGABEN — MASSNAHMEN AUF KOSTENTEILUNGSBASIS

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
	KAPITEL A-2 9			
A-2 9 0	***Ausgaben für die Verwaltung der Maßnahmen auf Kostenteilungsbasis*** Nichtgetrennte Mittel	p.m.	1 430 000	0,—
	KAPITEL A-2 9 INSGESAMT	p.m.	1 430 000	0,—
	Titel A-2 insgesamt	**235 445 855**	**221 578 000**	**212 455 454,—**

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-2 9 — GEBÄUDE, MATERIAL UND VERSCHIEDENE SACHAUSGABEN — MASSNAHMEN AUF KOSTENTEILUNGSBASIS

Artikel Posten	Erläuterungen
A-2 9 0	Dieser Artikel ist zur Deckung der Ausgaben für Gebäude und Ausrüstungen bestimmt sowie für verschiedene Sachausgaben im Zusammenhang mit den Maßnahmen auf Kostenteilungsbasis; die entsprechenden Personal- und Interventionsausgaben werden bei Teileinzelplan B6 ausgewiesen.

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

TITEL A-3

AUSGABEN FÜR DIE AUSFÜHRUNG BESONDERER AUFGABEN DURCH DAS ORGAN

KAPITEL A-30 — ZUSCHÜSSE IM INTERESSE DES HAUSHALTSAUSGLEICHS

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
	KAPITEL A-3 0			
A-3 0 0	***Zuschüsse der Europäischen Atomgemeinschaft zur Versorgungsagentur***			
A-3 0 0 0	Zuschuß zur Versorgungsagentur Nichtgetrennte Mittel	1 850 000	1 705 000	1 688 000,—
A-3 0 0 9	Vorläufig eingesetzte Mittel für etwaige Anpassungen der von der Versorgungsagentur gezahlten Bezüge Nichtgetrennte Mittel	40 000	15 000	0,—
	Artikel A-3 0 0 insgesamt	1 890 000	1 720 000	1 688 000,—
A-3 0 1	***Europäisches Institut für Süd- und Südostasien-Forschung*** Nichtgetrennte Mittel	100 000	p.m.	100 000,—
	(Unterstützungsausgaben)	*(p.m.)*	*(p.m.)*	*(0,—)*

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

TITEL A-3

AUSGABEN FÜR DIE AUSFÜHRUNG BESONDERER AUFGABEN DURCH DAS ORGAN

KAPITEL A-30 — ZUSCHÜSSE IM INTERESSE DES HAUSHALTSAUSGLEICHS

Artikel Posten	Erläuterungen		
A-300			
A-3000	Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft, insbesondere die Artikel 52 bis 54.		
	Statut der Euratom-Versorgungsagentur, insbesondere Artikel VI.		
	Der Rat der Europäischen Atomgemeinschaft hat auf seiner 23. Tagung am 1./2. Februar 1960 einstimmig vorgeschlagen, daß die Kommission nicht nur die Erhebung der Gebühr zur Deckung der Verwaltungsaugaben der Versorgungsagentur, sondern auch die eigentliche Einführung dieser Gebühr verschiebt. Seither enthält der Haushaltsplan der Kommission einen Mittelansatz für einen Zuschuß zum Ausgleich des Einnahmen- und Ausgabenvoranschlags der Agentur.		
	Der Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben der Versorgungsagentur der Euratom stellt sich wie folgt dar:		
	Einnahmen:		
	— Zuschuß der Gemeinschaft		1 850 000
	— sonstige Einnahmen		28 000
		Insgesamt	1 878 000
	Ausgaben:		
	— Personal		1 603 350
	— Verwaltungsausgaben		274 650
		Insgesamt	1 878 000
A-3009	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 65.		
	Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1).		
	Beschluß 81/1061/Euratom, EGKS, EWG des Rates vom 15. Dezember 1981 zur Änderung der Methode für die Anpassung der Bezüge der Beamten und sonstigen Bediensteten der Gemeinschaften (ABl. Nr. L 386 vom 31. 12. 1981, S. 6).		
	Die rein vorläufigen Mittel können erst gebunden werden, wenn sie nach dem einschlägigen Verfahren der Haushaltsordnung nach anderen Artikeln bzw. Posten übertragen worden sind.		
	Die Mittel sind zur Deckung der Ausgaben der vom Rat während dieses Haushaltsjahres zu beschließenden etwaigen Anpassungen der Bezüge bestimmt.		
A-301	In Artikel A-401 wird ein „p.m."-Vermerk eingesetzt (1991: p.m.).		
	Diese Mittel sind zur Deckung der Ausgaben für die Errichtung des Europäischen Instituts für Süd- und Südostasien-Forschung bestimmt.		

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-3 0 — ZUSCHÜSSE IM INTERESSE DES HAUSHALTSAUSGLEICHS *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
A-3 0 2	***Zuschüsse für Maßnahmen zugunsten Lateinamerikas***			
A-3 0 2 0	Europäisch-Lateinamerikanisches Institut Nichtgetrennte Mittel	1 250 000	1 000 000	900 000,—
	Artikel A-3 0 2 insgesamt	1 250 000	1 000 000	900 000,—
A-3 0 3	***Zuschüsse für die Verteidigung der Menschenrechte***			
A-3 0 3 0	Zuschüsse für bestimmte Tätigkeiten von Nichtregierungsorganisationen, die sich für humanitäre Ziele und die Förderung der Menschenrechte einsetzen Nichtgetrennte Mittel	2 800 000	1 795 000	1 795 000,—
A-3 0 3 1	Zuschuß für die Europäische Stiftung für freie Meinungsäußerung Nichtgetrennte Mittel	200 000	200 000	200 000,—
A-3 0 3 2	Europäisches Forum der Wanderarbeitnehmer Nichtgetrennte Mittel	500 000		
	Artikel A-3 0 3 insgesamt	3 500 000	1 995 000	1 995 000,—
A-3 0 4	***Zuschüsse an Organisationen mit europäischer Zielsetzung*** Nichtgetrennte Mittel	1 010 000	1 000 000	826 100,—

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-30 — ZUSCHÜSSE IM INTERESSE DES HAUSHALTSAUSGLEICHS *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
A-302	
A-3020	Veranschlagt sind Mittel für die Gewährung des Zuschusses, der für die Sicherstellung des Dienstbetriebs des Europäisch-Lateinamerikanischen Instituts erforderlich ist.
A-303	
A-3030	*Vormals Teilposten A-3030* Erklärung des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission vom 11. Juni 1986 gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit (ABl. Nr. C 158 vom 25. 6. 1986, S. 1). Entschließung des Rates und der im Rat anwesenden Regierungsmitglieder der Mitgliedstaaten vom 29. Mai 1990 zur Bekämpfung des Rassismus und der Fremdenfeindlichkeit (ABl. Nr. C 157 vom 27. 6. 1990, S. 1). Veranschlagt sind Zuschüsse für Organisationen, die sich für humanitäre Ziele und die Förderung der Menschenrechte einsetzen, insbesondere die Europäische Stiftung für Menschenrechte. Sie decken auch die Finanzierung der durch die Verwaltung der Haushaltslinie entstehenden Verwaltungskosten und für die Prüfung bezuschußter Vorhaben. Die aus diesen Mitteln vergebenen Zuschüsse sind für Vorhaben in Nichtgemeinschaftsländern (Entwicklungsländer, mittel- und osteuropäische Staaten und andere Länder) und in der Gemeinschaft bestimmt und verfolgen folgende Ziele: — Unterstützung von Rehabilitationszentren für Folteropfer und anderen Organisationen, die den Opfern von Menschenrechtsverletzungen konkrete Hilfe gewähren, wobei diese den gleichen Mittelanteil aus dieser Haushaltslinie erhalten sollten wie in der Vergangenheit, — Ausbildung von Personen, zu deren Aufgaben es gehört, andere in Menschenrechtsfragen zu unterrichten (Richter, Rechtsanwälte, Verwaltungsbeamte, Personen, die für die Ausbildung von Polizisten und Sicherheitskräften verantwortlich sind, Professoren der Erziehungswissenschaften usw.), — verstärkte Achtung der Rechte des Kindes und Gewährung von Hilfe für Kinder, die Opfer von Menschenrechtsverletzungen geworden sind, — Förderung der Ausbildung bei Organisationen, die sich speziell um die Achtung der Menschenrechte kümmern. Priorität erhalten die Vorhaben, die konkrete und direkte Hilfe gewähren. Forschungsprojekte und akademische Seminare von besonderem Wert werden im Rahmen des Möglichen berücksichtigt.
A-3031	Veranschlagt sind Mittel zur Unterstützung von Aktionen der Europäischen Stiftung für freie Meinungsäußerung.
A-3032	*Vormals Teilposten A-3030* Erklärung des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission vom 11. Juni 1986 gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit (ABl. Nr. C 158 vom 25. 6. 1986, S. 1), insbesondere Ziffer 3. Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Verwaltungsausgaben und des Arbeitsprogramms des Europäischen Forums der Wanderarbeiter.
A-304	Veranschlagt sind Mittel für Zuschüsse an Organisationen, Bewegungen, Gruppen oder Tätigkeiten mit europäischer Zielsetzung. Dieser Gemeinschaftsbeitrag soll außerdem zur Finanzierung von Vereinigungen, die örtliche und regionale Behörden bei ihren Bemühungen um eine bessere strukturelle Organisation auf europäischer Ebene unterstützen, und zur Finanzierung der von ihnen durchgeführten Tätigkeiten dienen.

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-3 0 — ZUSCHÜSSE IM INTERESSE DES HAUSHALTSAUSGLEICHS *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
A-3 0 4	*(Fortsetzung)*			
A-3 0 5	***Beteiligung an Veranstaltungen, die von Interesse für die Gemeinschaft sind***			
A-3 0 5 0	Beteiligung an der Organisation von Kongressen und gelegentlichen Veranstaltungen Nichtgetrennte Mittel	150 000	100 000	99 900,—
A-3 0 5 1	Anwesenheit der Gemeinschaft bei den Olympischen Spielen 1992 in Albertville und Barcelona Nichtgetrennte Mittel	7 000 000	5 000 000	500 000,—
A-3 0 5 2	Europäisches Fremdenverkehrsjahr Nichtgetrennte Mittel	—	—	4 599 802,62
A-3 0 5 3	Brüsseler Konferenz „GATT-Verhandlungen" Nichtgetrennte Mittel	—	—	1 000 000,—
A-3 0 5 4	Beteiligung der Gemeinschaft an den Paraolympischen Spielen 1992 Nichtgetrennte Mittel	1 000 000		
A-3 0 5 5	Beteiligung der Gemeinschaft an der Weltausstellung in Sevilla Nichtgetrennte Mittel	4 200 000	4 652 000	3 377 198,—
	(Unterstützungsausgaben)	*(82 000)*	*(98 000)*	*(122 802,—)*
A-3 0 5 6	Beteiligung der Gemeinschaft an der internationalen Ausstellung in Genua Nichtgetrennte Mittel	1 154 000	928 000	
	(Unterstützungsausgaben)	*(126 000)*	*(192 000)*	
A-3 0 5 7	Beteiligung der Gemeinschaft an der internationalen Ausstellung in Taejon (Südkorea) Nichtgetrennte Mittel	250 000		

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-3 0 — ZUSCHÜSSE IM INTERESSE DES HAUSHALTSAUSGLEICHS *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
A-3 0 4	*(Fortsetzung)* Zuschüsse erhalten die Europäische Bewegung, verschiedene Bewegungen mit unterschiedlicher politischer Ausrichtung, der Rat der Gemeinden Europas, der ständige Verbindungsaußchuß der Europäischen Bildungsverbände (PLEASE: Permanent Liaison Committee of European Associations in Education), die Akademie für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (ASCE) und gemeinnützige Vereinigungen in Europa, die ein breites Spektrum von Aktivitäten abdecken. Solche Organisationen leisten einen wichtigen Beitrag zu einem Europa der Bürger, indem sie eine Verbindung zwischen den Institutionen der Europäischen Gemeinschaft und dem Bürger schaffen.
A-3 0 5	
A-3 0 5 0	Dieser Posten ist zur Deckung der Ausgaben für die Beteiligung der Kommission an den Organisationskosten für Kongresse, gelegentliche Veranstaltungen und Aktionen mit europäischem oder wissenschaftlichem Charakter, die von Interesse für die Gemeinschaft sind, bestimmt.
A-3 0 5 1	Zweiter Bericht des Ad-hoc-Ausschusses zum Europa der Bürger, vom Europäischen Rat in Mailand am 28. und 29. Juni 1985 genehmigt. Diese Mittel sind zur Deckung mit bestimmten Selbstdarstellungs- und Kommunikationsvorhaben bestimmt, da die Gemeinschaft bei den Olympischen Spielen 1992 in Albertville und Barcelona stark vertreten sein will, insbesondere bei der Eröffnungs- und Schlußveranstaltung und bei Aktionen, die den Sportlern der zwölf Mitgliedstaaten eine europäische Identität im Sinne der Gemeinschaft verleihen. Dafür wird die Flagge der Europäischen Gemeinschaft insbesondere bei der Überreichung der Medaillen verwendet.
A-3 0 5 4	*Neuer Posten* Diese Mittel sind zur Deckung der Beteiligung der Kommission an der Organisation der Paraolympischen Spiele 1992 bestimmt, die parallel zu den Spielen in Albertville und Barcelona stattfinden, und sollen die Anwesenheit der Gemeinschaft bei diesen Spielen ermöglichen.
A-3 0 5 5	Unter Berücksichtigung der in Posten A-4 0 5 5 eingesetzten Mittel beläuft sich der Gesamtbetrag auf 4 282 000 ECU (1991: 4 750 000 ECU). Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament vom 16. Dezember 1988 „Beteiligung der Kommission der Europäischen Gemeinschaften an der Weltausstellung 1992 in Sevilla, Spanien" (KOM(88) 793 endg.). Veranschlagt sind die Mittel zur Deckung der Teilnahme der Kommission an der Weltausstellung von Sevilla im Jahre 1992. Für diese Teilnahme sind insgesamt — auf den Zeitraum zwischen 1989 und 1992 verteilt — 11 700 000 ECU vorgesehen. Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 80 000 ECU veranschlagt.
A-3 0 5 6	Unter Berücksichtigung der in Posten A-4 0 5 6 eingesetzten Mittel beläuft sich der Gesamtbetrag für diese Maßnahmen auf 1 280 000 ECU (1991: 1 120 000 ECU). Mitteilung der Kommission an den Rat und an das Europäische Parlament vom 18. April 1990 über die Beteiligung der Kommission der Europäischen Gemeinschaften an der Ausstellung „Christoph Columbus: Das Schiff und das Meer" 1992 in Genua (SEK(90) 773). Veranschlagt sind Mittel für die Beteiligung der Kommission an der Ausstellung in Genua 1992. Hierfür sind — verteilt auf 1991 und 1992 — insgesamt 2 400 000 ECU vorgesehen.
A-3 0 5 7	*Neuer Posten* Veranschlagt sind Mittel zur Deckung für die Beteiligung der Kommission an der internationalen Ausstellung in Taejon (Südkorea). Hierfür sind insgesamt — verteilt auf 1992 und 1993 — 1 500 000 ECU vorgesehen.

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-3 0 — ZUSCHÜSSE IM INTERESSE DES HAUSHALTSAUSGLEICHS *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
A-3 0 5	*(Fortsetzung)*			
A-3 0 5 8	Regionale Frauenkonferenz Nichtgetrennte Mittel	p.m.		
	Artikel A-3 0 5 insgesamt	13 754 000 *(208 000)*	10 680 000 *(290 000)*	9 576 900,62 *(122 802,—)*
A-3 0 6	***Städtepartnerschaften in der Gemeinschaft*** Nichtgetrennte Mittel	3 550 000	3 000 000	2 613 398,—
	(Unterstützungsausgaben)	*(p.m.)*	*(p.m.)*	*(386 307,79)*
A-3 0 7	***Zuschüsse an Hochschulen*** Nichtgetrennte Mittel	600 000	560 000	504 000,—
A-3 0 8	***Forschung über Mittel- und Osteuropa, einschließlich der Sowjetunion, und über den Balkan*** Nichtgetrennte Mittel	p.m.	100 000	0,—
	(Unterstützungsausgaben)	*(—)*	*(p.m.)*	*(0,—)*
A-3 0 9	***Sonstige Zuschüsse***			
A-3 0 9 0	Sonstige Zuschüsse Nichtgetrennte Mittel	444 000	417 000	542 000,—
A-3 0 9 1	Frauenforum Nichtgetrennte Mittel	300 000	300 000	
	Artikel A-3 0 9 insgesamt	744 000	717 000	542 000,—
	KAPITEL A-3 0 INSGESAMT	26 398 000 *(208 000)*	20 772 000 *(290 000)*	18 745 398,62 *(509 109,79)*

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-3 0 — ZUSCHÜSSE IM INTERESSE DES HAUSHALTSAUSGLEICHS *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
A-3 0 5	*(Fortsetzung)*
A-3 0 5 8	*Neuer Posten* Aus diesem Posten soll eine Regionalkonferenz, auf der zum ersten Mal Frauen aus dem Europa der Zwölf und Beobachterinnen aus Zentral- und Orienteuropa zusammentreffen, finanziert werden.
A-3 0 6	Der Artikel A-4 0 6 enthält ein „p.m." (Gesamtbetrag 1991: 3 000 000 ECU). Entschließung des Europäischen Parlaments vom 15. April 1988 zu den Partnerschaften zwischen Gebietskörperschaften in der Europäischen Gemeinschaft (ABl. Nr. C 122 vom 9. 5. 1988, S. 376). Diese Mittel sind bestimmt zur Förderung von Partnerschaften mit Gebietsköperschaften aus Regionen die wegen ihrer Lage oder wegen ihrer gering verbreiteten Sprache oder durch ihre kurze Zugehörigkeit zur Gemeinschaft schwächer gestellt sind. Sie sollen auch die Möglichkeit zur qualitativen Verbesserung von Partnerschaften dadurch schaffen, daß sie auf konkrete Ziele des europäischen Einigungswerks ausgerichtet sind. Die Förderung erfolgt in Form von Zuschüssen an Partnerstädte oder -organisationen. Dieses Programm wird in Zusammenarbeit mit den Gremien der Gebietskörperschaften ausgearbeitet, deren spezifische Aufgabe die Förderung von Partnerschaften in der Europäischen Gemeinschaft ist. Bei der Auswahl der Städte werden demokratische Kriterien berücksichtigt (freigewählte Stadtregierungen).
A-3 0 7	*Vormals Artikel A-3 0 7 und vormaliger Posten A-3 2 9 1* Veranschlagt sind: — der Zuschuß an das Europäische Institut für öffentliche Verwaltung, — die finanziellen Zuschüsse für Hochschuleinrichtungen, die Lehrveranstaltungen über die europäische Integration durchführen; — die finanziellen Zuschüsse für die Hochschulnetze für Studien über die europäische Integration. Diese Mittel dienen auch der Finanzierung des Instituts für föderalistische Studien „Altiero Spinelli" in Ventotene.
A-3 0 8	Bei Artikel A-4 0 8 wurde ein „—"-Vermerk eingesetzt (Gesamtbetrag 1991: 100 000 ECU).
A-3 0 9	
A-3 0 9 0	*Vormals Teilposten A-3 0 9 0* Veranschlagt sind sonstige spezielle Zuschüsse, die weder unter die Artikel A-3 0 3, A-3 0 4 und A-3 0 7 noch unter Posten A-3 0 5 0 fallen.
A-3 0 9 1	Veranschlagt sind Mittel zur Finanzierung des Frauenforums.

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-3 1 — GEBÄUDE UND MATERIAL FÜR DEN DIENSTBETRIEB

KAPITEL A-3 2 — JUGEND UND BILDUNG

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
	KAPITEL A-3 1			
A-3 1 1	***Neues Gebäude der Europäischen Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen*** Nichtgetrennte Mittel	—	p.m.	3 500 000,—
	KAPITEL A-3 1 INSGESAMT	—	p.m.	3 500 000,—
	KAPITEL A-3 2			
A-3 2 0	***Kosten für Fortbildungsaufenthalte in den Dienststellen des Organs*** Nichtgetrennte Mittel	2 350 000	2 010 000	2 075 000,—
A-3 2 1	***Ausbildung und Fortbildung von Konferenzdolmetschern*** Nichtgetrennte Mittel	500 000	500 000	347 775,17
A-3 2 2	***Förderung internationaler nichtstaatlicher Jugendorganisationen*** Nichtgetrennte Mittel	540 000	440 000	420 000,—
A-3 2 3	***Stipendien für Schüler aus emigrierten Familien in den bestehenden vier europäischen Gymnasien der Gemeinschaft*** Nichtgetrennte Mittel	150 000	300 000	300 000,—
A-3 2 4	***Europäisches Hochschulinstitut Florenz***			
A-3 2 4 0	Zuschuß für das Europäische Hochschulinstitut Florenz Nichtgetrennte Mittel	3 250 000	3 035 000	2 650 000,—

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-3 1 — GEBÄUDE UND MATERIAL FÜR DEN DIENSTBETRIEB

KAPITEL A-3 2 — JUGEND UND BILDUNG

Artikel Posten	Erläuterungen
A-3 2 0	Veranschlagt sind Mittel für die Veranstaltung von Verwaltungspraktika für junge Akademiker, für Dolmetscher- und Übersetzerpraktika, um die Einstellung in der Sonderlaufbahn Sprachendienst zu erleichtern, sowie von Informationskurzpraktika für Beamte aus den Mitgliedstaaten. Die Mittel decken die Vergütungen und Sozialabgaben für die Praktikanten, die Reisekosten, die zu Beginn, während und zum Abschluß des Praktikums anfallen, sowie die Betreuungskosten (Verpflegung, Dokumentation). Seit 1987 werden zusätzliche Praktikantenstellen für junge Akademiker in den Delegationen der Kommission in den Staaten Afrikas, der Karibik und des Pazifik und in den Entwicklungsländern Asiens und Lateinamerikas zur Verfügung gestellt. Sie sind in Ländern mit niedrigem Kostenniveau bereitgestellt, um die Kosten so gering wie möglich zu halten und das Programm kosteneffizient zu gestalten. Die Gemeinschaft ist besonders bemüht, im Vorfeld der Vollendung des Binnenmarktes bis 1992 Stellen für Praktikanten aus den AKP-Staaten, den Entwicklungsländern Asiens und Lateinamerikas zu schaffen.
A-3 2 1	Veranschlagt sind Mittel zur Deckung des Finanzbeitrags zu dem Programm, das im Rahmen der CIUTI (Ständige Konferenz der Direktoren der Übersetzer- und Dolmetscher-Hochschulinstitute) oder an einem Fachinstitut für Hochschul- oder Post-graduate-Studien zur Ausbildung von Konferenzdolmetschern durchgeführt wird. Veranschlagt sind ferner Mittel für die Vergabe von Stipendien an Dolmetscher zur Erlernung zusätzlicher Arbeitssprachen. Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 220 000 ECU veranschlagt.
A-3 2 2	Veranschlagt sind Mittel für die Gewährung von Zuschüssen für internationale nichtstaatliche Jugendorganisationen zur Erstellung und Durchführung ihrer Tätigkeitsprogramme in einem europäischen Rahmen.
A-3 2 3	Veranschlagt sind Zuschüsse für Emigrantenschulen in der Europäischen Gemeinschaft, die von privaten Trägern unterhalten werden (Ungarn, Letten, Esten, Ukrainer) zum Zweck, auch Stipendien an Kinder zu gewähren, die eine Bindung zu ihrem Heimatland behalten wollen und sich so wirksam für die Verbreitung der Europaidee einsetzen werden.
A-3 2 4	
A-3 2 4 0	Übereinkommen über die Gründung eines Europäischen Hochschulinstituts (ABl. Nr. C 29 vom 9. 2. 1976, S. 1), insbesondere Artikel 19 Absatz 2. Veranschlagt sind die Mittel zur Deckung der Ausgaben für: — Material, den akademischen Dienstbetrieb des Europäischen Hochschulinstituts Florenz, die Finanzierung einer Europäischen Bibliothek, — den finanziellen Beitrag zu einigen Forschungsvorhaben, die im Europäischen Hochschulinstitut in Florenz durchgeführt werden,

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-3 2 — JUGEND UND BILDUNG *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung		Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
A-3 2 4	*(Fortsetzung)*				
A-3 2 4 0	*(Fortsetzung)*				
A-3 2 4 2	Historische Archive der Gemeinschaften	Nichtgetrennte Mittel	900 000	800 000	700 000,—
		Artikel A-3 2 4 insgesamt	4 150 000	3 835 000	3 350 000,—
A-3 2 5	***Zuschuß für das Europakolleg Brügge***	Nichtgetrennte Mittel	1 500 000	1 170 000	700 000,—
A-3 2 6	***Europäische und andere Schulen***				
A-3 2 6 0	Europäische Schulen	Nichtgetrennte Mittel	81 483 696	72 799 253	65 334 000,—
A-3 2 6 1	Unterricht für Behinderte	Nichtgetrennte Mittel	p.m.		
A-3 2 6 8	Andere Schulen	Nichtgetrennte Mittel	140 000	139 000	130 000,—
		Artikel A-3 2 6 insgesamt	81 623 696	72 938 253	65 464 000,—

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-3 2 — JUGEND UND BILDUNG *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
A-3 2 4	*(Fortsetzung)*
A-3 2 4 0	*(Fortsetzung)* — die Finanzierung einer Reihe von „Jean-Monnet"-Stipendien, eines „Jean-Monnet"-Lehrstuhls und eines Sommerkurses über europäisches Recht und den Schutz der Menschenrechte, — die Aufnahme von Forschern, die Doktorarbeiten im Zusammenhang mit dem Fortschreiten der Europäischen Union vorbereiten.
A-3 2 4 2	Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 354/83 des Rates vom 1. Februar 1983 über die Freigabe der historischen Archive der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Europäischen Atomgemeinschaft (ABl. Nr. L 43 vom 15. 2. 1983, S. 1). Entscheidung Nr. 359/83/EGKS der Kommission vom 8. Februar 1983 über die Freigabe der historischen Archive der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (ABl. Nr. L 43 vom 15. 2. 1983, S. 14). Vertrag zwischen der Kommission und dem Europäischen Hochschulinstitut unterzeichnet in Florenz am 17. Dezember 1984. Entschließung des Rates un der im Rat vereinigten Minister für das Bildungswesen vom 14. November 1991 betreffend das Archivwesen (ABl. Nr C 314 vom 5. 12. 1991, S. 2). Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Verwaltungsausgaben (Personalaufwendungen und Sachausgaben) des Europäischen Hochschulinstituts für die historischen Archive. Sie decken auch Mittel für den Erwerb historisch wertvoller Dokumente von Privatpersonen und öffentlichen oder privaten Organisatoren.
A-3 2 5	*Vormals Posten A-3 2 5 0 bis A-3 2 5 3* Veranschlagt sind Mittel: — zur Deckung des Finanzbeitrags der Kommission zu den Verwaltungskosten des Europakollegs; — zur Deckung des Finanzbeitrags zu den Kosten der Bibliothek des Europakollegs, insbesondere zur Informatisierung; — zur Finanzierung eines „Jean-Monnet"-Lehrstuhls für europäische Wirtschaftsstudien; — für den Beitrag der Gemeinschaft zu wissenschaftlichen Veröffentlichungen, Kolloquien und Studientagungen des Europakollegs.
A-3 2 6	
A-3 2 6 0	Satzung der Europäischen Schulen vom 12. April 1957. Protokoll vom 13. April 1962 über die Gründung der Europäischen Schulen und Zusatzprotokoll vom 15. Dezember 1975. Vom Obersten Rat der Europäischen Schulen am 18. Oktober 1988 genehmigte Haushaltsordnung.
A-3 2 6 1	*Neuer Posten* Dieser Posten dient einer möglichen Veranschlagung von Mitteln zur Deckung des Zuschusses für eine Sondereinrichtung für die soziale Eingliederung von Behinderten, für die die Institution zuständig ist.
A-3 2 6 8	Die veranschlagten Mittel sind dazu bestimmt, einen Teil der Ausgaben für den Schulbesuch von Kindern zu decken, die aus unabweisbaren pädagogischen Gründen nicht oder nicht mehr zu den Europäischen Schulen zugelassen sind, oder die aus Gründen des Dienstortes des Vaters oder der Mutter, die Beamte sind (externe Büros), keinen Schulunterricht in einer Europäischen Schule erhalten können. Ferner sind diese Mittel dazu bestimmt, einen etwaigen Zuschuß für eine Sondereinrichtung für die soziale Eingliederung von Behinderten, für die die Institution zuständig ist, zu decken.

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-3 2 — JUGEND UND BILDUNG *(Fortsetzung)*

KAPITEL A-3 4 — VERÖFFENTLICHUNGEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
A-3 2 9	***Studien- und Forschungseinrichtungen über die Europäische Union***			
A-3 2 9 0	Europäische Rechtsakademie Nichtgetrennte Mittel	500 000	50 000	
A-3 2 9 2	Beobachtungssystem Südeuropa Nichtgetrennte Mittel	100 000		
	Artikel A-3 2 9 insgesamt	600 000	50 000	
	KAPITEL A-3 2 INSGESAMT	91 413 696	81 243 253	72 656 775,17
	KAPITEL A-3 4			
A-3 4 0	***Amtsblatt*** Nichtgetrennte Mittel	29 000 000	29 200 000	25 750 000,—
A-3 4 1	***Veröffentlichungen***			
A-3 4 1 0	Allgemeine Veröffentlichungen Nichtgetrennte Mittel	1 900 000	2 054 000	0,—
	(Unterstützungsausgaben)	*(700 000)*	*(446 000)*	*(2 750 000,—)*

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-3 2 — JUGEND UND BILDUNG *(Fortsetzung)*

KAPITEL A-3 4 — VERÖFFENTLICHUNGEN

Artikel Posten	Erläuterungen
A-3 2 9	
A-3 2 9 0	Entschließung des Europäischen Parlaments vom 14. April 1989 zum fünften Jahresbericht der Kommission an das Europäische Parlament über die Kontrolle der Anwendung des Gemeinschaftsrechts — 1987 (ABl. Nr. C 120 vom 16. 5. 1989, S. 361). Diese Mittel sind zur Durchführung dieser Entschließung bestimmt, in der die Schaffung einer Akademie für europäisches Recht mit dem Ziel empfohlen wird, die verschiedenen Hochschulausbildungsgänge durch Weiterbildungsmaßnahmen für die im Rechtsbereich tätigen Personen zu ergänzen.
A-3 2 9 2	*Neuer Posten* Veranschlagt sind Mittel zur Schaffung eines Beobachtungssystems Südeuropa, das die Möglichkeit bieten soll, die Analyse der wirtschaftlichen Auswirkungen der Europäischen Union, insbesondere aus wirtschaftlicher Sicht, auf die Regionen Südeuropas zu vertiefen.
A-3 4 0	Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, insbesondere Artikel 191. Verordnung Nr. 1 des Rates vom 15. April 1958 zur Regelung der Sprachenfrage für die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (ABl. Nr. 17 vom 6. 10. 1958, S. 385/58), zuletzt geändert durch die Akte über den Beitritt von Spanien und Portugal (ABl. Nr. L 302 vom 15. 11. 1985, S. 23). Entscheidung des Rates vom 15. September 1958 über die Gründung des *Amtsblatts der Europäischen Gemeinschaften* (ABl. Nr. 17 vom 6. 10. 1958, S. 390/58), zuletzt geändert durch die Akte über den Beitritt von Spanien und Portugal (ABl. Nr. L 302 vom 15. 11. 1985, S. 23). Beschluß 69/13/Euratom, EGKS, EWG vom 16. Januar 1969 über die Einrichtung des Amtes für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 13 vom 18. 1. 1969, S. 19). Veranschlagt sind die Kosten für die Veröffentlichung des *Amtsblatts der Europäischen Gemeinschaften*. Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 4 500 000 ECU veranschlagt.
A-3 4 1	
A-3 4 1 0	Unter Berücksichtigung der in Posten A-4 4 1 0 eingesetzten Mittel beläuft sich der Gesamtbetrag auf 2 600 000 ECU (1991: 2 500 000 ECU). Veranschlagt sind die Ausgaben für die Herausgabe: — der in den Verträgen oder Verordnungen des Rates vorgesehenen Veröffentlichungen, — der Zeitschriften, Sammelwerke und sonstigen Veröffentlichungen der Kommission, — der Broschüren und Veröffentlichungen zur Verbreitung der technischen und wirtschaftlichen Kenntnisse. Die Ausgaben für die Herausgabe umfassen die Vorbereitung und Ausarbeitung (einschließlich Autorenverträge), die Auswertung von Dokumentation, die Vervielfältigung von Schriftstücken, die Abfassung, Übersetzung, Überprüfung (einschließlich der Überprüfung der Konkordanz der Texte), den Druck und die Verteilung, sowie die Ausgaben für die elektronische Veröffentlichung. Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 700 000 ECU veranschlagt.

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-3 4 — VERÖFFENTLICHUNGEN *(Fortsetzung)*

KAPITEL A-3 5 — KONTROLLEN, ERHEBUNGEN UND ANALYSEN IN DEN BEREICHEN WIRTSCHAFT, HANDEL, INDUSTRIE UND ANDERE

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
A-3 4 1	*(Fortsetzung)*			
A-3 4 1 2	Ausgaben für die Verbreitung von Informationen und für die Förderung von Veröffentlichungen Nichtgetrennte Mittel	275 000	275 000	275 000,—
	Artikel A-3 4 1 insgesamt	2 175 000 *(700 000)*	2 329 000 *(446 000)*	275 000,— *(2 750 000,—)*
A-3 4 2	***Amt für amtliche Veröffentlichungen*** Nichtgetrennte Mittel	37 200 000	34 104 325	31 958 363,67
	KAPITEL A-3 4 INSGESAMT	68 375 000 *(700 000)*	65 633 325 *(446 000)*	57 983 363,67 *(2 750 000,—)*
	KAPITEL A-3 5			
A-3 5 0	***Wirtschaftsinformationen und Verwaltung der Wirtschafts- und Währungsunion***			
A-3 5 0 0	Europaweit abgestimmte Konjunkturerhebungen und Auswertung der Ergebnisse Nichtgetrennte Mittel	2 300 000	2 529 000	2 591 171,69
	(Unterstützungsausgaben)	*(250 000)*	*(221 000)*	*(158 703,87)*

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-3 4 — VERÖFFENTLICHUNGEN *(Fortsetzung)*

KAPITEL A-3 5 — KONTROLLEN, ERHEBUNGEN UND ANALYSEN IN DEN BEREICHEN WIRTSCHAFT, HANDEL, INDUSTRIE UND ANDERE

Artikel Posten	Erläuterungen
A-3 4 1	*(Fortsetzung)*
A-3 4 1 2	Veranschlagt sind die Kosten für den Druck und die Verteilung von Broschüren, die Ausgaben für die Verbreitung technischer und wirtschaftlicher Kenntnisse sowie die Ausgaben für die elektronische Veröffentlichung. Die Mittel sind ferner für die Förderung der Veröffentlichungen der Kommission, mit Ausnahme der Veröffentlichungen des Statistischen Amtes, bestimmt. Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 70 000 ECU veranschlagt.
A-3 4 2	Beschluß 69/13/Euratom, EGKS, EWG vom 16. Januar 1969 über die Errichtung des Amtes für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 13 vom 18. 1. 1969, S. 19), insbesondere die Artikel 5 und 7. Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3.1990, S.1), inbesondere Artikel 124. Gesamtmittelausstattung des Amtes für amtliche Veröffentlichungen, dessen Haushaltsplan diesem Einzelplan des Ausgabenplans als Anlage II beigefügt ist. Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 4 602 500 ECU veranschlagt.
A-3 5 0	
A-3 5 0 0	Unter Berücksichtigung der in Posten A-4 5 0 0 eingesetzten Mittel beläuft sich der Gesamtbetrag auf 2 550 000 ECU (1991: 2 750 000 ECU). Veranschlagt sind Mittel für die Durchführung bzw. Fortführung sowie für die Auswertung folgender Erhebungen: — auf der Grundlage der Kommissionsbeschlüsse vom 15. November 1961: — monatliche Konjunkturerhebung bei den Unternehmen der Gemeinschaft (seit 1962), — Konjunkturerhebung in der Bauwirtschaft (seit 1963), — Konjunkturerhebung über die Investitionen (seit 1966), — Konjunkturerhebung im Einzelhandel, — Ad-hoc-Erhebung über aktuelle Fragen, — auf der Grundlage des Ratsbeschlusses vom 15. September 1970: — Konjunkturerhebung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft bei den Verbrauchern (1972).

KOMMISSION

Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-3 5 — KONTROLLEN, ERHEBUNGEN UND ANALYSEN IN DEN BEREICHEN WIRTSCHAFT, HANDEL, INDUSTRIE UND ANDERE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
A-3 5 0	*(Fortsetzung)*			
A-3 5 0 1	Vorbereitende und unterstützende Maßnahmen im Vorfeld der Wirtschafts- und Währungsunion			
	Nichtgetrennte Mittel	410 000	p.m.	
	(Unterstützungsausgaben)	*(40 000)*	*(250 000)*	
	Artikel A-3 5 0 insgesamt	2 710 000	2 529 000	2 591 171,69
		(290 000)	*(471 000)*	*(158 703,87)*
A-3 5 1	***Handelsschutzmaßnahmen, einschließlich Kontrollen und Gutachten***			
	Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
	(Unterstützungsausgaben)	*(1 040 000)*	*(700 000)*	*(700 000,—)*
A-3 5 2	***Maßnahmen im Bereich des Wettbewerbs***			
A-3 5 2 0	Sektorale Untersuchungen und Erhebungen auf dem Gebiet des Wettbewerbs			
	Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	487 791,—
	(Unterstützungsausgaben)	*(800 000)*	*(725 000)*	*(12 075,—)*
A-3 5 2 1	Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen			
	Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	
	(Unterstützungsausgaben)	*(650 000)*	*(600 000)*	

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-3 5 — KONTROLLEN, ERHEBUNGEN UND ANALYSEN IN DEN BEREICHEN WIRTSCHAFT, HANDEL, INDUSTRIE UND ANDERE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
A-3 5 0	*(Fortsetzung)*
A-3 5 0 1	Unter Berücksichtigung der in Posten A-4 5 0 1 eingesetzten Mittel beläuft sich der Gesamtbetrag auf 450 000 ECU (1991: 250 000 ECU). Diese Mittel sind zur Deckung der Ausgaben für vorbereitende und unterstützende Maßnahmen im Vorfeld der Wirtschafts- und Währungsunion.
A-3 5 1	Unter Berücksichtigung der in Artikel A-4 5 1 eingesetzten Mittel beläuft sich der Gesamtbetrag auf 1 040 000 ECU (1991: 700 000 ECU). Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, insbesondere Artikel 113. Verordnung (EWG) Nr. 288/82 des Rates vom 5. Februar 1982 betreffend die gemeinsame Einfuhrregelung (ABl. Nr. L 35 vom 9. 2. 1982, S. 1). Verordnung (EWG) Nr. 2423/88 des Rates vom 11. Juli 1988 über den Schutz gegen gedumpte oder subventionierte Einfuhren aus nicht zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft gehörenden Ländern (ABl. Nr. L 209 vom 2. 8. 1988, S. 1). Entscheidung Nr. 2424/88/EGKS der Kommission vom 29. Juli 1988 über den Schutz gegen gedumpte oder subventionierte Einfuhren aus nicht zur Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl gehörenden Ländern (ABl. Nr. L 209 vom 2. 8. 1988, S. 18). Dieser Artikel ist zur Deckung der Ausgaben für die Organisation der Kontrollen vor Ort (bei Produzenten, Exporteuren und den Importeuren) bestimmt, die für die Durchführung der Erhebungen erforderlich sind.
A-3 5 2	
A-3 5 2 0	Unter Berücksichtigung der in Posten A-4 5 2 0 eingesetzten Mittel beläuft sich der Gesamtbetrag auf 800 000 ECU (1991: 725 000 ECU). Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, insbesondere Artikel 65, 66 und 95. Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, insbesondere Artikel 85, 86, 90, 92 und 93. Richtlinie 87/167/EWG des Rates vom 26. Januar 1987 über Beihilfen für den Schiffbau (ABl. Nr. L 69 vom 12. 3. 1987, S. 55). Entscheidung Nr. 322/89/EGKS der Kommission vom 1. Februar 1989 zur Einführung gemeinschaftlicher Vorschriften über Beihilfen an die Eisen- und Stahlindustrie (ABl. Nr. L 38 vom 10. 2. 1989, S. 8). Richtlinie 90/684/EWG des Rates vom 21. Dezember 1990 über Beihilfen für den Schiffbau (ABl. Nr. L 380 vom 31. 12. 1990, S. 27). Dieser Posten ist zur Deckung der Kosten von Studien über die Struktur der Sektoren und Märkte in den einzelnen Mitgliedstaaten, ihre Tendenzen und ihre Entwicklung unter dem Gesichtspunkt der Konzentration und des Wettbewerbs, bestimmt.
A-3 5 2 1	Unter Berücksichtigung der in Posten A-4 5 2 1 eingesetzten Mittel beläuft sich der Gesamtbetrag auf 650 000 ECU (1991: 600 000 ECU). Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, insbesondere Artikel 85, 86, 90, 92 und 93. Verordnung (EWG) Nr. 4064/89 des Rates vom 21. Dezember 1989 über die Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen (ABl. Nr. L 395 vom 30. 12. 1989, S. 1). Verordnung (EWG) Nr. 2367/90 der Kommission vom 25. Juli 1990 über die Anmeldungen, über die Fristen sowie über die Anhörung nach der Verordnung (EWG) Nr. 4064/89 des Rates über die Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen (ABl. Nr. L 219 vom 14. 8. 1990, S. 5).

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-3 5 — KONTROLLEN, ERHEBUNGEN UND ANALYSEN IN DEN BEREICHEN WIRTSCHAFT, HANDEL, INDUSTRIE UND ANDERE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
A-3 5 2	*(Fortsetzung)*			
A-3 5 2 1	*(Fortsetzung)*			
	Artikel A-3 5 2 insgesamt	p.m. *(1 450 000)*	p.m. *(1 325 000)*	487 791,— *(12 075,—)*
A-3 5 3	***Koordinierung der Betrugsbekämpfung***			
A-3 5 3 0	Dienststelle zur Koordinierung der Betrugsbekämpfung Nichtgetrennte Mittel *(Unterstützungsausgaben)*	46 000 *(154 000)*	p.m. *(200 000)*	11 644,46 *(180 723,19)*
A-3 5 3 1	Kontrollen, Studien, Analysen im Rahmen der Betrugsbekämpfung Nichtgetrennte Mittel *(Unterstützungsausgaben)*	5 655 000 *(3 117 000)*	5 200 000 *(3 431 000)*	6 997 499,— *(1 170 057,34)*
A-3 5 3 2	TAFI — Betrugsbekämpfungsmaßnahmen im Textilbereich Nichtgetrennte Mittel *(Unterstützungsausgaben)*	p.m. *(p.m.)*		
	Artikel A-3 5 3 insgesamt	5 701 000 *(3 271 000)*	5 200 000 *(3 631 000)*	7 009 143,46 *(1 350 780,53)*
A-3 5 4	***Steuerharmonisierung und Datenverarbeitungsnetz zur Übermittlung von Zollinformationen im Rahmen der Betrugsbekämpfung*** Nichtgetrennte Mittel *(Unterstützungsausgaben)*	2 860 000 *(3 640 000)*	1 200 000 *(2 000 000)*	0,— *(1 997 097,80)*

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-3 5 — KONTROLLEN, ERHEBUNGEN UND ANALYSEN IN DEN BEREICHEN WIRTSCHAFT, HANDEL, INDUSTRIE UND ANDERE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
A-3 5 2	*(Fortsetzung)*
A-3 5 2 1	*(Fortsetzung)* Bei dieser Kontrolle werden Fälle von Unternehmenszusammenschlüssen untersucht, die der Kommission in enger Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten gemeldet wurden.
A-3 5 3	
A-3 5 3 0	Unter Berücksichtigung der in Posten A-4 5 3 0 eingesetzten Mittel beläuft sich der Gesamtbetrag auf 200 000 ECU (1991: 200 000 ECU). Diese Mittel sind zur Deckung der Ausgaben der Dienststelle für die Koordinierung der Maßnahmen zur Bekämpfung von Betrügereien bestimmt, die von der Kommission damit beauftragt ist: — sämtliche Informationen über Betrügereien zusammenzutragen, zu prüfen und weiterzuleiten, — die von den Dienststellen der Kommission eingeleiteten Maßnahmen zu koordinieren und weiterzuverfolgen, — Kontrollen und Untersuchungen vor Ort einzuleiten und gegebenenfalls daran mitzuwirken, — gemeinsame Infrastrukturen, insbesondere EDV-Anlagen, zu konzipieren, zu entwickeln und zu verwalten, — die Kommission im Falle von Betrügereien bei den Mitgliedstaaten und den Institutionen der Gemeinschaft zu vertreten, — alle möglichen Initiativen zur Verbesserung der Ausbildung des Personals zu ergreifen und die Beziehungen zu den nationalen Verwaltungsbehörden zu intensivieren.
A-3 5 3 1	Unter Berücksichtigung der in Posten A-4 5 3 1 eingesetzten Mittel beläuft sich der Gesamtbetrag auf 8 772 000 ECU (1991: 8 631 000 ECU). Verordnung (EWG) Nr. 4045/89 des Rates vom 21. Dezember 1989 über die von den Mitgliedstaaten vorzunehmende Prüfung der Maßnahmen, die Bestandteil des Finanzierungssystems des Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft, Abteilung Garantie, sind, und zur Aufhebung der Richtline 77/435/EWG (ABl. Nr. L 388 vom 30. 12. 1989, S. 18). Veranschlagt sind Ausgaben im Zusammenhang mit neuen Betrugsbekämpfungsmaßnahmen sowie mit der Durchführung der Gemeinschaftsregelung und deren Vereinfachung. Sie sollen ferner die Ausgaben im Zusammenhang mit von der Dienststelle für die Koordinierung der Maßnahmen zur Bekämpfung von Betrügereien außerhalb der vorgenannten Rechtsgrundlagen ergriffenen Initiativen zur Koordinierung und Überwachung der Maßnahmen der Dienststellen der Kommission zur Organisation von und Teilnahme an Kontrollen und Untersuchungen vor Ort und zur Verstärkung der Zusammenarbeit mit den nationalen Verwaltungen im Bereich des Informationsaustausches decken.
A-3 5 3 2	*Neuer Posten* Bei Posten A-4 5 3 2 ist ein „p.m." eingesetzt.
A-3 5 4	Unter Berücksichtigung der in Artikel A-4 5 4 eingesetzten Mittel beläuft sich der Gesamtbetrag auf 6 500 000 ECU (1991: 3 200 000 ECU). Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Kosten in Verbindung mit dem Datenverarbeitungsnetz zur Übermittlung von Zoll- und Steuerinformationen im Rahmen der Betrugsbekämpfung und der Anwendung der einschlägigen Vorschriften. Veranschlagt sind ebenfalls: — die Entwicklung des SCENT (Systems customs enforcement network), eines raschen und zuverlässigen Systems zur Übertragung von Informationen über tatsächliche oder mutmaßliche Betrugsfälle unter Verwendung moderner Informationstechnologien,

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-3 5 — KONTROLLEN, ERHEBUNGEN UND ANALYSEN IN DEN BEREICHEN WIRTSCHAFT, HANDEL, INDUSTRIE UND ANDERE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
A-3 5 4	*(Fortsetzung)*			
A-3 5 5	***Europäisches Netz für Dokumentation, Koordinierung und Untersuchung zur Bekämpfung grenzüberschreitender Betrügereien und Kriminalität*** Nichtgetrennte Mittel	750 000		
A-3 5 6	***Untersuchungen und Konsultationen im Zusammenhang mit den obligatorischen Abgaben*** Nichtgetrennte Mittel	500 000	500 000	
	KAPITEL A-3 5 INSGESAMT	12 521 000 *(9 691 000)*	9 429 000 *(8 127 000)*	10 088 106,15 *(4 218 657,20)*
	Titel A-3 insgesamt	**198 707 696** *(10 599 000)*	**177 077 578** *(8 863 000)*	**162 973 643,61** *(7 477 766,99)*

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-3 5 — KONTROLLEN, ERHEBUNGEN UND ANALYSEN IN DEN BEREICHEN WIRTSCHAFT, HANDEL, INDUSTRIE UND ANDERE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
A-3 5 4	*(Fortsetzung)* — die Durchführung von Maßnahmen zur Harmonisierung der indirekten Steuern, — die Verbreitung der notwendigen Zollinformationen an die Gemeinschaftsorgane, die nationalen Verwaltungsstellen, die europäischen Handelsverbände, die Importeure, Exporteure und andere in den vorgeschriebenen Formen und Fristen, — die Schaffung des Systems CIS (Customs information network), eines Zollinformationssystems zur Drogenbekämpfung, — die Verbreitung der Datenbasis INFOYA (Yacht-Information) für Rauschgiftkontrollen auf Vergnügungsbooten.
A-3 5 5	*Neuer Artikel* Diese Mittel sind zur Mitfinanzierung eines europäischen Netzes für Dokumentation, Koordinierung und Untersuchung zur Bekämpfung grenzüberschreitender Betrügereien und Kriminalität bestimmt.
A-3 5 6	Diese Mittel sind zur Deckung der Ausgaben für die Vorbereitung und Durchführung eines Aktions- und Kooperationsprogramms Gemeinschaft/Mitgliedstaaten im Bereich der obligatorischen Abgaben bestimmt. Veranschlagt sind außerdem die Ausgaben für Fachuntersuchungen, insbesondere über die Wechselwirkungen „Binnenmarkt/obligatorische Abgaben".

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

TITEL A-4

UNTERSTÜTZUNGSAUSGABEN ZU DEN AUSGABEN FÜR DIE AUSFÜHRUNG BESONDERER AUFGABEN DURCH DAS ORGAN

KAPITEL A-4 0 — ZUSCHÜSSE IM INTERESSE DES HAUSHALTSAUSGLEICHS

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
	KAPITEL A-4 0			
A-4 0 1	***Europäisches Institut für Süd- und Südostasien-Forschung*** (A-3 0 1) Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
A-4 0 5	***Beteiligung an Veranstaltungen, die von Interesse für die Gemeinschaft sind*** (A-3 0 5)			
A-4 0 5 5	Beteiligung der Gemeinschaft an der Weltausstellung in Sevilla *(A-3 0 5 5)* Nichtgetrennte Mittel	82 000	98 000	122 802,—
A-4 0 5 6	Beteiligung der Gemeinschaft an der internationalen Ausstellung in Genua *(A-3 0 5 6)* Nichtgetrennte Mittel	126 000	192 000	
	Artikel A-4 0 5 insgesamt	208 000	290 000	122 802,—
A-4 0 6	***Städtepartnerschaften in der Gemeinschaft*** (A-3 0 6) Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	386 307,79

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

TITEL A-4

UNTERSTÜTZUNGSAUSGABEN ZU DEN AUSGABEN FÜR DIE AUSFÜHRUNG BESONDERER AUFGABEN DURCH DAS ORGAN

KAPITEL A-40 — ZUSCHÜSSE IM INTERESSE DES HAUSHALTSAUSGLEICHS

Artikel Posten	Erläuterungen	
A-401	Dieser Artikel ist zur Deckung der Personalausgaben, Ausgaben für Verträge mit Unternehmen, Infrastrukturausgaben, Ausgaben für Information und Veröffentlichungen sowie sonstiger Verwaltungsausgaben im Zusammenhang mit diesen Maßnahmen bestimmt.	
A-405		
A-4055	Diese Mittel sind zur Deckung der Personalausgaben, Ausgaben für Verträge mit Unternehmen, Infrastrukturausgaben, Ausgaben für Information und Veröffentlichungen sowie sonstiger Verwaltungsausgaben im Zusammenhang mit diesen Maßnahmen bestimmt.	
	Sie gliedern sich wie folgt auf:	
	— Personal	41 000
	— Veröffentlichungen/Information	—
	— Infrastruktur:	
	— direkte Ausgaben	20 000
	— Anteil von Teil A für 1 Dienstposten intra muros	16 000
	— sonstige	5 000
	Insgesamt	82 000
A-4056	Diese Mittel sind zur Deckung der Personalausgaben, Ausgaben für Verträge mit Unternehmen, Infrastrukturausgaben, Ausgaben für Information und Veröffentlichungen sowie sonstiger Verwaltungsausgaben im Zusammenhang mit diesen Maßnahmen bestimmt.	
	Sie gliedern sich wie folgt auf:	
	— Personal	64 000
	— Veröffentlichungen/Information	—
	— Infrastruktur:	
	— direkte Ausgaben	25 000
	— Anteil von Teil A für 2 Dienstposten intra muros	31 000
	— sonstige	6 000
	Insgesamt	126 000
A-406	Dieser Artikel ist zur Deckung der Personalausgaben, Ausgaben für Verträge mit Unternehmen, Infrastrukturausgaben, Ausgaben für Information und Veröffentlichungen sowie sonstiger Verwaltungsausgaben im Zusammenhang mit diesen Maßnahmen bestimmt.	

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-4 0 — ZUSCHÜSSE IM INTERESSE DES HAUSHALTSAUSGLEICHS *(Fortsetzung)*

KAPITEL A-4 4 — VERÖFFENTLICHUNGEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
A-4 0 8	***Forschung über Mittel- und Osteuropa, einschließlich der Sowjetunion, und über den Balkan*** (A-3 0 8) Nichtgetrennte Mittel	—	p.m.	0,—
	KAPITEL A-4 0 INSGESAMT	208 000	290 000	509 109,79
	KAPITEL A-4 4			
A-4 4 1	***Veröffentlichungen*** (A-3 4 1)			
A-4 4 1 0	Allgemeine Veröffentlichungen *(A-3 4 1 0)* Nichtgetrennte Mittel	700 000	446 000	2 750 000,—
	Artikel A-4 4 1 insgesamt	700 000	446 000	2 750 000,—
	KAPITEL A-4 4 INSGESAMT	700 000	446 000	2 750 000,—

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-40 — ZUSCHÜSSE IM INTERESSE DES HAUSHALTSAUSGLEICHS *(Fortsetzung)*

KAPITEL A-44 — VERÖFFENTLICHUNGEN

Artikel Posten	Erläuterungen	
A-441		
A-4410	Diese Mittel sind zur Deckung der Personalausgaben, Ausgaben für Verträge mit Unternehmen, Infrastrukturausgaben Ausgaben für Information und Veröffentlichungen sowie sonstiger Verwaltungsausgaben im Zusammenhang mit diesen Maßnahmen bestimmt.	
	Sie gliedern sich wie folgt auf:	
	— Personal	457 000
	— Veröffentlichungen/Information	—
	— Infrastruktur:	
	— direkte Ausgaben	55 000
	— Anteil von Teil A für 12 Dienstposten intra muros	188 000
	— sonstige	—
	Insgesamt	700 000

KOMMISSION

Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-4 5 — KONTROLLEN, ERHEBUNGEN UND ANALYSEN IN DEN BEREICHEN WIRTSCHAFT, HANDEL, INDUSTRIE UND ANDERE

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
	KAPITEL A-4 5			
A-4 5 0	***Wirtschaftsinformationen und Verwaltung der Wirtschafts- und Währungsunion*** (A-3 5 0)			
A-4 5 0 0	Europaweit abgestimmte Konjunkturerhebungen und Auswertung der Ergebnisse *(A-3 5 0 0)*			
	Nichtgetrennte Mittel	250 000	221 000	158 703,87
A-4 5 0 1	Vorbereitende und unterstützende Maßnahmen im Vorfeld der Wirtschafts- und Währungsunion *(A-3 5 0 1)*			
	Nichtgetrennte Mittel	40 000	250 000	
	Artikel A-4 5 0 insgesamt	290 000	471 000	158 703,87
A-4 5 1	***Handelsschutzmaßnahmen, einschließlich Kontrollen und Gutachten*** (A-3 5 1)			
	Nichtgetrennte Mittel	1 040 000	700 000	700 000,—

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-4 5 — KONTROLLEN, ERHEBUNGEN UND ANALYSEN IN DEN BEREICHEN WIRTSCHAFT, HANDEL, INDUSTRIE UND ANDERE

Artikel Posten	Erläuterungen	
A-4 5 0		
A-4 5 0 0	Diese Mittel sind zur Deckung der Personalausgaben, Ausgaben für Verträge mit Unternehmen, Infrastrukturausgaben, Ausgaben für Information und Veröffentlichungen sowie sonstiger Verwaltungsausgaben im Zusammenhang mit diesen Maßnahmen bestimmt.	
	Sie gliedern sich wie folgt auf:	
	— Personal	219 000
	— Veröffentlichungen/Information	—
	— Infrastruktur:	
	— direkte Ausgaben	—
	— Anteil von Teil A für 2 Dienstposten intra muros	31 000
	— sonstige	—
	Insgesamt	250 000
A-4 5 0 1	Diese Mittel sind zur Deckung der Personalausgaben, Ausgaben für Verträge mit Unternehmen, Infrastrukturausgaben, Ausgaben für Information und Veröffentlichungen sowie sonstiger Verwaltungsausgaben im Zusammenhang mit diesen Maßnahmen bestimmt.	
	Sie gliedern sich wie folgt auf:	
	— Personal	—
	— Veröffentlichungen/Information	—
	— Infrastruktur:	
	— direkte Ausgaben	40 000
	— Anteil von Teil A	—
	— sonstige	—
	Insgesamt	40 000
A-4 5 1	Diese Mittel sind zur Deckung der Personalausgaben, Ausgaben für Verträge mit Unternehmen, Infrastrukturausgaben, Ausgaben für Information und Veröffentlichungen sowie sonstiger Verwaltungsausgaben im Zusammenhang mit diesen Maßnahmen bestimmt.	
	Sie gliedern sich wie folgt auf:	
	— Personal	300 000
	— Veröffentlichungen/Information	—
	— Infrastruktur:	
	— direkte Ausgaben	50 000
	— Anteil von Teil A für 4 Dienstposten intra muros	60 837
	— sonstige	629 163
	Insgesamt	1 040 000
	Von den vorgesehen Mitteln sind 300 000 ECU zur Deckung der Ausgaben zur Einstellung von Hilfskräften für die Antidumping-Dienste der Kommission bestimmt.	

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-4 5 — KONTROLLEN, ERHEBUNGEN UND ANALYSEN IN DEN BEREICHEN WIRTSCHAFT, HANDEL, INDUSTRIE UND ANDERE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
A-4 5 2	***Maßnahmen im Bereich des Wettbewerbs*** (A-3 5 2)			
A-4 5 2 0	Sektorale Untersuchungen und Erhebungen auf dem Gebiet des Wettbewerbs *(A-3 5 2 0)* Nichtgetrennte Mittel	800 000	725 000	12 075,—
A-4 5 2 1	Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen *(A-3 5 2 1)* Nichtgetrennte Mittel	650 000	600 000	
	Artikel A-4 5 2 insgesamt	1 450 000	1 325 000	12 075,—
A-4 5 3	***Koordinierung der Betrugsbekämpfung*** (A-3 5 3)			
A-4 5 3 0	Dienststelle zur Koordinierung der Betrugsbekämpfung *(A-3 5 3 0)* Nichtgetrennte Mittel	154 000	200 000	180 723,19

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-4 5 — KONTROLLEN, ERHEBUNGEN UND ANALYSEN IN DEN BEREICHEN WIRTSCHAFT, HANDEL, INDUSTRIE UND ANDERE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen	
A-4 5 2		
A-4 5 2 0	Diese Mittel sind zur Deckung der Personalausgaben, Ausgaben für Verträge mit Unternehmen, Infrastrukturausgaben, Ausgaben für Information und Veröffentlichungen sowie sonstiger Verwaltungsausgaben im Zusammenhang mit diesen Maßnahmen bestimmt.	
	Sie gliedern sich wie folgt auf:	
	— Personal	706 000
	— Veröffentlichungen/Information	—
	— Infrastruktur:	
	— direkte Ausgaben	15 000
	— Anteil von Teil A für 5 Dienstposten intra muros	79 000
	— sonstige	—
	Insgesamt	800 000
A-4 5 2 1	Diese Mittel sind zur Deckung der Personalausgaben, Ausgaben für Verträge mit Unternehmen, Infrastrukturausgaben, Ausgaben für Information und Veröffentlichungen sowie sonstiger Verwaltungsausgaben im Zusammenhang mit diesen Maßnahmen bestimmt.	
	Sie gliedern sich wie folgt auf:	
	— Personal	480 000
	— Veröffentlichungen/Information	—
	— Infrastruktur:	
	— direkte Ausgaben	60 000
	— Anteil von Teil A für 7 Dienstposten intra muros	110 000
	— sonstige	—
	Insgesamt	650 000
A-4 5 3		
A-4 5 3 0	Diese Mittel sind zur Deckung der Personalausgaben, Ausgaben für Verträge mit Unternehmen, Infrastrukturausgaben, Ausgaben für Information und Veröffentlichungen sowie sonstiger Verwaltungsausgaben im Zusammenhang mit diesen Maßnahmen bestimmt.	
	Sie gliedern sich wie folgt auf:	
	— Personal	—
	— Veröffentlichungen/Information	—
	— Infrastruktur:	
	— direkte Ausgaben	—
	— Anteil von Teil A	—
	— sonstige	154 000
	Insgesamt	154 000

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-4 5 — KONTROLLEN, ERHEBUNGEN UND ANALYSEN IN DEN BEREICHEN WIRTSCHAFT, HANDEL, INDUSTRIE UND ANDERE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
A-4 5 3	*(Fortsetzung)*			
A-4 5 3 1	Kontrollen, Studien, Analysen im Rahmen der Betrugsbekämpfung *(A-3 5 3 1)* Nichtgetrennte Mittel	3 117 000	3 431 000	1 170 057,34
A-4 5 3 2	TAFI *(A-3 5 3 2)* Nichtgetrennte Mittel	p.m.		
	Artikel A-4 5 3 insgesamt	3 271 000	3 631 000	1 350 780,53
A-4 5 4	***Steuerharmonisierung und Datenverarbeitungsnetz zur Übermittlung von Zollinformationen im Rahmen der Betrugsbekämpfung*** (A-3 5 4) Nichtgetrennte Mittel	3 640 000	2 000 000	1 997 097,80
	KAPITEL A-4 5 INSGESAMT	9 691 000	8 127 000	4 218 657,20
	Titel A-4 insgesamt	**10 599 000**	**8 863 000**	**7 477 766,99**

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-4 5 — KONTROLLEN, ERHEBUNGEN UND ANALYSEN IN DEN BEREICHEN WIRTSCHAFT, HANDEL, INDUSTRIE UND ANDERE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen	
A-4 5 3	*(Fortsetzung)*	
A-4 5 3 1	Diese Mittel sind zur Deckung der Personalausgaben, Ausgaben für Verträge mit Unternehmen, Infrastrukturausgaben, Ausgaben für Information und Veröffentlichungen sowie sonstiger Verwaltungsausgaben im Zusammenhang mit diesen Maßnahmen bestimmt.	
	Sie gliedern sich wie folgt auf:	
	— Personal	1 693 000
	— Veröffentlichungen/Information	—
	— Infrastruktur:	
	— direkte Ausgaben	535 000
	— Anteil von Teil A für 13,5 Dienstposten intra muros	212 000
	— sonstige	677 000
	Insgesamt	3 117 000
A-4 5 3 2	*Neuer Posten*	
	Dieser Posten ist zur Deckung der Ausgaben für externes Personal intra muros bestimmt.	
A-4 5 4	Diese Mittel sind zur Deckung der Personalausgaben, Ausgaben für Verträge mit Unternehmen, Infrastrukturausgaben, Ausgaben für Information und Veröffentlichungen sowie sonstiger Verwaltungsausgaben im Zusammenhang mit diesen Maßnahmen bestimmt.	
	Sie gliedern sich wie folgt auf:	
	— Personal	1 929 000
	— Veröffentlichungen/Information	100 000
	— Infrastruktur:	
	— direkte Ausgaben	1 176 000
	— Anteil von Teil A für 22 Dienstposten intra muros	345 000
	— sonstige	90 000
	Insgesamt	3 640 000

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

Anlage

Unterstützungsausgaben

Anzahl von Personen

(Mannjahre)

Eingliederungsplan			Bezeichnung	1990 (Ausführung)	1991 (Haushaltsplan)	1992
1992	1991	1990				
A-4 0 1	A-4 0 1	3 0 1	Europäisches Institut für Süd- und Südostasien-Forschung	0	0	0
A-4 0 5 5	A-4 0 5 5	3 0 5 5	Beteiligung der Gemeinschaft an der Weltausstellung in Sevilla	2	1	1
A-4 0 5 6	A-4 0 5 6		Beteiligung der Gemeinschaft an der internationalen Ausstellung in Genua		2	2
A-4 0 6	A-4 0 6	3 0 6	Städtepartnerschaften in der Gemeinschaft	5	6	0
A-4 0 8	A-4 0 8	3 0 8	Forschung über Mittel- und Osteuropa, einschließlich der Sowjetunion, und über den Balkan	0	0	0
A-4 4 1 0	A-4 4 1 0	3 4 1 0	Allgemeine Veröffentlichungen	0	13	12
A-4 5 0 0	A-4 5 0 0	3 5 0	Europaweit abgestimmte Konjunkturerhebungen und Auswertung der Ergebnisse	2,5	1,5	2
A-4 5 0 1	A-4 5 0 1		Vorbereitende und unterstützende Maßnahmen im Vorfeld der Wirtschafts- und Währungsunion		0	0
A-4 5 1	A-4 5 1	3 5 1	Handelsschutzmaßnahmen, einschließlich Kontrollen und Gutachten	0	0,4	4
A-4 5 2 0	A-4 5 2 0	3 5 2 0	Sektorale Untersuchungen und Erhebungen auf dem Gebiet des Wettbewerbs	1	3,5	5
A-4 5 2 1	A-4 5 2 1		Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen		5	7
A-4 5 3 0	A-4 5 3 0	3 5 3 0	Dienststelle zur Koordinierung der Betrugsbekämpfung	0	0	0
A-4 5 3 1	A-4 5 3 1	3 5 3 1	Kontrollen, Studien, Analysen im Rahmen der Betrugsbekämpfung	5	9,3	13,5
A-4 5 3 2			TAFI			0
A-4 5 4	A-4 5 4	3 5 4	Steuerharmonisierung und Datenverarbeitungsnetz zur Übermittlung von Zollinformationen im Rahmen der Betrugsbekämpfung	6	18,5	22
			Insgesamt	**21,5**	**60,2**	**68,5**

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

TITEL A-5

DATENVERARBEITUNG

KAPITEL A-5 0 — DATENVERARBEITUNG

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
	KAPITEL A-5 0			
A-5 0 0	***Zentrale Datenverarbeitung***			
A-5 0 0 0	Rechenzentrum Nichtgetrennte Mittel	20 529 000	20 100 000 (1)	16 313 999,21
A-5 0 0 1	Software-Entwicklung Nichtgetrennte Mittel	1 994 000		
A-5 0 0 2	Sonstige externe Dienstleistungen Nichtgetrennte Mittel	1 000 000		
A-5 0 0 3	Dokumentationsbasen Nichtgetrennte Mittel	1 400 000		
	Artikel A-5 0 0 insgesamt	24 923 000	20 100 000	16 313 999,21
A-5 0 1	***Dezentralisierte Datenverarbeitung***			
A-5 0 1 0	Lokale Systeme Nichtgetrennte Mittel	16 201 000	15 660 000	15 077 032,85
A-5 0 1 1	Software-Entwicklung Nichtgetrennte Mittel	2 320 000		

(1) Bei Kapitel A-10 0 sind Mittel in Höhe von 156 000 ECU eingesetzt.

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

TITEL A-5

DATENVERARBEITUNG

KAPITEL A-50 — DATENVERARBEITUNG

Artikel Posten	Erläuterungen
A-500	
A-5000	*Vormals Artikel A-210* Veranschlagt sind Mittel für den Kauf bzw. die Miete von Rechnern, Peripheriegeräten und Software. Sie sollen auch die Kosten für Wartung, Datenträger, Dokumentation, Material, externes Betriebspersonal usw. decken. Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 445 000 ECU veranschlagt.
A-5001	*Vormals Teilartikel A-214* Veranschlagt sind Mittel für die Entwicklung auf Vertragsbasis von rechnergestützten Systemen, einschließlich Dokumentation und Ausbildung in Verbindung mit diesen DV-Systemen. Sie sollen auch die Kosten für die Beschaffung von Fachinformationen (Beraterfirmen) in den Bereichen DV-Qualität, -Sicherheit, -Technologie oder -Verwaltung decken. Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 7 000 ECU veranschlagt.
A-5002	*Vormals Teilartikel A-212, A-213 und A-216* Veranschlagt sind Mittel für Zugänge zu externen Basen, Dienstleistungen des Rechenzentrums auf dem Gebiet der Büroautomatik, die Verbreitung von Daten aus gemeinschaftlichen Datenbanken, Anschlüsse bei internationalen Organisationen, die Datenerfassung usw. Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 50 000 ECU veranschlagt.
A-5003	*Vormals Artikel A-215 und vormals Teilartikel A-213 und A-216* Veranschlagt sind Mittel für die Aufbereitung der in die Datenbanken der Kommission einzugebenden Texte und für die Vorgänge zur Erfassung dieser Daten. Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 31 000 ECU veranschlagt.
A-501	
A-5010	*Vormals Artikel A-211* Veranschlagt sind Mittel für den Kauf bzw. die Miete von Rechnern außerhalb des Datenverarbeitungs-Zentrums, von Terminals, Kleinrechnern und Geräten zur Übertragung von Daten und Software. Sie sollen auch die Kosten für Wartung, Datenträger, Dokumentation, Installation, Material usw. decken. Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 1 350 000 ECU veranschlagt.
A-5011	*Vormals Teilartikel A-214* Veranschlagt sind Mittel für die Entwicklung auf Vertragsbasis von rechnergestützten Systemen, einschließlich Dokumentation und Ausbildung in Verbindung mit diesen DV-Systemen. Sie sollen auch die Kosten für die Beschaffung von Fachinformationen (Beraterfirmen) in den Bereichen DV-Qualität, -Sicherheit, -Technologie oder -Verwaltung decken. Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 6 000 ECU veranschlagt.

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-5 0 — DATENVERARBEITUNG *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
A-5 0 1	*(Fortsetzung)*			
A-5 0 1 2	Sonstige externe Dienstleistungen Nichtgetrennte Mittel	350 000		
A-5 0 1 3	DV-Arbeiten und -Dienste im Zusammenhang mit dem rechnergestützten Buchführungssystem der Kommission Nichtgetrennte Mittel	1 680 000		
	Artikel A-5 0 1 insgesamt	20 551 000	23 463 000	24 081 156,93
	KAPITEL A-5 0 INSGESAMT	45 474 000	43 563 000	40 395 156,14
	Titel A-5 insgesamt	**45 474 000**	**43 563 000**	**40 395 156,14**

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-5 0 — DATENVERARBEITUNG *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
A-5 0 1	*(Fortsetzung)*
A-5 0 1 2	*Vormals Teilartikel A-2 1 2, A-2 1 3 und A-2 1 6* Veranschlagt sind Mittel für Zugänge zu externen Basen, Dienstleistungen des Rechenzentrums auf dem Gebiet der Büroautomatik, die Verbreitung von Daten aus gemeinschaftlichen Datenbanken, Anschlüsse bei internationalen Organisationen, die Datenerfassung usw. Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 25 000 ECU veranschlagt.
A-5 0 1 3	*Vormals Teilartikel A-2 1 2, A-2 1 3 und A-2 1 4* Veranschlagt sind Mittel für folgende Vorhaben: — Entwicklung der Anwendung „Bankbuchhaltung und Verwaltung der Kassenmittel"; — spezifische Aufgaben im Zusammenhang mit der Entwicklung der gesamten Anwendungen und Funktionen für den Aufbau der rechnergestützten Haushaltsführung; — Analyse und Entwicklung der Buchungsanwendungen „Einnahmen" und „Verwaltung der Anderkonten"; — Analyse und Entwicklung der Anwendungen „Berichterstattung", Zeitpläne und Finanzübersichten über die Ausführung des Haushaltsplans, die allgemeine Rechnungsführung, die Konsolidierung der Rechnungsabschlüsse und die Rechnungslegung, die Bankbuchhaltung und die Kassenmittel; — Ausbildung der SINCOM-Benutzer.

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

TITEL A-6

AUSGABEN FÜR PERSONAL UND DIENSTBETRIEB IN DRITTLÄNDERN

KAPITEL A-6 0 — AUSGABEN FÜR PERSONAL UND DIENSTBETRIEB IN DRITTLÄNDERN

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
	KAPITEL A-6 0			
A-6 0 0	***Ausgaben für Personal in Drittländern***			
A-6 0 0 0	Gehälter, Zulagen, Entschädigungen und Kostenerstattungen für Beamte und Bedienstete auf Zeit Nichtgetrennte Mittel	63 419 000 (1)	60 457 682	54 574 000,—
A-6 0 0 1	Bezüge der sonstigen Bediensteten und Vergütung für sonstige Dienstleistungen Nichtgetrennte Mittel	21 185 000 (2)	20 626 000	19 300 000,—
A-6 0 0 2	Berufliche Fortbildung Nichtgetrennte Mittel	1 035 250 (3)	1 095 000	350 000,—

(1) Mittel in Höhe von 3 023 000 ECU sind in Kapitel A-10 0 eingesetzt.
(2) Mittel in Höhe von 1 031 000 ECU sind in Kapitel A-10 0 eingesetzt.
(3) Mittel in Höhe von 55 000 ECU sind in Kapitel A-10 0 eingesetzt.

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

TITEL A-6

AUSGABEN FÜR PERSONAL UND DIENSTBETRIEB IN DRITTLÄNDERN

KAPITEL A-60 — AUSGABEN FÜR PERSONAL UND DIENSTBETRIEB IN DRITTLÄNDERN

Artikel Posten	Erläuterungen
A-600	
A-6000	*Vormals Artikel A-180* Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Anhang X. Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Gemeinschaften. Verordnung Nr. 6/66 Euratom, 121/66/EWG der Räte vom 28. Juli 1966 zur Festlegung des Verzeichnisses der Orte, an denen eine Mietzulage gewährt werden kann, sowie des Höchstbetrags dieser Zulage und der Bedingungen für ihre Gewährung (ABl. Nr. 150 vom 12. 8. 1966, S. 2749/66). Verordnung Nr. 7/66/Euratom, 122/66/EWG der Räte vom 28. Juli 1966 zur Festlegung des Verzeichnisses der Orte, an denen eine Fahrkostenzulage gewährt kann, sowie des Höchstbetrags dieser Zulage und der Bedingungen für ihre Gewährung (ABl. Nr. 150 vom 12. 8. 1966, S. 2751/66). Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1), insbesondere Artikel 75. Veranschlagt sind folgende Ausgaben für die im Stellenplan vorgesehenen Beamten und Bediensteten auf Zeit: — Gehälter, Zulagen und Entschädigungen, — Kranken- und Unfallversicherung sowie sonstige Soziallasten, — Arbeitslosenversicherung für Bedienstete auf Zeit sowie die Zahlungen für Bedienstete auf Zeit zur Bildung oder Aufrechterhaltung ihrer Versorgungsansprüche im Herkunftsland, — sonstige Zulagen und Vergütungen, — Überstunden, — Vergütungen und Kosten bei Dienstantritt, Ausscheiden aus dem Dienst und Versetzungen. Veranschlagt sind außerdem die Auswirkungen der Berichtigungskoeffizienten, die auf die Gehälter der Beamten und Bediensteten auf Zeit angewandt werden.
A-6001	*Vormals Artikel A-181* Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften. Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Gemeinschaften. Veranschlagt sind Mittel für: — die Bezüge und Vergütungen, Überstunden und Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung für die Hilfskräfte und örtlichen Bediensteten, — die Kosten für die Einstellung von Aushilfspersonal, — die Kosten für Dienstleistungen außerhalb des Hauses, soweit diese nicht durch die Dienststellen der Kommission ausgeführt werden können (Übersetzungs-, Vervielfältigungs- und Schreibarbeiten usw.).
A-6002	*Vormals Artikel A-182* Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften. Veranschlagt sind Mittel für: — die berufliche Fortbildung des Personals (Sprachkurse, Informationsveranstaltungen bei Dienstantritt, Verbesserung der Fachkenntnisse, Unterrichtung über die Anwendung moderner Methoden, Seminare, Datenverarbeitungs-Lehrgänge),

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-6 0 — AUSGABEN FÜR PERSONAL UND DIENSTBETRIEB IN DRITTLÄNDERN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
A-6 0 0	*(Fortsetzung)*			
A-6 0 0 2	*(Fortsetzung)*			
A-6 0 0 3	Verschiedene Ausgaben für Einstellungen Nichtgetrennte Mittel	11 000 (1)	12 000	1 000,—
A-6 0 0 4	Amtszulagen, Ausgaben für Repräsentationszwecke sowie Ausgaben für die ärztlichen und sozialen Dienste Nichtgetrennte Mittel	3 989 000 (2)	4 142 000	1 600 000,—
A-6 0 0 5	Dienstreisekosten Nichtgetrennte Mittel	3 338 000 (3)	3 468 000	2 000 000,—
A-6 0 0 6	Fortbildungsaufenthalte für nationale Beamte und Sachverständige in den Delegationen Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	
A-6 0 0 9	Vorläufig eingesetzte Mittel Nichtgetrennte Mittel	1 115 000 (4)	1 076 256	0,—
	Artikel A-6 0 0 insgesamt	94 092 250	90 876 938	77 825 000,—

(1) Mittel in Höhe von 1 000 ECU sind in Kapitel A-10 0 eingesetzt.
(2) Mittel in Höhe von 207 000 ECU sind in Kapitel A-10 0 eingesetzt.
(3) Mittel in Höhe von 173 000 ECU sind in Kapitel A-10 0 eingesetzt.
(4) Mittel in Höhe von 54 000 ECU sind in Kapitel A-10 0 eingesetzt.

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-60 — AUSGABEN FÜR PERSONAL UND DIENSTBETRIEB IN DRITTLÄNDERN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
A-600	*(Fortsetzung)*
A-6002	*(Fortsetzung)* — die Beschaffung der erforderlichen Geräte und Unterlagen, — Analysen, die sich bei der Überprüfung der Funktionsweise und der Struktur der Dienststellen als notwendig erweisen, — die Unterrichtung des Personals. Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 20 000 ECU veranschlagt.
A-6003	*Vormals Artikel A-183* Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften. Veranschlagt sind die Ausgaben für Einstellungsverfahren, insbesondere: — die Kosten für Annoncen, — die Reise- und Aufenthaltskosten sowie Unfallversicherung der einberufenen Stellenbewerber, — die Kosten für gemeinsame Einstellungsprüfungen (Saalmiete, Miete für Mobiliar und Maschinen, Kosten für das Korrigieren der Prüfungsarbeiten), — die Kosten für die ärztliche Untersuchung vor der Einstellung.
A-6004	*Vormals Artikel A-184* Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 14 des Anhangs VII. Erstattungsfähig sind Aufwandsausgaben, die verauslagt werden, um den Repräsentationsverpflichtungen im Namen der Kommission im dienstlichen Interesse nachzukommen. Repräsentationsverpflichtungen bestehen nicht gegenüber Beamten oder sonstigen Bediensteten der Kommission oder eines anderen Organs der Europäischen Gemeinschaften. Veranschlagt sind ferner soziale Ausgaben (Restaurants, Kantinen, ärztlicher Dienst, soziale Beziehungen zum Personal usw.). Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 5 000 ECU veranschlagt.
A-6005	*Vormals Artikel A-185* Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften. Veranschlagt sind die Ausgaben für Fahrkosten, Dienstreisetagegelder sowie für Nebenkosten oder außergewöhnliche Auslagen, die bei der Erledigung eines dienstlichen Auftrags durch das Personal der Kommission entstehen.
A-6006	*Vormals Artikel A-186* Bei diesem Posten sollen gegebenenfalls Mittel für Fortbildungsaufenthalte für junge nationale Beamte und Sachverständige in den Delegationen der Kommission eingesetzt werden.
A-6009	*Vormals Artikel A-189* Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften. Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1). Beschluß 81/1061/Euratom, EGKS, EWG des Rates vom 15. Dezember 1981 zur Änderung des Verfahrens zur Angleichung der Dienstbezüge der Beamten und sonstigen Bediensteten der Gemeinschaften (ABl. Nr. L 386 vom 31. 12. 1981, S. 6). Die Mittel sind vorläufig eingesetzt und können nur in Anspruch genommen werden, wenn sie vorher auf andere Haushaltsartikel oder -posten übertragen worden sind. Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Auswirkungen der vom Rat im Laufe des Haushaltsjahres zu beschließenden etwaigen Anpassungen der Dienstbezüge.

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-6 0 — AUSGABEN FÜR PERSONAL UND DIENSTBETRIEB IN DRITTLÄNDERN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung		Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
A-6 0 1	***Ausgaben für den Dienstbetrieb in Drittländern***				
A-6 0 1 0	Miete von Gebäuden und Nebenkosten	Nichtgetrennte Mittel	25 180 750 (1)	25 413 000	21 601 000,—
A-6 0 1 1	Bau und Erwerb von Gebäuden	Nichtgetrennte Mittel	827 750 (2)	150 000	387 751,—
A-6 0 1 2	Mobiliar und Büroausstattung	Nichtgetrennte Mittel	4 588 500 (3)	5 402 000	2 364 000,—
A-6 0 1 3	Fahrzeuge	Nichtgetrennte Mittel	2 621 500 (4)	2 630 000	2 100 000,—
A-6 0 1 4	Ausgaben für Dokumentation und Bibliothek	Nichtgetrennte Mittel	557 750 (5)	586 000	500 000,—
A-6 0 1 5	Papier- und Bürobedarf	Nichtgetrennte Mittel	971 500 (6)	1 054 000	800 000,—
A-6 0 1 6	Andere Sachausgaben	Nichtgetrennte Mittel	1 764 500 (7)	1 962 000	1 300 000,—
A-6 0 1 7	Mobiliar und Ausstattung von Wohnungen	Nichtgetrennte Mittel	2 260 250 (8)	2 543 000	1 560 000,—

(1) Mittel in Höhe von 1 087 000 ECU sind in Kapitel A-10 0 eingesetzt.
(2) Mittel in Höhe von 19 000 ECU sind in Kapitel A-10 0 eingesetzt.
(3) Mittel in Höhe von 118 000 ECU sind in Kapitel A-10 0 eingesetzt.
(4) Mittel in Höhe von 105 000 ECU sind in Kapitel A-10 0 eingesetzt.
(5) Mittel in Höhe von 25 000 ECU sind in Kapitel A-10 0 eingesetzt.
(6) Mittel in Höhe von 40 000 ECU sind in Kapitel A-10 0 eingesetzt.
(7) Mittel in Höhe von 65 000 ECU sind in Kapitel A-10 0 eingesetzt.
(8) Mittel in Höhe von 78 000 ECU sind in Kapitel A-10 0 eingesetzt.

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-60 — AUSGABEN FÜR PERSONAL UND DIENSTBETRIEB IN DRITTLÄNDERN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
A-601	
A-6010	*Vormals Artikel A-280* Veranschlagt sind die Mieten und Versicherungsprämien, die Ausgaben für Wasser, Gas, Strom und Heizung, die Ausgaben für Instandhaltung und Instandsetzung, Mittel für Herrichtungsarbeiten, Ausgaben für Handwerker und den Umzug der Dienststellen, Ausgaben für die Sicherheit der Personen und Gegenstände sowie sonstige laufende Ausgaben (insbesondere Straßenreinigungs- und Müllabfuhrgebühren sowie Beschaffung von Beschilderungsmaterial). Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 100 000 ECU veranschlagt.
A-6011	*Vormals Artikel A-281* Veranschlagt sind die Ausgaben für den Erwerb (Kauf oder Mietkauf) oder den Bau von Büro- oder Wohngebäuden, einschließlich Voruntersuchungen und verschiedener Honorare.
A-6012	*Vormals Artikel A-282* Veranschlagt sind Mittel für die Beschaffung, Ersatzbeschaffung, Miete, den Mietkauf, die Instandhaltung und Instandsetzung von Mobiliar und Ausrüstungen, insbesondere von Material für die Audio-Video-Technik, die Archivierung, die Bibliothek, das Dolmetschen, die Büroautomation (Textverarbeitungsmaschinen, elektronische Fotokopiergeräte, Kleinrechner, Mikrokopiergeräte, Reader-Printer, Fernkopierer, Telekommunikationseinrichtungen usw.) sowie für den Kauf von Software. Veranschlagt sind auch die Ausgaben für Einrichtungen und notwendige Ausstattungen für Behinderte. Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 10 000 ECU veranschlagt.
A-6013	*Vormals Artikel A-283* Veranschlagt sind Mittel für den Kauf, die Ersatzbeschaffung, die Miete, den Mietkauf, die Instandhaltung, den Betrieb und die Instandsetzung von Fahrzeugen, einschließlich Werkzeug. Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 20 000 ECU veranschlagt.
A-6014	*Vormals Artikel A-284* Veranschlagt sind Mittel für die Anschaffung von Nachschlagewerken, Dokumenten und sonstigen nichtperiodischen Veröffentlichungen, einschließlich der Vervollständigung vorhandener Bände sowie Ausgaben für die Abonnements von Zeitungen, Zeitschriften und verschiedenen Veröffentlichungen. Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 15 000 ECU veranschlagt.
A-6015	*Vormals Artikel A-285* Veranschlagt sind Mittel für den Ankauf von Papier, Umschlägen, Büromaterial, Material für die Vervielfältigung sowie einige in Auftrag gegebene Druckarbeiten. Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 10 000 ECU veranschlagt.
A-6016	*Vormals Artikel A-286* Veranschlagt sind Mittel für die Anschaffung von Dienstkleidung für Amtsgehilfen, Fahrer und Wachpersonal, ferner Mittel für verschiedene Versicherungen (insbesondere Haftpflichtversicherung, Diebstahlversicherung), Ausgaben im Zusammenhang mit internen Sitzungen (Getränke, gelegentliche Imbisse), Ausgaben für die Teilnahme an Konferenzen und Kolloquien sowie für Gebühren für die Mitgliedschaft in beruflichen oder wissenschaftlichen Verbänden. Veranschlagt sind ferner die Ausgaben für Untersuchungen, Erhebungen und Konsultationen sowie die Ausgaben für die Beförderung und Zollabfertigung sowie die sonstigen vermischten Ausgaben, die bei den anderen Artikeln nicht gesondert aufgeführt sind. Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 10 000 ECU veranschlagt.
A-6017	*Vormals Artikel A-287* Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Anhang X.

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-6 0 — AUSGABEN FÜR PERSONAL UND DIENSTBETRIEB IN DRITTLÄNDERN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
A-6 0 1	*(Fortsetzung)*			
A-6 0 1 7	*(Fortsetzung)*			
A-6 0 1 8	Post- und Fernmeldegebühren Nichtgetrennte Mittel	3 890 750 (1)	4 133 000	3 500 000,—
A-6 0 1 9	Ausgaben für Veröffentlichungen und die Unterrichtung der Öffentlichkeit Nichtgetrennte Mittel	39 250 (2)	5 000	150 000,—
	Artikel A-6 0 1 insgesamt	42 702 500	43 878 000	34 262 751,—
	KAPITEL A-6 0 INSGESAMT	136 794 750	134 754 938	112 087 751,—
	Titel A-6 insgesamt	**136 794 750**	**134 754 938**	**112 087 751,—** «41

(1) Mittel in Höhe von 175 000 ECU sind in Kapitel A-10 0 eingesetzt.
(2) Mittel in Höhe von 1 000 ECU sind in Kapitel A-10 0 eingesetzt.

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-6 0 — AUSGABEN FÜR PERSONAL UND DIENSTBETRIEB IN DRITTLÄNDERN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
A-6 0 1	*(Fortsetzung)*
A-6 0 1 7	*(Fortsetzung)* Veranschlagt sind sämtliche Ausgaben für das Mobiliar und für die Ausstattung der Wohnungen, die den Beamten zur Verfügung gestellt werden. Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 20 000 ECU veranschlagt.
A-6 0 1 8	*Vormals Artikel A-2 8 8* Veranschlagt sind Mittel für Postgebühren und Zustellungskosten für den Schriftverkehr, den Versand von Berichten und Veröffentlichungen sowie für Paketgebühren im Luft-, Schiffs- und Eisenbahnversand, Grundgebühren (Fernsprecher, Telegraph, Fernschreiber), Gebühren für Telefonleitungen, Benutzungsgebühren (Fernsprecher, Telegraph, Fernschreiber), Wartungsgebühren, Reparatur und Wartung von Anlagen und Geräten, Kauf von Fernsprechbüchern usw. Ebenfalls veranschlagt sind Grundgebühren für die Leitungen zwischen den einzelnen Gebäuden. Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 10 000 ECU veranschlagt.
A-6 0 1 9	*Vormals Artikel A-2 8 9* Bei diesem Artikel sollen Mittel für die Ausgaben für die Abfassung, Veröffentlichung und Verbreitung von informatorischen Schriftstücken veranschlagt werden. Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 5 000 ECU veranschlagt.

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

TITEL A-10

SONSTIGE AUSGABEN

KAPITEL A-10 0 — VORLÄUFIG EINGESETZTE MITTEL

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
	KAPITEL A-10 0	7 110 000	6 690 000	0,—
	KAPITEL A-10 0 INSGESAMT	7 110 000	6 690 000	0,—

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

TITEL A-10

SONSTIGE AUSGABEN

KAPITEL A-10 0 — VORLÄUFIG EINGESETZTE MITTEL

Artikel Posten	Erläuterungen			
	Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1). Die Mittel dieses Kapitels haben rein vorläufigen Charakter und können erst verwendet werden, wenn sie nach dem in der Haushaltsordnung dafür vorgesehenen Verfahren auf andere Kapitel des Haushaltsplans übertragen worden sind. Der Gesamtbetrag dieser Mittel schlüsselt sich wie folgt auf:			
	1. Posten	A-2 2 1 0	Erstausstattung — Mobiliar	258 000
	2. Posten	A-2 2 1 3	Unterhaltung, Betrieb und Instandsetzung von Mobiliar	46 000
	3. Posten	A-2 2 3 0	Erstausstattung an Fahrzeugen	5 000
	4. Posten	A-2 2 3 1	Etsatzbeschaffung von Fahrzeugen	149 000
	5. Posten	A-2 2 3 3	Unterhaltung, Betrieb und Instandsetzung von Fahrzeugen	246 000
	6. Posten	A-2 2 5 1	Spezifisches Bibliotheks-, Dokumentations- und Vervielfältigungsmaterial	3 000
	7. Posten	A-2 2 5 5	Abonnements bei Bildschirm-Schnellinformationsdiensten	10 000
	8. Posten	A-2 2 5 6	Mehrsprachige terminologische Datenbank (Eurodicautom)	116 000
	9. Posten	A-2 2 5 7	Beschaffung von Wörterbüchern, Enzyklopädien und anderen Werken für den Übersetzungsdienst	20 000
	10. Posten	A-6 0 0 0	Gehälter, Zulagen, Entschädigungen und Kostenerstattungen für Beamte und Bedienstete auf Zeit	3 023 000
	11. Posten	A-6 0 0 1	Bezüge der sonstigen Bediensteten und Vergütung für sonstige Dienstleistungen	1 031 000
	12. Posten	A-6 0 0 2	Berufliche Fortbilgung	55 000
	13. Posten	A-6 0 0 3	Verschiedene Ausgaben für Einstellungen	1 000
	14. Posten	A-6 0 0 4	Amtszulagen, Ausgaben für Repräsentationszwecke sowie Ausgaben für die ärztlichen und sozialen Dienste	207 000
	15. Posten	A-6 0 0 5	Dienstreisekosten	173 000
	16. Posten	A-6 0 0 9	Vorläufig eingesetzte Mittel	54 000
	17. Posten	A-6 0 1 0	Miete von Gebäuden und Nebenkosten	1 087 000
	18. Posten	A-6 0 1 1	Bau und Erwerb von Gebäuden	19 000
	19. Posten	A-6 0 1 2	Mobiliar und Büroausstattung	118 000
	20. Posten	A-6 0 1 3	Fahrzeuge	105 000
	21. Posten	A-6 0 1 4	Ausgaben für Dokumentation und Bibliothek	25 000
	22. Posten	A-6 0 1 5	Papier- und Bürobedarf	40 000
	23. Posten	A-6 0 1 6	Andere Sachausgaben	65 000
	24. Posten	A-6 0 1 7	Mobiliar und Ausstattung von Wohnungen	78 000
	25. Posten	A-6 0 1 8	Post- und Fernmeldegebühren	175 000
	26. Posten	A-6 0 1 9	Ausgaben für Veröffentlichungen und die Unterrichtung der Öffentlichkeit	1 000
			Insgesamt	7 110 000

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-10 1 — RÜCKSTELLUNGEN FÜR UNVORHERGESEHENE AUSGABEN

KAPITEL A-10 2 — RÜCKLAGEN ZUR DECKUNG EVENTUELLER FEHLBETRÄGE IN LANDESWÄHRUNG AUFGRUND EINER DIFFERENZ ZWISCHEN DEM BEI DER AUFSTELLUNG DES HAUSHALTSPLANS BENUTZTEN UMRECHNUNGSSATZ DES ECU UND DEN BEI DER AUSFÜHRUNG VERWENDETEN UMRECHNUNGSSÄTZEN FÜR DIE LANDESWÄHRUNGEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
	KAPITEL A-10 1	p.m.	p.m.	0,—
	KAPITEL A-10 1 INSGESAMT	p.m.	p.m.	0,—
	KAPITEL A-10 2	p.m.	p.m.	0,—
	KAPITEL A-10 2 INSGESAMT	p.m.	p.m.	0,—
	Titel A-10 insgesamt	**7 110 000**	**6 690 000**	**0,—**
	Teil A insgesamt	**1 872 707 101**	**1 719 450 213**	**1 509 966 455,50**

KOMMISSION
Teil A
(Verwaltungsmittel)

KAPITEL A-10 1 — RÜCKSTELLUNGEN FÜR UNVORHERGESEHENE AUSGABEN

KAPITEL A-10 2 — RÜCKLAGEN ZUR DECKUNG EVENTUELLER FEHLBETRÄGE IN LANDESWÄHRUNG AUFGRUND EINER DIFFERENZ ZWISCHEN DEM BEI DER AUFSTELLUNG DES HAUSHALTSPLANS BENUTZTEN UMRECHNUNGSSATZ DES ECU UND DEN BEI DER AUSFÜHRUNG VERWENDETEN UMRECHNUNGSSÄTZEN FÜR DIE LANDESWÄHRUNGEN

Artikel Posten	Erläuterungen

ANLAGE I

LISTE DER AUSSCHÜSSE
IM RAHMEN VON ARTIKEL A-2 5 1

KOMMISSION
Teil A — Anlage I
(Liste der Ausschüsse)

Liste der Ausschüsse

Posten A-2 5 1 0: Ausgaben für Sitzungen von Ausschüssen, deren Konsultierung im Rahmen des Verfahrens zur Ausarbeitung von Gemeinschaftsrechtsakten obligatorisch ist.

Posten A-2 5 1 1: Ausgaben für Sitzungen von Ausschüssen, deren Konsultierung kein obligatorisches Element des Verfahrens zur Ausarbeitung von Gemeinschaftsrechtsakten ist.

Gruppe 1: Regierungs- und andere Sachverständige, denen die Reise- und Aufenthaltskosten erstattet werden.

Gruppe 2: Nichtregierungssachverständige, denen die Reise- und Aufenthaltskosten erstattet werden.

Gruppe 3: Regierungssachverständige, denen nur die Reisekosten erstattet werden.

Gruppe 4: Regierungssachverständige, denen nur die Reisekosten, und andere Sachverständige, denen sowohl die Reise- als auch die Aufenthaltskosten erstattet werden.

Tätigkeitsbereich und Bezeichnung	Posten	Gruppe
Auswärtige Beziehungen		
Engerer Ausschuß für Kooperationsabkommen der Mitgliedstaaten mit Drittländern	A-2 5 1 0	3
Beratender Ausschuß für die gemeinsame Einfuhrregelung	A-2 5 1 0	3
Textilausschuß	A-2 5 1 0	3
Beratender Ausschuß über den Schutz gegen gedumpte oder subventionierte Einfuhren	A-2 5 1 0	3
Gemischte Ausschüsse mit den Staaten der Europäischen Freihandelsgemeinschaft (EFTA) (Österreich, Finnland, Island, Norwegen, Schweden und Schweiz)	A-2 5 1 0	3
Verbindungsausschuß für Stahl	A-2 5 1 0	3
Gemischter Ausschuß zum Abkommen über Uhrmacherwaren zwischen der EWG und der Schweiz	A-2 5 1 0	3
Gemischter Ausschuß EWG — Kanada	A-2 5 1 0	3
Gemischter Ausschuß EWG — Indien	A-2 5 1 0	3
Gemischter Ausschuß EWG — Bangladesch	A-2 5 1 0	3
Gemischter Ausschuß EWG — Pakistan	A-2 5 1 0	3
Gemischter Ausschuß EWG — Sri Lanka	A-2 5 1 0	3
Gemischter Ausschuß EWG — Brasilien	A-2 5 1 0	3
Gemischter Ausschuß EWG — Argentinien	A-2 5 1 0	3
Gemischter Ausschuß EWG — Uruguay	A-2 5 1 0	3
Gemischter Ausschuß EWG — Mexiko	A-2 5 1 0	3
Mitgliedstaaten der ASEAN (Vereinigung südostasiatischer Nationen)	A-2 5 1 0	3
Gemischter Ausschuß EWG — Ungarn	A-2 5 1 0	3
Gemischter Ausschuß EWG — Anden-Pakt	A-2 5 1 0	3
Gemischter Ausschuß EWG — Zentralamerika	A-2 5 1 0	3
Gemischter Ausschuß EWG — Rumänien	A-2 5 1 0	3
Gemischter Ausschuß EWG — China	A-2 5 1 0	3

KOMMISSION

Teil A — Anlage I
(Liste der Ausschüsse)

Tätigkeitsbereich und Bezeichnung	Posten	Gruppe
Gemischter Ausschuß EWG — Jemen	A-2 5 1 0	3
Gemischter Ausschuß EWG — Paraguay	A-2 5 1 0	3
Gemischter Ausschuß EWG — Mongolei	A-2 5 1 0	3
Gemischter Ausschuß EWG — Türkei	A-2 5 1 0	3
Ausschuß für die Finanzhilfe für die unmittelbar von der Golfkrise betroffenen Länder	A-2 5 1 0	3
Ausschuß für die Rückversicherung von Exportkrediten an Länder in Mittel- und Osteuropa	A-2 5 1 0	4
Gemischte Kommission EWG — Andorra	A-2 5 1 0	3
Gemischte Kommission EWG — Chile	A-2 5 1 0	3
Textilausschuß EWG-China	A-2 5 1 0	3
Ausschuß des Artikels 6 der Verordnung (EWG) 3973/86 zur Anwendung der von der Gemeinschaft mit Algerien, Marokko, Tunesien, Ägypten, Libanon, Jordanien, Syrien, Malta und Zypern geschlossenen Protokolle über die finanzielle und technische Zusammenarbeit	A-2 5 1 0	3
Ausschuß für die Finanzhilfe für Israel und die besetzten Gebiete	A-2 5 1 0	4
Gemischter Ausschuß EWG — Bulgarien	A-2 5 1 0	3
Gemischter Ausschuß EWG — Elfenbeinküste	A-2 5 1 0	3
Verwaltungsausschuß für die Unterstützung der Sowjetunion	A-2 5 1 0	3
Ausschuß für die Hilfe zur Umgestaltung der Wirtschaft Ungarns und Polens	A-2 5 1 0	3
Ausschuß gegen unerlaubte Handelspraktiken	A-2 5 1 0	3
Ausschuß für die Ausfuhrregelung	A-2 5 1 0	3
Ausschuß für die Verwaltung der Kontingente	A-2 5 1 0	3
Beratender Ausschuß Osteuropäische Länder	A-2 5 1 0	3
Gemischte Kommission für die Vereinbarung zwischen der Schweiz und der EWG über den Textilveredelungsverkehr	A-2 5 1 0	3
Gemeinsamer Rat EWG — Länder des Golf-Kooperationsrates	A-2 5 1 0	3
Gemischte Kommission EWG — Tschechoslowakei	A-2 5 1 0	3
Kooperationsausschuß EWG — San Marino	A-2 5 1 0	3
Wirtschaft und Finanzen		
Währungsausschuß (sowie Stellvertreter und Arbeitsgruppen)	A-2 5 1 0	1
Ausschuß für Wirtschaftspolitik (Arbeitsgruppe und engere Kreise):	A-2 5 1 0	3
— engerer Kreis „mittelfristige Politik“		
— engerer Kreis „Haushalt“		
Binnenmarkt und gewerbliche Wirtschaft		
Wissenschaftlicher Lebensmittelausschuß	A-2 5 1 0	2
Beratender Lebensmittelausschuß	A-2 5 1 1	2
Ausschüsse zur Anpassung an den technischen Fortschritt:	A-2 5 1 0	3
— in explosibler Atmosphäre verwendete elektrische Betriebsmittel		
— Hebezeuge und Fördergeräte		

KOMMISSION

Teil A — Anlage I

(Liste der Ausschüsse)

Tätigkeitsbereich und Bezeichnung	Posten	Gruppe
— Druckbehälter und Verfahren zu deren Prüfung		
— Düngemittel		
— Wasch- und Reinigungsmittel		
— Aerosolpackungen		
— gefährliche Stoffe und Zubereitungen		
— land- und forstwirtschaftliche Zugmaschinen		
— Kraftfahrzeuge		
— in der Humanmedizin und der Veterinärmedizin eingesetzte Geräte		
— Meßgeräte und Meß- und Prüfverfahren		
— Richtlinien zur Beseitigung der technischen Handelshemmnisse auf dem Gebiet der Arzneispezialitäten		
— Richtlinien zur Beseitigung der technischen Handelshemmnisse auf dem Gebiet der Tierarzneimittel		
— Baugeräte und Baumaschinen		
Beratender Ausschuß für medizinische Geräte	A-2 5 1 0	3
Beratender Ausschuß für Maschinen	A-2 5 1 0	3
Beratender Ausschuß für den Schutz geographischer Angaben und von Ursprungsbezeichnungen bei Agrarerzeugnissen und Lebensmitteln	A-2 5 1 0	4
Beratender Ausschuß für Bescheinigungen besonderer Merkmale von Lebensmitteln	A-2 5 1 0	3
Ständiger Ausschuß für Humanarzneimittel	A-2 5 1 0	3
Koordinierungsgruppe (Diplome)	A-2 5 1 1	3
Beratender Ausschuß für das gemeinschaftliche System zur Vergabe eines Umweltzeichens	A-2 5 1 1	4
Ständiger Lebensmittelausschuß	A-2 5 1 0	3
Pharmazeutischer Ausschuß	A-2 5 1 0	3
Ausschuß für Arzneispezialitäten	A-2 5 1 0	3
Ausschuß für Tierarzneimittel	A-2 5 1 0	3
Beratender Ausschuß für öffentliche Aufträge	A-2 5 1 0	3
Beratender Ausschuß für den Zugang zu öffentlichen Aufträgen	A-2 5 1 1	4
Ausschuß hoher Beamter für das öffentliche Gesundheitswesen	A-2 5 1 0	3
Ausschuß Stahlvereinbarung Europäische Gemeinschaft — Vereinigte Staaten	A-2 5 1 0	3
Ausschuß für Normen und technische Vorschriften	A-2 5 1 0	4
Beratender Ausschuß für die Holzwirtschaftspolitik der Gemeinschaft	A-2 5 1 1	4
Beratender Ausschuß für die ärztliche Ausbildung	A-2 5 1 0	4
Beratender Ausschuß für die Ausbildung in der Krankenpflege	A-2 5 1 0	4
Beratender Ausschuß für die zahnärztliche Ausbildung	A-2 5 1 0	4
Beratender Ausschuß für die Ausbildung der Hebammen	A-2 5 1 0	4
Beratender Ausschuß für die Ausbildung der Tierärzte	A-2 5 1 0	4
Beratender Ausschuß für die Ausbildung der Apotheker	A-2 5 1 0	4
Beratender Ausschuß für die Ausbildung auf dem Gebiet der Architektur	A-2 5 1 0	4
Beratender Ausschuß PEDIP	A-2 5 1 0	4

KOMMISSION

Teil A — Anlage I
(Liste der Ausschüsse)

Tätigkeitsbereich und Bezeichnung	Posten	Gruppe
Ständiger Ausschuß für Bauprodukte	A-2 5 1 0	3
Beratender Ausschuß für die Durchführung der Richtlinie 89/105/EWG betreffend die Transparenz von Maßnahmen zur Regelung der Preisfestsetzung bei Arzneimitteln für den menschlichen Gebrauch und ihre Einbeziehung in die staatlichen Krankenversicherungssysteme	A-2 5 1 0	4
Wettbewerb		
Beratender Ausschuß für Kartell- und Monopolfragen	A-2 5 1 0	3
Beratender Ausschuß für Kartell- und Monopolfragen auf dem Gebiet des Verkehrs	A-2 5 1 0	3
Beratender Ausschuß für Kartell- und Monopolfragen auf dem Gebiet des Seeverkehrs	A-2 5 1 0	3
Beratender Ausschuß für Kartell- und Monopolfragen auf dem Gebiet des Luftverkehrs	A-2 5 1 0	3
Beratender Ausschuß im Bereich der Unternehmenszusammenschlüsse	A-2 5 1 0	3
Beschäftigung und soziale Angelegenheiten		
Ausschuß des Europäischen Sozialfonds	A-2 5 1 0	1
Beratender Ausschuß für die Freizügigkeit der Arbeitnehmer	A-2 5 1 0	1
Fachausschuß für die Freizügigkeit der Arbeitnehmer	A-2 5 1 0	1
Paritätischer Ausschuß für die Zivilluftfahrt	A-2 5 1 0	2
Regelungsausschuß für die Verbesserung der medizinischen Versorgung auf Schiffen	A-2 5 1 0	3
Ausschuß für eine besondere Finanzhilfe für Griechenland im sozialen Bereich	A-2 5 1 0	3
Paritätischer Ausschuß für die sozialen Probleme in der Binnenschiffahrt	A-2 5 1 0	2
Paritätischer Ausschuß für die sozialen Probleme in der Seefischerei	A-2 5 1 0	2
Paritätischer Ausschuß für die sozialen Probleme der landwirtschaftlichen Lohnarbeitskräfte	A-2 5 1 0	2
Beratender Ausschuß für Chancengleichheit von Frauen und Männern	A-2 5 1 0	2
Paritätischer Ausschuß für die Schuhindustrie	A-2 5 1 0	2
Paritätischer Ausschuß für den Straßenverkehr	A-2 5 1 0	2
Paritätischer Ausschuß für den Seeverkehr	A-2 5 1 0	2
Paritätischer Ausschuß für die Eisenbahnen	A-2 5 1 0	2
Beratender wissenschaftlicher Ausschuß für die Prüfung der Toxizität und Ökotoxizität chemischer Verbindungen (wird ebenfalls von der Generaldirektion „Umwelt, Verbraucherschutz und nukleare Sicherheit" einberufen)	A-2 5 1 1	2
Beratender Ausschuß für die soziale und wirtschaftliche Eingliederung der Behinderten (HELIOS)	A-2 5 1 0	3
Drei-Parteien-Verbindungsgruppe (HELIOS)	A-2 5 1 0	4
Regelungsausschüsse für		
— die Durchführung von Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes am Arbeitsplatz	A-2 5 1 0	3
— die Mindestvorschriften bezüglich der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes		
— bei der Benutzung von Maschinen, Apparaten und Anlagen durch die Arbeitnehmer	A-2 5 1 0	3

KOMMISSION

Teil A — Anlage I

(Liste der Ausschüsse)

Tätigkeitsbereich und Bezeichnung	Posten	Gruppe
— bei der Arbeit an Bildschirmgeräten	A-2 5 1 0	3
— an Arbeitsstätten	A-2 5 1 0	3
— die Mindestvorschriften bezüglich der Benutzung persönlicher Schutzausrüstungen durch Arbeitnehmer	A-2 5 1 0	3
— Handhabung schwerer Lasten, die für die Arbeitnehmer Gefährdungen der Lendenwirbelsäule mit sich bringen	A-2 5 1 0	3
Paritätischer Ausschuß für Telekommunikation	A-2 5 1 0	2
Paritätischer Ausschuß für Luftverkehr	A-2 5 1 0	2
Beratender Ausschuß für die wirtschaftliche und soziale Eingliederung der am stärksten benachteiligten Gruppen	A-2 5 1 0	3
Beratender Ausschuß für die gemeinschaftliche Aktion zugunsten älterer Menschen	A-2 5 1 0	3
Bildung / Berufsbildung / Jugend		
Beratender Ausschuß „Jugend für Europa"	A-2 5 1 0	3
Ausschuß „COMETT"	A-2 5 1 0	4
Beratender Ausschuß „ERASMUS"	A-2 5 1 0	4
Beratender Ausschuß für die Berufsbildung Jugendlicher und zur Vorbereitung der Jugendlichen auf das Erwachsenen- und Erwerbsleben (PETRA)	A-2 5 1 0	3
Ausschuß „LINGUA"	A-2 5 1 0	3
Beratender Ausschuß „EUROTECNET"	A-2 5 1 0	3
Beratender Ausschuß für berufliche Bildung und Leitende Gruppe	A-2 5 1 0	4
Beratender Ausschuß für die Förderung der beruflichen Weiterbildung in der Europäischen Gemeinschaft (FORCE)	A-2 5 1 0	4
Ausschuß „TEMPUS"	A-2 5 1 0	4
Landwirtschaft		
Ad-hoc-Ausschuß für den ergänzenden Handelsmechanismus	A-2 5 1 0	4
Wissenschaftlicher Futtermittelausschuß	A-2 5 1 0	4
Wissenschaftlicher Ausschuß für Schädlingsbekämpfungsmittel	A-2 5 1 0	4
Wissenschaftlicher Veterinärausschuß	A-2 5 1 0	4
Beratende Ausschüsse für die gemeinsamen Agrarmarktorganisationen:		
— Getreide	A-2 5 1 1	2
— Reis (Fachgruppe des Beratenden Ausschusses für Getreide)	A-2 5 1 1	2
— Schweinefleisch	A-2 5 1 1	2
— Geflügelfleisch	A-2 5 1 1	2
— Eier	A-2 5 1 1	2
— Milch und Milcherzeugnisse	A-2 5 1 1	2
— Rindfleisch	A-2 5 1 1	2
— frisches und verarbeitetes Obst und Gemüse	A-2 5 1 1	2
— Weinbau	A-2 5 1 1	2

KOMMISSION

Teil A — Anlage I
(Liste der Ausschüsse)

Tätigkeitsbereich und Bezeichnung	Posten	Gruppe
— Fette		
(zwei Fachausschüsse:		
a) Oliven und Folgeerzeugnisse	A-2 5 1 1	2
b) Ölsaaten sowie Folgeerzeugnisse)	A-2 5 1 1	2
— Zucker (und paritätische Gruppe)	A-2 5 1 1	2
— lebende Pflanzen und Waren des Blumenhandels	A-2 5 1 1	2
— Rohtabak (und paritätische Gruppe)	A-2 5 1 1	2
— Flachs und Hanf (und paritätische Gruppe)	A-2 5 1 1	2
— Hopfen (und paritätische Gruppe)	A-2 5 1 1	2
— Seidenraupen (Fachgruppe des Beratenden Ausschusses für Flachs und Hanf)	A-2 5 1 1	2
— Saatgut (und Gruppe „Harmonisierung der Rechtsvorschriften")	A-2 5 1 1	2
— Futtermittel (und Gruppe „Annäherung der Rechtsvorschriften")	A-2 5 1 1	2
— Baumwolle	A-2 5 1 1	2
— Schaf- und Ziegenfleisch	A-2 5 1 1	2
— Kork	A-2 5 1 1	2
Beratender Ausschuß für die sozialen Probleme der landwirtschaftlichen Betriebsleiter und ihrer Familienangehörigen	A-2 5 1 1	2
Beratender Ausschuß für Fragen der landwirtschaftlichen Strukturpolitik	A-2 5 1 1	2
Beratender Veterinärausschuß	A-2 5 1 1	2
Beratender Ausschuß für die Verbreitung landwirtschaftlicher Informationen	A-2 5 1 1	2
Ständiger Tierzuchtausschuß	A-2 5 1 0	3
Ausschuß für Verordnung (EWG) Nr. 598/91 (über eine Dringlichkeitsmaßnahme zur Lieferung landwirtschaftlicher Erzeugnisse für die Bevölkerung der Sowjetunion)	A-2 5 1 0	3
Ausschuß „Bürgschaft Sowjetunion"	A-2 5 1 0	3
Ständiger Ausschuß für den ökologischen Landbau	A-2 5 1 0	3
Verwaltungsausschüsse für die gemeinsame Agrarmarktorganisation:		
— Getreide	A-2 5 1 0	3
— Schweinefleisch	A-2 5 1 0	3
— Geflügel und Eier	A-2 5 1 0	3
— Milch und Milcherzeugnisse	A-2 5 1 0	3
— Obst und Gemüse	A-2 5 1 0	3
— Weine	A-2 5 1 0	3
— Zucker	A-2 5 1 0	3
— Fette	A-2 5 1 0	3
— Rindfleisch	A-2 5 1 0	3
— Verarbeitungserzeugnisse aus Obst und Gemüse	A-2 5 1 0	3
— lebende Pflanzen und Waren des Blumenhandels	A-2 5 1 0	3
— Tabak	A-2 5 1 0	3
— Hopfen	A-2 5 1 0	3
— Saatgut	A-2 5 1 0	3
— Flachs und Hanf	A-2 5 1 0	3

KOMMISSION

Teil A — Anlage I
(Liste der Ausschüsse)

Tätigkeitsbereich und Bezeichnung	Posten	Gruppe
— Trockenfutter	A-2 5 1 0	3
— Schafe und Ziegen	A-2 5 1 0	3
Gemeinsame Verwaltungsausschüsse in der Landwirtschaft (1)	A-2 5 1 0	3
Gemeinsame Verwaltungsausschüsse:		
— für Währungsfragen in der Landwirtschaft (1)	A-2 5 1 0	3
— Handelsregelungen (1)	A-2 5 1 0	3
— Wettbewerbsbedigungen in der Landwirtschaft (1)	A-2 5 1 0	3
Ausschuß für Agrarstrukturen und ländliche Entwicklung	A-2 5 1 0	3
Ständiger Agrarforschungsausschuß	A-2 5 1 0	3
Ständiger Ausschuß für das landwirtschaftliche, gartenbauliche und forstliche Saat- und Pflanzgutwesen	A-2 5 1 0	3
Ständiger Futtermittelausschuß	A-2 5 1 0	3
Ständiger Ausschuß für Pflanzenschutz	A-2 5 1 0	3
Ständiger Veterinärausschuß	A-2 5 1 0	3
Gemeinschaftsausschuß des Informationsnetzes landwirtschaftlicher Buchführungen	A-2 5 1 0	3
Ausschuß des EAGFL (und Gruppe „Unregelmäßigkeiten“)	A-2 5 1 0	3
Ständiger Forstausschuß	A-2 5 1 0	3
Verwaltungsausschuß für landwirtschaftliche Einkommensbeihilfen	A-2 5 1 0	3
Ausschuß für die Durchführung der Bestimmungen über Spirituosen	A-2 5 1 0	3
Ausschuß für die Durchführung der Bestimmungen über aromatisierte weinhaltige Getränke	A-2 5 1 0	3
Verkehr		
Beratender Verkehrsausschuß	A-2 5 1 1	1
Fachausschuß Tarife für den grenzüberschreitenden Güterkraftverkehr	A-2 5 1 0	3
Ausschuß zur Anpassung an den technischen Fortschritt — Tachographen	A-2 5 1 0	4
Ausschuß für die Abgeltung der Benutzung der Verkehrswege	A-2 5 1 1	3
Beratender Ausschuß für Beihilfen im Eisenbahn-, Straßen- und Binnenschiffsverkehr	A-2 5 1 1	4
COMAC (Landseitige Hilfen für die Navigation)	A-2 5 1 1	4
Beratender Ausschuß für die Rechnungsführung von Eisenbahnunternehmen	A-2 5 1 1	3
Beratender Ausschuß für die Kostenrechnung der Eisenbahnunternehmen	A-2 5 1 1	3
Ausschuß für Verkehrsinfrastruktur	A-2 5 1 0	3
Beratender Ausschuß für unlautere Ausbildungspraktiken in der Seeschiffahrt	A-2 5 1 0	3
Ausschuß für die Schaffung eines Hochgeschwindigkeitsnetzes für Eisenbahnen	A-2 5 1 0	4
Beratender Ausschuß für die Entwicklung der Eisenbahnunternehmen in der Gemeinschaft	A-2 5 1 1	3
Beratender Ausschuß für die Einführung der endgültigen Marktordnung für den Güterkraftverkehr	A-2 5 1 1	3

(1) Da diese Ausschüsse Angelegenheiten behandeln, die allen Erzeugnissen, Bereichen oder Gebieten gemeinsam sind, gilt ihre gemeinsame Einberufung als gemeinsame Sitzung der verschiedenen Verwaltungsausschüsse.

KOMMISSION
Teil A — Anlage I
(Liste der Ausschüsse)

Tätigkeitsbereich und Bezeichnung	Posten	Gruppe
Entwicklung		
Ausschuß für den Europäischen Entwicklungsfonds	A-2 5 1 0	3
Ausschuß für Nahrungsmittelhilfe	A-2 5 1 0	3
Ausschuß „Südliches und östliches Mittelmeer"	A-2 5 1 0	3
Ausschuß für die Entwicklungsländer in Asien und Lateinamerika	A-2 5 1 0	3
Umwelt und nukleare Sicherheit		
Beratender Ausschuß für Umweltschutzaktionen im Mittelmeerraum	A-2 5 1 1	2
Beratender Ausschuß für die Überwachung und Verringerung der Verschmutzung des Meeres durch Öl und andere Schadstoffe	A-2 5 1 1	2
Ausschuß für die Überwachung und Kontrolle der Verbringung von Abfällen in der, in die und aus der Gemeinschaft	A-2 5 1 1	4
Ausschüsse zur Anpassung an den technischen Fortschritt:		
— Beseitigung technischer Handelshemmnisse im Bereich gefährlicher Stoffe und Zubereitungen	A-2 5 1 0	4
— Badegewässer	A-2 5 1 0	3
— Behandlung von kommunalem Abwasser	A-2 5 1 0	3
— Erhaltung der wildlebenden Vogelarten	A-2 5 1 0	3
— Wasser für den menschlichen Gebrauch	A-2 5 1 0	3
— gemeinsames Verfahren zum Informationsaustausch über die Qualität des Oberflächenwassers in der Gemeinschaft	A-2 5 1 1	3
— Geräuschemission von Baumaschinen und Baugeräten	A-2 5 1 0	3
— giftige und gefährliche Abfälle	A-2 5 1 0	4
— Gefahren schwerer Unfälle bei bestimmten Industrietätigkeiten	A-2 5 1 0	4
— Schutz des Wassers vor der Verunreinigung durch Nitrate aus landwirtschaftlichen Quellen	A-2 5 1 0	3
Beratender Ausschuß für die Grenzwerte und Leitwerte der Luftqualität für Schwefeldioxid und Schwebestaub	A-2 5 1 0	3
Verwaltungsausschuß zur systematischen Bewertung von Altstoffen	A-2 5 1 1	4
Beratender Ausschuß für die Einschränkung bestimmter Stoffe, die zu einem Abbau der Ozonschicht führen	A-2 5 1 0	3
Beratender Ausschuß für die gemeinschaftlichen Aktionen zum Naturschutz (ACNAT)	A-2 5 1 0	4
Beratender Ausschuß „Gestion des zones côtières"	A-2 5 1 1	4
Ausschuß für gemeinschaftliche Umweltaktionen	A-2 5 1 0	2
Verwaltungsausschuß des Sonderprogramms für die Kontrolle der chemischen Stoffe	A-2 5 1 1	4
Ausschuß für das Übereinkommen über den internationalen Handel mit gefährdeten Arten freilebender Tiere und Pflanzen in der Gemeinschaft	A-2 5 1 1	3
Ausschuß für Abfallwirtschaft	A-2 5 1 1	4
Beratender Ausschuß „Rascher Austausch von Informationen"	A-2 5 1 1	4
Verwaltungsausschuß für die Richtlinie über gefährliche Substanzen	A-2 5 1 0	4
Beratender wissenschaftlicher Ausschuß für die Prüfung der Toxizität und Ökotoxizität chemischer Verbindungen (wird ebenfalls von der Generaldirektion „Beschäftigung, soziale Angelegenheiten und Bildung" einberufen)	A-2 5 1 1	2

KOMMISSION

Teil A — Anlage I
(Liste der Ausschüsse)

Tätigkeitsbereich und Bezeichnung	Posten	Gruppe
Ausschuß zuständiger Behörden für die Gefahren schwerer Unfälle	A-2 5 1 0	3
Beratender Ausschuß für den Schutz der für Versuche und andere wissenschaftliche Zwecke verwendeten Tiere	A-2 5 1 1	4
Ausschuß zuständiger Behörden für die Richtlinie über die Anwendung genetisch veränderter Mikroorganismen in geschlossenen Systemen	A-2 5 1 0	3
Ausschuß zuständiger Behörden für die Richtlinie über die absichtliche Freisetzung genetisch veränderter Organismen	A-2 5 1 0	3
Regelungsausschuß für das gemeinschaftliche System zur Vergabe eines Umweltzeichens	A-2 5 1 0	3
Verwaltungsausschuß der Verordnung über das Finanzierungsinstrument für die Umwelt (LIFE)	A-2 5 1 0	3
Verwaltungsausschuß für die Verordnung (EWG) Nr. 3322/88 über bestimmte Fluorchlorkohlenwasserstoffe (FCKW) und Halone, die zu einem Abbau der Ozonschicht führen	A-2 5 1 0	3
Verbraucherpolitik		
Wissenschaftlicher Ausschuß für Kosmetologie	A-2 5 1 0	2
Ausschüsse zur Anpassung an den technischen Fortschritt:		
— Sicherheit von Spielzeug	A-2 5 1 0	3
— Analysemethoden bei Textilien	A-2 5 1 0	4
— Richtlinien „kosmetische Mittel"	A-2 5 1 0	4
Beratender Verbraucherrat	A-2 5 1 1	1
Beratender Ausschuß für Unfälle im Haushalt und bei der Freizeitbeschäftigung	A-2 5 1 1	4
Beratender Ausschuß „Rascher Austausch von Informationen"	A-2 5 1 1	4
Beratender Ausschuß für die Sicherheit von Produkten und Leistungen	A-2 5 1 1	4
Wissenschaft, Forschung und Entwicklung		
Ausschuß für Wissenschaft und Technik	A-2 5 1 0	1
Beratender Ausschuß für industrielle Forschung und Entwicklung (IRDAC)	A-2 5 1 0	2
Beratender Ausschuß für die Förderung von Energieeinsparungen in der Gemeinschaft	A-2 5 1 0	4
Ausschuß für wissenschaftliche und technische Forschung (CREST) (der Unterausschuß „Statistik" wird vom Statistischen Amt einberufen)	A-2 5 1 0	4
Koordinierungsausschuß für schnelle Reaktoren:	A-2 5 1 1	1
— Arbeitsgruppe „Sicherheit" und Untergruppen	A-2 5 1 1	3
— Gesamtkernstörfallcodes	A-2 5 1 1	3
— „Codes und Standards" und Untergruppen	A-2 5 1 1	3
Verwaltungsausschuß COST 74 „Einsatz von ST-Radarnetzen"	A-2 5 1 0	4
Verwaltungsausschuß COST B1 „Kriterien für die Auswahl und Definition von gesunden Probanden und/oder Patienten für Phase I- und II-Studien während der Entwicklung von Arzneimitteln"	A-2 5 1 0	4
Verwaltungsausschuß COST B2 „Nuklearmedizinische Software"	A-2 5 1 0	4
Verwaltungsausschuß COST 811 „Verbesserung der Kontrollmaßnahmen gegen die Hypodermose des Rindes und der Ziege"	A-2 5 1 0	4
Verwaltungsausschuß COST 812 „Insektenparasitische Nematodenstämme die bei niedrigen Temperaturen aktiv sind"	A-2 5 1 0	4

KOMMISSION
Teil A — Anlage I
(Liste der Ausschüsse)

Tätigkeitsbereich und Bezeichnung	Posten	Gruppe
Verwaltungsausschuß COST 813 „Krankheiten und Schäden in Forstbaumschulen"	A-2 5 1 0	4
Verwaltungsausschuß COST 501 „Fortgeschrittene Werkstoffe für Komponenten von Energieanlagen"	A-2 5 1 0	4
Verwaltungsausschuß COST 508 „Mécanique du bois"	A-2 5 1 0	4
Verwaltungsausschuß COST 509 „La corrosion et la protection des métaux en contact avec le béton"	A-2 5 1 0	4
Verwaltungsausschuß COST 510 „Matériaux avancés pour des températures supérieures à 1 500 °C — mise au point de la méthode d'essai"	A-2 5 1 0	4
Verwaltungsausschuß COST 511 „Interaction entre les systèmes microbiens et les matériaux industriels"	A-2 5 1 0	4
Verwaltungsausschuß COST 514 „L'impact des taux élevés de CO_2, des changements climatiques et des polluants atmosphériques sur la physiologie des arbres (ICAT)"	A-2 5 1 0	4
Verwaltungsausschuß COST 65 „Aspects hydrogéologiques de la protection des eaux souterraines dans les zones karstiques"	A-2 5 1 0	4
Verwaltungsausschuß COST 814 „Développement des cultures dans les régions humides et froides d'Europe"	A-2 5 1 0	4
Verwaltungsausschuß COST 815 „Chimiothérapie antiparasitaire"	A-2 5 1 0	4
Vervaltungsausschuß COST 92 „Aspects métaboliques et physiologiques des fibres alimentaires"	A-2 5 1 0	4
Verwaltungsausschuß COST 93 „Traitement thermique continu des aliments"	A-2 5 1 0	4
Verwaltungsausschuß COST 94 „Traitement post-récolte des fruits et légumes"	A-2 5 1 0	4
Verwaltungsausschuß COST 75 „Techniques de radars avancés"	A-2 5 1 0	4
Verwaltungsausschuß COST C1 „Contrôle du comportement semi-rigide des liaisons structurelles du génie civil"	A-2 5 1 0	4
Verwaltungsausschuß COST 503 „Pulvermetallurgie"	A-2 5 1 0	4
Verwaltungsausschuß COST 504 „Technologie avancée de la coulée et de la solidification"	A-2 5 1 0	4
Verwaltungsausschuß COST 506 „Industrielle Anwendungen von Leichtlegierungen"	A-2 5 1 0	4
Verwaltungsausschuß COST 507 „Festlegung einer auf den Grundsätzen der Thermodynamik beruhenden Methodik und Einrichtung einer entsprechenden Datenbank für die Entwicklung neuer Leichtlegierungen"	A-2 5 1 0	4
Verwaltungsausschuß COST A2 „Migration"	A-2 5 1 0	4
Verwaltungsausschuß COST A3 „Management and new technologies"	A-2 5 1 0	4
Verwaltungsausschuß COST A4 „Social environment"	A-2 5 1 0	4
Verwaltungsausschuß COST A5 „Ageing and technology"	A-2 5 1 0	4
Ad-hoc-Fachausschuß „Sozialwissenschaften"	A-2 5 1 0	4
Ad-hoc-Fachausschuß „Chemie"	A-2 5 1 0	4
Ad-hoc-Fachausschuß „Werkstoffe"	A-2 5 1 0	4
Ad-hoc-Fachausschuß „Meteorologie"	A-2 5 1 0	4
Ad-hoc-Fachausschuß „Forêts et produits forestiers"	A-2 5 1 0	4
Ad-hoc-Fachausschuß „Transports"	A-2 5 1 0	4
Ad-hoc-Fachausschuß „Télécommunications"	A-2 5 1 0	4
Telekommunikation, Informationsindustrie und Innovation		
Ausschuß für wissenschaftliche und technische Information und Dokumentation	A-2 5 1 1	3

KOMMISSION

Teil A — Anlage 1
(Liste der Ausschüsse)

Tätigkeitsbereich und Bezeichnung	Posten	Gruppe
Ausschuß für Innovation und Technologietransfer (und Arbeitsgruppen)	A-2 5 1 1	1
Beratender Ausschuß für das Programm zur Schaffung eines Marktes für Informationsdienste	A-2 5 1 1	3
Zulassungsausschuß für Telekommunikationsendgeräte (ACTE)	A-2 5 1 1	3
Gruppe hoher Beamter für Telekommunikation	A-2 5 1 1	3
Gruppe hoher Beamter für das Postwesen	A-2 5 1 1	3
Beratender Ausschuß für Aufträge im Telekommunikationssektor	A-2 5 1 1	3
Fischerei		
Wissenschaftlich-technischer Fischereiausschuß	A-2 5 1 0	1
Beratender Ausschuß für Fischereiwirtschaft	A-2 5 1 1	2
Verwaltungsausschuß für Fischereierzeugnisse	A-2 5 1 0	3
Ständiger Strukturausschuß für die Fischwirtschaft	A-2 5 1 0	3
Verwaltungsausschuß für Fischbestände	A-2 5 1 0	3
Kontrollausschuß für die Anwendung der gemeinsamen Fischereipolitik	A-2 5 1 0	3
Finanzinstitutionen und Gesellschaftsrecht		
Beratender Bankenausschuß	A-2 5 1 1	3
Kontaktausschuß für Wertpapiere	A-2 5 1 1	3
Kontaktausschuß für Richtlinien der Rechnungslegung	A-2 5 1 1	3
Kontaktausschuß der Europäischen wirtschaftlichen Interessenvereinigung	A-2 5 1 1	3
Kontaktausschuß der Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren	A-2 5 1 1	3
Ausschuß für Wertpapierdienstleistungen	A-2 5 1 1	3
Versicherungsausschuß	A-2 5 1 1	3
Kontaktausschuß für die Verhinderung der Nutzung des Finanzsystems zum Zwecke der Geldwäsche	A-2 5 1 1	3
Regionalpolitik		
Beratender Ausschuß für die regionalen und lokalen Gebietskörperschaften und regionale und lokale Abteilungen	A-2 5 1 1	2
Beratender Rat für die Integrierten Mittelmeerprogramme	A-2 5 1 0	3
Ausschuß für regionale Entwicklung und Umstellung	A-2 5 1 0	1
Energie		
Beratender Ausschuß für die Verwaltung der Demonstrationsvorhaben:	A-2 5 1 0	4
— Verflüssigung und Vergasung fester Brennstoffe (einschließlich industrielle Pilotvorhaben)		
— Nutzung alternativer Energiequellen		
— Energieeinsparung		

KOMMISSION
Teil A — Anlage I
(Liste der Ausschüsse)

Tätigkeitsbereich und Bezeichnung	Posten	Gruppe
— Substitution der Kohlenwasserstoffe durch feste Brennstoffe		
Ausschuß zur Anpassung an den wissenschaftlichen und technischen Fortschritt für die Einsparung von Rohöl durch die Verwendung von Ersatz-Kraftstoffkomponenten im Benzin	A-2 5 1 0	4
Beratender Ausschuß für das Aktionsprogramm der Gemeinschaft zur Erhöhung der Effizienz bei der Elektrizitätsverwendung	A-2 5 1 0	4
Ausschuß für die Förderung der Energietechnologien in Europa (THERMIE)	A-2 5 1 0	4
Beobachtungsstelle für den Transit von Elektrizitätslieferungen (OSTE)	A-2 5 1 0	4
Haushalte		
Beratender Ausschuß für die eigenen Mittel	A-2 5 1 0	3
Statistisches Amt		
Gruppe für den Schutz personenbezogener Daten	A-2 5 1 1	3
Beratender Ausschuß für die statistische Systematik der Wirtschaftszweige	A-2 5 1 1	3
Ausschuß für Außenhandelsstatistik (Nimexe, Methoden, Arbeitsgruppen)	A-2 5 1 0	3
Ständiger agrarstatistischer Ausschuß	A-2 5 1 0	3
Ausschuß für die Statistik des Warenverkehrs zwischen Mitgliedstaaten	A-2 5 1 0	3
Ausschuß für das statistische Programm der Europäischen Gemeinschaft (DGINS)	A-2 5 1 0	3
Ausschuß für die statistische Geheimhaltung	A-2 5 1 0	3
Ausschuß für die Harmonisierung der Erfassung des Bruttosozialprodukts zu Marktpreisen	A-2 5 1 0	3
Europäischer Ausschuß für Information in den Bereichen Statistik, wirtschaft und soziale Angelegenheiten	A-2 5 1 0	4
Ausschuß für die Statistik auf finanziellem Gebiet und im Bereich der Währung und Zahlungsbilanz	A-2 5 1 0	4
Europäischer Beratender Ausschuß für statistische Informationen im Wirtschafts- und Sozialbereich CEIES	A-2 5 1 0	4
Zoll und indirekte Steuern		
Beratender Ausschuß für Zoll und indirekte Steuem	A-2 5 1 1	2
Beratender Ausschuß für die Mehrwertsteuer	A-2 5 1 1	3
Ausschuß für die Nomenklatur	A-2 5 1 0	3
Ausschuß für Zollverfahren mit wirtschaftlicher Bedeutung	A-2 5 1 0	3
Ausschuß für den Zollwert	A-2 5 1 0	3
Ausschuß für Zollbefreiungen	A-2 5 1 0	3
Ständiger Ausschuß für die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden auf dem Gebiet der indirekten Besteuerung	A-2 5 1 1	3
Gemischter Ausschuß EWG-Schweiz für die Erleichterung der Kontrollen und Formalitäten und Arbeitsgruppe	A-2 5 1 0	3
Ausschuß für das gemeinschaftliche Versandverfahren	A-2 5 1 0	3
Ausschuß „MATTHAEUS“	A-2 5 1 1	3

KOMMISSION

Teil A — Anlage I

(Liste der Ausschüsse)

Tätigkeitsbereich und Bezeichnung	Posten	Gruppe
Ausschuß für Ursprungsfragen	A-2 5 1 0	3
Ausschuß für Beitreibung	A-2 5 1 0	3
Ausschuß für allgemeine Zollregelungen	A-2 5 1 0	3
Ausschuß für Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Zollwesens EWG — Türkei	A-2 5 1 0	3
Ausschüsse für Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Zollwesens (andere als die Türkei)	A-2 5 1 0	3
Ausschuß für den wirtschaftlichen passiven Veredelungsverkehr mit Textilien	A-2 5 1 0	3
Ausschuß für gegenseitige Unterstützung auf dem Gebiet des Zollwesens	A-2 5 1 1	3
Ausschuß für das Verfahren des vorübergehenden innergemeinschaftlichen Verkehrs	A-2 5 1 0	3
Ausschuß für den Warenverkehr	A-2 5 1 0	3
Zollausschüsse EWG-Länder der Europäischen Freihandelsgemeinschaft (Österreich, Finnland, Island, Norwegen, Schweden und Schweiz)	A-2 5 1 0	3
Gemischter Ausschuß EWG-Europäische Freihandelsgemeinschaft (und Arbeitsgruppen):	A-2 5 1 0	3
— gemeinsames Versandverfahren		
— Einheitspapier		
Ausschuß für Zollager und Freizonen	A-2 5 1 0	3
Verbrauchsteuerausschuß	A-2 5 1 1	3
Ständiger Ausschuß für die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden auf dem Gebiet der indirekten Besteuerung	A-2 5 1 1	3
Ausschuß für das Einheitspapier	A-2 5 1 0	3
Ausschuß für den Verkehr des auf Flug- oder Schiffsreisen mitgeführten Gepäcks	A-2 5 1 0	3
Ausschuß für Kulturgüter	A-2 5 1 0	3
Ausschuß für den Zollkodex	A-2 5 1 0	3
Zollausschuß EWG — Tschekoslowakei (und Unterausschuß)	A-2 5 1 1	3
Zollausschuß EWG — Ungarn (und Unterausschuß)	A-2 5 1 1	3
Zollausschuß EWG — Polen	A-2 5 1 1	3
Zollunterausschuß EWG — Bulgarien	A-2 5 1 1	3
Zollunterausschuß EWG — Rumänien	A-2 5 1 1	3
Unternehmenspolitik, Handel, Fremdenverkehr und Sozialwirtschaft		
Ausschuß für Handel und Vertrieb	A-2 5 1 1	2
Beratender Ausschuß für Fremdenverkehr	A-2 5 1 1	4
Ausschuß für die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Unternehmen in der Gemeinschaft, insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen, und die Förderung ihrer Entwicklung	A-2 5 1 0	3

ANLAGE II

AMT FÜR AMTLICHE VERÖFFENTLICHUNGEN

KOMMISSION
Teil A — Anlage II
(Amt für amtliche Veröffentlichungen)

EINNAHMEN

TITEL 4

VERSCHIEDENE VON DER GEMEINSCHAFT ERHOBENE ABGABEN, ABZÜGE UND GEBÜHREN

KAPITEL 4 0 — GEHALTSABZÜGE

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1992	Haushaltsjahr 1991	Haushaltsjahr 1990
	KAPITEL 4 0			
4 0 0	***Aufkommen der Steuer auf die Gehälter, Löhne und Vergütungen der Beamten und sonstigen Bediensteten***	1 126 182	1 015 218	925 779,62
4 0 1	***Beiträge des Personals zur Versorgungsordnung***	1 003 793	896 953	826 461,73
4 0 2	***Ertrag aus der besonderen Abgabe auf die Nettodienst- und -versorgungsbezüge und die Nettovergütungen bei Ausscheiden aus dem Dienst der Mitglieder des Organs, der Beamten und sonstigen Bediensteten sowie der Empfänger von Versorgungsbezügen***	278 000	135 154	255 438,15
	KAPITEL 4 0 INSGESAMT	2 407 975	2 047 325	2 007 679,50
	Titel 4 insgesamt	**2 407 975**	**2 047 325**	**2 007 679,50**
	GESAMTBETRAG	**2 407 975**	**2 047 325**	**2 007 679,50**

KOMMISSION
Teil A — Anlage II
(Amt für amtliche Veröffentlichungen)

EINNAHMEN

TITEL 4

VERSCHIEDENE VON DER GEMEINSCHAFT ERHOBENE ABGABEN, ABZÜGE UND GEBÜHREN

KAPITEL 40 — GEHALTSABZÜGE

Artikel Posten	Erläuterungen
401	Bei diesen Einnahmen handelt es sich um die — monatlich gemäß Artikel 83 Absatz 2 des Beamtenstatuts der Europäischen Gemeinschaften einbehaltenen — Beiträge des Personals des Amtes für amtliche Veröffentlichungen zur Versorgungsordnung.
402	Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 3821/81 des Rates vom 15. Dezember 1981 zur Änderung des Statuts der Beamten der Europäischen Gemeinschaften sowie der Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten dieser Gemeinschaften (ABl. Nr. L 386 vom 31. 12. 1981, S. 1). Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 3822/81 des Rates vom 15. Dezember 1981 zur Änderung der Verordnung Nr. 422/67/EWG, Nr. 5/67/Euratom über die Regelung der Amtsbezüge für den Präsidenten und die Mitglieder der Kommission sowie für den Präsidenten, die Richter, die Generalanwälte und den Kanzler des Gerichtshofes, der Verordnung (EGKS, EWG, Euratom) Nr. 1240/70 über die Regelung der Amtsbezüge für die ehemaligen Mitglieder der Kommission der Europäischen Gemeinschaften, deren Amtszeit am 1. Juli 1970 abläuft, der Verordnung Nr. 423/67/EWG, Nr. 6/67/Euratom über die Regelung der Amtsbezüge für die Mitglieder der EWG-Kommission und der EAG-Kommission sowie der Hohen Behörde, die nicht zu Mitgliedern der gemeinsamen Kommission der Europäischen Gemeinschaften ernannt worden sind, und der Verordnung (EWG, Euratom, EGKS) Nr. 2290/77 über die Regelung der Amtsbezüge für die Mitglieder des Rechnungshofes (ABl. Nr. L 386 vom 31. 12. 1981, S. 4). Beschluß 81/1062/Euratom, EGKS, EWG des Rates vom 15. Dezember 1981 zur Änderung des Beschlusses des Rates vom 4. Juni 1973 über die Regelung der Amtsbezüge der ehemaligen Mitglieder der Kommission der Europäischen Gemeinschaften, deren Amtszeit am 4. Januar 1973 abläuft, und des Beschlusses des Rates vom 14. Oktober 1958 über die Regelung der Amtsbezüge der ehemaligen Mitglieder des Gerichtshofes der EGKS (ABl. Nr. L 386 vom 31. 12. 1981, S. 11). Der eingesetzte Betrag wurde unbeschadet der künftigen Rechtsvorschriften nach den bis zum 30. Juni 1991 geltenden Rechtsvorschriften berechnet.

KOMMISSION
Teil A — Anlage II
(Amt für amtliche Veröffentlichungen)

AUSGABEN

Zusammenfassung der Haushaltsmittel (1992 und 1991) und der Ausgaben (1990)

Titel Kapitel	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
1	**AUSGABEN FÜR MITGLIEDER UND PERSONAL DES ORGANS**			
1 1	PERSONAL IM AKTIVEN DIENST	21 803 900	20 008 325	18 154 595,96
1 2	VERSORGUNGSBEZÜGE, VERGÜTUNGEN UND VERSCHIEDENE BEITRÄGE	p.m.	p.m.	0,—
1 3	DIENSTREISE- UND FAHRKOSTEN	263 100	260 000	220 000,—
1 4	SOZIALE UND MEDIZINISCHE INFRASTRUKTUR	15 500	14 000	7 020,—
1 5	AUSTAUSCH VON BEAMTEN UND EXPERTEN	40 000		
1 6	SOZIALAUSGABEN	230 000	212 000	232 494,80
1 7	AUSGABEN FÜR EMPFÄNGE UND FÜR REPRÄSENTATIONS-ZWECKE	2 000	2 000	3 000,—
	Titel 1 insgesamt	**22 354 500**	**20 496 325**	**18 617 110,76**
2	**GEBÄUDE, MATERIAL UND VERSCHIEDENE SACHAUSGABEN**			
2 0	GRUNDSTÜCKSINVESTITIONEN, MIETE VON GEBÄUDEN UND NEBENKOSTEN	4 463 900	4 078 000	4 014 295,39
2 1	DATENVERARBEITUNG	3 160 000	3 025 000	2 911 666,37
2 2	BEWEGLICHE SACHEN UND NEBENKOSTEN	996 200	817 400	792 027,14
2 3	LAUFENDE SACHAUSGABEN FÜR DEN DIENSTBETRIEB	540 400	720 400	597 358,91
2 4	POST- UND FERNMELDEGEBÜHREN	5 533 000	4 827 200	4 917 853,22
2 5	AUSGABEN FÜR SITZUNGEN UND EINBERUFUNGEN	40 000	40 000	23 180,64
2 6	UNTERSUCHUNGEN, ERHEBUNGEN UND KONSULTATIONEN	p.m.	p.m.	0,—
	Titel 2 insgesamt	**14 733 500**	**13 508 000**	**13 256 381,67**
3	**AUSGABEN IM ZUSAMMENHANG MIT DER WAHRNEHMUNG BESONDERER AUFGABEN DURCH DAS ORGAN**			
3 4	VERÖFFENTLICHUNGEN	112 000	100 000	84 949,16
	Titel 3 insgesamt	**112 000**	**100 000**	**84 949,16**
10	**SONSTIGE AUSGABEN**			
10 0	VORLÄUFIG EINGESETZTE MITTEL	p.m.	p.m.	0,—

KOMMISSION
Teil A — Anlage II
(Amt für amtliche Veröffentlichungen)

Zusammenfassung der Haushaltsmittel (1992 und 1991) und der Ausgaben (1990) *(Fortsetzung)*

Titel Kapitel	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
10 1	RÜCKSTELLUNGEN FÜR UNVORHERGESEHENE AUSGABEN	p.m.	p.m.	0,—
	Titel 10 insgesamt	**p.m.**	**p.m.**	**0,—**
	GESAMTBETRAG	**37 200 000**	**34 104 325**	**31 958 441,59**

KOMMISSION
Teil A — Anlage II
(Amt für amtliche Veröffentlichungen)

TITEL 1

AUSGABEN FÜR MITGLIEDER UND PERSONAL DES ORGANS

KAPITEL 1 1 — PERSONAL IM AKTIVEN DIENST

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
	KAPITEL 1 1			
1 1 0	***Beamte und Bedienstete auf Zeit, die eine im Stellenplan vorgesehene Stelle innehaben***			
1 1 0 0	Grundgehälter Nichtgetrennte Mittel	14 871 000	13 613 796	12 224 144,95
1 1 0 1	Familienzulagen Nichtgetrennte Mittel	1 696 800	1 488 155	1 394 648,40
1 1 0 2	Auslands- und Expatriierungszulagen (einschließlich Artikel 97 des EGKS-Statuts) Nichtgetrennte Mittel	1 908 500	1 748 978	1 568 422,75
1 1 0 3	Sekretariatszulage Nichtgetrennte Mittel	118 000	118 008	106 985,06
	Artikel 1 1 0 insgesamt	18 594 300	16 968 937	15 294 201,16
1 1 1	***Sonstige Bedienstete***			
1 1 1 0	Hilfskräfte Nichtgetrennte Mittel	70 000	65 000	146 790,67
1 1 1 2	Örtliche Bedienstete Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
	Artikel 1 1 1 insgesamt	70 000	65 000	146 790,67
1 1 2	***Berufliche Fortbildung des Personals, Umschulung und Information des Personals*** Nichtgetrennte Mittel	60 000	50 000	98 884,86
1 1 3	***Kranken- und Unfallversicherung, Versicherung gegen Berufskrankheiten und Arbeitslosigkeit und Aufrechterhaltung von Versorgungsansprüchen***			
1 1 3 0	Krankenversicherung Nichtgetrennte Mittel	505 700	489 475	330 962,60

KOMMISSION
Teil A — Anlage II
(Amt für amtliche Veröffentlichungen)

TITEL 1

AUSGABEN FÜR MITGLIEDER UND PERSONAL DES ORGANS

KAPITEL 11 — PERSONAL IM AKTIVEN DIENST

Artikel Posten	Erläuterungen
110	
1100	Veranschlagt sind die Grundgehälter der im Stellenplan vorgesehenen Beamten und Bediensteten auf Zeit.
1101	Veranschlagt sind die Familienzulagen und zwar: — Haushaltszulage, — Zulage für unterhaltsberechtigte Kinder, — Erziehungszulage der Beamten und Bediensteten auf Zeit.
1102	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 4 des Anhangs VII. Veranschlagt ist die Zulage an Beamte, die die Bedingungen erfüllen.
1103	Veranschlagt ist die Sekretariatszulage für Beamte und Bedienstete auf Zeit der Laufbahngruppe C, die die Planstelle eines Büroassistenten, Bürosekretärs, Fernschreibers, Maschinenschreibers, Direktionssekretärs oder Chefsekretärs innehaben.
111	
1110	Veranschlagt sind die Vergütungen für die Hilfskräfte der verschiedenen Kategorien, die das Amt für amtliche Veröffentlichungen aus folgenden Gründen eingestellt hat: zu großer Arbeitsanfall, Abwesenheiten wegen Krankheit, vorübergehend unbesetzte Dienstposten, Teilzeitbeschäftigung.
1112	Veranschlagt sind die Mittel für die Vergütungen sowie für die Arbeitgeberbeiträge zur sozialen Sicherheit der örtlichen Bediensteten.
112	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 24 dritter Absatz. Veranschlagt sind Mittel für Kurse zur Verbesserung der beruflichen Kenntnisse, zur beruflichen Fortbildung, zur Information über die Anwendung moderner Methoden usw.
113	
1130	Veranschlagt ist der Arbeitgeberanteil der Versicherung für den Krankheitsfall.

KOMMISSION
Teil A — Anlage II
(Amt für amtliche Veröffentlichungen)

KAPITEL 11 — PERSONAL IM AKTIVEN DIENST *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
113	*(Fortsetzung)*			
1131	Versicherung gegen Unfall und Berufskrankheiten Nichtgetrennte Mittel	100 000	91 167	82 125,46
1132	Versicherung der Zeitbediensteten gegen Arbeitslosigkeit Nichtgetrennte Mittel	2 000	4 000	465,75
1133	Bildung oder Aufrechterhaltung von Versorgungsansprüchen der Bediensteten auf Zeit Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
	Artikel 1 1 3 insgesamt	607 700	584 642	413 553,81
114	***Sonstige Zulagen und Vergütungen***			
1140	Geburtenzulagen und Sterbegelder Nichtgetrennte Mittel	4 000	4 200	566,58
1141	Reisekosten anläßlich des Jahresurlaubs Nichtgetrennte Mittel	266 600	253 700	218 850,11
1142	Mietzulagen und Fahrkostenzulagen Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
1143	Pauschale Amtszulagen Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
1144	Fahrkostenpauschale Nichtgetrennte Mittel	1 200	1 000	0,—
1145	Sondervergütung für Rechnungsführer und Zahlstellenverwalter Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
1147	Vergütungen für Schichtdienst und für Bereitschaftsdienst am Arbeitsplatz und zu Hause Nichtgetrennte Mittel	33 000	33 000	20 027,65
1149	Sonstige Zulagen und Erstattungen Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
	Artikel 1 1 4 insgesamt	304 800	291 900	239 444,34

KOMMISSION
Teil A — Anlage II
(Amt für amtliche Veröffentlichungen)

KAPITEL 11 — PERSONAL IM AKTIVEN DIENST *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
113	*(Fortsetzung)*
1131	Veranschlagt sind: — der Arbeitgeberanteil der Versicherung für den Fall von Berufskrankheiten und Unfällen — die zusätzlichen Ausgaben, die sich aus der Anwendung der einschlägigen Statutsbestimmungen ergeben.
1132	Verordnung (EGKS, EWG, Euratom) Nr. 2799/85 des Rates vom 27. September 1985 zur Änderung des Statuts der Beamten der Europäischen Gemeinschaften sowie der Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten dieser Gemeinschaften (ABl. Nr. L 265 vom 8. 10. 1985, S. 1). Veranschlagt sind die Kosten der Versicherung der Zeitbediensteten gegen Arbeitslosigkeit.
1133	Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 42. Veranschlagt sind die Zahlungen, die das Organ zugunsten der Zeitbediensteten zur Bildung oder Aufrechterhaltung von Versorgungsansprüchen im Herkunftsland zu leisten hat.
114	
1140	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 70, 74 und 75. Beim Tode eines Beamten erhalten der hinterbliebene Ehegatte oder die unterhaltsberechtigten Kinder bis zum Ende des dritten auf den Sterbemonat folgenden Monats die vollen Dienstbezüge des Verstorbenen. Unter den im Statut genannten Bedingungen: — wird eine Geburtenzulage gewährt, — übernimmt das Organ beim Tode eines Beamten die Kosten für die Überführung bis zum Herkunftsort des Verstorbenen.
1141	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 8 des Anhangs VII. Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 26. Beamte und Bedienstete auf Zeit haben für sich selbst und für ihre Ehegatten und die unterhaltsberechtigten Personen Anspruch auf die Pauschalerstattung der Fahrkosten vom Dienstort zum Herkunftsort, und zwar: — einmal je Kalenderjahr, wenn die Bahnstrecke mehr als 50 km und weniger als 725 km beträgt, — zweimal je Kalenderjahr, wenn die Bahnstrecke mindestens 725 km beträgt.
1144	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 15 des Anhangs VII. Veranschlagt ist die Fahrkostenpauschale.
1147	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere die Artikel 56a und 56b. Veranschlagt sind die Vergütungen für Schichtarbeit oder Arbeitsbereitschaft am Arbeitsplatz oder in der Wohnung.

KOMMISSION
Teil A — Anlage II
(Amt für amtliche Veröffentlichungen)

KAPITEL 11 — PERSONAL IM AKTIVEN DIENST *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
115	***Überstunden***			
	Nichtgetrennte Mittel	50 000	50 000	99 892,30
117	***Aushilfsleistungen***			
1174	Freiberufliche Korrektoren			
	Nichtgetrennte Mittel	1 250 000	1 250 000	1 357 500,—
1175	Auf Dienstleistungsbasis entlohntes sonstiges Personal sowie nach außerhalb zu vergebende Übersetzungs- und Schreibarbeiten			
	Nichtgetrennte Mittel	65 500	65 000	310 082,96
	Artikel 117 insgesamt	1 315 500	1 315 000	1 667 582,96
118	***Kosten und Vergütungen bei Dienstantritt, Ausscheiden aus dem Dienst und Versetzungen***			
1181	Reisekosten (einschließlich derjenigen der Familienmitglieder)			
	Nichtgetrennte Mittel	5 000	11 000	5 000,—
1182	Einrichtungs-, Wiedereinrichtungs- und Versetzungsbeihilfen			
	Nichtgetrennte Mittel	75 000	120 000	60 000,—
1183	Umzugskosten			
	Nichtgetrennte Mittel	60 000	60 000	42 316,13
1184	Zeitweilige Tagegelder			
	Nichtgetrennte Mittel	80 000	110 000	60 000,—
	Artikel 118 insgesamt	220 000	301 000	167 316,13
119	***Anpassung der Dienst- und Versorgungsbezüge der Beamten und sonstigen Bediensteten***			
1190	Berichtigungskoeffizienten			
	Nichtgetrennte Mittel	23 000	25 500	26 929,73

KOMMISSION
Teil A — Anlage II
(Amt für amtliche Veröffentlichungen)

KAPITEL 11 — PERSONAL IM AKTIVEN DIENST *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
115	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Anhang VI. Veranschlagt ist die Vergütung von Überstunden des Personals der Laufbahngruppen C und D sowie der örtlichen Bediensteten zum Stundensatz, sofern diese Überstunden nicht abgegolten werden konnten.
117	
1174	Veranschlagt sind Honorare, Versicherungskosten, Fahrkosten, Tagegelder und Dienstreisekosten der freiberuflichen Korrektoren sowie die entsprechenden Verwaltungsausgaben. Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 100 000 ECU veranschlagt.
1175	Veranschlagt sind die Mittel für: — Aushilfspersonal und, — sofern die Arbeiten nicht von den Bediensteten des Amtes für amtliche Veröffentlichungen ausgeführt werden, für die Vervielfältigung vergriffener Veröffentlichungen im Rahmen der „document delivery", die Herstellung von Schriftstücken für den internen Gebrauch und für nach außen zu vergebende Maschinenschreibarbeiten. Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 15 000 ECU veranschlagt.
118	
1181	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere die Artikel 20 und 71 und Artikel 7 des Anhangs VII. Veranschlagt sind die Mittel für die Erstattung der Reisekosten der Bediensteten (und ihrer Familienangehörigen) bei Dienstantritt, bei Ausscheiden aus dem Dienst und bei Versetzungen, die eine Änderung des Dienstorts mit sich bringen.
1182	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere die Artikel 5 und 6 des Anhangs VII. Veranschlagt sind die Mittel für die Einrichtungsbeihilfe und die Wiedereinrichtungsbeihilfe für Bedienstete, die infolge ihres Dienstantritts, ihrer Verwendung an einem neuen Dienstort oder ihres endgültigen Ausscheidens aus dem Dienst mit anschließender Wiedereinrichtung an einem anderen Ort ihren Wohnsitz wechseln müssen.
1183	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere die Artikel 20 und 71 und Artikel 9 des Anhangs VII. Veranschlagt sind die Mittel für die Erstattung der Umzugskosten der Bediensteten, die infolge ihres Dienstantritts, ihrer Verwendung an einem neuen Dienstort oder ihres endgültigen Ausscheidens aus dem Dienst mit anschließender Wiedereinrichtung an einem anderen Ort ihren Wohnsitz wechseln müssen.
1184	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 10 des Anhangs VII. Veranschlagt sind die Mittel für die zeitweiligen Tagegelder für Bedienstete, die nachweisen, daß sie nach ihrem Dienstantritt oder bei der Verwendung an einem neuen Dienstort ihren Wohnsitz ändern müssen.
119	
1190	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 64 und 65. Veranschlagt sind Mittel für die Anwendung der Berichtigungskoeffizienten auf die Dienstbezüge der Beamten und der Hilfskräfte sowie auf die Überstunden der Beamten.

KOMMISSION
Teil A — Anlage II
(Amt für amtliche Veröffentlichungen)

KAPITEL 1 1 — PERSONAL IM AKTIVEN DIENST *(Fortsetzung)*

KAPITEL 1 2 — VERSORGUNGSBEZÜGE, VERGÜTUNGEN UND VERSCHIEDENE BEITRÄGE

KAPITEL 1 3 — DIENSTREISE- UND FAHRKOSTEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
1 1 9	*(Fortsetzung)*			
1 1 9 1	Vorläufig eingesetzte Mittel Nichtgetrennte Mittel	558 600	356 346	0,—
	.....			
	Artikel 1 1 9 insgesamt	581 600	381 846	26 929,73
	KAPITEL 1 1 INSGESAMT	21 803 900	20 008 325	18 154 595,96
	KAPITEL 1 2			
1 2 9	***Anpassungen der Ruhegelder und verschiedene Vergütungen***			
1 2 9 1	Vorläufig eingesetzte Mittel Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
	Artikel 1 2 9 insgesamt	p.m.	p.m.	0,—
	KAPITEL 1 2 INSGESAMT	p.m.	p.m.	0,—
	KAPITEL 1 3			
1 3 0	***Dienstreise- und Fahrkosten sowie Nebenkosten*** Nichtgetrennte Mittel	263 100	260 000	220 000,—
	KAPITEL 1 3 INSGESAMT	263 100	260 000	220 000,—

KOMMISSION
Teil A — Anlage II
(Amt für amtliche Veröffentlichungen)

KAPITEL 11 — PERSONAL IM AKTIVEN DIENST *(Fortsetzung)*

KAPITEL 12 — VERSORGUNGSBEZÜGE, VERGÜTUNGEN UND VERSCHIEDENE BEITRÄGE

KAPITEL 13 — DIENSTREISE- UND FAHRKOSTEN

Artikel Posten	Erläuterungen
119	*(Fortsetzung)*
1191	Diese Mittel sind vorläufig eingesetzt und können erst verwendet werden, nachdem sie — entsprechend dem in der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1) vorgesehenen Verfahren — auf andere Artikel oder Posten übertragen worden sind. Veranschlagt sind die Mittel für etwaige Anpassungen der Bezüge aufgrund von Ratsbeschlüssen im Haushaltsjahr.
129	
1291	Die Mittel sind vorläufig eingesetzt. Sie können erst verwendet werden, nachdem sie — entsprechend dem in der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1) vorgesehenen Verfahren — auf andere Artikel oder Posten übertragen worden sind. Veranschlagt sind die etwaigen Anpassungen der Bezüge aufgrund von Ratsbeschlüssen im Haushaltsjahr.
130	Veranschlagt sind Mittel für die Dienstreise- und Fahrkosten der Beamten des Amtes für amtliche Veröffentlichungen.

KOMMISSION

Teil A — Anlage II
(Amt für amtliche Veröffentlichungen)

KAPITEL 14 — SOZIALE UND MEDIZINISCHE INFRASTRUKTUR

KAPITEL 15 — AUSTAUSCH VON BEAMTEN UND EXPERTEN

KAPITEL 16 — SOZIALAUSGABEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
	KAPITEL 14			
140	***Restaurants und Kantinen***			
1400	Ausgaben für den Betrieb der Restaurants und Kantinen Nichtgetrennte Mittel	12 500	12 500	4 800,—
1401	Ausgaben für laufende Umbauten und Erneuerungen der Einrichtung der Restaurants und Kantinen Nichtgetrennte Mittel	3 000	1 500	2 220,—
	Artikel 140 insgesamt	15 500	14 000	7 020,—
	KAPITEL 14 INSGESAMT	15 500	14 000	7 020,—
	KAPITEL 15			
152	***Versetzungen zwischen den Gemeinschaften und dem öffentlichen und privaten Sektor***			
1520	Nationale Beamte und Beamte internationaler Organisationen sowie Bedienstete des Privatsektors, die vorübergehend in den Dienststellen des Organs beschäftigt sind Nichtgetrennte Mittel	40 000		
1521	Beamte des Organs, die vorübergehend bei nationalen Verwaltungen, internationalen Organisationen und öffentlichen oder privaten Einrichtungen oder Unternehmen beschäftigt sind Nichtgetrennte Mittel	p.m.		
	Artikel 152 insgesamt	40 000		
	KAPITEL 15 INSGESAMT	40 000		
	KAPITEL 16			
161	***Gesellschaftliche Beziehungen zwischen den Bediensteten*** Nichtgetrennte Mittel	11 500	11 000	10 500,—
162	***Sonstige Sozialaufwendungen*** Nichtgetrennte Mittel	21 000	19 000	18 500,—

KOMMISSION
Teil A — Anlage II
(Amt für amtliche Veröffentlichungen)

KAPITEL 14 — SOZIALE UND MEDIZINISCHE INFRASTRUKTUR

KAPITEL 15 — AUSTAUSCH VON BEAMTEN UND EXPERTEN

KAPITEL 16 — SOZIALAUSGABEN

Artikel Posten	Erläuterungen
140	
1400	Veranschlagt sind Mittel für die Betriebskosten der Kantine sowie für die Unterhaltung und Instandsetzung der bestehenden Einrichtungen.
1401	Veranschlagt sind Mittel für den laufenden Umbau und die laufende Erneuerung der Kantineneinrichtung.
152	
1520	*Neuer Posten* Veranschlagt sind die Ausgaben für die Abstellung oder zeitweilige Beschäftigung von Beamten der Mitgliedstaaten und sonstigen Sachverständigen im Amt für Veröffentlichungen oder für die kurzzeitige Beratertätigkeit zur Intensivierung der Zusammenarbeit mit den nationalen Ämtern und zur Anpassung der Aufmachung und des Vertriebs an die unterschiedlichen kulturellen Gegebenheiten.
1521	*Neuer Posten* Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 38. Dieser Posten ist zur Deckung der Erstattung zusätzlicher Ausgaben, die den Beamten der Gemeinschaften durch die Abordnung entstehen, sowie Ausgaben für Ausbildungsmaßnahmen, bestimmt.
161	Veranschlagt ist die Beteiligung des Amtes für amtliche Veröffentlichungen an den Kosten für Veranstaltungen im „Foyer" sowie an den Kosten für sonstige kulturelle oder sportliche Veranstaltungen in Luxemburg.
162	Veranschlagt ist die Beteiligung des Amtes für amtliche Veröffentlichungen an den Zuschüssen zu den sozialen Tätigkeiten in Luxemburg. Veranschlagt sind ferner die Einstellungskosten und die Kosten des juristischen Beistands für das Personal.

KOMMISSION
Teil A — Anlage II
(Amt für amtliche Veröffentlichungen)

KAPITEL 16 — SOZIALAUSGABEN *(Fortsetzung)*

KAPITEL 17 — AUSGABEN FÜR EMPFÄNGE UND FÜR REPRÄSENTATIONSZWECKE

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
163	***Kleinkinder-Tagesstätte***			
	Nichtgetrennte Mittel	197 500	182 000	203 494,80
	KAPITEL 16 INSGESAMT	230 000	212 000	232 494,80
	KAPITEL 17			
170	***Ausgaben für Empfänge und für Repräsentationszwecke***			
1701	Ausgaben des Personals für Empfänge und für Repräsentationszwecke			
	Nichtgetrennte Mittel	2 000	2 000	3 000,—
	Artikel 170 insgesamt	2 000	2 000	3 000,—
	KAPITEL 17 INSGESAMT	2 000	2 000	3 000,—
	Titel 1 insgesamt	**22 354 500**	**20 496 325**	**18 617 110,76**

KOMMISSION
Teil A — Anlage II
(Amt für amtliche Veröffentlichungen)

KAPITEL 16 — SOZIALAUSGABEN *(Fortsetzung)*

KAPITEL 17 — AUSGABEN FÜR EMPFÄNGE UND FÜR REPRÄSENTATIONSZWECKE

Artikel Posten	Erläuterungen
163	Dieser Mittelansatz soll den Anteil des Amtes für amtliche Veröffentlichungen (6,17 %) an den Kosten der Kleinkinder-Tagesstätte und am Schulbeförderungsdienst decken. Die Betriebskosten der Kleinkinder-Tagesstätte gehen vollständig zu Lasten der Eltern.
170	
1701	Veranschlagt sind die Ausgaben für Empfänge und für Repräsentationszwecke.

KOMMISSION
Teil A — Anlage II
(Amt für amtliche Veröffentlichungen)

TITEL 2

GEBÄUDE, MATERIAL UND VERSCHIEDENE SACHAUSGABEN

KAPITEL 20 — GRUNDSTÜCKSINVESTITIONEN, MIETE VON GEBÄUDEN UND NEBENKOSTEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
	KAPITEL 20			
200	***Mieten*** Nichtgetrennte Mittel	2 840 000	2 820 000	2 667 409,11
201	***Versicherungskosten*** Nichtgetrennte Mittel	16 000	16 000	12 000,—
202	***Wasser, Gas, Strom und Heizung*** Nichtgetrennte Mittel	550 500	505 000	485 077,44
203	***Reinigung und Unterhaltung*** Nichtgetrennte Mittel	490 500	450 000	384 999,76
204	***Herrichtung der Diensträume*** Nichtgetrennte Mittel	60 000	30 000	126 000,—
205	***Sicherheit und Überwachung der Gebäude*** Nichtgetrennte Mittel	482 900	245 000	329 227,09
206	***Erwerb von Immobilien*** Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
207	***Bau von Gebäuden*** Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
208	***Sonstige Ausgaben, die vor dem Erwerb von Immobilien oder dem Bau von Gebäuden anfallen*** Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
209	***Sonstige Ausgaben für Gebäude*** Nichtgetrennte Mittel	24 000	12 000	9 581,99
	KAPITEL 20 INSGESAMT	4 463 900	4 078 000	4 014 295,39

KOMMISSION
Teil A — Anlage II
(Amt für amtliche Veröffentlichungen)

TITEL 2

GEBÄUDE, MATERIAL UND VERSCHIEDENE SACHAUSGABEN

KAPITEL 20 — GRUNDSTÜCKSINVESTITIONEN, MIETE VON GEBÄUDEN UND NEBENKOSTEN

Artikel Posten	Erläuterungen
200	Veranschlagt ist die Miete für die vom Amt für amtliche Veröffentlichungen belegten Gebäude.
201	Veranschlagt sind die Mittel für die Zahlung der Prämien, die in den Gebäudeversicherungsverträgen, die die Kommission für die Gebäude des Amtes für amtliche Veröffentlichungen mit den Versicherungsgesellschaften geschlossen hat, vorgesehen sind.
202	Veranschlagt sind die Ausgaben für Wasser, Strom und Heizung.
203	Veranschlagt sind die Mittel für die Unterhaltung und Reinigung der Gebäude (einschließlich Klimaanlagen und Aufzüge); der Ansatz ist nach den laufenden Verträgen berechnet. Sie decken ebenfalls die Ausgaben für Putz- und Pflegemittel, chemische Reinigung und Wäscherei, Instandsetzungs- und Malerarbeiten.
204	Veranschlagt sind Mittel für Herrichtungsarbeiten und für das Versetzen von Zwischenwänden in den Gebäuden.
205	Veranschlagt sind verschiedene Ausgaben für die Sicherheit der Gebäude, insbesondere die Gebäudeüberwachungsverträge, die Anschaffung, Miete und Unterhaltung der Überwachungs- und Brandbekämpfungsgeräte sowie die Kosten der gesetzlich vorgeschriebenen Kontrollen.
209	Veranschlagt sind Mittel für die übrigen laufenden Gebäudekosten, insbesondere Straßenreinigungsgebühren sowie Gebühren für die Müll- und Altpapierabfuhr.

KOMMISSION
Teil A — Anlage II
(Amt für amtliche Veröffentlichungen)

KAPITEL 21 — DATENVERARBEITUNG

KAPITEL 22 — BEWEGLICHE SACHEN UND NEBENKOSTEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
	KAPITEL 21			
210	***Datenverarbeitung***			
	Nichtgetrennte Mittel	1 720 000	1 550 000	1 558 891,08
212	***DV-Personal***			
	Nichtgetrennte Mittel	210 000		
213	***Arbeiten aus dem Bereich der Datenverarbeitung, die an Dritte vergeben werden***			
	Nichtgetrennte Mittel	90 000	75 000	29 994,73
214	***Systemanalyse- und -programmierungsarbeiten, Systementwicklungen und besondere Vorhaben, die an Dritte vergeben werden***			
	Nichtgetrennte Mittel	1 140 000	1 400 000	1 322 780,56
	KAPITEL 21 INSGESAMT	3 160 000	3 025 000	2 911 666,37
	KAPITEL 22			
220	***Technische Anlagen und Hardware für die Bürokommunikation***			
2200	Erstausstattung an Material und technischen Anlagen			
	Nichtgetrennte Mittel	75 000	75 000	133 500,—
2201	Ersatzbeschaffung von Material und technischen Anlagen			
	Nichtgetrennte Mittel	98 000	98 000	77 344,03
2202	Miete von Material und technischen Anlagen			
	Nichtgetrennte Mittel	400 000	250 000	166 549,93
2203	Unterhaltung, Betrieb und Instandsetzung von Material und technischen Anlagen			
	Nichtgetrennte Mittel	215 000	190 000	198 147,67
2204	Hardware für die Bürokommunikation			
	Nichtgetrennte Mittel	25 000	25 000	14 500,—
	Artikel 220 insgesamt	813 000	638 000	590 041,63
221	***Mobiliar***			
2210	Erstausstattung an Mobiliar			
	Nichtgetrennte Mittel	100 000	100 000	135 000,—

KOMMISSION

Teil A — Anlage II
(Amt für amtliche Veröffentlichungen)

KAPITEL 21 — DATENVERARBEITUNG

KAPITEL 22 — BEWEGLICHE SACHEN UND NEBENKOSTEN

Artikel Posten	Erläuterungen
210	Veranschlagt sind folgende Kosten: — Kauf, Miete und Wartung der EDV-Geräte, der Programmpakete und der Software sowie Miete einer Setzanlage, — Kauf von Gerät, Zubehör und Dokumentation. Die wiederzuverwendenden Einnahmen belaufen sich schätzungsweise auf 175 000 ECU.
212	*Neuer Artikel* Veranschlagt sind Ausgaben für externes DV-Personal (Operatoren, DV-Manager, Systemingenieure, Personal für die Datenerfassung usw.).
213	Veranschlagt sind die Ausgaben für die nach außerhalb vergebenen Auswertungs- und Entwicklungsarbeiten.
214	Veranschlagt sind die Kosten für: — Wartung, Unterhalt und Entwicklung der Software, — die Durchführung rechnergestützter Projekte.
220	
2200	Veranschlagt sind Mittel für die Beschaffung zusätzlicher Ausrüstungsgegenstände für die verschiedenen Werkstätten.
2201	Veranschlagt ist die Ersatzbeschaffung technischer Ausrüstungen und Anlagen. Wiederzuverwendende Einnahmen: schätzungsweise 3 000 ECU.
2202	Veranschlagt sind die Kosten für Fernschreiber, Fernkopierer, Fotokopiermaschinen und technische Anlagen für die verschiedenen Werkstätten, einschließlich der Kosten für Hilfs- und Betriebsstoffe.
2203	Veranschlagt sind die Mittel für Unterhaltung und Instandsetzung der Ausstattung der verschiedenen Werkstätten sowie Mittel für die Ersatzteilbeschaffung.
2204	Veranschlagt sind die Ausgaben für Hardware für die Bürokommunikation.
221	
2210	Veranschlagt sind Mittel für die Anschaffung von Regalen und Ablagematerial sowie Mittel für die Anschaffung zusätzlichen Mobiliars.

KOMMISSION
Teil A — Anlage II
(Amt für amtliche Veröffentlichungen)

KAPITEL 22 — BEWEGLICHE SACHEN UND NEBENKOSTEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
221	*(Fortsetzung)*			
2211	Ersatzbeschaffung von Mobiliar Nichtgetrennte Mittel	6 000	6 000	4 998,—
2212	Miete von Mobiliar Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
2213	Unterhaltung, Betrieb und Instandsetzung von Mobiliar Nichtgetrennte Mittel	2 000	2 000	1 200,—
	Artikel 221 insgesamt	108 000	108 000	141 198,—
223	***Fahrzeuge***			
2230	Erstausstattung an Fahrzeugen Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
2231	Ersatzbeschaffung von Fahrzeugen Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	20 000,—
2232	Miete von Fahrzeugen Nichtgetrennte Mittel	25 000	25 000	0,—
2233	Unterhaltung, Betrieb und Instandsetzung von Fahrzeugen Nichtgetrennte Mittel	30 000	30 000	29 000,—
	Artikel 223 insgesamt	55 000	55 000	49 000,—
225	***Ausgaben für Dokumentation und Bibliothek***			
2250	Bibliothek, Beschaffung von Büchern Nichtgetrennte Mittel	5 000	2 500	4 100,—
2251	Spezielles Bibliotheks-, Dokumentations- und Vervielfältigungsmaterial Nichtgetrennte Mittel	5 000	5 000	0,—
2252	Abonnements auf Zeitungen und Zeitschriften Nichtgetrennte Mittel	3 500	2 500	3 200,—
2253	Abonnements bei Presseagenturen Nichtgetrennte Mittel	700	700	450,—
2254	Kosten für Buchbinderarbeiten und für die Erhaltung der Werke der Bibliothek Nichtgetrennte Mittel	4 500	4 200	4 037,51
2255	Abonnements bei Bildschirm-Schnellinformationsdiensten Nichtgetrennte Mittel	1 500	1 500	0,—
	Artikel 225 insgesamt	20 200	16 400	11 787,51
	KAPITEL 22 INSGESAMT	996 200	817 400	792 027,14

KOMMISSION
Teil A — Anlage II
(Amt für amtliche Veröffentlichungen)

KAPITEL 22 — BEWEGLICHE SACHEN UND NEBENKOSTEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
221	*(Fortsetzung)*
2211	Veranschlagt sind Mittel für die Ersatzbeschaffung für abgenutztes oder zufällig beschädigtes Material. Der wiederverwendungsfähige Einnahmebetrag wird auf 500 ECU geschätzt.
2213	Veranschlagt sind Mittel für die Unterhaltung und Instandsetzung des Mobiliars.
223	
2232	Veranschlagt sind Mittel für die Anmietung von Fahrzeugen.
2233	Veranschlagt sind die Unterhaltungs-, Instandsetzungs- und Versicherungskosten der Dienstfahrzeuge.
225	
2250	Veranschlagt sind Mittel für die Anschaffung von Wörterbüchern, Lexika und Fachbüchern im Zusammenhang mit den Tätigkeiten des Amtes.
2252	Veranschlagt sind Mittel für Abonnements auf Zeitungen und Zeitschriften.
2253	Veranschlagt sind Mittel für Abonnements bei Presseagenturen.
2254	Veranschlagt sind Mittel für das für die Erhaltung der Referenzsammlungen unerläßliche Binden vom *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften.*
2255	Veranschlagt sind die Abonnementskosten für Bildschirmschnellinformationen.

KOMMISSION
Teil A — Anlage II
(Amt für amtliche Veröffentlichungen)

KAPITEL 23 — LAUFENDE SACHAUSGABEN FÜR DEN DIENSTBETRIEB

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
	KAPITEL 23			
230	***Papier- und Bürobedarf***			
	Nichtgetrennte Mittel	455 000	645 000	536 660,70
232	***Finanzkosten***			
2320	Bankkosten			
	Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
2329	Sonstige Finanzkosten			
	Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
	Artikel 232 insgesamt	p.m.	p.m.	0,—
233	***Streitsachen***			
	Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
234	***Schadenersatz***			
	Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
235	***Andere Sachausgaben***			
2350	Verschiedene Versicherungskosten			
	Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
2351	Dienst- und Arbeitskleidung			
	Nichtgetrennte Mittel	18 000	13 000	14 398,21
2352	Verschiedene Ausgaben für interne Sitzungen			
	Nichtgetrennte Mittel	2 000	2 000	2 000,—
2353	Umzug von Dienststellen			
	Nichtgetrennte Mittel	65 000	60 000	44 000,—
2359	Andere Sachausgaben			
	Nichtgetrennte Mittel	400	400	300,—
	Artikel 235 insgesamt	85 400	75 400	60 698,21

KOMMISSION
Teil A — Anlage II
(Amt für amtliche Veröffentlichungen)

KAPITEL 23 — LAUFENDE SACHAUSGABEN FÜR DEN DIENSTBETRIEB

Artikel Posten	Erläuterungen
230	Veranschlagt sind die Mittel für die Beschaffung von Papier, Umschlägen, Büromaterial und Werkstattbedarf. Die wiederzuverwendenden Einnahmen belaufen sich schätzungsweise auf 100 000 ECU.
235	
2350	Dieser Posten dient ist Deckung der verschiedenen Versicherungen (Haftpflichtversicherung, Diebstahlversicherung usw.) bestimmt.
2351	Veranschlagt sind die Kosten für die Anschaffung von Dienstkleidung für Fahrer und Amtsgehilfen sowie von Arbeitskleidung für das Personal der Druckerei und des Versands.
2352	Veranschlagt sind Mittel für Erfrischungen und gelegentliche Imbisse, die bei internen Sitzungen gereicht werden.
2353	Veranschlagt sind die Mittel zur Deckung der Umzugs- und Handhabungskosten.
2359	Veranschlagt sind Mittel für sonstige Verwaltungsausgaben, die nicht bei anderen Posten dieses Artikels besonders vorgesehen sind.

KOMMISSION
Teil A — Anlage II
(Amt für amtliche Veröffentlichungen)

KAPITEL 23 — LAUFENDE SACHAUSGABEN FÜR DEN DIENSTBETRIEB *(Fortsetzung)*

KAPITEL 24 — POST- UND FERNMELDEGEBÜHREN

KAPITEL 25 — AUSGABEN FÜR SITZUNGEN UND EINBERUFUNGEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
239	***Dienstleistungen zwischen den Organen***			
2392	Dienstleistungen der Kommission (Übersetzungsdienst für mittel- und langfristige Aufgaben) für das Amt für amtliche Veröffentlichungen Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
	Artikel 239 insgesamt	p.m.	p.m.	0,—
	KAPITEL 23 INSGESAMT	540 400	720 400	597 358,91
	KAPITEL 24			
240	***Postgebühren und Zustellungskosten*** Nichtgetrennte Mittel	5 213 000	4 557 200	4 642 654,10
241	***Ferngespräche, Telegramme, Fernschreiben, Fernsehen*** Nichtgetrennte Mittel	320 000	270 000	275 199,12
	KAPITEL 24 INSGESAMT	5 533 000	4 827 200	4 917 853,22
	KAPITEL 25			
250	***Sitzungen und Einberufungen im allgemeinen*** Nichtgetrennte Mittel	40 000	40 000	23 180,64

KOMMISSION

Teil A — Anlage II
(Amt für amtliche Veröffentlichungen)

KAPITEL 23 — LAUFENDE SACHAUSGABEN FÜR DEN DIENSTBETRIEB *(Fortsetzung)*

KAPITEL 24 — POST- UND FERNMELDEGEBÜHREN

KAPITEL 25 — AUSGABEN FÜR SITZUNGEN UND EINBERUFUNGEN

Artikel Posten	Erläuterungen
239	
2392	Übereinkunft vom 8. Dezember 1972 zwischen der Kommission der Europäischen Gemeinschaften und dem Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften über die Angliederung des Übersetzungsdienstes für mittel- und langfristige Aufgaben (ÜMLA). Gemäß den Bestimmungen dieser Übereinkunft, die am 1. Januar 1973 in Kraft getreten ist, hat sich die Kommission verpflichtet, alle vom Amt für amtliche Veröffentlichungen für seinen eigenen oder für den Bedarf der Institutionen der Gemeinschaften angeforderten Übersetzungsarbeiten auszuführen. Diese Arbeiten werden von den Übersetzern in Luxemburg ausgeführt, die im Stellenplan der Kommission aufgeführt sind.
240	Veranschlagt sind generell die Vertriebskosten (Verpackung, Adressierung, Versand und Beförderung) des *Amtsblatts der Europäischen Gemeinschaften* und der übrigen Veröffentlichungen sowie die Postgebühren für die Korrespondenz. Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 4 000 000 ECU geschätzt.
241	Veranschlagt sind die Grundgebühren und die Fernmeldegebühren (Fernsprecher, Telegraph, Fernschreiber, Datenübertragungsnetze und deren Inanspruchnahme), Installations- und Wartungsgebühren sowie Kosten für die Instandsetzung von Anlagen und Leitungen. Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 4 000 ECU geschätzt.
250	Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Kosten insbesondere für die beiden jährlichen Zusammenkünfte zwischen dem Amt für amtliche Veröffentlichungen, den Vertretungen der Organe in den Hauptstädten und den Vertretern der einzelstaatlichen Vertriebsbüros. Veranschlagt sind ferner Ausgaben für Schulungsmaßnahmen, mit denen Bedienstete der Vertriebsnetze in den Mitgliedstaaten und in Drittländern im Amt für Veröffentlichungen mit dem DV-System des Amtes und dem Vertrieb elektronischer Textträger vertraut gemacht werden.

KOMMISSION
Teil A — Anlage II
(Amt für amtliche Veröffentlichungen)

KAPITEL 25 — AUSGABEN FÜR SITZUNGEN UND EINBERUFUNGEN *(Fortsetzung)*

KAPITEL 26 — UNTERSUCHUNGEN, ERHEBUNGEN UND KONSULTATIONEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
255	***Verschiedene Kosten für die Veranstaltung von Konferenzen, Kongressen und Sitzungen und für die Teilnahme an diesen***			
2550	Veranstaltung von Konferenzen, Kongressen und Sitzungen durch das Organ Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
	Artikel 255 insgesamt	p.m.	p.m.	0,—
	KAPITEL 25 INSGESAMT	40 000	40 000	23 180,64
	KAPITEL 26			
260	***Konsultationen, Untersuchungen und Erhebungen über Einzelprobleme*** Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
	KAPITEL 26 INSGESAMT	p.m.	p.m.	0,—
	Titel 2 insgesamt	**14 733 500**	**13 508 000**	**13 256 381,67**

KOMMISSION
Teil A — Anlage II
(Amt für amtliche Veröffentlichungen)

KAPITEL 25 — AUSGABEN FÜR SITZUNGEN UND EINBERUFUNGEN *(Fortsetzung)*

KAPITEL 26 — UNTERSUCHUNGEN, ERHEBUNGEN UND KONSULTATIONEN

Artikel Posten	Erläuterungen
260	Dieser Artikel ist zur Deckung der Ausgaben für Fachuntersuchungen und -konsultationen im Bereich der Planung und des Marketing von Veröffentlichungen bestimmt.

KOMMISSION
Teil A — Anlage II
(Amt für amtliche Veröffentlichungen)

TITEL 3

AUSGABEN IM ZUSAMMENHANG MIT DER WAHRNEHMUNG BESONDERER AUFGABEN DURCH DAS ORGAN

KAPITEL 3 4 — VERÖFFENTLICHUNGEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
	KAPITEL 3 4			
3 4 1	***Veröffentlichungen***			
3 4 1 0	Veröffentlichungen allgemeinen Charakters Nichtgetrennte Mittel	10 000		
3 4 1 2	Ausgaben für die Verbreitung und die Förderung des Verkaufs von Veröffentlichungen Nichtgetrennte Mittel	102 000	100 000	84 949,16
	Artikel 3 4 1 insgesamt	112 000	100 000	84 949,16
	KAPITEL 3 4 INSGESAMT	112 000	100 000	84 949,16
	Titel 3 insgesamt	**112 000**	**100 000**	**84 949,16**

KOMMISSION
Teil A — Anlage II
(Amt für amtliche Veröffentlichungen)

TITEL 3

AUSGABEN IM ZUSAMMENHANG MIT DER WAHRNEHMUNG BESONDERER AUFGABEN DURCH DAS ORGAN

KAPITEL 34 — VERÖFFENTLICHUNGEN

Artikel Posten	Erläuterungen
341	
3410	*Neuer Posten* Veranschlagt sind die Ausgaben für die Beteiligung des Amtes für Veröffentlichungen an Koeditionen mit Herausgebern des öffentlichen und privaten Sektors. Veranschlagt sind ferner die Kosten für Neuauflagen. Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 200 000 ECU veranschlagt.
3412	Veranschlagt sind die Ausgaben für die Maßnahmen des Amtes für amtliche Veröffentlichungen im Rahmen einer verstärkten Förderung des Verkaufs von Veröffentlichungen einschließlich der Herstellung von Katalogen. Die wiederzuverwendenden Einnahmen belaufen sich schätzungsweise auf 5 000 ECU.

KOMMISSION
Teil A — Anlage II
(Amt für amtliche Veröffentlichungen)

TITEL 10

SONSTIGE AUSGABEN

KAPITEL 10 0 — VORLÄUFIG EINGESETZTE MITTEL

KAPITEL 10 1 — RÜCKSTELLUNGEN FÜR UNVORHERGESEHENE AUSGABEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
	KAPITEL 10 0	p.m.	p.m.	0,—
	KAPITEL 10 0 INSGESAMT	p.m.	p.m.	0,—
	KAPITEL 10 1	p.m.	p.m.	0,—
	KAPITEL 10 1 INSGESAMT	p.m.	p.m.	0,—
	Titel 10 insgesamt	**p.m.**	**p.m.**	**0,—**
	GESAMTBETRAG	**37 200 000**	**34 104 325**	**31 958 441,59**

KOMMISSION
Teil A — Anlage II
(Amt für amtliche Veröffentlichungen)

TITEL 10

SONSTIGE AUSGABEN

KAPITEL 10 0 — VORLÄUFIG EINGESETZTE MITTEL

KAPITEL 10 1 — RÜCKSTELLUNGEN FÜR UNVORHERGESEHENE AUSGABEN

Artikel Posten	Erläuterungen

KOMMISSION

TEIL B

OPERATIONELLE MITTEL

KOMMISSION
Teil B

TEILEINZELPLAN B1

EUROPÄISCHER AUSRICHTUNGS- UND GARANTIEFONDS FÜR DIE LANDWIRTSCHAFT, ABTEILUNG GARANTIE

KOMMISSION
Teileinzelplan B1
(EAGFL — Garantie)

Zusammenfassung der Haushaltsmittel (1992 und 1991) und der Ausgaben (1990)

Titel Kapitel	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
B1-1	**PFLANZLICHE ERZEUGNISSE**			
B1-1 0	GETREIDE UND REIS	6 423 000 000	5 332 000 000	3 884 595 584,61
B1-1 1	ZUCKER	2 110 000 000	1 946 000 000	1 388 286 958,48
B1-1 2	FETTE	5 551 000 000	6 041 000 000	4 645 203 282,68
B1-1 3	EIWEISSPFLANZEN	893 000 000	896 000 000	834 792 709,38
B1-1 4	TEXTILPFLANZEN UND SEIDENRAUPEN	664 000 000	682 000 000	580 280 168,93
B1-1 5	OBST UND GEMÜSE	1 570 000 000	1 460 000 000	1 253 024 668,72
B1-1 6	WEINBAUERZEUGNISSE	1 775 000 000	1 581 000 000	745 180 160,46
B1-1 7	TABAK	1 307 000 000	1 341 000 000	1 232 134 440,04
B1-1 8	SONSTIGE LANDWIRTSCHAFTLICHE SEKTOREN ODER PFLANZLICHE ERZEUGNISSE	146 000 000	99 000 000	84 123 713,42
	Titel B1-1 insgesamt	**20 439 000 000**	**19 378 000 000**	**14 647 621 686,72**
B1-2	**TIERISCHE ERZEUGNISSE**			
B1-2 0	MILCH UND MILCHERZEUGNISSE	5 695 000 000	5 534 000 000	4 955 854 876,41
B1-2 1	RINDFLEISCH	4 636 000 000	2 326 000 000	2 833 218 327,73
B1-2 2	SCHAF- UND ZIEGENFLEISCH	1 821 000 000	1 707 000 000	1 452 340 418,18
B1-2 3	SCHWEINEFLEISCH	263 000 000	280 000 000	246 899 226,17
B1-2 4	EIER UND GEFLÜGEL	259 000 000	273 000 000	178 487 820,54
B1-2 5	SONSTIGE MASSNAHMEN ZUGUNSTEN DER TIERISCHEN ERZEUGNISSE	22 000 000	4 000 000	364 883,02
	Titel B1-2 insgesamt	**12 696 000 000**	**10 124 000 000**	**9 667 165 552,05**
B1-3	**NEBENAUSGABEN**			
B1-3 0	ERSTATTUNGEN BEI WAREN AUS DER VERARBEITUNG LANDWIRTSCHAFTLICHER ERZEUGNISSE	672 000 000	724 000 000	511 490 068,77
B1-3 1	BEITRITTSAUSGLEICHSBETRÄGE IM INNERGEMEINSCHAFTLICHEN HANDEL	37 000 000	35 000 000	36 622 900,53
B1-3 2	IM HANDEL MIT LANDWIRTSCHAFTLICHEN ERZEUGNISSEN ERHOBENE ODER GEWÄHRTE WÄHRUNGSAUSGLEICHSBETRÄGE	36 000 000	210 000 000	270 885 932,38
B1-3 3	ERSTATTUNGEN FÜR NAHRUNGSMITTELHILFEAKTIONEN DER GEMEINSCHAFT	298 000 000	283 000 000	85 570 674,77
B1-3 4	DEN MITGLIEDSTAATEN INFOLGE DER REFORM DES SYSTEMS ZUR FINANZIERUNG DER AUSGABEN DES EAGFL, ABTEILUNG GARANTIE, ZU ZAHLENDE ZINSEN	96 000 000	60 000 000	66 565 655,94

KOMMISSION
Teileinzelplan B1
(EAGFL — Garantie)

Zusammenfassung der Haushaltsmittel (1992 und 1991) und der Ausgaben (1990) *(Fortsetzung)*

Titel Kapitel	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
B1-3 5	VERTEILUNG VON LANDWIRTSCHAFTLICHEN ERZEUGNISSEN AN STARK BENACHTEILIGTE PERSONEN IN DER GEMEINSCHAFT	150 000 000	150 000 000	136 942 030,27
B1-3 6	MASSNAHMEN ZUR BETRUGSBEKÄMPFUNG IM BEREICH DES EUROPÄISCHEN AUSRICHTUNGS- UND GARANTIEFONDS FÜR DIE LANDWIRTSCHAFT, ABTEILUNG GARANTIE	24 000 000	21 000 000	3 000 000,—
B1-3 7	RECHNUNGSABSCHLUSS FÜR FRÜHERE HAUSHALTSJAHRE UND RESTMITTEL	p.m.	p.m.	– 377 870 873,38
B1-3 8	AGRARMARKTBEZOGENE MASSNAHMEN ZUR ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS	394 000 000	334 000 000	0,—
	Titel B1-3 insgesamt	**1 707 000 000**	**1 817 000 000**	**733 206 389,28**
B1-4	**FLÄCHENSTILLEGUNGEN**			
B1-4 0	FLÄCHENSTILLEGUNGEN	180 000 000	100 000 000	21 152 744,68
	Titel B1-4 insgesamt	**180 000 000**	**100 000 000**	**21 152 744,68**
B1-5	**WÄHRUNGSRESERVE**			
B1-5 0	WÄHRUNGSRESERVE	1 000 000 000	1 000 000 000	0,—
	Titel B1-5 insgesamt	**1 000 000 000**	**1 000 000 000**	**0,—**
	Teileinzelplan B1 insgesamt	**36 022 000 000**	**32 419 000 000**	**25 069 146 372,73**

KOMMISSION
Teileinzelplan B1
(EAGFL — Garantie)

TITEL B1-1

PFLANZLICHE ERZEUGNISSE

KAPITEL B1-1 0 — GETREIDE UND REIS

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
	KAPITEL B1-1 0			
B1-1 0 0	***Erstattungen bei Getreide***			
B1-1 0 0 0	Erstattungen bei unverarbeitetem Weichweizen und Mehl von Weichweizen			
	Nichtgetrennte Mittel	2 132 000 000	1 616 000 000	1 202 886 898,84
B1-1 0 0 1	Erstattungen bei unverarbeiteter Gerste und bei Malz			
	Nichtgetrennte Mittel	1 057 000 000	943 000 000	739 193 630,27
B1-1 0 0 2	Erstattungen bei unverarbeitetem Hartweizen, Mehl von Hartweizen sowie Grob- und Feingrieß von Hartweizen			
	Nichtgetrennte Mittel	298 000 000	379 000 000	212 945 227,38
B1-1 0 0 3	Erstattungen bei anderem Getreide			
	Nichtgetrennte Mittel	361 000 000	298 000 000	288 407 634,66
	Artikel B1-1 0 0 insgesamt	3 848 000 000	3 236 000 000	2 443 433 391,15
B1-1 0 1	***Interventionen in Form von Einlagerung von Getreide***			
B1-1 0 1 0	Vergütungen am Ende des Wirtschaftsjahres			
	Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
B1-1 0 1 1	Technische Kosten der öffentlichen Lagerhaltung			
	Nichtgetrennte Mittel	544 000 000	455 000 000	245 649 936,28
B1-1 0 1 2	Finanzkosten der öffentlichen Lagerhaltung			
	Nichtgetrennte Mittel	171 000 000	112 000 000	47 351 551,31

KOMMISSION
Teileinzelplan B1
(EAGFL — Garantie)

TITEL B1-1

PFLANZLICHE ERZEUGNISSE

KAPITEL B1-10 — GETREIDE UND REIS

Artikel Posten	Erläuterungen
	Bei den unter die Abteilung Garantie des EAGFL fallenden Ausgaben für die gemeinsame Agrarpolitik handelt es sich zum einen um Erstattungen, die gemäß Artikel 2 der Verordnung (EWG) Nr. 729/70 des Rates vom 21. April 1970 über die Finanzierung der gemeinsamen Agrarpolitik (ABl. Nr. L 94 vom 28. 4. 1970, S. 13), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 2048/88 (ABl. Nr. L 185 vom 15. 7. 1988, S. 1), finanziert werden, und zum anderen um Interventionsausgaben, die gemäß Artikel 3 derselben Verordnung finanziert werden; die Bedingungen der Finanzierung sind in der Verordnung (EWG) Nr. 1883/78 des Rates vom 2. August 1978 über die allgemeinen Regeln für die Finanzierung der Interventionen durch den Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft, Abteilung Garantie (ABl. Nr. L 216 vom 5. 8. 1978, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 787/89 (ABl. Nr. L 85 vom 30. 3. 1989, S. 1), festgelegt. Die Mittel des Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft, Abteilung Garantie, werden im allgemeinen wie folgt veranschlagt: — einerseits ausgehend von der geltenden Marktordnung, — andererseits auf der Grundlage von Annahmen über die Marktentwicklung.
B1-100	Verordnung (EWG) Nr. 2727/75 des Rates vom 29. Oktober 1975 über die gemeinsame Marktorganisation für Getreide (ABl. Nr. L 281 vom 1. 11. 1975, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1704/91 (ABl. Nr. L 162 vom 26. 6. 1991, S. 4).
B1-1000	Veranschlagt sind Mittel für die Erstattungen gemäß Artikel 16 der Verordnung (EWG) Nr. 2727/75.
B1-1001	Veranschlagt sind Mittel für die Erstattungen gemäß Artikel 16 der Verordnung (EWG) Nr. 2727/75.
B1-1002	Veranschlagt sind Mittel für die Erstattungen gemäß Artikel 16 der Verordnung (EWG) Nr. 2727/75.
B1-1003	Veranschlagt sind Mittel für die Erstattungen gemäß Artikel 16 der Verordnung (EWG) Nr. 2727/75.
B1-101	Verordnung (EWG) Nr. 2727/75 des Rates vom 29. Oktober 1975 über die gemeinsame Marktorganisation für Getreide (ABl. Nr. L 281 vom 1. 11. 1975, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1704/91 (ABl. Nr. L 162 vom 26. 6. 1991, S. 4).
B1-1010	Veranschlagt sind Mittel für Übergangsvergütungen am Ende des Wirtschaftsjahres gemäß Artikel 9 der Verordnung (EWG) Nr. 2727/75.
B1-1011	Veranschlagt sind Mittel für die technischen Folgekosten der Interventionskäufe gemäß Artikel 7 und 8 der Verordnung (EWG) Nr. 2727/75.
B1-1012	Veranschlagt sind Mittel für die finanziellen Folgekosten der Interventionskäufe gemäß Artikel 7 und 8 der Verordnung (EWG) Nr. 2727/75.

KOMMISSION
Teileinzelplan B1
(EAGFL — Garantie)

KAPITEL B1-1 0 — GETREIDE UND REIS *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
B1-1 0 1	*(Fortsetzung)*			
B1-1 0 1 3	Sonstige Kosten im Rahmen der öffentlichen Lagerhaltung Nichtgetrennte Mittel	– 118 000 000	– 129 000 000	– 286 847 235,05
B1-1 0 1 4	Wertberichtigung der Bestände Nichtgetrennte Mittel	1 893 000 000	1 499 000 000	1 245 210 949,59
B1-1 0 1 9	Sonstige Interventionen in Form von Einlagerungsmaßnahmen Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	– 338,30
	Artikel B1-1 0 1 insgesamt	2 490 000 000	1 937 000 000	1 251 364 863,83
B1-1 0 2	***Andere Interventionen als Lagerung von Getreide***			
B1-1 0 2 0	Erzeugerbeihilfen für Hartweizen Nichtgetrennte Mittel	551 000 000	495 000 000 (1)	419 475 581,89
B1-1 0 2 1	Erstattungen bei der Erzeugung für Kartoffelstärke Nichtgetrennte Mittel	176 000 000	172 000 000	59 108 024,69
B1-1 0 2 2	Andere Erstattungen bei der Erzeugung Nichtgetrennte Mittel	299 000 000	294 000 000	216 735 774,26
B1-1 0 2 3	Prämie für die Beimischung von Getreide in Futtermittel Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
B1-1 0 2 9	Sonstige Interventionen Nichtgetrennte Mittel	67 000 000	7 000 000 (2)	– 768 147,36
	Artikel B1-1 0 2 insgesamt	1 093 000 000	968 000 000	694 551 233,48

(1) Es werden Mittel in Höhe von 5 000 000 ECU in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.
(2) Es werden Mittel in Höhe von 45 000 000 ECU in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

KOMMISSION
Teileinzelplan B1
(EAGFL — Garantie)

KAPITEL B1-10 — GETREIDE UND REIS *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B1-101	*(Fortsetzung)*
B1-1013	Veranschlagt sind Mittel für sonstige Kosten im Rahmen der öffentlichen Lagerhaltung gemäß Artikel 7 und 8 der Verordnung (EWG) Nr. 2727/75; es handelt sich hauptsächlich um den Unterschied zwischen Buch- und Verkaufswert.
B1-1014	Verordnung (EWG) Nr. 1883/78 des Rates vom 2. August 1978 über die allgemeinen Regeln für die Finanzierung der Interventionen durch den Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft, Abteilung Garantie (ABl. Nr. L 216 vom 5. 8. 1978, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 787/89 (ABl. Nr. L 85 vom 30. 3. 1989, S. 1), insbesondere Artikel 8 Absatz 1. Mit diesen Mitteln soll die Wertberichtigung der „neu geschaffenen" Bestände gedeckt werden.
B1-1019	Dieser Posten ist zur Finanzierung der besonderen und der spezifischen Interventionsmaßnahmen gemäß Artikel 8 der Verordnung (EWG) Nr. 2727/75 bestimmt, sofern es sich nicht um Käufe und Folgemaßnahmen handelt.
B1-102	Verordnung (EWG) Nr. 2727/75 des Rates vom 29. Oktober 1975 über die gemeinsame Marktorganisation für Getreide (ABl. Nr. L 281 vom 1. 11. 1975, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1705/91 (ABl. Nr. L 162 vom 26. 6. 1991, S. 6).
B1-1020	Veranschlagt sind Mittel zur Finanzierung der Beihilfen für die Hartweizenerzeugung gemäß Artikel 10 der Verordnung (EWG) Nr. 2727/75.
B1-1021	Veranschlagt sind Mittel für die Erstattungen bei der Erzeugung von Kartoffelstärke gemäß Artikel 11 der Verordnung (EWG) Nr. 2727/75.
B1-1022	Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der sonstigen Erstattungen bei der Erzeugung gemäß Artikel 11 der Verordnung (EWG) Nr. 2727/75.
B1-1023	Vorschlag für eine Verordnung (EWG) des Rates, von der Kommission dem Rat vorgelegt am 5. April 1988, mit Grundregeln über die Beimischung von Getreide in Futtermittel (KOM(88) 120-III endg., S. 30). Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Prämie für die Beimischung von Getreide in Futtermittel, um die Wettbewerbsfähigkeit des Getreides gegenüber den eingeführten Substitutionserzeugnissen zu verbessern.
B1-1029	Verordnung (EWG) Nr. 3653/90 des Rates vom 11. Dezember 1990 zur Festlegung von Übergangsvorschriften zu den gemeinsamen Marktorganisationen für Getreide und für Reis in Portugal (ABl. Nr.L 362 vom 27. 12. 1990, S. 28). Verordnung (EWG) Nr. 3809/90 der Kommission vom 19. Dezember 1990 mit Durchführungsbestimmungen zur Verwaltung der Maisbestände, die sich am 1. Januar 1991 in Portugal auf Lager befinden (ABl. Nr. L 366 vom 29. 12. 1990, S. 9). Veranschlagt sind Mittel zur Deckung: a) etwaiger Subventionen für die Einfuhr von Futtergetreide nach Italien aus den anderen Mitgliedstaaten auf dem Seewege als Folge des Abschöpfungsabschlags, der für Futtergetreideeinfuhren aus dritten Ländern gilt (Artikel 23 der Verordnung (EWG) Nr. 2727/75); b) der Beihilfen zugunsten der portugiesischen Erzeuger von Getreide, das entweder vom Erzeuger vermarktet oder von diesem an eine Interventionsstelle verkauft wird, gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 3653/90; c) der Beihilfen an Unternehmen des Handels und der Verarbeitungsindustrie mit Sitz in Portugal gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 3809/90.

KOMMISSION
Teileinzelplan B1
(EAGFL — Garantie)

KAPITEL B1-1 0 — GETREIDE UND REIS *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
B1-1 0 3	***Mitverantwortungsabgabe und Beihilfen für Kleinerzeuger***			
B1-1 0 3 0	Mitverantwortungsabgabe Nichtgetrennte Mittel	– 1 161 000 000	– 653 000 000	– 672 940 427,38
B1-1 0 3 1	Beihilfen für Kleinerzeuger Nichtgetrennte Mittel	38 000 000	80 000 000	66 341 105,32
B1-1 0 3 2	Zusätzliche Mitverantwortungsabgabe Nichtgetrennte Mittel	p.m.	– 326 000 000	– 42 150 183,54
B1-1 0 3 3	Erstattung der zusätzlichen Mitverantwortungsabgabe Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	58 897 383,99
B1-1 0 3 4	Erstattung der Mitverantwortungsabgabe im Rahmen der vorübergehenden Flächenstillegung Nichtgetrennte Mittel	p.m.		
	Artikel B1-1 0 3 insgesamt	– 1 123 000 000	– 899 000 000	– 589 852 121,61
B1-1 0 4	***Erstattungen bei Reis*** Nichtgetrennte Mittel	95 000 000	69 000 000	29 142 362,26
B1-1 0 5	***Interventionen in Form von Einlagerung von Reis***			
B1-1 0 5 0	Technische Kosten der öffentlichen Lagerhaltung Nichtgetrennte Mittel	3 000 000	21 000 000 (1)	55 955 855,50 (1)
B1-1 0 5 1	Finanzkosten der öffentlichen Lagerhaltung Nichtgetrennte Mittel	2 000 000		

(1) Gemeinsamer Betrag der Posten B1-1 0 5 0 bis B1-1 0 6 9.

KOMMISSION
Teileinzelplan B1
(EAGFL — Garantie)

KAPITEL B1-10 — GETREIDE UND REIS *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B1-103	Verordnung (EWG) Nr. 2727/75 des Rates vom 29. Oktober 1975 über die gemeinsame Marktorganisation für Getreide (ABl. Nr. L 281 vom 1. 11. 1975, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1488/91 (ABl. Nr. L 138 vom 1. 6. 1991, S. 92).
B1-1030	Bei diesem Posten sollen die „Einnahmen" aus der Mitverantwortungsabgabe gemäß Artikel 4 der Verordnung (EWG) Nr. 2727/85 eingesetzt werden.
B1-1031	Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Ausgaben für Beihilfen zugunsten der Kleinerzeuger gemäß Artikel 4a der Verordnung (EWG) Nr. 2727/75; diese Beihilfen sollen die Auswirkungen der Mitverantwortungsabgabe für Getreide auf das Einkommen der Kleinerzeuger ausgleichen.
B1-1032	Bei diesem Posten sollen die „Einnahmen" aus der zusätzlichen Abgabe gemäß Artikel 4b Absatz 2 der Verordnung (EWG) Nr. 2727/75 eingesetzt werden.
B1-1033	Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Ausgaben für die Erstattung der zusätzlichen Abgabe gemäß Artikel 4b Absatz 2 der Verordnung (EWG) Nr. 2727/75, falls die garantierte Höchstmenge um weniger als 3 % überschritten wird. Diese Erstattungsregelung wird mit dem Wirtschaftsjahr 1990/1991 abgeschafft.
B1-1034	*Neuer Posten* Verordnung (EWG) Nr. 1703/91 des Rates vom 13. Juni 1991 zur Einführung einer Regelung zur vorübergehenden Flächenstillegung im Wirtschaftsjahr 1991/92 und zum Erlaß von Sondermaßnahmen für dieses Wirtschaftsjahr im Rahmen der Flächenstillegung nach der Verordnung (EWG) Nr. 797/85 (ABl. Nr. L 162 vom 26. 6. 1991, S. 1). Dieser Posten ist zur Deckung der Ausgaben für die Erstattung der in Artikel 4 der Verordnung (EWG) Nr. 2727/75 genannten Mitverantwortungsabgabe gemäß Artikel 2 Buchstabe b) der Verordnung (EWG) Nr. 1703/91 bestimmt. Die Mittel für die Gewährung der Prämien gemäß Artikel 2 Buchstabe a) dieser Verordnung sind in Artikel B1-4 0 1 eingesetzt.
B1-104	*Vormals Posten B1-1 0 4 0* Verordnung (EWG) Nr. 1418/76 des Rates vom 21. Juni 1976 über die gemeinsame Marktorganisation für Reis (ABl. Nr. L 166 vom 25. 6. 1976, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnungen (EWG) Nr. 1713/91 (ABl. Nr. L 162 vom 26. 6. 1991, S. 15) und (EWG) Nr. 1714/91 (ABl. Nr. L 162 vom 26. 6. 1991, S. 16). Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Erstattungen gemäß Artikel 17 der Verordnung (EWG) Nr. 1418/76.
B1-105	Verordnung (EWG) Nr. 1418/76 des Rates vom 21. Juni 1976 über die gemeinsame Marktorganisation für Reis (ABl. Nr. L 166 vom 25. 6. 1976, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnungen (EWG) Nr. 1713/91 (ABl. Nr. L 162 vom 26. 6. 1991, S. 15) und (EWG) Nr. 1714/91 (ABl. Nr. L 162 vom 26. 6. 1991, S. 16).
B1-1050	*Vormals Teilposten B1-1 0 4 1* Veranschlagt sind Mittel für die technischen Folgekosten der Interventionskäufe gemäß Artikel 5 und 6 der Verordnung (EWG) Nr. 1418/76.
B1-1051	*Vormals Teilposten B1-1 0 4 1* Veranschlagt sind Mittel für die finanziellen Folgekosten der Interventionskäufe gemäß Artikel 5 und 6 der Verordnung (EWG) Nr. 1418/76.

KOMMISSION
Teileinzelplan B1
(EAGFL — Garantie)

KAPITEL B1-1 0 — GETREIDE UND REIS *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
B1-1 0 5	*(Fortsetzung)*			
B1-1 0 5 2	Sonstige Kosten im Rahmen der öffentlichen Lagerhaltung Nichtgetrennte Mittel	– 15 000 000		
B1-1 0 5 3	Wertberichtigung der Bestände Nichtgetrennte Mittel	11 000 000		
B1-1 0 5 9	Sonstige Interventionen in Form von Einlagerungsmaßnahmen Nichtgetrennte Mittel	p.m.		
	Artikel B1-1 0 5 insgesamt	1 000 000	21 000 000	55 955 855,50
B1-1 0 6	***Andere Interventionen als Lagerung von Reis***			
B1-1 0 6 0	Beihilfen für die Stärkeherstellung und das Brauereigewerbe Nichtgetrennte Mittel	p.m.		
B1-1 0 6 1	Subventionen für die Lieferung in das französische überseeische Departement La Réunion Nichtgetrennte Mittel	6 000 000		
B1-1 0 6 2	Beihilfen für die Erzeugung von Indica-Reis Nichtgetrennte Mittel	13 000 000		
B1-1 0 6 9	Sonstige Interventionen Nichtgetrennte Mittel	p.m.		
	Artikel B1-1 0 6 insgesamt	19 000 000		
	KAPITEL B1-1 0 INSGESAMT	6 423 000 000	5 332 000 000	3 884 595 584,61

KOMMISSION
Teileinzelplan B1
(EAGFL — Garantie)

KAPITEL B1-10 — GETREIDE UND REIS *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B1-105	*(Fortsetzung)*
B1-1052	*Vormals Teilposten B1-1041* Dieser Posten ist zur Finanzierung sonstiger Kosten im Rahmen der öffentlichen Lagerhaltung bestimmt gemäß Artikel 5 und 6 der Verordnung (EWG) Nr. 1418/76; es handelt sich hauptsächlich um den Unterschied zwischen Buch- und Verkaufswert.
B1-1053	*Vormals Teilposten B1-1041* Verordnung (EWG) Nr. 1883/78 des Rates vom 2. August 1978 über die allgemeinen Regeln für die Finanzierung der Interventionen durch den Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft, Abteilung Garantie (ABl. Nr. L 216 vom 5. 8. 1978, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 787/89 (ABl. Nr. L 85 vom 30. 3. 1989, S. 1), insbesondere Artikel 8 Absatz 1. Mit diesen Mitteln soll die Wertberichtigung der „neu geschaffenen" Bestände gedeckt werden.
B1-1059	*Vormals Teilposten B1-1041* Dieser Posten ist zur Finanzierung sonstiger Einlagerungsmaßnahmen für Reis bestimmt.
B1-106	Verordnung (EWG) Nr. 1418/76 des Rates vom 21. Juni 1976 über die gemeinsame Marktorganisation für Reis (ABl. Nr. L 166 vom 25. 6. 1976, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnungen (EWG) Nr. 1713/91 (ABl. Nr. L 162 vom 26. 6. 1991, S. 15) und (EWG) Nr. 1714/91 (ABl. Nr. L 162 vom 26. 6. 1991, S. 16).
B1-1060	*Vormals Teilposten B1-1041* Dieser Posten ist zur Finanzierung der Beihilfen für die Stärkeherstellung und das Braugewerbe bestimmt gemäß Artikel 9 der Verordnung (EWG) Nr. 1418/76.
B1-1061	*Vormals Teilposten B1-1041* Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Subventionen für die Lieferung von Gemeinschaftsreis in das französische überseeische Departement La Réunion gemäß Artikel 11a der Verordnung (EWG) Nr. 1418/76.
B1-1062	*Vormals Teilposten B1-1041* Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Beihilfen für die Erzeugung bestimmter Reissorten des Typs oder Profils „Indica" gemäß Artikel 8a der Verordnung (EWG) Nr. 1418/76.
B1-1069	*Vormals Posten B1-1042* Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Ausgaben aufgrund sonstiger Interventionsmaßnahmen für Reis.

KOMMISSION
Teileinzelplan B1
(EAGFL — Garantie)

KAPITEL B1-1 1 — ZUCKER

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
	KAPITEL B1-1 1			
B1-1 1 0	***Erstattungen bei Zucker und Isoglukose***			
	Nichtgetrennte Mittel	1 389 000 000	1 248 000 000	925 894 739,73
B1-1 1 1	***Interventionen bei Zucker***			
B1-1 1 1 0	Vergütung der Lagerkosten			
	Nichtgetrennte Mittel	563 000 000	565 000 000	383 325 274,93
B1-1 1 1 1	Öffentliche Lagerhaltung			
	Nichtgetrennte Mittel	1 000 000	1 000 000	0,—
B1-1 1 1 2	Erstattungen für die Verwendung in der chemischen Industrie			
	Nichtgetrennte Mittel	87 000 000	85 000 000	42 862 108,70
B1-1 1 1 3	Maßnahmen zur Förderung des Absatzes von Rohzucker			
	Nichtgetrennte Mittel	27 000 000	24 000 000	10 946 962,14
B1-1 1 1 4	Subventionen bei der Einfuhr			
	Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
B1-1 1 1 5	Wertberichtigung der Bestände			
	Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
B1-1 1 1 9	Sonstige Interventionen			
	Nichtgetrennte Mittel	43 000 000	23 000 000	25 257 872,98
	Artikel B1-1 1 1 insgesamt	721 000 000	698 000 000	462 392 218,75
	KAPITEL B1-1 1 INSGESAMT	2 110 000 000	1 946 000 000	1 388 286 958,48

KOMMISSION
Teileinzelplan B1
(EAGFL — Garantie)

KAPITEL B1-1 1 — ZUCKER

Artikel Posten	Erläuterungen
	Den Ausgaben des Kapitels B1-1 1 stehen Beitragszahlungen der Zuckerwirtschaft gegenüber; es sind dies einerseits Lagerabgaben und andererseits Produktionsabgaben, die einen großen Teil der Erstattungsausgaben decken. Die Produktionsabgaben und die Lagerabgaben für Zucker werden auf 680 237 000 ECU und die Produktionsabgaben für Isoglukose auf 5 207 000 ECU veranschlagt. Ferner ist eine auf 162 034 000 ECU veranschlagte ergänzende Abgabe vorgesehen.
B1-1 1 0	Verordnung (EWG) Nr. 1785/81 des Rates vom 30. Juni 1981 über die gemeinsame Marktorganisation für Zucker (ABl. Nr. L 177 vom 1. 7. 1981, S. 4), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 305/91 (ABl. Nr. L 37 vom 9. 2. 1991, S. 1). Veranschlagt sind Mittel für die Erstattungen gemäß Artikel 19 der Verordnung (EWG) Nr. 1785/81. Die eingesetzten Mittel enthalten auch die Ausfuhrerstattungen, die sich aus der Anwendung des Zuckerprotokolls im Anhang des Lome-Abkommens und aus der Sondervereinbarung mit Indien ergeben. Für 1992 wurde ein Betrag von rund 587 000 000 ECU vorgesehen.
B1-1 1 1	Verordnung (EWG) Nr. 1785/81 des Rates vom 30. Juni 1981 über die gemeinsame Marktorganisation für Zucker (ABl. Nr. L 177 vom 1. 7. 1981, S. 4), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1717/91 (ABl. Nr. L 162 vom 26. 6. 1991, S. 21).
B1-1 1 1 0	Veranschlagt sind Mittel zur Finanzierung der Vergütungen der Lagerkosten gemäß Artikel 8 der Verordnung (EWG) Nr. 1785/81.
B1-1 1 1 1	Veranschlagt sind Mittel für die Ausgaben für die öffentliche Lagerhaltung gemäß Artikel 9 Absatz 1 der Verordnung (EWG) Nr. 1785/81.
B1-1 1 1 2	Veranschlagt sind Mittel für die Erstattungen für die Verwendung in der chemischen Industrie gemäß Artikel 9 Absatz 3 der Verordnung (EWG) Nr. 1785/81.
B1-1 1 1 3	Veranschlagt sind Ausgaben für Maßnahmen betreffend den in den französischen überseeischen Departements erzeugten Zucker gemäß Artikel 9 Absatz 4 der Verordnung (EWG) Nr. 1785/81.
B1-1 1 1 4	Veranschlagt sind Mittel für Subventionen bei der Einfuhr von Zucker gemäß Artikel 18 Absatz 2 der Verordnung (EWG) Nr. 1785/81.
B1-1 1 1 5	Verordnung (EWG) Nr. 1883/78 des Rates vom 2. August 1978 über die allgemeinen Regeln für die Finanzierung der Interventionen durch den Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft, Abteilung Garantie (ABl. Nr. L 216 vom 5. 8. 1978, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 787/89 (ABl. Nr. L 85 vom 30. 3. 1989, S. 1), insbesondere Artikel 8 Absatz 1. Mit diesen Mitteln soll die Wertberichtigung der „neu geschaffenen" Bestände gedeckt werden.
B1-1 1 1 9	Dieser Posten ist dazu bestimmt, andere Ausgaben, insbesondere aufgrund von Artikel 9 Absatz 4 und Artikel 46 Absatz 6 der Verordnung (EWG) Nr. 1785/81 zu decken.

KOMMISSION
Teileinzelplan B1
(EAGFL — Garantie)

KAPITEL B1-1 2 — FETTE

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
	KAPITEL B1-1 2			
B1-1 2 0	***Erstattungen bei Olivenöl***			
	Nichtgetrennte Mittel	52 000 000	107 000 000	134 909 639,87
B1-1 2 1	***Erzeugerbeihilfen und besondere produktionsorientierte Maßnahmen bei Olivenöl***			
B1-1 2 1 0	Erzeugerbeihilfen			
	Nichtgetrennte Mittel	859 000 000	1 250 000 000	520 891 972,51
B1-1 2 1 1	Produktionsorientierte Maßnahmen			
	Nichtgetrennte Mittel	40 000 000	40 000 000	25 194 078,65
	Artikel B1-1 2 1 insgesamt	899 000 000	1 290 000 000	546 086 051,16
B1-1 2 2	***Verbrauchsbeihilfen und besondere verbrauchsorientierte Maßnahmen bei Olivenöl***			
B1-1 2 2 0	Verbrauchsbeihilfen			
	Nichtgetrennte Mittel	743 000 000	564 000 000	457 524 862,22
B1-1 2 2 1	Verbrauchsorientierte Maßnahmen			
	Nichtgetrennte Mittel	30 000 000	30 000 000	4 673 991,89
	Artikel B1-1 2 2 insgesamt	773 000 000	594 000 000	462 198 854,11
B1-1 2 3	***Interventionen in Form von Einlagerung von Olivenöl***			
B1-1 2 3 0	Technische Kosten der öffentlichen Lagerhaltung			
	Nichtgetrennte Mittel	5 000 000	7 000 000	9 191 173,—
B1-1 2 3 1	Finanzkosten der öffentlichen Lagerhaltung			
	Nichtgetrennte Mittel	4 000 000	3 000 000	5 810 948,95
B1-1 2 3 2	Sonstige Kosten im Rahmen der öffentlichen Lagerhaltung			
	Nichtgetrennte Mittel	– 26 000 000	– 15 000 000	– 42 501 225,34

KOMMISSION
Teileinzelplan B1
(EAGFL — Garantie)

KAPITEL B1-1 2 — FETTE

Artikel Posten	Erläuterungen
B1-1 2 0	Verordnung Nr. 136/66/EWG des Rates vom 22. September 1966 über die Errichtung einer gemeinsamen Marktorganisation für Fette (ABl. Nr. 172 vom 30. 9. 1966, S. 3025/66), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1720/91 (ABl. Nr. L 162 vom 26. 6. 1991, S. 27). Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Ausgaben für die Erstattungen bei der Ausfuhr von Olivenöl gemäß den Bestimmungen von Artikel 20 der Verordnung 136/66/EWG.
B1-1 2 1	Verordnung Nr. 136/66/EWG des Rates vom 22. September 1966 über die Errichtung einer gemeinsamen Marktorganisation für Fette (ABl. Nr. 172 vom 30. 9. 1966, S. 3025/66), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1720/91 (ABl. Nr. L 162 vom 26. 6. 1991, S. 27). Verordnung (EWG) Nr. 154/75 des Rates vom 21. Januar 1975 über die Anlage einer Ölkartei in den Olivenöl erzeugenden Mitgliedstaaten (ABl. Nr. L 19 vom 24. 1. 1975, S. 1).
B1-1 2 1 0	Veranschlagt sind Mittel für Erzeugungsbeihilfen gemäß Artikel 5 Absatz 1 der Verordnung Nr. 136/66/EWG, abzüglich der Beträge, die aufgrund von Artikel 5 Absatz 4 der genannten Verordnung (spezifische Maßnahmen) und Artikel 3 der Verordnung (EWG) Nr. 154/75 einbehalten werden.
B1-1 2 1 1	Veranschlagt sind Mittel für Ausgaben gemäß Artikel 1 der Verordnung (EWG) Nr. 154/75 und Artikel 5 der Verordnung Nr. 136/66/EWG, der Maßnahmen zur Verbesserung der Qualität der Olivenölerzeugung vorsieht.
B1-1 2 2	Verordnung Nr. 136/66/EWG des Rates vom 22. September 1966 über die Errichtung einer gemeinsamen Marktorganisation für Fette (ABl. Nr. 172 vom 30. 9. 1966, S. 3025/66), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1720/91 (ABl. Nr. L 162 vom 26. 6. 1991, S. 27).
B1-1 2 2 0	Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Beihilfen für den Olivenölverbrauch in der Gemeinschaft gemäß Artikel 11 Absatz 1 der Verordnung Nr. 136/66/EWG, abzüglich der Beträge, die aufgrund von Artikel 11 Absatz 6 der genannten Verordnung (Informationsmaßnahmen oder sonstige Maßnahmen zur Förderung des gemeinschaftlichen Olivenölverbrauchs) einbehalten werden.
B1-1 2 2 1	Veranschlagt sind Mittel für die Ausgaben gemäß Artikel 11 Absatz 6 der Verordnung Nr. 136/66/EWG (Informationsmaßnahmen oder sonstige Maßnahmen zur Förderung des gemeinschaftlichen Olivenölverbrauchs, einschließlich eines Beitrags von höchstens 4 424 000 ECU zum Werbefonds des Internationalen Olivenölrates.
B1-1 2 3	Verordnung Nr. 136/66/EWG des Rates vom 22. September 1966 über die Errichtung einer gemeinsamen Marktorganisation für Fette (ABl. Nr. 172 vom 30. 9. 1966, S. 3025/66), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1720/91 (ABl. Nr. L 162 vom 26. 6. 1991, S. 27).
B1-1 2 3 0	Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der technischen Kosten der öffentlichen Lagerhaltung gemäß den Artikeln 12 und 13 der Verordnung Nr. 136/66/EWG.
B1-1 2 3 1	Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Finanzkosten der öffentlichen Lagerhaltung gemäß den Artikeln 12 und 13 der Verordnung Nr. 136/66/EWG.
B1-1 2 3 2	Dieser Posten ist zur Deckung der sonstigen Kosten der öffentlichen Lagerhaltung gemäß den Artikeln 12 und 13 der Verordnung Nr. 136/66/EWG bestimmt.

KOMMISSION
Teileinzelplan B1
(EAGFL — Garantie)

KAPITEL B1-1 2 — FETTE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
B1-1 2 3	*(Fortsetzung)*			
B1-1 2 3 3	Wertberichtigung der Bestände Nichtgetrennte Mittel	p.m.	55 000 000	1 688 369,05
B1-1 2 3 9	Sonstige Interventionen in Form von Einlagerungsmaßnahmen Nichtgetrennte Mittel	p.m.	15 000 000	62 243,39
	Artikel B1-1 2 3 insgesamt	– 17 000 000	65 000 000	– 25 748 490,95
B1-1 2 4	***Sonstige Interventionen bei Olivenöl*** [1] Nichtgetrennte Mittel	52 000 000	51 000 000	50 746 064,91
B1-1 2 5	***Erstattungen für Ölsaaten*** Nichtgetrennte Mittel	25 000 000	29 000 000	976 866,23
B1-1 2 6	***Produktionsbeihilfen für Ölsaaten***			
B1-1 2 6 0	Produktionsbeihilfen für Raps- und Rübsensamen Nichtgetrennte Mittel	1 732 000 000	1 878 000 000	1 613 864 809,21
B1-1 2 6 1	Produktionsbeihilfen für Sonnenblumenkerne Nichtgetrennte Mittel	1 399 000 000	1 417 000 000	1 240 344 330,57
B1-1 2 6 2	Produktionsbeihilfen für Sojabohnen Nichtgetrennte Mittel	547 000 000	553 000 000	581 265 172,16
B1-1 2 6 3	Produktionsbeihilfen für Leinsamen Nichtgetrennte Mittel	70 000 000	56 000 000	37 605 246,29
B1-1 2 6 9	Sonstige Beihilfen Nichtgetrennte Mittel	1 000 000	1 000 000	1 019 700,63

[1] Der Gesamtbetrag der Artikel B1-1 2 0 bis B1-1 2 4 beläuft sich auf 1 756 000 000 ECU für 1992 und 2 107 000 000 ECU für 1991.

KOMMISSION
Teileinzelplan B1
(EAGFL — Garantie)

KAPITEL B1-1 2 — FETTE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B1-1 2 3	*(Fortsetzung)*
B1-1 2 3 3	Verordnung (EWG) Nr. 1883/78 des Rates vom 2. August 1978 über die allgemeinen Regeln für die Finanzierung der Interventionen durch den Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft, Abteilung Garantie (ABl. Nr. L 216 vom 5. 8. 1978, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 787/89 (ABl. Nr. L 85 vom 30. 3. 1989, S. 1), insbesondere Artikel 8 Absatz 1. Bei diesem Posten soll die Wertberichtigung der „neu geschaffenen" Bestände gedeckt werden.
B1-1 2 3 9	Dieser Posten ist dazu bestimmt, andere Ausgaben insbesondere aufgrund von Artikel 20d Absatz 3 (Lagerverträge) der Verordnung Nr. 136/66/EWG zu decken.
B1-1 2 4	Verordnung Nr. 136/66/EWG des Rates vom 22. September 1966 über die Errichtung einer gemeinsamen Marktorganisation für Fette (ABl. Nr. 172 vom 30. 9. 1966, S. 3025/66), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1720/91 (ABl. Nr. L 162 vom 26. 6. 1991, S. 27). Veranschlagt sind Mittel für eine Erstattung bei der Erzeugung von Olivenöl zur Herstellung von Fisch- und Gemüsekonserven gemäß Artikel 20a der Verordnung Nr. 136/66/EWG.
B1-1 2 5	Verordnung Nr. 136/66/EWG des Rates vom 22. September 1966 über die Errichtung einer gemeinsamen Marktorganisation für Fette (ABl. Nr. 172 vom 30. 9. 1966, S. 3025/66), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1720/91 (ABl. Nr. L 162 vom 26. 6. 1991, S. 27). Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Ausgaben für die Erstattungen bei der Ausfuhr von Ölsaaten gemäß Artikel 28 der Verordnung Nr. 136/66/EWG.
B1-1 2 6	Verordnung Nr. 136/66/EWG des Rates vom 22. September 1966 über die Errichtung einer gemeinsamen Marktorganisation für Fette (ABl. Nr. 172 vom 30. 9. 1966, S. 3025/66), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1720/91 (ABl. Nr. L 162 vom 26. 6. 1991, S. 27).
B1-1 2 6 0	Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Produktionsbeihilfen für Raps- und Rübsensamen gemäß Artikel 27 der Verordnung Nr. 136/66/EWG.
B1-1 2 6 1	Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Produktionsbeihilfen für Sonnenblumenkerne gemäß Artikel 27 der Verordnung Nr. 136/66/EWG.
B1-1 2 6 2	Verordnung (EWG) Nr. 1491/85 des Rates vom 23. Mai 1985 über Sondermaßnahmen für Sojabohnen (ABl. Nr. L 151 vom 10. 6. 1985, S. 15), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1724/91 (ABl. Nr. L 162 vom 26. 6. 1991, S. 35). Veranschlagt sind Mittel für die Ausgaben im Zusammenhang mit der Beihilfe für Sojabohnen gemäß Artikel 2 der Verordnung (EWG) Nr. 1491/85.
B1-1 2 6 3	Verordnung (EWG) Nr. 569/76 des Rates vom 15. März 1976 über Sondermaßnahmen für Leinsamen (ABl. Nr. L 67 vom 15. 3. 1976, S. 29), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1728/91 (ABl. Nr. L 162 vom 26. 6. 1991, S. 40). Veranschlagt sind Mittel für die Ausgaben im Zusammenhang mit der Beihilfe für Leinsamen gemäß Artikel 2 der Verordnung (EWG) Nr. 569/76.
B1-1 2 6 9	Verordnung (EWG) Nr. 3698/88 des Rates vom 24. November 1988 über die Sondermaßnahmen für Hanfsaaten (ABl. Nr. L 325 vom 29. 11. 1988, S. 2), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1729/91 (ABl. Nr. L 162 vom 26. 6. 1991, S. 42).

KOMMISSION
Teileinzelplan B1
(EAGFL — Garantie)

KAPITEL B1-1 2 — FETTE *(Fortsetzung)*

KAPITEL B1-1 3 — EIWEISSPFLANZEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
B1-1 2 6	*(Fortsetzung)*			
B1-1 2 6 9	*(Fortsetzung)*			
	Artikel B1-1 2 6 insgesamt	3 749 000 000	3 905 000 000	3 474 099 258,86
B1-1 2 7	***Interventionen in Form von Einlagerung von Ölsaaten***			
B1-1 2 7 0	Technische Kosten der öffentlichen Lagerhaltung Nichtgetrennte Mittel	2 000 000	p.m.	161 436,24
B1-1 2 7 1	Finanzkosten der öffentlichen Lagerhaltung Nichtgetrennte Mittel	1 000 000	p.m.	106 775,45
B1-1 2 7 2	Sonstige Kosten im Rahmen der öffentlichen Lagerhaltung Nichtgetrennte Mittel	– 13 000 000	p.m.	– 980 436,24
B1-1 2 7 3	Wertberichtigung der Bestände Nichtgetrennte Mittel	28 000 000	p.m.	2 647 263,04
	Artikel B1-1 2 7 insgesamt	18 000 000	p.m.	1 935 038,49
B1-1 2 8	***Sonstige Interventionen bei Ölsaaten (1)*** Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
	KAPITEL B1-1 2 INSGESAMT	5 551 000 000	6 041 000 000	4 645 203 282,68
	KAPITEL B1-1 3			
B1-1 3 0	***Produktionsbeihilfen für Erbsen, Puffbohnen und Ackerbohnen*** Nichtgetrennte Mittel	476 000 000	536 000 000	536 407 151,73

(1) Der Gesamtbetrag der Artikel B1-1 2 5 bis B1-1 2 8 beläuft sich auf 3 792 000 000 ECU für 1992 und 3 934 000 000 ECU für 1991.

KOMMISSION
Teileinzelplan B1
(EAGFL — Garantie)

KAPITEL B1-1 2 — FETTE *(Fortsetzung)*

KAPITEL B1-1 3 — EIWEISSPFLANZEN

Artikel Posten	Erläuterungen
B1-1 2 6	*(Fortsetzung)*
B1-1 2 6 9	*(Fortsetzung)* Veranschlagt sind Mittel für sonstige Ausgaben, insbesondere zur Finanzierung der Beihilfen für Hanfsaaten gemäß den Bestimmungen der Verordnung (EWG) Nr. 3698/88.
B1-1 2 7	Verordnung Nr. 136/66/EWG des Rates vom 22. September 1966 über die Errichtung einer gemeinsamen Marktorganisation für Fette (ABl. Nr. 172 vom 30. 9. 1966, S. 3025/66), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1720/91 (ABl. Nr. L 162 vom 26. 6. 1991, S. 27).
B1-1 2 7 0	Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der technischen Kosten der öffentlichen Lagerhaltung gemäß Artikel 26 der Verordnung Nr. 136/66/EWG.
B1-1 2 7 1	Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Finanzkosten der öffentlichen Lagerhaltung gemäß Artikel 26 der Verordnung Nr. 136/66/EWG.
B1-1 2 7 2	Dieser Posten ist zur Deckung der sonstigen Kosten der öffentlichen Lagerhaltung bestimmt gemäß Artikel 26 der Verordnung Nr. 136/66/EWG.
B1-1 2 7 3	Verordnung (EWG) Nr. 1883/78 des Rates vom 2. August 1978 über die allgemeinen Regeln für die Finanzierung der Interventionen durch den Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft, Abteilung Garantie (ABl. Nr. L 216 vom 5. 8. 1978, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 787/89 (ABl. Nr. L 85 vom 30. 3. 1989, S. 1), insbesondere Artikel 8 Absatz 1. Mit diesen Mitteln soll die Wertberichtigung der „neu geschaffenen" Bestände gedeckt werden.
B1-1 2 8	Verordnung Nr. 136/66/EWG des Rates vom 22. September 1966 über die Errichtung einer gemeinsamen Marktorganisation für Fette (ABl. Nr. 172 vom 30. 9. 1966, S. 3025/66), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1720/91 (ABl. Nr. L 162 vom 26. 6. 1991, S. 27). Dieser Artikel ist dazu bestimmt, folgende etwaige Ausgaben für die Vergütung für frühe Vermarktung gemäß Artikel 27 Absatz 2 der Verordnung Nr. 136/66/EWG zu decken.
B1-1 3 0	Verordnung (EWG) Nr. 1431/82 des Rates vom 18. Mai 1982 über besondere Maßnahmen für Erbsen, Puffbohnen, Ackerbohnen und Süßlupinen (ABl. Nr. L 162 vom 12. 6. 1982, S. 28), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1625/91 (ABl. Nr. L 150 vom 15. 6. 1991, S. 11), insbesondere Artikel 3.

KOMMISSION
Teileinzelplan B1
(EAGFL — Garantie)

KAPITEL B1-1 3 — EIWEISSPFLANZEN *(Fortsetzung)*

KAPITEL B1-1 4 — TEXTILPFLANZEN UND SEIDENRAUPEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
B1-1 3 1	***Produktionsbeihilfen für Trockenfutter***			
	Nichtgetrennte Mittel	416 000 000	359 000 000	297 969 032,79
B1-1 3 2	***Produktionsbeihilfen für Lupinen***			
	Nichtgetrennte Mittel	1 000 000	1 000 000	416 524,86
B1-1 3 9	***Sonstige Interventionen***			
	Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
	KAPITEL B1-1 3 INSGESAMT	893 000 000	896 000 000	834 792 709,38
	KAPITEL B1-1 4			
B1-1 4 0	***Faserlein und Hanf***			
B1-1 4 0 0	Beihilfen für die Faserleinerzeugung			
	Nichtgetrennte Mittel	25 000 000	33 000 000	35 288 468,11
B1-1 4 0 1	Besondere Maßnahmen			
	Nichtgetrennte Mittel	3 000 000	3 000 000	3 920 827,24
B1-1 4 0 2	Beihilfen für die Hanferzeugung			
	Nichtgetrennte Mittel	2 000 000	2 000 000	1 065 886,65
B1-1 4 0 9	Sonstige Interventionen			
	Nichtgetrennte Mittel	3 000 000	3 000 000	0,—
	Artikel B1-1 4 0 insgesamt	33 000 000	41 000 000	40 275 182,—
B1-1 4 1	***Baumwolle***			
	Nichtgetrennte Mittel	630 000 000	640 000 000	539 846 542,19
B1-1 4 2	***Seidenraupen***			
	Nichtgetrennte Mittel	1 000 000	1 000 000	158 444,74

KOMMISSION
Teileinzelplan B1
(EAGFL — Garantie)

KAPITEL B1-13 — EIWEISSPFLANZEN *(Fortsetzung)*

KAPITEL B1-14 — TEXTILPFLANZEN UND SEIDENRAUPEN

Artikel Posten	Erläuterungen
B1-131	Verordnung (EWG) Nr. 1117/78 des Rates vom 22. Mai 1978 über die gemeinsame Marktorganisation für Trockenfutter (ABl. Nr. L 142 vom 30. 5. 1978, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1627/91 (ABl. Nr. L 150 vom 15. 6. 1991, S. 15), insbesondere Artikel 5.
B1-132	Verordnung (EWG) Nr. 1431/82 des Rates vom 18. Mai 1982 über besondere Maßnahmen für Erbsen, Puffbohnen, Ackerbohnen und Süßlupinen (ABl. Nr. L 162 vom 12. 6. 1982, S. 28), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1625/91 (ABl. Nr. L 150 vom 15. 6. 1991, S. 11), insbesondere Artikel 3.
B1-140	Verordnung (EWG) Nr. 1308/70 des Rates vom 29. Juni 1970 über die gemeinsame Marktorganisation für Flachs und Hanf (ABl. Nr. L 146 vom 4. 7. 1970, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1732/91 (ABl. Nr. L 163 vom 26. 6. 1991, S. 3).
B1-1400	Veranschlagt sind Mittel für die Ausgaben für die Erzeugungsbeihilfen für Faserlein, gemäß Artikel 4 der Verordnung (EWG) Nr. 1308/70, abzüglich der gemäß Artikel 2 der genannten Verordnung einbehaltenen Beträge für Informationsaktionen zur Förderung einer stärkeren Verwendung von Faserlein.
B1-1401	Veranschlagt sind Mittel für Informationsaktionen zur Förderung einer stärkeren Verwendung von Faserlein gemäß Artikel 2 der Verordnung (EWG) Nr. 1308/70.
B1-1402	Veranschlagt sind Mittel für Erzeugungsbeihilfen für Hanf gemäß Artikel 4 der Verordnung (EWG) Nr. 1308/70.
B1-1409	Veranschlagt sind Mittel für sonstige Interventionen bei Faserlein und Hanf; das sind beim gegenwärtigen Stand der Regelung Beihilfen für die private Lagerhaltung gemäß Artikel 5 der Verordnung (EWG) Nr. 1308/70.
B1-141	Verordnung (EWG) Nr. 2169/81 des Rates vom 27. Juli 1981 zur Festlegung der allgemeinen Vorschriften der Beihilferegelung für Baumwolle (ABl. Nr. L 211 vom 31. 7. 1981, S. 2), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 791/89 (ABl. Nr. L 85 vom 30. 3. 1989, S. 7). Veranschlagt sind Mittel für die Erzeugerbeihilfe für Baumwolle, weder gekrempelt noch gekämmt, gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 2169/81.
B1-142	Verordnung (EWG) Nr. 827/68 des Rates vom 28. Juni 1968 über die gemeinsame Marktorganisation für bestimmte in Anhang II des Vertrages aufgeführte Erzeugnisse (ABl. Nr. L 151 vom 30. 6. 1968, S. 16), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 3911/87 (ABl. Nr. L 370 vom 30. 12. 1987, S. 36). Verordnung (EWG) Nr. 845/72 des Rates vom 24. April 1972 über Sondermaßnahmen zur Förderung der Seidenraupenzucht (ABl. Nr. L 100 vom 27. 4. 1972, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1733/91 (ABl. Nr. L 163 vom 26. 6. 1991, S. 5). Mit der Verordnung (EWG) Nr. 827/68 wurde für Seidenraupen und Seidenraupeneier eine gemeinsame Marktorganisation geschaffen.

KOMMISSION
Teileinzelplan B1
(EAGFL — Garantie)

KAPITEL B1-1 4 — TEXTILPFLANZEN UND SEIDENRAUPEN *(Fortsetzung)*

KAPITEL B1-1 5 — OBST UND GEMÜSE

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
B1-1 4 2	*(Fortsetzung)*			
B1-1 4 9	***Sonstige*** Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
	KAPITEL B1-1 4 INSGESAMT	664 000 000	682 000 000	580 280 168,93
	KAPITEL B1-1 5			
B1-1 5 0	***Frisches Obst und Gemüse***			
B1-1 5 0 0	Ausfuhrerstattungen Nichtgetrennte Mittel	82 000 000	98 000 000	67 009 925,92
B1-1 5 0 1	Finanzausgleich für Rücknahmemaßnahmen und Ankäufe und für unentgeltliche Verteilung Nichtgetrennte Mittel	334 000 000	327 000 000	304 377 079,54
B1-1 5 0 2	Finanzausgleich für die Förderung des Absatzes von Zitrusfrüchten der Gemeinschaft Nichtgetrennte Mittel	13 000 000	20 000 000	34 346 453,72
B1-1 5 0 3	Finanzausgleich für die Förderung der Verarbeitung von Zitrusfrüchten Nichtgetrennte Mittel	192 000 000	197 000 000	229 815 385,54
B1-1 5 0 4	Zitruskartei Nichtgetrennte Mittel	8 000 000	8 000 000	
B1-1 5 0 5	Maßnahmen zur Sanierung der Erzeugung Nichtgetrennte Mittel	42 000 000	49 000 000	

KOMMISSION
Teileinzelplan B1
(EAGFL — Garantie)

KAPITEL B1-1 4 — TEXTILPFLANZEN UND SEIDENRAUPEN *(Fortsetzung)*

KAPITEL B1-1 5 — OBST UND GEMÜSE

Artikel Posten	Erläuterungen
B1-1 4 2	*(Fortsetzung)* Veranschlagt sind Mittel zur Finanzierung der Beihilfen gemäß Artikel 2 der Verordnung (EWG) Nr. 845/72.
B1-1 5 0	Verordnung (EWG) Nr. 1035/72 des Rates vom 18. Mai 1972 über eine gemeinsame Marktorganisation für Obst und Gemüse (ABl. Nr. L 118 vom 20. 5. 1972, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1603/91 (ABl. Nr. L 149 vom 14. 6. 1991, S. 12).
B1-1 5 0 0	Veranschlagt sind Mittel für Erstattungen für frisches Obst und Gemüse gemäß Artikel 30 der Verordnung (EWG) Nr. 1035/72.
B1-1 5 0 1	Veranschlagt sind Mittel für folgende Ausgaben: — Finanzieller Ausgleich für Erzeugerorganisationen gemäß Artikel 18 der Verordnung (EWG) Nr. 1035/72 und für Käufe im Fall einer ernsten Krise nach Artikel 19 derselben Verordnung, — Verarbeitung und Verteilung von aus dem Markt genommenen oder aufgekauften Erzeugnissen gemäß Artikel 21 der obengenannten Verordnung.
B1-1 5 0 2	Verordnung (EWG) Nr. 2511/69 des Rates vom 9. Dezember 1969 über Sondermaßnahmen zur Verbesserung der Erzeugung und Vermarktung von Zitrusfrüchten der Gemeinschaft (ABl. Nr. L 318 vom 18. 12. 1969, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1130/89 (ABl. Nr. L 119 vom 29. 4. 1989, S. 22). Veranschlagt sind Mittel für die Ausgleichszahlungen zur Förderung des Absatzes von Apfelsinen und Mandarinen aus der Gemeinschaftserzeugung gemäß Artikel 8 der Verordnung (EWG) Nr. 2511/69.
B1-1 5 0 3	Verordnung (EWG) Nr. 2601/69 des Rates vom 18. Dezember 1969 über Sondermaßnahmen zur Förderung der Verarbeitung bestimmter Apfelsinensorten (ABl. Nr. L 324 vom 27. 12. 1969, S. 21), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 3848/89 (ABl. Nr. L 374 vom 22. 12. 1989, S. 6). Verordnung (EWG) Nr. 1035/77 des Rates vom 17. Mai 1977 über Sondermaßnahmen zur Förderung der Vermarktung von Verarbeitungserzeugnissen aus Zitronen (ABl. Nr. L 125 vom 19. 5. 1977, S. 3), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1199/90 (ABl. Nr. L 119 vom 11. 5. 1990, S. 61). Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Ausgaben für die Verarbeitung bestimmter Apfelsinensorten gemäß Artikel 3 der Verordnung (EWG) Nr. 2601/69 und der Ausgaben aufgrund besonderer absatzfördernder Maßnahmen für Verarbeitungserzeugnisse aus Zitronen gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 1035/77.
B1-1 5 0 4	Verordnung (EWG) Nr. 1198/90 des Rates vom 7. Mai 1990 über die Erstellung einer gemeinschaftlichen Zitruskartei (ABl. Nr. L 119 vom 11. 5. 1990, S. 59). Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Ausgaben aufgrund der Erstellung der gemeinschaftlichen Zitruskartei.
B1-1 5 0 5	Verordnung (EWG) Nr. 1196/90 des Rates vom 7. Mai 1990 zur Sanierung der gemeinschaftlichen Mandarinenerzeugung (ABl. Nr. L 119 vom 11. 5. 1990, S. 55). Verordnung (EWG) Nr. 1200/90 des Rates vom 7. Mai 1990 zur Sanierung der gemeinschaftlichen Apfelerzeugung (ABl. Nr. L 119 vom 11. 5. 1990, S. 63), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 3577/90 (ABl. Nr. L 353 vom 17. 12. 1990, S. 23). Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Ausgaben aufgrund der Rodungsmaßnahmen im Obstbausektor.

KOMMISSION
Teileinzelplan B1
(EAGFL — Garantie)

KAPITEL B1-1 5 — OBST UND GEMÜSE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
B1-1 5 0	*(Fortsetzung)*			
B1-1 5 0 6	Förderungsmaßnahmen Nichtgetrennte Mittel	21 000 000	20 000 000	
B1-1 5 0 7	Schalenfrüchte Nichtgetrennte Mittel	140 000 000	35 000 000	34 537 021,63
B1-1 5 0 9	Sonstige Interventionen Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	293 608,49
	Artikel B1-1 5 0 insgesamt	832 000 000	754 000 000	670 379 474,84
B1-1 5 1	***Verarbeitungserzeugnisse aus Obst und Gemüse***			
B1-1 5 1 0	Ausfuhrerstattungen Nichtgetrennte Mittel	32 000 000	21 000 000	13 587 247,90
B1-1 5 1 1	Produktionsbeihilfen für Verarbeitungserzeugnisse aus Tomaten Nichtgetrennte Mittel	416 000 000	403 000 000	354 320 074,55
B1-1 5 1 2	Produktionsbeihilfen für Verarbeitungserzeugnisse aus Obst Nichtgetrennte Mittel	139 000 000	121 000 000	200 087 481,01 (1)
B1-1 5 1 3	Beihilfen und Interventionen für Verarbeitungserzeugnisse aus getrockneten Weintrauben Nichtgetrennte Mittel	119 000 000	127 000 000	
B1-1 5 1 4	Beihilfen für Ananaskonserven Nichtgetrennte Mittel	10 000 000	8 000 000	6 154 425,11
B1-1 5 1 5	Beihilfen für Hülsenfrüchte Nichtgetrennte Mittel	22 000 000	26 000 000	8 495 965,31

(1) Gemeinsamer Betrag der Posten B1-1 5 1 2 und B1-1 5 1 3.

KOMMISSION
Teileinzelplan B1
(EAGFL — Garantie)

KAPITEL B1-15 — OBST UND GEMÜSE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B1-150	*(Fortsetzung)*
B1-1506	Verordnung (EWG) Nr. 1195/90 des Rates vom 7. Mai 1990 zum Erlaß von Maßnahmen zur Steigerung des Verbrauchs und der Verwendung von Äpfeln (ABl. Nr. L 119 vom 11. 5. 1990, S. 53). Verordnung (EWG) Nr. 1201/90 des Rates vom 7. Mai 1990 betreffend Maßnahmen zur Steigerung des Verbrauchs von Zitrusfrüchten (ABl. Nr. L 119 vom 11. 5. 1990, S. 65). Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Ausgaben aufgrund der Maßnahmen zur Förderung der unter die Verordnung (EWG) Nr. 1035/72 fallenden Erzeugnisse außer Schalenfrüchten.
B1-1507	Verordnung (EWG) Nr. 789/89 des Rates vom 20. März 1989 mit Sondermaßnahmen für Schalenfrüchte und Johannisbrot und zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 1035/72 über eine gemeinsame Marktorganisation für Obst und Gemüse (ABl. Nr. L 85 vom 30. 3. 1989, S. 3). Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Sonderbeihilfen für Erzeugerorganisationen, die einen Fonds einrichten, zur Deckung der Gemeinschaftsbeihilfe für Pläne zur Verbesserung der Qualität sowie zur Beteiligung an der Finanzierung von Maßnahmen, mit denen der Verbrauch und die Verwendung von Schalenfrüchten und/oder Johannisbrot gemäß Artikel 14 der Verordnung (EWG) Nr. 1035/72 entwickelt und verbessert werden sollen.
B1-1509	Veranschlagt sind Mittel für sonstige Ausgaben, insbesondere etwaige Vergütungen gemäß Artikel 21 der Verordnung (EWG) Nr. 1035/72.
B1-151	Verordnung (EWG) Nr. 426/86 des Rates vom 24. Februar 1986 über die gemeinsame Marktorganisation für Verarbeitungserzeugnisse aus Obst und Gemüse (ABl. Nr. L 49 vom 27. 2. 1986, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1943/91 (ABl. Nr. L 175 vom 4. 7. 1991, S. 1).
B1-1510	Veranschlagt sind Mittel zur Finanzierung der Erstattungen für Verarbeitungserzeugnisse aus Obst und Gemüse gemäß den Artikeln 11 und 12 der Verordnung (EWG) Nr. 426/86.
B1-1511	Veranschlagt sind Mittel zur Finanzierung der Prämien für die Verarbeitung von Tomaten gemäß Artikel 3 der Verordnung (EWG) Nr. 426/86.
B1-1512	Veranschlagt sind Mittel zur Finanzierung der Produktionsbeihilfen für Obst und Gemüse mit Ausnahme von Tomaten und getrockneten Weintrauben gemäß Artikel 3 der Verordnung (EWG) Nr. 426/86.
B1-1513	Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Ausgaben für die Verarbeitungsbeihilfe und die Interventionen für getrocknete Weintrauben gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 426/86.
B1-1514	Verordnung (EWG) Nr. 525/77 des Rates vom 14. März 1977 zur Einführung einer Beihilferegelung zur Erzeugung von Ananaskonserven (ABl. Nr. L 73 vom 21. 3. 1977, S. 46), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1699/85 (ABl. Nr. L 163 vom 22. 6. 1985, S. 12). Diese Mittel sind dazu bestimmt, die Ausgaben für Beihilfen für Ananaskonserven gemäß Artikel 1 der Verordnung (EWG) Nr. 525/77 zu decken.
B1-1515	Verordnung (EWG) Nr. 762/89 des Rates vom 20. März 1989 zur Einführung einer Sondermaßnahme zugunsten der Erzeugung bestimmter Körnerhülsenfrüchte (ABl. Nr. L 80 vom 23. 3. 1989, S. 76). Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Hektarbeihilfe für die Erhaltung der Erzeugung von Kichererbsen, Linsen und Wicken.

KOMMISSION
Teileinzelplan B1
(EAGFL — Garantie)

KAPITEL B1-1 5 — OBST UND GEMÜSE *(Fortsetzung)*

KAPITEL B1-1 6 — WEINBAUERZEUGNISSE

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
B1-1 5 1	*(Fortsetzung)*			
B1-1 5 1 9	Sonstige Interventionen Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
	Artikel B1-1 5 1 insgesamt	738 000 000	706 000 000	582 645 193,88
B1-1 5 2	***Sonstige Interventionen*** Nichtgetrennte Mittel	p.m.		
	KAPITEL B1-1 5 INSGESAMT	1 570 000 000	1 460 000 000	1 253 024 668,72
	KAPITEL B1-1 6			
B1-1 6 0	***Erstattungen bei Weinbauerzeugnissen*** Nichtgetrennte Mittel	58 000 000	59 000 000	54 654 771,34
B1-1 6 1	***Interventionen bei Weinbauerzeugnissen***			
B1-1 6 1 0	Intervention für die Lagerung von Wein und Traubenmost Nichtgetrennte Mittel	32 000 000	31 000 000	39 897 464,70
B1-1 6 1 1	Destillation von Wein Nichtgetrennte Mittel	422 000 000	442 000 000	267 359 215,84
B1-1 6 1 2	Obligatorische Destillation der Nebenerzeugnisse der Weinbereitung Nichtgetrennte Mittel	88 000 000	106 000 000	68 288 721,97
	Artikel B1-1 6 1 insgesamt	542 000 000	579 000 000	375 545 402,51
B1-1 6 2	***Übernahme des Alkohols aus der obligatorischen Destillation***			
B1-1 6 2 0	Technische Kosten Nichtgetrennte Mittel	8 000 000	5 000 000	7 927 502,55

KOMMISSION
Teileinzelplan B1
(EAGFL — Garantie)

KAPITEL B1-1 5 — OBST UND GEMÜSE *(Fortsetzung)*

KAPITEL B1-1 6 — WEINBAUERZEUGNISSE

Artikel Posten	Erläuterungen
B1-1 5 2	*Neuer Artikel* Dieser Artikel ist zur Deckung weiterer Ausgaben bestimmt.
B1-1 6 0	Verordnung (EWG) Nr. 822/87 des Rates vom 16. März 1987 über die gemeinsame Marktorganisation für Wein (ABl. Nr. L 84 vom 27. 3. 1987, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1734/91 (ABl. Nr. L 163 vom 26. 6. 1991, S. 6). Veranschlagt sind Mittel zur Finanzierung der Erstattungen für Erzeugnisse des Weinsektors gemäß Artikel 56 der Verordnung (EWG) Nr. 822/87.
B1-1 6 1	Verordnung (EWG) Nr. 822/87 des Rates vom 16. März 1987 über die gemeinsame Marktorganisation für Wein (ABl. Nr. L 84 vom 27. 3. 1987, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1734/91 (ABl. Nr. L 163 vom 26. 6. 1991, S. 6).
B1-1 6 1 0	Veranschlagt sind Mittel für folgende Beihilfen: — private Lagerhaltung von Wein und Traubenmost gemäß Artikel 32 der Verordnung (EWG) Nr. 822/87 sowie ergänzende Lagerhaltung gemäß Artikel 42 der obengenannten Verordnung, — Umlagerung von Tafelweinen gemäß Artikel 34 der obengenannten Verordnung.
B1-1 6 1 1	Veranschlagt sind Mittel für die Ausgaben für die Destillation von Wein gemäß den Artikeln 36, 38, 39, 41 und 42 der Verordnung (EWG) Nr. 822/87.
B1-1 6 1 2	Veranschlagt sind Mittel für die Ausgaben für die Destillation der Nebenerzeugnisse der Weinbereitung gemäß Artikel 35 der Verordnung (EWG) Nr. 822/87.
B1-1 6 2	Verordnung (EWG) Nr. 822/87 des Rates vom 16. März 1987 über die gemeinsame Marktorganisation für Wein (ABl. Nr. L 84 vom 27. 3. 1987, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1734/91 (ABl. Nr. L 163 vom 26. 6. 1991, S. 6).
B1-1 6 2 0	Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der technischen Kosten der Interventionskäufe von Alkohol gemäß den Artikeln 35, 36 und 39 der Verordnung (EWG) Nr. 822/87.

KOMMISSION
Teileinzelplan B1
(EAGFL — Garantie)

KAPITEL B1-1 6 — WEINBAUERZEUGNISSE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
B1-1 6 2	*(Fortsetzung)*			
B1-1 6 2 1	Finanzkosten Nichtgetrennte Mittel	3 000 000	2 000 000	2 969 864,21
B1-1 6 2 2	Sonstige Kosten Nichtgetrennte Mittel	60 000 000	34 000 000	−3 054 466,44
B1-1 6 2 3	Wertberichtigung der Bestände Nichtgetrennte Mittel	365 000 000	287 000 000	158 846 611,20
	Artikel B1-1 6 2 insgesamt	436 000 000	328 000 000	166 689 511,52
B1-1 6 3	***Beihilfen für die Verwendung von Traubenmost*** Nichtgetrennte Mittel	153 000 000	157 000 000	117 409 142,90
B1-1 6 4	***Prämien für die endgültige Aufgabe von Rebflächen*** Nichtgetrennte Mittel	573 000 000	445 000 000	25 720 479,60
B1-1 6 5	***Sonstige Interventionen*** Nichtgetrennte Mittel	13 000 000	13 000 000	5 160 852,59
	KAPITEL B1-1 6 INSGESAMT	1 775 000 000	1 581 000 000	745 180 160,46

KOMMISSION
Teileinzelplan B1
(EAGFL — Garantie)

KAPITEL B1-1 6 — WEINBAUERZEUGNISSE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B1-1 6 2	*(Fortsetzung)*
B1-1 6 2 1	Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Finanzkosten der Interventionskäufe von Alkohol gemäß den Artikeln 35, 36 und 39 der Verordnung (EWG) Nr. 822/87.
B1-1 6 2 2	Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der sonstigen Kosten für die Lagerhaltung von Alkohol gemäß den Artikeln 37 und 40 der Verordnung (EWG) Nr. 822/87; es handelt sich um die Berücksichtigung der Differenz zwischen dem Buch- und dem Verkaufswert.
B1-1 6 2 3	Verordnung (EWG) Nr. 1883/78 des Rates vom 2. August 1978 über die allgemeinen Regeln für die Finanzierung der Interventionen durch den Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft, Abteilung Garantie (ABl. Nr. L 216 vom 5. 8. 1978, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 787/89 (ABl. Nr. L 85 vom 30. 3. 1989, S. 1), insbesondere Artikel 8 Absatz 1. Mit diesen Mitteln soll die Wertberichtigung der „neu geschaffenen" Bestände gedeckt werden.
B1-1 6 3	Verordnung (EWG) Nr. 822/87 des Rates vom 16. März 1987 über die gemeinsame Marktorganisation für Wein (ABl. Nr. L 84 vom 27. 3. 1987, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1734/91 (ABl. Nr. L 163 vom 26. 6. 1991, S. 6). Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Ausgaben für Beihilfen für die Verwendung von Traubenmost; insbesondere: — für die Verarbeitung zu Traubensaft für den direkten Verbrauch, — in konzentrierter Form zur Anreicherung bestimmter Weine oder zur Tierernährung, — auch in konzentrierter Form für die Bereitung von „British-", „Irish-" und „Home-made-" Weinen gemäß den Artikeln 45 und 46 der Verordnung (EWG) Nr. 822/87.
B1-1 6 4	Verordnung (EWG) Nr. 1442/88 des Rates vom 24. Mai 1988, über die Gewährung von Prämien für die endgültige Aufgabe von Rebflächen in den Weinwirtschaftsjahren 1988/89 bis 1995/96 (ABl. Nr. L 132 vom 28. 5. 1988, S. 3), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1327/90 (ABL. Nr. L 132 vom 23. 5. 1990, S. 23). Veranschlagt sind Mittel zur Finanzierung der Prämien für die endgültige Aufgabe von Rebflächen gemäß Artikel 1 der Verordnung (EWG) Nr. 1442/88.
B1-1 6 5	Verordnung (EWG) Nr. 822/87 des Rates vom 16. März 1987 über die gemeinsame Marktorganisation für Wein (ABl. Nr. L 84 vom 27. 3. 1987, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1734/91 (ABl. Nr. L 163 vom 26. 6. 1991, S. 6). Diese Mittel sind insbesondere für folgende Ausgaben bestimmt: — Interventionsmaßnahmen gemäß Artikel 51 der Verordnung (EWG) Nr. 822/87 für Erzeugnisse des Weinsektors, ausgenommen Tafelwein, — die gemäß Artikel 78 derselben Verordnung getroffenen abweichenden Maßnahmen im Fall von Naturkatastrophen, — Maßnahmen zur Erweiterung der Märkte für Tafelwein gemäß Artikel 49 der genannten Verordnung, — Werbekampagnen zur Förderung des Traubensaftverbrauchs gemäß Artikel 46 Absatz 4 der genannten Verordnung, — andere Maßnahmen als Destillation gemäß den Artikeln 41 und 48 der genannten Verordnung.

KOMMISSION
Teileinzelplan B1
(EAGFL — Garantie)

KAPITEL B1-1 7 — TABAK

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
	KAPITEL B1-1 7			
B1-1 7 0	***Erstattungen bei Tabak***			
	Nichtgetrennte Mittel	64 000 000	69 000 000	61 869 078,45
B1-1 7 1	***Prämien für Tabak***			
	Nichtgetrennte Mittel	1 107 000 000	1 135 000 000	1 080 840 497,64
B1-1 7 2	***Interventionen in Form von Einlagerungsmaßnahmen bei Tabak***			
B1-1 7 2 0	Technische Kosten der öffentlichen Lagerhaltung			
	Nichtgetrennte Mittel	40 000 000	19 000 000	19 510 185,53
B1-1 7 2 1	Finanzkosten der öffentlichen Lagerhaltung			
	Nichtgetrennte Mittel	4 000 000	5 000 000	3 239 280,13
B1-1 7 2 2	Sonstige Kosten im Rahmen der öffentlichen Lagerhaltung			
	Nichtgetrennte Mittel	10 000 000	7 000 000	2 212 443,81
B1-1 7 2 3	Wertberichtigung der Bestände			
	Nichtgetrennte Mittel	82 000 000	106 000 000	64 462 954,48
	Artikel B1-1 7 2 insgesamt	136 000 000	137 000 000	89 424 863,95
B1-1 7 3	***Sonstige Interventionen bei Tabak***			
	Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
	KAPITEL B1-1 7 INSGESAMT	1 307 000 000	1 341 000 000	1 232 134 440,04

KOMMISSION
Teileinzelplan B1
(EAGFL — Garantie)

KAPITEL B1-17 — TABAK

Artikel Posten	Erläuterungen
B1-170	Verordnung (EWG) Nr. 727/70 des Rates vom 21. April 1970 über die Errichtung einer gemeinsamen Marktorganisation für Rohtabak (ABl. Nr. L 94 vom 28. 4. 1970, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1737/91 (ABl. Nr. L 163 vom 26. 6. 1991, S. 11). Veranschlagt sind Mittel zur Finanzierung der Erstattungen für Tabak gemäß Artikel 9 der Verordnung (EWG) Nr. 727/70.
B1-171	Verordnung (EWG) Nr. 727/70 des Rates vom 21. April 1970 über die Errichtung einer gemeinsamen Marktorganisation für Rohtabak (ABl. Nr. L 94 vom 28. 4. 1970, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1737/91 (ABl. Nr. L 163 vom 26. 6. 1991, S. 11). Veranschlagt sind Mittel zur Finanzierung der Prämien gemäß Artikel 3 der Verordnung (EWG) Nr. 727/70.
B1-172	Verordnung (EWG) Nr. 727/70 des Rates vom 21. April 1970 über die Errichtung einer gemeinsamen Marktorganisation für Rohtabak (ABl. Nr. L 94 vom 28. 4. 1970, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1737/91 (ABl. Nr. L 163 vom 26. 6. 1991, S. 11).
B1-1720	Veranschlagt sind Mittel zur Finanzierung der technischen Kosten der öffentlichen Lagerhaltung gemäß Artikel 5, 6 und 7 der Verordnung (EWG) Nr. 727/70.
B1-1721	Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Finanzkosten der öffentlichen Lagerhaltung gemäß Artikel 5, 6 und 7 der Verordnung (EWG) Nr. 727/70.
B1-1722	Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der sonstigen Kosten der öffentlichen Lagerhaltung gemäß Artikel 5, 6 und 7 der Verordnung (EWG) Nr. 727/70.
B1-1723	Verordnung (EWG) Nr. 1883/78 des Rates vom 2. August 1978 über die allgemeinen Regeln für die Finanzierung der Interventionen durch den Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft, Abteilung Garantie (ABl. Nr. L 216 vom 5. 8. 1978, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 787/89 (ABl. Nr. L 85 vom 30. 3. 1989, S. 1), insbesondere Artikel 8 Absatz 1. Mit diesen Mitteln soll die Wertberichtigung der „neu geschaffenen" Bestände gedeckt werden.
B1-173	Verordnung (EWG) Nr. 339/77 des Rates vom 14. Februar 1977 über besondere Maßnahmen im Tabaksektor für Tabak der Sorte Beneventano (ABl. Nr. L 48 vom 19. 2. 1977, S. 4). Dieser Artikel ist zur Deckung der Finanzierung der Prämien für Nichtwiederbepflanzung der Anbauflächen mit Tabak der Sorte Beneventano gemäß Verordnung (EWG) Nr. 339/77 bestimmt.

KOMMISSION
Teileinzelplan B1
(EAGFL — Garantie)

KAPITEL B1-1 8 — SONSTIGE LANDWIRTSCHAFTLICHE SEKTOREN ODER PFLANZLICHE ERZEUGNISSE

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
	KAPITEL B1-1 8			
B1-1 8 0	***Saatgut***			
	Nichtgetrennte Mittel	86 000 000	73 000 000	73 547 695,03
B1-1 8 1	***Hopfen***			
	Nichtgetrennte Mittel	15 000 000	15 000 000	10 576 018,39
B1-1 8 2	***Äthylalkohol landwirtschaftlichen Ursprungs***			
	Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
B1-1 8 3	***Programm zur Lösung der spezifisch auf die Abgelegenheit und Insellage zurückzuführenden Probleme — Teil „Pflanzliche Erzeugnisse“***			
B1-1 8 3 0	POSEIDOM			
	Nichtgetrennte Mittel	42 000 000	11 000 000	0,—
B1-1 8 3 1	POSEIMA			
	Nichtgetrennte Mittel	1 500 000		
B1-1 8 3 2	POSEICAN			
	Nichtgetrennte Mittel	1 500 000		
	Artikel B1-1 8 3 insgesamt	45 000 000	11 000 000	0,—
B1-1 8 4	***Tafeloliven***			
	Nichtgetrennte Mittel	p.m. (1)		

(1) Es werden Mittel in Höhe von 2 000 000 ECU in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

KOMMISSION
Teileinzelplan B1
(EAGFL — Garantie)

KAPITEL B1-1 8 — SONSTIGE LANDWIRTSCHAFTLICHE SEKTOREN ODER PFLANZLICHE ERZEUGNISSE

Artikel Posten	Erläuterungen
B1-1 8 0	Verordnung (EWG) Nr. 2358/71 des Rates vom 26. Oktober 1971 zur Errichtung einer gemeinsamen Marktorganisation für Saatgut (ABl. Nr. L 246 vom 5. 11. 1971, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1740/91 (ABl. Nr. L 163 vom 26. 6. 1991, S. 39). Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Ausgaben für Produktionsbeihilfen gemäß Artikel 3 der Verordnung (EWG) Nr. 2358/71.
B1-1 8 1	Verordnung (EWG) Nr. 1696/71 des Rates vom 26. Juli 1971 über die gemeinsame Marktorganisation für Hopfen (ABl. Nr. L 175 vom 4. 8. 1971, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 2780/90 (ABl. Nr. L 265 vom 28. 9. 1990, S. 1). Veranschlagt sind Mittel für die Ausgaben für Hektarbeihilfen, die den Erzeugern gemäß Artikel 12 der Verordnung (EWG) Nr. 1696/71 gewährt werden.
B1-1 8 2	*Vormals Artikel B1-1 8 3* Geänderter Vorschlag für eine Verordnung (EWG) des Rates, über die gemeinsame Marktorganisation für Äthylalkohol landwirtschaftlichen Ursprungs (Vorlage der Kommission an den Rat vom 25. Juli 1983) (ABl. Nr. C 214 vom 10. 8. 1983, S. 7).
B1-1 8 3	Die Mittel dieses Artikels sind zur Deckung der im Agrarsektor entstehenden Ausgaben aufgrund der neuen Maßnahmen zum Ausgleich der abgeschiedenen geographischen Lage bestimmter Gebiete bestimmt. Er umfaßt die für die pflanzlichen Erzeugnisse getroffenen Maßnahmen. Für die tierischen Erzeugnisse sind die Maßnahmen in Artikel B1-2 5 1 aufgeführt.
B1-1 8 3 0	*Vormals Artikel B1-1 8 4* Beschluß 89/687/EWG des Rates vom 22. Dezember 1989 zur Einführung eines Programms zur Lösung der spezifisch auf die Abgelegenheit und Insellage der französischen überseeischen Departements zurückzuführenden Probleme (POSEIDOM) (ABl. Nr. L 399 vom 30. 12. 1989, S. 39). Vorschlag für eine Verordnung (EWG) des Rates, von der Kommission vorgelegt am 23. Mai 1991, mit Sondermaßnahmen für bestimmte Agrarerzeugnisse zugunsten der französischen überseeischen Departements (ABl. Nr. C 149 vom 8. 6. 1991, S. 6).
B1-1 8 3 1	*Neuer Posten* Beschluß 91/315/EWG des Rates vom 26. Juni 1991 über ein Programm zur Lösung der spezifisch auf die Abgelegenheit und Insellage Madeiras und der Azoren zurückzuführenden Probleme (POSEIMA) (ABl. Nr. L 171 vom 29. 6. 1991, S. 10).
B1-1 8 3 2	*Neuer Posten* Beschluß 91/314/EWG des Rates vom 26. Juni 1991 zur Einführung eines Programms zur Lösung der spezifisch auf die Abgelegenheit und Insellage der Kanarischen Inseln zurückzuführenden Probleme (POSEICAN) (ABl. Nr. L 171 vom 29. 6. 1991, S. 5).
B1-1 8 4	*Neuer Artikel* Vorschlag für eine Verordnung (EWG) des Rates, von der Kommission vorgelegt am 3. August 1990, über Maßnahmen zur Förderung des Verbrauchs von Tafeloliven (ABl. Nr. C 213 vom 28. 8. 1990, S. 14).

KOMMISSION
Teileinzelplan B1
(EAGFL — Garantie)

KAPITEL B1-1 8 — SONSTIGE LANDWIRTSCHAFTLICHE SEKTOREN ODER PFLANZLICHE ERZEUGNISSE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
B1-1 8 9	***Sonstige***			
	Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
	KAPITEL B1-1 8 INSGESAMT	146 000 000	99 000 000	84 123 713,42
	Titel B1-1 insgesamt	**20 439 000 000**	**19 378 000 000**	**14 647 621 686,72**

KOMMISSION
Teileinzelplan B1
(EAGFL — Garantie)

KAPITEL B1-1 8 — SONSTIGE LANDWIRTSCHAFTLICHE SEKTOREN ODER PFLANZLICHE ERZEUGNISSE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen

KOMMISSION
Teileinzelplan B1
(EAGFL — Garantie)

TITEL B1-2

TIERISCHE ERZEUGNISSE

KAPITEL B1-2 0 — MILCH UND MILCHERZEUGNISSE

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
	KAPITEL B1-2 0			
B1-2 0 0	***Erstattungen bei Milch und Milcherzeugnissen***			
B1-2000	Erstattungen bei Butter und Butteroil Nichtgetrennte Mittel	438 000 000	800 000 000 (1)	443 268 690,53
B1-2001	Erstattungen bei Magermilchpulver Nichtgetrennte Mittel	140 000 000	238 000 000 (2)	203 292 690,83
B1-2002	Erstattungen bei Käse Nichtgetrennte Mittel	703 000 000	511 000 000 (3)	518 802 641,96
B1-2003	Erstattungen bei sonstigen Milcherzeugnissen Nichtgetrennte Mittel	1 055 000 000	1 047 000 000	765 407 050,03
	Artikel B1-2 0 0 insgesamt	2 336 000 000	2 596 000 000	1 930 771 073,35
B1-2 0 1	***Interventionen in Form von Einlagerung von Magermilchpulver***			
B1-2010	Private Lagerhaltung Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
B1-2011	Technische Kosten der öffentlichen Lagerhaltung Nichtgetrennte Mittel	10 000 000	2 000 000	4 162 864,53
B1-2012	Finanzkosten der öffentlichen Lagerhaltung Nichtgetrennte Mittel	28 000 000	3 000 000	2 966 523,87
B1-2013	Sonstige Kosten im Rahmen der öffentlichen Lagerhaltung Nichtgetrennte Mittel	−28 000 000	−34 000 000	−2 700 541,78
B1-2014	Wertberichtigung der Bestände Nichtgetrennte Mittel	57 000 000	18 000 000	390 268 355,89
	Artikel B1-2 0 1 insgesamt	67 000 000	−11 000 000	394 697 202,51

(1) Es werden Mittel in Höhe von 16 000 000 ECU in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.
(2) Es werden Mittel in Höhe von 23 000 000 ECU in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.
(3) Es werden Mittel in Höhe von 2 000 000 ECU in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

KOMMISSION
Teileinzelplan B1
(EAGFL — Garantie)

TITEL B1-2

TIERISCHE ERZEUGNISSE

KAPITEL B1-20 — MILCH UND MILCHERZEUGNISSE

Artikel Posten	Erläuterungen
B1-200	Verordnung (EWG) Nr. 804/68 des Rates vom 27. Juni 1968 über die gemeinsame Marktorganisation für Milch und Milcherzeugnisse (ABl. Nr. L 148 vom 28. 6. 1968, S. 13), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1630/91 (ABl. Nr. L 150 vom 15. 6. 1991, S. 19). Die Mittel dieses Artikels sind zur Deckung der Erstattungen bei der Ausfuhr gemäß Artikel 17 der Verordnung (EWG) Nr. 804/68 bestimmt.
B1-201	Verordnung (EWG) Nr. 804/68 des Rates vom 27. Juni 1968 über die gemeinsame Marktorganisation für Milch und Milcherzeugnisse (ABl. Nr. L 148 vom 28. 6. 1968, S. 13), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1630/91 (ABl. Nr. L 150 vom 15. 6. 1991, S. 19).
B1-2010	Veranschlagt sind Mittel für Beihilfen für die private Lagerhaltung gemäß Artikel 7 Absatz 3 der Verordnung (EWG) Nr. 804/68.
B1-2011	Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der technischen Kosten der öffentlichen Lagerhaltung gemäß Artikel 7 der Verordnung (EWG) Nr. 804/68.
B1-2012	Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Finanzkosten der öffentlichen Lagerhaltung gemäß Artikel 7 der Verordnung (EWG) Nr. 804/68.
B1-2013	Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der sonstigen im Rahmen der öffentlichen Lagerhaltung anfallenden Kosten gemäß Artikel 7 der Verordnung (EWG) Nr. 804/68.
B1-2014	Verordnung (EWG) Nr. 1883/78 des Rates vom 2. August 1978 über die allgemeinen Regeln für die Finanzierung der Interventionen durch den Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft, Abteilung Garantie (ABl. Nr. L 216 vom 5. 8. 1978, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 787/89 (ABl. Nr. L 85 vom 30. 3. 1989, S. 1), insbesondere Artikel 8 Absatz 1. Mit diesen Mitteln soll die Wertberichtigung der „neu geschaffenen" Bestände gedeckt werden.

KOMMISSION
Teileinzelplan B1
(EAGFL — Garantie)

KAPITEL B1-20 — MILCH UND MILCHERZEUGNISSE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
B1-202	***Intervention in Form von Beihilfen für den Verbrauch von Magermilch***			
B1-2020	Beihilfen für Magermilchpulver zur Kälberfütterung Nichtgetrennte Mittel	663 000 000	668 000 000	508 000 745,01
B1-2021	Beihilfen für flüssige Magermilch zur Kälberfütterung Nichtgetrennte Mittel	53 000 000	120 000 000	40 703 552,48
B1-2022	Beihilfen für Magermilchpulver zu Futterzwecken außer Kälberfütterung Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
B1-2023	Beihilfen für flüssige Magermilch zu Futterzwecken außer Kälberfütterung Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	– 204 275,29
B1-2024	Beihilfen für Magermilch für die Kaseinherstellung Nichtgetrennte Mittel	513 000 000	479 000 000	295 420 506,40
B1-2025	Beihilfen für zur Kälberfütterung bestimmtes Milchpulver mit einem Fettgehalt von 10 % Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
B1-2029	Sonstige Beihilfen Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
	Artikel B1-202 insgesamt	1 229 000 000	1 267 000 000	843 920 528,60
B1-203	***Interventionskäufe bei Butter und Rahm***			
B1-2030	Private Lagerhaltung Nichtgetrennte Mittel	68 000 000	68 000 000	58 852 832,79
B1-2031	Technische Kosten der öffentlichen Lagerhaltung Nichtgetrennte Mittel	31 000 000	13 000 000	9 334 900,81
B1-2032	Finanzkosten der öffentlichen Lagerhaltung Nichtgetrennte Mittel	41 000 000	79 000 000	137 907 650,04
B1-2033	Sonstige Kosten im Rahmen der Lagerhaltung Nichtgetrennte Mittel	24 000 000	– 79 000 000	– 40 571 291,32
B1-2034	Wertberichtigung der Bestände Nichtgetrennte Mittel	538 000 000	253 000 000	414 973 722,17
	Artikel B1-203 insgesamt	702 000 000	334 000 000	580 497 814,49

KOMMISSION
Teileinzelplan B1
(EAGFL — Garantie)

KAPITEL B1-20 — MILCH UND MILCHERZEUGNISSE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B1-202	Verordnung (EWG) Nr. 804/68 des Rates vom 27. Juni 1968 über die gemeinsame Marktorganisation für Milch und Milcherzeugnisse (ABl. Nr. L 148 vom 28. 6. 1968, S. 13), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1630/91 (ABl. Nr. L 150 vom 15. 6. 1991, S. 19).
B1-2020	Veranschlagt sind Mittel für Beihilfen zur Kälberfütterung gemäß Artikel 10 der Verordnung (EWG) Nr. 804/68.
B1-2021	Veranschlagt sind Mittel für Beihilfen zur Kälberfütterung gemäß Artikel 10 der Verordnung (EWG) Nr. 804/68.
B1-2022	Veranschlagt sind Mittel für Beihilfen für Futterzwecke, ausgenommen Kälberfütterung, gemäß Artikel 10 der Verordnung (EWG) Nr. 804/68.
B1-2023	Veranschlagt sind Mittel für Beihilfen für Futterzwecke, ausgenommen Kälberfütterung, gemäß Artikel 10 der Verordnung (EWG) Nr. 804/68.
B1-2024	Veranschlagt sind Mittel für Beihilfen gemäß Artikel 11 der Verordnung (EWG) Nr. 804/68.
B1-2025	Veranschlagt sind Mittel für Beihilfen für teilentrahmtes Milchpulver zur Kälberfütterung gemäß Artikel 10 der Verordnung (EWG) Nr. 804/68.
B1-2029	Veranschlagt sind Mittel für Beihilfen für besondere Verwendungszwecke gemäß Artikel 12 der Verordnung (EWG) Nr. 804/68.
B1-203	Verordnung (EWG) Nr. 804/68 des Rates vom 27. Juni 1968 über die gemeinsame Marktorganisation für Milch und Milcherzeugnisse (ABl. Nr. L 148 vom 28. 6. 1968, S. 13), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1630/91 (ABl. Nr. L 150 vom 15. 6. 1991, S. 19).
B1-2030	Veranschlagt sind Mittel für Beihilfen für die private Lagerhaltung gemäß Artikel 6 Absatz 2 der Verordnung (EWG) Nr. 804/68.
B1-2031	Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der technischen Kosten der Interventionskäufe gemäß Artikel 6 Absatz 1 der Verordnung (EWG) Nr. 804/68.
B1-2032	Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Finanzkosten der Interventionskäufe gemäß Artikel 6 Absatz 1 der Verordnung (EWG) Nr. 804/68.
B1-2033	Diese Mittel sind zur Deckung der sonstigen Kosten der öffentlichen Lagerhaltung sowie der übrigen Ausgaben gemäß Artikel 6 Absätze 1 und 3 der Verordnung (EWG) Nr. 804/68 bestimmt, insbesondere für Zuschüsse für besondere Verwendungen.
B1-2034	Verordnung (EWG) Nr. 1883/78 des Rates vom 2. August 1978 über die allgemeinen Regeln für die Finanzierung der Interventionen durch den Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft, Abteilung Garantie (ABl. Nr. L 216 vom 5. 8. 1978, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 787/89 (ABl. Nr. L 85 vom 30. 3. 1989, S. 1), insbesondere Artikel 8 Absatz 1. Mit diesen Mitteln soll die Wertberichtigung der „neu geschaffenen" Bestände gedeckt werden.

KOMMISSION
Teileinzelplan B1
(EAGFL — Garantie)

KAPITEL B1-2 0 — MILCH UND MILCHERZEUGNISSE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
B1-2 0 4	***Sonstige Maßnahmen im Zusammenhang mit Butterfett***			
B1-2 0 4 0	Beihilfen für den Butterverbrauch und für Sozialhilfeempfänger Nichtgetrennte Mittel	25 000 000	26 000 000	10 688 353,51
B1-2 0 4 9	Sonstige Maßnahmen Nichtgetrennte Mittel	669 000 000	492 000 000	514 172 821,87
	Artikel B1-2 0 4 insgesamt	694 000 000	518 000 000	524 861 175,38
B1-2 0 5	***Interventionen bei sonstigen Milcherzeugnissen***			
B1-2 0 5 0	Lagerung von Käse Nichtgetrennte Mittel	119 000 000	120 000 000	106 434 094,20
B1-2 0 5 9	Sonstige Interventionen Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
	Artikel B1-2 0 5 insgesamt	119 000 000	120 000 000	106 434 094,20
B1-2 0 6	***Sonstige Maßnahmen im Bereich Milch und Milcherzeugnisse***			
B1-2 0 6 0	Beteiligung des EAGFL, Abteilung Garantie, an den Prämien für die Nichtvermarktung von Milch und an den Umstellungsprämien Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	– 52 080,85
B1-2 0 6 1	Milchverteilung in den Schulen Nichtgetrennte Mittel	214 000 000	206 000 000	187 508 097,76
B1-2 0 6 2	Maßnahmen zur Marktentwicklung Nichtgetrennte Mittel	56 000 000	56 000 000	58 434 506,82
B1-2 0 6 3	Verbesserung der Milchqualität Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	21 285 130,24
B1-2 0 6 4	Sonstige Maßnahmen im Rahmen des Programms für die Erweiterung der Märkte für Milcherzeugnisse Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	1 314 861,25

KOMMISSION
Teileinzelplan B1
(EAGFL — Garantie)

KAPITEL B1-20 — MILCH UND MILCHERZEUGNISSE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B1-204	Verordnung (EWG) Nr. 804/68 des Rates vom 27. Juni 1968 über die gemeinsame Marktorganisation für Milch und Milcherzeugnisse (ABl. Nr. L 148 vom 28. 6. 1968, S. 13), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1630/91 (ABl. Nr. L 150 vom 15. 6. 1991, S. 19).
B1-2040	Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Ausgaben für die Sondermaßnahmen zum Abbau von Butterfettüberschüssen gemäß Artikel 12 der Verordnung (EWG) Nr. 804/68.
B1-2049	Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Beihilfen für besondere Verwendungen gemäß Artikel 12 der Verordnung (EWG) Nr. 804/68.
B1-205	Verordnung (EWG) Nr. 804/68 des Rates vom 27. Juni 1968 über die gemeinsame Marktorganisation für Milch und Milcherzeugnisse (ABl. Nr. L 148 vom 28. 6. 1968, S. 13), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1631/91 (ABl. Nr. L 150 vom 15. 6. 1991, S. 21).
B1-2050	Veranschlagt sind Mittel für Ausgaben, die durch die Interventionen zur Lagerung von Käse verursacht werden: öffentliche oder private Lagerhaltung von Grana Padano, Parmigiano Reggiano und Provolone gemäß Artikel 8 der Verordnung (EWG) Nr. 804/68 sowie private Lagerhaltung von lagerfähigen Käsesorten gemäß Artikel 9 genannter Verordnung.
B1-206	
B1-2060	Verordnung (EWG) Nr. 1078/77 des Rates vom 17. Mai 1977 zur Einführung einer Prämienregelung für die Nichtvermarktung von Milch und Milcherzeugnissen und die Umstellung der Milchkuhbestände (ABl. Nr. L 131 vom 26. 5. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1300/84 (ABl. Nr. L 125 vom 12. 5. 1984, S. 3). Veranschlagt waren Mittel für den von der Abteilung Garantie zu tragenden Anteil an den Ausgaben für Prämien für die Nichtvermarktung von Milch und für die Umstellung von Milchkuhbeständen gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 1078/77. 60 % der Ausgaben wurden von der Abteilung Garantie und 40 % von der Abteilung Ausrichtung übernommen. Da diese Regelung nicht mehr anwendbar ist, sind nur noch Restausgaben in diesen Posten einsetzbar.
B1-2061	Verordnung (EWG) Nr. 1842/83 des Rates vom 30. Juni 1983 zur Einführung von Grundregeln für die Abgabe von Milch und bestimmten Milcherzeugnissen an Schüler in Schulen (ABl. Nr. L 183 vom 7. 7. 1983, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 222/88 (ABl. Nr. L 28 vom 1. 2. 1988, S. 1).
B1-2062	Verordnung (EWG) Nr. 1079/77 des Rates vom 17. Mai 1977 über eine Mitverantwortungsabgabe und Maßnahmen zur Erweiterung der Märkte für Milch und Milcherzeugnisse (ABl. Nr. L 131 vom 26. 5. 1977, S. 6), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1632/91 (ABl. Nr. L 150 vom 15. 6. 1991, S. 23), insbesondere Artikel 4. Veranschlagt sind Mittel für Maßnahmen in den Bereichen Absatzförderung, Werbung, Marktexpansion und Marktforschung.
B1-2063	Verordnung (EWG) Nr. 1079/77 des Rates vom 17. Mai 1977 über eine Mitverantwortungsabgabe und Maßnahmen zur Erweiterung der Märkte für Milch und Milcherzeugnisse (ABl. Nr. L 131 vom 26. 5. 1977, S. 6), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1632/91 (ABl. Nr. L 150 vom 15. 6. 1991, S. 23), insbesondere Artikel 4. Veranschlagt sind Mittel für Maßnahmen zur Verbesserung der Milchqualität.
B1-2064	Verordnung (EWG) Nr. 1079/77 des Rates vom 17. Mai 1977 über eine Mitverantwortungsabgabe und Maßnahmen zur Erweiterung der Märkte für Milch und Milcherzeugnisse (ABl. Nr. L 131 vom 26. 5. 1977, S. 6), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1632/91 (ABl. Nr. L 150 vom 15. 6. 1991, S. 23), insbesondere Artikel 4. *Dieser Posten ist zur* Deckung der speziellen Ausgaben, die mit der Erhebung der Mitverantwortungsabgabe zusammenhängen, bestimmt.

KOMMISSION
Teileinzelplan B1
(EAGFL — Garantie)

KAPITEL B1-2 0 — MILCH UND MILCHERZEUGNISSE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
B1-2 0 6	*(Fortsetzung)*			
B1-2 0 6 6	Prämie für die endgültige Aufgabe der Milcherzeugung Nichtgetrennte Mittel	207 000 000	303 000 000	173 485 151,60
B1-2 0 6 7	Ausgleich für die befristete Aussetzung der Quoten Nichtgetrennte Mittel	394 000 000	469 000 000	481 069 315,—
B1-2 0 6 9	Sonstige Maßnahmen Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
	Artikel B1-2 0 6 insgesamt	871 000 000	1 034 000 000	923 044 981,82
B1-2 0 7	***Finanzielle Beteiligung der Milcherzeuger***			
B1-2 0 7 0	Lineare Abgabe Nichtgetrennte Mittel	−323 000 000	−324 000 000	−313 662 123,69
B1-2 0 7 1	Zusätzliche Abgabe Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	−34 643 991,04
	Artikel B1-2 0 7 insgesamt	−323 000 000	−324 000 000	−348 306 114,73
B1-2 0 8	***Maßnahmen zugunsten der Kleinerzeuger*** Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	−65 879,21

KOMMISSION
Teileinzelplan B1
(EAGFL — Garantie)

KAPITEL B1-20 — MILCH UND MILCHERZEUGNISSE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B1-206	*(Fortsetzung)*
B1-2066	Verordnung (EWG) Nr. 1336/86 des Rates vom 6. Mai 1986 zur Festsetzung einer Vergütung bei der endgültigen Aufgabe der Milcherzeugung (ABl. Nr. L 119 vom 8. 5. 1986, S. 21), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1638/91 (ABl. Nr. L 150 vom 15. 6. 1991, S. 34).
B1-2067	Verordnung (EWG) Nr. 775/87 des Rates vom 16. März 1987 über die vorübergehende Aussetzung eines Teils der Referenzmengen gemäß Artikel 5c Absatz 1 der Verordnung (EWG) Nr. 804/68 über die gemeinsame Marktorganisation für Milch und Milcherzeugnisse (ABl. Nr. L 78 vom 20. 3. 1987, S. 5), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 3882/89 (ABl. Nr. L 378 vom 27. 12. 1989, S. 6).
B1-207	
B1-2070	Verordnung (EWG) Nr. 1079/77 des Rates vom 17. Mai 1977 über eine Mitverantwortungsabgabe und Maßnahmen zur Erweiterung der Märkte für Milch und Milcherzeugnisse (ABl. Nr. L 131 vom 26. 5. 1977, S. 6), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1632/91 (ABl. Nr. L 150 vom 15. 6. 1991, S. 23). Die durch diese finanzielle Beteiligung aufgebrachten Mittel haben folgende Zweckbestimmung: — Finanzierung gezielter Maßnahmen im Einklang mit den für die einzelnen Wirtschaftsjahre aufgestellten Programmen: — Maßnahmen zur Förderung der Milcherzeugnisse, — Forschung, — Schulmilch, — Butterfett für Speiseeis, — Butterfett für Backwaren, — Beitrag zur Deckung der Ausgaben des Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft, Abteilung Garantie, im Bereich Milch und Milcherzeugnisse, einschließlich der Finanzierung folgender, als vorrangig eingestufter Maßnahmen: — Verbesserung der Ausfuhrbedingungen für Milcherzeugnisse, — Maßnahmen zum Absatz von Butter, — Beihilfen für Magermilchpulver, — Sonderverkauf von Magermilchpulver zu anderen Zwecken als der Kälberfütterung.
B1-2071	Verordnung (EWG) Nr. 804/68 des Rates vom 27. Juni 1968 über die gemeinsame Marktorganisation für Milch und Milcherzeugnisse (ABl. Nr. L 148 vom 28. 6. 1968, S. 13), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1636/91 (ABl. Nr. L 150 vom 15. 6. 1991, S. 29), insbesondere Artikel 5c. Diese Abgabe zu Lasten der Erzeuger oder Käufer von Kuhmilch wird in jedem Gebietsteil der Mitgliedstaaten während acht aufeinanderfolgender Zwölfmonatszeiträume ab dem 2. April 1984 angewandt. Sie beträgt 115 % des Milchrichtpreises für sämtliche Milch- und/oder Milchäquivalenzmengen, die während des betreffenden Zwölfmonatszeitraums über eine Referenzmenge hinaus geliefert werden. Bei direktem Verkauf an den Verbraucher beträgt die Abgabe 75 % des Milchrichtpreises auf alle Milch- und/oder Milcherzeugnismengen, die in dem betreffenden Zwölfmonatszeitraum eine Referenzmenge überschreiten.
B1-208	Verordnung (EWG) Nr. 1079/77 des Rates vom 17. Mai 1977 über eine Mitverantwortungsabgabe und Maßnahmen zur Erweiterung der Märkte für Milch und Milcherzeugnisse (ABl. Nr. L 131 vom 26. 5. 1977, S. 6), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1632/91 (ABl. Nr. L 150 vom 15. 6. 1991, S. 23), insbesondere Artikel 2a.

KOMMISSION
Teileinzelplan B1
(EAGFL — Garantie)

KAPITEL B1-2 0 — MILCH UND MILCHERZEUGNISSE *(Fortsetzung)*

KAPITEL B1-2 1 — RINDFLEISCH

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
B1-2 0 8	*(Fortsetzung)*			
	KAPITEL B1-2 0 INSGESAMT	5 695 000 000	5 534 000 000	4 955 854 876,41
	KAPITEL B1-2 1			
B1-2 1 0	***Erstattungen bei Rindfleisch*** Nichtgetrennte Mittel	1 517 000 000	1 157 000 000	1 110 054 042,40
B1-2 1 1	***Interventionen in Form von Einlagerung von Rindfleisch***			
B1-2 1 1 0	Private Lagerhaltung Nichtgetrennte Mittel	100 000 000	114 000 000	86 808 679,41
B1-2 1 1 1	Technische Kosten der öffentlichen Lagerhaltung Nichtgetrennte Mittel	332 000 000	32 000 000	70 363 197,33
B1-2 1 1 2	Finanzkosten der öffentlichen Lagerhaltung Nichtgetrennte Mittel	133 000 000	7 000 000	14 088 925,45
B1-2 1 1 3	Sonstige Kosten im Rahmen der öffentlichen Lagerhaltung Nichtgetrennte Mittel	– 184 000 000	– 126 000 000	– 55 234 187,36
B1-2 1 1 4	Wertberichtigung der Bestände Nichtgetrennte Mittel	1 949 000 000	385 000 000	881 677 314,73
	Artikel B1-2 1 1 insgesamt	2 330 000 000	412 000 000	997 703 929,56
B1-2 1 2	***Andere Interventionen als Lagerung von Rindfleisch***			
B1-2 1 2 0	Prämien für die Mutterkuhhaltung Nichtgetrennte Mittel	363 000 000	328 000 000 (1)	292 380 368,78

(1) Es werden Mittel in Höhe von 4 000 000 ECU in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

KOMMISSION
Teileinzelplan B1
(EAGFL — Garantie)

KAPITEL B1-2 0 — MILCH UND MILCHERZEUGNISSE *(Fortsetzung)*

KAPITEL B1-2 1 — RINDFLEISCH

Artikel Posten	Erläuterungen
B1-2 0 8	*(Fortsetzung)* Da Artikel 2a der Verordnung (EWG) Nr. 1079/77 nicht mehr anwendbar ist, werden nur noch Restausgaben in diesem Posten verbucht.
B1-2 1 0	Verordnung (EWG) Nr. 805/68 des Rates vom 27. Juni 1968 über die gemeinsame Marktorganisation für Rindfleisch (ABl. Nr. L 148 vom 28. 6. 1968, S. 24), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1628/91 (ABl. Nr. L 150 vom 15. 6. 1991, S. 16). Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Erstattungen bei der Ausfuhr gemäß Artikel 18 der Verordnung (EWG) Nr. 805/68.
B1-2 1 1	Verordnung (EWG) Nr. 805/68 des Rates vom 27. Juni 1968 über die gemeinsame Marktorganisation für Rindfleisch (ABl. Nr. L 148 vom 28. 6. 1968, S. 24), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1628/91 (ABl. Nr. L 150 vom 15. 6. 1991, S. 16).
B1-2 1 1 0	Veranschlagt sind Mittel für Beihilfen für die private Lagerhaltung gemäß Artikel 5 Absatz 1 Buchstabe a) der Verordnung (EWG) Nr. 805/68.
B1-2 1 1 1	Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der technischen Folgekosten von Interventionskäufen gemäß Artikel 5, 6 und 7 der Verordnung (EWG) Nr. 805/68.
B1-2 1 1 2	Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der finanziellen Folgekosten von Interventionskäufen gemäß Artikel 5, 6 und 7 der Verordnung (EWG) Nr. 805/68.
B1-2 1 1 3	Dieser Posten ist zur Deckung der sonstigen im Rahmen der öffentlichen Lagerhaltung anfallenden Kosten bestimmt, insbesondere des Unterschiedsbetrages zwischen dem Buch- und Verkaufswert gemäß Artikel 5, 6 und 7 der Verordnung (EWG) Nr. 805/68.
B1-2 1 1 4	Verordnung (EWG) Nr. 1883/78 des Rates vom 2. August 1978 über die allgemeinen Regeln für die Finanzierung der Interventionen durch den Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft, Abteilung Garantie (ABl. Nr. L 216 vom 5. 8. 1978, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 787/89 (ABl. Nr. L 85 vom 30. 3. 1989, S. 1), insbesondere Artikel 8 Absatz 1. Mit diesen Mitteln soll die Wertberichtigung der „neu geschaffenen" Bestände gedeckt werden.
B1-2 1 2	
B1-2 1 2 0	Verordnung (EWG) Nr. 1357/80 des Rates vom 5. Juni 1980 zur Einführung einer Prämienregelung für die Erhaltung des Mutterkuhbestands (ABl. Nr. L 140 vom 5. 6. 1980, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1187/90 (ABl. Nr. L 119 vom 11. 5. 1990, S. 34).

KOMMISSION
Teileinzelplan B1
(EAGFL — Garantie)

KAPITEL B1-2 1 — RINDFLEISCH *(Fortsetzung)*

KAPITEL B1-2 2 — SCHAF- UND ZIEGENFLEISCH

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
B1-2 1 2	*(Fortsetzung)*			
B1-2 1 2 1	Sonderprämie Nichtgetrennte Mittel	426 000 000	429 000 000	401 473 152,15
B1-2 1 2 2	Prämien für die Kalbung Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	31 967 270,25
B1-2 1 2 3	Prämien für die Schlachtung ausgewachsener Rinder, ausgenommen Kühe Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	– 360 435,41
B1-2 1 2 9	Sonstige Interventionen Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	
	Artikel B1-2 1 2 insgesamt	789 000 000	757 000 000	725 460 355,77
	KAPITEL B1-2 1 INSGESAMT	4 636 000 000	2 326 000 000	2 833 218 327,73
	KAPITEL B1-2 2			
B1-2 2 0	***Erstattungen bei Schaf- und Ziegenfleisch*** Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
B1-2 2 1	***Interventionen in Form von Einlagerung von Schaf- und Ziegenfleisch***			
B1-2 2 1 0	Private Lagerhaltung Nichtgetrennte Mittel	43 000 000	69 000 000	0,—
B1-2 2 1 9	Sonstige Interventionen Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
	Artikel B1-2 2 1 insgesamt	43 000 000	69 000 000	0,—

KOMMISSION
Teileinzelplan B1
(EAGFL — Garantie)

KAPITEL B1-2 1 — RINDFLEISCH *(Fortsetzung)*

KAPITEL B1-2 2 — SCHAF- UND ZIEGENFLEISCH

Artikel Posten	Erläuterungen
B1-2 1 2	*(Fortsetzung)*
B1-2 1 2 1	Verordnung (EWG) Nr. 805/68 vom 27. Juni 1968 über die gemeinsame Marktorganisation für Rindfleisch (ABl. Nr. L 148 vom 28. 6. 1968, S. 24), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1628/91 (ABl. Nr. L 150 vom 15. 6. 1991, S. 16). Veranschlagt sind Mittel zur Deckung von Sonderprämien für Rindfleischerzeuger gemäß Artikel 4a der Verordnung (EWG) Nr. 805/68.
B1-2 1 2 2	Verordnung (EWG) Nr. 1346/86 des Rates vom 6. Mai 1986 über die Gewährung einer Kalbungsprämie in Griechenland, Irland, Italien und Nordirland sowie die Gewährung einer zusätzlichen einzelstaatlichen Prämie in Italien (ABl. Nr. L 119 vom 8. 5. 1986, S. 39), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 467/87 (ABl. Nr. L 48 vom 17. 2. 1987, S. 1). Da diese Regelung nicht mehr anwendbar ist, sind nur noch Restausgaben in diesen Posten einsetzbar.
B1-2 1 2 3	Verordnung (EWG) Nr. 1347/86 des Rates vom 6. Mai 1986 über die Gewährung einer Prämie bei der Schlachtung bestimmter ausgewachsener Rinder im Vereinigten Königreich (ABl. Nr. L 119 vom 8. 5. 1986, S. 40), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 467/87 (ABl. Nr. L 48 vom 17. 2. 1987, S. 1). Da diese Regelung nicht mehr anwendbar ist, sind nur noch Restausgaben in diesen Posten einsetzbar.
B1-2 1 2 9	Verordnung (EWG) Nr. 805/68 des Rates vom 27. Juni 1968 über die gemeinsame Marktorganisation für Rindfleisch (ABl. Nr. L 148 vom 28. 6. 1968, S. 24), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1628/91 (ABl. Nr. L 150 vom 15. 6. 1991, S. 16). Dieser Posten ist zur Deckung anderer Interventionen bestimmt, insbesondere Interventionen aufgrund von Artikel 22a der Verordnung (EWG) Nr. 805/68.
B1-2 2 0	Verordnung (EWG) Nr. 3013/89 des Rates vom 25. September 1989 über die gemeinsame Marktorganisation für Schaf- und Ziegenfleisch (ABl. Nr. L 289 vom 7. 10. 1989, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1741/91 (ABl. Nr. L 163 vom 26. 6. 1991, S. 41). Dieser Artikel ist zur Deckung der Erstattungen bei der Ausfuhr gemäß Artikel 16 der Verordnung (EWG) Nr. 3013/89 bestimmt.
B1-2 2 1	Verordnung (EWG) Nr. 3013/89 des Rates vom 25. September 1989 über die gemeinsame Marktorganisation für Schaf- und Ziegenfleisch (ABl. Nr. L 289 vom 7. 10. 1989, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1741/91 (ABl. Nr. L 163 vom 26. 6. 1991, S. 41).
B1-2 2 1 0	Veranschlagt sind Mittel für die Ausgaben für die private Lagerhaltung gemäß Artikel 6 der Verordnung (EWG) Nr. 3013/89.
B1-2 2 1 9	Dieser Posten ist zur Deckung anderer Lagerkosten, insbesondere der Ausgaben für die Lagerhaltung gemäß Artikel 26 der Verordnung (EWG) Nr. 3013/89, bestimmt.

KOMMISSION
Teileinzelplan B1
(EAGFL — Garantie)

KAPITEL B1-2 2 — SCHAF- UND ZIEGENFLEISCH *(Fortsetzung)*

KAPITEL B1-2 3 — SCHWEINEFLEISCH

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
B1-2 2 2	***Andere Interventionen als Lagerung von Schaf- und Ziegenfleisch***			
B1-2 2 2 0	Prämien für Mutterschafe und Ziegen Nichtgetrennte Mittel	1 757 000 000	1 509 000 000	
B1-2 2 2 1	Schlachtprämien Nichtgetrennte Mittel	21 000 000	129 000 000	1 452 340 418,18 (1)
B1-2 2 2 9	Sonstige Interventionen Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
	Artikel B1-2 2 2 insgesamt	1 778 000 000	1 638 000 000	1 452 340 418,18
	KAPITEL B1-2 2 INSGESAMT	1 821 000 000	1 707 000 000	1 452 340 418,18
	KAPITEL B1-2 3			
B1-2 3 0	***Erstattungen bei Schweinefleisch*** Nichtgetrennte Mittel	193 000 000	230 000 000	174 000 230,60
B1-2 3 1	***Interventionen bei Schweinefleisch*** Nichtgetrennte Mittel	45 000 000	50 000 000	72 898 995,57
B1-2 3 9	***Sonstige Interventionen*** Nichtgetrennte Mittel	25 000 000	p.m.	
	KAPITEL B1-2 3 INSGESAMT	263 000 000	280 000 000	246 899 226,17

(1) Gemeinsamer Betrag der Posten B1-2 2 2 0 und B1-2 2 2 1.

KOMMISSION
Teileinzelplan B1
(EAGFL — Garantie)

KAPITEL B1-2 2 — SCHAF- UND ZIEGENFLEISCH *(Fortsetzung)*

KAPITEL B1-2 3 — SCHWEINEFLEISCH

Artikel Posten	Erläuterungen
B1-2 2 2	Verordnung (EWG) Nr. 3013/89 des Rates von 25. September 1989 über die gemeinsame Marktorganisation für Schaf- und Ziegenfleisch (ABl. Nr. L 289 vom 7. 10. 1989, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1741/91 (ABl. Nr. L 163 vom 26. 6. 1991, S. 41).
B1-2 2 2 0	Veranschlagt sind Mittel für die Einkommensprämien gemäß Artikel 5 der Verordnung (EWG) Nr. 3013/89.
B1-2 2 2 1	Veranschlagt sind Mittel für die Schlachtprämie gemäß Artikel 24 der Verordnung (EWG) Nr. 3013/89.
B1-2 2 2 9	Veranschlagt sind Mittel zur Deckung anderer Interventionen, insbesondere gemäß Artikel 26 der Verordnung (EWG) Nr. 3013/89 (mit Ausnahme der Lagerkosten, vgl. Posten B1-2 2 1 9).
B1-2 3 0	Verordnung (EWG) Nr. 2759/75 des Rates vom 29. Oktober 1975 über die gemeinsame Marktorganisation für Schweinefleisch (ABl. Nr. L 282 vom 1. 11. 1975, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1744/91 (ABl. Nr. L 163 vom 26. 6. 1991, S. 45). Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Erstattungen bei der Ausfuhr gemäß Artikel 15 der Verordnung (EWG) Nr. 2759/75.
B1-2 3 1	Verordnung (EWG) Nr. 2759/75 des Rates vom 29. Oktober 1975 über die gemeinsame Marktorganisation für Schweinefleisch (ABl. Nr. L 282 vom 1. 11. 1975, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1744/91 (ABl. Nr. L 163 vom 26. 6. 1991, S. 45). Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Ausgaben für die Lagerhaltung gemäß den Artikeln 3 bis 6 der Verordnung (EWG) Nr. 2759/75.
B1-2 3 9	Verordnung (EWG) Nr. 2759/75 des Rates vom 29. Oktober 1975 über die gemeinsame Marktorganisation für Schweinefleisch (ABl. Nr. L 282 vom 1. 11. 1975, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1744/91 (ABl. Nr. L 163 vom 26. 6. 1991, S. 45). Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Ausgaben für sonstigte gemäß Artikel 20 der Verordnung (EWG) Nr. 2759/75 beschlossene Maßnahmen.

KOMMISSION
Teileinzelplan B1
(EAGFL — Garantie)

KAPITEL B1-2 4 — EIER UND GEFLÜGEL

KAPITEL B1-2 5 — SONSTIGE MASSNAHMEN ZUGUNSTEN DER TIERISCHEN ERZEUGNISSE

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
	KAPITEL B1-2 4			
B1-2 4 0	***Erstattungen bei Eiern*** Nichtgetrennte Mittel	47 000 000	53 000 000	33 116 219,04
B1-2 4 1	***Erstattungen bei Geflügel*** Nichtgetrennte Mittel	212 000 000	220 000 000	145 371 601,50
B1-2 4 9	***Sonstige Interventionen*** Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	
	KAPITEL B1-2 4 INSGESAMT	259 000 000	273 000 000	178 487 820,54
	KAPITEL B1-2 5			
B1-2 5 0	***Wandertierhaltung*** Nichtgetrennte Mittel	1 000 000	1 000 000	364 883,02
B1-2 5 1	***Programm zur Lösung der spezifisch auf die Abgelegenheit und Insellage zurückzuführenden Probleme — Teil „Tierische Erzeugnisse“***			
B1-2 5 1 0	POSEIDOM Nichtgetrennte Mittel	3 000 000	3 000 000	0,—
B1-2 5 1 1	POSEIMA Nichtgetrennte Mittel	10 000 000		

KOMMISSION
Teileinzelplan B1
(EAGFL — Garantie)

KAPITEL B1-24 — EIER UND GEFLÜGEL

KAPITEL B1-25 — SONSTIGE MASSNAHMEN ZUGUNSTEN DER TIERISCHEN ERZEUGNISSE

Artikel Posten	Erläuterungen
B1-240	Verordnung (EWG) Nr. 2771/75 des Rates vom 29. Oktober 1975 über die gemeinsame Marktorganisation für Eier (ABl. Nr. L 282 vom 1. 11. 1975, S. 49), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1235/89 (ABl. Nr. L 128 vom 11. 5. 1989, S. 29), insbesondere Artikel 9.
B1-241	Verordnung (EWG) Nr. 2777/75 des Rates vom 29. Oktober 1975 über die gemeinsame Marktorganisation für Geflügelfleisch (ABl. Nr. L 282 vom 1. 11. 1975, S. 77), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1235/89 (ABl. Nr. L 128 vom 11. 5. 1989, S. 29), insbesondere Artikel 9.
B1-249	Verordnung (EWG) Nr. 2771/75 des Rates vom 29. Oktober 1975 über die gemeinsame Marktorganisation für Eier (ABl. Nr. L 282 vom 1. 11. 1975, S. 49), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1235/89 (ABl. Nr. L 128 vom 11. 5. 1989, S. 29). Verordnung (EWG) Nr. 2777/75 des Rates vom 29. Oktober 1975 über die gemeinsame Marktorganisation für Geflügelfleisch (ABl. Nr. L 282 vom 1. 11. 1975, S. 77), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1235/89 (ABl. Nr. L 128 vom 11. 5. 1989, S. 29). Dieser Posten ist zur Deckung der Ausgaben für weitere gemäß Artikel 14 der Verordnung (EWG) Nr. 2771/75 und Artikel 14 der Verordnung (EWG) Nr. 2777/75 beschlossene Maßnahmen bestimmt.
B1-250	Verordnung (EWG) Nr. 764/85 des Rates vom 12. März 1985 zur Einführung einer Beihilfe für die Wandertierhaltung von Schafen, Ziegen und Rindern in Griechenland (ABl. Nr. L 86 vom 27. 3. 1985, S. 4).
B1-251	Die Mittel dieses Artikels sind zur Deckung der im Agrarsektor entstehenden Ausgaben aufgrund der neuen Maßnahmen zum Ausgleich der abgeschiedenen geographischen Lage bestimmter Gebiete bestimmt. Er umfaßt die für die tierischen Erzeugnisse getroffenen Maßnahmen. Für die pflanzlichen Erzeugnisse sind die Maßnahmen in Artikel B1-1 8 3 aufgeführt.
B1-2510	*Vormals Artikel B1-251* Beschluß 89/687/EWG des Rates vom 22. Dezember 1989 zur Einführung eines Programms zur Lösung der spezifisch auf die Abgelegenheit und Insellage der französischen überseeischen Departements zurückzuführenden Probleme (POSEIDOM) (ABl. Nr. L 399 vom 30. 12. 1989, S. 39). Vorschlag für eine Verordnung (EWG) des Rates, von der Kommission vorgelegt am 23. Mai 1991, mit Sondermaßnahmen für bestimmte Agrarerzeugnisse zugunsten der französischen überseeischen Departements (ABl. Nr. C 149 vom 8. 6. 1991, S. 6).
B1-2511	*Neuer Posten* Beschluß 91/315/EWG des Rates vom 26. Juni 1991 über ein Programm zur Lösung der spezifisch auf die Abgelegenheit und Insellage Madeiras und der Azoren zurückzuführenden Probleme (POSEIMA) (ABl. Nr. L 171 vom 29. 6. 1991, S. 10).

KOMMISSION
Teileinzelplan B1
(EAGFL — Garantie)

KAPITEL B1-2 5 — SONSTIGE MASSNAHMEN ZUGUNSTEN DER TIERISCHEN ERZEUGNISSE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
B1-2 5 1	*(Fortsetzung)*			
B1-2 5 1 2	POSEICAN			
	Nichtgetrennte Mittel	8 000 000		
	Artikel B1-2 5 1 insgesamt	21 000 000	3 000 000	0,—
B1-2 5 3	***Bekämpfung von Tierseuchen***			
	Nichtgetrennte Mittel	p.m.		
B1-2 5 9	***Sonstige***			
	Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	
	KAPITEL B1-2 5 INSGESAMT	22 000 000	4 000 000	364 883,02
	Titel B1-2 insgesamt	**12 696 000 000**	**10 124 000 000**	**9 667 165 552,05**

KOMMISSION
Teileinzelplan B1
(EAGFL — Garantie)

KAPITEL B1-2 5 — SONSTIGE MASSNAHMEN ZUGUNSTEN DER TIERISCHEN ERZEUGNISSE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B1-2 5 1	*(Fortsetzung)*
B1-2 5 1 2	*Neuer Posten* Beschluß 91/314/EWG des Rates vom 26. Juni 1991 zur Einführung eines Programms zur Lösung der spezifisch auf die Abgelegenheit und Insellage der Kanarischen Inseln zurückzuführenden Probleme (POSEICAN) (ABl. Nr. L 171 vom 29. 6. 1991, S. 5).
B1-2 5 3	*Neuer Artikel* Entscheidung 90/424/EWG des Rates vom 26. Juni 1990 über bestimmte Ausgaben im Veterinärbereich (ABl. Nr. L 224 vom 18. 8. 1990, S. 19). Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Ausgaben für Maßnahmen zur Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche im Fall eines schwerwiegenden Ausbruchs gemäß den Artikeln 11 und 15 der Entscheidung 90/424/EWG.

KOMMISSION
Teileinzelplan B1
(EAGFL — Garantie)

TITEL B1-3

NEBENAUSGABEN

KAPITEL B1-3 0 — ERSTATTUNGEN BEI WAREN AUS DER VERARBEITUNG LANDWIRTSCHAFTLICHER ERZEUGNISSE

KAPITEL B1-3 1 — BEITRITTSAUSGLEICHSBETRÄGE IM INNERGEMEINSCHAFTLICHEN HANDEL

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
	KAPITEL B1-3 0			
B1-3 0 0	***Erstattungen für in Form von bestimmten alkoholischen Getränken ausgeführtes Getreide*** Nichtgetrennte Mittel	72 000 000	58 000 000	42 278 361,77
B1-3 0 1	***Erstattungen bei Waren aus der Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse*** Nichtgetrennte Mittel	600 000 000	666 000 000	469 211 707,—
	KAPITEL B1-3 0 INSGESAMT	672 000 000	724 000 000	511 490 068,77
	KAPITEL B1-3 1			
B1-3 1 0	***Beitrittsausgleichsbeträge im innergemeinschaftlichen Handel*** Nichtgetrennte Mittel	37 000 000	35 000 000 (1)	36 622 900,53
	KAPITEL B1-3 1 INSGESAMT	37 000 000	35 000 000	36 622 900,53

(1) Es werden Mittel in Höhe von 2 000 000 ECU in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

KOMMISSION
Teileinzelplan B1
(EAGFL — Garantie)

TITEL B1-3

NEBENAUSGABEN

KAPITEL B1-30 — ERSTATTUNGEN BEI WAREN AUS DER VERARBEITUNG LANDWIRTSCHAFTLICHER ERZEUGNISSE

KAPITEL B1-31 — BEITRITTSAUSGLEICHSBETRÄGE IM INNERGEMEINSCHAFTLICHEN HANDEL

Artikel Posten	Erläuterungen
B1-300	Verordnung (EWG) Nr. 2727/75 des Rates vom 29. Oktober 1975 über die gemeinsame Marktorganisation für Getreide (ABl. Nr. L 281 vom 1. 11. 1975, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1340/90 (ABl. Nr. L 134 vom 28. 5. 1990, S. 1). Veranschlagt sind Mittel für Erstattungen für Getreide, das in Form von bestimmten alkoholischen Getränken ausgeführt wird, gemäß Artikel 16 der Verordnung (EWG) Nr. 2727/75.
B1-301	Verordnung (EWG) Nr. 3033/80 des Rates vom 11. November 1980 zur Festlegung der Handelsregelung für bestimmte aus landwirtschaftlichen Erzeugnissen hergestellte Waren (ABl. Nr. L 323 vom 29. 11. 1980, S. 1). Verordnung (EWG) Nr. 3035/80 des Rates vom 11. November 1980 zur Festlegung der allgemeinen Regeln für die Gewährung von Ausfuhrerstattungen und der Kriterien zur Festsetzung des Erstattungsbetrags für bestimmte landwirtschaftliche Erzeugnisse, die in Form von nicht unter Anhang II des Vertrages fallenden Waren ausgeführt werden (ABl. Nr. L 323 vom 29. 11. 1980, S. 27), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 3381/90 (ABl. Nr. L 327 vom 27. 11. 1990, S. 4). Veranschlagt sind Mittel zur Finanzierung der Erstattungen für Waren aus der Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse im Sinne der Verordnung (EWG) Nr. 3033/80.
B1-310	Akte vom 12. Juni 1985 über die Bedingungen des Beitritts des Königreichs Spanien und der Portugiesischen Republik und die Anpassungen der Verträge (ABl. Nr. L 302 vom 15. 11. 1985, S. 23). Veranschlagt sind Mittel für die Beitrittsausgleichsbeträge gemäß den Artikeln 72 und 240 der Akte über den Beitritt Spaniens und Portugals.

KOMMISSION
Teileinzelplan B1
(EAGFL — Garantie)

KAPITEL B1-3 2 — IM HANDEL MIT LANDWIRTSCHAFTLICHEN ERZEUGNISSEN ERHOBENE ODER GEWÄHRTE WÄHRUNGSAUSGLEICHSBETRÄGE

KAPITEL B1-3 3 — ERSTATTUNGEN FÜR NAHRUNGSMITTELHILFEAKTIONEN DER GEMEINSCHAFT

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
	KAPITEL B1-3 2			
B1-3 2 0	***Währungsausgleichsbeträge im innergemeinschaftlichen Handel***			
B1-3 2 0 0	Von den einführenden Mitgliedstaaten (mit niedriger bewerteter Währung) bei der Einfuhr gewährte Währungsausgleichsbeträge Nichtgetrennte Mittel	10 000 000	56 000 000	205 910 576,—
B1-3 2 0 1	Von den ausführenden Mitgliedstaaten bei der Einfuhr für Rechnung der einführenden Mitgliedstaaten (mit niedriger bewerteter Währung) gewährte Währungsausgleichsbeträge Nichtgetrennte Mittel	p.m.	197 000 000	158 817 784,92
B1-3 2 0 2	Von den einführenden Mitgliedstaaten (mit höher bewerteter Währung) bei der Einfuhr erhobene Währungsausgleichsbeträge Nichtgetrennte Mittel	– 21 000 000	– 7 000 000	– 19 287 793,32
B1-3 2 0 3	Von den ausführenden Mitgliedstaaten (mit höher bewerteter Währung) bei der Ausfuhr gewährte Währungsausgleichsbeträge Nichtgetrennte Mittel	26 000 000	6 000 000	15 318 399,08
B1-3 2 0 4	Von den ausführenden Mitgliedstaaten (mit niedriger bewerteter Währung) bei der Ausfuhr erhobene Währungsausgleichsbeträge Nichtgetrennte Mittel	– 3 000 000	– 105 000 000	– 165 909 493,67
	Artikel B1-3 2 0 insgesamt	12 000 000	147 000 000	194 849 473,01
B1-3 2 1	***Währungsausgleichsbeträge im Handel mit Drittländern***			
B1-3 2 1 0	Die Abschöpfung überschreitender Teil der bei der Einfuhr (in Mitgliedstaaten mit niedriger bewerteter Währung) gewährten Währungsausgleichsbeträge Nichtgetrennte Mittel	p.m.	54 000 000	76 172 460,02
B1-3 2 1 1	Von den ausführenden Mitgliedstaaten (mit höher bewerteter Währung) bei der Ausfuhr gewährte Währungsausgleichsbeträge Nichtgetrennte Mittel	24 000 000	9 000 000	– 136 000,65
	Artikel B1-3 2 1 insgesamt	24 000 000	63 000 000	76 036 459,37
	KAPITEL B1-3 2 INSGESAMT	36 000 000	210 000 000	270 885 932,38
	KAPITEL B1-3 3			
B1-3 3 0	***Erstattungen für Nahrungsmittelhilfeaktionen (Getreide)*** Nichtgetrennte Mittel	156 000 000	128 000 000	56 464 971,07

KOMMISSION
Teileinzelplan B1
(EAGFL — Garantie)

KAPITEL B1-32 — IM HANDEL MIT LANDWIRTSCHAFTLICHEN ERZEUGNISSEN ERHOBENE ODER GEWÄHRTE WÄHRUNGSAUSGLEICHSBETRÄGE

KAPITEL B1-33 — ERSTATTUNGEN FÜR NAHRUNGSMITTELHILFEAKTIONEN DER GEMEINSCHAFT

Artikel Posten	Erläuterungen
B1-320	Verordnung (EWG) Nr. 1677/85 des Rates vom 11. Juni 1985 über die Währungsausgleichsbeträge im Agrarsektor (ABl. Nr. L 164 vom 24. 6. 1985, S. 6), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 2205/90 (ABl. Nr. L 201 vom 31. 7. 1990, S. 9).
B1-3200	Währungsausgleichsbeträge bei der Einfuhr werden bei der Einfuhr in die Mitgliedstaaten mit niedriger bewerteter Währung gewährt.
B1-3201	Währungsausgleichsbeträge bei der Einfuhr in Mitgliedstaaten mit niedriger bewerteter Währung können von den ausführenden Mitgliedstaaten gemäß Artikel 10 der Verordnung (EWG) Nr. 1677/85 gewährt werden. Es handelt fast ausschließlich um Einfuhren des Vereinigten Königreichs aus den anderen Mitgliedstaaten.
B1-3202	Währungsausgleichsbeträge bei der Einfuhr werden gemäß Artikel 2 der Verordnung (EWG) Nr. 1677/85 bei der Einfuhr in die Mitgliedstaaten mit höher bewerteter Währung erhoben.
B1-3203	Währungsausgleichsbeträge bei der Ausfuhr werden gemäß Artikel 2 der Verordnung (EWG) Nr. 1677/85 bei der Ausfuhr aus den Mitgliedstaaten mit höher bewerteter Währung gewährt.
B1-3204	Währungsausgleichsbeträge bei der Ausfuhr werden gemäß Artikel 2 der Verordnung (EWG) Nr. 1677/85 bei der Ausfuhr aus den Mitgliedstaaten mit niedriger bewerteter Währung erhoben.
B1-321	Verordnung (EWG) Nr. 1677/85 des Rates vom 11. Juni 1985 über die Währungsausgleichsbeträge im Agrarsektor (ABl. Nr. L 164 vom 24. 6. 1985, S. 6), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 2205/90 (ABl. Nr. L 201 vom 31. 7. 1990, S. 9).
B1-3210	Der die Einfuhrabschöpfung überschreitende Teil der Ausgleichsbeträge geht gemäß Artikel 11 der Verordnung (EWG) Nr. 1677/85 zu Lasten des EAGFL.
B1-3211	Veranschlagt sind Mittel für Währungsausgleichsbeträge, die für Ausfuhren nach dritten Ländern gewährt werden. Die Währungsausgleichsbeträge, die die Mitgliedstaaten mit niedriger bewerteter Währung gemäß Verordnung (EWG) Nr. 1677/85 von den Erstattungen nach dritten Ländern abziehen, werden weiterhin in Abzug von den Erstattungen in den betreffenden Sektoren verbucht, da die gesonderte Verbuchung auf große praktische Schwierigkeiten stößt.
B1-330	Verordnung (EWG) Nr. 3972/86 des Rates vom 22. Dezember 1986 über die Nahrungsmittelhilfepolitik und -verwaltung (ABl. Nr. L 370 vom 30. 12. 1986, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1930/90 (ABl. Nr. L 174 vom 7. 7. 1990, S. 6), insbesondere Artikel 5.

KOMMISSION
Teileinzelplan B1
(EAGFL — Garantie)

KAPITEL B1-33 — ERSTATTUNGEN FÜR NAHRUNGSMITTELHILFEAKTIONEN DER GEMEINSCHAFT *(Fortsetzung)*

KAPITEL B1-34 — DEN MITGLIEDSTAATEN INFOLGE DER REFORM DES SYSTEMS ZUR FINANZIERUNG DER AUSGABEN DES EAGFL, ABTEILUNG GARANTIE, ZU ZAHLENDE ZINSEN

KAPITEL B1-35 — VERTEILUNG VON LANDWIRTSCHAFTLICHEN ERZEUGNISSEN AN STARK BENACHTEILIGTE PERSONEN IN DER GEMEINSCHAFT

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
B1-331	***Erstattungen für Nahrungsmittelhilfeaktionen (Reis)*** Nichtgetrennte Mittel	18 000 000	17 000 000	9 137 735,34
B1-332	***Erstattungen für Nahrungsmittelhilfeaktionen (Zucker)*** Nichtgetrennte Mittel	7 000 000	2 000 000	2 806 115,44
B1-333	***Erstattungen für Nahrungsmittelhilfeaktionen (Pflanzliches Öl/Olivenöl)*** Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	1 366 133,03
B1-334	***Erstattungen für Nahrungsmittelhilfeaktionen (Magermilchpulver)*** Nichtgetrennte Mittel	96 000 000	92 000 000	14 384 891,39
B1-335	***Erstattungen für Nahrungsmittelhilfeaktionen (Butteroil)*** Nichtgetrennte Mittel	21 000 000	44 000 000	1 410 828,50
	KAPITEL B1-33 INSGESAMT	298 000 000	283 000 000	85 570 674,77
	KAPITEL B1-34			
B1-340	***Den Mitgliedstaaten infolge der Reform des Systems zur Finanzierung der Ausgaben des Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft, Abteilung Garantie, zu zahlende Zinsen*** Nichtgetrennte Mittel	96 000 000	60 000 000	66 565 655,94
	KAPITEL B1-34 INSGESAMT	96 000 000	60 000 000	66 565 655,94
	KAPITEL B1-35			
B1-350	***Verteilung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen an stark benachteiligte Personen in der Gemeinschaft*** Nichtgetrennte Mittel	150 000 000	150 000 000	136 942 030,27
	KAPITEL B1-35 INSGESAMT	150 000 000	150 000 000	136 942 030,27

KOMMISSION

Teileinzelplan B1
(EAGFL — Garantie)

KAPITEL B1-33 — ERSTATTUNGEN FÜR NAHRUNGSMITTELHILFEAKTIONEN DER GEMEINSCHAFT *(Fortsetzung)*

KAPITEL B1-34 — DEN MITGLIEDSTAATEN INFOLGE DER REFORM DES SYSTEMS ZUR FINANZIERUNG DER AUSGABEN DES EAGFL, ABTEILUNG GARANTIE, ZU ZAHLENDE ZINSEN

KAPITEL B1-35 — VERTEILUNG VON LANDWIRTSCHAFTLICHEN ERZEUGNISSEN AN STARK BENACHTEILIGTE PERSONEN IN DER GEMEINSCHAFT

Artikel Posten	Erläuterungen
B1-331	Verordnung (EWG) Nr. 3972/86 des Rates vom 22. Dezember 1986 über die Nahrungsmittelhilfepolitik und -verwaltung (ABl. Nr. L 370 vom 30. 12. 1986, S. 1), insbesondere Artikel 5.
B1-332	Verordnung (EWG) Nr. 3972/86 des Rates vom 22. Dezember 1986 über die Nahrungsmittelhilfepolitik und -verwaltung (ABl. Nr. L 370 vom 30. 12. 1986, S. 1), insbesondere Artikel 5.
B1-333	Verordnung (EWG) Nr. 3972/86 des Rates vom 22. Dezember 1986 über die Nahrungsmittelhilfepolitik und -verwaltung (ABl. Nr. L 370 vom 30. 12. 1986, S. 1), insbesondere Artikel 5.
B1-334	Verordnung (EWG) Nr. 3972/86 des Rates vom 22. Dezember 1986 über die Nahrungsmittelhilfepolitik und -verwaltung (ABl. Nr. L 370 vom 30. 12. 1986, S. 1), insbesondere Artikel 5.
B1-335	Verordnung (EWG) Nr. 3972/86 des Rates vom 22. Dezember 1986 über die Nahrungsmittelhilfepolitik und -verwaltung (ABl. Nr. L 370 vom 30. 12. 1986, S. 1), insbesondere Artikel 5.
B1-340	Verordnung (EWG) Nr. 729/70 des Rates vom 21. April 1970 über die Finanzierung der gemeinsamen Agrarpolitik (ABl. Nr. L 94 vom 28. 4. 1970, S. 13), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 2048/88 (ABl. Nr. L 185 vom 15. 7. 1988, S. 1), insbesondere Artikel 5a. Dieser Artikel ist dazu bestimmt, die etwaige Zahlung von Zinsen an diejenigen Mitgliedstaaten zu ermöglichen, die bei der Einführung dieses neuen Systems auf Schwierigkeiten stoßen, wobei diese Zinsen auf der Grundlage der einzelstaatlichen Mittel berechnet werden, die für die Vorfinanzierung der den Zahlstellen entstehenden Ausgaben bereitgestellt werden.
B1-350	Verordnung (EWG) Nr. 3730/87 des Rates vom 10. Dezember 1987 zur Einführung der Grundregeln für die Lieferung von Nahrungsmitteln aus Interventionsbeständen an bestimmte Einrichtungen zur Verteilung an stark benachteiligte Personen in der Gemeinschaft (ABl. Nr. L 352 vom 15. 12. 1987, S. 1).

KOMMISSION

Teileinzelplan B1
(EAGFL — Garantie)

KAPITEL B1-3 6 — MASSNAHMEN ZUR BETRUGSBEKÄMPFUNG IM BEREICH DES EUROPÄISCHEN AUSRICHTUNGS- UND GARANTIEFONDS FÜR DIE LANDWIRTSCHAFT, ABTEILUNG GARANTIE

KAPITEL B1-3 7 — RECHNUNGSABSCHLUSS FÜR FRÜHERE HAUSHALTSJAHRE UND RESTMITTEL

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
	KAPITEL B1-3 6			
B1-3 6 0	***Maßnahmen zur Betrugsbekämpfung im Bereich des Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft, Abteilung Garantie*** Nichtgetrennte Mittel	21 000 000 (1)	21 000 000	3 000 000,—
B1-3 6 1	***Zentralisiertes System für die Verfolgung der Entwicklung der Agrarmärkte*** Nichtgetrennte Mittel	3 000 000		
	KAPITEL B1-3 6 INSGESAMT	24 000 000	21 000 000	3 000 000,—
	KAPITEL B1-3 7			
B1-3 7 0	***Rechnungsabschluß für frühere Haushaltsjahre und Restmittel*** Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	−377 870 873,38

(1) Es werden Mittel in Höhe von 15 000 000 ECU in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

KOMMISSION
Teileinzelplan B1
(EAGFL — Garantie)

KAPITEL B1-36 — MASSNAHMEN ZUR BETRUGSBEKÄMPFUNG IM BEREICH DES EUROPÄISCHEN AUSRICHTUNGS- UND GARANTIEFONDS FÜR DIE LANDWIRTSCHAFT, ABTEILUNG GARANTIE

KAPITEL B1-37 — RECHNUNGSABSCHLUSS FÜR FRÜHERE HAUSHALTSJAHRE UND RESTMITTEL

Artikel Posten	Erläuterungen
B1-360	Verordnung Nr. 386/90 des Rates vom 12. Februar 1990 über die Kontrolle der Zahlung bei der Ausfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse für die Erstattungen oder andere Zahlungen geleistet werden (ABl. Nr. L 42 vom 16. 2. 1990, S. 6). Verordnung (EWG) Nr. 307/91 des Rates vom 4. Februar 1991, zur Verstärkung der Kontrollen bestimmter Ausgaben zu Lasten des Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft, Abteilung Garantie (ABl. Nr. L 37 vom 9. 2. 1991, S. 5). Verordnung (EWG) Nr. 595/91 des Rates vom 4. März 1991 betreffend Umregelmäßigkeiten und die Wiedereinziehung zu Unrecht gezahlter Beträge im Rahmen der Finanzierung der gemeinsamen Agrarpolitik sowie die Einrichtung eines einschlägigen Informationssystems und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 283/72 (ABl. Nr. L 67 vom 14. 3. 1991, S. 11). Veranschlagt sind Mittel zur Deckung: — der Beteiligung an den Ausgaben aufgrund der Verstärkung und Erweiterung der Kontrolldienststellen, — des finanziellen Beitrags zu den Kosten für die Wiedereinziehung zu Unrecht gezahlter Beträge, — der Mitfinanzierung der Ausgaben und/oder der Verpflichtung zur Übernahme von Vertragskosten in gerechtfertigten Fällen (z.B. Kontrolle im Bereich der Ausfuhrerstattungen, der Nichteinlösungen und der Interventionen in Form von Lagerhaltung, usw.). Mit diesen Mitteln werden neue Kontrollmaßnahmen, die für das Funktionieren speziell festgelegter Marktorganisationen erforderlich sind, finanziert. Die Kommission plant drei neue Maßnahmen, und zwar: — zur Verstärkung der durch Überwachungsgesellschaften durchzuführenden Kontrollen der Wareneinfuhren in Drittländer im Fall der Zahlung differenzierter Erstattungen; — zur Errichtung eines Betriebsinhaberregisters in jedem Mitgliedstaat im Zusammenhang mit den Flächenbeihilfen; — zur Identifizierung der Rinder-, Schaf- und Ziegenbestände. Die letzteren beiden Maßnahmen sind Gegenstand eines Vorschlags an den Rat; für die erste wird eine Verordnung der Kommission ausgearbeitet.
B1-361	*Neuer Artikel* Diese Mittel sind zur Deckung der Ausgaben für eine Harmonisierung der Informatiksysteme der Kommission und der Mitgliedstaaten bestimmt, die darauf abzielt, einen raschen Austausch von Daten über die Entwicklung der Agrarmärkte sowie über deren finanzielle Auswirkungen zu ermöglichen.
B1-370	Verordnung (EWG) Nr. 729/70 des Rates vom 21. April 1970 über die Finanzierung der gemeinsamen Agrarpolitik (ABl. Nr. L 94 vom 28. 4. 1970, S. 13), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 2048/88 (ABl. Nr. L 185 vom 15. 7. 1988, S. 1). Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1).

KOMMISSION
Teileinzelplan B1
(EAGFL — Garantie)

KAPITEL B1-3 7 — RECHNUNGSABSCHLUSS FÜR FRÜHERE HAUSHALTSJAHRE UND RESTMITTEL *(Fortsetzung)*

KAPITEL B1-3 8 — AGRARMARKTBEZOGENE MASSNAHMEN ZUR ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
B1-3 7 0	*(Fortsetzung)*			
	KAPITEL B1-3 7 INSGESAMT	p.m.	p.m.	−377 870 873,38
	KAPITEL B1-3 8			
B1-3 8 0	***Differenzierung der Mechanismen der Agrarmärkte***			
B1-3 8 0 0	Beihilfe für Kleinerzeuger mit bestimmten Kulturen Nichtgetrennte Mittel	40 000 000	p.m.	0,—
B1-3 8 0 1	Förderung der Erzeugung herkömmlicher Getreidearten Nichtgetrennte Mittel	12 000 000	11 000 000	0,—
B1-3 8 0 2	Beihilfe für Baumwoll-Kleinerzeuger Nichtgetrennte Mittel	21 000 000	16 000 000	0,—
B1-3 8 0 3	Neuzuteilung von Milchquoten Nichtgetrennte Mittel	p.m.	202 000 000	0,—
B1-3 8 0 4	Mutterkuhprämien für Betriebe mit Milch- und Mutterkühen Nichtgetrennte Mittel	40 000 000	41 000 000	0,—

KOMMISSION
Teileinzelplan B1
(EAGFL — Garantie)

KAPITEL B1-37 — RECHNUNGSABSCHLUSS FÜR FRÜHERE HAUSHALTSJAHRE UND RESTMITTEL *(Fortsetzung)*

KAPITEL B1-38 — AGRARMARKTBEZOGENE MASSNAHMEN ZUR ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS

Artikel Posten	Erläuterungen
B1-370	*(Fortsetzung)* Dieser Artikel dient der Anwendung des Artikels 102 der Haushaltsordnung, wonach der etwaige Unterschied zwischen den Ausgaben, die in der Rechnung eines Haushaltsjahres erfaßt werden, und den von der Kommission beim Rechnungsabschluß gemäß Artikel 5 Absatz 2 Buchstabe b) der Verordnung (EWG) Nr. 729/70 anerkannten Ausgaben in der Rechnung des Haushaltsjahres ausgewiesen wird, in dem der Rechnungsabschluß vorgenommen wird.
	Mitteilung der Kommission vom 20. Oktober 1989 über Leitlinien für agrarmarktbezogene Maßnahmen zur Entwicklung des ländlichen Raums (SEK(89) 1717 endg.). Dieses Kapitel dient zur Deckung der Ausgaben zur Unterstützung der ländlichen Wirtschaft nach der Umgestaltung der gemeinsamen Agrarpolitik.
B1-380	
B1-3800	Verordnung (EWG) Nr. 1346/90 des Rates vom 14. Mai 1990 zur Einführung einer Beihilfe zugunsten der Kleinerzeuger mit bestimmten Kulturen (ABl. Nr. L 134 vom 28. 5. 1990, S. 10), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1482/91 der Kommission (ABl. Nr. L 138 vom 1. 6. 1991, S. 86). Verordnung (EWG) Nr. 3766/91 des Rates vom 12. Dezember 1991 zur Einführung einer Stützungsregelung für die Erzeuger von Sojabohnen, Raps- und Rübenssamen und Sonnenblumen (ABl. Nr. L 356 vom 24. 12. 1991, S. 17). Diese Mittel sind zur Deckung der Ausgaben aufgrund der Anwendung von Artikel 1 der Verordnung (EWG) Nr. 1346/90 bestimmt, mit der die Auswirkungen der Stabilisatoren auf die Kleinerzeuger, deren landwirtschaftliches Haupteinkommen aus dem Ackerbau stammt, abgeschwächt werden sollen.
B1-3801	Verordnung (EWG) Nr. 2727/75 des Rates vom 23. Oktober 1975 über die gemeinsame Marktorganisation für Getreide (ABl. Nr. L 281 vom 1. 11. 1975, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1340/90 (ABl. Nr. L 134 vom 28. 5. 1990, S. 1). Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Erzeugungsbeihilfe für bestimmte weniger verbreitete Getreidearten gemäß Artikel 10b der Verordnung (EWG) Nr. 2727/75.
B1-3802	Verordnung (EWG) Nr. 1152/90 des Rates vom 27. April 1990 zur Einführung einer Beihilferegelung für Baumwoll-Kleinerzeuger (ABl. Nr. L 116 vom 8. 5. 1990, S. 1). Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Ausgaben aufgrund der Anwendung der Verordnung (EWG) Nr. 1152/90, mit der die Auswirkungen der Stabilisatoren auf das Einkommen der Baumwoll-Kleinerzeuger abgeschwächt werden sollen.
B1-3803	Verordnung (EWG) Nr. 804/68 des Rates vom 27. Juni 1968 über die gemeinsame Marktorganisation für Milch und Milcherzeugnisse (ABl. Nr. L 148 vom 28. 6. 1968, S. 13), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 3879/89 (ABl. Nr. L 378 vom 27. 12. 1989, S. 1). Verordnung (EWG) Nr. 857/84 des Rates vom 31. März 1984 über Grundregeln für die Anwendung der Abgabe gemäß Artikel 5c der Verordnung (EWG) Nr. 804/68 im Sektor Milch und Milcherzeugnisse (ABl. Nr. L 90 vom 1. 4. 1984, S. 13), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1183/90 (ABl. Nr. L 119 vom 11. 5. 1990, S. 27). Dieser Posten ist zur Deckung der Ausgaben aufgrund der Anwendung von Artikel 3c der Verordnung (EWG) Nr. 857/84 bestimmt, mit dem die Milchquoten der Kleinerzeuger durch die Einführung eines neuen Systems für die Zuteilung der Milchquoten erhöht werden sollen. Die Mitgliedstaaten konnten den Erzeugern, die sich zur Einstellung der Milcherzeugung verpflichten, eine vor dem 7. Januar 1990 gezahlte Vergütung gewähren.
B1-3804	Verordnung (EWG) Nr. 1357/80 des Rates vom 5. Juni 1980 zur Einführung einer Prämienregelung für die Erhaltung des Mutterkuhbestands (ABl. Nr. L 140 vom 5. 6. 1980, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1187/90 (ABl. Nr. L 119 vom 11. 5. 1990, S. 34). Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Ausgaben aufgrund der Anwendung von Artikel 2a der Verordnung (EWG) Nr. 1357/80 mit dem die Mutterkuhprämienregelung auf alle Erzeuger ausgedehnt wird, die sowohl Milch- als auch Mutterkühe besitzen und deren Milcherzeugungsquote eine bestimmte Menge nicht überschreitet.

KOMMISSION
Teileinzelplan B1
(EAGFL — Garantie)

KAPITEL B1-3 8 — AGRARMARKTBEZOGENE MASSNAHMEN ZUR ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
B1-3 8 0	*(Fortsetzung)*			
B1-3 8 0 5	Mutterschafprämie in den benachteiligten Gebieten und den Berggebieten Nichtgetrennte Mittel	253 000 000	64 000 000	0,—
B1-3 8 0 9	Sonstige Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
	Artikel B1-3 8 0 insgesamt	366 000 000	334 000 000	0,—
B1-3 8 1	***Maßnahmen zur Qualitätsförderung*** Nichtgetrennte Mittel	20 000 000	p.m.	
B1-3 8 2	***Unterrichtung über die ländliche Entwicklung*** Nichtgetrennte Mittel	8 000 000	p.m.	
B1-3 8 9	***Sonstige Aktionen zur ländlichen Entwicklung*** Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	
	KAPITEL B1-3 8 INSGESAMT	394 000 000	334 000 000	0,—
	Titel B1-3 insgesamt	**1 707 000 000**	**1 817 000 000**	**733 206 389,28**

KOMMISSION
Teileinzelplan B1
(EAGFL — Garantie)

KAPITEL B1-38 — AGRARMARKTBEZOGENE MASSNAHMEN ZUR ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B1-380	*(Fortsetzung)*
B1-3805	Verordnung (EWG) Nr. 1323/90 des Rates vom 14. Mai 1990 zur Einführung einer Sonderbeihilfe für die Schaf- und Ziegenhaltung in bestimmten benachteiligten Gebieten der Gemeinschaft (ABl. Nr. L 132 vom 23. 5. 1990, S. 17). Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Ausgaben aufgrund der Anwendung der Verordnung (EWG) Nr. 1323/90, mit der die Auswirkungen der Stabilisatoren durch die Gewährung einer besonderen Beihilfe je Mutterschaf oder Ziege an die in den benachteiligten Gebieten und den Berggebieten ansässigen Schaf- und Ziegenfleischerzeuger abgeschwächt werden sollen.
B1-3809	Dieser Posten ist zur Deckung der Ausgaben aufgrund anderer Aktionen zur Differenzierung der Mechanismen der Agrarmärkte bestimmt.
B1-381	Vorschlag für eine Verordnung (EWG) des Rates, von der Kommission vorgelegt am 11. Dezember 1990, über Bescheinigungen besonderer Merkmale von Lebensmitteln (ABl. Nr. C 30 vom 6. 2. 1991, S. 4). Vorschlag für eine Verordnung (EWG) des Rates, von der Kommission vorgelegt am 21. Dezember 1990, zum Schutz geographischer Angaben und von Ursprungsbezeichnungen bei Agrarerzeugnissen und Lebensmitteln (ABl. Nr. C 30 vom 6. 2. 1991, S. 9). Diese Mittel sind zur Deckung der Ausgaben aufgrund von Maßnahmen zur Förderung der Qualität der landwirtschaftlichen Erzeugnisse und der Lebensmittel bestimmt.
B1-382	Vorschlag für eine Entscheidung des Rates, von der Kommission vorgelegt am 14. Juni 1990, über die Einrichtung eines Informationszentrennetzes für Maßnahmen zur Entwicklung des ländlichen Raums und der Agrarmärkte (MIRIAM) (ABl. Nr. C 158 vom 28. 6. 1990, S. 11). Dieser Artikel ist zur Deckung der Ausgaben bestimmt, die sich aus der Anwendung dieses Vorschlags ergeben.
B1-389	Diese Mittel sind zur Deckung der Ausgaben aufgrund sonstiger Aktionen zur agrarmarktbezogenen Entwicklung des ländlichen Raums bestimmt.

KOMMISSION
Teileinzelplan B1
(EAGFL — Garantie)

TITEL B1-4

FLÄCHENSTILLEGUNGEN

KAPITEL B1-4 0 — FLÄCHENSTILLEGUNGEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
	KAPITEL B1-4 0			
B1-4 0 0	***Normale Flächenstillegungen — Anteil der Abteilung Garantie*** Nichtgetrennte Mittel	180 000 000	100 000 000	21 152 744,68 (1)
B1-4 0 1	***Vorübergehende Flächenstillegung*** Nichtgetrennte Mittel	p.m.		
	KAPITEL B1-4 0 INSGESAMT	180 000 000	100 000 000	21 152 744,68
	Titel B1-4 insgesamt	**180 000 000**	**100 000 000**	**21 152 744,68**

(1) In Artikel 3 9 0 enthaltener Anteil der Abteilung Garantie (50 %).

KOMMISSION
Teileinzelplan B1
(EAGFL — Garantie)

TITEL B1-4

FLÄCHENSTILLEGUNGEN

KAPITEL B1-4 0 — FLÄCHENSTILLEGUNGEN

Artikel Posten	Erläuterungen
B1-4 0 0	Beschlüsse des Europäischen Rates vom 11. und 12. Februar 1988. Entscheidung 88/377/EWG des Rates vom 24. Juni 1988 betreffend die Haushaltsdisziplin (ABl. Nr. L 185 vom 15. 7. 1988, S. 29), insbesondere Artikel 3. Verordnung (EWG) Nr. 2328/91 des Rates vom 15. Juli 1991 zur Verbesserung der Effizienz der Agrarstruktur (ABl. Nr. L 218 vom 6. 8. 1991, S. 1). Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der finanziellen Beteiligung der Gemeinschaft an den Beihilfen gemäß Artikel 2 der Verordnung (EWG) Nr. 2328/91. Die finanzielle Beteiligung wird gemäß den Finanzierungsbestimmungen des Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft, Abteilung Garantie, gewährt. 50 % der Ausgaben gehen zu Lasten des Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft, Abteilung Garantie. Die 50 % zu Lasten der Abteilung Ausrichtung sind in Artikel B2-2 2 0 aufgeführt.
B1-4 0 1	*Neuer Artikel* Verordnung (EWG) Nr. 1703/91 des Rates vom 13. Juni 1991 zur Einführung einer Regelung zur vorübergehenden Flächenstillegung im Wirtschaftsjahr 1991/92 und zum Erlaß von Sondermaßnahmen für dieses Wirtschaftsjahr im Rahmen der Flächenstillegung nach der Verordnung (EWG) Nr. 797/85 (ABl. Nr. L 162 vom 26. 6. 1991, S. 1). Dieser Artikel ist zur Deckung der Ausgaben für die Prämien gemäß Artikel 2 Buchstabe a) der Verordnung (EWG) Nr. 1703/91 bestimmt. Die Mittel für die Erstattung der Mitverantwortungsabgabe für Getreide gemäß Artikel 2 Buchstabe b) dieser Verordnung sind in Posten B1-1 0 3 4 eingesetzt.

KOMMISSION
Teileinzelplan B1
(EAGFL — Garantie)

TITEL B1-5

WÄHRUNGSRESERVE

KAPITEL B1-5 0 — WÄHRUNGSRESERVE

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
	KAPITEL B1-5 0			
B1-5 0 0	***Währungsreserve*** Nichtgetrennte Mittel	1 000 000 000	1 000 000 000	0,—

KOMMISSION
Teileinzelplan B1
(EAGFL — Garantie)

TITEL B1-5

WÄHRUNGSRESERVE

KAPITEL B1-5 0 — WÄHRUNGSRESERVE

Artikel Posten	Erläuterungen
B1-5 0 0	Entscheidung 88/377/EWG des Rates vom 24. Juni 1988 betreffend die Haushaltsdisziplin (ABl. Nr. L 185 vom 15. 7. 1988, S. 29), insbesondere Artikel 10. Diese Rücklagen werden als vorläufige Mittel eingesetzt, um auf die Entwicklungen aufgrund erheblicher und unvorhergesehener Schwankungen des auf dem Markt festgestellten Wechselkurses zwischen dem US-Dollar und der Ecu gegenüber der im Haushaltsplan verwendeten Parität reagieren zu können (1 US-Dollar = 0,75 ECU). Sie gehören nicht zur Agrarleitlinie. Falls sich die Parität zwischen US-Dollar und Ecu günstig entwickelt, werden die von der Abteilung Garantie getätigten Einsparungen bis zu 1 Milliarde ECU nach den Rücklagen übertragen. Ist das Gegenteil der Fall, so werden Mittel aus den Rücklagen nach den von dieser Entwicklung betroffenen Haushaltslinien der Abteilung Garantie übertragen. Erst ab diesem Zeitpunkt werden die erforderlichen eigenen Mittel in Anspruch genommen.

KOMMISSION
Teileinzelplan B1
(EAGFL — Garantie)

KAPITEL B1-5 0 — WÄHRUNGSRESERVE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
B1-5 0 0	*(Fortsetzung)*			
	KAPITEL B1-5 0 INSGESAMT	1 000 000 000	1 000 000 000	0,—
	Titel B1-5 insgesamt	**1 000 000 000**	**1 000 000 000**	**0,—**
	Teileinzelplan B1 insgesamt	**36 022 000 000**	**32 419 000 000**	**25 069 146 372,73**

KOMMISSION
Teileinzelplan B1
(EAGFL — Garantie)

KAPITEL B1-5 0 — WÄHRUNGSRESERVE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B1-5 0 0	*(Fortsetzung)*

Es ist ein Freibetrag von 400 000 000 ECU vorgesehen, bei dessen Unterschreitung die Übertragungen nach oder aus den Rücklagen nicht stattfinden.

Allgemeine Beobachtungen

a) **Mittel des Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft, Abteilung Garantie, insgesamt**

Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
Europäischer Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft, Abteilung Garantie (Teileinzelplan B1)	36 039 000 000 (1) (2)	32 516 000 000 (1) (3)	25 069 146 372,73 (4)
Sonstige Mittel, die unter die Finanzierungsmodalitäten der Abteilung Garantie fallen (5):			
— Fischerei-Garantiefonds (Kapitel B2-9 0)	29 000 000	27 000 000	23 596 834,52
— Den Mitgliedstaaten zu erstattende Ausgaben für die beim Verkauf von Agrarerzeugnissen aus der öffentlichen Lagerhaltung und bei den besonderen Absatzmaßnahmen für Butter aus öffentlichen Lagerbeständen entstehenden Wertverluste (Kapitel B0-1 0)	810 000 000	810 000 000	1 360 707 370,11
Abteilung Garantie insgesamt	36 878 000 000 (1) (2)	33 353 000 000 (1) (3)	26 453 450 577,36 (4)

(1) Die für die Währungsreserve eingesetzten Mittel in Höhe von 1 Milliarde ECU sind nur unter den Bedingungen in den Erläuterungen zu Artikel B1-5 0 0 verfügbar.

(2) Davon sind 17 000 000 ECU in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

(3) Davon sind 97 000 000 ECU in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

(4) Davon 50 % des Betrags für die Stillegung landwirtschaftlicher Nutzflächen.

(5) Mittel aus Artikel B2-2 2 0 ausgenommen.

b) **Einnahmen aus der Agrarpolitik**

Auf die gemeinsame Marktpolitik sind Einnahmen zurückzuführen, die Eigenmittel der Gemeinschaft bilden, und zwar:

— Abschöpfungen	1 353 120 000
— Abgaben für Zucker und Isoglukose	847 478 000
Insgesamt	2 200 598 000

c) **Punktuelle Vorteile**

Die von der Gemeinschaft bestimmten Drittländern eingeräumten punktuellen Vorteile sowie die allgemeinen Handelszugeständnisse haben im Haushaltsbereich Auswirkungen, die es hervorzuheben gilt.

KOMMISSION

Teileinzelplan B1
(EAGFL — Garantie)

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990

KOMMISSION
Teileinzelplan B1
(EAGFL — Garantie)

Artikel Posten	Erläuterungen
	Die durch einige dieser Konzessionen hervorgerufenen ungefähren Belastungen für den Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft, Abteilung Garantie, werden nachfolgend zusammen mit den Elementen aufgeführt, die zu einer Verringerung der Haushaltsausgaben führen können. *Zucker:* Gemäß dem Zuckerprotokoll des Lomé-Abkommens und dem Sonderabkommen mit Indien führt die Gemeinschaft jährlich etwa 1 300 000 Tonnen Zucker ein; da sie selber Überschüsse aufweist, muß sie eine entsprechende Menge ausführen; die Kosten für Ausfuhrerstattungen (in Artikel B1-1 1 0 enthalten) lassen sich für 1992 auf 588 000 000 ECU veranschlagen. *Butter:* 1992 plant die Gemeinschaft die Einfuhr von 55 000 Tonnen Butter zu niedrigeren Abschöpfungsraten aus Neuseeland; die Kosten für die Ausfuhr einer entsprechenden Menge lassen sich auf 112 000 000 ECU veranschlagen (in Artikel B1-2 0 0 enthalten), wobei sich die Nettokosten unter Berücksichtigung der erhobenen Abschöpfungen auf 86 000 000 ECU belaufen. *Rindfleisch:* Die Gemeinschaft führt rund 500 000 Tonnen Rindfleisch zu niedrigen Zöllen oder zollfrei ein; da der Bedarf der Gemeinschaft gedeckt ist, muß eine entsprechende Menge ausgeführt werden; die Kosten lassen sich für 1992 auf 1 030 000 000 ECU (in Artikel B1-2 1 0 enthalten) veranschlagen, wobei sich die Nettokosten unter Berücksichtigung der erhobenen Abschöpfungen auf 890 000 000 ECU belaufen. *Getreide:* Die zu niedrigen Zöllen oder zollfrei eingeführten Getreidesubstitutionsprodukte in Höhe von 18 000 000 Tonnen (in Getreideäquivalent) (insbesondere Maniok und Maiskleber) führen 1992 in diesem Überschußsektor zu Erstattungen in Höhe von 2 350 000 000 ECU (in Artikel B1-1 0 0 enthalten), wobei sich die Nettokosten unter Berücksichtigung der erhobenen Abschöpfungen auf 2 990 000 000 ECU belaufen. Die Gemeinschaft hatte in den GATT-Verhandlungen diesen begünstigten Einfuhren im Ausgleich für die Aufhebung der Bindung der Getreideeinfuhrzölle zugestimmt. Dies ermöglicht es der Gemeinschaft, den Getreidesektor kostengünstiger zu unterstützen, als dies ohne die Aufhebung der Fall wäre. *Olivenöl:* Aufgrund von Abkommen, welche die Gemeinschaft infolge der Erweiterung aushandeln wird, müßte sie 46 000 Tonnen Olivenöl aus Tunesien einführen. Die Kosten für die Ausfuhr einer entsprechenden Menge können für 1992 auf 53 000 000 ECU veranschlagt werden (in Artikel B1-1 2 0 enthalten), wobei sich die Nettokosten unter Berücksichtigung der erhobenen Abschöpfungen auf 47 000 000 ECU belaufen.

KOMMISSION
Teil B

TEILEINZELPLAN B2

STRUKTURMASSNAHMEN UND FISCHEREI

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen und Fischerei)

Zusammenfassung der Haushaltsmittel (1992 und 1991) und der Ausgaben (1990)

Titel Kapitel	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B2-1	**STRUKTURFONDS**						
B2-1 0	EUROPÄISCHER AUSRICHTUNGS- UND GARANTIEFONDS FÜR DIE LANDWIRTSCHAFT, ABTEILUNG AUSRICHTUNG — BEREICH LANDWIRTSCHAFT	2 631 513 000	2 422 640 000	2 183 000 000	1 901 000 000	1 925 434 497,04	1 825 341 198,04
B2-1 1	EUROPÄISCHER AUSRICHTUNGS- UND GARANTIEFONDS FÜR DIE LANDWIRTSCHAFT, ABTEILUNG AUSRICHTUNG — BEREICH FISCHEREI	69 065 000	35 028 000	52 400 000	12 000 000	48 497 015,59	983 177,95
B2-1 2	EUROPÄISCHER FONDS FÜR REGIONALE ENTWICKLUNG	6 921 844 000	6 722 754 000	5 940 000 000	5 573 000 000	5 227 571 400,62	4 554 107 902,53
B2-1 3	EUROPÄISCHER SOZIALFONDS	4 689 863 000	4 505 178 000	4 027 000 000	3 897 000 000	3 504 785 923,72	3 211 975 638,73
B2-1 4	GEMEINSCHAFTSINITIATIVEN — EUROPÄISCHER AUSRICHTUNGS- UND GARANTIEFONDS FÜR DIE LANDWIRTSCHAFT, ABTEILUNG AUSRICHTUNG — BEREICH LANDWIRTSCHAFT	192 000 000	221 000 000	195 000 000	110 000 000		
B2-1 5	GEMEINSCHAFTSINITIATIVEN — EUROPÄISCHER AUSRICHTUNGS- UND GARANTIEFONDS FÜR DIE LANDWIRTSCHAFT, ABTEILUNG AUSRICHTUNG — BEREICH FISCHEREI	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.		
B2-1 6	GEMEINSCHAFTSINITIATIVEN — EUROPÄISCHER FONDS FÜR REGIONALE ENTWICKLUNG	1 216 000 000	856 000 000	785 000 000	736 000 000		
B2-1 7	GEMEINSCHAFTSINITIATIVEN — EUROPÄISCHER SOZIALFONDS	472 000 000	312 000 000	285 000 000	172 000 000		
B2-1 8	ÜBERGANGSMASSNAHMEN UND INNOVATIVE AKTIONEN	347 000 000	240 000 000				
B2-1 9	STRUKTURMASSNAHMEN GEMÄSS VERORDNUNG (EWG) NR. 3575/90	1 046 000 000	725 000 000	900 000 000	450 000 000		
	Titel B2-1 insgesamt	**17 585 285 000**	**16 039 600 000**	**14 367 400 000**	**12 851 000 000**	**10 706 288 836,97**	**9 592 407 917,25**
B2-2	**SONSTIGE STRUKTURMASSNAHMEN**						
B2-2 0	SONDERPROGRAMM ZUR INDUSTRIELLEN ENTWICKLUNG IN PORTUGAL	127 700 000	121 600 000	119 800 000	114 400 000	108 800 000,—	101 000 000,—
B2-2 1	VORBEREITUNG UND DURCHFÜHRUNG DER GEMEINSCHAFTLICHEN FÖRDERKONZEPTE — TECHNISCHE HILFE UND BEWERTUNG	8 540 000	6 440 000	9 325 000	6 825 000	7 008 719,81	4 625 893,16

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen und Fischerei)

Zusammenfassung der Haushaltsmittel (1992 und 1991) und der Ausgaben (1990) *(Fortsetzung)*

Titel Kapitel	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B2-2 2	STILLEGUNG LANDWIRTSCHAFTLICHER NUTZFLÄCHEN UND EINKOMMENSBEIHILFEN	280 000 000	280 000 000	300 000 000	300 000 000	42 305 489,36	42 305 489,36
	Titel B2-2 insgesamt	**416 240 000**	**408 040 000**	**429 125 000**	**421 225 000**	**158 114 209,17**	**147 931 382,52**
B2-3	**INTEGRIERTE MITTELMEERPROGRAMME**						
B2-3 0	INTEGRIERTE MITTELMEEPROGRAMME	465 620 000	301 120 000	332 689 000	289 689 000	225 481 714,—	191 712 558,40
	Titel B2-3 insgesamt	**465 620 000**	**301 120 000**	**332 689 000**	**289 689 000**	**225 481 714,—**	**191 712 558,40**
B2-5	**SONSTIGE AGRARMASSNAHMEN**						
B2-5 1	AUSGABEN IM BEREICH DER LANDWIRTSCHAFT	164 713 000	174 020 000	157 987 000	140 687 000	116 065 008,75	102 058 869,21
	Titel B2-5 insgesamt	**164 713 000**	**174 020 000**	**157 987 000**	**140 687 000**	**116 065 008,75**	**102 058 869,21**
B2-6	**SONSTIGE REGIONALE MASSNAHMEN**						
B2-6 0	SONSTIGE INTERVENTIONEN MIT REGIONALEM CHARAKTER	35 014 000	33 500 000	30 884 000	30 184 000	28 037 368,85	23 760 467,56
B2-6 1	RANDREGIONEN UND TÄTIGKEITEN IN SENSIBLEN BEREICHEN	50 000 000	45 000 000	40 000 000	10 000 000		
	Titel B2-6 insgesamt	**85 014 000**	**78 500 000**	**70 884 000**	**40 184 000**	**28 037 368,85**	**23 760 467,56**
B2-7	**VERKEHR UND FREMDENVERKEHR**						
B2-7 0	VERKEHR	151 082 000	120 400 000	125 817 000	97 817 000	66 370 387,34	22 826 954,84
B2-7 1	FREMDENVERKEHR	5 642 000	5 642 000	4 000 000	4 000 000	3 919 916,—	3 919 916,—
	Titel B2-7 insgesamt	**156 724 000**	**126 042 000**	**129 817 000**	**101 817 000**	**70 290 303,34**	**26 746 870,84**
B2-9	**GEMEINSAME FISCHEREI- UND SEEPOLITIK**						
B2-9 0	EUROPÄISCHER FISCHEREI-GARANTIEFONDS	29 000 000	29 000 000	27 000 000	27 000 000	23 596 834,52	23 596 834,52

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen und Fischerei)

Zusammenfassung der Haushaltsmittel (1992 und 1991) und der Ausgaben (1990) *(Fortsetzung)*

Titel Kapitel	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B2-9 1	ÜBERNAHME BESTIMMTER FINANZIELLER VERPFLICHTUNGEN IM ZUSAMMENHANG MIT ABKOMMEN ÜBER FANGRECHTE IN NICHT-GEMEINSCHAFTSGEWÄSSERN DURCH DIE GEMEINSCHAFT	101 000 000	101 000 000	168 000 000	168 000 000	173 064 784,04	173 064 784,04
B2-9 2	INSPEKTIONS- UND ÜBERWACHUNGSMASSNAHMEN AUF SEE, KONTROLLEN	23 700 000	16 700 000	23 300 000	12 800 000	15 820 121,—	2 609 496,10
B2-9 3	EUROPÄISCHER AUSRICHTUNGSFONDS FÜR DIE FISCHEREI	271 200 000	151 500 000	213 873 000	137 973 000	179 930 544,55	96 569 000,03
	Titel B2-9 insgesamt	**424 900 000**	**298 200 000**	**432 173 000**	**345 773 000**	**392 412 284,11**	**295 840 114,69**
	Teileinzelplan B2 insgesamt	**19 298 496 000**	**17 425 522 000**	**15 920 075 000**	**14 190 375 000**	**11 696 689 725,19**	**10 380 458 180,47**

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen und Fischerei)

TITEL B2-1

STRUKTURFONDS

KAPITEL B2-1 0 — EUROPÄISCHER AUSRICHTUNGS- UND GARANTIEFONDS FÜR DIE LANDWIRTSCHAFT, ABTEILUNG AUSRICHTUNG — BEREICH LANDWIRTSCHAFT

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
	KAPITEL B2-1 0						
B2-1 0 0	***Spezifische Strukturmaßnahmen in unmittelbarem Zusammenhang mit der Marktpolitik und verjährte Maßnahmen***						
	Getrennte Mittel	69 000 000	104 000 000	87 000 000	133 000 000	204 160 897,60	242 545 559,52

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen und Fischerei)

TITEL B2-1

STRUKTURFONDS

KAPITEL B2-10 — EUROPÄISCHER AUSRICHTUNGS- UND GARANTIEFONDS FÜR DIE LANDWIRTSCHAFT, ABTEILUNG AUSRICHTUNG — BEREICH LANDWIRTSCHAFT

Artikel Posten	Erläuterungen
B2-100	Verordnung (EWG) Nr. 2511/69 des Rates vom 9. Dezember 1969 über die Sondermaßnahmen zur Verbesserung der Erzeugung und Vermarktung von Zitrusfrüchten in der Gemeinschaft (ABl. Nr. L 318 vom 18. 12. 1969, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1130/89 (ABl. Nr. L 119 vom 29. 4. 1989, S. 22). Richtlinie 72/159/EWG des Rates vom 17. April 1972 über die Modernisierung der landwirtschaftlichen Betriebe (ABl. Nr. L 96 vom 23. 4. 1972, S. 1). Richtlinie 72/160/EWG des Rates vom 17. April 1972 zur Förderung der Einstellung der landwirtschaftlichen Erwerbstätigkeit und der Verwendung der landwirtschaftlich genutzten Fläche für Zwecke der Strukturverbesserung (ABl. Nr. L 96 vom 23. 4. 1972, S. 9), ergänzt durch die Entscheidungen 74/517/EWG (ABl. Nr. L 290 vom 29. 10. 1974, S. 7) und 74/518/EWG (ABl. Nr. L 290 vom 29. 10. 1974, S. 8). Richtlinie 72/161/EWG des Rates vom 17. April 1972 über die sozio-ökonomische Information und die berufliche Qualifikation der in der Landwirtschaft tätigen Personen (ABl. Nr. L 96 vom 23. 4. 1972, S. 15). Verordnung (EWG) Nr. 1035/72 des Rates vom 18. Mai 1972 über eine gemeinsame Marktorganisation für Obst und Gemüse (ABl. Nr. L 118 vom 20. 5. 1972, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1623/91 (ABl. Nr. L 150 vom 15. 6. 1991, S. 8). Verordnung (EWG) Nr. 1362/78 des Rates vom 19. Juni 1978 über ein Programm zur Beschleunigung und qualitativen Ausrichtung der kollektiven Bewässerungsarbeiten im Mezzogiorno (ABl. Nr. L 166 vom 23. 6. 1978, S. 11). Verordnung (EWG) Nr. 1760/78 des Rates vom 25. Juli 1978 über eine gemeinsame Maßnahme zur Verbesserung der Infrastruktur in bestimmten ländlichen Gebieten (ABl. Nr. L 204 vom 28. 7. 1978, S. 1). Verordnung (EWG) Nr. 269/79 des Rates vom 6. Februar 1979 zur Einführung einer gemeinsamen forstwirtschaftlichen Maßnahme in bestimmten Zonen des Mittelmeergebietes der Gemeinschaft (ABl. Nr. L 38 vom 14. 2. 1979, S. 1), geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 763/85 (ABl. Nr. L 86 vom 27. 3. 1985, S. 2). Verordnung (EWG) Nr. 456/80 des Rates vom 18. Februar 1980 über die Gewährung von Prämien für die vorübergehende Aufgabe und für die endgültige Aufgabe bestimmter Rebflächen sowie von Prämien für den Verzicht auf Wiederbepflanzung (ABl. Nr. L 57 vom 29. 2. 1980, S. 16). Verordnung (EWG) Nr. 457/80 des Rates vom 18. Februar 1980 zur Einführung einer Prämienregelung für die Aufgabe von Weinbaubetrieben in Frankreich und Italien (ABl. Nr. L 57 vom 29. 2. 1980, S. 23). Verordnung (EWG) Nr. 458/80 des Rates vom 18. Februar 1980 über die Umstrukturierung der Rebflächen im Rahmen kollektiver Maßnahmen (ABl. Nr. L 57 vom 29. 2. 1980, S. 27), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 596/91 (ABl. Nr. L 67 vom 14. 3. 1991, S. 16). Verordnung (EWG) Nr. 1938/81 des Rates vom 30. Juni 1981 über eine gemeinsame Maßnahme zur beschleunigten Verbesserung der Infrastruktur in einigen benachteiligten ländlichen Gebieten der Bundesrepublik Deutschland (ABl. Nr. L 197 vom 20. 7. 1981, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 2113/87 (ABl. Nr. L 197 vom 18. 7. 1987, S. 3). Verordnung (EWG) Nr. 2968/83 des Rates vom 19. Oktober 1983 über eine gemeinsame Maßnahme zur Beschleunigung der kollektiven Bewässerungsarbeiten in Griechenland (ABl. Nr. L 293 vom 25. 10. 1983, S. 5). Verordnung (EWG) Nr. 777/85 des Rates vom 26. März 1985 über die Gewährung von Prämien zur endgültigen Aufgabe bestimmter Rebflächen in den Weinwirtschaftsjahren 1985/86 bis 1989/90 (ABl. Nr. L 88 vom 28. 3. 1985, S. 8). Verordnung (EWG) Nr. 1442/88 des Rates vom 24. Mai 1988 über die Gewährung von Prämien zur endgültigen Aufgabe von Rebflächen in den Weinwirtschaftsjahren 1988/1989 bis 1995/1996 (ABl. Nr. L 132 vom 28. 5. 1988, S. 3), geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1327/90 (ABl. Nr. L 132 vom 23. 5. 1990, S. 23). Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 des Rates vom 24. Juni 1988 über Aufgaben und Effizienz der Strukturfonds und über die Koordinierung ihrer Interventionen untereinander sowie mit denen der Europäischen Investitionsbank und der anderen vorhandenen Finanzinstrumente (ABl. Nr. L 185 vom 15. 7. 1988, S. 9). Verordnung (EWG) Nr. 4253/88 des Rates vom 19. Dezember 1988 zur Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 hinsichtlich der Koordinierung der Interventionen der verschiedenen Strukturfonds einerseits und zwischen diesen und den Interventionen der Europäischen Investitionsbank und der sonstigen vorhandenen Finanzinstrumente andererseits (ABl. Nr. L 374 vom 31. 12. 1988, S. 1).

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen und Fischerei)

KAPITEL B2-1 0 — EUROPÄISCHER AUSRICHTUNGS- UND GARANTIEFONDS FÜR DIE LANDWIRTSCHAFT, ABTEILUNG AUSRICHTUNG — BEREICH LANDWIRTSCHAFT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B2-1 0 0	*(Fortsetzung)*						
B2-1 0 1	***Gemeinschaftliche Förderkonzepte (GFK)***						

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen und Fischerei)

KAPITEL B2-10 — EUROPÄISCHER AUSRICHTUNGS- UND GARANTIEFONDS FÜR DIE LANDWIRTSCHAFT, ABTEILUNG AUSRICHTUNG — BEREICH LANDWIRTSCHAFT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen

B2-100 *(Fortsetzung)*

Verordnung (EWG) Nr. 4256/88 des Rates vom 19. Dezember 1988 zur Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 hinsichtlich des Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAGFL), Abteilung Ausrichtung (ABl. Nr. L 374 vom 31. 12. 1988, S. 25).

Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 69 000 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind	134 058 000	46 000 000	35 000 000	22 000 000	15 150 000	15 908 000
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	87 000 000	87 000 000				
Mittel 1992	69 000 000		69 000 000			
Insgesamt	290 058 000	133 000 000	104 000 000	22 000 000	15 150 000	15 908 000

B2-101 Verordnung (EWG) Nr. 729/70 des Rates vom 21. April 1970 über die Finanzierung der gemeinsamen Agrarpolitik (ABl. Nr. L 94 vom 28. 4. 1970, S. 13), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 2048/88 (ABl. Nr. L 185 vom 15. 7. 1988, S. 1).

Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 des Rates vom 24. Juni 1988 über Aufgaben und Effizienz der Strukturfonds und über die Koordinierung ihrer Interventionen untereinander sowie mit denen der Europäischen Investionsbank und der anderen vorhandenen Finanzinstrumente (ABl. Nr. L 185 vom 15. 7. 1988, S. 9).

Verordnung (EWG) Nr. 4253/88 des Rates vom 19. Dezember 1988 zur Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 hinsichtlich der Koordinierung der Interventionen der verschiedenen Strukturfonds einerseits und zwischen diesen und den Interventionen der Europäischen Investitionsbank und der sonstigen vorhandenen Finanzinstrumente andererseits (ABl. Nr. L 374 vom 31. 12. 1988, S. 1).

Verordnung (EWG) Nr. 4256/88 des Rates vom 19. Dezember 1988 zur Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 hinsichtlich des Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAGFL), Abteilung Ausrichtung (ABl. Nr. L 374 vom 31. 12. 1988, S. 25).

Verordnung (EWG) Nr. 3808/89 des Rates vom 12. Dezember 1989 zur Änderung der Verordnungen (EWG) Nr. 797/85, (EWG) Nr. 1096/88, (EWG) Nr. 1360/78, (EWG) Nr. 389/82 und (EWG) Nr. 1696/71 im Hinblick auf die beschleunigte Anpassung der Produktionsstrukturen in der Landwirtschaft (ABl. Nr. 371 vom 20. 12. 1989, S. 1).

Verordnung (EWG) Nr. 866/90 des Rates vom 29. März 1990 zur Verbesserung der Verarbeitungs- und Vermarktungsbedingungen landwirtschaftlicher Erzeugnisse (ABl. Nr. L 91 vom 6. 4. 1990, S. 1).

Verordnung (EWG) Nr. 867/90 des Rates vom 29. März 1990 betreffend die Verbesserung der Verarbeitungs- und Vermarktungsbedingungen für forstwirtschaftliche Erzeugnisse (ABl. Nr. L 91 vom 6. 4. 1990, S. 7).

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen und Fischerei)

KAPITEL B2-1 0 — EUROPÄISCHER AUSRICHTUNGS- UND GARANTIEFONDS FÜR DIE LANDWIRTSCHAFT, ABTEILUNG AUSRICHTUNG — BEREICH LANDWIRTSCHAFT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B2-1 0 1	*(Fortsetzung)*						
B2-1 0 1 0	Ziel Nr. 1 Getrennte Mittel	1 366 513 000	1 144 640 000	1 130 000 000	954 000 000	1 721 273 599,44 (1)	1 582 795 638,52 (1)
B2-1 0 1 1	Ziel Nr. 5 b) Getrennte Mittel	417 000 000	326 000 000	247 000 000	208 000 000		

(1) Gemeinsamer Betrag für die Posten B2-1 0 1 0 bis B2-1 0 1 2.

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen und Fischerei)

KAPITEL B2-10 — EUROPÄISCHER AUSRICHTUNGS- UND GARANTIEFONDS FÜR DIE LANDWIRTSCHAFT, ABTEILUNG AUSRICHTUNG — BEREICH LANDWIRTSCHAFT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B2-101	*(Fortsetzung)*
	Verordnung (EWG) Nr. 2328/91 des Rates vom 15. Juli 1991 zur Verbesserung der Effizienz der Agrarstruktur (ABl. Nr. L 218 vom 6. 8. 1991, S. 1).
B2-1010	Diese Mittel sind zur Deckung der Förderung der Verwirklichung der in den Artikeln 130 A und 130 C des Vertrages zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft genannten allgemeinen Ziele in den vom vorrangigen Ziel Nr. 1 der Reform der Strukturfonds betroffenen Gebieten vorgesehen.
	Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 1 366 513 000 ECU.
	Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind	432 746 000	90 000 000	86 000 000	72 000 000	65 000 000	119 746 000
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen	40 900 000	20 000 000	12 000 000	8 900 000		
Mittel 1991	1 130 000 000	844 000 000	140 000 000	120 000 000	10 000 000	16 000 000
Mittel 1992	1 366 513 000		906 640 000	291 873 000	102 000 000	66 000 000
Insgesamt	2 970 159 000	954 000 000	1 144 640 000	492 773 000	177 000 000	201 746 000

B2-1011	Diese Mittel sind zur Deckung der Förderung der Verwirklichung der in den Artikeln 130 A und 130 C des Vertrages zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft genannten allgemeinen Ziele in den vom vorrangigen Ziel Nr. 5 b) der Reform der Strukturfonds betroffenen Gebieten vorgesehen.
	Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 417 000 000 ECU.
	Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind	22 692 000	5 000 000	5 000 000	4 500 000	3 500 000	4 692 000
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen	2 100 000	1 000 000	1 000 000	100 000		
Mittel 1991	247 000 000	202 000 000	44 000 000	1 000 000		
Mittel 1992	417 000 000		276 000 000	81 000 000	60 000 000	
Insgesamt	688 792 000	208 000 000	326 000 000	86 600 000	63 500 000	4 692 000

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen und Fischerei)

KAPITEL B2-1 0 — EUROPÄISCHER AUSRICHTUNGS- UND GARANTIEFONDS FÜR DIE LANDWIRTSCHAFT, ABTEILUNG AUSRICHTUNG — BEREICH LANDWIRTSCHAFT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B2-1 0 1	*(Fortsetzung)*						
B2-1 0 1 2	Ziel Nr. 5 a) Getrennte Mittel	779 000 000	848 000 000	719 000 000	606 000 000		
	Artikel B2-1 0 1 insgesamt	2 562 513 000	2 318 640 000	2 096 000 000	1 768 000 000	1 721 273 599,44	1 582 795 638,52
B2-1 0 2	***Maßnahmen zur Betrugsbekämpfung im Bereich des Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft, Abteilung Ausrichtung*** Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	0,—	0,—
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	0,—	0,—
	Getrennte Mittel insgesamt	2 631 513 000	2 422 640 000	2 183 000 000	1 901 000 000	1 925 434 497,04	1 825 341 198,04
	KAPITEL B2-1 0 INSGESAMT	2 631 513 000	2 422 640 000	2 183 000 000	1 901 000 000	1 925 434 497,04	1 825 341 198,04

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen und Fischerei)

KAPITEL B2-10 — EUROPÄISCHER AUSRICHTUNGS- UND GARANTIEFONDS FÜR DIE LANDWIRTSCHAFT, ABTEILUNG AUSRICHTUNG — BEREICH LANDWIRTSCHAFT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B2-101	*(Fortsetzung)*
B2-1012	Diese Mittel sind zur Deckung der Förderung der Verwirklichung der in den Artikeln 130 A und 130 C des Vertrages zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft genannten allgemeinen Ziele in den vom vorrangigen Ziel Nr. 5 a) der Reform der Strukturfonds betroffenen Gebieten vorgesehen. Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 779 000 000 ECU. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind	237 950 000	85 000 000	60 000 000	50 000 000	35 000 000	7 950 000
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen	5 600 000	3 000 000	1 500 000	1 000 000	100 000	
Mittel 1991	719 000 000	518 000 000	90 500 000	45 000 000	30 000 000	35 500 000
Mittel 1992	779 000 000		696 000 000	52 000 000	31 000 000	
Insgesamt	1 741 550 000	606 000 000	848 000 000	148 000 000	96 100 000	43 450 000

B2-102	Dieser Artikel ist bestimmt zur Deckung: — der technischen Unterstützung der Mitgliedstaaten bei der Betrugsbekämpfung, — der Ausgaben für: — die Verstärkung der der Kommission zur Verfügung stehenden Kontrollmittel, — die Ad-hoc-Untersuchungen in ausreichend gerechtfertigten Fällen.

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen und Fischerei)

KAPITEL B2-1 1 — EUROPÄISCHER AUSRICHTUNGS- UND GARANTIEFONDS FÜR DIE LANDWIRTSCHAFT, ABTEILUNG AUSRICHTUNG — BEREICH FISCHEREI

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
	KAPITEL B2-1 1						
B2-1 1 0	***Gemeinschaftliche Förderkonzepte***						
B2-1 1 0 0	Ziel Nr. 1 Getrennte Mittel	39 065 000	20 028 000	33 400 000	7 400 000	48 497 015,59 (1)	983 177,95 (1)
B2-1 1 0 1	Ziel Nr. 5 a) Getrennte Mittel	30 000 000	15 000 000	19 000 000	4 600 000		

(1) Gemeinsamer Betrag für die Posten B2-1 1 0 0 und B2-1 1 0 1.

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen und Fischerei)

KAPITEL B2-1 1 — EUROPÄISCHER AUSRICHTUNGS- UND GARANTIEFONDS FÜR DIE LANDWIRTSCHAFT, ABTEILUNG AUSRICHTUNG — BEREICH FISCHEREI

Artikel Posten	Erläuterungen
B2-1 1 0	Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 des Rates vom 24. Juni 1988 über Aufgaben und Effizienz der Strukturfonds und über die Koordinierung ihrer Interventionen untereinander sowie mit denen der Europäischen Investitionsbank und der anderen vorhandenen Finanzinstrumente (ABl. Nr. L 185 vom 15. 7. 1988, S. 9). Verordnung (EWG) Nr. 4253/88 des Rates vom 19. Dezember 1988 zur Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 hinsichtlich der Koordinierung der Interventionen der verschiedenen Strukturfonds einerseits und zwischen diesen und den Interventionen der Europäischen Investitionsbank und der sonstigen vorhandenen Finanzinstrumente andererseits (ABl. Nr. L 374 vom 31. 12. 1988, S. 1). Verordnung (EWG) Nr. 4256/88 des Rates vom 19. Dezember 1988 zur Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 hinsichtlich des Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAGFL), Abteilung Ausrichtung (ABl. Nr. L 374 vom 31. 12. 1988, S. 25). Verordnung (EWG) Nr. 4042/89 des Rates vom 19. Dezember 1989 zur Verbesserung der Verarbeitungs- und Vermarktungsbedingungen für Erzeugnisse der Fischerei und der Aquakultur (ABl. Nr. L 388 vom 30. 12. 1989, S. 1).
B2-1 1 0 0	Diese Mittel sind zur Deckung der Förderung der Verwirklichung der in den Artikeln 130 A und 130 C des Vertrages zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft genannten allgemeinen Ziele in den vom vorrangigen Ziel Nr. 1 der Reform der Strukturfonds betroffenen Gebieten vorgesehen. Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 39 065 000 ECU. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind	30 514 000	4 200 000	7 000 000	14 000 000	5 314 000	
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen	200 000	200 000				
Mittel 1991	33 400 000	3 000 000	8 000 000	16 000 000	6 400 000	
Mittel 1992	39 065 000		5 028 000	10 000 000	12 000 000	12 037 000
Insgesamt	103 179 000	7 400 000	20 028 000	40 000 000	23 714 000	12 037 000

B2-1 1 0 1	Diese Mittel sind zur Deckung der Förderung der Verwirklichung der in den Artikeln 130 A und 130 C des Vertrages zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft genannten allgemeinen Ziele in den vom vorrangigen Ziel Nr. 5 a) der Reform der Strukturfonds betroffenen Gebieten vorgesehen.

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen und Fischerei)

KAPITEL B2-1 1 — EUROPÄISCHER AUSRICHTUNGS- UND GARANTIEFONDS FÜR DIE LANDWIRTSCHAFT, ABTEILUNG AUSRICHTUNG — BEREICH FISCHEREI *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B2-1 1 0	*(Fortsetzung)*						
B2-1 1 0 1	*(Fortsetzung)*						
	Artikel B2-1 1 0 insgesamt	69 065 000	35 028 000	52 400 000	12 000 000	48 497 015,59	983 177,95
B2-1 1 1	***Maßnahmen zur Betrugsbekämpfung im Bereich des Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft, Abteilung Ausrichtung*** Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	0,—	0,—
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	0,—	0,—
	Getrennte Mittel insgesamt	69 065 000	35 028 000	52 400 000	12 000 000	48 497 015,59	983 177,95
	KAPITEL B2-1 1 INSGESAMT	69 065 000	35 028 000	52 400 000	12 000 000	48 497 015,59	983 177,95

KOMMISSION
Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen und Fischerei)

KAPITEL B2-1 1 — EUROPÄISCHER AUSRICHTUNGS- UND GARANTIEFONDS FÜR DIE LANDWIRTSCHAFT, ABTEILUNG AUSRICHTUNG — BEREICH FISCHEREI *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B2-1 1 0	*(Fortsetzung)*
B2-1 1 0 1	*(Fortsetzung)* Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 30 000 000 ECU. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind	17 000 000	2 200 000	6 000 000	3 000 000	5 800 000	
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen	400 000	400 000				
Mittel 1991	19 000 000	2 000 000	6 000 000	8 000 000	3 000 000	
Mittel 1992	30 000 000		3 000 000	8 000 000	10 000 000	9 000 000
Insgesamt	66 400 000	4 600 000	15 000 000	19 000 000	18 800 000	9 000 000

B2-1 1 1	Veranschlagt sind Mittel zur Deckung — der technischen Unterstützung der Mitgliedstaaten bei der Betrugsbekämpfung, — der Ausgaben für: — die Verstärkung der der Kommission zur Verfügung stehenden Kontrollmittel, — der Ad-hoc-Untersuchungen in ausreichend gerechtfertigten Fällen.

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen und Fischerei)

KAPITEL B2-1 2 — EUROPÄISCHER FONDS FÜR REGIONALE ENTWICKLUNG

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
	KAPITEL B2-1 2						
B2-1 2 0	***Gemeinschaftliche Förderkonzepte***						

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen und Fischerei)

KAPITEL B2-1 2 — EUROPÄISCHER FONDS FÜR REGIONALE ENTWICKLUNG

Artikel Posten	Erläuterungen
B2-1 2 0	Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, insbesondere Artikel 130 A und 130 C. Verordnung (EWG) Nr. 724/75 des Rates vom 18. März 1975 über die Errichtung eines Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (ABl. Nr. L 73 vom 21. 3. 1975, S. 1), geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 3325/80 (ABl. Nr. L 349 vom 23. 12. 1980, S. 10). Verordnung (EWG) Nr. 2615/80 des Rates vom 7. Oktober 1980 zur Einführung einer spezifischen Gemeinschaftsmaßnahme zur regionalen Entwicklung bestimmter französischer und italienischer Gebiete im Zusammenhang mit der Erweiterung der Gemeinschaft (ABl. Nr. L 271 vom 15. 10. 1980, S. 1), geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 214/84 (ABl. Nr. L 27 vom 31. 1. 1984, S. 1). Verordnung (EWG) Nr. 2616/80 des Rates vom 7. Oktober 1980 zur Einführung einer spezifischen Gemeinschaftsmaßnahme zur regionalen Entwicklung im Hinblick auf die Beseitigung von Entwicklungshemmnissen für neue Wirtschaftszweige in bestimmten von der Umstrukturierung der Eisen- und Stahlindustrie betroffenen Gebieten (ABl. Nr. L 271 vom 15. 10. 1980, S. 9), geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 216/84 (ABl. Nr. L 27 vom 31. 1. 1984, S. 9). Verordnung (EWG) Nr. 2617/80 des Rates vom 7. Oktober 1980 zur Einführung einer spezifischen Gemeinschaftsmaßnahme zur regionalen Entwicklung im Hinblick auf die Beseitigung von Entwicklungshemmnissen für neue Wirtschaftszweige in bestimmten von der Umstrukturierung der Schiffbauindustrie betroffenen Gebieten (ABl. Nr. L 271 vom 15. 10. 1980, S. 16), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 3635/85 (ABl. Nr. L 350 vom 27. 12. 1985, S. 8). Verordnung (EWG) Nr. 2618/80 des Rates vom 7. Oktober 1980 zur Einführung einer spezifischen Gemeinschaftsmaßnahme zur regionalen Entwicklung im Hinblick auf die Verbesserung der Sicherheit der Energieversorgung in einigen Gebieten der Gemeinschaft durch eine stärkere Nutzung neuer Technologien im Bereich der Stromgewinnung aus Wasserkraft und den Ausbau alternativer Energiequellen (ABl. Nr. L 271 vom 15. 10. 1980, S. 23), geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 218/84 (ABl. Nr. L 27 vom 31. 1. 1984, S. 19). Verordnung (EWG) Nr. 2619/80 des Rates vom 7. Oktober 1980 zur Einführung einer spezifischen Gemeinschaftsmaßnahme zur regionalen Entwicklung im Hinblick auf die Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Grenzgebiete Irlands und Nordirlands (ABl. Nr. L 271 vom 15. 10. 1980, S. 28), geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 3637/85 (ABl. Nr. L 350 vom 27. 12. 1985, S. 12). Verordnung (EWG) Nr. 215/84 des Rates vom 18. Januar 1984 zur Einführung einer spezifischen Gemeinschaftsmaßnahme zur regionalen Entwicklung bestimmter griechischer Gebiete im Zusammenhang mit der Erweiterung der Gemeinschaft (ABl. Nr. L 27 vom 31. 1. 1984, S. 5). Verordnung (EWG) Nr. 219/84 des Rates vom 18. Januar 1984 zur Einführung einer spezifischen Gemeinschaftsmaßnahme zur regionalen Entwicklung im Hinblick auf die Beseitigung von Entwicklungshemmnissen für neue Wirtschaftszweige in bestimmten von der Umstrukturierung der Textil- und Bekleidungsindustrie betroffenen Gebieten (ABl. Nr. L 27 vom 31. 1. 1984, S. 22), geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 3636/85 (ABl. Nr. L 350 vom 27. 12. 1985, S. 10). Verordnung (EWG) Nr. 1787/84 des Rates vom 19. Juni 1984 betreffend den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (ABl. Nr. L 169 vom 28. 6. 1984, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 3641/85 (ABl. Nr. L 350 vom 27. 12. 1985, S. 40). Verordnung (EWG) Nr. 3638/85 des Rates vom 17. Dezember 1985 zur Einführung einer spezifischen Gemeinschaftsmaßnahme zur regionalen Entwicklung im Hinblick auf die Förderung neuer Wirtschaftszweige in bestimmten von der Einführung der gemeinsamen Fischereipolitik betroffenen Gebieten (ABl. Nr. L 350 vom 27. 12. 1985, S. 17). Verordnung (EWG) Nr. 3300/86 des Rates vom 27. Oktober 1986 zur Einführung eines Gemeinschaftsprogramms zur Entwicklung bestimmter benachteiligter Regionen der Gemeinschaft durch einen besseren Zugang zu den fortgeschrittenen Telekommunikationsdiensten (Programm STAR) (ABl. Nr. L 305 vom 31. 10. 1986, S. 1). Verordnung (EWG) Nr. 3301/86 des Rates vom 27. Oktober 1986 zur Einführung eines Gemeinschaftsprogramms zur Entwicklung bestimmter benachteiligter Regionen der Gemeinschaft durch die Erschließung des endogenen Energiepotentials (VALOREN-Programm) (ABl. Nr. L 305 vom 31. 10. 1986, S. 6). Verordnung (EWG) Nr. 328/88 des Rates vom 2. Februar 1988 zur Einführung eines Gemeinschaftsprogramms zugunsten der Umstellung von Eisen- und Stahlrevieren (Programm RESIDER) (ABl. Nr. L 33 vom 5. 2. 1988, S. 1). Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 des Rates vom 24. Juni 1988 über Aufgaben und Effizienz der Strukturfonds und über die Koordinierung ihrer Interventionen untereinander sowie mit denen der Europäischen Investitionsbank und der anderen vorhandenen Finanzinstrumente (ABl. Nr. L 185 vom 15. 7. 1988, S. 9). Verordnung (EWG) Nr. 2506/88 des Rates vom 26. Juli 1988 zur Einführung eines Gemeinschaftsprogramms zugunsten der Umstellung von Schiffbaugebieten (Programm RENAVAL) (ABl. Nr. L 225 vom 15. 8. 1988, S. 2). Verordnung (EWG) Nr. 4253/88 des Rates vom 19. Dezember 1988 zur Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 hinsichtlich der Koordinierung der Interventionen der verschiedenen Strukturfonds einerseits und zwischen diesen und den Interventionen der Europäischen Investitionsbank und der sonstigen vorhandenen Finanzinstrumente andererseits (ABl. Nr. L 374 vom 31. 12. 1988, S. 1).

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen und Fischerei)

KAPITEL B2-1 2 — EUROPÄISCHER FONDS FÜR REGIONALE ENTWICKLUNG *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B2-1 2 0	*(Fortsetzung)*						
B2-1 2 0 0	Ziel Nr. 1 Getrennte Mittel	5 453 038 000	5 418 031 000	4 547 000 000	4 266 000 000	5 227 571 400,62 (1)	4 554 107 902,53 (1)
B2-1 2 0 1	Ziel Nr. 2 Getrennte Mittel	1 072 806 000	1 016 723 000	1 139 000 000	1 069 000 000		

(1) Gemeinsamer Betrag für die Posten B2-1 2 0 0 bis B2-1 2 0 2.

KOMMISSION
Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen und Fischerei)

KAPITEL B2-1 2 — EUROPÄISCHER FONDS FÜR REGIONALE ENTWICKLUNG *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B2-1 2 0	*(Fortsetzung)* Verordnung (EWG) Nr. 4254/88 des Rates vom 19. Dezember 1988 zur Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 in bezug auf den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (ABl. Nr. L 374 vom 31. 12. 1988, S. 15).
B2-1 2 0 0	Diese Mittel sind zur Deckung der Förderung der Verwirklichung der in den Artikeln 130 A und 130 C des Vertrages zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft genannten allgemeinen Ziele in den vom vorrangigen Ziel Nr. 1 der Reform der Strukturfonds betroffenen Gebieten vorgesehen. Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 5 453 038 000 ECU. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind	6 769 604 000	1 992 500 000	1 325 000 000	1 325 000 000	1 325 000 000	802 104 000
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	4 547 000 000	2 273 500 000	1 364 000 000	909 500 000		
Mittel 1992	5 453 038 000		2 729 031 000	1 650 007 000	1 074 000 000	
Insgesamt	16 769 642 000	4 266 000 000	5 418 031 000	3 884 507 000	2 399 000 000	802 104 000

B2-1 2 0 1	Diese Mittel sind zur Deckung der Förderung der Verwirklichung der in den Artikeln 130 A und 130 C des Vertrages zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft genannten allgemeinen Ziele in den vom vorrangigen Ziel Nr. 2 der Reform der Strukturfonds betroffenen Gebieten vorgesehen. Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 1 072 806 000 ECU. Fälligkeitsplan:					

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind	711 300 000	499 500 000	139 000 000	72 800 000		
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	1 139 000 000	569 500 000	342 000 000	227 500 000		
Mittel 1992	1 072 806 000		535 723 000	331 083 000	206 000 000	
Insgesamt	2 923 106 000	1 069 000 000	1 016 723 000	631 383 000	206 000 000	

KOMMISSION
Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen und Fischerei)

KAPITEL B2-1 2 — EUROPÄISCHER FONDS FÜR REGIONALE ENTWICKLUNG *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B2-1 2 0	*(Fortsetzung)*						
B2-1 2 0 2	Ziel Nr. 5 b) Getrennte Mittel	396 000 000	288 000 000	254 000 000	238 000 000		
	Artikel B2-1 2 0 insgesamt	6 921 844 000	6 722 754 000	5 940 000 000	5 573 000 000	5 227 571 400,62	4 554 107 902,53
B2-1 2 1	***Maßnahmen zur Betrugsbekämpfung im Europäischen Fonds für regionale Entwicklung*** Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	0,—	0,—
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	0,—	0,—
	Getrennte Mittel insgesamt	6 921 844 000	6 722 754 000	5 940 000 000	5 573 000 000	5 227 571 400,62	4 554 107 902,53
	KAPITEL B2-1 2 INSGESAMT	6 921 844 000	6 722 754 000	5 940 000 000	5 573 000 000	5 227 571 400,62	4 554 107 902,53

KOMMISSION
Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen und Fischerei)

KAPITEL B2-1 2 — EUROPÄISCHER FONDS FÜR REGIONALE ENTWICKLUNG *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen

B2-1 2 0 *(Fortsetzung)*

B2-1 2 0 2 Diese Mittel sind zur Deckung der Förderung der Verwirklichung der in den Artikeln 130 A und 130 C des Vertrages zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft genannten allgemeinen Ziele in den vom vorrangigen Ziel Nr. 5 b) der Reform der Strukturfonds betroffenen Gebieten vorgesehen.

Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 396 000 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind	77 700 000	62 500 000	15 200 000			
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	254 000 000	175 500 000	75 800 000	2 700 000		
Mittel 1992	396 000 000		197 000 000	121 000 000	78 000 000	
Insgesamt	727 700 000	238 000 000	288 000 000	123 700 000	78 000 000	

B2-1 2 1 Dieser Artikel ist bestimmt zur Deckung:

— der technischen Unterstützung der Mitgliedstaaten bei der Betrugsbekämpfung,

— der Ausgaben für:

  — die Verstärkung der der Kommission zur Verfügung stehenden Kontrollmittel,

  — für Ad-hoc-Untersuchungen in ausreichend berechtigten Fällen.

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen und Fischerei)

KAPITEL B2-1 3 — EUROPÄISCHER SOZIALFONDS

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
	KAPITEL B2-1 3						
B2-1 3 0	***Gemeinschaftliche Förderkonzepte***						
B2-1 3 0 0	Ziel Nr. 1 Getrennte Mittel	2 409 669 000	2 504 401 000	2 076 000 000	2 009 000 000	3 504 785 923,72 (1)	3 211 975 638,73 (1)
B2-1 3 0 1	Ziel Nr. 2 Getrennte Mittel	382 194 000	381 777 000	388 000 000	375 000 000		

(1) Gemeinsamer Betrag für die Posten B2-1 3 0 0 bis B2-1 3 0 3.

KOMMISSION
Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen und Fischerei)

KAPITEL B2-1 3 — EUROPÄISCHER SOZIALFONDS

Artikel Posten	Erläuterungen
B2-1 3 0	Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, insbesondere Artikel 123 und 130 D. Beschluß 83/516/EWG des Rates vom 17. Oktober 1983 über die Aufgaben des Europäischen Sozialfonds (ABl. Nr. L 289 vom 22. 10. 1983, S. 38), zuletzt geändert durch Beschluß 85/568/EWG (ABl. Nr. L 370 vom 31. 12. 1985, S. 40). Verordnung (EWG) Nr. 2950/83 des Rates vom 17. Oktober 1983 zur Anwendung des Beschlusses 83/516/EWG über die Aufgaben des Europäischen Sozialfonds (ABl. Nr. L 289 vom 22. 10. 1983, S. 1), geändert durch die Verordnungen (EWG) Nr. 3823/85 (ABl. Nr. L 370 vom 31. 12. 1985, S. 23) und (EWG) Nr. 3824/85 (ABl. Nr. L 370 vom 31. 12. 1985, S. 25). Verordnung (EWG) Nr. 2088/85 des Rates vom 23. Juli 1985 über die Integrierten Mittelmeerprogramme (ABl. Nr. L 197 vom 27. 7. 1985, S. 1). Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 des Rates vom 24. Juni 1988 über Aufgaben und Effizienz der Strukturfonds und über die Koordinierung ihrer Interventionen untereinander sowie mit denen der Europäischen Investitionsbank und der anderen vorhandenen Finanzinstrumente (ABl. Nr. L 185 vom 15. 7. 1988, S. 9). Verordnung (EWG) Nr. 4253/88 des Rates vom 19. Dezember 1988 zur Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 hinsichtlich der Koordinierung der Interventionen der verschiedenen Strukturfonds einerseits und zwischen diesen und den Interventionen der Europäischen Investitionsbank und der sonstigen vorhandenen Finanzinstrumente andererseits (ABl. Nr. L 374 vom 31. 12. 1988, S. 1). Verordnung (EWG) Nr. 4255/88 des Rates vom 19. Dezember 1988 zur Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 hinsichtlich des Europäischen Sozialfonds (ABl. Nr. L 374 vom 31. 12. 1988, S. 21).
B2-1 3 0 0	Diese Mittel sind zur Deckung der Förderung der Verwirklichung der in den Artikeln 130 A und 130 C des Vertrages zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft genannten allgemeinen Ziele in den vom vorrangigen Ziel Nr. 1 der Reform der Strukturfonds betroffenen Gebieten vorgesehen. Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 2 409 669 000 ECU. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind	1 469 474 000	703 000 000	389 474 000	377 000 000		
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen	174 515 000	101 500 000	56 000 000	17 015 000		
Mittel 1991	2 076 000 000	1 204 500 000	664 000 000	207 500 000		
Mittel 1992	2 409 669 000		1 394 927 000	776 268 000	238 474 000	
Insgesamt	6 129 658 000	2 009 000 000	2 504 401 000	1 377 783 000	238 474 000	

B2-1 3 0 1	Diese Mittel sind zur Deckung der Förderung der Verwirklichung der in den Artikeln 130 A und 130 C des Vertrages zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft genannten allgemeinen Ziele in den vom vorrangigen Ziel Nr. 2 der Reform der Strukturfonds betroffenen Gebieten vorgesehen.

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen und Fischerei)

KAPITEL B2-1 3 — EUROPÄISCHER SOZIALFONDS *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B2-1 3 0	*(Fortsetzung)*						
B2-1 3 0 1	*(Fortsetzung)*						
B2-1 3 0 2	Ziele Nrn. 3 und 4 Getrennte Mittel	1 733 000 000	1 514 000 000	1 478 000 000	1 431 000 000		
B2-1 3 0 3	Ziel Nr. 5 b) Getrennte Mittel	165 000 000	105 000 000	85 000 000	82 000 000		

KOMMISSION
Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen und Fischerei)

KAPITEL B2-1 3 — EUROPÄISCHER SOZIALFONDS *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen

B2-1 3 0 *(Fortsetzung)*

B2-1 3 0 1 *(Fortsetzung)*

Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 382 194 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind	218 000 000	140 000 000	30 000 000	48 000 000		
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen	17 250 000	10 000 000	5 500 000	1 750 000		
Mittel 1991	388 000 000	225 000 000	124 500 000	38 500 000		
Mittel 1992	382 194 000		221 777 000	125 417 000	35 000 000	
Insgesamt	1 005 444 000	375 000 000	381 777 000	213 667 000	35 000 000	

B2-1 3 0 2 Diese Mittel sind zur Deckung der Förderung der Verwirklichung der in den Artikeln 130 A und 130 C des Vertrages zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft genannten allgemeinen Ziele in den von den vorrangigen Zielen Nrn. 3 und 4 der Reform der Strukturfonds betroffenen Gebieten vorgesehen.

Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 1 733 000 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind	746 000 000	569 000 000	37 000 000	140 000 000		
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen	8 221 000	5 000 000	2 000 000	1 221 000		
Mittel 1991	1 478 000 000	857 000 000	474 000 000	147 000 000		
Mittel 1992	1 733 000 000		1 001 000 000	561 000 000	171 000 000	
Insgesamt	3 965 221 000	1 431 000 000	1 514 000 000	849 221 000	171 000 000	

B2-1 3 0 3 Diese Mittel sind zur Deckung der Förderung der Verwirklichung der in den Artikeln 130 A und 130 C des Vertrages zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft genannten allgemeinen Ziele in den vom vorrangigen Ziel Nr. 5 b) der Reform der Strukturfonds betroffenen Gebieten vorgesehen.

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen und Fischerei)

KAPITEL B2-1 3 — EUROPÄISCHER SOZIALFONDS *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B2-1 3 0	*(Fortsetzung)*						
B2-1 3 0 3	*(Fortsetzung)*						
	Artikel B2-1 3 0 insgesamt	4 689 863 000	4 505 178 000	4 027 000 000	3 897 000 000	3 504 785 923,72	3 211 975 638,73
B2-1 3 1	***Maßnahmen zur Betrugsbekämpfung innerhalb des Europäischen Sozialfonds*** Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	0,—	0,—
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	0,—	0,—
	Getrennte Mittel insgesamt	4 689 863 000	4 505 178 000	4 027 000 000	3 897 000 000	3 504 785 923,72	3 211 975 638,73
	KAPITEL B2-1 3 INSGESAMT	4 689 863 000	4 505 178 000	4 027 000 000	3 897 000 000	3 504 785 923,72	3 211 975 638,73

KOMMISSION
Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen und Fischerei)

KAPITEL B2-1 3 — EUROPÄISCHER SOZIALFONDS *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B2-1 3 0	*(Fortsetzung)*
B2-1 3 0 3	*(Fortsetzung)* Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 165 000 000 ECU. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind	29 000 000	18 000 000	11 000 000			
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	85 000 000	64 000 000	12 000 000	9 000 000		
Mittel 1992	165 000 000		82 000 000	65 000 000	18 000 000	
Insgesamt	279 000 000	82 000 000	105 000 000	74 000 000	18 000 000	

B2-1 3 1 Veranschlagt sind Mittel für:
— die technische Unterstützung der Mitgliedstaaten bei der Bekämpfung von Betrügereien,
— Ausgaben in Zusammenhang mit:
  — dem Ausbau der Kontrollmöglichkeiten der Kommission,
  — Ad-hoc-Untersuchungen in ordnungsgemäß begründeten Fällen.

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen und Fischerei)

KAPITEL B2-1 4 — GEMEINSCHAFTSINITIATIVEN — EUROPÄISCHER AUSRICHTUNGS- UND GARANTIEFONDS FÜR DIE LANDWIRTSCHAFT, ABTEILUNG AUSRICHTUNG — BEREICH LANDWIRTSCHAFT

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
	KAPITEL B2-1 4						
B2-1 4 0	***Gemeinschaftsinitiativen — Europäischer Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft, Abteilung Ausrichtung — Bereich Landwirtschaft***						
	Getrennte Mittel	192 000 000	221 000 000	195 000 000	110 000 000		

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen und Fischerei)

KAPITEL B2-14 — GEMEINSCHAFTSINITIATIVEN — EUROPÄISCHER AUSRICHTUNGS- UND GARANTIEFONDS FÜR DIE LANDWIRTSCHAFT, ABTEILUNG AUSRICHTUNG — BEREICH LANDWIRTSCHAFT

Artikel Posten	Erläuterungen
	Die Kommission muß die Haushaltsbehörde vor dem 30. September über den Stand der Ausführung der verschiedenen gemeinschaftlichen Initiativprogramme sowie über den Bedarf für das folgende Jahr unterrichten.
B2-140	*Vormals Teilartikel B2-140* Verordnung (EWG) Nr. 729/70 des Rates vom 21. April 1970 über die Finanzierung der gemeinsamen Agrarpolitik (ABl. Nr. L 94 vom 28. 4. 1970, S. 13), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 2048/88 (ABl. Nr. L 185 vom 15. 7. 1988, S. 1). Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 des Rates vom 24. Juni 1988 über Aufgaben und Effizienz der Strukturfonds und über die Koordinierung ihrer Interventionen untereinander sowie mit denen der Europäischen Investitionsbank und der anderen vorhandenen Finanzinstrumente (ABl. Nr. L 185 vom 15. 7. 1988, S. 9). Verordnung (EWG) Nr. 4253/88 des Rates vom 19. Dezember 1988 zur Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 hinsichtlich der Koordinierung der Interventionen der verschiedenen Strukturfonds einerseits und zwischen diesen und den Interventionen der Europäischen Investitionsbank und der sonstigen vorhandenen Finanzinstrumente andererseits (ABl. Nr. L 374 vom 31. 12. 1988, S. 1). Verordnung (EWG) Nr. 4256/88 des Rates vom 19. Dezember 1988 zur Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 hinsichtlich des Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAGFL), Abteilung Ausrichtung (ABl. Nr. L 374 vom 31. 12. 1988, S. 25). Verordnung (EWG) Nr. 3808/89 des Rates vom 12. Dezember 1989 zur Änderung der Verordnungen (EWG) Nr. 797/85, (EWG) Nr. 1096/88, (EWG) Nr. 1360/78, (EWG) Nr. 389/82 und (EWG) Nr. 1696/71 im Hinblick auf die beschleunigte Anpassung der Produktionsstrukturen in der Landwirtschaft (ABl. Nr. L 371 vom 20. 12. 1989, S. 1). Beschluß 89/687/EWG des Rates vom 22. Dezember 1989 zur Einführung eines Programms zur Lösung der spezifisch auf die Abgelegenheit und Insellage der französischen überseeischen Departements zurückzuführenden Probleme (POSEIDOM) (ABl. Nr. L 399 vom 30. 12. 1989, S. 39). Verordnung (EWG) Nr. 866/90 des Rates vom 29. März 1990 zur Verbesserung der Verarbeitungs- und Vermarktungsbedingungen landwirtschaftlicher Erzeugnisse (ABl. Nr. L 91 vom 6. 4. 1990, S. 1). Verordnung (EWG) Nr. 867/90 des Rates vom 29. März 1990 betreffend die Verbesserung der Verarbeitungs- und Vermarktungsbedingungen für forstwirtschaftliche Erzeugnisse (ABl. Nr. L 91 vom 6. 4. 1990, S. 7). Beschluß 91/314/EWG des Rates vom 26. Juni 1991 zur Einführung eines Programms zur Lösung der spezifisch auf die Abgelegenheit und Insellage der Kanarischen Inseln zurückzuführenden Probleme (POSEICAN) (ABl. Nr. L 171 vom 29. 6. 1991, S. 5). Beschluß 91/315/EWG des Rates vom 26. Juni 1991 über ein Programm zur Lösung der spezifisch auf die Abgelegenheit und Insellage Madeiras und der Azoren zurückzuführenden Probleme (POSEIMA) (ABl. Nr. L 171 vom 29. 6. 1991, S. 10). Verordnung (EWG) Nr. 2328/91 des Rates vom 15. Juli 1991 zur Verbesserung der Effizienz der Agrarstruktur (ABl. Nr. L 218 vom 6. 8. 1991, S. 1). Diese Mittel sind zur Deckung der gemäß Artikel 6 der Verordnung (EWG) Nr. 729/70 beschlossenen früheren gemeinsamen Maßnahmen bestimmt, deren Finanzierung in Artikel B2-100 nicht vorgesehen ist. Sie decken ferner die Aufwendungen für die Programme auf Gemeinschaftsinitiative sowie die Vorfinanzierung 1992 der Strukturmaßnahmen gemäß den Beschlüssen 89/687/EWG (POSEIDOM), 91/314/EWG (POSEICAN) und 91/315/EWG (POSEIMA).

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen und Fischerei)

KAPITEL B2-1 4 — GEMEINSCHAFTSINITIATIVEN — EUROPÄISCHER AUSRICHTUNGS- UND GARANTIEFONDS FÜR DIE LANDWIRTSCHAFT, ABTEILUNG AUSRICHTUNG — BEREICH LANDWIRTSCHAFT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B2-1 4 0	*(Fortsetzung)*						
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	192 000 000	221 000 000	195 000 000	110 000 000		
	KAPITEL B2-1 4 INSGESAMT	192 000 000	221 000 000	195 000 000	110 000 000		

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen und Fischerei)

KAPITEL B2-14 — GEMEINSCHAFTSINITIATIVEN — EUROPÄISCHER AUSRICHTUNGS- UND GARANTIEFONDS FÜR DIE LANDWIRTSCHAFT, ABTEILUNG AUSRICHTUNG — BEREICH LANDWIRTSCHAFT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B2-140	*(Fortsetzung)* Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 192 000 000 ECU. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind	462 273 000	20 000 000	92 000 000	90 000 000	73 000 000	187 273 000
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	195 000 000	90 000 000	54 000 000	30 000 000	12 000 000	9 000 000
Mittel 1992	192 000 000		75 000 000	40 000 000	36 000 000	41 000 000
Insgesamt	849 273 000	110 000 000	221 000 000	160 000 000	121 000 000	237 273 000

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen und Fischerei)

KAPITEL B2-1 5 — GEMEINSCHAFTSINITIATIVEN — EUROPÄISCHER AUSRICHTUNGS- UND GARANTIEFONDS FÜR DIE LANDWIRTSCHAFT, ABTEILUNG AUSRICHTUNG — BEREICH FISCHEREI

KAPITEL B2-1 6 — GEMEINSCHAFTSINITIATIVEN — EUROPÄISCHER FONDS FÜR REGIONALE ENTWICKLUNG

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
	KAPITEL B2-1 5						
B2-1 5 0	***Gemeinschaftsinitiativen — Europäischer Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft, Abteilung Ausrichtung — Bereich Fischerei***						
	Getrennte Mittel	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.		
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.		
	KAPITEL B2-1 5 INSGESAMT	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.		
	KAPITEL B2-1 6						
B2-1 6 0	***Gemeinschaftsinitiativen — Europäischer Fonds für regionale Entwicklung***						
	Getrennte Mittel	1 216 000 000	856 000 000	785 000 000	736 000 000		

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen und Fischerei)

KAPITEL B2-1 5 — GEMEINSCHAFTSINITIATIVEN — EUROPÄISCHER AUSRICHTUNGS- UND GARANTIEFONDS FÜR DIE LANDWIRTSCHAFT, ABTEILUNG AUSRICHTUNG — BEREICH FISCHEREI

KAPITEL B2-1 6 — GEMEINSCHAFTSINITIATIVEN — EUROPÄISCHER FONDS FÜR REGIONALE ENTWICKLUNG

Artikel Posten	Erläuterungen
B2-1 5 0	*Vormals Teilartikel B2-1 4 1.*
B2-1 6 0	*Vormals Teilartikel B2-1 4 2* Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, insbesondere Artikel 130 A und 130 C. Verordnung (EWG) Nr. 724/75 des Rates vom 18. März 1975 über die Errichtung eines Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (ABl. Nr. L 73 vom 21. 3. 1975, S. 1), geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 3325/80 (ABl. Nr. L 349 vom 23. 12. 1980, S. 10). Verordnung (EWG) Nr. 2615/80 des Rates vom 7. Oktober 1980 zur Einführung einer spezifischen Gemeinschaftsmaßnahme zur regionalen Entwicklung bestimmter französischer und italienischer Gebiete im Zusammenhang mit der Erweiterung der Gemeinschaft (ABl. Nr. L 271 vom 15. 10. 1980, S. 1), geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 214/84 (ABl. Nr. L 27 vom 31. 1. 1984, S. 1). Verordnung (EWG) Nr. 2616/80 des Rates vom 7. Oktober 1980 zur Einführung einer spezifischen Gemeinschaftsmaßnahme zur regionalen Entwicklung im Hinblick auf die Beseitigung von Entwicklungshemmnissen für neue Wirtschaftszweige in bestimmten von der Umstrukturierung der Eisen- und Stahlindustrie betroffenen Gebieten (ABl. Nr. L 271 vom 15. 10. 1980, S. 9), geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 216/84 (ABl. Nr. L 27 vom 31. 1. 1984, S. 9). Verordnung (EWG) Nr. 2617/80 des Rates vom 7. Oktober 1980 zur Einführung einer spezifischen Gemeinschaftsmaßnahme zur regionalen Entwicklung im Hinblick auf die Beseitigung von Entwicklungshemmnissen für neue Wirtschaftszweige in bestimmten von der Umstrukturierung der Schiffbauindustrie betroffenen Gebieten (ABl. Nr. L 271 vom 15. 10. 1980, S. 16), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 3635/85 (ABl. Nr. L 350 vom 27. 12. 1985, S. 8). Verordnung (EWG) Nr. 2618/80 des Rates vom 7. Oktober 1980 zur Einführung einer spezifischen Gemeinschaftsmaßnahme zur regionalen Entwicklung im Hinblick auf die Verbesserung der Sicherheit der Energieversorgung in einigen Gebieten der Gemeinschaft durch eine stärkere Nutzung neuer Technologien im Bereich der Stromgewinnung aus Wasserkraft und den Ausbau alternativer Energiequellen (ABl. Nr. L 271 vom 15. 10. 1980, S. 23), geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 218/84 (ABl. Nr. L 27 vom 31. 1. 1984, S. 19). Verordnung (EWG) Nr. 2619/80 des Rates vom 7. Oktober 1980 zur Einführung einer spezifischen Gemeinschaftsmaßnahme zur regionalen Entwicklung im Hinblick auf die Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Grenzgebiete Irlands und Nordirlands (ABl. Nr. L 271 vom 15. 10. 1980, S. 28), geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 3637/85 (ABl. Nr. L 350 vom 27. 12. 1985, S. 12). Verordnung (EWG) Nr. 215/84 des Rates vom 18. Januar 1984 zur Einführung einer spezifischen Gemeinschaftsmaßnahme zur regionalen Entwicklung bestimmter griechischer Gebiete im Zusammenhang mit der Erweiterung der Gemeinschaft (ABl. Nr. L 27 vom 31. 1. 1984, S. 5).

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen und Fischerei)

KAPITEL B2-1 6 — GEMEINSCHAFTSINITIATIVEN — EUROPÄISCHER FONDS FÜR REGIONALE ENTWICKLUNG *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B2-1 6 0	*(Fortsetzung)*						

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen und Fischerei)

KAPITEL B2-1 6 — GEMEINSCHAFTSINITIATIVEN — EUROPÄISCHER FONDS FÜR REGIONALE ENTWICKLUNG *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B2-1 6 0	*(Fortsetzung)* Verordnung (EWG) Nr. 219/84 des Rates vom 18. Januar 1984 zur Einführung einer spezifischen Gemeinschaftsmaßnahme zur regionalen Entwicklung im Hinblick auf die Beseitigung von Entwicklungshemmnissen für neue Wirtschaftszweige in bestimmten von der Umstrukturierung der Textil- und Bekleidungsindustrie betroffenen Gebieten (ABl. Nr. L 27 vom 31. 1. 1984, S. 22), geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 3636/85 (ABl. Nr. L 350 vom 27. 12. 1985, S. 10). Verordnung (EWG) Nr. 1787/84 des Rates vom 19. Juni 1984 betreffend den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (ABl. Nr. L 169 vom 28. 6. 1984, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 3641/85 (ABl. Nr. L 350 vom 27. 12. 1985, S. 40). Verordnung (EWG) Nr. 3638/85 des Rates vom 17. Dezember 1985 zur Einführung einer spezifischen Gemeinschaftsmaßnahme zur regionalen Entwicklung im Hinblick auf die Förderung neuer Wirtschaftszweige in bestimmten von der Einführung der gemeinsamen Fischereipolitik betroffenen Gebieten (ABl. Nr. L 350 vom 27. 12. 1985, S. 17). Verordnung (EWG) Nr. 3300/86 des Rates vom 27. Oktober 1986 zur Einführung eines Gemeinschaftsprogramms zur Entwicklung bestimmter benachteiligter Regionen der Gemeinschaft durch einen besseren Zugang zu den fortgeschrittenen Telekommunikationsdiensten (Programm STAR) (ABl. Nr. L 305 vom 31. 10. 1986, S. 1). Verordnung (EWG) Nr. 3301/86 des Rates vom 27. Oktober 1986 zur Einführung eines Gemeinschaftsprogramms zur Entwicklung bestimmter benachteiligter Regionen der Gemeinschaft durch die Erschließung des endogenen Energiepotentials (VALOREN-Programm) (ABl. Nr. L 305 vom 31. 10. 1986, S. 6). Verordnung (EWG) Nr. 328/88 des Rates vom 2. Februar 1988 zur Einführung eines Gemeinschaftsprogramms zugunsten der Umstellung von Eisen- und Stahlrevieren (Programm RESIDER) (ABl. Nr. L 33 vom 5. 2. 1988, S. 1). Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 des Rates vom 24. Juni 1988 über Aufgaben und Effizienz der Strukturfonds und über die Koordinierung ihrer Interventionen untereinander sowie mit denen der Europäischen Investitionsbank und der anderen vorhandenen Finanzinstrumente (ABl. Nr. L 185 vom 15. 7. 1988, S. 9). Verordnung (EWG) Nr. 2506/88 des Rates vom 26. Juli 1988 zur Einführung eines Gemeinschaftsprogramms zugunsten der Umstellung von Schiffbaugebieten (Programm RENAVAL) (ABl. Nr. L 225 vom 15. 8. 1988, S. 24). Verordnung (EWG) Nr. 4253/88 des Rates vom 19. Dezember 1988 zur Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 hinsichtlich der Koordinierung der Interventionen der verschiedenen Strukturfonds einerseits und zwischen diesen und den Interventionen der Europäischen Investitionsbank und der sonstigen vorhandenen Finanzinstrumente andererseits (ABl. Nr. L 374 vom 31. 12. 1988, S. 1). Verordnung (EWG) Nr. 4254/88 des Rates vom 19. Dezember 1988 zur Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 in bezug auf den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (ABl. Nr. L 374 vom 31. 12. 1988, S. 15). Beschluß 89/687/EWG des Rates vom 22. Dezember 1989 zur Einführung eines Programms zur Lösung der spezifisch auf die Abgelegenheit und Insellage der französischen überseeischen Departements zurückzuführenden Probleme (POSEIDOM) (ABl. Nr. L 399 vom 30. 12. 1989, S. 39). Beschluß 91/314/EWG des Rates vom 26. Juni 1991 zur Einführung eines Programms zur Lösung der spezifisch auf die Abgelegenheit und Insellage der Kanarischen Inseln zurückzuführenden Probleme (POSEICAN) (ABl. Nr. L 171 vom 26. 9. 1991, S. 5). Beschluß 91/315/EWG des Rates vom 26. Juni 1991 über ein Programm zur Lösung der spezifisch auf die Abgelegenheit und Insellage Madeiras und der Azoren zurückzuführenden Probleme (POSEIMA) (ABl. Nr. L 171 vom 29. 6. 1991, S. 10). Neben der Finanzierung von Maßnahmen, die zwischen 1975 und 1998 durchgeführt wurden oder im Rahmen der in diesem Zeitraum geltenden Maßnahmen noch durchzuführen sind, sollen diese Mittel die Aufwendungen für die Programme auf Gemeinschaftsinitiative sowie die Vorfinanzierung 1992 der Strukturmaßnahmen gemäß den Beschlüssen 89/687/EWG (POSEIDOM), 91/314/EWG (POSEICAN) und 91/315/EWG (POSEIMA).

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen und Fischerei)

KAPITEL B2-1 6 — GEMEINSCHAFTSINITIATIVEN — EUROPÄISCHER FONDS FÜR REGIONALE ENTWICKLUNG *(Fortsetzung)*

KAPITEL B2-1 7 — GEMEINSCHAFTSINITIATIVEN — EUROPÄISCHER SOZIALFONDS

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B2-1 6 0	*(Fortsetzung)*						
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	1 216 000 000	856 000 000	785 000 000	736 000 000		
	KAPITEL B2-1 6 INSGESAMT	1 216 000 000	856 000 000	785 000 000	736 000 000		
	KAPITEL B2-1 7						
B2-1 7 0	***Gemeinschaftsinitiativen — Europäischer Sozialfonds***						
	Getrennte Mittel	472 000 000	312 000 000	285 000 000	172 000 000		

KOMMISSION
Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen und Fischerei)

KAPITEL B2-1 6 — GEMEINSCHAFTSINITIATIVEN — EUROPÄISCHER FONDS FÜR REGIONALE ENTWICKLUNG *(Fortsetzung)*

KAPITEL B2-1 7 — GEMEINSCHAFTSINITIATIVEN — EUROPÄISCHER SOZIALFONDS

Artikel Posten	Erläuterungen

B2-1 6 0 *(Fortsetzung)*

Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 1 216 000 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind	520 604 000	343 000 000	101 000 000	51 000 000	25 604 000	
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	785 000 000	393 000 000	236 000 000	156 000 000		
Mittel 1992	1 216 000 000		519 000 000	472 000 000	225 000 000	
Insgesamt	2 521 604 000	736 000 000	856 000 000	679 000 000	250 604 000	

B2-1 7 0 *Vormals Teilartikel B2-1 4 3*

Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, insbesondere Artikel 123 und 130 D.

Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 des Rates vom 24. Juni 1988 über Aufgaben und Effizienz der Strukturfonds und über die Koordinierung ihrer Interventionen untereinander sowie mit denen der Europäischen Investitionsbank und der anderen vorhandenen Finanzinstrumente (ABl. Nr. L 185 vom 15. 7. 1988, S. 9).

Verordnung (EWG) Nr. 4253/88 des Rates vom 19. Dezember 1988 zur Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 hinsichtlich der Koordinierung der Interventionen der verschiedenen Strukturfonds einerseits und zwischen diesen und den Interventionen der Europäischen Investitionsbank und der sonstigen vorhandenen Finanzinstrumente andererseits (ABl. Nr. L 374 vom 31. 12. 1988, S. 1).

Neben der Finanzierung von Maßnahmen, die zwischen 1975 und 1988 durchgeführt wurden oder im Rahmen der in diesem Zeitraum geltenden Maßnahmen noch durchzuführen sind, sollen diese Mittel die Aufwendungen für die Programme auf Gemeinschaftsinitiativen decken.

38 % der Mittel des HORIZON-Programms werden für die benachteiligten Gruppen verwendet.

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen und Fischerei)

KAPITEL B2-1 7 — GEMEINSCHAFTSINITIATIVEN — EUROPÄISCHER SOZIALFONDS *(Fortsetzung)*

KAPITEL B2-1 8 — ÜBERGANGSMASSNAHMEN UND INNOVATIVE AKTIONEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B2-1 7 0	*(Fortsetzung)*						
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	472 000 000	312 000 000	285 000 000	172 000 000		
	KAPITEL B2-1 7 INSGESAMT	472 000 000	312 000 000	285 000 000	172 000 000		
	KAPITEL B2-1 8						
B2-1 8 0	***Europäischer Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft, Abteilung Ausrichtung***						
B2-1 8 0 1	Bereich Landwirtschaft Getrennte Mittel	63 000 000	61 000 000				

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen und Fischerei)

KAPITEL B2-1 7 — GEMEINSCHAFTSINITIATIVEN — EUROPÄISCHER SOZIALFONDS *(Fortsetzung)*

KAPITEL B2-1 8 — ÜBERGANGSMASSNAHMEN UND INNOVATIVE AKTIONEN

Artikel Posten	Erläuterungen

B2-1 7 0 *(Fortsetzung)*

Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 472 000 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind	77 000 000	55 000 000	18 000 000	4 000 000		
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen	17 797 000	10 000 000	7 797 000			
Mittel 1991	285 000 000	107 000 000	150 000 000	28 000 000		
Mittel 1992	472 000 000		136 203 000	237 000 000	98 797 000	
Insgesamt	851 797 000	172 000 000	312 000 000	269 000 000	98 797 000	

B2-1 8 0 Die Kommission muß die Haushaltsbehörde vor dem 30. September über den Stand der Ausführung der verschiedenen Übergangs- und Neuerungsmaßnahmen sowie über den Bedarf für das folgende Jahr unterrichten.

B2-1 8 0 1 *Vormals Teilartikel B2-1 4 0*

Verordnung (EWG) Nr. 729/70 des Rates vom 21. April 1970 über die Finanzierung der gemeinsamen Agrarpolitik (ABl. Nr. L 94 vom 28. 4. 1970, S. 13), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 2048/88 (ABl. Nr. L 185 vom 15. 7. 1988, S. 1).

Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 des Rates vom 24. Juni 1988 über Aufgaben und Effizienz der Strukturfonds und über die Koordinierung ihrer Interventionen untereinander sowie mit denen der Europäischen Investitionsbank und der anderen vorhandenen Finanzinstrumente (ABl. Nr. L 185 vom 15. 7. 1988, S. 9).

Verordnung (EWG) Nr. 4253/88 des Rates vom 19. Dezember 1988 zur Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 hinsichtlich der Koordinierung der Interventionen der verschiedenen Strukturfonds einerseits und zwischen diesen und den Interventionen der Europäischen Investitionsbank und der sonstigen vorhandenen Finanzinstrumente andererseits (ABl. Nr. L 374 vom 31. 12. 1988, S. 1).

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen und Fischerei)

KAPITEL B2-1 8 — ÜBERGANGSMASSNAHMEN UND INNOVATIVE AKTIONEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B2-1 8 0	*(Fortsetzung)*						
B2-1 8 0 1	*(Fortsetzung)*						
B2-1 8 0 2	Bereich Fischerei Getrennte Mittel	p.m.	p.m.				
	Artikel B2-1 8 0 insgesamt	63 000 000	61 000 000				

KOMMISSION
Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen und Fischerei)

KAPITEL B2-1 8 — ÜBERGANGSMASSNAHMEN UND INNOVATIVE AKTIONEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B2-1 8 0	*(Fortsetzung)*
B2-1 8 0 1	*(Fortsetzung)*

Verordnung (EWG) Nr. 4256/88 des Rates vom 19. Dezember 1988 zur Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 hinsichtlich des Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAGFL), Abteilung Ausrichtung (ABl. Nr. L 374 vom 31. 12. 1988, S. 25).

Verordnung (EWG) Nr. 3808/89 des Rates vom 12. Dezember 1989 zur Änderung der Verordnungen (EWG) Nr. 797/85, (EWG) Nr. 1096/88, (EWG) Nr. 1360/78, (EWG) Nr. 389/82 und (EWG) Nr. 1696/71 im Hinblick auf die beschleunigte Anpassung der Produktionsstrukturen in der Landwirtschaft (ABl. Nr. L 371 vom 20. 12. 1989, S. 1).

Beschluß 89/687/EWG des Rates vom 22. Dezember 1989 zur Einführung eines Programms zur Lösung der spezifisch auf die Abgelegenheit und Insellage der französischen überseeischen Departements zurückzuführenden Probleme (POSEIDOM) (ABl. Nr. L 399 vom 30. 12. 1989, S. 39).

Verordnung (EWG) Nr. 866/90 des Rates vom 29. März 1990 zur Verbesserung der Verarbeitungs- und Vermarktungsbedingungen landwirtschaftlicher Erzeugnisse (ABl. Nr. L 91 vom 6. 4. 1990, S. 1).

Verordnung (EWG) Nr. 867/90 des Rates vom 29. März 1990 betreffend die Verbesserung der Verarbeitungs- und Vermarktungsbedingungen für forstwirtschaftliche Erzeugnisse (ABl. Nr. L 91 vom 6. 4. 1990, S. 7).

Beschluß 91/314/EWG des Rates vom 26. Juni 1991 zur Einführung eines Programms zur Lösung der spezifisch auf die Abgelegenheit und Insellage der Kanarischen Inseln zurückzuführenden Probleme (POSEICAN) (ABl. Nr. L 171 vom 29. 6. 1991, S. 5).

Beschluß 91/315/EWG des Rates vom 26. Juni 1991 über ein Programm zur Lösung der spezifisch auf die Abgelegenheit und Insellage Madeiras und der Azoren zurückzuführenden Probleme (POSEIMA) (ABl. Nr. L 171 vom 29. 6. 1991, S. 10).

Verordnung (EWG) Nr. 2328/91 des Rates vom 15. Juli 1991 zur Verbesserung der Effizienz der Agrarstruktur (ABl. Nr. L 218 vom 6. 8. 1991, S. 1).

Diese Mittel sind zur Deckung der gemäß Artikel 6 der Verordnung (EWG) Nr. 729/70 beschlossenen früheren gemeinsamen Maßnahmen bestimmt, deren Finanzierung in Artikel B2-1 0 0 nicht vorgesehen ist.

Sie decken ferner die Aufwendungen für die Übergangs- und Neuerungsmaßnahmen sowie die Vorfinanzierung 1992 der Strukturmaßnahmen gemäß den Beschlüssen 89/687/EWG (POSEIDOM), 91/314/EWG (POSEICAN) und 91/315/EWG (POSEIMA).

Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 63 000 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind						
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991						
Mittel 1992	63 000 000		61 000 000	2 000 000		
Insgesamt	63 000 000		61 000 000	2 000 000		

B2-1 8 0 2 *Vormals Teilartikel B2-1 4 1*

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen und Fischerei)

KAPITEL B2-1 8 — ÜBERGANGSMASSNAHMEN UND INNOVATIVE AKTIONEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B2-1 8 1	***Europäischer Fonds für regionale Entwicklung*** Getrennte Mittel	190 000 000	124 000 000				

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen und Fischerei)

KAPITEL B2-1 8 — ÜBERGANGSMASSNAHMEN UND INNOVATIVE AKTIONEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B2-1 8 1	*Vormals Teilartikel B2-1 4 2* Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, insbesondere Artikel 130 A und 130 C. Verordnung (EWG) Nr. 724/75 des Rates vom 18. März 1975 über die Errichtung eines Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (ABl. Nr. L 73 vom 21. 3. 1975, S. 1), geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 3325/80 (ABl. Nr. L 349 vom 23. 12. 1980, S. 10). Verordnung (EWG) Nr. 2615/80 des Rates vom 7. Oktober 1980 zur Einführung einer spezifischen Gemeinschaftsmaßnahme zur regionalen Entwicklung bestimmter französischer und italienischer Gebiete im Zusammenhang mit der Erweiterung der Gemeinschaft (ABl. Nr. L 271 vom 15. 10. 1980, S. 1), geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 214/84 (ABl. Nr. L 27 vom 31. 1. 1984, S. 1). Verordnung (EWG) Nr. 2616/80 des Rates vom 7. Oktober 1980 zur Einführung einer spezifischen Gemeinschaftsmaßnahme zur regionalen Entwicklung im Hinblick auf die Beseitigung von Entwicklungshemmnissen für neue Wirtschaftszweige in bestimmten von der Umstrukturierung der Eisen- und Stahlindustrie betroffenen Gebieten (ABl. Nr. L 271 vom 15. 10. 1980, S. 9), geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 216/84 (ABl. Nr. L 27 vom 31. 1. 1984, S. 9). Verordnung (EWG) Nr. 2617/80 des Rates vom 7. Oktober 1980 zur Einführung einer spezifischen Gemeinschaftsmaßnahme zur regionalen Entwicklung im Hinblick auf die Beseitigung von Entwicklungshemmnissen für neue Wirtschaftszweige in bestimmten von der Umstrukturierung der Schiffbauindustrie betroffenen Gebieten (ABl. Nr. L 271 vom 15. 10. 1980, S. 16), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 3635/85 (ABl. Nr. L 350 vom 27. 12. 1985, S. 8). Verordnung (EWG) Nr. 2618/80 des Rates vom 7. Oktober 1980 zur Einführung einer spezifischen Gemeinschaftsmaßnahme zur regionalen Entwicklung im Hinblick auf die Verbesserung der Sicherheit der Energieversorgung in einigen Gebieten der Gemeinschaft durch eine stärkere Nutzung neuer Technologien im Bereich der Stromgewinnung aus Wasserkraft und den Ausbau alternativer Energiequellen (ABl. Nr. L 271 vom 15. 10. 1980, S. 23), geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 218/84 (ABl. Nr. L 27 vom 31. 1. 1984, S. 19). Verordnung (EWG) Nr. 2619/80 des Rates vom 7. Oktober 1980 zur Einführung einer spezifischen Gemeinschaftsmaßnahme zur regionalen Entwicklung im Hinblick auf die Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Grenzgebiete Irlands und Nordirlands (ABl. Nr. L 271 vom 15. 10. 1980, S. 28), geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 3637/85 (ABl. Nr. L 350 vom 27. 12. 1985, S. 12). Verordnung (EWG) Nr. 215/84 des Rates vom 18. Januar 1984 zur Einführung einer spezifischen Gemeinschaftsmaßnahme zur regionalen Entwicklung bestimmter griechischer Gebiete im Zusammenhang mit der Erweiterung der Gemeinschaft (ABl. Nr. L 27 vom 31. 1. 1984, S. 5). Verordnung (EWG) Nr. 219/84 des Rates vom 18. Januar 1984 zur Einführung einer spezifischen Gemeinschaftsmaßnahme zur regionalen Entwicklung im Hinblick auf die Beseitigung von Entwicklungshemmnissen für neue Wirtschaftszweige in bestimmten von der Umstrukturierung der Textil- und Bekleidungsindustrie betroffenen Gebieten (ABl. Nr. L 27 vom 31. 1. 1984, S. 22), geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 3636/85 (ABl. Nr. L 350 vom 27. 12. 1985, S. 10). Verordnung (EWG) Nr. 1787/84 des Rates vom 19. Juni 1984 betreffend den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (ABl. Nr. L 169 vom 28. 6. 1984, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 3641/85 (ABl. Nr. L 350 vom 27. 12. 1985, S. 40). Verordnung (EWG) Nr. 3638/85 des Rates vom 17. Dezember 1985 zur Einführung einer spezifischen Gemeinschaftsmaßnahme zur regionalen Entwicklung im Hinblick auf die Förderung neuer Wirtschaftszweige in bestimmten von der Einführung der gemeinsamen Fischereipolitik betroffenen Gebieten (ABl. Nr. L 350 vom 27. 12. 1985, S. 17). Verordnung (EWG) Nr. 3300/86 des Rates vom 27. Oktober 1986 zur Einführung eines Gemeinschaftsprogramms zur Entwicklung bestimmter benachteiligter Regionen der Gemeinschaft durch einen besseren Zugang zu den fortgeschrittenen Telekommunikationsdiensten (Programm STAR) (ABl. Nr. L 305 vom 31. 10. 1986, S. 1). Verordnung (EWG) Nr. 3301/86 des Rates vom 27. Oktober 1986 zur Einführung eines Gemeinschaftsprogramms zur Entwicklung bestimmter benachteiligter Regionen der Gemeinschaft durch die Erschließung des endogenen Energiepotentials (VALOREN-Programm) (ABl. Nr. L 305 vom 31. 10. 1986, S. 6). Verordnung (EWG) Nr. 328/88 des Rates vom 2. Februar 1988 zur Einführung eines Gemeinschaftsprogramms zugunsten der Umstellung von Eisen- und Stahlrevieren (Programm RESIDER) (ABl. Nr. L 33 vom 5. 2. 1988, S. 1). Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 des Rates vom 24. Juni 1988 über Aufgaben und Effizienz der Strukturfonds und über die Koordinierung ihrer Interventionen untereinander sowie mit denen der Europäischen Investitionsbank und der anderen vorhandenen Finanzinstrumente (ABl. Nr. L 185 vom 15. 7. 1988, S. 9). Verordnung (EWG) Nr. 2506/88 des Rates vom 26. Juli 1988 zur Einführung eines Gemeinschaftsprogramms zugunsten der Umstellung von Schiffbaugebieten (Programm RENAVAL) (ABl. Nr. L 225 vom 15. 8. 1988, S. 24). Verordnung (EWG) Nr. 4253/88 des Rates vom 19. Dezember 1988 zur Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 hinsichtlich der Koordinierung der Interventionen der verschiedenen Strukturfonds einerseits und zwischen diesen und den Interventionen der Europäischen Investitionsbank und der sonstigen vorhandenen Finanzinstrumente andererseits (ABl. Nr. L 374 vom 31. 12. 1988, S. 1). Verordnung (EWG) Nr. 4254/88 des Rates vom 19. Dezember 1988 zur Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 in bezug auf den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (ABl. Nr. L 374 vom 31. 12. 1988, S. 15).

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen und Fischerei)

KAPITEL B2-1 8 — ÜBERGANGSMASSNAHMEN UND INNOVATIVE AKTIONEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B2-1 8 1	*(Fortsetzung)*						
B2-1 8 2	***Europäischer Sozialfonds*** Getrennte Mittel	94 000 000	55 000 000				

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen und Fischerei)

KAPITEL B2-1 8 — ÜBERGANGSMASSNAHMEN UND INNOVATIVE AKTIONEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B2-1 8 1	*(Fortsetzung)*

Beschluß 89/687/EWG des Rates vom 22. Dezember 1989 zur Einführung eines Programms zur Lösung der spezifisch auf die Abgelegenheit und Insellage der französischen überseeischen Departements zurückzuführenden Probleme (POSEIDOM) (ABl. Nr. L 399 vom 30. 12. 1989, S. 39).

Beschluß 91/314/EWG des Rates vom 26. Juni 1991 zur Einführung eines Programms zur Lösung der spezifisch auf die Abgelegenheit und Insellage der Kanarischen Inseln zurückzuführenden Probleme (POSEICAN) (ABl. Nr. L 171 vom 29. 6. 1991, S. 5).

Beschluß 91/315/EWG des Rates vom 26. Juni 1991 über ein Programm zur Lösung der spezifisch auf die Abgelegenheit und Insellage Madeiras und der Azoren zurückzuführenden Probleme (POSEIMA) (ABl. Nr. L 171 vom 29. 6. 1991, S. 10).

Neben der Finanzierung von Maßnahmen, die zwischen 1975 und 1998 durchgeführt wurden oder im Rahmen der in diesem Zeitraum geltenden Maßnahmen noch durchzuführen sind, sollen diese Mittel die Aufwendungen für die Übergangs- und Neuerungsmaßnahmen sowie die Vorfinanzierung 1992 der Strukturmaßnahmen gemäß den Beschlüssen 89/687/EWG (POSEIDOM), 91/314/EWG (POSEICAN) und 91/315/EWG (POSEIMA).

Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 190 000 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind						
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991						
Mittel 1992	190 000 000		124 000 000	66 000 000		
Insgesamt	190 000 000		124 000 000	66 000 000		

B2-1 8 2 *Vormals Teilartikel B2-1 4 3*

Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, insbesondere Artikel 123 D und 130 D.

Beschluß 83/516/EWG des Rates vom 17. Oktober 1983 über die Aufgaben des Europäischen Sozialfonds (ABl. Nr. L 289 vom 22. 10. 1983, S. 38), zuletzt geändert durch Beschluß 85/568/EWG (ABl. Nr. L 370 vom 31. 12. 1985, S. 40).

Verordnung (EWG) Nr. 2950/83 des Rates vom 17. Oktober 1983 zur Anwendung des Beschlusses 83/516/EWG über die Aufgaben des Europäischen Sozialfonds (ABl. Nr. L 289 vom 22. 10. 1983, S. 1), geändert durch die Verordnungen (EWG) Nr. 3823/85 (ABl. Nr. L 370 vom 31. 12. 1985, S. 23) und (EWG) Nr. 3824/85 (ABl. Nr. L 370 vom 31. 12. 1985, S. 25).

Verordnung (EWG) Nr. 2088/85 des Rates vom 23. Juli 1985 über die Integrierten Mittelmeerprogramme (ABl. Nr. L 197 vom 27. 7. 1985, S. 1).

Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 des Rates vom 24. Juni 1988 über Aufgaben und Effizienz der Strukturfonds und über die Koordinierung ihrer Interventionen untereinander sowie mit denen der Europäischen Investitionsbank und der anderen vorhandenen Finanzinstrumente (ABl. Nr. L 185 vom 15. 7. 1988, S. 9).

Verordnung (EWG) Nr. 4253/88 des Rates vom 19. Dezember 1988 zur Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 hinsichtlich der Koordinierung der Interventionen der verschiedenen Strukturfonds einerseits und zwischen diesen und den Interventionen der Europäischen Investitionsbank und der sonstigen vorhandenen Finanzinstrumente andererseits (ABl. Nr. L 374 vom 31. 12. 1988, S. 1).

Verordnung (EWG) Nr. 4255/88 des Rates vom 19. Dezember 1988 zur Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 hinsichtlich des Europäischen Sozialfonds (ABl. Nr. L 374 vom 31. 12. 1988, S. 21).

Neben der Finanzierung von Maßnahmen, die zwischen 1975 und 1988 durchgeführt wurden oder im Rahmen der in diesem Zeitraum geltenden Maßnahmen noch durchzuführen sind, sollen diese Mittel die Aufwendungen für die Übergangs- und Neuerungsmaßnahmen decken.

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen und Fischerei)

KAPITEL B2-1 8 — ÜBERGANGSMASSNAHMEN UND INNOVATIVE AKTIONEN *(Fortsetzung)*

KAPITEL B2-1 9 — STRUKTURMASSNAHMEN GEMÄSS VERORDNUNG (EWG) NR. 3575/90

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B2-1 8 2	*(Fortsetzung)*						
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	347 000 000	240 000 000				
	KAPITEL B2-1 8 INSGESAMT	347 000 000	240 000 000				
	KAPITEL B2-1 9						
B2-1 9 0	***Strukturmaßnahmen gemäß Verordnung (EWG) Nr. 3575/90*** Getrennte Mittel	1 046 000 000	725 000 000	900 000 000	450 000 000		

KOMMISSION
Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen und Fischerei)

KAPITEL B2-1 8 — ÜBERGANGSMASSNAHMEN UND INNOVATIVE AKTIONEN *(Fortsetzung)*

KAPITEL B2-1 9 — STRUKTURMASSNAHMEN GEMÄSS VERORDNUNG (EWG) NR. 3575/90

Artikel Posten	Erläuterungen
B2-1 8 2	*(Fortsetzung)* Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 94 000 000 ECU. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind						
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991						
Mittel 1992	94 000 000		55 000 000	39 000 000		
Insgesamt	94 000 000		55 000 000	39 000 000		

B2-1 9 0 *Vormals Artikel B2-1 5 0*

Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 des Rates vom 24. Juni 1988 über Aufgaben und Effizienz der Strukturfonds und über die Koordinierung ihrer Interventionen untereinander sowie mit denen der Europäischen Investitionsbank und der anderen vorhandenen Finanzinstrumente (ABl. Nr. L 185 vom 15. 7. 1988, S. 9).

Verordnung (EWG) Nr. 4253/88 des Rates vom 19. Dezember 1988 zur Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 hinsichtlich der Koordinierung der Interventionen der verschiedenen Strukturfonds einerseits und zwischen diesen und den Interventionen der Europäischen Investitionsbank und der sonstigen vorhandenen Finanzinstrumente andererseits (ABl. Nr. L 374 vom 31. 12. 1988, S. 1).

Verordnung (EWG) Nr. 4254/88 des Rates vom 19. Dezember 1988 zur Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 in bezug auf den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (ABl. Nr. L 374 vom 31. 12. 1988, S. 15).

Verordnung (EWG) Nr. 4255/88 des Rates vom 19. Dezember 1988 zur Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 hinsichtlich des Europäischen Sozialfonds (ABl. Nr. L 374 vom 31. 12. 1988, S .21).

Verordnung (EWG) Nr. 4256/88 des Rates vom 19. Dezember 1988 zur Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 hinsichtlich des Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAGFL), Abteilung Ausrichtung (ABl. Nr. L 374 vom 31. 12. 1988, S. 25).

KOMMISSION
Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen und Fischerei)

KAPITEL B2-1 9 — STRUKTURMASSNAHMEN GEMÄSS VERORDNUNG (EWG) NR. 3575/90 *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B2-1 9 0	*(Fortsetzung)*						
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	1 046 000 000	725 000 000	900 000 000	450 000 000		
	KAPITEL B2-1 9 INSGESAMT	1 046 000 000	725 000 000	900 000 000	450 000 000		
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	0,—	0,—
	Getrennte Mittel insgesamt	17 585 285 000	16 039 600 000	14 367 400 000	12 851 000 000	10 706 288 836,97	9 592 407 917,25
	Titel B2-1 insgesamt	**17 585 285 000**	**16 039 600 000**	**14 367 400 000**	**12 851 000 000**	**10 706 288 836,97**	**9 592 407 917,25**

KOMMISSION
Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen und Fischerei)

KAPITEL B2-19 — STRUKTURMASSNAHMEN GEMÄSS VERORDNUNG (EWG) NR. 3575/90 *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B2-190	*(Fortsetzung)* Verordnung (EWG) Nr. 3575/90 des Rates vom 4. Dezember 1990 über die Intervention der Strukturfonds im Gebiet der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (ABl. Nr. L 353 vom 17. 12. 1990, S. 19). Diese Mittel dienen zur Finanzierung von Maßnahmen, die gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 3575/90 beschlossen werden. Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 1 046 000 000 ECU. Voraussichtlicher Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind						
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	900 000 000	450 000 000	202 000 000	248 000 000		
Mittel 1992	1 046 000 000		523 000 000	314 000 000	209 000 000	
Insgesamt	1 946 000 000	450 000 000	725 000 000	562 000 000	209 000 000	

KOMMISSION
Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen und Fischerei)

TITEL B2-2

SONSTIGE STRUKTURMASSNAHMEN

KAPITEL B2-2 0 — SONDERPROGRAMM ZUR INDUSTRIELLEN ENTWICKLUNG IN PORTUGAL

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
	KAPITEL B2-2 0						
B2-2 0 0	***Sonderprogramm zur industriellen Entwicklung in Portugal (PEDIP) — Zusätzliche Mittel***						
	Getrennte Mittel	127 700 000	121 600 000	119 800 000	114 400 000	108 800 000,—	101 000 000,—
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	127 700 000	121 600 000	119 800 000	114 400 000	108 800 000,—	101 000 000,—
	KAPITEL B2-2 0 INSGESAMT	127 700 000	121 600 000	119 800 000	114 400 000	108 800 000,—	101 000 000,—

KOMMISSION
Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen und Fischerei)

TITEL B2-2

SONSTIGE STRUKTURMASSNAHMEN

KAPITEL B2-2 0 — SONDERPROGRAMM ZUR INDUSTRIELLEN ENTWICKLUNG IN PORTUGAL

Artikel Posten	Erläuterungen
B2-2 0 0	*Vormals Artikel B2-4 0 0* Verordnung (EWG) Nr. 2053/88 des Rates vom 24. Juni 1988 über einen finanziellen Beitrag zugunsten Portugals im Rahmen eines Sonderprogramms zur industriellen Entwicklung (PEDIP) (ABl. Nr. L 185 vom 15. 7. 1988, S. 21). Diese Mittel sind für Gemeinschaftszuschüsse bestimmt. Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 127 700 000 ECU. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind	76 300 000	54 500 000	21 800 000			
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	119 800 000	59 900 000	35 950 000	23 950 000		
Mittel 1992	127 700 000		63 850 000	38 310 000	25 540 000	
Insgesamt	323 800 000	114 400 000	121 600 000	62 260 000	25 540 000	

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen und Fischerei)

KAPITEL B2-2 1 — VORBEREITUNG UND DURCHFÜHRUNG DER GEMEINSCHAFTLICHEN FÖRDERKONZEPTE — TECHNISCHE HILFE UND BEWERTUNG

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
	KAPITEL B2-2 1						
B2-2 1 0	***Vorbereitung und Durchführung der gemeinschaftlichen Förderkonzepte und technische Hilfe***						
	Getrennte Mittel	5 600 000	3 500 000	6 355 000	3 855 000	5 837 598,81	3 898 286,05
	(Unterstützungsausgaben)	*(7 145 000)*	*(7 145 000)*	*(7 145 000)*	*(7 145 000)*	*(1 733 000,—)*	*(1 733 000,—)*
B2-2 1 1	***Bewertung der Aktionen mit struktureller Zweckbestimmung***						
	Getrennte Mittel	940 000	940 000	900 000	900 000	445 460,—	1 946,11
	(Unterstützungsausgaben)	*(100 000)*	*(100 000)*	*(100 000)*	*(100 000)*	*(30 000,—)*	*(30 000,—)*

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen und Fischerei)

KAPITEL B2-2 1 — VORBEREITUNG UND DURCHFÜHRUNG DER GEMEINSCHAFTLICHEN FÖRDERKONZEPTE — TECHNISCHE HILFE UND BEWERTUNG

Artikel Posten	Erläuterungen

B2-2 1 0 *Vormals Artikel B2-4 1 0*

Unter Berücksichtigung der in Artikel B8-2 2 0 eingesetzten Mittel beläuft sich der Gesamtbetrag für diese Maßnahmen auf 12 745 000 ECU an Verpflichtungsermächtigungen und 10 645 000 ECU an Zahlungsermächtigungen (1991: 13 500 000 ECU an Verpflichtungsermächtigungen, 11 000 000 ECU an Zahlungsermächtigungen).

Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, insbesondere Artikel 130 A, 130 B und 130 D.

Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 des Rates vom 24. Juni 1988 über Aufgaben und Effizienz der Strukturfonds und über die Koordinierung ihrer Interventionen untereinander sowie mit denen der Europäischen Investitionsbank und der anderen vorhandenen Finanzinstrumente (ABl. Nr. L 185 vom 15. 7. 1988, S. 9).

Verordnung (EWG) Nr. 4253/88 des Rates vom 19. Dezember 1988 zur Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 hinsichtlich der Koordinierung der Interventionen der verschiedenen Strukturfonds einerseits und zwischen diesen und den Interventionen der Europäischen Investitionsbank und der sonstigen vorhandenen Finanzinstrumente andererseits (ABl. Nr. L 374 vom 31. 12. 1988, S. 1).

Gemäß den Artikeln 130 A, 130 B und 130 D des Vertrages sowie den Artikeln 4 und 5 der Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 ist diese Aktion dazu bestimmt, auf die besonderen Bedürfnisse der Mitgliedstaaten mit unmittelbarem Interesse für die Gemeinschaft einzugehen. Sie dient dazu, die Koordinierung und Kohärenz der Interventionen der einzelnen Fonds und Instrumente der Gemeinschaft sowie anderer Maßnahmen im Zusammenhang mit der Durchführung der Gemeinschaftspolitiken und des Binnenmarktes im Hinblick auf die Förderung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts zu verstärken.

Die Mittel sind zur Deckung der Finanzierung von Studien, Analysen, Pilot- oder Erneuerungsmaßnahmen, Veranstaltungen von Konferenzen zur Verbreitung von Informationen und zum Erfahrungsaustausch sowie der Prüfung besserer Formen und Methoden der Vorbereitung, Weiterführung und Kontrolle auf Initiative der Kommission bestimmt.

Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 5 600 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind	9 882 000	2 855 000	2 030 000	4 997 000		
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	6 355 000	1 000 000	1 000 000	2 000 000	2 355 000	
Mittel 1992	5 600 000		470 000	1 490 000	2 000 000	1 640 000
Insgesamt	21 837 000	3 855 000	3 500 000	8 487 000	4 355 000	1 640 000

B2-2 1 1 *Vormals Artikel B2-4 1 1*

Unter Berücksichtigung der in Artikel B8-2 2 1 eingesetzten Mittel beläuft sich der Gesamtbetrag für diese Maßnahmen auf 1 040 000 ECU (1991: 1 000 000 ECU).

Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 des Rates vom 24. Juni 1988 über Aufgaben und Effizienz der Strukturfonds und über die Koordinierung ihrer Interventionen untereinander sowie mit denen der Europäischen Investitionsbank und der anderen vorhandenen Finanzinstrumente (ABl. Nr. L 185 vom 15. 7. 88, S. 9).

Verordnung (EWG) Nr. 4253/88 des Rates vom 19. Dezember 1988 zur Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 hinsichtlich der Koordinierung der Interventionen der verschiedenen Strukturfonds einerseits und zwischen diesen und den Interventionen der Europäischen Investititionsbank und der sonstigen vorhandenen Finanzinstrumente andererseits (ABl. Nr. L 374 vom 31. 12. 1988, S. 1).

Gemäß den Bestimmungen des Artikels 26 Absatz 2 der Verordnung (EWG) Nr. 4253/88 soll mit dieser Aktion die Wirksamkeit der Strukturpolitiken auf der Ebene der gemeinschaftlichen Förderkonzepte durch eine geeignete Bewertung *gemessen werden.*

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen und Fischerei)

KAPITEL B2-2 1 — VORBEREITUNG UND DURCHFÜHRUNG DER GEMEINSCHAFTLICHEN FÖRDERKONZEPTE — TECHNISCHE HILFE UND BEWERTUNG *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B2-2 1 1	*(Fortsetzung)*						
B2-2 1 2	***Überwachung der im Rahmen der Interventionen der Strukturfonds durchgeführten Programme***						
	Nichtgetrennte Mittel	2 000 000	2 000 000	2 070 000	2 070 000	725 661,—	725 661,—
	(Unterstützungsausgaben)	*(230 000)*	*(230 000)*	*(230 000)*	*(230 000)*	*(70 000,—)*	*(70 000,—)*
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt	2 000 000	2 000 000	2 070 000	2 070 000	725 661,—	725 661,—
	Getrennte Mittel insgesamt	6 540 000	4 440 000	7 255 000	4 755 000	6 283 058,81	3 900 232,16
	KAPITEL B2-2 1 INSGESAMT	8 540 000	6 440 000	9 325 000	6 825 000	7 008 719,81	4 625 893,16
		(7 475 000)	*(7 475 000)*	*(7 475 000)*	*(7 475 000)*	*(1 833 000,—)*	*(1 833 000,—)*

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen und Fischerei)

KAPITEL B2-2 1 — VORBEREITUNG UND DURCHFÜHRUNG DER GEMEINSCHAFTLICHEN FÖRDERKONZEPTE — TECHNISCHE HILFE UND BEWERTUNG *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen

B2-2 1 1 *(Fortsetzung)*

Sie zielt darauf ab, Anhaltspunkte für die Überwachung und Prüfung der Wirksamkeit mittels geeigneter Bewertungsmethoden, Analysen, Messungen der Auswirkungen und Unterstützungsmaßnahmen zu gewinnen.

Die Mittel sind zur Finanzierung von Untersuchungen, Gutachten, Analysen und Bewertungen bestimmt.

Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 940 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind	474 000	474 000				
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	900 000	426 000	474 000			
Mittel 1992	940 000		466 000	474 000		
Insgesamt	2 314 000	900 000	940 000	474 000		

B2-2 1 2 *Vormals Artikel B2-4 1 2*

Unter Berücksichtigung der in Artikel B8-2 2 2 eingesetzten Mittel beläuft sich der Gesamtbetrag für diese Maßnahmen auf 2 230 000 ECU (1991: 2 300 000 ECU).

Verordnung (EWG) Nr. 4253/88 des Rates vom 19. Dezember 1988 zur Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 hinsichtlich der Koordinierung der Interventionen der verschiedenen Strukturfonds einerseits und zwischen diesen und den Interventionen der Europäischen Interventionsbank und der sonstigen vorhandenen Finanzinstrumente andererseits (ABl. Nr. L 374 vom 31. 12. 1988, S. 1).

Verordnung (EWG) Nr. 4254/88 des Rates vom 19. Dezember 1988 zur Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 in bezug auf den Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (ABl. Nr. L 374 vom 31. 12. 1988, S. 15).

Verordnung (EWG) Nr. 4255/88 des Rates vom 19. Dezember 1988 zur Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 hinsichtlich des Europäischen Sozialfonds (ABl. Nr. L 374 vom 31. 12. 1988, S. 21).

Verordnung (EWG) Nr. 4256/88 des Rates vom 19. Dezember 1988 zur Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 hinsichtlich des Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAGFL), Abteilung Ausrichtung (ABl. Nr. L 374 vom 31. 12. 1988, S. 25).

Diese Mittel sind zur Finanzierung der Analyse, Überwachung und Kontrolle der Maßnahmen bestimmt, die im Rahmen der Interventionen der Strukturfonds in den verschiedenen Mitgliedstaaten durchgeführt werden.

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen und Fischerei)

KAPITEL B2-2 2 — STILLEGUNG LANDWIRTSCHAFTLICHER NUTZFLÄCHEN UND EINKOMMENSBEIHILFEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
	KAPITEL B2-2 2						
B2-2 2 0	***Stillegung landwirtschaftlicher Nutzflächen***						
	Nichtgetrennte Mittel	180 000 000	180 000 000	100 000 000	100 000 000	42 305 489,36	42 305 489,36
B2-2 2 1	***Einkommensbeihilfen***						
	Nichtgetrennte Mittel	100 000 000	100 000 000	200 000 000	200 000 000	0,—	0,—
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt	280 000 000	280 000 000	300 000 000	300 000 000	42 305 489,36	42 305 489,36
	Getrennte Mittel insgesamt						
	KAPITEL B2-2 2 INSGESAMT	280 000 000	280 000 000	300 000 000	300 000 000	42 305 489,36	42 305 489,36
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt	282 000 000	282 000 000	302 070 000	302 070 000	43 031 150,36	43 031 150,36
	Getrennte Mittel insgesamt	134 240 000	126 040 000	127 055 000	119 155 000	115 083 058,81	104 900 232,16
	Titel B2-2 insgesamt	**416 240 000** *(7 475 000)*	**408 040 000** *(7 475 000)*	**429 125 000** *(7 475 000)*	**421 225 000** *(7 475 000)*	**158 114 209,17** *(1 833 000,—)*	**147 931 382,52** *(1 833 000,—)*

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen und Fischerei)

KAPITEL B2-2 2 — STILLEGUNG LANDWIRTSCHAFTLICHER NUTZFLÄCHEN UND EINKOMMENSBEIHILFEN

Artikel Posten	Erläuterungen
B2-2 2 0	*Vormals Artikel B2-5 0 0* Beschlüsse des Europäischen Rates vom 11. und 12. Februar 1988. Entscheidung 88/377/EWG des Rates vom 24. Juni 1988 betreffend die Haushaltsdisziplin (ABl. Nr. L 185 vom 15. 7. 1988, S. 29), insbesondere Artikel 3. Verordnung (EWG) Nr. 2328/91 des Rates vom 15. Juli 1991 zur Verbesserung der Effizienz der Agrarstruktur (ABl. Nr. L 218 vom 6. 8. 1991, S. 1). Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der finanziellen Beteiligung der Gemeinschaft an den Beihilfen gemäß Artikel 2 der Verordnung (EWG) Nr. 2328/91. Die finanzielle Beteiligung wird gemäß den Finanzierungsbestimmungen des Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft, Abteilung Garantie, gewährt. 50 % gehen zu Lasten der Abteilung Garantie (Artikel B1-4 0 0) und 50 % zu Lasten der Abteilung Ausrichtung.
B2-2 2 1	*Vormals Artikel B2-5 0 1* Verordnung (EWG) Nr. 768/89 des Rates vom 21. März 1989 zur Einführung vorübergehender landwirtschaftlicher Einkommensbeihilfen (ABl. Nr. L 84 vom 29. 3. 1989, S. 8). Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der finanziellen Beteiligung der Gemeinschaft an den Beihilfen gemäß Titel 2 der Verordnung (EWG) Nr. 768/89. Die finanzielle Beteiligung wird gemäß den Finanzierungsbestimmungen des Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft, Abteilung Garantie, gewährt.

KOMMISSION
Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen und Fischerei)

TITEL B2-3

INTEGRIERTE MITTELMEERPROGRAMME

KAPITEL B2-3 0 — INTEGRIERTE MITTELMEEPROGRAMME

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
	KAPITEL B2-3 0						
B2-3 0 0	***Integrierte Mittelmeerprogramme — Vorbereitung*** Getrennte Mittel	—	p.m.	—	3 000 000	0,—	570 000,—

KOMMISSION
Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen und Fischerei)

TITEL B2-3

INTEGRIERTE MITTELMEERPROGRAMME

KAPITEL B2-30 — INTEGRIERTE MITTELMEEPROGRAMME

Artikel Posten	Erläuterungen
B2-300	*Vormals Artikel B2-800* Entscheidung 84/70/EWG der Kommission vom 21. Dezember 1983 über eine Pilotaktion als Vorbereitung zur Durchführung der integrierten Mittelmeerprogramme im Raum Ogliastra (Nuoro), Sardinien (Italien) (ABl. Nr. L 44 vom 15. 2. 1984, S. 1), zuletzt geändert durch die Entscheidung 85/80/EWG (ABl. Nr. L 37 vom 8. 2. 1985, S. 1). Entscheidung 84/71/EWG der Kommission vom 21. Dezember 1983 über eine Pilotaktion als Vorbereitung zur Durchführung der integrierten Mittelmeerprogramme in den Binnengebieten der Region Korsika, Frankreich (ABl. Nr. L 44 vom 15. 2. 1984, S. 8), zuletzt geändert durch die Entscheidung 85/81/EWG (ABl. Nr. L 37 vom 8. 2. 1985, S. 6). Entscheidung 84/72/EWG der Kommission vom 21. Dezember 1983 über eine Pilotaktion als Vorbereitung zur Durchführung der integrierten Mittelmeerprogramme im Departement Hérault, Frankreich (ABl. Nr. L 44 vom 15. 2. 1984, S. 13), zuletzt geändert durch die Entscheidung 85/82/EWG (ABl. Nr. L 37 vom 8. 2. 1985, S. 11). Entscheidung 84/73/EWG der Kommission vom 21. Dezember 1983 über eine Pilotaktion auf der Insel Lesbos, Verwaltungsbezirk (Nomos) Lesbos, Griechenland, als Vorbereitung zur Durchführung der integrierten Mittelmeerprogramme (ABl. Nr. L 44 vom 15. 2. 1984, S. 18), zuletzt geändert durch die Entscheidung 85/83/EWG (ABl. Nr. L 37 vom 8. 2. 1985, S. 15). Entscheidung 84/74/EWG der Kommission vom 21. Dezember 1983 über eine Pilotaktion im Bereich der Fischerei und Aquakultur in Griechenland als Vorbereitung zur Durchführung der integrierten Mittelmeerprogramme (ABl. Nr. L 44 vom 15. 2. 1984, S. 23), zuletzt geändert durch die Entscheidung 85/84/EWG (ABl. Nr. L 37 vom 8. 2. 1985, S. 20). Entscheidung 84/75/EWG der Kommission vom 21. Dezember 1983 über eine Pilotaktion als Vorbereitung zur Durchführung der integrierten Mittelmeerprogramme für den Sektor Fischerei und Aquakultur in den französischen Regionen Languedoc-Roussillon, Provence-Côte d'Azur, Korsika und Aquitanien, Frankreich (ABl. Nr. L 44 vom 15. 2. 1984, S. 28), zuletzt geändert durch die Entscheidung 85/85/EWG (ABl. Nr. L 37 vom 8. 2. 1985, S. 24). Entscheidung 84/76/EWG der Kommission vom 21. Dezember 1983 über eine Pilotaktion als Vorbereitung zur Durchführung der integrierten Mittelmeerprogramme im Fischerei- und Aquakultursektor Italiens (ABl. Nr. L 44 vom 15. 2. 1984, S. 33), zuletzt geändert durch die Entscheidung 85/86/EWG (ABl. Nr. L 37 vom 8. 2. 1985, S. 28). Entscheidung 84/77/EWG der Kommission vom 21. Dezember 1983 über eine Pilotaktion als Vorbereitung zur Durchführung der integrierten Mittelmeerprogramme im Innern der Provinz Viterbo (Latium), Italien (ABl. Nr. L 44 vom 15. 2. 1984, S. 38), zuletzt geändert durch die Entscheidung 85/87/EWG (ABl. Nr. L 37 vom 8. 2. 1985, S. 32). Entscheidung 84/78/EWG der Kommission vom 21. Dezember 1983 über eine Pilotaktion im Gebiet des Verwaltungsbezirks (Nomos) Ioannina, Griechenland, zur Vorbereitung der Durchführung der integrierten Mittelmeerprogramme (ABl. Nr. L 44 vom 15. 2. 1984, S. 42), zuletzt geändert durch die Entscheidung 85/88/EWG (ABl. Nr. L 37 vom 8. 2. 1985, S. 36). Entscheidung 84/79/EWG der Kommission vom 21. Dezember 1983 über eine Pilotaktion im Gebiet des Verwaltungsbezirks (Nomos) Evritania, Griechenland, als Vorbereitung zur Durchführung der integrierten Mittelmeerprogramme (ABl. Nr. L 44 vom 15. 2. 1984, S. 47), zuletzt geändert durch die Entscheidung 85/89/EWG (ABl. Nr. L 37 vom 8. 2. 1985, S. 41). Entscheidung 84/80/EWG der Kommission vom 21. Dezember 1983 über eine Pilotaktion im Gebiet der Prespa-Seen im Verwaltungsbezirk (Nomos) Florina, Griechenland, als Vorbereitung zur Durchführung der integrierten Mittelmeerprogramme (ABl. Nr. L 44 vom 15. 2. 1984, S. 51), zuletzt geändert durch die Entscheidung 85/90/EWG (ABl. Nr. L 37 vom 8. 2. 1985, S. 46). Entscheidung 84/81/EWG der Kommission vom 21. Dezember 1983 über eine Pilotaktion auf der Insel Limnos, Verwaltungsbezirk (Nomos) Lesbos, zur Vorbereitung der Durchführung der integrierten Mittelmeerprogramme (ABl. Nr. L 44 vom 15. 2. 1984, S. 56), zuletzt geändert durch die Entscheidung 85/91/EWG (ABl. Nr. L 37 vom 8. 2. 1985, S. 51). Entscheidung 84/82/EWG der Kommission vom 21. Dezember 1983 über eine Pilotaktion als Vorbereitung zur Durchführung der integrierten Mittelmeerprogramme in einigen landwirtschaftlichen Gebieten der Region Abruzzen (Italien) (ABl. Nr. L 44 vom 15. 2. 1984, S. 61), zuletzt geändert durch die Entscheidung 85/92/EWG (ABl. Nr. L 37 vom 8. 2. 1985, S. 56). Dieser Artikel dient zur Finanzierung der bereits eingeleiteten Vorarbeiten für die Durchführung der integrierten Mittelmeerprogramme (insbesondere Untersuchungen, Beurteilung der Durchführbarkeit der Maßnahmen, laufende Pilotaktionen zu Versuchs- und Demonstrationszwecken sowie Informations- und Ausbildungsmaßnahmen).

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen und Fischerei)

KAPITEL B2-30 — INTEGRIERTE MITTELMEERPROGRAMME *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B2-300	*(Fortsetzung)*						
B2-301	***Integrierte Mittelmeerprogramme — Zusatzbeitrag*** Getrennte Mittel	465 000 000	300 000 000	330 000 000	285 000 000	225 324 960,—	190 782 516,05
B2-302	***Integrierte Mittelmeerprogramme — Technische Hilfe*** Getrennte Mittel	620 000	1 120 000	2 689 000	1 689 000	156 754,—	360 042,35
	(Unterstützungsausgaben)	*(1 311 000)*	*(1 311 000)*	*(1 311 000)*	*(1 311 000)*	*(187 000,—)*	*(187 000,—)*

KOMMISSION
Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen und Fischerei)

KAPITEL B2-30 — INTEGRIERTE MITTELMEEPROGRAMME *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen

B2-300 *(Fortsetzung)*

Für 1992 bewilligte Verpflichtungsermächtigungen: —.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind	5 135 000	3 000 000	p.m.	2 135 000		
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	—	—				
Mittel 1992	—		—			
Insgesamt	5 135 000	3 000 000	p.m.	2 135 000		

B2-301 *Vormals Artikel B2-801*

Verordnung (EWG) Nr. 2088/85 des Rates vom 23. Juli 1985 über die integrierten Mittelmeerprogramme (ABl. Nr. L 197 vom 27. 7. 1985, S. 1).

Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 465 000 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind	274 600 000	125 000 000	149 600 000			
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	330 000 000	160 000 000	90 400 000	79 600 000		
Mittel 1992	465 000 000		60 000 000	183 400 000	170 000 000	51 600 000
Insgesamt	1 069 600 000	285 000 000	300 000 000	263 000 000	170 000 000	51 600 000

B2-302 *Vormals Artikel B2-802*

Unter Berücksichtigung der in Artikel B8-232 eingesetzten Mittel beläuft sich der Gesamtbetrag für diese Maßnahmen auf 1 931 000 ECU an Verpflichtungsermächtigungen und 2 431 000 ECU an Zahlungsermächtigungen (1991 : 4 000 000 ECU an Verpflichtungsermächtigungen und 3 000 000 ECU an Zahlungsermächtigungen).

Verordnung (EWG) Nr. 2088/85 des Rates vom 23. Juli 1985 über die integrierten Mittelmeerprogramme (ABl. Nr. L 197 vom 27. 7. 1985, S. 1).

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen und Fischerei)

KAPITEL B2-3 0 — INTEGRIERTE MITTELMEEPROGRAMME *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B2-3 0 2	*(Fortsetzung)*						
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	465 620 000	301 120 000	332 689 000	289 689 000	225 481 714,—	191 712 558,40
	KAPITEL B2-3 0 INSGESAMT	465 620 000 *(1 311 000)*	301 120 000 *(1 311 000)*	332 689 000 *(1 311 000)*	289 689 000 *(1 311 000)*	225 481 714,— *(187 000,—)*	191 712 558,40 *(187 000,—)*
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	465 620 000	301 120 000	332 689 000	289 689 000	225 481 714,—	191 712 558,40
	Titel B2-3 insgesamt	**465 620 000** *(1 311 000)*	**301 120 000** *(1 311 000)*	**332 689 000** *(1 311 000)*	**289 689 000** *(1 311 000)*	**225 481 714,—** *(187 000,—)*	**191 712 558,40** *(187 000,—)*

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen und Fischerei)

KAPITEL B2-30 — INTEGRIERTE MITTELMEERPROGRAMME *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B2-302	*(Fortsetzung)* Artikel 5 Absatz 4 der Verordnung (EWG) Nr. 2088/85 bestimmt folgendes: „Die Kommission stellt den Mitgliedstaaten auf Wunsch die erforderliche technische Hilfe auf der als zweckmäßig erachteten Ebene zur Verfügung. Art und Einzelheiten der Hilfe werden von dem betroffenen Mitgliedstaat und der Kommission einvernehmlich festgelegt". Die Mittel sind bestimmt für die Organisation der Information, Bewertungen der Funktionsweise und Ergebnisse der Programme, Schaffung von Strukturen für die Betreuung und Kontrolle der Programme, Kosten für die Erstellung spezifischer Gutachten und auf Wunsch Bereitstellung fachlicher Unterstützung für die zuständigen nationalen oder regionalen Behörden, damit sie die durch den komplizierten Charakter des integrierten Konzepts der Programme entstehenden Probleme bewältigen können. Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 620 000 ECU. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind	993 000	405 000	500 000	88 000		
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	2 689 000	1 284 000	500 000	500 000	405 000	
Mittel 1992	620 000		120 000	300 000	200 000	
Insgesamt	4 302 000	1 689 000	1 120 000	888 000	605 000	

KOMMISSION
Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen und Fischerei)

TITEL B2-5

SONSTIGE AGRARMASSNAHMEN

KAPITEL B2-5 1 — AUSGABEN IM BEREICH DER LANDWIRTSCHAFT

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
	KAPITEL B2-5 1						
B2-5 1 0	***Verwirklichung des Binnenmarktes im Bereich Landwirtschaft***						
B2-5 1 0 0	Programme zur Tilgung von Seuchen Nichtgetrennte Mittel	70 000 000 (1)	70 000 000 (1)	70 000 000	70 000 000	41 123 000,—	41 123 000,—
B2-5 1 0 1	Sonstige Maßnahmen Getrennte Mittel	19 000 000	20 000 000	15 096 000	8 096 000	4 828 341,87	4 828 341,87
	(Unterstützungsausgaben)	*(1 904 000)*	*(1 904 000)*	*(1 904 000)*	*(1 904 000)*	*(0,—)*	*(0,—)*

(1) Mittel in Höhe von 25 000 000 ECU sind in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

KOMMISSION
Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen und Fischerei)

TITEL B2-5

SONSTIGE AGRARMASSNAHMEN

KAPITEL B2-5 1 — AUSGABEN IM BEREICH DER LANDWIRTSCHAFT

Artikel Posten	Erläuterungen
B2-5 1 0	Die Mittel der beiden folgenden Posten sind zur Finanzierung der Maßnahmen bestimmt, die zur Verwirklichung des Binnenmarktes im Bereich des inner- und außergemeinschaftlichen Handels mit Tieren, Pflanzen und deren Folgeerzeugnissen unerläßlich sind.
B2-5 1 0 0	Richtlinie 77/391/EWG des Rates vom 17. Mai 1977 zur Einführung von Maßnahmen der Gemeinschaft zur Tilgung der Brucellose, der Tuberkulose und der Leukose der Rinder (ABl. Nr. L 145 vom 13. 6. 1977, S. 44). Entscheidung 80/1096/EWG des Rates vom 11. November 1980 über eine finanzielle Maßnahme der Gemeinschaft zur Ausmerzung der klassischen Schweinepest (ABl. Nr. L 325 vom 1. 12. 1980, S. 5), zuletzt geändert durch die Entscheidung 87/448/EWG (ABl. Nr. L 280 vom 3. 10. 1987, S. 26). Entscheidung 86/649/EWG des Rates vom 16. Dezember 1986 über eine finanzielle Maßnahme der Gemeinschaft zur Tilgung der afrikanischen Schweinepest in Portugal (ABl. Nr. L 382 vom 31. 12. 1986, S. 5), geändert durch die Entscheidung 89/577/EWG (ABl. Nr. L 322 vom 7. 11. 1989, S. 21). Entscheidung 86/650/EWG des Rates vom 16. Dezember 1986 über eine finanzielle Maßnahme der Gemeinschaft zur Tilgung der afrikanischen Schweinepest in Spanien (ABl. Nr. L 382 vom 31. 12. 1986, S. 9). Entscheidung 87/58/EWG des Rates vom 22. Dezember 1986 über eine zusätzliche Maßnahme der Gemeinschaft zur Ausmerzung der Brucellose, der Tuberkulose und Leukose der Rinder (ABl. Nr. L 24 vom 27. 1. 1987, S. 51). Entscheidung 89/145/EWG des Rates vom 20. Februar 1989 über eine finanzielle Maßnahme der Gemeinschaft zur Tilgung der infektiösen Pleuropneumonie der Rinder in Portugal (ABl. Nr. L 53 vom 25. 2. 1989, S. 55). Entscheidung 90/217/EWG des Rates vom 25. April 1990 über eine finanzielle Maßnahme der Gemeinschaft zur Tilgung der afrikanischen Schweinepest auf Sardinien (ABl. Nr. L 116 vom 8. 5. 1990, S. 24). Entscheidung 90/242/EWG des Rates vom 21. Mai 1990 über eine finanzielle Maßnahme der Gemeinschaft zur Tilgung der Brucellose der Schafe und Ziegen (ABl. Nr. L 140 vom 1. 6. 1990, S. 123). Entscheidung 90/424/EWG des Rates vom 26. Juni 1990 über bestimmte Ausgaben im Veterinärbereich (ABl. Nr. L 224 vom 18. 8. 1990, S. 19) geändert durch die Entscheidung 91/133/EWG (ABl. Nr. L 66 vom 13. 3. 1991, S. 18). Entscheidung 90/495/EWG des Rates vom 24. September 1990 über eine finanzielle Maßnahme der Gemeinschaft zur Tilgung der infektiösen hämatopoetischen Nekrose der Salmoniden in der Gemeinschaft (ABl. Nr. L 276 vom 6. 10. 1990, S. 37).
B2-5 1 0 1	Unter Berücksichtigung der in Artikel B8-2 5 0 eingesetzten Mittel beläuft sich der Gesamtbetrag für diese Maßnahmen auf 20 904 000 ECU an Zahlungsermächtigungen und 21 904 000 ECU an Verpflichtungsermächtigungen (1991: 17 000 000 ECU an Zahlungsermächtigungen und 10 000 000 ECU an Verpflichtungsermächtigungen). Richtlinie 64/432/EWG des Rates vom 26. Juni 1964 zur Regelung viehseuchenrechtlicher Fragen beim innergemeinschaftlichen Handelsverkehr mit Rindern und Schweinen (ABl. Nr. 121 vom 29. 7. 1964, S. 1977/64), zuletzt geändert durch die Richtlinie 91/499/EWG (ABl. Nr. L 268 vom 24. 9. 1991, S. 107). Richtlinie 64/433/EWG des Rates vom 26. Juni 1964 über die gesundheitlichen Bedingungen für die Gewinnung und das Inverkehrbringen von frischem Fleisch (ABl. Nr. 121 vom 29. 7. 1964, S. 2012/64), zuletzt geändert durch die Richtlinie 91/497/EWG (ABl. Nr. L 268 vom 24. 9. 1991, S. 69). Richtlinie 66/400/EWG des Rates vom 14. Juni 1966 über den Verkehr mit Betarübensaatgut (ABl. Nr. 125 vom 11. 7. 1966, S. 2289/66), zuletzt geändert durch die Richtlinie 90/654/EWG (ABl. Nr. L 353 vom 17. 12. 1990, S. 48). Richtlinie 66/401/EWG des Rates vom 14. Juni 1966 über den Verkehr mit Futterpflanzensaatgut (ABl. Nr. 125 vom 11. 7. 1966, S. 2298/66), zuletzt geändert durch die Richtlinie 90/654/EWG (ABl. Nr. L 353 vom 17. 12. 1990, S. 48). Richtlinie 66/402/EWG des Rates vom 14. Juni 1966 über den Verkehr mit Getreidesaatgut (ABl. Nr. 125 vom 11. 7. 1966, S. 2309/66), zuletzt geändert durch die Richtlinie 90/654/EWG (ABl. Nr. L 353 vom 17. 12. 1990, S. 48).

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen und Fischerei)

KAPITEL B2-5 1 — AUSGABEN IM BEREICH DER LANDWIRTSCHAFT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B2-5 1 0	*(Fortsetzung)*						
B2-5 1 0 1	*(Fortsetzung)*						

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen und Fischerei)

KAPITEL B2-5 1 — AUSGABEN IM BEREICH DER LANDWIRTSCHAFT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B2-5 1 0	*(Fortsetzung)*
B2-5 1 0 1	*(Fortsetzung)*
	Richtlinie 66/403/EWG des Rates vom 14. Juni 1966 über den Verkehr mit Pflanzkartoffeln (ABl. Nr. 125 vom 11. 7. 1966, S. 2320/66), zuletzt geändert durch die Richtlinie 90/654/EWG (ABl. Nr. L 353 vom 17. 12. 1990, S. 48).
	Richtlinie 66/404/EWG des Rates vom 14. Juni 1966 über den Verkehr mit forstwirtschaftlichem Vermehrungsgut (ABl. Nr. 125 vom 11. 7. 1966, S. 2326/66), zuletzt geändert durch die Richtlinie 90/654/EWG (ABl. Nr. L 353 vom 17. 12. 1990, S. 48).
	Richtlinie 68/193/EWG des Rates vom 9. April 1968 über den Verkehr mit vegetativem Vermehrungsgut von Reben (ABl. Nr. L 93 vom 17. 4. 1968, S. 15), zuletzt geändert durch die Richtlinie 90/654/EWG (ABl. Nr. L 353 vom 17. 12. 1990, S. 48).
	Richtlinie 69/208/EWG des Rates vom 30. Juni 1969 über den Verkehr mit Saatgut von Öl- und Faserpflanzen (ABl. Nr. L 169 vom 10. 7. 1969, S. 3), zuletzt geändert durch die Richtlinie 90/654/EWG (ABl. Nr. L 353 vom 17. 12. 1990, S. 48).
	Verordnung (EWG) Nr. 729/70 des Rates vom 21. April 1970 über die Finanzierung der gemeinsamen Agrarpolitik (ABl. Nr. L 94 vom 28. 4. 1970, S. 26), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 2048/88 (ABl. Nr. L 185 vom 15. 7. 1988, S. 1), insbesondere Artikel 9.
	Richtlinie 70/373/EWG des Rates vom 20. Juli 1970 über die Einführung gemeinschaftlicher Probenahmeverfahren und Analysemethoden für die amtliche Untersuchung von Futtermitteln (ABl. Nr. L 170 vom 3. 8. 1970, S. 2).
	Richtlinie 70/457/EWG des Rates vom 29. September 1970 über einen gemeinsamen Sortenkatalog für landwirtschaftliche Pflanzenarten (ABl. Nr. L 225 vom 12. 10. 1970, S. 1), zuletzt geändert durch die Richtlinie 90/654/EWG (ABl. Nr. L 353 vom 17. 12. 1990, S. 48).
	Richtlinie 70/458/EWG des Rates vom 29. September 1970 über den Verkehr mit Gemüsesaatgut (ABl. Nr. L 225 vom 12. 10. 1970, S. 7), zuletzt geändert durch die Richtlinie 90/654/EWG (ABl. Nr. L 353 vom 17. 12. 1990, S. 48).
	Richtlinie 70/524/EWG des Rates vom 23. November 1970 über Zusatzstoffe in der Tierernährung (ABl. Nr. L 270 vom 14. 12. 1970, S. 1), zuletzt geändert durch die Richtlinie 91/336/EWG (ABl. Nr. L 185 vom 11. 7. 1991, S. 31).
	Richtlinie 71/118/EWG des Rates vom 15. Februar 1971 zur Regelung gesundheitlicher Fragen beim Handelsverkehr mit frischem Geflügelfleisch (ABl. Nr. L 55 vom 8. 3. 1971, S. 23).
	Richtlinie 71/161/EWG des Rates vom 30. März 1971 über die Normen für die äußere Beschaffenheit von forstlichem Vermehrungsgut für den Verkehr innerhalb der Gemeinschaft (ABl. Nr. L 87 vom 17. 4. 1971, S. 14), zuletzt geändert durch die Richtlinie 90/654/EWG (ABl. Nr. L 353 vom 17. 12. 1990, S. 48).
	Richtlinie 72/462/EWG des Rates vom 12. Dezember 1972 zur Regelung viehseuchenrechtlicher und gesundheitlicher Fragen bei der Einfuhr von Rindern und Schweinen und von frischem Fleisch aus Drittländern (ABl. Nr. L 302 vom 31. 12. 1972, S. 28), zuletzt geändert durch die Richtlinie 91/266/EWG (ABl. Nr. L 134 vom 29. 5. 1991, S. 45).
	Richtlinie 74/63/EWG des Rates vom 17. Dezember 1973 über die Festlegung von Höchstgehalten an unerwünschten Stoffen und Erzeugnissen in Futtermitteln (ABl. Nr. L 38 vom 11. 2. 1974, S. 31), zuletzt geändert durch die Richtlinie 91/132/EWG (ABl. Nr. L 66 vom 13. 3. 1991, S. 1).
	Richtlinie 74/649/EWG des Rates vom 9. Dezember 1974 über den Verkehr mit in dritten Ländern erzeugtem vegetativem Vermehrungsgut von Reben (ABl. Nr. L 352 vom 28. 12. 1974, S. 45).
	Richtlinie 76/895/EWG des Rates vom 23. November 1976 über die Festsetzung von Höchstgehalten an Rückständen von Schädlingsbekämpfungsmitteln auf und in Obst und Gemüse (ABl. Nr. L 340 vom 9. 12. 1976, S. 26), zuletzt geändert durch die Richtlinie 89/186/EWG (ABl. Nr. L 66 vom 10. 3. 1989, S. 36).
	Richtlinie 77/93/EWG des Rates vom 21. Dezember 1976 über Maßnahmen zum Schutz gegen das Verbringen von Schadorganismen der Pflanzen oder Pflanzenerzeugnisse in die Mitgliedstaaten (ABl. Nr. L 26 vom 31. 1. 1977, S. 20), zuletzt geändert durch die Richtlinie 90/168/EWG (ABl. Nr. L 92 vom 7. 4. 1990, S. 49).
	Richtlinie 77/96/EWG des Rates vom 21. Dezember 1976 über die Untersuchung von frischem Schweinefleisch auf Trichinen bei der Einfuhr aus Drittländern (ABl. Nr. L 26 vom 31. 1. 1977, S. 67), zuletzt geändert durch die Richtlinie 89/321/EWG (ABl. Nr. L 133 vom 17. 5. 1989, S. 33).
	Entscheidung 77/97/EWG des Rates vom 21. Dezember 1976 über die gemeinschaftliche Finanzierung bestimmter dringender Veterinärmaßnahmen (ABl. Nr. L 26 vom 31. 1. 1977, S. 78), geändert durch die Entscheidung 85/212/EWG (ABl. Nr. L 96 vom 3. 4. 1985, S. 32).
	Richtlinie 77/99/EWG des Rates vom 21. Dezember 1976 zur Regelung gesundheitlicher Fragen beim innergemeinschaftlichen Handelsverkehr mit Fleischerzeugnissen (ABl. Nr. L 26 vom 31. 1. 1977, S. 85), zuletzt geändert durch die Richtlinie 89/662/EWG (ABl. Nr. L 395 vom 30. 12. 1989, S. 13).

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen und Fischerei)

KAPITEL B2-5 1 — AUSGABEN IM BEREICH DER LANDWIRTSCHAFT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B2-5 1 0	*(Fortsetzung)*						
B2-5 1 0 1	*(Fortsetzung)*						

KOMMISSION
Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen und Fischerei)

KAPITEL B2-5 1 — AUSGABEN IM BEREICH DER LANDWIRTSCHAFT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B2-5 1 0	*(Fortsetzung)*
B2-5 1 0 1	*(Fortsetzung)*
	Richtlinie 79/117/EWG des Rates vom 21. Dezember 1978 über das Verbot des Inverkehrbringens und der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln, die bestimmte Wirkstoffe enthalten (ABl. Nr. L 33 vom 8. 2. 1979, S. 36), zuletzt geändert durch die Richtlinie 89/365/EWG (ABl. Nr. L 159 vom 10. 6. 1989, S. 58). Richtlinie 79/373/EWG des Rates vom 2. April 1979 über den Verkehr mit Mischfuttermitteln (ABl. Nr. L 86 vom 6. 4. 1979, S. 30), zuletzt geändert durch die Richtlinie 90/654/EWG (ABl. Nr. L 353 vom 17. 12. 1990, S. 48). Richtlinie 80/665/EWG des Rates vom 24. Juni 1980 zur Bekämpfung der bakteriellen Ringfäule der Kartoffel (ABl. Nr. L 180 vom 14. 7. 1980, S. 30). Richtlinie 81/602/EWG des Rates vom 31. Juli 1981 über ein Verbot von bestimmten Stoffen mit hormonaler Wirkung und von Stoffen mit thyreostatischer Wirkung (ABl. Nr. L 222 vom 7. 8. 1981, S. 32). Entscheidung 81/859/EWG des Rates vom 19. Oktober 1981 über die Bestimmung und Arbeitsweise eines Verbindungslaboratoriums für die klassische Schweinepest (ABl. Nr. L 319 vom 7. 11. 1981, S. 20), verlängert durch die Entscheidung 87/65/EWG (ABl. Nr. L 34 vom 5. 2. 1987, S. 54). Richtlinie 82/471/EWG des Rates vom 30. Juni 1982 über bestimmte Erzeugnisse für die Tierernährung (ABl. Nr. L 213 vom 21. 7. 1982, S. 8), zuletzt geändert durch die Richtlinie 90/654/EWG (ABl. Nr. L 353 vom 17. 12. 1990, S. 48). Entscheidung 83/73/EWG der Kommission vom 9. Februar 1983 über die Schaffung einer Pufferzone in der Region Evros (Griechenland) und die finanzielle Beteiligung der Gemeinschaft an den Maßnahmen zur Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche in dieser Region (ABl. Nr. L 47 vom 19. 2. 1983, S. 28), geändert durch die Entscheidung 88/308/EWG (ABl. Nr. L 136 vom 2. 6. 1988, S. 16). Entscheidung 85/34/EWG der Kommission vom 7. Dezember 1984 über eine finanzielle Beteiligung der Gemeinschaft an der Ausmerzung der Blauzungenkrankheit in Griechenland (ABl. Nr. L 16 vom 19. 1. 1985, S. 37). Richtlinie 85/358/EWG des Rates vom 16. Juli 1985 zur Ergänzung der Richtlinie 81/602/EWG über ein Verbot von bestimmten Stoffen mit hormonaler Wirkung und von Stoffen mit thyreostatischer Wirkung (ABl. Nr. L 191 vom 23. 7. 1985, S. 46), zuletzt geändert durch die Entscheidung 89/358/EWG (ABl. Nr. L 151 vom 3. 6. 1989, S. 39). Richtlinie 85/397/EWG des Rates vom 5. August 1985 zur Regelung gesundheitlicher und tierseuchenrechtlicher Fragen im innergemeinschaftlichen Handel mit wärmebehandelter Mich (ABl. Nr. L 226 vom 24. 8. 1985, S. 13), zuletzt geändert durch die Richtlinie 89/165/EWG (ABl. Nr. L 61 vom 4. 3. 1989, S. 57). Entscheidung 85/446/EWG der Kommission vom 18. September 1985 über die beim innergemeinschaftlichen Handelsverkehr mit frischem Fleisch an Ort und Stelle vorzunehmenden Kontrollen (ABl. Nr. L 260 vom 2. 10. 1985, S. 19), zuletzt geändert durch die Entscheidung 90/11/EWG (ABl. Nr. L 7 vom 10. 1. 1990, S. 12). Richtlinie 85/511/EWG des Rates vom 18. November 1985 zur Einführung von Maßnahmen der Gemeinschaft zur Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche (ABl. Nr. L 315 vom 26. 11. 1985, S. 11), geändert durch die Richtlinie 90/423/EWG (ABL. Nr. L 224 vom 18. 8. 1990, S. 13), insbesondere Artikel 11 und 14. Richtlinie 85/649/EWG des Rates vom 31. Dezember 1985 zum Verbot des Gebrauchs von bestimmten Stoffen mit hormonaler Wirkung im Tierbereich (ABl. Nr. L 382 vom 31. 12. 1985, S. 228). Richtlinie 86/113/EWG des Rates vom 25. März 1986 zur Festsetzung von Mindestanforderungen zum Schutz von Legehennen in Käfigbatteriehaltungen (ABl. Nr. L 95 vom 10. 4. 1986, S. 45). Richtlinie 86/362/EWG des Rates vom 24. Juli 1986 über die Festsetzung von Höchstgehalten an Rückständen von Schädlingsbekämpfungsmitteln auf und in Getreide (ABl. Nr. L 221 vom 7. 8. 1986, S. 37). Richtlinie 86/363/EWG des Rates vom 24. Juli 1986 über die Festsetzung von Höchstgehalten an Rückständen von Schädlingsbekämpfungsmitteln auf und in Lebensmitteln tierischen Ursprungs (ABl. Nr. L 221 vom 7. 8. 1986, S. 43). Entscheidung 86/474/EWG der Kommission vom 11. September 1986 zur Durchführung tierärztlicher Kontrollen an Ort und Stelle im Rahmen der Regelung über die Einfuhr von Rindern und Schweinen und frischem Fleisch aus Drittländern (ABl. Nr. L 279 vom 30. 9. 1986, S. 55). Richtlinie 86/469/EWG des Rates vom 16. September 1986 über die Untersuchung von Tieren und von frischem Fleisch auf Rückstände (ABl. Nr. L 275 vom 26. 9. 1986, S. 36). Entscheidung 87/65/EWG des Rates vom 19. Januar 1987 zur Verlängerung der in der Entscheidung 81/859/EWG über die Bestimmung und Arbeitsweise eines Verbindungslaboratoriums für die klassische Schweinepest vorgesehenen Maßnahme (ABl. Nr. L 34 vom 5. 2. 1987, S. 54). Richtlinie 88/407/EWG des Rates vom 14. Juni 1988 zur Festlegung der tierseuchenrechtlichen Anforderungen an den innergemeinschaftlichen Handelsverkehr mit gefrorenem Samen von Rindern und an dessen Einfuhr (ABl. Nr. L 194 vom 22. 7. 1988, S. 10), geändert durch die Richtlinie 90/120/EWG (ABl. Nr. L 71 vom 17. 3. 1990, S. 37). Richtlinie 88/657/EWG des Rates vom 14. Dezember 1988 zur Festlegung der für die Herstellung und den Handelsverkehr geltenden Anforderungen an Hackfleisch, Fleisch in Stücken von weniger als 100 g und Fleischzubereitungen sowie zur Änderung der Richtlinien 64/433/EWG, 71/118/EWG und 72/462/EWG (ABl. Nr. L 382 vom 31. 12. 1988, S. 3).

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen und Fischerei)

KAPITEL B2-5 1 — AUSGABEN IM BEREICH DER LANDWIRTSCHAFT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B2-5 1 0	*(Fortsetzung)*						
B2-5 1 0 1	*(Fortsetzung)*						

KOMMISSION
Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen und Fischerei)

KAPITEL B2-5 1 — AUSGABEN IM BEREICH DER LANDWIRTSCHAFT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B2-5 1 0	*(Fortsetzung)*
B2-5 1 0 1	*(Fortsetzung)*
	Vorschlag für eine Verordnung (EWG) des Rates, von der Kommission vorgelegt am 5. Januar 1989, über eine Bescheinigung für Hunde und Katzen bei Aufenthalten von weniger als einem Jahr in einem anderen Mitgliedstaat und über Gemeinschaftsmaßnahmen zur Durchführung von Pilotprogrammen zur Bekämpfung und Tilgung der Tollwut (ABl. Nr. C 85 vom 6. 4. 1989, S. 8).
	Entscheidung 89/187/EWG des Rates vom 6. März 1989 zur Festlegung der Befugnisse und Betriebsbedingungen der Gemeinschaftsreferenzlaboratorien nach der Richtlinie 86/469/EWG über die Untersuchung von Tieren und von frischem Fleisch auf Rückstände (ABl. Nr. L 66 vom 10. 3. 1989, S. 37).
	Richtlinie 89/437/EWG des Rates vom 20. Juni 1989 zur Regelung hygienischer und gesundheitlicher Fragen bei der Herstellung und Vermarktung von Eiprodukten (ABl. Nr. L 212 vom 22. 7. 1989, S. 87).
	Entscheidung 89/455/EWG des Rates vom 24. Juli 1989 über eine Gemeinschaftsmaßnahme zur Aufstellung von Pilotprogrammen zur Tilgung oder Verhütung der Tollwut (ABl. Nr. L 223 vom 2. 8. 1989, S. 19).
	Entscheidung 89/531/EWG des Rates vom 25. September 1989 zur Bestimmung eines Bezugslabors für die Identifizierung des Maul- und Klauenseuchevirus und zur Festlegung von Funktion und Aufgaben dieses Labors (ABl. Nr. L 279 vom 28. 9. 1989, S. 32).
	Richtlinie 89/556/EWG des Rates vom 25. September 1989 über viehseuchenrechtliche Fragen beim innergemeinschaftlichen Handel mit Embryonen von Hausrindern und ihrer Einfuhr aus Drittländern (ABl. Nr. L 302 vom 19. 10. 1989, S. 1).
	Vorschlag für eine Verordnung (EWG) des Rates, von der Kommission vorgelegt am 30. Oktober 1989, mit Gesundheitsvorschriften für die Gewinnung und Vermarktung von zum Verzehr bestimmten ausgelassenen tierischen Fetten, Grieben und Nebenerzeugnissen des Ausschmelzens (ABl. Nr. C 327 vom 30. 12. 1989, S. 25).
	Vorschlag für eine Verordnung (EWG) des Rates, von der Kommission vorgelegt am 30. Oktober 1989, zur Festlegung allgemeiner Gesundheitsvorschriften für die Herstellung und Vermarktung von Erzeugnissen tierischen Ursprungs sowie spezifischer Gesundheitsvorschriften für bestimmte Erzeugnisse tierischen Ursprungs (ABl. Nr. C 327 vom 30. 12. 1989, S. 29).
	Vorschlag für eine Verordnung (EWG) des Rates, von der Kommission vorgelegt am 30. Oktober 1989, zur Regelung tierseuchenrechtlicher Fragen bei der Vermarktung von Nagetieren in der Gemeinschaft (ABl. Nr. C 327 vom 30. 12. 1989, S. 57).
	Vorschlag für eine Richtlinie des Rates, von der Kommission vorgelegt am 21. Dezember 1989, zur Änderung der Richtlinie 77/93/EWG über Maßnahmen zum Schutz gegen das Verbringen von Schadorganismen der Pflanzen und Pflanzenerzeugnisse in die Mitgliedstaaten (ABl. Nr. C 29 vom 8. 2. 1990, S. 10).
	Vorschlag für eine Richtlinie des Rates, von der Kommission vorgelegt am 21. Dezember 1989, zur Änderung der Richtlinie 77/93/EWG über Maßnahmen zum Schutz gegen das Verbringen von Schadorganismen der Pflanzen oder Pflanzenerzeugnisse in die Mitgliedstaaten (ABl. Nr. C 31 vom 9. 2. 1990, S. 8).
	Vorschlag für eine Verordnung (EWG) des Rates, von der Kommission vorgelegt am 21. Dezember 1989, über das Inverkehrbringen von Gemüse-Jungpflanzen mit Ausnahme von Saatgut (ABl. Nr. C 46 vom 27. 2. 1990, S. 4), geändert am 25. Oktober 1991 (ABl. Nr. C 296 vom 15. 11. 1991, S. 10).
	Vorschlag für eine Verordnung (EWG) des Rates, von der Kommission vorgelegt am 21. Dezember 1989, über das Inverkehrbringen von Zierpflanzen und Vermehrungsmaterial von Zierpflanzen (ABl. Nr. C 52 vom 3. 3. 1990, S. 16), geändert am 4. November 1991 (ABl. Nr. C 307 vom 27. 11. 1991, S. 15).
	Vorschlag für eine Verordnung (EWG) des Rates, von der Kommission vorgelegt am 21. Dezember 1989, über das Inverkehrbringen von Vermehrungsmaterial und Pflanzen von Obstarten zur Fruchterzeugung (ABl. Nr. C 54 vom 6. 3. 1990, S. 5), geändert am 25. Oktober 1991 (ABl. Nr. C 296 vom 15. 11. 1991, S. 11).
	Vorschlag für eine Verordnung (EWG) des Rates, von der Kommission vorgelegt am 5. Februar 1990, zur Festlegung von Hygienevorschriften für die Gewinnung und das Inverkehrbringen von frischem Fleisch (ABl. Nr. C 84 vom 2. 4. 1990, S. 8).
	Vorschlag für eine Verordnung (EWG) des Rates, von der Kommission vorgelegt am 12. Februar 1990, zur Festlegung von Hygienevorschriften für die Gewinnung und das Inverkehrbringen von frischem Geflügelfleisch (ABl. Nr. C 84 vom 2. 4. 1990, S. 71), geändert am 4. Oktober 1991 (ABl. Nr. C 276 vom 23. 10. 1991, S. 10).
	Vorschlag für eine Verordnung (EWG) des Rates, von der Kommission vorgelegt am 12. Februar 1990, zur Festlegung von Hygienevorschriften für die Herstellung und das Inverkehrbringen von Fleischerzeugnissen (ABl. Nr. C 84 vom 2. 4. 1990, S. 89), geändert am 25. Oktober 1991 (ABl. Nr. C 296 vom 15. 11. 1991, S. 8).
	Vorschlag für eine Verordnung (EWG) des Rates, von der Kommission vorgelegt am 13. Februar 1990, über die tierseuchenrechtlichen Bedingungen für das Inverkehrbringen von Tieren und Erzeugnissen tierischen Ursprungs innerhalb der Gemeinschaft, soweit für sie nicht anderweitige Gemeinschaftsregelungen gelten (ABl. Nr. C 84 vom 2. 4. 1990, S. 102).

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen und Fischerei)

KAPITEL B2-5 1 — AUSGABEN IM BEREICH DER LANDWIRTSCHAFT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B2-5 1 0	*(Fortsetzung)*						
B2-5 1 0 1	*(Fortsetzung)*						

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen und Fischerei)

KAPITEL B2-5 1 — AUSGABEN IM BEREICH DER LANDWIRTSCHAFT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B2-5 1 0	*(Fortsetzung)*
B2-5 1 0 1	*(Fortsetzung)*
	Vorschlag für eine Verordnung (EWG) des Rates, von der Kommission vorgelegt am 13. Februar 1990, mit Hygienevorschriften für die Herstellung und Vermarktung von Rohmilch, Werkmilch und Erzeugnissen auf Milchbasis (ABl. Nr. C 84 vom 2. 4. 1990, S. 112), geändert am 30. Oktober 1991 (ABl. Nr. C 306 vom 26. 11. 1991, S. 7).
	Vorschlag für eine Verordnung (EWG) des Rates, von der Kommission vorgelegt am 16. Februar 1990, zur Festlegung von Hygienevorschriften für die Herstellung und das Inverkehrbringen von Hackfleisch, Fleischzubereitungen und zerkleinertem Fleisch für industrielle Zwecke (ABl. Nr. C 84 vom 2. 4. 1990, S. 120), geändert am 16. Oktober 1991 (ABl. Nr. C 288 vom 6. 11. 1991, S. 3).
	Vorschlag für eine Verordnung (EWG) des Rates, von der Kommission vorgelegt am 23. März 1990, zur Festlegung von Hygienevorschriften für die Herstellung und das Inverkehrbringen hitzebehandelter Trinkmilch (ABl. Nr. C 84 vom 2. 4. 1990, S. 130), geändert am 11. November 1991 (ABl. Nr. C 308 vom 28. 11. 1991, S. 14).
	Entscheidung 90/424/EWG des Rates vom 26. Juni 1990 über bestimmte Ausgaben im Veterinärbereich (ABl. Nr. L 224 vom 18. 8. 1990, S. 19), geändert durch die Entscheidung 91/133/EWG (ABl. Nr. L 66 vom 13. 3. 1991, S. 18).
	Richtlinie 90/425/EWG des Rates vom 26. Juni 1990 zur Regelung der veterinärrechtlichen und tierzüchterischen Kontrollen im innergemeinschaftlichen Handel mit lebenden Tieren und Erzeugnissen im Hinblick auf den Binnenmarkt (ABl. Nr. L 224 vom 18. 8. 1990, S. 29), zuletzt geändert durch die Richtlinie 91/628/EWG (ABl. Nr. L 340 vom 11. 12. 1991, S. 17).
	Richtlinie 90/426/EWG des Rates vom 26. Juni 1990 zur Festlegung der tierseuchenrechtlichen Vorschriften für das Verbringen von Equiden und für ihre Einfuhr aus Drittländern (ABl. Nr. L 224 vom 18. 8. 1990, S. 42).
	Richtlinie 90/427/EWG des Rates vom 26. Juni 1990 zur Festlegung der tierzüchterischen und genealogischen Vorschriften für den innergemeinschaftlichen Handel mit Equiden (ABl. Nr. L 224 vom 18. 8. 1990, S. 55).
	Richtlinie 90/428/EWG des Rates vom 26. Juni 1990 über den Handel mit Sportpferden und zur Festlegung der Bedingungen für die Teilnahme an pferdesportlichen Veranstaltungen (ABl. Nr. L 224 vom 18. 8. 1990, S. 60).
	Richtlinie 90/429/EWG des Rates vom 26. Juni 1990 zur Festlegung der tierseuchenrechtlichen Anforderungen an den innergemeinschaftlichen Handelsverkehr mit Samen von Schweinen und an dessen Einfuhr (ABl. Nr. L 224 vom 18. 8. 1990, S. 62).
	Vorschlag für eine Verordnung (EWG) des Rates, von der Kommission vorgelegt am 6. September 1990, über den gemeinschaftlichen Sortenschutz (ABl. Nr. C 244 vom 28. 9. 1990, S. 1).
	Richtlinie 90/539/EWG des Rates vom 15. Oktober 1990 über die tierseuchenrechtlichen Bedingungen für den innergemeinschaftlichen Handel mit Geflügel und Bruteiern und für ihre Einfuhr aus Drittländern (ABl. Nr. L 303 vom 31. 10. 1990, S. 6).
	Entschließung des Rates vom 15. Oktober 1990 über Maßnahmen, die im Hinblick auf die Vollendung des Binnenmarktes auf dem Veterinärsektor zu treffen sind (ABl. Nr. C 288 vom 16. 11. 1990, S. 1).
	Richtlinie 90/642/EWG des Rates vom 27. November 1990 über die Festsetzung von Höchstgehalten an Rückständen von Schädlingsbekämpfungsmitteln auf und in bestimmten Erzeugnissen pflanzlichen Ursprungs, einschließlich Obst und Gemüse (ABl. Nr. L 350 vom 14. 12. 1990, S. 71).
	Richtlinie 90/667/EWG des Rates vom 27. November 1990 zum Erlaß veterinärrechtlicher Vorschriften für die Beseitigung, Verarbeitung und Vermarktung tierischer Abfälle und zum Schutz von Futtermitteln tierischen Ursprungs, auch aus Fisch, gegen Krankheitserreger sowie zur Änderung der Richtlinie 90/425/EWG (ABl. Nr. L 363 vom 27. 12. 1990, S. 51).
	Richtlinie 91/495/EWG des Rates vom 27. November 1990 zur Regelung der gesundheitlichen und tierseuchenrechtlichen Fragen bei der Herstellung und Vermarktung von Kaninchenfleisch und Fleisch von Zuchtwild (ABl. Nr. L 268 vom 24. 9. 1991, S. 41).
	Richtlinie 91/67/EWG des Rates vom 28. Januar 1991 betreffend die tierseuchenrechtlichen Vorschriften für die Vermarktung von Tieren und anderen Erzeugnissen der Aquakultur (ABl. Nr. L 46 vom 19. 2. 1991, S. 1).
	Richtlinie 91/68/EWG des Rates vom 28. Januar 1991 zur Regelung tierseuchenrechtlicher Fragen beim innergemeinschaftlichen Handelsverkehr mit Schafen und Ziegen (ABl. Nr. L 46 vom 19. 2. 1991, S. 19).
	Verordnung (EWG) Nr. 2092/91 des Rates vom 24. Juni 1991 über den ökologischen Landbau und die entsprechende Kennzeichnung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse und Lebensmittel (ABl. Nr. L 198 vom 22. 7. 1991, S. 1).
	Richtlinie 91/494/EWG des Rates vom 26. Juni 1991 über die tierseuchenrechtlichen Bedingungen für den innergemeinschaftlichen Handel mit frischem Geflügelfleisch und für seine Einfuhr aus Drittländern (ABl. Nr. L 268 vom 24. 9. 1991, S. 35).
	Richtlinie 91/414/EWG des Rates vom 15. Juli 1991 über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. Nr. L 230 vom 19. 8. 1991, S. 1).
	Richtlinie 91/492/EWG des Rates vom 15. Juli 1991 zur Festlegung von Hygienevorschriften für die Erzeugung und Vermarktung lebender Muscheln (ABl. Nr. L 268 vom 24. 9. 1991, S. 1).

KOMMISSION
Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen und Fischerei)

KAPITEL B2-5 1 — AUSGABEN IM BEREICH DER LANDWIRTSCHAFT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B2-5 1 0	*(Fortsetzung)*						
B2-5 1 0 1	*(Fortsetzung)*						
	Artikel B2-5 1 0 insgesamt	89 000 000 *(1 904 000)*	90 000 000 *(1 904 000)*	85 096 000 *(1 904 000)*	78 096 000 *(1 904 000)*	45 951 341,87 *(0,—)*	45 951 341,87 *(0,—)*

KOMMISSION
Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen und Fischerei)

KAPITEL B2-5 1 — AUSGABEN IM BEREICH DER LANDWIRTSCHAFT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B2-5 1 0	*(Fortsetzung)*
B2-5 1 0 1	*(Fortsetzung)*

Richtlinie 91/496/EWG des Rates vom 15. Juli 1991 zur Festlegung von Grundregeln für die Veterinärkontrollen von aus Drittländern in die Gemeinschaft eingeführten Tieren und zur Änderung der Richtlinien 89/662/EWG, 90/425/EWG und 90/675/EWG (ABl. Nr. L 268 vom 24. 9. 1991, S. 56), geändert durch die Richtlinie 91/628/EWG (ABl. Nr. L 340 vom 11. 12. 1991, S. 17).

Richlinie 91/493/EWG des Rates vom 22. Juli 1991 zur Festlegung von Hygienevorschriften für die Erzeugung und die Vermarktung von Fischereierzeugnissen (ABl. Nr. L 268 vom 24. 9. 1991, S. 15).

Richtlinie 91/628/EWG des Rates vom 19. November 1991 über den Schutz von Tieren beim Transport sowie zur Änderung der Richtlinien 90/425/EWG und 91/496/EWG (ABl. Nr. L 340 vom 11. 12. 1991, S. 17).

Richtlinie 91/629/EWG des Rates vom 19. November 1991 über Mindestanforderungen für den Schutz von Kälbern (ABl. Nr. L 340 vom 11. 12. 1991, S. 28).

Richtlinie 91/630/EWG des Rates vom 19. November 1991 über Mindestanforderungen für den Schutz von Schweinen (ABl. Nr. L 340 vom 11. 12. 1991, S. 33).

Vorschlag für eine Verordnung (EWG) des Rates, von der Kommission vorgelegt am ..., mit einer Beihilferegelung für die Landwirtschaft zur Bekämpfung der Auswirkungen und Verbreitung der Varroatose der Bienen (KOM(...) ... endg.).

Veranschlagt sind Mittel für eine Beteiligung der Gemeinschaft an den Maßnahmen zur Beseitigung der Hemmnisse für den freien Warenverkehr in diesen Bereichen. Dadurch können Ausgaben zur Unterstützung dieser Maßnahmen (z.B. Ausbildung, Koordinierung, Praktika, Erstellung von Lehrfilmen) finanziert werden.

Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 19 000 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind						
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	15 096 000	8 096 000	7 000 000			
Mittel 1992	19 000 000		13 000 000	6 000 000		
Insgesamt	34 096 000	8 096 000	20 000 000	6 000 000		

Die etwaigen Einnahmen aus diesen Tätigkeiten werden gemäß Artikel 27 Absatz 2 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1), wiederverwendet.

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen und Fischerei)

KAPITEL B2-5 1 — AUSGABEN IM BEREICH DER LANDWIRTSCHAFT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B2-5 1 1	***Kontrollen in der Landwirtschaft***						
B2-5 1 1 0	Kontroll- und Betrugsbekämpfungsmaßnahmen						
	Nichtgetrennte Mittel	36 000 000	36 000 000	36 036 000	36 036 000	35 538 059,57	35 538 059,57
	(Unterstützungsausgaben)	*(364 000)*	*(364 000)*	*(364 000)*	*(364 000)*	*(133 000,—)*	*(133 000,—)*
B2-5 1 1 1	Sonstige Kontrollen in der Landwirtschaft						
	Getrennte Mittel	4 000 000	3 800 000	519 000	19 000	111 640,49	111 640,49
	(Unterstützungsausgaben)	*(2 500 000)*	*(2 500 000)*	*(5 881 000)*	*(5 881 000)*	*(3 406 000,—)*	*(3 406 000,—)*

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen und Fischerei)

KAPITEL B2-5 1 — AUSGABEN IM BEREICH DER LANDWIRTSCHAFT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B2-5 1 1	
B2-5 1 1 0	Unter Berücksichtigung der in Posten B8-2 5 1 0 eingesetzten Mittel beläuft sich der Gesamtbetrag für diese Maßnahmen auf 36 364 000 ECU (1991: 36 400 000 ECU). Verordnung (EWG) Nr. 2262/84 des Rates vom 17. Juli 1984 über Sondermaßnahmen für Olivenöl (ABl. Nr. L 208 vom 3. 8. 1984, S. 11), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 200/90 (ABl. Nr. L 22 vom 27. 1. 1990, S. 6). Verordnung (EWG) Nr. 765/85 des Rates vom 12. März 1985 über die Verstärkung der Dienststellen für Qualitätskontrollen bei landwirtschaftlichen Erzeugnissen in Griechenland (ABl. Nr. L 86 vom 27. 3. 1985, S. 5). Verordnung (EWG) Nr. 2392/86 des Rates vom 24. Juli 1986 zur Einführung der gemeinschaftlichen Weinbaukartei (ABl. Nr. L 208 vom 31. 7. 1986, S. 1). Verordnung (EWG) Nr. 3650/90 des Rates vom 11. Dezember 1990 über Maßnahmen zur Verbesserung der Anwendung der gemeinsamen Qualitätsnormen für Obst und Gemüse in Portugal (ABl. Nr. L 362 vom 27. 12. 1990, S. 22). Diese Mittel sind für die Ausgaben für vertragliche Kosten und Subventionen für die Mitgliedstaaten im Hinblick auf den Einsatz der angemessenen Kontrollinstrumente in den vorgenannten Bereichen bestimmt. Einen Teil der Tätigkeiten zur Verwirklichung dieses Ziels führt die Gemeinsame Forschungsstelle im Rahmen der Arbeiten zur Unterstützung der anderen Dienststellen der Kommission durch (Artikel B6-1 1 1, B6-1 2 1, B6-1 2 2 und B6- 4 2 1). Diese Arbeiten der Gemeinsamen Forschungsstelle werden auf 1 442 189 ECU veranschlagt.
B2-5 1 1 1	Unter Berücksichtigung der in Posten B8-2 5 1 1 eingesetzten Mittel beläuft sich der Gesamtbetrag für diese Maßnahmen auf 6 500 000 ECU an Verpflichtungsermächtigungen und 6 300 000 ECU an Zahlungsermächtigungen (1991: 6 400 000 ECU an Verpflichtungsermächtigungen und 5 900 000 ECU an Zahlungsermächtigungen). Verordnung (EWG) Nr. 729/70 des Rates vom 21. April 1970 über die Finanzierung der gemeinsamen Agrarpolitik (ABl. Nr. L 94 vom 28. 4. 1970, S. 13). Verordnung (EWG) Nr. 1208/81 des Rates vom 28. April 1981 zur Bestimmung des gemeinschaftlichen Handelsklassenschemas für Schlachtkörper ausgewachsener Rinder (ABl. Nr. L 123 vom 7. 5. 1981, S. 3), geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1026/91 (ABl. Nr. L 106 vom 26. 4. 1991, S. 2). Verordnung (EWG) Nr. 3220/84 des Rates vom 13. November 1984 zur Bestimmung des gemeinschaftlichen Handelsklassenschemas für Schweineschlachtkörper (ABl. Nr. L 301 vom 20. 11. 1984, S. 1), geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 3530/86 (ABl. Nr. L 326 vom 21. 11. 1986, S. 8). Verordnung (EWG) Nr. 1319/85 des Rates vom 23. Mai 1985 zur Verstärkung der Kontrollen der Anwendung der Gemeinschaftsregelung für Obst und Gemüse (ABl. Nr. L 137 vom 27. 5. 1985, S. 39). Verordnung (EWG) Nr. 822/87 des Rates vom 16. März 1987 über die gemeinsame Marktorganisation für Wein (ABl. Nr. L 84 vom 27. 3. 1987, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1325/90 (ABl. Nr. L 132 vom 23. 5. 1990, S. 19). Verordnung (EWG) Nr. 2048/89 des Rates vom 19. Juni 1989 mit Grundregeln über die Kontrollen im Weinsektor (ABl. Nr. L 202 vom 14. 7. 1989, S. 32). Die Kommission muß in den Mitgliedstaaten Erhebungen und Kontrollen durchführen, um die ordnungsgemäße Anwendung der Gemeinschaftsregelung zu überprüfen und eine einheitliche und ordnungsgemäße Anwendung der Vorschriften im Agrarbereich zu gewährleisten, insbesondere, wenn sie eine Gemeinschaftsfinanzierung umfassen (z.B. Einteilung der Schlachtkörper, Wassergehalt von Hähnchen, Einteilung der Rebflächen in Sorteneigungsgebiete usw.). Ferner ist durch Einsatz aller Mittel, die ungerechtfertigte Zahlungen vermeiden können (Kontrollen vor Ort, Telematik, Fernaufklärung usw.), festzustellen, daß die Ausgaben des Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft begründet sind. Einen Teil der Tätigkeiten zur Verwirklichung dieses Ziels führt die Gemeinsame Forschungsstelle im Rahmen der Arbeiten zur Unterstützung der anderen Dienststellen der Kommission durch (Artikel B6-1 1 1, B6-1 2 1, B6-1 2 2 und B6-4 2 1). Diese Arbeiten der Gemeinsamen Forschungsstelle werden auf 5 499 978 ECU veranschlagt.

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen und Fischerei)

KAPITEL B2-5 1 — AUSGABEN IM BEREICH DER LANDWIRTSCHAFT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B2-5 1 1	*(Fortsetzung)*						
B2-5 1 1 1	*(Fortsetzung)*						
	Artikel B2-5 1 1 insgesamt	40 000 000 *(2 864 000)*	39 800 000 *(2 864 000)*	36 555 000 *(6 245 000)*	36 055 000 *(6 245 000)*	35 649 700,06 *(3 539 000,—)*	35 649 700,06 *(3 539 000,—)*
B2-5 1 2	***Informationsnetz landwirtschaftlicher Buchführungen in der Gemeinschaft***						
	Getrennte Mittel	7 200 000	6 500 000	7 200 000	6 500 000	7 294 021,—	4 673 384,96
	(Unterstützungsausgaben)	*(200 000)*	*(200 000)*	*(200 000)*	*(200 000)*	*(285 000,—)*	*(285 000,—)*

KOMMISSION
Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen und Fischerei)

KAPITEL B2-5 1 — AUSGABEN IM BEREICH DER LANDWIRTSCHAFT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B2-5 1 1	*(Fortsetzung)*
B2-5 1 1 1	*(Fortsetzung)* Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 4 000 000 ECU. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind						
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	519 000	19 000	500 000			
Mittel 1992	4 000 000		3 300 000	700 000		
Insgesamt	4 519 000	19 000	3 800 000	700 000		

B2-5 1 2	Unter Berücksichtigung der in Artikel B8-2 5 2 eingesetzten Mittel beläuft sich der Gesamtbetrag für diese Maßnahmen auf 7 400 000 ECU an Verpflichtungsermächtigungen und 6 700 000 ECU an Zahlungsermächtigungen (1991: 7 400 000 ECU an Verpflichtungsermächtigungen und 6 700 000 ECU an Zahlungsermächtigungen). Verordnung Nr. 79/65/EWG des Rates vom 15. Juni 1965 zur Bildung eines Informationsnetzes landwirtschaftlicher Buchführungen über die Einkommenslage und die betriebswirtschaftlichen Verhältnisse landwirtschaftlicher Betriebe in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (ABl. Nr. 109 vom 23. 6. 1965, S. 1859/65), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 3768/85 (ABl. Nr. L 362 vom 31. 12. 1985, S. 8). Veranschlagt sind Mittel zur Finanzierung der Pauschalvergütungen und der Entwicklung von Instrumenten für die Bearbeitung, Analyse und Verbreitung der Angaben und Ergebnisse der Buchführungen der landwirtschaftlichen Betriebe.

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen und Fischerei)

KAPITEL B2-5 1 — AUSGABEN IM BEREICH DER LANDWIRTSCHAFT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B2-5 1 2	*(Fortsetzung)*						
B2-5 1 3	***Neuordnung des Systems landwirtschaftlicher Erhebungen***						
	Getrennte Mittel	5 100 000	5 800 000	4 900 000	100 000	5 310 928,84	5 310 928,84
	(Unterstützungsausgaben)	*(600 000)*	*(600 000)*	*(600 000)*	*(600 000)*	*(183 000,—)*	*(183 000,—)*

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen und Fischerei)

KAPITEL B2-5 1 — AUSGABEN IM BEREICH DER LANDWIRTSCHAFT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen

B2-5 1 2 *(Fortsetzung)*

Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 7 200 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind	8 187 000	3 200 000	3 750 000	1 237 000		
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	7 200 000	3 300 000	150 000	3 750 000		
Mittel 1992	7 200 000		2 600 000	558 200	4 041 800	
Insgesamt	22 587 000	6 500 000	6 500 000	5 545 200	4 041 800	

B2-5 1 3 Unter Berücksichtigung der in Artikel B8-2 5 3 eingesetzten Mittel beläuft sich der Gesamtbetrag für diese Maßnahmen auf 5 700 000 ECU an Verpflichtungsermächtigungen und 6 400 000 ECU an Zahlungsermächtigungen (1991: 5 500 000 ECU an Verpflichtungsermächtigungen und 700 000 ECU an Zahlungsermächtigungen).

Entscheidung 81/518/EWG des Rates vom 6. Juli 1981 zur Neuordnung des Systems landwirtschaftlicher Erhebungen in Italien (ABl. Nr. L 195 vom 18. 7. 1981, S. 48), zuletzt geändert durch die Entscheidung 89/624/EWG (ABl. Nr. L 359 vom 8. 12. 1989, S. 8).

Entscheidung 85/360/EWG des Rates vom 16. Juli 1985 zur Neuordnung des Systems landwirtschaftlicher Erhebungen in Griechenland (ABl. Nr. L 191 vom 23. 7. 1985, S. 53), geändert durch die Entscheidung 90/386/EWG (ABl. Nr. L 190 vom 21. 7. 1990, S. 47).

Entscheidung 88/390/EWG des Rates vom 11. Juli 1988 über eine spezifische Hilfe zur Entwicklung der Landwirtschaftsstatistik in Irland (ABl. Nr. L 186 vom 16. 7. 1988, S. 39), geändert durch die Entscheidung 89/623/EWG (ABl. Nr. L 359 vom 8. 12. 1989, S. 5).

Die Mittel sind zur Deckung folgender Ausgaben bestimmt:

— Ausgaben für die Verbesserung der Landwirtschaftsstatistiksysteme in Griechenland, Irland und Italien,

— Zuschüsse, vertraglich bedingte Kosten oder Erstattungen für Dienste, die im Rahmen der Durchführung von Erhebungen und statistischen oder wirtschaftlichen Studien im Bereich der Landwirtschaft und der Entwicklung des ländlichen Raums und der Nutzung von Datenbanken geleistet wurden;

— Zuschüsse, vertraglich bedingte Kosten oder Erstattungen für Dienste, die im Rahmen der Erstellung von Modellen für den Agrarsektor sowie kurz- und mittelfristiger Vorausschätzungen der Marktentwicklung und der Agrarstrukturen geleistet wurden.

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen und Fischerei)

KAPITEL B2-5 1 — AUSGABEN IM BEREICH DER LANDWIRTSCHAFT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B2-5 1 3	*(Fortsetzung)*						
B2-5 1 4	***Ausbildung und Information***						
	Getrennte Mittel	3 000 000	3 000 000	3 000 000	2 700 000	2 513 180,—	2 513 180,—
	(Unterstützungsausgaben)	*(p.m.)*	*(p.m.)*	*(p.m.)*	*(p.m.)*	*(105 000,—)*	*(105 000,—)*
B2-5 1 5	***Wälder***						
	Getrennte Mittel	15 413 000	23 920 000	18 636 000	14 636 000	16 819 437,16	5 433 933,66
	(Unterstützungsausgaben)	*(1 364 000)*	*(1 364 000)*	*(1 364 000)*	*(1 364 000)*	*(176 000,—)*	*(176 000,—)*

KOMMISSION
Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen und Fischerei)

KAPITEL B2-5 1 — AUSGABEN IM BEREICH DER LANDWIRTSCHAFT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen

B2-5 1 3 *(Fortsetzung)*

Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 5 100 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind						
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	4 900 000	100 000	3 500 000	1 300 000		
Mittel 1992	5 100 000		2 300 000	2 500 000	300 000	
Insgesamt	10 000 000	100 000	5 800 000	3 800 000	300 000	

B2-5 1 4 Bei Artikel B8-2 5 4 ist ein „p.m." eingesetzt (Gesamtbetrag 1991: 3 000 000 ECU an Verpflichtungsermächtigungen und 2 700 000 ECU an Zahlungsermächtigungen).

Veranschlagt sind Mittel, um durch einen Zuschuß einen Teil der Verwaltungs- und Betriebskosten (für Seminare, Verbreitung der Informationen, Austauschbesuche, Dolmetscher usw.), die durch die Ausbildungs- und Informationsmaßnahmen verschiedener, mit der Ausbildung und Information von Landwirten und landwirtschaftlichen Arbeitnehmern befaßter Organisationen entstehen, das Europäische Zentrum zur Förderung der Ausbildung in der Landwirtschaft und im ländlichen Raum (CEPFAR) und der Europäischen Vereinigung der berufsständischen Landjugendverbände (CEJA), mit 386 000 ECU zu decken.

Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 3 000 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind						
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	3 000 000	2 700 000	300 000			
Mittel 1992	3 000 000		2 700 000	300 000		
Insgesamt	6 000 000	2 700 000	3 000 000	300 000		

B2-5 1 5 Unter Berücksichtigung der in Artikel B8-2 5 5 eingesetzten Mittel beläuft sich der Gesamtbetrag für diese Maßnahmen auf 16 777 000 ECU an Verpflichtungsermächtigungen und 25 284 000 ECU an Zahlungsermächtigungen (1991: 20 000 000 ECU an Verpflichtungsermächtigungen und 16 000 000 ECU an Zahlungsermächtigungen).

Verordnung (EWG) Nr. 3528/86 des Rates vom 17. November 1986 über den Schutz des Waldes in der Gemeinschaft gegen *Luftverschmutzung* (ABl. Nr. L 326 vom 21. 11. 1986, S. 2), geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1613/89 (ABl. Nr. L 165 vom 15. 6. 1989, S. 8).

KOMMISSION
Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen und Fischerei)

KAPITEL B2-5 1 — AUSGABEN IM BEREICH DER LANDWIRTSCHAFT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B2-5 1 5	*(Fortsetzung)*						
B2-5 1 6	***Internationale Übereinkommen*** Nichtgetrennte Mittel	3 000 000	3 000 000	2 600 000	2 600 000	2 526 399,82	2 526 399,82

KOMMISSION
Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen und Fischerei)

KAPITEL B2-5 1 — AUSGABEN IM BEREICH DER LANDWIRTSCHAFT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B2-5 1 5	*(Fortsetzung)* Verordnung (EWG) Nr. 3529/86 des Rates vom 17. November 1986 über den Schutz des Waldes in der Gemeinschaft gegen Brände (ABl. Nr. L 326 vom 21. 11. 1986, S. 5), geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1614/89 (ABl. Nr. L 165 vom 15. 6. 1989, S. 10). Verordnung (EWG) Nr. 1615/89 des Rates vom 29. Mai 1989, zur Einführung eines Europäischen Informations- und Kommunikationssystems für die Forstwirtschaft (EFICS) (ABl. Nr. L 165 vom 15. 6. 1989, S. 12). Entscheidung 89/367/EWG des Rates vom 29. Mai 1989 zur Einsetzung eines Ständigen Forstausschusses (ABl. Nr. L 165 vom 15. 6. 1989, S. 14). Vorschlag für eine Verordnung des Rates, von der Kommission vorgelegt am 31. Oktober 1991, zur Einführung einer gemeinschaftlichen Beihilferegelung für Aufforstungsmaßnahmen in der Landwirtschaft (ABl. Nr. C 300 vom 21. 11. 1991, S. 12). Vorschlag für eine Verordnung (EWG) des Rates, von der Kommission vorgelegt am 12. November 1991, mit Maßnahmen zum Schutz des Waldes in der Gemeinschaft gegen Brände (ABl. Nr. C 312 vom 3. 12. 1991, S. 7). Veranschlagt sind Mittel zur Deckung folgender Kosten im Rahmen der Maßnahmen gegen Brände und Luftverschmutzung: — die finanzielle Beteiligung an den Kosten für die von den Mitgliedstaaten vorgelegten Vorhaben und Programme, — die Kosten für die Einführung des Programms zur synthetischen Auswertung der erworbenen Kenntnisse über die Luftverschmutzung in den Wäldern und ihre Auswirkungen. Im Rahmen des Europäischen Informations- und Kommunikationssystems für die Forstwirtschaft EFICS (European forestry information and communication system), sind diese Mittel auch für die Vertragskosten bei seiner Einführung und Anwendung sowie der Sammlung und Verbreitung der Informationen bestimmt. Ferner veranschlagt sind bei diesem Artikel die Beteiligung der Gemeinschaft an der Finanzierung des Genfer Übereinkommens über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung, das die Gemeinschaft am 14. November 1979 unterzeichnet und am 15. Juli 1982 ratifiziert hat (Konzertiertes Internationales Programm zur Messung und Bewertung der Auswirkungen der Luftverunreinigung auf die Wälder). Diese Mittel sind auch zur Schaffung eines koordinierten Löschsystems, insbesondere in der Südregion der Gemeinschaft, sowie zur Erstellung von Katastern der Waldregionen gedacht. Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 15 413 000 ECU. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind	30 504 000	14 449 640	11 273 880	2 140 158	1 222 902	1 417 420
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	18 636 000	186 360	12 486 120	2 609 040	1 677 240	1 677 240
Mittel 1992	15 413 000		160 000	12 080 000	1 360 000	1 813 000
Insgesamt	64 553 000	14 636 000	23 920 000	16 829 198	4 260 142	4 907 660

B2-5 1 6	Beschluß 86/304/EWG des Rates vom 25. Juni 1986 betreffend die Unterzeichnung des Weizenhandel-Übereinkommens 1986 und des Nahrungsmittelhilfe-Übereinkommens 1986, die zusammen die Internationale Weizen-Übereinkunft 1986 bilden, sowie die Hinterlegung einer Erklärung über die vorläufige Anwendung dieser Übereinkommen (ABl. Nr. L 195 vom 17. 7. 1986, S. 1). Beschluß 87/401/EWG des Rates vom 8. Dezember 1986 betreffend den Abschluß des Internationalen Übereinkommens von 1986 über Olivenöl und Tafeloliven (ABl. Nr. L 214 vom 4. 8. 1987, S. 1). Beschluß 88/106/EWG des Rates vom 18. Dezember 1987 über die Unterzeichnung und den Abschluß des Internationalen Zucker-Übereinkommens von 1987 (ABl. Nr. L 58 vom 3. 3. 1988, S. 1).

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen und Fischerei)

KAPITEL B2-5 1 — AUSGABEN IM BEREICH DER LANDWIRTSCHAFT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B2-5 1 6	*(Fortsetzung)*						
B2-5 1 7	***Gemeinschaftsprogramm zur Erhaltung des pflanzlichen Erbauts*** Nichtgetrennte Mittel	2 000 000	2 000 000				
B2-5 1 8	***Beitrag der Gemeinschaft zur Weltviehausstellung 1992 in Salamanca*** Getrennte Mittel	p.m.	p.m.				
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt	111 000 000	111 000 000	108 636 000	108 636 000	91 951 550,59	91 951 550,59
	Getrennte Mittel insgesamt	53 713 000	63 020 000	49 351 000	32 051 000	24 113 458,16	10 107 318,62
	KAPITEL B2-5 1 INSGESAMT	164 713 000 *(6 932 000)*	174 020 000 *(6 932 000)*	157 987 000 *(10 313 000)*	140 687 000 *(10 313 000)*	116 065 008,75 *(4 288 000,—)*	102 058 869,21 *(4 288 000,—)*
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt	111 000 000	111 000 000	108 636 000	108 636 000	91 951 550,59	91 951 550,59
	Getrennte Mittel insgesamt	53 713 000	63 020 000	49 351 000	32 051 000	24 113 458,16	10 107 318,62
	Titel B2-5 insgesamt	**164 713 000** *(6 932 000)*	**174 020 000** *(6 932 000)*	**157 987 000** *(10 313 000)*	**140 687 000** *(10 313 000)*	**116 065 008,75** *(4 288 000,—)*	**102 058 869,21** *(4 288 000,—)*

KOMMISSION
Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen und Fischerei)

KAPITEL B2-5 1 — AUSGABEN IM BEREICH DER LANDWIRTSCHAFT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B2-5 1 6	*(Fortsetzung)* Beschluß 91/367/EWG des Rates vom 26. Juni 1991 über den Abschluß des Weizenhandels-Übereinkommens 1986 und des Nahrungsmittelhilfe-Übereinkommens 1986, die zusammen das Internationale Weizen-Übereinkommen bilden, in der bis zum 30. Juni 1993 verlängerten Fassung (ABl. Nr. L 197 vom 20. 7. 1991, S. 43). Vorschlag für einen Beschluß des Rates, von der Kommission vorgelegt am 21. Oktober 1991, über den Beitritt der Europäischen Gemeinschaft zur FAO anläßlich der 26. Tagung der Konferenz der FAO (ABl. Nr. C 292 vom 9. 11. 1991, S. 8). Diese Mittel dienen zur Deckung des Beitrags der Gemeinschaft zu den genannten Internationalen Übereinkommen.
B2-5 1 7	*Neuer Artikel* Diese Mittel dienen dazu, eine langfristig angelegte, beständige Politik zur Erhaltung der genetischen Ressourcen zu konzipieren, in deren Rahmen die Verwaltung der genetischen Ressourcen durch den formellen und den informellen Sektor ermöglicht wird.
B2-5 1 8	*Neuer Artikel* Mit diesem Artikel soll ein finanzieller Beitrag der Europäischen Gemeinschaft zu der Weltviehausstellung geleistet werden, die 1992 in Salamanca veranstaltet wird.

KOMMISSION
Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen und Fischerei)

TITEL B2-6

SONSTIGE REGIONALE MASSNAHMEN

KAPITEL B2-6 0 — SONSTIGE INTERVENTIONEN MIT REGIONALEM CHARAKTER

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
	KAPITEL B2-6 0						
B2-6 0 0	***Förderung von Aktionen zur interregionalen Zusammenarbeit***						
	Getrennte Mittel	6 000 000	5 700 000	5 000 000	5 000 000	4 999 999,50	2 798 933,19
B2-6 0 1	***Unternehmens- und Innovationszentren***						
	Getrennte Mittel	7 514 000	6 300 000	6 084 000	5 384 000	5 464 077,65	3 388 242,67
	(Unterstützungsausgaben)	*(1 116 000)*	*(1 116 000)*	*(1 116 000)*	*(1 116 000)*	*(490 000,—)*	*(490 000,—)*

KOMMISSION
Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen und Fischerei)

TITEL B2-6

SONSTIGE REGIONALE MASSNAHMEN

KAPITEL B2-6 0 — SONSTIGE INTERVENTIONEN MIT REGIONALEM CHARAKTER

Artikel Posten | Erläuterungen

B2-6 0 0 *Vormals Posten B2-6 0 0 1*

Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftgemeinschaft, insbesondere Artikel 2.

Entschließung des Europäischen Parlaments vom 13. November 1985 zum Europa der Bürger (ABl. Nr. C 345 vom 31. 12. 1985, S. 27).

Beschluß 88/487/EWG der Kommission vom 24. Juni 1988 zur Einsetzung eines Beirats der regionalen und lokalen Gebietskörperschaften (ABl. Nr. L 247 vom 6. 9. 1988, S. 23).

Mit diesen Mitteln sollen Aktionen zur Förderung der Zusammenarbeit, des Informationsaustauschs und der Kontakte zwischen Regionen der Gemeinschaft finanziert werden. Die Einsetzung eines Beirats der regionalen und lokalen Gebietskörperschaften soll die Einleitung der Tätigkeiten dieser Art fördern, die von der Gemeinschaft in Zusammenarbeit mit den bestehenden interregionalen Verbänden durchzuführen sind.

Außerdem soll aus diesen Mitteln der grenzüberschreitende Erfahrungsaustausch (Kolloquien, Arbeitstagungen, Seminare) zwischen kommunalen Mandatsträgern bzw. kommunalpolitischen Organisationen innerhalb der Gemeinschaft gefördert werden.

Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 6 000 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind	4 620 000	3 000 000	1 620 000			
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	5 000 000	2 000 000	1 500 000	1 500 000		
Mittel 1992	6 000 000		2 580 000	1 820 000	1 600 000	
Insgesamt	15 620 000	5 000 000	5 700 000	3 320 000	1 600 000	

B2-6 0 1 Unter Berücksichtigung der in Artikel B8-2 6 1 eingesetzten Mittel beläuft sich der Gesamtbetrag für diese Maßnahmen auf 8 630 000 ECU an Verpflichtungsermächtigungen und 7 416 000 ECU an Zahlungsermächtigungen (1991: 7 200 000 ECU an Verpflichtungsermächtigungen und 6 500 000 ECU an Zahlungsermächtigungen).

Geänderter Vorschlag für einen Beschluß des Rates, von der Kommission vorgelegt am 7. Juli 1988, über eine Gemeinschaftsaktion zur Schaffung von Unternehmens- und Innovationszentren und zum Aufbau ihrer Netzorganisation (ABl. Nr. C 214 vom 16. 8. 1988, S. 65).

Die beantragten Mittel sollen zur Finanzierung der Ausgaben beitragen, die öffentlichen und privaten Einrichtungen sowie genossenschaftlichen Vereinigungen bzw. Körperschaften und Arbeitnehmerverbänden in den genannten Gebieten bei den Vorarbeiten, der Organisation und dem Start von Unternehmens- und Innovationszentren entstehen; sie sollen die Ausgaben für Maßnahmen zur Verbesserung der Methoden und Verfahren der Betriebsweise dieser Zentren finanzieren.

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen und Fischerei)

KAPITEL B2-6 0 — SONSTIGE INTERVENTIONEN MIT REGIONALEM CHARAKTER *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B2-6 0 1	*(Fortsetzung)*						
B2-6 0 2	***Untersuchungen***						
B2-6 0 2 0	Untersuchungen mit regionalem Charakter Nichtgetrennte Mittel	1 000 000	1 000 000	1 800 000	1 800 000	1 465 090,—	1 465 090,—
B2-6 0 2 1	Vorbereitende Untersuchungen in Verbindung mit der Unterstützung der Stadterhaltungsprojekte in Lissabon und Palermo durch die Gemeinschaft Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	500 000	500 000	450 350,—	450 350,—
B2-6 0 2 2	Untersuchungen über die Beteiligung von Arbeitnehmern an regionalen strukturpolitischen Maßnahmen, insbesondere in Regionen in strukturell bedingter Krise Nichtgetrennte Mittel	1 000 000	1 000 000	500 000	500 000		

KOMMISSION
Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen und Fischerei)

KAPITEL B2-60 — SONSTIGE INTERVENTIONEN MIT REGIONALEM CHARAKTER *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B2-601	*(Fortsetzung)* Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 7 514 000 ECU. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind	7 417 000	2 151 000	2 000 000	1 800 000	1 466 000	
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	6 084 000	3 233 000	2 000 000	851 000		
Mittel 1992	7 514 000		2 300 000	3 000 000	2 214 000	
Insgesamt	21 015 000	5 384 000	6 300 000	5 651 000	3 680 000	

B2-602	
B2-6020	Entschließung des Rates vom 6. Februar 1979 betreffend den Orientierungsrahmen für die Regionalpolitik der Gemeinschaft (ABl. Nr. C 36 vom 9. 2. 1979, S. 10). Entschließung des Europäischen Parlaments vom 17. Februar 1982 zum ersten periodischen Bericht der Kommission über die sozio-ökonomische Lage und Entwicklung der Regionen der Gemeinschaft (ABl. Nr. C 66 vom 15. 3. 1982, S. 34). Entschließung des Europäischen Parlaments vom 13. Juni 1986 zum zweiten periodischen Bericht der Kommission über die sozio-ökonomische Lage und Entwicklung der Regionen der Gemeinschaft (ABl. Nr. C 176 vom 14. 7. 1986, S. 165). Entschließung des Europäischen Parlaments vom 11. Juli 1986 zur Effizienz des nationalen regionalpolitischen Instrumentariums — Schlußfolgerungen für eine neue Regionalpolitik (ABl. Nr. C 227 vom 8. 9. 1986, S. 156). Entschließung des Europäischen Parlaments vom 8. Juli 1988 zum dritten periodischen Bericht der Kommission über die sozio-ökonomische Lage und Entwicklung der Regionen der Gemeinschaft (ABl. Nr. C 235 vom 12. 9. 1988, S. 178). Entschließung des Europäischen Parlaments vom 26. Mai 1989 zu den Auswirkungen der Vollendung des Binnenmarktes auf die sozio-ökonomische Lage der schwachen Regionen in der Gemeinschaft (ABl. Nr. C 158 vom 26. 6. 1989, S. 360). Diese Mittel sind zur Deckung der Finanzierung der Untersuchungen bestimmt, die für eine eingehende Analyse der regionalen Probleme auf Gemeinschaftsebene sowie der Möglichkeiten, ihnen im Rahmen der gemeinschaftlichen Regionalpolitik Abhilfe zu schaffen, erforderlich sind.
B2-6021	Entschließung des Europäischen Parlaments vom 16. Juni 1988 zum Einsatz der Finanzinstrumente der Gemeinschaft bei der Sanierung des Stadtkerns von Palermo (ABl. Nr. C 187 vom 18. 7. 1988, S. 160). Entschließung des Europäischen Parlaments vom 16. Juni 1988 zur Erhaltung des architektonischen Erbes von Lissabon (ABl. Nr. C 187 vom 18. 7. 1988, S. 163). Dieser Posten soll den Einsatz der Finanzinstrumente der Gemeinschaft bei Vorstudien zur Sanierung des Stadtkerns von Palermo und die Aufwendungen für die Erhaltung des architektonischen Erbes von Lissabon decken.

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen und Fischerei)

KAPITEL B2-6 0 — SONSTIGE INTERVENTIONEN MIT REGIONALEM CHARAKTER *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B2-6 0 2	*(Fortsetzung)*						
B2-6 0 2 3	Vorbereitende Untersuchungen in Verbindung mit der Unterstützung der Projekte zur Erhaltung der europäischen Städte durch die Gemeinschaft Getrennte Mittel	1 500 000	1 500 000				
B2-6 0 2 4	Maßnahmen im Rahmen der Raumordnung Nichtgetrennte Mittel	1 000 000	1 000 000				
B2-6 0 2 5	Finanzielle Auswirkungen der „Mid-Term Review" Getrennte Mittel	p.m.	p.m.				
	Artikel B2-6 0 2 insgesamt	4 500 000	4 500 000	2 800 000	2 800 000	1 915 440,—	1 915 440,—
B2-6 0 3	***Untersuchungen und gemeinsame Maßnahmen zugunsten der grenzüberschreitenden Regionen*** Nichtgetrennte Mittel	1 000 000	1 000 000	1 000 000	1 000 000	657 851,70	657 851,70
B2-6 0 4	***Beitrag der Gemeinschaft zum Internationalen Fonds für Irland*** Nichtgetrennte Mittel	15 000 000	15 000 000	15 000 000	15 000 000	15 000 000,—	15 000 000,—
B2-6 0 5	***Pilotprojekte in Verbindung mit der Unterstützung der Stadterhaltungsprojekte in Lissabon und Palermo duch die Gemeinschaft*** Nichtgetrennte Mittel	1 000 000	1 000 000	1 000 000	1 000 000		
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt	20 000 000	20 000 000	19 800 000	19 800 000	17 573 291,70	17 573 291,70
	Getrennte Mittel insgesamt	15 014 000	13 500 000	11 084 000	10 384 000	10 464 077,15	6 187 175,86
	KAPITEL B2-6 0 INSGESAMT	35 014 000 *(1 116 000)*	33 500 000 *(1 116 000)*	30 884 000 *(1 116 000)*	30 184 000 *(1 116 000)*	28 037 368,85 *(490 000,—)*	23 760 467,56 *(490 000,—)*

KOMMISSION
Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen und Fischerei)

KAPITEL B2-6 0 — SONSTIGE INTERVENTIONEN MIT REGIONALEM CHARAKTER *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B2-6 0 2	*(Fortsetzung)*
B2-6 0 2 3	*Neuer Posten* Dieser Posten soll den Einsatz der Finanzinstrumente der Gemeinschaft bei Vorstudien zur Sanierung des Stadtkerns einer Reihe europäischen Städte decken.
B2-6 0 2 4	*Neuer Posten* Die Mittel sind für Maßnahmen im Rahmen der Raumordnung bestimmt.
B2-6 0 2 5	*Neuer Posten* Diese Mittel sind für die Untersuchung der Auswirkungen der „Mid-Term Review" erforderlichen Studien bestimmt.
B2-6 0 3	Verordnung (EWG) Nr. 4254/88 des Rates vom 19. Dezember 1988 zur Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 in bezug auf den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (ABl. Nr. L 374 vom 31. 12. 1988, S. 15), insbesondere Artikel 10. Dieser Artikel soll es der Kommission ermöglichen, in Abstimmung mit den Regionen beiderseits der internen Grenzen der Gemeinschaft die grenzübergreifende Koordinierung der Regionalentwicklung zu fördern, indem sie sich an der Finanzierung von Untersuchungen und Pilotaktionen beteiligt, die für die Vorbereitung von grenzübergreifenden Programmen erforderlich sind. Die Förderung soll Projekte in allen Bereichen erfassen, die im Hinblick auf die Verwirklichung des Binnenmarktes 1992 für die Bürger, Institutionen und Wirtschaft in den Grenzregionen von besonderer Bedeutung sind.
B2-6 0 4	Diese Mittel sollen es der Gemeinschaft ermöglichen, einen Beitrag zur Finanzierung des durch das britisch-irische Abkommen vom November 1985 eingerichteten Internationalen Fonds für Irland zur Förderung des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts und zur Unterstützung der Kontakte, des Dialogs und der Versöhnung der irischen Bevölkerungsteile zu leisten.
B2-6 0 5	Entschließung des Europäischen Parlaments vom 16. Juni 1988 zum Einsatz der Finanzinstrumente der Gemeinschaft bei der Sanierung des Stadtkerns von Palermo (ABl. Nr. C 187 vom 18. 7. 1988, S. 160). Entschließung des Europäischen Parlaments vom 16. Juni 1988 zur Erhaltung des architektonischen Erbes von Lissabon (ABl. Nr. C 187 vom 18. 7. 1988, S. 163). Diese Mittel sollen den Einsatz der Finanzinstrumente der Gemeinschaft bei der Sanierung des Stadtkerns von Palermo und die Aufwendungen für die Erhaltung des architektonischen Erbes von Lissabon decken.

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen und Fischerei)

KAPITEL B2-6 1 — RANDREGIONEN UND TÄTIGKEITEN IN SENSIBLEN BEREICHEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
	KAPITEL B2-6 1						
B2-6 1 0	***PERIFRA (Randregionen und Tätigkeiten in sensiblen Bereichen)***						
	Getrennte Mittel	50 000 000	45 000 000	40 000 000	10 000 000		
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	50 000 000	45 000 000	40 000 000	10 000 000		
	KAPITEL B2-6 1 INSGESAMT	50 000 000	45 000 000	40 000 000	10 000 000		
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt	20 000 000	20 000 000	19 800 000	19 800 000	17 573 291,70	17 573 291,70
	Getrennte Mittel insgesamt	65 014 000	58 500 000	51 084 000	20 384 000	10 464 077,15	6 187 175,86
	Titel B2-6 insgesamt	**85 014 000** *(1 116 000)*	**78 500 000** *(1 116 000)*	**70 884 000** *(1 116 000)*	**40 184 000** *(1 116 000)*	**28 037 368,85** *(490 000,—)*	**23 760 467,56** *(490 000,—)*

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen und Fischerei)

KAPITEL B2-6 1 — RANDREGIONEN UND TÄTIGKEITEN IN SENSIBLEN BEREICHEN

Artikel Posten	Erläuterungen
B2-6 1 0	Auch 1991 haben die außerordentlichen Ereignisse in Mittel- und Osteuropa zu erheblichen Schwierigkeiten in den sensiblen Regionen der Gemeinschaft geführt. Es handelt sich dabei um Randregionen, um Regionen, die durch die neuen Handelszugeständnisse an die im Programm PHARE (Pologne-Hongrie: actions pour la reconversion économique) erfaßten Länder betroffen sind, und um Regionen, die einerseits durch die Umstellung der Rüstungsindustrie auf zivile Produktion und andererseits durch die Reduzierung der Militäranlagen vor großen Strukturproblemen stehen. Wie für die Integrierten Mittelmeerprogramme sind daher auch punktuelle Aktionen erforderlich, damit den betroffenen Regionen und Bereichen bei der Überwindung dieser unerwarteten Ereignisse Unterstützung geleistet werden kann. Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 50 000 000 ECU. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind						
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	40 000 000	10 000 000	20 000 000	10 000 000		
Mittel 1992	50 000 000		25 000 000	25 000 000		
Insgesamt	90 000 000	10 000 000	45 000 000	35 000 000		

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen und Fischerei)

TITEL B2-7

VERKEHR UND FREMDENVERKEHR

KAPITEL B2-7 0 — VERKEHR

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
	KAPITEL B2-7 0						
B2-7 0 0	***Finanzielle Unterstützung von Verkehrsinfrastrukturvorhaben in der Gemeinschaft*** Getrennte Mittel	140 682 000	110 000 000	118 000 000 (1)	90 000 000 (2)	60 000 000,—	16 456 567,50

(1) Diese Mittel wurden durch die Mittelübertragung Nr. 1/1991 von Kapitel B0-4 0 um 10 000 000 ECU aufgestockt.
(2) Diese Mittel wurden durch die Mittelübertragung Nr. 1/1991 von Kapitel B0-4 0 um 2 000 000 ECU aufgestockt.

KOMMISSION
Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen und Fischerei)

TITEL B2-7

VERKEHR UND FREMDENVERKEHR

KAPITEL B2-70 — VERKEHR

Artikel Posten	Erläuterungen
B2-700	Verordnung (EWG) Nr. 3359/90 des Rates vom 20. November 1990 zur Durchführung eines Aktionsprogramms auf dem Gebiet der Verkehrsinfrastruktur im Hinblick auf die Vollendung des integrierten Verkehrsmarktes bis 1992 (ABl. Nr. L 326 vom 24. 11. 1990, S. 1). Vorschlag für eine Entscheidung des Rates, von der Kommission vorgelegt am 11. Dezember 1990, zur Entwicklung eines europäischen Hochgeschwindigkeitsbahnnetzes (ABl. Nr. C 51 vom 27. 2. 1991, S. 6). Entschließung des Rates vom 17. Dezember 1990 über die Entwicklung eines europäischen Hochgeschwindigkeitsbahnnetzes (ABl. Nr. C 33 vom 8. 2. 1991, S. 1). Richtlinie 91/440/EWG des Rates vom 29. Juli 1991 über den Führerschein (ABl. Nr. L 237 vom 24. 8. 1991, S. 1). Vorschlag für eine Verordnung (EWG) des Rates, von der Kommission vorgelegt am ..., über die Gewährung einer finanziellen Unterstützung im Rahmen eines mittelfristigen Programms auf dem Gebiet der Verkehrsinfrastruktur auf der Grundlage der Artikel 75 und 84 des Vertrags (ABl. Nr. C ... vom ..., S. ...). Diese Mittel sind für die Gewährung von Zuschüssen oder Zinsvergünstigungen für Infrastrukturvorhaben von gemeinschaftlicher Bedeutung bestimmt, deren Durchführung durch die Mitgliedstaaten gefördert oder beschleunigt werden soll. Sie werden nach den von Rat, Kommission und Parlament vereinbarten Kriterien gemäß dem Anhang der Verordnung (EWG) Nr. 3359/90 für Vorhaben in folgendem Rahmen verwendet: — Beitrag zum Eisenbahn-Hochgeschwindigkeitsnetz: — Paris-London-Brüssel-Amsterdam-Köln und Anschlüsse nach anderen Mitgliedstaaten, — Sevilla-Madrid-Barcelona-Lyon-Turin-Mailand-Venedig und von dort nach Tarvisio und Triest, — Porto-Lissabon-Madrid; — Alpentransit (Brennerachse); — Beitrag zum kombinierten Verkehrsnetz von gemeinschaftlichem Interesse; — Straßenverbindungen über die Pyrenäen (Somport); — Straßenachse nach Irland (Küstenstraße A5/A55 Nordwales) und Ausbau der grenzüberschreitenden Nord-Süd-Eisenbahnmagistrale Dublin-Belfast; — Skandinavien-Verbindung; — Verbesserung der Landverbindungen in Griechenland.

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen und Fischerei)

KAPITEL B2-7 0 — VERKEHR *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B2-7 0 0	*(Fortsetzung)*						
B2-7 0 1	***Finanzielle Unterstützung von Verkehrsinfrastrukturvorhaben zur Erleichterung des Transits durch Drittländer***						
	Getrennte Mittel	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	0,—	0,—
B2-7 0 2	***Besondere Beteiligungen, unter anderem auf dem Gebiet der Verkehrssicherheit***						
	Nichtgetrennte Mittel	2 050 000	2 050 000	1 794 000	1 794 000	1 936 122,—	1 936 122,—
	(Unterstützungsausgaben)	*(206 000)*	*(206 000)*	*(206 000)*	*(206 000)*	*(0,—)*	*(0,—)*

KOMMISSION
Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen und Fischerei)

KAPITEL B2-7 0 — VERKEHR *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B2-7 0 0	*(Fortsetzung)* Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 140 682 000 ECU. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind	248 083 000	42 000 000	45 000 000	45 000 000	45 000 000	71 083 000
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	118 000 000 (1)	48 000 000	20 000 000	20 000 000	20 000 000	10 000 000
Mittel 1992	140 682 000		45 000 000	25 000 000	25 000 000	45 682 000
Insgesamt	506 765 000	90 000 000 (2)	110 000 000	90 000 000	90 000 000	126 765 000

(1) Diese Mittel wurden durch die Mittelübertragung Nr. 1/1991 von Kapitel B0-4 0 um 10 000 000 ECU aufgestockt.

(2) Diese Mittel wurden durch die Mittelübertragung Nr. 1/1991 von Kapitel B0-4 0 um 2 000 000 ECU aufgestockt.

B2-7 0 1	Beschluß des Rates vom 19. Dezember 1988 über die zweite Phase der Verhandlungen zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, Österreich, der Schweiz und Jugoslawien auf dem Gebiet des Verkehrs.
B2-7 0 2	Unter Berücksichtigung der in Artikel B8-2 7 2 eingesetzten Mittel beläuft sich der Gesamtbetrag für diese Maßnahmen auf 2 306 000 ECU (1991: 2 000 000 ECU). Richtlinie 77/143/EWG des Rates vom 29. Dezember 1976 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die technische Überwachung der Kraftfahrzeuge und Kraftfahrzeuganhänger (ABl. Nr. L 47 vom 18. 2. 1977, S. 47), zuletzt geändert durch die Richtlinie 91/328/EWG (ABl. Nr. L 178 vom 6. 7. 1991, S. 29). Entschließung des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften vom 19. Dezember 1984 auf dem Gebiet der Sicherheit im Straßenverkehr (ABl. Nr. C 341 vom 21. 12. 1984, S. 1). Entschließung des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten vom 19. Juni 1990 zur Verbesserung der Fahrgastsicherheit auf Fährschiffen (ABl. Nr. C 206 vom 18. 8. 1990, S. 3). Vorschlag für eine Richtlinie des Rates, von der Kommission vorgelegt am 12. Oktober 1990, zur Harmonisierung der technischen Vorschriften und Verfahren für Zivilluftfahrzeuge (ABl. Nr. C 270 vom 26. 10. 1990, S. 3). Verordnung (EWG) Nr. 613/91 des Rates vom 4. März 1991 zur Umregistrierung von Schiffen innerhalb der Gemeinschaft (ABl. Nr. L 68 vom 15. 3. 1991, S. 1). Entschließung des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten vom 21. Juni 1991 betreffend ein gemeinschaftliches Aktionsprogramm im Bereich der Straßenverkehrssicherheit (ABl. Nr. C 178 vom 9. 7. 1991, S. 1). Richtlinie 91/439/EWG des Rates vom 29. Juli 1991 über den Führerschein (ABl. Nr. L 237 vom 24. 8. 1991, S. 1). Diese Mittel sind zur Deckung der Ausgaben für die Förderung der Sicherheit im Straßenverkehr, in der Seeschiffahrt und im Luftverkehr bestimmt.

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen und Fischerei)

KAPITEL B2-7 0 — VERKEHR *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B2-7 0 2	*(Fortsetzung)*						
B2-7 0 3	***Beobachtung und Ordnung der Güterverkehrsmärkte***						
	Nichtgetrennte Mittel	1 750 000	1 750 000	1 673 000	1 673 000	1 388 508,80	1 388 508,80
	(Unterstützungsausgaben)	*(227 000)*	*(227 000)*	*(227 000)*	*(227 000)*	*(182 000,—)*	*(182 000,—)*
B2-7 0 4	***Vorbereitende Maßnahmen***						
	Nichtgetrennte Mittel	3 000 000	3 000 000	2 850 000	2 850 000	2 315 786,54	2 315 786,54
B2-7 0 5	***Gezielte Maßnahmen auf dem Gebiet des Seeverkehrs***						
	Nichtgetrennte Mittel	1 600 000	1 600 000	1 500 000	1 500 000	729 970,—	729 970,—

KOMMISSION
Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen und Fischerei)

KAPITEL B2-7 0 — VERKEHR *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B2-7 0 2	*(Fortsetzung)* Einen Teil der diesbezüglichen Aktivitäten übernimmt die Gemeinsame Forschungsstelle im Rahmen von Arbeiten für andere Dienststellen der Kommission (Artikel B6-1 1 1, B6-1 2 1, B6-1 2 2 und B6-4 2 1). Für diese Arbeiten der Gemeinsamen Forschungsstelle werden 373 486 ECU veranschlagt.
B2-7 0 3	Unter Berücksichtigung der in Artikel B8-2 7 3 eingesetzten Mittel beläuft sich der Gesamtbetrag für diese Maßnahmen auf 1 977 000 ECU (1991: 1 900 000 ECU). Verordnung (EWG) Nr. 3164/76 des Rates vom 16. Dezember 1976 über das Gemeinschaftskontingent für den Güterkraftverkehr zwischen den Mitgliedstaaten (ABl. Nr. L 357 vom 29. 12. 1976, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 3915/90 (ABl. Nr. L 375 vom 31. 12. 1990, S. 9). Entschließung des Rates vom 8. Dezember 1988 zur Verlängerung des Marktbeobachtungssystems auf dem Gebiet des Eisenbahn-, Straßen- und Binnenschiffsgüterverkehrs zwischen den Mitgliedstaaten (ABl. Nr. C 328 vom 21. 12. 1988, S. 1). Verordnung (EWG) Nr. 3916/90 des Rates vom 21. Dezember 1990 über Maßnahmen bei Krisen auf dem Güterkraftverkehrsmarkt (ABl. Nr. L 375 vom 31. 12. 1990, S. 10). Vorschlag für eine Entscheidung des Rates, von der Kommission vorgelegt am 20. Januar 1991, über das europäische Marktbeobachtungssystem für den Güterlandverkehr (ABl. Nr. C 29 vom 5. 2. 1991, S. 8). Diese Mittel sind zur Deckung folgender Ausgaben bestimmt: — Einführung eines Marktbeobachtungs- und -prognosesystems im Güterverkehr zur besseren Anpassung an die heutigen wirtschaftlichen Erfordernisse; — Finanzierung der Verträge, die mit den Verwaltungen der Mitgliedstaaten über die Erfassung und Verarbeitung von Daten über den Güterverkehr geschlossen werden.
B2-7 0 4	Entschließung vom 18. April 1986 zur Schaffung von integrierten Transportzentren (ABl. Nr. C 120 vom 20. 5. 1986, S. 180). Diese Mittel sind zur Deckung der Finanzierung der Informationsbeschaffung und der Evaluation der Vorhaben von gemeinsamem Interesse sowie von Einzeluntersuchungen zur Vollendung des Binnenmarktes auf dem Gebiet des Verkehrs bestimmt. Diese Maßnahmen dienen auch der Förderung der Zusammenarbeit zwischen den Zentren für kombinierten Verkehr (Güterverkehr) im Sinne dieser Entschließung des Parlaments. Die Kommission wird um die Vorlage von Vorschlägen zur Unterstützung des kombinierten Verkehrs ersucht, um die Leistungsfähigkeit des innergemeinschaftlichen Personen- und Güterverkehrs und insbesondere die Anbindung der Gemeinschaftsländer, die über keine Landverbindung zu den übrigen Ländern der Gemeinschaft verfügen, zu optimieren.
B2-7 0 5	Verordnung (EWG) Nr. 4055/86 des Rates vom 22. Dezember 1986 zur Anwendung des Grundsatzes des freien Dienstleistungsverkehrs auf die Seeschiffahrt zwischen Mitgliedstaaten sowie zwischen Mitgliedstaaten und Drittländern (ABl. Nr. L 378 vom 31. 12. 1986, S. 1). Verordnung (EWG) Nr. 4058/86 des Rates vom 22. Dezember 1986 für ein koordiniertes Vorgehen zum Schutz des freien Zugangs zu Ladungen in der Seeschiffahrt (ABl. Nr. L 378 vom 31. 12. 1986, S. 21). Beschluß des Rates von 20. Oktober 1987 für ein koordiniertes Vorgehen zum Schutz des freien Zugangs zu Ladungen in der Seeschiffahrt mit den west- und zentralafrikanischen Ländern. Mitteilung der Kommission an den Rat vom 3. August 1989 „Eine Zukunft für das Seeverkehrsgewerbe der Gemeinschaft" (KOM(89) 266 endg.). Vorschlag für eine Verordnung (EWG) des Rates, von der Kommission vorgelegt am 2. August 1989, zur Einrichtung eines Gemeinschafts-Schiffsregisters und über das Führen der Gemeinschaftsflagge durch Seeschiffe (ABl. Nr. C 263 vom 16. 10. 1989, S. 11), geändert am 27. Februar 1991 (ABl. Nr. C 73 vom 19. 3. 1991, S. 11). Vorschlag für eine Verordnung (EWG) des Rates, von der Kommission vorgelegt am 2. August 1989, über eine gemeinsame Bestimmung des Begriffs „Gemeinschaftsreeder" (ABl. Nr. C 263 vom 16. 10. 1989, S. 16), geändert am 27. Februar 1991 (ABl. Nr. C 73 vom 19. 3. 1991, S. 25). Vorschlag für eine Verordnung (EWG) des Rates, von der Kommission vorgelegt am 2. August 1989 zur Anwendung des Grundsatzes des freien Dienstleistungsverkehrs auf den Seeverkehr in den Mitgliedstaaten (ABl. Nr. C 263 vom 16. 10. 1989, S. 17), geändert am 27. Februar 1991 (ABl. Nr. C 73 vom 19. 3. 1991, S. 27).

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen und Fischerei)

KAPITEL B2-7 0 — VERKEHR *(Fortsetzung)*

KAPITEL B2-7 1 — FREMDENVERKEHR

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B2-7 0 6	***Pilotmaßnahmen im kombinierten Verkehr*** Nichtgetrennte Mittel	2 000 000	2 000 000				
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt	10 400 000	10 400 000	7 817 000	7 817 000	6 370 387,34	6 370 387,34
	Getrennte Mittel insgesamt	140 682 000	110 000 000	118 000 000	90 000 000	60 000 000,—	16 456 567,50
	KAPITEL B2-7 0 INSGESAMT	151 082 000 *(433 000)*	120 400 000 *(433 000)*	125 817 000 *(433 000)*	97 817 000 *(433 000)*	66 370 387,34 *(182 000,—)*	22 826 954,84 *(182 000,—)*
	KAPITEL B2-7 1						
B2-7 1 0	***Aktionen auf dem Gebiet des Fremdenverkehrs*** Nichtgetrennte Mittel	4 892 000	4 892 000	4 000 000 (1)	4 000 000 (1)	3 919 916,—	3 919 916,—

(1) Die Mittel für 1991 wurden durch die Mittelübertragung Nr. 1/1991 von Kapitel B0-4 0 um 200 000 ECU aufgestockt.

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen und Fischerei)

KAPITEL B2-7 0 — VERKEHR *(Fortsetzung)*

KAPITEL B2-7 1 — FREMDENVERKEHR

Artikel Posten	Erläuterungen
B2-7 0 6	*Neuer Artikel* Entschließung des Rates vom 31. Oktober 1990 über gemeinschaftliche Maßnahmen zum Aufbau eines Netzes für den kombinierten Verkehr (ABl. Nr. C ... vom ..., S. ...). Diese Mittel sind zur Finanzierung vorbereitender Studien und Pilotvorhaben im Zusammenhang mit der Einrichtung von Strecken zwischen lohnenden Märkten bestimmt, auf denen leistungsfähige Fahrzeuge eingesetzt, die Qualität des Angebots verbessert und die Abfertigung an den Umschlagplätzen effizient gestaltet werden sollen.
B2-7 1 0	Entschließung des Rates vom 10. April 1984 zu einer Fremdenverkehrspolitik der Gemeinschaft (ABl. Nr. C 115 vom 30. 4. 1984, S. 1). Beschluß 86/664/EWG des Rates vom 22. Dezember 1986 zur Einführung eines Verfahrens zur Konsultation und Zusammenarbeit im Bereich des Fremdenverkehrs (ABl. Nr. L 384 vom 31. 12. 1986, S. 52). Empfehlung 86/665/EWG des Rates vom 22. Dezember 1986 über einheitliche Informationen in Hotels (ABl. Nr. L 384 vom 31. 12. 1986, S. 54). Empfehlung 86/666/EWG des Rates vom 22. Dezember 1986 über den Brandschutz in bestehenden Hotels (ABl. Nr. L 384 vom 31. 12. 1986, S. 60). Entschließung des Rates vom 22. Dezember 1986 zu einer besseren zeitlichen und räumlichen Verteilung des Fremdenverkehrs (ABl. Nr. C 340 vom 31. 12. 1986, S. 1). Richtlinie 90/314/EWG des Rates vom 13. Juni 1990 über Pauschalreisen (ABl. Nr. L 158 vom 23. 6. 1990, S. 59). Mitteilung der Kommission vom 26. September 1990 über „Gemeinschaftsaktionen für den Landtourismus" (KOM(90) 438 endg.). Entscheidung 90/665/EWG des Rates vom 17. Dezember 1990 über ein Zweijahresprogramm 1991-1992 zur Entwicklung der gemeinschaftlichen Fremdenverkehrsstatistik (ABl. Nr. L 358 vom 21. 12. 1990, S. 89). Vorschlag für einen Beschluß des Rates, von der Kommission vorgelegt am 26. März 1991, betreffend den Aktionsplan der Gemeinschaft zur Förderung des Fremdenverkehrs (KOM(91) 97 endg.). Diese Mittel sind zur Finanzierung oder Mitfinanzierung spezieller Maßnahmen, Studien und Erhebungen bestimmt, um den von der Kommission am 26. März 1991 genehmigten Aktionsplan der Gemeinschaft zur Förderung des Fremdenverkehrs in den kommenden Jahren durchzuführen und um einzelne im Europäischen Jahr für den Fremdenverkehr eingeleitete Aktionen fortzusetzen. Zur Unterstützung eines Systems von Informationen über Vorhaben des ökologischen Fremdenverkehrs in der Gemeinschaft werden mindestens 530 000 ECU eingesetzt.

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen und Fischerei)

KAPITEL B2-7 1 — FREMDENVERKEHR *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B2-7 1 1	***Förderung des europäischen Fremdenverkehrs bei Drittländern***						
	Nichtgetrennte Mittel	750 000	750 000				
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt	5 642 000	5 642 000	4 000 000	4 000 000	3 919 916,—	3 919 916,—
	Getrennte Mittel insgesamt						
	KAPITEL B2-7 1 INSGESAMT	5 642 000	5 642 000	4 000 000	4 000 000	3 919 916,—	3 919 916,—
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt	16 042 000	16 042 000	11 817 000	11 817 000	10 290 303,34	10 290 303,34
	Getrennte Mittel insgesamt	140 682 000	110 000 000	118 000 000	90 000 000	60 000 000,—	16 456 567,50
	Titel B2-7 insgesamt	**156 724 000** *(433 000)*	**126 042 000** *(433 000)*	**129 817 000** *(433 000)*	**101 817 000** *(433 000)*	**70 290 303,34** *(182 000,—)*	**26 746 870,84** *(182 000,—)*

KOMMISSION
Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen und Fischerei)

KAPITEL B2-7 1 — FREMDENVERKEHR *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B2-7 1 1	*Neuer Artikel* Vorschlag für einen Beschluß des Rates, von der Kommission vorgelegt am 26. März 1991, über den Ausbau der Werbung für den europäischen Fremdenverkehr in Drittländern (KOM(91) 97 endg.). Diese Mittel sind für im Jahr 1992 durchzuführende Pilotaktionen bestimmt.

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen und Fischerei)

TITEL B2-9

GEMEINSAME FISCHEREI- UND SEEPOLITIK

KAPITEL B2-9 0 — EUROPÄISCHER FISCHEREI-GARANTIEFONDS

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
	KAPITEL B2-9 0						
B2-9 0 0	***Erstattungen bei Fischereierzeugnissen*** Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	0,—	0,—
B2-9 0 1	***Interventionen bei Fischereierzeugnissen*** Nichtgetrennte Mittel	29 000 000	29 000 000	27 000 000	27 000 000	23 596 834,52	23 596 834,52

KOMMISSION
Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen und Fischerei)

TITEL B2-9

GEMEINSAME FISCHEREI- UND SEEPOLITIK

KAPITEL B2-90 — EUROPÄISCHER FISCHEREI-GARANTIEFONDS

Artikel Posten	Erläuterungen
B2-900	Verordnung (EWG) Nr. 110/76 des Rates vom 19. Januar 1976 über die Grundregeln für die Gewährung von Erstattungen bei der Ausfuhr von Fischereierzeugnissen und über die Kriterien für die Festsetzung der Erstattungsbeträge (ABl. Nr. L 20 vom 28. 1. 1976, S. 48). Verordnung (EWG) Nr. 3687/91 des Rates vom 28. November 1991 über die gemeinsame Marktorganisation für Fischereierzeugnisse (ABl. Nr. L 354 vom 23. 12. 1991, S. 1). Dieser Artikel ist zur Finanzierung der Ausfuhrerstattungen für Fischereierzeugnisse gemäß Artikel 25 der Verordnung (EWG) Nr. 3796/81 bestimmt.
B2-901	Verordnung (EWG) Nr. 2202/82 des Rates vom 28. Juli 1982 zur Festlegung der Grundregeln für die Gewährung eines finanziellen Ausgleichs für bestimmte Fischereierzeugnisse (ABl. Nr. L 235 vom 10. 8. 1982, S. 1). Verordnung (EWG) Nr. 2203/82 des Rates vom 28. Juli 1982 zur Festlegung der Grundregeln für die Gewährung einer Übertragungsprämie für bestimmte Fischereierzeugnisse (ABl. Nr. L 235 vom 10. 8. 1982, S. 4), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 3469/88 (ABl. Nr. L 305 vom 10. 11. 1988, S. 7). Verordnung (EWG) Nr. 3137/82 der Kommission vom 19. November 1982 mit Durchführungsbestimmungen für die Gewährung des finanziellen Ausgleichs für bestimmte Fischereierzeugnisse (ABl. Nr. L 335 vom 29. 11. 1982, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 3507/89 (ABl. Nr. L 342 vom 24. 11. 1989, S. 13). Verordnung (EWG) Nr. 3321/82 der Kommission vom 9. Dezember 1982 mit Durchführungsbestimmungen für die Gewährung einer Übertragungsprämie für bestimmte Fischereierzeugnisse (ABl. Nr. L 351 vom 11. 12. 1982, S. 20), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 3507/89 (ABl. Nr. L 342 vom 24. 11. 1989, S. 13). Verordnung (EWG) Nr. 3117/85 des Rates vom 4. November 1985 zur Aufstellung allgemeiner Regeln für die Gewährung von Ausgleichsentschädigungen für Sardinen (ABl. Nr. L 297 vom 9. 11. 1985, S. 1). Verordnung (EWG) Nr. 3459/85 der Kommission vom 6. Dezember 1985 mit Durchführungsbestimmungen für die Gewährung einer Ausgleichsentschädigung für Atlantiksardinen (ABl. Nr. L 332 vom 10. 12. 1985, S. 16). Verordnung (EWG) Nr. 3460/85 der Kommission vom 6. Dezember 1985 mit Durchführungsbestimmungen für die Gewährung einer Ausgleichsentschädigung für Mittelmeersardinen (ABl. Nr. L 332 vom 10. 12. 1985, S. 19), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1544/89 (ABl. Nr. L 151 vom 3. 6. 1989, S. 22). Verordnung (EWG) Nr. 314/86 der Kommission vom 11. Februar 1986 mit Durchführungsbestimmungen für die Gewährung einer Lagerprämie für bestimmte Fischereierzeugnisse (ABl. Nr. L 39 vom 14. 2. 1986, S. 8), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 2201/89 (ABl. Nr. L 209 vom 21. 7. 1989, S. 30). Verordnung (EWG) Nr. 4176/88 der Kommission vom 28. Dezember 1988 mit Durchführungsbestimmungen für die Gewährung einer Pauschalbeihilfe für bestimmte Fischereierzeugnisse (ABl. Nr. L 367 vom 31. 12. 1988, S. 63). Verordnung (EWG) Nr. 2381/89 der Kommission vom 2. August 1989 mit Durchführungsbestimmungen für die Gewährung der Ausgleichsentschädigung für Thunfisch für die Konservenindustrie (ABl. Nr. L 225 vom 3. 8. 1989, S. 33). Verordnung (EWG) Nr. 2415/89 der Kommission vom 3. August 1989 mit Durchführungsvorschriften betreffend die Gewährung der Beihilfe für die private Lagerhaltung bestimmter Fischereierzeugnisse (ABl. Nr. L 228 vom 5. 8. 1989, S. 10).

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen und Fischerei)

KAPITEL B2-9 0 — EUROPÄISCHER FISCHEREI-GARANTIEFONDS *(Fortsetzung)*

KAPITEL B2-9 1 — ÜBERNAHME BESTIMMTER FINANZIELLER VERPFLICHTUNGEN IM ZUSAMMENHANG MIT ABKOMMEN ÜBER FANGRECHTE IN NICHT-GEMEINSCHAFTSGEWÄSSERN DURCH DIE GEMEINSCHAFT

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B2-9 0 1	*(Fortsetzung)*						
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt	29 000 000	29 000 000	27 000 000	27 000 000	23 596 834,52	23 596 834,52
	Getrennte Mittel insgesamt						
	KAPITEL B2-9 0 INSGESAMT	29 000 000	29 000 000	27 000 000	27 000 000	23 596 834,52	23 596 834,52
	KAPITEL B2-9 1						
B2-9 1 0	***Ausgaben im Zusammenhang mit internationalen Fischereiabkommen***						
	Getrennte Mittel	101 000 000 (1)	101 000 000 (1)	168 000 000 (2)	168 000 000 (2)	173 064 784,04	173 064 784,04

(1) Mittel in Höhe von 169 000 000 ECU sind in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.
(2) Mittel in Höhe von 62 000 000 ECU sind in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen und Fischerei)

KAPITEL B2-9 0 — EUROPÄISCHER FISCHEREI-GARANTIEFONDS *(Fortsetzung)*

KAPITEL B2-9 1 — ÜBERNAHME BESTIMMTER FINANZIELLER VERPFLICHTUNGEN IM ZUSAMMENHANG MIT ABKOMMEN ÜBER FANGRECHTE IN NICHT-GEMEINSCHAFTSGEWÄSSERN DURCH DIE GEMEINSCHAFT

Artikel Posten	Erläuterungen
B2-9 0 1	*(Fortsetzung)* Verordnung (EWG) Nr. 3687/91 des Rates vom 28. November 1991 über die gemeinsame Marktorganisation für Fischereierzeugnisse (ABl. Nr. L 354 vom 23. 12. 1991, S. 1).
B2-9 1 0	Verordnung (EWG) Nr. 2210/80 des Rates vom 27. Juni 1980 über den Abschluß des Abkommens zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Regierung von Schweden über bestimmte Maßnahmen zur Förderung der Lachsvermehrung in der Ostsee (ABl. Nr. L 226 vom 29. 8. 1980, S. 7). Verordnung (EWG) Nr. 2212/80 des Rates vom 27. Juni 1980 über den Abschluß des Abkommens zwischen der Regierung der Republik Senegal und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft über die Fischerei vor der senegalesischen Küste sowie des Protokolls und der darauf bezüglichen Briefwechsel (ABl. Nr. L 226 vom 29. 8. 1980, S. 16); das Abkommen wurde zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 420/91 (ABl. Nr. L 53 vom 27. 2. 1991, S. 1). Verordnung (EWG) Nr. 2213/80 des Rates vom 27. Juni 1980 über den Abschluß des Abkommens zwischen der Regierung der Republik Guinea-Bissau und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft über die Fischerei vor der Küste Guinea-Bissaus sowie zweier darauf bezüglicher Briefwechsel (ABl. Nr. L 226 vom 29. 8. 1980, S. 33); das Abkommen wurde zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1235/90 (ABl. Nr. L 125 vom 15. 5. 1990, S. 1). Beschluß 81/1053/EWG des Rates vom 29. Dezember 1981 über den Abschluß des Fischereiabkommens zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Regierung Kanadas (ABl. Nr. L 379 vom 31. 12. 1981, S. 53). Beschluß des Rates vom 25. Januar 1983 zur Ermächtigung der Kommission, Fischereiabkommen mit bestimmten Drittländern der Karibik, in deren Gewässern Fischer der Gemeinschaft seit langem gefischt haben, auszuhandeln. Verordnung (EWG) Nr. 971/83 des Rates vom 28. März 1983 über den Abschluß des Abkommens zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Regierung der Republik Guinea über die Fischerei vor der Küste Guineas (ABl. Nr. L 111 vom 27. 4. 1983, S. 1); das Abkommen wurde zuletzt geändert durch den Beschluß 90/227/EWG (ABl. Nr. L 125 vom 15. 5. 1990, S. 43). Beschluß 83/652/EWG des Rates vom 20. Dezember 1983 über den Abschluß des Abkommens in Form eines Briefwechsels zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Regierung Kanadas über ihre Fischereibeziehungen (ABl. Nr. L 371 vom 31. 12. 1983, S. 34). Verordnung (EWG) Nr. 477/84 des Rates vom 21. Februar 1984 über den Abschluß des Abkommens zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Regierung der Demokratischen Republik Sao Tomé und Principe über die Fischerei vor der Küste von Sao Tomé und Principe (ABl. Nr. L 54 vom 25. 2. 1984, S. 1); das Abkommen wurde zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1295/91 (ABl. Nr. L 123 vom 18. 5. 1991, S. 1). Verordnung (EWG) Nr. 1966/84 des Rates vom 28. Juni 1984 über den Abschluß des Abkommens zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Regierung der Republik Äquatorialguinea über die Fischerei vor der Küste von Äquatorialguinea (ABl. Nr. L 188 vom 16. 7. 1984, S. 1); das Abkommen wurde zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1236/90 (ABl. Nr. L 125 vom 15. 5. 1990, S. 17).

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen und Fischerei)

KAPITEL B2-9 1 — ÜBERNAHME BESTIMMTER FINANZIELLER VERPFLICHTUNGEN IM ZUSAMMENHANG MIT ABKOMMEN ÜBER FANGRECHTE IN NICHT-GEMEINSCHAFTSGEWÄSSERN DURCH DIE GEMEINSCHAFT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B2-9 1 0	*(Fortsetzung)*						

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen und Fischerei)

KAPITEL B2-91 — ÜBERNAHME BESTIMMTER FINANZIELLER VERPFLICHTUNGEN IM ZUSAMMENHANG MIT ABKOMMEN ÜBER FANGRECHTE IN NICHT-GEMEINSCHAFTSGEWÄSSERN DURCH DIE GEMEINSCHAFT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B2-910	*(Fortsetzung)*
	Verordnung (EWG) Nr. 223/85 des Rates vom 29. Januar 1985 über den Abschluß des Fischereiabkommens zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft einerseits und der Regierung Dänemarks und der örtlichen Regierung Grönlands andererseits (ABl. Nr. L 29 vom 1. 2. 1985, S. 8).
	Verordnung (EWG) Nr. 224/85 des Rates vom 29. Januar 1985 über den Abschluß des Protokolls zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft einerseits und der Regierung Dänemarks und der örtlichen Regierung Grönlands andererseits über die Bedingungen der Fischerei (ABl. Nr. L 29 vom 1. 2. 1985, S. 13); das Abkommen wurde zuletzt geändert durch den Beschluß 89/650/EWG (ABl. Nr. L 389 vom 30. 12. 1989, S. 80).
	Verordnung (EWG) Nr. 780/86 des Rates vom 24. Februar 1986 über den Abschluß des Abkommens zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Regierung der Demokratischen Republik Madagaskar über die Fischerei vor der Küste Madagaskars (ABl. Nr. L 73 vom 18. 3. 1986, S. 25); das Abkommen wurde zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 3465/89 (ABl. Nr. L 341 vom 23. 11. 1989, S. 1).
	Beschluß des Rates vom 24. Juli 1986 zur Ermächtigung der Kommission zur Aushandlung von Fischereiabkommen mit Kenia, Somalia und Tansania.
	Verordnung (EWG) Nr. 1580/87 des Rates vom 2. Juni 1987 über den Abschluß des Abkommens zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Regierung der Republik Gambia über die Fischerei vor der Küste Gambias und zur Festlegung der Anwendungsvorschriften (ABl. Nr. L 146 vom 6. 6. 1987, S. 1); das Abkommen wurde zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 3940/90 (ABl. Nr. L 379 vom 31. 12. 1990, S. 15).
	Verordnung (EWG) Nr. 1708/87 des Rates vom 15. Juni 1987 über den Abschluß des Abkommens zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Republik Seschellen über die Fischerei vor der Küste der Seschellen (ABl. Nr. L 160 vom 20. 6. 1987, S. 1); das Abkommen wurde zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 3193/90 (ABl. Nr. L 306 vom 6. 11. 1990, S. 1).
	Verordnung (EWG) Nr. 2143/87 des Rates vom 13. Juli 1987 über den Abschluß des Abkommens zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Regierung der Volksrepublik Mosambik über die Fischereibeziehungen (ABl. Nr. L 201 vom 22. 7. 1987, S. 1); das Abkommen wurde zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1454/90 (ABl. Nr. L 140 vom 1. 6. 1990, S. 1).
	Beschluß des Rates vom 24. November 1987 zur Ermächtigung der Kommission zur Aushandlung von Fischereiabkommen mit Dschibuti.
	Verordnung (EWG) Nr. 3620/87 des Rates vom 30. November 1987 über den Abschluß des Abkommens zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Regierung der Volksrepublik Angola über die Fischerei vor der Küste Angolas (ABl. Nr. L 341 vom 3. 12. 1987, S. 1); das Abkommen wurde zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 3942/90 (ABl. Nr. L 379 vom 31. 12. 1990, S. 33).
	Beschluß des Rates vom 30. November 1987 zur Ermächtigung der Kommission zur Aushandlung von Fischereiabkommen mit Gabun, Ghana und Liberia.
	Verordnung (EWG) Nr. 4143/87 des Rates vom 14. Dezember 1987 über den Abschluß des Abkommens zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Islamischen Republik Mauretanien über die Fischerei vor der Küste Mauretaniens und zur Festlegung seiner Anwendungsvorschriften (ABl. Nr. L 388 vom 31. 12. 1987, S. 1); das Abkommen wurde zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1177/91 (ABl. Nr. L 117 vom 10. 5. 1991, S. 1).
	Verordnung (EWG) Nr. 1494/88 des Rates vom 3. Mai 1988 über den Abschluß des Abkommens zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Islamischen Bundesrepublik Komoren über die Fischerei vor der Küste der Komoren (ABl. Nr. L 137 vom 2. 6. 1988, S. 18).
	Verordnung (EWG) Nr. 2054/88 des Rates vom 23. Juni 1988 über den Abschluß des Abkommens über die Fischereibeziehungen zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Königreich Marokko und zur Festlegung von Durchführungsbestimmungen zu diesem Abkommen (ABl. Nr. L 181 vom 12. 7. 1988, S. 1); das Abkommen wurde zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 721/91 (ABl. Nr. L 78 vom 26. 3. 1991, S. 10).
	Beschluß des Rates vom 26. September 1988 zur Ermächtigung der Kommission zur Aushandlung von Fischereiabkommen mit Sri Lanka, den Malediven und Nigeria.
	Beschluß des Rates vom 13. April 1989 zur Ermächtigung der Kommission zur Aushandlung eines Fischereiabkommens mit Malta.
	Verordnung (EWG) Nr. 1616/89 des Rates vom 5. Juni 1989 über den Abschluß des Abkommens zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Regierung von Mauritius über die Fischerei vor der Küste von Mauritius (ABl. Nr. L 159 vom 10. 6. 1989, S. 1).
	Beschluß des Rates vom 23. April 1990 zur Ermächtigung der Kommission zur Aushandlung eines Fischereiabkommens mit Namibia.
	Verordnung (EWG) Nr. 1237/90 des Rates vom 25. April 1990 über den Abschluß des Abkommens zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Republik Sierra Leone über die Fischerei vor der Küste Sierra Leones (ABl. Nr. L 125 vom 15. 5. 1990, S. 27).

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen und Fischerei)

KAPITEL B2-9 1 — ÜBERNAHME BESTIMMTER FINANZIELLER VERPFLICHTUNGEN IM ZUSAMMENHANG MIT ABKOMMEN ÜBER FANGRECHTE IN NICHT-GEMEINSCHAFTSGEWÄSSERN DURCH DIE GEMEINSCHAFT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B2-9 1 0	*(Fortsetzung)*						

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen und Fischerei)

KAPITEL B2-9 1 — ÜBERNAHME BESTIMMTER FINANZIELLER VERPFLICHTUNGEN IM ZUSAMMENHANG MIT ABKOMMEN ÜBER FANGRECHTE IN NICHT-GEMEINSCHAFTSGEWÄSSERN DURCH DIE GEMEINSCHAFT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B2-9 1 0	*(Fortsetzung)* Verordnung (EWG) Nr. 2321/90 des Rates vom 24. Juli 1990 über den Abschluß des Abkommens zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Republik Kap Verde über die Fischerei vor der Küste der Kap-Verde-Inseln (ABl. Nr. L 212 vom 9. 8. 1990, S. 1). Entscheidung des Rates vom 29. Oktober 1990 zur Aushandlung von Fischereiabkommen mit Argentinien, Chile, Kolumbien, Mexiko, Peru und Uruguay. Verordnung (EWG) Nr. 3939/90 des Rates vom 19. Dezember 1990 über den Abschluß des Abkommens zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Republik Côte d'Ivoire über die Fischerei vor der Küste von Côte d'Ivoire (ABl. Nr. L 379 vom 31. 12. 1990, S. 1). Verordnung (EWG) Nr. 3941/90 des Rates vom 19. Dezember 1990 über den Abschluß des Abkommens zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Vereinigten Republik Tansania über die Fischerei vor der Küste Tansanias (ABl. Nr. L 379 vom 31. 12. 1990, S. 24). Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Ausgaben infolge der Fischereiabkommen, die die Gemeinschaft mit einigen Ländern (insbesondere Guinea-Bissau, Senegal, Äquatorialguinea, Guinea, São Tomé und Príncipe, Marokko, Mauretanien, den Kap-Verde-Inseln, den Seschellen, Madagaskar, Angola, Mosambik, Gambia, Dominica, Somalia, Kenia, Tansania, Komoren, Gabun, Sierra Leone, Mauritius, Sri Lanka, den Malediven, der Elfenbeinküste, Liberia, Namibia, Kanada, Grönland, Dschibuti, Ghana, Nigeria, Malta, Argentinien, Chile, Kolumbien, Mexiko, Peru und Uruguay) ausgehandelt hat bzw. auszuhandeln beabsichtigt, sowie der damit verbundenen Verwaltungs- und Dienstreisekosten. Sie decken ebenfalls die Ausgaben infolge: — des jährlichen Beitrags zu dem Programm für die Aufzucht junger Lachse, das von Schweden in der Ostsee durchgeführt wird, — des Beitrags der Gemeinschaft zum Haushalt der internationalen Organisationen sowie der Erstattung der besonderen Ausgaben des Internationalen Rates für Meeresforschung.

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen und Fischerei)

KAPITEL B2-9 1 — ÜBERNAHME BESTIMMTER FINANZIELLER VERPFLICHTUNGEN IM ZUSAMMENHANG MIT ABKOMMEN ÜBER FANGRECHTE IN NICHT-GEMEINSCHAFTSGEWÄSSERN DURCH DIE GEMEINSCHAFT *(Fortsetzung)*

KAPITEL B2-9 2 — INSPEKTIONS- UND ÜBERWACHUNGSMASSNAHMEN AUF SEE, KONTROLLEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B2-9 1 0	*(Fortsetzung)*						
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt			168 000 000	168 000 000	173 064 784,04	173 064 784,04
	Getrennte Mittel insgesamt	101 000 000	101 000 000				
	KAPITEL B2-9 1 INSGESAMT	101 000 000	101 000 000	168 000 000	168 000 000	173 064 784,04	173 064 784,04
	KAPITEL B2-9 2						
B2-9 2 0	***Kontrolle und Koordinierung der Überwachungsmaßnahmen der Mitgliedstaaten*** Nichtgetrennte Mittel	700 000	700 000	700 000	700 000	489 930,—	489 930,—

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen und Fischerei)

KAPITEL B2-9 1 — ÜBERNAHME BESTIMMTER FINANZIELLER VERPFLICHTUNGEN IM ZUSAMMENHANG MIT ABKOMMEN ÜBER FANGRECHTE IN NICHT-GEMEINSCHAFTSGEWÄSSERN DURCH DIE GEMEINSCHAFT *(Fortsetzung)*

KAPITEL B2-9 2 — INSPEKTIONS- UND ÜBERWACHUNGSMASSNAHMEN AUF SEE, KONTROLLEN

Artikel Posten	Erläuterungen

B2-9 1 0 *(Fortsetzung)*

Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 101 000 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind						
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991						
Mittel 1992	270 000 000 (1)		270 000 000			
Insgesamt	270 000 000		270 000 000 (1)			

(1) Davon sind 169 000 000 ECU in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

B2-9 2 0 Verordnung (EWG) Nr. 2241/87 des Rates vom 23. Juli 1987 zur Festlegung bestimmter Maßnahmen zur Kontrolle der Fischereitätigkeit (ABl. Nr. L 207 vom 29. 7. 1987, S. 1), geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 3483/88 (ABl. Nr. L 306 vom 11. 11. 1988, S. 2).

Durch diese Maßnahme soll der schrittweise Ausbau eines Systems zur Kontrolle der Fischereitätigkeit durch die Mitgliedstaaten und die Kommission, insbesondere mittels ihrer jeweiligen Inspektoren, gefördert werden.

Diese Mittel decken die Verwaltungskosten einschließlich der Dienstreisen.

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen und Fischerei)

KAPITEL B2-9 2 — INSPEKTIONS- UND ÜBERWACHUNGSMASSNAHMEN AUF SEE, KONTROLLEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B2-9 2 1	***Finanzielle Beteiligung an den Kontroll- und Überwachungsmaßnahmen in den Meeresgewässern bestimmter Mitgliedstaaten***						
	Getrennte Mittel	22 000 000	15 000 000	22 000 000	11 500 000	14 830 191,—	1 619 566,10
B2-9 2 2	***Kontrolle und Überwachung in den internationalen Meeresgewässern***						
	Nichtgetrennte Mittel	1 000 000	1 000 000	600 000	600 000	500 000,—	500 000,—
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt	1 700 000	1 700 000	1 300 000	1 300 000	989 930,—	989 930,—
	Getrennte Mittel insgesamt	22 000 000	15 000 000	22 000 000	11 500 000	14 830 191,—	1 619 566,10
	KAPITEL B2-9 2 INSGESAMT	23 700 000	16 700 000	23 300 000	12 800 000	15 820 121,—	2 609 496,10

KOMMISSION
Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen und Fischerei)

KAPITEL B2-9 2 — INSPEKTIONS- UND ÜBERWACHUNGSMASSNAHMEN AUF SEE, KONTROLLEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen

B2-9 2 1

Akte vom 12. Juni 1985 über die Bedingungen des Beitritts des Königreichs Spanien und der Portugiesischen Republik und die Anpassungen der Verträge (ABl. Nr. L 302 vom 15. 11. 1985, S. 23) und insbesondere die Erklärung der Gemeinschaft betreffend die Gemeinschaftsbeihilfe zur Überwachung und Kontrolle der Gewässer.

Entscheidung 87/278/EWG des Rates vom 18. Mai 1987 über die finanzielle Beteiligung der Gemeinschaft an der Entwicklung der Mittel zur Überwachung und Kontrolle der Anwendung der Gemeinschaftsregelung zur Erhaltung der Fischereiressourcen (ABl. Nr. L 135 vom 23. 5. 1987, S. 31), geändert durch die Entscheidung 89/648/EWG (ABl. Nr. L 380 vom 29. 12. 1989, S. 67).

Entscheidung 87/279/EWG des Rates vom 18. Mai 1987 über die finanzielle Beteiligung der Gemeinschaft an den Mitteln zur Überwachung und Kontrolle der Fischereitätigkeit in den Gewässern unter portugiesischer Hoheitsgewalt oder Gerichtsbarkeit (ABl. Nr. L 135 vom 23. 5. 1987, S. 33).

Entscheidung 89/631/EWG des Rates vom 27. November 1989 über eine finanzielle Beteiligung der Gemeinschaft an den Ausgaben der Mitgliedstaaten zur Gewährleistung der Einhaltung der gemeinschaftlichen Regelung für die Erhaltung und Bewirtschaftung der Fischereiressourcen (ABl. Nr. L 364 vom 14. 12. 1989, S. 64).

Diese Maßnahme bezweckt die Behebung der Mängel der den Mitgliedstaaten zur Verfügung stehenden Kontrollmittel, indem die Beschaffung und Entwicklung von modernen Einrichtungen zur Überwachung sowie zur Übermittlung und Registrierung von Angaben gefördert werden.

Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 22 000 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind	24 148 000	7 500 000	7 648 000	9 000 000		
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	22 000 000	4 000 000	5 352 000	12 648 000		
Mittel 1992	22 000 000		2 000 000	10 000 000	10 000 000	
Insgesamt	68 148 000	11 500 000	15 000 000	31 648 000	10 000 000	

B2-9 2 2

Verordnung (EWG) Nr. 1956/88 des Rates vom 9. Juni 1988 zur Durchführung der Regelung gemeinsamer internationaler Inspektion der Organisation für die Fischerei im Nordwestatlantik (ABl. Nr. L 175 vom 6. 7. 1988, S. 1).

Verordnung (EWG) Nr. 3943/90 des Rates vom 19. Dezember 1990 zur Durchführung des Beobachtungs- und Inspektionssystems gemäß Artikel XXIV des Übereinkommens über die Erhaltung der lebenden Meeresschätze der Antarktis (ABl. Nr. L 379 vom 31. 12. 1990, S. 45).

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der gemeinschaftlichen Kontrollen in den internationalen Meeresgewässern.

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen und Fischerei)

KAPITEL B2-9 3 — EUROPÄISCHER AUSRICHTUNGSFONDS FÜR DIE FISCHEREI

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
	KAPITEL B2-9 3						
B2-9 3 0	***Strukturmaßnahmen im Sektor Fischerei und Meeresressourcen***						
B2-9 3 0 0	Neurorientierung der Fischereitätigkeit						
	Getrennte Mittel	32 000 000	16 000 000	20 000 000	15 000 000	4 957 520,52	1 936 489,98
B2-9 3 0 1	Anpassung und Modernisierung						
	Getrennte Mittel	224 000 000	111 000 000	182 273 000	94 373 000	173 505 074,69	78 889 291,27
	(Unterstützungsausgaben)	*(1 000 000)*	*(1 000 000)*	*(627 000)*	*(627 000)*	*(2 111 000,—)*	*(2 111 000,—)*

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen und Fischerei)

KAPITEL B2-9 3 — EUROPÄISCHER AUSRICHTUNGSFONDS FÜR DIE FISCHEREI

Artikel Posten	Erläuterungen
B2-9 3 0	
B2-9 3 0 0	Verordnung (EWG) Nr. 4028/86 des Rates vom 18. Dezember 1986 über Gemeinschaftsmaßnahmen zur Verbesserung und Anpassung der Strukturen im Bereich der Fischerei und der Aquakultur (ABl. Nr. L 376 vom 31. 12. 1986, S. 7), geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 3944/90 (ABl. Nr. L 380 vom 31. 12. 1990, S. 1). Unter diesem Posten sollen die Mittel für die Gemeinschaftsbeihilfen für die Versuchsfischereikampagnen, die zeitlich begrenzten Unternehmensvereinigungen, die gemischten Gesellschaften und die Verlagerung der Fangtätigkeit ausgewiesen werden. Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 32 000 000 ECU. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind	13 740 000	13 740 000				
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	20 000 000	1 260 000	14 350 000	4 390 000		
Mittel 1992	32 000 000		1 650 000	25 000 000	5 350 000	
Insgesamt	65 740 000	15 000 000	16 000 000	29 390 000	5 350 000	

B2-9 3 0 1	Unter Berücksichtigung der in Artikel B8-2 9 3 eingesetzten Mittel beläuft sich der Gesamtbetrag für diese Maßnahmen auf 225 000 000 ECU an Verpflichtungsermächtigungen und 112 000 000 ECU an Zahlungsermächtigungen (1991: 182 900 000 ECU an Verpflichtungsermächtigungen und 95 000 000 ECU an Zahlungsermächtigungen). Verordnung (EWG) Nr. 4028/86 des Rates vom 18. Dezember 1986 über Gemeinschaftsmaßnahmen zur Verbesserung und Anpassung der Strukturen im Bereich der Fischerei und der Aquakultur (ABl. Nr. L 376 vom 31. 12. 1986, S. 7), geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 3944/90 (ABl. Nr. L 380 vom 31. 12. 1990, S. 1). Verordnung (EWG) Nr. 163/89 der Kommission vom 24. Januar 1989 über die Kartei für Fischereifahrzeuge der Gemeinschaft (ABl. Nr. L 20 vom 25. 1. 1989, S. 5). Unter diesem Posten sollen die Mittel für die vorgesehenen Maßnahmen zur Anpassung und Modernisierung der Fischereistrukturen veranschlagt werden, die Beihilfen für — die Umstrukturierung und Erneuerung der Fischereiflotte, — die Modernisierung der Fischereiflotte, — Anpassung der Kapazitäten, — die Entwicklung der Aquakultur und die Umgestaltung der Küstenstreifen, — die Ausrüstung der Fischereihäfen, — die Erschließung der Märkte, — spezifische Maßnahmen umfassen.

KOMMISSION
Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen und Fischerei)

KAPITEL B2-9 3 — EUROPÄISCHER AUSRICHTUNGSFONDS FÜR DIE FISCHEREI *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B2-9 3 0	*(Fortsetzung)*						
B2-9 3 0 1	*(Fortsetzung)*						
B2-9 3 0 2	Umstrukturierung der Kleinfischereiindustrie Getrennte Mittel	8 000 000	3 200 000	5 000 000	5 000 000		
B2-9 3 0 3	Sondermaßnahmen für den Mittelmeerraum Getrennte Mittel	5 000 000	2 100 000	5 000 000	5 000 000		

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen und Fischerei)

KAPITEL B2-9 3 — EUROPÄISCHER AUSRICHTUNGSFONDS FÜR DIE FISCHEREI *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B2-9 3 0	*(Fortsetzung)*
B2-9 3 0 1	*(Fortsetzung)* Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 224 000 000 ECU. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind	355 372 000	80 000 000	60 000 000	120 000 000	95 372 000	
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	182 273 000	14 373 000	26 000 000	53 500 000	60 000 000	27 400 000
Mittel 1992	224 000 000		25 000 000	55 000 000	68 000 000	76 000 000
Insgesamt	761 645 000	94 373 000	111 000 000	228 500 000	223 372 000	103 400 000

B2-9 3 0 2	Verordnung (EWG) Nr. 4028/86 des Rates vom 18. Dezember 1986 über Gemeinschaftsmaßnahmen zur Verbesserung und Anpassung der Strukturen im Bereich der Fischerei und der Aquakultur (ABl. Nr. L 376 vom 31. 12. 1986, S. 7), geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 3944/90 (ABl. Nr. L 380 vom 31. 12. 1990, S. 1). Diese Mittel dienen zur Deckung einer Beihilfe zur Verbesserung der Struktur der Küstenflotte der Gemeinschaft, insbesondere zur Modernisierung der kleinen Fischereieinheiten. Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 8 000 000 ECU. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind						
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	5 000 000	5 000 000				
Mittel 1992	8 000 000		3 200 000	3 000 000	1 800 000	
Insgesamt	13 000 000	5 000 000	3 200 000	3 000 000	1 800 000	

B2-9 3 0 3	Verordnung (EWG) Nr. 3499/91 des Rates vom 28. November 1991 für Studien und Pilotprojekte über einen Gemeinschaftsrahmen zur Erhaltung und Bewirtschaftung der Fischereiressourcen im Mittelmeer (ABl. Nr. L 331 vom 3. 12. 1991, S. 1). Diese Mittel sind dazu bestimmt, die Einführung einer gemeinschaftlichen Regelung für die Erhaltung und Bewirtschaftung der Fischereiressourcen im Mittelmeer zu decken.

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen und Fischerei)

KAPITEL B2-9 3 — EUROPÄISCHER AUSRICHTUNGSFONDS FÜR DIE FISCHEREI *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B2-9 3 0	*(Fortsetzung)*						
B2-9 3 0 3	*(Fortsetzung)*						
	Artikel B2-9 3 0 insgesamt	269 000 000 *(1 000 000)*	132 300 000 *(1 000 000)*	212 273 000 *(627 000)*	119 373 000 *(627 000)*	178 462 595,21 *(2 111 000,—)*	80 825 781,25 *(2 111 000,—)*
B2-9 3 1	***Maßnahmen zur Modernisierung und Umstrukturierung*** Getrennte Mittel	—	15 000 000	—	15 000 000	0,—	12 979 311,27

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen und Fischerei)

KAPITEL B2-9 3 — EUROPÄISCHER AUSRICHTUNGSFONDS FÜR DIE FISCHEREI *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B2-9 3 0	*(Fortsetzung)*
B2-9 3 0 3	*(Fortsetzung)* Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 5 000 000 ECU. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind						
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	5 000 000	5 000 000				
Mittel 1992	5 000 000		2 100 000	2 100 000	800 000	
Insgesamt	10 000 000	5 000 000	2 100 000	2 100 000	800 000	

B2-9 3 1	Verordnung (EWG) Nr. 2908/83 des Rates vom 4. Oktober 1983 über eine gemeinsame Maßnahme zur Umstrukturierung, Modernisierung und Entwicklung der Fischwirtschaft und zur Entwicklung der Aquakultur (ABl. Nr. L 290 vom 22. 10. 1983, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 3733/85 (ABl. Nr. L 361 vom 31. 12. 1985, S. 78). Verordnung (EWG) Nr. 378/84 der Kommission vom 13. Februar 1984 mit Durchführungsbestimmungen zu den Entscheidungen über Zuschüsse für Vorhaben zur Umstrukturierung, Modernisierung und Entwicklung der Fischerei und zur Entwicklung der Aquakultur (ABl. Nr. L 46 vom 16. 2. 1984, S. 11). Diese Mittel dienen dazu, Investitionsvorhaben zur Erneuerung und Modernisierung der Fischereiflotten, zur Fisch-, Krebstier- und Weichtieraufzucht sowie zum Bau von Zuchtanlagen über den Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft, Abteilung Ausrichtung, zu finanzieren. Diese Aktion ist am 31. Dezember 1986 abgelaufen.

KOMMISSION
Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen und Fischerei)

KAPITEL B2-9 3 — EUROPÄISCHER AUSRICHTUNGSFONDS FÜR DIE FISCHEREI *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B2-9 3 1	*(Fortsetzung)*						
B2-9 3 2	***Umstrukturierung der Sardinenverarbeitungsindustrie*** Getrennte Mittel	—	2 000 000	—	2 000 000	0,—	1 295 958,17
B2-9 3 3	***Erzeugergemeinschaften im Fischereisektor*** Getrennte Mittel	600 000	600 000	500 000	500 000	390 129,34	390 129,34

KOMMISSION
Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen und Fischerei)

KAPITEL B2-9 3 — EUROPÄISCHER AUSRICHTUNGSFONDS FÜR DIE FISCHEREI *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen

B2-9 3 1 *(Fortsetzung)*

Für 1992 bewilligte Verpflichtungsermächtigungen: —.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind	31 522 000	15 000 000	15 000 000	1 522 000		
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	—	—				
Mittel 1992	—		—			
Insgesamt	31 522 000	15 000 000	15 000 000	1 522 000		

B2-9 3 2 Verordnung (EWG) Nr. 3722/85 des Rates vom 20. Dezember 1985 über Strukturbeihilfen für die Umstellung von Sardinenkonservenfabriken (ABl. Nr. L 361 vom 31. 12. 1985, S. 38).

Diese Mittel dienen zur Finanzierung einer Pauschalbeihilfe für die Umstellung der Sardinenverarbeitungsindustrie der ursprünglichen Zehnergemeinschaft aufgrund des Beitritts Spaniens und Portugals.

Für 1992 bewilligte Verpflichtungsermächtigungen: —.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind	4 262 000	2 000 000	2 000 000	262 000		
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	—	—				
Mittel 1992	—		—			
Insgesamt	4 262 000	2 000 000	2 000 000	262 000		

B2-9 3 3 Verordnung (EWG) Nr. 3140/82 des Rates vom 22. November 1982 über die Gewährung und die Finanzierung der den Erzeugerorganisationen der Fischwirtschaft von den Mitgliedstaaten gewährten Beihilfen (ABl. Nr. L 331 vom 26. 11. 1982, S. 7).

Verordnung (EWG) Nr. 671/84 der Kommission vom 15. März 1984 über die Anträge auf Finanzierung der den Erzeugerorganisationen der Fischwirtschaft von den Mitgliedstaaten gewährten Beihilfen (ABl. Nr. L 73 vom 16. 3. 1984, S. 28).

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen und Fischerei)

KAPITEL B2-9 3 — EUROPÄISCHER AUSRICHTUNGSFONDS FÜR DIE FISCHEREI *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B2-9 3 3	*(Fortsetzung)*						
B2-9 3 4	***Biologische Studien im Sektor Fischerei*** Nichtgetrennte Mittel	1 100 000	1 100 000	1 100 000	1 100 000	1 077 820,—	1 077 820,—
B2-9 3 5	***Spezifische Vorhaben zum Schutz der Meeresbiologie*** Getrennte Mittel	500 000	500 000	p.m.	p.m.		

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen und Fischerei)

KAPITEL B2-9 3 — EUROPÄISCHER AUSRICHTUNGSFONDS FÜR DIE FISCHEREI *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen

B2-9 3 3 *(Fortsetzung)*

Verordnung (EWG) Nr. 3687/91 des Rates vom 28. November 1991 über die gemeinsame Marktorganisation für Fischereierzeugnisse (ABl. Nr. L 354 vom 23. 12. 1991, S. 1).

Einführung einer Regelung, mit der die Gründung von Erzeugergemeinschaften im Fischereisektor durch Startbeihilfen gefördert werden soll.

Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 600 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind	374 000	374 000				
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	500 000	126 000	374 000			
Mittel 1992	600 000		226 000	374 000		
Insgesamt	1 474 000	500 000	600 000	374 000		

B2-9 3 4 Verordnung (EWG) Nr. 170/83 des Rates vom 25. Januar 1983 zur Einführung einer gemeinschaftlichen Regelung für die Erhaltung und Bewirtschaftung der Fischereiressourcen (ABl. Nr. L 24 vom 27. 1. 1983, S. 1).

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Ausgaben für besondere Untersuchungen zur biologischen Analyse und Bewertung, mit denen externe Sachverständige oder Einrichtungen zu betrauen sind, sowie der Ausgaben für ihre Veröffentlichung und Verbreitung.

B2-9 3 5 Es werden Mittel für spezifische Vorhaben zum Schutz der Meeresbiologie zur Verfügung gestellt; bestimmte Gebiete werden so geschützt, daß die Fischerei entweder ganz untersagt bzw. nur in sehr begrenztem Umfang zulässig ist. Ein erstes Vorhaben dieser Art wird für die Nordsee vorgelegt werden. Die Kommission wird die notwendigen Schritte zur Durchführung eines solchen Vorhabens einschließlich der dazugehörigen Studien und Bewertungen unternehmen.

KOMMISSION

Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen und Fischerei)

KAPITEL B2-9 3 — EUROPÄISCHER AUSRICHTUNGSFONDS FÜR DIE FISCHEREI *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B2-9 3 5	*(Fortsetzung)*						
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt	1 100 000	1 100 000	1 100 000	1 100 000	1 077 820,—	1 077 820,—
	Getrennte Mittel insgesamt	270 100 000	150 400 000	212 773 000	136 873 000	178 852 724,55	95 491 180,03
	KAPITEL B2-9 3 INSGESAMT	271 200 000 *(1 000 000)*	151 500 000 *(1 000 000)*	213 873 000 *(627 000)*	137 973 000 *(627 000)*	179 930 544,55 *(2 111 000,—)*	96 569 000,03 *(2 111 000,—)*
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt	31 800 000	31 800 000	197 400 000	197 400 000	198 729 368,56	198 729 368,56
	Getrennte Mittel insgesamt	393 100 000	266 400 000	234 773 000	148 373 000	193 682 915,55	97 110 746,13
	Titel B2-9 insgesamt	**424 900 000** *(1 000 000)*	**298 200 000** *(1 000 000)*	**432 173 000** *(627 000)*	**345 773 000** *(627 000)*	**392 412 284,11** *(2 111 000,—)*	**295 840 114,69** *(2 111 000,—)*
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt	460 842 000	460 842 000	639 723 000	639 723 000	361 575 664,55	361 575 664,55
	Getrennte Mittel insgesamt	18 837 654 000	16 964 680 000	15 280 352 000	13 550 652 000	11 335 114 060,64	10 018 882 515,92
	Teileinzelplan B2 insgesamt	**19 298 496 000** *(18 267 000)*	**17 425 522 000** *(18 267 000)*	**15 920 075 000** *(21 275 000)*	**14 190 375 000** *(21 275 000)*	**11 696 689 725,19** *(9 091 000,—)*	**10 380 458 180,47** *(9 091 000,—)*

KOMMISSION
Teileinzelplan B2
(Strukturmaßnahmen und Fischerei)

KAPITEL B2-9 3 — EUROPÄISCHER AUSRICHTUNGSFONDS FÜR DIE FISCHEREI *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B2-9 3 5	*(Fortsetzung)* Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 500 000 ECU. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind						
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	p.m.	p.m.				
Mittel 1992	500 000		500 000			
Insgesamt	500 000	p.m.	500 000			

KOMMISSION
Teil B

TEILEINZELPLAN B3

ALLGEMEINE UND BERUFLICHE BILDUNG, JUGENDPOLITIK, KULTUR, INFORMATION UND SONSTIGE SOZIALMASSNAHMEN

KOMMISSION
Teileinzelplan B3
(Sozialmaßnahmen)

Zusammenfassung der Haushaltsmittel (1992 und 1991) und der Ausgaben (1990)

Titel Kapitel	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B3-1	**ALLGEMEINE UND BERUFLICHE BILDUNG UND JUGENDPOLITIK**						
B3-1 0	ALLGEMEINE UND BERUFLICHE BILDUNG UND JUGENDPOLITIK	267 891 000	266 891 000	206 906 000	204 706 000	153 268 404,86	145 903 304,19
	Titel B3-1 insgesamt	**267 891 000**	**266 891 000**	**206 906 000**	**204 706 000**	**153 268 404,86**	**145 903 304,19**
B3-2	**KULTUR**						
B3-2 0	KULTUR	12 382 000	12 382 000	9 352 000	9 352 000	8 794 168,13	8 794 168,13
	Titel B3-2 insgesamt	**12 382 000**	**12 382 000**	**9 352 000**	**9 352 000**	**8 794 168,13**	**8 794 168,13**
B3-3	**INFORMATION UND KOMMUNIKATION**						
B3-3 0	INFORMATION UND KOMMUNIKATION	82 355 000	66 093 000	56 884 000	43 884 000	31 958 867,70	29 905 225,84
	Titel B3-3 insgesamt	**82 355 000**	**66 093 000**	**56 884 000**	**43 884 000**	**31 958 867,70**	**29 905 225,84**
B3-4	**SONSTIGE SOZIALMASSNAHMEN**						
B3-4 0	SOZIALER DIALOG UND BESCHÄFTIGUNG	53 063 000	53 063 000	29 196 000	29 196 000	17 476 612,60	17 476 612,60
B3-4 1	SOZIALER SCHUTZ UND FREIZÜGIGKEIT	40 991 000	59 726 000	32 972 000	37 370 000	31 545 901,60	34 312 155,63
B3-4 2	EUROPÄISCHE STIFTUNG ZUR VERBESSERUNG DER LEBENS- UND ARBEITSBEDINGUNGEN	10 585 000	10 585 000	8 770 000	8 770 000	6 800 000,—	6 800 000,—
B3-4 3	GESUNDHEIT	29 073 000	31 573 000	17 156 000	15 156 000	13 780 248,70	10 182 182,23
B3-4 4	DROGENBEKÄMPFUNG	5 973 000	5 973 000	5 418 000	5 418 000	3 338 815,25	3 338 815,25
	Titel B3-4 insgesamt	**139 685 000**	**160 920 000**	**93 512 000**	**95 910 000**	**72 941 578,15**	**72 109 765,71**
	Teileinzelplan B3 insgesamt	**502 313 000**	**506 286 000**	**366 654 000**	**353 852 000**	**266 963 018,84**	**256 712 463,87**

KOMMISSION
Teileinzelplan B3
(Sozialmaßnahmen)

TITEL B3-1

ALLGEMEINE UND BERUFLICHE BILDUNG UND JUGENDPOLITIK

KAPITEL B3-1 0 — ALLGEMEINE UND BERUFLICHE BILDUNG UND JUGENDPOLITIK

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
	KAPITEL B3-1 0						
B3-1 0 0	***Aktionen in den Bereichen Bildung und Jugendpolitik***						
B3-1 0 0 0	Allgemeine Aktionen in den Bereichen Bildung und Jugendpolitik						
	Nichtgetrennte Mittel	8 585 000	8 585 000	8 585 000 (1)	8 585 000 (1)	8 502 806,11	8 502 806,11
	(Unterstützungsausgaben)	*(400 000)*	*(400 000)*	*(505 000)*	*(505 000)*	*(392 000,—)*	*(392 000,—)*
B3-1 0 0 1	Europäische Dimension in den Schulen						
	Nichtgetrennte Mittel	1 050 000	1 050 000	800 000	800 000	799 961,—	799 961,—

(1) Durch die Mittelübertragung Nr. 1/1991 wurden diese Mittel um 500 000 ECU (aus Kapitel B0-4 0) aufgestockt.

KOMMISSION
Teileinzelplan B3
(Sozialmaßnahmen)

TITEL B3-1

ALLGEMEINE UND BERUFLICHE BILDUNG UND JUGENDPOLITIK

KAPITEL B3-1 0 — ALLGEMEINE UND BERUFLICHE BILDUNG UND JUGENDPOLITIK

Artikel Posten	Erläuterungen
B3-1 0 0	
B3-1 0 0 0	Unter Berücksichtigung der in Artikel B8-3 1 0 eingesetzten Mittel beläuft sich der Gesamtbetrag für diese Maßnahmen auf 8 985 000 ECU (1991: 9 090 000 ECU). Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, insbesondere Artikel 49 und 128. Entschließung des Rates und der im Rat vereinigten Minister für Bildungswesen vom 9. Februar 1976 über ein Aktionsprogramm im Bildungsbereich (ABl. Nr. C 38 vom 19. 2. 1976, S. 1). Entschließung des Rates und der im Rat vereinigten Minister für Bildungswesen vom 19. September 1983 über Maßnahmen zur Einführung neuer Informationstechnologien im Bildungswesen (ABl. Nr. C 256 vom 24. 9. 1983, S. 1). Entschließung des Rates und der im Rat vereinigten Minister für Bildungswesen vom 3. Juni 1985 über ein Aktionsprogramm zur Förderung der Chancengleichheit für Mädchen und Jungen im Bildungswesen (ABl. Nr. C 166 vom 5. 7. 1985, S. 1). Beschluß 88/231/EWG des Rates vom 18. April 1988 über ein zweites Aktionsprogramm der Gemeinschaft zugunsten der Behinderten (HELIOS) (ABl. Nr. L 104 vom 23. 4. 1988, S. 38). Entschließung des Rates und der im Rat vereinigten Minister für das Bildungswesen vom 24. Mai 1988 zur europäischen Dimension im Bildungswesen (ABl. Nr. C 177 vom 6. 7. 1988, S. 5). Entschließung des Rates und der im Rat vereinigten Minister für das Bildungswesen vom 24. Mai 1988 über die Umweltbildung (ABl. Nr. C 177 vom 6. 7. 1988, S. 8). Schlußfolgerungen des Rates und der im Rat vereinigten Minister für das Bildungswesen vom 31. Mai 1990 betreffend eine stärkere Berücksichtigung des Themas „Chancengleichheit für Mädchen und Jungen im Bildungswesen" bei der Grundausbildung und Weiterbildung der Lehrer (ABl. Nr. C 162 vom 3. 7. 1990, S. 6). Entschließung des Rates und der im Rat vereinigten Minister für Bildungswesen vom 6. Dezember 1990 über das Bildungsinformationsnetz EURYDICE in der Europäischen Gemeinschaft (ABl. Nr. C 329 vom 31. 12. 1990, S. 23). Entschließung des Rates und der im Rat vereinigten Minister vom 26. Juni 1991 über vorrangige Maßnahmen für die Jugend (ABl. Nr. C 208 vom 9. 8. 1991, S. 1). Entschließung des Rates und der im Rat vereinigten Minister für das Bildungswesen vom 25. November 1991 über die Forschung und die Statistiken im Bildungsbereich in der Europäischen Gemeinschaft (ABl. Nr. C 321 vom 12. 12. 1991, S. 1). Schlußfolgerungen des Rates und der im Rat vereinigten Minister für das Bildungswesen vom 25. November 1991 in bezug auf die Qualitätsbewertung im Bereich der Hochschulbildung (ABl. Nr. C 321 vom 12. 12. 1991, S. 2). Diese Mittel sind zur Finanzierung insbesondere von Maßnahmen betreffend die Entsprechung der Bildungssysteme in Europa, die Chancengleichheit beim Zugang zur Bildung (Behinderte, Analphabeten, Schulabbrecher) und den Ausbau von Maßnahmen zugunsten Jugendlicher bestimmt. Der dem Programm ARION zugedachte Betrag beläuft sich auf 1 200 000 ECU, der dem Bildungsplattformen zugedachte auf 450 000 ECU.
B3-1 0 0 1	*Vormals Posten B3-1 0 0 1 und B3-1 0 0 2* Schlußfolgerungen des Rates und der im Rat vereinigten Minister für das Bildungswesen vom 25. November 1991 über eine Pilotaktion „Multilaterale Schulpartnerschaften" in der Europäischen Gemeinschaft (ABl. Nr. C 321 vom 12. 12. 1991, S. 3). Dieser Posten ist zur Deckung der Finanzierung des zwischen allgemein- und berufsbildenden Einrichtungen Jugendaustauschs bestimmt. Kein Schüler darf lediglich aufgrund seiner Staatsangehörigkeit von diesem Programm ausgeschlossen werden. Er ist ebenfalls zur Finanzierung des Austauschs von Lehrern allgemeinbildender Schulen bestimmt. Ein Betrag von 50 000 ECU ist für das Europäische Jugendparlament bestimmt.

KOMMISSION

Teileinzelplan B3
(Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-1 0 — ALLGEMEINE UND BERUFLICHE BILDUNG UND JUGENDPOLITIK *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B3-1 0 0	*(Fortsetzung)*						
B3-1 0 0 3	Kulturübergreifende Bildung Nichtgetrennte Mittel	3 000 000	3 000 000	3 000 000	3 000 000		
	Artikel B3-1 0 0 insgesamt	12 635 000 *(400 000)*	12 635 000 *(400 000)*	12 385 000 *(505 000)*	12 385 000 *(505 000)*	9 302 767,11 *(392 000,—)*	9 302 767,11 *(392 000,—)*
B3-1 0 1	***Jugendaustausch***						
B3-1 0 1 0	Austausch junger Arbeitskräfte Nichtgetrennte Mittel	—	—	5 946 000	5 946 000	5 498 487,26	5 498 487,26
	(Unterstützungsausgaben)			*(54 000)*	*(54 000)*	*(0,—)*	*(0,—)*
B3-1 0 1 1	Jugend für Europa Nichtgetrennte Mittel	10 000 000	10 000 000	6 446 000 (1)	6 446 000 (1)	6 478 040,—	6 478 040,—
	(Unterstützungsausgaben)	*(54 000)*	*(54 000)*	*(54 000)*	*(54 000)*	*(18 000,—)*	*(18 000,—)*
B3-1 0 1 2	Vorrangige Maßnahmen für die Jugend Nichtgetrennte Mittel	5 000 000	5 000 000	200 000	200 000	400 000,—	400 000,—

(1) Durch die Mittelübertragung Nr. 1/1991 wurden diese Mittel um 500 000 ECU (aus Kapitel B0-4 0) aufgestockt.

KOMMISSION
Teileinzelplan B3
(Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-1 0 — ALLGEMEINE UND BERUFLICHE BILDUNG UND JUGENDPOLITIK *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B3-1 0 0	*(Fortsetzung)*
B3-1 0 0 3	Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, insbesondere Artikel 49 und 128. Entschließung des Rates vom 9. Februar 1976 über ein Aktionsprogramm zugunsten der Wanderarbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen (ABl. Nr. C 34 vom 14. 2. 1976, S. 2). Richtlinie 77/486/EWG des Rates vom 25. Juli 1977 über die schulische Betreuung der Kinder von Wanderarbeitnehmern (ABl. Nr. L 199 vom 6. 8. 1977, S. 32). Entschließung des Europäischen Parlaments vom 18. September 1981 zur schulischen Betreuung der Kinder von Wanderarbeitnehmern (ABl. Nr. C 260 vom 12. 10. 1981, S. 127). Entschließung des Europäischen Parlaments vom 16. März 1984 zur Schulausbildung von Kindern, deren Eltern keinen festen Wohnsitz haben (ABl. Nr. C 104 vom 16. 4. 1984, S. 144). Entschließung des Europäischen Parlaments vom 24. Mai 1984 zu der Lage der Zigeuner in der Gemeinschaft (ABl. Nr. C 172 vom 2. 7. 1984, S. 153). Entschließung des Europäischen Parlaments vom 16. April 1985 zur Anwendung der Richtlinie 77/486/EWG über die schulische Betreuung der Kinder von Wanderarbeitnehmern (ABl. Nr. C 122 vom 20. 5. 1985, S. 61). Entschließung des Europäischen Parlaments vom 10. April 1987 zur Anwendung der Richtlinie 77/486/EWG über die schulische Betreuung der Kinder von Wanderarbeitnehmern (ABl. Nr. C 125 vom 11. 5. 1987, S. 167). Entschließung des Rates und der im Rat vereinigten Minister für das Bildungswesen vom 22. Mai 1989 über die schulische Betreuung der Kinder von Binnenschiffern, Zirkusangehörigen und Schaustellern (ABl. Nr. C 153 vom 21. 6. 1989, S. 1). Entschließung des Rates und der im Rat vereinigten Minister für das Bildungswesen vom 22. Mai 1989 zur schulischen Betreuung von Kindern von Sinti und Roma und Fahrenden (ABl. Nr. C 153 vom 21. 6. 1989, S. 3). Diese Mittel sind zur Finanzierung von Maßnahmen zur kulturübergreifenden Bildung und zur schulischen Betreuung der Kinder von Wanderarbeitnehmern (2 000 000 ECU), der Kinder von Sinti, Roma und Fahrenden (700 000 ECU) und der Kinder von Binnenschiffern, Zirkusangehörigen und Schaustellern (300 000 ECU) bestimmt. Die Maßnahme besteht vornehmlich auf Gemeinschaftsebene aus einer Unterstützung für Pilotversuche, Kolloquien und Studien, für die Schaffung und die Anregung von Informations- und Dokumentationsnetzen und für die Anregung, Koordinierung und Bewertung der Tätigkeiten. Im Verein mit anderen betroffenen Organen (Europarat, Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) wird geprüft werden, inwieweit diese Aktionen auf europäische Nichtmitgliedstaaten ausgedehnt werden können.
B3-1 0 1	
B3-1 0 1 0	Unter Berücksichtigung der in Posten B8-3 1 1 0 eingesetzten Mittel beläuft sich für das Jahr 1991 der Gesamtbetrag für diese Maßnahmen auf 6 000 000 ECU. Die Maßnahmen, die bis 1991 zu Lasten dieses Artikels finanziert wurden, werden nunmehr im Rahmen des PETRA-Programms (Posten B3-1 0 2 1) durchgeführt.
B3-1 0 1 1	Unter Berücksichtigung der in Posten B8-3 1 1 1 eingesetzten Mittel beläuft sich der Gesamtbetrag für diese Maßnahmen auf 10 054 000 ECU (1991: 6 500 000 ECU). Beschluß 91/395/EWG des Rates vom 29. Juli 1991, zur Förderung des Programms „Jugend für Europa" (zweite Phase) (ABl. Nr. L 217 vom 6. 8. 1991, S. 25). Diese Mittel sind zur Finanzierung der im Rahmen des Programms vorgesehenen Maßnahmen bestimmt, wobei 1 % der Mittel für landwirtschaftliche und ländliche Maßnahmen vorgesehen sind.
B3-1 0 1 2	*Vormals Posten B3-1 0 1 2 und B3-1 0 1 3* Memorandum der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament „Jugendliche in der Europäischen Gemeinschaft" (KOM(90) 469 endg.). Entschließung des Europäischen Parlaments vom 14. Juni 1991 zu den Gemeinschaftspolitiken und ihrer Auswirkung auf die Jugend (ABl. Nr. C 183 vom 15. 7. 1991, S. 469). Entschließung des Rates und der im Rat vereinigten Minister vom 26. Juni 1991 über vorrangige Maßnahmen für die Jugend (ABl. Nr. C 208 vom 9. 8. 1991, S. 1).

KOMMISSION
Teileinzelplan B3
(Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-1 0 — ALLGEMEINE UND BERUFLICHE BILDUNG UND JUGENDPOLITIK *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B3-1 0 1	*(Fortsetzung)*						
B3-1 0 1 2	*(Fortsetzung)*						
	Artikel B3-1 0 1 insgesamt	15 000 000 *(54 000)*	15 000 000 *(54 000)*	12 592 000 *(108 000)*	12 592 000 *(108 000)*	12 376 527,26 *(18 000,—)*	12 376 527,26 *(18 000,—)*
B3-1 0 2	***Maßnahmen auf dem Gebiet der beruflichen Bildung und Beratung***						
B3-1 0 2 0	Allgemeine Maßnahmen auf dem Gebiet der Beruflichen Bildung und Beratung						
	Nichtgetrennte Mittel	2 980 000	2 980 000	2 795 000	2 795 000	3 374 961,89	3 374 961,89
	(Unterstützungsausgaben)	*(605 000)*	*(605 000)*	*(605 000)*	*(605 000)*	*(553 000,—)*	*(553 000,—)*

KOMMISSION
Teileinzelplan B3
(Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-1 0 — ALLGEMEINE UND BERUFLICHE BILDUNG UND JUGENDPOLITIK *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B3-1 0 1	*(Fortsetzung)*
B3-1 0 1 2	*(Fortsetzung)* Die Mittel decken insbesondere: — die Zusammenarbeit zwischen den für die Jugendarbeit zuständigen Stellen der Mitgliedstaaten: 750 000 ECU, — die Information der Jugendlichen: 250 000 ECU, — die Unterstützung von Initiativen mit gemeinschaftlicher Zielsetzung, die von Jugendorganisationen gefördert werden: 200 000 ECU, — die Förderung der Eigeninitiative und Kreativität der Jugendlichen, — die Zusammenarbeit bei der Ausbildung der Jugendbetreuer, insbesondere hinsichtlich der europäischen Dimension dieser Ausbildung: 1 000 000 ECU, — den Jugendaustausch mit den Mittelmeerländern: 200 000 ECU, — den Jugendaustausch mit Mittel- und Osteuropa sowie Lateinamerika (1 500 000 ECU). Beihilfen werden für kulturelle Veranstaltungen gewährt, in deren Rahmen Jugendaustauschmaßnahmen zwischen Mitgliedstaaten und europäischen Staaten durchgeführt werden, die ein Assoziierungsabkommen mit der Gemeinschaft geschlossen haben. Es besteht ein dringendes Erfordernis, die Kenntnisse der Jugendlichen über das Erbe der Länder zu verbessern, die sich durch Assoziierungsabkommen in die Gemeinschaft integrieren, insbesondere Länder in Mittel- und Osteuropa wie die Tschechoslowakei, Ungarn und Polen. Dieser Posten dient auch zur Finanzierung des Aktionsprogramms zugunsten von Kindern in der Gemeinschaft.
B3-1 0 2	
B3-1 0 2 0	Unter Berücksichtigung der in Posten B8-3 1 2 0 eingesetzten Mittel beläuft sich der Gesamtbetrag für diese Maßnahmen auf 3 585 000 ECU (1991: 3 400 000 ECU). Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, insbesondere die Artikel 118 und 128. Beschluß 63/266/EWG des Rates vom 2. April 1963 über die Aufstellung allgemeiner Grundsätze für die Durchführung einer gemeinsamen Politik der Berufsausbildung (ABl. Nr. 63 vom 20. 4. 1963, S. 1338/63). Entschließung des Rates vom 18. Dezember 1979 über die alternierende Ausbildung von Jugendlichen (ABl. Nr. C 1 vom 3. 1. 1980, S. 1). Entschließung des Rates und der im Rat vereinigten Minister für Bildungswesen vom 12. Juli 1982 betreffend Maßnahmen zur besseren Vorbereitung der Jugendlichen auf den Beruf und zur Erleichterung ihres Übergangs von der Schule zum Berufsleben (ABl. Nr. C 193 vom 28. 7. 1982, S. 1). Entscheidung 85/368/EWG des Rates vom 16. Juli 1985 über die Entsprechungen der beruflichen Befähigungsnachweise zwischen Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 199 vom 31. 7. 1985, S. 56). Schlußfolgerungen des Rates vom 26. Mai 1987 betreffend die berufliche Bildung der Frauen (ABl. Nr. C 178 vom 7. 7. 1987, S. 3). Empfehlung der Kommission vom 24. November 1987 zur beruflichen Bildung der Frauen (ABl. Nr. L 342 vom 4. 12. 1987, S. 35). Richtlinie 89/48/EWG des Rates vom 21. Dezember 1988 über eine allgemeine Regelung zur Anerkennung der Hochschuldiplome, die eine mindestens dreijährige Berufsausbildung abschließen (ABl. Nr. L 19 vom 24. 1. 1989, S. 16). Entschließung des Rates vom 5. Juni 1989 über die berufliche Weiterbildung (ABl. Nr. C 148 vom 15. 6. 1989, S. 1). Schlußfolgerungen des Rates und der im Rat vereinigten Minister für das Bildungswesen vom 14. Dezember 1989 über die berufliche Erstausbildung (ABl. Nr. C 27 vom 6. 2. 1990, S. 4). Richtlinie 89/684/EWG des Rates vom 21. Dezember 1989 über die Schulung der Fahrer von Fahrzeugen zur Beförderung gefährlicher Güter auf der Straße (ABl. Nr. L 398 vom 30. 12. 1989, S. 33). Entschließung des Europäischen Parlaments vom 13. September 1990 zu dem Aktionsprogramm der Kommission zur Anwendung der Gemeinschaftscharta der sozialen Grundrechte der Arbeitnehmer — Prioritäten für die Jahre 1991/1992 (ABl. Nr. C 260 vom 15. 10. 1990, S. 167), insbesondere die Punkte 34 Buchstabe d), 62, 63, 64 und 67.

KOMMISSION

Teileinzelplan B3
(Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-1 0 — ALLGEMEINE UND BERUFLICHE BILDUNG UND JUGENDPOLITIK *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B3-1 0 2	*(Fortsetzung)*						
B3-1 0 2 0	*(Fortsetzung)*						
B3-1 0 2 1	PETRA (Berufsausbildung Jugendlicher und Vorbereitung der Jugendlichen auf das Erwachsenen- und Erwerbsleben)						
	Nichtgetrennte Mittel	28 696 000	28 696 000	14 862 000 (1)	14 862 000 (1)	8 965 000,—	8 965 000,—
	(Unterstützungsausgaben)	*(200 000)*	*(200 000)*	*(138 000)*	*(138 000)*	*(155 000,—)*	*(155 000,—)*
B3-1 0 2 2	EUROTECNET (Innovation auf dem Gebiet der Berufsbildung aufgrund des technologischen Wandels)						
	Getrennte Mittel	2 851 000	2 851 000	2 146 000 (2)	2 146 000 (2)	1 763 847,50	1 352 914,89
	(Unterstützungsausgaben)	*(54 000)*	*(54 000)*	*(54 000)*	*(54 000)*	*(48 000,—)*	*(48 000,—)*

(1) Durch die Mittelübertragung Nr. 1/1991 wurden diese Mittel um 400 000 ECU (aus Kapitel B0-4 0) aufgestockt.
(2) Durch die Mittelübertragung Nr. 1/1991 wurden diese Mittel um 250 000 ECU (aus Kapitel B0-4 0) aufgestockt.

KOMMISSION
Teileinzelplan B3
(Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-1 0 — ALLGEMEINE UND BERUFLICHE BILDUNG UND JUGENDPOLITIK *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B3-1 0 2	*(Fortsetzung)*
B3-1 0 2 0	*(Fortsetzung)*
	Diese Mittel sind zur Deckung der Finanzierung der Maßnahmen auf dem Gebiet der beruflichen Erst- und Weiterbildung sowie Maßnahmen betreffend berufliche Befähigungsnachweise bestimmt.
B3-1 0 2 1	Unter Berücksichtigung der in Posten B8-3 1 2 1 eingesetzten Mittel beläuft sich der Gesamtbetrag für diese Maßnahmen auf 28 896 000 ECU (1991: 15 000 000 ECU).
	Beschluß 87/569/EWG des Rates vom 1. Dezember 1987 über ein Aktionsprogramm für die Berufsbildung Jugendlicher und zur Vorbereitung der Jugendlichen auf das Erwachsenen- und Erwerbsleben (ABl. Nr. L 346 vom 10. 12. 1987, S. 31), geändert durch den Beschluß 91/387/EWG (ABl. Nr. L 214 vom 2. 8. 1991, S. 69).
	Schlußfolgerungen des Rates und der im Rat vereinigten Minster für das Bildugnswesen vom 24. Mai 1988 zu dem zweiten Aktionsprogramm der Europäischen Gemeinschaften (1982-1987) betreffend den Übergang von der Schule ins Erwachsenen- und Erwerbsleben (ABl. Nr. C 177 vom 6. 7. 1988, S. 1).
	Diese Mittel sind zur Deckung der Finanzierung der Koordinierung und Betreuung der im Rahmen des PETRA-Programms errichteten Aktionsnetze und eingeleiteten Vorhaben bestimmt.
B3-1 0 2 2	Unter Berücksichtigung der in Posten B8-3 1 2 2 eingesetzten Mittel beläuft sich der Gesamtbetrag für diese Maßnahmen auf 2 905 000 ECU (1991: 2 200 000 ECU).
	Entschließung des Rates vom 2. Juni 1983 über Maßnahmen der Berufsbildung im Hinblick auf die Einführung der neuen Informationstechnologien (ABl. Nr. C 166 vom 25. 6. 1983, S. 1).
	Beschluß 89/657/EWG des Rates vom 18. Dezember 1989 über ein Aktionsprogramm zur Förderung von Innovationen in der Berufsbildung in der Folge des technologischen Wandels in der Europäischen Gemeinschaft (EUROTECNET) (ABl. Nr. L 393 vom 30. 12. 1989, S. 29).
	Aus diesen Mitteln sollen die Koordinierung und Betreuung der im Rahmen des EUROTECNET-Programms (European technical network) eingeleiteten Vorhaben finanziert werden.
	Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 2 851 000 ECU.
	Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind	411 000	411 000				
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	2 146 000 (1)	1 735 000	411 000			
Mittel 1992	2 851 000		2 440 000	411 000		
Insgesamt	5 408 000	2 146 000 (1)	2 851 000	411 000		

(1) Durch die Mittelübertragung Nr. 1/1991 wurden diese Mittel um 250 000 ECU (aus Kapitel B0-4 0) aufgestockt.

KOMMISSION
Teileinzelplan B3
(Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-1 0 — ALLGEMEINE UND BERUFLICHE BILDUNG UND JUGENDPOLITIK *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B3-1 0 2	*(Fortsetzung)*						
B3-1 0 2 3	FORCE (Förderung der beruflichen Weiterbildung)						
	Nichtgetrennte Mittel	19 269 000	19 269 000	12 846 000 (1)	12 846 000 (1)		
	(Unterstützungsausgaben)	*(154 000)*	*(154 000)*	*(154 000)*	*(154 000)*		
	Artikel B3-1 0 2 insgesamt	53 796 000	53 796 000	32 649 000	32 649 000	14 103 809,39	13 692 876,78
		(1 013 000)	*(1 013 000)*	*(951 000)*	*(951 000)*	*(756 000,—)*	*(756 000,—)*
B3-1 0 3	***COMETT (Zusammenarbeit zwischen Hochschule und Wirtschaft hinsichtlich der Ausbildung im Rahmen der neuen Technologien)***						
	Getrennte Mittel	52 560 000	51 560 000	43 843 000	41 643 000	39 817 281,89	32 863 113,83
	(Unterstützungsausgaben)	*(200 000)*	*(200 000)*	*(157 000)*	*(157 000)*	*(40 000,—)*	*(40 000,—)*

(1) Durch die Mittelübertragung Nr. 1/1991 wurden diese Mittel um 1 000 000 ECU (aus Kapitel B0-4 0) aufgestockt.

KOMMISSION
Teileinzelplan B3
(Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-1 0 — ALLGEMEINE UND BERUFLICHE BILDUNG UND JUGENDPOLITIK *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B3-1 0 2	*(Fortsetzung)*
B3-1 0 2 3	Unter Berücksichtigung der in Posten B8-3 1 2 3 eingesetzten Mittel beläuft sich der Gesamtbetrag für diese Maßnahmen auf 19 423 000 ECU (1991 : 13 000 000 ECU). Entscheidung 90/267/EWG des Rates vom 29. Mai 1990 über ein Aktionsprogramm zur Förderung der beruflichen Weiterbildung in der Europäischen Gemeinschaft (FORCE) (ABl. Nr. L 156 vom 21. 6. 1990, S. 1). Aus diesen Mitteln sollen die für das Programm FORCE (Formation professionnelle continue) vorgesehenen Maßnahmen finanziert werden.
B3-1 0 3	Unter Berücksichtigung der in Artikel B8-3 1 3 eingesetzten Mittel beläuft sich der Gesamtbetrag für diese Maßnahmen auf 52 760 000 ECU für Verpflichtungsermächtigungen und 51 760 000 ECU für Zahlungsermächtigungen (1991: 44 000 000 ECU für Verpflichtungsermächtigungen und 41 800 000 ECU für Zahlungsermächtigungen. Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, insbesondere Artikel 128 und 235. Beschluß 89/27/EWG des Rates vom 16. Dezember 1988 über die Verabschiedung der zweiten Phase des Programms über Zusammenarbeit zwischen Hochschule und Wirtschaft im Bereich der Aus- und Weiterbildung auf dem Gebiet der Technologie (COMETT II) (1990-1994) (ABl. Nr. L 13 vom 17. 1. 1989, S. 28). Beschluß des Rates vom 22. Mai 1988 über die Öffnung von COMETT II für die Länder der Europäischen Freihandelszone. Diese Mittel sind zur Durchführung der im Beschluß des Rates über das COMETT-Programm (Action programme of the Community in education and training for technology) enthaltenen Maßnahmen bestimmt. Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 52 560 000 ECU. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind	4 242 000	4 242 000				
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	43 843 000	37 401 000	6 442 000			
Mittel 1992	52 560 000		45 118 000	7 442 000		
Insgesamt	100 645 000	41 643 000	51 560 000	7 442 000		

Die unter Artikel 6 0 7 auf der Einnahmenseite veranschlagten Beiträge von Drittländern werden gemäß der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1) als zusätzliche Mittel unter diesem Artikel bereitgestellt.

Etwaige Einnahmen können wiederverwendet werden.

KOMMISSION
Teileinzelplan B3
(Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-1 0 — ALLGEMEINE UND BERUFLICHE BILDUNG UND JUGENDPOLITIK *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B3-1 0 4	***ERASMUS***						
	Nichtgetrennte Mittel	80 000 000	80 000 000	69 793 000	69 793 000	59 800 885,22	59 800 885,22
	(Unterstützungsausgaben)	*(207 000)*	*(207 000)*	*(207 000)*	*(207 000)*	*(199 000,—)*	*(199 000,—)*
B3-1 0 5	***LINGUA (Fremdsprachenkenntnis)***						
	Nichtgetrennte Mittel	38 000 000	38 000 000	21 892 000	21 892 000	5 823 333,99	5 823 333,99
	(Unterstützungsausgaben)	*(110 000)*	*(110 000)*	*(108 000)*	*(108 000)*	*(150 000,—)*	*(150 000,—)*
B3-1 0 6	***Maßnahmen der Gemeinschaft zugunsten der Sprachen und Kulturen der regionalen und ethnischen Minderheiten***						
	Nichtgetrennte Mittel	2 500 000	2 500 000	2 000 000	2 000 000	1 098 600,—	1 098 600,—
B3-1 0 7	***Erfahrungsaustausch im Hinblick auf unzureichende Ausbildung und neue Anforderungen***						
	Nichtgetrennte Mittel	1 600 000	1 600 000	1 400 000	1 400 000	1 995 200,—	1 995 200,—
B3-1 0 8	***Europäisches Zentrum für die Förderung der Berufsbildung***						
	Nichtgetrennte Mittel	10 800 000	10 800 000	10 352 000	10 352 000	8 950 000,—	8 950 000,—

KOMMISSION
Teileinzelplan B3
(Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-1 0 — ALLGEMEINE UND BERUFLICHE BILDUNG UND JUGENDPOLITIK *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B3-1 0 4	Unter Berücksichtigung der in Artikel B8-3 1 4 eingesetzten Mittel beläuft sich der Gesamtbetrag für diese Maßnahmen auf 80 207 000 ECU (1991: 70 000 000 ECU). Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, insbesondere Artikel 128. Beschluß 87/327/EWG des Rates vom 15. Juni 1987 über ein gemeinschaftliches Aktionsprogramm zur Förderung der Mobilität von Hochschulstudenten (ERASMUS) (ABl. Nr. L 166 vom 25. 6. 1987, S. 20), geändert durch den Beschluß 89/663/EWG (ABl. Nr. L 395 vom 30. 12. 1989, S. 23). Schlußfolgerungen des Rates und der im Rat vereinigten Minister für das Bildungswesen vom 25. November 1991 zur Zusammenarbeit bei der weiteren Förderung der Mobilität im Hochschulbereich (ABl. Nr. C 321 vom 12. 12. 1991, S. 2). Diese Mittel sind zur Finanzierung (ganz oder teilweise) der im Rahmen des ERASMUS-Programms (European Community action scheme for the mobility of university students) vorgesehenen Maßnahmen bestimmt. Die Verteilung und die Zuweisung von Mobilitätsstipendien erfolgen streng nach sozialen und geographischen Kriterien. Die unter Artikel 6 0 8 auf der Einnahmenseite veranschlagten Beiträge von Drittländern werden gemäß der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1) als zusätzliche Mittel unter diesem Artikel bereitgestellt.
B3-1 0 5	Unter Berücksichtigung der in Artikel B8-3 1 5 eingesetzten Mittel beläuft sich der Gesamtbetrag für diese Maßnahmen auf 38 110 000 ECU (1991: 22 000 000 ECU). Entscheidung 89/489/EWG des Rates vom 28. Juli 1989 über ein Aktionsprogramm zur Förderung der Fremdsprachenkenntnisse in der Europäischen Gemeinschaft (LINGUA) (ABl. Nr. L 239 vom 16. 8. 1989, S. 24). Diese Mittel sind zur Finanzierung (ganz oder teilweise) der im Rahmen des LINGUA-Programms vorgesehenen Maßnahmen bestimmt.
B3-1 0 6	Entschließung des Europäischen Parlaments vom 30. Oktober 1987 zu den Sprachen und Kulturen der regionalen und ethnischen Minderheiten in der Europäischen Gemeinschaft (ABl. Nr. C 318 vom 30. 11. 1987, S. 160). Mit diesen Mitteln sollen Austausch- und Besuchsprogramme, Vorhaben und Pilotvorhaben, Seminare, Symposien und Berichte, Stipendien und Lehrmaterial finanziert werden.
B3-1 0 7	Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, insbesondere Artikel 128 und 235. Entschließung des Europäischen Parlaments vom 13. September 1990 zu dem Aktionsprogramm der Kommission zur Anwendung der Gemeinschaftscharta der sozialen Grundrechte der Arbeitnehmer — Prioritäten für die Jahre 1991/1992 (ABl. Nr. C 260 vom 15. 10. 1990, S. 167), insbesondere die Punkte 62 und 69. Diese Mittel sind zur Deckung der Finanzierung von vergleichenden Erhebungen und zur Aufstockung der Forschungs- und Modellvorhaben bestimmt.
B3-1 0 8	Verordnung (EWG) Nr. 337/75 des Rates vom 10. Februar 1975 über die Errichtung eines Europäischen Zentrums für die Förderung der Berufsbildung (ABl. Nr. L 39 vom 13. 2. 1975, S. 1). Diese Mittel sind gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 337/75 für einen Zuschuß für dieses Zentrum bestimmt, einschließlich der Umwandlung von zwei Stellen von ärztlichen Bediensteten in D2-Stellen.

KOMMISSION
Teileinzelplan B3
(Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-1 0 — ALLGEMEINE UND BERUFLICHE BILDUNG UND JUGENDPOLITIK *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B3-1 0 8	*(Fortsetzung)*						

KOMMISSION
Teileinzelplan B3
(Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-1 0 — ALLGEMEINE UND BERUFLICHE BILDUNG UND JUGENDPOLITIK *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen		
B3-1 0 8	*(Fortsetzung)*		
	Der Ansatz der Einnahmen und Ausgaben ist für das Haushaltsjahr:		
	Einnahmen:		
	— Kapitel 1: Zuschuß der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft		10 800 000
	— Kapitel 2: Verschiedene Einnahmen		38 000
		Insgesamt	10 838 000
	Ausgaben:		
	— Kapitel 1: Personal		5 328 000
	— Kapitel 2: Verwaltungsausgaben		940 000
	— Kapitel 3: Betriebsausgaben		4 560 000
	— Kapitel 9: Nicht besonders vorgesehene Ausgaben		10 000
		Insgesamt	10 838 000

Personalbestand

Laufbahngruppe	Anzahl	
	1991	1992
A	19	19
LA	10	10
B	15	15
C	24	24
D	1	3
Örtliche Bedienstete	2	—

KOMMISSION
Teileinzelplan B3
(Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-1 0 — ALLGEMEINE UND BERUFLICHE BILDUNG UND JUGENDPOLITIK *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B3-1 0 9	***Europäische Stiftung für die Ausbildung in den Ländern Mittel- und Osteuropas*** Nichtgetrennte Mittel	1 000 000	1 000 000				
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt	212 480 000	212 480 000	160 917 000	160 917 000	111 687 275,47	111 687 275,47
	Getrennte Mittel insgesamt	55 411 000	54 411 000	45 989 000	43 789 000	41 581 129,39	34 216 028,72
	KAPITEL B3-1 0 INSGESAMT	267 891 000 *(1 984 000)*	266 891 000 *(1 984 000)*	206 906 000 *(2 036 000)*	204 706 000 *(2 036 000)*	153 268 404,86 *(1 555 000,—)*	145 903 304,19 *(1 555 000,—)*
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt	212 480 000	212 480 000	160 917 000	160 917 000	111 687 275,47	111 687 275,47
	Getrennte Mittel insgesamt	55 411 000	54 411 000	45 989 000	43 789 000	41 581 129,39	34 216 028,72
	Titel B3-1 insgesamt	**267 891 000** *(1 984 000)*	**266 891 000** *(1 984 000)*	**206 906 000** *(2 036 000)*	**204 706 000** *(2 036 000)*	**153 268 404,86** *(1 555 000,—)*	**145 903 304,19** *(1 555 000,—)*

KOMMISSION
Teileinzelplan B3
(Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-10 — ALLGEMEINE UND BERUFLICHE BILDUNG UND JUGENDPOLITIK *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B3-109	*Neuer Artikel* Diese Mittel sind für Maßnahmen zugunsten des Berufsschulwesens in den Ländern Mittel- und Osteuropas bestimmt (damit bereits als Vorgriff auf die künftige Europäische Stiftung für die Ausbildung vorbereitende Tätigkeiten eingeleitet werden können).

KOMMISSION
Teileinzelplan B3
(Sozialmaßnahmen)

TITEL B3-2

KULTUR

KAPITEL B3-2 0 — KULTUR

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
	KAPITEL B3-2 0						
B3-2 0 0	***Erhaltung und Förderung des europäischen architektonischen und kulturellen Erbes***						
	Nichtgetrennte Mittel	6 000 000	6 000 000	4 734 000	4 734 000	8 794 168,13 (1)	8 794 168,13 (1)
	(Unterstützungsausgaben)	*(266 000)*	*(266 000)*	*(266 000)*	*(266 000)*	*(0,—)*	*(0,—)*
B3-2 0 1	***Spezielle Aktionen***						
	Nichtgetrennte Mittel	4 871 000	4 871 000	3 471 000 (2)	3 471 000 (2)		
	(Unterstützungsausgaben)	*(248 000)*	*(248 000)*	*(249 000)*	*(249 000)*		

(1) Gemeinsamer Betrag für die Artikel B3-2 0 0 und B3-2 0 1.
(2) Durch die Mittelübertragung Nr. 1/1991 wurden diese Mittel um 300 000 ECU (aus Kapitel B0-4 0) aufgestockt.

KOMMISSION
Teileinzelplan B3
(Sozialmaßnahmen)

TITEL B3-2

KULTUR

KAPITEL B3-2 0 — KULTUR

Artikel Posten	Erläuterungen
B3-2 0 0	*Vormals Posten B3-2 0 0 0* Unter Berücksichtigung der in Artikel B8-3 2 0 eingesetzten Mittel beläuft sich der Gesamtbetrag für diese Maßnahmen auf 6 266 000 ECU (1991: 5 000 000 ECU). Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, insbesondere Artikel 117, 118 und 128. Entschließung der im Rat vereinigten für Kulturfragen zuständigen Minister vom 13. Juni 1985 für die alljährliche Benennung einer „Kulturstadt Europas" (ABl. Nr. C 153 vom 22. 6. 1985, S. 2). Entschließung der im Rat vereinigten, für Kulturfragen zuständigen Minister vom 13. November 1986 über die Erhaltung des europäischen architektonischen Erbes (ABl. Nr. C 320 vom 13. 12. 1986, S. 1). Entschließung der im Rat vereinigten, für Kulturfragen zuständigen Minister vom 13. November 1986 über die Erhaltung von Kunstwerken und sonstigen Werken von kulturellem und historischem Wert (ABl. Nr. C 320 vom 13. 12. 1986, S. 3). Schlußfolgerungen des Rates und der im Rat vereinigten für Kulturfragen zuständigen Minister vom 27. Mai 1988 betreffend künftige vorrangige Aktionen im Kulturbereich (ABl. Nr. C 197 vom 27. 7. 1988, S. 2). Entschließung des Rates und der im Rat vereinigten Minister für Kulturfragen vom 18. Mai 1989 über die Förderung des Buches und der Lektüre (ABl. Nr. C 183 vom 20. 7. 1989, S. 1). Schlußfolgerungen des Rates und der im Rat vereinigten Minister für Kulturfragen vom 18. Mai 1989 zur Förderung des Buches und der Lektüre mit Blick auf die Vollendung des Binnenmarktes im Jahre 1992 (ABl. Nr. C 183 vom 20. 7. 1989, S. 3). Schlußfolgerungen der im Rat vereinigten Minister für Kulturfragen vom 18. Mai 1990 betreffend die künftigen Bedingungen für die Ernennung zur „Kulturstadt Europas" und einen Europäischen Kulturmonat (ABl. Nr. C 162 vom 3. 7 1990, S. 1). Diese Mittel dienen zur Deckung eines — dem jeweiligen Pilotvorhaben angepaßten — Gemeinschaftsbeitrags zur Erhaltung des kulturellen Erbes und insbesondere zur Erhaltung der Denkmäler und Kulturstätten, die in einem bestimmten Turnus in den einzelnen Mitgliedstaaten auszuwählen sind; ferner sollen sie durch eine Aufstockung der vorgesehenen einzelstaatlichen Mittel raschere Fortschritte bei den von den griechischen Behörden programmierten Arbeiten (Restaurierung und Erhaltung des Parthenons und der Akropolis von Athen sowie der Klöster von Athos) gewährleisten. Diese Maßnahme hat die Zugänglichkeit der Bürger zum architektonischen Erbe der Gemeinschaft und daß je ein europäisches Denkmal in Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei zum Gegenstand durch einen symbolischen Beitrag der Europäischen Gemeinschaft gefördert wird.
B3-2 0 1	*Vormals Posten B3-2 0 0 1 bis B3-2 0 0 3* Unter Berücksichtigung der in Artikel B8-3 2 1 eingesetzten Mittel beläuft sich der Gesamtbetrag für diese Maßnahmen auf 5 119 000 ECU (1991: 3 720 000 ECU). Entschließung des Rates und der im Rat vereinigten Minister für das Bildungswesen vom 14. November 1991 über Europäische Kulturnetzwerke (ABl. Nr. C 314 vom 5. 12. 1991, S. 1). Schlußfolgerungen der im Rat vereinigten Minister für Kultur vom 14. November 1991 über die Förderung von Theaterveranstaltungen im Jahr 1993 (ABl. Nr. C 314 vom 5. 12. 1991, S. 3). Veranschlagt sind Mittel: — zur Finanzierung verschiedener kultureller Veranstaltungen von europäischem Interesse auf allen künstlerischen Gebieten, — zur Finanzierung von kulturellen und künstlerischen Veranstaltungen, die in der „Europäischen Kulturstadt" stattfinden sollen, — zur Finanzierung von Aktionen in den Bereichen Theater, Kino, Musik, bildende Kunst usw., — zur Förderung der Übersetzung von literarischen Werken, vor allem aus den und in die weniger benutzten Sprachen einschließlich der sogenannten Minderheitensprachen,

KOMMISSION
Teileinzelplan B3
(Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-2 0 — KULTUR *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B3-2 0 1	*(Fortsetzung)*						
B3-2 0 2	***Kulturelle Zusammenarbeit mit Drittländern***						
	Nichtgetrennte Mittel	1 511 000	1 511 000	1 147 000	1 147 000		
	(Unterstützungsausgaben)	*(p.m.)*	*(p.m.)*	*(133 000)*	*(133 000)*		
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt	12 382 000	12 382 000	9 352 000	9 352 000	8 794 168,13	8 794 168,13
	Getrennte Mittel insgesamt						
	KAPITEL B3-2 0 INSGESAMT	12 382 000	12 382 000	9 352 000	9 352 000	8 794 168,13	8 794 168,13
		(514 000)	*(514 000)*	*(648 000)*	*(648 000)*	*(0,—)*	*(0,—)*
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt	12 382 000	12 382 000	9 352 000	9 352 000	8 794 168,13	8 794 168,13
	Getrennte Mittel insgesamt						
	Titel B3-2 insgesamt	**12 382 000**	**12 382 000**	**9 352 000**	**9 352 000**	**8 794 168,13**	**8 794 168,13**
		(514 000)	*(514 000)*	*(648 000)*	*(648 000)*	*(0,—)*	*(0,—)*

KOMMISSION
Teileinzelplan B3
(Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-2 0 — KULTUR *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B3-2 0 1	*(Fortsetzung)* — Finanzierung unterschiedlicher Kulturveranstaltungen von europäischem Interesse in sämtlichen Bereichen des künstlerischen Schaffens vorgesehen; darunter fallen u.a. Konzerte und Aufnahmen des Jugendorchesters der Gemeinschaft und des Europäischen Barockorchesters. Diese Mittel sind ebenfalls für die Vergabe von Ausbildungsstipendien („Gemeinschaftsstipendien") an junge Künstler bestimmt. Zur Finanzierung von Maßnahmen zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit für die wichtige Rolle von Künstlern im täglichen Leben der Bürger der Gemeinschaft ist ein Betrag in Höhe von 500 000 ECU vorbehalten. Davon sind 250 000 ECU für Gemeinschaftsaktionen bestimmt, die jungen Künstlern die Zusammenarbeit und Präsentation ihrer Werke ermöglichen, wozu bestehende Netzwerke wie GERMINATION weitergeführt, erweitert oder neue Netzwerke geschaffen werden.
B3-2 0 2	*Vormals Posten B3-2 0 0 4* Bei Artikel B8-3 2 2 wurde ein „p.m." eingesetzt (Gesamtbetrag 1991 : 1 280 000 ECU). Entschließung der im Rat vereinigten, für Kulturfragen zuständigen Minister vom 13. November 1986 über die Erhaltung des europäischen architektonischen Erbes (ABl. Nr. C 320 vom 13. 12. 1986, S. 1). Diese Mittel sind zur Förderung der kulturellen Kooperation mit den mit der Gemeinschaft assoziierten Drittländern bestimmt. Die Gemeinschaft wird in Zusammenarbeit mit diesen Ländern an Arbeiten zur Restaurierung und Erhaltung des europäischen architektonischen Erbes gemäß der Entschließung des Rates teilnehmen.

KOMMISSION
Teileinzelplan B3
(Sozialmaßnahmen)

TITEL B3-3

INFORMATION UND KOMMUNIKATION

KAPITEL B3-30 — INFORMATION UND KOMMUNIKATION

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
	KAPITEL B3-30						
B3-300	***Audiovisuelle Medien***						
B3-3000	MEDIA (Maßnahmen zur Förderung der audiovisuellen Produktionsindustrie)						
	Getrennte Mittel	48 262 000	32 000 000	32 459 000	19 459 000	11 091 999,70	9 038 357,84
	(Unterstützungsausgaben)	*(541 000)*	*(541 000)*	*(541 000)*	*(541 000)*	*(808 000,—)*	*(808 000,—)*

KOMMISSION
Teileinzelplan B3
(Sozialmaßnahmen)

TITEL B3-3

INFORMATION UND KOMMUNIKATION

KAPITEL B3-3 0 — INFORMATION UND KOMMUNIKATION

Artikel Posten	Erläuterungen
B3-3 0 0	
B3-3 0 0 0	*Vormals Artikel B3-3 0 0* Unter Berücksichtigung der in Artikel B8-3 3 0 eingesetzten Mittel beläuft sich der Gesamtbetrag für diese Maßnahmen auf 48 803 000 ECU für Verpflichtungsermächtigungen und 32 541 000 ECU für Zahlungsermächtigungen (1991: 33 000 000 ECU für Verpflichtungsermächtigungen und 20 000 000 ECU für Zahlungsermächtigungen). Beschluß 90/685/EWG des Rates vom 21. Dezember 1990 über die Durchführung eines Aktionsprogramms zur Förderung der Entwicklung der europäischen audiovisuellen Industrie (MEDIA) (1991-1995) (ABl. Nr. L 380 vom 31. 12. 1990, S. 37). Nach Maßgabe dieses Beschlusses sollen mit diesen Mitteln folgende Ziele verwirklicht werden: — Beitrag zur Schaffung eines günstigen Umfelds, in dem die Unternehmen der Gemeinschaft neben denen der anderen europäischen Länder eine maßgebende Rolle spielen; — Stimulierung und Steigerung der wettbewerbsfähigen Angebotskapazität europäischer audiovisueller Produkte, insbesondere unter Berücksichtigung der Rolle und des Bedarfs der kleinen und mittleren Unternehmen, der berechtigten Interessen aller an der Schöpfung audiovisueller Produkte beteiligten Berufskreise und der Lage der Länder mit geringer audiovisueller Produktionskapazität und/oder geographisch und sprachlich begrenztem Bereich in Europa; — verstärkter innereuropäischer Austausch von Filmen und audiovisuellen Programmen und maximale Nutzung der in Europa bestehenden oder zu schaffenden Vertriebsmöglichkeiten im Hinblick auf eine höhere Rentabilität der Investitionen, eine weitere Verbreitung und eine größere Öffentlichkeitswirkung; — Verbesserung der Stellung der europäischen Produktions- und Vertriebsfirmen auf den Weltmärkten; — Förderung des Zugangs zu neuen, insbesondere europäischen Kommunikationstechnologien bei der Produktion und dem Vertrieb audiovisueller Werke sowie Nutzung dieser Technologien; — Förderung eines globalen Konzepts für den audiovisuellen Bereich, das es ermöglicht, der Interdependenz seiner einzelnen Sektoren Rechnung zu tragen. Für die Unterstützung eines Vorhabens für einen mehrsprachigen Fernsehnachrichtenkanal (Euronews) wurde ein Betrag von 3 000 000 ECU vorbehalten. Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 48 262 000 ECU. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind	4 055 000	4 055 000				
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	32 459 000	15 404 000	12 000 000	5 055 000		
Mittel 1992	48 262 000		20 000 000	19 000 000	9 262 000	
Insgesamt	84 776 000	19 459 000	32 000 000	24 055 000	9 262 000	

KOMMISSION

Teileinzelplan B3
(Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-3 0 — INFORMATION UND KOMMUNIKATION *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B3-3 0 0	*(Fortsetzung)*						
B3-3 0 0 2	Werbemaßnahmen zugunsten der Initiative „Euroradio“ Nichtgetrennte Mittel	145 000	145 000				
	Artikel B3-3 0 0 insgesamt	48 407 000 *(541 000)*	32 145 000 *(541 000)*	32 459 000 *(541 000)*	19 459 000 *(541 000)*	11 091 999,70 *(808 000,—)*	9 038 357,84 *(808 000,—)*
B3-3 0 1	***Information***						
B3-3 0 1 0	Allgemeine Informationsmaßnahmen Nichtgetrennte Mittel	14 636 000	14 636 000	12 030 000 (1)	12 030 000 (1)	12 614 841,95	12 614 841,95
	(Unterstützungsausgaben)	*(3 120 000)*	*(3 120 000)*	*(3 200 000)*	*(3 200 000)*	*(2 079 000,—)*	*(2 079 000,—)*
B3-3 0 1 2	Informationsrelais Nichtgetrennte Mittel	1 500 000	1 500 000				
	Artikel B3-3 0 1 insgesamt	16 136 000 *(3 120 000)*	16 136 000 *(3 120 000)*	12 030 000 *(3 200 000)*	12 030 000 *(3 200 000)*	12 614 841,95 *(2 079 000,—)*	12 614 841,95 *(2 079 000,—)*
B3-3 0 2	***Drittländer*** Nichtgetrennte Mittel	3 906 000	3 906 000	4 043 000 (1)	4 043 000 (1)	1 389 414,52	1 389 414,52
	(Unterstützungsausgaben)	*(282 000)*	*(282 000)*	*(282 000)*	*(282 000)*	*(2 169 000,—)*	*(2 169 000,—)*

(1) Durch die Mittelübertragung Nr. 1/1991 wurden die Mittel des früheren Postens B3-3 0 2 0 um 3 300 000 ECU (aus Kapitel B0-4 0) aufgestockt.

KOMMISSION
Teileinzelplan B3
(Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-3 0 — INFORMATION UND KOMMUNIKATION *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B3-3 0 0	*(Fortsetzung)*
B3-3 0 0 2	*Neuer Posten* Die Mittel sind für Unterstützungsmaßnahmen für den Start eines weltweit operierenden europäischen Rundfunknachrichtennetzes bestimmt.
B3-3 0 1	
B3-3 0 1 0	*Vormals Artikel B3-3 0 1 und Teilposten B3-3 0 2 0* Unter Berücksichtigung der in Artikel B8-3 3 1 eingesetzten Mittel beläuft sich der Gesamtbetrag für diese Maßnahmen auf 17 756 000 ECU (1991: 15 230 000 ECU). Mit diesen Mitteln sollen für die europäische Öffentlichkeit, insbesondere für Multiplikatoren und spezifische Zielgruppen, Informationsmaßnahmen durchgeführt werden, um zum besseren Verständnis der Ziele und Methoden des gemeinschaftlichen Vorgehens beizutragen. 12,5 % der Mittel sind für die Dienststelle „Fraueninformation" (GD X) bestimmt, die eine umfassende und kontinuierliche Unterrichtung der Frauen über die sie betreffenden Aspekte der Gemeinschaftspolitik gewährleistet: Redaktion, Druck und Verbreitung des Rundschreibens und der Zeitschrift mit dem Titel „Femmes d'Europe", von audiovisuellem Material und Werbematerial sowie Abhaltung von Kolloquien und Seminaren. Sie decken ebenfalls die Herstellung einer Reihe von Leitfaden, in denen die Aktionsprogramme und sonstigen Möglichkeiten für den Erhalt von Gemeinschaftszuschüssen in kürzesten Zeit beschrieben werden sollen. Diese Leitfaden werden in alle Amtssprachen der Gemeinschaft übersetzt, dürfen höchstens zum Selbstkostenpreis verkauft werden und werden jährlich auf den neuesten Stand gebracht. Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 200 000 ECU veranschlagt und umfassen unter anderem die Einnahmen aus dem Verkauf von Werbeflächen, von schriftlichen, audiovisuellen und EDV-Informationsmaterialien sowie von Werbematerial.
B3-3 0 1 2	*Neuer Posten* Diese Mittel dienen der Finanzierung von Informations- und Dokumentationsrelais, die als Antwort auf den zunehmenden Bedarf an Informationen über die Tätigkeiten der Gemeinschaft geschaffen wurden bzw. zu schaffen sind. Diese als öffentliche oder private Organisationen bzw. als Mischformen strukturierten Informationsrelais sind als Ergänzung zu der von den Büros der Kommission in den Mitgliedstaaten geleisteten Arbeit zu sehen.
B3-3 0 2	*Vormals Teilposten B3-3 0 2 0, Teilartikel B3-3 0 3 und Artikel B3-3 0 5* Unter Berücksichtigung der in Artikel B8-3 3 2 eingesetzten Mittel beläuft sich der Gesamtbetrag für diese Maßnahmen auf 4 188 000 ECU (1991: 4 325 000 ECU). Veranschlagt sind Mittel zur Finanzierung von Maßnahmen, mit denen das gemeinschaftliche Handeln stärker in das Bewußtsein der öffentlichen Meinung der Drittländer gebracht und die wachsende Rolle der Gemeinschaft in der Welt hervorgehoben wird. Im Rahmen dieser Maßnahmen ist sowohl Öffentlichkeitsarbeit mit Breitenwirkung als auch zielgruppen- und multiplikatorenorientierte Informationsarbeit zur Imagebildung der Gemeinschaft vorgesehen. Sie dienen ebenfalls zur Finanzierung von Informationsmaßnahmen in den Ländern Mittel- und Osteuropas.

KOMMISSION
Teileinzelplan B3
(Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-3 0 — INFORMATION UND KOMMUNIKATION *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B3-3 0 3	***Allgemeine Maßnahmen im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit***						
	Nichtgetrennte Mittel	6 956 000	6 956 000	6 152 000	6 152 000	5 986 611,53	5 986 611,53
	(Unterstützungsausgaben)	*(473 000)*	*(473 000)*	*(473 000)*	*(473 000)*	*(156 000,—)*	*(156 000,—)*
B3-3 0 4	***Die europäische Integration in der Hochschule***						
	Nichtgetrennte Mittel	2 750 000	2 750 000	2 200 000	2 200 000	876 000,—	876 000,—
	(Unterstützungsausgaben)	*(p.m.)*	*(p.m.)*	*(p.m.)*	*(p.m.)*	*(113 000,—)*	*(113 000,—)*
B3-3 0 5	***Vorrangiges Veröffentlichungsprogramm***						
	Nichtgetrennte Mittel	4 200 000	4 200 000				

KOMMISSION
Teileinzelplan B3
(Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-3 0 — INFORMATION UND KOMMUNIKATION *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B3-3 0 3	*Vormals Artikel B3-1 0 9, B3-3 0 3, Teilartikel B3-3 0 4 und Teilposten B3-3 0 2 0* Unter Berücksichtigung der in Artikel B8-3 3 3 eingesetzten Mittel beläuft sich der Gesamtbetrag für diese Maßnahmen auf 7 429 000 ECU (1991: 6 625 000 ECU). Veranschlagt sind Mittel zur Finanzierung einer breitgefächerten Öffentlichkeitsarbeit der Kommission in Form von Kampagnen und Veranstaltungen mit Breitenwirkung, die im Zusammenhang mit gemeinschaftsbezogenen oder sportlichen Ereignissen stehen und die juristischen und politischen Aspekte der europäischen Staatsbürgerschaft zum Inhalt haben. Ziel dieser die einschlägigen Gemeinschaftsmaßnahmen flankierenden vorgesehenen Tätigkeiten ist es, beim Bürger Europas das Gefühl der Zugehörigkeit zur Gemeinschaft zu vertiefen. Der wiederverwendungsfähige Einnahmebetrag wird auf 100 000 ECU geschätzt und umfaßt unter anderem die Einnahmen aus dem Verkauf von Werbeflächen, von schriftlichen audiovisuellen und EDV-Informationsmaterialien und von Werbematerial.
B3-3 0 4	*Vormals Posten B3-1 0 0 5* Bei Artikel B8-3 3 4 wurde ein „p.m." eingesetzt (Gesamtbetrag 1991: 2 200 000 ECU). Entschließung des Europäischen Parlaments vom 14. April 1989 über den fünften Jahresbericht der Kommission an das Europäische Parlament über die Kontrolle der Anwendung des Gemeinschaftsrechts — 1987 (ABl. Nr. C 120 vom 16. 5. 1989, S. 361). Diese Mittel sind zur Finanzierung der Ausgaben im Zusammenhang mit der „Aktion Jean Monnet — Europa in den Hochschulen" bestimmt, in deren Rahmen die Hochschulen — mit Blick auf den Binnenmarkt 1992 — verstärkt aufgefordert werden sollen, Lehrprogramme zu entwickeln und auszubauen, die die europäische Integration zum Inhalt haben. Daraus werden ferner die finanziellen Mittel für die Universität in Frankfurt an der Oder bereitgestellt.
B3-3 0 5	*Neuer Artikel* Dieser Artikel ist zur Finanzierung von Publikationen bestimmt, die bedeutende aktuelle Themen im Zusammenhang mit der gemeinschaftsinternen und -externen Dimension eines die politischen, legislativen und administrativen Maßnahmen der Kommission flankierenden Gemeinschaftsraums zum Inhalt haben und die sich an ein sachkundiges Publikum sowie an die Multiplikatoren der öffentlichen Meinung und die nationalen Behörden richten. Die Publikationskosten umfassen alle Ausgaben, die in der Vorbereitungs- und der Ausarbeitungsphase (einschließlich der Autoren-Verträge) anfallen, sowie alle Kosten im Zusammenhang mit der Auswertung und Vervielfältigung von Dokumenten, der Textredaktion, Übersetzung und Revision (einschließlich der Überprüfung auf Übereinstimmung der Texte), den PR-Maßnahmen, dem Druck und dem Vertrieb der Publikationen. Darüber hinaus werden unter diesem Posten alle Ausgaben im Zusammenhang mit der EDV-gestützten Veröffentlichung, der Verwaltung und dem Ankauf von Daten erfaßt.

KOMMISSION
Teileinzelplan B3
(Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-3 0 — INFORMATION UND KOMMUNIKATION *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B3-3 0 6	***Europa im Sport*** Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.				
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt	34 093 000	34 093 000	24 425 000	24 425 000	20 866 868,—	20 866 868,—
	Getrennte Mittel insgesamt	48 262 000	32 000 000	32 459 000	19 459 000	11 091 999,70	9 038 357,84
	KAPITEL B3-3 0 INSGESAMT	82 355 000 *(4 416 000)*	66 093 000 *(4 416 000)*	56 884 000 *(4 496 000)*	43 884 000 *(4 496 000)*	31 958 867,70 *(5 325 000,—)*	29 905 225,84 *(5 325 000,—)*
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt	34 093 000	34 093 000	24 425 000	24 425 000	20 866 868,—	20 866 868,—
	Getrennte Mittel insgesamt	48 262 000	32 000 000	32 459 000	19 459 000	11 091 999,70	9 038 357,84
	Titel B3-3 insgesamt	**82 355 000** *(4 416 000)*	**66 093 000** *(4 416 000)*	**56 884 000** *(4 496 000)*	**43 884 000** *(4 496 000)*	**31 958 867,70** *(5 325 000,—)*	**29 905 225,84** *(5 325 000,—)*

KOMMISSION
Teileinzelplan B3
(Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-3 0 — INFORMATION UND KOMMUNIKATION *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B3-3 0 6	*Neuer Artikel* Diese Mittel sind zur Finanzierung von Austauschprogrammen zugunsten des Amateursports und zum Austausch von Erfahrungen über den Sport und seine sozialen Auswirkungen bestimmt.

KOMMISSION
Teileinzelplan B3
(Sozialmaßnahmen)

TITEL B3-4

SONSTIGE SOZIALMASSNAHMEN

KAPITEL B3-40 — SOZIALER DIALOG UND BESCHÄFTIGUNG

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
	KAPITEL B3-40						
B3-400	***Sozialer Dialog und Europäischer Sozialraum***						
B3-4000	Arbeitsbeziehungen und sozialer Dialog						
	Nichtgetrennte Mittel	8 393 000	8 393 000	6 399 000	6 399 000	5 859 766,93	5 859 766,93
	(Unterstützungsausgaben)	*(500 000)*	*(500 000)*	*(1 101 000)*	*(1 101 000)*	*(379 000,—)*	*(379 000,—)*
B3-4001	Europäisches Gewerkschaftsinstitut						
	Nichtgetrennte Mittel	2 232 000	2 232 000	2 080 000	2 080 000	1 999 920,—	1 999 920,—
B3-4002	Beihilfe zur Organisation von Zusammenkünften der Arbeitnehmerorganisationen der Gemeinschaft						
	Nichtgetrennte Mittel	5 000 000	5 000 000	5 000 000	5 000 000	400 080,—	400 080,—
B3-4003	Europäisches Technikbüro der Gemeinschaften						
	Nichtgetrennte Mittel	890 000	890 000	830 000	830 000	800 000,—	800 000,—

KOMMISSION
Teileinzelplan B3
(Sozialmaßnahmen)

TITEL B3-4

SONSTIGE SOZIALMASSNAHMEN

KAPITEL B3-40 — SOZIALER DIALOG UND BESCHÄFTIGUNG

Artikel Posten	Erläuterungen
B3-400	
B3-4000	Unter Berücksichtigung der in Artikel B8-340 eingesetzten Mittel beläuft sich der Gesamtbetrag für diese Maßnahmen auf 8 893 000 ECU (1991: 7 500 000 ECU). Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, insbesondere Artikel 118 B. Entschließung des Rates vom 21. Januar 1974 über ein sozialpolitisches Aktionsprogramm (ABl. Nr. C 13 vom 12. 2. 1974, S. 1). Entschließung des Europäischen Parlaments vom 15. März 1989 über die soziale Dimension des Binnenmarktes (ABl. Nr. C 96 vom 17. 4. 1989, S. 61), insbesondere die Punkte 23 und 25. Mitteilung der Kommission vom 29. November 1989 über ihr Aktionsprogramm zur Anwendung der Gemeinschaftscharta der sozialen Grundrechte (KOM(89) 568 endg.), insbesondere die Punkte 2, 3, 6 und 7. Entschließung des Europäischen Parlaments vom 13. September 1990 zu dem Aktionsprogramm der Kommission zur Anwendung der Gemeinschaftscharta der sozialen Grundrechte der Arbeitnehmer — Prioritäten für die Jahre 1991/1992 (ABl. Nr. C 260 vom 15. 10. 1990, S. 167), insbesondere die Punkte 44 bis 46. Schlußfolgerungen des Europäischen Rates von Rhodos, Hannover, Madrid, Dublin, Straßburg und Rom. Diese Mittel sind für finanzielle Hilfen bestimmt, die im Rahmen der Anwendung der Gemeinschaftscharta der sozialen Grundrechte zur Förderung des sozialen Dialogs auf berufsübergreifender und sektoraler Ebene gemäß Artikel 118 B des Vertrages und zur Gewährleistung der Umsetzung der Ergebnisse dieses Dialogs auf einzelstaatlicher Ebene sowie im Rahmen des sozialpolitischen Aktionsprogramms gewährt werden.
B3-4001	Entschließung des Rates vom 21. Januar 1974 über ein sozialpolitisches Aktionsprogramm (ABl. Nr. C 13 vom 12. 2. 1974, S. 1). Eines der in diesem Aktionsprogramm festgelegten Ziele besteht darin, „die an der Arbeit der Gemeinschaft beteiligten Gewerkschaftsorganisationen bei der Errichtung eines Europäischen Gewerkschaftsinstituts zu unterstützen". Dieses Institut soll die Gewerkschaftsorganisationen mit Blick auf die Ausbildung und Information ihrer Mitglieder dabei unterstützen, Studien und Analysen über das Gemeinschaftsgeschehen durchzuführen.
B3-4002	Weißbuch der Kommission vom 14. Juni 1985 an den Europäischen Rat (Mailand, 28. und 29. Juni 1985) „Die Vollendung des Binnenmarktes" (KOM(85) 310 endg.). Mitteilung der Kommission vom 29. November 1989 über ihr Aktionsprogramm zur Anwendung der Gemeinschaftscharta der sozialen Grundrechte (KOM(89) 568 endg.), insbesondere Punkt 7. Diese Mittel sind zur Deckung der Ausgaben für Informations- und Bildungsmaßnahmen im Hinblick auf die Vollendung des Binnenmarktes und die Eingliederung der Arbeitnehmer bestimmt, die insbesondere von der Europäischen Gewerkschaftsakademie und vom Europäischen Arbeitnehmerzentrum durchgeführt werden.
B3-4003	Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, insbesondere Artikel 100 A und 118 A. Entschließung des Rates vom 21. Januar 1974 über ein sozialpolitisches Aktionsprogramm (ABl. Nr. C 13 vom 12. 2. 1974, S. 1). Weißbuch der Kommission vom 14. Juni 1985 an den Europäischen Rat (Mailand, 28. und 29. Juni 1985) „Die Vollendung des Binnenmarktes" (KOM(85) 310 endg.). Entschließung des Europäischen Parlaments vom 13. September 1990 zu dem Aktionsprogramm der Kommission zur Anwendung der Gemeinschaftscharta der sozialen Grundrechte der Arbeitnehmer — Prioritäten für die Jahre 1991/1992 (ABl. Nr. C 260 vom 15. 10. 1990, S. 167). Der gewährte Zuschuß wird es diesem Büro ermöglichen, die Arbeitnehmervertreter bei den Arbeiten im Bereich der europäischen technischen Normen zu unterstützen, indem ihnen das Fachwissen zur Verfügung gestellt wird, damit sie im Beratenden Ausschuß für Sicherheit, Arbeitshygiene und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz ihre begründete Stellungnahme abgeben können.

KOMMISSION

Teileinzelplan B3
(Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-4 0 — SOZIALER DIALOG UND BESCHÄFTIGUNG *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B3-4 0 0	*(Fortsetzung)*						
B3-4 0 0 4	Zuschüsse zu transnationalen Zusammenkünften von Arbeitnehmervertretern aus grenzüberschreitend tätigen Unternehmen in der Gemeinschaft Nichtgetrennte Mittel	14 000 000	14 000 000				
B3-4 0 0 5	Pilotvorhaben: Rückkauf von Unternehmen durch die Arbeitnehmer Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.				
	Artikel B3-4 0 0 insgesamt	30 515 000 *(500 000)*	30 515 000 *(500 000)*	14 309 000 *(1 101 000)*	14 309 000 *(1 101 000)*	9 059 766,93 *(379 000,—)*	9 059 766,93 *(379 000,—)*
B3-4 0 1	***Arbeitsmarkt und Beschäftigung***						
B3-4 0 1 0	Arbeitsmarkt und Beschäftigung Nichtgetrennte Mittel	13 145 000	13 145 000	8 485 000 (1)	8 485 000 (1)	5 904 754,25	5 904 754,25
	(Unterstützungsausgaben)	*(1 500 000)*	*(1 500 000)*	*(3 215 000)*	*(3 215 000)*	*(1 032 000,—)*	*(1 032 000,—)*

(1) Durch die Mittelübertragung Nr. 1/1991 wurden diese Mittel um 1 000 000 ECU (aus Kapitel B0-4 0) aufgestockt.

KOMMISSION
Teileinzelplan B3
(Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-40 — SOZIALER DIALOG UND BESCHÄFTIGUNG *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B3-400	*(Fortsetzung)*
B3-4004	*Neuer Posten* Bis zum Inkrafttreten des Richtlinienentwurfs der Kommission über die Informations- und Konsultationsrechte der Arbeitnehmer in grenzüberschreitenden Unternehmen dienen diese Mittel zur Finanzierung von transnationalen Zusammenkünften der Arbeitnehmervertreter aus grenzüberschreitend tätigen Unternehmen der Gemeinschaft. Sie sind zur Unterstützung des betrieblichen Informationsaustausches grenzüberschreitender Natur, insbesondere zur Übernahme der Kosten für Dolmetscher, Reisen etc. bestimmt. Die Zuschüsse sind von den Arbeitnehmervertretern direkt bei der zuständigen Stelle der Kommission zu beantragen.
B3-4005	*Neuer Posten* Entschließung des Europäischen Parlaments von 24. Januar 1991 zum Statut der Europäischen Genossenschaft und der anderen Unternehmen der „Economie sociale" im allgemeinen (ABl. Nr. C 48 vom 25. 2. 1991, S. 114). Diese Mittel dienen der Ausarbeitung und Durchführung eines transregionalen europäischen Pilotvorhabens, dessen Ziel es ist, den Arbeitnehmern eines in Konkurs gegangenen Unternehmens zu ermöglichen, dieses zu bestmöglichen Bedingungen zu Übernehmen.
B3-401	
B3-4010	Unter Berücksichtigung der in Posten B8-3 4 1 0 eingesetzten Mittel beläuft sich der Gesamtbetrag für diese Maßnahmen auf 14 645 000 ECU (1991: 11 700 000 ECU). Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, insbesondere Artikel 46. Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, inbesondere Artikel 48, 49, 117, 118 und 118 B. Verordnung (EWG) Nr. 1612/68 des Rates vom 15. Oktober 1968 über die Freizügigkeit der Arbeitnehmer innerhalb der Gemeinschaft (ABl. Nr. L 257 vom 19. 10. 1968, S. 2), geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 312/76 (ABl. Nr. L 39 vom 14. 2. 1976, S. 2), insbesondere Artikel 23. Entschließung des Rates vom 21. Januar 1974 über ein sozialpolitisches Aktionsprogramm (ABl. Nr. C 13 vom 12. 2. 1974, S. 1), insbesondere Priorität Nr. 9. Entschließung des Rates vom 9. Februar 1976 über ein Aktionsprogramm zugunsten der Wanderarbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen (ABl. Nr. C 34 vom 14. 2. 1976, S. 2), insbesondere Ziffer 1 Buchstabe a). Entschließung des Rates vom 18. Dezember 1979 über die Anpassung der Arbeitszeit (ABl. Nr. C 2 vom 4. 1. 1980, S. 1). Entschließung des Rates vom 27. Juni 1980 über Leitlinien für eine Arbeitsmarktpolitik der Gemeinschaft (ABl. Nr. C 168 vom 8. 7. 1980, S. 1). Entschließung des Rates vom 12. Juli 1982 über eine Gemeinschaftsaktion zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit (ABl. Nr. C 186 vom 21. 7. 1982, S. 1). Entschließung des Rates vom 23. Januar 1984 zur Förderung der Beschäftigung von Jugendlichen (ABl. Nr. C 29 vom 4. 2. 1984, S. 1). Entschließung des Rates vom 7. Juni 1984 über den Beitrag der örtlichen Beschäftigungsinitiativen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit (ABl. Nr. C 161 vom 21. 6. 1984, S. 1). Entschließung des Rates vom 7. Juni 1984 zur Bekämpfung der Frauenarbeitslosigkeit (ABl. Nr. C 161 vom 21. 6. 1984, S. 4). Entschließung des Rates vom 19. Dezember 1984 zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit (ABl. Nr. C 2 vom 4. 1. 1985, S. 3). Schlußfolgerungen des Rates vom 13. Juni 1985 über ein Programm für spezifische beschäftigungsfördernde Maßnahmen (ABl. Nr. C 165 vom 4. 7. 1985, S. 1).

KOMMISSION
Teileinzelplan B3
(Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-4 0 — SOZIALER DIALOG UND BESCHÄFTIGUNG *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B3-4 0 1	*(Fortsetzung)*						
B3-4 0 1 0	*(Fortsetzung)*						
B3-4 0 1 1	SEDOC (Internationaler Ausgleich von Stellenangeboten und Arbeitsgesuchen)						
	Nichtgetrennte Mittel	2 424 000	2 424 000	668 000	668 000	258 137,42	258 137,42
	(Unterstützungsausgaben)	*(p.m.)*	*(p.m.)*	*(332 000)*	*(332 000)*	*(41 000,—)*	*(41 000,—)*
B3-4 0 1 2	Maßnahmen zur Verwirklichung der Gleichstellung von Männern und Frauen						
	Nichtgetrennte Mittel	4 979 000	4 979 000	4 234 000	4 234 000	2 253 954,—	2 253 954,—
	(Unterstützungsausgaben)	*(466 000)*	*(466 000)*	*(466 000)*	*(466 000)*	*(546 000,—)*	*(546 000,—)*

KOMMISSION
Teileinzelplan B3
(Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-4 0 — SOZIALER DIALOG UND BESCHÄFTIGUNG *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B3-4 0 1	*(Fortsetzung)*
B3-4 0 1 0	*(Fortsetzung)*
	Entschließung des Rates vom 22. Dezember 1986 über ein Aktionsprogramm zur Förderung des Beschäftigungswachstums (ABl. Nr. C 340 vom 31. 12. 1986, S. 2).
	Entschließung des Rates und der im Rat vereinigten Minister für Arbeit und Sozialfragen vom 30. November 1989 über die Errichtung einer europäischen Beobachtungsstelle für die Beschäftigung (ABl. Nr. C 328 vom 30. 12. 1989, S. 1).
	Entschließung des Rates vom 29. Mai 1990 über Maßnahmen zur Unterstützung der Langzeitarbeitslosen (ABl. Nr. C 157 vom 27. 6. 1990, S. 4).
	Entschließung des Europäischen Parlaments von 13. September 1990 zu dem Aktionsprogramm der Kommission zur Anwendung der Gemeinschaftscharta der sozialen Grundrechte der Arbeitnehmer — Prioritäten für die Jahre 1991/1992 (ABl. Nr. C 260 vom 15. 10. 1990, S. 167), insbesondere Teil I und Punkt 26.
	Veranschlagt sind Mittel zur Förderung spezifischer beschäftigungsfördernder Projekte vor dem Hintergrund der Vollendung des Binnenmarktes Ende 1992, die sich zwangsläufig in einigen Sektoren und Regionen nicht nur positiv auswirken wird.
	Sie decken auch die Finanzierung von Umschulungsprogrammen für Zollagenten.
	Außerdem sollen Aktionen zugunsten der Wiedereingliederung von Vorbestraften in den Arbeitsmarkt unterstützt werden.
	Für Frauen sind Mittel vorzusehen, denn die lokalen Beschäftigungsinitiativen sind das einzige Programm in der Gemeinschaft, aus dem von Frauen gegründeten Unternehmen finanzielle Unterstützung gewährt wird. Die Erfahrungen zeigen im übrigen, daß die den Frauen von der Gemeinschaft gewährte Unterstützung den Zugang zu anderen, nationalen Hilfsprogrammen oder zu Bankkrediten erleichtert.
B3-4 0 1 1	Bei Posten B8-3 4 1 1 wurde ein „p.m." eingesetzt (Gesamtbetrag 1991: 1 000 000 ECU).
	Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, insbesondere Artikel 48, 49, 117, 118 und 118 B.
	Verordnung (EWG) Nr. 1612/68 des Rates vom 15. Oktober 1968 über die Freizügigkeit der Arbeitnehmer innerhalb der Gemeinschaft (ABl. Nr. L 257 vom 19. 10. 1968, S. 2), geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 312/76 (ABl. Nr. L 39 vom 14. 2. 1976, S. 2), insbesondere Artikel 23.
	Entschließung des Rates vom 21. Januar 1974 über ein sozialpolitisches Aktionsprogramm (ABl. Nr. C 13 vom 12. 2. 1974, S. 1), insbesondere Priorität Nr. 9.
	Entschließung des Rates vom 9. Februar 1976 über ein Aktionsprogramm zugunsten der Wanderarbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen (ABl. Nr. C 34 vom 14. 2. 1976, S. 2), insbesondere Ziffer 1 Buchstabe a).
	Entschließung des Rates vom 27. Juni 1980 über Leitlinien für eine Arbeitsmarktpolitik der Gemeinschaft (ABl. Nr. C 168 vom 8. 7. 1980, S. 1).
	Verordnung (EWG) Nr. 3044/89 des Rates vom 6. Oktober 1989 zur Durchführung einer Stichprobenerhebung über Arbeitskräfte im Frühjahr 1990 und 1991 (ABl. Nr. L 292 vm 11. 10. 1989, S. 2).
	Entschließung des Europäischen Parlaments vom 13. September 1990 zu dem Aktionsprogramm der Kommission zur Anwendung der Gemeinschaftscharta der sozialen Grundrechte der Arbeitnehmer — Prioritäten für die Jahre 1991/1992 (ABl. Nr. C 260 vom 15. 10. 1990, S. 167), insbesondere Punkt 20.
	Diese Mittel dienen im Rahmen der Vollendung des Binnenmarkts zur Verwirklichung eines strukturierten Informatiksystems, das den Arbeitnehmern die Gewährleistung der Freizügigkeit und ihres durchschaubaren und nichtdiskriminierenden Funktionierens insbesondere hinsichtlich des Zugangs europäischer Bürger zur Beschäftigung in anderen Ländern als ihrem Herkunftsland sichert.
B3-4 0 1 2	Unter Berücksichtigung der in Posten B8-3 4 1 2 eingesetzten Mittel beläuft sich der Gesamtbetrag für diese Maßnahmen auf 5 445 000 ECU (1991: 4 700 000 ECU).
	Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, insbesondere Artikel 119.
	Richtlinie 75/117/EWG des Rates vom 10. Februar 1975 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Anwendung des Grundsatzes des gleichen Entgelts für Männer und Frauen (ABl. Nr. L 45 vom 19. 2. 1975, S. 19).
	Richtlinie 76/207/EWG des Rates vom 9. Februar 1976 zur Anwendung des Grundsatzes der Gleichbehandlung von Männern und Frauen hinsichtlich des Zugangs zur Beschäftigung, zur Berufsbildung und zum beruflichen Aufstieg sowie in bezug auf die Arbeitsbedingungen (ABl. Nr. L 39 vom 14. 2. 1976, S. 40).
	Richtlinie 79/7/EWG des Rates vom 19. Dezember 1978 zur schrittweisen Verwirklichung des Grundsatzes der Gleichbehandlung von Männern und Frauen im Bereich der sozialen Sicherheit (ABl. Nr. L 6 vom 10. 1. 1979, S. 24).
	Beschluß 82/43/EWG der Kommission vom 9. Dezember 1981 über die Einsetzung eines Beratenden Ausschusses für Chancengleichheit von Frauen und Männern (ABl. Nr. L 20 vom 28. 1. 1982, S. 35).

KOMMISSION
Teileinzelplan B3
(Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-4 0 — SOZIALER DIALOG UND BESCHÄFTIGUNG *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B3-4 0 1	*(Fortsetzung)*						
B3-4 0 1 2	*(Fortsetzung)*						
B3-4 0 1 3	Maßnahmen zugunsten der Arbeitslosen in der Textil- und Bekleidungsindustrie Nichtgetrennte Mittel	1 000 000	1 000 000	1 000 000	1 000 000		
B3-4 0 1 4	EG-Sozialberatungsstellen Nichtgetrennte Mittel	1 000 000	1 000 000	500 000	500 000		

KOMMISSION
Teileinzelplan B3
(Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-4 0 — SOZIALER DIALOG UND BESCHÄFTIGUNG *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B3-4 0 1	*(Fortsetzung)*
B3-4 0 1 2	*(Fortsetzung)* Empfehlung 84/635/EWG des Rates vom 13. Dezember 1984 zur Förderung positiver Maßnahmen für Frauen (ABl. Nr. L 331 vom 19. 12. 1984, S. 34). Richtlinie 86/378/EWG des Rates vom 24. Juli 1986 zur Verwirklichung des Grundsatzes der Gleichbehandlung von Männern und Frauen bei den betrieblichen Systemen der sozialen Sicherheit (ABl. Nr. L 225 vom 12. 8. 1986, S. 40). Richtlinie 86/613/EWG des Rates vom 11. Dezember 1986 zur Verwirklichung des Grundsatzes der Gleichbehandlung von Männern und Frauen, die eine selbständige Erwerbstätigkeit — auch in der Landwirtschaft — ausüben, sowie über den Mutterschutz (ABl. Nr. L 359 vom 19. 12. 1986, S. 56). Vorschlag für eine Richtlinie des Rates, von der Kommission dem Rat vorgelegt am 27. Oktober 1987, zur ergänzenden Verwirklichung des Grundsatzes der Gleichbehandlung von Männern und Frauen bei den gesetzlichen und betrieblichen Systemen der sozialen Sicherheit (KOM(87) 494 endg.). Vorschlag für eine Richtlinie des Rates, von der Kommission dem Rat vorgelegt am 27. Mai 1988, zur Beweislast im Bereich des gleichen Entgelts und der Gleichbehandlung von Frauen und Männern (ABl. Nr. C 176 vom 5. 7. 1988, S. 5). Entschließung des Rates vom 29. Mai 1990 zum Schutz der Würde von Frauen und Männern am Arbeitsplatz (ABl. Nr. C 157 vom 27. 6. 1990, S. 3). Vorschlag für eine Richtlinie des Rates, von der Kommission vorgelegt am 18. September 1990, über Maßnahmen zur Förderung von Verbesserungen im Bereich der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes von Schwangeren, Wöchnerinnen und stillenden Müttern am Arbeitsplatz (ABl. Nr. C 281 vom 9. 11. 1990, S. 3), geändert am 8. Januar 1991 (ABl. Nr. C 25 vom 1. 2. 1991, S. 9). Entschließung des Rates vom 21. Mai 1991 zum dritten mittelfristigen Aktionsprogramm der Gemeinschaft für die Chancengleichheit für Frauen und Männer (1991-1995) (ABl. Nr. C 142 vom 31. 5. 1991, S. 1). Die Kommission beteiligt sich an Untersuchungen und Informationsmaßnahmen der einzelstaatlichen Stellen über die Gleichstellung und führt Maßnahmen in Zusammenarbeit mit dem Beratenden Ausschuß für Chancengleichheit von Frauen und Männern durch. Diese Mittel dienen der Finanzierung des dritten Aktionsprogramms, insbesondere der Netze, der örtlichen Beschäftigungsinitiativen sowie der sonstigen Maßnahmen und Vorhaben. Sie dienen ebenfalls zur Finanzierung der wichtigsten Initiative im Zusammenhang mit der Gemeinschaftsaktion zugunsten der Chancengleichheit von Männern und Frauen.
B3-4 0 1 3	Entschließung des Europäischen Parlaments vom 13. September 1990 zum Aktionsprogramm der Kommission zur Anwendung der Gemeinschaftscharta der sozialen Grundrechte der Arbeitnehmer — Prioritäten für die Jahre 1991/1992 (ABl. Nr. C 260 vom 15. 10. 1990, S. 167), insbesondere Teil I. Entschließung des Europäischen Parlaments vom 11. Oktober 1990 zu der etwaigen Erneuerung des Multifaserabkommens oder der Folgeregelung nach 1991 (ABl. Nr. C 284 vom 12. 11. 1990, S. 147). Mit diesen Mitteln soll den Folgen entgegengewirkt werden, die Arbeitslosigkeit und Umstellung unter Umständen für die Arbeitskräfte in diesem Industriezweig, insbesondere in Gemeinschaftsregionen mit einem Rückstand im Bereich der industriellen Modernisierung, haben werden, wobei Aktionen oder Projekte in diesem Bereich zu finanzierem sind.
B3-4 0 1 4	*Vormals Posten B3-4 1 1 2* Entschließung der Europäischen Parlaments vom 15. März 1989 über die soziale Dimension des Binnenmarktes (ABl. Nr. C 96 vom 17. 4. 1989, S. 61). Mitteilung der Kommission vom 29. November 1989 über ihr Aktionsprogramm zur Anwendung der Gemeinschaftscharta der sozialen Grundrechte der Arbeitnehmer (KOM(89) 568 endg.). Entschließung des Europäischen Parlaments vom 13. September 1990 zu dem Aktionsprogramm der Kommission zur Anwendung der Gemeinschaftscharta der sozialen Grundrechte der Arbeitnehmer — Prioritäten für die Jahre 1991/1992 (ABl. Nr. C 260 vom 15. 10. 1990, S. 167), insbesondere die Punkte 7 und 35.

KOMMISSION
Teileinzelplan B3
(Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-4 0 — SOZIALER DIALOG UND BESCHÄFTIGUNG *(Fortsetzung)*

KAPITEL B3-4 1 — SOZIALER SCHUTZ UND FREIZÜGIGKEIT

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B3-4 0 1	*(Fortsetzung)*						
B3-4 0 1 4	*(Fortsetzung)*						
	Artikel B3-4 0 1 insgesamt	22 548 000 *(1 966 000)*	22 548 000 *(1 966 000)*	14 887 000 *(4 013 000)*	14 887 000 *(4 013 000)*	8 416 845,67 *(1 619 000,—)*	8 416 845,67 *(1 619 000,—)*
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt	53 063 000	53 063 000	29 196 000	29 196 000	17 476 612,60	17 476 612,60
	Getrennte Mittel insgesamt						
	KAPITEL B3-4 0 INSGESAMT	53 063 000 *(2 466 000)*	53 063 000 *(2 466 000)*	29 196 000 *(5 114 000)*	29 196 000 *(5 114 000)*	17 476 612,60 *(1 998 000,—)*	17 476 612,60 *(1 998 000,—)*
	KAPITEL B3-4 1						
B3-4 1 0	***Sozialer Schutz***						
B3-4 1 0 0	Maßnahmen und Studien — Soziale Sicherheit						
	Nichtgetrennte Mittel	900 000	900 000	600 000	600 000	468 291,33	468 291,33
	(Unterstützungsausgaben)	*(p.m.)*	*(p.m.)*	*(p.m.)*	*(p.m.)*	*(198 000,—)*	*(198 000,—)*
B3-4 1 0 1	Maßnahmen zugunsten der Familien, einschließlich Schutz der Jugend						
	Nichtgetrennte Mittel	1 100 000	1 100 000	2 329 000	2 329 000	1 729 382,67	1 729 382,67
	(Unterstützungsausgaben)	*(400 000)*	*(400 000)*	*(571 000)*	*(571 000)*	*(0,—)*	*(0,—)*

KOMMISSION
Teileinzelplan B3
(Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-4 0 — SOZIALER DIALOG UND BESCHÄFTIGUNG *(Fortsetzung)*

KAPITEL B3-4 1 — SOZIALER SCHUTZ UND FREIZÜGIGKEIT

Artikel Posten	Erläuterungen
B3-4 0 1	*(Fortsetzung)*
B3-4 0 1 4	*(Fortsetzung)* Diese Mittel sind vor allem für die Finanzierung von „Sozialberatungsstellen" vorgesehen, die für Erwerbstätige (für eigene oder fremde Rechnung), für Arbeitsuchende, für Unternehmen und für Bildungszentren, insbesondere in den Grenz- und Randregionen bestimmt sind.
B3-4 1 0	
B3-4 1 0 0	In Posten B8-3 5 0 0 wurde ein „p.m." eingesetzt (Gesamtbetrag 1991: 600 000 ECU). Mitteilung der Kommission an den Rat vom 24. Juli 1986 „Probleme der sozialen Sicherheit — Themen von gemeinsamem Interesse" (KOM(86) 410 endg.). Mitteilung der Kommission vom 29. November 1989 über ihr Aktionsprogramm zur Anwendung der Gemeinschaftscharta der sozialen Grundrechte (KOM(89) 568 endg.). Entschließung des Europäischen Parlaments von 13. September 1990 zu dem Aktionsprogramm der Kommission zur Anwendung der Gemeinschaftscharta der sozialen Grundrechte der Arbeitnehmer — Prioritäten für die Jahre 1991/1992 (ABl. Nr. C 260 vom 15. 10. 1990, S. 167), insbesondere die Punkte 36, 37, 39, 42 und 43. Vorschlag für eine Empfehlung des Rates von der Kommission vorgelegt am 27. Juni 1991 über die Ziele der Sozialschutzpolitiken und deren Annäherung (ABl. Nr. C 194 vom 25. 7. 1991, S. 13). Entwurf einer Mitteilung der Kommission über die Zusatzversorgungssysteme der sozialen Sicherheit. Diese Aktionen zielen darauf ab, die Überlegungen über die Entwicklungen, welche die soziale Sicherheit beeinflussen, in Form von Studien, Sitzungen und Seminaren fortzuführen. Dieser Posten ist zur Deckung finanzieller Hilfen in den vorgenannten Bereichen bestimmt.
B3-4 1 0 1	*Vormals Teilposten B3-4 1 0 1* Unter Berücksichtigung der in Posten B8-3 5 0 1 eingesetzten Mittel beläuft sich der Gesamtbetrag für diese Maßnahmen auf 1 500 000 ECU (1991: 2 900 000 ECU). Schlußfolgerungen des Rates und der im Rat vereinigten Minister für Familienfragen vom 29. September 1989 zur Familienpolitik (ABl. Nr. C 277 vom 31. 10. 1989, S. 2). Entschließung des Europäischen Parlaments vom 13. September 1990 zu dem Aktionsprogramm der Kommission zur Anwendung der Gemeinschaftscharta der sozialen Grundrechte für Arbeitnehmer — Prioritäten für die Jahre 1991/1992 (ABl. Nr. C 260 vom 15. 10. 1990, S. 167), insbesondere die Punkte 84 bis 86.

KOMMISSION

Teileinzelplan B3
(Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-4 1 — SOZIALER SCHUTZ UND FREIZÜGIGKEIT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B3-4 1 0	*(Fortsetzung)*						
B3-4 1 0 1	*(Fortsetzung)*						
B3-4 1 0 2	HELIOS (Gemeinschaftsaktionen zugunsten der Behinderten)						
	Getrennte Mittel	8 000 000	8 000 000	5 922 000 (1)	5 922 000 (2)	6 356 506,16	5 559 731,76
	(Unterstützungsausgaben)	*(1 300 000)*	*(1 300 000)*	*(1 578 000)*	*(1 578 000)*	*(142 000,—)*	*(142 000,—)*

(1) Durch die Mittelübertragung Nr. 1/1991 wurden diese Mittel um 400 000 ECU (aus Kapitel B0-4 0) aufgestockt.
(2) Durch die Mittelübertragung Nr. 1/1991 wurden diese Mittel um 200 000 ECU (aus Kapitel B0-4 0) aufgestockt.

KOMMISSION
Teileinzelplan B3
(Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-4 1 — SOZIALER SCHUTZ UND FREIZÜGIGKEIT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B3-4 1 0	*(Fortsetzung)*
B3-4 1 0 1	*(Fortsetzung)* Die Aktionen haben zum Ziel — Informationstätigkeit, um regelmäßig mit Unterstützung des von der Kommission geschaffenen Sachverständigennetzes und anhand einschlägiger Studien Daten zur Bevölkerungsentwicklung und zur Situation der Familie (Zusammensetzung der Haushalte, Erwerbstätigkeit der Frauen, Entwicklung der Geburtenhäufigkeit, Informations- und Sensibilisierungsmaßnahmen auf dem Gebiet des Jungendschutzes usw.) zu erarbeiten und vorzulegen; — Einbeziehung familienpolitischer Erwägungen bei der Umsetzung bestimmter Gemeinschaftspolitiken (Freizügigkeit, Chancengleichheit für Männer und Frauen); — Regelmäßiger Informationsaustausch auf Gemeinschaftsebene betreffend: — Maßnahmen um die Umsetzung der Politik der Chancengleichheit für Männer und Frauen zu sichern; — Maßnahmen zugunsten der Familie; — Maßnahmen zum Schutz von Kindern und Heranwachsenden; — Unterstützung von Maßnahmen auf europäischer Ebene im Bereich Freiwilligenarbeit.
B3-4 1 0 2	Unter Berücksichtigung der in Posten B8-3 5 0 2 eingesetzten Mittel beläuft sich der Gesamtbetrag für diese Maßnahmen auf 9 300 000 ECU (1991: 7 500 000 ECU). Entschließung des Rates vom 27. Juni 1974 über das erste gemeinschaftliche Aktionsprogramm zur beruflichen Rehabilitation von Behinderten (ABl. Nr. C 80 vom 9. 7. 1974, S. 30). Entschließung des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten vom 21. Dezember 1981 über die soziale Integration der Behinderten in die Gesellschaft (ABl. Nr. C 347 vom 31. 12. 1981, S. 1). Empfehlung 86/379/EWG des Rates vom 24. Juli 1986 zur Beschäftigung von Behinderten in der Gemeinschaft (ABl. Nr. L 225 vom 12. 8. 1986, S. 43). Schlußfolgerungen des Rates und der im Rat vereinigten Minister für das Bildungswesen vom 14. Mai 1987 zu einem europäischen Kooperationsprogramm für die schulische Eingliederung behinderter Kinder (ABl. Nr. C 211 vom 8. 8. 1987, S. 1). Beschluß 88/231/EWG des Rates vom 18. April 1988 über ein zweites Aktionsprogramm der Gemeinschaft zugunsten der Behinderten (HELIOS) (ABl. Nr. L 104 vom 23. 4. 1988, S. 38). Schlußfolgerungen des Rates vom 12. Juni 1989 über die Beschäftigung von Behinderten in der Gemeinschaft (ABl. Nr. C 173 vom 8. 7. 1989, S. 1). Beschluß 89/658/EWG des Rates vom 18. Dezember 1989 zur Fortführung des HANDYNET-Systems im Rahmen des HELIOS-Programms (ABl. Nr. L 393 vom 30. 12. 1989, S. 35). Entschließung des Rates und der im Rat vereinigten Minister für das Bildungswesen vom 31. Mai 1990 über die Eingliederung von behinderten Kindern und Jugendlichen in allgemeine Bildungssysteme (ABl. Nr. C 162 vom 3. 7. 1990, S. 2). Entschließung des Europäischen Parlaments vom 13. September 1990 zu dem Aktionsprogramm der Kommission zur Anwendung der Gemeinschaftscharta der sozialen Grundrechte der Arbeitnehmer — Prioritäten für die Jahre 1991/1992 (ABl. Nr. C 260 vom 15. 10. 1990, S. 167), Punkte 98, 100 bis 102, 105 bis 107 und 108. Vorschlag für eine Richtlinie des Rates, von der Kommission vorgelegt am 11. Februar 1991, über Mindestvorschriften zur Verbesserung der Mobilität und sicheren Beförderung von in ihrer Bewegungsfreiheit beeinträchtigten Arbeitnehmern auf dem Weg zum Arbeitsplatz (ABl. Nr. C 68 vom 16. 3. 1991, S. 7). Vorschlag für einen Beschluß des Rates, von der Kommission vorgelegt am 8. Oktober 1991, über ein drittes Aktionsprogramm der Gemeinschaft zugunsten der Behinderten — HELIOS II (1992-1996) (ABl. Nr. C 293 vom 12. 11. 1991, S. 2). Entschließung des Rates und die im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten vom 16. Dezember 1991 zu einem Aktionsprogramm der Gemeinschaft über die Fortbewegung von in ihrer Bewegungsfähigkeit beeinträchtigten Personen (ABl. Nr. C 18 vom 24. 1. 1992, S. 1).

KOMMISSION
Teileinzelplan B3
(Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-4 1 — SOZIALER SCHUTZ UND FREIZÜGIGKEIT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B3-4 1 0	*(Fortsetzung)*						
B3-4 1 0 2	*(Fortsetzung)*						
B3-4 1 0 3	Maßnahmen zur Bekämpfung der Armut						
	Getrennte Mittel	16 500 000	14 420 000	10 179 000 (1)	8 479 000 (2)	9 813 144,16	10 552 256,20
	(Unterstützungsausgaben)	*(500 000)*	*(500 000)*	*(1 821 000)*	*(1 821 000)*	*(181 000,—)*	*(181 000,—)*

(1) Durch die Mittelübertragung Nr. 1/1991 wurden diese Mittel um 600 000 ECU (aus Kapitel B0-4 0) aufgestockt.
(2) Durch die Mittelübertragung Nr. 1/1991 wurden diese Mittel um 400 000 ECU (aus Kapitel B0-4 0) aufgestockt.

KOMMISSION
Teileinzelplan B3
(Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-4 1 — SOZIALER SCHUTZ UND FREIZÜGIGKEIT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B3-4 1 0	*(Fortsetzung)*
B3-4 1 0 2	*(Fortsetzung)*

Im Rahmen des Programms HELIOS (Handicapped people in the European Community living independently in an open society) sind Mittel veranschlagt zur Finanzierung eines Netzes örtlicher Vorhaben, des Verbunds der Rehabilitationszentren, des Systems HANDYNET (Handicapped people network), der Ausweitung eines Dokumentations- und Informationsprogramms sowie eines Austauschprogramms und der Veranstaltung von Seminaren für Nichtregierungsorganisationen mit europäischer Zielsetzung.

Aus dem erhöhten Mittelansatz werden vor allem Maßnahmen und Projekte gefördert, die von Nichtregierungsorganisationen durchgeführt werden.

Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 8 000 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind	3 208 000	2 422 000	400 000	200 000	186 000	
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	5 922 000 (1)	3 500 000	1 763 000	400 000	259 000	
Mittel 1992	8 000 000		5 837 000	1 163 000	1 000 000	
Insgesamt	17 130 000	5 922 000 (2)	8 000 000	1 763 000	1 445 000	

(1) Durch die Mittelübertragung Nr. 1/1991 wurden diese Mittel um 400 000 ECU (aus Kapitel B0-4 0) aufgestockt.

(2) Durch die Mittelübertragung Nr. 1/1991 wurden diese Mittel um 200 000 ECU (aus Kapitel B0-4 0) aufgestockt.

B3-4 1 0 3

Unter Berücksichtigung der in Posten B8-3 5 0 3 eingesetzten Mittel beläuft sich der Gesamtbetrag für diese Maßnahmen auf 17 000 000 ECU für Verpflichtungsermächtigungen und 14 920 000 ECU für Zahlungsermächtigungen (1991: 12 000 000 ECU für Verpflichtungsermächtigungen und 10 300 000 ECU für Zahlungsermächtigungen).

Beschluß 85/8/EWG des Rates vom 19. Dezember 1984 über gezielte Maßnahmen zur Bekämpfung der Armut auf Gemeinschaftsebene (ABl. Nr. L 2 vom 3. 1. 1985, S. 24).

Beschluß 89/457/EWG des Rates vom 18. Juli 1989 über ein mittelfristiges Aktionsprogramm der Gemeinschaft zur wirtschaftlichen und sozialen Eingliederung der in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht benachteiligten Personengruppen (ABl. Nr. L 224 vom 2. 8. 1989, S. 10).

Entschließung des Rates und der im Rat vereinigten Minister für Sozialfragen vom 29. September 1989 über die Bekämpfung der sozialen Ausgrenzung (ABl. Nr. C 277 vom 31. 10. 1989, S. 1).

Abschlußericht der Kommission vom 13. Februar 1991 über das zweite europäische Programm zur Bekämpfung der Armut (KOM(91) 29 endg.).

Entschließung des Europäischen Parlaments vom 17. April 1991 zu den Leitlinien für die Haushaltspolitik 1992 (ABl. Nr. C 129 vom 20. 05. 1991, S. 72), insbesondere Ziffer 4 Buchstabe b).

Mit diesen Mitteln soll die Beteiligung der Gemeinschaft an Modellvorhaben gedeckt werden, die in den Mitgliedstaaten im Rahmen des Programms zur wirtschaftlichen und sozialen Eingliederung der am stärksten Personengruppen durchgeführt werden (Drittes Programm zur Bekämpfung der Armut).

Sie sind auch zur Finanzierung der Aktionen zur Unterstützung von Obachlosen bestimmt.

KOMMISSION
Teileinzelplan B3
(Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-4 1 — SOZIALER SCHUTZ UND FREIZÜGIGKEIT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B3-4 1 0	*(Fortsetzung)*						
B3-4 1 0 3	*(Fortsetzung)*						
B3-4 1 0 4	Maßnahmen zugunsten der älteren Menschen Nichtgetrennte Mittel	4 339 000	4 339 000				

KOMMISSION
Teileinzelplan B3
(Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-4 1 — SOZIALER SCHUTZ UND FREIZÜGIGKEIT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B3-4 1 0	*(Fortsetzung)*
B3-4 1 0 3	*(Fortsetzung)*

Ebenfalls bei diesem Posten eingesetzt sind die Kosten für die Erstellung genauerer statistischer Daten über das Phänomen der Armut, insbesondere durch eine engere Zusammenarbeit zwischen EUROSTAT und den nationalen Statistischen Ämtern und Fortsetzung der bisherigen Untersuchungen zum Thema der Eingliederung in Stadtgebieten.

Aus diesen Mitteln sollen ebenfalls Zuschüsse, Studien, Kosten von Seminaren und Tagungen sowie die Öffentlichkeitsarbeit finanziert werden.

Von der Gesamtausstattung sind 2 500 000 ECU für die direkte Finanzierung außerhalb des Programmrahmens bestimmt, um die bereits erreichten Ergebnisse zu konsolidieren (insbesondere die des Aktionsprogramms von 1985-1989), einschließlich der Austausch- und Stützungsnetze (alleinerziehende Elternteile; Langzeitarbeitslosigkeit, integrierte Programme für die ländlichen Gebiete) und der Herstellung und Stärkung des Dialogs mit den Nichtregierungsorganisationen.

Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 16 500 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind	9 718 000	5 000 000	1 500 000	1 500 000	1 718 000	
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	10 179 000 (1)	3 479 000	3 000 000	3 000 000	700 000	
Mittel 1992	16 500 000		9 920 000	3 000 000	2 000 000	580 000
Insgesamt	36 397 000	8 479 000 (2)	14 420 000	7 500 000	4 418 000	580 000

(1) Durch die Mittelübertragung Nr. 1/1991 wurden diese Mittel um 600 000 ECU (aus Kapitel B0-4 0) aufgestockt.

(2) Durch die Mittelübertragung Nr. 1/1991 wurden diese Mittel um 400 000 ECU (aus Kapitel B0-4 0) aufgestockt.

B3-4 1 0 4 *Vormaliger Teilposten B3-4 1 0 1*

Entschließung des Europäischen Parlaments vom 13. September 1990 zu dem Aktionsprogramm der Kommission zur Anwendung der Gemeinschaftscharta der sozialen Grundrechte der Arbeitnehmer — Prioritäten für die Jahre 1991/1992 (ABl. Nr. C 260 vom 15. 10. 1990, S. 167).

Legislative Entscheidung des Europäischen Parlaments vom 11. Oktober 1990 mit der Stellungnahme des Europäischen Parlaments zu dem Vorschlag der Kommissionen den Rat für einen Beschluß über gemeinschaftliche Aktionen zugunsten älterer Menschen (ABl. Nr. C 284 vom 12. 11. 1990, S. 146).

Beschluß 91/49/EWG des Rates vom 26. November 1990 über gemeinschaftliche Aktionen zugunsten älterer Menschen (ABl. Nr. L 28 vom 2. 2. 1991, S. 29).

Diese Maßnahme dient dazu,

— zur Ausarbeitung präventiver Strategien zur Bewältigung der sozialen und wirtschaftlichen Probleme im Zusammenhang mit der Überalterung der Bevölkerung beizutragen;

— innovative Konzepte für die Solidarität zwischen den Generationen und die Eingliederung der älteren Menschen unter Beteiligung aller wirtschafts- und sozialpolitischen Akteure aufzuzeigen;

— den Beitrag, den die älteren Mitbürger zur Entwicklung der Gemeinschaft leisten können, zu veranschaulichen und dieses Potential auszuschöpfen;

— das Jahr 1993 zum „Europäischen Jahr der älteren Menschen" zu erklären.

KOMMISSION
Teileinzelplan B3
(Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-4 1 — SOZIALER SCHUTZ UND FREIZÜGIGKEIT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B3-4 1 0	*(Fortsetzung)*						
B3-4 1 0 4	*(Fortsetzung)*						
	Artikel B3-4 1 0 insgesamt	30 839 000 *(2 200 000)*	28 759 000 *(2 200 000)*	19 030 000 *(3 970 000)*	17 330 000 *(3 970 000)*	18 367 324,32 *(521 000,—)*	18 309 661,96 *(521 000,—)*
B3-4 1 1	***Freizügigkeit***						
B3-4 1 1 0	Maßnahmen zugunsten der Wanderarbeitnehmer, einschließlich nichteuropäischer Zuwanderer						
	Getrennte Mittel	5 428 000	4 128 000	1 584 000	2 184 000	1 578 731,94	1 109 682,93
	(Unterstützungsausgaben)	*(222 000)*	*(222 000)*	*(616 000)*	*(616 000)*	*(526 000,—)*	*(526 000,—)*

KOMMISSION
Teileinzelplan B3
(Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-4 1 — SOZIALER SCHUTZ UND FREIZÜGIGKEIT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B3-4 1 0	*(Fortsetzung)*
B3-4 1 0 4	*(Fortsetzung)* Die Mittel werden zur Vorbereitung der Aktivitäten für das Europäische Jahr aufgewendet, und mindestens ein Betrag von 2 000 000 ECU wird für die Finanzierung von Aktionen und Pilotprojekten für die Integration der älteren Menschen in die Gesellschaft entsprechend den obengenannten Entschließungen des Europäischen Parlaments verwendet.
B3-4 1 1	
B3-4 1 1 0	Unter Berücksichtigung der in Posten B8-3 5 1 0 eingesetzten Mittel beläuft sich der Gesamtbetrag für diese Maßnahmen auf 5 650 000 ECU für Verpflichtungsermächtigungen und 4 350 000 ECU für Zahlungsermächtigungen (1991: 2 200 000 ECU für Verpflichtungsermächtigungen und 2 800 000 ECU für Zahlungsermächtigungen). Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, insbesondere Artikel 48, 49 und 118. Entschließung des Rates vom 16. Juli 1985 über die Leitlinien für eine Wanderungspolitik der Gemeinschaft (ABl. Nr. C 186 vom 26. 7. 1985, S. 3). Mitteilung der Kommission vom 9. Dezember 1987 „Freizügigkeit der Arbeitnehmer und Zugang zur Beschäftigung in der öffentlichen Verwaltung der Mitgliedstaaten — Aktion der Kommission auf dem Gebiet der Anwendung von Artikel 48 Absatz 4 EWG-Vertrag" (ABl. Nr. C 72 vom 18. 3. 1988, S. 2). Entscheidung 88/384/EWG der Kommission vom 8. Juni 1988 zur Einführung eines Mitteilungs- und Abstimmungsverfahrens über die Wanderungspolitik gegenüber Drittländern (ABl. Nr. L 183 vom 14. 7. 1988, S. 35). Entschließung des Rates und der im Rat anwesenden Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten vom 29. Mai 1990 zur Bekämpfung von Rassismus und der Fremdenfeindlichkeit (ABl. Nr. C 157 vom 27. 6. 1990, S. 1). Richtlinie 90/364/EWG des Rates vom 28. Juni 1990 über das Aufenthaltsrecht (ABl. Nr. L 180 vom 13. 7. 1990, S. 26). Richtlinie 90/365/EWG des Rates vom 28. Juni 1990 über das Aufenthaltsrecht der aus dem Erwerbsleben ausgeschiedenen Arbeitnehmer und selbständig Erwerbstätigen (ABl. Nr. L 180 vom 13. 7. 1990, S. 28). Richtlinie 90/366/EWG des Rates vom 28. Juni 1990 über das Aufenthaltsrecht der Studenten (ABl. Nr. L 180 vom 13. 7. 1990, S. 30). Gemäß den Bestimmungen des sozialpolitischen Aktionsprogramms unterstützt die Kommission finanziell Organisationen, welche die Wanderarbeitnehmer vertreten oder zu deren Gunsten tätig sind (Aufnahme, Unterrichtung, Betreuung), gewährt Zuschüsse für den Bau und Umbau von Wohnungen für Wanderarbeitnehmer und fördert Maßnahmen für jugendliche Immigranten in Ballungsräumen. Außerdem sollen aus diesem Ansatz insbesondere Maßnahmen und Projekte zur Betreuung und Eingliederung von Zuwanderern aus Drittländern finanziert werden. Diese Maßnahmen und Projekte sollen überwiegend von Nichtregierungsorganisationen durchgeführt werden. Gemäß ihrer Mitteilung vom 9. Dezember 1987 wird die Kommission eine korrekte Anwendung von Artikel 48 Absatz 4 des EWG-Vertrags beim Zugang zur Beschäftigung in der öffentlichen Verwaltung sicherstellen, die als ein vorrangiger Bereich gilt. Veranschlagt sind hier die Kosten für Zuschüsse, Studien, Seminare und Netze.

KOMMISSION
Teileinzelplan B3
(Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-4 1 — SOZIALER SCHUTZ UND FREIZÜGIGKEIT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B3-4 1 1	*(Fortsetzung)*						
B3-4 1 1 0	*(Fortsetzung)*						
B3-4 1 1 1	Maßnahmen der Verwaltungskommission für die soziale Sicherheit der Wanderarbeitnehmer						
	Getrennte Mittel	1 913 000	1 839 000	1 851 000	1 556 000	1 966 791,34	1 455 386,74
	(Unterstützungsausgaben)	*(444 000)*	*(444 000)*	*(444 000)*	*(444 000)*	*(328 000,—)*	*(328 000,—)*

KOMMISSION
Teileinzelplan B3
(Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-4 1 — SOZIALER SCHUTZ UND FREIZÜGIGKEIT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B3-4 1 1	*(Fortsetzung)*
B3-4 1 1 0	*(Fortsetzung)* Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 5 428 000 ECU. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind	3 354 078	1 200 000	900 000	1 254 078		
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	1 584 000	984 000	300 000	300 000		
Mittel 1992	5 428 000		2 928 000	2 000 000	400 000	
Insgesamt	10 366 078	2 184 000	4 128 000	3 554 078	400 000	

B3-4 1 1 1

Unter Berücksichtigung der in Posten B8-3 5 1 1 eingesetzten Mittel beläuft sich der Gesamtbetrag für diese Maßnahmen auf 2 357 000 ECU für Verpflichtungsermächtigungen und 2 283 000 ECU für Zahlungsermächtigungen (1991: 2 295 000 ECU für Verpflichtungsermächtigungen und 2 000 000 ECU für Zahlungsermächtigungen).

Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 des Rates vom 14. Juni 1971 zur Anwendung der Systeme der sozialen Sicherheit auf Arbeitnehmer und deren Familien, die innerhalb der Gemeinschaft zu- und abwandern (ABl. Nr. L 149 vom 5. 7. 1971, S. 2), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 3427/89 (ABl. Nr. L 331 vom 16. 11. 1989, S. 1), insbesondere Artikel 80 bis 83.

Verordnung (EWG) Nr. 574/72 des Rates vom 21. März 1972 über die Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 zur Anwendung der Systeme der sozialen Sicherheit auf Arbeitnehmer und deren Familien, die innerhalb der Gemeinschaft zu- und abwandern (ABl. Nr. L 74 vom 27. 3. 1972, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1305/89 (ABl. Nr. L 131 vom 13. 5. 1989, S. 1).

Gemäß den Vorschriften der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 hat die Verwaltungskommission, die sich aus einem Vertreter je Mitgliedstaat zusammensetzt, hauptsächlich folgende Aufgaben:

— die Verwaltungs- und Auslegungsfragen zu bearbeiten sowie die Schriftstücke übersetzen zu lassen, die mit der Anwendung der Verordnungen in Zusammenhang stehen,

— die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten insbesondere im Hinblick auf die Beschleunigung der Leistungen zu fördern,

— die Unterlagen für die Berechnung der Beträge zusammenzustellen, die aufgrund dieser Verordnungen zu Lasten der Einrichtungen der Mitgliedstaaten gehen,

— der Kommission Vorschläge zur Ergänzung und Verbesserung der bestehenden Vorschriften vorzulegen.

Mit diesen Mitteln sollen die Kosten für die Veröffentlichung und Verbreitung von Informationen sowie Seminar- und Tagungskosten gedeckt werden.

KOMMISSION

Teileinzelplan B3
(Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-4 1 — SOZIALER SCHUTZ UND FREIZÜGIGKEIT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B3-4 1 1	*(Fortsetzung)*						
B3-4 1 1 1	*(Fortsetzung)*						
	Artikel B3-4 1 1 insgesamt	7 341 000 *(666 000)*	5 967 000 *(666 000)*	3 435 000 *(1 060 000)*	3 740 000 *(1 060 000)*	3 545 523,28 *(854 000,—)*	2 565 069,67 *(854 000,—)*
B3-4 1 2	***Außerordentliche Finanzhilfe für Griechenland im sozialen Bereich*** Getrennte Mittel	2 811 000	25 000 000	10 507 000	16 300 000	9 633 054,—	13 437 424,—

KOMMISSION
Teileinzelplan B3
(Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-4 1 — SOZIALER SCHUTZ UND FREIZÜGIGKEIT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B3-4 1 1	*(Fortsetzung)*
B3-4 1 1 1	*(Fortsetzung)* Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 1 913 000 ECU. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind						
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	1 851 000	1 556 000	295 000			
Mittel 1992	1 913 000		1 544 000	369 000		
Insgesamt	3 764 000	1 556 000	1 839 000	369 000		

B3-4 1 2	Verordnung (EWG) Nr. 815/84 des Rates vom 26. März 1984 über eine außerordentliche Finanzhilfe für Griechenland im sozialen Bereich (ABl. Nr. L 88 vom 31. 3. 1984, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 4130/88 (ABl. Nr. L 362 vom 30. 12. 1988, S. 1). Die Mittel dienen zur Mitfinanzierung der öffentlichen Ausgaben für die Errichtung, den Ausbau und die Ausstattung von Berufsbildungs- und Rehabilitationszentren sowie für Anpassungs- und Qualifizierungspraktika des Pflegepersonals und zur Deckung der Ausgaben für technische Hilfe, für die Evaluierung und die nachstehende Beobachtung.

KOMMISSION
Teileinzelplan B3
(Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-4 1 — SOZIALER SCHUTZ UND FREIZÜGIGKEIT *(Fortsetzung)*

KAPITEL B3-4 2 — EUROPÄISCHE STIFTUNG ZUR VERBESSERUNG DER LEBENS- UND ARBEITSBEDINGUNGEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B3-4 1 2	*(Fortsetzung)*						
B3-4 1 3	***Wohungs- und Unterbringungsprogramm*** Getrennte Mittel	p.m.	p.m.				
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt	6 339 000	6 339 000	2 929 000	2 929 000	2 197 674,—	2 197 674,—
	Getrennte Mittel insgesamt	34 652 000	53 387 000	30 043 000	34 441 000	29 348 227,60	32 114 481,63
	KAPITEL B3-4 1 INSGESAMT	40 991 000 *(2 866 000)*	59 726 000 *(2 866 000)*	32 972 000 *(5 030 000)*	37 370 000 *(5 030 000)*	31 545 901,60 *(1 375 000,—)*	34 312 155,63 *(1 375 000,—)*
	KAPITEL B3-4 2						
B3-4 2 0	***Zuschüsse für die Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen*** Nichtgetrennte Mittel	10 585 000	10 585 000	8 770 000	8 770 000	6 800 000,—	6 800 000,—

KOMMISSION
Teileinzelplan B3
(Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-4 1 — SOZIALER SCHUTZ UND FREIZÜGIGKEIT *(Fortsetzung)*

KAPITEL B3-4 2 — EUROPÄISCHE STIFTUNG ZUR VERBESSERUNG DER LEBENS- UND ARBEITSBEDINGUNGEN

Artikel Posten	Erläuterungen

B3-4 1 2 *(Fortsetzung)*

Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 2 811 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind	36 657 000	8 000 000	15 000 000	5 000 000	5 000 000	3 657 000
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen	20 420 972	4 300 000	5 000 000	3 000 000	3 500 000	4 620 972
Mittel 1991	10 507 000	4 000 000	4 000 000	1 000 000	1 000 000	507 000
Mittel 1992	2 811 000		1 000 000	1 000 000	500 000	311 000
Insgesamt	70 395 972	16 300 000	25 000 000	10 000 000	10 000 000	9 095 972

B3-4 1 3 *Neuer Artikel*

Dieser Artikel ist bestimmt für eine Reihe von Untersuchungen über das Wohnungswesen, für die Durchführung von Pilotvorhaben und für Beihilfen für die maßgeblichen europäischen Organisationen im Wohnungssektor.

B3-4 2 0 Verordnung (EWG) Nr. 1365/75 des Rates vom 26. Mai 1975 über die Gründung einer Europäischen Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen (ABl. Nr. L 139 vom 30. 5. 1975, S. 1).

Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 680/87 des Rates vom 23. Februar 1987 zur Änderung der Verordnung (EGKS, EWG, Euratom) Nr. 1860/76 zur Festlegung der Beschäftigungsbedingungen für das Personal der Europäischen Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen (ABl. Nr. L 72 vom 14. 3. 1987, S. 15).

Die Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen schließt das Aktionsprogramm für den Umweltschutz — in dem diese Stiftung ausdrücklich vorgesehen ist — und das sozialpolitische Aktionsprogramm ein.

KOMMISSION
Teileinzelplan B3
(Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-4 2 — EUROPÄISCHE STIFTUNG ZUR VERBESSERUNG DER LEBENS- UND ARBEITSBEDINGUNGEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B3-4 2 0	*(Fortsetzung)*						
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt	10 585 000	10 585 000	8 770 000	8 770 000	6 800 000,—	6 800 000,—
	Getrennte Mittel insgesamt						
	KAPITEL B3-4 2 INSGESAMT	10 585 000	10 585 000	8 770 000	8 770 000	6 800 000,—	6 800 000,—

KOMMISSION

Teileinzelplan B3
(Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-4 2 — EUROPÄISCHE STIFTUNG ZUR VERBESSERUNG DER LEBENS- UND ARBEITSBEDINGUNGEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B3-4 2 0	*(Fortsetzung)*

Diese Mittel dienen zur Deckung der Zuschüsse für die Stiftung, darunter vier neue Stellen (1 B 5 und 3 C 5) sowie die Höherstufung bestehender Stellen (4 A 5 in A 4, 2 LA 5 in LA 4, 2 A 6 in A 5, 3 A 7 in A 6, 2 C 3 in C 2 und 1 D 2 in D 1) in Übereinstimmung mit der Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) 680/87 zur Änderung der Beschäftigungsbedingungen für das Personal der Stiftung gemäß der Forderung ihres Verwaltungsrats.

Ansatz der Einnahmen und Ausgaben für das Haushaltsjahr:

Einnahmen:

— Kapitel 1: Zuschuß der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft		10 585 000
— Kapitel 2: Verschiedene Einnahmen		200 000
	Insgesamt	10 785 000

Ausgaben:

— Kapitel 1: Personalausgaben		4 150 000
— Kapitel 2: Verwaltungsausgaben		2 525 000
— Kapitel 3: Betriebsausgaben — Verbesserung der Lebensbedingungen		1 645 000
— Kapitel 4: Betriebsausgaben — Verbesserung der Arbeitsbedingungen		2 465 000
	Insgesamt	10 785 000

Personalbestand

Laufbahngruppe	Anzahl	
	1991	1992
A	15	15
LA	9	9
B	9	10
C	19	22
D	7	7
Örtliche Bedienstete	—	—

In diesen Mitteln enthalten sind 1 585 000 ECU zur Deckung von Ausgaben im Zusammenhang mit der erforderlichen Erweiterung der Gebäude der Europäischen Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen.

Angesichts der zunehmenden Bedeutung der sozialen Dimension des Binnenmarktes und der anerkannten Leistung der Stiftung bei der Bereitstellung der erforderlichen Beratung und Information ist diese Anhebung unbedingt erforderlich, damit die Stiftung die Leistungsfähigkeit, die sie mit Hilfe der Sozialpartner bei dem Einsatz ihrer Ressourcen im Rahmen eines umfangreichen Arbeitsprogramms und bei der Bewältigung der rasch zunehmenden Anträge der Gemeinschaftsorgane und der Sozialpartner entwickelt hat, aufrechterhalten kann.

Bei dem zusätzlichen Finanzaufwand für die Fertigstellung einer im Bau befindlichen Erweiterung der Stiftungsgebäude handelt es sich um eine einmalige Ausgabe. Bei der Anpassung des Stellenplans wurden die Forderungen der Finanzkontrolle gegenüber der Stiftung für die Sprachen Griechisch und Italienisch, für die gegenwärtig Bedienstete auf Zeit zuständig sind, und die Anpassung des Stellenplans an die neuen Beschäftigungsbedingungen der Stiftung berücksichtigt.

KOMMISSION

Teileinzelplan B3
(Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-4 3 — GESUNDHEIT

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
	KAPITEL B3-4 3						
B3-4 3 0	***Aktionen auf dem Gebiet des Gesundheitsschutzes der Bürger***						
B3-4 3 0 0	Maßnahmen zur Krebsverhütung						
	Getrennte Mittel	11 500 000	14 000 000	8 631 000	6 631 000	7 618 886,35	4 020 819,88
	(Unterstützungsausgaben)	*(2 024 000)*	*(2 024 000)*	*(2 369 000)*	*(2 369 000)*	*(1 375 000,—)*	*(1 375 000,—)*

KOMMISSION
Teileinzelplan B3
(Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-4 3 — GESUNDHEIT

Artikel Posten	Erläuterungen
B3-4 3 0	
B3-4 3 0 0	Unter Berücksichtigung der in Posten B8-3 6 0 0 eingesetzten Mittel beläuft sich der Gesamtbetrag für diese Maßnahmen auf 13 524 000 ECU für Verpflichtungsermächtigungen und 16 024 000 ECU für Zahlungsermächtigungen (1991: 11 000 000 ECU für Verpflichtungsermächtigungen und 9 000 000 ECU für Zahlungsermächtigungen). Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, insbesondere Artikel 2. Schlußfolgerungen des Europäischen Rates vom 28. und 29. Juni 1985. Schlußfolgerungen des Europäischen Rates vom 2. und 3. Dezember 1985. Schlußfolgerungen des Europäischen Rates vom 28. und 29. Juni 1986. Entschließung des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten vom 7. Juli 1986 über ein Aktionsprogramm der Europäischen Gemeinschaften gegen den Krebs (ABl. Nr. C 184 vom 23. 7. 1986, S. 19). Schlußfolgerungen des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten vom 31. Mai 1988 über die periodische Wiederholung der „europäischen Wochen" der Krebsbekämpfung. Schlußfolgerungen des Europäischen Rates vom 5. und 6. Dezember 1988 über eine langfristige Informationskampagne in allen Mitgliedstaaten zur Verhütung, Früherkennung und Behandlung von Krebs. Vorschlag für eine Richtlinie des Rates, von der Kommission vorgelegt am 7. April 1989, über Werbung für Tabakerzeugnisse (ABl. Nr. C 124 vom 19. 5. 1989, S. 5), geändert am 19. April 1990 (ABl. Nr. C 116 vom 11. 5. 1990, S. 7) und am 17. Mai 1991 (ABl. Nr. C 167 vom 27. 6. 1991, S. 3). Entschließung des Rates und der im Rat vereinigten Minister für das Gesundheitswesen der Mitgliedstaaten vom 18. Juli 1989 über ein Rauchverbot in öffentlich zugänglichen und frequentierten Räumen (ABl. Nr. C 189 vom 26. 7. 1989, S. 1). Richtlinie 89/622/EWG des Rates vom 13. November 1989 zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Etikettierung von Tabakerzeugnissen (ABl. Nr. L. 359 vom 8. 12. 1989, S. 1). Beschluß 90/238/Euratom, EGKS, EWG des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten vom 17. Mai 1990 zur Annahme eines Aktionsplans 1990-1994 im Rahmen des Programms „Europa gegen den Krebs" (ABl. Nr. L 137 vom 30. 5. 1990, S. 31). Richtlinie 90/239/EWG des Rates vom 17. Mai 1990 zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über den höchstzulässigen Teergehalt von Zigaretten (ABl. Nr. L 137 vom 30. 5. 1990, S. 36). Veranschlagt sind hier die Kosten für Studien, die Information und Aufklärung der Öffentlichkeit und die Ausbildung des im Gesundheitswesen tätigen Personals auf dem Gebiet der Krebsverhütung. Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 11 500 000 ECU. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind	4 041 000	2 631 000	1 410 000			
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	8 631 000	4 000 000	4 631 000			
Mittel 1992	11 500 000		6 959 000	3 541 000		
Insgesamt	24 172 000	6 631 000	14 000 000	3 541 000		

Etwaige Einnahmen können wiederverwendet werden.

KOMMISSION
Teileinzelplan B3
(Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-4 3 — GESUNDHEIT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B3-4 3 0	*(Fortsetzung)*						
B3-4 3 0 1	Maßnahmen zur Bekämpfung von Aids und anderen übertragbaren Krankheiten						
	Nichtgetrennte Mittel	2 629 000	2 629 000	1 629 000	1 629 000	849 459,60	849 459,60
	(Unterstützungsausgaben)	*(371 000)*	*(371 000)*	*(371 000)*	*(371 000)*	*(250 000,—)*	*(250 000,—)*
B3-4 3 0 3	Maßnahmen zur Bekämpfung des Alkoholmißbrauchs						
	Nichtgetrennte Mittel	972 000	972 000	729 000	729 000	717 864,70	717 864,70
	(Unterstützungsausgaben)	*(368 000)*	*(368 000)*	*(371 000)*	*(371 000)*	*(245 000,—)*	*(245 000,—)*

KOMMISSION
Teileinzelplan B3
(Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-4 3 — GESUNDHEIT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B3-4 3 0	*(Fortsetzung)*
B3-4 3 0 1	Unter Berücksichtigung der in Posten B8-3 6 0 1 eingesetzten Mittel beläuft sich der Gesamtbetrag für diese Maßnahmen auf 3 000 000 ECU (1991: 2 000 000 ECU). Mitteilung der Kommission an den Rat vom 13. September 1984 „Probleme der Gesundheitsfürsorge — Zusammenarbeit auf Gemeinschaftsebene" (KOM(84) 502 endg.). Entschließung der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften vom 29. Mai 1986 betreffend Aids (ABl. Nr. C 184 vom 23. 7. 1986, S. 21). Mitteilung der Kommission vom 11. Februar 1987 über die Bekämpfung von Aids (KOM(87) 63 endg.). Schlußfolgerungen des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten vom 15. Mai 1987 betreffend Aids (ABl. Nr. C 178 vom 7. 7. 1987, S. 1). Beschluß 87/551/EWG des Rates vom 17. November 1987 über die Annahme eines Programms der Europäischen Wirtschaftgemeinschaft zur Koordinierung von Forschung und Entwicklung im Bereich der Forschung in Medizin und Gesundheitswesen (1987-1991) (ABl. Nr. L 334 vom 24. 11. 1987, S. 20). Schlußfolgerungen des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten vom 31. Mai 1988 betreffend Aids (ABl. Nr. C 197 vom 27. 7. 1988, S. 8). Schlußfolgerungen des Rates und der im Rat vereinigten Gesundheitsminister der Mitgliedstaaten vom 15. Dezember 1988 über Aids (ABl. Nr. C 28 vom 3. 2. 1989, S. 1). Schlußfolgerungen des Rates und der im Rat vereinigten Gesundheitsminister der Mitgliedstaaten vom 15. Dezember 1988 über Aids-Aufklärung im Betrieb (ABl. Nr. C 28 vom 3. 2. 1989, S. 2). Schlußfolgerungen des Rates und der im Rat vereinigten Gesundheitsminister der Mitgliedstaaten vom 16. Mai 1989 über die Verhütung von Aids bei intravenös Drogenabhängigen (ABl. Nr. C 185 vom 22. 7. 1989, S. 3). Schlußfolgerungen des Rates und der im Rat vereinigten Minister für das Gesundheitswesen der Mitgliedstaaten vom 16. Mai 1989 über die Sensibilisierung des im Gesundheitswesen tätigen Personals (ABl. Nr. C 185 vom 22. 7. 1989, S. 6). Schlußfolgerungen des Rates und der im Rat vereinigten Minister für das Gesundheitswesen der Mitgliedstaaten vom 16. Mai 1989 betreffend die Verbesserung des allgemeinen Systems der Sammlung epidemiologischer Daten einschließlich der Anwendung der Neudefinition von Aids (ABl. Nr. C 185 vom 22. 7. 1989, S. 7). Schlußfolgerungen des Rates und der im Rat vereinigten Minister für das Gesundheitswesen der Mitgliedstaaten vom 16. Mai 1989 über das künftige Vorgehen auf Gemeinschaftsebene zur Verhütung und Kontrolle von Aids (ABl. Nr. C 185 vom 22. 7. 1989, S. 8). Entschließung des Rates und der im Rat vereinigten Minister für das Gesundheitswesen der Mitgliedstaaten vom 22. Dezember 1989 über die Aids-Bekämpfung (ABl. Nr. C 10 vom 16. 1. 1990, S. 3). Schlußfolgerungen des Rates und der im Rat vereinigten Gesundheitsminister vom 17. Mai 1990 zur medizinischen und psychosozialen Betreuung im Zusammenhang mit der Aids-Epidemie (Dok. 7264/90 SAN 45). Schlußfolgerungen des Rates und der im Rat vereinigten Minister für das Gesundheitswesen der Mitgliedstaaten vom 3. Dezember 1990 über Aids (ABl. Nr. C 329 vom 31. 12. 1990, S. 21). Beschluß 91/317/EWG des Rates und der im Rat vereinigten Gesundheitsminister der Mitgliedstaaten vom 4. Juni 1991 zur Annahme eines Aktionsplans 1991-1993 im Rahmen des Programms „Europa gegen Aids" (ABl. Nr. L 175 vom 4. 7. 1991, S. 26). Veranschlagt sind bei diesem Posten die Kosten für Studien sowie die Kosten der Maßnahmen zur Information und Aufklärung der Öffentlichkeit und der Ausbildung des im Gesundheitswesen tätigen Personals auf dem Gebiet der Verhütung von Aids. Außerdem sind hier Zuschüsse und Sitzungskosten veranschlagt.
B3-4 3 0 3	Unter Berücksichtigung der in Posten B8-3 6 0 3 eingesetzten Mittel beläuft sich der Gesamtbetrag für diese Maßnahmen auf 1 340 000 ECU (1991: 1 100 000 ECU). Entschließung des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten vom 29. Mai 1986 betreffend den Alkoholmißbrauch (ABl. Nr. C 184 vom 23. 7. 1986, S. 3). Veranschlagt sind bei diesem Posten die Zuschlüsse, die Kosten für Studien und Sitzungen, sowie der Maßnahmen zur Information und Aufklärung der Öffentlichkeit und der Ausbildung des im Gesundheitswesen tätigen Personals auf dem Gebiet der Verhütung von Alkoholismus.

KOMMISSION
Teileinzelplan B3
(Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-4 3 — GESUNDHEIT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B3-4 3 0	*(Fortsetzung)*						
B3-4 3 0 4	Untersuchungen und Maßnahmen auf dem Gebiet der Volksgesundheit						
	Nichtgetrennte Mittel	1 500 000	1 500 000	731 000	731 000	857 111,56	857 111,56
	(Unterstützungsausgaben)	*(200 000)*	*(200 000)*	*(429 000)*	*(429 000)*	*(269 000,—)*	*(269 000,—)*
	Artikel B3-4 3 0 insgesamt	16 601 000 *(2 963 000)*	19 101 000 *(2 963 000)*	11 720 000 *(3 540 000)*	9 720 000 *(3 540 000)*	10 043 322,21 *(2 139 000,—)*	6 445 255,74 *(2 139 000,—)*

KOMMISSION
Teileinzelplan B3
(Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-4 3 — GESUNDHEIT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B3-4 3 0	*(Fortsetzung)*
B3-4 3 0 4	Unter Berücksichtigung der in Posten B8-3 6 0 4 eingesetzten Mittel beläuft sich der Gesamtbetrag für diese Maßnahmen auf 1 700 000 ECU (1991: 1 160 000 ECU). Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, insbesondere die Artikel 117 und 118. Entschließung des Rates vom 21. Januar 1974 über ein sozialpolitisches Aktionsprogramm (ABl. Nr. C 13 vom 12. 2. 1974, S. 1). Richtlinie 77/312/EWG des Rates vom 29. März 1977 über die biologische Überwachung der Bevölkerung auf Gefährdung durch Blei (ABl. Nr. L 105 vom 28. 4. 1977, S. 10). Entschließung des Rates vom 13. Dezember 1977. Beschluß 78/618/EWG der Kommission vom 28. Juni 1978 über die Einsetzung eines beratenden wissenschaftlichen Ausschusses für die Prüfung der Toxizität und Ökotoxizität chemischer Verbindungen (ABl. Nr. L 198 vom 22. 7. 1978, S. 17). Entschließung des Rates vom 16. November 1978. Briefwechsel 82/725/EGKS, EWG, Euratom zwischen den Europäischen Gemeinschaften und der Weltgesundheitsorganisation (W.H.O.) zur Regelung der Zusammenarbeit zwischen diesen beiden Organisationen (ABl. Nr. L 300 vom 28. 10. 1982, S. 20). Mitteilung der Kommission an den Rat vom 13. September 1984 „Probleme der Gesundheitsfürsorge — Zusammenarbeit auf Gemeinschaftsebene" (KOM(84) 502 endg.). Beschluß der im Rat vereinigten Minister für Gesundheit vom 3. und 4. Mai 1985 über verschiedene Maßnahmen im Bereich der öffentlichen Gesundheit. Entschließung des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen des Mitgliedstaaten vom 29. Mai 1986 über ein Aktionsprogramm der Gemeinschaft im Bereich des Toxikologie zum Zwecke des Gesundheitswesens (ABl. Nr. C 184 vom 23. 7. 1986, S. 1). Entschließung des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten vom 29. Mai 1986 zur Einführung eines europäischen Notfall-Ausweises (ABl. Nr. C 184 vom 23. 7. 1986, S. 4). Entschließung des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten vom 16. Juni 1986 betreffend den Schutz der Dialysepatienten durch größtmögliche Verringerung der Aluminiumexposition (ABl. Nr. C 184 vom 23. 7. 1986, S. 16). Entschließung des Rates und der im Rat vereinigten Bildungsminister vom 23. November 1988 zur Gesundheitserziehung in Schulen (ABl. Nr. C 3 vom 5. 1. 1989, S. 1). Entschließung des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten vom 3. Dezember 1990 über ein Aktionsprogramm der Gemeinschaft betreffend Ernährung und Gesundheit (ABl. Nr. C 329 vom 31. 12. 1990, S. 1). Entschließung des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten vom 3. Dezember 1990 über eine Gemeinschaftsmaßnahme zur Bekämpfung von Doping (einschließlich Arzneimittelmißbrauch) im Sport (ABl. Nr. C 329 vom 31. 12. 1990, S. 4). Entschließung des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten vom 3. Dezember 1990 zur Verbesserung von Prävention und Behandlung akuter Vergiftungen beim Menschen (ABl. Nr. C 329 vom 31. 12. 1990, S. 6). Schlußfolgerungen des Rates und der im Rat vereinigten Minister für das Gesundheitswesen vom 3. Dezember 1990 betreffend Herz- und Gefäßerkrankungen in der Gemeinschaft (ABl. Nr. C 329 vom 31. 12. 1990, S. 19). Schlußfolgerungen des Rates und der im Rat vereinigten Minister für das Gesundheitswesen vom 3. Dezember 1990 betreffend Gesundheitsvorschriften für Lebensmittel, Getränke und Wasser für den menschlichen Gebrauch (ABl. Nr. C 329 vom 31. 12. 1990, S. 19). Erklärung des Rates und der im Rat vereinigten Minister für das Gesundheitswesen der Mitgliedstaaten vom 4. Juni 1991 über die Bekämpfung des Dopings (einschließlich des Arzneimittelmißbrauchs) im Sport (ABl. Nr. C 170 vom 29. 6. 1991, S. 1). Entschließung des Rates und der im Rat vereinigten Minister für das Gesundheitswesen vom 11. November 1991 über richtungsweisende Entscheidungen in der Gesundheitspolitik (ABl. Nr. C 304 vom 23. 11. 1991, S. 5). Entschließung des Rates und der im Rat vereinigten Minister für das Gesundheitswesen vom 11. November 1991 über Gesundheit und Umwelt (ABl. Nr. C 304 vom 23. 11. 1991, S. 6). Veranschlagt sind hier die Zuschüsse, die Kosten für Studien und Sitzungen sowie der Maßnahmen zur Information und Aufklärung der Öffentlichkeit, Ausbildung des im Gesundheitswesen tätigen Personals.

KOMMISSION
Teileinzelplan B3
(Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-4 3 — GESUNDHEIT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B3-4 3 1	***Gesundheitsschutz und Sicherheit am Arbeitsplatz***						
B3-4 3 1 0	Gesundheitsschutz, Arbeitshygiene und Sicherheit am Arbeitsplatz einschließlich Zuschüsse an das Internationale Arbeitsamt						
	Nichtgetrennte Mittel	4 372 000	4 372 000	5 036 000 (1)	5 036 000 (1)	3 528 926,49	3 528 926,49
	(Unterstützungsausgaben)	*(1 200 000)*	*(1 200 000)*	*(1 464 000)*	*(1 464 000)*	*(1 423 000,—)*	*(1 423 000,—)*

(1) Durch die Mittelübertragung Nr. 1/1991 wurden diese Mittel um 500 000 ECU (aus Kapitel B0-4 0) aufgestockt.

KOMMISSION
Teileinzelplan B3
(Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-4 3 — GESUNDHEIT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B3-4 3 1	
B3-4 3 1 0	Unter Berücksichtigung der in Artikel B8-3 6 1 eingesetzten Mittel beläuft sich der Gesamtbetrag für diese Maßnahmen auf 5 572 000 ECU (1991: 6 500 000 ECU). Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, insbesondere Artikel 118 A und 118 B. Abkommen von 1959 zwischen der Hohen Behörde der EGKS und dem Internationalen Informationszentrum für Arbeitssicherheit und -hygiene (CIS) des Internationalen Arbeitsamtes (IAA). Richtlinie 77/576/EWG des Rates vom 25. Juli 1977 zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Sicherheitskennzeichnung am Arbeitsplatz (ABl. Nr. L 229 vom 7. 9. 1977, S. 12). Richtlinie 78/610/EWG des Rates vom 29. Juni 1978 zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über den Schutz der Gesundheit von Arbeitnehmern, die Vinylchloridmonomer ausgesetzt sind (ABl. Nr. L 197 vom 22. 7. 1978, S. 12). Richtlinie 80/1107/EWG des Rates vom 27. November 1980 zum Schutz der Arbeitnehmer vor der Gefährdung durch chemische, physikalische und biologische Arbeitsstoffe bei der Arbeit (ABl. Nr. L 327 vom 3. 12. 1980, S. 8), zuletzt geändert durch die Richtlinie 88/642/EWG (ABl. Nr. L 356 vom 24. 12. 1988, S. 74). Richtlinie 82/501/EWG des Rates vom 24. Juni 1982 über die Gefahren schwerer Unfälle bei bestimmten Industrietätigkeiten (ABl. Nr. L 230 vom 5. 8. 1982, S. 1). Richtlinie 82/605/EWG des Rates vom 28. Juli 1982 über den Schutz der Arbeitnehmer gegen Gefährdung durch metallisches Blei und seine Ionenverbindungen am Arbeitsplatz (Erste Einzelrichtlinie im Sinne des Artikels 8 der Richtlinie 80/1107/EWG) (ABl. Nr. L 247 vom 23. 8. 1982, S. 12). Richtlinie 83/447/EWG des Rates vom 19. September 1983 über den Schutz der Arbeitnehmer gegen Gefährdung durch Asbest am Arbeitsplatz (Zweite Einzelrichtlinie im Sinne des Artikels 8 der Richtlinie 80/1107/EWG) (ABl. Nr. L 263 vom 24. 9. 1983, S. 25), geändert durch die Richtlinie 91/382/EWG (ABl. Nr. L 206 vom 29. 7. 1991, S. 16). Richtlinie 86/188/EWG des Rates vom 12. Mai 1986 über den Schutz der Arbeitnehmer gegen Gefährdung durch Lärm am Arbeitsplatz (ABl. Nr. L 137 vom 24. 5. 1986, S. 28) (Dritte Einzelrichtlinie im Sinne des Artikels 8 der Richtlinie 80/1107/EWG). Entschließung des Rates vom 21. Dezember 1987 über Sicherheit, Arbeitshygiene und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz (ABl. Nr. C 28 vom 3. 2. 1988, S. 1). Mitteilung der Kommission über ihr Aktionsprogramm für Sicherheit, Arbeitshygiene und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz (ABl. Nr. C 28 vom 3. 2. 1988, S. 3). Entscheidung 88/383/EWG der Kommission vom 24. Februar 1988 über die Verbesserung der Information im Bereich der Sicherheit, Arbeitshygiene und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz (ABl. Nr. L 183 vom 14. 7. 1988, S. 34). Richtlinie 88/364/EWG des Rates vom 9. Juni 1988 zum Schutz der Arbeitnehmer durch ein Verbot bestimmter Arbeitsstoffe und/oder Arbeitsverfahren (Vierte Einzelrichtlinie im Sinne des Artikels 8 der Richtlinie 80/1107/EWG) (ABl. Nr. L 179 vom 9. 7. 1988, S. 44). Richtlinie 89/391/EWG des Rates vom 12. Juni 1989 über die Durchführung von Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes der Arbeitnehmer bei der Arbeit (ABl. Nr. L 183 vom 29. 6. 1989, S. 1). Richtlinie 89/392/EWG des Rates vom 14. Juni 1989 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten für Maschinen (ABl. Nr. L 183 vom 29. 6. 1989, S. 9). Richtlinie 89/654/EWG des Rates vom 30. November 1989 über Mindestvorschriften für Sicherheit und Gesundheitsschutz in Arbeitsstätten (Erste Einzelrichtlinie im Sinne des Artikels 16 Absatz 1 der Richtlinie 89/391/EWG) (ABl. Nr. L 393 vom 30. 12. 1989, S. 1). Richtlinie 89/655/EWG des Rates vom 30. November 1989 über Mindestvorschriften für Sicherheit und Gesundheitsschutz bei Benutzung von Arbeitsmitteln durch Arbeitnehmer bei der Arbeit (Zweite Einzelrichtlinie im Sinne des Artikels 16 Absatz 1 der Richtlinie 89/391/EWG) (ABl. Nr. L 393 vom 30. 12. 1989, S. 13). Richtlinie 89/656/EWG des Rates vom 30. November 1989 betreffend Mindestvorschriften bezüglich der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes für die Benutzung persönlicher Schutzausrüstungen durch Arbeitnehmer (Dritte Einzelrichtlinie im Sinne von Artikel 16 Absatz 1 der Richtlinie 89/391/EWG) (ABl. Nr. L 393 vom 30. 12. 1989, S. 18). Richtlinie 89/686/EWG des Rates vom 21. Dezember 1989 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten für persönliche Schutzausrüstungen (ABl. Nr. L 399 vom 30. 12. 1989, S. 18). Richtlinie 90/269/EWG des Rates vom 29. Mai 1990 über die Mindestvorschriften bezüglich der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes bei der manuellen Handhabung von Lasten, die für die Arbeitnehmer eine Gefährdung des Muskel- und Knochenapparats mit sich bringen (Vierte Einzelrichtlinie im Sinne von Artikel 16 Absatz 1 der Richtlinie 89/391/EWG) (ABl. Nr. L 156 vom 21. 6. 1990, S. 9).

KOMMISSION
Teileinzelplan B3
(Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-4 3 — GESUNDHEIT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B3-4 3 1	*(Fortsetzung)*						
B3-4 3 1 0	*(Fortsetzung)*						
B3-4 3 1 1	Europäische Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.		

KOMMISSION
Teileinzelplan B3
(Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-4 3 — GESUNDHEIT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B3-4 3 1	*(Fortsetzung)*
B3-4 3 1 0	*(Fortsetzung)*
	Richtlinie 90/270/EWG des Rates vom 29. Mai 1990 über die Mindestvorschriften bezüglich der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes bei der Arbeit an Bildschirmgeräten (Fünfte Einzelrichtlinie im Sinne von Artikel 16 Absatz 1 der Richtlinie 89/391/EWG) (ABl. Nr. L 156 vom 21. 6. 1990, S. 14).
	Richtlinie 90/394/EWG des Rates vom 28. Juni 1990 über den Schutz der Arbeitnehmer gegen Gefährdung durch Karzinogene am Arbeitsplatz (Sechste Einzelrichtlinie im Sinne von Artikel 16 Absatz 1 der Richtlinie 89/391/EWG) (ABl. Nr. L 196 vom 26. 7. 1990, S. 1).
	Vorschlag für eine Richtlinie des Rates, von der Kommission vorgelegt am ... 1990, über Mindestvorschriften für den Gesundheitsschutz und die Sicherheit zum Zweck einer besseren medizinischen Versorgung auf Schiffen (ABl. Nr. C 183 vom 24. 7. 1990, S. 6), geändert am 28. Februar 1991 (ABl. Nr. C 74 vom 20. 3. 1991, S. 11).
	Vorschlag für eine Richtlinie des Rates, von der Kommission vorgelegt am 31. Juli 1990, über die auf zeitlich begrenzte oder ortsveränderte Baustellen anzuwendenden Mindestvorschriften für die Sicherheit und den Gesundheitsschutz (Achte Einzelrichtlinie im Sinne von Artikel 16 Absatz 1 der Richtlinie 89/391/EWG) (ABl. Nr. C 213 vom 28. 8. 1990, S. 2), geändert am 9. April 1991 (ABl. Nr. C 112 vom 27. 4. 1991, S. 4).
	Entschließung des Europäischen Parlaments vom 13. September 1990 zu dem Aktionsprogramm der Kommission zur Anwendung der Gemeinschaftscharta der sozialen Grundrechte der Arbeitnehmer — Prioritäten für die Jahre 1991/1992 (ABl. Nr. C 260 vom 15. 10. 1990, S. 167).
	Vorschlag für eine Richtlinie des Rates, von der Kommission vorgelegt am 21. November 1990, über den Schutz von externen Arbeitskräften, die beim Einsatz in Anlagen in denen ionisierende Strahlungen verwendet werden, Strahlen exponiert sind (ABl. Nr. C 321 vom 21. 12. 1990, S. 2).
	Richtlinie 90/679/EWG des Rates vom 26. November 1990, über den Schutz der Arbeitnehmer gegen Gefährdung durch biologische Arbeitsstoffe bei der Arbeit (Siebte Einzelrichtlinie im Sinne von Artikel 16 Absatz 1 der Richtlinie 89/391/EWG) (ABl. Nr. L 374 vom 31. 12. 1990, S. 1).
	Vorschlag für eine Richtlinie des Rates von der Kommission vorgelegt am 21. Dezember 1990, über Mindestvorschriften zur Verbesserung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes der Arbeitnehmer in den mineralgewinnenden Industriezweigen (ABl. Nr. C 32 vom 7. 2. 1991, S. 7).
	Vorschlag für eine Richtlinie des Rates, von der Kommission vorgelegt am 21. Dezember 1990, über die Mindestvorschriften für die Sicherheits- und Gesundheitsschutzkennzeichnung am Arbeitsplatz — Neunte Einzelrichtlinie im Sinne der Richtlinie 89/391/EWG (ABl. Nr. C 53 vom 28. 2. 1991, S. 46), geändert am 9. Oktober 1991 (ABl. Nr. C 279 vom 26. 10. 1991, S. 13).
	Richtlinie 91/383/EWG des Rates vom 25. Juni 1991 zur Ergänzung der Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes von Arbeitnehmern mit befristetem Arbeitsverhältnis oder Leiharbeitsverhältnis (ABl. Nr. L 206 vom 29. 7. 1991, S. 19).
	Beschluß 91/388/EWG des Rates vom 25. Juli 1991 über ein Aktionsprogramm zum Europäischen Jahr für Sicherheit, Arbeitshygiene und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz (1992) (ABl. Nr. L 214 vom 2. 8. 1991, S. 77).
	Vorschlag für eine Richtlinie des Rates, von der Kommission vorgelegt am 3. Dezember 1991, über Mindestvorschriften für Sicherheit und Gesundheitsschutz bei der Arbeit an Bord von Fischereifahrzeugen (10. Einzelrichtlinie im Sinne des Artikels 16 erster Absatz der Richtlinie 89/391/EWG) (ABl. Nr. C 337 vom 31. 12. 1991, S. 21).
	Geänderter Vorschlag für eine Richtlinie des Rates, von der Kommission vorgelegt am 20. Dezember 1991, über Mindestvorschriften zur Verbesserung der Mobilität und der sicheren Beförderung von in ihrer Bewegungsfähigkeit beeinträchtigten Arbeitnehmern auf dem Arbeitsweg.
	Diese Mittel decken den an das Internationale Informationszentrum des Internationalen Arbeitsamtes gezahlten Zuschuß.
	Sie decken auch die Zuschüsse, die Kosten für Studien und Sitzungen sowie der Maßnahmen zur Information und Aufklärung der Öffentlichkeit und Ausbildung des im Gesundheitswesen tätigen Personals.
	Die Maßnahmen zur Verwirklichung dieses Ziels werden teilweise von der Gemeinsamen Forschungsstelle im Rahmen der Unterstützung der anderen Kommissionsdienststellen (Artikel B6-1 1 1, B6-1 2 1, B6-1 2 2 und B6-4 2 1) durchgeführt.
	Diese Arbeiten der Gemeinsamen Forschungsstelle werden auf 193 966 ECU veranschlagt.
B3-4 3 1 1	Vorschlag für eine Verordnung des Rates, von der Kommission vorgelegt am 30. September 1991, zur Schaffung einer Europäischen Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz (ABl. Nr. C 271 vom 16. 10 1991, S. 3).

KOMMISSION

Teileinzelplan B3
(Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-4 3 — GESUNDHEIT *(Fortsetzung)*

KAPITEL B3-4 4 — DROGENBEKÄMPFUNG

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B3-4 3 1	*(Fortsetzung)*						
B3-4 3 1 2	Unterstützung der Opfer von Katastrophen im Kohlenbergbau und in der Stahlindustrie sowie Waisenhilfe Nichtgetrennte Mittel	400 000	400 000	400 000	400 000	208 000,—	208 000,—
	Artikel B3-4 3 1 insgesamt	4 772 000 *(1 200 000)*	4 772 000 *(1 200 000)*	5 436 000 *(1 464 000)*	5 436 000 *(1 464 000)*	3 736 926,49 *(1 423 000,—)*	3 736 926,49 *(1 423 000,—)*
B3-4 3 2	***Europäisches Jahr für Gesundheitsschutz und Sicherheit am Arbeitsplatz*** Nichtgetrennte Mittel	7 700 000	7 700 000	p.m.	p.m.		
	(Unterstützungsausgaben)	*(p.m.)*	*(p.m.)*	*(p.m.)*	*(p.m.)*	*(0,—)*	*(0,—)*
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt	17 573 000	17 573 000	8 525 000	8 525 000	6 161 362,35	6 161 362,35
	Getrennte Mittel insgesamt	11 500 000	14 000 000	8 631 000	6 631 000	7 618 886,35	4 020 819,88
	KAPITEL B3-4 3 INSGESAMT	29 073 000 *(4 163 000)*	31 573 000 *(4 163 000)*	17 156 000 *(5 004 000)*	15 156 000 *(5 004 000)*	13 780 248,70 *(3 562 000,—)*	10 182 182,23 *(3 562 000,—)*
	KAPITEL B3-4 4						
B3-4 4 0	***Maßnahmen zur Bekämpfung des Drogenmißbrauchs*** Nichtgetrennte Mittel	5 973 000	5 973 000	5 418 000	5 418 000	3 338 815,25	3 338 815,25
	(Unterstützungsausgaben)	*(500 000)*	*(500 000)*	*(582 000)*	*(582 000)*	*(390 000,—)*	*(390 000,—)*

KOMMISSION
Teileinzelplan B3
(Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-4 3 — GESUNDHEIT *(Fortsetzung)*

KAPITEL B3-4 4 — DROGENBEKÄMPFUNG

Artikel Posten	Erläuterungen
B3-4 3 1	*(Fortsetzung)*
B3-4 3 1 2	Beschluß der Hohen Behörde der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl nach der Katastrophe von Marcinelle (1953). Einmalige Beihilfe für die Witwen, Waisen und Hinterbliebenen der Opfer von Massenunfällen in Unternehmen des Kohlenbergbaus und der Stahlindustrie. *Hilfe zur Schulausbildung der Waisen* Die von der Hohen Behörde 1965 gegründete Paul-Finet-Stiftung gewährt Waisen von Bergleuten und Stahlarbeitern, die infolge eines Arbeitsunfalls oder einer Berufskrankheit gestorben sind, Ausbildungsstipendien.
B3-4 3 2	*Vormals Posten A-3 0 5 4* Bei Artikel B8-3 6 2 ist ein „p.m." eingesetzt (1991: p.m.). Entschließung des Rates vom 21. Dezember 1987 über Sicherheit, Arbeitshygiene und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz (ABl. Nr. C 28 vom 3. 2. 1988, S. 1). Legislative Entschließung des Europäischen Parlaments von 17. Mai 1991 mit der Stellungnahme des Europäischen Parlaments zu dem Vorschlag der Kommission an den Rat für einen Beschluß des Rates über ein Aktionsprogramm zum Europäischen Jahr für Sicherheit, Arbeitshygiene und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz (1992) (ABl. Nr. C 158 vom 17. 6. 1991, S. 342). Beschluß 91/388/EWG des Rates vom 25. Juli 1991 über ein Aktionsprogramm zum Europäischen Jahr für Sicherheit, Arbeitshygiene und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz (1992) (ABl. Nr. L 214 vom 2. 8. 1991, S. 77). Veranschlagt sind die für die Durchführung von Maßnahmen im Zusammenhang mit diesem Vorschlag anfallenden Ausgaben, insbesondere für die Schaffung der erforderlichen nationalen Strukturen zur Vorwirklichung des Vorhabens.
B3-4 4 0	*Vormals Posten B3-1 0 0 6 und B3-4 3 0 2* Unter Berücksichtigung der in Artikel B8-3 7 0 eingesetzten Mittel beläuft sich der Gesamtbetrag für diese Maßnahmen auf 6 473 000 ECU (1991: 6 000 000 ECU). *Maßnahmen zur Bekämpfung des Drogenmißbrauchs* Schlußfolgerungen des Europäischen Rates vom 28. und 29. Juni 1985 betreffend die Notwendigkeit der Durchführung eines Programms zur Bekämpfung des Drogenmißbrauchs. Schlußfolgerungen des Europäischen Rates vom 26. und 27. Juni 1986 betreffend die Notwendigkeit der Durchführung eines Programms zur Bekämpfung des Drogenmißbrauchs.

KOMMISSION
Teileinzelplan B3
(Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-4 4 — DROGENBEKÄMPFUNG *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B3-4 4 0	*(Fortsetzung)*						

KOMMISSION
Teileinzelplan B3
(Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-44 — DROGENBEKÄMPFUNG *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B3-440	*(Fortsetzung)*

Entschließung des Rates und der im Rat vereinigten Minister für das Gesundheitswesen der Mitgliedstaaten vom 16. Mai 1989 betreffend ein Europäisches Datennetz über die gesundheitlichen Auswirkungen des Drogenmißbrauchs (ABl. Nr. C 185 vom 22. 7. 1989, S. 1).

Schlußfolgerungen des Rates und der im Rat vereinigten Minister für das Gesundheitswesen der Mitgliedstaaten vom 16. Mai 1989 betreffend die Zuverlässigkeit von Tests zum Nachweis unerlaubter Drogen in Körperflüssigkeiten (ABl. Nr. C 185 vom 22. 7. 1989, S. 2).

Schlußfolgerungen des Rates und der im Rat vereinigten Gesundheitsminister vom 13. November 1989 betreffend die Durchführung koordinierter Maßnahmen zur Verhütung der Drogenabhängigkeit und zur Betreuung der Drogenabhängigen (ABl. Nr. C 31 vom 9. 2. 1990, S. 1).

Schlußfolgerungen des Rates und der im Rat vereinigten Minister für das Gesundheitswesen vom 3. Dezember 1990 in bezug auf die Verringerung der Nachfrage nach Drogen und psychotropen Stoffen (ABl. Nr. C 329 vom 31. 12. 1990, S. 20).

Vorschlag für eine Richtlinie des Rates, von der Kommission vorgelegt am 20. Dezember 1990, über die Herstellung und das Inverkehrbringen bestimmter Stoffe, die zur unerlaubten Herstellung von Suchtstoffen und psychotropen Substanzen verwendet werden (ABl. Nr. C 21 vom 29. 1. 1991, S. 17).

Schlußfolgerungen des Rates und der im Rat vereinigten Minister für das Gesundheitswesen der Mitgliedstaaten vom 4. Juni 1991 zu weiteren Maßnahmen zur Verringerung der Drogennachfrage (ABl. Nr. C 170 vom 29. 6. 1991, S. 2).

Entschließung des Rates und der im Rat vereinigten Minister für das Gesundheitswesen vom 11. November 1991 zur Behandlung und Wiedereingliederung von Drogenabhängigen im Strafvollzug (ABl. Nr. C 304 vom 23. 11. 1991, S. 7).

Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament vom ... über ein Zweijahresprogramm der Gemeinschaft zur Bekämpfung der Drogensucht (KOM(..) ...).

Veranschlagt sind bei diesem Posten die Zuschüsse, die Kosten für Studien und Sitzungen sowie die Kosten der Maßnahmen zur Information und Aufklärung der Öffentlichkeit und der Ausbildung des im Gesundheitswesen tätigen Personals auf dem Gebiet der Verhütung von Drogensucht.

Außerdem sind die Mittel bestimmt für die Information von Jugendlichen zur Vorbeugung des Drogenkonsums.

Dieser Artikel ist bestimmt für eine verstärkte Koordinierung der einzelnen Aktionen sowie die wissenschaftlichen und technischen Programme in diesem Bereich bestimmt, insbesondere zwischen Wirtschaft, medizinischer Forschung, Landwirtschaft, Chemiesektor und Biologie, Überwachungs- und Informationsverfahren.

Ebenfalls bestimmt ist der Artikel dazu, in der für Binnenmarkt und gewerbliche Wirtschaft zuständigen Generaldirektion der Kommission eine europäische Koordinierungsstelle zur Bekämpfung des organisierten Verbrechens, das in mittelbarem oder unmittelbarem Zusammenhang mit der Drogenherstellung und dem Drogenhandel steht, einzurichten.

Die Dienststelle sollte folgende Aufgaben haben:

a) europaweite Analyse und Untersuchung von Schwerverbrechen, insbesondere in bezug auf Wirtschaft, Güter-, Kapital- und Personenverkehr;

b) Koordinierung und Aufbau eines Systems regelmäßiger Kontakte der einzelnen Mitgliedstaaten mit der Polizei und den Justizbehörden der betroffenen Länder sowie Datenaustausch;

c) Konsultierung, Simulierung und Ausarbeitung von Vergleichstabellen zur Entwicklung von Präventivmaßnahmen, vor allem in den unter Buchstabe a) genannten Bereichen;

d) Ausarbeitung von Vorschlägen für die Einführung und Definition des Begriffs des „Gemeinschaftsvergehens".

Die zahlreichen Schwierigkeiten, denen sich die Einrichtungen zur Drogenbekämpfung gegenübersehen, werden durch den Mangel an Informationen und genauen statistischen und sonstigen Daten in diesem Bereich sowie durch die fehlende Koordinierung zwischen den verschiedenen diese Daten erhebenden Stellen noch weiter verschärft. Es fehlt auch an einer Verbreitung dieser Daten. Es sollte daher eine europäische Einrichtung geschaffen werden, die alle für die Drogenbekämpfung nützlichen Daten und Informationen erfassen, zusammenstellen und koordinieren kann. Diese Einrichtung, ein europäisches Informationsbüro, muß ferner mit Mitteln für die Verbreitung und Veröffentlichung der von ihr erfaßten Daten und Informationen ausgestattet werden, damit sie für alle im Kampf gegen die Drogen tätigen Einrichtungen und Personen hilfreich sein kann.

Diese Mittel decken einen Teil des Finanzbedarfs für die Durchführung der Gemeinschaftspolitik zur Drogenbekämpfung. In diesem Rahmen dienen sie zusammen mit den bei den anderen Artikeln von Kapitel B2-44 und bei Artikel B7-508 eingesetzten Mitteln zur Finanzierung der Maßnahmen in diesem Politikbereich.

Bekämpfung des Drogenhandels

Beschluß 90/611/EWG des Rates vom 22. Oktober 1990 über den Abschluß des Übereinkommens der Vereinten Nationen gegen den unerlaubten Verkehr mit Suchtstoffen und psychotropen Stoffen im Namen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (ABl. Nr. L 326 vom 24. 11. 1990, S. 56).

KOMMISSION

Teileinzelplan B3
(Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-4 4 — DROGENBEKÄMPFUNG *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B3-4 4 0	*(Fortsetzung)*						
B3-4 4 1	***Europäisches Drogenüberwachungszentrum und vorbereitende Maßnahmen***						
	Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.				

KOMMISSION
Teileinzelplan B3
(Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-4 4 — DROGENBEKÄMPFUNG *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B3-4 4 0	*(Fortsetzung)* Verordnung (EWG) Nr. 3677/90 des Rates vom 13. Dezember 1990 über Maßnahmen gegen die Abzweigung bestimmter Stoffe zur unerlaubten Herstellung von Suchtstoffen und psychotropen Substanzen (ABl. Nr. L 357 vom 20. 12. 1990, S. 1). Schlußfolgerungen des Europäischen Rates vom 14. und 15. Dezember 1990 betreffend einen Europäischen Plan zur Drogenbekämpfung. Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Ausgaben für die Anwendung der Gemeinschaftsvorschriften über den Handel mit Ausgangsstoffen (zur Drogenherstellung verwendete Stoffe), insbesondere über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden bei der Aufdeckung regelwidriger Vorgänge sowie über die Verwaltung bereichsspezifischer Daten. Die Mittel sind auch für die Ausgaben zur Verstärkung der Drogenkontrollen an den Außengrenzen der Gemeinschaft entsprechend dem Mandat des Europäischen Rates bestimmt. Schließlich soll die Gemeinschaft damit in die Lage versetzt werden, ihren internationalen Verpflichtungen in den vorgenannten Bereichen (unter anderem in den Beziehungen zu den zuständigen Fachstellen) nachzukommen. Diese Mittel decken einen Teil des Finanzbedarfs für die Durchführung der Gemeinschaftspolitik zur Drogenbekämpfung. In diesem Rahmen dienen sie zusammen mit den bei den anderen Artikeln von Kapitel B2-4 4 und bei Artikel B7-5 0 8 eingesetzten Mitteln zur Finanzierung der Maßnahmen in diesem Politikbereich.
B3-4 4 1	*Neuer Artikel* Schlußfolgerungen des Europäischen Rates vom 14. und 15. Dezember 1990 betreffend einen Europäischen Plan zur Drogenbekämpfung. Veranschlagt sind Mittel zur Deckung des Kosten für Studien, Sachverständigengutachten, Veröffentlichungen und Informationen sowie für bestimmte vorbereitende Maßnahmen zur Einrichtung eines europäischen Drogenüberwachungszentrums, die der Europäische Rat auf seiner Tagung vom 14. und 15. Dezember 1990 beschlossen hat. Die Mittel sollen auch zur Deckung der Kosten für Dienstleistungen und bestimmte Verträge mit Unternehmen in der Gemeinschaft dienen, die insbesondere die Errichtung eines zu dem europäischen Drogenüberwachungszentrum gehörenden Netzes von Zentren für die Sammlung, Verarbeitung und Verbreitung von Informationen über Drogen zum Ziel haben.

KOMMISSION
Teileinzelplan B3
(Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-4 4 — DROGENBEKÄMPFUNG *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B3-4 4 1	*(Fortsetzung)*						
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt	5 973 000	5 973 000	5 418 000	5 418 000	3 338 815,25	3 338 815,25
	Getrennte Mittel insgesamt						
	KAPITEL B3-4 4 INSGESAMT	5 973 000 *(500 000)*	5 973 000 *(500 000)*	5 418 000 *(582 000)*	5 418 000 *(582 000)*	3 338 815,25 *(390 000,—)*	3 338 815,25 *(390 000,—)*
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt	93 533 000	93 533 000	54 838 000	54 838 000	35 974 464,20	35 974 464,20
	Getrennte Mittel insgesamt	46 152 000	67 387 000	38 674 000	41 072 000	36 967 113,95	36 135 301,51
	Titel B3-4 insgesamt	**139 685 000** *(9 995 000)*	**160 920 000** *(9 995 000)*	**93 512 000** *(15 730 000)*	**95 910 000** *(15 730 000)*	**72 941 578,15** *(7 325 000,—)*	**72 109 765,71** *(7 325 000,—)*
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt	352 488 000	352 488 000	249 532 000	249 532 000	177 322 775,80	177 322 775,80
	Getrennte Mittel insgesamt	149 825 000	153 798 000	117 122 000	104 320 000	89 640 243,04	79 389 688,07
	Teileinzelplan B3 insgesamt	**502 313 000** *(16 909 000)*	**506 286 000** *(16 909 000)*	**366 654 000** *(22 910 000)*	**353 852 000** *(22 910 000)*	**266 963 018,84** *(14 205 000,—)*	**256 712 463,87** *(14 205 000,—)*

KOMMISSION
Teileinzelplan B3
(Sozialmaßnahmen)

KAPITEL B3-4 4 — DROGENBEKÄMPFUNG *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B3-4 4 1	*(Fortsetzung)* Diese Mittel decken einen Teil des Finanzbedarfs für die Durchführung der Gemeinschaftspolitik zur Drogenbekämpfung. In diesem Rahmen dienen sie zusammen mit den bei den anderen Artikeln von Kapitel B2-4 4 und bei Artikel B7-5 0 8 eingesetzten Mitteln zur Finanzierung der Maßnahmen in diesem Politikbereich.

KOMMISSION
Teil B

TEILEINZELPLAN B4

ENERGIE, EURATOM-SICHERHEITSÜBERWACHUNG UND UMWELT

KOMMISSION

Teileinzelplan B4

(Energie, Euratom-Sicherheitsüberwachung und Umwelt)

Zusammenfassung der Haushaltsmittel (1992 und 1991) und der Ausgaben (1990)

Titel Kapitel	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B4-1	**ENERGIE**						
B4-1 0	ENERGIEPOLITIK	181 315 000	140 970 000	150 730 000	113 530 000	63 060 318,—	110 334 345,47
	Titel B4-1 insgesamt	**181 315 000**	**140 970 000**	**150 730 000**	**113 530 000**	**63 060 318,—**	**110 334 345,47**
B4-2	**EURATOM-SICHERHEITSÜBERWACHUNG**						
B4-2 0	EURATOM-SICHERHEITSÜBERWACHUNG	9 166 000	6 016 000	6 927 000	6 927 000	427 307,05	427 307,05
	Titel B4-2 insgesamt	**9 166 000**	**6 016 000**	**6 927 000**	**6 927 000**	**427 307,05**	**427 307,05**
B4-3	**UMWELT**						
B4-3 0	UMWELTAKTIONEN	31 600 000	47 504 000	57 477 000	42 352 000	31 669 286,65	21 607 998,04
B4-3 1	EUROPÄISCHE UMWELTAGENTUR	1	1 350 001	6 000 000	9 500 000	2 715 113,45	2 390 416,50
B4-3 2	EUROPÄISCHES UMWELTFINANZINSTRUMENT (LIFE)	72 500 000	22 700 000	30 000 000	15 000 000		
B4-3 3	KATASTROPHENSCHUTZ UND HILFE DÜR DIE OPFER VON KATASTROPHEN	2 040 000	2 040 000	1 085 000	1 085 000	431 669,—	431 669,—
B4-3 4	SOFORTHILFEN	5 000 000	5 000 000	5 000 000	5 000 000	7 100 000,—	7 100 000,—
	Titel B4-3 insgesamt	**111 140 001**	**78 594 001**	**99 562 000**	**72 937 000**	**41 916 069,10**	**31 530 083,54**
	Teileinzelplan B4 insgesamt	**301 621 001**	**225 580 001**	**257 219 000**	**193 394 000**	**105 403 694,15**	**142 291 736,06**

KOMMISSION

Teileinzelplan B4
(Energie, Euratom-Sicherheitsüberwachung und Umwelt)

TITEL B4-1

ENERGIE

KAPITEL B4-1 0 — ENERGIEPOLITIK

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
	KAPITEL B4-1 0						
B4-1 0 0	***Aktionen im Bereich der neuen Energietechnologien***						
B4-1 0 0 0	THERMIE (Förderung der europäischen Energietechnologien)						
	Getrennte Mittel	161 460 000	70 515 000	130 855 000 (1)	10 355 000 (2)	44 999 540,—	0,—
	(Unterstützungsausgaben)	*(4 645 000)*	*(4 645 000)*	*(4 645 000)*	*(4 645 000)*	*(0,—)*	*(0,—)*

(1) Durch die Mittelübertragung Nr. 1/1991 wurden diese Mittel um 10 000 000 ECU (aus Kapitel B0-4 0) aufgestockt.
(2) Durch die Mittelübertragung Nr. 1/1991 wurden diese Mittel um 1 500 000 ECU (aus Kapitel B0-4 0) aufgestockt.

KOMMISSION

Teileinzelplan B4

(Energie, Euratom-Sicherheitsüberwachung und Umwelt)

TITEL B4-1

ENERGIE

KAPITEL B4-10 — ENERGIEPOLITIK

Artikel Posten	Erläuterungen
B4-100	
B4-1000	Unter Berücksichtigung der in Posten B8-4100 eingesetzten Mittel beläuft sich der Gesamtbetrag für diese Maßnahmen auf 166 105 000 ECU für Verpflichtungsermächtigungen und 75 160 000 ECU für Zahlungsermächtigungen (1991: 135 500 000 ECU für Verpflichtungsermächtigungen und 15 000 000 ECU für Zahlungsermächtigungen). Verordnung (EWG) Nr. 3639/85 des Rates vom 20. Dezember 1985 über ein Programm zur Unterstützung der technologischen Entwicklung im Bereich der Kohlenwasserstoffe (ABl. Nr. L 350 vom 27. 12. 1985, S. 25). Verordnung (EWG) Nr. 3640/85 des Rates vom 20. Dezember 1985 zur Förderung von Demonstrationsvorhaben und industriellen Pilotvorhaben im Energiebereich durch finanzielle Unterstützung (ABl. Nr. L 350 vom 27. 12. 1985, S. 29). Entschließung des Rates vom 16. September 1986 über neue energiepolitische Ziele der Gemeinschaft für 1995 und die Konvergenz der Politik der Mitgliedstaaten (ABl. Nr. C 241 vom 25. 9. 1986, S. 1). Verordnung (EWG) Nr. 2008/90 des Rates vom 29. Juni 1990 zur Förderung der Energietechnologien in Europa (THERMIE-Programm) (ABl. Nr. L 185 vom 17. 7. 1990, S. 1). Beschluß 91/315/EWG des Rates vom 26. Juni 1991 über ein Programm zur Lösung der spezifisch auf die Abgelegenheit und Insellage Madeiras und der Azoren zurückzuführenden Probleme (POSEIMA) (ABl. Nr. L 171 vom 29. 6. 1991, S. 10). Ziel des Programms THERMIE (Technologies européennes pour la maîtrise de l'énergie) ist es nicht nur, zur Verwirklichung der Ziele im Energiebereich beizutragen, sondern auch andere große Prioritäten der Gemeinschaft umzusetzen: Verbesserung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts, Stärkung der technologischen Grundlagen in der Industrie, Bewahrung und Verbesserung der Qualität der Umwelt. Das Programm sieht zwei Hauptschwerpunkte vor. Der erste Hauptschwerpunkt betrifft die finanzielle Unterstützung von Vorhaben zur Innovation und Verbreitung. Der zweite Hauptschwerpunkt betrifft eine Reihe konsolidierender Tätigkeiten zur Verbreitung der Ergebnisse und zur Erleichterung der Reproduktion erfolgreich abgeschlossener Vorhaben. Das Programm umfaßt folgende Bereiche: — rationelle Energienutzung, — erneuerbare Energiequellen, — Kohle und andere feste Brennstoffe, — Kohlenwasserstoffe. Mit Hilfe der finanziellen Beteiligung der Gemeinschaft, die maximal 40 % der förderfähigen Projektkosten beträgt, können Vorhaben durchgeführt werden, die unter Verwendung neuer Techniken, Verfahren oder Erzeugnisse oder durch neue Anwendungen bekannter Techniken zum einen aufgrund ihres industriellen Maßstabs und der Forderung nach Perspektiven der Wirtschaftlichkeit das Stadium nach der Forschung erreicht haben und sich zum anderen aufgrund eines noch zu großen inhärenten Risikos für die Unternehmer noch nicht im Stadium der Investition befinden. Diese Mittel sollen die Ausgaben für die finanzielle Unterstützung decken, die Unternehmen und Einrichtungen in der Gemeinschaft für die Durchführung von Vorhaben für das Programm THERMIE gewährt wird. Sie sollen ebenfalls die Ausgaben für die neuen Aktionen auf dem Gebiet der rationellen Nutzung der Energie und der Beratung und technischen Unterstützung für kleine und mittlere Unternehmen (Energiebus) sowie die Vorfinanzierung in Höhe von 5 000 000 ECU (Verpflichtungsermächtigungen) im Jahr 1992 von Energiemaßnahmen gemäß dem Beschluß 91/315/EWG.

KOMMISSION

Teileinzelplan B4
(Energie, Euratom-Sicherheitsüberwachung und Umwelt)

KAPITEL B4-1 0 — ENERGIEPOLITIK *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B4-1 0 0	*(Fortsetzung)*						
B4-1 0 0 0	*(Fortsetzung)*						
B4-1 0 0 1	Finanzielle Unterstützung der technologischen Entwicklung im Bereich der Kohlenwasserstoffe						
	Getrennte Mittel	p.m.	17 000 000	p.m.	26 000 000	1 853 220,—	34 455 960,20
	(Unterstützungsausgaben)	*(—)*	*(—)*	*(p.m.)*	*(p.m.)*	*(435 360,—)*	*(435 360,—)*

KOMMISSION

Teileinzelplan B4
(Energie, Euratom-Sicherheitsüberwachung und Umwelt)

KAPITEL B4-10 — ENERGIEPOLITIK *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B4-100	*(Fortsetzung)*
B4-1000	*(Fortsetzung)* Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 161 460 000 ECU. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind	44 999 540	5 200 000	10 000 000	10 000 000	10 000 000	9 799 540
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	130 855 000 (1)	5 155 000	39 000 000	15 000 000	15 000 000	56 700 000
Mittel 1992	161 460 000		21 515 000	27 500 000	30 500 000	81 945 000
Insgesamt	337 314 540	10 355 000 (2)	70 515 000	52 500 000	55 500 000	148 444 540

(1) Durch die Mittelübertragung Nr. 1/1991 wurden diese Mittel um 10 000 000 ECU (aus Kapitel B0-4 0) aufgestockt.

(2) Durch die Mittelübertragung Nr. 1/1991 wurden diese Mittel um 1 500 000 ECU (aus Kapitel B0-4 0) aufgestockt.

B4-1001	In Posten B8-4 1 0 1 wurde ein „—" eingesetzt (Gesamtbetrag 1991: „p.m." für Verpflichtungen und 26 000 000 ECU für Zahlungsermächtigungen). Verordnung (EWG) Nr. 3639/85 des Rates vom 20. Dezember 1985 betreffend ein Programm zur Unterstützung der technologischen Entwicklung im Bereich der Kohlenwasserstoffe (ABl. Nr. L 350 vom 27. 12. 1985, S. 25). Mit dem Programm sollen Erdölförderunternehmen durch die Gewährung einer finanziellen Beihilfe, die im Falle einer kommerziellen Verwertung der Ergebnisse zurückgezahlt werden muß, unterstützt werden, damit sie neue Nutzungs-, Explorations-, Lager- und Transporttechniken für Kohlenwasserstoffe entwickeln können. Die Beteiligung der Gemeinschaft an den gebilligten Vorhaben ist auf maximal 40 % beschränkt. Diese Mittel sind zur Deckung der Förderung derjenigen technologischen Entwicklungstätigkeiten bestimmt, die unmittelbar mit der Aufsuchung, der Gewinnung, der Lagerung und dem Transport von Kohlenwasserstoffen zusammenhängen.

KOMMISSION

Teileinzelplan B4
(Energie, Euratom-Sicherheitsüberwachung und Umwelt)

KAPITEL B4-10 — ENERGIEPOLITIK *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B4-100	*(Fortsetzung)*						
B4-1001	*(Fortsetzung)*						
B4-1002	Finanzielle Unterstützung zur Förderung von Demonstrationsvorhaben und industriellen Pilotvorhaben						
	Getrennte Mittel	p.m.	40 000 000	p.m.	62 500 000	4 657 132,—	67 627 156,13
	(Unterstützungsausgaben)	*(—)*	*(—)*	*(p.m.)*	*(p.m.)*	*(3 467 447,75)*	*(3 467 447,75)*

KOMMISSION

Teileinzelplan B4
(Energie, Euratom-Sicherheitsüberwachung und Umwelt)

KAPITEL B4-1 0 — ENERGIEPOLITIK *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B4-1 0 0	*(Fortsetzung)*
B4-1 0 0 1	*(Fortsetzung)* Für 1992 bewilligte Verpflichtungsermächtigungen: p.m. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind	54 143 297	26 000 000	17 000 000	8 000 000	3 143 297	
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	p.m.	p.m.				
Mittel 1992	p.m.		p.m.			
Insgesamt	54 143 297	26 000 000	17 000 000	8 000 000	3 143 297	

B4-1 0 0 2	In Posten B8-4 1 0 2 wurde ein „—" eingesetzt (Gesamtbetrag 1991: „p.m." für Verpflichtungen und 62 500 000 ECU für Zahlungsermächtigungen). Verordnung (EWG) Nr. 3640/85 des Rates vom 20. Dezember 1985 zur Förderung von Demonstrationsvorhaben und industriellen Pilotvorhaben im Energiebereich durch finanzielle Unterstützung (ABl. Nr. L 350 vom 27. 12. 1985, S. 29). Veranschlagt sind Mittel zur finanziellen Unterstützung von Unternehmen und Einrichtungen in der Gemeinschaft, die Demonstrationsvorhaben in den nachfolgend genannten Bereichen durchführen: — Verflüssigung und Vergasung fester Brennstoffe; — neue Technologien zur Verfeuerung fester Brennstoffe, zur industriellen Nutzung der Rückstände fester Brennstoffe sowie neue Techniken der Stromnutzung und der Übertragung, Verteilung und Speicherung von Wärme; — neue und erneuerbare Energiequellen und insbesondere geothermische Energie, Sonnenenergie, Windenergie, hydroelektrische Energie sowie Energie aus Biomasse und energetische Abfallverwertung. Im Rahmen dieser Bereiche sind auch Mistgärungsvorhaben von landwirtschaftlichen Betrieben zu fördern, die entweder in Zusammenarbeit mit anderen Betrieben oder in Kooperativen zur Lösung der Umweltprobleme, die sich aus der Überdüngung ergeben, beitragen.

KOMMISSION

Teileinzelplan B4
(Energie, Euratom-Sicherheitsüberwachung und Umwelt)

KAPITEL B4-1 0 — ENERGIEPOLITIK *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B4-1 0 0	*(Fortsetzung)*						
B4-1 0 0 2	*(Fortsetzung)*						
	Artikel B4-1 0 0 insgesamt	161 460 000 *(4 645 000)*	127 515 000 *(4 645 000)*	130 855 000 *(4 645 000)*	98 855 000 *(4 645 000)*	51 509 892,— *(3 902 807,75)*	102 083 116,33 *(3 902 807,75)*
B4-1 0 2	***Maßnahmen im Bereich der Beförderung radioaktiver Stoffe*** Nichtgetrennte Mittel	250 000	250 000	470 000	470 000	449 900,—	449 900,—
	(Unterstützungsausgaben)	*(30 000)*	*(30 000)*	*(30 000)*	*(30 000)*	*(0,—)*	*(0,—)*
B4-1 0 3	***Maßnahmen zur Verbesserung der Energiebilanz der Gemeinschaft***						
B4-1 0 3 0	ALTENER (neue und erneuerbare Energiequellen) Getrennte Mittel	1 200 000	1 300 000	1 500 000	1 000 000	609 853,—	470 653,90
	(Unterstützungsausgaben)	*(360 000)*	*(360 000)*	*(p.m.)*	*(p.m.)*	*(182 024,—)*	*(182 024,—)*

KOMMISSION

Teileinzelplan B4

(Energie, Euratom-Sicherheitsüberwachung und Umwelt)

KAPITEL B4-1 0 — ENERGIEPOLITIK *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B4-1 0 0	*(Fortsetzung)*
B4-1 0 0 2	*(Fortsetzung)* Für 1992 bewilligte Verpflichtungsermächtigungen: p.m. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind	176 075 764	62 500 000	40 000 000	40 000 000	25 000 000	8 575 764
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	p.m.	p.m.				
Mittel 1992	p.m.		p.m.			
Insgesamt	176 075 764	62 500 000	40 000 000	40 000 000	25 000 000	8 575 764

B4-1 0 2	Unter Berücksichtigung der in Artikel B8-4 1 2 eingesetzten Mittel beläuft sich der Gesamtbetrag für diese Maßnahmen auf 280 000 ECU (1991: 500 000 ECU). Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, insbesondere Artikel 75 (Festlegung gemeinsamer Regeln für den internationalen Verkehr). Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft, insbesondere Kapitel III (Allgemeiner Gesundheitsschutz der Arbeitskräfte und der Bevölkerung gegen die Gefahren ionisierender Strahlungen). Entschließung des Rates vom 22. Juli 1975 über technologische Probleme der nuklearen Sicherheit (ABl. Nr. C 185 vom 14. 8. 1975, S. 1). Veranschlagt sind die Ausgaben für Aktionen, die in Form von Studienverträgen und Untersuchungen durchgeführt werden, über Transportverpackungen, die Abschätzung der Folgen eines Kritizitätsunfalls bei der Lagerung und beim Transport radioaktiver Stoffe, das Problem der Verseuchung der Verpackungen, sowie die Angleichung der Rechtsvorschriften und Praktiken der Mitgliedstaaten im Bereich der Beförderung radioaktiver Stoffe.
B4-1 0 3	
B4-1 0 3 0	Entsprechend den in Posten B8-4 1 3 0 eingesetzten Mitteln beläuft sich der Gesamtbetrag für diese Aktion auf 1 560 000 ECU für Verpflichtungsermächtigungen und 1 660 000 ECU für Zahlungsermächtigungen (1991: 1 500 000 ECU für Verpflichtungsermächtigungen und 1 000 000 ECU für Zahlungsermächtigungen). Mitteilung der Kommission an den Rat vom 23. Januar 1986 „Orientierung der Gemeinschaft für die Weiterentwicklung der neuen und erneuerbaren Energiequellen" (KOM(86) 12 endg.). Entschließung des Rates vom 16. September 1986 über neue energiepolitische Ziele der Gemeinschaft für 1995 und die Konvergenz der Politik der Mitgliedstaaten (ABl. Nr. C 241 vom 25. 9. 1986, S. 1).

KOMMISSION

Teileinzelplan B4
(Energie, Euratom-Sicherheitsüberwachung und Umwelt)

KAPITEL B4-1 0 — ENERGIEPOLITIK *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B4-1 0 3	*(Fortsetzung)*						
B4-1 0 3 0	*(Fortsetzung)*						
B4-1 0 3 1	SAVE (Förderung rationeller Energienutzung)						
	Getrennte Mittel	5 000 000	2 200 000	5 000 000	2 800 000	104 650,—	2 452,38
	(Unterstützungsausgaben)	*(—)*	*(—)*	*(p.m.)*	*(p.m.)*	*(55 000,—)*	*(55 000,—)*

KOMMISSION

Teileinzelplan B4

(Energie, Euratom-Sicherheitsüberwachung und Umwelt)

KAPITEL B4-1 0 — ENERGIEPOLITIK *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B4-1 0 3	*(Fortsetzung)*
B4-1 0 3 0	*(Fortsetzung)*

Entschließung des Rates vom 26. November 1986 über eine Orientierung der Gemeinschaft für die Weiterentwicklung der neuen und erneuerbaren Energiequellen (ABl. Nr. C 316 vom 9. 12. 1986, S. 1).

Empfehlung 88/349/EWG des Rates vom 9. Juni 1988 über die Entwicklung der Nutzung erneuerbarer Energiequellen in der Gemeinschaft (ABl. Nr. L 160 vom 28. 6. 1988, S. 46).

Empfehlung 88/611/EWG des Rates vom 8. November 1988 zur Förderung der Zusammenarbeit zwischen öffentlichen Elektrizitätsversorgungsunternehmen und Eigenerzeugern (ABl. Nr. L 335 vom 7. 12. 1988, S. 29).

Das Programm ALTENER (Alternative energy) umfaßt drei Aspekte: die Beseitigung von Hindernissen für die Vermarktung neuer und erneuerbarer Energiequellen durch rechtliche und verwaltungstechnische Maßnahmen, die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der neuen und erneuerbaren Energiequellen durch spezifische Unterstützungsmaßnahmen und die Verbesserung des Informationsaustausches durch die Einrichtung eines geeigneten Netzes.

Mit den Mitteln sollen diese drei Arten von Maßnahmen zugunsten aller neuen und erneuerbaren Energien gefördert werden, vor allem zugunsten der Sonnen- und Windenergie, der geothermischen und der hydroelektrischen Energie sowie der Energie aus Biomasse und der aus Abfall gewonnenen Energie. Diese Maßnahmen sind nicht auf die Entwicklung und Verbreitung neuer Technologien ausgerichtet.

Die Mittel decken ebenfalls die Kosten für:

— die vorbereitenden Untersuchungen über die rechtlichen und verwaltungstechnischen Maßnahmen,

— die Beteiligung an Maßnahmen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der neuen und erneuerbaren Energiequellen (Ausbildung, Prüf- und Fachzentren, Pilotaktionen, Normung),

— die Vorbereitung von Veröffentlichungen, die Veranstaltung von Sitzungen, die Erstellung von Datenbanken, von Software und anderen EDV-Hilfsmitteln zur Verbesserung des Informationsaustausches,

— die Zusammenarbeit mit Drittländern.

Sie sind auch zur Finanzierung von Pilotprojekten über Bio-Kraftstoffe bestimmt.

Ein Teil der zur Erreichung dieses Ziels notwendigen Tätigkeiten wird von der Gemeinsamen Forschungsstelle im Rahmen ihrer Arbeiten zur Unterstützung der Kommissionsdienststellen durchgeführt (Artikel B6-1 1 1, B6-1 2 1, B6-1 2 2 und B6-4 2 1).

Diese Arbeiten der Gemeinsamen Forschungsstelle werden auf 2 828 571 ECU veranschlagt.

Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 1 200 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind	1 025 099	700 000	300 000	25 099		
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	1 500 000	300 000	900 000	300 000		
Mittel 1992	1 200 000		100 000	800 000	300 000	
Insgesamt	3 725 099	1 000 000	1 300 000	1 125 099	300 000	

B4-1 0 3 1 *Vormals Posten B4-1 0 3 1 und Artikel B4-1 0 6*

Bei Posten B8-4 1 3 1 wird ein „—" eingesetzt (1991, Gesamtbetrag: 5 000 000 ECU an Verpflichtungsermächtigungen und 2 800 000 ECU an Zahlungsermächtigungen).

Entscheidung 91/565/EWG des Rates vom 29. Oktober 1991 zur Förderung von Energieeinsparungen in der Gemeinschaft (SAVE-Programm) (ABl. Nr. L 307 vom 8. 11. 1991, S. 34).

KOMMISSION

Teileinzelplan B4
(Energie, Euratom-Sicherheitsüberwachung und Umwelt)

KAPITEL B4-1 0 — ENERGIEPOLITIK *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B4-1 0 3	*(Fortsetzung)*						
B4-1 0 3 1	*(Fortsetzung)*						
B4-1 0 3 2	Studien im Energiebereich und Beobachtung der Märkte						
	Nichtgetrennte Mittel	2 000 000	2 000 000	2 000 000 (1)	2 000 000 (1)	1 374 958,—	1 374 958,—
	(Unterstützungsausgaben)	*(p.m.)*	*(p.m.)*	*(p.m.)*	*(p.m.)*	*(0,—)*	*(0,—)*

(1) Durch die Mittelübertragung Nr. 1/1991 wurden diese Mittel um 500 000 ECU (aus Kapitel B0-4 0) aufgestockt.

KOMMISSION

Teileinzelplan B4

(Energie, Euratom-Sicherheitsüberwachung und Umwelt)

KAPITEL B4-1 0 — ENERGIEPOLITIK *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B4-1 0 3	*(Fortsetzung)*
B4-1 0 3 1	*(Fortsetzung)*

Diese Mittel sind bestimmt zur Deckung der Kosten für Maßnahmen zur Eindämmung der wachsenden Energienachfrage durch eine effizientere Nutzung der Energie. Diese Aktion soll zur Verwirklichung des vom Rat am 16. September 1986 festgelegten energiepolitischen Ziels und zur Bewältigung des Problems des Umweltschutzes beitragen. Die spezifischen Maßnahmen zur Verbesserung der Effizienz im Energiebereich (Programm SAVE (specific actions for vigorous energy efficiency)) decken drei Bereiche ab: rechtliche und verwaltungstechnische Maßnahmen, Maßnahmen zur Unterstützung der Mitgliedstaaten und Maßnahmen zur Verbesserung der Informationsnetze.

Dieser Posten ist zur Deckung Förderung von drei Arten von Maßnahmen in all den Bereichen, in denen es um eine rationellere Energienutzung geht bestimmt. Diese Maßnahmen sind nicht auf die Entwicklung und Verbreitung neuer Technologien ausgerichtet.

Die Mittel decken außerdem die Kosten für:

— die Untersuchungen, die beschreibenden Analysen und die technische Unterstützung bei den rechtlichen und verwaltungstechnischen Maßnahmen,

— die Beteiligung an Maßnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz (Ausbildung, Pilotaktionen, Normung, Programm PACE, Aufbau eines Informationsnetzes),

— die Vorbereitung von Veröffentlichungen und die Veranstaltung von Tagungen, die Schaffung von Datenbanken, Software und anderen Informatik-Hilfsmitteln zur Verbesserung des Informationsflusses.

Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 5 000 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind	102 198	102 198				
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	5 000 000	2 697 802	1 200 000	802 198	300 000	
Mittel 1992	5 000 000		1 000 000	2 000 000	2 000 000	
Insgesamt	10 102 198	2 800 000	2 200 000	2 802 198	2 300 000	

B4-1 0 3 2 *Vormals Posten B4-1 0 3 2 und B4-1 0 5*

In Posten B8-4 1 3 2 wird ein p.m.-Vermerk eingesetzt (Gesamtbetrag 1991: 2 000 000 ECU).

Entschließung des Rates vom 16. September 1986 über neue energiepolitische Ziele der Gemeinschaft für 1995 und die Konvergenz der Politik der Mitgliedstaaten (ABl. Nr. C 241 vom 25. 9. 1986, S. 1).

Entschließung des Rates vom 21. Juni 1989 über Treibhauseffekt und Gemeinschaft (ABl. Nr. C 183 vom 20. 7. 1989, S. 4).

Mitteilung der Kommission an den Rat vom 8. Februar 1990 über „Energie und Umwelt" (KOM(89) 369 endg.).

Richtlinie 90/377/EWG des Rates vom 29. Juni 1990 zur Einführung eines gemeinschaftlichen Verfahrens zur Gewährleistung der Transparenz der vom industriellen Endverbraucher zu zahlenden Gas- und Strompreise (ABl. Nr. L 185 vom 17. 7. 1990, S. 16).

Richtlinie 90/547/EWG des Rates vom 29. Oktober 1990 über den Transit von Elektrizitätslieferungen über große Netze (ABl. Nr. L 313 vom 13. 11. 1990, S. 30).

KOMMISSION

Teileinzelplan B4
(Energie, Euratom-Sicherheitsüberwachung und Umwelt)

KAPITEL B4-1 0 — ENERGIEPOLITIK *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B4-1 0 3	*(Fortsetzung)*						
B4-1 0 3 2	*(Fortsetzung)*						
	Artikel B4-1 0 3 insgesamt	8 200 000 *(360 000)*	5 500 000 *(360 000)*	8 500 000 *(p.m.)*	5 800 000 *(p.m.)*	2 089 461,— *(237 024,—)*	1 848 064,28 *(237 024,—)*
B4-1 0 4	***Erstellung von Programmen auf dem Energiesektor und flankierende Maßnahmen***						
B4-1 0 4 0	Erstellung von Programmen auf dem Energiesektor Getrennte Mittel	3 362 000	2 282 000	8 405 000 (1)	7 405 000	7 661 480,—	5 602 322,73
	(Unterstützungsausgaben)	*(p.m.)*	*(p.m.)*	*(595 000)*	*(595 000)*	*(467 644,—)*	*(467 644,—)*

(1) Durch die Mittelübertragung Nr. 1/1991 wurden diese Mittel um 1 000 000 ECU (aus Kapitel B0-4 0) aufgestockt.

KOMMISSION

Teileinzelplan B4

(Energie, Euratom-Sicherheitsüberwachung und Umwelt)

KAPITEL B4-1 0 — ENERGIEPOLITIK *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B4-1 0 3	*(Fortsetzung)*
B4-1 0 3 2	*(Fortsetzung)* Das Ziel dieser Aktion ist die Fortsetzung der Beobachtung der Energiemärkte, einschließlich der Strukturen, der Tendenzen, der Entwicklungen und der Vorhersagen in bezug auf das Angebot, die Nachfrage und die Preise der verschiedenen Energiequellen. Der Schwerpunkt liegt dabei insbesondere auf der Notwendigkeit des Umweltschutzes, der Bewertung der Schadstoffemissionen und der Festlegung von Möglichkeiten einer Verringerung dieser Emissionen. Diese Mittel umfassen die Kosten für: — die Durchführung von Maßnahmen und Untersuchungen, — die Veranstaltung von und die Beteiligung an Seminaren und Workshops, — die Ausgaben für Studien und Forschungen, die — die Untersuchungen über die Lage und die Aussichten auf dem Energiemarkt und — die Ausarbeitung von Vorschlägen der Kommission im Bereich der allgemeinen Energiepolitik erleichtern.
B4-1 0 4	
B4-1 0 4 0	In Posten B8-4 1 4 0 wird ein p.m.-Vermerk eingesetzt (Gesamtbetrag 1991: 9 000 000 ECU für Verpflichtungsermächtigungen und 8 000 000 ECU für Zahlungsermächtigungen). Beschluß des Rates vom 30. Oktober 1978. Beratungsergebnisse der Tagung des Europäischen Rates vom 21. und 22. Juni 1979. Mitteilung der Kommission vom 7. März 1980. Mitteilung der Kommission vom 2. Oktober 1981. Mitteilung der Kommission vom 10. Juni 1982. Empfehlung des Rates vom 15. Juni 1982. Empfehlung des Rates vom 13. Juli 1982. Empfehlung 82/604/EWG des Rates vom 28. Juli 1982 über die Förderung der Investition im Bereich der rationellen Energienutzung (ABl. Nr. L 247 vom 23. 8. 1982, S. 9). Entschließung des Rates vom 16. September 1986 über neue energiepolitische Ziele der Gemeinschaft für 1995 und die Konvergenz der Politik der Mitgliedstaaten (ABl. Nr. C 241 vom 25. 9. 1986, S. 1). Ziel dieser Aktion ist: — die Förderung einer gezielten Energieprogrammierung für bestimmte Regionen und Städte der Gemeinschaft, — eine bessere Nutzung und Ausnutzung von Energieressourcen auf dem Lande, — technische Hilfestellung, Ausbildung, Analysen, Subventionen, Verbreitung von Kenntnissen. Veranschlagt sind die Mittel zur Deckung der Kosten für: — Arbeiten und Erhebungen zur Erstellung von Energiebilanzen und einschlägige Kosten für Verwaltung und flankierende Maßnahmen, — die Durchführung von Studien, — die Veranstaltung und Beteiligung an der Ausbildung von Energieplanern, — die technische Hilfe seitens der Kommission, — die Veranstaltung von Seminaren und Konferenzen, — die Gewährung von Subventionen an Einrichtungen, die Energieplanungsprojekte verwirklichen.

KOMMISSION

Teileinzelplan B4
(Energie, Euratom-Sicherheitsüberwachung und Umwelt)

KAPITEL B4-10 — ENERGIEPOLITIK *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B4-104	*(Fortsetzung)*						
B4-1040	*(Fortsetzung)*						
B4-1041	Technologieaustausch und -transfer mit Drittländern im Energiebereich						
	Getrennte Mittel	8 043 000	5 423 000	2 500 000	1 000 000	1 349 585,—	350 942,13
	(Unterstützungsausgaben)	*(p.m.)*	*(p.m.)*	*(p.m.)*	*(p.m.)*	*(20 000,—)*	*(20 000,—)*

KOMMISSION

Teileinzelplan B4
(Energie, Euratom-Sicherheitsüberwachung und Umwelt)

KAPITEL B4-1 0 — ENERGIEPOLITIK *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B4-1 0 4	*(Fortsetzung)*
B4-1 0 4 0	*(Fortsetzung)* Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 3 362 000 ECU. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind	9 390 929	4 400 000	880 000	800 000	790 929	2 520 000
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	8 405 000 (1)	3 005 000	800 000	800 000	560 000	3 240 000
Mittel 1992	3 362 000		602 000	1 000 000	1 000 000	760 000
Insgesamt	21 157 929	7 405 000	2 282 000	2 600 000	2 350 929	6 520 000

(1) Durch die Mittelübertragung Nr. 1/1991 wurden diese Mittel um 1 000 000 ECU (aus Kapitel B0-4 0) aufgestockt.

B4-1 0 4 1

In Posten B8-4 1 4 1 wurde ein „p.m." eingesetzt (Gesamtbetrag 1991: 2 500 000 ECU für Verpflichtungsermächtigungen und 1 000 000 ECU für Zahlungsermächtigungen).

Entschließung des Rates vom 16. September 1986 über neue energiepolitische Ziele der Gemeinschaft für 1995 und die Konvergenz der Politik der Mitgliedstaaten (ABl. Nr. C 241 vom 25. 9. 1986, S. 1).

Entschließung des Europäischen Parlaments vom 10. September 1991 zu der wissenschaftlichen und technologischen Zusammenarbeit mit außereuropäischen Ländern und Organisationen (ABl. Nr. C 267 vom 14. 10. 1991, S. 49).

Entschließung des Europäischen Parlaments vom 8. Oktober 1991, zu der wissenschaftlichen und technologischen Zusammenarbeit mit der Europäischen Gemeinschaft und Drittländern in Europa (ABl. Nr. C 280 vom 28. 10. 1991, S. 38).

Ziele der Aktion sind die Förderung einer gezielten Energieprogrammierung, technische Hilfestellung, Ausbildung, Analysen, Subventionen, eine bessere Verbreitung der Energietechnologien, die sich in der Gemeinschaft bewährt haben, und eine bessere Information auf diesem Gebiet sowie die Förderung der energieindustriellen Zusammenarbeit mit Drittländern einschließlich der Länder Mittel- und Osteuropas, der Sowjetrepubliken und der Entwicklungsländer.

Dieser Posten deckt die Kosten für:

— sektorbezogene technologische Analysen in den wichtigsten Verbrauchersektoren mit dem Ziel, vor dem eigentlichen Technologietransfer einen möglichst guten Überblick über die Möglichkeiten der Energieeinsparung oder der Einführung erneuerbarer Energien zu gewinnen,

— die Veranstaltung vor allem von Zusammenkünften zwischen Industrievertretern der Gemeinschaft und aus Drittländern sowie für die Teilnahme an Informations-Workshops,

— die Finanzierung von Prefeasability-Studien, durch die die europäische Industrie die Möglichkeit erhält, gemeinsam Maßnahmen zur Verbreitung der Technologie in den Drittländern durchzuführen: Marktstudien, Studien zur Feststellung der Hindernisse und zur Partnersuche, Bildung von Joint Ventures und Förderung von Demonstrationsvorhaben und die Bewertung ihrer Finanzierungsquellen,

— Subventionszahlungen an Organisationen und Institutionen, die sich dem praktischen Technologieaustausch und Technologietransfer nach dritten Ländern im Energiebereich widmen,

— Maßnahmen zur Information und zur Ausbildung von Technikern und/oder Ingenieuren.

Es wird ein umfassendes Technologieprojekt in Angriff genommen, um im nächsten Jahrhundert einen Großteil des Energiebedarfs der afrikanischen und europäischen Länder mit Hilfe der Sonnenenergie zu decken.

Im Zuge dieses Vorhabens ist die Einrichtung eines Spitzenforschungszentrums vorgesehen (siehe Posten B6-8 2 0 0).

KOMMISSION

Teileinzelplan B4
(Energie, Euratom-Sicherheitsüberwachung und Umwelt)

KAPITEL B4-1 0 — ENERGIEPOLITIK *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B4-1 0 4	*(Fortsetzung)*						
B4-1 0 4 1	*(Fortsetzung)*						
	Artikel B4-1 0 4 insgesamt	11 405 000 *(p.m.)*	7 705 000 *(p.m.)*	10 905 000 *(595 000)*	8 405 000 *(595 000)*	9 011 065,— *(487 644,—)*	5 953 264,86 *(487 644,—)*

KOMMISSION
Teileinzelplan B4
(Energie, Euratom-Sicherheitsüberwachung und Umwelt)

KAPITEL B4-10 — ENERGIEPOLITIK *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B4-104	*(Fortsetzung)*
B4-1041	*(Fortsetzung)*

Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 8 043 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind	1 726 398	700 000		1 000 000	26 398	
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	2 500 000	300 000		1 200 000	1 000 000	
Mittel 1992	8 043 000		5 423 000	2 000 000	620 000	
Insgesamt	12 269 398	1 000 000	5 423 000	4 200 000	1 646 398	

KOMMISSION

Teileinzelplan B4
(Energie, Euratom-Sicherheitsüberwachung und Umwelt)

KAPITEL B4-1 0 — ENERGIEPOLITIK *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B4-1 0 5	***Studien — Pilotvorhaben im Bereich der sauberen Energien***						
B4-1 0 5 1	Studien — Pilotvorhaben im Bereich der sauberen Energien Getrennte Mittel	p.m.	p.m.				
	Artikel B4-1 0 5 insgesamt	p.m.	p.m.				
B4-1 0 7	***Energie-Charta***						
B4-1 0 7 0	Energie-Charta Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.				

KOMMISSION
Teileinzelplan B4
(Energie, Euratom-Sicherheitsüberwachung und Umwelt)

KAPITEL B4-10 — ENERGIEPOLITIK *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B4-105	
B4-1051	*Neuer Posten* Für 1992 bewilligte Verpflichtungsermächtigungen: p.m. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind						
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991						
Mittel 1992	p.m.		p.m.			
Insgesamt	p.m.		p.m.			

B4-107	
B4-1070	*Neuer Posten* Diese Mittel sollen die Kosten der verwaltungstechnischen Unterstützung für die Energie-Charta decken.

KOMMISSION

Teileinzelplan B4
(Energie, Euratom-Sicherheitsüberwachung und Umwelt)

KAPITEL B4-1 0 — ENERGIEPOLITIK *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B4-1 0 7	*(Fortsetzung)*						
B4-1 0 7 1	Energie-Charta — Garantien für Darlehen und Investitionen						
	Getrennte Mittel	p.m.	p.m.				
	Artikel B4-1 0 7 insgesamt	p.m.	p.m.				
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt	2 250 000	2 250 000	2 470 000	2 470 000	1 824 858,—	1 824 858,—
	Getrennte Mittel insgesamt	179 065 000	138 720 000	148 260 000	111 060 000	61 235 460,—	108 509 487,47
	KAPITEL B4-1 0 INSGESAMT	181 315 000 *(5 035 000)*	140 970 000 *(5 035 000)*	150 730 000 *(5 270 000)*	113 530 000 *(5 270 000)*	63 060 318,— *(4 627 475,75)*	110 334 345,47 *(4 627 475,75)*
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt	2 250 000	2 250 000	2 470 000	2 470 000	1 824 858,—	1 824 858,—
	Getrennte Mittel insgesamt	179 065 000	138 720 000	148 260 000	111 060 000	61 235 460,—	108 509 487,47
	Titel B4-1 insgesamt	**181 315 000** *(5 035 000)*	**140 970 000** *(5 035 000)*	**150 730 000** *(5 270 000)*	**113 530 000** *(5 270 000)*	**63 060 318,—** *(4 627 475,75)*	**110 334 345,47** *(4 627 475,75)*

KOMMISSION

Teileinzelplan B4
(Energie, Euratom-Sicherheitsüberwachung und Umwelt)

KAPITEL B4-10 — ENERGIEPOLITIK *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B4-107	*(Fortsetzung)*
B4-1071	*Neuer Posten* Dieser Posten stellt die Haushaltsgrundlage für die Gewährung von Garantien bei Darlehen für Anlageinvestitionen im Energiebereich im Zusammenhang mit der Durchführung der Energie-Charta. Für 1992 bewilligte Verpflichtungsermächtigungen: p.m. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind						
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991						
Mittel 1992	p.m.		p.m.			
Insgesamt	p.m.		p.m.			

KOMMISSION

Teileinzelplan B4
(Energie, Euratom-Sicherheitsüberwachung und Umwelt)

TITEL B4-2

EURATOM-SICHERHEITSÜBERWACHUNG

KAPITEL B4-2 0 — EURATOM-SICHERHEITSÜBERWACHUNG

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
	KAPITEL B4-2 0						
B4-2 0 0	***Überwachung an Ort und Stelle und Dienstreisen im Zusammenhang mit der Sicherheitsüberwachung***						
	Nichtgetrennte Mittel	2 500 000	2 500 000	2 350 000 (1)	2 350 000 (1)	0,—	0,—
	(Unterstützungsausgaben)	*(—)*	*(—)*	*(—)*	*(—)*	*(2 250 000,—)*	*(2 250 000,—)*
B4-2 0 1	***Kosten für Praktika, Fortbildung von Inspektoren, Sitzungen, Einberufungen im allgemeinen***						
	Nichtgetrennte Mittel	125 000	125 000	98 000	98 000	0,—	0,—
	(Unterstützungsausgaben)	*(7 000)*	*(7 000)*	*(7 000)*	*(7 000)*	*(120 000,—)*	*(120 000,—)*
B4-2 0 2	***Ausgaben für den Erwerb von Ausrüstung, für Dienstleistungen und für spezielle Arbeiten***						
B4-2 0 2 0	Probenahmen und Analysen, Material, spezifische Arbeiten, Dienstleistungen und Transport						
	Nichtgetrennte Mittel	2 125 000	2 125 000	1 879 000	1 879 000	427 307,05	427 307,05
	(Unterstützungsausgaben)	*(421 000)*	*(421 000)*	*(421 000)*	*(421 000)*	*(3 371 856,65)*	*(3 371 856,65)*

(1) Durch die Mittelübertragung Nr. 1/1991 wurden diese Mittel um 500 000 ECU (aus Kapitel B0-4 0) aufgestockt.

KOMMISSION

Teileinzelplan B4

(Energie, Euratom-Sicherheitsüberwachung und Umwelt)

TITEL B4-2

EURATOM-SICHERHEITSÜBERWACHUNG

KAPITEL B4-2 0 — EURATOM-SICHERHEITSÜBERWACHUNG

Artikel Posten	Erläuterungen
B4-2 0 0	In Artikel B8-4 2 0 ist ein „—" eingesetzt (Gesamtbetrag 1991: 2 350 000 ECU). Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft, insbesondere Kapitel VII. Veranschlagt sind die Ausgaben für die Überwachung von Kernmaterial, für Inspektionen, Dienstreisen und die im Zusammenhang mit den Inspektionen erforderliche Anmietung von Büros, von Fahrzeugen und anderen Transportmitteln sowie für Dienstreisen im Zusammenhang mit dem Strahlenschutz. Diese Mittel decken ferner die an die Internationale Atomenergieorganisation (IAEO) als Vorschuß gezahlten 30 000 ECU. Die Einnahmen, die durch die Rückzahlung dieser Summe durch die IAEO entstehen, werden gemäß Artikel 27 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1), wiederverwendet. Die Mittel decken außerdem die Versicherungskosten.
B4-2 0 1	Unter Berücksichtigung der in Artikel B8-4 2 1 eingesetzten Mittel beläuft sich der Gesamtbetrag für diese Maßnahmen auf 132 000 ECU (1991: 105 000 ECU). Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft, insbesondere Kapitel VII. Veranschlagt sind die Ausgaben für Fortbildungskurse und -aufenthalte für Inspektoren auf dem Gebiet der Überwachung der Sicherheit sowie für Fachkurse im Bereich des Gesundheitsschutzes. Diese Mittel decken ferner Kosten für die Veranstaltung folgender Sitzungen: — Durchführung der Verifikationsabkommen mit der Internationalen Atomenergieorganisation, — Modalitäten der Aufnahme des realen Bestandes und Verwendung von Geräten, Siegeln usw., — Zusammenkünfte von Sicherheitsberatern. Die Mittel decken außerdem den Repräsentationsaufwand.
B4-2 0 2	
B4-2 0 2 0	Unter Berücksichtigung der in Posten B8-4 2 2 0 eingesetzten Mittel beläuft sich der Gesamtbetrag für diese Maßnahmen auf 2 546 000 ECU (1991: 2 300 000 ECU). Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft, insbesondere Kapitel VII. Veranschlagt sind die Ausgaben für die Entnahme von Proben und Analysen zur Erhaltung des Wirkungsgrads der physikalischen und chemischen Überwachung. Veranschlagt sind ferner die Ausgaben für den Erwerb, die Wartung und die Erneuerung des technischen Materials (sowie Ersatzteile und Zubehör), alle technischen Dienstleistungen (Erstellung von Rechenprogrammen und alle damit zusammenhängenden Arbeiten, einschließlich Verträge zur Erfassung der Daten), die zur Erfüllung der Verpflichtungen gemäß Kapitel VII des Euratom-Vertrags sowie der Verpflichtungen aus internationalen Vereinbarungen erforderlich sind. Unter diesem Artikel sind ferner die an die Internationale Atomenergieorganisation (IAEO) als Vorschuß gezahlten 30 000 ECU veranschlagt. Die Einnahmen, die durch die Rückzahlung dieser Summe durch die IAEO entstehen, werden gemäß Artikel 27 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1), wiederverwendet.

KOMMISSION

Teileinzelplan B4
(Energie, Euratom-Sicherheitsüberwachung und Umwelt)

KAPITEL B4-2 0 — EURATOM-SICHERHEITSÜBERWACHUNG *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B4-2 0 2	*(Fortsetzung)*						
B4-2 0 2 0	*(Fortsetzung)*						
B4-2 0 2 1	Ausgaben für Großanlagen zur Verarbeitung und Handhabung von Plutonium Getrennte Mittel	4 416 000	1 266 000	2 600 000	2 600 000		

KOMMISSION

Teileinzelplan B4

(Energie, Euratom-Sicherheitsüberwachung und Umwelt)

KAPITEL B4-2 0 — EURATOM-SICHERHEITSÜBERWACHUNG *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B4-2 0 2	*(Fortsetzung)*
B4-2 0 2 0	*(Fortsetzung)* Die Mittel decken außerdem die Ausgaben für technische und wissenschaftliche Arbeiten sowie Dienstleistungen und Gutachten für die Planung, Erforschung, Entwicklung und Anwendung einer großen Zahl von Meß- und Kontrollverfahren für Spaltstoffe gemäß den Artikeln 77 und 81 des Euratom-Vertrags. Diese Mittel sollen schließlich auch die Ausgaben für den Erwerb oder die Miete angemessener Transportmittel in den Kernanlagen der Gemeinschaft decken: — Instrumente und Geräte für zerstörungsfreie Messungen, — spezifische Hochleistungsausrüstungen für visuelle Feststellungen, — Probenahmen für zerstörende Analysen, — ionisierende Strahlenquelle für zerstörungsfreie Messungen, sowie die Wartungskosten für die Fahrzeuge des Sicherheitsdienstes, Zeitungen, Zeitschriften und Bücher über nukleare Sicherheitskontrolle und ihre Anwendungsbereiche. Ein Teil der hierzu erforderlichen Tätigkeiten wird von der Gemeinsamen Forschungsstelle im Rahmen ihrer Arbeiten zur Unterstützung anderer Kommissionsdienststellen (Artikel B6-1 1 1, B6-1 2 1, B6-1 2 2 und B6-4 2 1) durchgeführt. Diese Arbeiten der Gemeinsamen Forschungsstelle werden auf 12 211 978 ECU veranschlagt.
B4-2 0 2 1	Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft, insbesondere Kapitel VII. Veranschlagt sind die Ausgaben für die Aufstellung und den Erwerb von Überwachungsausrüstungen in den beiden Wiederaufbereitungsanlagen VP 3 — La Hague und Thorp-Sellafield sowie in den Anlagen zur Herstellung von Mischbrennstoffen (V/PU) Siemens-Hanau und Marcoule — Frankreich. Veranschlagt sind ferner die Ausgaben für die Errichtung und den Betrieb der Meß- und Analyselaboratorien von VP 3 und von Thorp. Zu Lasten dieses Artikels gehen auch die Kosten für den Erwerb, die Wartung, die Instandhaltung und die Erneuerung der EDV-Anlagen sowie für die Vergabe von Unteraufträgen an Fremdunternehmen für die Durchführung von Informatikprogrammen. Ein Teil der zur Verwirklichung dieses Ziels erforderlichen Tätigkeiten wird von der Gemeinsamen Forschungsstelle im Rahmen ihrer Arbeiten zur Unterstützung anderer Kommissionsdienststellen durchgeführt (Artikel B6-1 1 1, B6-1 2 1, B6-1 2 2 und B6-4 2 1). Diese Arbeiten der Gemeinsamen Forschungsstelle werden auf 3 160 932 ECU veranschlagt.

KOMMISSION

Teileinzelplan B4
(Energie, Euratom-Sicherheitsüberwachung und Umwelt)

KAPITEL B4-2 0 — EURATOM-SICHERHEITSÜBERWACHUNG *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B4-2 0 2	*(Fortsetzung)*						
B4-2 0 2 1	*(Fortsetzung)*						
	Artikel B4-2 0 2 insgesamt	6 541 000 *(421 000)*	3 391 000 *(421 000)*	4 479 000 *(421 000)*	4 479 000 *(421 000)*	427 307,05 *(3 371 856,65)*	427 307,05 *(3 371 856,65)*
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt	4 750 000	4 750 000	6 927 000	6 927 000	427 307,05	427 307,05
	Getrennte Mittel insgesamt	4 416 000	1 266 000				
	KAPITEL B4-2 0 INSGESAMT	9 166 000 *(428 000)*	6 016 000 *(428 000)*	6 927 000 *(428 000)*	6 927 000 *(428 000)*	427 307,05 *(5 741 856,65)*	427 307,05 *(5 741 856,65)*
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt	4 750 000	4 750 000	6 927 000	6 927 000	427 307,05	427 307,05
	Getrennte Mittel insgesamt	4 416 000	1 266 000				
	Titel B4-2 insgesamt	**9 166 000** *(428 000)*	**6 016 000** *(428 000)*	**6 927 000** *(428 000)*	**6 927 000** *(428 000)*	**427 307,05** *(5 741 856,65)*	**427 307,05** *(5 741 856,65)*

KOMMISSION

Teileinzelplan B4

(Energie, Euratom-Sicherheitsüberwachung und Umwelt)

KAPITEL B4-2 0 — EURATOM-SICHERHEITSÜBERWACHUNG *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B4-2 0 2	*(Fortsetzung)*
B4-2 0 2 1	*(Fortsetzung)*

Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 4 416 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind						
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	(1)					
Mittel 1992	4 416 000		1 266 000	2 250 000	900 000	
Insgesamt	4 416 000	(1)	1 266 000	2 250 000	900 000	

(1) Nichgetrennte Mittel.

KOMMISSION

Teileinzelplan B4
(Energie, Euratom-Sicherheitsüberwachung und Umwelt)

TITEL B4-3

UMWELT

KAPITEL B4-3 0 — UMWELTAKTIONEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
	KAPITEL B4-3 0						
B4-3 0 0	***ACE (Gemeinschaftliche Umweltaktionen)***						
	Getrennte Mittel	p.m.	3 600 000	4 433 000	3 433 000	5 656 990,—	3 435 680,40
	(Unterstützungsausgaben)	*(p.m.)*	*(p.m.)*	*(567 000)*	*(567 000)*	*(485 161,72)*	*(485 161,72)*
B4-3 0 1	***GANAT (Gemeinschaftliche Aktionen zum Naturschutz)***						
	Getrennte Mittel	p.m.	5 800 000	9 629 000 (1)	5 529 000 (2)	3 534 390,—	2 290 453,60
	(Unterstützungsausgaben)	*(p.m.)*	*(p.m.)*	*(1 371 000)*	*(1 371 000)*	*(323 441,14)*	*(323 441,14)*

(1) Durch die Mittelübertragung Nr. 1/1991 wurden diese Mittel um 3 000 000 ECU (aus Kapitel B0-4 0) aufgestockt.
(2) Durch die Mittelübertragung Nr. 1/1991 wurden diese Mittel um 1 000 000 ECU (aus Kapitel B0-4 0) aufgestockt.

KOMMISSION

Teileinzelplan B4

(Energie, Euratom-Sicherheitsüberwachung und Umwelt)

TITEL B4-3

UMWELT

KAPITEL B4-30 — UMWELTAKTIONEN

Artikel Posten	Erläuterungen

B4-300

In Artikel B8-430 wurde ein „p.m." eingesetzt (Gesamtbetrag 1991: 5 000 000 ECU für Verpflichtungsermächtigungen und 4 000 000 ECU für Zahlungsermächtigungen).

Verordnung (EWG) Nr. 2242/87 des Rates vom 23. Juli 1987 über gemeinschaftliche Umweltaktionen (ABl. Nr. L 207 vom 29. 7. 1987, S. 8).

Mit diesen Aktionen soll:

— die Entwicklung sogenannter sauberer Technologien, von Techniken für die Wiederverwertung von Abfällen, von Techniken zur Sanierung verseuchter Standorte und die Erarbeitung neuer Meßtechniken für die Überwachung der Qualität der natürlichen Umwelt sowie Techniken zur Beseitigung von Abfällen gefördert werden,

— zum Schutz von Gebieten von besonderer Bedeutung für die Erhaltung der Natur in der Gemeinschaft, zur Erhaltung oder zur Wiedereinführung von Populationen vom Aussterben bedrohter Arten sowie zum Schutz von durch Brände, Erosion und Versteppung bedrohten Böden beigetragen werden.

Diese Mittel sind lediglich zur Deckung der Zahlungen bestimmt, die sich aus den vorigen Verpflichtungen ergeben.

Für 1992 bewilligte Verpflichtungsermächtigungen: p.m.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind	7 536 233	2 200 000	2 200 000	1 500 000	1 000 000	636 233
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	4 433 000	1 233 000	1 400 000	1 050 000	750 000	
Mittel 1992	p.m.		p.m.			
Insgesamt	11 969 233	3 433 000	3 600 000	2 550 000	1 750 000	636 233

B4-301

In Artikel B8-431 wurde ein „p.m." eingesetzt (Gesamtbetrag 1991: 11 000 000 ECU für Verpflichtungsermächtigungen und 6 900 000 ECU für Zahlungsermächtigungen).

Verordnung (EWG) Nr. 2242/87 des Rates vom 23. Juli 1987 über gemeinschaftliche Umweltaktionen (ABl. Nr. L 207 vom 29. 7. 1987, S. 8), insbesondere Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe e).

Verordnung (EWG) Nr. 3907/91 des Rates vom 19. Dezember 1991 über gemeinschaftliche Aktionen zum Naturschutz (ACNAT) (ABl. Nr. L 370 vom 31. 12. 1991, S. 17).

Die GANAT-Aktionen (Gemeinschaftsaktion zum Naturschutz) sollen zum Schutz von Gebieten beitragen, die für den Naturschutz in der Gemeinschaft von besonderer Bedeutung sind, sowie zur Erhaltung bzw. Erhöhung des Bestands gefährdeter Arten.

Diese Mittel sind lediglich zur Deckung der Zahlungen bestimmt, die sich aus den vorigen Verpflichtungen ergeben.

KOMMISSION

Teileinzelplan B4
(Energie, Euratom-Sicherheitsüberwachung und Umwelt)

KAPITEL B4-3 0 — UMWELTAKTIONEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B4-3 0 1	*(Fortsetzung)*						
B4-3 0 2	***MEDSPA (Gemeinschaftsmaßnahmen zum Schutz der Umwelt im Mittelmeerraum)***						
	Getrennte Mittel	p.m.	8 450 000	11 841 000	9 000 000	7 825 575,—	1 055 145,10
	(Unterstützungsausgaben)	*(p.m.)*	*(p.m.)*	*(1 159 000)*	*(1 159 000)*	*(1 018 200,—)*	*(1 018 200,—)*

KOMMISSION
Teileinzelplan B4
(Energie, Euratom-Sicherheitsüberwachung und Umwelt)

KAPITEL B4-30 — UMWELTAKTIONEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B4-301	*(Fortsetzung)* Für 1992 bewilligte Verpflichtungsermächtigungen: p.m. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind	10 232 513	2 779 000	3 000 000	2 600 000	1 100 000	753 513
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	9 629 000 (1)	2 750 000	2 800 000	2 100 000	900 000	1 079 000
Mittel 1992	p.m.		p.m.			
Insgesamt	19 861 513	5 529 000 (2)	5 800 000	4 700 000	2 000 000	1 832 513

(1) Durch die Mittelübertragung Nr. 1/1991 wurden diese Mittel um 3 000 000 ECU (aus Kapitel B0-40) aufgestockt.

(2) Durch die Mittelübertragung Nr. 1/1991 wurden diese Mittel um 1 000 000 ECU (aus Kapitel B0-40) aufgestockt.

B4-302

In Artikel B8-432 wurde ein „p.m." eingesetzt (Gesamtbetrag 1991: 13 000 000 ECU für Verpflichtungsermächtigungen und 10 159 000 ECU für Zahlungsermächtigungen).

Mitteilung der Kommission an den Rat vom 24. April 1984 betreffend den Schutz der Umwelt im Mittelmeerbecken (ABl. Nr. C 133 vom 21. 5. 1984, S. 12).

Entschließung des Rates der Europäischen Gemeinschaften und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten vom 19. Oktober 1987 zur Fortschreibung und Durchführung einer Umweltpolitik und eines Aktionsprogramms der Europäischen Gemeinschaften für den Umweltschutz (1987-1992) (ABl. Nr. C 328 vom 7. 12. 1987, S. 1).

Verordnung (EWG) Nr. 563/91 des Rates vom 4. März 1991 über eine Gemeinschaftsaktion zum Schutz der Umwelt im Mittelmeerraum (MEDSPA) (ABL. Nr. L 63 vom 9. 3. 1991, S. 1).

Diese Mittel decken die Ausgaben für das MEDSPA-Programm (Mediterranean special programme of action), ausschließlich was die Zahlungen, die sich aus den vorigen Verpflichtungen ergeben, betrifft.

KOMMISSION

Teileinzelplan B4
(Energie, Euratom-Sicherheitsüberwachung und Umwelt)

KAPITEL B4-3 0 — UMWELTAKTIONEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B4-3 0 2	*(Fortsetzung)*						
B4-3 0 3	***NORSPA (Gemeinschaftsaktion zum Schutz der Umwelt in den Küstenregionen und Küstengewässern der Irischen See, der Nordsee, des Ärmelkanals, der Ostsee und des Nordost-Atlantiks)***						
	Getrennte Mittel	p.m.	3 554 000	5 500 000 (1)	4 125 000 (2)	0,—	820 191,40

(1) Durch die Mittelübertragung Nr. 1/1991 wurden diese Mittel um 3 200 000 ECU (aus Kapitel B0-4 0) aufgestockt.
(2) Durch die Mittelübertragung Nr. 1/1991 wurden diese Mittel um 1 100 000 ECU (aus Kapitel B0-4 0) aufgestockt.

KOMMISSION

Teileinzelplan B4

(Energie, Euratom-Sicherheitsüberwachung und Umwelt)

KAPITEL B4-30 — UMWELTAKTIONEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B4-302	*(Fortsetzung)* Für 1992 bewilligte Verpflichtungsermächtigungen: p.m. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind	6 770 430	3 000 000	2 650 000	1 120 430		
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	11 841 000	6 000 000	5 800 000	41 000		
Mittel 1992	p.m.		p.m.			
Insgesamt	18 611 430	9 000 000	8 450 000	1 161 430		

Etwaige Einnahmen werden in dieser Haushaltslinie wiederverwendet.

B4-303

Richtlinie 76/160/EWG des Rates vom 8. Dezember 1975 über die Qualität von Badegewässern (ABl. Nr. L 31 vom 5. 2. 1976, S. 1).

Beschluß 84/358/EWG des Rates vom 28. Juni 1984 über den Abschluß des Übereinkommens über die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der Verschmutzung der Nordsee durch Öl und andere Schadstoffe (ABl. Nr. L 188 vom 16. 7. 1984, S. 7).

Entschließung des Rates vom 28. Juni 1987 über den Schutz der Nordsee und anderer Gewässer in der Gemeinschaft (ABl. Nr. C 209 vom 9. 8. 1988, S. 3).

Verordnung (EWG) Nr. 3908/91 des Rates vom 19. Dezember 1991 über eine spezifische Aktion zum Schutz der Umwelt in den Küstenregionen und Küstengewässern der Irischen See, der Nordsee, des Ärmelkanals, der Ostsee und dem Nordostatlantik (NORSPA) (ABl. Nr. L 370 vom 31. 12. 1991, S. 28).

Diese Mittel sind lediglich zur Deckung der Zahlungen bestimmt, die sich aus den vorigen Verpflichtungen ergeben.

KOMMISSION

Teileinzelplan B4
(Energie, Euratom-Sicherheitsüberwachung und Umwelt)

KAPITEL B4-3 0 — UMWELTAKTIONEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B4-3 0 3	*(Fortsetzung)*						
B4-3 0 4	***Umwelt-Rechtsvorschriften*** Getrennte Mittel	21 500 000	16 000 000	18 324 000 (1) (2)	12 515 000 (1) (3)	10 579 708,08 (4)	9 933 903,97 (4)
	(Unterstützungsausgaben)	*(6 200 000)*	*(6 200 000)*	*(5 626 000)*	*(5 626 000)*	*(5 614 493,68)*	*(5 614 493,68)*

(1) Getrennte Mittel: 16 640 000 ECU für Verpflichtungsermächtigungen und 10 831 000 ECU für Zahlungsermächtigungen; nichtgetrennte Mittel: 1 684 000 ECU.

(2) Durch die Mittelübertragung Nr. 1/1991 wurden diese Mittel um 3 300 000 ECU (aus Kapitel B0-4 0) aufgestockt.

(3) Durch die Mittelübertragung Nr. 1/1991 wurden diese Mittel um 1 400 000 ECU (aus Kapitel B0-4 0) aufgestockt.

(4) Getrennte Mittel: 8 676 395,25 ECU für Verpflichtungen und 8 030 591 ECU für Zahlungen; nichtgetrennte Mittel: 1 903 312,83 ECU.

KOMMISSION

Teileinzelplan B4

(Energie, Euratom-Sicherheitsüberwachung und Umwelt)

KAPITEL B4-3 0 — UMWELTAKTIONEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen

B4-3 0 3 *(Fortsetzung)*

Für 1992 bewilligte Verpflichtungsermächtigungen: p.m.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind	1 178 960	778 957	400 003			
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	5 500 000 (1)	2 346 043	3 153 957			
Mittel 1992	p.m.		p.m.			
Insgesamt	6 678 960	3 125 000 (2) (3)	3 553 960			

(1) Durch die Mittelübertragung Nr. 1/1991 wurden diese Mittel um 3 200 000 ECU (aus Kapitel B0-4 0) aufgestockt.

(2) Abzug von 1 000 000 ECU (interne Übertragung) eingerechnet.

(3) Durch die Mittelübertragung Nr. 1/1991 wurden diese Mittel um 1 100 000 ECU (aus Kapitel B0-4 0) aufgestockt.

B4-3 0 4 *Vormals Posten B4-3 0 4 0 bis B4-3 0 4 9 (davon Teilposten B4-3 0 4 2), B4-3 0 6 2 und B4-3 0 8 0 und vormals Artikel B4-3 0 9*

Unter Berücksichtigung der in Posten B8-4 3 4 eingesetzten Mittel beläuft sich der Gesamtbetrag für diese Aktion auf 27 700 000 ECU für Verpflichtungsermächtigungen und 22 200 000 ECU für Zahlungsermächtigungen (1991: 23 950 000 ECU für Verpflichtungsermächtigungen und 18 141 000 ECU für Zahlungsermächtigungen).

Entschließung des Rates der Europäischen Gemeinschaften und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten vom 19. Oktober 1987 zur Fortschreibung und Durchführung einer Umweltpolitik und eines Aktionsprogramms der Europäischen Gemeinschaften für den Umweltschutz (1987-1992) (ABl. Nr. C 328 vom 7. 12. 1987, S. 1).

Schutz und Bewirtschaftung bzw. Pflege des Raums, der Umwelt und der natürlichen Ressourcen

Diese Aktion deckt gemeinschaftliche Maßnahmen zur Einbeziehung der Umweltaspekte in die Landwirtschaft ab.

Umsetzung der gemeinschaftlichen Politik zur Eindämmung der Schadstoffemissionen durch Industrieanlagen und -erzeugnisse

Durch diese Aktionen sollen

— die Vorschriften zur Verhütung und Bekämpfung der Umweltverschmutzung durch Industrieanlagen und -erzeugnisse umgesetzt werden,

— die Schadstoffe dingfest gemacht und die Methoden harmonisiert und genormt werden,

— notwendige zusätzliche Interventionen zum Schutz der Umwelt ausgelöst werden.

Ferner ist die Forsetzung der Programme zum Ringvergleich, durch die die Schadstoffemissionen von Industrieanlagen und bestimmte Erzeugnisse kontrolliert werden, sowie der Vergleichseichungen (um die Vergleichbarkeit der Messungen zu gewährleisten) und die Verbesserung der in den Mitgliedstaaten verwendeten Meßverfahren geplant. Ferner soll die Koordinierung der Umweltpolitik mit Drittländern sichergestellt werden.

KOMMISSION

Teileinzelplan B4
(Energie, Euratom-Sicherheitsüberwachung und Umwelt)

KAPITEL B4-3 0 — UMWELTAKTIONEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B4-3 0 4	*(Fortsetzung)*						

KOMMISSION

Teileinzelplan B4

(Energie, Euratom-Sicherheitsüberwachung und Umwelt)

KAPITEL B4-30 — UMWELTAKTIONEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B4-304	*(Fortsetzung)* *Schutz und Bewirtschaftung des Wassers* Diese Aktion hat zum Ziel, Maßnahmen zur Verhütung der Verschmutzung des Meeres, Maßnahmen zur Bekämpfung der Verschmutzung und sonstige zum Schutze des Meeres erforderliche flankierende Maßnahmen durchzuführen. Durch diese Aktionen möchte die Kommission ihren internationalen Verpflichtungen (sowie anderen internationalen Verpflichtungen in diesem Zusammenhang) nachkommen. Auch soll sie die Durchführung von Maßnahmen zur Verhütung und Bekämpfung der Verschmutzung der Binnengewässer sowie jede andere zum Schutz der Binnengewässer erforderliche flankierende Maßnahme ermöglichen. Außerdem betrifft sie die Aktionen zum Schutz, zur Erhaltung und Sanierung der Küstengebiete und die Aktionen, in denen der Fremdenverkehr mit dem Umweltschutz zueinander in Beziehung gebracht werden, einschließlich der Pilotprojekte im Bereich Raumordnung. Sie betrifft ferner die Maßnahmen zum Schutz und zur Erhaltung sowie Verbesserung der Ökosysteme, soweit sie den Gewässerschutz berühren. Durch diese Mittel sollen unter anderem die Ausgaben für Initiativen gedeckt werden, die zur Erreichung der auf dem Europäischen Rat in Hannover, durch die Entschließung des Rates vom 28. Juni 1988 und anläßlich des Seminars auf Ministerebene in Frankfurt (Wasserwirtschaft in den 90er Jahren) gesteckten politischen Ziele ergriffen werden. Ferner werden durch die Mittel die Ausgaben für die Umsetzung von Beschlüssen zur Verringerung der Verschmutzung des Rheins (Aktionsprogramm „Rhein") gedeckt. *Bekämpfung der Verschmutzung durch Abfälle, Bodenschutz* Diese Aktion betrifft: — die Bekämpfung der Verschmutzung durch Abfälle — spezifische Abfallströme — Bodenschutz — die Stärkung des Aspekts „Bodenschutz" in den gemeinschaftlichen Umweltschutzvorschriften, — die Unterstützung gezielter Vorhaben zur Bewahrung der Bodenqualität (gegen Erosion, Verseuchung und unsachgemäße Nutzung der Böden) und die Weitergabe der gewonnenen Erkenntnisse. *Industrieerzeugnisse und -anlagen, Biotechnologie* Diese Aktion hat die objektive Bewertung der Risiken chemischer Stoffe für Mensch und Umwelt zum Ziel. *Umwelt und Stadtentwicklung* Durch diese Aktionen sollen die Programme zum Ringvergleich und Austausch von Informationen über Meßergebnisse der Netze für Überwachung und Kontrolle der nach den geltenden Richtlinien erforderlichen Luftqualität fortgesetzt werden, desgleichen die Vergleichseichungen, um die Vergleichbarkeit der Messungen der einzelstaatlichen Netze und Laboratorien zu gewährleisten, und die Verbesserung der im EMEP-Programm der Wirtschaftskommission für Europa in Genf verwendeten Meßverfahren. Ferner soll die Koordinierung der Umweltpolitik mit europäischen Drittstaaten sichergestellt werden. *Globale Umweltfragen* Diese Maßnahme hat zum Ziel: — den Schutz der Ozonschicht, — das Verhältnis zwischen Energiewirtschaft und Umwelt, und insbesondere Schutzmaßnahmen im Zusammenhang mit dem Treibhauseffekt, — den Schutz der tropischen Regenwälder, — den Schutz der biologischen Artenvielfalt, — den Schutz der Antarktis und sonstige globale Umweltprobleme. 1992 können aus diesem Posten auch die Vorarbeiten zu und die Teilnahme der Gemeinschaft an der Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung bestritten werden, die 1992 in Rio de Janeiro veranstaltet wird. *Ausarbeitung, Anwendung und Überwachung des Gemeinschaftsrechts* Diese Aktion bezweckt die beschleunigte Einführung bestimmter gemeinschaftlicher Rechtsvorschriften.

KOMMISSION

Teileinzelplan B4
(Energie, Euratom-Sicherheitsüberwachung und Umwelt)

KAPITEL B4-3 0 — UMWELTAKTIONEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B4-3 0 4	*(Fortsetzung)*						

KOMMISSION

Teileinzelplan B4

(Energie, Euratom-Sicherheitsüberwachung und Umwelt)

KAPITEL B4-3 0 — UMWELTAKTIONEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B4-3 0 4	*(Fortsetzung)*

Wirtschaft und Umwelt

Ziel dieser Aktion ist die Durchführung einer Politik, in die Wirtschaftswachstum und Umweltschutz integriert sind und die insbesondere auf den Einsatz von Wirtschaftsinstrumenten, das Verursacherprinzip und die Förderung von alternativen, umweltfreundlicheren Möglichkeiten des Wirtschaftswachstums zurückgreift.

„Öko-Erzeugnisse" und Umweltaudit

Diese Action umfaßt die Festlegung von Kriterien, Normen, Verfahren und Aktionen auf Gemeinschaftsebene für den Bereich „Umweltaudit"; die Anregung des Dialogs zwischen Behörden, Industrie und den anderen privaten Sektoren (Finanzsektor, Versicherungen) und den Umweltschutzorganisationen im Bereich des Umweltaudits; die Vorbereitung eines Richtlinienvorschlags zum Umweltaudit.

Erziehung, Aus- und Weiterbildung

Mit dieser Aktion sollen das Erziehungs- und Bildungswesen so entwickelt werden, daß sie verstärkt Umweltbewußtsein und Umweltwerte vermitteln.

Gemeinschaftspolitik zum Schutz der für Versuche verwendeten Tiere

Verordnung (EWG) Nr. 3254/91 des Rates vom 4. November 1991 zum Verbot von Tellereisen in der Gemeinschaft und der Einfuhr von Pelzen und Waren von bestimmten Wildtierarten aus Ländern, die Tellereisen oder den internationalen humanen Fangnormen nicht entsprechende Fangmethoden anwenden (ABl. Nr. L 308 vom 9. 11. 1991, S. 1).

Ziel dieser Aktion ist, die für Versuche verwendeten Tiere zu schützen, sowie eine Beteiligung an der Ausarbeitung internationaler vertretbarer Fangnormen im Rahmen der internationalen Normenorganisation (ISO) und Mitwirkung an der Entwicklung humanen Fanggeräts (150 000 ECU).

Unter diesem Artikel werden deskriptive Studien und Analysen, die Konsultation qualifizierter Sachverständiger und die Kosten von Dienstleistungen abgerechnet.

Ein Teil der Aktivitäten im Hinblick auf die Erreichung dieser Ziele wird von der Gemeinsamen Forschungsstelle im Rahmen der Arbeiten zur Unterstützung anderer Dienststellen der Kommission durchgeführt (Artikel B6-1 1 1, B6-1 2 1, B6-1 2 2 und B6-4 2 1).

Diese Arbeiten der Gemeinsamen Forschungsstelle werden auf 5 848 881 ECU veranschlagt.

Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 21 500 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind	15 830 844	7 000 000	3 000 000	3 300 000	2 530 844	
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	18 324 000 (1)	5 515 000	2 940 000	2 800 000	2 700 000	4 369 000
Mittel 1992	21 500 000		10 060 000	3 100 000	3 000 000	5 340 000
Insgesamt	55 654 844	12 515 000 (2)	16 000 000	9 200 000	8 230 844	9 709 000

(1) Durch die Mittelübertragung Nr. 1/1991 wurden diese Mittel um 3 300 000 ECU (aus Kapitel B0-4 0) aufgestockt.

(2) Durch die Mittelübertragung Nr. 1/1991 wurden diese Mittel um 1 400 000 ECU (aus Kapitel B0-4 0) aufgestockt.

KOMMISSION

Teileinzelplan B4
(Energie, Euratom-Sicherheitsüberwachung und Umwelt)

KAPITEL B4-3 0 — UMWELTAKTIONEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B4-3 0 5	***Internationale Übereinkommen*** Nichtgetrennte Mittel	1 350 000	1 350 000	1 100 000	1 100 000	912 672,22	912 672,22
B4-3 0 6	***Sensibilisierung — Zuschüsse***						
B4-3 0 6 0	Umweltschutzaktionen Nichtgetrennte Mittel	4 550 000	4 550 000	2 900 000 (1)	2 900 000 (1)	1 454 718,91	1 454 718,91

(1) Durch die Mittelübertragung Nr. 1/1991 wurden diese Mittel um 500 000 ECU (aus Kapitel B0-4 0) aufgestockt.

KOMMISSION

Teileinzelplan B4

(Energie, Euratom-Sicherheitsüberwachung und Umwelt)

KAPITEL B4-30 — UMWELTAKTIONEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B4-305	Empfehlung für einen Beschluß des Rates, von der Kommission vorgelegt am 19. Juni 1989, zur Ermächtigung der Kommission, an den Verhandlungen über ein Protokoll zum Übereinkommen von Barcelona von 1976 über den Schutz des Mittelmeers gegen Verschmutzung infolge der Erforschung und Nutzbarmachung des Kontinentalschelfs, des Meeresbodens und seines Untergrundes teilzunehmen (SEK(89) 928 endg.). Beschluß des Rates vom 19. September 1989 durch den die Kommission ermächtigt wird, im Namen der Gemeinschaft an den Verhandlungen zur Ergänzung des Anhangs IV des Übereinkommens zum Schutz des Rheins gegen chemische Verunreinigung bezüglich bestimmter Organochlorverbindungen teilzunehmen. Beschluß 90/160/EWG des Rates vom 22. März 1990 über den Abschluß des Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft einerseits und der Republik Österreich andererseits über die wasserwirtschaftliche Zusammenarbeit im Einzugsgebiet der Donau (ABl. Nr. L 90 vom 5. 4. 1990, S. 18). Mit diesen Mitteln soll die Beteiligung der Gemeinschaft an der Finanzierung der nachstehend aufgeführten internationalen Übereinkünfte im Bereich des Umweltschutzes gewährleistet werden: — Übereinkommen von Paris zur Verhütung der Meeresverschmutzung vom Lande aus (von der Gemeinschaft am 26. Juni 1975 unterzeichnetes und am 8. August 1978 ratifiziertes Übereinkommen), — Übereinkommen zum Schutz des Rheins gegen chemische Verunreinigung (Übereinkommen von Bern) (von der Gemeinschaft am 3. Dezember 1976 unterzeichnetes und am 26. September 1978 ratifiziertes Übereinkommen), — Übereinkommen von Genf über die weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung (EMEP-Programm) (von der Gemeinschaft am 14. November 1979 unterzeichnetes und am 15. Juli 1982 ratifiziertes Übereinkommen; EMEP-Protokoll der Gemeinschaft am 28. September 1984 unterzeichnet), — Übereinkommen von Bern über die Erhaltung der europäischen wildlebenden Pflanzen und Tiere und ihre natürlichen Lebensräume (von der Gemeinschaft am 3. Dezember 1981 abgeschlossen), — Übereinkommen von Bonn zur Erhaltung der wandernden wildlebenden Tierarten (von der Gemeinschaft am 23. Juni 1979 unterzeichnetes und am 1. August 1983 ratifiziertes Übereinkommen), — Wiener Übereinkommen zum Schutz der Ozonschicht und Montrealer Protokoll über Stoffe, die zu einem Abbau der Ozonschicht führen; der Rat beschloß am 14. Oktober 1988 mit der Entscheidung 88/540/EWG (ABl. Nr. L 297 vom 31. 10. 1988, S. 8) diesen Übereinkünften beizutreten, — Internationale Basler Konvention über die Überwachung der grenzüberschreitenden Verbringung gefährlicher Abfälle und ihre Beseitigung (von der Gemeinschaft im März 1990 unterzeichnet), — Übereinkommen von Regensburg über die wasserwirtschaftliche Zusammenarbeit im Einzugsgebiet der Donau (am 1. Dezember 1987). Sie decken ebenfalls die Finanzierung folgender Aktionen: — Durchführung des Aktionsprogramms für den Mittelmeerraum (blauer Plan, prioritäre Aktionsprogramme, Programm der laufenden Überwachung und Forschung auf dem Gebiet der Verschmutzung des Mittelmeeres (MEDPOL); rechtlich stützt sich dieses Aktionsprogramm auf das Rahmenübereinkommen von Barcelona und die dazugehörigen Protokolle, — Arbeiten der mit der Vorbereitung einer internationalen Studie über die Nordsee beauftragten Interventionsgruppe, deren Einsetzung auf der 2. Internationalen Konferenz zum Schutz der Nordsee in London vom 24. und 25. November 1987 beschlossen wurde, — Aktionen gemäß Artikel 130 R Absatz 5 des EWG-Vertrags in Zusammenarbeit mit internationalen Umweltorganisationen, insbesondere mit dem Umweltprogramm der Vereinten Nationen und der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, — Vorbereitung neuer internationaler Übereinkommen zum Umweltschutz.
B4-306	
B4-3060	Entschließung des Rates der Europäischen Gemeinschaften und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten vom 19. Oktober 1987 zur Fortschreibung und Durchführung einer Umweltpolitik und eines Aktionsprogramms der Europäischen Gemeinschaften für den Umweltschutz (1987-1992) (ABl. Nr. C 328 vom 7. 12. 1987, S. 1). Diese Maßnahme dient der Unterstützung der europäischen Tierschutzorganisationen und der Verringerung der Anzahl der zu Versuchszwecken verwendeten Tiere.

KOMMISSION

Teileinzelplan B4
(Energie, Euratom-Sicherheitsüberwachung und Umwelt)

KAPITEL B4-30 — UMWELTAKTIONEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B4-306	*(Fortsetzung)*						
B4-3060	*(Fortsetzung)*						
B4-3061	Zuschüsse an europäische Umweltorganisationen Nichtgetrennte Mittel	950 000	950 000	900 000	900 000	599 000,—	599 000,—
B4-3062	Veröffentlichungen und andere Tätigkeiten zur Sensibilisierung des Umweltbewußtseins Nichtgetrennte Mittel	400 000	400 000				
B4-3063	Tätigkeiten im Zusammenhang mit dem Europäischen Zentrum für den Ersatz von Tierversuchen Nichtgetrennte Mittel	1 000 000	1 000 000	1 000 000	1 000 000		
	Artikel B4-306 insgesamt	6 900 000	6 900 000	4 800 000	4 800 000	2 053 718,91	2 053 718,91
B4-307	***Strahlenschutz*** Nichtgetrennte Mittel	1 850 000	1 850 000	1 850 000	1 850 000	1 106 232,44	1 106 232,44
	(Unterstützungsausgaben)	*(350 000)*	*(350 000)*	*(350 000)*	*(350 000)*	*(735 979,56)*	*(735 979,56)*

KOMMISSION

Teileinzelplan B4

(Energie, Euratom-Sicherheitsüberwachung und Umwelt)

KAPITEL B4-30 — UMWELTAKTIONEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B4-306	*(Fortsetzung)*
B4-3060	*(Fortsetzung)* Diese Mittel sind für die Finanzierung der allgemeinen Maßnahmen zur Sensibilisierung und Aufklärung über Umweltprobleme bestimmt. Ein Betrag in Höhe von: — 450 000 ECU dient zur Deckung von Zuschüssen für den Tierschutz „Animal Welfare", — 500 000 ECU ist zur Deckung des Zuschusses zugunsten der Akademie für Stadtökologie in Europa (Berlin) bestimmt. Der Betrag dient ebenfalls zur Deckung der Kosten, die durch die Teilnahme einer Delegation der Gemeinschaft an der UNCED-Konferenz in Rio de Janeiro im September 1992 entstehen.
B4-3061	Entschließung des Rates der Europäischen Gemeinschaften und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten vom 19. Oktober 1987 zur Fortschreibung und Durchführung einer Umweltpolitik und eines Aktionsprogramms der Europäischen Gemeinschaften für den Umweltschutz (1987-1992) (ABl. Nr. C 328 vom 7. 12. 1987, S. 1). Diese Maßnahme hat zum Ziel die Förderung repräsentativer europäischer Umweltorganisationen, deren Aktivitäten sich auf alle oder einen Teil der Mitgliedstaaten bzw. auf die Länder Europas erstrecken. Diese Mittel sind zur Deckung eines Pauschalbeitrags zur Unterhaltung dieser Vereinigungen bestimmt.
B4-3062	*Neuer Posten* Entschließung des Rates der Europäischen Gemeinschaften und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten vom 19. Oktober 1987 zur Fortschreibung und Durchführung einer Umweltpolitik und eines Aktionsprogramms der Europäischen Gemeinschaften für den Umweltschutz (1987-1992) (ABl. Nr. C 328 vom 7. 12. 1987, S. 1). Die Maßnahme dient unter anderem der Finanzierung von Veröffentlichungen, Seminaren und Ausstellungen zur Flankierung der gemeinschaftlichen Umweltpolitik. Sie hat das Ziel, die Allgemeinheit für die Umweltprobleme zu sensibilisieren.
B4-3063	*Vormals Posten B4-3081* Die Tätigkeiten im Zusammenhang mit dem Europäischen Zentrum für Testmethoden als Alternativen zu Tierversuchen haben folgende Aufgaben: — Förderung der Entwicklung und Zulassung von alternativen Testmethoden, — Koordinierung der Forschungstätigkeiten in der Gemeinschaft sowie Sammlung und Bereithaltung von Informationen über diese Tätigkeiten, — Koordinierung der Tätigkeiten für die Zulassung von alternativen Testmethoden; dazu gehören die Angleichung der Testprotokolle, die Veranlassung von Vergleichen sowie Analyse und Auswertung der Ergebnisse, — Einrichtung und Verwaltung einer Datenbank für alternative Testmethoden, — Förderung des Dialogs zwischen Verwaltung, Wirtschaft und Tierschutzvereinigungen mit dem Ziel, daß auf internationaler Ebene alternative Testmethoden entwickelt und zugelassen werden, — Entwicklung der Einrichtung zur weltweiten „Anlaufstelle" in bezug auf alternative Testmethoden durch Veranstaltung von Seminaren, Konferenzen, Arbeitstreffen usw. zu diesem Thema. Ein Teil der Aktivitäten zur Erreichung dieses Ziels wird von der Gemeinsamen Forschungsstelle im Rahmen der Arbeiten zur Unterstützung anderer Dienststellen der Kommission durchgeführt (Artikel B6-1 1 1, B6-1 2 1, B6-1 2 2 und B6-4 2 1). Diese Arbeiten der Gemeinsamen Forschungsstelle werden auf 2 667 188 ECU veranschlagt.
B4-307	Unter Berücksichtigung der in Artikel B8-4 3 7 eingesetzten Mittel beläuft sich der Gesamtbetrag für diese Maßnahmen auf 2 200 000 ECU (1991: 2 200 000 ECU). Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft, insbesondere die Artikel 2 Buchstabe b) und 30 bis 39. Richtlinie 84/466/Euratom des Rates vom 3. September 1984 zur Festlegung der grundlegenden Maßnahmen für den Strahlenschutz von Patienten bei ärztlichen Untersuchungen und Behandlungen (ABl. Nr. L 265 vom 5. 10. 1984, S. 1).

KOMMISSION

Teileinzelplan B4
(Energie, Euratom-Sicherheitsüberwachung und Umwelt)

KAPITEL B4-3 0 — UMWELTAKTIONEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B4-3 0 7	*(Fortsetzung)*						

KOMMISSION

Teileinzelplan B4

(Energie, Euratom-Sicherheitsüberwachung und Umwelt)

KAPITEL B4-3 0 — UMWELTAKTIONEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B4-3 0 7	*(Fortsetzung)* Richtlinie 84/467/Euratom des Rates vom 3. September 1984 zur Änderung der Richtlinie 80/836/Euratom über die Grundnormen für den Gesundheitsschutz gegen die Gefahren ionisierender Strahlungen (ABl. Nr. L 265 vom 5. 10. 1984, S. 4). Verordnung (Euratom) Nr. 3954/87 des Rates vom 22. Dezember 1987 zur Festlegung von Höchstwerten an Radioaktivität in Nahrungsmitteln und Futtermitteln im Falle eines nuklearen Unfalls oder einer anderen radiologischen Notstandssituation (ABl. Nr. L 371 vom 30. 12. 1987, S. 11), geändert durch die Verordnung (Euratom) Nr. 2218/89 (ABl. Nr. L 211 vom 22. 7. 1989, S. 1). Verordnung (Euratom) Nr. 944/89 der Kommission von 12. April 1989 zur Festlegung von Höchstwerten an Radioaktivität in Nahrungsmitteln von geringerer Bedeutung im Falle eines nuklearen Unfalls oder einer anderen radiologischen Notstandssituation (ABl. Nr. L 101 vom 13. 4. 1989, S. 17). Verordnung (EWG) Nr. 2219/89 des Rates vom 18. Juli 1989 über besondere Bedingungen für die Ausfuhr von Nahrungsmitteln und Futtermitteln im Fall eines nuklearen Unfalls oder einer anderen radiologischen Notstandssituation (ABl. Nr. L 211 vom 27. 7. 1989, S. 4). Richtlinie 89/618/Euratom des Rates vom 27. November 1989 über die Unterrichtung der Bevölkerung über die bei einer radiologischen Notstandssituation geltenden Verhaltensmaßregeln und die zu ergreifenden Gesundheitsschutzmaßnahmen (ABl. Nr. L 357 vom 7. 12. 1989, S. 31). Verordnung (EWG) Nr. 737/90 des Rates vom 22. März 1990 über die Einfuhrbedingungen für landwirtschaftliche Erzeugnisse mit Ursprung in Drittländern nach dem Unfall im Kernkraftwerk Tschernobyl (ABl. Nr. L 82 vom 29. 3. 1990, S. 1). Verordnung (Euratom) Nr. 770/90 der Kommission vom 29. März 1990 zur Festlegung von Höchstwerten an Radioaktivität in Futtermitteln im Falle eines nuklearen Unfalls oder einer anderen radiologischen Notstandssituation (ABl. Nr. L 83 vom 30. 3. 1990, S. 78). Richtlinie 90/641/Euratom des Rates vom 4. Dezember 1990 über den Schutz externer Arbeitskräfte, die einer Gefährdung durch ionisierende Strahlungen beim Einsatz im Kontrollbereich ausgesetzt sind (ABl. Nr. L 349 vom 13. 12. 1990, S. 21). Diese Aktion besteht in der Erfüllung der der Kommission durch diese Artikel übertragenen spezifischen Aufgaben auf dem Gebiet des Strahlenschutzes. Diese Mittel dienen hauptsächlich zur Finanzierung folgender Maßnahmen: — Arbeiten im Zusammenhang mit der Durchführung der Richtlinien zur Festlegung und Fortschreibung der Grundnormen unter Berücksichtigung der Erweiterung der wissenschaftlichen Kenntnisse (Artikel 30 bis 33 des Vertrags), — innergemeinschaftliche Übermittlung von Angaben über Pläne zur Ableitung radioaktiver Stoffe (Artikel 37), — Überwachung der Radioaktivität der Umwelt und andere Aufgaben (Artikel 35 und 36), — Ausbildungstätigkeiten. Aus diesen Mitteln werden die Tätigkeiten des Strahlenschutzes bei Kernkraftwerken und bei deren Stillegung, der Strahlenschutz der Bevölkerung im Zusammenhang mit der Lagerung radioaktiver Abfallstoffe und die Gemeinschaftsinitiativen auf dem Gebiet der individuellen Dosimetrie, der kollektiven Dosimetrie und der Ortsdosimetrie gedeckt. Ferner sind die Tätigkeiten im Zusammenhang mit dem Strahlenschutz der Bevölkerung vor Verbrauchsgütern, die radioaktive Stoffe enthalten, Radiopharmazeutika, medizinischen Bestrahlungen und natürlicher Radioaktivität abgedeckt. Die Mittel decken außerdem die Kosten, die mit dem Problem der radioaktiven Verseuchung von Nahrungsmitteln und Viehfuttermitteln zusammenhängen, sowie die Kosten für den raschen Informationsaustausch im Fall einer strahlenbedingten Notsituation. Die Mittel sind des weiteren dafür bestimmt, Initiativen zur gemeinschaftlichen Zusammenarbeit beim Strahlenschutz und bei Hilfeleistungen nach nuklearen Unfällen und die Zusammenarbeit mit dritten Ländern zu finanzieren. Veranschlagt sind bei diesem Artikel ebenfalls die Finanzierung für die Anschaffung von für alle diese Tätigkeiten benötigten Ausrüstungen und Material, die Anschaffung von wissenschaftlichen Werken und Fachzeitschriften, Unterstützungszahlungen, die Kosten von Untersuchungen und technischen Dienstleistungen, der Aufwand für die Veranstaltung von Tagungen und Seminaren, der Aufbau von Datenbasen und die Anschaffung von Software und anderen Hilfsmitteln zur Datenverarbeitung, Aufwendungen für Dienstreisen operationellen Charakters sowie die Kosten wissenschaftlicher und technischer Arbeiten, die bei der Durchführung und im Gefolge des Vertrages und der Akten anfallen. Ein Teil der Aktivitäten zur Erreichung dieses Ziels wird von der Gemeinsamen Forschungsstelle im Rahmen der Arbeiten zur Unterstützung anderer Dienststellen der Kommission durchgeführt (Artikel B6-1 1 1, B6-1 2 1, B6-1 2 2 und B6-4 2 1).

KOMMISSION

Teileinzelplan B4
(Energie, Euratom-Sicherheitsüberwachung und Umwelt)

KAPITEL B4-3 0 — UMWELTAKTIONEN *(Fortsetzung)*

KAPITEL B4-3 1 — EUROPÄISCHE UMWELTAGENTUR

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B4-3 0 7	*(Fortsetzung)*						
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt	10 100 000	10 100 000	7 750 000	7 750 000	4 072 623,57	4 072 623,57
	Getrennte Mittel insgesamt	21 500 000	37 404 000	49 727 000	34 602 000	27 596 663,08	17 535 374,47
	KAPITEL B4-3 0 INSGESAMT	31 600 000 *(6 550 000)*	47 504 000 *(6 550 000)*	57 477 000 *(9 073 000)*	42 352 000 *(9 073 000)*	31 669 286,65 *(8 177 276,10)*	21 607 998,04 *(8 177 276,10)*
	KAPITEL B4-3 1						
B4-3 1 0	***Europäische Umweltagentur***						
B4-3 1 0 1	Zuschüsse an die Europäische Umweltagentur Nichtgetrennte Mittel	1	1	6 000 000	6 000 000	0,—	0,—
B4-3 1 0 2	CORINE (Koordination von Informationen über die Umwelt) Getrennte Mittel	—	1 350 000	p.m.	3 500 000	2 715 113,45	2 390 416,50

KOMMISSION

Teileinzelplan B4

(Energie, Euratom-Sicherheitsüberwachung und Umwelt)

KAPITEL B4-3 0 — UMWELTAKTIONEN *(Fortsetzung)*

KAPITEL B4-3 1 — EUROPÄISCHE UMWELTAGENTUR

Artikel Posten	Erläuterungen
B4-3 0 7	*(Fortsetzung)* Diese Arbeiten der Gemeinsamen Forschungsstelle werden auf 2 548 333 ECU veranschlagt.
B4-3 1 0	
B4-3 1 0 1	Verordnung (EWG) Nr. 1210/90 des Rates vom 7. Mai 1990 zur Errichtung einer Europäischen Umweltagentur und eines Europäischen Umweltüberwachungs- und Informationsnetzes (ABl. Nr. L 120 vom 11. 5. 1990, S. 1). Die Agentur soll der Gemeinschaft und den Mitgliedstaaten objektive, zuverlässige und vergleichbare Informationen über alle Länder der Gemeinschaft liefern, aufgrund deren sie die zur Orientierung und Durchführung der Umweltpolitik erforderlichen Maßnahmen treffen können. Diese Mittel betreffen einen Zuschuß an die Agentur mit dem Ziel: — der Schaffung und des Betriebs der Europäischen Umweltagentur sowie einer Kontaktstelle für die Benutzer, die die Verbindung zu den Institutionen der Gemeinschaft herstellt und diesen die Informationen übermittelt, — des Betrieb des Netzes.
B4-3 1 0 2	Entscheidung 85/338/EWG des Rates vom 27. Juni 1985 über die Annahme des Arbeitsprogramms der Kommission für ein Versuchsvorhaben für die Zusammenstellung, Koordinierung und Abstimmung der Informationen über den Zustand der Umwelt und der natürlichen Ressourcen in der Gemeinschaft (ABl. Nr. L 176 vom 6. 7. 1985, S. 14), zuletzt geändert durch die Entscheidung 90/150/EWG (ABl. Nr. L 81 vom 28. 3. 1990, S. 38). Mit dem Programm CORINE (Coordination des informations sur l'environnement) sollen die Vergleichbarkeit des statistischen Materials und der Daten zur Umwelt in der Gemeinschaft und in den Mitgliedstaaten verbessert und den Kommissionsdienststellen operationelle Informationen zur Verfügung gestellt werden. Ein Teil der hierzu erforderlichen Tätigkeiten wird von der Gemeinsamen Forschungsstelle im Rahmen ihrer Arbeiten zur Unterstützung anderer Kommissionsdienststellen (Artikel B6-1 1 1, B6-1 2 1, B6-1 2 2 und B6-4 2 1) durchgeführt. Die Arbeiten der Gemeinsamen Forschungsstelle werden auf 473 151 ECU veranschlagt. Da das Programm CORINE beendet ist, decken diese Mittel nur die Abwicklung der Verpflichtungen.

KOMMISSION

Teileinzelplan B4
(Energie, Euratom-Sicherheitsüberwachung und Umwelt)

KAPITEL B4-3 1 — EUROPÄISCHE UMWELTAGENTUR *(Fortsetzung)*

KAPITEL B4-3 2 — EUROPÄISCHES UMWELTFINANZINSTRUMENT (LIFE)

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B4-3 1 0	*(Fortsetzung)*						
B4-3 1 0 2	*(Fortsetzung)*						
	Artikel B4-3 1 0 insgesamt	1	1 350 001	6 000 000	9 500 000	2 715 113,45	2 390 416,50
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt	1	1	6 000 000	6 000 000	0,—	0,—
	Getrennte Mittel insgesamt	—	1 350 000	p.m.	3 500 000	2 715 113,45	2 390 416,50
	KAPITEL B4-3 1 INSGESAMT	1	1 350 001	6 000 000	9 500 000	2 715 113,45	2 390 416,50
	KAPITEL B4-3 2						
B4-3 2 0	***LIFE — Europäisches Umweltfinanzinstrument***						
	Getrennte Mittel	72 500 000	22 700 000	30 000 000	15 000 000		
	(Unterstützungsausgaben)	*(3 000 000)*	*(3 000 000)*				

KOMMISSION

Teileinzelplan B4

(Energie, Euratom-Sicherheitsüberwachung und Umwelt)

KAPITEL B4-3 1 — EUROPÄISCHE UMWELTAGENTUR *(Fortsetzung)*

KAPITEL B4-3 2 — EUROPÄISCHES UMWELTFINANZINSTRUMENT (LIFE)

Artikel Posten	Erläuterungen

B4-3 1 0 *(Fortsetzung)*

B4-3 1 0 2 *(Fortsetzung)*

Für 1992 bewilligte Verpflichtungsermächtigungen: —.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind	4 875 031	3 500 000	1 350 000	25 031		
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	p.m.	p.m.				
Mittel 1992	—		—			
Insgesamt	4 875 031	3 500 000	1 350 000	25 031		

B4-3 2 0 Unter Berücksichtigung der in Artikel B8-4 4 0 eingesetzten Mittel beläuft sich der Gesamtbetrag für diese Aktion auf 75 500 000 ECU an Verpflichtungsermächtigungen und 25 700 000 ECU an Zahlungsermächtigungen (1991: 30 000 000 ECU an Verpflichtungsermächtigungen und 15 000 000 ECU an Zahlungsermächtigungen).

Vorschlag für eine Verordnung (EWG) des Rates, von der Kommission vorgelegt am 31. Januar 1991, zur Schaffung eines Umweltfinanzinstruments (LIFE) (ABl. Nr. C 44 vom 20. 2. 1991, S. 4), geändert am 1. Oktober 1991 (ABl. Nr. C 227 vom 24. 10. 1991, S. 5).

Verordnung (EWG) Nr. 563/91 des Rates vom 4. März 1991 über eine gemeinschaftliche Aktion zum Schutz der Umwelt im Mittelmeerraum (MEDSPA) (ABl. Nr. L 63 vom 9. 3. 1991, S. 1).

Verordnung (EWG) Nr. 3907/91 des Rates vom 19. Dezember 1991 über gemeinschaftliche Aktionen zum Schutz der Natur (GANAT) (ABl. Nr. L 370 vom 31. 12. 1991, S. 17).

KOMMISSION

Teileinzelplan B4
(Energie, Euratom-Sicherheitsüberwachung und Umwelt)

KAPITEL B4-3 2 — EUROPÄISCHES UMWELTFINANZINSTRUMENT (LIFE) *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B4-3 2 0	*(Fortsetzung)*						
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	72 500 000	22 700 000	30 000 000	15 000 000		
	KAPITEL B4-3 2 INSGESAMT	72 500 000 *(3 000 000)*	22 700 000 *(3 000 000)*	30 000 000	15 000 000		

KOMMISSION

Teileinzelplan B4

(Energie, Euratom-Sicherheitsüberwachung und Umwelt)

KAPITEL B4-3 2 — EUROPÄISCHES UMWELTFINANZINSTRUMENT (LIFE) *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B4-3 2 0	*(Fortsetzung)*

Verordnung (EWG) Nr. 3908/91 des Rates vom 19. Dezember 1991 über eine Gemeinschaftsaktion zum Schutz der Umwelt in den Küstenregionen und Küstengewässern der Irischen See, der Nordsee, des Ärmelkanals, der Ostsee und des Nordost-Atlantiks (NORSPA) (ABl. Nr. L 370 vom 31. 12. 1991, S. 28).

Gemäß den Entschließungen des Parlaments von 1983 und 1987 und den Schlußfolgerungen des Europäischen Rates von Dublin vom Juni 1990 wird ein europäisches Umweltfinanzinstrument geschaffen, das zur Bewältigung der großen Gefahren für die Umwelt auf Gemeinschaftsebene beitragen soll.

1991 umfaßte diese Aktion Verpflichtungsermächtigungen für die mit LIFE zu fusionierenden Aktionen ACE, GANAT, MEDSPA und NORSPA, die sich insgesamt auf 37 603 000 ECU belaufen.

Dieser Artikel beinhaltet ebenfalls Mittel von 6 000 000 ECU (Umwelt-Agentur).

Die für das europäische Umweltfinanzinstrument bereitgestellten Mittel werden nicht auf die Verdoppelung der Strukturfonds angerechnet.

Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 72 500 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind						
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	30 000 000	15 000 000	5 000 000	5 000 000	3 000 000	2 000 000
Mittel 1992	72 500 000		17 700 000	14 500 000	13 000 000	27 300 000
Insgesamt	102 500 000	15 000 000	22 700 000	19 500 000	16 000 000	29 300 000

KOMMISSION

Teileinzelplan B4
(Energie, Euratom-Sicherheitsüberwachung und Umwelt)

KAPITEL B4-3 3 — KATASTROPHENSCHUTZ UND HILFE DÜR DIE OPFER VON KATASTROPHEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
	KAPITEL B4-3 3						
B4-3 3 0	***Katastrophenschutz***						
B4-3 3 0 0	Gemeinschaftliche Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Katastrophenschutzes						
	Nichtgetrennte Mittel	2 040 000	2 040 000	1 085 000	1 085 000	431 669,—	431 669,—
	(Unterstützungsausgaben)	*(315 000)*	*(315 000)*	*(315 000)*	*(315 000)*	*(386 976,39)*	*(386 976,39)*
	Artikel B4-3 3 0 insgesamt	2 040 000 *(315 000)*	2 040 000 *(315 000)*	1 085 000 *(315 000)*	1 085 000 *(315 000)*	431 669,— *(386 976,39)*	431 669,— *(386 976,39)*
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt	2 040 000	2 040 000	1 085 000	1 085 000	431 669,—	431 669,—
	Getrennte Mittel insgesamt						
	KAPITEL B4-3 3 INSGESAMT	2 040 000 *(315 000)*	2 040 000 *(315 000)*	1 085 000 *(315 000)*	1 085 000 *(315 000)*	431 669,— *(386 976,39)*	431 669,— *(386 976,39)*

KOMMISSION

Teileinzelplan B4

(Energie, Euratom-Sicherheitsüberwachung und Umwelt)

KAPITEL B4-33 — KATASTROPHENSCHUTZ UND HILFE DÜR DIE OPFER VON KATASTROPHEN

Artikel Posten	Erläuterungen
B4-330	
B4-3300	*Vormals Posten B4-3300 und Teilposten B4-3042* Unter Berücksichtigung der in Posten B8-4500 eingesetzten Mittel beläuft sich der Gesamtbetrag für diese Maßnahmen auf 2 355 000 ECU (1991: 1 400 000 ECU). Entschließung des Rates vom 26. Juni 1978 zur Erstellung eines Aktionsprogramms der Europäischen Gemeinschaften auf dem Gebiet der Überwachung und Verringerung der Ölverschmutzung des Meeres (ABl. Nr. C 162 vom 8. 7. 1978, S. 1). Entscheidung 86/85/EWG des Rates vom 6. März 1986 zur Errichtung eines gemeinschaftlichen Informationssystems zur Überwachung und Verringerung der Meeresverschmutzung durch Öl und andere gefährliche Stoffe (ABl. Nr. L 77 vom 22. 3. 1986, S. 33), zuletzt geändert durch die Entscheidung 88/346/EWG (ABl. Nr. L 158 vom 25. 6. 1988, S. 32). Entschließung des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten vom 25. Juni 1987 über die Einführung einer gemeinschaftlichen Zusammenarbeit im Bereich des Katastrophenschutzes (ABl. Nr. C 176 vom 4. 7. 1987, S. 1). Entschließung des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten vom 13. Februar 1989 über die neuen Entwicklungen der gemeinschaftlichen Zusammenarbeit im Bereich des Katastrophenschutzes (ABl. Nr. C 44 vom 23. 2. 1989, S. 3). Entschließung des Rates vom 19. Juni 1990 über die Verhütung von Unfällen, die zur Meeresverschmutzung führen (ABl. Nr. C 206 vom 18. 8. 1990, S. 1). Entschließung des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten vom 23. November 1990 zur gemeinschaftlichen Zusammenarbeit beim Katastrophenschutz (ABl. Nr. C 315 vom 14. 12. 1990, S. 1). Entschließung des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Mitgliedstaaten vom 23. November 1990 zur Verbesserung der gegenseitigen Hilfeleistung zwischen Mitgliedstaaten bei Naturkatastrophen oder vom Menschen verursachten Katastrophen (ABl. Nr. C 315 vom 14. 12. 1990, S. 3). Entschließung des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten vom 8. Juli 1991 zur Verbesserung der gegenseitigen Hilfeleistung zwischen Mitgliedstaaten bei natur- oder technologiebedingten Katastrophen (ABl. Nr. C 198 vom 27. 7. 1991, S. 1). Diese Mittel sind für die Zusammenarbeit auf Gemeinschaftsebene im Bereich des Katastrophenschutzes sowie für die Vorarbeiten und die Bekämpfung unfallbedingter Meeresverschmutzung bestimmt. Sie decken auch die Kosten für Dienstleistungen, für die Hinzuziehung qualifizierter Fachleute, für deskriptive Studien und Analysen sowie für finanzielle Beiträge. Ein Teil der Aktivitäten zur Erreichung dieses Ziels wird von der Gemeinsamen Forschungsstelle im Rahmen der Arbeiten zur Unterstützung anderer Dienststellen der Kommission durchgeführt (Artikel B6-1 1 1, B6-1 2 1, B6-1 2 2 und B6-4 2 1). Diese Arbeiten der Gemeinsamen Forschungsstelle werden auf 2 496 674 ECU veranschlagt.

KOMMISSION

Teileinzelplan B4
(Energie, Euratom-Sicherheitsüberwachung und Umwelt)

KAPITEL B4-3 4 — SOFORTHILFEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
	KAPITEL B4-3 4						
B4-3 4 0	***Soforthilfen***						
B4-3 4 0 0	Hilfe für die von Katastrophen heimgesuchte Bevölkerung der Gemeinschaft Nichtgetrennte Mittel	5 000 000	5 000 000	5 000 000	5 000 000	7 100 000,—	7 100 000,—
	Artikel B4-3 4 0 insgesamt	5 000 000	5 000 000	5 000 000	5 000 000	7 100 000,—	7 100 000,—
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt	5 000 000	5 000 000	5 000 000	5 000 000	7 100 000,—	7 100 000,—
	Getrennte Mittel insgesamt						
	KAPITEL B4-3 4 INSGESAMT	5 000 000	5 000 000	5 000 000	5 000 000	7 100 000,—	7 100 000,—
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt	17 140 001	17 140 001	19 835 000	19 835 000	11 604 292,57	11 604 292,57
	Getrennte Mittel insgesamt	94 000 000	61 454 000	79 727 000	53 102 000	30 311 776,53	19 925 790,97
	Titel B4-3 insgesamt	**111 140 001** *(9 865 000)*	**78 594 001** *(9 865 000)*	**99 562 000** *(9 388 000)*	**72 937 000** *(9 388 000)*	**41 916 069,10** *(8 564 252,49)*	**31 530 083,54** *(8 564 252,49)*
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt	24 140 001	24 140 001	29 232 000	29 232 000	13 856 457,62	13 856 457,62
	Getrennte Mittel insgesamt	277 481 000	201 440 000	227 987 000	164 162 000	91 547 236,53	128 435 278,44
	Teileinzelplan B4 insgesamt	**301 621 001** *(15 328 000)*	**225 580 001** *(15 328 000)*	**257 219 000** *(15 086 000)*	**193 394 000** *(15 086 000)*	**105 403 694,15** *(18 933 584,89)*	**142 291 736,06** *(18 933 584,89)*

KOMMISSION

Teileinzelplan B4

(Energie, Euratom-Sicherheitsüberwachung und Umwelt)

KAPITEL B4-34 — SOFORTHILFEN

Artikel Posten	Erläuterungen
B4-340	
B4-3400	*Vormals Posten B4-3301* Diese Mittel sind dazu bestimmt, der von Katastrophen heimgesuchten Bevölkerung der Gemeinschaft Soforthilfe zu leisten. Sie dienen auch zur Deckung der Kosten für die Überwachung und Bewertung der Gemeinschaftsaktionen.

KOMMISSION
Teil B

TEILEINZELPLAN B5

VERBRAUCHERSCHUTZ, BINNENMARKT, INDUSTRIE UND TECHNOLOGISCHE INNOVATION

KOMMISSION

Teileinzelplan B5
(Verbraucher, Binnenmarkt, Industrie und Innovation)

Zusammenfassung der Mittel (1992 und 1991) und der Ausgaben (1990)

Titel Kapitel	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B5-1	**VERBRAUCHERSCHUTZ**						
B5-1 0	VERBRAUCHERSCHUTZ UND STÄRKUNG DER VERBRAUCHERINTERESSEN	19 225 000	19 590 000	11 807 000	12 657 000	6 819 494,—	6 664 727,35
	Titel B5-1 insgesamt	**19 225 000**	**19 590 000**	**11 807 000**	**12 657 000**	**6 819 494,—**	**6 664 727,35**
B5-2	**HILFEN FÜR DEN WIEDERAUFBAU**						
B5-2 0	ZINSVERGÜNSTIGUNGEN FÜR DARLEHEN NACH KATASTROPHENFÄLLEN	18 650 000	18 650 000	22 400 000	22 400 000	23 219 925,—	23 219 925,—
	Titel B5-2 insgesamt	**18 650 000**	**18 650 000**	**22 400 000**	**22 400 000**	**23 219 925,—**	**23 219 925,—**
B5-3	**BINNENMARKT**						
B5-3 0	AKTIONEN IM BEREICH DES BINNENMARKTES	80 214 000	62 410 000	74 047 000	53 647 000	51 305 899,29	38 690 638,07
B5-3 1	BESONDERE AKTIONEN UND MASSNAHMEN IM HANDELSBEREICH	11 985 000	11 200 000	9 647 000	10 942 000	9 650 395,22	9 812 468,62
B5-3 2	POLITIK IN DEN BEREICHEN UNTERNEHMEN, HANDEL UND SOZIALWIRTSCHAFT	27 480 000	22 480 000	19 783 000	15 783 000	23 562 717,55	19 170 367,39
B5-3 3	AUSGABEN FÜR AKTIONEN AUF DEM GEBIET DER FINANZTECHNIK	4 164 000	4 164 000	3 800 000	3 800 000	4 380 000,—	4 380 000,—
	Titel B5-3 insgesamt	**123 843 000**	**100 254 000**	**107 277 000**	**84 172 000**	**88 899 012,06**	**72 053 474,08**
B5-4	**INDUSTRIE**						
B5-4 0	MASSNAHMEN AUF DEM GEBIET DER INFORMATIONSTECHNOLOGIEN UND DER TELEKOMMUNIKATION	39 623 000	38 250 000	40 172 000	27 472 000	26 633 261,83	25 610 512,20
B5-4 1	MASSNAHMEN IM BEREICH DER GEWERBLICHEN WIRTSCHAFT	7 464 000	8 680 000	5 200 000	1 240 000	4 107 132,10	4 699 562,74
	Titel B5-4 insgesamt	**47 087 000**	**46 930 000**	**45 372 000**	**28 712 000**	**30 740 393,93**	**30 310 074,94**

KOMMISSION

Teileinzelplan B5

(Verbraucher, Binnenmarkt, Industrie und Innovation)

Zusammenfassung der Mittel (1992 und 1991) und der Ausgaben (1990) *(Fortsetzung)*

Titel Kapitel	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B5-5	**INNOVATION, INFORMATIONSMARKT**						
B5-5 0	AUSGABEN FÜR DEN INFORMATIONS- UND INNOVATIONSMARKT	36 162 000	33 700 000	28 783 000	20 783 000	45 113 955,03	24 631 369,43
	Titel B5-5 insgesamt	**36 162 000**	**33 700 000**	**28 783 000**	**20 783 000**	**45 113 955,03**	**24 631 369,43**
B5-6	**STATISTISCHE INFORMATIONEN**						
B5-6 0	POLITIK AUF DEM GEBIET DER STATISTISCHEN INFORMATION IM ZUSAMMENHANG MIT DER VOLLENDUNG DES BINNENMARKTES UND DEN FLANKIERENDEN MASSNAHMEN ZUR POLITIK DER GEMEINSCHAFT	36 368 000	31 600 000	30 583 000	27 783 000	23 393 752,—	13 548 598,36
	Titel B5-6 insgesamt	**36 368 000**	**31 600 000**	**30 583 000**	**27 783 000**	**23 393 752,—**	**13 548 598,36**
	Teileinzelplan B5 insgesamt	**281 335 000**	**250 724 000**	**246 222 000**	**196 507 000**	**218 186 532,02**	**170 428 169,16**

KOMMISSION

Teileinzelplan B5
(Verbraucher, Binnenmarkt, Industrie und Innovation)

TITEL B5-1

VERBRAUCHERSCHUTZ

KAPITEL B5-1 0 — VERBRAUCHERSCHUTZ UND STÄRKUNG DER VERBRAUCHERINTERESSEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
	KAPITEL B5-1 0						
B5-1 0 0	***Aktionen und Zugang zum Recht***						
	Nichtgetrennte Mittel	2 100 000	2 100 000	1 059 000 (1)	1 059 000 (1)	669 636,—	669 636,—
	(Unterstützungsausgaben)	*(300 000)*	*(300 000)*	*(641 000)*	*(641 000)*	*(652 652,—)*	*(652 652,—)*
B5-1 0 1	***Vertretung***						
	Nichtgetrennte Mittel	2 500 000	2 500 000	2 100 000	2 100 000	2 632 474,—	2 632 474,—
B5-1 0 2	***Information der Verbraucher und vergleichende Prüfungen***						
	Nichtgetrennte Mittel	3 425 000	3 425 000	1 500 000 (1)	1 500 000 (1)	431 110,—	431 110,—
	(Unterstützungsausgaben)	*(150 000)*	*(150 000)*	*(371 000)*	*(371 000)*	*(130 000,—)*	*(130 000,—)*

(1) Durch die Mittelübertragung Nr. 1/1991 wurden diese Mittel um 150 000 ECU (aus Kapitel B0-4 0) aufgestockt.

KOMMISSION

Teileinzelplan B5

(Verbraucher, Binnenmarkt, Industrie und Innovation)

TITEL B5-1

VERBRAUCHERSCHUTZ

KAPITEL B5-1 0 — VERBRAUCHERSCHUTZ UND STÄRKUNG DER VERBRAUCHERINTERESSEN

Artikel Posten	Erläuterungen
B5-1 0 0	Unter Berücksichtigung der in Artikel B8-5 1 0 eingesetzten Mittel beläuft sich der Gesamtbetrag für diese Maßnahmen auf 2 400 000 ECU (1991: 1 700 000 ECU). Entschließung des Rates vom 25. Juni 1987 über den Zugang der Verbraucher zum Recht (ABl. Nr. C 176 vom 4. 7. 1987, S. 2). Entschließung des Rates vom 9. November 1989 über zukünftige Prioritäten bei der Neubelebung der Verbraucherschutzpolitik (ABl. Nr. C 294 vom 22. 11. 1989, S. 1). Dreijähriger verbraucherpolitischer Aktionsplan vom 3. Mai 1990 für die EWG (1990-1992) (KOM(90) 98 endg.). Diese Mittel sind bestimmt zur Mitfinanzierung von allgemeinen Maßnahmen zugunsten der Verbraucher (Kongresse, Kolloquien, Konferenzen, Seminare und jegliche andere Sensibilisierungsmaßnahme) sowie von Untersuchungen über Verbraucherpreise, Kommunikationsprojekten und Pilotprojekten zur Verbesserung des Zugangs der Verbraucher zum Recht, des Beratenden Verbraucherrates und der Beilegung grenzüberschreitender Streitfälle.
B5-1 0 1	Entschließung des Rates vom 14. April 1975 betreffend ein erstes Programm der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft für eine Politik zum Schutz und zur Unterrichtung der Verbraucher (ABl. Nr. C 92 vom 25. 4. 1975, S. 1), insbesondere die Ziffern 39, 43 und 47. Entschließung des Rates vom 19. Mai 1981 betreffend ein zweites Programm der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft für eine Politik zum Schutz und zur Unterrichtung der Verbraucher (ABl. Nr. C 133 vom 3. 6. 1981, S. 1), insbesondere die Ziffern 38, 40, 45 und 49. Entschließung des Rates vom 23. Juni 1986 betreffend die künftige Ausrichtung der Politik der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zum Schutz und zur Förderung der Interessen der Verbraucher (ABl. Nr. C 167 vom 5. 7. 1986, S. 1). Entschließung des Rates vom 4. November 1988 über die Verbesserung der Verbraucherbeteiligung bei der Normung (ABl. Nr. C 293 vom 17. 11. 1988, S. 1). Entschließung des Rates vom 9. November 1989 über künftige Prioritäten bei der Neubelebung der Verbraucherschutzpolitik (ABl. Nr. C 294 vom 22. 11. 1989, S. 1). Beschluß 90/55/EWG der Kommission vom 17. Dezember 1989 zur Einsetzung eines Beratenden Verbraucherrates (ABl. Nr. L 38 vom 10. 2. 1990, S. 40). Dreijähriger verbraucherpolitischer Aktionsplan vom 3. Mai 1990 für die EWG (1990-1992) (KOM(90) 98 endg.). Mit diesen Mitteln sollen die Zuschüsse an die Verbrauchervereinigungen für folgendes finanziert werden: — Verbesserung der Strukturen und der Führung der Verbrauchervereinigungen, um sie bei der Verwirklichung ihrer europäischen Funktion zu unterstützen; — Vertretung der Verbraucher bei den europäischen Normungsarbeiten im Rahmen von CEN und CENELEC; — Ausweitung der Vertretung der Verbraucher in den südeuropäischen Mitgliedstaaten und in Irland, einschließlich Unterrichtung und Unterstützung der Verbraucher.
B5-1 0 2	Unter Berücksichtigung der in Artikel B8-5 1 2 eingesetzten Mittel beläuft sich der Gesamtbetrag für diese Maßnahmen auf 3 575 000 ECU (1991: 1 871 000 ECU). Entschließung des Rates und der im Rat vereinigten Minister für das Bildungswesen vom 9. Juni 1986 über die Verbrauchererziehung in Primar- und Sekundarschulen (ABl. Nr. C 184 vom 23. 7. 1986, S. 21). Entschließung des Rates vom 9. November 1989 über künftige Prioritäten bei der Neubelebung der Verbraucherschutzpolitik (ABl. Nr. C 294 vom 22. 11. 1989, S. 1). Dreijähriger verbraucherpolitischer Aktionsplan vom 3. Mai 1990 für die EWG (1990-1992) (KOM(90) 98 endg.)

KOMMISSION

Teileinzelplan B5
(Verbraucher, Binnenmarkt, Industrie und Innovation)

KAPITEL B5-10 — VERBRAUCHERSCHUTZ UND STÄRKUNG DER VERBRAUCHERINTERESSEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B5-102	*(Fortsetzung)*						
B5-103	***Anwendung der Richtlinien*** Nichtgetrennte Mittel	1 000 000	1 000 000	487 000	487 000	491 280,—	491 280,—
	(Unterstützungsausgaben)	*(613 000)*	*(613 000)*	*(613 000)*	*(613 000)*	*(340 000,—)*	*(340 000,—)*
B5-104	***Untersuchungen*** Nichtgetrennte Mittel	1 700 000	1 700 000	1 158 000	1 158 000	509 511,—	509 511,—
	(Unterstützungsausgaben)	*(p.m.)*	*(p.m.)*	*(242 000)*	*(242 000)*	*(356 277,76)*	*(356 277,76)*

KOMMISSION

Teileinzelplan B5

(Verbraucher, Binnenmarkt, Industrie und Innovation)

KAPITEL B5-1 0 — VERBRAUCHERSCHUTZ UND STÄRKUNG DER VERBRAUCHERINTERESSEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B5-1 0 2	*(Fortsetzung)* Richtlinien und andere Rechtsakte des Rates und der Kommission betreffend die Sicherheit, die Gesundheit und den Schutz der Rechtsinteressen der Verbraucher. Diese Mittel sind bestimmt für die Finanzierung zweier Arten von Maßnahmen: — Unterrichtung der Verbraucher über grenzüberschreitende Informationszentren („EG-Beratungsstellen für Verbraucher"), Veröffentlichung von Broschüren und Prospekten, Produktion von audiovisuellem Filmmaterial, um die aktive Rolle der Verbraucher im Binnenmarkt zu stärken; — Durchführung von vergleichenden Untersuchungen über Konsumgüter auf Gemeinschaftsebene und Verbreitung der Ergebnisse. Sie decken ferner Maßnahmen zur Verbesserung der Verbraucherbildung (Kinder und Erwachsene) und der Verbraucherunterrichtung mit Hilfe der Kennzeichnung.
B5-1 0 3	Unter Berücksichtigung der in Artikel B8-5 1 3 eingesetzten Mittel beläuft sich der Gesamtbetrag für diese Maßnahmen auf 1 613 000 ECU (1991: 1 100 000 ECU). Entschließung des Rates vom 9. November 1989 über künftige Prioritäten bei der Neubelebung der Verbraucherschutzpolitik (ABl. Nr. C 294 vom 22. 11. 1989, S. 1). Dreijähriger verbraucherpolitischer Aktionsplan vom 3. Mai 1990 für die EWG (1990-1992) (KOM(90) 98 endg.). Richtlinien und andere Rechtsakte des Rates und der Kommission betreffend die Sicherheit, die Gesundheit und den Schutz der Rechtsinteressen der Verbraucher. Diese Aktion hat folgendes Ziel: — die Überwachung einer ordnungsgemäßen Umsetzung der Richtlinien in folgenden Bereichen in innerstaatliches Recht: kosmetische Mittel (regelmäßige Anpassung und Änderung), Kennzeichnung von Textilerzeugnissen (regelmäßige Anpassung und Änderung), Unterrichtung der Verbraucher (Angabe von Preisen, Lebensmittelkennzeichnung), Handelspraktiken (irreführende Werbung, Haustürgeschäfte, Konsumentenkredit) sowie gefährliche Fälschungen, Sicherheit von Spielzeugen usw.; — die Verstoßverfahren; — die Behandlung von Beschwerden und sonstigen Fällen, die eine nichtordnungsgemäße Anwendung einzelner Richtlinien in diesen Bereichen betreffen; — insbesondere in bezug auf die Richtlinie 88/378/EWG (Spielzeug) Abwicklung einer Standardrichtlinie nach dem „Neuen Konzept", einschließlich Überwachung der Normungsarbeiten, Bericht über die Funktionsweise auf Gemeinschafts- und nationaler Ebene, Anpassung des derzeitigen Wortlauts, Kontakte zwischen Anerkennungsstellen, Schutzmaßnahmen. Diese Mittel sind zur Deckung der Kosten für die Erfassung und Auswertung von Daten, Forschungsarbeiten und technischen Studien, Bewertungen und Erhebungen bestimmt.
B5-1 0 4	In Artikel B8-5 1 4 wird ein p.m. -Vermerk eingesetzt (Gesamtbetrag 1991: 1 400 000 ECU). Entschließung des Rates vom 9. November 1989 über künftige Prioritäten bei der Neubelebung der Verbraucherschutzpolitik (ABl. Nr. C 294 vom 22. 11. 1989, S. 1). Dreijähriger verbraucherpolitischer Aktionsplan vom 3. Mai 1990 für die EWG (1990-1992) (KOM(90) 98 endg.). Die Studien und Konsultationen im Zusammenhang mit den prioritären Aktionen, die in den Verbraucherprogrammen der Gemeinschaft enthalten sind, verfolgen im besonderen folgende Ziele: — Schutz der Verbraucher gegen potentielle Schädigungen ihrer Gesundheit und Sicherheit, — Schutz der wirtschaftlichen Interessen der Verbraucher und Markttransparenz (Preiserhebungen), — Verbesserung der Rechtsstellung des Verbrauchers (Rechtshilfe und Klagerecht), — Verbesserung der Ausbildung und der Unterrichtung des Verbrauchers, — Hinzuziehung der Verbraucher zur Ausarbeitung der Gemeinschaftspolitik. Diese Mittel sind zur Deckung der Kosten für Forschungsarbeiten und Studien bestimmt.

KOMMISSION

Teileinzelplan B5
(Verbraucher, Binnenmarkt, Industrie und Innovation)

KAPITEL B5-1 0 — VERBRAUCHERSCHUTZ UND STÄRKUNG DER VERBRAUCHERINTERESSEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B5-1 0 5	***Produktsicherheit***						
	Nichtgetrennte Mittel	2 500 000	2 500 000	503 000 (1)	503 000 (1)	164 695,—	164 695,—
	(Unterstützungsausgaben)	*(197 000)*	*(197 000)*	*(197 000)*	*(197 000)*	*(34 250,—)*	*(34 250,—)*
B5-1 0 6	***EHLASS (Aktionen zur Überwachung der Sicherheit von Konsumgütern)***						
	Getrennte Mittel	1 000 000	1 365 000	5 000 000	4 850 000	323 967,—	1 746 821,35
	(Unterstützungsausgaben)	*(p.m.)*	*(p.m.)*	*(p.m.)*	*(p.m.)*	*(0,—)*	*(0,—)*
B5-1 0 7	***Sicherheit von Kindern***						
	Getrennte Mittel	1 000 000	1 000 000	—	1 000 000	1 596 821,—	19 200,—

(1) Es werden Mittel in Höhe von 300 000 ECU in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

KOMMISSION

Teileinzelplan B5

(Verbraucher, Binnenmarkt, Industrie und Innovation)

KAPITEL B5-1 0 — VERBRAUCHERSCHUTZ UND STÄRKUNG DER VERBRAUCHERINTERESSEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B5-1 0 5	Unter Berücksichtigung der in Artikel B8-5 1 5 eingesetzten Mittel beläuft sich der Gesamtbetrag für diese Maßnahmen auf 2 697 000 ECU (1991: 700 000 ECU). Entscheidung 89/45/EWG des Rates vom 21. Dezember 1988 über ein gemeinschaftliches System zum raschen Austausch von Informationen über die Gefahren bei der Verwendung von Konsumgütern (ABl. Nr. L 17 vom 21. 1. 1989, S. 51), geändert durch die Entscheidung 90/352/EWG (ABl. Nr. L 173 vom 6. 7. 1990, S. 49). Vorschlag für eine Richtlinie des Rates, von der Kommission vorgelegt am 27. April 1989, über die allgemeine Produktsicherheit (ABl. Nr. C 193 vom 31. 7. 1989, S. 1), zuletzt geändert am 11. Juni 1990 (ABl. Nr. C 156 vom 27. 6. 1990, S. 8). Entschließung des Rates vom 9. November 1989 über künftige Prioritäten bei der Neubelebung der Verbraucherschutzpolitik (ABl. Nr. C 294 vom 22. 11. 1989, S. 1). Dreijähriger verbraucherpolitischer Aktionsplan vom 3. Mai 1990 für die EWG (1990-1992) (KOM(90) 98 endg.). Richtlinien und andere Rechtsakte des Rates betreffend die Sicherheit und den Gesundheitsschutz der Verbraucher. Diese Mittel sind bestimmt zur Finanzierung eines gemeinschaftlichen „Überwachungssystems" für die Sicherheit der für den Verbraucher bestimmten Erzeugnisse im Binnenmarkt: ein System zum raschen Austausch von Informationen über Gefahren, Gutachten und Forschungsarbeiten, statistische Informationserhebung über Unfälle, Konferenzen und Kolloquien, generelle Bewertung der Überwachung von gefährlichen Erzeugnissen und Unfällen usw. Ein Teil der Arbeiten zu diesem Zweck werden von der Gemeinsamen Forschungsstelle im Rahmen ihrer Tätigkeiten zur Unterstützung der Kommission durchgeführt (Artikel B6-1 1 1, B6-1 2 1, B6-1 2 2 und B6-4 2 1). Diese Tätigkeiten der Gemeinsamen Forschungsstelle werden auf 1 837 044 ECU veranschlagt.
B5-1 0 6	In Artikel B8-5 1 6 wird ein p.m.-Vermerk eingesetzt (Gesamtbetrag 1991: 5 000 000 ECU für Verpflichtungsermächtigungen und 4 850 000 ECU für Zahlungsermächtigungen). Entscheidung 90/534/EWG des Rates vom 22. Oktober 1990 zur Änderung der Entscheidung 86/138/EWG über ein Demonstrationsvorhaben im Hinblick auf die Errichtung eines gemeinschaftlichen Informationssystems über Unfälle durch Konsumgüter und über die Finanzausstattung während der letzten beiden Projektjahre (ABl. Nr. L 296 vom 27. 10. 1990, S. 64). Die Mittel dienen der Finanzierung der Fortführung des Programms bis zu einer endgültigen Entscheidung über die Einführung eines ständigen Systems. Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 1 000 000 ECU. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind	215 000	213 946	1 054			
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	5 000 000	4 636 054	363 946			
Mittel 1992	1 000 000		1 000 000			
Insgesamt	6 215 000	4 850 000	1 365 000			

B5-1 0 7	Schlußfolgerungen des Rates vom 10. Juni 1987 zu der Gemeinschaftskampagne im Bereich der Sicherheit von Kindern (Dok. 7058/87/Verbr. 27). Richtlinie 88/378/EWG des Rates vom 3. Mai 1988 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Sicherheit von Spielzeug (ABl. Nr. L 187 vom 16. 07. 1988, S. 1).

KOMMISSION

Teileinzelplan B5
(Verbraucher, Binnenmarkt, Industrie und Innovation)

KAPITEL B5-1 0 — VERBRAUCHERSCHUTZ UND STÄRKUNG DER VERBRAUCHERINTERESSEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B5-1 0 7	*(Fortsetzung)*						
B5-1 0 8	***Schaffung eines Inspektorats der Gemeinschaft für Lebensmittelkontrolle zum Schutz von Mensch und Tier***						
	Nichtgetrennte Mittel	1 000 000	1 000 000	p.m.	p.m.		
B5-1 0 9	***Kampagne „Info 1992"***						
	Getrennte Mittel	3 000 000	3 000 000				

KOMMISSION

Teileinzelplan B5

(Verbraucher, Binnenmarkt, Industrie und Innovation)

KAPITEL B5-10 — VERBRAUCHERSCHUTZ UND STÄRKUNG DER VERBRAUCHERINTERESSEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen

B5-107 *(Fortsetzung)*

Diese Maßnahme zur Förderung der Sicherheit von Kindern zielt hauptsächlich darauf ab, das Bewußtsein in der Öffentlichkeit für dieses Problem zur schärfen und damit den Weg für spezifische Maßnahmen zur Verhütung von Unfällen, an denen Kinder beteiligt sind, zu ebnen. Dazu gewährt die Kommission Organisationen, die auf nationaler oder europäischer Ebene Informations- und Aufklärungskampagnen durchführen, Beihilfen und läßt Studien über eine kinderfreundliche Gestaltung von Erzeugnissen durchführen.

Diese Mittel dienen zur Deckung der Kosten für Beratung, Studien und Informationstätigkeiten.

Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 1 000 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind	1 585 550	1 000 000	p.m. (1)			
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	—	—				
Mittel 1992	1 000 000		1 000 000			
Insgesamt	2 585 550	1 000 000	1 000 000			

(1) Die Differenz der abzurechnenden Verpflichtungen wird im Prinzip aus Mittelübertragungen finanziert.

B5-108 *Vormals Artikel B5-109*

Vorarbeiten für die Schaffung eines Inspektorats der Gemeinschaft für Lebensmittelkontrolle und Verbraucherschutz, das eine koordinierende Funktion erhält und in enger Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten Untersuchungs- und Überwachungsaufgaben wahrnimmt und Bericht erstattet.

B5-109 *Neuer Artikel*

Entschließung des Rates vom 9. November 1989 über künftige Prioritäten bei der Neubelebung der Verbraucherschutzpolitik (ABl. Nr. C 294 vom 22. 11. 1989, S. 1).

KOMMISSION

Teileinzelplan B5
(Verbraucher, Binnenmarkt, Industrie und Innovation)

KAPITEL B5-1 0 — VERBRAUCHERSCHUTZ UND STÄRKUNG DER VERBRAUCHERINTERESSEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B5-1 0 9	*(Fortsetzung)*						
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt	14 225 000	14 225 000	6 807 000	6 807 000	4 898 706,—	4 898 706,—
	Getrennte Mittel insgesamt	5 000 000	5 365 000	5 000 000	5 850 000	1 920 788,—	1 766 021,35
	KAPITEL B5-1 0 INSGESAMT	19 225 000 *(1 260 000)*	19 590 000 *(1 260 000)*	11 807 000 *(2 064 000)*	12 657 000 *(2 064 000)*	6 819 494,— *(1 513 179,76)*	6 664 727,35 *(1 513 179,76)*
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt	14 225 000	14 225 000	6 807 000	6 807 000	4 898 706,—	4 898 706,—
	Getrennte Mittel insgesamt	5 000 000	5 365 000	5 000 000	5 850 000	1 920 788,—	1 766 021,35
	Titel B5-1 insgesamt	**19 225 000** *(1 260 000)*	**19 590 000** *(1 260 000)*	**11 807 000** *(2 064 000)*	**12 657 000** *(2 064 000)*	**6 819 494,—** *(1 513 179,76)*	**6 664 727,35** *(1 513 179,76)*

KOMMISSION

Teileinzelplan B5

(Verbraucher, Binnenmarkt, Industrie und Innovation)

KAPITEL B5-10 — VERBRAUCHERSCHUTZ UND STÄRKUNG DER VERBRAUCHERINTERESSEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B5-109	*(Fortsetzung)* Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 3 000 000 ECU. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind						
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991						
Mittel 1992	3 000 000		3 000 000			
Insgesamt	3 000 000		3 000 000			

KOMMISSION

Teileinzelplan B5
(Verbraucher, Binnenmarkt, Industrie und Innovation)

TITEL B5-2

HILFEN FÜR DEN WIEDERAUFBAU

KAPITEL B5-2 0 — ZINSVERGÜNSTIGUNGEN FÜR DARLEHEN NACH KATASTROPHENFÄLLEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
	KAPITEL B5-2 0						
B5-2 0 0	***Jährliche Zinsvergünstigungen für die Sonderdarlehen für Italien aufgrund des Erdbebens vom November 1980***						
	Nichtgetrennte Mittel	14 800 000	14 800 000	18 300 000	18 300 000	20 400 000,—	20 400 000,—
B5-2 0 1	***Jährliche Zinsvergünstigungen für die Sonderdarlehen an Griechenland aufgrund der Erdbeben vom Februar und März 1981***						
	Nichtgetrennte Mittel	850 000	850 000	1 100 000	1 100 000	1 300 000,—	1 300 000,—
B5-2 0 2	***Jährliche Zinsvergünstigungen für die Sonderdarlehen an Griechenland aufgrund der Erdbeben vom September 1986***						
	Nichtgetrennte Mittel	3 000 000	3 000 000	3 000 000	3 000 000	1 519 925,—	1 519 925,—

KOMMISSION

Teileinzelplan B5

(Verbraucher, Binnenmarkt, Industrie und Innovation)

TITEL B5-2

HILFEN FÜR DEN WIEDERAUFBAU

KAPITEL B5-2 0 — ZINSVERGÜNSTIGUNGEN FÜR DARLEHEN NACH KATASTROPHENFÄLLEN

Artikel Posten	Erläuterungen
B5-2 0 0	Beschluß 81/19/EWG des Rates vom 20. Januar 1981 über eine Sonderhilfe der Gemeinschaft zugunsten des Wiederaufbaus der vom Erdbeben im November 1980 betroffenen Gebiete in Italien (ABl. Nr. L 37 vom 10. 2. 1981, S. 21). Eine Zinsvergünstigung von drei Prozentpunkten des Jahreszinses kann für höchstens zwölf Jahre bis zur Höchstgrenze von 1 Milliarde ECU Kapitalwert für Darlehen eingeräumt werden, die einerseits von der Europäischen Investitionsbank aus Eigenmitteln und andererseits aus Mitteln des Neuen Gemeinschaftsinstruments zugunsten von Investitionsvorhaben in den vom Erdbeben des Monats November 1980 in Italien betroffenen Gebieten ausgezahlt werden.
B5-2 0 1	Beschluß 81/1013/EWG des Rates vom 14. Dezember 1981 über eine Sonderbeihilfe der Gemeinschaft zugunsten des Wiederaufbaus der von den Erdbeben der Monate Februar/März 1981 in Griechenland betroffenen Gebiete (ABl. Nr. L 367 vom 23. 12. 1981, S. 27), rückwirkend am 1. Januar 1981 in Kraft getreten. Eine Zinsvergünstigung von drei Prozentpunkten des Jahreszinses kann für höchstens zwölf Jahre bis zur Höchstgrenze von 80 000 000 ECU Kapitalwert für Darlehen eingeräumt werden, die einerseits von der Europäischen Investitionsbank aus Eigenmitteln und andererseits aus Mitteln des Neuen Gemeinschaftsinstruments zugunsten von Investitionsvorhaben in den von den Erdbeben der Monate Februar und März 1981 in Griechenland betroffenen Gebieten ausgezahlt werden.
B5-2 0 2	Beschluß 88/561/EWG des Rates vom 7. November 1988 über eine Sonderhilfe der Gemeinschaft zum Wiederaufbau der durch die Erdbeben im September 1986 zerstörten Gebiete in Griechenland (ABl. Nr. L 309 vom 15. 11. 1988, S. 32). Eine Zinsvergünstigung von drei Prozentpunkten des Jahreszinses kann für höchstens zwölf Jahre bis zur Höchstgrenze von 100 000 000 ECU Kapitalwert für Darlehen eingeräumt werden, die von der Europäischen Investitionsbank aus Eigenmitteln zugunsten von Investitionsvorhaben in den von den Erdbeben vom September 1986 in Griechenland betroffenen Gebieten ausgezahlt werden.

KOMMISSION

Teileinzelplan B5
(Verbraucher, Binnenmarkt, Industrie und Innovation)

KAPITEL B5-2 0 — ZINSVERGÜNSTIGUNGEN FÜR DARLEHEN NACH KATASTROPHENFÄLLEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B5-2 0 3	***Zinsvergütungen für die Darlehen zum Wiederaufbau des Veltlin***						
	Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	0,—	0,—
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt	18 650 000	18 650 000	22 400 000	22 400 000	23 219 925,—	23 219 925,—
	Getrennte Mittel insgesamt						
	KAPITEL B5-2 0 INSGESAMT	18 650 000	18 650 000	22 400 000	22 400 000	23 219 925,—	23 219 925,—
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt	18 650 000	18 650 000	22 400 000	22 400 000	23 219 925,—	23 219 925,—
	Getrennte Mittel insgesamt						
	Titel B5-2 insgesamt	**18 650 000**	**18 650 000**	**22 400 000**	**22 400 000**	**23 219 925,—**	**23 219 925,—**

KOMMISSION

Teileinzelplan B5

(Verbraucher, Binnenmarkt, Industrie und Innovation)

KAPITEL B5-20 — ZINSVERGÜNSTIGUNGEN FÜR DARLEHEN NACH KATASTROPHENFÄLLEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B5-203	Mitteilung der Kommission vom 21. Dezember 1987 „Sondermaßnahmen der Gemeinschaft zugunsten der Gebiete in Norditalien, insbesondere dem Veltlin, die im Juli und August 1987 von Naturkatastrophen getroffen wurden" (KOM(87) 723 endg.). Zum Wiederaufbau der Infrastruktur (Straßen, Eisenbahnen, Kanalisation) und der im Rahmen der Raumordnung erforderlichen Großbauten soll die Wirtschaft der betroffenen Gebiete durch zusätzliche Darlehen der Europäischen Investitionsbank und/oder Darlehen zu Lasten des neuen Gemeinschaftsinstruments unterstützt werden; für die Darlehen sollen aus dem Gemeinschaftshaushalt Zinsvergütungen gewährt werden; dies hat die Kommission in ihrer Mitteilung vorgeschlagen.

KOMMISSION

Teileinzelplan B5
(Verbraucher, Binnenmarkt, Industrie und Innovation)

TITEL B5-3

BINNENMARKT

KAPITEL B5-3 0 — AKTIONEN IM BEREICH DES BINNENMARKTES

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
	KAPITEL B5-3 0						
B5-3 0 0	***Aktionen zur Vollendung des Binnenmarktes***						
	Getrennte Mittel	40 837 000	23 633 000	36 948 000	16 548 000	25 637 246,74	13 121 814,39
	(Unterstützungsausgaben)	*(24 000 000)*	*(24 000 000)*	*(24 052 000)*	*(24 052 000)*	*(16 335 679,42)*	*(16 335 679,42)*

KOMMISSION

Teileinzelplan B5

(Verbraucher, Binnenmarkt, Industrie und Innovation)

TITEL B5-3

BINNENMARKT

KAPITEL B5-3 0 — AKTIONEN IM BEREICH DES BINNENMARKTES

Artikel Posten	Erläuterungen
B5-3 0 0	Unter Berücksichtigung der in Artikel B8-5 3 0 eingesetzten Mittel beläuft sich der Gesamtbetrag für diese Maßnahmen auf 64 837 000 ECU für Verpflichtungsermächtigungen und 47 633 000 ECU für Zahlungsermächtigungen (1991: 61 000 000 ECU für Verpflichtungsermächtigungen und 40 600 000 ECU für Zahlungsermächtigungen). Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, insbesondere Artikel 8 A, 100 A und 100 B. Richtlinie 83/189/EWG des Rates vom 28. März 1983 über ein Informationsverfahren auf dem Gebiet der Normen und technischen Vorschriften (ABl. Nr. L 109 vom 26. 4. 1983, S. 8). Entschließung des Rates vom 7. Mai 1985 über eine neue Konzeption auf dem Gebiet der technischen Harmonisierung und der Normung (ABl. Nr. C 136 vom 4. 6. 1985, S. 1). Weißbuch der Kommission vom 14. Juni 1985 für den Europäischen Rat (Mailand, 28. und 29. Juni 1985) „Vollendung des Binnenmarktes" (KOM(85) 310 endg.). Richtlinien des Rates zur Beseitigung der technischen Handelshemmnisse, zur Anerkennung von Befähigungsnachweisen sowie für das öffentliche Beschaffungswesen. Diese Mittel sind zur Deckung der Ausgaben für Aktionen bestimmt, die zur Vollendung des Binnenmarktes beitragen: Harmonisierung der Normen und Einführung eines Informationssystems auf dem Gebiet der Normen und technischen Vorschriften; Angleichung der Rechtsvorschriften in den Bereichen Lebensmittel, Arzneimittel, chemische Erzeugnisse und Sicherheit; Liberalisierung des öffentlichen Auftragswesens; Förderung des Dienstleistungsmarktes; Arbeiten im Zusammenhang mit geistigem Eigentum; Durchführung einer audiovisuellen Politik; Freizügigkeit von Personen und Bürgerrechte. Dazu kommen Aktionen aufgrund der neuen Zuständigkeiten der Kommission, insbesondere im Bereich des Schutzes der öffentlichen Gesundheit. Ein Teil der Tätigkeiten zur Erreichung dieses Ziels wird von der Gemeinsamen Forschungsstelle im Rahmen der Arbeiten für die anderen Dienststellen der Kommission durchgeführt (Artikel B6-1 1 1, B6-1 2 1, B6-1 2 2 und B6-4 2 1). Diese Arbeiten der Gemeinsamen Forschungsstelle werden auf 2 422 139 ECU geschätzt. Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 40 837 000 ECU. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind	33 298 163	7 948 000	12 000 000	13 350 163		
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	36 948 000	8 600 000	5 000 000	5 000 000	18 348 000	
Mittel 1992	40 837 000		6 633 000	25 843 000	6 271 000	2 090 000
Insgesamt	111 083 163	16 548 000	23 633 000	44 193 163	24 619 000	2 090 000

Die Einnahmen aus Gebühren für die Teilnahme an Konferenzen und den Verkauf von Veröffentlichungen, die mit Mitteln dieses Artikels veranstaltet bzw. herausgegeben werden, sind gemäß Artikel 27 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr. 70 vom 16. 3. 1990, S. 1) wiederzuverwenden.

KOMMISSION

Teileinzelplan B5
(Verbraucher, Binnenmarkt, Industrie und Innovation)

KAPITEL B5-3 0 — AKTIONEN IM BEREICH DES BINNENMARKTES *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B5-3 0 1	***Beteiligung der Gemeinschaft an den Verwaltungskosten betreffend das Europäische Arzneibuch***						
	Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	0,—	0,—
B5-3 0 2	***Markenamt der Gemeinschaft***						
	Nichtgetrennte Mittel	p.m. (1)	p.m. (1)	200 000	200 000	0,—	0,—
B5-3 0 3	***Finanzdienste und Gesellschaftsrecht***						
B5-3 0 3 0	Aktionen zur Entwicklung eines einheitlichen Marktes für Finanzdienste und des Rechts der europäischen Gesellschaften						
	Getrennte Mittel	500 000	400 000	p.m.	p.m.	454 652,55	354 823,68
	(Unterstützungsausgaben)	*(500 000)*	*(500 000)*	*(500 000)*	*(500 000)*	*(45 086,95)*	*(45 086,95)*

(1) Es werden Mittel in Höhe von 200 000 ECU bei Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

KOMMISSION

Teileinzelplan B5

(Verbraucher, Binnenmarkt, Industrie und Innovation)

KAPITEL B5-3 0 — AKTIONEN IM BEREICH DES BINNENMARKTES *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B5-3 0 1	Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, insbesondere Artikel 113. Richtlinie 87/22/EWG des Rates vom 22. Dezember 1986 zur Angleichung der einzelstaatlichen Maßnahmen betreffend das Inverkehrbringen technologisch hochwertiger Arzneimittel, insbesondere aus der Biotechnologie (ABl. Nr. L 15 vom 17. 1. 1987, S. 38). Richtlinie 89/342/EWG des Rates vom 3. Mai 1989 zur Erweiterung des Anwendungsbereichs der Richtlinien 65/65/EWG und 75/319/EWG und zur Festlegung zusätzlicher Vorschriften für aus Impfstoffen, Toxinen oder Seren und Allergenen bestehende immunologische Arzneimittel (ABl. Nr. L 142 vom 25. 5. 1989, S. 14). Richtlinie 89/343/EWG des Rates vom 3. Mai 1989 zur Erweiterung des Anwendungsbereichs der Richtlinien 65/65/EWG und 75/319/EWG zur Festlegung zusätzlicher Vorschriften für radioaktive Arzneimittel (ABl. Nr. L 142 vom 25. 5. 1989, S. 16). Richtlinie 89/381/EWG des Rates vom 14. Juni 1989 zur Erweiterung des Anwendungsbereichs der Richtlinien 65/65/EWG und 75/319/EWG zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften über Arzneispezialitäten und zur Festlegung besonderer Vorschriften für Arzneimittel aus menschlichem Blut oder Blutplasma (ABl. Nr. L 181 vom 28. 6. 1989, S. 44). Dieser Artikel ist für die Einsetzung von Mitteln bestimmt, die den etwaigen Beitrag der Gemeinschaft anstelle der Mitgliedstaaten zu den Verwaltungsausgaben des Europäischen Arzneibuches decken sollen.
B5-3 0 2	Vorschlag für eine Verordnung (EWG) des Rates, von der Kommission dem Rat vorgelegt am 25. November 1980, über die Gemeinschaftsmarke (ABl. Nr. C 351 vom 31. 12. 1980, S. 1), geändert um 9. August 1984 (ABl. Nr. C 230 vom 31. 8. 1984, S. 1). In diesem Artikel sollen die ersten laufenden Verwaltungsausgaben des Markenamtes der Gemeinschaft über eine Haushaltsausgleichssubvention gedeckt werden.
B5-3 0 3	
B5-3 0 3 0	*Vormals Artikel B5-3 0 3* Unter Berücksichtigung der in Artikel B8-5 3 3 eingesetzten Mittel beläuft sich der Gesamtbetrag für diese Maßnahmen auf 1 000 000 ECU Verpflichtungsermächtigungen und auf 900 000 ECU Zahlungsermächtigungen (1991: 500 000 ECU). Weißbuch der Kommission vom 14. Juni 1985 an den Europäischen Rat (Mailand, 28. und 29. Juni 1985) „Die Vollendung des Binnenmarktes" (KOM(85) 310 endg.), insbesondere im Bereich der Finanzinstitutionen und der Zusammenarbeit zwischen Gemeinschaftsunternehmen. Vom Rat in diesen Bereichen erlassene Richtlinien und Verordnungen. Dieser Posten ist zur Deckung der Ausgaben im Zusammenhang mit Maßnahmen bestimmt, die darauf abzielen, den Markt für Finanzdienste zu verstärken und zu erweitern, die Zusammenarbeit zwischen europäischen Unternehmen, insbesondere im Steuerbereich, zu fördern, die Koordinierung der Rechtsvorschriften auf dem Gebiet des Gesellschaftsrechts voranzutreiben und die Gründung von europäischen Aktiengesellschaften und europäischen wirtschaftlichen Interessenvereinigungen zu erleichtern. Die externen Aspekte der auf dem Gebiet der Finanzinstitutionen geltenden Richtlinien, die gegenseitige Anerkennung der Finanzinstrumente mit Drittländern, die internationalen Verhandlungen, der europäische Wirtschaftsraum, die Unterstützung der Drittländer bei der Errichtung einer Marktwirtschaft und die Durchführung der gemeinschaftlichen und internationalen Vorschriften zur Verhinderung der Geldwäsche können ebenfalls Gegenstand von Ausgaben sein, die unter diesem Posten verbucht werden.

KOMMISSION

Teileinzelplan B5
(Verbraucher, Binnenmarkt, Industrie und Innovation)

KAPITEL B5-30 — AKTIONEN IM BEREICH DES BINNENMARKTES *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B5-303	*(Fortsetzung)*						
B5-3030	*(Fortsetzung)*						
B5-3031	Zahlungsmittel im Binnenmarkt						
	Getrennte Mittel	1 050 000	550 000				

KOMMISSION

Teileinzelplan B5

(Verbraucher, Binnenmarkt, Industrie und Innovation)

KAPITEL B5-30 — AKTIONEN IM BEREICH DES BINNENMARKTES *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B5-303	*(Fortsetzung)*
B5-3030	*(Fortsetzung)*

Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 500 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind	560 275		350 000	210 275		
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	p.m.	p.m.				
Mittel 1992	500 000		50 000	440 000	10 000	
Insgesamt	1 060 275	p.m.	400 000	650 275	10 000	

Die Wiederverwendung von Einnahmen, insbesondere aus der entgeldlichen Verantstaltung von Konferenzen oder dem Verkauf von Veröffentlichungen, wird in Artikel 27 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1), geregelt.

B5-3031 *Neuer Posten*

Empfehlung 88/590/EWG der Kommission vom 17. November 1988 zu Zahlungssystemen, insbesondere zu den Beziehungen zwischen Karteninhabern und Kartenausstellern (ABl. Nr. L 317 vom 24. 11. 1988, S. 55).

Akten für die neuen Zahlungsmittel.

Diese Aktion hat zum Ziel: Verbesserung des Zahlungsverkehrs im Binnenmarkt, insbesondere zwischen Mitgliedstaaten, und insbesondere in denjenigen, in denen diese Systeme unzureichend entwickelt sind, und Förderung der Verwendung des ECU bei grenzüberschreitenden Transaktionen; Verringerung der Kosten und Fristen dieser Transaktionen unter Berücksichtigung der Dimension des Binnenmarktes, insbesondere im Hinblick auf die Wirtschafts- und Währungsunion. Ausarbeitung der technischen Aspekte für die Durchführung eines Zahlungssystems bzw. von Zahlungssystemen auf der Grundlage der im Anschluß an die Mitteilungen der Kommission (siehe oben) notwendigen Maßnahmen, durch Abschluß von Dienstleistungsverträgen, Beteiligung an technologischen Forschungsvorhaben und Pilotvorhaben, Gewährung von Anlaufkrediten und Unterstützung bei der Entwicklung von Infrastrukturen.

Sie wird in Zusammenarbeit mit Vertretern der Zentralbanken und des Kreditsektors, der Verbraucher, der Klein- und Mittelbetriebe sowie des Handels durchgeführt.

Die Wiederverwendung der Einnahmen, insbesondere aus der finanziellen Beteiligung der Kommission an den genannten Vorhaben, wird in Artikel 27 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG), Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1) geregelt.

KOMMISSION

Teileinzelplan B5
(Verbraucher, Binnenmarkt, Industrie und Innovation)

KAPITEL B5-3 0 — AKTIONEN IM BEREICH DES BINNENMARKTES *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B5-3 0 3	*(Fortsetzung)*						
B5-3 0 3 1	*(Fortsetzung)*						
	Artikel B5-3 0 3 insgesamt	1 550 000 *(500 000)*	950 000 *(500 000)*	p.m. *(500 000)*	p.m. *(500 000)*	454 652,55 *(45 086,95)*	354 823,68 *(45 086,95)*
B5-3 0 4	***Aktionen zur Koordinierung der Vergabe- und Veröffentlichungsverfahren für öffentliche Bau- und Lieferaufträge*** Nichtgetrennte Mittel	35 400 000	35 400 000	34 970 000	34 970 000	22 500 000,—	22 500 000,—

KOMMISSION

Teileinzelplan B5

(Verbraucher, Binnenmarkt, Industrie und Innovation)

KAPITEL B5-30 — AKTIONEN IM BEREICH DES BINNENMARKTES *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B5-303	*(Fortsetzung)*
B5-3031	*(Fortsetzung)*

Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 1 050 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind						
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991						
Mittel 1992	1 050 000		550 000	400 000	100 000	
Insgesamt	1 050 000		550 000	400 000	100 000	

B5-304

Verordnung Nr. 1 des Rates vom 15. April 1958 zur Regelung der Sprachenfrage für die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (ABl. Nr. 17 vom 6. 10. 1958, S. 385/58), zuletzt geändert durch die Akte über den Beitritt von Spanien und Portugal (ABl. Nr. L 302 vom 15. 11. 1985, S. 23).

Entscheidung des Rates vom 15. September 1958 über die Gründung des *Amtsblatts der Europäischen Gemeinschaften* (ABl. Nr. 17 vom 6. 10. 1958, S. 390/58), zuletzt geändert durch die Akte über den Beitritt von Spanien und Portugal (ABl. Nr. L 302 vom 15. 11. 1985, S. 23).

Richtlinie 71/305/EWG des Rates vom 26. Juli 1971 über die Koordinierung der Verfahren zur Vergabe öffentlicher Bauaufträge (ABl. Nr. L 185 vom 16. 8. 1971, S. 5), zuletzt geändert durch die Richtlinie 89/440/EWG (ABl. Nr. L 210 vom 21. 7. 1989, S. 1).

Richtlinie 77/62/EWG des Rates vom 21. Dezember 1976 über die Koordinierung der Verfahren zur Vergabe öffentlicher Lieferaufträge (ABl. Nr. L 13 vom 15. 1. 1977, S. 1).

Beschluß 80/271/EWG des Rates vom 10. Dezember 1979 über den Abschluß der multilateralen Übereinkommen, die im Zuge der Handelsverhandlungen von 1973-1979 ausgehandelt wurden (ABl. Nr. L 71 vom 17. 3. 1980, S. 1), insbesondere das Abkommen über das öffentliche Beschaffungswesen.

Richtlinie 80/767/EWG des Rates vom 22. Juli 1980 zur Anpassung und Ergänzung der Richtlinie 77/62/EWG über die Koordinierung der Verfahren zur Vergabe öffentlicher Lieferaufträge hinsichtlich bestimmter öffentlicher Auftraggeber (ABl. Nr. L 215 vom 18. 8. 1980, S. 1).

Beschluß 87/565/EWG des Rates vom 16. November 1987 betreffend den Abschluß des Protokolls zur Änderung des GATT-Übereinkommens über das öffentliche Beschaffungswesen (ABl. Nr. L 345 vom 9. 12. 1987, S. 24).

Richtlinie 88/295/EWG des Rates vom 22. März 1988 zur Änderung der Richtlinie 77/62/EWG über die Koordinierung der Verfahren zur Vergaben öffentlicher Lieferaufträge und zur Aufhebung einiger Bestimmungen der Richtlinie 80/767/EWG (ABl. Nr. L 127 vom 20. 5. 1988, S. 1).

Richtlinie 90/531/EWG des Rates vom 17. September 1990 betreffend die Auftragsvergabe im Bereich der Wasser-, Energie- und Verkehrsversorgung sowie im Telekommunikationssektor (ABl. Nr. L 297 vom 29. 10. 1990, S. 1).

Vorschlag für eine Richtlinie des Rates, von der Kommission vorgelegt am 13. Dezember 1990, über die Koordinierung der Verfahren zur Vergabe öffentlicher Dienstleistungsaufträge (ABl. Nr. C 23 vom 31. 1. 1991, S. 1).

KOMMISSION

Teileinzelplan B5
(Verbraucher, Binnenmarkt, Industrie und Innovation)

KAPITEL B5-3 0 — AKTIONEN IM BEREICH DES BINNENMARKTES *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B5-3 0 4	*(Fortsetzung)*						
B5-3 0 5							
B5-3 0 5 0	Zollunion, indirekte Steuern und Zollkodex						
	Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	300 000,—	300 000,—
	(Unterstützungsausgaben)	*(p.m.)*	*(p.m.)*	*(p.m.)*	*(p.m.)*	*(197 895,—)*	*(197 895,—)*
B5-3 0 5 1	Gemeinschaftliches Aktionsprogramm zur beruflichen Fortbildung der Zollbeamten (MATTHÄUS) und der Beamten der Steuerbehörden						
	Nichtgetrennte Mittel	2 427 000	2 427 000	1 929 000	1 929 000	2 414 000,—	2 414 000,—
	(Unterstützungsausgaben)	*(273 000)*	*(273 000)*	*(771 000)*	*(771 000)*	*(0,—)*	*(0,—)*
	Artikel B5-305 insgesamt	2 427 000	2 427 000	1 929 000	1 929 000	2 714 000,—	2 714 000,—
		(273 000)	*(273 000)*	*(771 000)*	*(771 000)*	*(197 895,—)*	*(197 895,—)*
B5-3 0 6	***Zuschuß für die Europäische Agentur für die Beurteilung von Arzneimitteln***						
	Nichtgetrennte Mittel	p.m. (1)	p.m. (1)				

(1) Es werden Mittel in Höhe von 2 000 000 ECU in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

KOMMISSION

Teileinzelplan B5

(Verbraucher, Binnenmarkt, Industrie und Innovation)

KAPITEL B5-3 0 — AKTIONEN IM BEREICH DES BINNENMARKTES *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B5-3 0 4	*(Fortsetzung)* Diese Mittel sind zur Deckung der Ausgaben für Vergabe- und Veröffentlichungsverfahren in bezug auf das öffentliche Beschaffungswesen der Gemeinschaften und Dritten bestimmt. Der wiederverwendungsfähige Einnahmebetrag wird auf 1 600 000 ECU geschätzt.
B5-3 0 5	
B5-3 0 5 0	*Vormals Artikel B5-3 0 5* In Posten B8-5 3 5 0 wird ein p.m.-Vermerk eingesetzt (1991: p.m.). Auf der Grundlage des Berichts des Europäischen Instituts für öffentliche Verwaltung in Maastricht und einer Mitteilung an die Kommission und das Europäische Parlament: Vertiefung einiger Aspekte der Studie, insbesondere betreffend das Verhältnis zwischen indirekten Steuern und Zollfragen, die in dem Bericht besonders hervorgehoben wurden. Ein Teil der an diesem Ziel orientierten Maßnahmen wird von der Gemeinsamen Forschungsstelle im Rahmen der Unterstützung anderer Kommissionsdienststellen durchgeführt (Artikel B6-1 1 1, B6-1 2 1, B6-1 2 2 und B6-4 2 1). Diese Arbeiten der Gemeinsamen Forschungsstelle werden auf 343 556 ECU veranschlagt. Dieser Posten ist zur Deckung der bei der Abfassung der Durchführungsbestimmungen für den Zollkodex entstehenden Kosten bestimmt: — die Übersetzung in alle Gemeinschaftssprachen, — die Änderung der Texte, den Druck der Veröffentlichungen in geeigneter Form und die Verteilung an die nationalen Verwaltungen und sonstigen Abonnenten.
B5-3 0 5 1	*Vormals Artikel A-3 3 5* Unter Berücksichtigung der in Posten B8-5 3 5 1 eingesetzten Mittel beläuft sich der Gesamtbetrag auf 2 700 000 ECU (1991: 2 700 000 ECU). Beschluß 91/341/EWG des Rates vom 20. Juni 1991 über die Annahme eines gemeinschaftlichen Aktionsprogramms zur beruflichen Fortbildung der Zollbeamten (MATTHÄUS) (ABl. Nr. L 187 vom 13. 7. 1991, S. 41). Vorschlag für einen Beschluß des Rates, von der Kommission vorgelegt am 6. November 1991, über einen Aktionsplan für den Austausch von mit der Durchführung des zur Verwirklichung des Binnenmarktes erforderlichen Gemeinschaftsrechte betrauten nationalen Beamten zwischen den Verwaltungen der Mitgliedstaaten (ABl. Nr. C 299 vom 20. 11. 1991, S. 25). Veranschlagt sind diese Mittel für Ausgaben der Mitgliedstaaten im Zusammenhang mit dem Austausch von Zollbeamten und für indirekte Steuern zuständigen Beamten, denen im Binnenmarkt und an den Außengrenzen der Gemeinschaft die Anwendung des Gemeinschaftsrechts obliegt.
B5-3 0 6	*Neuer Artikel* Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, insbesondere Artikel 100 A. Vorschlag für eine Verordnung (EWG) des Rates, von der Kommission vorgelegt am 14. November 1990, zur Festlegung von Gemeinschaftsverfahren für die Zulassung und Überwachung von Human- und Tierarzneimitteln zur Schaffung einer Europäischen Agentur für die Beurteilung von Arzneimitteln (ABl. Nr. C 330 vom 31. 12. 1990, S. 1), geändert am 12. November 1991 (ABl. Nr. C 310 vom 30. 11. 1991, S. 7).

KOMMISSION

Teileinzelplan B5
(Verbraucher, Binnenmarkt, Industrie und Innovation)

KAPITEL B5-3 0 — AKTIONEN IM BEREICH DES BINNENMARKTES *(Fortsetzung)*

KAPITEL B5-3 1 — BESONDERE AKTIONEN UND MASSNAHMEN IM HANDELSBEREICH

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B5-3 0 6	*(Fortsetzung)*						
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt	37 827 000	37 827 000	37 099 000	37 099 000	25 214 000,—	25 214 000,—
	Getrennte Mittel insgesamt	42 387 000	24 583 000	36 948 000	16 548 000	26 091 899,29	13 476 638,07
	KAPITEL B5-3 0 INSGESAMT	80 214 000	62 410 000	74 047 000	53 647 000	51 305 899,29	38 690 638,07
		(24 773 000)	*(24 773 000)*	*(25 323 000)*	*(25 323 000)*	*(16 578 661,37)*	*(16 578 661,37)*
	KAPITEL B5-3 1						
B5-3 1 0	***Förderung der Exporte der Gemeinschaft nach Japan***						
	Getrennte Mittel	7 935 000	7 150 000	6 547 000	7 842 000	7 420 456,—	7 582 529,40
	(Unterstützungsausgaben)	*(250 000)*	*(250 000)*	*(1 453 000)*	*(1 453 000)*	*(79 000,—)*	*(79 000,—)*

KOMMISSION

Teileinzelplan B5

(Verbraucher, Binnenmarkt, Industrie und Innovation)

KAPITEL B5-30 — AKTIONEN IM BEREICH DES BINNENMARKTES *(Fortsetzung)*

KAPITEL B5-31 — BESONDERE AKTIONEN UND MASSNAHMEN IM HANDELSBEREICH

Artikel Posten	Erläuterungen
B5-306	*(Fortsetzung)* Dieser Artikel ist dazu bestimmt, mittels eines Zuschusses zum Haushaltsausgleich die Betriebsaufwendungen der Europäischen Agentur für die Beurteilung von Arzneimitteln zu decken. 1992 handelt es sich hauptsächlich um die Anlaufkosten der Agentur.
B5-310	Unter Berücksichtigung der in Artikel B8-540 eingesetzten Mittel beläuft sich der Gesamtbetrag für diese Maßnahmen auf 8 185 000 ECU für Verpflichtungsermächtigungen und 7 400 000 ECU für Zahlungsermächtigungen (1991: 8 000 000 ECU für Verpflichtungsermächtigungen und 9 295 000 ECU für Zahlungsermächtigungen). Mitteilung der Kommission an den Rat vom 7. Februar 1986 „Beziehungen Gemeinschaft/Japan" (KOM(86) 60 endg.). Schlußfolgerungen des Rates vom 10. März 1986. Mitteilung der Kommission an den Rat vom 9. Juli 1987 „Beziehungen Gemeinschaft/Japan" (KOM(87) 344 endg.). Schlußfolgerungen des Rates vom 20. Juli 1987. Mitteilung der Kommission vom 15. März 1988 „Beziehungen zwischen der Gemeinschaft und Japan" (KOM(88) 136-I endg.). Mitteilung der Kommission vom 15. März 1988 „Beziehungen zwischen der Gemeinschaft und Japan — Die Entwicklungen" (KOM(88) 136-II endg.). Schlußfolgerungen des Rates vom 25. April 1988. Diese Mittel sind zur Deckung folgender Ausgaben bestimmt: — eines Ausbildungsprogramm für Führungskräfte europäischer Unternehmen (Executive Training Programme (ETP)), das entweder in Japan oder in der Gemeinschaft durchgeführt wird; Ziel dieses Programms ist es, die Betreffenden mit der Sprache und der Kultur Japans sowie der Struktur des japanischen Marktes vertraut zu machen, — spezifischer sektorieller Aktionen und sonstiger Maßnahmen, die nach Anhörung der Vertreter der einschlägigen europäischen Geschäftskreise in Tokio beschlossen werden; diese Maßnahmen dienen der Herstellung direkter Kontakte zwischen europäischen und japanischen Industriellen und sollen die Entwicklung der Handelsbeziehungen zu Japan fördern, — Erstellung von Berichten und Studien über bestimmte Einzelaspekte des japanischen Marktes und Verbreitung der Ergebnisse dieser Studien durch Informationsseminare, Veröffentlichung von Unterlagen und Übersetzung der wichtigsten Texte von allgemeinem handelspolitischem Interesse, — sonstiger Maßnahmen zu Förderungszwecken, die eine Verbesserung der Kenntnis des japanischen Marktes und den Ausbau des Handels der Gemeinschaft mit Japan zum Ziel haben, — Maßnahmen zur Verbesserung der Handelsbeziehungen zwischen der Gemeinschaft und Japan, u.a. durch das Veranstalten von Informationsseminaren, die Ausarbeitung von Studien und das Abhalten von Konferenzen über die Gemeinschaftspolitiken, bei denen der Kontakt zwischen europäischen und japanischen Entscheidungsträgern hergestellt wird.

KOMMISSION

Teileinzelplan B5
(Verbraucher, Binnenmarkt, Industrie und Innovation)

KAPITEL B5-3 1 — BESONDERE AKTIONEN UND MASSNAHMEN IM HANDELSBEREICH *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B5-3 1 0	*(Fortsetzung)*						
B5-3 1 1	***Gezielte Maßnahmen im Rahmen spezifischer Aktionen auf Drittlandsmärkten***						
B5-3 1 1 0	Gezielte Maßnahmen im Rahmen spezifischer Aktionen auf Drittlandsmärkten						
	Nichtgetrennte Mittel	2 600 000	2 600 000	2 500 000	2 500 000	1 733 807,66	1 733 807,66
	(Unterstützungsausgaben)	*(200 000)*	*(200 000)*	*(200 000)*	*(200 000)*	*(293 996,—)*	*(293 996,—)*
B5-3 1 1 1	Spezifische Maßnahmen auf Drittlandmärkten in den Sektoren Textil, Kleidung und Schuhe						
	Nichtgetrennte Mittel	800 000	800 000	600 000	600 000		
	Artikel B5-3 1 1 insgesamt	3 400 000	3 400 000	3 100 000	3 100 000	1 733 807,66	1 733 807,66
		(200 000)	*(200 000)*	*(200 000)*	*(200 000)*	*(293 996,—)*	*(293 996,—)*

KOMMISSION

Teileinzelplan B5

(Verbraucher, Binnenmarkt, Industrie und Innovation)

KAPITEL B5-3 1 — BESONDERE AKTIONEN UND MASSNAHMEN IM HANDELSBEREICH *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B5-3 1 0	*(Fortsetzung)* Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 7 935 000 ECU. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind	11 250 936	5 999 000	3 300 000	1 951 936		
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	6 547 000	1 843 000	2 500 000	1 500 000	704 000	
Mittel 1992	7 935 000		1 350 000	2 685 000	2 100 000	1 800 000
Insgesamt	25 732 936	7 842 000	7 150 000	6 136 936	2 804 000	1 800 000

Etwaige Einnahmen aus der finanziellen Beteiligung dritter Parteien an Förderungsmaßnahmen, insbesondere am ETP-Programm werden gemäß Artikel 27 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1), wiederverwendet.

B5-3 1 1

B5-3 1 1 0 Unter Berücksichtigung der in Posten B8-5 4 1 0 eingesetzten Mittel beläuft sich der Gesamtbetrag für diese Maßnahmen auf 2 800 000 ECU (1991: 2 700 000 ECU).

Diese Mittel sind dazu bestimmt, die Ausgaben im Zusammenhang mit der Förderung der Ausfuhren von Gemeinschaftsunternehmen auf Drittlandsmärkte über Handelsorganisationen, die Ausgaben für Marktuntersuchungen, die Beteiligung an Handelsmessen, die Informationsvorbereitung sowie die Durchführung spezieller Ausbildungsprogramme zu decken.

B5-3 1 1 1 Diese Mittel sind ebenfalls dazu bestimmt, die Ausgaben im Zusammenhang mit der Förderung der Ausfuhren, insbesondere der Textil-, Bekleidungs- und Schuhindustrie sowie der Gerbereibetriebe, von Gemeinschaftsunternehmen auf Drittlandsmärkten über Handelsorganisationen, die Ausgaben für Marktuntersuchungen, die Beteiligung an Handelsmessen, die Informationsverbreitung sowie die Durchführung spezieller Ausbildungsprogramme zu decken.

KOMMISSION

Teileinzelplan B5
(Verbraucher, Binnenmarkt, Industrie und Innovation)

KAPITEL B5-3 1 — BESONDERE AKTIONEN UND MASSNAHMEN IM HANDELSBEREICH *(Fortsetzung)*

KAPITEL B5-3 2 — POLITIK IN DEN BEREICHEN UNTERNEHMEN, HANDEL UND SOZIALWIRTSCHAFT

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B5-3 1 2	***Gezielte Maßnahmen im Rahmen spezifischer Aktionen mit den Vereinigten Staaten***						
	Nichtgetrennte Mittel	500 000	500 000	p.m.	p.m.	496 131,56	496 131,56
	(Unterstützungsausgaben)	*(—)*	*(—)*	*(500 000)*	*(500 000)*	*(0,—)*	*(0,—)*
B5-3 1 4	***Zentralisierte Verwaltung der Textilquoten***						
	Nichtgetrennte Mittel	150 000	150 000				
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt	4 050 000	4 050 000	3 100 000	3 100 000	2 229 939,22	2 229 939,22
	Getrennte Mittel insgesamt	7 935 000	7 150 000	6 547 000	7 842 000	7 420 456,—	7 582 529,40
	KAPITEL B5-3 1 INSGESAMT	11 985 000	11 200 000	9 647 000	10 942 000	9 650 395,22	9 812 468,62
		(450 000)	*(450 000)*	*(2 153 000)*	*(2 153 000)*	*(372 996,—)*	*(372 996,—)*
	KAPITEL B5-3 2						
B5-3 2 0	***Schaffung von Anreizen für Unternehmen (kleine und mittlere Unternehmen)***						
	Getrennte Mittel	25 000 000	20 000 000	16 953 000	12 953 000	21 279 611,55	17 639 694,13
	(Unterstützungsausgaben)	*(13 747 000)*	*(13 747 000)*	*(13 747 000)*	*(13 747 000)*	*(4 160 929,08)*	*(4 160 929,08)*

KOMMISSION

Teileinzelplan B5

(Verbraucher, Binnenmarkt, Industrie und Innovation)

KAPITEL B5-3 1 — BESONDERE AKTIONEN UND MASSNAHMEN IM HANDELSBEREICH *(Fortsetzung)*

KAPITEL B5-3 2 — POLITIK IN DEN BEREICHEN UNTERNEHMEN, HANDEL UND SOZIALWIRTSCHAFT

Artikel Posten	Erläuterungen
B5-3 1 2	In Artikel B8-5 4 2 wird ein „—" eingesetzt (Gesamtbetrag 1991: 500 000 ECU). Diese Mittel sind zur Deckung von Ausgaben für eine Aktion zur Verbesserung der Handelsbeziehungen mit den Vereinigten Staaten durch die Veranstaltung von Informationsseminaren über die Gemeinschaftspolitik für amerikanische Entscheidungsträger bestimmt. Er deckt außerdem die Finanzierung von Studien, Gutachten und/oder Konsultationen.
B5-3 1 4	*Neuer Artikel* Diese Mittel sind zur Deckung der Ausgaben für die Einrichtung eines zentralisierten, EDV-gestützten Systems zur Verwaltung der Einfuhrquoten für Textilerzeugnisse bestimmt.
B5-3 2 0	*Vormals Posten B5-3 2 0 0* Unter Berücksichtigung der in Artikel B8-5 5 0 eingesetzten Mittel beläuft sich der Gesamtbetrag für diese Maßnahmen auf 38 747 000 ECU für Verpflichtungsermächtigungen und 33 747 000 ECU für Zahlungsermächtigungen (1991: 30 700 000 ECU für Verpflichtungsermächtigungen und 26 700 000 ECU für Zahlungsermächtigungen). Entschließung des Rates vom 3. November 1986 zum Aktionsprogramm für die kleinen und mittleren Unternehmen (ABl. Nr. C 287 vom 14. 11. 1986, S. 1). Entschließung des Rates vom 22. Dezember 1986 über ein Aktionsprogramm zur Förderung des Beschäftigungswachstums (ABl. Nr. C 340 vom 31. 12. 1986, S. 2). Entschließung des Rates vom 30. Juni 1988 über die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Unternehmen und die Förderung der Entwicklung von Unternehmen, insbesondere von kleinen und mittleren Unternehmen, in der Gemeinschaft (ABl. Nr. C 197 vom 27. 7. 1988, S. 6). Beschluß 89/490/EWG des Rates vom 28. Juli 1989 über die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Unternehmen und die Förderung ihrer Entwicklung, insbesondere von kleinen und mittleren Unternehmen, in der Gemeinschaft (ABl. Nr. L 239 vom 16. 8. 1989, S. 33). Empfehlung 90/246/EWG des Rates vom 28. Mai 1990 zur Durchführung einer Politik zur Verwaltungsvereinfachung zugunsten der kleinen und mittleren Unternehmen in den Mitgliedstaaten (ABl. Nr. L 141 vom 2. 6. 1990, S. 55). Entschließung des Rates vom 27. Mai 1991 über das Aktionsprogramm für kleine und mittlere Unternehmen einschließlich der Handwerksbetriebe (ABl. Nr. C 146 vom 5. 6. 1991, S. 3). Beschluß 91/319/EWG des Rates vom 18. Juni 1991 zur Überprüfung des Programms zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für Unternehmen in der Gemeinschaft, insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen, und zur Förderung ihrer Entwicklung (ABl. Nr. L 175 vom 4. 7. 1991, S. 32). Mit diesen Mitteln sollen die Ausgaben für die Entwicklung und schrittweise Durchführung einer Gemeinschaftspolitik für Unternehmen, insbesondere kleine und mittlere Unternehmen einschließlich Genossenschaften, Gesellschaften auf Gegenseitigkeit und Vereine, im Hinblick auf die Vollendung des Binnermarktes und die Stärkung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts gemäß den allgemeinen Zielen des Europäischen Rates und den vorstehend genannten Entschließungen gedeckt werden.

KOMMISSION

Teileinzelplan B5
(Verbraucher, Binnenmarkt, Industrie und Innovation)

KAPITEL B5-3 2 — POLITIK IN DEN BEREICHEN UNTERNEHMEN, HANDEL UND SOZIALWIRTSCHAFT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B5-3 2 0	*(Fortsetzung)*						
B5-3 2 1	***Aktionen auf dem Gebiet der Sozialwirtschaft***						
	Getrennte Mittel	950 000	950 000	1 200 000	1 200 000	798 356,—	45 923,26
	(Unterstützungsausgaben)	*(p.m.)*	*(p.m.)*	*(p.m.)*	*(p.m.)*	*(175 055,18)*	*(175 055,18)*

KOMMISSION

Teileinzelplan B5

(Verbraucher, Binnenmarkt, Industrie und Innovation)

KAPITEL B5-3 2 — POLITIK IN DEN BEREICHEN UNTERNEHMEN, HANDEL UND SOZIALWIRTSCHAFT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen

B5-3 2 0 *(Fortsetzung)*

Die zu finanzierenden Aktionen betreffen:

— die Verbesserung der Rahmenbedingungen der Unternehmen;

— die Unterrichtung und Unterstützung der kleinen und mittleren Unternehmen durch das Euro-Info-Centre-Netz (EG-Beratungsstellen für Unternehmer), durch Veröffentlichungen und andere Kommunikationsmittel, durch Beteiligung an Messen und durch Aktionen zur Verbesserung der Wettbewerbs- und Anpassungsfähigkeit der kleinen und mittleren Unternehmen im Hinblick auf die Vollendung des Binnenmarktes, insbesondere hinsichtlich der gemeinschaftlichen Erfordernisse im Bereich der Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz, und im Bereich der Finanzierung einschließlich der Teilnahme an Forschungs- und Entwicklungs-, Ausbildungs- und Marketingprogrammen;

— die Förderung der Unternehmenskooperation durch das Büro für Unternehmenskooperation, das Business Cooperation Network (BC-Net), durch Pilotaktionen wie die Europartnerschaft und durch spezifische Aktionen im Bereich des Zulieferwesens;

— Wertung und Entwicklung der Unternehmenspolitik.

Diese Ausgaben werden von der Kommission vollständig oder teilweise getragen. Sie umfassen u.a. die Durchführung von Studien, Erhebungen und Pilotaktionen sowie Zuschüsse und Dienstleistungen.

Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 25 000 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind	21 281 345	10 000 000	11 264 000	17 345		
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	16 953 000	2 953 000	1 900 000	12 100 000		
Mittel 1992	25 000 000		6 836 000	10 000 000	8 164 000	
Insgesamt	63 234 345	12 953 000	20 000 000	22 117 345	8 164 000	

Gemäß Artikel 27 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1), werden anfallende Einnahmen wiederverwendet.

B5-3 2 1

In Artikel B8-5 5 1 wird ein p.m. -Vermerk eingesetzt (Gesamtbetrag 1991: 1 200 000 ECU).

Entschließung des Rates vom 22. Dezember 1986 über ein Aktionsprogramm zur Förderung des Beschäftigungswachstums (ABl. Nr. C 340 vom 31. 12. 1986, S. 2).

Mitteilung der Kommission an den Rat vom 18. Dezember 1989 über die Unternehmen der Sozialwirtschaft und die Schaffung des europäischen Marktes ohne Grenzen (SEK(89) 2187 endg.).

Dieser Artikel ist zur Deckung der Ausgaben für Vorhaben zur Prüfung der Auswirkungen der Vollendung des Binnenmarktes für Unternehmen des sozialwirtschaftlichen Sektors und zur Verbesserung ihres Zugangs zu den Gemeinschaftsaktionen bestimmt.

KOMMISSION

Teileinzelplan B5
(Verbraucher, Binnenmarkt, Industrie und Innovation)

KAPITEL B5-3 2 — POLITIK IN DEN BEREICHEN UNTERNEHMEN, HANDEL UND SOZIALWIRTSCHAFT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B5-3 2 1	*(Fortsetzung)*						
B5-3 2 2	***Aktionen auf dem Gebiet des Handels und Vertriebs***						
	Nichtgetrennte Mittel	700 000	700 000	800 000	800 000	484 750,—	484 750,—
	(Unterstützungsausgaben)	*(p.m.)*	*(p.m.)*	*(p.m.)*	*(p.m.)*	*(115 240,40)*	*(115 240,40)*

KOMMISSION
Teileinzelplan B5
(Verbraucher, Binnenmarkt, Industrie und Innovation)

KAPITEL B5-3 2 — POLITIK IN DEN BEREICHEN UNTERNEHMEN, HANDEL UND SOZIALWIRTSCHAFT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen

B5-3 2 1 *(Fortsetzung)*

Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 950 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind	927 488	927 488				
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	1 200 000	272 512	150 000	777 488		
Mittel 1992	950 000		800 000	150 000		
Insgesamt	3 077 488	1 200 000	950 000	927 488		

B5-3 2 2 Bei Artikel B8-5 5 2 wurde ein „p.m." eingesetzt (Gesamtbetrag 1991: 800 000 ECU).

Beschluß 81/428/EWG der Kommission vom 20. Mai 1981 zur Einsetzung eines Ausschusses für Handel und Vertrieb (ABl. Nr. L 165 vom 23. 6. 1981, S. 24).

Weißbuch der Kommission vom 14. Juni 1985 für den Europäischen Rat (28. und 29. Juni 1985, Mailand) „Die Vollendung des Binnenmarktes" (KOM(85) 310 endg.).

Mitteilung der Kommission an den Rat vom 12. Januar 1987 „Trümpfe für Europa: Neue Kartenzahlungssysteme" (KOM(86) 754 endg.).

Empfehlung 87/598/EWG der Kommission vom 8. Dezember 1987 für einen Verhaltenskodex im Bereich des elektronischen Zahlungsverkehrs (Beziehungen zwischen Finanzinstituten, Händlern/Dienstleistungserbringern und Verbrauchern) (ABl. Nr. L 365 vom 24. 12. 1987, S. 72).

Empfehlung 88/590/EWG der Kommission vom 17. November 1988 zu Zahlungssystemen, insbesondere zu den Beziehungen zwischen Karteninhabern und Kartenausstellern (ABl. Nr. L 317 vom 24. 11. 1988, S. 55).

Entschließung des Rates vom 14. November 1989 über den Binnenhandel im Binnenmarkt (ABl. Nr. C 297 vom 25. 11. 1989, S. 2).

Mitteilung der Kommission an den Rat vom 11. März 1991 „Auf dem Wege zu einem Binnenmarkt für den Handel — Binnenhandel der Gemeinschaft, der Handel als Wirtschaftszweig und die Vollendung des Binnenmarktes" (KOM(91) 41 endg.).

Diese Mittel sind zur Deckung der Ausgaben für folgende Aktionen bestimmt:

— Aufbau eines an die Fachpresse der Berufsorganisationen des Handels in den Mitgliedstaaten gerichteten spezifischen Informationssystems,

— Beitrag zur Erstellung von Handelsstatistiken,

— informatisiertes System der einzelstaatlichen juristischen Maßnahmen im Bereich des Handels,

— Studie über die Auswirkungen des einheitlichen Marktes und der neuen Technologien auf die Art der Ausübung der Handelsfunktion,

— Rundtischgespräche in den Mitgliedstaaten in Zusammenarbeit mit Regierungssachverständigen und Wirtschaftsträgern, um diesen Bereich stärker für die Vollendung des Binnenmarktes zu sensibilisieren,

— Einbeziehung der Sektoren Handel und Vertrieb in die Maßnahmen und Programme der Gemeinschaft zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung und des sozialen Zusammenhalts.

Diese Aktionen sollen dem Handel bei der Anpassung seiner Strukturen und Mechanismen an die Zwänge und Zweckmäßigkeiten, die durch die Redimensionierung im Zusammenhang mit der Vollendung des großen Marktes bedingt sind, helfen und zur Stärkung der europäischen Berufsorganisationen des Bereichs beitragen.

KOMMISSION

Teileinzelplan B5
(Verbraucher, Binnenmarkt, Industrie und Innovation)

KAPITEL B5-3 2 — POLITIK IN DEN BEREICHEN UNTERNEHMEN, HANDEL UND SOZIALWIRTSCHAFT *(Fortsetzung)*

KAPITEL B5-3 3 — AUSGABEN FÜR AKTIONEN AUF DEM GEBIET DER FINANZTECHNIK

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B5-3 2 3	***Europa-Haus — Zentrum für Kultursponsoring und -austausch in Europa — „Kulturelle Relaisstationen"*** Nichtgetrennte Mittel	—	—	p.m.	p.m.	200 000,—	200 000,—
B5-3 2 4	***Unterstützung der Organisationen der Klein- und Mittelbetriebe*** Nichtgetrennte Mittel	830 000	830 000	830 000	830 000	800 000,—	800 000,—
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt	1 530 000	1 530 000	1 630 000	1 630 000	1 484 750,—	1 484 750,—
	Getrennte Mittel insgesamt	25 950 000	20 950 000	18 153 000	14 153 000	22 077 967,55	17 685 617,39
	KAPITEL B5-3 2 INSGESAMT	27 480 000 *(13 747 000)*	22 480 000 *(13 747 000)*	19 783 000 *(13 747 000)*	15 783 000 *(13 747 000)*	23 562 717,55 *(4 451 224,66)*	19 170 367,39 *(4 451 224,66)*
	KAPITEL B5-3 3						
B5-3 3 0	***Subventionen für Eurotech Insur*** Nichtgetrennte Mittel	—	—	p.m.	p.m.	0,—	0,—
B5-3 3 1	***Subventionen zur Förderung einer europäischen Risikokapitaltätigkeit für die Klein- und Mittelbetriebe*** Nichtgetrennte Mittel	4 164 000	4 164 000	3 800 000	3 800 000	4 380 000,—	4 380 000,—

KOMMISSION

Teileinzelplan B5

(Verbraucher, Binnenmarkt, Industrie und Innovation)

KAPITEL B5-3 2 — POLITIK IN DEN BEREICHEN UNTERNEHMEN, HANDEL UND SOZIALWIRTSCHAFT *(Fortsetzung)*

KAPITEL B5-3 3 — AUSGABEN FÜR AKTIONEN AUF DEM GEBIET DER FINANZTECHNIK

Artikel Posten	Erläuterungen
B5-3 2 3	Mitteilung der Komission vom 17. Dezember 1987 „Neue Impulse der Europäischen Gemeinschaft im kulturellen Bereich" (KOM(87) 603 endg.), insbesondere Anhang I Punkt 3 und Anhang III Punkt 2. Als Pilotprojekt basiert das Europa-Haus auf den kulturellen Leitlinien der Kommission, die in ihrer Mitteilung definiert worden sind. Mit diesem Pilotprojekt wird versucht, den kulturellen Pluralismus im Rahmen der europäischen Regionalisierung dank der Schaffung von Zentren (Europa-Häuser) zu verstärken, die für regionenübergreifende kommerzielle, pädagogische und kulturelle Tätigkeiten offenstehen.
B5-3 2 4	Entschließung des Rates vom 21. Januar 1974 über ein sozialpolitisches Aktionsprogramm (ABl. Nr. C 13 vom 12. 2. 1974, S. 1), insbesondere ihre Priorität Nr. 9, die in einer „stärkeren Beteiligung der Sozialpartner an den wirtschafts- und sozialpolitischen Entscheidungen der Gemeinschaft" besteht. Dieses Programm ist in erster Linie an die kleinen und mittleren Unternehmen der Gemeinschaft gerichtet. Diese Mittel bilden das Gegenstück zu Posten B3-4 0 0 1, damit dazu beigetragen werden kann, daß die die Interessen der kleinen und mittleren Unternehmen vertretenden Organisationen ihren Mitgliedern eine geeignete Ausbildung in europäischen Angelegenheiten vermitteln.
B5-3 3 0	Mitteilung der Kommission an den Rat und an das Europäische Parlament vom 15. Dezember 1986 „Entwicklung der Finanzinstrumente" (KOM(86) 723 endg.). Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament vom 28. März 1988 über die Förderung und Finanzierung der transnationalen technologischen und industriellen Zusammenarbeit (KOM(88) 114 endg.). Beschluß der Kommission vom 21. Dezember 1988 „Einleitung einer Pilotaktion Eurotech Capital" (E/1783/88). Dieser Artikel soll die Finanzierung einer Pilotaktion (Innovation insurance facility, IIF) im Rahmen von Eurotech Insur gewährleisten, deren Ziel die Förderung von Angebot und Nachfrage auf dem Gebiet der innovativen Versicherungspolicen zur teilweisen Deckung der Verluste ist, die aus Investitionen in Hochtechnologievorhaben in einem Bereich vor der Markteinführung entstehen können.
B5-3 3 1	Mitteilung der Kommission an den Europäischen Rat vom 19. März 1985 „Die Stärkung der technologischen Grundlagen und der Wettbewerbsfähigkeit der Gemeinschaftsindustrie" (KOM(85) 84 endg.). Mitteilung der Kommission an den Rat und an das Europäische Parlament vom 15. Dezember 1986 „Entwicklung der Finanzinstrumente" (KOM(86) 723 endg.). Mitteilung der Kommission vom 10. Mai 1988 „Eine Unternehmenspolitik für die Gemeinschaft" (KOM(88) 241/2 endg.). Beschluß der Kommission vom 21. Dezember 1988 „Einleitung einer Pilotaktion Eurotech Capital" (E/1783/88). Entscheidung der Kommission vom 17. Dezember 1991 „Eurotech Capital, Venture Consort, Mittel für Betriebsgründungen" (E/1781/91).

KOMMISSION

Teileinzelplan B5
(Verbraucher, Binnenmarkt, Industrie und Innovation)

KAPITEL B5-3 3 — AUSGABEN FÜR AKTIONEN AUF DEM GEBIET DER FINANZTECHNIK *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B5-3 3 1	*(Fortsetzung)*						
B5-3 3 2	***Analysen, Vorarbeiten und Subventionen für Vorhaben auf dem Gebiet der großen europäischen Infrastrukturen***						
	Nichtgetrennte Mittel	—	—	p.m.	p.m.	0,—	0,—
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt	4 164 000	4 164 000	3 800 000	3 800 000	4 380 000,—	4 380 000,—
	Getrennte Mittel insgesamt						
	KAPITEL B5-3 3 INSGESAMT	4 164 000	4 164 000	3 800 000	3 800 000	4 380 000,—	4 380 000,—
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt	47 571 000	47 571 000	45 629 000	45 629 000	33 308 689,22	33 308 689,22
	Getrennte Mittel insgesamt	76 272 000	52 683 000	61 648 000	38 543 000	55 590 322,84	38 744 784,86
	Titel B5-3 insgesamt	**123 843 000** *(38 970 000)*	**100 254 000** *(38 970 000)*	**107 277 000** *(41 223 000)*	**84 172 000** *(41 223 000)*	**88 899 012,06** *(21 402 882,03)*	**72 053 474,08** *(21 402 882,03)*

KOMMISSION

Teileinzelplan B5
(Verbraucher, Binnenmarkt, Industrie und Innovation)

KAPITEL B5-3 3 — AUSGABEN FÜR AKTIONEN AUF DEM GEBIET DER FINANZTECHNIK *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B5-3 3 1	*(Fortsetzung)* Diese Mittel sind zur Deckung der Finanzierung des Vorhabens „venture consort" und anderer Pilotvorhaben bestimmt, mit denen die Finanzierung von vorrangig durch innovationsfreudige kleine und mittlere Unternehmen entwickelten transnationalen Vorhaben der Spitzentechnologie sowie Arbeiten zur Durchführung und Überwachung dieser Maßnahmen gefördert werden sollen.

KOMMISSION

Teileinzelplan B5
(Verbraucher, Binnenmarkt, Industrie und Innovation)

TITEL B5-4

INDUSTRIE

KAPITEL B5-4 0 — MASSNAHMEN AUF DEM GEBIET DER INFORMATIONSTECHNOLOGIEN UND DER TELEKOMMUNIKATION

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
	KAPITEL B5-4 0						
B5-4 0 0	***Vorbereitungsmaßnahmen auf dem Gebiet der Informationstechnologien und der Telekommunikation***						
B5-4 0 0 1	Aktionsplan — Informations- und Kommunikationstechnologien						
	Getrennte Mittel	4 150 000	3 600 000	4 722 000	3 222 000	1 305 400,—	1 875 421,43
	(Unterstützungsausgaben)	*(1 278 000)*	*(1 278 000)*	*(1 278 000)*	*(1 278 000)*	*(2 708 611,78)*	*(2 708 611,78)*

KOMMISSION
Teileinzelplan B5
(Verbraucher, Binnenmarkt, Industrie und Innovation)

TITEL B5-4

INDUSTRIE

KAPITEL B5-40 — MASSNAHMEN AUF DEM GEBIET DER INFORMATIONSTECHNOLOGIEN UND DER TELEKOMMUNIKATION

Artikel Posten	Erläuterungen
B5-400	
B5-4001	Unter Berücksichtigung der in Posten B8-5601 eingesetzten Mittel beläuft sich der Gesamtbetrag für diese Maßnahmen auf 5 428 000 ECU für Verpflichtungsermächtigungen und 4 878 000 ECU für Zahlungsermächtigungen (1991: 6 000 000 ECU für Verpflichtungsermächtigungen und 4 500 000 ECU für Zahlungsermächtigungen). Entschließung des Rates vom 18. November 1991 zur Elektronik-, Informatik- und Kommunikationstechnologie (ABl. Nr. C 325 vom 14. 12. 1991, S. 2). Ziele der Aktion sind: — die TIT-Dienstleistungen an den spezifischen sozio-ökonomischen Bedarf anzupassen, — Stimulierung der Spitzenmärkte in der Gemeinschaft, — Beschleunigung des Technologietransfers zwischen den Datenproduzenten und den industriellen Benutzern, — Anpassung der Informationstechnologien an die besonderen Bedürfnisse in anderen technologisch hochentwickelten Bereichen. Diese Mittel decken die Ausgaben der über die Durchführung des Programms und der obengenannten Vorhaben abgeschlossenen Verträge. Dabei handelt es sich vor allem um Forschungs-, Assoziierungs-, Studien-, Rechnungsprüfungs-, Facharbeiten-, Koordinierungs-, Stipendien- und Subventionsverträge sowie Verträge zur Förderung von Ausbildung und Mobilität der Wissenschaftler oder über die Beteiligung an internationalen Vereinbarungen sowie Beteiligung an den Ausgaben für Anlagen.

KOMMISSION

Teileinzelplan B5
(Verbraucher, Binnenmarkt, Industrie und Innovation)

KAPITEL B5-4 0 — MASSNAHMEN AUF DEM GEBIET DER INFORMATIONSTECHNOLOGIEN UND DER TELEKOMMUNIKATION *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B5-4 0 0	*(Fortsetzung)*						
B5-4 0 0 1	*(Fortsetzung)*						
	Artikel B5-4 0 0 insgesamt	4 150 000 *(1 278 000)*	3 600 000 *(1 278 000)*	4 722 000 *(1 278 000)*	3 222 000 *(1 278 000)*	1 305 400,— *(2 708 611,78)*	1 875 421,43 *(2 708 611,78)*
B5-4 0 1	***Maßnahmen auf dem Gebiet der Telekommunikation und der Normung***						
B5-4 0 1 0	Definition und Durchführung der gemeinschaftlichen Telekommunikationspolitik						
	Getrennte Mittel	13 773 000	13 650 000	14 221 000	11 221 000	13 160 976,76	8 777 946,17
	(Unterstützungsausgaben)	*(3 250 000)*	*(3 250 000)*	*(3 779 000)*	*(3 779 000)*	*(4 177 429,73)*	*(4 177 429,73)*

KOMMISSION

Teileinzelplan B5

(Verbraucher, Binnenmarkt, Industrie und Innovation)

KAPITEL B5-4 0 — MASSNAHMEN AUF DEM GEBIET DER INFORMATIONSTECHNOLOGIEN UND DER TELEKOMMUNIKATION *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B5-4 0 0	*(Fortsetzung)*
B5-4 0 0 1	*(Fortsetzung)* Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 4 150 000 ECU. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind	3 284 449	2 400 000	700 000	184 449		
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	4 722 000	822 000	1 700 000	1 300 000	900 000	
Mittel 1992	4 150 000		1 200 000	1 400 000	1 000 000	550 000
Insgesamt	12 156 449	3 222 000	3 600 000	2 884 449	1 900 000	550 000

Etwaige Einnahmen sind gemäß Artikel 27 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1), wiederzuverwenden.

B5-4 0 1

B5-4 0 1 0

Unter Berücksichtigung der in Posten B8-5 6 1 0 eingesetzten Mittel beläuft sich der Gesamtbetrag für diese Maßnahmen auf 17 023 000 ECU für Verpflichtungsermächtigungen und 16 900 000 ECU für Zahlungsermächtigungen (1991: 18 000 000 ECU für Verpflichtungsermächtigungen und 15 000 000 ECU für Zahlungsermächtigungen).

Richtlinie 86/361/EWG des Rates vom 24. Juli 1986 über die erste Etappe der Verwirklichung der gegenseitigen Anerkennung der Allgemeinzulassung von Telekommunikations-Endgeräten (ABl. Nr. L 217 vom 5. 8. 1986, S. 21).

Verordnung (EWG) Nr. 3300/86 des Rates vom 27. Oktober 1986 zur Einführung eines Gemeinschaftsprogramms zur Entwicklung bestimmter benachteiligter Regionen der Gemeinschaft durch einen besseren Zugang zu den fortgeschrittenen Telekommunikationsdiensten (Programm STAR) (ABl. Nr. L 305 vom 31. 10. 1986, S. 1).

Richtlinie 86/529/EWG des Rates vom 3. November 1986 über die Annahme gemeinsamer technischer Spezifikationen der MAC/Pakete-Normenfamilie für die Direktausstrahlung von Fernsehsendungen über Satelliten (ABl. Nr. L 311 vom 6. 11. 1986, S. 28).

Beschluß 87/95/EWG des Rates vom 22. Dezember 1986 über die Normung auf dem Gebiet der Informationstechnologien und der Telekommunikation (ABl. Nr. L 36 vom 7. 2. 1987, S. 31).

Richtlinie 87/372/EWG des Rates vom 25. Juni 1987 über die Frequenzbänder, die für die koordinierte Einführung eines europaweiten öffentlichen zellularen digitalen terrestrischen Mobilfunkdienstes in der Gemeinschaft bereitzustellen sind (ABl. Nr. L 196 vom 17. 7. 1987, S. 85).

Mitteilung der Kommission vom 30. Juni 1987 „Auf dem Wege zu einer dynamischen europäischen Volkswirtschaft — Grünbuch über die Entwicklung des Gemeinsamen Marktes für Telekommunikationsdienstleistungen und Telekommunikationsgeräte" (KOM(87) 290 endg.).

KOMMISSION

Teileinzelplan B5
(Verbraucher, Binnenmarkt, Industrie und Innovation)

KAPITEL B5-4 0 — MASSNAHMEN AUF DEM GEBIET DER INFORMATIONSTECHNOLOGIEN UND DER TELEKOMMUNIKATION *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B5-4 0 1	*(Fortsetzung)*						
B5-4 0 1 0	*(Fortsetzung)*						

KOMMISSION

Teileinzelplan B5

(Verbraucher, Binnenmarkt, Industrie und Innovation)

KAPITEL B5-4 0 — MASSNAHMEN AUF DEM GEBIET DER INFORMATIONSTECHNOLOGIEN UND DER TELEKOMMUNIKATION *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B5-4 0 1	*(Fortsetzung)*
B5-4 0 1 0	*(Fortsetzung)*
	Richtlinie 90/387/EWG des Rates vom 28. Juni 1990 zur Verwirklichung des Binnenmarktes für Telekommunikationsdienste durch Einführung eines Offenen Netzzugangs (ONP — Open network provision) (ABl. Nr. L 192 vom 24. 7. 1990, S. 1).
	Richtlinie 90/531/EWG des Rates von 17. September 1990 betreffend die Auftragsvergabe durch Auftraggeber im Bereich der Wasser-, Energie- und Verkehrsversorgung sowie im Telekommunikationssektor (ABl. Nr. L 297 vom 29. 10. 1990, S. 1).
	Richtlinie 90/544/EWG des Rates vom 9. Oktober 1990 über die Frequenzbänder für die koordinierte Einführung eines europaweiten terrestrischen öffentlichen Funkrufsystems in der Gemeinschaft (ABl. Nr. L 310 vom 9. 11. 1990, S. 28).
	Mitteilung der Kommission an die Mitgliedstaaten vom 25. Januar 1991 über die Leitlinien für die von ihnen aufzustellenden operationellen Programme im Rahmen einer Gemeinschaftsinitiative für Telematikdienste und -netze zur regionalen Entwicklung (ABl. Nr. C 33 vom 8. 2. 1991, S. 7).
	Vorschlag für eine Richtlinie des Rates, von der Kommission vorgelegt am 21. Februar 1991, zur Einführung des offenen Netzzugangs bei Mietleitungen (ABl. Nr. C 58 vom 7. 3. 1991, S. 10).
	Richtlinie 91/263/EWG des Rates vom 29. April 1991 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über Telekommunikationsendgeräte einschließlich der gegenseitigen Anerkennung ihrer Konformität (ABl. Nr. L 128 vom 23. 5. 1991, S. 1).
	Richtlinie 91/287/EWG des Rates vom 3. Juni 1991 über die Zuweisung der Frequenzbänder zur koordinierten Einführung der „Digital European cordless telecommunications" (DECT) in der Gemeinschaft (ABl. Nr. L 144 vom 8. 6. 1991, S. 45).
	Empfehlung 91/288/EWG des Rates vom 3. Juni 1991 zur koordinierten Einführung der „Digital European cordless telecommunications" (DECT) in der Gemeinschaft (ABl. Nr. L 144 vom 8. 6. 1991, S. 47).
	Diese Mittel sind bestimmt zur Deckung:
	— der Ausgaben zur Durchführung der gemeinschaftlichen Telekommunikationspolitik, mit Ausnahme der Ausgaben im Rahmen des Programms RACE (Posten B6-5 2 2 1) oder des Programms STAR (Artikel B2-2 0 0),
	— der Ausgaben der über die Durchführung des Programms und der obengenannten Vorhaben abgeschlossenen Verträge. Dabei handelt es sich vor allem um Forschungs-, Assoziierungs-, Studien-, Rechnungsprüfungs-, Facharbeiten-, Koordinierungs-, Stipendien- und Subventionsverträge sowie Verträge zur Förderung von Ausbildung und Mobilität der Wissenschaftler oder über die Beteiligung an internationalen Vereinbarungen sowie Beteiligung an den Ausgaben für Anlagen.
	Ein Teil der Tätigkeiten zur Erreichung dieses Ziels wird von der Gemeinsamen Forschungsstelle im Rahmen der Arbeiten zur Unterstützung der anderen Dienste der Kommission durchgeführt (Artikel B6-1 1 1, B6-1 2 1, B6-1 2 2 und B6-4 2 1).
	Diese Arbeiten der Gemeinsamen Forschungsstelle sind mit 32 513 ECU veranschlagt.

KOMMISSION

Teileinzelplan B5
(Verbraucher, Binnenmarkt, Industrie und Innovation)

KAPITEL B5-40 — MASSNAHMEN AUF DEM GEBIET DER INFORMATIONSTECHNOLOGIEN UND DER TELEKOMMUNIKATION *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B5-401	*(Fortsetzung)*						
B5-4010	*(Fortsetzung)*						
B5-4011	Normung und Zertifizierung — Informationstechnologien						
	Getrennte Mittel	9 000 000	9 000 000	9 438 000	6 438 000	7 410 461,81	7 454 034,92
	(Unterstützungsausgaben)	*(562 000)*	*(562 000)*	*(562 000)*	*(562 000)*	*(567 622,—)*	*(567 622,—)*

KOMMISSION

Teileinzelplan B5

(Verbraucher, Binnenmarkt, Industrie und Innovation)

KAPITEL B5-4 0 — MASSNAHMEN AUF DEM GEBIET DER INFORMATIONSTECHNOLOGIEN UND DER TELEKOMMUNIKATION *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B5-4 0 1	*(Fortsetzung)*
B5-4 0 1 0	*(Fortsetzung)*

Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 13 773 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind	28 543 864	9 000 000	6 000 000	6 000 000	3 000 000	4 543 864
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	14 221 000	2 221 000	5 100 000	3 000 000	2 000 000	1 900 000
Mittel 1992	13 773 000		2 550 000	4 523 000	3 000 000	3 700 000
Insgesamt	56 537 864	11 221 000	13 650 000	13 523 000	8 000 000	10 143 864

Etwaige Einnahmen sowie die Beiträge von Drittstaaten im Rahmen der COST-Vereinbarungen sind gemäß Artikel 27 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1), wiederzuverwenden.

B5-4 0 1 1

Unter Berücksichtigung der in Posten B8-5 6 1 1 eingesetzten Mittel beläuft sich der Gesamtbetrag für diese Maßnahmen auf 9 562 000 ECU (1991: 10 000 000 ECU für Verpflichtungsermächtigungen und 7 000 000 ECU für Zahlungsermächtigungen).

Richtlinie 83/189/EWG des Rates vom 28. März 1983 zur Einsetzung eines Vorabinformationsverfahrens im Bereich der Normen und technischen Vorschriften (ABl. Nr. L 109 vom 26. 4. 1983, S. 8).

Richtlinie 86/361/EWG des Rates vom 24. Juli 1986 über die erste Etappe der gegenseitigen Anerkennung der Allgemeinzulassungen von Telekommunikations-Endgeräten (ABl. Nr. L 217 vom 5. 8. 1986, S. 21).

Beschluß 87/95/EWG des Rates vom 22. Dezember 1986 über die Normung im Bereich der Informationstechnologien und der Telekommunikation (ABl. Nr. L 36 vom 7. 2. 1987, S. 31).

Gemäß dem allgemeinen Ziel, einen europäischen Markt zu errichten, insbesondere durch die gegenseitige Anerkennung der Normen und die Aufstellung europäischer Normen in geeigneten Fällen, hat diese Aktion folgendes zum Ziel:

— Veranlassung der notwendigen Arbeiten zur harmonisierten Anwendung der internationalen Normen in der Gemeinschaft im Bereich der Informationstechnologien,

— Veranlassung der Arbeiten zur Überprüfung und Bescheinigung der Normenkonformität der Waren und Leistungen,

— Förderung der Normenanwendung bei öffentlichen Aufträgen,

— Koordinierung verschiedener Aktionen zur Vorbereitung und Verstärkung der Normenanwendung (Leitfäden für die Benutzung, Vorführungen usw.),

— Verstärkung der europäischen Beteiligung in den internationalen Normungseinrichtungen,

— Ergreifen aller geeigneten Normungsmaßnahmen gemäß dem Weißbuch hinsichtlich der neuen Technologien und Dienste (Zahlungskarten, audiovisuelle Anlagen und Heimelektroniksysteme usw.) oder der fortgeschrittenen Produktionsanlagen.

Die Gemeinschaftsfinanzierung dient zur Definition und Durchführung der Normungsmaßnahme durch Konzertierung mit den wichtigsten Teilnehmern: der Industrie, den einzelstaatlichen und europäischen Normungsinstituten, den Behörden für öffentliches Beschaffungswesen in den Mitgliedstaaten, den Anwendern sowie den Verantwortlichen für die Industriepolitik.

KOMMISSION

Teileinzelplan B5
(Verbraucher, Binnenmarkt, Industrie und Innovation)

KAPITEL B5-4 0 — MASSNAHMEN AUF DEM GEBIET DER INFORMATIONSTECHNOLOGIEN UND DER TELEKOMMUNIKATION *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B5-4 0 1	*(Fortsetzung)*						
B5-4 0 1 1	*(Fortsetzung)*						
	Artikel B5-4 0 1 insgesamt	22 773 000 *(3 812 000)*	22 650 000 *(3 812 000)*	23 659 000 *(4 341 000)*	17 659 000 *(4 341 000)*	20 571 438,57 *(4 745 051,73)*	16 231 981,09 *(4 745 051,73)*
B5-4 0 2	***Entwicklung der Kommunikationsdienste***						
B5-4 0 2 1	INSIS — Interinstitutionelles Informationssystem Getrennte Mittel	6 050 000	5 300 000	5 591 000	3 391 000	3 708 703,31	2 778 667,22
	(Unterstützungsausgaben)	*(2 700 000)*	*(2 700 000)*	*(3 409 000)*	*(3 409 000)*	*(2 920 024,97)*	*(2 920 024,97)*

KOMMISSION

Teileinzelplan B5

(Verbraucher, Binnenmarkt, Industrie und Innovation)

KAPITEL B5-4 0 — MASSNAHMEN AUF DEM GEBIET DER INFORMATIONSTECHNOLOGIEN UND DER TELEKOMMUNIKATION *(Fortsetzung)*

Artikel Posten — Erläuterungen

B5-4 0 1 *(Fortsetzung)*

B5-4 0 1 1 *(Fortsetzung)*

Diese Mittel sind bestimmt zur Deckung:

— der finanziellen Verpflichtungen aus den mit diesen qualifizierten europäischen Normungsgremien abzuschließenden Verträgen (etwa mit der CEPT oder CEN/CENELEC),

— des Kauf und der Benutzung von Ausrüstungen sowie Miete der entsprechenden Räume für Demonstrationsvorhaben,

— der Konformitätsprüfung und Bescheinigung der Normenkonformität sowie Demonstrationsvorhaben,

— der Ausgaben der über die Durchführung des Programms und der obengenannten Vorhaben abgeschlossenen Verträge. Dabei handelt es sich vor allem um Forschungs-, Assoziierungs-, Studien-, Rechnungsprüfungs-, Facharbeiten-, Koordinierungs-, Stipendien- und Subventionsverträge sowie Verträge zur Förderung von Ausbildung und Mobilität der Wissenschaftler oder über die Beteiligung an internationalen Vereinbarungen sowie Beteiligung an den Ausgaben für Anlagen.

Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 9 000 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind	17 268 964	4 400 000	4 000 000	5 000 000	3 000 000	868 964
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	9 438 000	2 038 000	3 000 000	2 500 000	1 000 000	900 000
Mittel 1992	9 000 000		2 000 000	3 000 000	2 000 000	2 000 000
Insgesamt	35 706 964	6 438 000	9 000 000	10 500 000	6 000 000	3 768 964

Etwaige Einnahmen sind gemäß Artikel 27 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1), wiederzuverwenden.

B5-4 0 2

B5-4 0 2 1 Unter Berücksichtigung der in Posten B8-5 6 2 1 eingesetzten Mittel beläuft sich der Gesamtbetrag für diese Maßnahmen auf 8 750 000 ECU für Verpflichtungsermächtigungen und 8 000 000 ECU für Zahlungsermächtigungen (1991: 9 000 000 ECU für Verpflichtungsermächtigungen und 6 800 000 ECU für Zahlungsermächtigungen).

Beschluß 82/869/EWG des Rates vom 13. Dezember 1982 über die Koordinierung der Tätigkeiten der Mitgliedstaaten und der Gemeinschaftsorgane zur Ermittlung der Notwendigkeit und Ausarbeitung von Vorschlägen für ein interinstitutionelles Informationssystem der Gemeinschaft (ABl. Nr. L 368 vom 28. 12. 1982, S. 40).

KOMMISSION

Teileinzelplan B5
(Verbraucher, Binnenmarkt, Industrie und Innovation)

KAPITEL B5-4 0 — MASSNAHMEN AUF DEM GEBIET DER INFORMATIONSTECHNOLOGIEN UND DER TELEKOMMUNIKATION *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B5-4 0 2	*(Fortsetzung)*						
B5-4 0 2 1	*(Fortsetzung)*						
B5-4 0 2 2	CADDIA (Datenübertragungssystem für die Bereiche Zoll, Landwirtschaft und Außenhandel)						
	Getrennte Mittel	1 300 000	2 900 000	3 000 000	1 500 000	781 191,01	162 398,12
	(Unterstützungsausgaben)	*(5 000 000)*	*(5 000 000)*	*(5 000 000)*	*(5 000 000)*	*(4 718 452,21)*	*(4 718 452,21)*

KOMMISSION

Teileinzelplan B5

(Verbraucher, Binnenmarkt, Industrie und Innovation)

KAPITEL B5-40 — MASSNAHMEN AUF DEM GEBIET DER INFORMATIONSTECHNOLOGIEN UND DER TELEKOMMUNIKATION *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B5-402	*(Fortsetzung)*
B5-4021	*(Fortsetzung)*

Diese Mittel sind bestimmt zur Deckung:

— der Ausgaben für den Aufbau eines interinstitutionellen Informationssystems INSIS (Inter-institutional information system), das dazu dient, die Effizienz der Gemeinschaftsorgane zu verbessern und einen Anstoß zu geben für die beschleunigte Einrichtung integrierter numerischer Netze von allgemeinem Interesse sowie fortgeschrittener Informations- und Datenübertragungsdienste zwischen den Mitgliedstaaten und den Gemeinschaftsorganen,

— der Ausgaben der über die Durchführung des Programms und der obengenannten Vorhaben abgeschlossenen Verträge. Dabei handelt es sich vor allem um Forschungs-, Assoziierungs-, Studien-, Rechnungsprüfungs-, Facharbeiten-, Koordinierungs-, Stipendien- und Subventionsverträge sowie Verträge zur Förderung von Ausbildung und Mobilität der Wissenschaftler oder über die Beteiligung an internationalen Vereinbarungen sowie Beteiligung an den Ausgaben für Anlagen.

Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 6 050 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

	Verpflichtungen	Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind	7 246 815	2 791 000	1 700 000	2 300 000	455 815	
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	5 591 000	600 000	2 000 000	1 200 000	1 000 000	791 000
Mittel 1992	6 050 000		1 600 000	2 200 000	1 000 000	1 250 000
Insgesamt	18 887 815	3 391 000	5 300 000	5 700 000	2 455 815	2 041 000

Etwaige Einnahmen sind gemäß Artikel 27 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1), wiederzuverwenden.

B5-4022 Unter Berücksichtigung der in Posten B8-5622 eingesetzten Mittel beläuft sich der Gesamtbetrag für diese Maßnahmen auf 6 300 000 ECU für Verpflichtungsermächtigungen und 7 900 000 ECU für Zahlungsermächtigungen (1991: 8 000 000 ECU für Verpflichtungsermächtigungen und 6 500 000 ECU für Zahlungsermächtigungen).

Beschluß 85/214/EWG des Rates vom 26. März 1985 über die Koordinierung der Maßnahmen der Mitgliedstaaten und der Kommission zur Durchführung eines langfristigen Programms über die Anwendung der Telematik in den Informationssystemen der Gemeinschaft für die Ein- und Ausfuhren von Agrarerzeugnissen sowie die Verwaltung und die Finanzkontrolle von Agrarmarktorganisationen (ABl. Nr. L 96 vom 3. 4. 1985, S. 35).

Entscheidung 86/23/EWG des Rates vom 4. Februar 1986 über die koordinierte Entwicklung von automatisierten Verwaltungsverfahren (CD-Projekt) (ABl. Nr. L 33 vom 8. 2. 1986, S. 28).

Beschluß 87/288/EWG des Rates vom 1. Juni 1987 zur Verlängerung der Geltungsdauer des Beschlusses 85/214/EWG und der Entscheidung 86/23/EWG (ABl. Nr. L 145 vom 5. 6. 1987, S. 86).

Diese Mittel sind bestimmt zur Deckung:

— der Ausgaben für Maßnahmen, die für die Spezifizierung, Durchführung und Nutzung der gemeinschaftlichen Telematiksysteme durch die Mitgliedstaaten und die Kommission notwendig sind. Es sollen mit dem Programm CADDIA (Cooperation on automation of data and documentation on imports/exports and agriculture) vor allem neue Technologien eingesetzt werden, um die Effizienz des gemeinschaftlichen Informationssystems zu verbessern, das zur Durchführung der Zollunion und der gemeinsamen Agrarpolitik sowie für die Erstellung und Auswertung der Außenhandelsstatistiken benutzt wird,

— der Ausgaben der über die Durchführung des Programms und der obengenannten Vorhaben abgeschlossenen Verträge. Dabei handelt es sich vor allem um Forschungs-, Assoziierungs-, Studien-, Rechnungsprüfungs-, Facharbeiten-, Koordinierungs-, Stipendien- und Subventionsverträge sowie Verträge zur Förderung von Ausbildung und Mobilität der Wissenschaftler oder über die Beteiligung an internationalen Vereinbarungen sowie Beteiligung an den Ausgaben für Anlagen.

KOMMISSION

Teileinzelplan B5
(Verbraucher, Binnenmarkt, Industrie und Innovation)

KAPITEL B5-4 0 — MASSNAHMEN AUF DEM GEBIET DER INFORMATIONSTECHNOLOGIEN UND DER TELEKOMMUNIKATION *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B5-4 0 2	*(Fortsetzung)*						
B5-4 0 2 2	*(Fortsetzung)*						
B5-4 0 2 3	TEDIS (Elektronischer Datentransfer für kommerzielle Zwecke)						
	Getrennte Mittel	5 100 000	2 950 000	3 000 000	1 000 000	83 735,97	2 245 483,56
	(Unterstützungsausgaben)	*(1 000 000)*	*(1 000 000)*	*(1 000 000)*	*(1 000 000)*	*(414 800,—)*	*(414 800,—)*

KOMMISSION

Teileinzelplan B5

(Verbraucher, Binnenmarkt, Industrie und Innovation)

KAPITEL B5-4 0 — MASSNAHMEN AUF DEM GEBIET DER INFORMATIONSTECHNOLOGIEN UND DER TELEKOMMUNIKATION *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B5-4 0 2	*(Fortsetzung)*
B5-4 0 2 2	*(Fortsetzung)*

Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 1 300 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind	3 758 241	1 200 000	1 200 000	1 200 000	158 241	
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	3 000 000	300 000	1 200 000	1 000 000	400 000	100 000
Mittel 1992	1 300 000		500 000	400 000	250 000	150 000
Insgesamt	8 058 241	1 500 000	2 900 000	2 600 000	808 241	250 000

Etwaige Einnahmen sind gemäß Artikel 27 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1), wiederzuverwenden.

B5-4 0 2 3

Unter Berücksichtigung der in Posten B8-5 6 2 3 eingesetzten Mittel beläuft sich der Gesamtbetrag für diese Maßnahmen auf 6 100 000 ECU für Verpflichtungsermächtigungen und 3 950 000 ECU für Zahlungsermächtigungen (1991: 4 000 000 ECU für Verpflichtungsermächtigungen und 2 000 000 ECU für Zahlungsermächtigungen).

Beschluß 87/499/EWG des Rates vom 5. Oktober 1987 zur Einführung eines Gemeinschaftsprogramms betreffend den elektronischen Datentransfer für kommerzielle Zwecke über Kommunikationsnetze (TEDIS) (ABl. Nr. L 285 vom 8. 10. 1987, S. 35), geändert durch den Beschluß 89/241/EWG (ABl. Nr. L 97 vom 11. 4. 1989, S. 46).

Beschluß 91/385/EWG des Rates vom 22. Juli 1991 zur Durchführung der zweiten Phase des Programms TEDIS (Trade Electronic Data Interchange Systems) (ABl. Nr. L 208 vom 30. 7. 1991, S. 66).

Diese Mittel sind bestimmt zur Deckung:

— der Durchführungsmaßnahmen für die Hauptphase des Programms TEDIS,

— der Ausgaben der über die Durchführung des Programms und der obengenannten Vorhaben abgeschlossenen Verträge. Dabei handelt es sich vor allem um Forschungs-, Assoziierungs-, Studien-, Rechnungsprüfungs-, Facharbeiten-, Koordinierungs-, Stipendien- und Subventionsverträge sowie Verträge zur Förderung von Ausbildung und Mobilität der Wissenschaftler oder über die Beteiligung an internationalen Vereinbarungen sowie Beteiligung an den Ausgaben für Anlagen.

KOMMISSION

Teileinzelplan B5
(Verbraucher, Binnenmarkt, Industrie und Innovation)

KAPITEL B5-4 0 — MASSNAHMEN AUF DEM GEBIET DER INFORMATIONSTECHNOLOGIEN UND DER TELEKOMMUNIKATION *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B5-4 0 2	*(Fortsetzung)*						
B5-4 0 2 3	*(Fortsetzung)*						
	Artikel B5-4 0 2 insgesamt	12 450 000 *(8 700 000)*	11 150 000 *(8 700 000)*	11 591 000 *(9 409 000)*	5 891 000 *(9 409 000)*	4 573 630,29 *(8 053 277,18)*	5 186 548,90 *(8 053 277,18)*
B5-4 0 3	***Abschluß früherer Aktionen*** Getrennte Mittel	—	600 000	—	500 000	0,—	2 133 767,81

KOMMISSION

Teileinzelplan B5

(Verbraucher, Binnenmarkt, Industrie und Innovation)

KAPITEL B5-4 0 — MASSNAHMEN AUF DEM GEBIET DER INFORMATIONSTECHNOLOGIEN UND DER TELEKOMMUNIKATION *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B5-4 0 2	*(Fortsetzung)*
B5-4 0 2 3	*(Fortsetzung)* Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 5 100 000 ECU. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind	1 139 616	800 000	200 000	139 616		
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	3 000 000	200 000	750 000	800 000	600 000	650 000
Mittel 1992	5 100 000		2 000 000	1 400 000	1 000 000	700 000
Insgesamt	9 239 616	1 000 000	2 950 000	2 339 616	1 600 000	1 350 000

Etwaige Einnahmen sind gemäß Artikel 27 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1), wiederzuverwenden.

B5-4 0 3

Beschluß 82/878/EWG des Rates vom 21. Dezember 1982 über eine Vorbereitungsphase für ein Forschungs- und Entwicklungsprogramm der Gemeinschaft auf dem Gebiet der Informationstechnologie (ABl. Nr. L 369 vom 29. 12. 1982, S. 37).

Beschluß 84/254/EWG des Rates vom 10. April 1984 zur Änderung des Beschlusses 79/783/EWG zur Festlegung eines Mehrjahresprogramms (1979-1983) auf dem Gebiet der Datenverarbeitung (ABl. Nr. L 126 vom 12. 5. 1984, S. 27) (zweiter Teil des Programms).

Beschluß 84/559/EWG des Rates vom 22. November 1984 zur Änderung des Beschlusses 79/783/EWG hinsichtlich der allgemeinen Aktionen auf dem Gebiet der Datenverarbeitung (ABl. Nr. L 308 vom 27. 11. 1984, S. 49).

Veranschlagt sind die Mittel zur Feststellung der Mittelbindungen für die abschließende Durchführung der obengenannten Beschlüsse.

KOMMISSION

Teileinzelplan B5
(Verbraucher, Binnenmarkt, Industrie und Innovation)

KAPITEL B5-4 0 — MASSNAHMEN AUF DEM GEBIET DER INFORMATIONSTECHNOLOGIEN UND DER TELEKOMMUNIKATION *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B5-4 0 3	*(Fortsetzung)*						

KOMMISSION

Teileinzelplan B5

(Verbraucher, Binnenmarkt, Industrie und Innovation)

KAPITEL B5-4 0 — MASSNAHMEN AUF DEM GEBIET DER INFORMATIONSTECHNOLOGIEN UND DER TELEKOMMUNIKATION *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B5-4 0 3	*(Fortsetzung)* Für 1992 bewilligte Verpflichtungsermächtigungen: —. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind	1 123 056	500 000	600 000	23 056		
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	—	—				
Mittel 1992	—		—			
Insgesamt	1 123 056	500 000	600 000	23 056		

In bestimmten Fällen, insbesondere bei kommerzieller Verwertung, kann die gemeinschaftliche Finanzhilfe rückzahlbar sein. Diese Rückzahlungen werden unter Posten 6 1 4 1 des Einnahmenansatzes erfaßt.

Etwaige andere Einnahmen sowie die Beiträge von Drittstaaten im Rahmen der COST-Abkommen sind gemäß Artikel 27 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1), wiederzuverwenden.

KOMMISSION

Teileinzelplan B5
(Verbraucher, Binnenmarkt, Industrie und Innovation)

KAPITEL B5-4 0 — MASSNAHMEN AUF DEM GEBIET DER INFORMATIONSTECHNOLOGIEN UND DER TELEKOMMUNIKATION *(Fortsetzung)*

KAPITEL B5-4 1 — MASSNAHMEN IM BEREICH DER GEWERBLICHEN WIRTSCHAFT

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B5-4 0 4	***EUREKA und andere Vorhaben***						
B5-4 0 4 0	Beteiligung am EUREKA-Sekretariat Getrennte Mittel	250 000	250 000	200 000	200 000	182 792,97 (1)	182 792,97 (1)
	Artikel B5-4 0 4 insgesamt	250 000	250 000	200 000	200 000	182 792,97	182 792,97
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt					182 792,97	182 792,97
	Getrennte Mittel insgesamt	39 623 000	38 250 000	40 172 000	27 472 000	26 450 468,86	25 427 719,23
	KAPITEL B5-4 0 INSGESAMT	39 623 000 *(13 790 000)*	38 250 000 *(13 790 000)*	40 172 000 *(15 028 000)*	27 472 000 *(15 028 000)*	26 633 261,83 *(15 506 940,69)*	25 610 512,20 *(15 506 940,69)*
	KAPITEL B5-4 1						
B5-4 1 1	***Maßnahmen im Bereich der gewerblichen Wirtschaft*** Getrennte Mittel	7 464 000	8 680 000	5 000 000	800 000	3 417 365,33 (1)	3 417 365,33 (1)
	(Unterstützungsausgaben)	*(3 000 000)*	*(3 000 000)*	*(3 000 000)*	*(3 000 000)*	*(3 528 826,26)*	*(3 528 826,26)*

(1) 1990 nichtgetrennte Mittel.

KOMMISSION

Teileinzelplan B5
(Verbraucher, Binnenmarkt, Industrie und Innovation)

KAPITEL B5-4 0 — MASSNAHMEN AUF DEM GEBIET DER INFORMATIONSTECHNOLOGIEN UND DER TELEKOMMUNIKATION *(Fortsetzung)*

KAPITEL B5-4 1 — MASSNAHMEN IM BEREICH DER GEWERBLICHEN WIRTSCHAFT

Artikel Posten	Erläuterungen
B5-4 0 4	
B5-4 0 4 0	Diese Mittel sind zur Deckung der Beteiligung der Gemeinschaft an der Finanzierung der Ausgaben des Verwaltungshaushalts des Sekretariats von EUREKA (European research coordination Agency) bestimmt. Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 250 000 ECU. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind						
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	200 000	200 000				
Mittel 1992	250 000		250 000			
Insgesamt	450 000	200 000	250 000			

B5-4 1 1	Unter Berücksichtigung der in Artikel B8-5 7 1 eingesetzten Mittel beläuft sich der Gesamtbetrag für diese Maßnahmen auf 10 464 000 ECU für Verpflichtungsermächtigungen und 11 680 000 ECU für Zahlungsermächtigungen (1991: 8 000 000 ECU für Verpflichtungsermächtigungen, 3 800 000 ECU für Zahlungsermächtigungen). Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, insbesondere Artikel 46 und 47. Schlußfolgerungen des Europäischen Rates vom 28. und 29. Juni 1985. Mitteilung der Kommission an den Rat vom 26. Februar 1986 — „Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit und der Strukturen der Industrie der Gemeinschaft" (KOM(86) 40 endg.).

KOMMISSION

Teileinzelplan B5
(Verbraucher, Binnenmarkt, Industrie und Innovation)

KAPITEL B5-4 1 — MASSNAHMEN IM BEREICH DER GEWERBLICHEN WIRTSCHAFT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B5-4 1 1	*(Fortsetzung)*						

KOMMISSION

Teileinzelplan B5

(Verbraucher, Binnenmarkt, Industrie und Innovation)

KAPITEL B5-4 1 — MASSNAHMEN IM BEREICH DER GEWERBLICHEN WIRTSCHAFT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B5-4 1 1	*(Fortsetzung)*

Mitteilung der Kommission an den Rat und an das Europäische Parlament vom 16. November 1990 „Industriepolitik in einem offenen und wettbewerbsorientierten Umfeld — Ansätze für ein Gemeinschaftskonzept" (KOM(90) 556 endg.).

Mit diesen Mittel soll der Kommission die Möglichkeit gegeben werden:

— die Daten zusammenzutragen, die für eine gründliche Kenntnis der Entwicklung der Industriezweige in der Gemeinschaft und der Industriestrategie der Drittländer unerläßlich sind, sowie eine (vom Parlament 1991 geforderte) Untersuchung darüber durchzuführen, inwieweit sich die Probleme im Zusammenhang mit der Kapitalverfügbarkeit und den Kapitalkosten, die beide durch die auf den europäischen Finanzmärkten üblichen kurzen Fristen beeinflußt werden, negativ auf die europäischen Industrieinvestitionen auswirken,

— regelmäßig einen umfassenden, in die Zukunft gerichteten Überblick über die Lage der Gemeinschaftsindustrie vorzulegen und dem Europäischen Parlament einen Jahresbericht über die gemeinschaftliche Industriepolitik zu unterbreiten,

— die Industriepolitik im Sinne der Mitteilung der Kommission über die Industriepolitik in einem offenen und wettbewerbsorientierten Umfeld durchzuführen, deren Schlußfolgerungen der Rat Ende 1990 genehmigt hat; dies setzt erhebliche Anstrengungen voraus, damit für die Industrie einheitliche Rahmenbedingungen geschaffen und ständige Anpassungen an strukturelle Änderungen eines immer größeren und wettbewerbsoffeneren Marktes vorgenommen werden können,

— die ihr von den Verträgen, insbesondere von den Artikeln 46 und 47 EGKS-Vertrag, übertragenen Aufgaben zu erfüllen, insbesondere technisch-wissenschaftliche und finanzielle Analysen in der Eisen- und Stahlindustrie vornehmen zu lassen,

— zu den laufenden Verwaltungskosten einer gemeinsamen vom japanischen Ministerium für Industrie und Handel und der Kommission in Japan eingerichteten Stelle für die Förderung der industriellen Zusammenarbeit zwischen den Wirtschaftszweigen der Gemeinschaft und Japans beizutragen,

— in Übereinstimmung mit einer Reihe von vom Europäischen Parlament 1991 angenommenen Berichten über die Industriepolitik den Dialog mit all denjenigen, die an den Schlüsselindustrien beteiligt sind, zu fördern, und zwar insbesondere durch die Errichtung von Beratungsforen in Sektoren, die vor einem strukturellen Wandel stehen, einschließlich der Rüstungs-, Automobil-, Textil- und Raumfahrtindustrie sowie der Europäischen Seeschiffahrtsagentur.

Ein Betrag in Höhe von 2 000 000 ECU ist für die Ausarbeitung von Vorlage des Überblicks über die Lage der Gemeinschaftsindustrie („Panorama of EC Industry") vorgesehen.

Ein Teil der Tätigkeiten zur Erreichung dieses Ziels wird von der Gemeinsamen Forschungsstelle im Rahmen der Arbeiten zur Unterstützung der anderen Dienste der Kommission durchgeführt (Artikel B6-1 1 1, B6-1 2 1, B6-1 2 2 und B6-4 2 1).

Diese Arbeiten der Gemeinsamen Forschungsstelle sind mit 30 071 ECU veranschlagt.

Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 7 464 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind						
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	5 000 000	800 000	4 200 000			
Mittel 1992	7 464 000		4 480 000	2 392 000	592 000	
Insgesamt	12 464 000	800 000	8 680 000	2 392 000	592 000	

Die Einnahmen aus Teilnehmergebühren von Vortragsveranstaltungen und aus dem Verkauf von Druckschriften, die aus Mitteln dieses Artikels veranstaltet oder herausgegeben werden, sind nach Artikel 27 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1), wiederzuverwenden.

KOMMISSION

Teileinzelplan B5
(Verbraucher, Binnenmarkt, Industrie und Innovation)

KAPITEL B5-4 1 — MASSNAHMEN IM BEREICH DER GEWERBLICHEN WIRTSCHAFT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B5-4 1 2	***Überwachung im Bereich der Stahlindustrie***						
	Getrennte Mittel	—	—	—	240 000	689 766,77	1 282 197,41
B5-4 1 3	***Spezielles finanzwirtschaftliches Instrument für die Textilindustrie***						
	Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	200 000	200 000		
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt	p.m.	p.m.	200 000	200 000	3 417 365,33	3 417 365,33
	Getrennte Mittel insgesamt	7 464 000	8 680 000	5 000 000	1 040 000	689 766,77	1 282 197,41
	KAPITEL B5-4 1 INSGESAMT	7 464 000 *(3 000 000)*	8 680 000 *(3 000 000)*	5 200 000 *(3 000 000)*	1 240 000 *(3 000 000)*	4 107 132,10 *(3 528 826,26)*	4 699 562,74 *(3 528 826,26)*
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt	p.m.	p.m.	200 000	200 000	3 600 158,30	3 600 158,30
	Getrennte Mittel insgesamt	47 087 000	46 930 000	45 172 000	28 512 000	27 140 235,63	26 709 916,64
	Titel B5-4 insgesamt	**47 087 000** *(16 790 000)*	**46 930 000** *(16 790 000)*	**45 372 000** *(18 028 000)*	**28 712 000** *(18 028 000)*	**30 740 393,93** *(19 035 766,95)*	**30 310 074,94** *(19 035 766,95)*

KOMMISSION

Teileinzelplan B5

(Verbraucher, Binnenmarkt, Industrie und Innovation)

KAPITEL B5-4 1 — MASSNAHMEN IM BEREICH DER GEWERBLICHEN WIRTSCHAFT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B5-4 1 2	Diese Aktion hat im Jahre 1991 geendet.
B5-4 1 3	*Vormals Posten B5-3 2 0 1* Dieser Artikel ist zur Ausarbeitung und Durchführung einer Reihe konkreter Maßnahmen zur Umstrukturierung und Modernisierung des Textil- und Bekleidungssektors in Portugal, Spanien, Griechenland und in der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik sowie für flankierende Infrastruktur- und Umweltmaßnahmen bestimmt.

KOMMISSION

Teileinzelplan B5
(Verbraucher, Binnenmarkt, Industrie und Innovation)

TITEL B5-5

INNOVATION, INFORMATIONSMARKT

KAPITEL B5-5 0 — AUSGABEN FÜR DEN INFORMATIONS- UND INNOVATIONSMARKT

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
	KAPITEL B5-5 0						
B5-5 0 0	***IMPACT — Gemeinschaftsaktionen auf dem Gebiet der Information***						
	Getrennte Mittel	10 000 000	9 500 000	p.m. (1)	p.m. (2)	20 537 594,68	14 395 570,07
	(Unterstützungsausgaben)	*(p.m.)*	*(p.m.)*	*(p.m.)*	*(p.m.)*	*(462 072,64)*	*(462 072,64)*

(1) Es werden Mittel in Höhe von 6 000 000 ECU in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.
(2) Es werden Mittel in Höhe von 14 000 000 ECU in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

KOMMISSION

Teileinzelplan B5

(Verbraucher, Binnenmarkt, Industrie und Innovation)

TITEL B5-5

INNOVATION, INFORMATIONSMARKT

KAPITEL B5-5 0 — AUSGABEN FÜR DEN INFORMATIONS- UND INNOVATIONSMARKT

Artikel Posten	Erläuterungen

B5-5 0 0

Bei Artikel B8-5 8 0 wurde ein „p.m." eingesetzt (1991: p.m.).

Entscheidung 88/524/EWG des Rates vom 26. Juli 1988 über die Durchführung eines Aktionsplans zur Schaffung eines Marktes für Informationsdienste (ABl. Nr. L 288 vom 21. 10. 1988, S. 39).

Vorschlag für einen Beschluß des Rates, von der Kommission vorgelegt am 28. Januar 1991, über ein Programm zur Schaffung eines Marktes für Informationsdienste (ABl. Nr. C 53 vom 28. 2. 1991, S. 65).

Diese Mittel sind bestimmt zur Deckung:

— der Ausgaben zur Überwachung der Maßnahmen, die während der ersten Phase (IMPACT 1) (Information market policy actions) des Aktionsplans zur Schaffung eines Marktes für Informationsdienste eingeleitet werden,

— der Ausgaben zur Vorbereitung und Durchführung der zweiten Phase (IMPACT 2) des Aktionsplans zur Schaffung eines Marktes für Informationsdienste,

— der Ausgaben der über die Durchführung des Programms und der obengenannten Vorhaben abgeschlossenen Verträge. Dabei handelt es sich vor allem um Forschungs-, Assoziierungs-, Studien-, Rechnungsprüfungs-, Facharbeiten-, Koordinierungs-, Stipendien- und Subventionsverträge sowie Verträge zur Förderung von Ausbildung und Mobilität der Wissenschaftler oder über die Beteiligung an internationalen Vereinbarungen sowie Beteiligung an den Ausgaben für Anlagen.

Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 10 000 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind	22 071 543	12 000 000	4 000 000	3 500 000	2 500 000	71 543
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	5 002 000 (1)	1 002 000	2 500 000	1 000 000	500 000	
Mittel 1992	10 000 000		3 000 000	6 500 000	500 000	
Insgesamt	37 073 543	13 002 000 (1)	9 500 000	11 000 000	3 500 000	71 543

(1) Die Mittel sind in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

Etwaige Einnahmen sind gemäß Artikel 27 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1), wiederzuverwenden.

KOMMISSION

Teileinzelplan B5

(Verbraucher, Binnenmarkt, Industrie und Innovation)

KAPITEL B5-5 0 — AUSGABEN FÜR DEN INFORMATIONS- UND INNOVATIONSMARKT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B5-5 0 1	***Verbesserung und Entwicklung mehrsprachiger Aktionen***						
	Getrennte Mittel	4 000 000	3 300 000	4 767 000	4 767 000	4 832 768,20	6 440 769,17
	(Unterstützungsausgaben)	*(733 000)*	*(733 000)*	*(733 000)*	*(733 000)*	*(166 106,95)*	*(166 106,95)*
B5-5 0 2	***SPRINT (Gemeinschaftsaktion auf dem Gebiet der Innovation und des Technologietransfers)***						
	Getrennte Mittel	19 762 000	17 600 000	21 362 000	13 362 000	16 545 590,64	1 094 950,—
	(Unterstützungsausgaben)	*(2 200 000)*	*(2 200 000)*	*(2 638 000)*	*(2 638 000)*	*(911 177,26)*	*(911 177,26)*

KOMMISSION

Teileinzelplan B5

(Verbraucher, Binnenmarkt, Industrie und Innovation)

KAPITEL B5-5 0 — AUSGABEN FÜR DEN INFORMATIONS- UND INNOVATIONSMARKT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen

B5-5 0 1

Unter Berücksichtigung der in Artikel B8-5 8 1 eingesetzten Mittel beläuft sich der Gesamtbetrag für diese Maßnahmen auf 4 733 000 ECU für Verpflichtungsermächtigungen und 4 033 000 ECU für Zahlungsermächtigungen (1991: 5 500 000 ECU).

Beschluß der Kommission vom 24. Juli 1985 zur Schaffung eines vierten Aktionsplans zur Verbesserung der Informationsübertragung zwischen den europäischen Sprachen (SEK(85) 1088 endg.).

Beschluß der Kommission vom ... 1991 über den fünften Aktionsplan zur Verbesserung der Informationsübertragung zwischen den europäischen Sprachen.

Diese Mittel sind zur Deckung der Ausgaben für die Verbesserung der Informationsübertragung zwischen den europäischen Sprachen bestimmt, d.h.:

— Entwicklung und Anwendung von Verfahren zur maschinellen oder computergestützten Übersetzung sowie anderer Hilfsmittel für die Verarbeitung mehrsprachiger Texte, insbesondere im Hinblick auf eine Beseitigung der Sprachbarrieren,

— Zugang der europäischen Wirtschaft zu den nur in nichteuropäischen Sprachen verfügbaren Informationsmitteln,

— Durchführung von Vorbereitungsaktionen für die Schaffung einer Sprachenindustrie,

— die Ausgaben der über die Durchführung des Programms und der obengenannten Vorhaben abgeschlossenen Verträge. Dabei handelt es sich vor allem um Forschungs-, Assoziierungs-, Studien-, Rechnungsprüfungs-, Facharbeiten-, Koordinierungs-, Stipendien- und Subventionsverträge sowie Verträge zur Förderung von Ausbildung und Mobilität der Wissenschaftler oder über die Beteiligung an internationalen Vereinbarungen sowie Beteiligung an den Ausgaben für Anlagen.

Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 4 000 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind	3 868 577	3 055 000	500 000	313 577		
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	4 767 000	1 712 000	1 500 000	700 000	500 000	355 000
Mittel 1992	4 000 000		1 300 000	1 200 000	800 000	700 000
Insgesamt	12 635 577	4 767 000	3 300 000	2 213 577	1 300 000	1 055 000

Etwaige Einnahmen sind gemäß Artikel 27 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1), wiederzuverwenden.

B5-5 0 2

Unter Berücksichtigung der in Artikel B8-5 8 2 eingesetzten Mittel beläuft sich der Gesamtbetrag für diese Maßnahmen auf 21 962 000 ECU für Verpflichtungsermächtigungen und 19 800 000 ECU für Zahlungsermächtigungen (1991: 24 000 000 ECU für Verpflichtungsermächtigungen und 16 000 000 ECU für Zahlungsermächtigungen).

Beschluß 83/624/EWG des Rates vom 25. November 1983 über einen Plan für die transnationale Entwicklung der Infrastruktur zur Unterstützung von Innovation und Technologietransfer (1983-1985) (ABl. Nr. L 353 vom 15. 12. 1983, S. 15), zuletzt geändert durch den Beschluß 87/307/EWG (ABl. Nr. L 153 vom 13. 6. 1987, S. 45).

Entscheidung 89/286/EWG des Rates vom 17. April 1989 über die Durchführung auf Gemeinschaftsebene der Hauptphase des strategischen Programms für Innovation und Technologietransfer (1989-1993) (Programm SPRINT) (ABl. Nr. L 112 vom 25. 4. 1989, S. 12).

Ziel des Programms SPRINT (Strategic programme for innovation and technology transfer) sind:

— der Ausbau der europäischen Infrastruktur für die Innovation,

— die Unterstützung von Pilotprojekten von gemeinschaftlichem Interesse über Innovationstransfer,

— Verbesserung des Innovationsumfeldes.

Diese Mittel sind bestimmt zur Deckung:

— der Ausgaben für die Durchführung der Hauptphase des Programms SPRINT,

KOMMISSION

Teileinzelplan B5
(Verbraucher, Binnenmarkt, Industrie und Innovation)

KAPITEL B5-5 0 — AUSGABEN FÜR DEN INFORMATIONS- UND INNOVATIONSMARKT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B5-5 0 2	*(Fortsetzung)*						
B5-5 0 3	***Verbreitung und Verwertung der Ergebnisse gemeinschaftlicher Forschungs-, Entwicklungs- und technologischer Demonstrationstätigkeiten***						
	Getrennte Mittel	2 400 000	3 300 000	2 654 000	2 654 000	3 198 001,51	2 700 080,19
	(Unterstützungsausgaben)	*(346 000)*	*(346 000)*	*(346 000)*	*(346 000)*	*(300 957,60)*	*(300 957,60)*

KOMMISSION

Teileinzelplan B5

(Verbraucher, Binnenmarkt, Industrie und Innovation)

KAPITEL B5-5 0 — AUSGABEN FÜR DEN INFORMATIONS- UND INNOVATIONSMARKT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen

B5-5 0 2 *(Fortsetzung)*

— der Ausgaben der über die Durchführung des Programms und der obengenannten Vorhaben abgeschlossenen Verträge. Dabei handelt es sich vor allem um Forschungs-, Assoziierungs-, Studien-, Rechnungsprüfungs-, Facharbeiten-, Koordinierungs-, Stipendien- und Subventionsverträge sowie Verträge zur Förderung von Ausbildung und Mobilität der Wissenschaftler oder über die Beteiligung an internationalen Vereinbarungen sowie Beteiligung an den Ausgaben für Anlagen.

Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 19 762 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind	16 078 322	8 362 000	5 000 000	2 000 000	716 322	
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	21 362 000	5 000 000	8 000 000	4 000 000	2 500 000	1 862 000
Mittel 1992	19 762 000		4 600 000	8 012 000	4 000 000	3 150 000
Insgesamt	57 202 322	13 362 000	17 600 000	14 012 000	7 216 322	5 012 000

Etwaige Einnahmen sind gemäß Artikel 27 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1), wiederzuverwenden.

B5-5 0 3 Unter Berücksichtigung der in Artikel B8-5 8 3 eingesetzten Mittel beläuft sich der Gesamtbetrag für diese Maßnahmen auf 2 746 000 ECU für Verpflichtungsermächtigungen und 3 646 000 ECU für Zahlungsermächtigungen (1991: 3 000 000 ECU).

Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, insbesondere Artikel 55.

Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, insbesondere Artikel 41.

Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft, insbesondere Artikel 12 bis 15.

Verordnung (EWG) Nr. 2380/74 des Rates vom 17. September 1974 betreffend eine Regelung für die Verbreitung von Kenntnissen im Rahmen der Forschungsprogramme der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (ABl. Nr. L 255 vom 20. 9. 1974, S. 1).

Ziel dieser Aktion ist:

— Gewährleistung des vollständigen, effektiven und schnellen Zugangs zu den Ergebnissen der von der Gemeinschaft finanzierten oder koordinierten Forschungen und wissenschaftlichen oder technischen Untersuchungen, insbesondere durch regelmäßige oder unregelmäßige elektronische oder herkömmliche Veröffentlichungen, Fachkonferenzen, Seminare und Ausstellungen,

— Förderung einer besseren Verbreitung der Forschungsergebnisse in den von den Verträgen erfaßten Bereichen,

— Nutzung der Ergebnisse der in der Gemeinschaft durchgeführten Forschung,

— Gewährleistung des Schutzes der Forschungsergebnisse.

Diese Mittel decken die Ausgaben der über die Durchführung des Programms und der obengenannten Vorhaben abgeschlossenen Verträge. Dabei handelt es sich vor allem um Forschungs-, Assoziierungs-, Studien-, Rechnungsprüfungs-, Facharbeiten-, Koordinierungs-, Stipendien- und Subventionsverträge sowie Verträge zur Förderung von Ausbildung und Mobilität der Wissenschaftler oder über die Beteiligung an internationalen Vereinbarungen sowie Beteiligung an den Ausgaben für Anlagen.

Ein Teil der dazu erforderlichen Tätigkeiten wird von der Gemeinsamen Forschungsstelle im Rahmen ihrer Arbeiten zur Unterstützung anderer Kommissionsdienststellen (Artikel B6-1 1 1, B6-1 2 1, B6-1 2 2 und B6-4 2 1) durchgeführt.

Diese Arbeiten der Gemeinsamen Forschungsstelle sind mit 2 559 295 ECU veranschlagt.

KOMMISSION

Teileinzelplan B5
(Verbraucher, Binnenmarkt, Industrie und Innovation)

KAPITEL B5-5 0 — AUSGABEN FÜR DEN INFORMATIONS- UND INNOVATIONSMARKT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B5-5 0 3	*(Fortsetzung)*						
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	36 162 000	33 700 000	28 783 000	20 783 000	45 113 955,03	24 631 369,43
	KAPITEL B5-5 0 INSGESAMT	36 162 000 *(3 279 000)*	33 700 000 *(3 279 000)*	28 783 000 *(3 717 000)*	20 783 000 *(3 717 000)*	45 113 955,03 *(1 840 314,45)*	24 631 369,43 *(1 840 314,45)*
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	36 162 000	33 700 000	28 783 000	20 783 000	45 113 955,03	24 631 369,43
	Titel B5-5 insgesamt	**36 162 000** *(3 279 000)*	**33 700 000** *(3 279 000)*	**28 783 000** *(3 717 000)*	**20 783 000** *(3 717 000)*	**45 113 955,03** *(1 840 314,45)*	**24 631 369,43** *(1 840 314,45)*

KOMMISSION

Teileinzelplan B5

(Verbraucher, Binnenmarkt, Industrie und Innovation)

KAPITEL B5-5 0 — AUSGABEN FÜR DEN INFORMATIONS- UND INNOVATIONSMARKT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B5-5 0 3	*(Fortsetzung)*

Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 2 400 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind	5 268 288	2 000 000	1 500 000	1 300 000	468 288	
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	2 654 000	654 000	1 200 000	500 000	300 000	
Mittel 1992	2 400 000		600 000	1 000 000	500 000	300 000
Insgesamt	10 322 288	2 654 000	3 300 000	2 800 000	1 268 288	300 000

Die Einnahmen aus Lizenzen, die die Kommission an patentfähige und nichtpatentfähige Erfindungen vergeben hat, welche aus der gemeinschaftlichen Forschungstätigkeit (indirekte Aktionen) hervorgingen, sind in Artikel 6 2 4 des Einnahmenansatzes eingesetzt.

Etwaige Einnahmen sind gemäß Artikel 27 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1), wiederzuverwenden.

KOMMISSION

Teileinzelplan B5
(Verbraucher, Binnenmarkt, Industrie und Innovation)

TITEL B5-6

STATISTISCHE INFORMATIONEN

KAPITEL B5-6 0 — POLITIK AUF DEM GEBIET DER STATISTISCHEN INFORMATION IM ZUSAMMENHANG MIT DER VOLLENDUNG DES BINNENMARKTES UND DEN FLANKIERENDEN MASSNAHMEN ZUR POLITIK DER GEMEINSCHAFT

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
	KAPITEL B5-6 0						
B5-6 0 0	***Maßnahmen im Zusammenhang mit den sektorbezogenen statistischen Programmen im Rahmen der Bestimmungen der Einheitlichen Europäischen Akte***						
	Getrennte Mittel	16 000 000	14 600 000	12 125 000	8 525 000	8 277 426,—	5 148 308,91
	(Unterstützungsausgaben)	*(3 875 000)*	*(3 875 000)*	*(3 875 000)*	*(3 875 000)*	*(2 707 121,—)*	*(2 707 121,—)*

KOMMISSION

Teileinzelplan B5

(Verbraucher, Binnenmarkt, Industrie und Innovation)

TITEL B5-6

STATISTISCHE INFORMATIONEN

KAPITEL B5-60 — POLITIK AUF DEM GEBIET DER STATISTISCHEN INFORMATION IM ZUSAMMENHANG MIT DER VOLLENDUNG DES BINNENMARKTES UND DEN FLANKIERENDEN MASSNAHMEN ZUR POLITIK DER GEMEINSCHAFT

Artikel Posten	Erläuterungen
B5-600	Unter Berücksichtigung der in Artikel B8-590 eingesetzten Mittel beläuft sich der Gesamtbetrag für diese Maßnahmen auf 19 875 000 ECU für Verpflichtungsermächtigungen und 18 475 000 ECU für Zahlungsermächtigungen (1991: 16 000 000 ECU für Verpflichtungsermächtigungen und 12 400 000 ECU für Zahlungsermächtigungen). Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, insbesondere Artikel 5, 213 und 235. Einheitliche Europäische Akte (ABl. Nr. L 169 vom 29. 6. 1987, S. 1). Richtlinie 82/606/EWG des Rates vom 28. Juli 1982 über von den Mitgliedstaaten durchzuführende Erhebungen über die Verdienste der ständig beschäftigten Arbeiter und der Saisonarbeiter in der Landwirtschaft (ABl. Nr. L 247 vom 23. 8. 1982, S. 22), zuletzt geändert durch die Richtlinie 91/534/EWG (ABl. Nr. L 288 vom 18. 10. 1991, S. 36). Verordnung (EWG) Nr. 1612/88 des Rates vom 9. Juni 1988 zur Durchführung einer Arbeitskostenerhebung im produzierenden Gewerbe, im Groß- und Einzelhandel sowie im Bank- und im Versicherungsgewerbe (ABl. Nr. L 145 vom 11. 6. 1988, S. 1). Entschließung des Rates vom 19. Juni 1989 über die Durchführung eines Plans für prioritäre Maßnahmen im Bereich der statistischen Information: Statistisches Programm der Europäischen Gemeinschaften (1989-1992) (ABl. Nr. C 161 vom 28. 6. 1989, S. 1). Verordnung (Euratom, EWG) Nr. 1588/90 des Rates vom 11. Juni 1990 über die Übermittlung von unter die Geheimhaltungspflicht fallenden Informationen an das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 151 vom 15. 6. 1990, S. 1). Vorschlag für einen Beschluß des Rates, von der Kommission vorgelegt am 24. Juli 1990, zur Annahme eines Vierjahresprogramms (1990-1993) mit dem Ziel, in regelmäßigen Zeitabständen Statistiken über die Umwelt aufzustellen (ABl. Nr. C 209 vom 22. 8. 1990, S. 29). Verordnung (EWG) Nr. 3037/90 des Rates von 9. Oktober 1990 betreffend die statistische Systematik der Wirtschaftszweige in der Europäischen Gemeinschaft (ABl. Nr. L 293 vom 24. 10. 1990, S. 1). Beschluß (EWG) Nr. 91/115 des Rates vom 25. Februar 1991 zur Einsetzung eines Ausschusses für die Währungs-, Finanz- und Zahlungsbilanzstatistiken (ABl. Nr. L 59 vom 6. 3. 1991, S. 19). Beschluß (EWG) Nr. 91/116 des Rates vom 25. Februar 1991 zur Einsetzung eines Europäischen Beratenden Ausschusses für Informationen im Wirtschafts- und Sozialbereich (ABl. Nr. L 59 vom 6. 3. 1991, S. 21). Verordnung (EWG) Nr. 3330/91 des Rates vom 7. November 1991 über die Statistiken des Warenverkehrs zwischen Mitgliedstaaten (ABl. Nr. L 316 vom 16. 11. 1991, S. 1). Verordnung (EWG) Nr. 3711/91 des Rates vom 16. Dezember 1991 über die Durchführung einer jährlichen Stichprobenerhebung über Arbeitskräfte in der Gemeinschaft (ABl. Nr. L 351 vom 20. 12. 1991, S. 1). Ein Teil der Tätigkeiten zur Erlangung dieses Ziels wird von der Gemeinsamen Forschungsstelle im Rahmen der Arbeiten zur Unterstützung der übrigen Dienststellen der Kommission durchgeführt (Artikel B6-1 1 1, B6-1 2 1, B6-1 2 2 und B6-4 2 1). Diese Arbeiten der Gemeinsamen Forschungsstelle werden auf 415 881 ECU geschätzt. Veranschlagt sind die Mittel für die im Rahmen der Bestimmungen der Einheitlichen Europäischen Akte durchzuführenden sektorbezogenen statistischen Programme: — Statistiken über die wirtschaftliche Konvergenz im Rahmen des Binnenmarktes, — Statistiken betreffend die Wirtschafts- und Währungsunion, — Statistiken betreffend den wirtschaftlichen Zusammenhalt (Strukturfonds), — Statistiken betreffend die Sozialpolitik, — Statistiken betreffend Forschung und Entwicklung, — Statistiken betreffend den Umweltschutz. Sie decken ebenfalls Zuschüsse, vertragliche Ausgaben oder Erstattungen für im Rahmen der Gemeinschaftspolitiken erbrachte Leistungen. Außerdem sind Mittel veranschlagt für die Durchführung von Programmen zur Spezialisierung und Weiterbildung von Führungskräften im Bereich Statistik und Wirtschaftsanalyse in Europa: Veranstaltung von Lehrgängen und Seminaren sowie die Teilnahme von Experten daran, Zuschüsse für Ausbildungszentren.

KOMMISSION

Teileinzelplan B5
(Verbraucher, Binnenmarkt, Industrie und Innovation)

KAPITEL B5-6 0 — POLITIK AUF DEM GEBIET DER STATISTISCHEN INFORMATION IM ZUSAMMENHANG MIT DER VOLLENDUNG DES BINNENMARKTES UND DEN FLANKIERENDEN MASSNAHMEN ZUR POLITIK DER GEMEINSCHAFT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B5-6 0 0	*(Fortsetzung)*						
B5-6 0 1	***Maßnahmen im Zusammenhang mit den sektorbezogenen statistischen Programmen: Flankierende Maßnahmen zur Politik der Gemeinschaft***						
	Getrennte Mittel	13 800 000	11 800 000	13 325 000	14 025 000	10 965 200,—	5 338 281,64
	(Unterstützungsausgaben)	*(4 075 000)*	*(4 075 000)*	*(4 075 000)*	*(4 075 000)*	*(5 019 596,54)*	*(5 019 596,54)*

KOMMISSION

Teileinzelplan B5

(Verbraucher, Binnenmarkt, Industrie und Innovation)

KAPITEL B5-60 — POLITIK AUF DEM GEBIET DER STATISTISCHEN INFORMATION IM ZUSAMMENHANG MIT DER VOLLENDUNG DES BINNENMARKTES UND DEN FLANKIERENDEN MASSNAHMEN ZUR POLITIK DER GEMEINSCHAFT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B5-600	*(Fortsetzung)*

Diese Mittel sind unter anderem für die auf Antrag der Kommission oder anderer Gemeinschaftsorgane zu erstellenden statistischen Erhebungen zur Schätzung, Überwachung und Bewertung der Gemeinschaftsausgaben bestimmt. Auf diese Art und Weise werden die Voraussetzungen für die Durchführung der Finanzierungspolitik und der Haushaltspolitik (Erstellung des Haushaltsplans, regelmäßige Revision der finanziellen Vorausschau) verbessert, und mittel- und langfristig werden die erforderlichen Daten zur Finanzierung der Gemeinschaft nach 1992 zusammengetragen.

Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 16 000 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind	6 090 159	6 090 159				
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	12 125 000	2 434 841	9 690 159			
Mittel 1992	16 000 000		4 909 841	11 090 159		
Insgesamt	34 215 159	8 525 000	14 600 000	11 090 159		

B5-601

Unter Berücksichtigung der in Artikel B8-591 eingesetzten Mittel beläuft sich der Gesamtbetrag für diese Maßnahmen auf 17 875 000 ECU für Verpflichtungsermächtigungen und 15 875 000 ECU für Zahlungsermächtigungen (1991: 17 400 000 ECU für Verpflichtungsermächtigungen und 18 100 000 ECU für Zahlungsermächtigungen).

Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, insbesondere Artikel 5, 213 und 235.

Verordnung (EWG) Nr. 1736/75 des Rates vom 24. Juni 1975 über die Statistik des Außenhandels der Gemeinschaft und des Handels zwischen ihren Mitgliedstaaten (ABl. Nr. L 183 vom 14. 7. 1975, S. 3), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 3367/87 (ABl. Nr. L 321 vom 11. 11. 1987, S. 3).

Verordnung (EWG) Nr. 2727/75 des Rates vom 29. Oktober 1975 über die gemeinsame Marktorganisation für Getreide (ABl. Nr. L 281 vom 1. 11. 1975, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1097/88 (ABl. Nr. L 110 vom 29. 4. 1988, S. 7).

Richtlinie 78/546/EWG des Rates vom 12. Juni 1978 zur Erfassung des Güterkraftverkehrs im Rahmen einer Regionalstatistik (ABl. Nr. L 168 vom 26. 6. 1978, S. 29), geändert durch die Richtlinie 89/462/EWG (ABl. Nr. L 226 vom 3. 8. 1989, S. 8).

Verordnung (EWG) Nr. 357/79 des Rates vom 5. Februar 1979 über statistische Erhebungen der Rebflächen (ABl. Nr. L 54 vom 5. 3. 1979, S. 124).

Verordnung (EWG) Nr. 571/88 des Rates vom 29. Februar 1988 zur Durchführung von Erhebungen der Gemeinschaft über die Struktur der landwirtschaftlichen Betriebe im Zeitraum 1988-1997 (ABl. Nr. L 56 vom 2. 3. 1988, S. 1).

Verordnung (EWG) Nr. 1629/88 des Rates vom 27. Mai 1988 zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 1736/75 hinsichtlich der Erfassung des Verkehrszweigs in der Statistik des Außenhandels der Gemeinschaft (ABl. Nr. L 147 vom 14. 6. 1988, S. 1).

Verordnung (EWG) Nr. 4257/88 des Rates vom 19. Dezember 1988 zur Anwendung allgemeiner Zollpräferenzen für bestimmte gewerbliche Waren mit Ursprung in Entwicklungsländern im Jahr 1989 (ABl. Nr. L 375 vom 31. 12. 1988, S. 1).

Verordnung (EWG) Nr. 4259/88 des Rates vom 19. Dezember 1988 zur Anwendung allgemeiner Zollpräferenzen für Textilwaren mit Ursprung in Entwicklungsländern im Jahr 1989 (ABl. Nr. L 375 vom 31. 12. 1988, S. 83).

KOMMISSION

Teileinzelplan B5
(Verbraucher, Binnenmarkt, Industrie und Innovation)

KAPITEL B5-6 0 — POLITIK AUF DEM GEBIET DER STATISTISCHEN INFORMATION IM ZUSAMMENHANG MIT DER VOLLENDUNG DES BINNENMARKTES UND DEN FLANKIERENDEN MASSNAHMEN ZUR POLITIK DER GEMEINSCHAFT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B5-6 0 1	*(Fortsetzung)*						

KOMMISSION

Teileinzelplan B5
(Verbraucher, Binnenmarkt, Industrie und Innovation)

KAPITEL B5-60 — POLITIK AUF DEM GEBIET DER STATISTISCHEN INFORMATION IM ZUSAMMENHANG MIT DER VOLLENDUNG DES BINNENMARKTES UND DEN FLANKIERENDEN MASSNAHMEN ZUR POLITIK DER GEMEINSCHAFT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B5-601	*(Fortsetzung)*

Beschluß 88/654/EGKS der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl vom 19. Dezember 1988 über die Anwendung allgemeiner Zollpräferenzen für bestimmte Eisen- und Stahlerzeugnisse mit Ursprung in Entwicklungsländern im Jahr 1989 (ABl. Nr. L 375 vom 31. 12. 1988, S. 125).

Entschließung des Rates vom 19. Juni 1989 über die Durchführung eines Plans für prioritäre Maßnahmen im Bereich der statistischen Information: Statistisches Programm der Europäischen Gemeinschaften (1989-1992) (ABl. Nr. C 161 vom 28. 6. 1989, S. 1).

Verordnung (EWG) Nr. 837/90 des Rates vom 26. März 1990 über die von den Mitgliedstaaten zu liefernden statistischen Informationen über die Getreideerzeugung (ABl. Nr. L 88 vom 3. 4. 1990, S. 1).

Entscheidung 90/665/EWG des Rates 17. Dezember 1990 über ein Zweijahresprogramm 1991-1992 zur Entwicklung der gemeinschaftlichen Fremdenverkehrsstatistik (ABl. Nr. L 358 vom 21. 12. 1990, S. 89).

Beschluß (EWG) Nr. 91/116 des Rates vom 25. Februar 1991 zur Einsetzung eines Europäischen Beratenden Ausschusses für statistische Informationen im Wirtschafts- und Sozialbereich (ABl. Nr. L 59 vom 6. 3. 1991, S. 21).

Verordnung (EWG) Nr. 1382/91 des Rates vom 21. Mai 1991 betreffend die Übermittlung von Daten über die Anladungen von Fischereierzeugnissen in den Mitgliedstaaten (ABl. Nr. L 133 vom 28. 5. 1991, S. 1).

Verordnung (EWG) Nr. 3880/91 des Rates vom 17. Dezember 1991 über die Vorlage von Fangstatistiken durch die Mitgliedstaaten, die im Nordostatlantik Fischfang betreiben (ABl. Nr. L 365 vom 31. 12. 1991, S. 1).

Verordnung (EWG) Nr. 3881/91 des Rates vom 17. Dezember 1991 über die Vorlage von Fangstatistiken durch die Mitgliedstaaten, die im Nordwestatlantik Fischfang betreiben (ABl. Nr. L 365 vom 31. 12. 1991, S. 19).

Veranschlagt sind die Mittel für die im Rahmen der sektorbezogenen statistischen Programme durchzuführenden flankierenden Maßnahmen zur Politik der Gemeinschaft:

— Statistiken betreffend die gemeinsame Agrarpolitik,

— Statistiken betreffend die Industriepolitik (einschließlich EGKS),

— Statistiken betreffend die Energiepolitik,

— Statistiken betreffend die Fischereipolitik,

— Statistiken betreffend die Verkehrspolitik und den Fremdenverkehr,

— Statistiken betreffend die Politik auf dem Gebiet der internationalen Handelsbeziehungen,

— Statistiken betreffend die Politik der Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern.

Ebenfalls veranschlagt sind Aufwendungen zur Verwirklichung der gleichen Maßnahmen in Drittländern im Rahmen der Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern.

Bei diesem Artikel sind ebenfalls veranschlagt die Kosten im Rahmen der Politik der Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern: Kosten von Informationssitzungen. Zuschüsse, vertragliche Ausgaben oder Erstattungsausgaben für im Rahmen der Anpassung der Bezüge der Beamten und sonstigen Bediensteten der Gemeinschaften erbrachten Dienstleistungen.

Diese Mittel sind unter anderem zur Deckung der auf Antrag der Kommission oder anderer Gemeinschaftsorgane zu erstellenden statistischen Erhebungen zur Schätzung, Überwachung und Bewertung der Gemeinschaftsausgaben bestimmt. Auf diese Art und Weise werden die Voraussetzungen für die Durchführung der Finanzierungspolitik und der Haushaltspolitik (Erstellung des Haushaltsplans, regelmäßige Revision der finanziellen Vorausschau) verbessert, und mittel- und langfristig werden die erforderlichen Daten zur Finanzierung der Gemeinschaft nach 1992 zusammengetragen.

KOMMISSION

Teileinzelplan B5
(Verbraucher, Binnenmarkt, Industrie und Innovation)

KAPITEL B5-6 0 — POLITIK AUF DEM GEBIET DER STATISTISCHEN INFORMATION IM ZUSAMMENHANG MIT DER VOLLENDUNG DES BINNENMARKTES UND DEN FLANKIERENDEN MASSNAHMEN ZUR POLITIK DER GEMEINSCHAFT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B5-6 0 1	*(Fortsetzung)*						
B5-6 0 2	***Maßnahmen im Zusammenhang mit den sektorbezogenen statistischen Programmen betreffend das Funktionieren der Gemeinschaft***						
	Getrennte Mittel	4 200 000	4 200 000	3 018 000	3 118 000	2 263 568,—	776 180,60
	(Unterstützungsausgaben)	*(1 800 000)*	*(1 800 000)*	*(2 982 000)*	*(2 982 000)*	*(3 635 702,64)*	*(3 635 702,64)*

KOMMISSION

Teileinzelplan B5

(Verbraucher, Binnenmarkt, Industrie und Innovation)

KAPITEL B5-6 0 — POLITIK AUF DEM GEBIET DER STATISTISCHEN INFORMATION IM ZUSAMMENHANG MIT DER VOLLENDUNG DES BINNENMARKTES UND DEN FLANKIERENDEN MASSNAHMEN ZUR POLITIK DER GEMEINSCHAFT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen

B5-6 0 1 *(Fortsetzung)*

Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 13 800 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind	8 592 960	8 592 960				
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	13 325 000	5 432 040	7 892 960			
Mittel 1992	13 800 000		3 907 040	9 892 960		
Insgesamt	35 717 960	14 025 000	11 800 000	9 892 960		

B5-6 0 2 Unter Berücksichtigung der in Artikel B8-5 9 2 eingesetzten Mittel beläuft sich der Gesamtbetrag für diese Maßnahmen auf 6 000 000 ECU für Verpflichtungsermächtigungen (1991: 6 000 000 ECU für Verpflichtungsermächtigungen und 6 100 000 ECU für Zahlungsermächtigungen).

Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, insbesondere Artikel 5, 213 und 235.

Entscheidung 88/524/EWG des Rates vom 26. Juli 1988 über die Durchführung eines Aktionsplans zur Schaffung eines Marktes für Informationsdienste (ABl. Nr. L 288 vom 21. 10. 1988, S. 39).

Richtlinie 89/130/EWG, Euratom des Rates vom 13. Februar 1989 zur Harmonisierung der Erfassung des Bruttosozialprodukts zu Marktpreisen (ABl. Nr. L 49 vom 21. 2. 1989, S. 26).

Entschließung des Rates vom 19. Juni 1989 über die Durchführung eines Plans für prioritäre Maßnahmen im Bereich der statistischen Information: Statistisches Programm der Europäischen Gemeinschaften (1989-1992) (ABl. Nr. C 161 vom 28. 6. 1989, S. 1).

Beschluß 91/116/EWG des Rates vom 25. Februar 1991 zur Einsetzung eines Europäischen Beratenden Ausschusses für statistische Informationen im Wirtschafts- und Sozialbereich (ABl. Nr. L 59 vom 6. 3. 1991, S. 21).

Veranschlagt sind die Mittel für die sektorbezogenen statistischen Programme betreffend das Funktionieren der Gemeinschaft:

— Statistiken über die finanziellen Ressourcen der Gemeinschaft,

— Statistiken über die Informationspolitik.

Sie decken ebenfalls Zuschüsse, vertragliche Ausgaben oder Erstattungen für im Rahmen der Gemeinschaftspolitiken erbrachte Leistungen.

Bei diesem Artikel sind ebenfalls veranschlagt die Ausgaben für den Ankauf von Daten und den Zugang der Dienste der Kommission zu den externen Datenbanken.

Unter anderem sind diese Mittel bestimmt zur Deckung der Ausgaben für die Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten im Rahmen von Kontakten mit den nationalen Instituten und Studienzentren für die Ausbildung der für die Durchführung des Programms erforderlichen Fachleute. Diese Ausgaben werden von den Mitgliedstaaten und der Kommission kofinanziert.

Bei diesem Artikel sind ebenfalls die auf Antrag der Kommission oder anderer Gemeinschaftsorgane zu erstellenden statistischen Erhebungen zur Schätzung, Überwachung und Bewertung der Gemeinschaftsausgaben veranschlagt. Auf diese Art und Weise werden die Voraussetzungen für die Durchführung der Finanzierungspolitik und der Haushaltspolitik (Erstellung des Haushaltsplans, regelmäßige Revision der finanziellen Vorausschau) verbessert, und mittel- und langfristig werden die erforderlichen Daten zur Finanzierung der Gemeinschaft nach 1992 zusammengetragen.

KOMMISSION

Teileinzelplan B5
(Verbraucher, Binnenmarkt, Industrie und Innovation)

KAPITEL B5-6 0 — POLITIK AUF DEM GEBIET DER STATISTISCHEN INFORMATION IM ZUSAMMENHANG MIT DER VOLLENDUNG DES BINNENMARKTES UND DEN FLANKIERENDEN MASSNAHMEN ZUR POLITIK DER GEMEINSCHAFT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B5-6 0 2	*(Fortsetzung)*						
B5-6 0 3	***Maßnahmen im Zusammenhang mit den sektorbezogenen statistischen Programmen betreffend das Funktionieren der Gemeinschaftsorgane***						
	Getrennte Mittel	2 368 000	1 000 000	2 115 000	2 115 000	1 887 558,—	2 285 827,21
	(Unterstützungsausgaben)	*(885 000)*	*(885 000)*	*(885 000)*	*(885 000)*	*(1 110 364,—)*	*(1 110 364,—)*

KOMMISSION

Teileinzelplan B5

(Verbraucher, Binnenmarkt, Industrie und Innovation)

KAPITEL B5-6 0 — POLITIK AUF DEM GEBIET DER STATISTISCHEN INFORMATION IM ZUSAMMENHANG MIT DER VOLLENDUNG DES BINNENMARKTES UND DEN FLANKIERENDEN MASSNAHMEN ZUR POLITIK DER GEMEINSCHAFT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B5-6 0 2	*(Fortsetzung)*

Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 4 200 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind	4 126 465	2 656 000	1 470 465			
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	3 018 000	462 000	2 556 000			
Mittel 1992	4 200 000		173 535	4 026 465		
Insgesamt	11 344 465	3 118 000	4 200 000	4 026 465		

Der Betrag der wiederzuverwendenden Einnahmen wird auf 700 000 ECU geschätzt.

B5-6 0 3

Unter Berücksichtigung der in Artikel B8-5 9 3 eingesetzten Mittel beläuft sich der Gesamtbetrag für diese Maßnahmen auf 3 253 000 ECU für Verpflichtungsermächtigungen und 1 885 000 ECU für Zahlungsermächtigungen (1991: 3 000 000 ECU).

Vetrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, insbesondere Artikel 5, 213 und 235.

Beschluß 81/1061/Euratom, EGKS, EWG des Rates vom 15. Dezember 1981 zur Änderung des Verfahrens zur Angleichung der Dienstbezüge der Beamten und sonstigen Bediensteten der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 386 vom 31. 12. 1981, S. 6).

Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 3019/87 des Rates vom 5. Oktober 1987 über Sondervorschriften für Beamte der Europäischen Gemeinschaften, die in einem Drittland Dienst tun (ABl. Nr. L 286 vom 9. 10. 1987, S. 3).

Entschließung des Rates vom 19. Juni 1989 über die Durchführung eines Plans für prioritäre Maßnahmen im Bereich der statistischen Information: Statistisches Programm der Europäischen Gemeinschaften (1989-1992) (ABl. Nr. C 161 vom 28. 6. 1989, S. 1).

Beschluß 91/116/EWG des Rates vom 25. Februar 1991 zur Einsetzung eines Europäischen Beratenden Ausschusses für statistische Informationen im Wirtschafts- und Sozialbereich (ABl. Nr. L 59 vom 6. 3. 1991, S. 21).

Veranschlagt sind die Mittel für die das Funktionieren der Gemeinschaftsorgane betreffenden sektorbezogenen statistischen Programme:

— Statistiken betreffend die Infrastruktur und das Funktionieren des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaften,

— Personalverwaltung.

Sie decken ebenfalls Zuschüsse, vertragliche Ausgaben oder Erstattungen für im Rahmen der Gemeinschaftspolitiken erbrachte Leistungen.

Bei diesem Artikel sind ebenfalls veranschlagt sämtliche Arbeiten für die Informatisierung der sektoralen Anwendungen sowie für Dienstleistungen von allgemeinem Interesse: für letztere wird weitgehend der Bereich der neuen Technologien und Arbeiten im Rahmen der Normung in Anspruch genommen; sie betreffen die Sammlung und Verteilung von statistischer Information, die Automatisierung der Erstellung statistischer Berichte (rechnerunterstützte Veröffentlichung), neue Methoden der Analyse und statistischen Verarbeitung. Diese spezifischen, nicht komprimierbaren Rechnungsvorgänge können nicht zu Lasten von Teil A des Ausgabenplans des vorliegenden Einzelplans veranschlagt werden. Zuschüsse, vertragliche Ausgaben oder Ausgaben zur Vergütung von Dienstleistungen im Rahmen der Anpassung der Bezüge der Beamten und sonstigen Bediensteten der Gemeinschaften.

Diese Mittel decken unter anderem die im Rahmen der Kenntnis der Indikatoren im Zusammenhang mit dem Berichtigungskoeffizienten in den Mitgliedstaaten und Drittländern in Anwendung der Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 3019/87 des Rates bewilligten Kosten.

KOMMISSION

Teileinzelplan B5
(Verbraucher, Binnenmarkt, Industrie und Innovation)

KAPITEL B5-6 0 — POLITIK AUF DEM GEBIET DER STATISTISCHEN INFORMATION IM ZUSAMMENHANG MIT DER VOLLENDUNG DES BINNENMARKTES UND DEN FLANKIERENDEN MASSNAHMEN ZUR POLITIK DER GEMEINSCHAFT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B5-6 0 3	*(Fortsetzung)*						

KOMMISSION

Teileinzelplan B5
(Verbraucher, Binnenmarkt, Industrie und Innovation)

KAPITEL B5-6 0 — POLITIK AUF DEM GEBIET DER STATISTISCHEN INFORMATION IM ZUSAMMENHANG MIT DER VOLLENDUNG DES BINNENMARKTES UND DEN FLANKIERENDEN MASSNAHMEN ZUR POLITIK DER GEMEINSCHAFT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B5-6 0 3	*(Fortsetzung)* Bei diesem Artikel sind ferner eingesetzt die auf Antrag der Kommission oder anderer Gemeinschaftsorgane zu erstellenden statistischen Erhebungen zur Schätzung, Überwachung und Bewertung der Gemeinschaftsausgaben. Auf diese Art und Weise werden die Voraussetzungen für die Durchführung der Finanzierungspolitik und der Haushaltspolitik (Erstellung des Haushaltsplans, regelmäßige Revision der finanziellen Vorausschau) verbessert, und mittelfristig werden die erforderlichen Daten zur Finanzierung der Gemeinschaft nach 1992 zusammengetragen.

KOMMISSION

Teileinzelplan B5
(Verbraucher, Binnenmarkt, Industrie und Innovation)

KAPITEL B5-6 0 — POLITIK AUF DEM GEBIET DER STATISTISCHEN INFORMATION IM ZUSAMMENHANG MIT DER VOLLENDUNG DES BINNENMARKTES UND DEN FLANKIERENDEN MASSNAHMEN ZUR POLITIK DER GEMEINSCHAFT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B5-6 0 3	*(Fortsetzung)*						
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	36 368 000	31 600 000	30 583 000	27 783 000	23 393 752,—	13 548 598,36
	KAPITEL B5-6 0 INSGESAMT	36 368 000 *(10 635 000)*	31 600 000 *(10 635 000)*	30 583 000 *(11 817 000)*	27 783 000 *(11 817 000)*	23 393 752,— *(12 472 784,18)*	13 548 598,36 *(12 472 784,18)*
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	36 368 000	31 600 000	30 583 000	27 783 000	23 393 752,—	13 548 598,36
	Titel B5-6 insgesamt	**36 368 000** *(10 635 000)*	**31 600 000** *(10 635 000)*	**30 583 000** *(11 817 000)*	**27 783 000** *(11 817 000)*	**23 393 752,—** *(12 472 784,18)*	**13 548 598,36** *(12 472 784,18)*
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt	80 446 000	80 446 000	75 036 000	75 036 000	65 027 478,52	65 027 478,52
	Getrennte Mittel insgesamt	200 889 000	170 278 000	171 186 000	121 471 000	153 159 053,50	105 400 690,64
	Teileinzelplan B5 insgesamt	**281 335 000** *(70 934 000)*	**250 724 000** *(70 934 000)*	**246 222 000** *(76 849 000)*	**196 507 000** *(76 849 000)*	**218 186 532,02** *(56 264 927,37)*	**170 428 169,16** *(56 264 927,37)*

KOMMISSION

Teileinzelplan B5
(Verbraucher, Binnenmarkt, Industrie und Innovation)

KAPITEL B5-60 — POLITIK AUF DEM GEBIET DER STATISTISCHEN INFORMATION IM ZUSAMMENHANG MIT DER VOLLENDUNG DES BINNENMARKTES UND DEN FLANKIERENDEN MASSNAHMEN ZUR POLITIK DER GEMEINSCHAFT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B5-603	*(Fortsetzung)* Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 2 368 000 ECU. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind	803 486	803 486				
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	2 115 000	1 311 514	784 000	19 486		
Mittel 1992	2 368 000		216 000	2 152 000		
Insgesamt	5 286 486	2 115 000	1 000 000	2 171 486		

KOMMISSION
Teil B

TEILEINZELPLAN B6

FORSCHUNG UND TECHNOLOGISCHE ENTWICKLUNG

KOMMISSION

Teileinzelplan B6

(Forschung und technologische Entwicklung)

Zusammenfassung der Mittel (1992 und 1991) und der Ausgaben (1990)

Titel Kapitel	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B6-1	**GEMEINSAME FORSCHUNGSSTELLE — PERSONAL UND DURCHFÜHRUNGSMITTEL**						
B6-1 1	PERSONAL	155 856 000	155 856 000	143 000 000	143 000 000	137 897 114,07	138 597 395,05
B6-1 2	DURCHFÜHRUNGSMITTEL	48 097 000	46 604 551	46 417 374	46 146 371	55 994 803,42	56 362 948,39
	Titel B6-1 insgesamt	**203 953 000**	**202 460 551**	**189 417 374**	**189 146 371**	**193 891 917,49**	**194 960 343,44**
B6-3	**GEMEINSAME FORSCHUNGSSTELLE — DIREKTE OPERATIONELLE MITTEL RAHMENPROGRAMM 1990-1994**						
B6-3 1	GRUNDLEGENDE TECHNOLOGIEN	7 589 000	2 277 000				
B6-3 2	SCHONENDE NUTZUNG NATÜRLICHER RESSOURCEN	23 341 000	7 003 000				
B6-3 3	NUTZUNG GEISTIGER RESSOURCEN	5 598 000	5 598 000				
B6-3 5	EXPLORATORISCHE FORSCHUNG	841 000	253 000				
	Titel B6-3 insgesamt	**37 369 000**	**15 131 000**				
B6-4	**GEMEINSAME FORSCHUNGSSTELLE — DIREKTE OPERATIONELLE MITTEL — FLANKIERENDE UND UNTERSTÜTZENDE MASSNAHMEN FÜR DIE RAHMENPROGRAMME 1987-1991 UND 1990-1994**						
B6-4 1	ABSCHLUSS DER FRÜHEREN GEMEINSAMEN PROGRAMME	p.m.	15 945 000	29 927 949	39 638 585	27 061 406,81	38 984 318,98
B6-4 2	UNTERSTÜTZUNG DER KOMMISSIONSDIENSTSTELLEN	20 000 000	18 000 000	16 419 560	13 505 303	10 116 477,90	12 754 030,90
B6-4 3	DIENSTLEISTUNGEN FÜR RECHNUNG DRITTER	p.m.	1 016 000	1 229 117	1 803 741	4 648 897,45	3 414 984,81
B6-4 4	BETRIEB DES HOCHFLUSSREAKTORS	p.m.	p.m.	p.m.	1 000 000	1 532 974,32	1 288 414,53
	Titel B6-4 insgesamt	**20 000 000**	**34 961 000**	**47 576 626**	**55 947 629**	**43 359 756,48**	**56 441 749,22**

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

Zusammenfassung der Mittel (1992 und 1991) und der Ausgaben (1990) *(Fortsetzung)*

Titel Kapitel	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B6-5	**INDIREKTE AKTIONEN (AKTIONEN AUF KOSTENTEILUNGSBASIS) UND KONZERTIERTE AKTIONEN — RAHMENPROGRAMM 1987-1991**						
B6-5 1	LEBENSQUALITÄT	5 700 000	51 700 000	61 922 438	65 000 000	106 724 569,90	57 430 147,68
B6-5 2	IN RICHTUNG AUF EINEN GROSSEN MARKT UND EINE INFORMATIONS- UND KOMMUNIKATIONSGESELLSCHAFT	90 100 000	409 138 470	358 370 000	502 031 000	603 536 952,15	533 448 262,46
B6-5 3	MODERNISIERUNG DER INDUSTRIEZWEIGE	48 600 000	162 800 000	255 962 765	212 095 000	187 123 055,04	128 322 992,99
B6-5 4	ERSCHLIESSUNG UND NUTZUNG DER BIOLOGISCHEN RESSOURCEN	10 800 000	68 700 000	133 301 370	78 700 000	85 389 855,66	39 585 461,03
B6-5 5	ENERGIE	49 300 000	127 802 483	202 252 556	247 600 000	333 379 119,46	284 755 447,18
B6-5 6	WISSENSCHAFT UND TECHNIK IM DIENSTE DER ENTWICKLUNG	p.m.	9 800 000	7 113 502	17 000 000	13 884 711,85	17 615 768,27
B6-5 7	NUTZUNG DES MEERESBODENS UND DER MEERESRESSOURCEN	3 400 000	18 500 000	23 504 328	23 400 000	42 282 663,75	18 305 093,02
B6-5 8	VERBESSERUNG DER EUROPÄISCHEN ZUSAMMENARBEIT IN WISSENSCHAFT UND TECHNIK	35 000 000	64 817 517	87 264 169	69 800 000	68 020 773,56	58 185 150,28
	Titel B6-5 insgesamt	**242 900 000**	**913 258 470**	**1 129 691 128**	**1 215 626 000**	**1 440 341 701,37**	**1 137 648 322,91**
B6-6	**INDIREKTE AKTIONEN (AKTIONEN AUF KOSTENTEILUNGSBASIS), KONZERTIERTE AKTIONEN UND ERGÄNZENDE PROGRAMME — RAHMENPROGRAMM 1990-1994**						
B6-6 1	GRUNDLEGENDE TECHNOLOGIEN	998 689 000	334 665 000	2 000 000	2 000 000		
B6-6 2	BEWIRTSCHAFTUNG DER NATÜRLICHEN RESSOURCEN	671 298 000	211 120 000	15 000 000	2 000 000		
B6-6 3	VALORISIERUNG DER INTELLEKTUELLEN RESSOURCEN	180 679 000	51 600 000	p.m.	p.m.		
	Titel B6-6 insgesamt	**1 850 666 000**	**597 385 000**	**17 000 000**	**4 000 000**		

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

Zusammenfassung der Mittel (1992 und 1991) und der Ausgaben (1990) *(Fortsetzung)*

Titel Kapitel	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B6-7	**AKTIONEN ZUR VERBREITUNG UND VERWERTUNG DER ERGEBNISSE — RAHMENPROGRAMM 1990-1994**						
B6-7 1	VERBREITUNG UND VERWERTUNG DER ERGEBNISSE	30 000 000	8 425 000	p.m.	p.m.		
	Titel B6-7 insgesamt	**30 000 000**	**8 425 000**	**p.m.**	**p.m.**		
B6-8	**TÄTIGKEITEN ZUR FLANKIERUNG UND UNTERSTÜTZUNG DER RAHMENPROGRAMME 1987-1991 UND 1990-1994**						
B6-8 0	UNTERSTÜTZUNG DER WISSENSCHAFTS- UND TECHNOLOGIEPOLITIK	5 412 000	4 300 000	4 650 000	4 500 000	23 855 379,63	15 616 106,27
B6-8 1	UNTERSTÜTZUNG DER ÜBRIGEN POLITIK	68 700 000	57 100 000	46 300 000	32 590 000	15 327 852,31	5 033 959,58
B6-8 2	INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT	107 000 000	69 200 000	43 000 000	25 270 000	28 976 456,71	19 707 485,28
B6-8 3	PILOTVORHABEN IM INDUSTRIELLEN BEREICH	49 000 000	22 000 000				
	Titel B6-8 insgesamt	**230 112 000**	**152 600 000**	**93 950 000**	**62 360 000**	**68 159 688,65**	**40 357 551,13**
	***Teileinzelplan* B6 insgesamt**	**2 615 000 000**	**1 924 221 021**	**1 485 337 459**	**1 532 954 079**	**1 745 753 063,99**	**1 429 407 966,70**

KOMMISSION
Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

TITEL B6-1

GEMEINSAME FORSCHUNGSSTELLE — PERSONAL UND DURCHFÜHRUNGSMITTEL

KAPITEL B6-1 1 — PERSONAL

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
	KAPITEL B6-1 1						
B6-1 1 1	***Ausgaben für die mit der Institution verbundenen Personen*** Getrennte Mittel	155 856 000	155 856 000	143 000 000	143 000 000	137 897 114,07	138 597 395,05

KOMMISSION

Teileinzelplan B6

(Forschung und technologische Entwicklung)

TITEL B6-1

GEMEINSAME FORSCHUNGSSTELLE — PERSONAL UND DURCHFÜHRUNGSMITTEL

KAPITEL B6-1 1 — PERSONAL

Artikel Posten	Erläuterungen
	Die Mittel des Teileinzelplans B6 decken nicht nur die Interventionsausgaben und die Ausgaben für ständiges Personal, sondern auch sonstige Personalausgaben, Ausgaben für Unternehmensverträge, Infrastrukturausgaben, Ausgaben für Information und Veröffentlichungen sowie die für die Aktionen im Bereich Forschung und technologische Entwicklung erforderlichen Verwaltungsausgaben. Die unter den Titeln B6-1 bis B6-4 dieses Einzelplans wiederzuverwendenden Einnahmen (gemäß Artikel 27 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1)), werden mit 6 000 000 ECU veranschlagt.
B6-1 1 1	Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, insbesondere Artikel 130 K. Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft, insbesondere Artikel 7 und 8. Vorschlag für eine Entscheidung des Rates, von der Kommission vorgelegt am 31. Juli 1991, zur Festlegung der von der Gemeinsamen Forschungsstelle für die Europäische Atomgemeinschaft durchzuführenden spezifischen Forschungsprogramme (1992-1994) (ABl. Nr. C 234 vom 7. 9. 1991, S. 15). Diese Mittel sollen die Ausgaben für das Personal entsprechend dem Stellenplan der Gemeinsamen Forschungsstelle decken. Da der tatsächliche Personalbestand die statistischen Zahlen unterschreitet (was sich beim Betrieb eines Forschungszentrums nicht vermeiden läßt), können mit diesen Mitteln auch Ausgaben für wissenschaftliche Besucher, Stipendiaten und das abgestellte Personal bezuschußt werden. Das Personal wird zur Erledigung der der Gemeinsamen Forschungsstelle übertragenen Aufgaben eingesetzt, insbesondere für — die Durchführung der spezifischen Programme im Sinne des Artikels 130 K des EWG-Vetrags und des Artikels 7 des Euratom-Vertrags (auf der Grundlage des Rahmenprogramms der Forschung und technologischen Entwicklung 1992-1994); — exploratorische Forschung; — die notwendigen Tätigkeiten zur Durchführung der Arbeiten, die der Gemeinsamen Forschungsstelle von anderen Diensten der Kommission übertragen werden (insbesondere aufgrund von Artikel 8 des Euratom-Vertrags); — die notwendigen Tätigkeiten zur Durchführung der von „Dritten" der Gemeinsamen Forschungsstelle übertragenen Arbeiten, einschließlich des Betriebs des HFR (High-flux reactor). Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen sollen in diesem Haushaltsjahr vollständig bezahlt werden. Die Personalausgaben für die Durchführung des Rahmenprogramms werden auf 105 076 000 ECU veranschlagt, die für die übrigen Tätigkeiten der Gemeinsamen Forschungsstelle auf 50 780 000 ECU. Was das für Dritte, einschließlich den Betrieb des HFR-Reaktors, eingesetzte Personal betrifft, so muß berücksichtigt werden, daß diese Ausgaben in Höhe der Einnahmen zurückerstattet werden. Durch diese Rückerstattung (nähere Erläuterungen siehe Posten 6 2 2 0 und 6 2 2 2 des Einnahmenplans) verringern sich die für die Finanzierung der Gemeinsamen Forschungsstelle benötigten Eigenmittel.

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-1 1 — PERSONAL *(Fortsetzung)*

KAPITEL B6-1 2 — DURCHFÜHRUNGSMITTEL

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B6-1 1 1	*(Fortsetzung)*						
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	155 856 000	155 856 000	143 000 000	143 000 000	137 897 114,07	138 597 395,05
	KAPITEL B6-1 1 INSGESAMT	155 856 000	155 856 000	143 000 000	143 000 000	137 897 114,07	138 597 395,05
	KAPITEL B6-1 2						
B6-1 2 1	***Administrative und technische Infrastruktur*** Getrennte Mittel	26 370 200	25 005 000	24 523 825	25 115 650	29 664 362,20	28 146 488,68

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-1 1 — PERSONAL *(Fortsetzung)*

KAPITEL B6-1 2 — DURCHFÜHRUNGSMITTEL

Artikel Posten	Erläuterungen
B6-1 1 1	*(Fortsetzung)*

Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 155 856 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind	4 086 240	4 086 240	p.m.			
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	143 000 000	138 913 760	4 086 240			
Mittel 1992	155 856 000		151 769 760	4 086 240		
Insgesamt	302 942 240	143 000 000	155 856 000	4 086 240		

B6-1 2 1

Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, insbesondere Artikel 130 K.

Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft, insbesondere Artikel 7 und 8.

Vorschlag für eine Entscheidung des Rates, von der Kommission vorgelegt am 31. Juli 1991, zur Festlegung der von der Gemeinsamen Forschungsstelle für die Europäische Atomgemeinschaft durchzuführenden spezifischen Forschungsprogramme (1992-1994) (ABl. Nr. C 234 vom 7. 9. 1991, S. 15).

Dieser Artikel deckt alle Ausgaben für die administrative und technische Infrastruktur, einschließlich der Ausgaben der Generaldirektion der Gemeinsamen Forschungsstelle, die zur Unterstützung ihrer Institute getätigt wurden.

Diese Mittel sollen auch die spezifischen Ausgaben der betreffenden Einheiten der Standorte Geel, Ispra, Karlsruhe und Petten, einschließlich der Ausgaben der zwischen Brüssel und Ispra aufgeteilten Generaldirektion der GFS decken (Käufe jeglicher Art und Verträge).

Die Aufteilung der administrativen und technischen Infrastruktur auf die verschiedenen Tätigkeiten der GFS (Rahmenprogramm, wissenschaftliche und technische Unterstützung der Kommission, Dienstleistungen für Rechnung Dritter usw.) ist in der Übersicht in Anlage I dieses Teils des Ausgabenplans von vorliegendem Einzelplan des Gesamthaushaltsplans dargestellt. Diese Aufteilung wird proportional auf das Personal angewandt, das theoretisch in der Forschung arbeitet (das eigentliche Forschungspersonal sowie das für wissenschaftliche und technische Unterstützungsarbeiten eingesetzte Personal).

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-1 2 — DURCHFÜHRUNGSMITTEL *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B6-1 2 1	*(Fortsetzung)*						
B6-1 2 2	***Wissenschaftliche Unterstützungsmaßnahmen*** Getrennte Mittel	21 726 800	21 599 551	20 559 749	19 552 441	26 330 441,22 (1)	28 216 459,71 (1)

(1) Gemeinsamer Betrag bei den Artikelen B6-1 2 2 und B6-1 2 3.

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-1 2 — DURCHFÜHRUNGSMITTEL *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B6-1 2 1	*(Fortsetzung)* Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 26 370 200 ECU. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind	13 987 680	6 993 840	5 245 380	1 748 460		
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	24 523 825	18 121 810	4 801 511	960 302	640 202	
Mittel 1992	26 370 200		14 958 109	8 483 618	1 757 084	1 171 389
Insgesamt	64 881 705	25 115 650	25 005 000	11 192 380	2 397 286	1 171 389

Die Ausgaben im Rahmen dieses Artikels für die verschiedenen Tätigkeiten für Rechnung Dritter werden — gegebenenfalls auf mehrere Haushaltsjahre verteilt — in Höhe der Einnahmen erstattet. Durch die Erstattungen (nähere Erläuterungen siehe Posten 6 2 2 0 und 6 2 2 2 des Einnahmenplans) verringern sich die für die Finanzierung der Gemeinsamen Forschungsstelle benötigten Eigenmittel.

B6-1 2 2

Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, insbesondere Artikel 130 K.

Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft, insbesondere Artikel 7 und 8.

Vorschlag für eine Entscheidung des Rates, von der Kommission vorgelegt am 31. Juli 1991, zur Festlegung der von der Gemeinsamen Forschungsstelle für die Europäische Atomgemeinschaft durchzuführenden spezifischen Forschungsprogramme (1992-1994) (ABl. Nr. C 234 vom 7. 9. 1991, S. 15).

Dieser Artikel deckt alle Ausgaben für die wissenschaftlichen und technischen Unterstützungsmaßnahmen zugunsten der Institute der Gemeinsamen Forschungsstelle (GFS) (Arbeitsräume, Rechenzentrum, Unterstützung im nuklearen Bereich, Bestrahlungsanlagen (Reaktoren, Zyklotron, Teilchenbeschleuniger), heiße Zellen, Studienbüros, Geschäfte usw.), einschließlich der Ausgaben, die unmittelbar mit der Tätigkeit der wissenschaftlichen Abteilungen verbunden sind.

Die vorgesehene Inanspruchnahme dieser wissenschaftlichen und technischen Unterstützungsmaßnahmen auf dem Weg über die betreffenden Tätigkeiten der GFS (Rahmenprogramm, wissenschaftliche und technische Unterstützung der Kommission, Dienstleistungen für Rechnung Dritter usw.) ist in der Übersicht in Anlage I dieses Teils des Ausgabenplans von vorliegendem Einzelplan des Gesamthaushaltsplans dargestellt.

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-1 2 — DURCHFÜHRUNGSMITTEL *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B6-1 2 2	*(Fortsetzung)*						
B6-1 2 3	***Großanlagen*** Getrennte Mittel	p.m.	p.m.	1 333 800	1 478 280		

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-1 2 — DURCHFÜHRUNGSMITTEL *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen

B6-1 2 2 *(Fortsetzung)*

Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 21 726 800 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind	5 326 034	2 663 017	1 997 263	665 754		
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	21 893 549	18 367 704	2 644 383	528 877	352 585	
Mittel 1992	21 726 800		16 957 905	3 523 235	975 895	269 765
Insgesamt	48 946 383	21 030 721	21 599 551	4 717 866	1 328 480	269 765

Die Ausgaben im Rahmen dieses Artikels für die verschiedenen Tätigkeiten für Rechnung Dritter werden — gegebenenfalls über mehrere Haushaltsjahre verteilt — in Höhe der Einnahmen erstattet. Durch die Erstattungen (nähere Erläuterungen siehe Posten 6 2 2 0 und 6 2 2 2 des Einnahmenplans) verringern sich die für die Finanzierung der Gemeinsamen Forschungsstelle benötigten Eigenmittel.

B6-1 2 3 *Neuer Artikel*

Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, insbesondere Artikel 130 K.

Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft, insbesondere Artikel 7 und 8.

Entschließung des Rates vom 29. Juni 1988 über die künftigen Tätigkeiten der Gemeinsamen Forschungsstelle (GFS) (ABl. Nr. C 197 vom 27. 7. 1988, S. 4).

Entscheidung 88/521/EWG des Rates vom 14. Oktober 1988 über die von der Gemeinsamen Forschungsstelle für die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft durchzuführenden spezifischen Forschungsprogramme (1988-1991) (ABl. Nr. L 286 vom 20. 10. 1988, S. 29).

Entscheidung 88/522/Euratom des Rates vom 14. Oktober 1988 über die von der Gemeinsamen Forschungsstelle für die Europäische Atomgemeinschaft durchzuführenden spezifischen Forschungsprogramme (1988-1991) (ABl. Nr. L 286 vom 20. 10. 1988, S. 33).

Entscheidung 88/523/Euratom des Rates vom 14. Oktober 1988 über ein von der Gemeinsamen Forschungsstelle für die Europäische Atomgemeinschaft durchzuführendes ergänzendes Forschungsprogramm (ABl. Nr. L 286 vom 20. 10. 1988, S. 37).

Dieser Artikel deckte 1991 die Ausgaben für den HFR-Reaktor (High-flux reactor) im Rahmen der in dieser Anlage durchgeführten Versuche im Zusammenhang mit den Zielsetzungen des Rahmenprogramms (vormals Kapitel B6-2 5) und den Tätigkeiten für die Rechnung Dritter in Kapitel B6-4 3.

Diese Großanlage ist außerdem Gegenstand eines in Kapitel B6-4 4 aufgenommenen Zusatzprogramms (verbunden mit einer Dienstleistung für die Rechnung Dritter).

Die vorgeschlagene Nutzung dieser Großanlage auf dem Weg über die betreffenden Tätigkeiten der Gemeinsamen Forschungsstelle (GFS) (Rahmenprogramm, wissenschaftliche und technische Unterstützung der Kommission, Dienstleistungen für Rechnung Dritter usw.) ist in der Übersicht in Anlage I dieses Teils des Ausgabenplans von vorliegendem Einzelplan dargestellt.

Die Ausgaben im Rahmen dieses Artikels für die verschiedenen Tätigkeiten für Rechnung Dritter würden — gegebenenfalls über mehrere Haushaltsjahre verteilt — in Höhe der Einnahmen erstattet. Durch die Erstattungen (nähere Erläuterungen siehe Posten 6 2 2 0 und 6 2 2 2 des Einnahmenplans) verringern sich die für die Finanzierung der Gemeinsamen Forschungsstelle benötigten Eigenmittel.

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-1 2 — DURCHFÜHRUNGSMITTEL *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B6-1 2 3	*(Fortsetzung)*						
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	48 097 000	46 604 551	46 417 374	46 146 371	55 994 803,42	56 362 948,39
	KAPITEL B6-1 2 INSGESAMT	48 097 000	46 604 551	46 417 374	46 146 371	55 994 803,42	56 362 948,39
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	203 953 000	202 460 551	189 417 374	189 146 371	193 891 917,49	194 960 343,44
	Titel B6-1 insgesamt	**203 953 000**	**202 460 551**	**189 417 374**	**189 146 371**	**193 891 917,49**	**194 960 343,44**

KOMMISSION
Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-1 2 — DURCHFÜHRUNGSMITTEL *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B6-1 2 3	*(Fortsetzung)* Für 1992 bewilligte Verpflichtungsermächtigungen: p.m.

KOMMISSION
Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

TITEL B6-3

GEMEINSAME FORSCHUNGSSTELLE — DIREKTE OPERATIONELLE MITTEL RAHMENPROGRAMM 1990-1994

KAPITEL B6-3 1 — GRUNDLEGENDE TECHNOLOGIEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
	KAPITEL B6-3 1						
B6-3 1 2	***Industrie- und Werkstofftechnologien***						
B6-3 1 2 1	Industrie- und Werkstofftechnologien Getrennte Mittel	3 560 000	1 068 000				
B6-3 1 2 2	Messungen und Prüfungen Getrennte Mittel	4 029 000	1 209 000				

KOMMISSION
Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

TITEL B6-3

GEMEINSAME FORSCHUNGSSTELLE — DIREKTE OPERATIONELLE MITTEL RAHMENPROGRAMM 1990-1994

KAPITEL B6-3 1 — GRUNDLEGENDE TECHNOLOGIEN

Artikel Posten	Erläuterungen
B6-3 1 2	
B6-3 1 2 1	*Neuer Posten* Vorschlag für eine Entscheidung des Rates, von der Kommission vorgelegt am 31. Juli 1991, zur Festlegung der von der Gemeinsamen Forschungsstelle für die Europäische Atomgemeinschaft durchzuführenden spezifischen Forschungsprogramme (1992-1994) (ABl. Nr. C 234 vom 7. 9. 1991, S. 15). Der Posten deckt die Forschungstätigkeiten der Gemeinsamen Forschungsstelle auf den Gebieten Wissenschaft und Technik der Fertigungsindustrien und der fortgeschrittenen Materialien mit folgenden zwei Schwerpunkten: fortgeschrittene Materialien und Umgebung am Arbeitsplatz. Diese Mittel sind veranschlagt für die spezifischen Ausgaben für die betreffenden Forschungsarbeiten (Käufe jeglicher Art und Verträge). Die Übersicht in Anlage I dieses Teils des Ausgabenplans von vorliegendem Einzelplan des Gesamthaushaltsplans gibt an, welche verschiedenen Mittel für die Durchführung dieser Forschungstätigkeiten (Personal, verschiedene Durchführungsmittel und operationelle Mittel) veranschlagt werden. Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 3 560 000 ECU. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind						
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991						
Mittel 1992	3 560 000		1 068 000	1 869 000	373 800	249 200
Insgesamt	3 560 000		1 068 000	1 869 000	373 800	249 200

B6-3 1 2 2	*Neuer Posten* Vorschlag für eine Entscheidung des Rates, von der Kommission vorgelegt am 31. Juli 1991, zur Festlegung der von der Gemeinsamen Forschungsstelle für die Europäische Atomgemeinschaft durchzuführenden spezifischen Forschungsprogramme (1992-1994) (ABl. Nr. C 234 vom 7. 9. 1991, S. 15). Die Mittel decken die Forschungstätigkeiten der Gemeinsamen Forschungsstelle auf den Gebieten der Fertigungsindustrien und der Meßverfahren und Referenzmaterialien mit folgenden zwei Schwerpunkten: — Messungen und Referenzmaterialien, — Zuverlässigkeit von Konstruktionen und erneuerbare Energien. Dieser Posten ist für die spezifischen Ausgaben der betreffenden Forschungsarbeiten (Käufe jeglicher Art und Verträge) bestimmt.

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-3 1 — GRUNDLEGENDE TECHNOLOGIEN *(Fortsetzung)*

KAPITEL B6-3 2 — SCHONENDE NUTZUNG NATÜRLICHER RESSOURCEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B6-3 1 2	*(Fortsetzung)*						
B6-3 1 2 2	*(Fortsetzung)*						
	Artikel B6-3 1 2 insgesamt	7 589 000	2 277 000				
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	7 589 000	2 277 000				
	KAPITEL B6-3 1 INSGESAMT	7 589 000	2 277 000				
	KAPITEL B6-3 2						
B6-3 2 1	***Umwelt***						
B6-3 2 1 1	Umwelt Getrennte Mittel	9 134 000	2 740 000				

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-3 1 — GRUNDLEGENDE TECHNOLOGIEN *(Fortsetzung)*

KAPITEL B6-3 2 — SCHONENDE NUTZUNG NATÜRLICHER RESSOURCEN

Artikel Posten	Erläuterungen
B6-3 1 2	*(Fortsetzung)*
B6-3 1 2 2	*(Fortsetzung)* Die Übersicht in Anlage I dieses Teils des Ausgabenplans von vorliegendem Einzelplan des Gesamthaushaltsplans gibt an, welche verschiedenen Mittel für die Durchführung dieser Forschungstätigkeiten (Personal, verschiedene Durchführungsmittel und operationelle Mittel) veranschlagt werden. Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 4 029 000 ECU. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind						
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991						
Mittel 1992	4 029 000		1 209 000	2 115 000	423 000	282 000
Insgesamt	4 029 000		1 209 000	2 115 000	423 000	282 000

B6-3 2 1	
B6-3 2 1 1	*Neuer Posten* Vorschlag für eine Entscheidung des Rates, von der Kommission vorgelegt am 31. Juli 1991, zur Festsetzung der von der Gemeinsamen Forschungsstelle für die Europäische Atomgemeinschaft durchzuführenden spezifischen Forschungsprogramme (1992-1994) (ABl. Nr. C 234 vom 7. 9. 1991, S. 15). Der Posten deckt die Forschungstätigkeiten der Gemeinsamen Forschungsstelle auf dem Gebiet der Umwelt mit folgenden drei Schwerpunkten: — *Umweltschutz,*

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-3 2 — SCHONENDE NUTZUNG NATÜRLICHER RESSOURCEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B6-3 2 1	*(Fortsetzung)*						
B6-3 2 1 1	*(Fortsetzung)*						
	Artikel B6-3 2 1 insgesamt	9 134 000	2 740 000				
B6-3 2 3	***Energie***						
B6-3 2 3 2	Sicherheit der Kernspaltung Getrennte Mittel	12 806 000	3 842 000				

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-3 2 — SCHONENDE NUTZUNG NATÜRLICHER RESSOURCEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B6-3 2 1	*(Fortsetzung)*
B6-3 2 1 1	*(Fortsetzung)*

— Einsatz der Fernerkundungstechnik,

— industrielles Risiko.

Diese Mittel decken die spezifischen Ausgaben für die betreffenden Forschungsarbeiten (Käufe jeglicher Art und Verträge).

Die Übersicht in Anlage I dieses Teils des Ausgabenplans von vorliegendem Einzelplan des Gesamthaushaltsplans gibt an, welche verschiedenen Mittel für die Durchführung dieser Forschungstätigkeiten (Personal, verschiedene Durchführungsmittel und operationelle Mittel) veranschlagt werden.

Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 9 134 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind						
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991						
Mittel 1992	9 134 000		2 740 000	4 795 500	959 100	639 400
Insgesamt	9 134 000		2 740 000	4 795 500	959 100	639 400

B6-3 2 3

B6-3 2 3 2 *Neuer Posten*

Vorschlag für eine Entscheidung des Rates, von der Kommission vorgelegt am 31. Juli 1991, zur Festlegung der von der Gemeinsamen Forschungsstelle für die Europäische Atomgemeinschaft durchzuführenden spezifischen Forschungsprogramme (1992-1994) (ABl. Nr. C 234 vom 7. 9. 1991, S. 15).

Der Posten deckt die Forschungstätigkeiten der Gemeinsamen Forschungsstelle auf den Gebieten Kernspaltung/nukleare Sicherheit mit folgenden vier Schwerpunkten:

— Reaktorsicherheit, einschließlich Aktionen auf Kostenteilungsbasis,

— Bewirtschaftung der radioaktiven Abfälle,

— Sicherheitsüberwachung und Bewirtschaftung der Spaltstoffe,

— Sicherheit der Aktiniden im Nuklearbrennstoffkreislauf.

Diese Mittel sind veranschlagt für die spezifischen Ausgaben für die betreffenden Forschungsarbeiten (Käufe jeglicher Art und Verträge).

Die Übersicht in Anlage I dieses Teils des Ausgabenplans von vorliegendem Einzelplan gibt an, welche verschiedenen Mittel für die Durchführung dieser Forschungstätigkeiten (Personal, verschiedene Durchführungsmittel und operationelle Mittel) veranschlagt werden.

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-3 2 — SCHONENDE NUTZUNG NATÜRLICHER RESSOURCEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B6-3 2 3	*(Fortsetzung)*						
B6-3 2 3 2	*(Fortsetzung)*						
B6-3 2 3 3	Kontrollierte thermonukleare Fusion						
	Getrennte Mittel	1 401 000	421 000				

KOMMISSION
Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-3 2 — SCHONENDE NUTZUNG NATÜRLICHER RESSOURCEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B6-3 2 3	*(Fortsetzung)*
B6-3 2 3 2	*(Fortsetzung)* Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 12 806 000 ECU. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind						
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991						
Mittel 1992	12 806 000		3 842 000	6 723 000	1 344 600	896 400
Insgesamt	12 806 000		3 842 000	6 723 000	1 344 600	896 400

B6-3 2 3 3 *Neuer Posten*

Vorschlag für eine Entscheidung des Rates, von der Kommission vorgelegt am 31. Juli 1991, zur Festlegung der von der Gemeinsamen Forschungsstelle für die Europäische Atomgemeinschaft durchzuführenden spezifischen Forschungsprogramme (1992-1994) (ABl. Nr. C 234 vom 7. 9. 1991, S. 15).

Dieser Posten deckt die Forschungsarbeiten der Gemeinsamen Forschungsstelle im Bereich der kontrollierten thermonuklearen Fusion mit den Schwerpunkten Technologie und Sicherheit der Fusionsreaktoren.

Diese Mittel sind veranschlagt für die spezifischen Ausgaben für die betreffenden Forschungsarbeiten (Käufe jeglicher Art und Verträge).

Die Übersicht in Anlage I dieses Teils des Ausgabenplans von vorliegendem Einzelplan des Gesamthaushaltsplans gibt an, welche verschiedenen Mittel für die Durchführung dieser Forschungstätigkeiten (Personal, verschiedene Durchführungsmittel und operationelle Mittel) veranschlagt werden.

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-3 2 — SCHONENDE NUTZUNG NATÜRLICHER RESSOURCEN *(Fortsetzung)*

KAPITEL B6-3 3 — NUTZUNG GEISTIGER RESSOURCEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B6-3 2 3	*(Fortsetzung)*						
B6-3 2 3 3	*(Fortsetzung)*						
	Artikel B6-3 2 3 insgesamt	14 207 000	4 263 000				
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	23 341 000	7 003 000				
	KAPITEL B6-3 2 INSGESAMT	23 341 000	7 003 000				
	KAPITEL B6-3 3						
B6-3 3 1	***Humankapital und Mobilität*** Getrennte Mittel	5 598 000	5 598 000				

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-3 2 — SCHONENDE NUTZUNG NATÜRLICHER RESSOURCEN *(Fortsetzung)*

KAPITEL B6-3 3 — NUTZUNG GEISTIGER RESSOURCEN

Artikel Posten	Erläuterungen
B6-3 2 3	*(Fortsetzung)*
B6-3 2 3 3	*(Fortsetzung)* Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 1 401 000 ECU. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind						
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991						
Mittel 1992	1 401 000		421 000	735 000	147 000	98 000
Insgesamt	1 401 000		421 000	735 000	147 000	98 000

B6-3 3 1	*Neuer Artikel* Vorschlag für eine Entscheidung des Rates, von der Kommission vorgelegt am 31. Juli 1991, zur Festlegung der von der Gemeinsamen Forschungsstelle für die Europäische Atomgemeinschaft durchzuführenden spezifischen Forschungsprogramme (1992-1994) (ABl. Nr. C 234 vom 7. 9. 1991, S. 15). Dieser Artikel deckt die Tätigkeit der Gemeinsamen Forschungsstelle im Bereich Humankapital und Mobilität (z.B. Aufnahme junger Wissenschaftler in Forschungsteams unter Leitung erfahrener Forscher der Gemeinsamen Forschungsstelle). Es werden ausschließlich fortgeschrittene und zukunftsträchtige Themen behandelt (Spitzentechnologien, Zugang zu Großanlagen ...). Diese Mittel sollen die spezifischen Ausgaben für diese Art von Tätigkeit decken (im wesentlichen Stipendien und Erstattungen zugunsten junger Forscher, Ausgaben für Information und Veröffentlichungen sowie für Dienstreisen junger Forscher). Ferner sind die Ausgaben für Verwaltung (1 Person je Institut) und Unterkunft („bench fees") zu nennen. Für die Unterkunft werden 1 275 000 ECU für Durchführungsmittel sowie die verwaltungsmäßige und technische Infrastruktur eingesetzt.

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-3 3 — NUTZUNG GEISTIGER RESSOURCEN *(Fortsetzung)*

KAPITEL B6-3 5 — EXPLORATORISCHE FORSCHUNG

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B6-3 3 1	*(Fortsetzung)*						
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	5 598 000	5 598 000				
	KAPITEL B6-3 3 INSGESAMT	5 598 000	5 598 000				
	KAPITEL B6-3 5						
B6-3 5 1	***Exploratorische Forschung*** Getrennte Mittel	841 000	253 000				

KOMMISSION
Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-3 3 — NUTZUNG GEISTIGER RESSOURCEN *(Fortsetzung)*

KAPITEL B6-3 5 — EXPLORATORISCHE FORSCHUNG

Artikel Posten	Erläuterungen

B6-3 3 1 *(Fortsetzung)*

In der Übersicht über die Entsprechungen in Anlage I zu diesem Teil der Ausgaben im Rahmen dieses Einzelplans werden die für diese Tätigkeit eingesetzten Mittel (Personal, Durchführungsmittel, operationelle Mittel) aufgeführt.

Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 5 598 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind						
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991						
Mittel 1992	5 598 000		5 598 000			
Insgesamt	5 598 000		5 598 000			

B6-3 5 1 *Neuer Artikel*

Vorschlag für eine Entscheidung des Rates, von der Kommission vorgelegt am 31. Juli 1991, zur Festlegung der von der Gemeinsamen Forschungsstelle für die Europäische Atomgemeinschaft durchzuführenden spezifischen Forschungsprogramme (1992-1994) (ABl. Nr. C 234 vom 7. 9. 1991, S. 15).

Der Artikel deckt die Forschungstätigkeiten der Gemeinsamen Forschungsstelle auf dem Gebiet der exploratorischen Forschung, durch die das Leistungsniveau der Laboratorien auf bestimmten wissenschaftlichen Gebieten angehoben und neue Ideen untersucht werden sollen.

Diese Mittel sollen die spezifischen Ausgaben für diese Art von Tätigkeit decken (Käufe jeglicher Art und Verträge).

Weitere Arbeiten in Bereichen der exploratorischen Forschung, die im Verlauf des Haushaltsjahres festzulegen und nach Stellungnahme des Aufsichtsrates der Gemeinsamen Forschungsstelle auszuwählen sind, werden durch Mittelübertragung zusätzlich finanziert werden (gemäß Artikel 95 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1). Diesem Artikel werden Mittel aus anderen Kapiteln betreffend das Rahmenprogramm in Höhe von bis zu 5 % der ursprünglichen Mittelzuweisungen für diese Kapitel zugewiesen.

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-3 5 — EXPLORATORISCHE FORSCHUNG *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B6-3 5 1	*(Fortsetzung)*						
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	841 000	253 000				
	KAPITEL B6-3 5 INSGESAMT	841 000	253 000				
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	37 369 000	15 131 000				
	Titel B6-3 insgesamt	**37 369 000**	**15 131 000**				

KOMMISSION
Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-3 5 — EXPLORATORISCHE FORSCHUNG *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B6-3 5 1	*(Fortsetzung)* Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 841 000 ECU. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind						
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991						
Mittel 1992	841 000		253 000	441 000	88 200	58 800
Insgesamt	841 000		253 000	441 000	88 200	58 800

KOMMISSION
Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

TITEL B6-4

GEMEINSAME FORSCHUNGSSTELLE — DIREKTE OPERATIONELLE MITTEL — FLANKIERENDE UND UNTERSTÜTZENDE MASSNAHMEN FÜR DIE RAHMENPROGRAMME 1987-1991 UND 1990-1994

KAPITEL B6-4 1 — ABSCHLUSS DER FRÜHEREN GEMEINSAMEN PROGRAMME

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
	KAPITEL B6-4 1						
B6-4 1 2	***Abschluß der gemeinsamen Programme 1980-1983 und 1984-1987***						
	Getrennte Mittel	p.m.	300 000	p.m.	6 000 000	0,—	5 426 248,47
B6-4 1 3	***Abschluß des gemeinsamen Programms 1988-1991***						
	Getrennte Mittel	p.m.	15 645 000	29 927 949	33 638 585	27 061 406,81	33 558 070,51

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

TITEL B6-4

GEMEINSAME FORSCHUNGSSTELLE — DIREKTE OPERATIONELLE MITTEL — FLANKIERENDE UND UNTERSTÜTZENDE MASSNAHMEN FÜR DIE RAHMENPROGRAMME 1987-1991 UND 1990-1994

KAPITEL B6-4 1 — ABSCHLUSS DER FRÜHEREN GEMEINSAMEN PROGRAMME

Artikel Posten	Erläuterungen

B6-4 1 2

Vormals Artikel B6-4 1 1 und B6-4 1 2

Gemeinsames Programm 1980-1983

Beschluß 80/317/EWG, Euratom des Rates vom 13. März 1980 zur Festlegung eines von der Gemeinsamen Forschungsstelle für die Europäische Atomgemeinschaft und die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft auszuführenden Forschungsprogramms (1980-1983) (ABl. Nr. L 72 vom 18. 3. 1980, S. 11).

Das gemeinsame Programm 1980-1983 umfaßt fünf Einzelprogramme: nukleare Sicherheit, neue Energiequellen, Umweltforschung und Umweltschutz, Kernmessungen, spezifische Unterstützung der Tätigkeiten der Kommission.

Gemeinsames Programm 1984-1987

Beschluß 84/1/Euratom, EWG des Rates vom 22. Dezember 1983 über ein von der Gemeinsamen Forschungsstelle für die Europäische Atomgemeinschaft und für die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft durchzuführendes Forschungsprogramm (1984-1987) (ABl. Nr. L 3 vom 5. 1. 1984, S. 21).

Das gemeinsame Programm 1984-1987 umfaßt fünf Themen: Industrietechnologien, kontrollierte Kernfusion, Kernspaltung, nichtnukleare Energien und Umwelt.

Diese Mittel sind zur teilweisen Deckung der Ausgaben aller Art bestimmt, die bei der Durchführung dieser Programme entstehen und nicht durch aus den Haushaltsjahren 1991 und früher zur Verfügung stehenden Zahlungsermächtigungen gedeckt sind.

Die vorläufige Aufteilung der Mittel auf diese Ausgabengruppen ergibt sich aus der Übersicht in Anlage I dieses Teils des Ausgabenplans von vorliegendem Einzelplan.

Für 1992 bewilligte Verpflichtungsermächtigungen: p.m.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind	2 028 452	1 734 326	220 594	73 532		
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen	4 600 000	4 265 674	79 406	254 920		
Mittel 1991	p.m.	p.m.				
Mittel 1992	p.m.		p.m.			
Insgesamt	6 628 452	6 000 000	300 000	328 452		

B6-4 1 3

Vormals Titel B6-2

Entschließung des Rates vom 29. Juni 1988 über die künftigen Tätigkeiten der Gemeinsamen Forschungsstelle (GFS) (ABl. Nr. C 197 vom 27. 7. 1988, S. 4).

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-4 1 — ABSCHLUSS DER FRÜHEREN GEMEINSAMEN PROGRAMME *(Fortsetzung)*

KAPITEL B6-4 2 — UNTERSTÜTZUNG DER KOMMISSIONSDIENSTSTELLEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B6-4 1 3	*(Fortsetzung)*						
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	p.m.	15 945 000	29 927 949	39 638 585	27 061 406,81	38 984 318,98
	KAPITEL B6-4 1 INSGESAMT	p.m.	15 945 000	29 927 949	39 638 585	27 061 406,81	38 984 318,98
	KAPITEL B6-4 2						
B6-4 2 1	***Unterstützung der Kommissionsdienststellen***						
	Getrennte Mittel	20 000 000	18 000 000	16 419 560	13 505 303	10 116 477,90	12 754 030,90

KOMMISSION

Teileinzelplan B6

(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-4 1 — ABSCHLUSS DER FRÜHEREN GEMEINSAMEN PROGRAMME *(Fortsetzung)*

KAPITEL B6-4 2 — UNTERSTÜTZUNG DER KOMMISSIONSDIENSTSTELLEN

Artikel Posten	Erläuterungen

B6-4 1 3 *(Fortsetzung)*

Entscheidung 88/522/Euratom des Rates vom 14. Oktober 1988 über die von der Gemeinsamen Forschungsstelle für die Europäische Atomgemeinschaft durchzuführenden spezifischen Forschungsprogramme (1988-1991) (ABl. Nr. L 286 vom 20. 10. 1988, S. 33).

Das gemeinsame Programm 1988-1991 umfaßte folgende Schwerpunkte: Lebensqualität, Modernisierung der Industriezweige, Energie und exploratorische Forschung.

Diese Mittel sind zur teilweisen Deckung der Ausgaben aller Art bestimmt, die bei der Durchführung dieser Programme entstehen und nicht durch aus den Haushaltsjahren 1991 und früher zur Verfügung stehenden Zahlungsermächtigungen gedeckt sind.

Die vorläufige Aufteilung der Mittel auf diese Ausgabengruppen ergibt sich aus der Übersicht in Anlage I dieses Teils des Ausgabenplans von vorliegendem Einzelplan.

Für 1992 bewilligte Verpflichtungsermächtigungen: p.m.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind	25 807 879	12 903 940	8 750 022	4 153 917		
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	29 927 949	20 734 645	6 894 978	1 378 996	919 330	
Mittel 1992	p.m.		p.m.			
Insgesamt	55 735 828	33 638 585	15 645 000	5 532 913	919 330	

B6-4 2 1 Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft, insbesondere Artikel 8 Absatz 1.

Entschließung des Rates vom 29. Juni 1988 über die künftigen Tätigkeiten der Gemeinsamen Forschungsstelle (GFS) (ABl. Nr. C 197 vom 27. 7. 1988, S. 4).

Beschluß 88/503/EWG des Rates vom 26. September 1988 über ein Pilotvorhaben für den Einsatz der Fernerkundung in der Agrarstatistik (ABl. Nr. L 273 vom 5. 10. 1988, S. 12).

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-4 2 — UNTERSTÜTZUNG DER KOMMISSIONSDIENSTSTELLEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B6-4 2 1	*(Fortsetzung)*						

KOMMISSION
Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-4 2 — UNTERSTÜTZUNG DER KOMMISSIONSDIENSTSTELLEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B6-4 2 1	*(Fortsetzung)* Vorschlag für eine Entscheidung des Rates, von der Kommission vorgelegt am 31. Juli 1991, zur Festlegung der von der Gemeinsamen Forschungsstelle für die Europäische Atomgemeinschaft durchzuführenden spezifischen Forschungsprogramme (1992-1994) (ABl. Nr. C 234 vom 7. 9. 1991, S. 15). Die Mittel decken die Ausgaben für die Arbeiten, die die Kommission der Gemeinsamen Forschungsstelle überträgt, um bestimmte Dienste in wissenschaftlicher und technischer Hinsicht fachlich zu unterstützen. (Käufe jeglicher Art und Verträge). Dabei geht es vor allem um die Unterstützung — der gemeinsamen Agrarpolitik, — der Umweltschutzpolitik, — der Sozialpolitik (Strahlenschutz, Sicherheit am Arbeitsplatz), — der Erschließungspolitik (Einsatz der Fernerkundungstechnik), — der Energiepolitik (nukleare Sicherheitskontrolle, Energieeinsparung und alternative Energieträger), — der internationalen Zusammenarbeit (Unterstützung und technische Kooperation), — des BCR, — der sonstigen Gemeinschaftspolitik. Die Fernerkundungsmaßnahmen zur Unterstützung der Gemeinsamen Agrarpolitik werden im Rahmen des Pilotvorhabens für den Einsatz der Fernerkundung in der Agrarstatistik durchgeführt. Die Tätigkeiten zur Unterstützung des Referenzbüros der Gemeinschaft, die mit 950 000 ECU an Verpflichtungsermächtigungen und 950 000 ECU an Zahlungsermächtigungen veranschlagt sind, werden im Rahmen des Forschungs- und Entwicklungsprogramms auf dem Gebiet der angewandten Metrologie und der chemischen Analysen durchgeführt, dessen Mittel unter Posten B6-5 3 3 1 veranschlagt sind. Die Übersicht in Anlage I dieses Teils des Ausgabenplans von vorliegendem Einzelplan gibt an, welche verschiedenen Mittel für die Durchführung dieser Forschungstätigkeiten (Personal, verschiedene Durchführungsmittel und operationelle Mittel) veranschlagt werden.

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-4 2 — UNTERSTÜTZUNG DER KOMMISSIONSDIENSTSTELLEN *(Fortsetzung)*

KAPITEL B6-4 3 — DIENSTLEISTUNGEN FÜR RECHNUNG DRITTER

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B6-4 2 1	*(Fortsetzung)*						
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	20 000 000	18 000 000	16 419 560	13 505 303	10 116 477,90	12 754 030,90
	KAPITEL B6-4 2 INSGESAMT	20 000 000	18 000 000	16 419 560	13 505 303	10 116 477,90	12 754 030,90
	KAPITEL B6-4 3						
B6-4 3 1	***Arbeiten für Dritte — Direkte operationelle Mittel***						
	Getrennte Mittel	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	3 691 339,79	2 658 602,49

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-4 2 — UNTERSTÜTZUNG DER KOMMISSIONSDIENSTSTELLEN *(Fortsetzung)*

KAPITEL B6-4 3 — DIENSTLEISTUNGEN FÜR RECHNUNG DRITTER

Artikel Posten	Erläuterungen

B6-4 2 1 *(Fortsetzung)*

Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 20 000 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind	7 805 144	3 902 572	2 926 929	975 643		
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	16 419 560	9 602 731	5 112 622	1 022 524	681 683	
Mittel 1992	20 000 000		9 960 449	7 148 163	2 031 633	859 755
Insgesamt	44 224 704	13 505 303	18 000 000	9 146 330	2 713 316	859 755

B6-4 3 1 Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1), insbesondere Artikel 96 Absatz 1.

Entschließung des Rates vom 29. Juni 1988 über die Tätigkeiten der Gemeinsamen Forschungsstelle (GFS) (ABl. Nr. C 197 vom 27. 7. 1988, S. 4).

Beschluß 89/340/EWG des Rates vom 3. Mai 1989 über von der Gemeinsamen Forschungsstelle durchzuführende EWG-relevante Arbeiten für Dritte (ABl. Nr. L 142 vom 25. Mai 1989, S. 10).

Dieser Artikel soll die erforderlichen Mittel decken für die spezifischen Ausgaben im Zusammenhang mit den verschiedenen Arbeiten für die Rechnung Dritter, die in jedem einzelnen Fall von den betroffenen Dritten veranschlagt werden.

Gemäß Artikel 96 Absatz 1 der Haushaltsordnung werden im Laufe des Haushaltsjahres zusätzliche Mittel bereitgestellt für die Ausgaben, die sich aus jedem einzelnen mit einem Dritten geschlossenen Vertrag ergeben, und zwar in Höhe der unter Posten 6 2 2 3 noch einzusetzenden Einnahmen.

Vorgesehen sind vor allem folgende Dienstleistungen:

— Lieferungen, Dienstleistungen sowie allgemein die Durchführung von Arbeiten gegen Entgelt,

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-4 3 — DIENSTLEISTUNGEN FÜR RECHNUNG DRITTER *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B6-4 3 1	*(Fortsetzung)*						
B6-4 3 2	***Arbeiten für Dritte — Vorschußfonds***						
	Getrennte Mittel	p.m.	1 016 000	1 229 117	1 803 741	957 557,66	756 382,32

KOMMISSION

Teileinzelplan B6

(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-4 3 — DIENSTLEISTUNGEN FÜR RECHNUNG DRITTER *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B6-4 3 1	*(Fortsetzung)* — Betrieb von Anlagen zugunsten von Mitgliedstaaten oder Durchführung von Forschungsarbeiten als Ergänzung der spezifischen Forschungsprogramme, — Forschungstätigkeiten oder Dienstleistungen im Rahmen der Industrieverbände, für die die Industriepartner eine Einschreibgebühr und jährliche Beitragszahlungen zu leisten haben, — Bestrahlung im Zyklotron, — chemische Dekontaminierung, — Strahlenschutz, — Metallographie, — Verträge über Zusammenarbeit bei radioaktiven Abfällen, — Ausbildung, — fremde Kunden des Informatikcenters in Ispra, — Bestrahlungen im Hochflußreaktor der Anstalt Petten für fremde Rechnung außerhalb des Ergänzungsprogramms. Für 1992 bewilligte Verpflichtungsermächtigungen: p.m.
B6-4 3 2	Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1), insbesondere Artikel 96 Absatz 1. Entschließung des Rates vom 29. Juni 1988 über die künftigen Tätigkeiten der Gemeinsamen Forschungsstelle (GFS) (ABl. Nr. C 197 vom 27. 7. 1988, S. 4). Beschluß 89/340/EWG des Rates vom 3. Mai 1989 über von der Gemeinsamen Forschungsstelle durchzuführende EWG-relevante Arbeiten für Dritte (ABl. Nr. L 142 vom 25. 5. 1989, S. 10). Diese Mittel sind zur Deckung der Weiterverfolgung der innerhalb des gemeinsamen Programms 1988-1991 durchgeführten Arbeiten im Rahmen eines Vorschußfonds bestimmt, der es der Gemeinsamen Forschungsstelle gestattet, bestimmte Investitionen zur Erschließung neuer Märkte und zur Durchführung von Marketing-Maßnahmen vorzunehmen. Für 1992 bewilligte Verpflichtungsermächtigungen: p.m. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind	1 452 862	726 431	544 823	181 608		
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen	1 000 000	400 000	420 000	180 000		
Mittel 1991	1 229 117	677 310	51 177	300 378	200 252	
Mittel 1992	p.m.		p.m.			
Insgesamt	3 681 979	1 803 741	1 016 000	661 986	200 252	

Diese Ausgaben werden, gegebenenfalls auf mehrere Haushaltsjahre verteilt, in Höhe der Einnahmen zurückerstattet. Durch diese Rückerstattungen (nähere Erläuterungen siehe Posten 6 2 2 2 des Einnahmenplans) verringern sich die für die Finanzie-

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-4 3 — DIENSTLEISTUNGEN FÜR RECHNUNG DRITTER *(Fortsetzung)*

KAPITEL B6-4 4 — BETRIEB DES HOCHFLUSSREAKTORS

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B6-4 3 2	*(Fortsetzung)*						
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	p.m.	1 016 000	1 229 117	1 803 741	4 648 897,45	3 414 984,81
	KAPITEL B6-4 3 INSGESAMT	p.m.	1 016 000	1 229 117	1 803 741	4 648 897,45	3 414 984,81
	KAPITEL B6-4 4						
B6-4 4 1	***Hochflußreaktor — Zusatzprogramm 1992-1994***						
	Getrennte Mittel	p.m.	p.m.				

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-4 3 — DIENSTLEISTUNGEN FÜR RECHNUNG DRITTER *(Fortsetzung)*

KAPITEL B6-4 4 — BETRIEB DES HOCHFLUSSREAKTORS

Artikel Posten	Erläuterungen
B6-4 3 2	*(Fortsetzung)* rung der Gemeinsamen Forschungsstelle benötigten Eigenmittel. Ebenso steht den Einnahmen für das bei Arbeiten für Dritte eingesetzte Personal die Rückerstattung der unter Artikel B6-1 1 1 angeführten Ausgaben und den als Mittel zur Durchführung dieser Arbeiten festgelegten Einnahmen die Rückerstattung der unter Artikel B6-1 2 angeführten Ausgaben gegenüber.
B6-4 4 1	*Neuer Artikel* Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1), insbesondere Artikel 96 Absatz 1. Entschließung des Rates vom 29. Juni 1988 über die künftigen Tätigkeiten der Gemeinsamen Forschungsstelle (GFS) (ABl. Nr. C 197 vom 27. 7. 1988, S. 4). Entscheidung 88/523/Euratom des Rates vom 14. Oktober 1988 über ein von der Gemeinsamen Forschungsstelle für die Europäische Atomgemeinschaft durchzuführendes ergänzendes Forschungsprogramm (ABl. Nr. L 286 vom 20. 10. 1988, S. 37). Vorschlag für eine Entscheidung des Rates, von der Kommission vorgelegt am 31. Juli 1991, über ein von der Gemeinsamen Forschungsstelle für die Europäische Atomgemeinschaft durchzuführendes Zusatzprogramm für Forschung und technologische Entwicklung (ABl. Nr. C 234 vom 7. 9. 1991, S. 19). Ziel des Ergänzungsprogramms ist es, den in der Anstalt Petten der Gemeinsamen Forschungsstelle stehenden Hochflußreaktor für Forschungsvorhaben der Bundesrepublik Deutschland und der Niederlande zu betreiben, die das Programm zu jeweils 50 % finanzieren, wobei ein Teil des niederländischen Beitrags in Form verschiedener Dienstleistungen vorgesehen ist. Seit dem Haushaltsjahr 1988 erfolgt der Betrieb des HFR im Rahmen eines Zusatzprogramms, das einer Leistungserbringung für Dritte gleichgestellt ist; die entsprechenden Einnahmen werden unter Posten 6 2 2 0 und 6 2 2 1 eingesetzt. Die Gesamtausgaben für 1992 werden auf 19 469 402 ECU an Verpflichtungsermächtigungen und auf 15 729 133 ECU an Zahlungsermächtigungen geschätzt, zuzüglich 2 400 000 ECU für Dienstleistungen der Niederlande. Gemäß Artikel 96 Absatz 1 der Haushaltsordnung können Mehreinnahmen zur Deckung zusätzlicher Ausgaben verwendet werden; diese Einnahmen sind unter Posten 6 2 2 1 des Einnahmenplans einzusetzen. Sie sind für spezifische Ausgaben bestimmt, die auf 13 029 573 ECU an Verpflichtungsermächtigungen und 9 289 304 ECU an Zahlungsermächtigungen veranschlagt werden. Den spezifischen Ausgaben stehen Einnahmen aus der Bundesrepublik Deutschland und den Niederlanden gegenüber. Diese werden auf 7 714 786,50 ECU bzw. 5 314 786,50 ECU in Form von Verpflichtungsermächtigungen und 5 844 652 ECU bzw. 3 444 652 ECU in Form von Zahlungsermächtigungen veranschlagt. Darüber hinaus erbringen die Niederlande Dienstleistungen im Gegenwert von 2 400 000 ECU Verpflichtungsermächtigungen und Zahlungsermächtigungen, so daß sich ihr Beitrag auf 50 % des Gesamtbetrags erhöht. Außerdem werden die unter Artikel B6-1 1 1 angeführten Personalkosten auf 6 439 829 ECU an Verpflichtungs- und Zahlungsermächtigungen veranschlagt. Den Personalausgaben stehen Einnahmen aus der Bundesrepublik Deutschland und den Niederlanden in Höhe von je 50 % gegenüber. Diesen unter Posten 6 2 2 0 eingesetzten Einnahmen steht die Rückzahlung der unter Artikel B6-1 1 1 angeführten Ausgaben gegenüber. Für 1992 bewilligte Verpflichtungsermächtigungen: p.m.

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-4 4 — BETRIEB DES HOCHFLUSSREAKTORS *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B6-4 4 2	***Hochflußreaktor — Abschluß der früheren Zusatzprogramme*** Getrennte Mittel	p.m.	p.m.	p.m.	1 000 000	1 532 974,32	1 288 414,53
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	p.m.	p.m.	p.m.	1 000 000	1 532 974,32	1 288 414,53
	KAPITEL B6-4 4 INSGESAMT	p.m.	p.m.	p.m.	1 000 000	1 532 974,32	1 288 414,53
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	20 000 000	34 961 000	47 576 626	55 947 629	43 359 756,48	56 441 749,22
	Titel B6-4 insgesamt	**20 000 000**	**34 961 000**	**47 576 626**	**55 947 629**	**43 359 756,48**	**56 441 749,22**

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-4 4 — BETRIEB DES HOCHFLUSSREAKTORS *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B6-4 4 2	Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1), insbesondere Artikel 96 Absatz 1. Beschluß 84/1/Euratom, EWG des Rates vom 22. Dezember 1983 über ein von der Gemeinsamen Forschungsstelle für die Europäische Atomgemeinschaft und für die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft durchzuführendes Forschungsprogramm (1984-1987) (ABl. Nr. L 3 vom 5. 1. 1984, S. 21). Entschließung des Rates vom 29. Juni 1988 über die künftigen Tätigkeiten der Gemeinsamen Forschungsstelle (GFS) (ABl. Nr. C 197 vom 27. 7. 1988, S. 4). Entscheidung 88/523/Euratom des Rates vom 14. Oktober 1988 über ein von der Gemeinsamen Forschungsstelle für die Europäische Atomgemeinschaft durchzuführendes Forschungsprogramm (ABl. Nr. L 286 vom 20. 10. 1988, S. 37). Dieser Artikel soll einen Teil der Ausgabenverpflichtungen gleich welcher Art decken, die im Laufe der Programmdurchführung eingegangen werden und nicht durch Zahlungsermächtigungen aus dem Haushaltsjahr 1991 oder früheren Haushaltsjahren gedeckt sind. Für 1992 bewilligte Verpflichtungsermächtigungen: p.m. Einnahmen in Höhe von 1 414 840 ECU (Restbetrag der Mittelausstattung des Programms 1988-1991) sind für Verpflichtungsermächtigungen vorgesehen. Die Einnahmen, mit denen Zahlungen für Verpflichtungen geleistet werden sollen, die im Rahmen des HFR-Zusatzprogramms (vor 1992) noch festzustellen sind, werden für 1991 auf 4 700 000 ECU veranschlagt. Sie werden in Posten 6 2 2 1 des Einnahmenansatzes eingesetzt.

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

TITEL B6-5

INDIREKTE AKTIONEN (AKTIONEN AUF KOSTENTEILUNGSBASIS) UND KONZERTIERTE AKTIONEN — RAHMENPROGRAMM 1987-1991

KAPITEL B6-5 1 — LEBENSQUALITÄT

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
	KAPITEL B6-5 1						
B6-5 1 1	***Gesundheit***						
B6-5 1 1 1	Medizinische Forschung Getrennte Mittel	p.m.	6 700 000	7 021 655	12 500 000	17 372 722,27	15 886 254,36

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

TITEL B6-5

INDIREKTE AKTIONEN (AKTIONEN AUF KOSTENTEILUNGSBASIS) UND KONZERTIERTE AKTIONEN — RAHMENPROGRAMM 1987-1991

KAPITEL B6-5 1 — LEBENSQUALITÄT

Artikel Posten	Erläuterungen
	Diese Erläuterungen gelten für alle Haushaltslinien des Titels B6-5 dieses Teileinzelplans. Die in den Artikeln oder Haushaltsposten dieses Titels eingesetzten Mittel sind hauptsächlich zur Deckung der Ausgaben für die einzelnen Verträge zur Durchführung der einschlägigen Programme bestimmt. Es handelt sich insbesondere um Forschungs-, Assoziierungs-, Studien-, Rechnungsprüfungs-, Sachverständigen-, Projektleiter-, Koordinierungs-, Stipendien-, Subventionsverträge sowie Verträge zur Förderung von Ausbildung und Mobilität von Wissenschaftlern oder über die Beteiligung an internationalen Vereinbarungen sowie Lieferverträge für Anlagen, Infrastruktur und Material. Sie decken ebenfalls die Personalkosten, die Infrastrukturkosten, die Kosten für Information und Publikationen sowie andere Ausgaben, die sich aus der Durchführung jeder Aktion ergeben. Insbesondere sind abgedeckt: a) Dienstreisen, Ausgaben im Zusammenhang mit der Beteiligung von assoziierten Forschern, die von den Mitgliedstaaten abgestellt sind, für zusätzliches Personal und Repräsentationskosten; b) die Ausgaben für den laufenden Verwaltungsetrieb (insbesondere Sitzungen von Verwaltungsausschüssen und Arbeitsgruppen, Einberufungen von Sachverständigen und Beratern, Betriebsausgaben der eventuellen Netze, Ausgaben im Zusammenhang mit der Veranstaltung von Konferenzen, Beteiligung an von Dritten veranstalteten Seminaren, Veröffentlichungs- und Verbreitungskosten); c) die Ausgaben für den technischen Betrieb (insbesondere Kauf, Miete und Wartung des EDV-Materials, einschließlich der notwendigen Software). Die vorläufige Aufschlüsselung der Mittel für diese Ausgabengruppen ergibt sich aus der Übersicht in Anlage I dieses Teils des Ausgabenplans von vorliegendem Einzelplan. Für einige dieser Aktionen ist eine Beteiligung von europäischen Drittstaaten und Organisationen aus solchen an der Europäischen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der wissenschaftlichen und technischen Forschung (insbesondere COST) vorgesehen. Dieser etwaige finanzielle Beitrag wird in Artikel 6 0 2 des Einnahmenplans eingesetzt; zu Lasten dieses Betrags können zusätzliche Mittel bereitgestellt werden (Artikel 96 Absatz 1 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1)). Zu Lasten der etwaigen Einnahmen von Dritten, die die Kosten der Vorhaben mit der Gemeinschaft teilen (Unternehmen aus Ländern der Europäischen Freihandelszone, industrielle Konsortien usw.), die in Artikel 6 0 4 des Einnahmenansatzes eingesetzt sind, können zusätzliche Mittel bereitgestellt werden (Artikel 96 Absatz 1 der Haushaltsordnung). Die zusätzlichen Mittel werden bei Posten B6-8 0 0 4 eingesetzt. Die etwaigen Einnahmen aus den Einschreibgebühren der Teilnehmer an von der Kommission veranstalteten Seminaren, Konferenzen usw. sind gemäß den Bestimmungen von Artikel 27 Absatz 2 Buchstabe g) der Haushaltsordnung wiederzuverwenden.
B6-5 1 1	
B6-5 1 1 1	Beschluß 82/616/EWG des Rates vom 17. August 1982 über ein sektorales Forschungs- und Entwicklungsprogramm der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft im Bereich der Forschung im Medizin- und Gesundheitswesen — konzertierte Aktion — (1982-1986) (ABl. Nr. L 248 vom 24. 8. 1982, S. 12). Beschluß 87/551/EWG des Rates vom 17. November 1987 über die Annahme eines Programms der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zur Koordinierung von Forschung und Entwicklung im Bereich der Forschung in Medizin und Gesundheitswesen (1987-1991) (ABl. Nr. L 334 vom 24. 11. 1987, S. 20). Diese Mittel sind zur Abwicklung bestehender Verpflichtungen bestimmt.

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-5 1 — LEBENSQUALITÄT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B6-5 1 1	*(Fortsetzung)*						
B6-5 1 1 1	*(Fortsetzung)*						
B6-5 1 1 2	Analyse des menschlichen Genoms						
	Getrennte Mittel	600 000	6 100 000	12 000 000	4 000 000	2 979 506,31	28 421,82

KOMMISSION
Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-5 1 — LEBENSQUALITÄT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B6-5 1 1	*(Fortsetzung)*
B6-5 1 1 1	*(Fortsetzung)* Für 1992 bewilligte Verpflichtungsermächtigungen: p.m. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind	22 264 758	9 691 000	4 594 000	4 596 000	3 383 758	
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	7 021 655	2 809 000	2 106 000	1 404 000	702 655	
Mittel 1992	p.m.		p.m.			
Insgesamt	29 286 413	12 500 000	6 700 000	6 000 000	4 086 413	

B6-5 1 1 2 Beschluß 87/516/Euratom, EWG des Rates vom 28. September 1987 über ein gemeinschaftliches Rahmenprogramm im Bereich der Forschung und technologischen Entwicklung (1987-1991) (ABl. Nr. L 302 vom 24. 10. 1987, S. 1).

Entscheidung 90/395/EWG des Rates vom 29. Juni 1990 zur Annahme eines spezifischen Programms für Forschung und technologische Entwicklung auf dem Gebiet des Gesundheitswesens: Analyse des menschlichen Genoms (1990-1991) (ABl. Nr. L 196 vom 26. 7. 1990, S. 8).

Ziel des Programms ist eine möglichst frühzeitige Feststellung der Veranlagung zu bestimmten Krankheiten, um dem Ausbruch dieser Krankheiten oder ihren Auswirkungen vorzubeugen. Dies soll insbesondere durch die Erforschung des menschlichen Genoms ermöglicht werden.

Das Programm wird in Form von Aktionen auf Kostenteilungsbasis und/oder konzertierten Aktionen durchgeführt und umfaßt folgende Themen: Verbesserung der Genkarte des Menschen, Planung einer Bibliothek menschlicher Genome, Grundlagenforschung über fortgeschrittene Gentechnik (Dosierung, Klonen, Genvektoren, Genbestimmung) (2 Bedienstete: 1 A und 1 C).

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-5 1 — LEBENSQUALITÄT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B6-5 1 1	*(Fortsetzung)*						
B6-5 1 1 2	*(Fortsetzung)*						
	Artikel B6-5 1 1 insgesamt	600 000	12 800 000	19 021 655	16 500 000	20 352 228,58	15 914 676,18
B6-5 1 2	***Strahlenschutz***						
B6-5 1 2 1	Strahlenschutz Getrennte Mittel	p.m.	3 900 000	4 200 000	10 500 000	16 736 249,13	17 954 645,18

KOMMISSION
Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-5 1 — LEBENSQUALITÄT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B6-5 1 1	*(Fortsetzung)*
B6-5 1 1 2	*(Fortsetzung)* Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 600 000 ECU. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind	2 951 084	1 600 000	1 060 000	220 000	71 084	
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	12 000 000	2 400 000	4 800 000	3 600 000	1 200 000	
Mittel 1992	600 000		240 000	180 000	180 000	
Insgesamt	15 551 084	4 000 000	6 100 000	4 000 000	1 451 084	

B6-5 1 2

B6-5 1 2 1 Beschluß 80/342/Euratom des Rates vom 18. März 1980 zur Feststellung eines Forschungs- und Ausbildungsprogramms (1980-1984) für die Europäische Atomgemeinschaft im Bereich Biologie — Gesundheitsschutz (Strahlenschutzprogramm) (ABl. Nr. L 78 vom 25. 3. 1980, S. 19).

Beschluß 85/200/Euratom des Rates vom 12. März 1985 zur Annahme eines mehrjährigen Forschungs- und Ausbildungsprogramms der Europäischen Atomgemeinschaft auf dem Gebiet des Strahlenschutzes (1985-1989) (ABl. Nr. L 83 vom 25. 3. 1985, S. 23).

Beschluß 88/29/Euratom des Rates vom 21. Dezember 1987 zur Revision des mehrjährigen Forschungs- und Ausbildungsprogramms der Europäischen Atomgemeinschaft auf dem Gebiet des Strahlenschutzes (1985-1989) (ABl. Nr. L 16 vom 21. 1. 1988, S. 44).

Beschluß 89/416/Euratom des Rates vom 20. Juni 1989 zur Annahme eines spezifischen mehrjährigen Forschungs- und Ausbildungsprogramms der Europäischen Atomgemeinschaft auf dem Gebiet des Strahlenschutzes (1990-1991) (ABl. Nr. L 200 vom 13. 7. 1989, S. 50).

Diese Mittel sind zur Abwicklung bestehender Verpflichtungen bestimmt.

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-5 1 — LEBENSQUALITÄT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B6-5 1 2	*(Fortsetzung)*						
B6-5 1 2 1	*(Fortsetzung)*						
	Artikel B6-5 1 2 insgesamt	p.m.	3 900 000	4 200 000	10 500 000	16 736 249,13	17 954 645,18
B6-5 1 3	***Umweltschutz***						
B6-5 1 3 1	STEP (Themen zum Umweltschutz, kulturellen Erbe, technologische Risiken und Brandsicherung) und EPOCH (Klimatologie der natürlichen Risiken)						
	Getrennte Mittel	5 100 000	35 000 000	38 700 783	38 000 000	69 636 092,19	23 560 826,32

KOMMISSION
Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-5 1 — LEBENSQUALITÄT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B6-5 1 2	*(Fortsetzung)*
B6-5 1 2 1	*(Fortsetzung)* Für 1992 bewilligte Verpflichtungsermächtigungen: p.m. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind	14 813 843	8 000 000	2 900 000	2 800 000	1 113 843	
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	4 200 000	2 500 000	1 000 000	700 000		
Mittel 1992	p.m.		p.m.			
Insgesamt	19 013 843	10 500 000	3 900 000	3 500 000	1 113 843	

B6-5 1 3

B6-5 1 3 1 Beschluß 81/213/EWG des Rates vom 3. März 1981 zur Festlegung eines sektoralen Programms über Forschung und Entwicklung auf dem Gebiet der Umwelt (Umweltschutz und Klimatologie) — indirekte und konzertierte Aktionen (1981-1985) (ABl. Nr. L 101 vom 11. 4. 1981, S. 1).

Beschluß 84/139/EWG des Rates vom 1. März 1984 zur Änderung des durch den Beschluß 81/213/EWG angenommenen sektoralen Forschungs- und Entwicklungsprogramms auf dem Gebiet der Umwelt (Umweltschutz und Klimatologie) — indirekte und konzertierte Aktionen — (1981-1985) (ABl. Nr. L 71 vom 14. 3. 1984, S. 13).

Beschluß 86/234/EWG des Rates vom 10. Juni 1986 zur Annahme von mehrjährigen Forschungs- und Entwicklungsprogrammen auf dem Gebiet der Umwelt (1986-1990) (ABl. Nr. L 159 vom 14. 6. 1986, S. 31).

Entscheidung 89/625/EWG des Rates vom 20. November 1989 über zwei spezifische Programme für Forschung und technologische Entwicklung im Bereich der Umwelt: STEP und EPOCH (1989-1992) (ABl. Nr. L 359 vom 8. 12. 1989, S. 9).

Diese Entscheidung betrifft die Durchführung der Aktion 1.3 des Rahmenprogramms im Bereich der Forschung und technologischen Entwicklung (1987-1991). STEP umfaßt die spezifischen Forschungsthemen im Bereich des Umweltschutzes, des kulturellen Erbes, der größeren technologischen Risiken und der Brandsicherung. EPOCH behandelt Themen auf dem Gebiet der Klimatologie der natürlichen Risiken.

STEP (Science and technology for environmental protection) umfaßt neun Forschungsbereiche:

— Umwelt und menschliche Gesundheit,

— Bestimmung der mit Chemikalien verbundenen Risiken,

— atmosphärische Vorgänge und Luftqualität,

— Wasserqualität,

— Boden- und Grundwasserschutz,

— Ökosystemforschung,

— Schutz und Erhaltung des europäischen kulturellen Erbes,

— Technologien für den Umweltschutz,

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-5 1 — LEBENSQUALITÄT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B6-5 1 3	*(Fortsetzung)*						
B6-5 1 3 1	*(Fortsetzung)*						
	Artikel B6-5 1 3 insgesamt	5 100 000	35 000 000	38 700 783	38 000 000	69 636 092,19	23 560 826,32
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	5 700 000	51 700 000	61 922 438	65 000 000	106 724 569,90	57 430 147,68
	KAPITEL B6-5 1 INSGESAMT	5 700 000	51 700 000	61 922 438	65 000 000	106 724 569,90	57 430 147,68

KOMMISSION
Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-5 1 — LEBENSQUALITÄT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B6-5 1 3	*(Fortsetzung)*
B6-5 1 3 1	*(Fortsetzung)*

— größere technologische Risiken und Brandsicherheit.

EPOCH (European programme on climatology and natural hazards) umfaßt vier Forschungsbereiche:

— frühere Klimate und Klimaveränderungen,

— Klimaprozesse und -modelle,

— klimatische Belastungen und klimabedingte Gefahren,

— Erdbebenrisiko.

Die beiden Programme werden mittels Forschungsverträgen auf Kostenteilungsbasis, Koordinierungstätigkeiten (einschließlich konzertierter Aktionen), Lehr- und Ausbildungstätigkeiten und Bewertungsstudien durchgeführt.

Diese Mittel sind zur Deckung der Personalausgaben für 28 Bedienstete (17 A, 2 B und 9 C) bestimmt.

Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 5 100 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind	77 741 479	26 060 000	22 600 000	16 800 000	8 700 000	3 581 479
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	38 700 783	11 940 000	10 000 000	8 500 000	5 000 000	3 260 783
Mittel 1992	5 100 000		2 400 000	1 400 000	900 000	400 000
Insgesamt	121 542 262	38 000 000	35 000 000	26 700 000	14 600 000	7 242 262

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-5 2 — IN RICHTUNG AUF EINEN GROSSEN MARKT UND EINE INFORMATIONS- UND KOMMUNIKATIONSGESELLSCHAFT

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
	KAPITEL B6-5 2						
B6-5 2 1	***Informationstechnologien***						
B6-5 2 1 1	ESPRIT (Informationstechnologien) Getrennte Mittel	57 200 000	313 000 000	267 070 000	360 000 000	525 998 333,78	419 965 653,87
	Artikel B6-5 2 1 insgesamt	57 200 000	313 000 000	267 070 000	360 000 000	525 998 333,78	419 965 653,87

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-52 — IN RICHTUNG AUF EINEN GROSSEN MARKT UND EINE INFORMATIONS- UND KOMMUNIKATIONSGESELLSCHAFT

Artikel Posten	Erläuterungen
B6-521	
B6-5211	Beschluß 84/130/EWG des Rates vom 28. Februar 1984 betreffend ein Forschungs- und Entwicklungsprogramm auf dem Gebiet der Informationstechnologien (ESPRIT) (ABl. Nr. L 67 vom 9. 3. 1984, S. 54). Beschluß 88/279/EWG des Rates vom 11. April 1988 über ein europäisches strategisches Programm für Forschung und Entwicklung auf dem Gebiet der Informationstechnologien (ESPRIT) (ABl. Nr. L 118 vom 6. 5. 1988, S. 32). Das Programm ESPRIT (European strategic programme for research in information technologies) war ursprünglich für einen Zeitraum von zehn Jahren geplant und hatte drei Ziele: — Entwicklung der für das Überleben der europäischen Informationstechnologie-Industrie in den 90er Jahren notwendigen Technologien, wobei die Schwachstellen besondere Berücksichtigung finden sollen, die einige benachteiligte Gebiete der Gemeinschaft auf diesem Gebiet aufweisen, — Förderung einer europäischen Zusammenarbeit in vorwettbewerblicher Forschung und Entwicklung, — Beitrag zur Entwicklung internationaler Normen. Zu diesem Zweck beteiligt sich die Gemeinschaft an den Forschungs- und Entwicklungskosten auf folgenden Gebieten: — Mikroelektronik und Peri-Informatik, — Informationsverarbeitungssysteme, — Integration der Informationstechnologien in Anwendungssystemen. Um bestimmten Forschungsgebieten langfristig eine gemeinschaftliche Dimension zu verleihen, soll auch Grundlagenforschung betrieben werden. Zweck dieser Maßnahme ist es vor allem, die fachlich hochwertige Ausbildung zu fördern und die auf dem Gebiet der Informationstechnologien tätigen hochrangigen Forschungszentren zu ermutigen, ihre Arbeiten international auszurichten. Außerdem sieht das Programm zusätzliche Maßnahmen vor, wie zum Beispiel das IES (Information exchange system) und die Koordinierung mit den einzelstaatlichen Programmen und anderen Gemeinschaftsprogrammen. Diese Verlängerung folgt den Linien der ersten Phase und legt außerdem verstärkten Nachdruck auf die Beteiligung der kleinen und mittleren Unternehmen und auf den Technologietransfer. Diese Mittel sind zur Deckung der Personalausgaben für 239 Bedienstete (121 A, 44 B und 74 C) bis zum 30. November 1992 bestimmt. Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 57 200 000 ECU. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind	606 340 683	261 110 000	190 000 000	100 000 000	50 000 000	5 230 683
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	267 070 000	98 890 000	80 000 000	60 000 000	20 000 000	8 180 000
Mittel 1992	57 200 000		43 000 000	12 000 000	2 200 000	
Insgesamt	930 610 683	360 000 000	313 000 000	172 000 000	72 200 000	13 410 683

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-5 2 — IN RICHTUNG AUF EINEN GROSSEN MARKT UND EINE INFORMATIONS- UND KOMMUNIKATIONSGESELLSCHAFT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B6-5 2 2	***Telekommunikation***						
B6-5 2 2 1	RACE (Fortgeschrittene Kommunikationstechnologien für Europa)						
	Getrennte Mittel	17 100 000	75 100 000	80 280 000	118 000 000	47 425 194,75	84 823 252,43
	Artikel B6-5 2 2 insgesamt	17 100 000	75 100 000	80 280 000	118 000 000	47 425 194,75	84 823 252,43

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-5 2 — IN RICHTUNG AUF EINEN GROSSEN MARKT UND EINE INFORMATIONS- UND KOMMUNIKATIONSGESELLSCHAFT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B6-5 2 2	
B6-5 2 2 1	Entscheidung 88/28/EWG des Rates vom 14. Dezember 1987 über ein Gemeinschaftsprogramm auf dem Gebiet der Telekommunikationstechnologien (Forschung und Entwicklung) im Bereich der fortgeschrittenen Kommunikationstechnologien für Europa (RACE-Programm) (ABl. Nr. L 16 vom 21. 1. 1988, S. 35). Es ist das Ziel des Programms RACE (Research and development in advanced communications technologies for Europe): — die Entwicklung einer angemessenen technologischen Grundlage für den Aufbau fortgeschrittener Telekommunikationsnetze und -dienste für die 90er Jahre zu fördern. Dies soll durch eine Aufteilung der Forschungs- und Entwicklungsarbeiten im vorwettbewerblichen Stadium auf die Forschungsstellen der Fernmeldeverwaltungen, der Industrie und der Hochschulen erreicht werden. — die erforderliche vorwettbewerbliche Entwicklung zu betreiben, um die Machbarkeit und den Betrieb integrierter Breitbandkommunikationssysteme (Hardware und Software) zu demonstrieren, — die Arbeiten der CEPT und des CCITT an der Formulierung von Spezifikationen und Normen zu unterstützen. Diese Mittel sind zur Deckung der Personalausgaben für 99 Bedienstete (55 A, 10 B und 34 C) bis zum 31. Mai 1992 bestimmt. Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 17 100 000 ECU. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind	156 957 097	80 000 000	40 000 000	28 000 000	8 398 338	558 759
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	80 280 000	38 000 000	20 000 000	15 000 000	7 280 000	
Mittel 1992	17 100 000		15 100 000	1 000 000	1 000 000	
Insgesamt	254 337 097	118 000 000	75 100 000	44 000 000	16 678 338	558 759

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-5 2 — IN RICHTUNG AUF EINEN GROSSEN MARKT UND EINE INFORMATIONS- UND KOMMUNIKATIONSGESELLSCHAFT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B6-5 2 3	***Neue Dienste von gemeinschaftlichem Interesse***						
B6-5 2 3 1	DELTA (Lerntechnologie) Getrennte Mittel	p.m.	120 419	p.m.	2 831 000	2 983 443,—	5 473 451,45
B6-5 2 3 2	DRIVE (Straßenverkehrsinformatik und -telekommunikation) Getrennte Mittel	p.m.	7 800 000	2 020 000	14 000 000	22 694 298,62	16 911 663,25
B6-5 2 3 3	AIM (Fortgeschrittene Informationsverarbeitung in der Medizin) Getrennte Mittel	p.m.	1 118 051	p.m.	4 500 000	4 435 682,—	6 274 241,46

KOMMISSION

Teileinzelplan B6

(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-5 2 — IN RICHTUNG AUF EINEN GROSSEN MARKT UND EINE INFORMATIONS- UND KOMMUNIKATIONSGESELLSCHAFT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B6-5 2 3	
B6-5 2 3 1	Entscheidung 88/417/EWG des Rates vom 29. Juni 1988 über eine Gemeinschaftsaktion auf dem Gebiet der Lerntechnologie, Pilotaktion DELTA (Development of European learning through technological advance) (ABl. Nr. L 206 vom 30. 7. 1988, S. 20). Diese Mittel sind zur Abwicklung der eingegangenen Verpflichtungen bestimmt. Für 1992 bewilligte Verpflichtungsermächtigungen: p.m. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind	2 951 419	2 831 000	120 419			
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	p.m.	p.m.				
Mittel 1992	p.m.		p.m.			
Insgesamt	2 951 419	2 831 000	120 419			

B6-5 2 3 2	Entscheidung 88/416/EWG des Rates vom 29. Juni 1988 über ein Gemeinschaftsprogramm auf dem Gebiet der Straßenverkehrsinformatik und -telekommunikation (DRIVE) (ABl. Nr. L 206 vom 30. 7. 1988, S. 1). Diese Mittel sind zur Abwicklung der eingegangenen Verpflichtungen bestimmt. Für 1992 bewilligte Verpflichtungsermächtigungen: p.m. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind	20 490 036	12 710 000	6 000 000	1 780 036		
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen	1 273 500	700 000	500 000	73 500		
Mittel 1991	2 020 000	590 000	1 300 000	130 000		
Mittel 1992	p.m.		p.m.			
Insgesamt	23 783 536	14 000 000	7 800 000	1 983 536		

B6-5 2 3 3	Entscheidung 88/577/EWG des Rates vom 4. November 1988 über eine Gemeinschaftsaktion für den Einsatz der Informationstechnologie und der Telekommunikation im Gesundheitswesen — Fortgeschrittene Informationsverarbeitung in der Medizin (AIM) — Voruntersuchung (ABl. Nr. L 314 vom 22. 11. 1988, S. 22). Diese Mittel decken die Abwicklung der eingegangenen Verpflichtungen.

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-5 2 — IN RICHTUNG AUF EINEN GROSSEN MARKT UND EINE INFORMATIONS- UND KOMMUNIKATIONSGESELLSCHAFT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B6-5 2 3	*(Fortsetzung)*						
B6-5 2 3 3	*(Fortsetzung)*						
B6-5 2 3 4	EURET (Technologische Entwicklung im Verkehrswesen) Getrennte Mittel	15 800 000	12 000 000	9 000 000	2 700 000	0,—	0,—

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-52 — IN RICHTUNG AUF EINEN GROSSEN MARKT UND EINE INFORMATIONS- UND KOMMUNIKATIONSGESELLSCHAFT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B6-523	*(Fortsetzung)*
B6-5233	*(Fortsetzung)* Für 1992 bewilligte Verpflichtungsermächtigungen: p.m. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind	3 118 051	2 000 000	1 118 051			
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	p.m.	p.m.				
Mittel 1992	p.m.		p.m.			
Insgesamt	3 118 051	4 500 000 (1)	1 118 051			

(1) Davon entsprechen 2 500 000 ECU dem Überschuß der Zahlungsermächtigungen.

B6-5234 Entscheidung 91/11/EWG des Rates vom 21. Dezember 1990 über ein spezifisches Programm für Forschung und technologische Entwicklung im Verkehrswesen (EURET) — 1990-1993 (ABl. Nr. L 8 vom 11. 1. 1991, S. 16).

Die Vollendung des Binnenmarktes ist untrennbar mit einem gemeinschaftlichen Verkehrssystem verbunden, das in der Lage ist, sich an die künftigen Erfordernisse anzupassen und sowohl quantitativ als auch qualitativ die mit der Einführung des Binnenmarktes steigende Nachfrage in allen Bereichen zu befriedigen. Sollte der Verkehr mit der Entwicklung nicht schritthalten, so bestehen zwei Gefahren:

— wenn die Verkehrssysteme den Anforderungen des Marktes und seines sozialen Umfeldes nicht gerecht werden, hemmen sie die Entwicklung und die wirtschaftliche Umstellung der Gemeinschaft;

— wenn das Verkehrsgewerbe nicht Produkte anbietet, die dem Bedarf des doch schließlich vorhandenen, großen gemeinschaftlichen Binnenmarktes entsprechen, wird seine Wettbewerbsfähigkeit immer weiter sinken.

Zur Ergänzung der einzelstaatlichen und europäischen Forschungsbemühungen ist deshalb ein gemeinschaftliches Forschungsprogramm erforderlich.

Vor allem soll es Forschungsarbeiten ins Leben rufen oder vorantreiben, die die Mitgliedstaaten wegen des Umfangs nicht übernehmen können oder nur vereinzelt und damit ohne die gewünschte Effektivität durchführen. Zum anderen soll das Programm durch Koordinierung bestimmter Forschungsarbeiten und Schaffung von Kooperations- oder gemeinsamen Aktionen die Annahme gemeinsamer Normen für grenzübergreifende Verkehrssysteme erleichtern.

Dieses Programm EURET (European research for transport) ist in drei Teilprogramme untergliedert:

— optimale Nutzung der Verkehrsnetze,

— Logistik,

— Eindämmung der negativen Begleiterscheinungen.

Die Teilprogramme ihrerseits umfassen Forschungsmaßnahmen auf den folgenden Gebieten: spurgeführte Verkehrssysteme, Straßenverkehr, Seeverkehr und Luftverkehr.

Dieses Programm erfüllt die Forderung, Forschungsarbeiten eine europäische Dimension zu verleihen, die in der Vergangenheit durch nationale Abschottung gekennzeichnet waren. Die zahlreichen Aktionen im Rahmen der europäischen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der wissenschaftlichen und technischen Forschung (COST) trugen diesem Gedanken bereits Rechnung, doch fehlten bisher ein Gesamtkonzept und die breite Dynamik; beides kann ein Gemeinschaftsprogramm bieten.

Die meisten Maßnahmen dieses Programms sollen als drei bis vier Jahre dauernde Forschungsaktionen mit Kostenaufteilung durchgeführt werden.

Diese Mittel sind zur Deckung der Personalausgaben für 6 Bedienstete (4 A, 1 B und 1 C) bestimmt.

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-5 2 — IN RICHTUNG AUF EINEN GROSSEN MARKT UND EINE INFORMATIONS- UND KOMMUNIKATIONSGESELLSCHAFT *(Fortsetzung)*

KAPITEL B6-5 3 — MODERNISIERUNG DER INDUSTRIEZWEIGE

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B6-5 2 3	*(Fortsetzung)*						
B6-5 2 3 4	*(Fortsetzung)*						
	Artikel B6-5 2 3 insgesamt	15 800 000	21 038 470	11 020 000	24 031 000	30 113 423,62	28 659 356,16
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	90 100 000	409 138 470	358 370 000	502 031 000	603 536 952,15	533 448 262,46
	KAPITEL B6-5 2 INSGESAMT	90 100 000	409 138 470	358 370 000	502 031 000	603 536 952,15	533 448 262,46
	KAPITEL B6-5 3						
B6-5 3 1	***Wissenschaft und Technologie der verarbeitenden Industrie und fortgeschrittener Werkstoffe***						
B6-5 3 1 1	BRITE (Technologische Grundlagenforschung und der Anwendung neuer Technologien)						
	Getrennte Mittel	p.m.	12 400 000	p.m.	25 500 000	0,—	26 299 310,13

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-5 2 — IN RICHTUNG AUF EINEN GROSSEN MARKT UND EINE INFORMATIONS- UND KOMMUNIKATIONSGESELLSCHAFT *(Fortsetzung)*

KAPITEL B6-5 3 — MODERNISIERUNG DER INDUSTRIEZWEIGE

Artikel Posten	Erläuterungen
B6-5 2 3	*(Fortsetzung)*
B6-5 2 3 4	*(Fortsetzung)*

Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 15 800 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind						
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	9 000 000	2 700 000	4 500 000	1 450 000	350 000	
Mittel 1992	15 800 000		7 500 000	4 700 000	3 600 000	
Insgesamt	24 800 000	2 700 000	12 000 000	6 150 000	3 950 000	

B6-5 3 1

B6-5 3 1 1 Beschluß 85/196/EWG des Rates vom 12. März 1985 über ein Mehrjahres-Forschungs- und Entwicklungsprogramm der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft auf dem Gebiet der technologischen Grundlagenforschung und der Anwendung neuer Technologien (BRITE) (1985-1988) (ABl. Nr. L 83 vom 25. 3. 1985, S. 8), geändert durch den Beschluß 88/108/EWG (ABl. Nr. L 59 vom 4. 3. 1988, S. 23).

Diese Mittel sind zur Abwicklung der eingegangenen Verpflichtungen bestimmt.

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-5 3 — MODERNISIERUNG DER INDUSTRIEZWEIGE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B6-5 3 1	*(Fortsetzung)*						
B6-5 3 1 1	*(Fortsetzung)*						
B6-5 3 1 2	BRITE / EURAM (Industrielle Fertigungstechnologien und Verwendung fortgeschrittener Werkstoffe) Getrennte Mittel	34 600 000	114 900 000	210 171 763	160 395 000	154 627 342,08	79 859 981,37

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-5 3 — MODERNISIERUNG DER INDUSTRIEZWEIGE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B6-5 3 1	*(Fortsetzung)*
B6-5 3 1 1	*(Fortsetzung)* Für 1992 bewilligte Verpflichtungsermächtigungen: p.m. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind	44 373 662	25 500 000	12 400 000	6 000 000	473 662	
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	p.m.	p.m.				
Mittel 1992	p.m.		p.m.			
Insgesamt	44 373 662	25 500 000	12 400 000	6 000 000	473 662	

B6-5 3 1 2

Entscheidung 89/237/EWG des Rates vom 14. März 1989 über ein spezifisches Programm für Forschung und technologische Entwicklung in den Bereichen industrielle Fertigungstechnologien und Verwendung fortgeschrittener Werkstoffe (BRITE/EURAM) (1989-1992) (ABl. Nr. L 98 vom 11. 4. 1989, S. 18).

Die Forschung soll dazu beitragen, eine technologische Grundlage für die europäische Industrie zu schaffen, damit sie in wichtigen Branchen weltweit wettbewerbsfähig werden bzw. bleiben kann.

Die Abschnitte 1 bis 4 dieses Programms bilden die Fortsetzung der Programme BRITE (Basic research in industrial technologies in Europe) und EURAM (European research on advanced materials) und rechtfertigen sich durch die erforderlichen, industrieorientierten Forschungs- und Entwicklungsbestrebungen in den festgelegten Bereichen sowie das Interesse, das ihnen von sämtlichen betroffenen Industriebranchen entgegengebracht wird.

Die technologische Grundlagenforschung, auf die dieses Programm ausgerichtet ist, besteht in angewandter Forschung mit Ergebnissen, die verschiedene Branchen und Technologien betreffen, weniger aber unmittelbar auf ein einzelnes neues Produkt, ein einzelnes Verfahren oder eine einzelne Branche anwendbar sind. Es handelt sich dabei im wesentlichen um langfristige Forschung im Vorfeld des Wettbewerbs.

Die Aktion bezieht sich auf die Forschung und technologische Entwicklung mit vorwettbewerblichem Charakter im Bereich der Herstellung und Verwendung neuer Werkstoffe.

Sie umfaßt:

1. fortgeschrittene Werkstofftechnologien, insbesondere metallische Werkstoffe und Metallmatrix-Verbundwerkstoffe, Werkstoffe für magnetische, optische, elektrische und Supraleiter-Anwendungen, nichtmetallische Hochtemperaturwerkstoffe, Polymere und organische Matrix-Verbundwerkstoffe sowie Werkstoffe für Sonderanwendungen;
2. Auslegungsmethodologie und Sicherung von Erzeugnissen und Verfahren, insbesondere Qualität, Zuverlässigkeit und Wartbarkeit in der Industrie sowie Prozeß- und Produktsicherung sowie die Rückgewinnbarkeit der Erzeugnisse;
3. Einsatz von Fertigungstechnologien, insbesondere fortschrittliche Fertigungspraktiken und Fertigungsverfahren für flexible Materialien, die nicht die Umwelt verschmutzen und wenig Energie verbrauchen;
4. Technologien für Fertigungsverfahren, insbesondere Oberflächentechniken, Formgebung, chemische Verfahren sowie Partikel- und Pulververfahren.

Abschnitt 5 dieses Programms betrifft spezifische Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Luftfahrt und galt als Pilotaktion für die Jahre 1989-1990.

Diese Mittel sind zur Deckung der Personalausgaben für 59 Bedienstete (37 A, 7 B und 15 C) bestimmt.

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-5 3 — MODERNISIERUNG DER INDUSTRIEZWEIGE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B6-5 3 1	*(Fortsetzung)*						
B6-5 3 1 2	*(Fortsetzung)*						
	Artikel B6-5 3 1 insgesamt	34 600 000	127 300 000	210 171 763	185 895 000	154 627 342,08	106 159 291,50
B6-5 3 2	***Rohstoffe und Rückführung***						
B6-5 3 2 1	Primär-, Sekundär- und erneuerbare Rohstoffe Getrennte Mittel	10 000 000	22 700 000	24 500 000	12 700 000	17 542 753,29	10 882 856,10

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-5 3 — MODERNISIERUNG DER INDUSTRIEZWEIGE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B6-5 3 1	*(Fortsetzung)*
B6-5 3 1 2	*(Fortsetzung)* Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 34 600 000 ECU. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind	150 806 526	76 326 000	36 448 000	21 450 000	14 300 000	2 282 526
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	210 171 763	84 069 000	63 052 000	40 000 000	20 000 000	3 050 763
Mittel 1992	34 600 000		15 400 000	9 650 000	6 700 000	2 850 000
Insgesamt	395 578 289	160 395 000	114 900 000	71 100 000	41 000 000	8 183 289

B6-5 3 2

B6-5 3 2 1 Beschluß 82/402/EWG des Rates vom 17. Mai 1982 zur Festlegung eines Forschungs- und Entwicklungsprogramms (1982-1985) auf dem Gebiet der Rohstoffe (ABl. Nr. L 174 vom 21. 6. 1982, S. 23), geändert durch den Beschluß 83/332/EWG, Euratom (ABl. Nr. L 181 vom 6. 7. 1983, S. 24) und durch den Beschluß 83/634/EWG (ABl. Nr. L 357 vom 21. 12. 1983, S. 33).

Beschluß 86/235/EWG des Rates vom 10. Juni 1986 zur Festlegung eines Forschungsprogramms über Materialien (Rohstoffe und moderne Werkstoffe) (1986-1989) (ABl. Nr. L 159 vom 14. 6. 1986, S. 36).

Entscheidung 89/626/EWG des Rates vom 20. November 1989 über ein spezifisches Programm der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft für Forschung und technologische Entwicklung in den Bereichen Rohstoffe und Rückführung (1990 bis 1992) (ABl. Nr. L 359 vom 8. 12. 1989, S. 16).

Hauptziel des Programms ist es, die Wettbewerbsfähigkeit der Industrieunternehmen der Gemeinschaft, die im Bereich der Rohstoffe und Rückführung tätig sind, auf den Weltmärkten zu stärken. Die Durchführung eines Forschungs- und Entwicklungsprogramms wird zur Schaffung der technologischen Grundlage beitragen, die für strategische und innovative Entwicklungen im Bereich der Versorgung mit Rohstoffen — sowohl mineralen als auch erneuerbaren Rohstoffen — und deren Verarbeitung und Recycling erforderlich ist.

Primäre Rohstoffe:

— Exploration (Erzentstehung, geochemische Methoden, geophysikalische Methoden, Fernerkundung und Korrelierung verschiedener Daten, Bohrtechnik),

— Bergbautechnik (Entwicklung neuer bzw. Verbesserung eingeführter Abbauverfahren, Gesteinsablösung, Ausbausysteme, Lade- und Beförderungseinrichtungen, Modellerstellung und Simulation für den Bergbaubetrieb, spezifische Ausrüstung für kleine Bergwerke),

— Erzaufbereitung und Metallgewinnung (Innovation und Leistungssteigerung von Verfahren, Aufbereitung von Metallen mit hohem Reinheitsgrad und von Verbindungen mehrerer Elemente, Industrieerze, Aufbereitung von Metallrückständen und Bergen, Modellentwicklung, Simulation und automatisierte Regelung der Erzaufbereitung und Metallgewinnung).

Rückführung von Nichteisen- und strategischen Metallen:

— Prüfung der Eigenschaften und Klassifizierung von sekundären Materialien sowie physikalische Trennung und Konzentration,

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-5 3 — MODERNISIERUNG DER INDUSTRIEZWEIGE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B6-5 3 2	*(Fortsetzung)*						
B6-5 3 2 1	*(Fortsetzung)*						
	Artikel B6-5 3 2 insgesamt	10 000 000	22 700 000	24 500 000	12 700 000	17 542 753,29	10 882 856,10

KOMMISSION
Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-5 3 — MODERNISIERUNG DER INDUSTRIEZWEIGE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B6-5 3 2	*(Fortsetzung)*
B6-5 3 2 1	*(Fortsetzung)* — fortgeschrittene pyrometallurgische Verfahren, — fortgeschrittene hydrometallurgische Verfahren, — Raffinationstechniken und Instrumente für die Prozeßregelung. *Erneuerbare Rohstoffe, Wald- und Holzprodukte (einschließlich Kork):* — Ressourcen des Waldes: — Baumverbesserung, — Planung und Bewirtschaftung, — Forstschutz; — Holz- und Korktechnik: — Gütebeurteilung, — Bearbeitungstechniken; — Zellstoff- und Papierherstellung: — Verbesserung der Papiermasseherstellung und der Bleichverfahren, — Verbesserung der Herstellung und des Streichens von Papier. *Rückführung von Abfällen:* — Probenahme, Analyse und Klassifizierung der Abfälle, — Recycling-Technologien, — Energieerzeugung aus Abfall. Diese Mittel sind zur Deckung der Personalausgaben für 17 Bedienstete (10 A, 2 B und 5 C) bestimmt. Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 10 000 000 ECU. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind	27 124 061	5 350 000	9 350 000	7 350 000	3 464 338	1 609 723
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	24 500 000	7 350 000	7 350 000	4 900 000	2 450 000	2 450 000
Mittel 1992	10 000 000		6 000 000	2 250 000	1 500 000	250 000
Insgesamt	61 624 061	12 700 000	22 700 000	14 500 000	7 414 338	4 309 723

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-5 3 — MODERNISIERUNG DER INDUSTRIEZWEIGE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B6-5 3 3	***Technische Normen, Meßmethoden und Referenzmaterialien***						
B6-5 3 3 1	Referenzbüro der Gemeinschaft (Angewandte Metrologie und chemische Analysen) Getrennte Mittel	4 000 000	12 800 000	21 291 002	13 500 000	14 952 959,67	11 280 845,39

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-5 3 — MODERNISIERUNG DER INDUSTRIEZWEIGE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B6-5 3 3	
B6-5 3 3 1	Beschluß 83/19/EWG des Rates vom 21. Dezember 1982 über ein Programm der Forschung und Entwicklung für die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft auf dem Gebiet der angewandten Metrologie und der Referenzmaterialien (Referenzbüro der Gemeinschaft — BCR) (1983-1987) (ABl. Nr. L 26 vom 28. 1. 1983, S. 48). Entscheidung 88/418/EWG des Rates vom 29. Juni 1988 zur Annahme eines Programms für Forschung und Entwicklung auf dem Gebiet der angewandten Metrologie und chemischen Analysen in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (1988-1992) (ABl. Nr. L 206 vom 30. 7. 1988, S. 29). Ziel des Programms des Referenzbüros der Gemeinschaft ist es, die Übereinstimmung der Meß- oder Analyseergebnisse in denjenigen Bereichen zu verbessern, die für die Gemeinschaft von wirtschaftlicher Bedeutung sind und die den Zielen des Vertrags entsprechen. Die Arbeiten werden außerdem dazu führen, die materiellen Voraussetzungen für Kalibrierungen zu schaffen (Transferstandards und Referenzmaterialien), und können auch zur Beschreibung von Verfahren führen, die exakte Messungen ermöglichen. Das Programm umfaßt folgende Tätigkeiten: — gemeinsame Durchführung von Meßprogrammen (Ringversuche), chemischen Analysen und Versuchen, — Verbesserung der Meßverfahren und der Meßgenauigkeit, — Herstellung und Verbesserung der für Präzisionsmessungen erforderlichen Instrumente, insbesondere der Transferstandards, — Herstellung von Referenzmaterialien vom Ausgangsstoff bis zur verpackten Probe, — Zertifizierung dieser Materialien auf Gemeinschaftsebene, — Aufbewahrung und Verteilung der im Rahmen des Programms hergestellten Referenzmaterialien, — Unterstützung bei der Ausbildung von Spezialisten und beim Austausch von Wissenschaftlern im Rahmen der einzelnen Programmbereiche. Die Versuche werden aufgrund von Verträgen oder in Zusammenarbeit mit der Gemeinsamen Forschungsstelle durchgeführt. Diese Mittel sind bestimmt zur Deckung: a) der Personalausgaben für 32 Bedienstete (19 A, 3 B und 10 C); b) der Ausgaben für die Bereitstellung der erforderlichen Räumlichkeiten und des Personals für die Herstellung und Lagerung von Referenzproben und -normalen durch die Gemeinsame Forschungsstelle sowie die Ausgaben für Investitionen der Gemeinsamen Forschungsstelle im Zusammenhang mit der Lagerung und Versendung der besagten Referenzproben und -normalen (auf 950 000 ECU veranschlagt). Es können auch Analysen oder besondere Arbeiten für Dritte in deren Antrag und gegen Bezahlung durchgeführt werden; die Ausgaben hierfür werden ebenfalls unter diesem Posten erfaßt. Der eventuelle Finanzbeitrag wird unter Artikel 6 2 3 des Einnahmenansatzes verbucht und kann in Anwendung des Artikels 96 Absatz 1 der Haushaltsordnung zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel führen. Die Bereitstellung zusätzlicher Mittel wird unter Posten B6-8 0 0 4 geschehen.

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-5 3 — MODERNISIERUNG DER INDUSTRIEZWEIGE *(Fortsetzung)*

KAPITEL B6-5 4 — ERSCHLIESSUNG UND NUTZUNG DER BIOLOGISCHEN RESSOURCEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B6-5 3 3	*(Fortsetzung)*						
B6-5 3 3 1	*(Fortsetzung)*						
	Artikel B6-5 3 3 insgesamt	4 000 000	12 800 000	21 291 002	13 500 000	14 952 959,67	11 280 845,39
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	48 600 000	162 800 000	255 962 765	212 095 000	187 123 055,04	128 322 992,99
	KAPITEL B6-5 3 INSGESAMT	48 600 000	162 800 000	255 962 765	212 095 000	187 123 055,04	128 322 992,99
	KAPITEL B6-5 4						
B6-5 4 1	***Biotechnologie***						
B6-5 4 1 1	BRIDGE (Biotechnologie) Getrennte Mittel	6 800 000	28 000 000	58 100 000	30 500 000	29 933 232,06	19 913 107,17

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-5 3 — MODERNISIERUNG DER INDUSTRIEZWEIGE *(Fortsetzung)*

KAPITEL B6-5 4 — ERSCHLIESSUNG UND NUTZUNG DER BIOLOGISCHEN RESSOURCEN

Artikel Posten | Erläuterungen

B6-5 3 3 *(Fortsetzung)*

B6-5 3 3 1 *(Fortsetzung)*

Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 4 000 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind	17 813 426	7 113 000	5 640 000	1 830 000	1 020 000	2 210 426
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	21 291 002	6 387 000	5 500 000	4 000 000	3 200 000	2 204 002
Mittel 1992	4 000 000		1 660 000	1 170 000	780 000	390 000
Insgesamt	43 104 428	13 500 000	12 800 000	7 000 000	5 000 000	4 804 428

B6-5 4 1

B6-5 4 1 1 Beschluß 85/195/EWG des Rates vom 12. März 1985 zur Festlegung eines mehrjährigen Forschungs-Aktionsprogramms der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft auf dem Gebiet der Biotechnologie (1985-1989) (ABl. Nr. L 83 vom 25. 3. 1985, S. 1).

Entscheidung 88/420/EWG des Rates vom 29. Juni 1988 zur Revision des mehrjährigen Forschungsaktionsprogramms der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft auf dem Gebiet der Biotechnologie (ABl. Nr. L 206 vom 30. 7. 1988, S. 38).

Entscheidung 89/621/EWG des Rates vom 27. November 1989 über ein spezifisches Programm für Forschung und technologische Entwicklung im Bereich Biotechnologie (1990 bis 1994) BRIDGE (ABl. Nr. L 360 vom 9. 12. 1989, S. 32).

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-5 4 — ERSCHLIESSUNG UND NUTZUNG DER BIOLOGISCHEN RESSOURCEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B6-5 4 1	*(Fortsetzung)*						
B6-5 4 1 1	*(Fortsetzung)*						
	Artikel B6-5 4 1 insgesamt	6 800 000	28 000 000	58 100 000	30 500 000	29 933 232,06	19 913 107,17
B6-5 4 2	***Agroindustrielle Technologien***						
B6-5 4 2 1	ECLAIR (Biotechnologische, agroindustrielle Forschung und technologische Entwicklung)						
	Getrennte Mittel	1 600 000	17 200 000	29 000 379	22 500 000	23 611 923,64	9 401 534,76

KOMMISSION

Teileinzelplan B6

(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-5 4 — ERSCHLIESSUNG UND NUTZUNG DER BIOLOGISCHEN RESSOURCEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B6-5 4 1	*(Fortsetzung)*
B6-5 4 1 1	*(Fortsetzung)*

Das Programm BRIDGE (Biotechnology research for innovation, development and growth in Europe) bildet die Fortsetzung des Programms BAP (Biotechnology action programme) (1985-1989) und gliedert sich in zwei Aktionen: Die Aktion I „Forschung und Ausbildung", für die 90 % des Gesamthaushalts bereitgestellt werden, und die Aktion II, die unter dem Oberbegriff „Konzertierung" flankierende Maßnahmen umfaßt und aus den restlichen 10 % des Haushalts finanziert wird.

Hauptaufgabe der Aktion I ist es, die Zusammenarbeit im Bereich der Grundlagenforschung und Ausbildung durch Forschungsprojekte zu entwickeln, die dem langfristigen Bedarf der Gemeinschaft angepaßt sind. Erhebliche Anstrengungen sind auf dem Gebiet der vorwettbewerblichen Forschung vorgesehen, insbesondere bei der Bewertung der möglichen Risiken im Zusammenhang mit der Freisetzung gentechnisch veränderter Mikroorganismen. Das Forschungs- und Ausbildungsprogramm gliedert sich in vier Hauptteile:

— Informationsinfrastruktur,

— Unterstützungstechnologien,

— Biologie von Zellen,

— pränormative Forschung.

Das Programm wird über Verträge auf Kostenteilungsbasis und Ausbildungsverträge durchgeführt.

Die Aktion II „Konzertierung" beinhaltet verschiedene Folgemaßnahmen, Informations- und Kooperationstätigkeiten, mit denen die effiziente Nutzung der biotechnologischen Ergebnisse für die wirtschaftlichen und sozialen Ziele der Gemeinschaft und ihrer Mitgliedstaaten gefördert werden soll.

Diese Mittel sind zur Deckung der Personalausgaben für 28 Bedienstete (14 A, 4 B und 10 C) bestimmt.

Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 6 800 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind	29 444 477	13 070 000	7 530 000	2 320 000	1 700 000	4 824 477
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	58 100 000	17 430 000	17 430 000	10 500 000	7 800 000	4 940 000
Mittel 1992	6 800 000		3 040 000	2 080 000	1 000 000	680 000
Insgesamt	94 344 477	30 500 000	28 000 000	14 900 000	10 500 000	10 444 477

B6-5 4 2

B6-5 4 2 1 Entscheidung 89/160/EWG des Rates vom 23. Februar 1989 über ein erstes mehrjähriges Programm (1988-1993) für auf Biotechnologie gestützte agroindustrielle Forschung und technologische Entwicklung — ECLAIR (European collaborative linkage of agriculture and industry through research) (ABl. Nr. L 60 vom 3. 3. 1989, S. 48).

Das Programm ECLAIR (European collaborative linkage of agriculture and industry through research) umfaßt drei Arten von Aktionen:

— Beurteilung der Eigenschaften und Erzeugung neuer Sorten und Organismen (Verbesserung bestehender Agrarproduktionen und Entwicklung alternativer Agrarerzeugnisse),

— industrielle Produkte und Dienstleistungen (Durchführung von Vorhaben in den der Landwirtschaft vor- und nachgeschalteten Bereichen),

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-5 4 — ERSCHLIESSUNG UND NUTZUNG DER BIOLOGISCHEN RESSOURCEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B6-5 4 2	*(Fortsetzung)*						
B6-5 4 2 1	*(Fortsetzung)*						
B6-5 4 2 2	FLAIR (Lebensmittelwissenschaft und -technologie) Getrennte Mittel	1 100 000	6 400 000	12 200 991	7 200 000	10 863 103,98	2 746 492,67

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-54 — ERSCHLIESSUNG UND NUTZUNG DER BIOLOGISCHEN RESSOURCEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B6-5 4 2	*(Fortsetzung)*
B6-5 4 2 1	*(Fortsetzung)*

— integrierte Vorhaben (zu verschiedenen Themen, z.B. in Form von integrierten, agroindustriellen Projekten).

Diese Mittel sind zur Deckung der Personalausgaben für 13 Bedienstete (7 A, 1 B und 5 C) bestimmt.

Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 1 600 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind	32 420 497	13 800 000	9 800 000	5 600 000	3 200 000	20 497
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	29 000 379	8 700 000	5 800 000	5 800 000	5 800 000	2 900 379
Mittel 1992	1 600 000		1 600 000			
Insgesamt	63 020 876	22 500 000	17 200 000	11 400 000	9 000 000	2 920 876

B6-5 4 2 2

Beschluß 84/304/EWG des Rates vom 24. Mai 1984 zur Festlegung einer konzertierten Forschungsaktion der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft über die Auswirkungen von Behandlungen und Vertrieb auf Qualität und Nährwert von Lebensmitteln (ABl. Nr. L 151 vom 7. 6. 1984, S. 46).

Entscheidung 89/411/EWG des Rates vom 20. Juni 1989 über ein spezifisches Programm für Forschung und technologische Entwicklung auf dem Gebiet der Lebensmittelwissenschaft und -technologie (1989-1993) (FLAIR) (ABl. Nr. L 200 vom 13. 7. 1989, S. 18).

Trotz ihrer wirtschaftlichen Bedeutung in Europa (Verarbeitung von rund 70 % der Agrarproduktion) investiert die Agrar- und Ernährungswirtschaft nur relativ wenig (0,2 bis 0,5 % des Umsatzes) in die Forschung und Entwicklung.

Andererseits gestatten es ihr die Erfordernisse der technologischen Entwicklung und die wirtschaftlichen Notwendigkeiten (Schaffung eines gemeinschaftlichen Binnenmarktes, Koexistenz von sehr kleinen und sehr großen Unternehmen sowie die Konkurrenz auf den Außenmärkten) nicht, sich auf eine reine Defensivpolitik zu beschränken. Diese Feststellung hat die Staaten veranlaßt, die Forschung und Entwicklung in diesem Wirtschaftszweig durch öffentliche Beihilfen zu unterstützen. Einige Aktionen liegen jedoch nach wie vor aufgrund ihrer Kosten außerhalb der Möglichkeiten einzelstaatlicher Maßnahmen.

Diesem Anliegen entspricht das Programm FLAIR (Food-linked agro-industrial research), durch das auch Doppelarbeit vermieden werden soll. Es stützt sich auf die Erfahrungen und Einrichtungen, die durch die konzertierten COST-Aktionen 90, 90a, 91 und 91a aufgebaut worden sind. Angesichts der positiven Ergebnisse der Zusammenarbeit mit mehreren Drittstaaten empfiehlt es sich, diese, soweit sie es wünschen, an dieser Aktion zu beteiligen. Das Programm schließt sich an das Rahmenprogramm der wissenschaftlichen und technischen Tätigkeiten der Gemeinschaft an, von dem es mehrere Ziele übernommen hat:

— Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen in der Gemeinschaft,

— Unterstützung des Einsatzes neuer Technologien,

— Versorgung des Verbrauchers mit einer abwechslungsreichen und qualitativ guten Ernährung,

— Beseitigung der Behinderungen beim Verkehr solcher Produkte,

— möglichst weitgehende Reduzierung der Verfahrenskosten beim Schutz der öffentlichen Gesundheit,

— Förderung der Zusammenarbeit mit anderen internationalen Einrichtungen in demselben Bereich,

— Erhöhung der Produktivität und Effizienz der Ernährungswirtschaft und Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit, insbesondere der kleinen und mittleren Unternehmen der Gemeinschaft,

— Verbesserung des Verbraucherschutzes und Stärkung seines Vertrauens durch bessere Qualität und sicherere Verfahren,

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-5 4 — ERSCHLIESSUNG UND NUTZUNG DER BIOLOGISCHEN RESSOURCEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B6-5 4 2	*(Fortsetzung)*						
B6-5 4 2 2	*(Fortsetzung)*						
	Artikel B6-5 4 2 insgesamt	2 700 000	23 600 000	41 201 370	29 700 000	34 475 027,62	12 148 027,43
B6-5 4 3	***Landwirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit und Bewirtschaftung der landwirtschaftlichen Ressourcen***						
B6-5 4 3 1	Koordination der Agrarforschung Getrennte Mittel	1 300 000	17 100 000	34 000 000	18 500 000	20 981 595,98	7 524 326,43

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-5 4 — ERSCHLIESSUNG UND NUTZUNG DER BIOLOGISCHEN RESSOURCEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B6-5 4 2	*(Fortsetzung)*
B6-5 4 2 2	*(Fortsetzung)*

— Beitrag zur Realisierung des Binnenmarktes durch Verbesserung und Harmonisierung der grundlegenden Methoden und der Analyseverfahren sowie ihre Integration in den Mitgliedsländern.

Bei den Programmaktionen handelt es sich hauptsächlich um Maßnahmen auf Kostenteilungsbasis.

Diese Mittel sind zur Deckung der Personalausgaben für 5 Bedienstete (2 A, 1 B und 2 C) bestimmt.

Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 1 100 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind	8 317 498	3 540 000	1 640 000	2 460 000	677 498	
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	12 200 991	3 660 000	3 660 000	2 440 000	2 322 502	118 489
Mittel 1992	1 100 000		1 100 000			
Insgesamt	21 618 489	7 200 000	6 400 000	4 900 000	3 000 000	118 489

B6-5 4 3	
B6-5 4 3 1	Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, insbesondere Artikel 43 und 130.

Verordnung (EWG) Nr. 1728/74 des Rates vom 27. Juni 1974 über die Koordinierung der Agrarforschung (ABl. Nr. L 182 vom 5. 7. 1974, S. 1).

Beschluß 83/641/EWG des Rates vom 12. Dezember 1983 zur Festlegung von gemeinsamen Forschungsprogrammen und Programmen zur Koordinierung der Agrarforschung (ABl. Nr. L 358 vom 22. 12. 1983, S. 36), zuletzt geändert durch die Entscheidung 87/218/EWG (ABl. Nr. L 85 vom 28. 3. 1987, S. 46).

Entscheidung des Rates 90/84/EWG vom 26. Februar 1990 zur Festlegung eines besonderen Gemeinschaftsprogramms über die Forschung und technologische Entwicklung auf dem Gebiet der Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft und Bewirtschaftung landwirtschaftlicher Ressourcen (1989-1993) (ABl. Nr. L 58 vom 7. 3. 1990, S. 9).

Ziele dieses neuen fünfjährigen Agrarforschungsprogramms sind:

— Koordinierung bestimmter nationaler Forschungstätigkeiten auf Gemeinschaftsebene, um einen rationellen Einsatz der Mittel, eine wirksame Nutzung der Ergebnisse und eine auf die Ziele der Gemeinsamen Agrarpolitik abgestimmte Ausrichtung zu ermöglichen;

— Durchführung gemeinsamer Vorhaben, die die Anstrengungen der Mitgliedstaaten in Bereichen verstärken und ergänzen sollen, die für die Gemeinschaft von besonderer Bedeutung sind.

Es umfaßt im wesentlichen folgende Themen:

— Förderung und Entwicklung von in der Gemeinschaft defizitären Erzeugnissen,

— Verbesserung der Qualität landwirtschaftlicher Erzeugnisse und Erforschung neuer Verwendungsmöglichkeiten für traditionelle landwirtschaftliche Erzeugnisse,

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-5 4 — ERSCHLIESSUNG UND NUTZUNG DER BIOLOGISCHEN RESSOURCEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B6-5 4 3	*(Fortsetzung)*						
B6-5 4 3 1	*(Fortsetzung)*						
	Artikel B6-5 4 3 insgesamt	1 300 000	17 100 000	34 000 000	18 500 000	20 981 595,98	7 524 326,43
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	10 800 000	68 700 000	133 301 370	78 700 000	85 389 855,66	39 585 461,03
	KAPITEL B6-5 4 INSGESAMT	10 800 000	68 700 000	133 301 370	78 700 000	85 389 855,66	39 585 461,03

KOMMISSION
Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-5 4 — ERSCHLIESSUNG UND NUTZUNG DER BIOLOGISCHEN RESSOURCEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B6-5 4 3	*(Fortsetzung)*
B6-5 4 3 1	*(Fortsetzung)*

— ausgehend von den vorhandenen Möglichkeiten, Aufzeigung realistischer Lösungen zur Verminderung des wirtschaftlichen und sozialen Ungleichgewichts zwischen den wirtschaftlich florierenden und den strukturschwachen Regionen,

— Verminderung der Kosten landwirtschaftlicher Erzeugungssysteme,

— Aufstellung langfristiger Pläne zur Schaffung unterschiedlicher Boden- und Wasserbewirtschaftungssysteme, die der Landwirtschaft, der Umwelt und der Landschaft zugute kommen,

— Entwicklung von Methoden und Aufbau von Diensten für die Verbreitung landwirtschaftlicher Informationen, damit sich die Landwirte problemlos und wirksam den durch die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik ausgelösten Änderungen anpassen können.

Diese Mittel sind zur Deckung der Personalausgaben für 8 Bedienstete (4 A, 2 B und 2 C) bestimmt.

Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 1 300 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind	24 483 264	8 300 000	5 600 000	5 900 000	2 500 000	2 183 264
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	34 000 000	10 200 000	10 200 000	6 800 000	5 000 000	1 800 000
Mittel 1992	1 300 000		1 300 000			
Insgesamt	59 783 264	18 500 000	17 100 000	12 700 000	7 500 000	3 983 264

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-5 5 — ENERGIE

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
	KAPITEL B6-5 5						
B6-5 5 1	***Kernspaltung — Nukleare Sicherheit***						
B6-5 5 1 1	Kernspaltung — Bewirtschaftung und Lagerung radioaktiver Abfälle Getrennte Mittel	11 000 000	21 200 000	26 900 000	21 000 000	30 622 539,12	11 066 725,46
B6-5 5 1 2	Kernspaltung — Stillegung von kerntechnischer Anlagen Getrennte Mittel	800 000	5 400 000	11 941 837	8 200 000	12 493 974,61	6 482 039,84

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-5 5 — ENERGIE

Artikel Posten	Erläuterungen
B6-5 5 1	
B6-5 5 1 1	Beschluß 80/343/Euratom des Rates vom 18. März 1980 zur Festlegung eines Programms über die Bewirtschaftung und Lagerung radioaktiver Abfälle (1980-1984) (ABl. Nr. L 78 vom 25. 3. 1980, S. 22). Beschluß 85/199/Euratom des Rates vom 12. März 1985 zur Festlegung eines Forschungs- und Entwicklungsprogramms zur Bewirtschaftung und Lagerung radioaktiver Abfälle (1985-1989) (ABl. Nr. L 83 vom 25. 3. 1985, S. 20). Beschluß 89/664/Euratom des Rates vom 18. Dezember 1989 zur Genehmigung eines spezifischen Forschungs- und technologischen Entwicklungsprogramms für die Europäische Atomgemeinschaft auf dem Gebiet der Entsorgung radioaktiver Abfälle (1990-1994) (ABl. Nr. L 395 vom 30. 12. 1989, S. 28). An das dritte fünfjährige Aktionsprogramm (1985-1989) auf Kostenteilungsbasis schließt sich ein viertes Fünfjahresprogramm (1990-1994) an, das die bisherigen Aktionslinien fortsetzt. Es wird in enger Abstimmung mit den Tätigkeiten der Gemeinsamen Forschungsstelle auf diesem Gebiet durchgeführt und ist seit seinem Beginn im Jahr 1975 stark in die einzelstaatlichen Programme integriert. Dieses Programm umfaßt einerseits Studien und Forschungsarbeiten zur Fortsetzung des vorherigen Programms; sie betreffen insbesondere die Charakterisierung der konditionierten Abfälle im Hinblick auf ihre Lagerung, die Untersuchung der Schutzbarrieren und ihrer Leistungsfähigkeit sowie die Bewertung der Lagerungssicherheit. Das Programm sieht ferner die Untersuchung, Realisierung und den Betrieb unterirdischer Demonstrationsanlagen vor. Mit diesem Programm sollen die Sicherheit und der Schutz der Bevölkerung und der Umwelt gegen potentielle Risiken der Bewirtschaftung radioaktiver Abfälle gewährleistet und entsprechende Technologien entwickelt werden. Das Programm befaßt sich mit folgenden Themen: — Bewirtschaftung von Abfällen und entsprechende Forschungs- und Entwicklungsaktionen; — Bau und/oder Betrieb unterirdischer Anlagen, die für kooperative Gemeinschaftsaktivitäten zur Verfügung stehen. Diese Mittel sind zur Deckung der Personalausgaben für 14 Bedienstete (7 A, 4 B und 3 C) bestimmt. Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 11 000 000 ECU. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind	30 920 723	12 930 000	8 730 000	3 640 000	3 060 000	2 560 723
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	26 900 000	8 070 000	8 070 000	5 380 000	2 690 000	2 690 000
Mittel 1992	11 000 000		4 400 000	3 300 000	2 200 000	1 100 000
Insgesamt	68 820 723	21 000 000	21 200 000	12 320 000	7 950 000	6 350 723

B6-5 5 1 2	Beschluß 84/60/Euratom des Rates vom 31. Januar 1984 zur Festlegung eines Forschungsprogramms betreffend die Stillegung von Kernkraftwerken (ABl. Nr. L 36 vom 8. 2. 1984, S. 23). Entscheidung 89/239/Euratom des Rates vom 14. März 1989 zur Festlegung eines Forschungs- und Entwicklungsprogramms für die Europäische Atomgemeinschaft im Bereich der Stillegung kerntechnischer Anlagen (1989-1993) (ABl. Nr. L 98 vom 11. 4. 1989, S. 33). Das Programm erstreckt sich auf folgende Bereiche: — Erforschung und Entwicklung spezieller Techniken und von Grundinformationen, — Herausarbeitung von Leitsätzen, — Prüfung neuer Techniken im Rahmen von Stillegungen in großem Maßstab.

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-5 5 — ENERGIE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B6-5 5 1	*(Fortsetzung)*						
B6-5 5 1 2	*(Fortsetzung)*						
B6-5 5 1 3	TELEMAN (Fernsteuerung im Katastrophenschutz und in unbekanntem Umfeld)						
	Getrennte Mittel	9 000 000	5 400 000	1 600 097	3 400 000	8 597 495,07	3 217 741,50

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-5 5 — ENERGIE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B6-5 5 1	*(Fortsetzung)*
B6-5 5 1 2	*(Fortsetzung)*

Neben der Öffentlichkeit und den Beschäftigten der kerntechnischen Anlagen betrifft das Programm vor allem die für die nukleare Sicherheit und den Strahlenschutz verantwortlichen Behörden, die Betreiber kerntechnischer Anlagen und — als potentielle Vertragspartner — die Einrichtungen und Unternehmen, die sich mit Kernforschung befassen.

Allgemeines Ziel der Aktion ist vor allem ein Beitrag zur Entwicklung von Kernspaltungsenergie. Ihr Hauptziel ist die Schaffung von Methoden und Techniken zur Stillegung von Kernanlagen, die den bestmöglichen Schutz von Mensch und Umwelt gewährleisten können.

Diese Mittel sind zur Deckung der Personalausgaben für 5 Bedienstete (3 A, 1 B und 1 C) bestimmt.

Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 800 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind	13 740 778	4 617 000	2 300 000	3 100 000	2 700 000	1 023 778
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	11 941 837	3 583 000	3 100 000	2 100 000	1 800 000	1 358 837
Mittel 1992	800 000			500 000	300 000	
Insgesamt	26 482 615	8 200 000	5 400 000	5 700 000	4 800 000	2 382 615

B6-5 5 1 3

Entscheidung 89/464/Euratom des Rates vom 18. Juli 1989 zur Annahme eines Forschungs- und Ausbildungsprogramms für die Europäische Atomgemeinschaft auf dem Gebiet fernbedienter Handhabungssysteme zum Einsatz im Bereich der Kernenergie im Katastrophenschutz und in unbekanntem Umfeld (1989-1993) TELEMAN (ABl. Nr. L 226 vom 3. 8. 1989, S. 16).

Ziel des Programms TELEMAN (Télémanipulation dans des environnements nucléaires dangereux et perturbés) ist es, der Kernindustrie dabei zu helfen, immer größere Mengen radioaktiven Materials zu bewältigen, Komponenten von Reaktoren und anderen kerntechnischen Anlagen zu kontrollieren, auszutauschen und auszubauen, ohne daß die Arbeiter dabei eine höhere Strahlendosis erhalten, und die Folgen großer Unfälle zu mindern.

Bei der zu beherrschenden Technik geht es um die computergestützte Fernsteuerung und Robotertechnik, die eine große Autonomie, Intelligenz, Beweglichkeit und Widerstandsfähigkeit gegenüber einer aggressiven Umgebung einschließt.

Das Programm umfaßt:

— die Entwicklung ganz spezieller Bauteile für Telemanipulatoren und Roboterfahrzeuge;

— die Herstellung einer kleinen Zahl experimenteller Geräte, von denen jedes auf eine bestimmte Umgebung, verschiedene Aufgaben sowie die speziellen Forschungsarbeiten abgestimmt ist;

— die Untersuchung der Leistungsfähigkeit der experimentellen Geräte und ihre Vorführung in der Industrie im Hinblick auf eine entsprechende Marktabstimmung.

Zu den potentiellen Vertragsnehmern gehören Einrichtungen, die sich mit der Entwicklung und Lieferung modernster Maschinen und militärischer Technologien befassen, sowie Universitäten, die über Anlagen für die Herstellung und Erprobung experimenteller Geräte verfügen.

Diese Mittel sind zur Deckung der Personalausgaben für 4 Bedienstete (2 A, 1 B und 1 C) bestimmt.

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-5 5 — ENERGIE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B6-5 5 1	*(Fortsetzung)*						
B6-5 5 1 3	*(Fortsetzung)*						
	Artikel B6-5 5 1 insgesamt	20 800 000	32 000 000	40 441 934	32 600 000	51 714 008,80	20 766 506,80
B6-5 5 2	***Gesteuerte thermonukleare Fusion***						
B6-5 5 2 1	Kontrollierte thermonukleare Fusion — Hauptprogramm Getrennte Mittel	24 400 000	61 602 483	41 900 000	95 000 000	112 778 106,03	123 182 723,38

KOMMISSION
Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-5 5 — ENERGIE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B6-5 5 1	*(Fortsetzung)*
B6-5 5 1 3	*(Fortsetzung)* Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 9 000 000 ECU. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind	5 976 292	2 200 000	1 699 903	2 000 000	76 389	
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	1 600 097	1 200 000	400 097			
Mittel 1992	9 000 000		3 300 000	2 000 000	2 523 611	1 176 389
Insgesamt	16 576 389	3 400 000	5 400 000	4 000 000	2 600 000	1 176 389

B6-5 5 2	
B6-5 5 2 1	Beschluß 82/350/Euratom des Rates vom 25. Mai 1982 über ein Forschungs- und Ausbildungsprogramm (1982-1986) auf dem Gebiet der kontrollierten thermonuklearen Fusion (ABl. Nr. L 157 vom 8. 6. 1982, S. 22). Beschluß 85/201/Euratom des Rates vom 12. März 1985 zur Festlegung eines Forschungs- und Ausbildungsprogramms auf dem Gebiet der kontrollierten Kernfusion (1985-1989) (ABl. Nr. L 83 vom 25. 3. 1985, S. 25). Entscheidung 88/448/Euratom des Rates vom 25. Juli 1988 zur Annahme eines Mehrjahres-Forschungs- und Ausbildungsprogramms auf dem Gebiet der kontrollierten Kernfusion (ABl. Nr. L 222 vom 12. 8. 1988, S. 5). Dieses Programm (Januar 1988-März 1992) ist ein Element einer langfristigen Zusammenarbeit bei allen Forschungs- und Entwicklungstätigkeiten auf dem Gebiet der kontrollierten thermonuklearen Fusion in den Mitgliedstaaten. Im Rahmen des Programms sollen Prototypen von Fusionsreaktoren im Hinblick auf ihren großtechnischen Einsatz und ihre Kommerzialisierung gemeinsam ausgeführt werden. Das Programm ist die Fortsetzung und Weiterentwicklung der vorausgegangenen Programme und sieht folgendes vor: — Errichtung der physikalischen und technologischen Basis zur detaillierten Planung des NET; im Bereich der Physik und der Plasma-Technik beinhaltet dies die volle Nutzung von JET und verschiedener bestehender bzw. im Bau befindlicher spezialisierter Tokamaks mittlerer Größe und im Bereich der Technologie einen Ausbau des gegenwärtigen Fusionstechnologieprogramms; — Beginn des detaillierten Konstruktionsentwurfs von NET vor Ende der Programmlaufzeit, jedoch nicht vor der nächsten Programmrevision, wenn zu diesem Zeitpunkt die notwendige Datenbasis vorhanden ist; — Erkundung des Reaktorpotentials einiger alternativer Baureihen. Seit Mai 1976 ist Schweden an diesem Programm beteiligt; die Schweiz nimmt seit Anfang 1978 teil. Der finanzielle Beitrag dieser Staaten, wie er sich aus den Kooperationsabkommen ergibt, wird unter Artikel 6 0 1 des Einnahmenansatzes verbucht und führt zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel unter diesem Posten gemäß Artikel 96 Absatz 1 der Haushaltsordnung. Zusätzliche Mittel werden unter Posten B6-8 0 0 4 bereitgestellt. Diese Mittel sind zur Deckung der Personalausgaben für 105 Bedienstete (78 A, 24 B und 3 C) bis zum 31. März 1992 bestimmt.

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-5 5 — ENERGIE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B6-5 5 2	*(Fortsetzung)*						
B6-5 5 2 1	*(Fortsetzung)*						
B6-5 5 2 2	Kontrollierte thermonukleare Fusion — Beteiligung an dem gemeinsamen Unternehmen JET						
	Getrennte Mittel	3 000 000	3 000 000	69 000 000 (1)	69 000 000 (1)	79 000 000,—	79 000 000,—

(1) Es werden Mittel in Höhe von 6 000 000 ECU in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-5 5 — ENERGIE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B6-5 5 2	*(Fortsetzung)*
B6-5 5 2 1	*(Fortsetzung)* Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 24 400 000 ECU. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind	176 019 636	82 430 000	39 272 483	26 800 000	22 014 963	5 502 190
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	41 900 000	12 570 000	12 570 000	8 380 000	4 190 000	4 190 000
Mittel 1992	24 400 000		9 760 000	7 320 000	4 880 000	2 440 000
Insgesamt	242 319 636	95 000 000	61 602 483	42 500 000	31 084 963	12 132 190

B6-5 5 2 2

Beschluß 78/471/Euratom des Rates vom 30. Mai 1978 zur Errichtung eines gemeinsamen Unternehmens Joint European Torus (JET) Joint Undertaking (ABl. Nr. L 151 vom 7. 6. 1978, S. 10).

Beschluß 85/201/Euratom des Rates vom 12. März 1985 zur Festlegung eines Forschungs- und Ausbildungsprogramms auf dem Gebiet der kontrollierten Kernfusion (1985-1989) (ABl. Nr. L 83 vom 25. 3. 1985, S. 25).

Beschluß 88/448/Euratom des Rates vom 25. Juli 1988 zur Annahme eines mehrjährigen Forschungs- und Ausbildungsprogramms auf dem Gebiet der kontrollierten Kernfusion (ABl. Nr. L 222 vom 12. 8. 1988, S. 5).

Das JET-Projekt (Joint European Torus) hat den Bau und Betrieb einer großen Anlage vom Tokamak-Typ und seiner Hilfsanlagen als Teil des Programms „Fusion" und zugunsten der Teilnehmer an diesem Programm zum Ziel, um den für Experimente zur kontrollierten thermonuklearen Fusion in Betracht kommenden Parameterbereich bis zu Bedingungen zu erweitern, die denen eines Fusionsreaktors nahekommen.

Mit der Durchführung dieses Vorhabens ist das gemeinsame Unternehmen JET beauftragt worden, das nach den Bestimmungen von Kapitel V, Euratom-Vertrag, errichtet worden ist.

Gemäß Artikel 9 der Satzung des gemeinsamen Unternehmens beträgt die Beteiligung der Gemeinschaft 80 % seiner Ausgaben (Zahlungsermächtigungen) nach Abzug der Einnahmen.

Zwei Drittländer, Schweden und die Schweiz, beteiligen sich im Rahmen von Kooperationsabkommen mit Euratom an diesem Gemeinschaftsbeitrag. Der finanzielle Beitrag dieser Staaten, wie er sich aus den Kooperationsabkommen ergibt, wird unter Artikel 6 0 1 des Einnahmenansatzes verbucht und führt zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel gemäß Artikel 96 Absatz 1 der Haushaltsordnung. Zusätzliche Mittel werden unter Posten B6-8 0 0 4 bereitgestellt.

Das Personal des JET umfaßt 191 Bedienstete auf Zeit des Stellenplans der Kommission für Forschungstätigkeiten (indirekte Aktionen). Diese Bediensteten sind in Culham eingesetzt.

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-5 5 — ENERGIE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B6-5 5 2	*(Fortsetzung)*						
B6-5 5 2 2	*(Fortsetzung)*						
	Artikel B6-5 5 2 insgesamt	27 400 000	64 602 483	110 900 000	164 000 000	191 778 106,03	202 182 723,38
B6-5 5 3	***Nichtnukleare Energie und rationelle Energienutzung***						
B6-5 5 3 1	JOULE (Nichtnukleare Energien und rationelle Energienutzung)						
	Getrennte Mittel	1 100 000	31 200 000	50 910 622	51 000 000	89 887 004,63	61 806 217,—

KOMMISSION
Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-5 5 — ENERGIE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B6-5 5 2	*(Fortsetzung)*
B6-5 5 2 2	*(Fortsetzung)* Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 3 000 000 ECU. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind	970			970		
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	75 000 000 (1)	75 000 000				
Mittel 1992	3 000 000		3 000 000			
Insgesamt	78 000 970	75 000 000 (1)	3 000 000	970		

(1) Davon sind 6 000 000 ECU in Kapitel B0-4 0 eingetragen.

B6-5 5 3	
B6-5 5 3 1	Beschluß 85/198/EWG des Rates vom 12. März 1985 zur Genehmigung eines Forschungs- und Entwicklungsprogramms auf dem Gebiet der nichtnuklearen Energie (1985-1988) (ABl. Nr. L 83 vom 25. 3. 1985, S. 16). Entscheidung 89/236/EWG des Rates vom 14. März 1989 über ein spezifisches Programm für Forschung und technologische Entwicklung im Bereich der Energie — nichtnukleare Energien und rationelle Energienutzung (1989-1992) (Programm JOULE) (ABl. Nr. L 98 vom 11. 4. 1989, S. 13). Das Programm JOULE (Joint opportunities for unconventional or long-term energy supply) ist Teil des Rahmenprogramms für die Gemeinschaftsaktionen im Bereich der Forschung und technologischen Entwicklung (1987-1991). Es entspricht der Aktionslinie 5.3 „Nichtnukleare Energien und rationelle Energienutzung". Das Gesamtziel ist zwar an die Energiestrategie der Gemeinschaft gebunden, aber das Programm dient auch spezifischen, genau festgelegten Zielen: größere Vielfalt der Energiequellen und Verbesserung der Versorgungssicherheit, Verringerung der Erdölabhängigkeit, Entwicklung der technologischen Fähigkeiten und Verstärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Gemeinschaftsindustrien, Verringerung der unrationellen Energienutzung, Verminderung der negativen Auswirkungen von Produktion und Energienutzung auf die Umwelt, Ausarbeitung von Normen und Standards. Das Programm ist so aufgebaut, daß es eine begrenzte Zahl gezielter, hochtechnischer Aktionen abdeckt, mit denen sich diese Ziele erreichen lassen. Es setzt sich aus vier Teilprogrammen zusammen: — Modelle für Energie- und Umweltsysteme, — rationelle Energienutzung, — Energiegewinnung aus fossilen Energiequellen, — erneuerbare Energieträger.

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-5 5 — ENERGIE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B6-5 5 3	*(Fortsetzung)*						
B6-5 5 3 1	*(Fortsetzung)*						
	Artikel B6-5 5 3 insgesamt	1 100 000	31 200 000	50 910 622	51 000 000	89 887 004,63	61 806 217,—
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	49 300 000	127 802 483	202 252 556	247 600 000	333 379 119,46	284 755 447,18
	KAPITEL B6-5 5 INSGESAMT	49 300 000	127 802 483	202 252 556	247 600 000	333 379 119,46	284 755 447,18

KOMMISSION

Teileinzelplan B6

(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-5 5 — ENERGIE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B6-5 5 3	*(Fortsetzung)*
B6-5 5 3 1	*(Fortsetzung)*

Damit wird dafür gesorgt, daß das vorhergehende Programm in aktualisierter Form und mit aktualisiertem Inhalt fortgeführt wird, damit einmal die früheren vielversprechenden Entwicklungen fortgesetzt und zum anderen die heutigen Ziele erreicht werden können.

Das Programm dient neben der Untersuchung der Möglichkeiten und der Durchführung von Feasibility-Studien auch der Verbesserung der bestehenden Technologien, der Weiterentwicklung von Techniken, Verfahren und neuen Erzeugnissen sowie der Verwirklichung von Systemen und Pilotprojekten im Hinblick auf ihre spätere Demonstration und Kommerzialisierung.

Es betrifft gleichermaßen Industriezweige, Universitäten sowie öffentliche und private Forschungseinrichtungen.

Die Forschungsarbeiten werden in der Hauptsache auf Kostenteilungsbasis, eventuell auch in Form einer konzertierten Aktion durchgeführt. Soweit wie irgend möglich werden die Vorhaben in grenzübergreifender Zusammenarbeit ausgeführt.

Diese Mittel sind zur Deckung der Personalausgaben für 34 Bedienstete (18 A, 7 B und 9 C) bis zum 31. März 1992 bestimmt.

Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 1 100 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind	75 316 922	35 727 000	17 600 000	12 818 000	6 500 000	2 671 922
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	50 910 622	15 273 000	12 500 000	10 182 000	8 500 000	4 455 622
Mittel 1992	1 100 000		1 100 000			
Insgesamt	127 327 544	51 000 000	31 200 000	23 000 000	15 000 000	7 127 544

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-5 6 — WISSENSCHAFT UND TECHNIK IM DIENSTE DER ENTWICKLUNG

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
	KAPITEL B6-5 6						
B6-5 6 1	***Wissenschaft und Technik im Dienste der Entwicklung***						
B6-5 6 1 1	Wissenschaft und Technik im Dienste der Entwicklung Getrennte Mittel	p.m.	9 800 000	7 113 502	17 000 000	13 884 711,85	17 615 768,27
	Artikel B6-5 6 1 insgesamt	p.m.	9 800 000	7 113 502	17 000 000	13 884 711,85	17 615 768,27
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	p.m.	9 800 000	7 113 502	17 000 000	13 884 711,85	17 615 768,27
	KAPITEL B6-5 6 INSGESAMT	p.m.	9 800 000	7 113 502	17 000 000	13 884 711,85	17 615 768,27

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-5 6 — WISSENSCHAFT UND TECHNIK IM DIENSTE DER ENTWICKLUNG

Artikel Posten	Erläuterungen
B6-5 6 1	
B6-5 6 1 1	Beschluß 82/837/EWG des Rates vom 3. Dezember 1982 zur Festlegung eines Programms über Wissenschaft und Technik im Dienste der Entwicklung (1983-1986) (ABl. Nr. L 352 vom 14. 12. 1982, S. 24). Entscheidung 87/590/EWG des Rates vom 14. Dezember 1987 über ein Forschungs- und Entwicklungsprogramm „Wissenschaft und Technik im Dienste der Entwicklung" (1987-1991) (ABl. Nr. L 355 vom 17. 12. 1987, S. 41). Diese Mittel sind zur Abwicklung der eingegangenen Verpflichtungen bestimmt. Für 1992 bewilligte Verpflichtungsermächtigungen: p.m. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind	34 449 931	14 866 000	7 800 000	6 700 000	4 300 000	783 931
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	7 113 502	2 134 000	2 000 000	1 300 000	1 200 000	479 502
Mittel 1992	p.m.		p.m.			
Insgesamt	41 563 433	17 000 000	9 800 000	8 000 000	5 500 000	1 263 433

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-5 7 — NUTZUNG DES MEERESBODENS UND DER MEERESRESSOURCEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
	KAPITEL B6-5 7						
B6-5 7 1	***Meereswissenschaft und -technologien***						
B6-5 7 1 1	MAST (Meereswissenschaft und -technologie) Getrennte Mittel	2 200 000	9 100 000	11 504 328	15 200 000	32 799 422,64	13 498 527,37
	Artikel B6-5 7 1 insgesamt	2 200 000	9 100 000	11 504 328	15 200 000	32 799 422,64	13 498 527,37
B6-5 7 2	***Fischereiwesen***						
B6-5 7 2 1	Forschungsprogramme im Fischereisektor Getrennte Mittel	1 200 000	9 400 000	12 000 000	8 200 000	9 483 241,11	4 806 565,65

KOMMISSION

Teileinzelplan B6

(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-5 7 — NUTZUNG DES MEERESBODENS UND DER MEERESRESSOURCEN

Artikel Posten	Erläuterungen
B6-5 7 1	
B6-5 7 1 1	Entscheidung 89/413/EWG des Rates vom 20. Juni 1989 zur Festlegung eines spezifischen Programms für Forschung und technologische Entwicklung im Bereich der Meereswissenschaft und -technologie (MAST) (ABl. Nr. L 200 vom 13. 7. 1989, S. 30). Das Programm MAST (Marine science and technology) soll zur Durchführung von Punkt 7.1 des Rahmenprogramms für Forschung und technologische Entwicklung (1987-1991) beitragen, nämlich zur Erweiterung der Kenntnisse über Küstengewässer und Meeresregionen in Europa, zur Entwicklung neuer Explorationstechnologien und zur Verbesserung der Koordinierung und Kooperation zwischen nationalen Programmen, zur Stärkung der industriellen Wettbewerbsfähigkeit usw. Die Forschungsarbeiten werden im Rahmen von Forschungsverträgen auf Kostenteilungsbasis und durch Koordinierung der nationalen Programme in den nachstehenden Bereichen durchgeführt: — Grundlagen- und angewandte Forschung auf dem Gebiet der Meereswissenschaften (Erstellung von Modellen, Ozeanographie), — Wissenschaft der Küstenzonen und Küsteningenieurwesen, — Meerestechnologie (wissenschaftliche Instrumente, allgemeine innovative Technologien, entwurfsbezogene Aspekte bei Großeinrichtungen, Analyse der Aussichten für die 90er Jahre), — unterstützende Tätigkeiten. Diese Mittel sind zur Deckung der Personalausgaben für 13 Bedienstete (8 A, 1 B und 4 C) bis zum 30. Juni 1992 bestimmt. Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 2 200 000 ECU. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind	22 424 950	10 600 000	4 580 000	4 200 000	2 800 000	224 950
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	11 504 328	4 600 000	3 420 000	1 300 000	1 000 000	1 184 328
Mittel 1992	2 200 000		1 100 000	800 000	300 000	
Insgesamt	36 129 278	15 200 000	9 100 000	6 300 000	4 100 000	1 429 278

B6-5 7 2	
B6-5 7 2 1	Entschließung des Rates vom 25. Januar 1983 zur Kapazitätsanpassung und Produktivitätsverbesserung im Fischereisektor (ABl. Nr. C 28 vom 3. 2. 1983, S. 1). Entschließung des Rates vom 25. Juli 1983 über Rahmenprogramme für die Tätigkeiten der Gemeinschaft im Bereich Forschung, Entwicklung und Demonstration und über das erste Rahmenprogramm 1984-1987 (ABl. Nr. C 208 vom 4. 8. 1983, S. 1). Verordnung (EWG) Nr. 3252/87 des Rates vom 19. Oktober 1987 zur Koordinierung und Förderung der Forschung in der Fischwirtschaft (ABl. Nr. L 314 vom 4. 11. 1987, S. 17). Beschluß 87/534/EWG des Rates vom 19. Oktober 1987 zur Festlegung gemeinschaftlicher Forschungsprogramme und Programme zur Koordinierung der Forschung in der Fischwirtschaft für den Zeitraum 1988-1992 (ABl. Nr. L 314 vom 4. 11. 1987, S. 20).

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-5 7 — NUTZUNG DES MEERESBODENS UND DER MEERESRESSOURCEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B6-5 7 2	*(Fortsetzung)*						
B6-5 7 2 1	*(Fortsetzung)*						
	Artikel B6-5 7 2 insgesamt	1 200 000	9 400 000	12 000 000	8 200 000	9 483 241,11	4 806 565,65
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	3 400 000	18 500 000	23 504 328	23 400 000	42 282 663,75	18 305 093,02
	KAPITEL B6-5 7 INSGESAMT	3 400 000	18 500 000	23 504 328	23 400 000	42 282 663,75	18 305 093,02

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-5 7 — NUTZUNG DES MEERESBODENS UND DER MEERESRESSOURCEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B6-5 7 2	*(Fortsetzung)*
B6-5 7 2 1	*(Fortsetzung)*

Ziel einer wirksamen Koordinierung der Forschung muß es sein, die Anstrengungen in den Mitgliedstaaten so weit wie möglich zu steigern, sie nach den Erfordernissen der gemeinsamen Fischereipolitik auszurichten und die begrenzten Forschungsmittel zusammenzulegen, um bestimmte, für die Strukturanpassung in diesem Wirtschaftszweig besonders wichtige Probleme zu untersuchen.

Die Gemeinschaft muß die Anstrengungen der Staaten auch durch gemeinschaftliche Forschungsprogramme unterstützen und ergänzen können.

Die Verordnung sieht einen finanziellen Beitrag der Gemeinschaft zur Durchführung gemeinschaftlicher Forschungsprogramme in vier Bereichen vor, die für die Umstrukturierung des Fischereisektors von besonderem Interesse sind.

Dies geschieht in Form von Subventionen im Rahmen von Verträgen auf Kostenteilungsbasis, die über Forschungsprojekte in den folgenden vier in der Verordnung genannten Bereichen geschlossen werden:

— die Verwaltung der Fischereitätigkeit,

— die Fangmethoden,

— die Aquakultur,

— die Valorisierung der Fischereierzeugnisse.

Diese Mittel sind zur Deckung der Personalausgaben für 6 Bedienstete (2 A, 2 B und 2 C) bestimmt.

Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 1 200 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind	16 565 153	4 600 000	4 800 000	3 900 000	2 500 000	765 153
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	12 000 000	3 600 000	3 600 000	2 400 000	2 000 000	400 000
Mittel 1992	1 200 000		1 000 000	200 000		
Insgesamt	29 765 153	8 200 000	9 400 000	6 500 000	4 500 000	1 165 153

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-5 8 — VERBESSERUNG DER EUROPÄISCHEN ZUSAMMENARBEIT IN WISSENSCHAFT UND TECHNIK

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
	KAPITEL B6-5 8						
B6-5 8 1	***Stimulierung zur Verstärkung des europäischen wissenschaftlichen und technischen Potentials***						
B6-5 8 1 1	SCIENCE (Stimulierung der internationalen Zusammenarbeit und des Austausches für europäische Forscher) Getrennte Mittel	13 500 000	35 400 000	49 990 814	40 000 000	34 993 397,60	34 483 558,71

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-5 8 — VERBESSERUNG DER EUROPÄISCHEN ZUSAMMENARBEIT IN WISSENSCHAFT UND TECHNIK

Artikel Posten	Erläuterungen
B6-5 8 1	
B6-5 8 1 1	Beschluß 83/331/EWG des Rates vom 28. Juni 1983 zur Festlegung einer gemeinschaftlichen experimentellen Aktion zur Stimulierung des wissenschaftlichen und technischen Potentials der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (ABl. Nr. L 181 vom 6. 7. 1983, S. 20). Beschluß 85/197/EWG des Rates vom 12. März 1985 über einen Plan zur Stimulierung von Zusammenarbeit und Austausch im wissenschaftlichen und technischen Bereich in Europa (1985-1988) (ABl. Nr. L 83 vom 25. 3. 1985, S. 13). Entscheidung 88/419/EWG des Rates vom 29. Juni 1988 über einen Programmplan zur Stimulierung der internationalen Zusammenarbeit und des erforderlichen Austausches für europäische Forscher (1988-1992) (SCIENCE) (ABl. Nr. L 206 vom 30. 7. 1988, S. 34). Das Programm SCIENCE (Stimulation des coopérations internationales et des échanges nécessaires aux chercheurs européens) unterstützt drei Arten von Tätigkeiten: — Maßnahmen zur Unterstützung der innereuropäischen wissenschaftlichen und technischen Kommunikation: — Mobilitätsbeihilfen für Forscher: Stipendien und Forschungsbeihilfen für Einzelpersonen, einzelne Laboratorien oder Gemeinschaftslaboratorien, Stipendien und Forschungsbeihilfen für öffentliche oder private Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen zur Förderung des Austauschs (insbesondere zwischen Universitäten und Industrie), — Kommunikationsbeihilfen: Unterstützung für fachspezifische Informationsblätter, Aufbau europäischer wissenschaftlicher Datenbanken; — Maßnahmen zur Unterstützung der europäischen Zusammenarbeit in Wissenschaft und Technik durch: zeitlich befristete finanzielle Unterstützung je nach den Modalitäten der Partnerschaftsverträge zwischen Laboratorien oder Zuschüsse zu Forschungsprojekten und -netzen; — Maßnahmen zur Unterstützung der Ausbildung und Einstellung junger Forscher sowie zur ständigen Weiterbildung der Forscher: Stipendien, Forschungsbeihilfen, Zuschüsse zu Kursen von hohem Niveau. Zu diesem Zweck wird die Kommission eine ganze Reihe von Maßnahmen zur finanziellen Unterstützung ergreifen, die als Anreiz gedacht oder zeitlich befristet sind und nationalen oder internationalen Forscherteams gewährt werden: — Forschungsbeihilfen, Stipendien, Zuschüsse, — Partnerschaftsverträge zwischen Laboratorien, — Verträge über Umfragen oder Studien. Im übrigen wird die Kommission die Modalitäten für die Durchführung der Maßnahmen zur Unterstützung der Mobilität der Forscher sowie die Austausch- und Kommunikationsmöglichkeiten prüfen und erfassen. Schließlich wird die Kommission eine Reihe von Untersuchungen zur Feststellung der wissenschaftlichen und technischen Erfordernisse und Möglichkeiten in der Gemeinschaft durchführen. Zu diesem Zweck werden Studienverträge geschlossen oder Arbeitssitzungen (Konferenzen, Seminare, Workshops) unterstützt. Das Programm SCIENCE beinhaltet die Förderung von Verbindungen zwischen Forschungseinrichtungen in der Gemeinschaft und in Ländern in Mittel- und Osteuropa, die Assoziierungsabkommen mit der Gemeinschaft geschlossen haben. Für die uneingeschränkte Nutzung des wissenschaftlichen und technologischen Potentials in Europa ist es von grundlegender Bedeutung, auf den Erfindungsreichtum von Wissenschaftlern, Ingenieuren und medizinischen Spezialisten in Staaten mit Assoziierungsabkommen zurückgreifen zu können, insbesondere in der Tschechoslowakei, Ungarn und Polen. Diese Mittel sind zur Deckung der Personalausgaben für 18 Bedienstete (10 A, 3 B und 5 C) bestimmt.

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-5 8 — VERBESSERUNG DER EUROPÄISCHEN ZUSAMMENARBEIT IN WISSENSCHAFT UND TECHNIK *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B6-5 8 1	*(Fortsetzung)*						
B6-5 8 1 1	*(Fortsetzung)*						
B6-5 8 1 2	SPES (Plan zur Stimulierung der Wirtschaftswissenschaften) Getrennte Mittel	1 000 000	2 200 000	3 401 442 (1)	1 800 000 (2)	2 283 321,48	984 956,20

(1) Es werden Mittel in Höhe von 4 500 000 ECU in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.
(2) Es werden Mittel in Höhe von 1 500 000 ECU in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-5 8 — VERBESSERUNG DER EUROPÄISCHEN ZUSAMMENARBEIT IN WISSENSCHAFT UND TECHNIK *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B6-5 8 1	*(Fortsetzung)*
B6-5 8 1 1	*(Fortsetzung)* Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 13 500 000 ECU. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind	59 427 982	25 003 000	17 260 000	10 723 545	4 800 000	1 641 437
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	49 990 814	14 997 000	12 000 000	9 000 000	8 000 000	5 993 814
Mittel 1992	13 500 000		6 140 000	3 730 000	2 800 000	830 000
Insgesamt	122 918 796	40 000 000	35 400 000	23 453 545	15 600 000	8 465 251

B6-5 8 1 2

Entscheidung 89/118/EWG des Rates vom 13. Februar 1989 zur Festlegung eines europäischen Plans für die Stimulierung der Wirtschaftswissenschaften (1989-1992) (SPES) (ABl. Nr. L 44 vom 16. 2. 1989, S. 43), geändert durch die Entscheidung .../.../EWG (Vorschlag vom 23. Mai 1990 (ABl. Nr. C 155 vom 26. 6. 1990, S. 6)).

Das Programm SPES (Stimulation plan for economic science) unterstützt dreierlei Tätigkeiten:

— Maßnahmen zur Unterstützung der wissenschaftlich-technischen Kommunikation innerhalb Europas:
  — Förderung der Mobilität der Forscher: Forschungsstipendien und -beihilfen zur Förderung des Austausches,
  — Förderung der Kommunikation: Unterstützung spezieller Verbindungsbulletins, Einrichtung echter Wissenschafts-Datenbanken auf europäischer Ebene;
— Maßnahmen zur Unterstützung der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit in Europa: zeitlich begrenzte finanzielle Unterstützung nach den Bedingungen der „Partnerverträge" zwischen Laboratorien oder Zuschüsse zu Projekten für Forschungsnetze;
— Maßnahmen zur Unterstützung der Ausbildung und Beschäftigung von Nachwuchsforschern sowie der permanenten Weiterbildung der Forscher: Stipendien, Forschungsbeihilfen, Zuschüsse zu Kursen von hohem Niveau.

Hierzu wird die Kommission eine ganze Palette von Maßnahmen in Form von finanzieller Unterstützung, Anreizen und zeitlich begrenzten Beihilfen einsetzen, die nationalen oder internationalen Teams gewährt werden:

— Forschungsbeihilfen, Stipendien, Zuschüsse,
— Partnerverträge zwischen Laboratorien,
— Forschungs- oder Studienverträge.

Darüber hinaus wird die Kommission die Modalitäten für Maßnahmen zur Förderung der Mobilität der Forscher und der Informationssysteme über Austausch- und Kommunikationsmöglichkeiten prüfen und ausarbeiten.

Diese Mittel sind zur Deckung der Personalausgaben für 3 Bedienstete (2 A und 1 C) bestimmt.

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-5 8 — VERBESSERUNG DER EUROPÄISCHEN ZUSAMMENARBEIT IN WISSENSCHAFT UND TECHNIK *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B6-5 8 1	*(Fortsetzung)*						
B6-5 8 1 2	*(Fortsetzung)*						
	Artikel B6-5 8 1 insgesamt	14 500 000	37 600 000	53 392 256	41 800 000	37 276 719,08	35 468 514,91
B6-5 8 2	***Benutzung von Großgeräten***						
B6-5 8 2 1	Zuschüsse zu Großgeräten Getrennte Mittel	7 100 000	7 900 000	8 001 279	8 000 000	7 999 946,79	3 959 960,26

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-5 8 — VERBESSERUNG DER EUROPÄISCHEN ZUSAMMENARBEIT IN WISSENSCHAFT UND TECHNIK *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B6-5 8 1	*(Fortsetzung)*
B6-5 8 1 2	*(Fortsetzung)* Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 1 000 000 ECU. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind	1 863 010	700 000	800 000	200 000	163 010	
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	7 901 442 (1)	2 600 000	800 000	1 400 000	1 201 442	1 900 000
Mittel 1992	1 000 000		600 000	300 000	100 000	
Insgesamt	10 764 452	3 300 000 (2)	2 200 000	1 900 000	1 464 452	1 900 000

(1) Davon sind 4 500 000 ECU in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

(2) Davon sind 1 500 000 ECU in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

B6-5 8 2	
B6-5 8 2 1	Entscheidung 89/238/EWG des Rates vom 14. März 1989 über einen Plan der Gemeinschaft zur Unterstützung und Erleichterung des Zugangs zu großen wissenschaftlichen und technischen Anlagen und Einrichtungen von europäischem Interesse (ABl. Nr. L 98 vom 11. 4. 1989, S. 29). Dieser Plan hat zum Ziel, finanzielle Unterstützungen für Einrichtungen zu gewähren, die über wissenschaftliche und technische Großanlagen verfügen und fremden Wissenschaftlern aus der Gemeinschaft kostenlos Zugang zu ihren Anlagen bieten. Mit den Gemeinschaftsmitteln können ein Teil der Betriebskosten, die durch die Umstellung und Spezialisierung der Großanlagen entstehenden Kosten, die Reise- und Aufenthaltskosten für die fremden Wissenschaftler sowie die Sitzungskosten gedeckt werden. Diese Mittel sind zur Deckung der Personalausgaben für 3 Bedienstete (2 A und 1 C) bestimmt.

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-5 8 — VERBESSERUNG DER EUROPÄISCHEN ZUSAMMENARBEIT IN WISSENSCHAFT UND TECHNIK *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B6-5 8 2	*(Fortsetzung)*						
B6-5 8 2 1	*(Fortsetzung)*						
	Artikel B6-5 8 2 insgesamt	7 100 000	7 900 000	8 001 279	8 000 000	7 999 946,79	3 959 960,26
B6-5 8 3	***Vorausschau und Bewertung und sonstige Unterstützungsaktionen***						
B6-5 8 3 1	MONITOR (SAST, FAST und SPEAR) (Strategische Analyse, Vorausschau und Bewertung im Bereich von Forschung und Technologie) Getrennte Mittel	3 300 000	5 100 000	5 615 634	6 000 000	7 233 511,40	4 774 788,85

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-5 8 — VERBESSERUNG DER EUROPÄISCHEN ZUSAMMENARBEIT IN WISSENSCHAFT UND TECHNIK *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B6-5 8 2	*(Fortsetzung)*
B6-5 8 2 1	*(Fortsetzung)*

Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 7 100 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind	7 412 660	5 000 000	2 000 000	412 660		
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	8 001 279	3 000 000	2 400 000	1 587 340	1 000 000	13 939
Mittel 1992	7 100 000		3 500 000	2 200 000	1 000 000	400 000
Insgesamt	22 513 939	8 000 000	7 900 000	4 200 000	2 000 000	413 939

B6-5 8 3

B6-5 8 3 1 Beschluß 83/519/EWG des Rates vom 17. Oktober 1983 zu einem Forschungsprogramm der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft auf dem Gebiet der Vorausschau und Bewertung in Wissenschaft und Technologie (FAST) 1983-1987 (ABl. Nr. L 293 vom 25. 10. 1983, S. 20).

Entscheidung 89/414/EWG des Rates vom 20. Juni 1989 über ein Gemeinschaftsprogramm auf den Gebieten der strategischen Analyse, der Vorausschau und Bewertung im Bereich von Forschung und Technologie (MONITOR) (ABl. Nr. L 200 vom 13. 7. 1989, S. 38).

Das Programm MONITOR (1989-1992) soll zur Festlegung neuer Orientierungen und Prioritäten für die gemeinsame Politik auf dem Gebiet der Forschung und technologischen Entwicklung, zur besseren Verknüpfung dieser Politik mit der Gemeinschaftspolitik auf anderen Gebieten sowie zur Verbesserung von Verfahren und Methoden zur Bewertung der Aktionsprogramme für Forschung und Entwicklung beitragen.

Es umfaßt drei Tätigkeitsbereiche, die miteinander verknüpft sind und einander aufgrund ihrer Funktionen ergänzen:

— SAST (Strategic analyses in the field of science and technology): Mit dieser Aktion soll in einem bestimmten Gebiet der Politik der Forschung und technologischen Entwicklung die strategische Alternative festgestellt und bewertet werden, die sich den Europäischen Gemeinschaften bietet, unter Berücksichtigung der verschiedenen maßgeblichen technischen, wirtschaftlichen, sozialen und umweltrelevanten Faktoren. Außerdem sollen genaue Empfehlungen für die Aktion unterbreitet werden.

— FAST (Forecasting and assessment in science and technology): Analyse der verschiedenen Aspekte des wissenschaftlichen und technologischen Wandels mit dem Ziel, auf seine Wirkung und langfristigen Folgen für die Politik der Gemeinschaft auf dem Gebiet der gemeinsamen Forschung und Entwicklung und in den übrigen Bereichen aufmerksam zu machen und zu gegebener Zeit Vorschläge dafür zu unterbreiten, welche neuen, langfristigen Ausrichtungen die Aktion der Gemeinschaft auf wissenschaftlichem und technologischem Gebiet vorrangig erhalten soll.

— SPEAR (Support programme for the evaluation of activities in the field of research): Forschungen und Studien zur Verbesserung von Methodologie und Wirksamkeit der Bewertung von Forschungs- und Entwicklungstätigkeiten, einschließlich der Entwicklung von Indikatoren, sowie Austausch von Informationen zwischen den Experten für Forschungsbewertung.

Diese Mittel sind zur Deckung der Personalausgaben für 25 Bedienstete (14 A, 2 B und 9 C) bestimmt.

KOMMISSION
Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-5 8 — VERBESSERUNG DER EUROPÄISCHEN ZUSAMMENARBEIT IN WISSENSCHAFT UND TECHNIK *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B6-5 8 3	*(Fortsetzung)*						
B6-5 8 3 1	*(Fortsetzung)*						
B6-5 8 3 2	DOSES (Entwicklung von Expertensystemen für statistische Zwecke)						
	Getrennte Mittel	500 000	997 517	1 255 000	1 500 000	1 730 349,31	1 290 188,23
	Artikel B6-5 8 3 insgesamt	3 800 000	6 097 517	6 870 634	7 500 000	8 963 860,71	6 064 977,08

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-5 8 — VERBESSERUNG DER EUROPÄISCHEN ZUSAMMENARBEIT IN WISSENSCHAFT UND TECHNIK *(Fortsetzung)*

Artikel Posten — Erläuterungen

B6-5 8 3 *(Fortsetzung)*

B6-5 8 3 1 *(Fortsetzung)*

Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 3 300 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind	4 756 930	2 400 000	1 815 000	200 000	280 000	61 930
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsentschädigungen						
Mittel 1991	5 615 634	3 600 000	1 685 000	300 000	20 000	10 634
Mittel 1992	3 300 000		1 600 000	900 000	700 000	100 000
Insgesamt	13 672 564	6 000 000	5 100 000	1 400 000	1 000 000	172 564

B6-5 8 3 2 Entscheidung 89/415/EWG des Rates vom 20. Juni 1989 über ein spezifisches Programm zur Erforschung und Entwicklung von Expertensystemen für statistische Zwecke (DOSES) (ABl. Nr. L 200 vom 13. 7. 1989, S. 46).

Ziel des Programms DOSES (Development of statistical expert systems) (1989-1993) ist die Verbesserung der Möglichkeiten zur Zusammenstellung und Nutzung statistischer Informationen, u.a. mit Hilfe fortgeschrittener Informationsverarbeitungstechniken. Von dem Programm dürften nicht nur die Statistiker — durch den erzielten Produktivitätszuwachs — sondern auch die Benutzer statistischer Informationen — infolge der besseren Qualität der Dienste — profitieren.

Die Mittel sind zur Deckung der Personalausgaben für 1 Bediensteten (C) bestimmt.

Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 500 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind	742 517	500 000	242 517			
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	1 255 000	1 000 000	255 000			
Mittel 1992	500 000		500 000			
Insgesamt	2 497 517	1 500 000	997 517			

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-5 8 — VERBESSERUNG DER EUROPÄISCHEN ZUSAMMENARBEIT IN WISSENSCHAFT UND TECHNIK *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B6-5 8 4	***Verbreitung und Auswertung der Ergebnisse der europäischen wissenschaftlichen und technischen Forschung***						
B6-5 8 4 1	VALUE (Verbreitung und Nutzung der Ergebnisse der wissenschaftlichen und technischen Forschung) Getrennte Mittel	8 600 000	9 300 000	10 000 000	6 000 000	11 422 302,98	7 886 959,24
B6-5 8 4 2	EUROTRA (Maschinelles Übersetzungssystem modernster Konzeption) Getrennte Mittel	1 000 000	3 920 000	9 000 000	6 500 000	2 357 944,—	4 804 738,79

KOMMISSION

Teileinzelplan B6

(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-5 8 — VERBESSERUNG DER EUROPÄISCHEN ZUSAMMENARBEIT IN WISSENSCHAFT UND TECHNIK *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B6-5 8 4	
B6-5 8 4 1	Entscheidung 89/412/EWG des Rates vom 20. Juni 1989 über ein spezifisches Programm zur Verbreitung und Nutzung der Ergebnisse der wissenschaftlichen und technischen Forschung (1988-1992) (VALUE) (ABl. Nr. L 200 vom 13. 7. 1989, S. 23). Ziele des Programms VALUE (Valorisation et utilisation des résultats de la recherche pour l'Europe): — Verbreitung und Nutzung der Ergebnisse der im Rahmen von Gemeinschaftsaktionen durchgeführten Forschung und technologischen Entwicklung, — Verstärkte Integration der Kommunikationsnetze zwischen DV-Systemen in Forschung und technologischer Entwicklung. Diese Mittel sind zur Deckung der Personalausgaben für 20 Bedienstete (9 A, 4 B und 7 C) bestimmt. Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 8 600 000 ECU. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind	8 303 774	4 500 000	2 500 000	1 303 774		
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	10 000 000	1 500 000	3 000 000	5 000 000	500 000	
Mittel 1992	8 600 000		3 800 000	2 800 000	1 500 000	500 000
Insgesamt	26 903 774	6 000 000	9 300 000	9 103 774	2 000 000	500 000

B6-5 8 4 2	Entscheidung 89/410/EWG des Rates vom 20. Juni 1989 betreffend ein spezifisches Programm zur Fertigstellung eines maschinellen Übersetzungssystems modernster Konzeption (EUROTRA) (ABl. Nr. L 200 vom 13. 7. 1989, S. 15). Entscheidung 90/664/EWG des Rates vom 26. November 1990 über ein spezifisches Programm zur Vorbereitung der Entwicklung eines einsatzfähigen EUROTRA-Systems (ABl. Nr. L 358 vom 21. 12. 1990, S. 84). Das Programm hat ein dreifaches Ziel: — die Schaffung der Voraussetzungen für den Übergang zu einem einsatzfähigen System, — die Fortführung der Arbeiten in den Bereichen Lexikographie und Terminologie, — die Ausbildung und kooperative Projekte. Es umfaßt folgende Maßnahmen: — Überprüfung und Erweiterung der im Rahmen des EUROTRA-Systems entwickelten Module sowie spezifische linguistische Forschungsarbeit für jede Sprache (finanziert von den Mitgliedstaaten und der Kommission), — allgemeine linguistische Forschung sowie Forschungsarbeiten über die Anwendung fortgeschrittener Systemarchitekturen (finanziert von der Kommission und den im Rahmen eines Ausschreibungsverfahrens ausgewählten Vertragsparteien), — Entwicklung eines Entwicklungs-, Test- und Forschungssystem sowie Maßnahmen zur Schaffung wiederverwendbarer lexikalischer und terminologischer Ressourcen (voll finanziert von der Kommission). Die Mittel sind zur Deckung der Personalausgaben für 5 Bedienstete (2 A, 1 B und 2 C) bis zum 26. November 1992 bestimmt, einschließlich insbesondere der Dienstreisen und der Ausgaben im Zusammenhang mit der Beteiligung von assoziierten, von den Mitgliedstaaten abgeordneten, Forschern.

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-5 8 — VERBESSERUNG DER EUROPÄISCHEN ZUSAMMENARBEIT IN WISSENSCHAFT UND TECHNIK *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B6-5 8 4	*(Fortsetzung)*						
B6-5 8 4 2	*(Fortsetzung)*						
	Artikel B6-5 8 4 insgesamt	9 600 000	13 220 000	19 000 000	12 500 000	13 780 246,98	12 691 698,03
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	35 000 000	64 817 517	87 264 169	69 800 000	68 020 773,56	58 185 150,28
	KAPITEL B6-5 8 INSGESAMT	35 000 000	64 817 517	87 264 169	69 800 000	68 020 773,56	58 185 150,28
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	. Getrennte Mittel insgesamt	242 900 000	913 258 470	1 129 691 128	1 215 626 000	1 440 341 701,37	1 137 648 322,91
	Titel B6-5 insgesamt	**242 900 000**	**913 258 470**	**1 129 691 128**	**1 215 626 000**	**1 440 341 701,37**	**1 137 648 322,91**

KOMMISSION
Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-5 8 — VERBESSERUNG DER EUROPÄISCHEN ZUSAMMENARBEIT IN WISSENSCHAFT UND TECHNIK *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B6-5 8 4	*(Fortsetzung)*
B6-5 8 4 2	*(Fortsetzung)*

Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 1 000 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind	1 423 632	1 423 632				
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	9 000 000	5 076 368	2 920 000	1 003 632		
Mittel 1992	1 000 000		1 000 000			
Insgesamt	11 423 632	6 500 000	3 920 000	1 003 632		

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

TITEL B6-6

INDIREKTE AKTIONEN (AKTIONEN AUF KOSTENTEILUNGSBASIS), KONZERTIERTE AKTIONEN UND ERGÄNZENDE PROGRAMME — RAHMENPROGRAMM 1990-1994

KAPITEL B6-6 1 — GRUNDLEGENDE TECHNOLOGIEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
	KAPITEL B6-6 1						
B6-6 1 1	***Informations- und Kommunikationstechnologien***						
B6-6 1 1 1	Informationstechnologie Getrennte Mittel	384 402 000	134 925 000	p.m.	p.m.		

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

TITEL B6-6

INDIREKTE AKTIONEN (AKTIONEN AUF KOSTENTEILUNGSBASIS), KONZERTIERTE AKTIONEN UND ERGÄNZENDE PROGRAMME — RAHMENPROGRAMM 1990-1994

KAPITEL B6-6 1 — GRUNDLEGENDE TECHNOLOGIEN

Artikel Posten	Erläuterungen
	Die vorliegende Erläuterung gilt für alle Haushaltslinien des Titels B6-6. Beschluß 90/221/Euratom, EWG des Rates vom 23. April 1990 über das gemeinschaftliche Rahmenprogramm im Bereich der Forschung und technologischen Entwicklung (1990-1994) (ABl. Nr. L 117 vom 8. 5. 1990, S. 28). Die in den Artikeln oder Haushaltsposten dieses Titels eingesetzten Mittel sind im wesentlichen zur Deckung der Ausgaben für die einzelnen Verträge zur Durchführung der einschlägigen Programme bestimmt. Es handelt sich insbesondere um Forschungs-, Assoziierungs-, Studien-, Rechnungsprüfungs-, Sachverständigen-, Projektleiter-, Koordinierungs-, Stipendien-, Subventionsverträge sowie Verträge zur Förderung von Ausbildung und Mobilität von Wissenschaftlern oder über die Beteiligung an internationalen Vereinbarungen sowie Lieferverträge für Anlagen, Infrastruktur und Material. Sie decken ebenfalls die Personalkosten, die Infrastrukturkosten, die Kosten für Information und Publikationen sowie andere Verwaltungsausgaben, die sich aus jeder Aktion ergeben; insbesondere sind abgedeckt: a) Dienstreisen, Ausgaben im Zusammenhang mit der Beteiligung von assoziierten Forschern, die von den Mitgliedstaaten abgestellt sind, für zusätzliches Personal und Repräsentationskosten; b) die Ausgaben für den laufenden Verwaltungsbetrieb (insbesondere Sitzungen von Verwaltungsausschüssen und Arbeitsgruppen, Einberufungen von Sachverständigen und Beratern, Betriebsausgaben der eventuellen Netze, Ausgaben im Zusammenhang mit der Veranstaltung von Konferenzen, Beteiligung an von Dritten veranstalteten Seminaren, Veröffentlichungs- und Verbreitungskosten); c) die Ausgaben für den technischen Betrieb (insbesondere Kauf, Miete und Wartung des EDV-Materials, einschließlich der notwendigen Software). Die vorläufige Aufschlüsselung der Mittel für diese Ausgabengruppen ergibt sich aus der Tabelle in Anhang I dieses Teils des Ausgabenansatzes von vorliegendem Einzelplan. Für einige dieser Aktionen ist eine Beteiligung von europäischen Drittstaaten oder von Organisationen aus Drittstaaten an der Europäischen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der wissenschaftlichen und technischen Forschung (insbesondere COST) vorgesehen. Dieser etwaige finanzielle Beitrag wird in Artikel 6 0 2 des Einnahmenplans eingesetzt; zu Lasten dieses Betrags können gemäß Artikel 96 Absatz 1 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1) zusätzliche Mittel bereitgestellt werden. Zu Lasten der etwaigen Einnahmen von Dritten, die die Kosten der Vorhaben mit der Gemeinschaft teilen (Unternehmen aus Ländern der Europäischen Freihandelszone, industrielle Konsortien usw.), die in Artikel 6 0 4 des Einnahmenplans eingesetzt sind, können zusätzliche Mittel bereitgestellt werden (Artikel 96 Absatz 1 der Haushaltsordnung). Zusätzliche Mittel werden unter Posten B6-8 0 0 4 bereitgestellt. Die etwaigen Einnahmen aus den Einschreibgebühren der Teilnehmer an von der Kommission veranstalteten Seminaren, Konferenzen usw. sind gemäß den Bestimmungen von Artikel 27 Absatz 2 Buchstabe g) der Haushaltsordnung wiederzuverwenden.
B6-6 1 1	
B6-6 1 1 1	Entscheidung 91/394/EWG des Rates vom 8. Juli 1991 über ein spezifisches Programm für Forschung und technologische Entwicklung im Bereich der Informationstechnologie (1990-1994) (ABl. Nr. L 218 vom 6. 8. 1991, S. 22). Ziel dieses spezifischen Programms ist es: — der Europäischen Informationstechnologieindustrie die grundlegenden Technologien zu liefern, um den weltweiten wettbewerblichen Anforderungen der neunziger Jahre global gerecht zu werden; — die Fähigkeit zur Verwendung und Integrierung der Informationstechnologien zu verbessem und einen raschen Transfer auf ausgewählte Anwendungsbereiche zu fördern; — der Weg für die Entwicklung, Durchführung und Akzeptanz internationaler Normen vorzubereiten;

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-6 1 — GRUNDLEGENDE TECHNOLOGIEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B6-6 1 1	*(Fortsetzung)*						
B6-6 1 1 1	*(Fortsetzung)*						
B6-6 1 1 2	Kommunikationstechnologien Getrennte Mittel	154 302 000	50 700 000	p.m.	p.m.		

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-6 1 — GRUNDLEGENDE TECHNOLOGIEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B6-6 1 1	*(Fortsetzung)*
B6-6 1 1 1	*(Fortsetzung)*

— die industrielle und wissenschaftliche Zusammenarbeit durch vorwettbewerbliche Forschung und Entwicklung und durch Sonderaktionen zu fördern die das Potential für eine solche Zusammenarbeit in peripheren Gebieten anheben;

— eine genügend starke Basis der Grundlagenforschung über Themen von potentieller langfristiger industrieller Bedeutung zu entwickeln und aufrechtzuerhalten.

Es betrifft die nachstehenden Bereiche:

— Mikroelektronik,

— Systeme der Informationsverarbeitung und Software,

— Systeme für den geschäftlichen Bereich und hochentwickelte systeme für den privaten Gebrauch; Peripheriegeräte,

— computerintegrierte Fertigung und Ingenieurwesen,

— Grundlagenforschung.

Diese Mittel sind zur Deckung der Personalkosten für 293 Bedienstete (150 A, 49 B, und 94 C) bestimmt.

Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 384 402 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind						
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	179 458 000 (1)	53 984 000	52 765 000	47 614 000	25 095 000	
Mittel 1992	384 402 000		82 160 000	164 923 000	100 923 000	36 396 000
Insgesamt	563 860 000	53 984 000 (1)	134 925 000	212 537 000	126 018 000	36 396 000

(1) Die Mittel sind in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

B6-6 1 1 2

Entscheidung 91/352/EWG des Rates vom 7. Juni 1991 über ein spezifisches Programm für Forschung und technologische Entwicklung im Bereich der Kommunikationstechnologie (1990-1994) (ABl. Nr. L 192 vom 16. 7. 1991, S. 8).

Das Ziel dieses spezifischen Programms ist die Entwicklung von mobilen Hochleistungskommunikationssystemen zu verringerten Kosten.

Es soll zur sozio-ökonomischen Entwicklung der Gemeinschaft, zur Verringerung regionaler und städtisch/ländlicher wirtschaftlicher Unterschiede, zur Sicherstellung des wirksamen Funktionierens des Einheitlichen Europäischen Marktes und zur Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft beitragen. Es soll ferner die Zusammenarbeit zwischen wirtschaftlichen Beteiligten der Sektoren fördern, um die Qualität der Kommunikationsdienste, die Informationssicherheit und Zuverlässigkeit zu verbessern; die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Telekommunikationsindustrie der Gemeinschaft stärken; die europäischen Netzbetreiber in die Lage versetzen, neue Herausforderungen im Bereich der Technologie und Dienste unter den bestmöglichen Bedingungen anzugehen; die Diensteanbieter zu einem besseren Verhältnis Kosten/Leistung bringen und neue oder verbesserte Informationsdienste einführen, die sowohl als solche Gewinn einbringen als auch die unerläßliche Unterstützung für andere Produktionssektoren der Gemeinschaft bieten; eine für technologische Konkurrenz günstige Umgebung schaffen, in der die Telekommunikationsteilnehmer (Privatleute und Unternehmen) mit Anwendungen fortgeschrittener Kommunikationen experimentieren können; und den Weg für die Entwicklung, Durchführung und Akzeptanz internationaler Normen legen.

Die Arbeiten sollen sich hauptsächlich auf intelligente Netzentwicklungen, Bildkommunikation, neue Generationen mobiler Kommunikationssysteme, Informationssicherheit und praktische Experimente konzentrieren. Das Ziel dieser Experimente ist die Festlegung der Durchführbarkeit von künftigen Anwendungen fortgeschrittener Kommunikationstechnologien.

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-6 1 — GRUNDLEGENDE TECHNOLOGIEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B6-6 1 1	*(Fortsetzung)*						
B6-6 1 1 2	*(Fortsetzung)*						
B6-6 1 1 3	Allgemein relevante Telematiksysteme						
	Getrennte Mittel	178 584 000	49 775 000	2 000 000	2 000 000		

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-6 1 — GRUNDLEGENDE TECHNOLOGIEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B6-6 1 1	*(Fortsetzung)*
B6-6 1 1 2	*(Fortsetzung)* Die Mittel sind zur Deckung der Personalkosten für 99 Bedienstete (55 A, 10 B und 34 C) bestimmt. Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 154 302 000 ECU. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind						
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	56 698 000 (1)	21 593 000	14 840 000	13 244 000	7 021 000	
Mittel 1992	154 302 000		35 860 000	60 721 000	43 791 000	13 930 000
Insgesamt	211 000 000	21 593 000 (1)	50 700 000	73 965 000	50 812 000	13 930 000

(1) Die Mittel sind in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

B6-6 1 1 3	Entscheidung 91/353/EWG des Rates vom 7. Juni 1991 über ein spezifisches Programm für Forschung und technologische Entwicklung im Bereich der allgemein relevanten Telematiksysteme (1990-1994) (ABl. Nr. L 192 vom 16. 7. 1991, S. 18). Ein freier Personen-, Waren- und Dienstleistungsverkehr in Europa nach 1992 ist nur möglich, wenn ein breites Spektrum von Diensten dort und zu dem Zeitpunkt zur Verfügung steht, wo und wenn es gebraucht wird. Öffentliche Dienste und Verwaltungen sowie die meisten Unternehmen brauchen die Fähigkeit, wirksam über die einzelstaatlichen Grenzen hinaus operieren zu können. Effiziente und preisgünstige paneuropäische Kommunikationsdienste sind daher lebenswichtig für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung Europas. Infrastrukturen für Information und Datenaustausch müssen rasch auf den Stand gebracht werden, auf dem sie die Herausforderungen annehmen können. Zu diesem Zweck ist es notwendig, daß rasch Entwicklungsaktionen für Forschung und Technologie eingeleitet werden, um die Anforderungen festzustellen, einen Konsens über gemeinsame Datenaustauschprotokolle und -verfahren zu erreichen und sicherzustellen, daß geeignete Technologien zur Verfügung stehen. Die Sektoren, auf denen Aktionen unternommen werden sollen, sind Verwaltungen, Verkehrswesen, Gesundheitsfürsorge, flexible Fernausbildung, Bibliotheken, Linguistik sowie Landgebiete. Diese Mittel sind zur Deckung der Personalausgaben für 106 Bedienstete (57 A, 17 B und 32 C) bestimmt.

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-6 1 — GRUNDLEGENDE TECHNOLOGIEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B6-6 1 1	*(Fortsetzung)*						
B6-6 1 1 3	*(Fortsetzung)*						
	Artikel B6-6 1 1 insgesamt	717 288 000	235 400 000	2 000 000	2 000 000		
B6-6 1 2	***Industrielle und Werkstofftechnologien***						
B6-6 1 2 1	Industrielle und Werkstofftechnologien Getrennte Mittel	264 375 000	93 975 000	p.m.	p.m.		

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-6 1 — GRUNDLEGENDE TECHNOLOGIEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B6-6 1 1	*(Fortsetzung)*
B6-6 1 1 3	*(Fortsetzung)* Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 178 584 000 ECU. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind						
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	49 416 000 (1)	18 219 000	14 058 000	10 899 000	6 240 000	
Mittel 1992	178 584 000		35 717 000	71 434 000	53 575 000	17 858 000
Insgesamt	228 000 000	18 219 000 (2)	49 775 000	82 333 000	59 815 000	17 858 000

(1) Davon sind 47 416 000 ECU in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

(2) Davon sind 16 219 000 ECU in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

B6-6 1 2	
B6-6 1 2 1	Entscheidung 91/506/EWG des Rates vom 9. September 1991 über ein spezifisches Programm für Forschung und technologische Entwicklung im Bereich industrielle und Werkstofftechnologien (1990-1994) (ABl. Nr. L 269 vom 25. 9. 1991, S. 30). Ziel dieses spezifischen Programms ist ein Beitrag zur Verjüngung der europäischen Verarbeitungsindustrie mittels einer Verstärkung ihrer wissenschaftlichen Grundlage durch Forschungs- und Entwicklungsarbeiten. Zu diesem Zweck werden die technologische Grundlagenforschung und die Einbeziehung neuer Technologien durch die industriellen Anwender, einschließlich pränormativer Arbeiten zur Erstellung von Normen und Verhaltenskodizes gefördert. Als wichtiger Bestandteil werden die Umweltaspekte der Erzeugnisse und Verfahren in allen Forschungsbereichen in Angriff genommen. Die Aktion erstreckt sich auf vorwettbewerbliche Forschung und technologische Entwicklung auf dem Gebiet der Produktionstechnologien und Anwendungen der Werkstoffe. In einigen ausgewählten Bereichen werden integrierte Vorhaben unterstützt, bei denen eine Reihe von Technologien zusammen angewandt werden sollen. Dieses Programm betrifft die folgenden Bereiche: — Werkstoffe und Rohstoffe; — Entwurf und Fertigung; — Forschung im Luftfahrtbereich. Diese Mittel sind zur Deckung der Personalausgaben für 11 Bedienstete (5 A, 3 B und 3 C) bestimmt.

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-6 1 — GRUNDLEGENDE TECHNOLOGIEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B6-6 1 2	*(Fortsetzung)*						
B6-6 1 2 1	*(Fortsetzung)*						
B6-6 1 2 2	Messungen und Versuche Getrennte Mittel	17 026 000	5 290 000	p.m.	p.m.		

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-6 1 — GRUNDLEGENDE TECHNOLOGIEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B6-6 1 2	*(Fortsetzung)*
B6-6 1 2 1	*(Fortsetzung)*

Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 264 375 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind						
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	p.m. (1)	p.m.				
Mittel 1992	264 375 000		93 975 000	70 000 000	70 000 000	30 400 000
Insgesamt	264 375 000	p.m. (1)	93 975 000	70 000 000	70 000 000	30 400 000

(1) In Kapitel B0-4 0 wird eine Globalreserve für das dritte Rahmenprogramm eingesetzt.

B6-6 1 2 2

Vorschlag für eine Entscheidung des Rates, von der Kommission vorgelegt am 3. Mai 1990, über ein spezifisches Programm für Forschung und technologische Entwicklung im Bereich der Prüf- und Meßverfahren (1990-1994) (ABl. Nr. C 174 vom 16. 7. 1990, S. 35), geändert am 10. Dezember 1991 (ABl. Nr. C 4 vom 8. 1. 1992, S. 6).

Das Ziel dieses spezifischen Programms ist es, einen Beitrag zur Beseitigung einiger Handelshemmnisse auf dem Binnenmarkt durch eine bessere Harmonisierung der Prüf-, Meß- und Analyseverfahren zu leisten.

Es betrifft die folgenden Bereiche:

— Unterstützung für Verordnungen und Richtlinien,

— Unterstützung der Normung und Prüfungen,

— Entwicklung von Eichmitteln,

— Entwicklung neuer Meßverfahren.

Insbesondere besteht das Ziel darin, die Meß-, Prüf- und chemischen Analyseverfahren zu verbessern, wenn sie nicht genau genug sind, und neue Meßverfahren zu entwickeln, die den neuen Bedürfnissen der Industrie entsprechen.

Die Aktionen sind hauptsächlich von zwei Arten:

— Forschungs- und Entwicklungsvorhaben, an denen mindestens zwei Partner beteiligt sind,

— Ringvergleiche, an denen mehrere Laboratorien der Mitgliedstaaten beteiligt sind.

Diese Mittel sind bis zur Annahme der Rechtsgrundlage zur Deckung der zur Zeit im Stellenplan gesperrten Personalausgaben für 2 Bedienstete (A) bestimmt.

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-6 1 — GRUNDLEGENDE TECHNOLOGIEN *(Fortsetzung)*

KAPITEL B6-6 2 — BEWIRTSCHAFTUNG DER NATÜRLICHEN RESSOURCEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B6-6 1 2	*(Fortsetzung)*						
B6-6 1 2 2	*(Fortsetzung)*						
	Artikel B6-6 1 2 insgesamt	281 401 000	99 265 000	p.m.	p.m.		
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	998 689 000	334 665 000	2 000 000	2 000 000		
	KAPITEL B6-6 1 INSGESAMT	998 689 000	334 665 000	2 000 000	2 000 000		
	KAPITEL B6-6 2						
B6-6 2 1	***Umwelt***						
B6-6 2 1 1	Umwelt Getrennte Mittel	124 627 000	37 113 000	p.m.	p.m.		

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-6 1 — GRUNDLEGENDE TECHNOLOGIEN *(Fortsetzung)*

KAPITEL B6-6 2 — BEWIRTSCHAFTUNG DER NATÜRLICHEN RESSOURCEN

Artikel Posten	Erläuterungen
B6-6 1 2	*(Fortsetzung)*
B6-6 1 2 2	*(Fortsetzung)*

Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 17 026 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind						
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	7 724 000 (1)	3 306 000	1 885 000	1 650 000	883 000	
Mittel 1992	17 026 000		3 405 000	6 810 000	5 108 000	1 703 000
Insgesamt	24 750 000	3 306 000 (1)	5 290 000	8 460 000	5 991 000	1 703 000

(1) Die Mittel sind in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

B6-6 2 1	
B6-6 2 1 1	Entscheidung 91/354/EWG des Rates vom 7. Juni 1991 über ein spezifisches Programm für Forschung und technologische Entwicklung im Bereich des Umweltschutzes (1991-1994) (ABl. Nr. L 192 vom 16. 7. 1991, S. 29). Das Ziel dieses spezifischen Programms ist es, einen Beitrag zur Durchführung der Aktion II.3 des Rahmenprogramms für Forschung und technologische Entwicklung (1990-1994) zu leisten. Es stellt die Kontinuität der früheren Programme STEP und EPOCH in einer Form und einem aktualisierten Inhalt sicher, um einerseits die bisherige Entwicklung fortzusetzen und andererseits die festgelegten gegenwärtigen Ziele zu erreichen.

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-6 2 — BEWIRTSCHAFTUNG DER NATÜRLICHEN RESSOURCEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B6-6 2 1	*(Fortsetzung)*						
B6-6 2 1 1	*(Fortsetzung)*						
B6-6 2 1 2	Meereswissenschaften und -technologien Getrennte Mittel	34 686 000	9 600 000	p.m.	p.m.		

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-6 2 — BEWIRTSCHAFTUNG DER NATÜRLICHEN RESSOURCEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B6-6 2 1	*(Fortsetzung)*
B6-6 2 1 1	*(Fortsetzung)*

Es betrifft die folgenden Bereiche:

— natürliche Klimaveränderung, anthropogene Klimaveränderung, Auswirkung der Klimaveränderungen, Ozon, Physik und Chemie der Troposphäre, biogeochemische Zyklen, Dynamik der Ökosysteme;

— Technologie und Technik für den Umweltschutz: Ermittlung der Umweltqualität, Technologie zum Schutz und zur Wiederherstellung der Umwelt;

— Forschung über die sozio-ökonomischen Aspekte der Umwelt: sozio-ökonomische Ermittlung der Umweltveränderungen, sozio-ökonomische Auswirkung der Politik und der Forschung im Bereich des Umweltschutzes;

— technologische und natürliche Risiken: natürliche Risiken, technologische Risiken, Versandung von Kulturboden in den Mittelmeergebieten.

Dieses Programm wird über Forschungsverträge auf Kostenteilungsbasis, Koordinierungstätigkeiten (einschließlich der konzertierten Aktionen), schulische und berufliche Ausbildung, Studien und Bewertungen durchgeführt.

Diese Mittel sind zur Deckung der Personalausgaben für 10 Bedienstete (7 A und 3 C) bestimmt.

Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 124 627 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind						
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	p.m. (1)	p.m.				
Mittel 1992	124 627 000		37 113 000	48 514 000	29 000 000	10 000 000
Insgesamt	124 627 000	p.m. (1)	37 113 000	48 514 000	29 000 000	10 000 000

(1) In Kapitel B0-4 0 wird eine Globalreserve für das Rahmenprogramm eingesetzt.

B6-6 2 1 2

Entscheidung 91/351/EWG des Rates vom 7. Juni 1991 über ein spezifisches Programm für Forschung und technologische Entwicklung im Bereich der Meereswissenschaften und -technologien (1991-1994) (ABl. Nr. L 192 vom 16. 7. 1991, S. 1).

Ziel dieses spezifischen Programms ist es, einen Beitrag zur Durchführung der Aktion II.3 des Rahmenprogramms für Forschung und technologische Entwicklung (1990-1994) zu leisten: Festlegung der wissenschaftlichen und technischen Grundlagen für die Exploration, Nutzung, das Management und den Schutz der Küstengewässer, einschließlich der Polarmeere; Verbesserung der Koordinierung und Zusammenarbeit bei den nationalen Programmen, Verstärkung der industriellen Wettbewerbsfähigkeit usw.

Die Forschung wird über Verträge auf Kostenteilungsbasis und durch eine Koordinierung der nationalen Programme in folgenden Bereichen durchgeführt:

— Meereswissenschaft,

— Küstenwissenschaft und Küsteningenieurwesen,

— Meerestechnologie,

— unterstützende Tätigkeiten,

— großangelegte gezielte Vorhaben.

Diese Mittel sind zur Deckung der Personalausgaben für 19 Bedienstete (12 A, 1 B und 6 C) bestimmt.

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-6 2 — BEWIRTSCHAFTUNG DER NATÜRLICHEN RESSOURCEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B6-6 2 1	*(Fortsetzung)*						
B6-6 2 1 2	*(Fortsetzung)*						
	Artikel B6-6 2 1 insgesamt	159 313 000	46 713 000	p.m.	p.m.		
B6-6 2 2	***Biowissenschaften und -technologien***						
B6-6 2 2 1	Biotechnologie Getrennte Mittel	53 851 000	15 325 000	p.m.	p.m.		

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-6 2 — BEWIRTSCHAFTUNG DER NATÜRLICHEN RESSOURCEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B6-6 2 1	*(Fortsetzung)*
B6-6 2 1 2	*(Fortsetzung)* Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 34 686 000 ECU. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind						
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	11 844 000 (1)	6 073 000	2 663 000	1 954 000	1 154 000	
Mittel 1992	34 686 000		6 937 000	13 874 000	10 406 000	3 469 000
Insgesamt	46 530 000	6 073 000 (1)	9 600 000	15 828 000	11 560 000	3 469 000

(1) Die Mittel sind in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

B6-6 2 2	
B6-6 2 2 1	Vorschlag für eine Entscheidung des Rates, von der Kommission vorgelegt am 3. Mai 1990, über ein spezifisches Programm für Forschung und technologische Entwicklung im Bereich der Biotechnologie (1990-1994) (ABl. Nr. C 174 vom 16. 7. 1990, S. 53), geändert am 18. Oktober 1991 (ABl. Nr. C 289 vom 7. 11. 1991, S. 6). Das Ziel dieses spezifischen Programms ist die Verstärkung der Kenntnisse über Biotechnologie, die eine gemeinsame integrierte Grundlage für Anwendungen auf den Gebieten der Landwirtschaft, der Industrie, des Gesundheitswesens, der Ernährung und des Umweltschutzes bilden. Das Programm strebt eine Ausweitung der Ziele des Programms BRIDGE sowie die Einführung neuer Themen an, die noch nicht von den Forschungs- und Entwicklungstätigkeiten der Gemeinschaft auf den für das Verständnis, die Nutzung und den Schutz der biologischen Prozesse wesentlichen Gebieten abgedeckt waren. Es betrifft die folgenden Bereiche: — molekulares Konzept: Struktur und Funktion der Proteine, Struktur und Funktion der Gene, Genexpression; — Biologie der Zelle und des Organismus: Zellerneuerung, Fortpflanzung und Wachstum lebender Zellen, Staffwechsel von Tieren, Pflanzen und Mikroben, essentielle physiologische Prozesse, Kommunikation innerhalb lebender Organismen; — Ökologie und Biologie der Populationen: ökologische Folgen der Biotechnik, Erhaltung der genetischen Ressourcen. Diese Mittel sind bis zur Annahme der Rechtsgrundlage zur Deckung der zur Zeit im Stellenplan gesperrten Personalausgaben für 2 Bedienstete (1 A und 1 C) bestimmt.

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-6 2 — BEWIRTSCHAFTUNG DER NATÜRLICHEN RESSOURCEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B6-6 2 2	*(Fortsetzung)*						
B6-6 2 2 1	*(Fortsetzung)*						
B6-6 2 2 2	Landwirtschaft und Agrarindustrie sowie Fischerei Getrennte Mittel	90 483 000	38 712 000	15 000 000 (1)	2 000 000 (2)		

(1) Es werden Mittel in Höhe von 30 000 000 ECU in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.
(2) Es werden Mittel in Höhe von 10 000 000 ECU in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-6 2 — BEWIRTSCHAFTUNG DER NATÜRLICHEN RESSOURCEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B6-6 2 2	*(Fortsetzung)*
B6-6 2 2 1	*(Fortsetzung)*

Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 53 851 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind						
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	15 449 000 (1)	5 338 000	4 555 000	3 534 000	2 022 000	
Mittel 1992	53 851 000		10 770 000	21 540 000	16 156 000	5 385 000
Insgesamt	69 300 000	5 338 000 (1)	15 325 000	25 074 000	18 178 000	5 385 000

(1) Die Mittel sind in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

B6-6 2 2 2 *Vormals Posten B6-6 2 2 2 und B6-6 2 2 5*

Entscheidung 91/504/EWG des Rates vom 9. September 1991 über ein spezifisches Programm der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft dür Forschung, technologische Entwicklung und Demonstrationsmaßnahmen im Bereich der Landwirtschaft und Agrarindustrie einschließlich der Fischerei (1990-1994) (ABl. Nr. L 265 vom 21. 9. 1991, S. 33).

Dieses spezifische Programm umfaßt folgende Bereiche:

— Primärproduktion in Landwirtschaft, Gartenbau und Forstwirtschaft, Fischerei und Aquakultur,

— Vorleistungen (Input) für Landwirtschaft und Forstwirtschaft, Fischerei und Aquakultur,

— Verarbeitung biologischer Rohstoffe aus Landwirtschaft und Forstwirtschaft, Fischerei und Aquakultur,

— Endverbrauch und Endprodukte.

Positive Ergebnisse der agroindustriellen Forschung müssen so bald wie möglich in der gesamten Landwirtschaft angewandt werden.

Die Mittel sind bestimmt für die finanzielle Beteiligung der Gemeinschaft an Demonstrationsvorhaben und zur Verbreitung der in den sieben europäischen wirtschaftlichen Interessenvereinigungen, die seit 1990 mit finanzieller Unterstützung der Gemeinschaft arbeiten, gewonnenen Kenntnisse.

Der finanzielle Beitrag der Gemeinschaft muß entsprechend den eingegangenen Verpflichtungen 50 % betragen, um eine Fortsetzung der Vorhaben zu ermöglichen.

Diese Mittel sind zur Deckung der Personalausgaben für 10 Bedienstete (4 A, 2 B und 4 C) bestimmt.

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-6 2 — BEWIRTSCHAFTUNG DER NATÜRLICHEN RESSOURCEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B6-6 2 2	*(Fortsetzung)*						
B6-6 2 2 2	*(Fortsetzung)*						
B6-6 2 2 3	Biomedizin und Gesundheitswesen						
	Getrennte Mittel	36 626 000	10 800 000	p.m.	p.m.		

KOMMISSION
Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-6 2 — BEWIRTSCHAFTUNG DER NATÜRLICHEN RESSOURCEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B6-6 2 2	*(Fortsetzung)*
B6-6 2 2 2	*(Fortsetzung)*

Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 90 483 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind						
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	45 000 000 (1)	12 000 000	13 712 000	15 000 000	4 288 000	
Mittel 1992	90 483 000		25 000 000	40 000 000	20 000 000	5 483 000
Insgesamt	135 483 000	12 000 000 (2)	38 712 000	55 000 000	24 288 000	5 483 000

(1) Es werden Mittel in Höhe von 30 000 000 ECU in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

(2) Es werden Mittel in Höhe von 10 000 000 ECU in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

B6-6 2 2 3 Entscheidung 91/505/EWG des Rates vom 9. September 1991 über ein spezifisches Programm für Forschung und technologische Entwicklung im Bereich Biomedizin und Gesundheitswesen (1990-1994) (ABl. Nr. L 267 vom 24. 9. 1991, S. 25).

Das Ziel dieses spezifischen Programms ist es, in den einzelnen Forschungsbereichen einen Beitrag zur Verbesserung der Wirksamkeit der Forschung und Entwicklung im Bereich Medizin und Gesundheitswesen in den Mitgliedstaaten zu leisten, insbesondere durch eine bessere Koordinierung der Forschung und Entwicklung, zur Verwertung der Ergebnisse durch die gemeinschaftliche Zusammenarbeit sowie zur gemeinsamen Nutzung der verfügbaren Ressourcen.

Es betrifft die folgenden Bereiche:

— Entwicklung koordinierter Forschung im Bereich der Vorbeugung, der Versorgung und der Gesundheitssysteme;

— Wichtige Gesundheitsprobleme und Krankheiten von weitreichender sozioökonomischer Bedeutung;

— Analyse des menschlichen Genoms;

— Forschung im Bereich der biomedizinischen Ethik.

Die Aktionen dieses Programms werden durch konzertierte Aktionen und Aktionen auf Kostenteilungsbasis durchgeführt.

Diese Mittel sind zur Deckung der Personalausgaben für 18 Bedienstete (10 A, 3 B und 5 C) bestimmt.

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-6 2 — BEWIRTSCHAFTUNG DER NATÜRLICHEN RESSOURCEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B6-6 2 2	*(Fortsetzung)*						
B6-6 2 2 3	*(Fortsetzung)*						
B6-6 2 2 4	Biowissenschaften und -technologien für die Entwicklungsländer						
	Getrennte Mittel	47 871 000	15 050 000	p.m.	p.m.		

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-6 2 — BEWIRTSCHAFTUNG DER NATÜRLICHEN RESSOURCEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B6-6 2 2	*(Fortsetzung)*
B6-6 2 2 3	*(Fortsetzung)* Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 36 626 000 ECU. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind						
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	12 874 000 (1)	4 859 000	3 475 000	2 937 000	1 603 000	
Mittel 1992	36 626 000		7 325 000	14 650 000	10 988 000	3 663 000
Insgesamt	49 500 000	4 859 000 (1)	10 800 000	17 587 000	12 591 000	3 663 000

(1) Die Mittel sind in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

B6-6 2 2 4

Entscheidung 91/366/EWG des Rates vom 7. Juni 1991 über ein spezifisches Programm für Forschung und technologische Entwicklung im Bereich der Biowissenschaften und -technologien für Entwicklungsländer (1990-1994) (ABl. Nr. L 196 vom 19. 7. 1991, S. 31).

Das Ziel dieses spezifischen Programms ist es, eine bessere Zusammenarbeit zwischen den europäischen Wissenschaftlern und den Wissenschaftlern der Entwicklungsländer auf den Gebieten der Landwirtschaft zu schaffen (einschließlich Fischerei, Aquakultur und Forstwirtschaft), der Medizin, der Gesundheit und tropischen Ernährung bei gleichzeitiger Erhaltung der Umwelt, damit den Entwicklungsländern die in der Gemeinschaft verfügbaren wissenschaftlichen Kenntnisse und technologischen Entwicklungen zugute kommen und sie die Entwicklung ihrer eigenen Forschungskapazitat fördern können und damit die Mitgliedstaaten der Gemeinschaft ihre eigene Kapazität verstärken können.

Es betrifft die folgenden Bereiche:

— Verbesserung des Lebensstandards: Reduzierung des Nahrungsmitteldefizits, Entwicklung der landwirtschaftlichen Erzeugung mit hohem wirtschaftlichen Wert;

— Verbesserung des Gesundheitszustands: Verhütung und Behandlung der in den Entwicklungsländern vorherrschenden Krankheiten, Systeme der Gesundheitsfürsorge, die an die ländliche oder städtische Umgebung der Entwicklungsländer angepaßt sind, Ernährung.

Diese Mittel sind zur Deckung der Personalausgaben für 20 Bedienstete (11 A, 3 B und 6 C) bestimmt.

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-6 2 — BEWIRTSCHAFTUNG DER NATÜRLICHEN RESSOURCEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B6-6 2 2	*(Fortsetzung)*						
B6-6 2 2 4	*(Fortsetzung)*						
	Artikel B6-6 2 2 insgesamt	228 831 000	79 887 000	15 000 000	2 000 000		
B6-6 2 3	***Energie***						
B6-6 2 3 1	Nichtnukleare Energie Getrennte Mittel	117 721 000	34 125 000	p.m.	p.m.		

KOMMISSION

Teileinzelplan B6

(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-6 2 — BEWIRTSCHAFTUNG DER NATÜRLICHEN RESSOURCEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B6-6 2 2	*(Fortsetzung)*
B6-6 2 2 4	*(Fortsetzung)*

Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 47 871 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind						
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	16 479 000 (1)	3 408 000	5 476 000	4 981 000	2 614 000	
Mittel 1992	47 871 000		9 574 000	19 148 000	14 362 000	4 787 000
Insgesamt	64 350 000	3 408 000 (1)	15 050 000	24 129 000	16 976 000	4 787 000

(1) Die Mittel sind in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

B6-6 2 3

B6-6 2 3 1 Entscheidung 91/484/EWG des Rates vom 9. September 1991 über ein spezifisches Programm für Forschung und technologische Entwicklung auf dem Gebiet der nichtnuklearen Energien (1991-1994) (ABl. Nr. L 257 vom 14. 9. 1991, S. 37).

Wenngleich sein Gesamtziel mit der Energiestrategie der Gemeinschaft verbunden ist, hat das spezifische Programm jedoch auch deutlich abgegrenzte Ziele: Strategieanalyse, Entwicklung neuer Methoden, Energieerzeugung aus fossilen Brennstoffen, Emissionssenkung, Solarhäuser, erneuerbare Energie für die Elektrizitätsversorgung auf dem Land, geothermische Energie, neue Möglichkeiten der Energieumwandlung, Technologien für die Energieeinsparung usw. Es ist so aufgebaut, daß es eine begrenzte Zahl von gezielten hochtechnischen Aktionen abdeckt, mit denen diese Ziele erreicht werden sollen.

Es betrifft die folgenden Bereiche:

— Strategieanalyse und Modellentwicklung: Strategieanalyse, Entwicklung neuer Methoden;

— Energieerzeugung aus fossilen Brennstoffen bei geringster Emission: Energieerzeugung aus fossilen Brennstoffen durch fortgeschrittene Energien, Emissionssenkung;

— erneuerbare Energiequellen: Solarhaus; Kraftwerke mit erneuerbaren Energiequellen; Biomasse; erneuerbare Energie für die Elektrizitätsversorgung auf dem Land sowie für die örtliche Brennstoff- und Wassenversorgung; geothermische Energie;

— Energienutzung und -einsparung: neue Möglichkeiten der Energieumwandlung; Technologien für die Energieeinsparung; energetischer Wirkungsgrad im Verkehr, einschließlich geeigneter Ersatzstoffe für herkömmliche Kraftstoffe.

Das Programm soll zur Entwicklung neuer energiewirtschaftlicher Möglichkeiten beitragen, die sowohl wirtschaftlich lebensfähig als auch umweltfreundlich sind, einschließlich der energieeinsparenden Energien.

Es betrifft sowohl die Industrie als auch die Hochschulen und die öffentlichen und privaten Forschungszentren.

Es wird im wesentlichen in Form von Vertragsforschung auf Kostenteilungsbasis und in zweiter Linie in Form von konzertierten Aktionen durchgeführt. Die Vorhaben werden so weit wie möglich in grenzüberschreitender Zusammenarbeit durchgeführt.

Diese Mittel sind zur Deckung der Personalausgaben für 36 Bedienstete (20 A, 7 B und 9 C) bestimmt.

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-6 2 — BEWIRTSCHAFTUNG DER NATÜRLICHEN RESSOURCEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B6-6 2 3	*(Fortsetzung)*						
B6-6 2 3 1	*(Fortsetzung)*						
B6-6 2 3 2	Sicherheit der Kernspaltung Getrennte Mittel	24 195 000	5 470 000	p.m.	p.m.		

KOMMISSION
Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-6 2 — BEWIRTSCHAFTUNG DER NATÜRLICHEN RESSOURCEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B6-6 2 3	*(Fortsetzung)*
B6-6 2 3 1	*(Fortsetzung)* Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 117 721 000 ECU. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind						
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	19 569 000 (1)	10 797 000	3 981 000	3 037 000	1 754 000	
Mittel 1992	117 721 000		30 144 000	40 288 000	35 217 000	12 072 000
Insgesamt	137 290 000	10 797 000 (1)	34 125 000	43 325 000	36 971 000	12 072 000

(1) Die Mittel sind in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

B6-6 2 3 2	Entscheidung 91/626/Euratom des Rates vom 28. November 1991 über ein Forschungs- und Ausbildungsprogramm im Bereich der nuklearen Sicherheit bei der Kernspaltung (1990-1994) (ABl. Nr. L 336 vom 7. 12. 1991, S. 42). Das Programm umfaßt die folgenden Bereiche: — Strahlenschutz, — Reaktorsicherheit. Diese Mittel sind zur Deckung der Personalausgaben für 28 Bedienstete (18 A, 4 B und 6 C) bestimmt.

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-6 2 — BEWIRTSCHAFTUNG DER NATÜRLICHEN RESSOURCEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B6-6 2 3	*(Fortsetzung)*						
B6-6 2 3 2	*(Fortsetzung)*						
B6-6 2 3 3	Kontrollierte thermonukleare Fusion Getrennte Mittel	141 238 000	44 925 000	p.m.	p.m.		

KOMMISSION
Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-6 2 — BEWIRTSCHAFTUNG DER NATÜRLICHEN RESSOURCEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B6-6 2 3	*(Fortsetzung)*
B6-6 2 3 2	*(Fortsetzung)*

Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 24 195 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind						
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	1 545 000 (1)	891 000	631 000	23 000		
Mittel 1992	24 195 000		4 839 000	9 678 000	7 258 000	2 420 000
Insgesamt	25 740 000	891 000 (1)	5 470 000	9 701 000	7 258 000	2 420 000

(1) Die Mittel sind in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

B6-6 2 3 3 Vorschlag für eine Entscheidung des Rates, von der Kommission vorgelegt am 3. Oktober 1990, über ein spezifisches Programm für Forschung und technologische Entwicklung im Bereich der kontrollierten thermonuklearen Fusion (1990-1994) (ABl. Nr. C 261 vom 16. 10. 1990, S. 8).

Diese Mittel sind zur Deckung der Personalausgaben für 115 Bedienstete (88 A, 24 B und 3 C) bestimmt, davon für 10 Bedienstete (A) die Personalausgaben zur Zeit bis zur Annahme der Rechtsgrundlage im Stellenplan gesperrt sind.

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-6 2 — BEWIRTSCHAFTUNG DER NATÜRLICHEN RESSOURCEN *(Fortsetzung)*

KAPITEL B6-6 3 — VALORISIERUNG DER INTELLEKTUELLEN RESSOURCEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B6-6 2 3	*(Fortsetzung)*						
B6-6 2 3 3	*(Fortsetzung)*						
	Artikel B6-6 2 3 insgesamt	283 154 000	84 520 000	p.m.	p.m.		
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	671 298 000	211 120 000	15 000 000	2 000 000		
	KAPITEL B6-6 2 INSGESAMT	671 298 000	211 120 000	15 000 000	2 000 000		
	KAPITEL B6-6 3						
B6-6 3 1	***Mensch und Mobilität***						
B6-6 3 1 1	Mensch und Mobilität Getrennte Mittel	180 679 000	51 600 000	p.m.	p.m.		

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-6 2 — BEWIRTSCHAFTUNG DER NATÜRLICHEN RESSOURCEN *(Fortsetzung)*

KAPITEL B6-6 3 — VALORISIERUNG DER INTELLEKTUELLEN RESSOURCEN

Artikel Posten	Erläuterungen
B6-6 2 3	*(Fortsetzung)*
B6-6 2 3 3	*(Fortsetzung)* Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 141 238 000 ECU. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind						
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	46 862 000 (1)	6 748 000	16 677 000	15 414 000	8 023 000	
Mittel 1992	141 238 000		28 248 000	56 495 000	42 371 000	14 124 000
Insgesamt	118 100 000	6 748 000 (1)	44 925 000	71 909 000	50 394 000	14 124 000

(1) Die Mittel sind in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

B6-6 3 1	
B6-6 3 1 1	Vorschlag für eine Entscheidung des Rates, von der Kommission vorgelegt am 3. Mai 1990, über ein spezifisches Programm für Forschung und technologische Entwicklung im Bereich Mensch und Mobilität (1990-1994) (ABl. Nr. C 174 vom 16. 7. 1990, S. 85), geändert am 24. Juni 1991 (ABl. Nr. C 188 vom 19. 7. 1991, S. 11). Das Ziel dieses spezifischen Programms ist es, einen Beitrag zur Erhöhung des Arbeitskräftepotentials für Forschung und technologische Entwicklung zu leisten, das die Mitgliedstaaten im nächsten Jahrzehnt brauchen, und eine Optimierung der Verwendung der wissenschaftlichen und technischen Infrastrukturen der Mitgliedstaaten, um dadurch die Schaffung einer wirklichen europäischen wissenschaftlichen und technischen Gemeinschaft zu fördern.

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-6 3 — VALORISIERUNG DER INTELLEKTUELLEN RESSOURCEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B6-6 3 1	*(Fortsetzung)*						
B6-6 3 1 1	*(Fortsetzung)*						

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-6 3 — VALORISIERUNG DER INTELLEKTUELLEN RESSOURCEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B6-6 3 1	***(Fortsetzung)***
B6-6 3 1 1	***(Fortsetzung)***
	Wissenschaftler aus den Ländern Mittel- und Osteuropas und den sowjetischen Republiken werden in dieses Programm einbezogen.
	Er handelt sich insbesondere darum, in den fünf Jahren der Laufzeit dieses Programms die wissenschaftlichen und technischen Kenntnisse und Kompetenzen von etwa 5 000 europäischen Forschern auszubilden oder weiterzuentwickeln.
	Dieses Programm (Ausbildung zur Forschung und durch die Forschung, Entwicklung und Unterstützung innereuropäischer Netze und Förderung des Zugangs zu Großanlagen) betrifft folgende Bereiche:
	— exakte und Naturwissenschaften auf der Ebene der Grundlagenforschung,
	— angewandte Forschung und technologische Entwicklung,
	— Human- und Sozialwissenschaften, die für die sozio-ökonomische Entwicklung relevant sind,
	— Schnittstellen zwischen den Grundwissenschaften und den technologischen Anwendungen.
	Die Aktionen streben im wesentlichen die Ausbildung von Jugendlichen an, die beginnen, in der Forschung und technologischen Entwicklung zu arbeiten (insbesondere auf doktoraler und post-doktoraler Ebene), und können sich auch auf andere Arbeitskräfte erstrecken, bzw. auf die Zeiträume, in denen sie neue Spezialisierungen erwerben müssen, insbesondere bei der Umschulung, die durch die Anpassung an die rasche Entwicklung des wissenschaftlichen und technologischen Kontextes erforderlich ist, sowie im Austausch und in der Zusammenarbeit, die ständig aufrecht erhalten werden müssen.
	Forschungsvorhaben im Bereich „Mensch und Mobilität" werden auf folgenden beiden Ebenen eingeleitet:
	— zugunsten benachteiligter Bevölkerungsgruppen in der europäischen Gesellschaft (Behinderte, ältere Menschen usw.),
	— Entwicklung einer erhöhten Mobilität mit geringerer Geschwindigkeit und kürzeren Entfernungen.
	Die Mittel decken die zur Zeit im Stellenplan gesperrten Personalausgaben für 14 Bedienstete (7 A, 2 B und 5 C) bis zur Annahme der Rechtsgrundlage.

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-6 3 — VALORISIERUNG DER INTELLEKTUELLEN RESSOURCEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B6-6 3 1	*(Fortsetzung)*						
B6-6 3 1 1	*(Fortsetzung)*						
	Artikel B6-6 3 1 insgesamt	180 679 000	51 600 000	p.m.	p.m.		
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	180 679 000	51 600 000	p.m.	p.m.		
	KAPITEL B6-6 3 INSGESAMT	180 679 000	51 600 000	p.m.	p.m.		
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	1 850 666 000	597 385 000	17 000 000	4 000 000		
	Titel B6-6 insgesamt	**1 850 666 000**	**597 385 000** (1)	**17 000 000** (2)	**4 000 000** (2)		

(1) In Kapitel B0-4 0 wird eine Globalreserve für das dritte Rahmenprogramm in Höhe von 11 925 000 ECU an Zahlungsermächtigungen eingesetzt.

(2) In Kapitel B0-4 0 wird eine Globalreserve für das dritte Rahmenprogramm (Titel B6-6 und B6-7) in Höhe von 613 664 872 ECU an Verpflichtungsermächtigungen und 200 000 000 ECU an Zahlungsermächtigungen eingesetzt.

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-6 3 — VALORISIERUNG DER INTELLEKTUELLEN RESSOURCEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B6-6 3 1	*(Fortsetzung)*
B6-6 3 1 1	*(Fortsetzung)* Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 180 679 000 ECU. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind						
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	p.m. (1)	p.m.				
Mittel 1992	180 679 000		51 600 000	100 000 000	29 079 000	
Insgesamt	180 679 000	p.m. (1)	51 600 000	100 000 000	29 079 000	

(1) In Kapitel B0-4 0 wird eine Globalreserve für das dritte Rahmenprogramm eingesetzt.

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

TITEL B6-7

AKTIONEN ZUR VERBREITUNG UND VERWERTUNG DER ERGEBNISSE — RAHMENPROGRAMM 1990-1994

KAPITEL B6-7 1 — VERBREITUNG UND VERWERTUNG DER ERGEBNISSE

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
	KAPITEL B6-7 1						
B6-7 1 1	***Verbreitung und Verwertung der Ergebnisse***						
	Getrennte Mittel	30 000 000	8 425 000	p.m.	p.m.		

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

TITEL B6-7

AKTIONEN ZUR VERBREITUNG UND VERWERTUNG DER ERGEBNISSE — RAHMENPROGRAMM 1990-1994

KAPITEL B6-7 1 — VERBREITUNG UND VERWERTUNG DER ERGEBNISSE

Artikel Posten	Erläuterungen
B6-7 1 1	Beschluß 90/221/Euratom, EWG des Rates vom 23. April 1990 über das gemeinschaftliche Rahmenprogramm im Bereich der Forschung und technologischen Entwicklung (1990-1994) (ABl. Nr. L 117 vom 8. 5. 1990, S. 28). Vorschlag für eine Entscheidung des Rates, von der Kommission vorgelegt am 17. Dezember 1990, über die Verbreitung und Nutzung der Kenntnisse aus den spezifischen Programmen der Gemeinschaft für Forschung und technologische Entwicklung (ABl. Nr. C 53 vom 28. 2. 1991, S. 39). Die zentralisierte Aktion zur Verbreitung und Verwertung der Ergebnisse hat das allgemeine Ziel, die Förderung der gemeinschaftlichen Forschungs- und technologischen Entwicklungsarbeiten zu gewährleisten und zur optimalen Nutzung ihrer Ergebnisse beizutragen. Die Verbreitung kann vor allem durch Veröffentlichungen oder informatisiert sichergestellt werden, wobei die Verwertungsarbeiten den Zweck haben, den Transfer und die Verwertung der aus den Gemeinschaftsprogrammen für Forschung und technologische Entwicklung hervorgegangenen Kenntnisse und Technologien zu fördern. Auch die Schaffung oder Fortsetzung der Tätigkeiten von Relaiszentren müßte auf nationaler und regionaler Ebene gefördert werden. Diese Mittel sind zur Deckung der Ausgaben für die einzelnen Verträge zur Durchführung des Programms bestimmt. Es handelt sich insbesondere um Forschungs-, Assoziierungs-, Studien-, integrierte Projekt-, Rechnungsprüfungs-, Sachverständigen-, Projektleiter-, Koordinierungs-, Kooperations-, Stipendien-, Subventionsverträge sowie Verträge zur Förderung von Ausbildung und Mobilität von Wissenschaftlern oder über die Beteiligung an internationalen Vereinbarungen sowie Lieferverträge für Anlagen, Infrastruktur und Material. Er deckt ebenfalls die Personalkosten, die Infrastrukturkosten, die Kosten für Information und Publikationen sowie andere Sachausgaben, die sich aus jeder Aktion ergeben. Insbesondere sind abgedeckt: a) Dienstreisen, Ausgaben im Zusammenhang mit der Beteiligung von assoziierten Forschern, die von den Mitgliedstaaten abgestellt sind, für zusätzliches Personal und Repräsentationskosten; b) die Ausgaben für den laufenden Verwaltungsbetrieb (insbesondere Sitzungen von Verwaltungsausschüssen und Arbeitsgruppen, Einberufungen von Sachverständigen und Beratern, Betriebsausgaben der eventuellen Netze, Ausgaben im Zusammenhang mit der Veranstaltung von Konferenzen, Beteiligung an von Dritten veranstalteten Seminaren, Veröffentlichungs- und Verbreitungskosten); c) die Ausgaben für den technischen Betrieb (insbesondere Kauf, Miete und Wartung des EDV-Materials, einschließlich der notwendigen Software). Die vorläufige Aufschlüsselung der Mittel für diese Ausgabengruppen ergibt sich aus der Tabelle in Anhang I dieses Teils des Ausgabenansatzes von vorliegendem Einzelplan. Für einige dieser Aktionen ist eine Beteiligung von europäischen Drittstaaten an der Europäischen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der wissenschaftlichen und technischen Forschung (COST) vorgesehen. Dieser etwaige finanzielle Beitrag wird in Artikel 6 0 2 des Einnahmenplans eingesetzt; zu Lasten dieses Betrags können zusätzliche Mittel bei den entsprechenden Artikeln oder Posten bereitgestellt werden (Artikel 96 Absatz 1 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1). Zu Lasten der etwaigen Einnahmen von Dritten, die die Kosten der Vorhaben mit der Gemeinschaft teilen (Unternehmen aus Ländern der Europäischen Freihandelszone, industrielle Konsortien usw.), die in Artikel 6 0 4 des Einnahmenplans eingesetzt sind, können zusätzliche Mittel bereitgestellt werden (Artikel 96 Absatz 1 der Haushaltsordnung). Die zusätzlichen Mittel werden unter dem Posten B6-8 0 0 4 bereitgestellt. Die etwaigen Einnahmen aus den Einschreibgebühren der Teilnehmer an von der Kommission veranstalteten Seminaren, Konferenzen usw. sind gemäß den Bestimmungen von Artikel 27 Absatz 2 Buchstabe g) der Haushaltsordnung wiederzuverwenden. Diese Mittel sind bis zur Annahme der Rechtsgrundlage zur Deckung der zur Zeit im Stellenplan gesperrten Personalausgaben für 2 Bedienstete (A) bestimmt.

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-7 1 — VERBREITUNG UND VERWERTUNG DER ERGEBNISSE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B6-7 1 1	*(Fortsetzung)*						
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	30 000 000	8 425 000	p.m.	p.m.		
	KAPITEL B6-7 1 INSGESAMT	30 000 000	8 425 000	p.m.	p.m.		
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	30 000 000	8 425 000	p.m.	p.m.		
	Titel B6-7 insgesamt	**30 000 000**	**8 425 000**	**p.m.** (1)	**p.m.** (1)		

(1) In Kapitel B0-4 0 wird eine Globalreserve für das dritte Rahmenprogramm (Titel B6-6 und B6-7) in Höhe von 613 664 872 ECU an Verpflichtungsermächtigungen und 200 000 000 ECU an Zahlungsermächtigungen eingesetzt.

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-7 1 — VERBREITUNG UND VERWERTUNG DER ERGEBNISSE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B6-7 1 1	*(Fortsetzung)* Fie für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 30 000 000 ECU. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind						
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	p.m. (1)	p.m.				
Mittel 1992	30 000 000		8 425 000	12 575 000	9 000 000	
Insgesamt	30 000 000	p.m. (1)	8 425 000	12 575 000	9 000 000	

(1) In Kapitel B0-4 0 wird eine Globalreserve für das dritte Rahmenprogramm eingesetzt.

KOMMISSION
Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

TITEL B6-8

TÄTIGKEITEN ZUR FLANKIERUNG UND UNTERSTÜTZUNG DER RAHMENPROGRAMME 1987-1991 UND 1990-1994

KAPITEL B6-8 0 — UNTERSTÜTZUNG DER WISSENSCHAFTS- UND TECHNOLOGIEPOLITIK

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
	KAPITEL B6-8 0						
B6-8 0 0	***Unterstützung der Wissenschafts- und Technologiepolitik***						
B6-8 0 0 0	Vorbereitung der neuen Programme und Koordinierung der Politik der Mitgliedstaaten Getrennte Mittel	5 012 000	3 900 000	4 250 000	4 100 000	3 989 060,36	3 972 155,06

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

TITEL B6-8

TÄTIGKEITEN ZUR FLANKIERUNG UND UNTERSTÜTZUNG DER RAHMENPROGRAMME 1987-1991 UND 1990-1994

KAPITEL B6-8 0 — UNTERSTÜTZUNG DER WISSENSCHAFTS- UND TECHNOLOGIEPOLITIK

Artikel Posten	Erläuterungen
	Die Erläuterung gilt für alle Haushaltslinien des Titels B6-8. Die in den Artikeln oder Haushaltsposten dieses Teileinzelplans eingesetzten Mittel sind zur Deckung der Ausgaben für die zur Durchführung der jeweiligen Maßnahmen geschlossenen Verträge bestimmt. Es handelt sich insbesondere um Forschungs-, Assoziierungs-, Studien-, Projekt-, Rechnungsprüfungs-, Sachverständigen-, Projektleiter-, Dienstleistungs-, Koordinierungs-, Kooperations-, Stipendien-, Subventionsverträge sowie Verträge zur Förderung von Ausbildung und Mobilität von Wissenschaftlern oder über die Beteiligung an internationalen Vereinbarungen sowie Lieferverträge für Anlagen, Infrastruktur und Material. Sie decken ebenfalls die Personalkosten, die Infrastrukturkosten, die Kosten für Information und Publikationen sowie andere Verwaltungsausgaben für die einzelnen Maßnahmen. Insbesondere sind abgedeckt: a) Dienstreisen, Ausgaben im Zusammenhang mit der Beteiligung von assoziierten Forschern, die von den Mitgliedstaaten abgestellt sind, für zusätzliches Personal und Repräsentationskosten; b) die Ausgaben für den laufenden Verwaltungsbetrieb (insbesondere Sitzungen von Verwaltungsausschüssen und Arbeitsgruppen, Einberufungen von Sachverständigen und Beratern, Betriebsausgaben für die eventuellen Netze, Ausgaben für die Veranstaltung von Konferenzen, Beteiligung an von Dritten veranstalteten Seminaren, Veröffentlichungs- und Verbreitungskosten); c) die Ausgaben für den technischen Betrieb (insbesondere Kauf bzw. Miete und Wartung des EDV-Materials, einschließlich der notwendigen Software). Die vorläufige Aufteilung der Mittel auf diese Ausgabengruppen ergibt sich aus der Tabelle in Anhang I dieses Teils des Ausgabenansatzes von vorliegendem Einzelplan. Für einige dieser Aktionen ist eine Beteiligung von europäischen Drittstaaten an der Europäischen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der wissenschaftlichen und technischen Forschung, insbesondere COST, vorgesehen. Dieser etwaige finanzielle Beitrag wird in Artikel 6 0 2 des Einnahmenplans eingesetzt; zu Lasten dieses Betrags können zusätzliche Mittel bei den entsprechenden Artikeln oder Posten bereitgestellt werden (Artikel 96 Absatz 1 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1)). Zu Lasten der etwaigen Einnahmen von Dritten, die die Kosten der Vorhaben mit der Gemeinschaft teilen (Unternehmen aus Ländern der Europäischen Freihandelszone, industrielle Konsortien usw.), die in Artikel 6 0 4 des Einnahmensatzes eingesetzt sind, können zusätzliche Mittel bereitgestellt werden (Artikel 96 Absatz 1 der Haushaltsordnung). Die zusätzlichen Kosten werden unter dem Posten B6-8 0 0 4 bereitgestellt. Die etwaigen Einnahmen aus den Einschreibgebühren der Teilnehmer an von der Kommission veranstalteten Seminaren, Konferenzen usw. sind gemäß den Bestimmungen von Artikel 27 Absatz 2 Buchstabe g) der Haushaltsordnung wiederzuverwenden.
B6-8 0 0	
B6-8 0 0 0	*Vormals Posten B6-8 0 0 0, B6-8 0 0 2 und B6-8 1 0 1* *Vorbereitung der neuen Programme* Entschließung des Rates vom 14. Januar 1974 über die Koordinierung der einzelstaatlichen Politik und die Definition der Aktionen von gemeinschaftlichem Interesse im Bereich der Wissenschaft und Technologie (ABl. Nr. C 7 vom 29. 1. 1974, S. 2). Entschließung des Rates vom 14. Januar 1974 über ein erstes Aktionsprogramm der Europäischen Gemeinschaften auf dem Gebiet der Wissenschaft und Technologie (ABl. Nr. C 7 vom 29. 4. 1974, S. 6). Schlußfolgerungen des Rates vom 20. Dezember 1979.

KOMMISSION
Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-8 0 — UNTERSTÜTZUNG DER WISSENSCHAFTS- UND TECHNOLOGIEPOLITIK *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B6-8 0 0	*(Fortsetzung)*						
B6-8 0 0 0	*(Fortsetzung)*						

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-8 0 — UNTERSTÜTZUNG DER WISSENSCHAFTS- UND TECHNOLOGIEPOLITIK *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B6-8 0 0	*(Fortsetzung)*
B6-8 0 0 0	*(Fortsetzung)* Entschließung des Rates vom 25. Juli 1983 über Rahmenprogramme für die Tätigkeiten der Gemeinschaft im Bereich Forschung, Entwicklung und Demonstration und über das erste Rahmenprogramm 1984-1987 (ABl. Nr. C 208 vom 4. 8. 1983, S. 1). Entschließung des Rates vom 28. September 1987. In den Entschließungen des Rates vom 14. Januar 1974, die in den Schlußfolgerungen des Rates vom 20. Dezember 1979 präzisiert worden sind, wurden der Kommission genaue Aufgaben zugewiesen, damit eine gemeinsame Forschungs- und Technologiepolitik verwirklicht werden konnte. Bei den Aufgaben handelte es sich um folgende: — schrittweise Festlegung der Ziele dieser Politik nach Prüfung und Gegenüberstellung der Politik der einzelnen Mitgliedstaaten sowie nach Ermittlung, Analyse und Vergleich der von den Mitgliedstaaten angestrebten Ziele zur Feststellung der Prioritäten, — schrittweise Entwicklung dieser Politik durch Koordinierung und Durchführung von im Gemeinschaftsinteresse liegenden Maßnahmen. In seinen Entschließungen vom 25. Juli 1983 und 28. September 1987 ist der Rat übereingekommen, daß die wissenschaftlichen und technischen Tätigkeiten der Gemeinschaft stärker unterstützt werden müssen und ein Rahmenprogramm durchgeführt werden soll. Für 1991 sind folgende Maßnahmen geplant: — horizontale Maßnahmen zur Vorbereitung und Verfolgung des Rahmenprogramms, — Ausarbeitung von Vorschlägen für Gemeinschaftsmaßnahmen, — Unterstützung neuester Entwicklungen in Wissenschaft und Technologie auf europäischer Ebene, — Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen. *Koordinierung der Politik der Mitgliedstaaten* Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, insbesondere Artikel 130 H. Die vorgesehenen Aktionen betreffen die von der Kommission zu ergreifenden Initiativen zur Förderung der Koordinierung der Politiken und Programme auf dem Gebiet der wissenschaftlichen Forschung und der technologischen Entwicklung der Mitgliedstaaten. Diese Initiativen erstrecken sich auf die Gegenüberstellung der wissenschaftlichen und technologischen Politiken der Mitgliedstaaten der Gemeinschaft, die Abstimmung der einzelstaatlichen Maßnahmen (vor allem auf sektoraler Ebene) zwischen den Mitgliedstaaten und die Identifizierung neuer Bereiche der Zusammenarbeit. Die Initiativen werden sich auf bessere Informationen über das wissenschaftliche und technologische Potential der Mitgliedstaaten und die durchgeführten Programme, eine globale Bewertung der auf nationaler Ebene vorgeschlagenen Strategien im wissenschaftlichen und technologischen Bereich und eine schrittweise Harmonisierung der von den Mitgliedstaaten ergriffenen Maßnahmen zur Schaffung günstiger Voraussetzungen für die wissenschaftliche und technologische Forschung stützen. *Strukturpolitik* Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, insbesondere Artikel 130 A. Die vorgesehenen Aktionen betreffen die im Zusammenhang mit den von der Kommission zu ergreifenden Initiativen zur Unterstützung und Lieferung einer wissenschaftlich-technischen Expertise für die für die Verwendung der Strukturfonds verantwortlichen Dienststellen im Hinblick auf eine Verstärkung des wissenschaftlich-technischen Potentials der Gemeinschaft, wie in Artikel 130 A erwähnt. Die Maßnahmen betreffen: — Lieferung einer wissenschaftlich-technischen Expertise zur Verstärkung der Kapazität der Forschung und technologischen Entwicklung der am stärksten benachteiligten Gebiete (Programm STRIDE — Science and technology for regional innovation and development in Europe); — Schaffung einer Unterstützungsstruktur, um den am stärksten benachteiligten Mitgliedstaaten die Ausarbeitung der wissenschaftlich-technischen Pläne zugunsten der Regionalentwicklung zu ermöglichen; — Unterstützung bestimmter Sektoren, beispielsweise der ländlichen Entwicklung und der kleinen und mittleren Unternehmen, zur Festlegung der wissenschaftlich-technischen Orientierungen; — Prüfung der zu ergreifenden zukünftigen Initiativen anhand von Studien, Workshops und Seminaren.

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-8 0 — UNTERSTÜTZUNG DER WISSENSCHAFTS- UND TECHNOLOGIEPOLITIK *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B6-8 0 0	*(Fortsetzung)*						
B6-8 0 0 0	*(Fortsetzung)*						
B6-8 0 0 3	Bereitstellung von Forschungspersonal für Dritte (Artikel 6 Buchstabe c) des Vertrages zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft) Getrennte Mittel	400 000	400 000	400 000	400 000	363 298,39	346 015,74

KOMMISSION
Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-80 — UNTERSTÜTZUNG DER WISSENSCHAFTS- UND TECHNOLOGIEPOLITIK *(Fortsetzung)*

Artikel Posten | Erläuterungen

B6-800 *(Fortsetzung)*

B6-8000 *(Fortsetzung)*

Alte Technologie

Es geht darum, als Ergänzung der bereits laufenden prospektiven Untersuchungen, strategischen Analysen und Bewertungen der Forschungs- und Entwicklungsprogramme ein auf „technologischer Wache" basierendes System zur Erkennung wissenschaftlicher und technologischer Entwicklungen zu errichten und auszuprobieren.

Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 5 012 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind	2 197 193	1 100 000	900 000	197 193		
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	4 250 000	3 000 000	1 000 000	250 000		
Mittel 1992	5 012 000		2 000 000	2 000 000	1 012 000	
Insgesamt	11 459 193	4 100 000	3 900 000	2 447 193	1 012 000	

B6-8003 Aufgrund von Artikel 6 Buchstabe c) des Euratom-Vertrags zwischen Euratom und nachstehenden Institutionen geschlossene Vereinbarungen:

Stellen	Datum der Unterzeichnung	Laufzeit	Personal
Kernforschungszentrum Karlsruhe (KfK)	21. März 1974 Zusatzvereinbarung vom 30. Dezember 1988	1. Juli 1973 - 31. Dezember 1993	2 A
Commissariat à l'énergie atomique français (CEA)	21. Dezember 1979 Zusatzvereinbarung vom 27. Mai 1986	14. Januar 1980 - 31. Dezember 1991 (1)	1 A
	21. Dezember 1979 Zusatzvereinbarung vom 27. Mai 1986	1. Januar 1984 - 31. Dezember 1991 (1)	1 A

(1) Die Verhandlung über die Verlängerung des Vertrages dauert an.

Die Kommission stellt diesen Stellen auf ihren Antrag und gegen Vergütung der entstehenden Kosten Fachleute zur Verfügung, die Studien oder Forschungsarbeiten in den entsprechenden nationalen Laboratorien durchführen.

Veranschlagt sind die Personalausgaben für 4 Bedienstete (A).

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-8 0 — UNTERSTÜTZUNG DER WISSENSCHAFTS- UND TECHNOLOGIEPOLITIK *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B6-8 0 0	*(Fortsetzung)*						
B6-8 0 0 3	*(Fortsetzung)*						
B6-8 0 0 4	Einnahmen von Dritten Getrennte Mittel	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	19 503 020,88	11 297 935,47

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-8 0 — UNTERSTÜTZUNG DER WISSENSCHAFTS- UND TECHNOLOGIEPOLITIK *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B6-8 0 0	*(Fortsetzung)*
B6-8 0 0 3	*(Fortsetzung)* Die Erstattungsbeträge sind unter dem Posten 6 2 1 0 der Einnahmenansätze verbucht. Die über die Voranschläge hinausgehenden zusätzlichen Ausgaben müssen nach Artikel 96 Absatz 1 der Haushaltsordnung durch zusätzliche Einnahmen unter dem Posten 6 2 1 0 gedeckt werden. Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 400 000 ECU. Fälligkeitsplan:
B6-8 0 0 4	Der Posten ist für Ausgaben vorgesehen, die aus Einnahmen bestritten werden, die zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel führen und von Drittstaaten stammen, die sich an den Maßnahmen auf dem Gebiet der Forschung und technologischen Entwicklung beteiligen. Diese Einnahmen werden in die Artikel 6 0 1 bis 6 0 6, in den Posten 6 1 4 2 und in die Artikel 6 2 1 und 6 2 3 des Einnahmenplans eingesetzt.

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind	17 283	17 283				
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	400 000	382 717	17 283			
Mittel 1992	400 000		382 717	17 283		
Insgesamt	817 283	400 000	400 000	17 283		

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-8 0 — UNTERSTÜTZUNG DER WISSENSCHAFTS- UND TECHNOLOGIEPOLITIK *(Fortsetzung)*

KAPITEL B6-8 1 — UNTERSTÜTZUNG DER ÜBRIGEN POLITIK

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B6-8 0 0	*(Fortsetzung)*						
B6-8 0 0 4	*(Fortsetzung)*						
	Artikel B6-8 0 0 insgesamt	5 412 000	4 300 000	4 650 000	4 500 000	23 855 379,63	15 616 106,27
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	5 412 000	4 300 000	4 650 000	4 500 000	23 855 379,63	15 616 106,27
	KAPITEL B6-8 0 INSGESAMT	5 412 000	4 300 000	4 650 000	4 500 000	23 855 379,63	15 616 106,27
	KAPITEL B6-8 1						
B6-8 1 0	***Unterstützung der übrigen Politik***						
B6-8 1 0 0	Raumfahrt und Agrarstatistiken						
	Getrennte Mittel	6 600 000	5 900 000	6 600 000	2 700 000	807 349,47	434 322,86

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-8 0 — UNTERSTÜTZUNG DER WISSENSCHAFTS- UND TECHNOLOGIEPOLITIK *(Fortsetzung)*

KAPITEL B6-8 1 — UNTERSTÜTZUNG DER ÜBRIGEN POLITIK

Artikel Posten	Erläuterungen
B6-8 0 0	*(Fortsetzung)*
B6-8 0 0 4	*(Fortsetzung)*

Für 1992 bewilligte Verpflichtungsermächtigungen: p.m.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind						
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	p.m.	p.m.				
Mittel 1992	p.m.		p.m.			
Insgesamt	p.m.	p.m.	p.m.			

B6-8 1 0	
B6-8 1 0 0	*Vormals Posten B6-8 1 0 0 und B6-8 1 0 9*

Raumfahrt

Entschließung des Europäischen Parlaments vom 17. Juni 1987 zur europäischen Weltraumpolitik (ABl. Nr. C 190 vom 20. 7. 1987, S. 78).

Mitteilung der Kommission vom 26. Juli 1988 „Die Gemeinschaft zur Raumfahrt: ein kohärenter Ansatz" (KOM(88) 417 endg.).

Entschließung des Europäischen Parlaments vom 22. Oktober 1991 zur europäischen Weltraumpolitik (ABl. Nr. C 305 vom 25. 11. 1991, S. 26).

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-8 1 — UNTERSTÜTZUNG DER ÜBRIGEN POLITIK *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B6-8 1 0	*(Fortsetzung)*						
B6-8 1 0 0	*(Fortsetzung)*						
B6-8 1 0 1	Beteiligung der Gemeinschaft am Projekt „SPOT IV-VEGETATION“						
	Getrennte Mittel	3 000 000	1 000 000				

KOMMISSION
Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-8 1 — UNTERSTÜTZUNG DER ÜBRIGEN POLITIK *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B6-8 1 0	*(Fortsetzung)*
B6-8 1 0 0	*(Fortsetzung)*

Die Mitteilung der Kommission legt die Aktionslinien fest, die für die Entwicklung der Aktivitäten der Gemeinschaft auf dem Gebiet der Raumfahrt ausschlaggebend sind.

Die Aktivitäten, die durch diese Aktion zu finanzieren sind, entsprechen denen, die für die Vorbereitung und Durchführung der in der Mitteilung über die Raumfahrt festgelegten Aktionslinien notwendig sind, und denen, die auf die Zusammenarbeit mit anderen Organisationen im Bereich der Raumfahrt — vor allem mit der Europäischen Weltraumorganisation (ESA) — ausgerichtet sind, und umfassen die Nutzung von Satellitendaten bei der Formulierung und Durchführung der Maßnahmen der Gemeinschaft in den Bereichen Landwirtschaft, Regionalpolitik, Umweltpolitik und Entwicklungszusammenarbeit sowie den Einsatz der Fernerkundungstechnik für die Agrar- und die Flächennutzungsstatistik.

Diese Mittel sind zur Deckung der fortlaufenden Kosten bestimmt, die durch die wachsende Rolle der Gemeinschaft auf diesem Gebiet und die Notwendigkeit, die Koordinierung und Kohärenz der auf diesem Gebiet durchgeführten Aktivitäten zu gewährleisten, verursacht werden (Steuer und Zollsystem, Weltraumrecht, Beziehungen mit dem einheitlichen Binnenmarkt usw.).

Pilotprojekte für spezielle Fernerkundungssysteme

Entschließung des Europäischen Parlaments vom 17. Juni 1987 zur europäischen Weltraumpolitik (ABl. Nr. C 190 vom 20. 7. 1987, S. 78).

Mitteilung der Kommission vom 26. Juli 1988 „Die Gemeinschaft zur Raumfahrt — ein kohärenter Ansatz" (KOM(88) 417 endg.).

Die mit diesen Mitteln zu finanzierenden Aktivitäten werden, soweit zweckmäßig, von der Gemeinsamen Forschungsstelle in Zusammenarbeit mit der Europäischen Weltraumorganisation verwaltet.

Sie umfassen:

— die Beteiligung der Gemeinschaft an einem operationellen europäischen System zur Fernerkundung aus der Luft,

— die Beteiligung an auf Probleme der Waldvernichtung in den Tropen bezogenen Forschungs- und Entwicklungsvorhaben durch die Schaffung eines integrierten Programms zur Satellitenbeobachtung tropischer Wälder und die Bereitstellung von Daten und Informationen über tropische Ökosysteme.

Diese Mittel sind zur Deckung der Personalausgaben für 3 Bedienstete (2 A und 1 C) bestimmt.

Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 6 600 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind	373 027	200 000	150 000	23 027		
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	6 600 000	2 500 000	1 950 000	2 150 000		
Mittel 1992	6 600 000		3 800 000	1 900 000	900 000	
Insgesamt	13 573 027	2 700 000	5 900 000	4 073 027	900 000	

B6-8 1 0 1 *Neuer Posten*

Raumfahrt

Entschließung des Europäischen Parlaments vom 17. Juni 1987 zur Europäischen Weltraumpolitik (ABl. Nr. C 190 vom 20. 7. 1987, S. 78).

Mitteilung der Kommission vom 26. Juli 1988 „Die Gemeinschaft zur Raumfahrt: ein kohärenter Ansatz" (KOM(88) 417 endg.).

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-8 1 — UNTERSTÜTZUNG DER ÜBRIGEN POLITIK *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B6-8 1 0	*(Fortsetzung)*						
B6-8 1 0 1	*(Fortsetzung)*						
B6-8 1 0 2	Hydro-Wasserstoff Getrennte Mittel	8 000 000	4 000 000	8 000 000	2 000 000	2 999 519,58	1 099 997,17

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-8 1 — UNTERSTÜTZUNG DER ÜBRIGEN POLITIK *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B6-8 1 0	*(Fortsetzung)*
B6-8 1 0 1	*(Fortsetzung)*

Entschließung des Europäischen Parlaments vom 22. Oktober 1991 zur europäischen Weltraumpolitik (ABl. Nr. C 305 vom 25. 11. 1991, S. 26).

In der Mitteilung der Kommission sind die Leitlinien für die Entwicklung der Gemeinschaftsmaßnahmen im Bereich der Raumfahrt definiert.

Mit diesen Mitteln soll die Vorbereitung und Durchführung der in der Mitteilung definierten Maßnahmen sowie die Zusammenarbeit mit anderen Organisationen im Bereich der Raumfahrt, insbesondere der Europäischen Weltraumorganisation (ESA), finanziert werden. Es handelt sich sowohl um die Auswertung der durch Satelliten gewonnenen Daten für die Ausarbeitung und Durchführung einer Gemeinschaftspolitik in den Bereichen Landwirtschaft, Regionalpolitik, Umwelt und Entwicklungszusammenarbeit als auch um die Anwendung der Fernerkundung für die Aufstellung von Statistiken in der Landwirtschaft und im Bereich der Bodennutzung.

Diese Mittel dienen der Deckung der durch die wachsende Rolle der Gemeinschaft in diesem Bereich und durch die erforderliche Koordinierung und Kohärenz der Maßnahmen in diesem Zusammenhang (Steuer- und Zollsystem, Weltraumrecht, Verbindungen zum Binnenmarkt usw.) fortlaufenden.

Pilotvorhaben für spezifische Fernerkundungssysteme

Entschließung des Europäischen Parlaments vom 17. Juni 1987 zur Europäischen Weltraumpolitik (ABl. Nr. C 190 vom 20. 7. 1987, S. 78).

Mitteilung der Kommission vom 26. Juli 1988 „Die Gemeinschaft zur Raumfahrt: ein kohärenter Ansatz" (KOM(88) 417 endg.).

Die durch diese Maßnahmen zu finanzierenden Aktivitäten werden gegebenenfalls von der Gemeinsamen Forschungsstelle und in Zusammenarbeit mit der Europäischen Weltraumorganisation durchgeführt.

Sie umfassen:

— eine Beteiligung der Gemeinschaft an einem operationellen europäischen Fernerkundungssystem aus der Luft,

— eine Beteiligung an Forschungs- und Entwicklungsprojekten im Zusammenhang mit den Problemen der Entwaldung in den tropischen Gebieten, und zwar einerseits durch die Einführung eines integrierten Beobachtungsprogramms für die Tropenwälder über Satellit und andererseits durch die Übermittlung von Daten und Informationen über die tropischen Ökosysteme.

Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 3 000 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind						
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991						
Mittel 1992	3 000 000		1 000 000	1 000 000	500 000	500 000
Insgesamt	3 000 000		1 000 000	1 000 000	500 000	500 000

B6-8 1 0 2 Mit diesen Mitteln soll die Fortführung der 1989 begonnenen Forschungsarbeiten finanziert werden, in deren Rahmen festgestellt werden soll, ob sich die Herstellung, der Transport und die Verwendung von billigem, mit Elektrizität hergestelltem Wasserstoff technisch und wirtschaftlich durchführen lassen. Außer der eigentlichen Durchführbarkeitsstudie sollen mit den Mitteln Untersuchungen vorgenommen werden, in deren Mittelpunkt Sicherheitsfragen sowie die Diversifizierung der Einsatzgebiete in Verbindung mit den Anliegen des Umweltschutzes stehen.

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-8 1 — UNTERSTÜTZUNG DER ÜBRIGEN POLITIK *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B6-8 1 0	*(Fortsetzung)*						
B6-8 1 0 2	*(Fortsetzung)*						
B6-8 1 0 3	Technische Probleme der nuklearen Sicherheit (codes und Normen) sowie kerntechnische Untersuchungen Getrennte Mittel	3 500 000	3 000 000	2 580 000	2 360 000	2 417 145,78	2 565 228,33

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-8 1 — UNTERSTÜTZUNG DER ÜBRIGEN POLITIK *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B6-8 1 0	*(Fortsetzung)*
B6-8 1 0 2	*(Fortsetzung)* Die für 1992 bewilligte Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 8 000 000 ECU. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind	2 298 469	500 000	1 000 000	798 469		
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	8 000 000	1 500 000	2 200 000	2 400 000	1 900 000	
Mittel 1992	8 000 000		800 000	4 200 000	3 000 000	
Insgesamt	18 298 469	2 000 000	4 000 000	7 398 469	4 900 000	

B6-8 1 0 3 *Vormals Teilposten B6-8 0 0 1 und Posten B6-8 1 0 3*

Technische Probleme der nuklearen Sicherheit

Entschließung des Rates vom 22. Juli 1975 über die technologischen Probleme der nuklearen Sicherheit, Codes und Normen (ABl. Nr. C 185 vom 14. 8. 1975, S. 1).

Das Programm „Technologische Probleme der Kernsicherheit — Codes und Normen" ist zur Finanzierung der von Beamten der Kommission für mit der Untersuchung der Sicherheitsprobleme von Kernanlagen beauftragten Sachverständigengruppen der Mitgliedstaaten geleisteten wissenschaftlichen und technischen Unterstützung bestimmt sowie zur Erzielung von Fortschritten bei der Erstellung einer gemeinsamen technologischen Grundlage für die größtmögliche Zuverlässigkeit und Wirtschaftlichkeit der mechanischen Komponenten von schnellen Brütern.

Untersuchungen im Nuklearbereich

Mitteilung der Kommission an den Rat vom 22. Juli 1983 über die Rolle der Gemeinschaft im Bereich der Sicherheit von Kernenergieanlagen und des Gesundheitsschutzes der Bevölkerung (KOM(83) 472 endg.).

Hierbei handelt es sich um technische Untersuchungen in folgenden Bereichen: Sicherheit erprobter Reaktoren, Entwicklung und Sicherheit fortgeschrittener Reaktoren, Reaktoren künftiger Generationen (unter besonderer Berücksichtigung der passiven Sicherheit), Sicherheit der Anlagen des Brennstoffkreislaufs.

Für diese Aktionen sind besonders spezialisierte Untersuchungen erforderlich, die auf dem Vertragswege an qualifizierte Sachverständige auf diesem Gebiet vergeben werden und von den Dienststellen der Kommission nicht durchgeführt werden können.

Die Mittel sind zur Deckung der Personalausgaben für 8 Bedienstete (4 A, 2 B und 2 C) bestimmt.

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-8 1 — UNTERSTÜTZUNG DER ÜBRIGEN POLITIK *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B6-8 1 0	*(Fortsetzung)*						
B6-8 1 0 3	*(Fortsetzung)*						
B6-8 1 0 4	Maßnahme im Zusammenhang mit der Sicherheit von Datenverarbeitungssystemen Getrennte Mittel	4 000 000	4 000 000	6 000 000	4 000 000		

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-8 1 — UNTERSTÜTZUNG DER ÜBRIGEN POLITIK *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B6-8 1 0	*(Fortsetzung)*
B6-8 1 0 3	*(Fortsetzung)*

Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 3 500 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind	1 412 744	860 000	500 000	52 744		
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	2 580 000	1 500 000	700 000	380 000		
Mittel 1992	3 500 000		1 800 000	1 200 000	500 000	
Insgesamt	7 492 744	2 360 000	3 000 000	1 632 744	500 000	

B6-8 1 0 4

Vorschlag für einen Beschluß des Rates, von der Kommission vorgelegt am 27. Juli 1990, über eine Maßnahme im Zusammenhang mit der Sicherheit von Datenverarbeitungssystemen (ABl. Nr. C. 277 vom 5. 11. 1990, S. 18).

Durch diese Maßnahme soll in der Praxis für einen wirksamen Schutz der den Verwaltungen, Unternehmen und sonstigen Benutzern zur Verfügung gestellten elektronischen Informationen gesorgt werden.

Diese Mittel sind zur Deckung der Personalausgaben für 2 Bedienstete (1 A und 1 B) bestimmt.

Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 4 000 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind						
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	6 000 000	4 000 000	2 000 000			
Mittel 1992	4 000 000		2 000 000	1 500 000	500 000	
Insgesamt	10 000 000	4 000 000	4 000 000	1 500 000	500 000	

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-8 1 — UNTERSTÜTZUNG DER ÜBRIGEN POLITIK *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B6-8 1 0	*(Fortsetzung)*						
B6-8 1 0 5	Hochauflösendes Fernsehen Getrennte Mittel	31 000 000 (1)	25 000 000 (2)	12 700 000	12 700 000		

(1) Es werden Mittel in Höhe von 33 000 000 ECU in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.
(2) Es werden Mittel in Höhe von 9 000 000 ECU in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-8 1 — UNTERSTÜTZUNG DER ÜBRIGEN POLITIK *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B6-8 1 0	*(Fortsetzung)*
B6-8 1 0 5	Beschluß 89/337/EWG des Rates vom 27. April 1989 über das hochauflösende Fernsehen (ABl. Nr. L 142 vom 25. 5. 1989, S. 1).
	Beschluß 89/630/EWG des Rates vom 7. Dezember 1989 über die gemeinsame Annahme einer einzigen weltweiten Produktionsnorm für das hochauflösende Fernsehen durch die Vollversammlung des Internationalen Beratenden Ausschusses für den Funkdienst (CCIR) im Jahr 1990 (ABl. Nr. L 363 vom 13. 12. 1989, S. 30).
	Vorschlag für eine Richtlinie des Rates, von der Kommission vorgelegt am 15. Juli 1991, über die Annahme von Normen für die Satellitenausstrahlung von Fernsehsignalen (ABl. Nr. C 194 vom 25. 7. 1991, S. 20), geändert am 6. Dezember 1991 (ABl. Nr. C 332 vom 21. 12. 1991, S. 13).
	Entschließung des Rates vom 19. Dezember 1991 über die Entwicklung des gemeinsamen Marktes für Satellitenkommunikationsdienste und -geräte (ABl. Nr. C 8 vom 14. 1. 1992, S. 1).
	Diese Mittel sind zur Deckung der Beteiligung der Gemeinschaft an den Tätigkeiten der Europäischen Wirtschaftlichen Interessenvereinigung „Vision 1250" bestimmt, vor allem im Zusammenhang mit dem Einsatz und der Wartung des Produktionsmaterials, der Einrichtung eines Netzes von Empfängern und mit Demonstrationen bei Weltereignissen (Olympische Spiele in Barcelona und Albertville, Weltausstellung in Sevilla).
	Des weiteren soll aus diesem Posten eine Gemeinschaftsaktion finanziert werden, die dazu beitragen soll, vorhandene Audiovisionsprogramme und Filme, die in 35 mm oder einer herkömmlichen Videonorm gedreht wurden, in eine hochauflösende Norm (die europäische Norm) oder in das Verhältnis 16:9 für die Wiedergabe in MAC-Norm umzusetzen. Die Aktion wird in Abstimmung mit jenen Maßnahmen durchgeführt, die im MEDIA-Programm vorgesehen sind und die die Produktion von Programmen in hochauflösender bzw. europäischer Norm fördern sollen.
	Diese Mittel decken die Personalausgaben für 5 Bedienstete (3 A, 1 B und 1 C). Ferner können nach Übertragung der für diese Aktion in Kapitel B0-4 0 eingesetzten Mittel die Personalausgaben für 5 Bedienstete (A 4 und 1 B) freigegeben werden.
	Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 31 000 000 ECU.
	Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind						
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	12 700 000	12 700 000				
Mittel 1992	64 000 000 (1)		34 000 000	20 000 000	10 000 000	
Insgesamt	76 700 000	12 700 000	34 000 000 (2)	20 000 000	10 000 000	

(1) Mittel in Höhe von 33 000 000 ECU sind in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

(2 Mittel in Höhe von 9 000 000 ECU sind in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-8 1 — UNTERSTÜTZUNG DER ÜBRIGEN POLITIK *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B6-8 1 0	*(Fortsetzung)*						
B6-8 1 0 6	Technologische Entwicklung zur gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Eingliederung von Behinderten und alten Menschen						
	Getrennte Mittel	10 000 000	7 000 000	8 000 000	5 000 000		
B6-8 1 0 7	Abschluß früherer Programme auf Kostenteilungsbasis						
	Getrennte Mittel	p.m.	5 000 000	420 000	2 830 000	9 103 837,48	934 411,22

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-8 1 — UNTERSTÜTZUNG DER ÜBRIGEN POLITIK *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen

B6-8 1 0 *(Fortsetzung)*

B6-8 1 0 6 Vorschlag für eine Entschließung des Rates, von der Kommission vorgelegt am ..., über eine Maßnahme im Rahmen der technologischen Entwicklung zur gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Eingliederung von Behinderten und alten Menschen (KOM(...) ... endg.).

Diese Mittel sind zur Deckung von Vorbereitungsprojekten bestimmt: einerseits Koordinierung und Erreichung eines Konsenses und andererseits Untersuchung von Qualität und von Möglichkeiten der Technologien.

Sie decken ebenfalls die Personalausgaben für 1 Bediensteten (A).

Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 10 000 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind						
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	8 000 000	5 000 000	2 000 000	1 000 000		
Mittel 1992	10 000 000		5 000 000	3 500 000	1 500 000	
Insgesamt	18 000 000	5 000 000	7 000 000	4 500 000	1 500 000	

B6-8 1 0 7 *Vormals Teilposten B6-8 0 0 1 und Posten B6-8 1 0 7*

Es handelt sich um abgeschlossene punktuelle Aktionen, die innerhalb des dritten Rahmenprogramms fortgesetzt werden könnten.

Die Mittel decken die Ausgaben, die durch die finanziellen Verpflichtungen der Kommission aufgrund von Verträgen, die sie mit Organisationen oder Personen in Mitgliedstaaten geschlossen hat, entstehen.

Für 1992 bewilligte Verpflichtungsermächtigungen: p.m.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind	9 401 540	2 410 000	5 000 000	1 991 540		
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	420 000	420 000				
Mittel 1992	p.m.		p.m.			
Insgesamt	9 821 540	2 830 000	5 000 000	1 991 540		

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-8 1 — UNTERSTÜTZUNG DER ÜBRIGEN POLITIK *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B6-8 1 0	*(Fortsetzung)*						
B6-8 1 0 8	Umwelterziehung Getrennte Mittel	1 000 000	1 000 000	2 000 000	1 000 000		
B6-8 1 0 9	Europäische regionale Produktionsinitiative Getrennte Mittel	1 600 000	1 200 000				

KOMMISSION
Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-8 1 — UNTERSTÜTZUNG DER ÜBRIGEN POLITIK *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B6-8 1 0	*(Fortsetzung)*
B6-8 1 0 8	Mit den Mitteln sollen die Ausgaben für die Umweltschule gedeckt werden, insbesondere für das Personal und die Schüler (Lehrer, technische Assistenten, Stipendiaten usw.), die Spezialausstattung (einschließlich Kosten für Labor, Datenverarbeitung und Reisekosten bei praktischen Kursen) sowie für die allgemeine Infrastruktur und Verwaltung der Schule. Die Umweltprobleme werden in zahlreichen Verordnungen der Mitgliedstaaten und/oder der Gemeinschaft berücksichtigt. Es hat sich gezeigt, daß sowohl Beamte als auch leitende Angestellte der Privatwirtschaft eine entsprechende Ausbildung benötigen. Durch diese Maßnahme dürfte die Zusammenarbeit zwischen Forschung und Bildung verstärkt werden und das Umweltschutzproblem eine neue, gemeinschaftsweite Bedeutung erhalten. Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 1 000 000 ECU. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind						
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	2 000 000	1 000 000	500 000	500 000		
Mittel 1992	1 000 000		500 000	500 000		
Insgesamt	3 000 000	1 000 000	1 000 000	1 000 000		

B6-8 1 0 9	*Neuer Posten* Aus diesem Posten soll die Einrichtung von Spitzenforschungszentren in den weniger begünstigten Regionen der Gemeinschaft erleichert und teilweise finanziert werden, um die Beteiligung an Gemeinschaftsprojekten zu fördern.

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-8 1 — UNTERSTÜTZUNG DER ÜBRIGEN POLITIK *(Fortsetzung)*

KAPITEL B6-8 2 — INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B6-8 1 0	*(Fortsetzung)*						
B6-8 1 0 9	*(Fortsetzung)*						
	Artikel B6-8 1 0 insgesamt	68 700 000	57 100 000	46 300 000	32 590 000	15 327 852,31	5 033 959,58
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	68 700 000	57 100 000	46 300 000	32 590 000	15 327 852,31	5 033 959,58
	KAPITEL B6-8 1 INSGESAMT	68 700 000	57 100 000	46 300 000	32 590 000	15 327 852,31	5 033 959,58
	KAPITEL B6-8 2						
B6-8 2 0	***Internationale Zusammenarbeit***						
B6-8 2 0 0	Internationale Zusammenarbeit und COST Getrennte Mittel	50 000 000	44 000 000	40 000 000	24 770 000	28 976 456,71	19 707 485,28

KOMMISSION
Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-8 1 — UNTERSTÜTZUNG DER ÜBRIGEN POLITIK *(Fortsetzung)*

KAPITEL B6-8 2 — INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT

Artikel Posten | Erläuterungen

B6-8 1 0 *(Fortsetzung)*

B6-8 1 0 9 *(Fortsetzung)*

Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 1 600 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind						
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991						
Mittel 1992	1 600 000		1 200 000	400 000		
Insgesamt	1 600 000		1 200 000	400 000		

B6-8 2 0

B6-8 2 0 0 *Vormals Posten B6-8 2 0 0 bis B6-8 2 0 2*

Internationale Zusammenarbeit

Kooperations- oder Assoziierungsabkommen zwischen der Gemeinschaft und Entwicklungs- oder Industriedrittländern oder internationalen Organisationen über wissenschaftliche und technologische Zusammenarbeit.

Entschließung des Europäischen Parlaments vom 10. September 1991 zu der wissenschaftlichen und technologischen Zusammenarbeit mit außereuropäischen Ländern und Organisationen (ABl. Nr. C 267 vom 14. 10. 1991, S. 49).

Diese Aktion umfaßt die Zusammenarbeit mit den Ländern des Lomé-Abkommens.

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-8 2 — INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B6-8 2 0	*(Fortsetzung)*						
B6-8 2 0 0	*(Fortsetzung)*						

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-8 2 — INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B6-8 2 0	*(Fortsetzung)*
B6-8 2 0 0	*(Fortsetzung)*
	Es handelt sich um Forschungs- und Entwicklungsmaßnahmen, die abhängig davon ob es sich um ein Entwicklungs- oder Industrieland handelt, unterschiedlicher Natur sind.
	Im Fall der Entwicklungsländer sollen Verbindungen im Rahmen einer wissenschaftlich-technologischen Zusammenarbeit bei gemeinsamen Forschungsprojekten und damit verbundenen Maßnahmen auf verschiedenen, für beide Seiten interessanten wissenschaftlichen und technischen Gebieten geknüpft werden.
	Im Fall der Industrieländer wird vor allem an einen Expertenaustausch, an eine Teilnahme an den vom Partner veranstalteten wissenschaftlichen Tagungen, an gemeinsam veranstalteten technischen Tagungen, an die Koordinierung der auf beiden Seiten durchgeführten Forschungsprojekte sowie an gemeinsame Studien und Projekte gedacht.
	Hiermit werden ebenfalls drei Modellzentren finanziert, denen folgende Aufgaben übertragen werden: Bewirtschaftung von Tropenwäldern im Amazonasgebiet, Durchführung von Küstenschutzprojekten im Ganges-Delta und Erschließung der Sonnenenergie in der Sahelzone. Das letztgenannte Zentrum ist Bestandteil eines großangelegten Projekts zur Nutzung der Sonnenergie, das unter der Haushaltslinie B4-1 0 4 1 finanziert wird.
	Das bestehende Programm zur Förderung der internationalen Zusammenarbeit zugunsten der Länder in Asien, Lateinamerika und dem Mittelmeerraum soll so ergänzt werden, daß Vorsorge für Stipendiaten aus anderen Teilen der Dritten Welt getroffen wird.
	Leistungen für Dritte - COST
	Der Rat hat die Kommission beauftragt, die Verwaltung und die Sekretariatsarbeiten für die Aktionen der europäischen Zusammenarbeit im Bereich der wissenschaftlichen und technischen Forschung (COST), an denen die Gemeinschaft selbst nicht beteiligt ist, sicherzustellen. Die entsprechenden Personalausgaben für 4 Bedienstete (C) werden aus den Beiträgen der beteiligten Staaten gedeckt.
	Die Ausgaben werden auf 200 000 ECU veranschlagt.
	Unterstützung der COST-Aktionen
	Allgemeine Entschließung der Konferenz der europäischen Forschungsminister vom 22. und 23. November 1971 zu den Forschungs- und Enwicklungsaktionen im wissenschaftlichen und technischen Bereich.
	Entschließung des Rates vom 14. Januar 1974 über die Koordinierung der einzelstaatlichen Politik und die Definition der Aktionen von gemeinschaftlichem Interesse im Bereich der Wissenschaft und Technologie (ABl. Nr. C 7 vom 29. 1. 1974, S. 2).
	Beschluß des Rates vom 18. Juli 1978 über die Zusammenarbeit im COST-Rahmen (ABl. Nr. C 100 vom 21. 4. 1979, S. 1).
	Mitteilung der Kommission vom 18. April 1988 „COST und die Europäische Technologiegemeinschaft" (KOM(88) 191 endg.).
	Entschließung des Rates vom 20. Juni 1989 betreffend die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der wissenschaftlichen und technischen Forschung (COST) und die Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. C 171 vom 6. 7. 1989, S. 1).
	Entschließung vom 21. November 1991, der Minister der an der europäischen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der wissenschaftlichen und technischen Forschung teilnehmenden Staaten (COST) (ABl. Nr. C 333 vom 24. 12. 1991, S. 1).
	Diese Mittel sind für die nicht in den Forschungsprogrammen der Gemeinschaft enthaltenen Konzertierungsaktionen vorgesehen. Diese Programme werden im Rahmen der europäischen Zusammenarbeit im Bereich der wissenschaftlichen und technischen Forschung (COST) durchgeführt durch:
	— Veranstaltung von Seminaren und Sitzungen oder durch eine finanzielle Beteiligung an deren Veranstaltung, — die Verbreitung der Ergebnisse der COST-Aktionen (Veröffentlichungen, Beteiligung an Ausstellungsständen, audiovisuelle Dokumente usw.), — bestimmte Studien, Stipendien und besondere Verträge, die die Entwicklung und Durchführung dieser Zusammenarbeit ermöglichen, — die Ausgaben für die Einberufung der Delegierten der Mitgliedstaaten zu den Sitzungen der COST-Verwaltungsausschüsse, — die Ausgaben für den technischen Betrieb, insbesondere den Kauf bzw. die Miete und die Wartung des EDV-Materials einschließlich der notwendigen Software, — die Ausgaben für zusätzliches Personal sofern erforderlich (Verträge mit Sachverständigen über die Koordinierung oder die technische Unterstützung der Vorhaben).
	Die Ausgaben werden auf 2 200 000 ECU veranschlagt.
	Diese Mittel sind zur Deckung der Personalausgaben für 22 Bedienstete (11 A, 2 B und 9 C) bestimmt.

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-8 2 — INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B6-8 2 0	*(Fortsetzung)*						
B6-8 2 0 0	*(Fortsetzung)*						
B6-8 2 0 1	Zusammenarbeit mit der Sowjetunion im Bereich der nuklearen Sicherheit Getrennte Mittel	7 000 000	5 200 000	3 000 000	500 000		
B6-8 2 0 2	Programme COPERNICUS, EAST und GREEN Getrennte Mittel	40 000 000	10 000 000	p.m.	p.m.		

KOMMISSION
Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-8 2 — INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B6-8 2 0	*(Fortsetzung)*
B6-8 2 0 0	*(Fortsetzung)* Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 50 000 000 ECU. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind	30 949 001	12 770 000	10 000 000	6 000 000	2 179 001	
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	40 000 000	12 000 000	12 000 000	8 000 000	4 820 999	3 179 001
Mittel 1992	50 000 000		22 000 000	18 000 000	8 000 000	2 000 000
Insgesamt	120 949 001	24 770 000	44 000 000	32 000 000	15 000 000	5 179 001

B6-8 2 0 1	*Vormals Posten B6-8 1 0 10* Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft, insbesondere Artikel 101 zweiter Unterabsatz. Kooperationsabkommen zwischen der Europäischen Atomgemeinschaft und der Sowjetunion (SEK(90) 618 endg.). Diese Aktion soll dazu beitragen, wissenschaftlich gewährleistete und international anerkannte Leitlinien für die nukleare Sicherheit festzulegen. Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 7 000 000 ECU. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind						
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	3 000 000	500 000	1 300 000	800 000	400 000	
Mittel 1992	7 000 000		3 900 000	2 300 000	800 000	
Insgesamt	10 000 000	500 000	5 200 000	3 100 000	1 200 000	

B6-8 2 0 2	*Vormals Artikel B7-6 0 1* Entschließung des Europäischen Parlaments vom 10. Juli 1990 zur wissenschatlichen und technischen Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Gemeinschaft und anderen europäischen Ländern: Aspekte in Rahmen der Zusammenarbeit mit den Ländern Mittel- und Osteuropas (ABl. Nr. C 231 vom 17. 9. 1990, S. 37).

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-8 2 — INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B6-8 2 0	*(Fortsetzung)*						
B6-8 2 0 2	*(Fortsetzung)*						

KOMMISSION
Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-8 2 — INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B6-8 2 0	*(Fortsetzung)*
B6-8 2 0 2	*(Fortsetzung)*

Entschließung des Europäischen Parlaments vom 8. Oktober 1991 zu der wissenschaftlichen und technologischen Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den europäischen Drittländern (ABl. Nr. C 280 vom 28. 10. 1991, S. 38).

Kooperations- oder Assoziierungsabkommen der Gemeinschaft mit mittel- und osteuropäischen Ländern, bei denen die wissenschaftliche und technologische Zusammenarbeit integraler Bestandteil ist.

Diese Maßnahmen dienen zur Ergänzung der im Rahmen des PHARE-Programms unternommenen Aktivitäten durch Ausbau der spezifischen wissenschaftlichen und technologischen Zusammenarbeit zwischen der Gemeinschaft und mittel- und osteuropäischen Ländern.

Die für diesen Posten eingesetzten Mittel werden für die Programme LETS GO EAST (Let European technicians and scientists go East), EAST (European assistance for science and technology) und GREEN (General research in environment for Eastern Nations) verwendet, wobei 20 Millionen ECU für das erste dieser Programme und 20 Millionen ECU für die Einleitung der beiden anderen Programme vorgesehen sind.

Ziel des COPERNICUS-Programms ist die Schaffung eines Netzwerks wissenschaftlicher und sozialwissenschaftlicher Abteilungen in Universitäten in ganz Europa als Grundlage für eine europäische Forschungsgemeinschaft.

Das EAST-Programm zielt auf beschleunigte Veränderungen in den Forschungsstrukturen und auf die Konsolidierung des wissenschaftlichen und technologischen Potentials in den Ländern Mittel- und Osteuropas ab.

Das GREEN-Programm zielt auf die Aneignung und die Entwicklung von Kenntnissen sowie wissenschaftlicher un technologischer Ressourcen zur Bekämpfung der mit der Energie- und Industrieerzeugung verbundenen Verschmutzung ab.

Diese Programme werden durchgeführt durch:

— die Veranstaltung von Seminaren und Sitzungen sowie durch Mobilitätsprogramme für Forscher und Sachverständige aus der Gemeinschaft und aus den Ländern Mittel- und Osteuropas,

— gemeinsame F&E-Tätigkeiten zur Verbesserung des Technologietransfers und des Know-hows,

— die stufenweise Einführung paneuropäischer Wissenschafts-, Technologie- und Ausbildungsnetze zwischen Universitäten, Unternehmen und anderen Organisationen,

— die Vorbereitung weiterer kooperativer F&E-Aktionen, insbesondere in Bereichen von direktem Interesse für die Bevölkerung und für den Wiederaufbau der Produktionssysteme der Länder.

Bei den Generaldirektionen XII und XIII der Kommission wird eine Task Force eingerichtet, um die wissenschaftlichen und technologischen Kooperationsprogramme mit Mittel- und Osteuropa zu koordinieren und eine kohärente Politik in diesem Bereich auszuarbeiten.

Diese Mittel sind zur Deckung der Personalausgaben für 8 Bedienstete (5 A und 3 C) bestimmt.

Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 40 000 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind						
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991						
Mittel 1992	40 000 000		10 000 000	20 000 000	10 000 000	
Insgesamt	40 000 000		10 000 000	20 000 000	10 000 000	

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-8 2 — INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B6-8 2 0	*(Fortsetzung)*						
B6-8 2 0 3	Unterstützung der Teilnahme von Ländern in Mittel- und Osteuropa an den spezifischen Programmen des dritten Rahmenprogramms						
	Getrennte Mittel	10 000 000	10 000 000				
B6-8 2 0 4	EUREKA und andere Vorhaben (Beteiligung der Europäischen Gemeinschaft an wissenschaftlichen und technologischen Vorhaben von Gemeinschaftsinteresse)						
	Getrennte Mittel	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	0,—	0,—

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-8 2 — INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B6-8 2 0	*(Fortsetzung)*
B6-8 2 0 3	*Neuer Posten* Beschlüsse des Rates zur Annahme spezifischer Programme im Bereich der Forschung und technologischen Entwicklung im Zuge des dritten Rahmenprogramms. Die Mittel dieses Postens sind zur Deckung der Kosten bestimmt, die sich aus der Teilnahme von Forschern aus Mittel- und Osteuropa an den Forschungsaktivitäten der Gemeinschaft ergeben. Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 10 000 000 ECU. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind						
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991						
Mittel 1992	10 000 000		10 000 000			
Insgesamt	10 000 000		10 000 000			

B6-8 2 0 4	Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, insbesondere Artikel 130 M. Mitteilung der Kommission an den Rat vom 30. September 1985 „Verwirklichung eines Memorandums der Kommission" „Für die Europäische Technologie-Gemeinschaft" (KOM(85) 530 endg.). Mitteilung der Kommission an den Rat vom 20. November 1986 „EUREKA und die europäische Technologiegemeinschaft" (KOM(86) 664 endg.). In der EUREKA-Initiative hat der Wunsch nach dem Aufbau eines technologischen Europas konkrete Gestalt gewonnen. Die in diesem Rahmen durchgeführten Projekte können nicht allein unter der Leitung der Kommission verwirklicht werden, deren Aufgabe dies auch nicht ist. Im Vertrag heißt es jedoch: „Die Gemeinschaft kann bei der Durchführung des mehrjährigen Rahmenprogramms (der gemeinschaftlichen Forschungs- und technischen Entwicklungstätigkeiten) eine Beteiligung an Forschungs- und Entwicklungsprogrammen mehrerer Mitgliedstaaten einschließlich der Beteiligung an den zu ihrer Durchführung geschaffenen Strukturen, im Einvernehmen mit den betreffenden Mitgliedstaaten vorsehen". Wie es in der Mitteilung vom 20. November 1986 heißt, wird „diese Entscheidung der Gemeinschaft im Einzelfall eine finanzielle Beteiligung umfassen, die der Natur und dem Ausmaß der in Betracht gezogenen Arbeiten entspricht". Die finanzielle Beteiligung erfolgt: — im Rahmen der unter das Rahmenprogramm fallenden Forschungs- und technischen Entwicklungsprogramme der Gemeinschaft, und zwar nach den geltenden Verfahren, — außerhalb des Rahmens der bestehenden Programme unter Einsetzung neuer Mittel, die gegebenenfalls eine Zusammenarbeit bei einem oder mehreren EUREKA-Projekten ermöglichen sollen, deren Themenbereiche noch nicht im Rahmenprogramm berücksichtigt worden sind. Durch Einsetzung eines „p.m." wird dieser zweiten Möglichkeit Rechnung getragen.

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-8 2 — INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT *(Fortsetzung)*

KAPITEL B6-8 3 — PILOTVORHABEN IM INDUSTRIELLEN BEREICH

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B6-8 2 0	*(Fortsetzung)*						
B6-8 2 0 5	LIFE 2000 — weltweites Forschungsprogramm im Bereich der gesundheits-, umwelt- und energiepolitischen Erfordernisse im 21. Jahrhundert Getrennte Mittel	p.m.	p.m.				
	Artikel B6-8 2 0 insgesamt	107 000 000	69 200 000	43 000 000	25 270 000	28 976 456,71	19 707 485,28
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	107 000 000	69 200 000	43 000 000	25 270 000	28 976 456,71	19 707 485,28
	KAPITEL B6-8 2 INSGESAMT	107 000 000	69 200 000	43 000 000	25 270 000	28 976 456,71	19 707 485,28
	KAPITEL B6-8 3						
B6-8 3 1	***Saubere Produktionstechnologie*** Getrennte Mittel	8 000 000	3 000 000				

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-8 2 — INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT *(Fortsetzung)*

KAPITEL B6-8 3 — PILOTVORHABEN IM INDUSTRIELLEN BEREICH

Artikel Posten	Erläuterungen
B6-8 2 0	*(Fortsetzung)*
B6-8 2 0 5	*Neuer Posten* Entschließung des Europäischen Parlaments vom 10. September 1991 zu der wissenschaftlichen und technologischen Zusammenarbeit mit außereuropäischen Ländern und Organisationen (ABl. Nr. C 267 vom 14. 10. 1991, S. 49). Für 1992 bewilligte Verpflichtungsermächtigungen: p.m.
B6-8 3 1	*Neuer Artikel* Diese Maßnahme zielt darauf ab, Bereiche für eine mögliche Verringerung von Luftschadstoffen bzw. flüssigen Schadstoffableitungen aufgrund von Fertigungs- bzw. Produktentwicklungsprozessen zu identifizieren und die Durchführung von Pilot- und Demonstrationsvorhaben zu erleichtern. Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 8 000 000 ECU. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind						
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991						
Mittel 1992	8 000 000		3 000 000	2 000 000	2 000 000	1 000 000
Insgesamt	8 000 000		3 000 000	2 000 000	2 000 000	1 000 000

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-8 3 — PILOTVORHABEN IM INDUSTRIELLEN BEREICH *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B6-8 3 2	***Kraftfahrzeugtechnologie*** Getrennte Mittel	10 000 000	4 000 000				
B6-8 3 3	***Saubere Kohle-Technologie*** Getrennte Mittel	12 000 000	6 000 000				

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-8 3 — PILOTVORHABEN IM INDUSTRIELLEN BEREICH *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen

B6-8 3 2 *Neuer Artikel*

Mitteilung der Kommission an den Rat und das Parlament vom 27. Juli 1990 „Grünbuch über die städtische Umwelt" (KOM(90) 218 endg.).

Entscheidung 91/484/EWG des Rates vom 9. September 1991 über ein spezifisches Programm für Forschung und technologische Entwicklung im Bereich der nichtnuklearen Energien (1990-1994) (ABl. Nr. L 257 vom 14. 9. 1991, S. 37).

Vorschlag für eine Richtlinie des Rates, von der Kommission vorgelegt am ..., zur Änderung der Richtlinie 70/220/EWG betreffend die Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten hinsichtlich der zu ergreifenden Maßnahmen gegen die Luftverschmutzung durch Kraftfahrzeugemissionen (KOM(91) 441 endg.).

Diese Maßnahme zielt auf Pilot- und Demonstrationsvorhaben in folgenden Bereichen ab: Verringerung von Schadstoffemissionen, Energieeinsparung, Recycling von Materialien und effektiver Materialeinsatz in Kraftfahrzeugen sowie Fahrzeugsicherheit, insbesondere auf der Grundlage von Forschungstätigkeiten, die im Zuge der spezifischen Programme des dritten Rahmenprogramms durchgeführt werden.

Mit diesen Mitteln soll vor allem die Entwicklung neuer Technologien im Bereich der Energieeinsparung und eine bedeutende Senkung der Schadstoffemissionen von Motoren bzw. Fahrzeugtypen, wie beispielsweise dem für den städtischen Verkehr bestens geeigneten Elektroauto ermöglicht werden.

Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 10 000 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind						
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991						
Mittel 1992	10 000 000		4 000 000	4 000 000	2 000 000	
Insgesamt	10 000 000		4 000 000	4 000 000	2 000 000	

B6-8 3 3 *Neuer Artikel*

Entscheidung 91/484/EWG des Rates vom 9. September 1991 über ein spezifisches Programm für Forschung und technologische Entwicklung im Bereich der nichtnuklearen Energien (1990-1994) (ABl. Nr. L 257 vom 14. 9. 1991, S. 37).

Diese Maßnahme zielt auf die Durchführung von Pilot- und Demonstrationsvorhaben zur Erprobung von Techniken für eine sauberere Verbrennung von Kohle auf der Grundlage der im Zuge des Programms „nichtnukleare Energie" durchgeführten Forschungstätigkeiten ab.

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-8 3 — PILOTVORHABEN IM INDUSTRIELLEN BEREICH *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B6-8 3 3	*(Fortsetzung)*						
B6-8 3 4	***Technologie der Abfallentsorgung*** Getrennte Mittel	4 000 000	1 000 000				
B6-8 3 5	***Systeme mit optischen Fasern*** Getrennte Mittel	5 000 000	3 000 000				

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-8 3 — PILOTVORHABEN IM INDUSTRIELLEN BEREICH *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen

B6-8 3 3 *(Fortsetzung)*

Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 12 000 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind						
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991						
Mittel 1992	12 000 000		6 000 000	4 000 000	2 000 000	
Insgesamt	12 000 000		6 000 000	4 000 000	2 000 000	

B6-8 3 4 *Neuer Artikel*

Diese Maßnahme zielt darauf ab, mögliche Bereiche für die Verringerung des Abfallaufkommens bei Fertigungs- und Produktentwicklungsprozessen zu ermitteln und die Durchführung von Pilot- und Demonstrationsvorhaben zu erleichtern.

Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 4 000 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind						
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991						
Mittel 1992	4 000 000		1 000 000	2 5000 000	500 000	
Insgesamt	4 000 000		1 000 000	2 5000 000	500 000	

B6-8 3 5 *Neuer Artikel*

Diese Aktion zielt auf die Durchführung von Pilot- und Demonstrationsprojekten im Bereich der Systeme mit optischen Fasern ab, was in den Zusammenhang des Aufbaus des Europäischen Netzes fällt.

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-8 3 — PILOTVORHABEN IM INDUSTRIELLEN BEREICH *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B6-8 3 5	*(Fortsetzung)*						
B6-8 3 6	***Fortgeschrittene Luftfahrttechnologie*** Getrennte Mittel	7 000 000	4 000 000				
B6-8 3 7	***Koordinierung der nationalen Gesundheitsforschung*** Getrennte Mittel	3 000 000	1 000 000				

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-8 3 — PILOTVORHABEN IM INDUSTRIELLEN BEREICH *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen

B6-8 3 5 *(Fortsetzung)*

Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 5 000 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind						
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991						
Mittel 1992	5 000 000		3 000 000	1 500 000	500 000	
Insgesamt	5 000 000		3 000 000	1 500 000	500 000	

B6-8 3 6 *Neuer Artikel*

Diese Aktion zielt auf Pilot- und Demonstrationsvorhaben in den Bereichen Lufttransport und Energiewirksamkeit ab: Bessere Umweltverträglichkeit von Luftfahrzeugen und höhere Verläßlichkeit von Service- und Sicherheitssystemen.

Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 7 000 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind						
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991						
Mittel 1992	7 000 000		4 000 000	2 000 000	1 000 000	
Insgesamt	7 000 000		4 000 000	2 000 000	1 000 000	

B6-8 3 7 *Neuer Artikel*

Diese Aktion zielt darauf ab, Bereiche für die Entwicklung einer wirksameren Krankheitsbehandlung zu ermitteln und in Abstimmung mit den nationalen Gesundheitsbehörden und der Industrie Pilot- und Demonstrationsprojekte für Toxizitätstests, klinische Versuche in verschiedenen Einrichtungen und Sicherheitstests für neue Arzneimittel zu fördern.

KOMMISSION

Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-8 3 — PILOTVORHABEN IM INDUSTRIELLEN BEREICH *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B6-8 3 7	*(Fortsetzung)*						
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	49 000 000	22 000 000				
	KAPITEL B6-8 3 INSGESAMT	49 000 000	22 000 000				
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	230 112 000	152 600 000	93 950 000	62 360 000	68 159 688,65	40 357 551,13
	Titel B6-8 insgesamt	**230 112 000**	**152 600 000**	**93 950 000**	**62 360 000**	**68 159 688,65**	**40 357 551,13**
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	2 615 000 000	1 924 221 021	1 477 635 128	1 527 080 000	1 745 753 063,99	1 429 407 966,70
	Teileinzelplan B6 insgesamt	**2 615 000 000**	**1 924 221 021**	**1 477 635 128**	**1 527 080 000**	**1 745 753 063,99**	**1 429 407 966,70**

KOMMISSION
Teileinzelplan B6
(Forschung und technologische Entwicklung)

KAPITEL B6-8 3 — PILOTVORHABEN IM INDUSTRIELLEN BEREICH *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B6-8 3 7	*(Fortsetzung)* Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 3 000 000 ECU. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind						
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991						
Mittel 1992	3 000 000		1 000 000	1 500 000	500 000	
Insgesamt	3 000 000		1 000 000	1 500 000	500 000	

KOMMISSION
Teil B

TEILEINZELPLAN B7

ZUSAMMENARBEIT MIT ENTWICKLUNGSLÄNDERN UND ANDEREN DRITTLÄNDERN

KOMMISSION

Teileinzelplan B7
(Zusammenarbeit)

Zusammenfassung der Haushaltsmittel (1992 und 1991) und der Ausgaben (1990)

Titel Kapitel	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B7-1	**EUROPÄISCHER ENTWICKLUNGSFONDS**						
B7-1 0	ZUSAMMENARBEIT MIT DEN LÄNDERN AFRIKAS, DER KARIBIK UND DES PAZIFIK	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	0,—	0,—
B7-1 1	ZUSAMMENARBEIT MIT DEN MIT DER GEMEINSCHAFT ASSOZIIERTEN ÜBERSEEISCHEN LÄNDERN UND GEBIETEN	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	0,—	0,—
	Titel B7-1 insgesamt	**p.m.**	**p.m.**	**p.m.**	**p.m.**	**0,—**	**0,—**
B7-2	**NAHRUNGSMITTELHILFE**						
B7-2 0	NAHRUNGSMITTELHILFE UND ABLÖSUNG DER NAHRUNGSMITTELHILFE DURCH MASSNAHMEN IM BEREICH DER ERNÄHRUNG	521 150 000	555 800 000	656 007 000	703 847 000	535 390 607,72	489 993 767,21
	Titel B7-2 insgesamt	**521 150 000**	**555 800 000**	**656 007 000**	**703 847 000**	**535 390 607,72**	**489 993 767,21**
B7-3	**ZUSAMMENARBEIT MIT ENTWICKLUNGSLÄNDERN IN ASIEN UND LATEINAMERIKA**						
B7-3 0	ZUSAMMENARBEIT MIT ENTWICKLUNGSLÄNDERN IN ASIEN UND LATEINAMERIKA	581 600 000	363 200 000	463 100 000	329 100 000	378 785 738,75	244 863 187,38
	Titel B7-3 insgesamt	**581 600 000**	**363 200 000**	**463 100 000**	**329 100 000**	**378 785 738,75**	**244 863 187,38**
B7-4	**ZUSAMMENARBEIT MIT DEN LÄNDERN DES MITTELMEERRAUMS**						
B7-4 0	ZUSAMMENARBEIT MIT DEN LÄNDERN DES MITTELMEERRAUMS	336 530 000	277 600 000	217 000 000	211 200 000	227 806 952,61	118 459 020,77
	Titel B7-4 insgesamt	**336 530 000**	**277 600 000**	**217 000 000**	**211 200 000**	**227 806 952,61**	**118 459 020,77**
B7-5	**SONSTIGE MASSNAHMEN DER ZUSAMMENARBEIT**						
B7-5 0	SONSTIGE MASSNAHMEN DER ZUSAMMENARBEIT	330 219 999	312 619 999	381 342 000	354 142 000	250 284 889,18	212 817 824,02
	Titel B7-5 insgesamt	**330 219 999**	**312 619 999**	**381 342 000**	**354 142 000**	**250 284 889,18**	**212 817 824,02**

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Zusammenarbeit)

Zusammenfassung der Haushaltsmittel (1992 und 1991) und der Ausgaben (1990) *(Fortsetzung)*

Titel Kapitel	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B7-6	**ZUSAMMENARBEIT MIT DEN LÄNDERN MITTEL- UND OSTEUROPAS UND SOWJETUNION**						
B7-6 0	ZUSAMMENARBEIT MIT DEN LÄNDERN MITTEL- UND OSTEUROPAS	1 000 000 000	537 000 000	759 915 000	291 915 000	496 604 020,—	167 572 852,71
B7-6 1	EUROPÄISCHE BANK FÜR WIEDERAUFBAU UND ENTWICKLUNG — KAPITALBETEILIGUNG DER GEMEINSCHAFT	18 000 000	18 000 000	18 000 000	18 000 000		
B7-6 2	ZUSAMMENARBEIT MIT DER SOWJETUNION	p.m.	150 000 000	397 000 000	122 000 000		
B7-6 3	WIRTSCHAFTLICHE ZUSAMMENARBEIT MIT DER SOWJETUNION	p.m.	p.m.				
	Titel B7-6 insgesamt	**1 018 000 000**	**705 000 000**	**1 174 915 000**	**431 915 000**	**496 604 020,—**	**167 572 852,71**
B7-7	**ZUSAMMENARBEIT MIT ANDEREN DRITTLÄNDERN**						
B7-7 0	FINANZIELLE UNTERSTÜTZUNG DER VON DER GOLFKRISE UNMITTELBAR BETROFFENEN LÄNDER	p.m.	30 000 000	587 500 000	557 500 000		
	Titel B7-7 insgesamt	**p.m.**	**30 000 000**	**587 500 000**	**557 500 000**		
	Teileinzelplan B7 insgesamt	**2 787 499 999**	**2 244 219 999**	**3 479 864 000**	**2 587 704 000**	**1 888 872 208,26**	**1 233 706 652,09**

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Zusammenarbeit)

TITEL B7-1

EUROPÄISCHER ENTWICKLUNGSFONDS

KAPITEL B7-1 0 — ZUSAMMENARBEIT MIT DEN LÄNDERN AFRIKAS, DER KARIBIK UND DES PAZIFIK

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
	KAPITEL B7-1 0						

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Zusammenarbeit)

TITEL B7-1

EUROPÄISCHER ENTWICKLUNGSFONDS

KAPITEL B7-1 0 — ZUSAMMENARBEIT MIT DEN LÄNDERN AFRIKAS, DER KARIBIK UND DES PAZIFIK

Artikel Posten	Erläuterungen

Beschluß 91/400/EGKS, EWG des Rates und der Kommission vom 25. Februar 1991 über den Abschluß des vierten AKP — EWG-Abkommens (ABl. Nr. L. 229 vom 17. 8. 1991, S. 1).

Die Kapitel B7-1 0 und B7-1 1 sind dazu vorgesehen, die Mittel des Europäischen Entwicklungsfonds aufzunehmen, sobald dieser in den Haushaltsplan einbezogen wird. Darauf deuten auch die laufenden Arbeiten der Regierungskonferenz über die Wirtschafts- und Währungsunion hin.

Die Beziehungen zwischen der EWG und bestimmten Staaten Afrikas, der Karibik und des pazifischen Raums sind Gegenstand einer Reihe von Abkommen, von denen das jüngste — das IV. Abkommen AKP-EWG — am 15. Dezember 1989 unterzeichnet wurde. Mit diesem Abkommen wurde der siebente Europäische Entwicklungsfonds geschaffen.

Die Gemeinschaft hat sich im Rahmen des 6. und 7. EEF zu folgenden Ausgaben verpflichtet:

Drittes Abkommen von Lomé

Finanzmittel	Gesamtausstattung 6. EEF + EIB-Darlehen			Ausführung 6. EEF + EIB-Darlehen am 31. Dezember 1991 (Vorausschau)	
	AKP	ÜLG	Insgesamt	Verplichtungen	Zahlungen
Subventionen	4 996 610 000	58 527 000	5 054 527 000	} 317 000 000	859 000 000
Sonderdarlehen	600 000 000	25 000 000	625 000 000		
Risikokapital	600 000 000	15 000 000	615 000 000	63 000 000	—
Stabex	1 449 055 000	4 000 000	1 453 055 000	41 000 000	70 000 000
Sysmin	305 350 000	1 000 000	306 350 000	18 000 000	34 000 000
6. EEF insgesamt	7 951 015 000	103 527 000	7 747 582 000	439 000 000	963 000 000
EIB-Darlehen Eigenmittel	1 100 000 000	20 000 000	1 120 000 000	100 000 000	90 000 000
3. Abkommen von Lomé insgesamt	9 051 015 000	123 527 000	9 074 582 000	539 000 000	1 053 000 000

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Zusammenarbeit)

KAPITEL B7-1 0 — ZUSAMMENARBEIT MIT DEN LÄNDERN AFRIKAS, DER KARIBIK UND DES PAZIFIK *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Zusammenarbeit)

KAPITEL B7-10 — ZUSAMMENARBEIT MIT DEN LÄNDERN AFRIKAS, DER KARIBIK UND DES PAZIFIK *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen

Viertes Abkommen von Lomé

Finanzmittel	Gesamtausstattung 7. EEF + EIB-Darlehen			Ausführung 7. EEF + EIB-Darlehen am 31. Dezember 1991 (Vorausschau)	
	AKP	ÜLG	Insgesamt	Verplichtungen	Zahlungen
Subventionen	7 995 000 000	106 500 000	8 101 500 000	462 000 000	89 000 000
Sonderdarlehen	—	—	—	—	—
Risikokapital	825 000 000	25 000 000	850 000 000	80 000 000	80 000 000
Stabex	1 500 000 000	6 000 000	1 506 000 000	380 000 000	380 000 000
Sysmin	480 000 000	2 500 000	482 500 000	—	—
7. EEF insgesamt	10 800 000 000	140 000 000	10 940 000 000	922 000 000	469 000 000
EIB-Darlehen Eigenmittel	1 200 000 000	25 000 000	1 225 000 000	150 000 000	35 000 000
4. Abkommen von Lomé insgesamt	12 000 000 000	165 000 000	12 165 000 000	1 072 000 000	504 000 000

Voranschläge für 1992

Finanzmittel	5., 6. und 7. EEF + EIB-Darlehen	
	Verpflichtungen	Zahlungen
Subventionen Sonderdarlehen	1 173 000 000	1 095 000 000
Risikokapital	150 000 000	155 000 000
Stabex	300 000 000	300 000 000
Sysmin	219 000 000	90 000 000
5. bis 7. EEF insgesamt	1 842 000 000	1 640 000 000
EIB-Darlehen Eingenmittel	200 000 000	110 bis 150 000 000 (1)
3. und 4. Abkommen von Lomé insgesamt	2 042 000 000	1 750 bis 1 755 000 000 (1)

(1) Für die Zahlungen ist eine Marge angegeben, und zwar aufgrund der Probleme der Europäischen Investitionsbank, in Anbetracht der wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Staaten Afrikas, der Karibik und des pazifischen Raums eine präzise Zahl festzulegen.

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Zusammenarbeit)

KAPITEL B7-1 0 — ZUSAMMENARBEIT MIT DEN LÄNDERN AFRIKAS, DER KARIBIK UND DES PAZIFIK *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B7-1 0 0	*(Fortsetzung)*						
B7-1 0 0	***Zuschüsse*** Getrennte Mittel	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	0,—	0,—
B7-1 0 1	***Sonderdarlehen*** Getrennte Mittel	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	0,—	0,—
B7-1 0 2	***Risikokapital*** Getrennte Mittel	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	0,—	0,—
B7-1 0 3	***Transfers zur Stabilisierung der Ausfuhrerlöse*** Getrennte Mittel	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	0,—	0,—
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	0,—	0,—
	KAPITEL B7-1 0 INSGESAMT	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	0,—	0,—

KAPITEL B7-1 0 — ZUSAMMENARBEIT MIT DEN LÄNDERN AFRIKAS, DER KARIBIK UND DES PAZIFIK *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen

Diese Gemeinschaftsausgaben werden außerhalb des Haushaltsplans unter Anwendung des Ad-hoc-Verteilerschlüssels finanziert, der sich aus Artikel 1 der internen Finanzvereinbarung ergibt:

Verteilerschlüssel

Mitgliedstaaten	Verteiler-schlüssel 7. EEF (%)	Auszuzahlende Beiträge
Belgien	3,96	64 944 000
Dänemark	2,08	34 112 000
Deutschland	26,06	427 384 000
Griechenland	1,24	20 336 000
Spanien	6,66	109 224 000
Frankreich	23,58	386 712 000
Irland	0,55	9 020 000
Italien	12,58	206 312 000
Luxemburg	0,19	3 116 000
Niederlande	5,64	92 496 000
Portugal	0,88	14 432 000
Vereinigtes Königreich	16,58	271 912 000
Insgesamt	100	1 640 000 000

KOMMISSION

Teileinzelplan B7
(Zusammenarbeit)

KAPITEL B7-1 1 — ZUSAMMENARBEIT MIT DEN MIT DER GEMEINSCHAFT ASSOZIIERTEN ÜBERSEEISCHEN LÄNDERN UND GEBIETEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
	KAPITEL B7-1 1						
B7-1 1 0	***Zuschüsse*** Getrennte Mittel	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	0,—	0,—
B7-1 1 1	***Sonderdarlehen*** Getrennte Mittel	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	0,—	0,—
B7-1 1 2	***Risikokapital*** Getrennte Mittel	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	0,—	0,—
B7-1 1 3	***Transfers zur Stabilisierung der Ausfuhrerlöse*** Getrennte Mittel	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	0,—	0,—
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	0,—	0,—
	KAPITEL B7-1 1 INSGESAMT	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	0,—	0,—
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	0,—	0,—
	Titel *B7-1* insgesamt	**p.m.**	**p.m.**	**p.m.**	**p.m.**	**0,—**	**0,—**

KOMMISSION

Teileinzelplan B7
(Zusammenarbeit)

KAPITEL B7-1 1 — ZUSAMMENARBEIT MIT DEN MIT DER GEMEINSCHAFT ASSOZIIERTEN ÜBERSEEISCHEN LÄNDERN UND GEBIETEN

Artikel Posten	Erläuterungen

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Zusammenarbeit)

TITEL B7-2

NAHRUNGSMITTELHILFE

KAPITEL B7-20 — NAHRUNGSMITTELHILFE UND ABLÖSUNG DER NAHRUNGSMITTELHILFE DURCH MASSNAHMEN IM BEREICH DER ERNÄHRUNG

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
	KAPITEL B7-20						
B7-200	***Nahrungsmittelhilfe in Form von Getreide***						
B7-2000	Nahrungsmittelhilfe — Getreide und Reis Getrennte Mittel	88 200 000	89 900 000	116 900 000	145 200 000	103 628 401,—	119 955 731,42
B7-2005	Zusätzliche Nahrungsmittelhilfe in Form von Getreide Getrennte Mittel	43 350 000	65 000 000	49 500 000	59 500 000	44 541 000,—	23 614 459,54

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Zusammenarbeit)

TITEL B7-2

NAHRUNGSMITTELHILFE

KAPITEL B7-20 — NAHRUNGSMITTELHILFE UND ABLÖSUNG DER NAHRUNGSMITTELHILFE DURCH MASSNAHMEN IM BEREICH DER ERNÄHRUNG

Artikel Posten	Erläuterungen
B7-200	
B7-2000	Beschluß 86/304/EWG des Rates vom 25. Juni 1986 betreffend die Unterzeichnung des Weizenhandels-Übereinkommens 1986 und des Nahrungsmittelhilfe-Übereinkommens 1986, die zusammen die Internationale Weizen-Übereinkunft 1986 bilden, sowie die Hinterlegung einer Erklärung über die vorläufige Anwendung dieser Übereinkommen (ABl. Nr. L 195 vom 17. 7. 1986, S. 1). Verordnung (EWG) Nr. 3972/86 des Rates vom 22. Dezember 1986 über die Nahrungsmittelhilfepolitik und -verwaltung (ABl. Nr. L 370 vom 30. 12. 1986, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1930/90 (ABl. Nr. L 174 vom 7. 7. 1990, S. 6). Diese Mittel decken die Finanzierung der Lieferung der Getreidemengen, gegebenenfalls in Form von Saatgut, im Rahmen des Nahrungsmittelhilfeübereinkommens für 1986 für das Programm des laufenden Haushaltsjahres und möglicherweise bisherige Programme. Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 88 200 000 ECU. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind	95 650 289	95 650 289				
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	116 900 000	49 549 711	55 700 000	11 650 289		
Mittel 1992	88 200 000		34 200 000	42 800 000	11 200 000	
Insgesamt	300 750 289	145 200 000	89 900 000	54 450 289	11 200 000	

B7-2005	Verordnung (EWG) Nr. 3972/86 des Rates vom 22. Dezember 1986 über die Nahrungsmittelhilfepolitik und -verwaltung (ABl. Nr. L 370 vom 30. 12. 1986, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1930/90 (ABl. Nr. L 174 vom 7. 7. 1990, S. 6). Diese Mittel sollen die Kosten für die Lieferung von Getreide oder Getreideerzeugnissen — gegebenenfalls in Form von Saaten — an die Entwicklungsländer, insbesondere die am wenigsten entwickelten Länder, zusätzlich zu den gemäß dem Nahrungsmittelhilfeübereinkommen von 1986 gelieferten Mengen decken.

KOMMISSION

Teileinzelplan B7
(Zusammenarbeit)

KAPITEL B7-2 0 — NAHRUNGSMITTELHILFE UND ABLÖSUNG DER NAHRUNGSMITTELHILFE DURCH MASSNAHMEN IM BEREICH DER ERNÄHRUNG *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B7-2 0 0	*(Fortsetzung)*						
B7-2 0 0 5	*(Fortsetzung)*						
	Artikel B7-2 0 0 insgesamt	131 550 000	154 900 000	166 400 000	204 700 000	148 169 401,—	143 570 190,96
B7-2 0 1	***Nahrungsmittelhilfe in Form von Milcherzeugnissen***						
B7-2 0 1 0	Nahrungsmittelhilfe — Milchpulver und andere gleichwertige Erzeugnisse						
	Getrennte Mittel	58 600 000	83 500 000	100 750 000	129 540 000	88 024 860,02	101 541 776,91

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Zusammenarbeit)

KAPITEL B7-20 — NAHRUNGSMITTELHILFE UND ABLÖSUNG DER NAHRUNGSMITTELHILFE DURCH MASSNAHMEN IM BEREICH DER ERNÄHRUNG *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B7-200	*(Fortsetzung)*
B7-2005	*(Fortsetzung)* Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 43 350 000 ECU. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind	66 026 612	39 700 000	26 326 612			
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	49 500 000	19 800 000	17 073 388	12 626 612		
Mittel 1992	43 350 000		21 600 000	21 600 000	150 000	
Insgesamt	158 876 612	59 500 000	65 000 000	34 226 612	150 000	

B7-201	
B7-2010	Verordnung (EWG) Nr. 3972/86 des Rates vom 22. Dezember 1986 über die Nahrungsmittelhilfepolitik und -verwaltung (ABl. Nr. L 370 vom 30. 12. 1986, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1390/90 (ABl. Nr. L 174 vom 7. 7. 1990, S. 6). Veranschlagt ist die Finanzierung der Lieferung von Magermilchpulver oder gleichwertigen Produkten mit hohem Proteingehalt an Entwicklungsländer im Rahmen des Programms des laufenden Haushaltsjahres und der bisherigen Programme.

KOMMISSION

Teileinzelplan B7
(Zusammenarbeit)

KAPITEL B7-2 0 — NAHRUNGSMITTELHILFE UND ABLÖSUNG DER NAHRUNGSMITTELHILFE DURCH MASSNAHMEN IM BEREICH DER ERNÄHRUNG *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B7-2 0 1	*(Fortsetzung)*						
B7-2 0 1 0	*(Fortsetzung)*						
B7-2 0 1 5	Nahrungsmittelhilfe — Butteroil						
	Getrennte Mittel	10 600 000	19 300 000	20 500 000	21 700 000	13 217 127,42	17 433 509,30
	Artikel B7-2 0 1 insgesamt	69 200 000	102 800 000	121 250 000	151 240 000	101 241 987,44	118 975 286,21

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Zusammenarbeit)

KAPITEL B7-20 — NAHRUNGSMITTELHILFE UND ABLÖSUNG DER NAHRUNGSMITTELHILFE DURCH MASSNAHMEN IM BEREICH DER ERNÄHRUNG *(Fortsetzung)*

Artikel Posten | Erläuterungen

B7-201 *(Fortsetzung)*

B7-2010 *(Fortsetzung)*

Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 58 600 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind	104 627 461	89 240 000	15 387 461			
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	100 750 000	40 300 000	50 412 539	10 037 461		
Mittel 1992	58 600 000		17 700 000	29 300 000	11 600 000	
Insgesamt	263 977 461	129 540 000	83 500 000	39 337 461	11 600 000	

B7-2015 Verordnung (EWG) Nr. 3972/86 des Rates vom 22. Dezember 1986 über die Nahrungsmittelhilfepolitik und -verwaltung (ABl. Nr. L 370 vom 30. 12. 1986, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1930/90 (ABl. Nr. L 174 vom 7. 7. 1990, S. 6).

Veranschlagt ist die Finanzierung der Lieferung der Mengen Butteroil an Entwicklungsländer im Rahmen des Programms des laufenden Haushaltsjahres und der bisherigen Programme.

Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 10 600 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind	19 551 440	13 500 000	6 051 440			
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	20 500 000	8 200 000	10 248 560	2 051 440		
Mittel 1992	10 600 000		3 000 000	5 300 000	2 300 000	
Insgesamt	50 651 440	21 700 000	19 300 000	7 351 440	2 300 000	

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Zusammenarbeit)

KAPITEL B7-2 0 — NAHRUNGSMITTELHILFE UND ABLÖSUNG DER NAHRUNGSMITTELHILFE DURCH MASSNAHMEN IM BEREICH DER ERNÄHRUNG *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B7-2 0 2	***Nahrungsmittelhilfe in Form von Zucker*** Getrennte Mittel	2 800 000	4 700 000	5 900 000	4 800 000	5 481 877,—	7 739 460,13
B7-2 0 3	***Nahrungsmittelhilfe in Form von pflanzlichen Ölen/Olivenöl*** Getrennte Mittel	41 000 000	45 000 000	42 000 000	43 200 000	31 197 999,30	27 118 004,51

KOMMISSION

Teileinzelplan B7
(Zusammenarbeit)

KAPITEL B7-20 — NAHRUNGSMITTELHILFE UND ABLÖSUNG DER NAHRUNGSMITTELHILFE DURCH MASSNAHMEN IM BEREICH DER ERNÄHRUNG *(Fortsetzung)*

Artikel Posten | Erläuterungen

B7-202

Verordnung (EWG) Nr. 3972/86 des Rates vom 22. Dezember 1986 über die Nahrungsmittelhilfepolitik und -verwaltung (ABl. Nr. L 370 vom 30. 12. 1986, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1930/90 (ABl. Nr. L 174 vom 7. 7. 1990, S. 6).

Diese Mittel decken die Finanzierung der Lieferung von Zucker an Entwicklungsländer und spezialisierte Organisationen im Rahmen des diesjährigen Programms und der früheren Programme.

Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 2 800 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind	3 425 193	2 400 000	1 025 193			
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	5 900 000	2 400 000	2 974 807	525 193		
Mittel 1992	2 800 000		700 000	1 400 000	700 000	
Insgesamt	12 125 193	4 800 000	4 700 000	1 925 193	700 000	

B7-203

Verordnung (EWG) Nr. 3972/86 des Rates vom 22. Dezember 1986 über die Nahrungsmittelhilfepolitik und -verwaltung (ABl. Nr. L 370 vom 30. 12. 1986, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1930/90 (ABl. Nr. L 174 vom 7. 7. 1990, S. 6).

Diese Mittel sind zur Deckung der Finanzierung der Lieferung von Pflanzenöl/Olivenöl an Entwicklungsländer im Rahmen des diesjährigen Programms und der früheren Programme bestimmt.

Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 41 000 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind	36 162 100	26 400 000	7 600 000	2 162 100		
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	42 000 000	16 800 000	21 000 000	4 200 000		
Mittel 1992	41 000 000		16 400 000	20 500 000	4 100 000	
Insgesamt	119 162 100	43 200 000	45 000 000	26 862 100	4 100 000	

KOMMISSION

Teileinzelplan B7
(Zusammenarbeit)

KAPITEL B7-2 0 — NAHRUNGSMITTELHILFE UND ABLÖSUNG DER NAHRUNGSMITTELHILFE DURCH MASSNAHMEN IM BEREICH DER ERNÄHRUNG *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B7-2 0 4	***Nahrungsmittelhilfe in Form anderer Nahrungsmittel***						
	Getrennte Mittel	48 000 000	57 800 000	50 000 000	40 300 000	42 455 000,—	31 721 806,68
B7-2 0 5	***Transportkosten im Rahmen der Nahrungsmittelhilfe***						
	Getrennte Mittel	214 000 000	175 500 000	114 850 000	104 000 000	184 400 000,—	142 891 441,81

KOMMISSION

Teileinzelplan B7
(Zusammenarbeit)

KAPITEL B7-20 — NAHRUNGSMITTELHILFE UND ABLÖSUNG DER NAHRUNGSMITTELHILFE DURCH MASSNAHMEN IM BEREICH DER ERNÄHRUNG *(Fortsetzung)*

Artikel Posten | Erläuterungen

B7-204

Verordnung (EWG) Nr. 3972/86 des Rates vom 22. Dezember 1986 über die Nahrungsmittelhilfepolitik und -verwaltung (ABl. Nr. L 370 vom 30. 12. 1986, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1930/90 (ABl. Nr. L 174 vom 7. 7. 1990, S. 6).

Diese Mittel decken die Finanzierung der Lieferung von Erzeugnissen wie Hülsenfrüchte, Fisch und mit Eiweiß angereicherte Kekse usw. gemäß Artikel 5 der Verordnung (EWG) Nr. 3972/86.

Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 48 000 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind	36 026 385	20 300 000	13 000 000	2 726 385		
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	50 000 000	20 000 000	25 000 000	5 000 000		
Mittel 1992	48 000 000		19 800 000	23 500 000	4 700 000	
Insgesamt	134 026 385	40 300 000	57 800 000	31 226 385	4 700 000	

B7-205

Verordnung (EWG) Nr. 3972/86 des Rates vom 22. Dezember 1986 über die Nahrungsmittelhilfepolitik und -verwaltung (ABl. Nr. L 370 vom 30. 12. 1986, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1930/90 (ABl. Nr. L 174 vom 7. 7. 1990, S. 6).

Diese Mittel sind zur Deckung der Nahrungsmittelhilfe-Beförderungskosten über das fob-Stadium hinaus bestimmt.

Die Mittel dienen ferner zur Deckung der sonstigen Kosten im Zusammenhang mit der Lieferung, z.B. der Kosten für Versicherung, Umschlag und Koordinierung sowie sonstiger Kosten, die nicht in den Beförderungsverträgen enthalten sind, aber als unvermeidliche Folge dieser Verträge anfallen.

Angesichts des hohen Anteils der Transportkosten an der Verwaltung der Nahrungsmittelhilfe wird die Kommission um die Vorlage von Vorschlägen an die Haushaltsbehörde im ersten Halbjahr 1992 mit alternativen Lösungen ersucht, um die Transportkosten zu senken. Diese Vorschläge müssen auf der Grundlage einer Kosten-Nutzen-Analyse ausgearbeitet werden, was auch vom Rat gewünscht wurde.

KOMMISSION

Teileinzelplan B7
(Zusammenarbeit)

KAPITEL B7-2 0 — NAHRUNGSMITTELHILFE UND ABLÖSUNG DER NAHRUNGSMITTELHILFE DURCH MASSNAHMEN IM BEREICH DER ERNÄHRUNG *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B7-2 0 5	*(Fortsetzung)*						
B7-2 0 6	***Sonstige Ausgaben im Rahmen der Nahrungsmittelhilfe***						
	Nichtgetrennte Mittel	5 600 000	5 600 000	5 607 000	5 607 000	5 090 343,—	5 090 343,—
	(Unterstützungsausgaben)	*(893 000)*	*(893 000)*	*(893 000)*	*(893 000)*	*(640 899,48)*	*(640 899,48)*
B7-2 0 7	***Außerordentliche Maßnahmen***						
B7-2 0 7 0	Außerordentliche Reserve						
	Getrennte Mittel	p.m.	p.m.	140 000 000	140 000 000	0,—	0,—

KOMMISSION

Teileinzelplan B7
(Zusammenarbeit)

KAPITEL B7-20 — NAHRUNGSMITTELHILFE UND ABLÖSUNG DER NAHRUNGSMITTELHILFE DURCH MASSNAHMEN IM BEREICH DER ERNÄHRUNG *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen

B7-205 *(Fortsetzung)*

Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 214 000 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind	96 702 583	58 100 000	32 500 000	6 102 583		
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	114 850 000	45 900 000	57 400 000	11 550 000		
Mittel 1992	214 000 000		85 600 000	107 000 000	21 400 000	
Insgesamt	425 552 583	104 000 000	175 500 000	124 652 583	21 400 000	

B7-206 Unter Berücksichtigung der in Artikel B8-7 2 6 eingesetzten Mittel beläuft sich der Gesamtbetrag für diese Maßnahmen auf 6 493 000 ECU (1991: 6 500 000 ECU).

Verordnung (EWG) Nr. 3972/86 des Rates vom 22. Dezember 1986 über die Nahrungsmittelhilfepolitik und -verwaltung (ABl. Nr. L 370 vom 30. 12. 1986, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1930/90 (ABl. Nr. L 174 vom 7. 7. 1990, S. 6).

Veranschlagt sind Mittel für bestimmte unerläßliche Maßnahmen entweder bei der Koordinierung und der Durchführung von Nahrungsmittelhilfeaktionen unter schwierigen Bedingungen (Dringlichkeit, Katastrophen, problematische Verteilung, Schwierigkeiten usw.), die nicht aus anderen Posten gedeckt werden (außergewöhnlicher Transport, Lagerung, Desinfektion, Bestellung von Beauftragten an Ort und Stelle usw.), oder zur Vermeidung von Preissteigerungen oder einer Vernichtung der gelieferten Hilfe.

Gedeckt sind ebenfalls die Kosten für die Kontrolle und die Koordinierung der Vorgänge zwischen Zuschlagsempfänger und Begünstigtem, der Bedingungen für die Bereitstellung, Lieferung, Verteilung und Verwendung von Erzeugnissen, die für die Nahrungsmittelhilfe bestimmt sind, sowie der Bedingungen für die Verwendung der sich bei ihrem Verkauf ergebenden Gegenwertmittel und die Vergütungen der Bevollmächtigten.

Dieser Artikel soll ebenfalls die Kosten der Pilotprojekte zur Erprobung neuer Methoden und Techniken für Transport, Aufmachung und Lagerung gemäß den Vorschlägen aus Handelskreisen sowie die Kosten in Zusammenhang mit der Bewertung bedeutsamer Nahrungsmittelmaßnahmen gemäß Artikel 11 der Verordnung (EWG) Nr. 3972/86 decken.

B7-207

B7-2070 Verordnung (EWG) Nr. 3972/86 des Rates vom 22. Dezember 1986 über die Nahrungsmittelhilfepolitik und -verwaltung (ABl. Nr. L 370 vom 30. 12. 1986, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1930/90 (ABl. Nr. L 174 vom 7. 7. 1990, S. 6).

Dieser Posten soll es der Gemeinschaft ermöglichen, im Fall einer außergewöhnlichen Nahrungsmittelknappheit oder nicht vorhersehbarer Gefahren einer Hungersnot Nahrungsmittelhilfe in großem Umfang zu mobilisieren, ohne die regelmäßigen Zuteilungen zu beeinträchtigen.

KOMMISSION

Teileinzelplan B7
(Zusammenarbeit)

KAPITEL B7-20 — NAHRUNGSMITTELHILFE UND ABLÖSUNG DER NAHRUNGSMITTELHILFE DURCH MASSNAHMEN IM BEREICH DER ERNÄHRUNG *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B7-207	*(Fortsetzung)*						
B7-2070	*(Fortsetzung)*						
B7-2071	Einrichtung von Vorratsprogrammen und Frühwarnsystemen						
	Getrennte Mittel	6 000 000	6 500 000	5 000 000	5 000 000	9 944 000,—	5 477 233,93

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Zusammenarbeit)

KAPITEL B7-20 — NAHRUNGSMITTELHILFE UND ABLÖSUNG DER NAHRUNGSMITTELHILFE DURCH MASSNAHMEN IM BEREICH DER ERNÄHRUNG *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B7-207	*(Fortsetzung)*
B7-2070	*(Fortsetzung)* Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen: p.m. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind	(1)					
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	140 000 000	140 000 000				
Mittel 1992	p.m.		p.m.			
Insgesamt	140 000 000	140 000 000	p.m.			

(1) Das Verfahren zur Aufhebung der Mittelbindungen in Höhe von 10 756 791 ECU läuft.

B7-2071	Verordnung (EWG) Nr. 2507/88 des Rates vom 4. August 1988 über die Durchführung von Vorratsprogrammen und die Einrichtung von Frühwarnsystemen (ABl. Nr. L 220 vom 11. 8. 1988, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1930/90 (ABl. Nr. L 174 vom 7. 7. 1990, S. 6). Diese Mittel sollen es der Gemeinschaft ermöglichen, sich an Vorratsprogrammen (einschließlich der Kosten für Verwaltung, Termingeschäfte mit oder ohne Option, Ausbildung von Fachkräften, Erwerb von Verpackungsmaterial sowie von fahrbaren Vorratseinheiten, Instandhaltung und Instandsetzung von Lagerhäusern usw.) und an von internationalen Organisationen, nichtstaatlichen Organisationen oder von den Entwicklungsländern eingeführten Warnsystemen zu beteiligen.

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Zusammenarbeit)

KAPITEL B7-2 0 — NAHRUNGSMITTELHILFE UND ABLÖSUNG DER NAHRUNGSMITTELHILFE DURCH MASSNAHMEN IM BEREICH DER ERNÄHRUNG *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B7-2 0 7	*(Fortsetzung)*						
B7-2 0 7 1	*(Fortsetzung)*						
	Artikel B7-2 0 7 insgesamt	6 000 000	6 500 000	145 000 000	145 000 000	9 944 000,—	5 477 233,93

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Zusammenarbeit)

KAPITEL B7-20 — NAHRUNGSMITTELHILFE UND ABLÖSUNG DER NAHRUNGSMITTELHILFE DURCH MASSNAHMEN IM BEREICH DER ERNÄHRUNG *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B7-207	*(Fortsetzung)*
B7-2071	*(Fortsetzung)*

Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 6 000 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind	11 444 721	3 500 000	3 000 000	4 944 721		
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	5 000 000	1 500 000	1 500 000	2 000 000		
Mittel 1992	6 000 000		2 000 000	2 000 000	2 000 000	
Insgesamt	22 444 721	5 000 000	6 500 000	8 944 721	2 000 000	

KOMMISSION

Teileinzelplan B7
(Zusammenarbeit)

KAPITEL B7-2 0 — NAHRUNGSMITTELHILFE UND ABLÖSUNG DER NAHRUNGSMITTELHILFE DURCH MASSNAHMEN IM BEREICH DER ERNÄHRUNG *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B7-2 0 9	***Ablösung der Nahrungsmittelhilfe durch Maßnahmen im Bereich der Ernährung*** Nichtgetrennte Mittel	3 000 000	3 000 000	5 000 000	5 000 000	7 409 999,98	7 409 999,98
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt	8 600 000	8 600 000	10 607 000	10 607 000	12 500 342,98	12 500 342,98
	Getrennte Mittel insgesamt	512 550 000	547 200 000	645 400 000	693 240 000	522 890 264,74	477 493 424,23
	KAPITEL B7-2 0 INSGESAMT	521 150 000 *(893 000)*	555 800 000 *(893 000)*	656 007 000 *(893 000)*	703 847 000 *(893 000)*	535 390 607,72 *(640 899,48)*	489 993 767,21 *(640 899,48)*
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt	8 600 000	8 600 000	10 607 000	10 607 000	12 500 342,98	12 500 342,98
	Getrennte Mittel insgesamt	512 550 000	547 200 000	645 400 000	693 240 000	522 890 264,74	477 493 424,23
	Titel B7-2 insgesamt	**521 150 000** *(893 000)*	**555 800 000** *(893 000)*	**656 007 000** *(893 000)*	**703 847 000** *(893 000)*	**535 390 607,72** *(640 899,48)*	**489 993 767,21** *(640 899,48)*

KOMMISSION

Teileinzelplan B7
(Zusammenarbeit)

KAPITEL B7-20 — NAHRUNGSMITTELHILFE UND ABLÖSUNG DER NAHRUNGSMITTELHILFE DURCH MASSNAHMEN IM BEREICH DER ERNÄHRUNG *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B7-209	Verordnung (EWG) Nr. 1755/84 des Rates vom 19. Juni 1984 über Maßnahmen zur Ablösung der Nahrungsmittelhilfe durch Maßnahmen im Bereich der Ernährung (ABl. Nr. L 165 vom 23. 6. 1984, S. 7). Diese Mittel sind dazu bestimmt, die Entwicklungsvorhaben im Bereich der Landwirtschaft und der Ernährung in Ländern zu finanzieren, die glauben, auf die Gesamtheit oder einen Teil der möglicherweise bereitgestellten Nahrungsmittelhilfe verzichten zu können.

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Zusammenarbeit)

TITEL B7-3

ZUSAMMENARBEIT MIT ENTWICKLUNGSLÄNDERN IN ASIEN UND LATEINAMERIKA

KAPITEL B7-30 — ZUSAMMENARBEIT MIT ENTWICKLUNGSLÄNDERN IN ASIEN UND LATEINAMERIKA

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
	KAPITEL B7-30						
B7-300	***Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern in Asien***						
B7-3000	Finanzielle und technische Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern in Asien						
	Getrennte Mittel	275 300 000	154 000 000	238 400 000	153 400 000	174 739 627,—	107 276 463,14
	(Unterstützungsausgaben)	*(5 000 000)*	*(5 000 000)*	*(6 600 000)*	*(6 600 000)*	*(60 373,—)*	*(60 373,—)*
B7-3001	Förderung der Handelsbeziehungen der Entwicklungsländer in Asien						
	Getrennte Mittel	11 500 000	7 300 000	8 600 000	9 100 000	5 245 922,—	5 238 270,01
	(Unterstützungsausgaben)	*(400 000)*	*(400 000)*	*(400 000)*	*(400 000)*	*(226 200,—)*	*(226 200,—)*

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Zusammenarbeit)

TITEL B7-3

ZUSAMMENARBEIT MIT ENTWICKLUNGSLÄNDERN IN ASIEN UND LATEINAMERIKA

KAPITEL B7-30 — ZUSAMMENARBEIT MIT ENTWICKLUNGSLÄNDERN IN ASIEN UND LATEINAMERIKA

Artikel Posten	Erläuterungen
B7-300	
B7-3000	Unter Berücksichtigung der in Posten B8-7300 eingesetzten Mittel beläuft sich der Gesamtbetrag für diese Maßnahmen auf 280 300 000 ECU für Verpflichtungsermächtigungen und 159 000 000 ECU für Zahlungsermächtigungen (1991: 245 000 000 ECU für Verpflichtungsermächtigungen und 160 000 000 ECU für Zahlungsermächtigungen). Vorschlag für eine Verordnung (EWG) des Rates, von der Kommission vorgelegt am 22. April 1991, über die finanzielle und technische Hilfe zugunsten der Entwicklungsländer Asiens und Lateinamerikas sowie über die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit diesen Ländern (ABl. Nr. C 119 vom 4. 5. 1991, S. 6), geändert am 9. Oktober 1991 (ABl. Nr. C 284 vom 31. 12. 1991, S. 4). Diese Mittel sind für die Finanzierung der folgenden Maßnahmen bestimmt: — Maßnahmen zur Entwicklung der in den Entwicklungsländern Asiens, insbesondere den ärmsten Ländern, einschließlich Maßnahmen in den Bereichen Umwelt, Frauenpolitik, Drogenbekämpfung, regionale Zusammenarbeit, Katastrophenverhütung und Wiederaufbau, — Zahlungen aufgrund der im Laufe früherer Haushaltsjahre eingegangenen Verpflichtungen zugunsten von Mosambik und Angola. Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 275 300 000 ECU. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind	818 889 472	105 700 000	80 500 000	80 900 000	66 300 000	485 489 472
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	238 400 000	47 700 000	20 900 000	20 200 000	17 700 000	131 900 000
Mittel 1992	275 300 000		52 600 000	28 500 000	24 500 000	169 700 000
Insgesamt	1 332 589 472	153 400 000	154 000 000	129 600 000	108 500 000	787 089 472

B7-3001	Unter Berücksichtigung der in Posten B8-7301 eingesetzten Mittel beläuft sich der Gesamtbetrag für diese Maßnahmen auf 11 900 000 ECU für Verpflichtungsermächtigungen und 7 700 000 ECU für Zahlungsermächtigungen (1991: 9 000 000 ECU für Verpflichtungsermächtigungen und 9 500 000 ECU für Zahlungsermächtigungen). Entschließung des Rates vom 30. April 1974 betreffend die Förderung der Ausfuhr der Entwicklungsländer. Entschließung des Rates vom 17. April 1986 betreffend die Förderung der Ausfuhr und der Dienstleistungen der Entwicklungsländer. Vorschlag für eine Verordnung (EWG) des Rates, von der Kommission vorgelegt am 22. April 1991, über die finanzielle und technische Hilfe zugunsten der Entwicklungsländer Asiens und Lateinamerikas sowie über die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit diesen Ländern (ABl. Nr. C 119 vom 4. 5. 1991, S. 6), geändert am 9. Oktober 1991 (ABl. Nr. C 284 vom 31. 10. 1991, S. 4). Diese Mittel sind zur Deckung der Finanzierung verschiedener Maßnahmen bestimmt, die auf folgendes abzielen: — Förderung des Absatzes und der Dienstleistungen der Entwicklungsländer, — Unterstützung der Entwicklungsländer bei der Steigerung des Werts ihrer exportfähigen Produktion.

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Zusammenarbeit)

KAPITEL B7-30 — ZUSAMMENARBEIT MIT ENTWICKLUNGSLÄNDERN IN ASIEN UND LATEINAMERIKA *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B7-300	*(Fortsetzung)*						
B7-3001	*(Fortsetzung)*						
B7-3002	Maßnahmen zur Unterstützung der Bemühungen um regionale oder subregionale Integration zwischen Entwicklungsländern in Asien						
	Nichtgetrennte Mittel	2 000 000	2 000 000	1 000 000	1 000 000	3 019 950,21	3 019 950,21
B7-3003	Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern in Asien auf dem Energiesektor						
	Getrennte Mittel	8 000 000	3 000 000	5 000 000	3 400 000	1 490 100,—	1 206 573,92

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Zusammenarbeit)

KAPITEL B7-30 — ZUSAMMENARBEIT MIT ENTWICKLUNGSLÄNDERN IN ASIEN UND LATEINAMERIKA *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B7-300	*(Fortsetzung)*
B7-3001	*(Fortsetzung)* Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 11 500 000 ECU. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind	26 885 369	8 200 000	4 500 000	3 000 000	2 400 000	8 785 369
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	8 600 000	900 000	1 700 000	1 200 000	1 000 000	3 800 000
Mittel 1992	11 500 000		1 100 000	2 000 000	1 500 000	6 900 000
Insgesamt	46 985 369	9 100 000	7 300 000	6 200 000	4 900 000	19 485 369

B7-3002 Entschließung des Rates vom 30. April 1974 betreffend die regionale Integration von Entwicklungsländern.

Vorschlag für eine Verordnung (EWG) des Rates, von der Kommission vorgelegt am 22. April 1991, über die finanzielle und technische Hilfe zugunsten der Entwicklungsländer Asiens und Lateinamerikas sowie über die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit diesen Ländern (ABl. Nr. C 119 vom 4. 5. 1991, S. 6), geändert am 9. Oktober 1991 (ABl. Nr. C 284 vom 31. 10. 1991, S. 4).

Mit diesen Maßnahmen soll den Organisationen der regionalen Integration in Asien eine Gemeinschaftshilfe gewährt werden, indem ihnen insbesondere die im Rahmen der Gemeinschaft erzielten Erfahrungen und Ergebnisse zugänglich gemacht werden.

B7-3003 Entschließung des Rates vom 16. Juli 1974 über finanzielle und technische Hilfe zugunsten nichtassoziierter Entwicklungsländer.

Entschließung des Rates vom 2. Dezember 1976 über die Koordinierung und Harmonisierung der Politik der Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern innerhalb der Gemeinschaft.

Vorschlag für eine Verordnung (EWG) des Rates, von der Kommission vorgelegt am 22. April 1991, über die finanzielle und technische Hilfe zugunsten der Entwicklungsländer Asiens und Lateinamerikas sowie über die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit diesen Ländern (ABl. Nr. C 119 vom 4. 5. 1991, S. 6), geändert am 9. Oktober 1991 (ABl. Nr. C 284 vom 31. 10. 1991, S. 4).

Veranschlagt sind die Mittel zur Finanzierung der Arbeiten zur Festlegung der prioritären und dringlichen Aktionen im Energiesektor sowie für die spezifischen Projekte, die gemeinsam mit den Empfängerländern festgelegt und gegebenenfalls gemeinsam finanziert werden.

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Zusammenarbeit)

KAPITEL B7-3 0 — ZUSAMMENARBEIT MIT ENTWICKLUNGSLÄNDERN IN ASIEN UND LATEINAMERIKA *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B7-3 0 0	*(Fortsetzung)*						
B7-3 0 0 3	*(Fortsetzung)*						
B7-3 0 0 4	Ausbildungsmaßnahmen zugunsten von Staatsangehörigen von Entwicklungsländern in Asien						
	Getrennte Mittel	12 600 000	6 400 000	8 100 000	5 200 000	7 225 000,—	4 000 235,12
	(Unterstützungsausgaben)	*(400 000)*	*(400 000)*	*(400 000)*	*(400 000)*	*(115 000,—)*	*(115 000,—)*

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Zusammenarbeit)

KAPITEL B7-30 — ZUSAMMENARBEIT MIT ENTWICKLUNGSLÄNDERN IN ASIEN UND LATEINAMERIKA *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B7-300	*(Fortsetzung)*
B7-3003	*(Fortsetzung)* Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 8 000 000 ECU. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind	7 414 250	2 300 000	800 000	700 000	600 000	3 014 250
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	5 000 000	1 100 000	600 000	500 000	500 000	2 300 000
Mittel 1992	8 000 000		1 600 000	900 000	800 000	4 700 000
Insgesamt	20 414 250	3 400 000	3 000 000	2 100 000	1 900 000	10 014 250

B7-3004 Unter Berücksichtigung der in Posten B8-7 3 0 4 eingesetzten Mittel beläuft sich der Gesamtbetrag für diese Maßnahmen auf 13 000 000 ECU für Verpflichtungsermächtigungen und 6 800 000 ECU für Zahlungsermächtigungen (1991: 8 500 000 ECU für Verpflichtungsermächtigungen und 5 600 000 ECU für Zahlungsermächtigungen).

Entschließung des Rates vom 16. Juli 1974 über finanzielle und technische Hilfe zugunsten nichtassoziierter Entwicklungsländer.

Vorschlag für eine Verordnung (EWG) des Rates, von der Kommission vorgelegt am 22. April 1991, über die finanzielle und technische Hilfe zugunsten der Entwicklungsländer Asiens und Lateinamerikas sowie über die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit diesen Ländern (ABl. Nr. C 119 vom 4. 5. 1991, S. 6), geändert am 9. Oktober 1991 (ABl. Nr. C 284 vom 31. 10. 1991, S. 4).

Diese Mittel decken die Ausgaben für Kurz-Fortbildungsaufenthalte (zwei oder drei Monate) und Ausbildungsmaßnahmen für Beamte aus Drittländern und die Finanzierung von Gruppenpraktika und/oder Seminaren für Staatsangehörige von Entwicklungsländern in Asien, zwecks Teilnahme an Fortbildungslehrgängen in Fachinstituten oder Unternehmen der Mitgliedstaaten der Gemeinschaft und der Entwicklungsländer.

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Zusammenarbeit)

KAPITEL B7-3 0 — ZUSAMMENARBEIT MIT ENTWICKLUNGSLÄNDERN IN ASIEN UND LATEINAMERIKA *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B7-3 0 0	*(Fortsetzung)*						
B7-3 0 0 4	*(Fortsetzung)*						
B7-3 0 0 5	Maßnahmen zur Förderung der Gemeinschaftsinvestitionen in den Entwicklungsländern in Asien im Rahmen der Abkommen über wirtschaftliche und handelspolitische Zusammenarbeit						
	Getrennte Mittel	14 800 000	8 400 000	2 750 000 (1)	3 800 000	2 872 779,91	2 355 102,05

(1) Mittel in Höhe von 2 750 000 ECU sind in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Zusammenarbeit)

KAPITEL B7-30 — ZUSAMMENARBEIT MIT ENTWICKLUNGSLÄNDERN IN ASIEN UND LATEINAMERIKA *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B7-300	*(Fortsetzung)*
B7-3004	*(Fortsetzung)*

Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 12 600 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind	17 135 978	4 700 000	3 600 000	3 000 000	2 500 000	3 335 978
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	8 100 000	500 000	2 200 000	1 500 000	1 300 000	2 600 000
Mittel 1992	12 600 000		600 000	2 500 000	1 700 000	7 800 000
Insgesamt	37 835 978	5 200 000	6 400 000	7 000 000	5 500 000	13 735 978

B7-3005 Vorschlag für eine Verordnung (EWG) des Rates, von der Kommission vorgelegt am 5. Dezember 1990, über das Finanzinstrument „EC-International Investment Partners" für die Länder Asiens, Lateinamerikas und des Mittelmeerraums (ABl. Nr. C 81 vom 26. 3. 1991, S. 6), geändert am 20. November 1991 (ABl. Nr. C 314 vom 5. 12. 1991, S. 9).

Veranschlagt sind Mittel zur Finanzierung von verschiedenen Aktionen zur Förderung von Gemeinschaftsinvestitionen in den Entwicklungsländern in Asien, die mit der Gemeinschaft Abkommen über wirtschaftliche und handelspolitische Zusammenarbeit geschlossen haben.

Die geplanten Aktionen umfassen insbesondere Joint Ventures von Unternehmen der Gemeinschaft und der begünstigten Länder, vor allem Klein- und Mittelbetriebe einschließlich Unternehmen der Gemeinwirtschaft, sowie Unterstützung in Form von kurzfristigen Darlehen oder haftendem Kapital, das nur bei Erfolg und Durchführbarkeit der Investitionen rückzahlbar ist.

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Zusammenarbeit)

KAPITEL B7-3 0 — ZUSAMMENARBEIT MIT ENTWICKLUNGSLÄNDERN IN ASIEN UND LATEINAMERIKA *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B7-3 0 0	*(Fortsetzung)*						
B7-3 0 0 5	*(Fortsetzung)*						
	Artikel B7-3 0 0 insgesamt	324 200 000 *(5 800 000)*	181 100 000 *(5 800 000)*	263 850 000 *(7 400 000)*	175 900 000 *(7 400 000)*	194 593 379,12 *(401 573,—)*	123 096 594,45 *(401 573,—)*
B7-3 0 1	***Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern in Lateinamerika***						
B7-3 0 1 0	Finanzielle und technische Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern in Lateinamerika Getrennte Mittel	149 700 000	97 700 000	133 300 000	96 300 000	104 746 000,—	73 696 667,11
	(Unterstützungsausgaben)	*(2 000 000)*	*(2 000 000)*	*(3 700 000)*	*(3 700 000)*	*(48 298,—)*	*(48 298,—)*

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Zusammenarbeit)

KAPITEL B7-3 0 — ZUSAMMENARBEIT MIT ENTWICKLUNGSLÄNDERN IN ASIEN UND LATEINAMERIKA *(Fortsetzung)*

Artikel Posten | Erläuterungen

B7-3 0 0 *(Fortsetzung)*

B7-3 0 0 5 *(Fortsetzung)*

Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 14 800 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind	8 939 822	2 300 000	2 400 000	4 100 000	139 822	
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	5 500 000 (1)	1 500 000	2 100 000	1 500 000	400 000	
Mittel 1992	14 800 000		3 900 000	4 000 000	3 500 000	3 400 000
Insgesamt	29 239 822	3 800 000	8 400 000	9 600 000	4 039 822	3 400 000

(1) Davon sind Mittel in Höhe von 2 750 000 ECU in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

B7-3 0 1

B7-3 0 1 0 Unter Berücksichtigung der in Posten B8-7 3 1 0 eingesetzten Mittel beläuft sich der Gesamtbetrag für diese Maßnahmen auf 151 700 000 ECU für Verpflichtungsermächtigungen und 99 700 000 ECU für Zahlungsermächtigungen (1991: 137 000 000 ECU für Verpflichtungsermächtigungen und 100 000 000 ECU für Zahlungsermächtigungen).

Vorschlag für eine Verordnung (EWG) des Rates, von der Kommission vorgelegt am 22. April 1991, über die finanzielle und technische Hilfe zugunsten der Entwicklungsländer Asiens und Lateinamerikas sowie über die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit diesen Ländern (ABl. Nr. C 119 vom 4. 5. 1991, S. 6), geändert am 9. Oktober 1991 (ABl. Nr. C 284 vom 31. 10. 1991, S. 4).

Diese Mittel sind für die Finanzierung der folgenden Maßnahmen bestimmt:

— Maßnahmen zur Entwicklung in den Entwicklungsländern Lateinamerikas, insbesondere den ärmsten Ländern, einschließlich Maßnahmen in den Bereichen Umwelt, Frauenpolitik, Drogenbekämpfung, regionale Zusammenarbeit, Katastrophenverhütung und Wiederaufbau,

— zusätzliche Hilfe zugunsten von Zentralamerika, insbesondere im Gefolge der Konferenz von San Pedro Sula (Honduras),

— Transfer von Know-how im kulturellen Bereich, wie etwa Wiederaufbau und Belebung historischer Stadtviertel, durch entsprechend kompetente europäische Organisationen.

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Zusammenarbeit)

KAPITEL B7-30 — ZUSAMMENARBEIT MIT ENTWICKLUNGSLÄNDERN IN ASIEN UND LATEINAMERIKA *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B7-301	*(Fortsetzung)*						
B7-3010	*(Fortsetzung)*						
B7-3011	Förderung der Handelsbeziehungen der Entwicklungsländer in Lateinamerika						
	Getrennte Mittel	10 700 000	4 900 000	5 700 000	4 700 000	5 444 435,—	2 712 963,06
	(Unterstützungsausgaben)	*(300 000)*	*(300 000)*	*(300 000)*	*(300 000)*	*(191 700,—)*	*(191 700,—)*

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Zusammenarbeit)

KAPITEL B7-30 — ZUSAMMENARBEIT MIT ENTWICKLUNGSLÄNDERN IN ASIEN UND LATEINAMERIKA *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B7-301	*(Fortsetzung)*
B7-3010	*(Fortsetzung)* Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 149 700 000 ECU. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind	363 866 356	92 300 000	63 200 000	48 000 000	37 000 000	123 366 356
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	133 300 000	4 000 000	30 100 000	23 000 000	18 000 000	58 200 000
Mittel 1992	149 700 000		4 400 000	33 800 000	25 600 000	85 900 000
Insgesamt	646 866 356	96 300 000	97 700 000	104 800 000	80 600 000	267 466 356

B7-3011 Unter Berücksichtigung der in Posten B8-7311 eingesetzten Mittel beläuft sich der Gesamtbetrag für diese Maßnahmen auf 11 000 000 ECU für Verpflichtungsermächtigungen und 5 200 000 ECU für Zahlungsermächtigungen (1991: 6 000 000 ECU für Verpflichtungsermächtigungen und 5 000 000 ECU für Zahlungsermächtigungen).

Entschließung des Rates vom 30. April 1974 betreffend die Förderung der Ausfuhr der Entwicklungsländer.

Entschließung des Rates vom 17. April 1986 betreffend die Förderung der Ausfuhr und der Dienstleistungen der Entwicklungsländer.

Vorschlag für eine Verordnung (EWG) des Rates, von der Kommission vorgelegt am 22. April 1991, über die finanzielle und technische Hilfe zugunsten der Entwicklungsländer Asiens und Lateinamerikas sowie über die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit diesen Ländern (ABl. Nr. C 119 vom 4. 5. 1991, S. 6), geändert am 9. Oktober 1991 (ABl. Nr. C 284 vom 31. 10. 1991, S. 4).

Diese Mittel sind für die Finanzierung verschiedener Maßnahmen bestimmt, die auf folgendes abzielen:

— Förderung des Absatzes und der Dienstleistungen der Entwicklungsländer,

— Unterstützung der Entwicklungsländer bei der Steigerung des Werts ihrer exportfähigen Produktion.

KOMMISSION

Teileinzelplan B7
(Zusammenarbeit)

KAPITEL B7-3 0 — ZUSAMMENARBEIT MIT ENTWICKLUNGSLÄNDERN IN ASIEN UND LATEINAMERIKA *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B7-3 0 1	*(Fortsetzung)*						
B7-3 0 1 1	*(Fortsetzung)*						
B7-3 0 1 2	Maßnahmen zur Unterstützung der Bemühungen um regionale oder subregionale Integration zwischen Entwicklungsländern in Lateinamerika Nichtgetrennte Mittel	6 000 000	6 000 000	2 000 000	2 000 000	0,—	0,—
B7-3 0 1 3	Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern in Lateinamerika auf dem Energiesektor Getrennte Mittel	5 000 000	2 600 000	3 800 000	2 500 000	2 603 000,—	1 992 078,03

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Zusammenarbeit)

KAPITEL B7-30 — ZUSAMMENARBEIT MIT ENTWICKLUNGSLÄNDERN IN ASIEN UND LATEINAMERIKA *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B7-301	*(Fortsetzung)*
B7-3011	*(Fortsetzung)* Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 10 700 000 ECU. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind	18 842 433	4 200 000	2 900 000	2 400 000	2 000 000	7 342 433
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	5 700 000	500 000	1 000 000	800 000	700 000	2 700 000
Mittel 1992	10 700 000		1 000 000	1 700 000	1 400 000	6 600 000
Insgesamt	35 242 433	4 700 000	4 900 000	4 900 000	4 100 000	16 642 433

B7-3012 Entschließung des Rates vom 30. April 1974 betreffend die regionale Integration von Entwicklungsländern.

Vorschlag für eine Verordnung (EWG) des Rates, von der Kommission vorgelegt am 22. April 1991, über die finanzielle und technische Hilfe zugunsten der Entwicklungsländer Asiens und Lateinamerikas sowie über die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit diesen Ländern (ABl. Nr. C 119 vom 4. 5. 1991, S. 6), geändert am 9. Oktober 1991 (ABl. Nr. C 284 vom 31. 10. 1991, S. 4).

Diese Mittel sollen den Organisationen der regionalen Integration in Lateinamerika eine Gemeinschaftshilfe gewähren, indem ihnen insbesondere die im Rahmen der Gemeinschaft erzielten Erfahrungen und Ergebnisse zugänglich gemacht werden.

Sie dienen auch der Deckung eines Beitrags der Europäischen Gemeinschaft zu den von der Kommission und dem Europäischen Parlament festzulegenden Ausgaben für die ersten Direktwahlen zum Zentralamerikanischen Parlament.

B7-3013 Entschließung des Rates vom 16. Juli 1974 über finanzielle und technische Hilfe zugunsten nichtassoziierter Entwicklungsländer.

Entschließung des Rates vom 2. Dezember 1976 über die Koordinierung und Harmonisierung der Politik der Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern innerhalb der Gemeinschaft.

Vorschlag für eine Verordnung (EWG) des Rates, von der Kommission vorgelegt am 22. April 1991, über die finanzielle und technische Hilfe zugunsten der Entwicklungsländer Asiens und Lateinamerikas sowie über die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit diesen Ländern (ABl. Nr. C 119 vom 4. 5. 1991, S. 6), geändert am 9. Oktober 1991 (ABl. Nr. C 284 vom 31. 10. 1991, S. 4).

Veranschlagt sind die Mittel zur Finanzierung der Arbeiten zur Festlegung der prioritären und dringlichen Aktionen im Energiesektor sowie für die spezifischen Projekte, die gemeinsam mit den Empfängerländern festgelegt und gegebenenfalls gemeinsam finanziert werden.

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Zusammenarbeit)

KAPITEL B7-30 — ZUSAMMENARBEIT MIT ENTWICKLUNGSLÄNDERN IN ASIEN UND LATEINAMERIKA *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B7-301	*(Fortsetzung)*						
B7-3013	*(Fortsetzung)*						
B7-3014	Ausbildungsmaßnahmen zugunsten von Staatsangehörigen von Entwicklungsländern in Lateinamerika						
	Getrennte Mittel	12 700 000	4 500 000	8 200 000	3 300 000	5 119 980,—	3 217 335,33
	(Unterstützungsausgaben)	*(300 000)*	*(300 000)*	*(300 000)*	*(300 000)*	*(102 000,—)*	*(102 000,—)*

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Zusammenarbeit)

KAPITEL B7-30 — ZUSAMMENARBEIT MIT ENTWICKLUNGSLÄNDERN IN ASIEN UND LATEINAMERIKA *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B7-301	*(Fortsetzung)*
B7-3013	*(Fortsetzung)* Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 5 000 000 ECU. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind	10 488 911	2 300 000	1 600 000	1 300 000	1 100 000	4 188 911
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	3 800 000	200 000	700 000	600 000	500 000	1 800 000
Mittel 1992	5 000 000		300 000	900 000	800 000	3 000 000
Insgesamt	19 288 911	2 500 000	2 600 000	2 800 000	2 400 000	8 988 911

B7-3014 Unter Berücksichtigung der in Posten B8-7314 eingesetzten Mittel beläuft sich der Gesamtbetrag für diese Maßnahmen auf 13 000 000 ECU für Verpflichtungsermächtigungen und 4 800 000 ECU für Zahlungsermächtigungen (1991: 8 500 000 ECU für Verpflichtungsermächtigungen und 3 600 000 ECU für Zahlungsermächtigungen).

Entschließung des Rates vom 16. Juli 1974 über finanzielle und technische Hilfe zugunsten nichtassoziierter Entwicklungsländer.

Vorschlag für eine Verordnung (EWG) des Rates, von der Kommission vorgelegt am 22. April 1991, über die finanzielle und technische Hilfe zugunsten der Entwicklungsländer Asiens und Lateinamerikas sowie über die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit diesen Ländern (ABl. Nr. C 119 vom 4. 5. 1991, S. 6), geändert am 9. Oktober 1991 (ABl. Nr. C 284 vom 31. 10. 1991, S. 4).

Diese Mittel decken die Ausgaben für Kurz-Fortbildungsaufenthalte (zwei bis drei Monate) und Ausbildungsmaßnahmen für Staatsangehörige Mittel- oder Lateinamerikas und die Finanzierung von Gruppenpraktika und/oder Seminaren für Staatsangehörige von Entwicklungsländern in Mittel- und Lateinamerika zwecks Teilnahme an Fortbildungslehrgängen in Fachinstituten oder Unternehmen in Entwicklungsländern oder in Mitgliedstaaten.

KOMMISSION

Teileinzelplan B7
(Zusammenarbeit)

KAPITEL B7-3 0 — ZUSAMMENARBEIT MIT ENTWICKLUNGSLÄNDERN IN ASIEN UND LATEINAMERIKA *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B7-3 0 1	*(Fortsetzung)*						
B7-3 0 1 4	*(Fortsetzung)*						
B7-3 0 1 5	Maßnahmen zur Förderung der Gemeinschaftsinvestitionen in den Entwicklungsländern in Lateinamerika im Rahmen der Abkommen über wirtschaftliche und handelspolitische Zusammenarbeit						
	Getrennte Mittel	13 800 000	9 400 000	2 250 000 (1)	2 400 000	6 895 958,63	1 238 846,86

(1) Mittel in Höhe von 2 250 000 ECU sind in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Zusammenarbeit)

KAPITEL B7-30 — ZUSAMMENARBEIT MIT ENTWICKLUNGSLÄNDERN IN ASIEN UND LATEINAMERIKA *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B7-301	*(Fortsetzung)*
B7-3014	*(Fortsetzung)*

Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 12 700 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind	8 697 711	2 200 000	1 500 000	1 300 000	700 000	2 997 711
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	8 200 000	1 100 000	1 600 000	1 500 000	1 100 000	2 900 000
Mittel 1992	12 700 000		1 400 000	2 000 000	1 800 000	7 500 000
Insgesamt	29 597 711	3 300 000	4 500 000	4 800 000	3 600 000	13 397 711

B7-3015 Vorschlag für eine Verordnung (EWG) des Rates, von der Kommission vorgelegt am 5. Dezember 1990, über das Finanzinstrument „EC-International Investment Partners" für die Länder Asiens, Lateinamerikas und des Mittelmeerraums (ABl. Nr. C 81 vom 26. 3. 1991, S. 6), geändert am 20. November 1991 (ABl. Nr. C 314 vom 5. 12. 1991, S. 9).

Veranschlagt sind Mittel zur Finanzierung von verschiedenen Aktionen zur Förderung von Gemeinschaftsinvestitionen in den Entwicklungsländern in Lateinamerika, die mit der Gemeinschaft Abkommen über wirtschaftliche und handelspolitische Zusammenarbeit geschlossen haben.

Die geplanten Aktionen umfassen insbesondere Joint Ventures von Unternehmen der Gemeinschaft und der begünstigten Länder, vor allem Klein- und Mittelbetriebe, sowie Unterstützung in Form von kurzfristigen Darlehen oder haftendem Kapital, das nur bei Erfolg und Durchführbarkeit der Investitionen rückzahlbar ist.

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Zusammenarbeit)

KAPITEL B7-3 0 — ZUSAMMENARBEIT MIT ENTWICKLUNGSLÄNDERN IN ASIEN UND LATEINAMERIKA *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B7-3 0 1	*(Fortsetzung)*						
B7-3 0 1 5	*(Fortsetzung)*						
	Artikel B7-3 0 1 insgesamt	197 900 000 *(2 600 000)*	125 100 000 *(2 600 000)*	155 250 000 *(4 300 000)*	111 200 000 *(4 300 000)*	124 809 373,63 *(341 998,—)*	82 857 890,39 *(341 998,—)*
B7-3 0 2	***Hilfe zur Selbsthilfe von Flüchtlingen und Vertriebenen*** Getrennte Mittel	50 000 000	50 000 000	38 000 000	35 000 000	56 076 000,—	30 342 698,54

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Zusammenarbeit)

KAPITEL B7-3 0 — ZUSAMMENARBEIT MIT ENTWICKLUNGSLÄNDERN IN ASIEN UND LATEINAMERIKA *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B7-3 0 1	*(Fortsetzung)*
B7-3 0 1 5	*(Fortsetzung)* Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 13 800 000 ECU. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind	10 895 519	900 000	5 000 000	3 000 000	1 995 519	
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	4 500 000 (1)	1 500 000	1 600 000	1 400 000		
Mittel 1992	13 800 000		2 800 000	3 000 000	3 600 000	4 400 000
Insgesamt	29 195 519	2 400 000	9 400 000	7 400 000	5 595 519	4 400 000

(1) Davon sind 2 250 000 ECU in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

B7-3 0 2	Mit diesen Mitteln sollen Maßnahmen finanziert werden, die Gruppen von Flüchtlingen, Vertriebenen und anderen Bevölkerungsgruppen, die ihr Ursprungs- oder Aufenthaltsland verlassen haben, eine Selbstversorgung ermöglichen. Zusätzlich werden auch Überlebenshilfen oder Rückführungsmaßnahmen unterstützt. Es können Maßnahmen von Nichtregierungsorganisationen und internationalen Organisationen mitfinanziert werden.

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Zusammenarbeit)

KAPITEL B7-3 0 — ZUSAMMENARBEIT MIT ENTWICKLUNGSLÄNDERN IN ASIEN UND LATEINAMERIKA *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B7-3 0 2	*(Fortsetzung)*						
B7-3 0 3	***System zur Stabilisierung der Ausfuhrerlöse zugunsten der am wenigsten entwickelten Länder in Asien und Lateinamerika***						
	Getrennte Mittel	9 500 000	7 000 000	6 000 000	7 000 000	3 306 986,—	8 566 004,—

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Zusammenarbeit)

KAPITEL B7-30 — ZUSAMMENARBEIT MIT ENTWICKLUNGSLÄNDERN IN ASIEN UND LATEINAMERIKA *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B7-302	*(Fortsetzung)* Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 50 000 000 ECU. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind	48 537 097	19 776 000	12 000 000	7 000 000	4 000 000	5 761 097
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen	224 000	224 000				
Mittel 1991	38 000 000	15 000 000	9 000 000	6 000 000	3 500 000	4 500 000
Mittel 1992	50 000 000		29 000 000	8 500 000	5 000 000	7 500 000
Insgesamt	136 761 097	35 000 000	50 000 000	21 500 000	12 500 000	17 761 097

B7-303

Vorschlag für eine Verordnung (EWG) des Rates, von der Kommission vorgelegt am 23. Mai 1991, über ein System zur Stabilisierung der Ausfuhrerlöse zugunsten am wenigsten entwickelter Länder in Asien und Lateinamerika (ALA) (ABl. Nr. C 147 vom 6. 6. 1991, S. 15).

Beschluß .../.../EWG der Kommission vom ... zur Durchführung eines Systems zur Stabilisierung der Ausfuhrerlöse zugunsten am wenigsten entwickelter Länder in Asien und Lateinamerika (ALA) (ABl. Nr. L ... vom ..., S. ...).

Mittelansatz zur Finanzierung eines Systems zur Stabilisierung der Ausfuhrerlöse zugunsten am wenigsten entwickelter Länder in Asien und Lateinamerika in Anlehnung an das mit dem Abkommen von Lomé eingeführte Stabex-System.

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Zusammenarbeit)

KAPITEL B7-3 0 — ZUSAMMENARBEIT MIT ENTWICKLUNGSLÄNDERN IN ASIEN UND LATEINAMERIKA *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B7-3 0 3	*(Fortsetzung)*						
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt	8 000 000	8 000 000	3 000 000	3 000 000	3 019 950,21	3 019 950,21
	Getrennte Mittel insgesamt	573 600 000	355 200 000	460 100 000	326 100 000	375 765 788,54	241 843 237,17
	KAPITEL B7-3 0 INSGESAMT	581 600 000 *(8 400 000)*	363 200 000 *(8 400 000)*	463 100 000 *(11 700 000)*	329 100 000 *(11 700 000)*	378 785 738,75 *(743 571,—)*	244 863 187,38 *(743 571,—)*
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt	8 000 000	8 000 000	3 000 000	3 000 000	3 019 950,21	3 019 950,21
	Getrennte Mittel insgesamt	573 600 000	355 200 000	460 100 000	326 100 000	375 765 788,54	241 843 237,17
	Titel B7-3 insgesamt	**581 600 000** *(8 400 000)*	**363 200 000** *(8 400 000)*	**463 100 000** *(11 700 000)*	**329 100 000** *(11 700 000)*	**378 785 738,75** *(743 571,—)*	**244 863 187,38** *(743 571,—)*

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Zusammenarbeit)

KAPITEL B7-30 — ZUSAMMENARBEIT MIT ENTWICKLUNGSLÄNDERN IN ASIEN UND LATEINAMERIKA *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B7-303	*(Fortsetzung)* Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 9 500 000 ECU. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind	670 592	670 592				
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	6 000 000	6 000 000				
Mittel 1992	9 500 000		7 000 000	2 500 000		
Insgesamt	16 170 592	7 000 000 (1)	7 000 000	2 500 000		

(1) Davon 329 408 ECU Überschuß an Zahlungsermächtigungen infolge von Mittelübertragungen im Laufe des Haushaltsjahrs 1990.

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Zusammenarbeit)

TITEL B7-4

ZUSAMMENARBEIT MIT DEN LÄNDERN DES MITTELMEERRAUMS

KAPITEL B7-40 — ZUSAMMENARBEIT MIT DEN LÄNDERN DES MITTELMEERRAUMS

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
	KAPITEL B7-40						
B7-400	***Finanzielle Zusammenarbeit mit Portugal und Griechenland***						
B7-4000	Beihilfen im Hinblick auf den Beitritt Portugals und spezifische Beihilfen zur Verbesserung der Agrarstrukturen in Portugal Getrennte Mittel	—	10 000 000	—	16 000 000	0,—	7 681 463,97
B7-4001	Finanzielle Zusammenarbeit mit Griechenland Getrennte Mittel	p.m.	1 500 000	p.m.	1 400 000	0,—	2 370 125,08

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Zusammenarbeit)

TITEL B7-4

ZUSAMMENARBEIT MIT DEN LÄNDERN DES MITTELMEERRAUMS

KAPITEL B7-40 — ZUSAMMENARBEIT MIT DEN LÄNDERN DES MITTELMEERRAUMS

Artikel Posten	Erläuterungen
B7-400	
B7-4000	Verordnung (EWG) Nr. 3323/80 des Rates vom 18. Dezember 1980 über den Abschluß des Abkommens in Form eines Briefwechsels zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Portugiesischen Republik über die Durchführung einer Hilfe zugunsten Portugals vor dessen Beitritt (ABl. Nr. L 349 vom 23. 12. 1980, S. 1). Verordnung (EWG) Nr. 3598/84 des Rates vom 18. Dezember 1984 über den Abschluß eines Abkommens in Form eines Briefwechsels zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Portugiesischen Republik über die Durchführung einer spezifischen Finanzhilfe zur Verbesserung der Agrarstrukturen und der Fischereistrukturen in Portugal (ABl. Nr. L 333 vom 21. 12. 1984, S. 7). Beschlüsse des Rates vom 17. Dezember 1985 zur Verlängerung der Anwendung der Abkommen bis zum 31. Dezember 1986. Veranschlagt sind Mittel zur Finanzierung von Maßnahmen zur Erleichterung des Beitritts Portugals zur Gemeinschaft, die Gegenstand eines Abkommens in Form eines Briefwechsels waren, sowie zur Finanzierung von Vorhaben und Programmen zur Verbesserung der Agrarstrukturen und der Fischerei in Portugal. Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen: —. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind	29 090 948	16 000 000	10 000 000	3 090 948		
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	—	—				
Mittel 1992	—		—			
Insgesamt	29 090 948	16 000 000	10 000 000	3 090 948		

B7-4001	Beschluß 78/666/EWG des Rates vom 25. Juli 1978 über den Abschluß des Finanzprotokolls zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und Griechenland (ABl. Nr. L 225 vom 16. 8. 1978, S. 25). Das Finanzprotokoll, unterzeichnet am 28. Februar 1977, sah für einen Zeitraum bis zum 31. Oktober 1981 die Gewährung vor von: — 225 000 000 ECU in Form von Darlehen aus den eigenen Mitteln der Europäischen Investitionsbank, — 55 000 000 ECU, zu Lasten des Gesamthaushaltsplans in Form von Zinsvergütungen für Darlehen der Europäischen Investitionsbank (30 000 000), Zuschüssen (15 000 000) und Sonderdarlehen (10 000 000).

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Zusammenarbeit)

KAPITEL B7-4 0 — ZUSAMMENARBEIT MIT DEN LÄNDERN DES MITTELMEERRAUMS *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B7-4 0 0	*(Fortsetzung)*						
B7-4 0 0 1	*(Fortsetzung)*						
	Artikel B7-4 0 0 insgesamt	p.m.	11 500 000	p.m.	17 400 000	0,—	10 051 589,05
B7-4 0 1	***Finanzielle Zusammenarbeit mit Malta***						
	Getrennte Mittel	2 000 000	6 000 000	4 000 000	3 000 000	7 629 500,—	1 224 735,71

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Zusammenarbeit)

KAPITEL B7-40 — ZUSAMMENARBEIT MIT DEN LÄNDERN DES MITTELMEERRAUMS *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B7-400	*(Fortsetzung)*
B7-4001	*(Fortsetzung)* Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen: p.m. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind	4 775 881	1 400 000	1 500 000	1 875 881		
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	p.m.	p.m.				
Mittel 1992	p.m.		p.m.			
Insgesamt	4 775 881	1 400 000	1 500 000	1 875 881		

B7-401

Verordnung (EWG) Nr. 939/76 des Rates vom 23. April 1976 über den Abschluß des Finanzprotokolls und des Protokolls zur Festlegung einiger Bestimmungen betreffend das Abkommen zur Gründung einer Assoziation zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und Malta (ABl. Nr. L 111 vom 28. 4. 1976, S. 1).

Verordnung (EWG) Nr. 2458/86 des Rates vom 7. Juli 1986 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Republik Malta (ABl. Nr. L 216 vom 5. 8. 1986, S. 1).

Beschluß 89/378/EWG des Rates vom 12. Juni 1989 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und Malta (ABl. Nr. L 180 vom 27. 6. 1989, S. 46).

Das am 4. März 1976 unterzeichnete erste Finanzprotokoll sah für einen Zeitraum bis zum 31. Oktober 1983 die Gewährung folgender Mittel vor:

— 16 000 000 ECU in Form von Darlehen der Europäischen Investitionsbank aus ihren eigenen Mittel,

— 10 000 000 ECU aus dem Gesamthaushaltsplan in Form von Sonderdarlehen und nichtrückzahlbaren Zuschüssen.

Das am 4. Dezember 1985 unterzeichnete zweite Finanzprotokoll sah für einen Zeitraum bis zum 31. Oktober 1988 die Gewährung folgender Mittel vor:

— 16 000 000 ECU in Form von Darlehen der Europäischen Investitionsbank aus ihren eigenen Mitteln,

— 13 500 000 ECU aus dem Gesamthaushaltsplan in Form von Darlehen zu Sonderbedingungen und nichtrückzahlbaren Zuschüssen.

Das am 20. März 1989 unterzeichnete dritte Finanzprotokoll sieht für einen Zeitraum bis zum 31. Oktober 1993 die Gewährung folgender Mittel vor:

— 23 000 000 ECU in Form von Darlehen der Europäischen Investitionsbank aus ihren eigenen Mitteln,

— 15 000 000 ECU aus dem Gesamthaushaltsplan in Form von nicht rückzahlbaren Zuschüssen und Risikokapital.

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Zusammenarbeit)

KAPITEL B7-4 0 — ZUSAMMENARBEIT MIT DEN LÄNDERN DES MITTELMEERRAUMS *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B7-4 0 1	*(Fortsetzung)*						
B7-4 0 2	***Besondere Hilfe für Libanon*** Nichtgetrennte Mittel	2 000 000	2 000 000	p.m.	p.m.	2 940 000,—	2 940 000,—
B7-4 0 3	***Finanzielle Zusammenarbeit mit der Türkei***						
B7-4 0 3 0	Drittes Finanzprotokoll mit der Türkei Getrennte Mittel	230 000	2 400 000	p.m.	p.m.	0,—	82 720,—

KAPITEL B7-4 0 — ZUSAMMENARBEIT MIT DEN LÄNDERN DES MITTELMEERRAUMS *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen

B7-4 0 1 *(Fortsetzung)*

Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 2 000 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind	19 114 280	2 700 000	5 100 000	4 500 000	4 000 000	2 814 280
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	4 000 000	300 000	700 000	1 000 000	1 000 000	1 000 000
Mittel 1992	2 000 000		200 000	400 000	600 000	800 000
Insgesamt	25 114 280	3 000 000	6 000 000	5 900 000	5 600 000	4 614 280

B7-4 0 2 Diese Mittel sind zur Deckung der Finanzierung von Wiederaufbauvorhaben in Libanon bestimmt.

B7-4 0 3

B7-4 0 3 0 Verordnung (EWG) Nr. 3026/77 des Rates vom 28. November 1977 über das Ergänzungsprotokoll zum Assoziierungsabkommen zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Türkei infolge des Beitritts neuer Mitgliedstaaten zu der Gemeinschaft (ABl. Nr. L 361 vom 31. 12. 1977, S. 1).

Das Finanzprotokoll, unterzeichnet am 12. Mai 1977, sah für einen Zeitraum bis zum 31. Oktober 1981 die Gewährung vor von:

— 90 000 000 ECU in Form von Darlehen aus den eigenen Mitteln der Europäischen Investitionsbank,

— 220 000 000 ECU, die dem Gesamthaushaltsplan in Form von Sonderdarlehen anzulasten sind.

KOMMISSION

Teileinzelplan B7
(Zusammenarbeit)

KAPITEL B7-4 0 — ZUSAMMENARBEIT MIT DEN LÄNDERN DES MITTELMEERRAUMS *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B7-4 0 3	*(Fortsetzung)*						
B7-4 0 3 0	*(Fortsetzung)*						
B7-4 0 3 1	Viertes Finanzprotokoll mit der Türkei						
	Getrennte Mittel	p.m. (1)	p.m. (2)	p.m. (3)	p.m. (2)	0,—	0,—

(1) Mittel in Höhe von 75 000 000 ECU sind in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.
(2) Mittel in Höhe von 10 000 000 ECU sind in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.
(3) Mittel in Höhe von 60 000 000 ECU sind in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

KAPITEL B7-4 0 — ZUSAMMENARBEIT MIT DEN LÄNDERN DES MITTELMEERRAUMS *(Fortsetzung)*

Artikel Posten | Erläuterungen

B7-4 0 3 *(Fortsetzung)*

B7-4 0 3 0 *(Fortsetzung)*

Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 230 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind	2 170 556		2 170 000	556		
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	p.m.	p.m.				
Mittel 1992	230 000		230 000			
Insgesamt	2 400 556	p.m.	2 400 000	556		

B7-4 0 3 1 Mit der Türkei am ... unterzeichnetes Finanzprotokoll.

Das Finanzprotokoll sieht für einen Zeitraum bis ... folgendes vor:

— Darlehen aus den Eigenmitteln der Europäischen Investitionsbank in Höhe von 225 000 000,

— 375 000 000 zu Lasten des Gesamthaushaltsplans in Form von Darlehen zu Sonderbedingungen (325 000 000) und nichtrückzahlbaren Zuschüssen (50 000 000).

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Zusammenarbeit)

KAPITEL B7-4 0 — ZUSAMMENARBEIT MIT DEN LÄNDERN DES MITTELMEERRAUMS *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B7-4 0 3	*(Fortsetzung)*						
B7-4 0 3 1	*(Fortsetzung)*						
B7-4 0 3 2	Sonderhilfe für die Türkei Getrennte Mittel	p.m.	10 000 000	p.m.	12 000 000	0,—	2 089 853,67

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Zusammenarbeit)

KAPITEL B7-4 0 — ZUSAMMENARBEIT MIT DEN LÄNDERN DES MITTELMEERRAUMS *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen

B7-4 0 3 *(Fortsetzung)*

B7-4 0 3 1 *(Fortsetzung)*

Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen: p.m.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind						
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	60 000 000 (1)	10 000 000	5 000 000	10 000 000	10 000 000	25 000 000
Mittel 1992	75 000 000 (1)		5 000 000	15 000 000	15 000 000	40 000 000
Insgesamt	135 000 000	10 000 000 (1)	10 000 000 (1)	25 000 000	25 000 000	65 000 000

(1) Diese Mittel sind in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

B7-4 0 3 2 Beschluß Nr. 2/80 des Assoziationsrates EWG/Türkei vom 19. September 1980.

Veranschlagt sind die Mittel zur Finanzierung verschiedener Kooperationsmaßnahmen wie Investitionsvorhaben und technische Hilfe insbesondere in der Landwirtschaft, im Sozialbereich, zugunsten der Klein- und Mittelbetriebe und Förderung des Handels.

Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen : p.m.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind	26 579 409	12 000 000	10 000 000	4 579 409		
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	p.m.	p.m.				
Mittel 1992	p.m.		p.m.			
Insgesamt	26 579 409	12 000 000	10 000 000	4 579 409		

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Zusammenarbeit)

KAPITEL B7-4 0 — ZUSAMMENARBEIT MIT DEN LÄNDERN DES MITTELMEERRAUMS *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B7-4 0 3	*(Fortsetzung)*						
B7-4 0 3 3	Zusammenarbeit mit der Türkei Getrennte Mittel	p.m. (1)	p.m. (2)	p.m. (1)	p.m. (3)		
	Artikel B7-4 0 3 insgesamt	230 000	12 400 000	p.m.	12 000 000	0,—	2 172 573,67
B7-4 0 4	***Finanzielle Zusammenarbeit mit Zypern*** Getrennte Mittel	7 000 000	5 000 000	5 000 000	3 800 000	170 500,—	256 567,37

(1) Mittel in Höhe von 3 000 000 ECU sind in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.
(2) Mittel in Höhe von 2 500 000 ECU sind in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.
(3) Mittel in Höhe von 800 000 ECU sind in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Zusammenarbeit)

KAPITEL B7-4 0 — ZUSAMMENARBEIT MIT DEN LÄNDERN DES MITTELMEERRAUMS *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B7-4 0 3	*(Fortsetzung)*
B7-4 0 3 3	Beschluß 64/732/EWG des Rates vom 23. Dezember 1963 über ein Abkommen zur Gründung einer Assoziation zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Türkei (ABl. Nr. 217 vom 29. 12. 1964, S. 3685/64). Dieser Posten ist zur Deckung der Finanzierung bestimmter Maßnahmen, mit denen die Zusammenarbeit mit der Türkei verstärkt und die Modernisierung des Landes beschleunigt werden soll bestimmt. Zu diesen Maßnahmen gehören die Förderung von Bildung und Ausbildung, kulturellen Beziehungen, die Finanzierung von Seminaren und Aufenthalten von Sachverständigen und die Einrichtung eines Europäisch-Türkischen Management-Zentrums. Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen: p.m. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind						
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	3 000 000 (1)	800 000	1 700 000	500 000		
Mittel 1992	3 000 000 (1)		800 000	1 700 000	500 000	
Insgesamt	6 000 000	800 000 (1)	2 500 000 (1)	2 200 000	500 000	

(1) Diese Mittel sind in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

B7-4 0 4	Verordnung (EWG) Nr. 2760/78 des Rates vom 23. November 1978 über den Abschluß des Finanzprotokolls zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Republik Zypern (ABl. Nr. L 332 vom 29. 11. 1978, S. 1). Verordnung (EWG) Nr. 787/84 des Rates vom 26. März 1984 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Republik Zypern (ABl. Nr. L 85 vom 28. 3. 1984, S. 37). Beschluß 90/153/EWG des Rates vom 26. Februar 1990 über den Abschluß des Protokolls über finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Republik Zypern (ABl. Nr. L 82 vom 29. März 1990, S. 32). Das am 15. September 1977 unterzeichnete erste Finanzprotokoll sah für einen Zeitraum bis zum 31. Dezember 1983 die Gewährung vor von: — 20 000 000 ECU in Form von Darlehen aus den eigenen Mitteln der Europäischen Investitionsbank, — 10 000 000 ECU zu Lasten des Gesamthaushaltsplans in Form von Zinsvergütungen für Darlehen der Europäischen Investitionsbank, Zuschüssen und Sonderdarlehen.

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Zusammenarbeit)

KAPITEL B7-4 0 — ZUSAMMENARBEIT MIT DEN LÄNDERN DES MITTELMEERRAUMS *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B7-4 0 4	*(Fortsetzung)*						
B7-4 0 5	***Finanzprotokolle mit den Ländern im südlichen Mittelmeerraum***						
B7-4 0 5 0	Erste und zweite Finanzprotokolle mit den Ländern im südlichen Mittelmeerraum Getrennte Mittel	9 000 000	48 000 000	5 000 000	50 500 000	8 132 276,—	33 597 764,73

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Zusammenarbeit)

KAPITEL B7-4 0 — ZUSAMMENARBEIT MIT DEN LÄNDERN DES MITTELMEERRAUMS *(Fortsetzung)*

Artikel Posten | Erläuterungen

B7-4 0 4 *(Fortsetzung)*

Das am 20. Dezember 1983 unterzeichnete zweite Finanzprotokoll sah für einen Zeitraum bis zum 31. Dezember 1988 die Gewährung folgender Mittel vor:

— 28 000 000 ECU in Form von Darlehen der Europäischen Investitionsbank aus ihren eigenen Mitteln,

— 16 000 000 ECU zu Lasten des Gesamthaushaltsplans in Form von Zinsvergütungen für Darlehen der Europäischen Investitionsbank, Zuschüssen und Sonderdarlehen.

Das am 30. November 1989 unterzeichnete dritte Finanzprotokoll sieht für einen Zeitraum bis zum 31. Dezember 1993 die Gewährung folgender Mittel vor:

— 44 000 000 ECU in Form von Darlehen der Europäischen Investitionsbank aus ihren eigenen Mitteln,

— 18 000 000 ECU zu Lasten des Gesamthaushaltsplans in Form von Zinsvergütungen für Darlehen der Europäischen Investitionsbank, Zuschüssen und Risikokapital.

Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 7 000 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind	4 364 604	3 100 000	1 264 604			
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	5 000 000	700 000	2 735 396	1 564 604		
Mittel 1992	7 000 000		1 000 000	3 500 000	2 500 000	
Insgesamt	16 364 604	3 800 000	5 000 000	5 064 604	2 500 000	

B7-4 0 5

B7-4 0 5 0 Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, insbesondere Artikel 238.

Erste Finanzprotokolle

Verordnung (EWG) Nr. 2210/78 des Rates vom 26. September 1978 über den Abschluß des Kooperationsabkommens zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Demokratischen Volksrepublik Algerien (ABl. Nr. L 263 vom 27. 9. 1978, S. 1).

Verordnung (EWG) Nr. 2211/78 des Rates vom 26. September 1978 über den Abschluß des Kooperationsabkommens zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Königreich Marokko (ABl. Nr. L 264 vom 27. 9. 1978, S. 1).

Verordnung (EWG) Nr. 2212/78 des Rates vom 26. September 1978 über den Abschluß des Kooperationsabkommens zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Tunesischen Republik (ABl. Nr. L 265 vom 27. 9. 1978, S. 1).

Verordnung (EWG) Nr. 2213/78 des Rates vom 26. September 1978 über den Abschluß des Kooperationsabkommens zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Arabischen Republik Ägypten (ABl. Nr. L 266 vom 27. 9. 1978, S. 1).

Verordnung (EWG) Nr. 2214/78 des Rates vom 26. September 1978 über den Abschluß des Kooperationsabkommens zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Libanesischen Republik (ABl. Nr. L 267 vom 27. 9. 1978, S. 1).

Verordnung (EWG) Nr. 2215/78 des Rates vom 26. September 1978 über den Abschluß des Kooperationsabkommens zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Haschemitischen Königreich Jordanien (ABl. Nr. L 268 vom 27. 9. 1978, S. 1).

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Zusammenarbeit)

KAPITEL B7-4 0 — ZUSAMMENARBEIT MIT DEN LÄNDERN DES MITTELMEERRAUMS *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B7-4 0 5	*(Fortsetzung)*						
B7-4 0 5 0	*(Fortsetzung)*						

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Zusammenarbeit)

KAPITEL B7-4 0 — ZUSAMMENARBEIT MIT DEN LÄNDERN DES MITTELMEERRAUMS *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B7-4 0 5	*(Fortsetzung)*
B7-4 0 5 0	*(Fortsetzung)*

Verordnung (EWG) Nr. 2216/78 des Rates vom 26. September 1978 über den Abschluß des Kooperationsabkommens zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Arabischen Republik Syrien (ABl. Nr. L 269 vom 27. 9. 1978, S. 1).

Zweite Finanzprotokolle

Verordnung (EWG) Nr. 3177/82 des Rates vom 22. November 1982 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Demokratischen Volksrepublik Algerien (ABl. Nr. L 337 vom 29. 11. 1982, S. 1).

Verordnung (EWG) Nr. 3178/82 des Rates vom 22. November 1982 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Arabischen Republik Ägypten (ABl. Nr. L 337 vom 29. 11. 1982, S. 8).

Verordnung (EWG) Nr. 3179/82 des Rates vom 22. November 1982 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Haschemitischen Königreich Jordanien (ABl. Nr. L 337 vom 29. 11. 1982, S. 15).

Verordnung (EWG) Nr. 3180/82 des Rates vom 22. November 1982 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Libanesischen Republik (ABl. Nr. L 337 vom 29. 11. 1982, S. 22).

Verordnung (EWG) Nr. 3181/82 des Rates vom 22. November 1982 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Königreich Marokko (ABl. Nr. L 337 vom 29. 11. 1982, S. 29).

Verordnung (EWG) Nr. 3182/82 des Rates vom 22. November 1982 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Arabischen Republik Syrien (ABl. Nr. L 337 vom 29. 11. 1982, S. 36).

Verordnung (EWG) Nr. 3183/82 des Rates vom 22. November 1982 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Tunesischen Republik (ABl. Nr. L 337 vom 29. 11. 1982, S. 43).

Staaten	Erste Protokolle		Zweite Protokolle	
	Datum	Betrag	Datum	Betrag
Marokko	27. April 1976	74 000 000	10. Juni 1982	109 000 000
Algerien	26. April 1976	44 000 000	28. Oktober 1982	44 000 000
Tunesien	25. April 1976	54 000 000	28. Oktober 1982	61 000 000
Ägypten	18. Januar 1977	77 000 000	25. Mai 1982	126 000 000
Jordanien	18. Januar 1977	22 000 000	10. Juni 1982	26 000 000
Libanon	3. Mai 1977	10 000 000	17. Juni 1982	16 000 000
Syrien	18. Januar 1978	26 000 000	10. Juni 1982	33 000 000
Insgesamt		307 000 000		415 000 000

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Zusammenarbeit)

KAPITEL B7-4 0 — ZUSAMMENARBEIT MIT DEN LÄNDERN DES MITTELMEERRAUMS *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B7-4 0 5	*(Fortsetzung)*						
B7-4 0 5 0	*(Fortsetzung)*						
B7-4 0 5 1	Dritte und vierte Finanzprotokolle mit den Ländern im südlichen Mittelmeerraum Getrennte Mittel	200 000 000	115 000 000	160 000 000 (1)	85 000 000	173 099 870,61	38 884 411,78

(1) Für die für die vierten Finanzprotokolle vorgesehenen Zuweisungen sind Mittel in Höhe von 30 000 000 ECU in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Zusammenarbeit)

KAPITEL B7-4 0 — ZUSAMMENARBEIT MIT DEN LÄNDERN DES MITTELMEERRAUMS *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B7-4 0 5	*(Fortsetzung)*
B7-4 0 5 0	*(Fortsetzung)*

Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 9 000 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind	191 411 563	49 500 000	45 000 000	40 000 000	30 000 000	26 911 563
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen	4 270 000	500 000	1 000 000	1 200 000	1 000 000	570 000
Mittel 1991	5 000 000	500 000	1 000 000	1 200 000	1 000 000	1 300 000
Mittel 1992	9 000 000		1 000 000	1 800 000	2 500 000	3 700 000
Insgesamt	209 681 563	50 500 000	48 000 000	44 200 000	34 500 000	32 481 563

B7-4 0 5 1 *Dritte Finanzprotokolle*

Beschluß 88/30/EWG des Rates vom 21. Dezember 1987 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Demokratischen Volksrepublik Algerien (ABl. Nr. L 22 vom 27. 1. 1988, S. 1).

Beschluß 88/31/EWG des Rates vom 21. Dezember 1987 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Arabischen Republik Ägypten (ABl. Nr. L 22 vom 27. 1. 1988, S. 9).

Beschluß 88/32/EWG des Rates vom 21. Dezember 1987 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Haschemitischen Königreich Jordanien (ABl. Nr. L 22 vom 27. 1. 1988, S. 17).

Beschluß 88/33/EWG des Rates vom 21. Dezember 1987 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Libanesischen Republik (ABl. Nr. L 22 vom 27. 1. 1988, S. 25).

Beschluß 88/34/EWG des Rates vom 21. Dezember 1987 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Tunesischen Republik (ABl. Nr. L 22 vom 27. 1. 1988, S. 33).

Beschluß 88/453/EWG des Rates vom 30. Juni 1988 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Königreich Marokko (ABl. Nr. L 224 vom 13. 8. 1988, S. 32).

Empfehlung für einen Beschluß des Rates, von der Kommission vorgelegt am 20. Dezember 1990, über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Arabischen Republik Syrien (ABl. Nr. C 16 vom 24. 1. 1991, S. 9).

Vierte Finanzprotokolle

Empfehlung für einen Beschluß des Rates, von der Kommission vorgelegt am 6. Mai 1991, über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Arabischen Republik Ägypten, der Demokratischen Volksrepublik Algerien, dem Königreich Marokko und der Tunesischen Republik (ABl. Nr. C 135 vom 25. 5. 1991, S. 4).

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Zusammenarbeit)

KAPITEL B7-4 0 — ZUSAMMENARBEIT MIT DEN LÄNDERN DES MITTELMEERRAUMS *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B7-4 0 5	*(Fortsetzung)*						
B7-4 0 5 1	*(Fortsetzung)*						

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Zusammenarbeit)

KAPITEL B7-40 — ZUSAMMENARBEIT MIT DEN LÄNDERN DES MITTELMEERRAUMS *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B7-405	*(Fortsetzung)*
B7-4051	*(Fortsetzung)*

Empfehlung für Beschlüsse des Rates, von der Kommission vorgelegt am 31. Mai 1991, über den Abschluß der Protokolle über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Haschemitischen Königreich Jordanien, der Libanesischen Republik und der Arabischen Republik Syrien (ABl. Nr. C 162 vom 21. 6. 1991, S. 5).

Beschluß 92/44/EWG des Rates vom 19. Dezember 1991 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Tunesischen Republik (ABl. Nr. L 18 vom 25. 1. 1992, S. 34).

Beschluß .../EWG des Rates vom ... über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Demokratischen Volksrepublik Algerien (ABl. Nr. L ... vom ..., S. ...).

Beschluß .../EWG des Rates vom ... über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Arabischen Republik Ägypten (ABl. Nr. L ... vom ..., S. ...).

Beschluß .../EWG des Rates vom ... über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Haschemitischen Königreich Jordanien (ABl. Nr. L ... vom ..., S. ...).

Beschluß .../EWG des Rates vom ... über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Libanesischen Republik (ABl. Nr. L ... vom, ..., S. ...).

Beschluß .../EWG des Rates vom ... über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Königreich Marokko (ABl. Nr. L ... vom ..., S. ...).

Beschluß .../EWG des Rates vom ... über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Arabischen Republik Syrien (ABl. Nr. C ... vom ..., S. ...).

Dieser Mittelansatz deckt die Durchführung der nicht aus EIB-Mitteln stammenden Finanzhilfen im Rahmen der dritten und vierten Finanzprotokolle mit den Mittelmeerländern im südlichen Mittelmeerraum. Die dritten Protokolle sollen den Zeitraum vom 1. November 1986 bis 31. Oktober 1991 und die vierten Protokolle den Zeitraum vom 1. November 1991 bis 31. Oktober 1996 erfassen.

Staaten	Dritte Protokolle		Vierte Protokolle (1)	
	Unterzeichnung	Betrag	Unterzeichnung	Betrag
Marokko	26. Mai 1988	173 000 000	20. Juni 1991	218 000 000
Algerien	26. Oktober 1987	56 000 000	20. Juni 1991	70 000 000
Tunesien	26. Oktober 1987	93 000 000	20. Juni 1991	116 000 000
Ägypten	26. Oktober 1987	200 000 000	26. Juni 1991	258 000 000
Jordanien	26. Oktober 1987	37 000 000	26. Juni 1991	46 000 000
Libanon	2. Dezember 1987	20 000 000	18. September 1991	24 000 000
Syrien	7. Februar 1991	36 000 000	17. Juli 1991	43 000 000
Insgesamt		615 000 000		775 000 000

(1) Dieser Posten umfaßt für den Zeitraum 1991-1996 auch einen Betrag von 300 000 000 ECU zur Finanzierung der Begleitmaßnahmen im Zusammenhang mit den Wirtschaftsreformen in einigen Mittelmeerdrittländern im Rahmen der vierten Finanzprotokolle.

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Zusammenarbeit)

KAPITEL B7-4 0 — ZUSAMMENARBEIT MIT DEN LÄNDERN DES MITTELMEERRAUMS *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B7-4 0 5	*(Fortsetzung)*						
B7-4 0 5 1	*(Fortsetzung)*						
	Artikel B7-4 0 5 insgesamt	209 000 000	163 000 000	165 000 000	135 500 000	181 232 146,61	72 482 176,51
B7-4 0 6	***Finanzielle Unterstützung der Gebiete Westjordanien und Gaza***						
	Getrennte Mittel	12 000 000	8 800 000	10 000 000	8 000 000	6 000 000,—	2 644 029,02

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Zusammenarbeit)

KAPITEL B7-4 0 — ZUSAMMENARBEIT MIT DEN LÄNDERN DES MITTELMEERRAUMS *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen

B7-4 0 5 *(Fortsetzung)*

B7-4 0 5 1 *(Fortsetzung)*

Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 200 000 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind	389 281 102	76 500 000	77 000 000	70 000 000	65 000 000	100 781 102
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen	5 500 000	500 000	1 000 000	1 000 000	1 000 000	2 000 000
Mittel 1991	190 000 000 (1)	8 000 000	28 000 000	30 000 000	25 000 000	99 000 000
Mittel 1992	200 000 000		9 000 000	29 000 000	24 000 000	138 000 000
Insgesamt	784 781 102	85 000 000	115 000 000	130 000 000	115 000 000	339 781 102

(1) Davon sind 30 000 000 ECU in Kapitel B0-4 0 eingesetzt (dies entspricht den Verpflichtungen, die sich aus den vierten Finanzprotokollen mit den Ländern des südlichen Mittelmeerraums ergeben).

B7-4 0 6 Mittelansatz zur Finanzierung von Maßnahmen im Produktionsbereich (Landwirtschaft, Fischerei, Industrie), im Bereich der städtischen und ländlichen Entwicklung, des Gesundheitswesens und der Ausbildung zugunsten der palästinensischen Bevölkerung der Gebiete Westjordanien und Gaza, die in den Kooperationsabkommen zwischen der Gemeinschaft und den Nachbarstaaten nicht erfaßt sind.

Mit diesen Mitteln werden auch die zur Durchführung der Hilfen notwendige technische Hilfe sowie die Kosten für Prüfung und Erfolgskontrolle der Projekte finanziert.

Spezielle prioritäre Maßnahmen sind Projekte im Bereich Gesundheit und Hygiene.

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Zusammenarbeit)

KAPITEL B7-40 — ZUSAMMENARBEIT MIT DEN LÄNDERN DES MITTELMEERRAUMS *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B7-406	*(Fortsetzung)*						
B7-407	***Hilfen zugunsten des Hilfswerks der Vereinten Nationen für die Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA)***						
B7-4070	Abkommen zwischen der EWG und dem Hilfswerk der Vereinten Nationen für die Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA) Nichtgetrennte Mittel	2 000 000	2 000 000	2 700 000	2 700 000	3 400 000,—	3 400 000,—
B7-4071	Zusätzliche Hilfe zugunsten des Hilfswerks der Vereinten Nationen für die Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten Nichtgetrennte Mittel	26 000 000	26 000 000	24 000 000	24 000 000	22 000 000,—	22 000 000,—
	Artikel B7-407 insgesamt	28 000 000	28 000 000	26 700 000	26 700 000	25 400 000,—	25 400 000,—

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Zusammenarbeit)

KAPITEL B7-40 — ZUSAMMENARBEIT MIT DEN LÄNDERN DES MITTELMEERRAUMS *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen

B7-406 *(Fortsetzung)*

Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 12 000 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind	10 515 031	7 000 000	3 000 000	515 031		
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	10 000 000	1 000 000	4 600 000	3 000 000	1 400 000	
Mittel 1992	12 000 000		1 200 000	5 000 000	3 400 000	2 400 000
Insgesamt	32 515 031	8 000 000	8 800 000	8 515 031	4 800 000	2 400 000

B7-407

B7-4070 Beschluß 90/222/EWG des Rates vom 23. April 1990 über den Abschluß des Abkommens zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Hilfswerk der Vereinten Nationen für die Palästinaflüchtlinge (UNRWA) über Hilfsmaßnahmen für Flüchtlinge in den Nahostländern (ABl. Nr. L 118 vom 9. 5. 1990, S. 36).

Diese Mittel sollen die Ausgaben für den Beitrag der Gemeinschaft zur Abwicklung des Nahrungsmittelunterstützungsprogramms für die Palästinaflüchtlinge in Nahostländern decken.

B7-4071 Beschluß 90/222/EWG des Rates vom 23. April 1990 über den Abschluß des Abkommens zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Hilfswerk der Vereinten Nationen für die Palästinaflüchtlinge (UNRWA) über Hilfsmaßnahmen für Flüchtlinge in den Nahostländern (ABl. Nr. L 118 vom 9. 5. 1990, S. 36).

Diese Mittel decken die Beteiligung der Gemeinschaft an der Finanzierung der Bildungs- und Gesundheitsprogramme des Hilfswerks der Vereinten Nationen für die Palästinaflüchtlinge (UNRWA), die im Rahmen des am 26. April 1990 unterzeichneten siebten Abkommens für den Zeitraum vom 1. Januar 1990 bis 31. Dezember 1992 festgesetzt ist.

KOMMISSION

Teileinzelplan B7
(Zusammenarbeit)

KAPITEL B7-4 0 — ZUSAMMENARBEIT MIT DEN LÄNDERN DES MITTELMEERRAUMS *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B7-4 0 8	***Maßnahmen zur Förderung der Verwirklichung eines Globalkonzepts im Mittelmeerraum***						
B7-4 0 8 0	Maßnahmen zur Förderung der multilateralen regionalen oder subregionalen Zusammenarbeit im Mittelmeerraum						
	Getrennte Mittel	64 000 000	33 800 000	3 300 000	1 800 000	1 496 713,—	1 114 489,44
	(Unterstützungsausgaben)	*(200 000)*	*(200 000)*	*(200 000)*	*(200 000)*	*(0,—)*	*(0,—)*
B7-4 0 8 1	Zusammenarbeit mit den arabischen Ländern auf regionaler Ebene, einschließlich der Gründung einer europäisch-arabischen Universität						
	Nichtgetrennte Mittel	500 000	500 000	500 000	500 000	0,—	0,—
B7-4 0 8 5	Maßnahmen zur Förderung der Investitionen und des Zustroms von neuem Kapital in Mittelmeerstaaten, die nicht der Gemeinschaft angehören						
	Getrennte Mittel	10 800 000	5 600 000	1 500 000 (1)	1 500 000	2 938 093,—	172 860,—

(1) Mittel in Höhe von 1 500 000 ECU sind in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Zusammenarbeit)

KAPITEL B7-4 0 — ZUSAMMENARBEIT MIT DEN LÄNDERN DES MITTELMEERRAUMS *(Fortsetzung)*

Artikel Posten | Erläuterungen

B7-4 0 8

B7-4 0 8 0 Unter Berücksichtigung der in Posten B8-7 4 8 0 eingesetzten Mittel beläuft sich der Gesamtbetrag für diese Maßnahmen auf 64 200 000 ECU für Verpflichtungsermächtigungen und 34 000 000 ECU für Zahlungsermächtigungen (1991: 3 500 000 ECU für Verpflichtungsermächtigungen und 2 000 000 ECU für Zahlungsermächtigungen).

Vorschlag für eine Verordnung (EWG) des Rates von der Kommission vorgelegt am 27. Februar 1991, über die finanzielle Zusammenarbeit mit allen Drittländern im Mittelmeerraum (ABl. Nr. C 68 vom 16. 3. 1991, S. 11).

Veranschlagt sind die Mittel zur Finanzierung einer Reihe von Maßnahmen zur Ergänzung der bestehenden Formen der bilateralen Zusammenarbeit durch Aktionen zur Unterstützung der multilateralen, regionalen und subregionalen Zusammenarbeit, deren Wert von der Gemeinschaft und den Partnerländern anerkannt wird; diese Aktionen betreffen vor allem die Bereiche Industrie, Handel, Landwirtschaft, Energie, Bergbau, Wissenschaft, Umweltschutz (Zinsvergütung für EIB-Darlehen), Fremdenverkehr und Verkehrswesen.

Mit diesen Mitteln werden auch die Maßnahmen der technischen Hilfe finanziert.

Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 64 000 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind	1 470 322	500 000	970 322			
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	3 300 000	1 300 000	2 000 000			
Mittel 1992	64 000 000		30 829 678	30 000 000	3 170 322	
Insgesamt	68 770 322	1 800 000	33 800 000	30 000 000	3 170 322	

B7-4 0 8 1 Entschließung des Rates vom 8. Februar 1977 über den europäisch-arabischen Dialog.

Diese Mittel dienen zur Finanzierung der im Rahmen des europäisch-arabischen Dialogs definierten Aktivitäten wie die Gründung einer europäisch-arabischen Universität (mit Ausnahme der Finanzierung von Vorhaben). Der Beitrag der Gemeinschaften stellt die Ergänzung der Mehrheitsbeteiligung der arabischen Partner an diesen Aktivitäten dar.

B7-4 0 8 5 Vorschlag für eine Verordnung (EWG) des Rates, von der Kommission vorgelegt am 5. Dezember 1990, über das Finanzierungsinstrument „EC-International Investment Partners" für die Länder Asiens, Lateinamerikas und des Mittelmeerraums (ABl. Nr. C 81 vom 26. 3. 1991, S. 6), geändert am 20. November 1991 (ABl. Nr. C 314 vom 5. 12. 1991, S. 9).

Veranschlagt sind Mittel zur Finanzierung verschiedener Maßnahmen zur Förderung der Investitionen von Unternehmen in der Gemeinschaft in den Mittelmeerländern, die mit der Gemeinschaft aufgrund von Abkommen über die wirtschaftliche und handelspolitische Zusammenarbeit oder wirtschaftlicher und handelspolitischer Assoziation zusammenarbeiten.

Bei diesen Maßnahmen handelt es sich insbesondere um Joint Ventures zwischen Unternehmen der Gemeinschaft und Unternehmen der Empfängerländer einschließlich der Unternehmen der Gemeinwirtschaft, um technische Hilfe in Form von Darlehen oder Risikokapitalbeiträgen, die nur im Falle der Durchführbarkeit und des Erfolgs der Investition zurückzuzahlen sind.

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Zusammenarbeit)

KAPITEL B7-4 0 — ZUSAMMENARBEIT MIT DEN LÄNDERN DES MITTELMEERRAUMS *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B7-4 0 8	*(Fortsetzung)*						
B7-4 0 8 5	*(Fortsetzung)*						
B7-4 0 8 6	Beobachtung der Wanderungsbewegungen Nichtgetrennte Mittel	1 000 000	1 000 000	1 000 000	1 000 000		
	Artikel B7-4 0 8 insgesamt	76 300 000 *(200 000)*	40 900 000 *(200 000)*	6 300 000 *(200 000)*	4 800 000 *(200 000)*	4 434 806,— *(0,—)*	1 287 349,44 *(0,—)*
B7-4 0 9	***Finanzielle Zusammenarbeit mit Jugoslawien***						
B7-4 0 9 1	Drittes Finanzprotokoll mit Jugoslawien Getrennte Mittel	p.m. (1)	p.m. (2)	p.m. (1)	p.m. (3)		

(1) Mittel in Höhe von 15 000 000 ECU sind in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.
(2) Mittel in Höhe von 12 000 000 ECU sind in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.
(3) Mittel in Höhe von 2 000 000 ECU sind in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Zusammenarbeit)

KAPITEL B7-40 — ZUSAMMENARBEIT MIT DEN LÄNDERN DES MITTELMEERRAUMS *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B7-408	*(Fortsetzung)*
B7-4085	*(Fortsetzung)* Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 10 800 000 ECU. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind	4 149 141	1 200 000	2 900 000	49 141		
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	3 000 000 (1)	300 000	2 700 000			
Mittel 1992	10 800 000		p.m.	5 000 000	5 000 000	800 000
Insgesamt	17 949 141	1 500 000	5 600 000	5 049 141	5 000 000	800 000

(1) Davon sind 1 500 000 ECU in Kapitel B0-40 eingesetzt.

B7-4086	Diese Mittel sind für die Schaffung einer Stelle bestimmt, die die Wanderungsbewegungen im Mittelmeerraum beobachten und einen Beitrag zur Bewältigung des Problems der Einwanderung aus Drittländern in die Gemeinschaft leisten soll; dieses Problem soll auch mit Hilfe von Maßnahmen angegangen werden, die im Kontext des Engagements für die Entwicklung der Länder, aus denen die größten Wanderungsbewegungen kommen, unternommen werden.
B7-409	
B7-4091	Vorschlag für einen Beschluß des Rates, von der Kommission vorgelegt am 6. April 1991, über den Abschluß des dritten Protokolls über die finanzielle Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien (ABl. Nr. C 134 vom 24. 5. 1991, S. 5). Nach dem am 24. Juni 1991 unterzeichneten dritten Finanzprotokoll mit Jugoslawien werden für die Zeit bis 30. Juni 1996 gewährt: — 730 000 000 ECU als Darlehen der Europäischen Investitionsbank aus deren eigenen Mitteln, — 77 000 000 ECU zu Lasten des Gesamthaushaltsplans in Form von Zinsvergütungen für Darlehen der Europäischen Investitionsbank für die Verkehrsinfrastruktur.

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Zusammenarbeit)

KAPITEL B7-4 0 — ZUSAMMENARBEIT MIT DEN LÄNDERN DES MITTELMEERRAUMS *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B7-4 0 9	*(Fortsetzung)*						
B7-4 0 9 1	*(Fortsetzung)*						
	Artikel B7-4 0 9 insgesamt	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.		
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt	31 500 000	31 500 000	28 200 000	28 200 000	28 340 000,—	28 340 000,—
	Getrennte Mittel insgesamt	305 030 000	246 100 000	188 800 000	183 000 000	199 466 952,61	90 119 020,77
	KAPITEL B7-4 0 INSGESAMT	336 530 000 *(200 000)*	277 600 000 *(200 000)*	217 000 000 *(200 000)*	211 200 000 *(200 000)*	227 806 952,61 *(0,—)*	118 459 020,77 *(0,—)*
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt	31 500 000	31 500 000	28 200 000	28 200 000	28 340 000,—	28 340 000,—
	Getrennte Mittel insgesamt	305 030 000	246 100 000	188 800 000	183 000 000	199 466 952,61	90 119 020,77
	Titel B7-4 insgesamt	**336 530 000** *(200 000)*	**277 600 000** *(200 000)*	**217 000 000** *(200 000)*	**211 200 000** *(200 000)*	**227 806 952,61** *(0,—)*	**118 459 020,77** *(0,—)*

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Zusammenarbeit)

KAPITEL B7-40 — ZUSAMMENARBEIT MIT DEN LÄNDERN DES MITTELMEERRAUMS *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B7-409	*(Fortsetzung)*
B7-4091	*(Fortsetzung)* Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen: p.m. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind						
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	15 000 000 (1)	2 000 000	10 000 000	3 000 000		
Mittel 1992	15 000 000 (1)		2 000 000	10 000 000	3 000 000	
Insgesamt	30 000 000	2 000 000 (1)	12 000 000 (1)	13 000 000	3 000 000	

(1) Diese Mittel sind in Kapitel B0-40 eingesetzt.

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Zusammenarbeit)

TITEL B7-5

SONSTIGE MASSNAHMEN DER ZUSAMMENARBEIT

KAPITEL B7-5 0 — SONSTIGE MASSNAHMEN DER ZUSAMMENARBEIT

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
	KAPITEL B7-5 0						
B7-5 0 0	***Humanitäre Hilfe***						
B7-5 0 0 0	Gemeinschaftshilfe für die Bevölkerung der Entwicklungsländer und Drittländer, die von Katastrophen betroffen sind						
	Nichtgetrennte Mittel	38 500 000	38 500 000	118 500 000	118 500 000	37 296 716,42	37 296 716,42
B7-5 0 0 1	Humanitäre Aktionen für Drittländer (ausgenommen Soforthilfen)						
	Nichtgetrennte Mittel	5 000 000	5 000 000	5 000 000	5 000 000	3 919 217,—	3 919 217,—
B7-5 0 0 9	Sonderprogramm zur Bekämpfung des Hungers in der Welt						
	Getrennte Mittel	—	2 300 000	—	3 000 000	0,—	2 681 442,94
	Artikel B7-5 0 0 insgesamt	43 500 000	45 800 000	123 500 000	126 500 000	41 215 933,42	43 897 376,36

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Zusammenarbeit)

TITEL B7-5

SONSTIGE MASSNAHMEN DER ZUSAMMENARBEIT

KAPITEL B7-5 0 — SONSTIGE MASSNAHMEN DER ZUSAMMENARBEIT

Artikel Posten	Erläuterungen
B7-5 0 0	
B7-5 0 0 0	Dieser Mittelansatz soll es der Gemeinschaft ermöglichen, in Katastrophenfällen der betroffenen Bevölkerung in Entwicklungsländern und Drittländern Soforthilfen zu gewähren (insbesondere durch Bereitstellung von Teams von Ärzten und medizinischem Hilfspersonal, Medikamenten, medizinischem Kleinmaterial, Decken, Zelten und Überwachungsteams).
B7-5 0 0 1	Diese Mittel sollen der Gemeinschaft die Möglichkeit geben, unter außergewöhnlich gravierenden Umständen tätig zu werden, um insbesondere die Hilfe an Polen fortzusetzen und gegebenenfalls anderen Drittländern in vergleichbaren Situationen zu helfen. Sie decken außerdem Stipendien in Lehrkrankenhäusern der Gemeinschaft für Staatsangehörige der Empfängerländer, damit sie die zur Beseitigung der dringendsten örtlichen medizinischen Probleme erforderlichen Kenntnisse erwerben können, einschließlich der Bereitstellung der wichtigsten Geräte.
B7-5 0 0 9	Verordnung (EWG) Nr. 1993/83 des Rates vom 11. Juli 1983 über die Durchführung eines Sonderprogramms zur Bekämpfung des Hungers in der Welt (ABl. Nr. L 196 vom 20. 7. 1983, S. 6). Diese Verordnung ist am 31. Dezember 1984 ungültig geworden. Veranschlagt sind die Ausgaben für die Aktionen zur Unterstützung der Empfängerländer, die begonnen haben, den Umfang ihrer Nahrungsmittel-Selbstversorgung zu erhöhen, sowie für die Aktionen zur Erhaltung ihrer natürlichen Umwelt und deren besserer Nutzung. Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen: —. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind	5 348 957	3 000 000	2 300 000	48 957		
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	—	—				
Mittel 1992	—		—			
Insgesamt	5 348 957	3 000 000	2 300 000	48 957		

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Zusammenarbeit)

KAPITEL B7-5 0 — SONSTIGE MASSNAHMEN DER ZUSAMMENARBEIT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B7-5 0 1	***Beteiligung der Gemeinschaft an Maßnahmen von Nichtregierungsorganisationen (NRO) zugunsten der Entwicklungsländer***						
B7-5 0 1 0	Beteiligung der Gemeinschaft an Maßnahmen von Nichtregierungsorganisationen (NRO) zugunsten der Entwicklungsländer						
	Getrennte Mittel	110 000 000	95 000 000	104 281 000	87 281 000	89 602 114,—	73 803 183,59
	(Unterstützungsausgaben)	*(700 000)*	*(700 000)*	*(719 000)*	*(719 000)*	*(200 905,04)*	*(200 905,04)*
B7-5 0 1 1	Kofinanzierungsverfahren bei Nahrungsmittel- oder Saatgutkäufen von internationalen Organisationen und Nichtregierungsorganisationen						
	Getrennte Mittel	5 000 000	7 600 000	5 000 000	7 200 000	10 000 000,—	10 354 793,23

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Zusammenarbeit)

KAPITEL B7-5 0 — SONSTIGE MASSNAHMEN DER ZUSAMMENARBEIT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B7-5 0 1	
B7-5 0 1 0	Unter Berücksichtigung der in Posten B8-7 5 1 0 eingesetzten Mittel beläuft sich der Gesamtbetrag für diese Maßnahmen auf 110 700 000 ECU für Verpflichtungsermächtigungen und 95 700 000 ECU für Zahlungsermächtigungen (1991: 105 000 000 ECU für Verpflichtungsermächtigungen und 88 000 000 ECU für Zahlungsermächtigungen). Mitteilung der Kommission an den Rat vom 6. Oktober 1975 (KOM(75) 504 endg.). Veranschlagt sind die Mittel zur Finanzierung folgender Maßnahmen: — *gemeinsame Finanzierung (Gemeinschaft/NRO) von Aktionen zugunsten der ärmsten Bevölkerungsteile der assoziierten* oder nichtassoziierten Entwicklungsländer und Durchführung der gemeinsamen Finanzierung, — Beitrag zum Haushalt des Verbindungsausschusses der Nichtregierungsorganisationen und der Kommission, — Finanzierung von Aktionen, die in den Mitgliedstaaten von Nichtregierungsorganisationen zur Aufklärung der Öffentlichkeit über Entwicklungsfragen durchgeführt werden, — Dienstreisekosten im Zusammenhang mit der Kontrolle der Durchführung der Aktionen. Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 110 000 000 ECU. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind	97 209 368	35 141 000	25 400 000	15 000 000	9 000 000	12 668 368
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	104 281 000	52 140 000	21 000 000	13 000 000	7 500 000	10 641 000
Mittel 1992	110 000 000		48 600 000	31 700 000	10 000 000	19 700 000
Insgesamt	311 490 368	87 281 000	95 000 000	59 700 000	26 500 000	43 009 368

B7-5 0 1 1	Verordnung (EWG) Nr. 2508/88 des Rates vom 4. August 1988 über die Durchführung von Kofinanzierungsverfahren bei Nahrungsmittel- oder Saatgutkäufen von internationalen Organisationen und Nichtregierungsorganisationen (ABl. Nr. L 220 vom 11. 8. 1988, S. 4), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1930/90 (ABl. Nr. L 174 vom 7. 7. 1990, S. 6). Mittelansatz zur Finanzierung des Beitrags der Gemeinschaft zu Maßnahmen, die von internationalen Organisationen und Nichtregierungsorganisationen ausgeführt werden und den Kauf von Nahrungsmitteln und Saatgut oder den Kauf von Werkzeug und Material und ihre Beförderung bis zum Bestimmungsort betreffen. Die Höhe des Beitrags der Gemeinschaft zu diesen Maßnahmen beträgt mindestens 25 % und höchstens 75 % der diesbezüglichen Gesamtkosten.

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Zusammenarbeit)

KAPITEL B7-5 0 — SONSTIGE MASSNAHMEN DER ZUSAMMENARBEIT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B7-5 0 1	*(Fortsetzung)*						
B7-5 0 1 1	*(Fortsetzung)*						
	Artikel B7-5 0 1 insgesamt	115 000 000 *(700 000)*	102 600 000 *(700 000)*	109 281 000 *(719 000)*	94 481 000 *(719 000)*	99 602 114,— *(200 905,04)*	84 157 976,82 *(200 905,04)*
B7-5 0 2	***Ausgaben für bestimmte Abkommen im Bereich der Zusammenarbeit und des Handels***						
B7-5 0 2 0	Maßnahmen im Rahmen der Abkommen über die wirtschaftliche und handelspolitische Zusammenarbeit mit Drittländern						
	Getrennte Mittel	8 000 000	5 000 000	6 000 000	500 000	8 960 574,94	5 767 764,28
	(Unterstützungsausgaben)	*(2 500 000)*	*(2 500 000)*	*(7 000 000)*	*(7 000 000)*	*(1 573 533,10)*	*(1 573 533,10)*

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Zusammenarbeit)

KAPITEL B7-5 0 — SONSTIGE MASSNAHMEN DER ZUSAMMENARBEIT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B7-5 0 1	*(Fortsetzung)*
B7-5 0 1 1	*(Fortsetzung)* Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 5 000 000 ECU. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind	8 658 044	5 500 000	3 158 044			
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	5 000 000	1 700 000	2 341 956	958 044		
Mittel 1992	5 000 000		2 100 000	2 700 000	200 000	
Insgesamt	18 658 044	7 200 000	7 600 000	3 658 044	200 000	

B7-5 0 2	
B7-5 0 2 0	Unter Berücksichtigung der in Posten B8-7 5 2 0 eingesetzten Mittel beläuft sich der Gesamtbetrag für diese Maßnahmen auf 10 500 000 ECU für Verpflichtungsermächtigungen und 7 500 000 ECU für Zahlungsermächtigungen (1991: 13 000 000 ECU für Verpflichtungsermächtigungen und 7 500 000 ECU für Zahlungsermächtigungen). Veranschlagt sind Mittel zur Finanzierung verschiedener Aktionen, die im Rahmen der Kooperationsabkommen mit den ASEAN-Ländern, Indien, Pakistan, Bangladesch, Sri Lanka, China, Mexiko, Brasilien, Uruguay, Paraguay, Argentinien, Chile, dem Andenpakt, Jugoslawien, Kanada, Rumänien, Israel und der Arabischen Republik Jemen, Zentralamerika und den Golfstaaten, Ungarn, der Tschechoslowakei, Bulgarien, Polen, der Sowjetunion und gegebenenfalls anderen Ländern, die Kooperationsabkommen im Laufe des Jahres unterzeichnet haben, in den Bereichen Industrie, Wissenschaft und Technik, Energie, Bergbau, Verkehrs- und Nachrichtenwesen, Fremdenverkehr, Landwirtschaft und Fischerei durchgeführt werden.

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Zusammenarbeit)

KAPITEL B7-5 0 — SONSTIGE MASSNAHMEN DER ZUSAMMENARBEIT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B7-5 0 2	*(Fortsetzung)*						
B7-5 0 2 0	*(Fortsetzung)*						
B7-5 0 2 1	Unterstützungsmaßnahmen im Bereich der Außenbeziehungen, insbesondere während der GATT-Verhandlungen der Uruguay-Runde und im Anschluß daran						
	Nichtgetrennte Mittel	200 000	200 000	200 000	200 000	2 166 176,—	2 166 176,—
	(Unterstützungsausgaben)	*(p.m.)*	*(p.m.)*	*(300 000)*	*(300 000)*	*(333 823,50)*	*(333 823,50)*
B7-5 0 2 4	Übernahme der von einigen Entwicklungsländern geschuldeten Beiträge zum Gemeinsamen Fonds für Rohstoffe						
	Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	1 830 000	1 830 000		
	Artikel B7-5 0 2 insgesamt	8 200 000 *(2 500 000)*	5 200 000 *(2 500 000)*	8 030 000 *(7 300 000)*	2 530 000 *(7 300 000)*	11 126 750,94 *(1 907 356,60)*	7 933 940,28 *(1 907 356,60)*
B7-5 0 3	***Bildung und Ausbildung im Entwicklungsbereich***						
B7-5 0 3 0	Gestaltung von Seminaren über das System der allgemeinen Zollpräferenzen der Europäischen Gemeinschaften						
	Nichtgetrennte Mittel	110 000	110 000	p.m.	p.m.	181 441,—	181 441,—
	(Unterstützungsausgaben)	*(170 000)*	*(170 000)*	*(270 000)*	*(270 000)*	*(0,—)*	*(0,—)*

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Zusammenarbeit)

KAPITEL B7-5 0 — SONSTIGE MASSNAHMEN DER ZUSAMMENARBEIT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B7-5 0 2	*(Fortsetzung)*
B7-5 0 2 0	*(Fortsetzung)* Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 8 000 000 ECU. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind	11 447 196	500 000	2 000 000	4 000 000	4 000 000	947 196
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	6 000 000		1 000 000	2 000 000	2 000 000	1 000 000
Mittel 1992	8 000 000		2 000 000	4 000 000	2 000 000	
Insgesamt	25 447 196	500 000	5 000 000	10 000 000	8 000 000	1 947 196

B7-5 0 2 1	In Posten B8-7 5 2 1 ist ein „p.m." eingetragen (Gesamtbetrag 1991: 500 000 ECU). Diese Mittel sollen es der Kommission ermöglichen, ihre vielfältigen Maßnahmen im Bereich der Außenbeziehungen und insbesondere die Unterstützungsmaßnahmen während der Zoll- und Handelsverhandlungen auch weiterhin mit einem Höchstmaß an Effizienz durchzuführen.
B7-5 0 2 4	Beschluß des Rates vom 29. Mai 1990 über den Abschluß des Übereinkommens zur Gründung des Gemeinsamen Fonds für Rohstoffe (ABl. Nr. L 182 vom 14. 7. 1990, S. 1). Auf der sechsten Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (6. Juni bis 3. Juli 1983 in Belgrad) hat sich die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft verpflichtet, die Kapitalbeitragszahlungen in den Gemeinsamen Rohstoff-Fonds für die drei Entwicklungsländer Togo, Äquatorialguinea und Sao Tomé und Principe zu übernehmen. Da das internationale Abkommen über den Gemeinsamen Fonds am 18. Juni 1989 in Kraft getreten ist, waren die Mittel 1991 dazu bestimmt, die von der Gemeinschaft in diesem Bereich eingegangene Verpflichtung zu erfüllen.
B7-5 0 3	
B7-5 0 3 0	Unter Berücksichtigung der in Posten B8-7 5 3 0 eingesetzten Mittel beläuft sich der Gesamtbetrag für diese Maßnahmen auf 280 000 ECU (1991: 270 000 ECU). Entschließung des Rates vom 30. April 1974 über die Förderung der Ausfuhren der Entwicklungsländer. Entschließung des Rates vom 3. März 1975 über die künftige Entwicklung der allgemeinen Zollpräferenzen der Gemeinschaft. Verordnung (EWG) Nr. 3322/80 des Rates vom 16. Dezember 1980 zur Festsetzung eines für mehrere Jahre geltenden Schemas allgemeiner Zollpräferenzen und zu dessen Anwendung auf bestimmte gewerbliche Waren mit Ursprung in Entwicklungsländern im Jahr 1981 (ABl. Nr. L 354 vom 29. 12. 1980, S. 114).

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Zusammenarbeit)

KAPITEL B7-5 0 — SONSTIGE MASSNAHMEN DER ZUSAMMENARBEIT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B7-5 0 3	*(Fortsetzung)*						
B7-5 0 3 0	*(Fortsetzung)*						
B7-5 0 3 1	Zuschüsse für die Ausbildung von Angehörigen der Entwicklungsländer						
	Nichtgetrennte Mittel	1 500 000	1 500 000	1 200 000	1 200 000	1 032 925,—	1 032 925,—
B7-5 0 3 2	Aktionen zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit und entwicklungspolitische Öffentlichkeitsarbeit						
	Nichtgetrennte Mittel	766 000	766 000	750 000	750 000	587 850,69	587 850,69
	(Unterstützungsausgaben)	*(p.m.)*	*(p.m.)*	*(p.m.)*	*(p.m.)*	*(12 075,—)*	*(12 075,—)*
B7-5 0 3 3	Ausbildungsaufenthalte in den Kommissionsdienststellen für Staatsangehörige dritter Länder						
	Nichtgetrennte Mittel	150 000	150 000	140 000	140 000	290 000,—	290 000,—
B7-5 0 3 4	Ausbildung nationaler Beamter und Experten in Delegationen						
	Nichtgetrennte Mittel	2 000 000	2 000 000				
B7-5 0 3 5	Programm AVICENNA (Wissenschaftliche und technologische Zusammenarbeit mit den Maghreb-Ländern und sonstigen Ländern des Mittelmeeraums)						
	Getrennte Mittel	5 000 000	2 800 000				

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Zusammenarbeit)

KAPITEL B7-5 0 — SONSTIGE MASSNAHMEN DER ZUSAMMENARBEIT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B7-5 0 3	*(Fortsetzung)*
B7-5 0 3 0	*(Fortsetzung)* Diese Mittel sind bestimmt zur Deckung der Kosten zur Veranstaltung der Seminare über das System der allgemeinen Zollpräferenzen, der Fachtagungen und der Studien über die Ausnutzung des Systems (Saalmieten, Einrichtung von Dolmetscherkabinen, Dokumentation, Entsendung und/oder Leistungen von Sachverständigen usw.). Durch diese Seminare und Fachtagungen soll das Verständnis der Erzeuger und Exporteure der Entwicklungsländer für die mit der Ausfuhr bestimmter Erzeugnisse in die Gemeinschaft verbundenen Probleme und geeignete Lösungen geweckt werden.
B7-5 0 3 1	Diese Mittel sind für eine Beteiligung an der Finanzierung der Ausgaben für die Einführung oder Verbesserung spezieller Ausbildungsmaßnahmen bzw. Lehrmittel für Staatsangehörige der Entwicklungsländer durch europäische Ausbildungsinstitute bestimmt. Diese Mittel sind auch als Beitrag zur Ausbildung von in Europa lebenden Einwanderern aus Entwicklungsländern gedacht, die sich wieder in ihrem Ursprungsland eingliedern wollen.
B7-5 0 3 2	In Posten B8-7 5 3 2 wurde ein „p.m."-Vermerk eingetragen (Gesamtbetrag 1991: 750 000 ECU). Diese Mittel sind zur Deckung der Maßnahmen zur Förderung eines besseren Verständnisses der Öffentlichkeit für die Entwicklungsprobleme der Dritten Welt und der Kooperationspolitik der Gemeinschaft und ihrer Mitgliedstaaten bestimmt, insbesondere der Maßnahmen im audiovisuellen Bereich und zur Ausbildung in Entwicklungsfragen sowie des „Lorenzo Natali"-Preises, der für journalistische Arbeiten über Entwicklungsprobleme verliehen wird.
B7-5 0 3 3	Diese Mittel sind zur Finanzierung von Ausbildungsaufenthalten (kurzer Dauer) und zur Durchführung eines Praktikaprogramms zugunsten von Beamten und anderen Staatsangehörigen dritter Länder bestimmt. Ein Teil dieser Ausbildungsaufenthalte und Praktika sollte in Abteilungen, die eine spezifische Kompetenz im Bereich der Menschenrechte besitzen, absolviert werden.
B7-5 0 3 4	*Neuer Posten* Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Ausgaben für den Aufenthalt junger nationaler Beamter und Sachverständiger bei den Delegationen der Kommission, wo sie Berufserfahrung und praktische Kenntnisse auf dem Gebiet der Zusammenarbeit zwischen der Gemeinschaft und den Entwicklungsländern erwerben sollen.
B7-5 0 3 5	*Neuer Posten* Entschließung des Europäischen Parlaments vom 10. September 1991 zur wissenschaftlichen und technologischen Zusammenarbeit mit Ländern und Organisationen außerhalb Europas (ABl. Nr. C 267 vom 14. 10. 1991, S. 49). Die im Rahmen dieser Aktion zu finanzierenden Aktivitäten werden in Anbetracht der historischen, wirtschaftlichen und kulturellen Verbindungen der Gemeinschaft zu den betroffenen Ländern in Angriff genommen. Sie fügen sich in den rechtlichen Rahmen der zwischen diesen Ländern und der Gemeinschaft abgeschlossenen Abkommen ein. AVICENNA deckt u.a. folgende Bereiche ab: — die Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und sonstigen Forschungseinrichtungen; — den Austausch von Studenten, Professoren und Wissenschaftlern.

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Zusammenarbeit)

KAPITEL B7-5 0 — SONSTIGE MASSNAHMEN DER ZUSAMMENARBEIT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B7-5 0 3	*(Fortsetzung)*						
B7-5 0 3 5	*(Fortsetzung)*						
	Artikel B7-5 0 3 insgesamt	9 526 000 *(170 000)*	7 326 000 *(170 000)*	2 090 000 *(270 000)*	2 090 000 *(270 000)*	2 092 216,69 *(12 075,—)*	2 092 216,69 *(12 075,—)*
B7-5 0 4	***Umwelt und Gesundheit in den Entwicklungsländern***						
B7-5 0 4 0	Umweltschutz in den Entwicklungsländern Getrennte Mittel	9 000 000	11 200 000	12 000 000	12 000 000	8 942 471,—	5 773 177,34

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Zusammenarbeit)

KAPITEL B7-5 0 — SONSTIGE MASSNAHMEN DER ZUSAMMENARBEIT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B7-5 0 3	*(Fortsetzung)*
B7-5 0 3 5	*(Fortsetzung)* Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 5 000 000 ECU. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind						
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991						
Mittel 1992	5 000 000		2 800 000	1 200 000	1 000 000	
Insgesamt	5 000 000		2 800 000	1 200 000	1 000 000	

B7-5 0 4	
B7-5 0 4 0	Mitteilung der Kommission an den Rat und an das Europäische Parlament vom 22. Januar 1986 „Schutz der natürlichen Ressourcen — Bekämpfung der Desertifikation in Afrika" (KOM(86) 16 endg.). Entschließung des Rates vom 17. April 1986 zum Schutz der natürlichen Ressourcen und zur Bekämpfung der Desertifikation in Afrika. Entschließung des Rates der Europäischen Gemeinschaften und der Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten vom 19. Oktober 1987 zur Fortschreibung und Durchführung einer Umweltpolitik und eines Aktionsprogramms der Europäischen Gemeinschaften für den Umweltschutz (1987-1992) (ABl. Nr. C 328 vom 7. 12. 1987, S. 1). Entschließung des Rates vom 9. November 1987 über die Einbeziehung des Umweltschutzes und der vertretbaren Nutzung natürlicher Ressourcen in die Entwicklungshilfepolitik. Entschließung des Rates vom 29. Mai 1990 zum Thema „Umwelt und Entwicklung". Mittelansatz zur Finanzierung einer dauerhaften Entwicklung durch Einbeziehung des Umweltfaktors in den Entwicklungsprozeß. Die grundlegenden Elemente hierfür sind die Schaffung geeigneter Instrumente und die Durchführung von Initiativprojekten in allen einschlägigen Bereichen unter besonderer Berücksichtigung des Kampfes gegen die Desertifikation. Ein Teil der Arbeiten zur Erreichung dieses Ziels wird von der Gemeinsamen Forschungsstelle im Rahmen der Unterstützung anderer Kommissionsdienststellen durchgeführt (Artikel B6-1 1 1, B6-1 2 1, B6-1 2 2 und B6-4 2 1). Diese Arbeiten der Gemeinsamen Forschungsstelle werden mit 1 272 320 ECU veranschlagt.

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Zusammenarbeit)

KAPITEL B7-5 0 — SONSTIGE MASSNAHMEN DER ZUSAMMENARBEIT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B7-5 0 4	*(Fortsetzung)*						
B7-5 0 4 0	*(Fortsetzung)*						
B7-5 0 4 1	Maßnahmen zugunsten tropischer Wälder						
	Getrennte Mittel	2 000 000	1 500 000	2 000 000	500 000	0,—	0,—

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Zusammenarbeit)

KAPITEL B7-5 0 — SONSTIGE MASSNAHMEN DER ZUSAMMENARBEIT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B7-5 0 4	*(Fortsetzung)*
B7-5 0 4 0	*(Fortsetzung)* Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 9 000 000 ECU. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind	10 033 059	7 800 000	800 000	1 433 059		
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	12 000 000	4 200 000	6 200 000	1 600 000		
Mittel 1992	9 000 000		4 200 000	3 600 000	1 200 000	
Insgesamt	31 033 059	12 000 000	11 200 000	6 633 059	1 200 000	

B7-5 0 4 1

Entschließung des Europäischen Parlaments vom 26. Mai 1989 zu der Regulierung des Handels mit tropischen Hölzern und Erzeugnissen, in denen tropische Hölzer verarbeitet wurden, zur Erhaltung und zum Schutz der tropischen Wälder (ABl. Nr. C 158 vom 26. 6. 1989, S. 306).

Die Rolle der Gemeinschaft bei der Erhaltung der Tropenwälder (ABl. Nr. C 264 vom 16. Oktober 1989, S. 1).

Entschließung des Rates vom 29. Mai 1990 zum Thema „Tropenwälder".

Vorschlag für eine Verordnung (EWG) des Rates von der Kommission vorgelegt am ..., über die Bewirtschaftung der Tropenwälder (ABl. Nr. C ... vom ..., S. ...).

Diese Mittel dienen der Finanzierung von Maßnahmen zum Schutz und zur rationellen Bewirtschaftung der Tropenwälder, insbesondere der Wälder, die von ausschlaggebender Bedeutung für das Klima der Erde sind (Klimaveränderungen). Neben den aus dem Posten B7-5 0 4 0 finanzierten punktuellen Maßnahmen bedarf es zur Unterstützung der internationalen Programme zur Rettung der Regenwälder einer koordinierten spezifischen Aktion.

Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 2 000 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind						
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	2 000 000	500 000	1 000 000	500 000		
Mittel 1992	2 000 000		500 000	1 000 000	500 000	
Insgesamt	4 000 000	500 000	1 500 000	1 500 000	500 000	

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Zusammenarbeit)

KAPITEL B7-5 0 — SONSTIGE MASSNAHMEN DER ZUSAMMENARBEIT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B7-5 0 4	*(Fortsetzung)*						
B7-5 0 4 6	Aids-Bekämpfung in den Entwicklungsländern						
	Getrennte Mittel	5 200 000	5 900 000	4 823 000	3 823 000	4 672 637,23	967 001,03
	(Unterstützungsausgaben)	*(1 177 000)*	*(1 177 000)*	*(1 177 000)*	*(1 177 000)*	*(0,—)*	*(0,—)*
	Artikel B7-5 0 4 insgesamt	16 200 000 *(1 177 000)*	18 600 000 *(1 177 000)*	18 823 000 *(1 177 000)*	16 323 000 *(1 177 000)*	13 615 108,23 *(0,—)*	6 740 178,37 *(0,—)*

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Zusammenarbeit)

KAPITEL B7-5 0 — SONSTIGE MASSNAHMEN DER ZUSAMMENARBEIT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B7-5 0 4	*(Fortsetzung)*
B7-5 0 4 6	Unter Berücksichtigung der in Posten B8-7 5 4 6 eingesetzten Mittel beläuft sich der Gesamtbetrag für diese Maßnahmen auf 6 377 000 ECU für Verpflichtungsermächtigungen und 7 077 000 ECU für Zahlungsermächtigungen (1991: 6 000 000 ECU für Verpflichtungsermächtigungen und 5 000 000 ECU für Zahlungsermächtigungen). Mittel zur Deckung der Kosten prophylaktischer Aktionen in den Entwicklungsländern zwecks Begrenzung der weiteren Verbreitung von Aids sowie von Maßnahmen zur Begrenzung der Auswirkungen der Epidemie auf die Bevölkerung. Sie dienen hauptsächlich zur Finanzierung von: — Sensibilisierungs- und Informationskampagnen, — Maßnahmen gegen die Übertragung des Virus durch Blut und Geschlechtsverkehr, — damit verbundene Forschungen, — Maßnahmen, die es der Gemeinschaft erleichtern, ihre technischen Mittel in den Dienst der Entwicklungsländer zu stellen (Koordinierung, Seminare, Mitwirkung von Fachleuten usw.). Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 5 200 000 ECU. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind	3 705 636	1 923 000	1 400 000	382 636		
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	4 823 000	1 900 000	2 300 000	623 000		
Mittel 1992	5 200 000		2 200 000	2 700 000	300 000	
Insgesamt	13 728 636	3 823 000	5 900 000	3 705 636	300 000	

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Zusammenarbeit)

KAPITEL B7-5 0 — SONSTIGE MASSNAHMEN DER ZUSAMMENARBEIT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B7-5 0 5	***Faktor Mensch in der Entwicklung***						
B7-5 0 5 0	Unterstützung der Bevölkerungspolitiken und -programme in den Entwicklungsländern						
	Getrennte Mittel	2 000 000	1 800 000	1 500 000	800 000	400 000,—	0,—
	.....	.....	.....	.....	.....	.....	...
B7-5 0 5 1	Die Frau in der Entwicklung in den Ländern Afrikas, der Karibik und des Pazifischen Raums						
	Nichtgetrennte Mittel	500 000	500 000	500 000	500 000	97 100,—	97 100,—
B7-5 0 5 2	Die Frau in der Entwicklung in den Entwicklungsländern Lateinamerikas, Asiens und des Mittelmeerraums						
	Nichtgetrennte Mittel	500 000	500 000				
B7-5 0 5 3	Unterstützung von Aktionen für Menschenrechte und Demokratie in den Entwicklungsländern						
	Nichtgetrennte Mittel	10 000 000	10 000 000	200 000	200 000		

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Zusammenarbeit)

KAPITEL B7-5 0 — SONSTIGE MASSNAHMEN DER ZUSAMMENARBEIT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B7-5 0 5	
B7-5 0 5 0	Entschließung des Rates vom 11. November 1986. Diese Mittel dienen zur Finanzierung von Maßnahmen, die die Entwicklungsländer bei der Planung, Durchführung und Evaluation von Bevölkerungsprogrammen unterstützen sollen, vor allem in den Bereichen Ausbildung, Forschung und Zusammenarbeit mit nichtstaatlichen und internationalen Organisationen. Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 2 000 000 ECU. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind	400 000	100 000	150 000	150 000		
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen	580 000	100 000	200 000	280 000		
Mittel 1991	1 500 000	600 000	450 000	450 000		
Mittel 1992	2 000 000		1 000 000	500 000	500 000	
Insgesamt	4 080 000	800 000	1 800 000	1 380 000	500 000	

B7-5 0 5 1	Schlußfolgerungen des Rates vom 8. November 1982 über die Entwicklungshilfe unter Berücksichtigung der Stellung der Frau in den Entwicklungsländern. Schlußfolgerungen des Rates vom 4. November 1985 über die Entwicklungshilfe und die Stellung der Frau in den Entwicklungsländern. Schlußfolgerungen des Rates vom 17. April 1986 über die Rolle der Frau in der Entwicklung. Schlußfolgerungen des Rates vom 9. November 1987 „Frauen und Entwicklung". Schlußfolgerungen des Rates vom 16. Mai 1989 über „Frauen und Entwicklung". Diese Mittel sind zur Deckung der Ausgaben für Maßnahmen der Aktion „Frauen und Entwicklung" bestimmt, und zwar von der Vorbereitung über die Einleitung bis hin zur Durchführung der Entwicklungsmaßnahmen: Ausgaben für die Durchführung praktischer Folgemaßnahmen unter Berücksichtigung der ausgesprochenen Empfehlungen.
B7-5 0 5 2	*Neuer Posten* Schlußfolgerungen des Rates vom 8. November 1982 über die Entwicklungshilfe unter Berücksichtigung der Stellung der Frau in den Entwicklungsländern. Schlußfolgerungen des Rates vom 4. November 1985 über die Entwicklungshilfe und die Stellung der Frau in den Entwicklungsländern. Schlußfolgerungen des Rates vom 17. April 1986 über die Rolle der Frau in der Entwicklung. Schlußfolgerungen des Rates vom 9. November 1987 „Frauen und Entwicklung". Schlußfolgerungen des Rates vom 16. Mai 1989 über „Frauen und Entwicklung". Diese Mittel sind zur Deckung der Ausgaben für Maßnahmen, die „Frauen und Entwicklung" betreffen bestimmt, und zwar von der Vorbereitung über die Einleitung bis hin zur Durchführung der Entwicklungsmaßnahmen: Ausgaben für die Durchführung praktischer Folgemaßnahmen unter Berücksichtigung der ausgesprochenen Empfehlungen.
B7-5 0 5 3	*Vormals Posten B7-5 0 7 6* Mitteilung der Kommission über Entwicklung, Menschenrechte und Demokratie (KOM(91) ...). Die Mittel sind in enger Verbindung mit den Entwicklungspolitiken der Gemeinschaft zu verwenden.

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Zusammenarbeit)

KAPITEL B7-5 0 — SONSTIGE MASSNAHMEN DER ZUSAMMENARBEIT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B7-5 0 5	*(Fortsetzung)*						
B7-5 0 5 4	Unterstützung von Maßnahmen zur Schaffung eines Freiwilligencorps aus Jugendlichen der Gemeinschaft für die Entwicklungsländer Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.				
	Artikel B7-5 0 5 insgesamt	13 000 000	12 800 000	2 200 000	1 500 000	497 100,—	97 100,—
B7-5 0 7	***Spezifische Hilfen im Bereich der Entwicklung***						
B7-5 0 7 0	Programm von Maßnahmen für Südafrika Getrennte Mittel	80 000 000	70 000 000	60 000 000	50 000 000	30 000 000,—	34 352 794,—

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Zusammenarbeit)

KAPITEL B7-50 — SONSTIGE MASSNAHMEN DER ZUSAMMENARBEIT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B7-505	*(Fortsetzung)*
B7-5054	*Neuer Posten* Ziel dieses Postens ist die Unterstützung von Maßnahmen zur Schaffung eines Freiwilligencorps aus Jugendlichen der Gemeinschaft für die Entwicklungsländer.
B7-507	
B7-5070	Diese Mittel sind zur Finanzierung eines Programms von positiven Maßnahmen für Südafrika bestimmt, das auf der Tagung der im Rahmen der politischen Zusammenarbeit zusammentretenden Minister vom 10. September 1985 beschlossen und vom Europäischen Rat mehrmals bestätigt wurde. Diese Maßnahmen umfassen die Finanzierung von: — Hilfs- und Entwicklungsprogrammen, die über gewaltfreie Organisationen, insbesondere die Kirchen, den Kagiso Trust und die Gewerkschaften durchgeführt werden; — Programmen zur Förderung der Bildung der nichtweißen Gemeinschaft einschließlich der Lehrerausbildung und der Gewährung von Stipendien; — humanitärer Hilfe für die Opfer der Apartheid im Rahmen entsprechender Programme; — Programmen zur Schaffung von Arbeitsplätzen für die schwarze Bevölkerung; — Hilfe bei der Rückkehr, beim „resettlement" und bei der Wiedereingliederung von Personen, die aus dem Exil nach Südafrika zurückkehren; — Verstärkung der Kontakte mit der nichtweißen Gemeinschaft im politischen, gewerkschaftlichen, geschäftlichen, kulturellen, wissenschaftlichen und sportlichen (usw.) Bereich zur Förderung der Aussöhnung. Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 80 000 000 ECU. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind	16 408 601	14 000 000	2 400 000	8 601		
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	60 000 000	36 000 000	17 600 000	6 400 000		
Mittel 1992	80 000 000		50 000 000	21 500 000	8 500 000	
Insgesamt	156 408 601	50 000 000	70 000 000	27 908 601	8 500 000	

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Zusammenarbeit)

KAPITEL B7-5 0 — SONSTIGE MASSNAHMEN DER ZUSAMMENARBEIT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B7-5 0 7	*(Fortsetzung)*						
B7-5 0 7 1	Unterstützung der Frontstaaten und der Mitgliedstaaten der Southern Africa Development Coordination Conference Getrennte Mittel	13 000 000	15 500 000	17 000 000	17 000 000	15 000 000,—	9 986 730,—
B7-5 0 7 2	Maßnahmen im Zusammenhang mit der Unabhängigkeit Namibias Getrennte Mittel	—	4 500 000	10 000 000	14 300 000	18 865 000,—	10 000 000,—
B7-5 0 7 3	Hilfe der Gemeinschaft für die in Chile tätigen Nichtregierungsorganisationen Nichtgetrennte Mittel	4 500 000	4 500 000	5 000 000	5 000 000	4 999 841,—	4 999 841,—

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Zusammenarbeit)

KAPITEL B7-5 0 — SONSTIGE MASSNAHMEN DER ZUSAMMENARBEIT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B7-5 0 7	*(Fortsetzung)*

B7-5 0 7 1 Diese Mittel sind zur Finanzierung von Hilfsmaßnahmen gedacht, die den Destabilisierungsmaßnahmen bestimmter Gruppen in Südafrika entgegenwirken, und als ein Beitrag zur Deckung der Bedürfnisse der Vertriebenen in der Region entsprechend den Vorschlägen der UNO/OAU-Konferenz über Flüchtlinge und Vertriebene sowie Opfer der Bürgerkriege in der Region (Oslo, August 1988).

Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 13 000 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind	5 013 270	5 000 000	13 270			
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	17 000 000	12 000 000	5 000 000			
Mittel 1992	13 000 000		10 486 730	2 513 270		
Insgesamt	35 013 270	17 000 000	15 500 000	2 513 270		

B7-5 0 7 2 Diese Mittel sind zur Deckung der Ausgaben für Maßnahmen der Gemeinschaft in Verbindung mit der Unabhängigkeit Namibias bestimmt.

Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen: —.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind	8 865 000	8 865 000				
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	10 000 000	5 435 000	4 500 000	65 000		
Mittel 1992	—		—			
Insgesamt	18 865 000	14 300 000	4 500 000	65 000		

B7-5 0 7 3 Veranschlagt sind Mittel zur Finanzierung der Hilfen der Gemeinschaft zur Unterstützung des Einsatzes der Nichtregierungsorganisationen in Chile sowie Maßnahmen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit je nach der politischen Entwicklung des Landes.

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Zusammenarbeit)

KAPITEL B7-5 0 — SONSTIGE MASSNAHMEN DER ZUSAMMENARBEIT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B7-5 0 7	*(Fortsetzung)*						
B7-5 0 7 4	Hilfe der Gemeinschaft für die in Vietnam tätigen Nichtregierungsorganisationen Nichtgetrennte Mittel	1 500 000	1 500 000	2 000 000	2 000 000		
B7-5 0 7 5	Hilfe der Gemeinschaft für die in Kambodscha tätigen Nichtregierungsorganisationen Nichtgetrennte Mittel	553 999	553 999	p.m.	p.m.		
B7-5 0 7 7	Dezentralisierte Zusammenarbeit in Entwicklungsländern Getrennte Mittel	1 000 000	500 000				
B7-5 0 7 8	Zuschüsse zur Unterstützung des Demokratisierungsprozesses in Lateinamerika Nichtgetrennte Mittel	10 000 000	10 000 000	10 000 000	10 000 000	0,—	0,—
	Artikel B7-5 0 7 insgesamt	110 553 999	107 053 999	104 000 000	98 300 000	68 864 841,—	59 339 365,—
B7-5 0 8	***Gemeinschaftlicher Aktionsplan zur Bekämpfung des Drogenmißbrauchs und der Drogenabhängigkeit***						
B7-5 0 8 0	Aktionsprogramm für Nord-Süd-Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des Drogenmißbrauchs und der Drogenabhängigkeit Getrennte Mittel	10 100 000	9 100 000	9 450 000	8 450 000	9 395 087,50	4 683 933,10
	(Unterstützungsausgaben)	*(350 000)*	*(350 000)*	*(350 000)*	*(350 000)*	*(69 990,—)*	*(69 990,—)*

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Zusammenarbeit)

KAPITEL B7-5 0 — SONSTIGE MASSNAHMEN DER ZUSAMMENARBEIT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B7-5 0 7	*(Fortsetzung)*
B7-5 0 7 4	Diese Mittel sind für Nichtregierungsorganisationen bestimmt, die insbesondere Projekte im Bereich Gesundheitserziehung, Rehabilitation oder Ausbildung in Vietnam durchführen.
B7-5 0 7 5	Mit diesen Mitteln sollen die Hilfen der Gemeinschaft zur Unterstützung der Tätigkeiten der Nichtregierungsorganisationen in Kambodscha finanziert werden.
B7-5 0 7 7	*Neuer Posten* Mittelansatz zur Finanzierung von Maßnahmen zur Unterstützung von Entwicklungsinitiativen örtlicher Behörden oder von Verbänden oder Zusammenschlüssen der Entwicklungsländer, gegebenenfalls in Partnerschaft mit entsprechenden europäischen Stellen. Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 1 000 000 ECU. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind						
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991						
Mittel 1992	1 000 000		500 000	500 000		
Insgesamt	1 000 000		500 000	500 000		

B7-5 0 7 8	Diese Mittel sind zur Finanzierung besonderer Maßnahmen zur Unterstützung des Demokratisierungsprozesses in Lateinamerika bestimmt. Ein Teil dieser Mittel soll dazu beitragen, die Bürgerkriegskämpfer in Mittelamerika nach Eintritt des Waffenstillstands in das zivile Leben wiedereinzugliedern.
B7-5 0 8	
B7-5 0 8 0	*Vormals Posten B7-5 0 4 5* Unter Berücksichtigung der in Posten B8-7 5 8 0 eingesetzten Mittel beläuft sich der Gesamtbetrag für diese Maßnahmen auf 10 450 000 ECU für Verpflichtungsermächtigungen und 9 450 000 ECU für Zahlungsermächtigungen (1991: 9 800 000 ECU für Verpflichtungsermächtigungen und 8 800 000 ECU für Zahlungsermächtigungen). Schlußfolgerungen des Europäischen Rates vom 25. und 26. Juni 1984. Schlußfolgerungen des Europäischen Rates vom 28. und 29. Juni 1985. Schlußfolgerungen des Europäischen Rates vom 26. und 27. Juni 1986.

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Zusammenarbeit)

KAPITEL B7-5 0 — SONSTIGE MASSNAHMEN DER ZUSAMMENARBEIT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B7-5 0 8	*(Fortsetzung)*						
B7-5 0 8 0	*(Fortsetzung)*						
B7-5 0 8 1	Andere Maßnahmen der internationalen Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des Drogenmißbrauchs und der Drogenabhängigkeit						
	Getrennte Mittel	p.m.	p.m.				

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Zusammenarbeit)

KAPITEL B7-5 0 — SONSTIGE MASSNAHMEN DER ZUSAMMENARBEIT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B7-5 0 8	*(Fortsetzung)*
B7-5 0 8 0	*(Fortsetzung)*

Beschluß des Rates vom 26. Januar 1987 über die Teilnahme der Gemeinschaft an den vorbereitenden Arbeiten und an der internationalen Konferenz über den Drogenmißbrauch und den illegalen Drogenhandel.

Veranschlagt sind Mittel zur Finanzierung des Beitrags der Gemeinschaft zu den Tätigkeiten des Fonds der Vereinten Nationen zur Bekämpfung des Drogenmißbrauchs (UNFDAC), insbesondere den Ersatzanbauprogrammen in Lateinamerika, sowie der Aktionen des konzertierten Aktionsprogramms, insbesondere Organisation von Seminaren, Gutachter- und Forschungstätigkeiten sowie Durchführung von Informations-, Aufklärungs- und Bildungsmaßnahmen im Rahmen der Bekämpfung des Drogenmißbrauchs.

Mit ihnen sollen auch die Programme zur Bekämpfung des Drogenmißbrauchs in den Anden-Staaten Kolumbien, Peru, Bolivien und Ecuador unterstützt werden.

Es handelt sich um einen Teil der zur Durchführung der gemeinschaftlichen Drogenbekämpfungspolitik erforderlichen Finanzmittel. Zusammen mit den Mitteln der Artikel B3-4 4 0 und B3-4 4 1 stellen diese Mittel daher einen Beitrag zur Finanzierung von Maßnahmen im Rahmen dieser Politik dar.

Die Kommission wird bis 15. März 1992 eine Bewertung der Durchführung und der Effizienz dieses Programms vorlegen.

Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 10 100 000 ECU.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind	13 954 210	6 550 000	3 300 000	2 100 000	2 004 210	
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	9 450 000	1 900 000	3 800 000	1 900 000	1 000 000	850 000
Mittel 1992	10 100 000		2 000 000	4 000 000	2 100 000	2 000 000
Insgesamt	33 504 210	8 450 000	9 100 000	8 000 000	5 104 210	2 850 000

B7-5 0 8 1 *Neuer Posten*

Dieser Posten dient der Finanzierung anderer internationaler Kooperationsmaßnahmen im Bereich der Drogenbekämpfung als derjenigen im Rahmen des Aktionsprogramms für Nord-Süd-Zusammenarbeit.

Es handelt sich um einen Teil der zur Durchführung der gemeinschaftlichen Drogenbekämpfungspolitik erforderlichen Finanzmittel. Zusammen mit den Mitteln der Artikel B3-4 4 0 und B3-4 4 1 stellen diese Mittel daher einen Beitrag zur Finanzierung von Maßnahmen im Rahmen dieser Politik dar.

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Zusammenarbeit)

KAPITEL B7-5 0 — SONSTIGE MASSNAHMEN DER ZUSAMMENARBEIT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B7-5 0 8	*(Fortsetzung)*						
B7-5 0 8 1	*(Fortsetzung)*						
B7-5 0 8 2	Hilfe der Gemeinschaft für die für den Schutz und die Förderung der Menschenrechte in der Türkei tätigen Nichtregierungsorganisationen Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.				
	Artikel B7-5 0 8 insgesamt	10 100 000 *(350 000)*	9 100 000 *(350 000)*	9 450 000 *(350 000)*	8 450 000 *(350 000)*	9 395 087,50 *(69 990,—)*	4 683 933,10 *(69 990,—)*
B7-5 0 9	***Verwaltung und Beurteilung der Gemeinschaftshilfe***						
B7-5 0 9 0	Maßnahmen zur Vorbereitung der Durchführung der gemeinschaftlichen Entwicklungshilfe im Rahmen der Vollendung des Binnenmarktes, der Annahme des Vierten Abkommens von Lomé und im Rahmen der politischen Union Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	305 000,—	305 000,—
	(Unterstützungsausgaben)	*(p.m.)*	*(p.m.)*	*(p.m.)*	*(p.m.)*	*(791 669,—)*	*(791 669,—)*
B7-5 0 9 1	Beurteilung der Ergebnisse der Gemeinschaftshilfe sowie Maßnahmen zur praktischen Weiterverfolgung Nichtgetrennte Mittel	2 390 000	2 390 000	2 218 000	2 218 000	2 048 737,40	2 048 737,40
	(Unterstützungsausgaben)	*(282 000)*	*(282 000)*	*(282 000)*	*(282 000)*	*(6 037,—)*	*(6 037,—)*

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Zusammenarbeit)

KAPITEL B7-5 0 — SONSTIGE MASSNAHMEN DER ZUSAMMENARBEIT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B7-5 0 8	*(Fortsetzung)*
B7-5 0 8 1	*(Fortsetzung)* Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen: p.m. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind						
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991						
Mittel 1992	p.m.		p.m.			
Insgesamt	p.m.		p.m.			

B7-5 0 8 2	*Neuer Posten* Dieser Posten ist vorgesehen für die Hilfe der Gemeinschaft für die für den Schutz und die Förderung der Menschenrechte in der Türkei tätigen Nichtregierungsorganisationen.
B7-5 0 9	
B7-5 0 9 0	Bei Posten B8-7 5 9 0 wurde ein „p.m." eingesetzt (1991: p.m.). Beschluß 91/400/EGKS, EWG des Rates und der Kommission vom 25. Februar 1991 über den Abschluß des vierten AKP/EWG-Abkommens (ABl. Nr. L 229 vom 17. 8. 1991, S. 1), insbesondere Artikel 366 des am 15. Dezember 1989 unterzeichneten und am 1. September 1991 in Kraft getretenen Abkommens. Dieser Posten dient der Finanzierung von Untersuchungen über die Aussichten für die praktische Umsetzung der neuen Themenbereiche des vierten Abkommens von Lomé sowie von Arbeiten im Zusammenhang mit der Einschätzung der voraussichtlichen Auswirkungen des Binnenmarktes auf die Entwicklungsländer. Ferner sollen aus diesen Mitteln Studien über die Entwicklungskooperationspolitik der Gemeinschaft im Rahmen der Schlußfolgerungen der Regierungskonferenz über die politische Union finanziert werden.
B7-5 0 9 1	Unter Berücksichtigung der in Posten B8-7 5 9 1 eingesetzten Mittel beläuft sich der Gesamtbetrag für diese Maßnahmen auf 2 672 000 ECU (1991: 2 500 000 ECU). Diese Mittel dienen zur Finanzierung der Arbeiten zur Beurteilung der Ergebnisse der Gemeinschaftshilfe während des gesamten Zyklus von Vorbereitung, Durchführung und Betrieb der Entwicklungsprojekte: Honorar und/oder Reise- und Aufenthaltskosten der Sachverständigen und des von Entwicklungsländern oder der Kommission beschäftigten Personals, Durchführung von Untersuchungen oder Erstellung von Berichten und Kosten von gemeinsamen Seminaren für Vertreter der Entwicklungsländer, der Mitgliedstaaten und der Kommission; veranschlagt sind ferner unter den gleichen Voraussetzungen Mittel für die Durchführung von praktischen Anschlußmaßnahmen, durch die sichergestellt werden soll, daß die bei der Erfolgskontrolle gemachten Empfehlungen tatsächlich berücksichtigt werden.

KOMMISSION

Teileinzelplan B7
(Zusammenarbeit)

KAPITEL B7-5 0 — SONSTIGE MASSNAHMEN DER ZUSAMMENARBEIT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B7-5 0 9	*(Fortsetzung)*						
B7-5 0 9 2	Unterstützung für das Europäische Zentrum für weltweite Interdependenz und Solidarität						
	Nichtgetrennte Mittel	250 000	250 000	250 000	250 000		
B7-5 0 9 5	Europäische Gesellschaft für Zusammenarbeit						
	Nichtgetrennte Mittel	1 500 000	1 500 000	1 500 000	1 500 000	1 522 000,—	1 522 000,—
B7-5 0 9 6	Kontrolldienststelle für die Entwicklungszusammenarbeit						
	Getrennte Mittel	p.m.	p.m.				
	Artikel B7-5 0 9 insgesamt	4 140 000 *(282 000)*	4 140 000 *(282 000)*	3 968 000 *(282 000)*	3 968 000 *(282 000)*	3 875 737,40 *(797 706,—)*	3 875 737,40 *(797 706,—)*
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt	79 919 999	79 919 999	149 288 000	149 288 000	54 447 004,51	54 447 004,51
	Getrennte Mittel insgesamt	250 300 000	232 700 000	232 054 000	204 854 000	195 837 884,67	158 370 819,51
	KAPITEL B7-5 0 INSGESAMT	330 219 999 *(5 179 000)*	312 619 999 *(5 179 000)*	381 342 000 *(10 098 000)*	354 142 000 *(10 098 000)*	250 284 889,18 *(2 988 032,64)*	212 817 824,02 *(2 988 032,64)*
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt	79 919 999	79 919 999	149 288 000	149 288 000	54 447 004,51	54 447 004,51
	Getrennte Mittel insgesamt	250 300 000	232 700 000	232 054 000	204 854 000	195 837 884,67	158 370 819,51
	Titel B7-5 insgesamt	**330 219 999** *(5 179 000)*	**312 619 999** *(5 179 000)*	**381 342 000** *(10 098 000)*	**354 142 000** *(10 098 000)*	**250 284 889,18** *(2 988 032,64)*	**212 817 824,02** *(2 988 032,64)*

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Zusammenarbeit)

KAPITEL B7-5 0 — SONSTIGE MASSNAHMEN DER ZUSAMMENARBEIT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen	
B7-5 0 9	*(Fortsetzung)*	
B7-5 0 9 2	Diese Mittel sind zur finanziellen Unterstützung des Europäischen Zentrums für weltweite Interdependenz und Solidarität in Lissabon für Konferenzen, Seminare und Ausstellungen über die Maßnahmen im Bereich der Zusammenarbeit zwischen Europa und den Entwicklungsländern bestimmt.	
B7-5 0 9 5	Verordnung (EWG) Nr. 3245/81 des Rates vom 26. Oktober 1981 über die Errichtung einer Europäischen Agentur für Zusammenarbeit (ABl. Nr. L 328 vom 16. 11. 1981, S. 1).	
	Beschluß 86/125/EWG, EGKS des Rates und der Kommission vom 24. März 1986 über den Abschluß des dritten AKP/EWG-Abkommens (ABl. Nr. L 86 vom 31. 3. 1986, S. 1), insbesondere Artikel 211 Absatz 4 des Abkommens.	
	Beschluß 91/400/EGKS, EWG des Rates und der Kommission vom 25. Februar 1991 über den Abschluß des vierten AKP/EWG-Abkommens (ABl. Nr. L 229 vom 17. 8. 1991, S. 1), insbesondere Artikel 302 des am 15. Dezember 1989 unterzeichneten Abkommens.	
	Veranschlagt sind:	
	— die Bezüge und verschiedenen Zulagen	1 250 000
	— die eigentlichen Verwaltungsausgaben	250 000
	Insgesamt	1 500 000
B7-5 0 9 6	*Neuer Posten*	
	Dieser Posten ist zur Finanzierung einer Kontrolldienststelle für die Entwicklungszusammenarbeit bestimmt.	

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Zusammenarbeit)

TITEL B7-6

ZUSAMMENARBEIT MIT DEN LÄNDERN MITTEL- UND OSTEUROPAS UND SOWJETUNION

KAPITEL B7-6 0 — ZUSAMMENARBEIT MIT DEN LÄNDERN MITTEL- UND OSTEUROPAS

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
	KAPITEL B7-6 0						
B7-6 0 0	***Hilfe zur Umgestaltung der Wirtschaft für die Länder Mittel- und Osteuropas***						
B7-6 0 0 0	Hilfe zur Umgestaltung der Wirtschaft für die Länder Mittel- und Osteuropas						
	Getrennte Mittel	1 000 000 000	537 000 000	759 915 000	291 915 000	496 604 020,—	167 572 852,71
	(Unterstützungsausgaben)	*(15 000 000)*	*(15 000 000)*	*(25 085 000)*	*(25 085 000)*	*(3 395 980,—)*	*(3 395 980,—)*

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Zusammenarbeit)

TITEL B7-6

ZUSAMMENARBEIT MIT DEN LÄNDERN MITTEL- UND OSTEUROPAS UND SOWJETUNION

KAPITEL B7-60 — ZUSAMMENARBEIT MIT DEN LÄNDERN MITTEL- UND OSTEUROPAS

Artikel Posten	Erläuterungen
B7-600	
B7-6000	*Vormals Artikel B7-600* Unter Berücksichtigung der in Artikel B8-760 eingesetzten Mittel beläuft sich der Gesamtbetrag für diese Maßnahmen auf 1 015 000 000 ECU für Verpflichtungsermächtigungen und 552 000 000 ECU für Zahlungsermächtigungen (1991: 785 000 000 ECU für Verpflichtungsermächtigungen und 317 000 000 ECU für Zahlungsermächtigungen). Verordnung (EWG) Nr. 3906/89 des Rates vom 18. Dezember 1989 über Wirtschaftshilfe für die Republik Ungarn und die Volksrepublik Polen (ABl. Nr. L 375 vom 23. 12. 1989, S. 11). Entschließung des Europäischen Parlaments vom 17. Mai 1990 zur Lage der Kinder in den rumänischen Waisenhäusern (ABl. Nr. C 149 vom 18. 6. 1990, S. 140). Verordnung (EWG) Nr. 2698/90 des Rates vom 17. September 1990 zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 3906/89 zwecks Ausdehnung der Wirtschaftshilfe auf andere Länder in Mittel- und Osteuropa (ABl. Nr. L 257 vom 21. 9. 1990, S. 1). Entschließung des Europäischen Parlaments vom 11. Oktober 1990 zu den Waisenhäusern in Rumänien (ABl. Nr. C 284 vom 12. 11. 1990, S. 126). Mittelfristiges Programm der Kommission vom 17. Juli 1991 zugunsten der Waisenhäuser in Rumänien. Entschließung des Europäischen Parlaments vom 10. Oktober 1991 zum PHARE-Programm (ABl. Nr. C 280 vom 28. 10. 1991, S. 138). Verordnung (EWG) Nr. 3800/91 des Rates vom 23. Dezember 1991 zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 3906/89 zwecks Ausdehnung der Wirtschaftshilfe auf andere Länder in Mittel- und Osteuropa (ABl. Nr. L 357 vom 28. 12. 1991, S. 10). Veranschlagt sind Mittel für eine Finanzhilfe zugunsten der in der Verordnung (EWG) Nr. 3906/89 aufgeführten mittel- und osteuropäischen Länder zwecks Unterstützung ihrer Programme zur wirtschaftlichen Entwicklung einschließlich der Maßnahmen im Zusammenhang mit den von der Gemeinschaft mit diesen Ländern geschlossenen Abkommen über Handel sowie handelspolitische und wirtschaftliche Zusammenarbeit. Vorgesehen ist die Wiedereröffung bzw. Gründung von Universitäten zur Stärkung der Kultur der Minderheitsbevölkerungen. Diese Mittel decken außer der Wirtschaftshilfe auch die Hilfe für die Berufsbildung und gegebenenfalls die Finanzierung humanitärer Hilfen, insbesondere die Lieferung von Nahrungsmitteln, Arzneimitteln und medizinischem Gerät im Rahmen von Soforthilfeaktionen oder im Rahmen von Aktionen zur Überwindung lokaler Probleme. Diese Hilfsmittel in Höhe von 12 000 000 ECU sollen den rumänischen Waisenhäusern zufließen. Gemäß dem mittelfristigen Programm der Kommission sollen sie die Fortsetzung der begonnenen Maßnahmen zur Renovierung dieser Einrichtungen und zur Ausbildung ihres Personals im Jahr 1992 ermöglichen. Diese Mittel decken ferner eine Beihilfe für die rumänischen Behörden zur Ausarbeitung einer konsequenten Strategie für die in Waisenhäusern lebenden Kinder. Die Nichtregierungsorganisationen werden an der Fortsetzung dieser Hilfe beteiligt. Zur Bekämpfung der Umweltverschmutzung, insbesondere für grenzüberschreitende Projekte, kann eine Unterstützung gewährt werden. Mittel in Höhe von 5 000 000 ECU sind für die Fortführung des Demokratisierungsprozesses in Mittel- und Osteuropa vorzusehen. Diese Mittel sollen der Gewährung einer finanziellen und technischen Unterstützung auf parteiungebundener Basis für eine allgemeine staatsbürgerliche Erziehung über die parlamentarischen Organe und die Stabilisierung und Stärkung der demokratischen Grundsätze in Ländern mit bereits engen bzw. sich entwickelnden Verbindungen zur Europäischen Gemeinschaft dienen. Diese Mittel dürfen weder unmittelbar noch mittelbar für Wahlzwecke eingesetzt werden. Die Kommission berücksichtigt bei der Verwendung dieser Mittel die Entschließung des Parlaments vom 10. Oktober 1991. Sie übersteigen den Betrag, der in der dem Beschluß vom Juni 1990 betreffend die finanzielle Vorausschau beigefügten Erklärung angeführt ist, damit gegebenenfalls eine Ausdehnung der finanziellen Deckung des Programms „PHARE" möglich ist (Polen-Ungarn: Maßnahmen für die wirtschaftliche Umwandlung).

KOMMISSION

Teileinzelplan B7
(Zusammenarbeit)

KAPITEL B7-6 0 — ZUSAMMENARBEIT MIT DEN LÄNDERN MITTEL- UND OSTEUROPAS *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B7-6 0 0	*(Fortsetzung)*						
B7-6 0 0 0	*(Fortsetzung)*						
B7-6 0 0 1	Beteiligung der Gemeinschaft an Maßnahmen von Nichtregierungsorganisationen (NRO) zugunsten der Länder Mittel- une Osteuropas Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.				
	Artikel B7-6 0 0 insgesamt	1 000 000 000 *(15 000 000)*	537 000 000 *(15 000 000)*	759 915 000 *(25 085 000)*	291 915 000 *(25 085 000)*	496 604 020,— *(3 395 980,—)*	167 572 852,71 *(3 395 980,—)*
B7-6 0 1	***Maßnahmen zur Förderung der Einrichtung gemeinsamer Organisationen mit den Ländern Mittel- und Osteuropas*** Getrennte Mittel	p.m.	p.m.				

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Zusammenarbeit)

KAPITEL B7-6 0 — ZUSAMMENARBEIT MIT DEN LÄNDERN MITTEL- UND OSTEUROPAS *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B7-6 0 0	*(Fortsetzung)*
B7-6 0 0 0	*(Fortsetzung)* Im Rahmen der vierteljährlichen Berichte über die Ausführung des Programms PHARE unterbreitet die Kommission eine Aufschlüsselung der Ausgaben in den folgenden Bereichen: — Umgestaltung der Wirtschaft, Privatisierung und Unterstützung des privaten Finanzsektors, — Unterstützung des Arbeitsmarktes und Entwicklung der Humanressourcen, — Umgestaltung der Landwirtschaft, — Hilfe für die Umwelt, — Umgestaltung des Gesundheitswesens, — Energie, Verkehr, Telekommunikation und Forschung, — soziale Entwicklung, — humanitäre Hilfe. Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 1 000 000 000 ECU. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind	150 000 167	61 915 000	40 000 000	25 000 000	23 085 167	
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	759 915 000	230 000 000	260 000 000	135 000 000	80 000 000	54 915 000
Mittel 1992	1 000 000 000		237 000 000	383 000 000	185 000 000	195 000 000
Insgesamt	1 909 915 167	291 915 000	537 000 000	543 000 000	288 085 167	249 915 000

B7-6 0 0 1	*Neuer Posten* Diese Mittel sollen zur Förderung von Projekten von Nichtregierungsorganisationen in der Landwirtschaft, im Gesundheitswesen, im Wohnungsbau usw. auf der lokalen Ebene dienen. (Er entspricht Artikel B7-5 0 1 und Posten B7-6 2 0 1.)
B7-6 0 1	*Neuer Artikel* Veranschlagt sind Mittel zur Abstützung der bilateralen Beziehungen zwischen der Gemeinschaft und den Ländern Mittel- und Osteuropas im Wege einer multinationalen, regionalen und subregionalen Zusammenarbeit, insbesondere in den Bereichen Handel, Währung und Umwelt. Die Bedingungen für die Vergabe dieser Mittel entsprechen den in den Erläuterungen zu Posten B7-6 0 0 0 genannten.

KOMMISSION

Teileinzelplan B7
(Zusammenarbeit)

KAPITEL B7-6 0 — ZUSAMMENARBEIT MIT DEN LÄNDERN MITTEL- UND OSTEUROPAS *(Fortsetzung)*

KAPITEL B7-6 1 — EUROPÄISCHE BANK FÜR WIEDERAUFBAU UND ENTWICKLUNG — KAPITALBETEILIGUNG DER GEMEINSCHAFT

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B7-6 0 1	*(Fortsetzung)*						
B7-6 0 2	***Frauen in Mittel- und Osteuropa*** Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.				
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt	p.m.	p.m.				
	Getrennte Mittel insgesamt	1 000 000 000	537 000 000	759 915 000	291 915 000	496 604 020,—	167 572 852,71
	KAPITEL B7-6 0 INSGESAMT	1 000 000 000 *(15 000 000)*	537 000 000 *(15 000 000)*	759 915 000 *(25 085 000)*	291 915 000 *(25 085 000)*	496 604 020,— *(3 395 980,—)*	167 572 852,71 *(3 395 980,—)*
	KAPITEL B7-6 1						
B7-6 1 0	***Bereitstellung der eingezahlten Anteile am gezeichneten Kapital*** Nichtgetrennte Mittel	18 000 000	18 000 000	18 000 000	18 000 000		

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Zusammenarbeit)

KAPITEL B7-6 0 — ZUSAMMENARBEIT MIT DEN LÄNDERN MITTEL- UND OSTEUROPAS *(Fortsetzung)*

KAPITEL B7-6 1 — EUROPÄISCHE BANK FÜR WIEDERAUFBAU UND ENTWICKLUNG — KAPITALBETEILIGUNG DER GEMEINSCHAFT

Artikel Posten	Erläuterungen
B7-6 0 1	*(Fortsetzung)* Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen: p.m. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind						
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991						
Mittel 1992	p.m.		p.m.			
Insgesamt	p.m.		p.m.			

B7-6 0 2 *Neuer Artikel*

Analog zu den Aktionen zugunsten der Entwicklung im Namen der Nord-Süd-Beziehungen soll eine aktive Unterstützung für die Frauen in Mittel- und Osteuropa geleistet werden.

B7-6 1 0 Entscheidung 90/674/EWG des Rates vom 19. November 1990 betreffend den Abschluß des Übereinkommens zur Gründung der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (ABl. Nr. L 372 vom 31. 12. 1990, S. 1).

Zweck der Bank ist es, durch Unterstützung des wirtschaftlichen Fortschritts und Wiederaufbaus in den mittel- und osteuropäischen Ländern, die sich zu den Grundsätzen der Mehrparteiendemokratie, des Pluralismus und der Marktwirtschaft bekennen und diese anwenden, den Übergang zur offenen Marktwirtschaft zu begünstigen sowie die private und unternehmerische Initiative zu fördern (Artikel 1 des Übereinkommens).

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Zusammenarbeit)

KAPITEL B7-6 1 — EUROPÄISCHE BANK FÜR WIEDERAUFBAU UND ENTWICKLUNG — KAPITALBETEILIGUNG DER GEMEINSCHAFT *(Fortsetzung)*

KAPITEL B7-6 2 — ZUSAMMENARBEIT MIT DER SOWJETUNION

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B7-6 1 0	*(Fortsetzung)*						
B7-6 1 1	***Abrufbarer Teil des gezeichneten Kapitals***						
	Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.		
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt	18 000 000	18 000 000	18 000 000	18 000 000		
	Getrennte Mittel insgesamt						
	KAPITEL B7-6 1 INSGESAMT	18 000 000	18 000 000	18 000 000	18 000 000		
	KAPITEL B7-6 2						
B7-6 2 0	***Technische Zusammenarbeit mit der Sowjetunion***						
B7-6 2 0 0	Technische Zusammenarbeit mit der Sowjetunion						
	Getrennte Mittel	p.m.	150 000 000	397 000 000	122 000 000		
	(Unterstützungsausgaben)	*(p.m.)*	*(p.m.)*	*(3 000 000)*	*(3 000 000)*		

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Zusammenarbeit)

KAPITEL B7-6 1 — EUROPÄISCHE BANK FÜR WIEDERAUFBAU UND ENTWICKLUNG — KAPITALBETEILIGUNG DER GEMEINSCHAFT *(Fortsetzung)*

KAPITEL B7-6 2 — ZUSAMMENARBEIT MIT DER SOWJETUNION

Artikel Posten	Erläuterungen
B7-6 1 0	*(Fortsetzung)* Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft hat 30 000 Anteile mit einem Nennwert von 300 000 000 ECU gezeichnet; das entspricht 3 % des ursprünglich genehmigten Stammkapitals der Bank (von 10 Milliarden ECU). Gemäß dem Übereinkommen zur Errichtung der Bank soll das abgerufene Kapital 30 % des ursprünglichen Stammkapitals ausmachen und in fünf gleichen Jahresraten freigegeben werden. Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft muß also 90 000 000 ECU in fünf Jahresraten von 18 000 000 ECU bereitstellen. Die Einzahlung jeder Rate kann zu 50 % in Eigenwechseln (Schuldscheinen) oder sonstigen Schuldverschreibungen erfolgen. Die in diesem Artikel eingesetzten Mittel von 18 000 000 ECU decken die erste Rate ab, die binnen 60 Tagen nach Inkrafttreten des Übereinkommens oder nach dem Zeitpunkt der Hinterlegung der Ratifizierungs-, Annahme- oder Genehmigungsurkunde durch die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft eingezahlt werden muß. Von den eingesetzten 18 000 000 ECU werden der Bank 9 000 000 unmittelbar zur Verfügung gestellt; die restlichen 9 000 000 sind der im Haushaltsplan veranschlagte Teil, der nach Artikel 6 Absatz 2 des Übereinkommens in Schuldscheinen oder sonstigen Schuldverschreibungen eingezahlt werden kann.
B7-6 1 1	Entscheidung 90/674/EWG des Rates vom 19. November 1990 betreffend den Abschluß des Übereinkommens zur Gründung der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (ABl. Nr. L 372 vom 31. 12. 1990, S. 1). Ein „p.m." drückt den nicht abgerufenen Teil des von der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft gezeichneten Anteils des ursprünglichen Stammkapitals aus, d.h. 210 000 000 ECU (300 – 90 000 000 ECU). Im Fall von Verlusten kann die Bank diesen Teil des Kapitals mobilisieren, nachdem sie alle anderen in Artikel 17 des Übereinkommens aufgeführten Möglichkeiten erschöpft hat.
B7-6 2 0	
B7-6 2 0 0	*Vormals Artikel B7-6 2 0* In Artikel B8-7 7 0 ist ein „p.m." eingesetzt (Gesamtbetrag 1991: 400 000 000 ECU an Verpflichtungsermächtigungen und 125 000 000 ECU an Zahlungsermächtigungen). Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 2157/91 des Rates vom 15. Juli 1991 über eine technische Unterstützung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken bei dem Bestreben zur Gesundung und Neubelebung ihrer Wirtschaft (ABl. Nr. L 201 vom 24. 7. 1991, S. 2). Mittelansatz zur Finanzierung von Maßnahmen im Rahmen der technischen Zusammenarbeit, insbesondere in den Bereichen Ausbildung in öffentlicher und privater Unternehmensführung, Finanzdienstleistungen, Energie, Verkehr und Nahrungsmittelverteilung.

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Zusammenarbeit)

KAPITEL B7-6 2 — ZUSAMMENARBEIT MIT DER SOWJETUNION *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B7-6 2 0	*(Fortsetzung)*						
B7-6 2 0 0	*(Fortsetzung)*						
B7-6 2 0 1	Beteiligung der Gemeinschaft an Maßnahmen von Nichtregierungsorganisationen (NRO) zugunsten der Sowjetunion Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.				
	Artikel B7-6 2 0 insgesamt	p.m. *(p.m.)*	150 000 000 *(p.m.)*	397 000 000 *(3 000 000)*	122 000 000 *(3 000 000)*		
B7-6 2 1	***Maßnahmen zur Förderung der Einrichtung gemeinsamer Organisationen mit den Republiken der Sowjetunion*** Getrennte Mittel	p.m.	p.m.				

KAPITEL B7-6 2 — ZUSAMMENARBEIT MIT DER SOWJETUNION *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B7-6 2 0	*(Fortsetzung)*
B7-6 2 0 0	*(Fortsetzung)* Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen: p.m. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind						
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	397 000 000	122 000 000	150 000 000	125 000 000		
Mittel 1992	p.m.		p.m.			
Insgesamt	397 000 000	122 000 000	150 000 000	125 000 000		

B7-6 2 0 1	*Neuer Posten* Diese Mittel sollen zur Förderung von Projekten von Nichtregierungsorganisationen in der Landwirtschaft, im Gesundheitswesen, im Wohnungsbau usw. auf der lokalen Ebene dienen. (Er entspricht Artikel B7-5 0 1 und Posten B7-6 0 0 1.)
B7-6 2 1	*Neuer Artikel* Veranschlagt sind Mittel zur Abstützung der bilateralen Beziehungen zwischen der Gemeinschaft und den Republiken der Sowjetunion im Wege einer multinationalen, regionalen und subregionalen Zusammenarbeit, insbesondere in den Bereichen Handel, Währung und Umwelt. Die Bedingungen für die Vergabe der Mittel entsprechen den in den Erläuterungen zu Posten B7-6 2 0 0 genannten.

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Zusammenarbeit)

KAPITEL B7-6 2 — ZUSAMMENARBEIT MIT DER SOWJETUNION *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B7-6 2 1	*(Fortsetzung)*						
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt	p.m.	p.m.				
	Getrennte Mittel insgesamt	p.m.	150 000 000	397 000 000	122 000 000		
	KAPITEL B7-6 2 INSGESAMT	p.m. *(p.m.)*	150 000 000 *(p.m.)*	397 000 000 *(3 000 000)*	122 000 000 *(3 000 000)*		

KAPITEL B7-6 2 — ZUSAMMENARBEIT MIT DER SOWJETUNION *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B7-6 2 1	*(Fortsetzung)* Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen: p.m. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind						
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991						
Mittel 1992	p.m.		p.m.			
Insgesamt	p.m.		p.m.			

KOMMISSION

Teileinzelplan B7
(Zusammenarbeit)

KAPITEL B7-6 3 — WIRTSCHAFTLICHE ZUSAMMENARBEIT MIT DER SOWJETUNION

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
	KAPITEL B7-6 3						
B7-6 3 0	***Wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der Sowjetunion***						
	Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.				
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt	p.m.	p.m.				
	Getrennte Mittel insgesamt						
	KAPITEL B7-6 3 INSGESAMT	p.m.	p.m.				
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt	18 000 000	18 000 000	18 000 000	18 000 000		
	Getrennte Mittel insgesamt	1 000 000 000	687 000 000	1 156 915 000	413 915 000	496 604 020,—	167 572 852,71
	Titel B7-6 insgesamt	**1 018 000 000** *(15 000 000)*	**705 000 000** *(15 000 000)*	**1 174 915 000** *(28 085 000)*	**431 915 000** *(28 085 000)*	**496 604 020,—** *(3 395 980,—)*	**167 572 852,71** *(3 395 980,—)*

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Zusammenarbeit)

KAPITEL B7-6 3 — WIRTSCHAFTLICHE ZUSAMMENARBEIT MIT DER SOWJETUNION

Artikel Posten	Erläuterungen
B7-6 3 0	*Neuer Artikel* Veranschlagt sind Mittel für eine neue Aktion der Zusammenarbeit mit der Sowjetunion.

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Zusammenarbeit)

TITEL B7-7

ZUSAMMENARBEIT MIT ANDEREN DRITTLÄNDERN

KAPITEL B7-7 0 — FINANZIELLE UNTERSTÜTZUNG DER VON DER GOLFKRISE UNMITTELBAR BETROFFENEN LÄNDER

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
	KAPITEL B7-7 0						
B7-7 0 0	***Finanzielle Unterstützung der von der Golfkrise unmittelbar betroffenen Länder***						
	Nichtgetrennte Mittel	—	—	500 000 000	500 000 000		
B7-7 0 1	***Finanzhilfe für Israel und die palästinensische Bevölkerung der besetzten Gebiete***						
	Getrennte Mittel	—	30 000 000	87 500 000	57 500 000		
B7-7 0 3	***Maßnahmen der Gemeinschaft im Zusammenhang mit dem Golfkrise***						
	Getrennte Mittel	p.m.	p.m.				

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Zusammenarbeit)

TITEL B7-7

ZUSAMMENARBEIT MIT ANDEREN DRITTLÄNDERN

KAPITEL B7-70 — FINANZIELLE UNTERSTÜTZUNG DER VON DER GOLFKRISE UNMITTELBAR BETROFFENEN LÄNDER

Artikel Posten	Erläuterungen

B7-700

Verordnung (EWG) Nr. 3557/90 des Rates vom 4. Dezember 1990 über eine Finanzhilfe für die unmittelbar von der Golfkrise betroffenen Länder (ABl. Nr. L 347 vom. 12. 12. 1990, S. 1).

Veranschlagt sind Mittel für die finanzielle Unterstützung der von der Golfkrise unmittelbar betroffenen Länder, d.h. Ägypten, Jordanien und die Türkei.

Diese finanzielle Unterstützung wird in erster Linie in Form von nichtrückzahlbaren Beihilfen und ansonsten in Form von Darlehen aus Haushaltsmitteln gewährt.

B7-701

Beschluß 91/408/EWG des Rates vom 22. Juli 1991 über eine Finanzhilfe für Israel und die palästinensische Bevölkerung der besetzten Gebiete (ABl. Nr. L 227 vom 15. 8. 1991, S. 33).

Veranschlagt sind Mittel für die finanzielle Unterstützung Israels und der palästinensischen Bevölkerung der besetzten Gebiete als Beitrag zur Linderung der negativen Konsequenzen des Golfkonflikts.

Die Finanzhilfe für Israel wird in Form eines mittelfristigen Darlehens mit einer Zinsvergütung in Höhe von 27 500 000 ECU zu Lasten des Gesamthaushalts gewährt. Die Vergütung wird insgesamt auf ein Sonderkonto bei einer Finanzinstitution überwiesen und entsprechend der Fälligkeit der Zinsen auf das betreffende Darlehen deblockiert.

Die Finanzhilfe für die palästinensische Bevölkerung der besetzten Gebiete wird in Form von Zuschüssen mit einem Gesamtbetrag von 60 000 000 ECU gewährt.

Für 1992 bewilligte Verpflichtungsermächtigungen: —.

Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind						
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991	87 500 000	57 500 000	30 000 000			
Mittel 1992	—		—			
Insgesamt	87 500 000	57 500 000	30 000 000			

B7-703

Neuer Artikel

Diese Mittel dienen der Finanzierung von Maßnahmen, deren Hauptziel die Förderung einer engeren regionalen Zusammenarbeit, insbesondere in institutionellen Bereichen, in der Wasserwirtschaft, auf ökologischem Gebiet, in der Energiewirtschaft usw., ist.

Mit diesen Mitteln kann ferner die zur Durchführung dieser Maßnahmen erforderliche technische Hilfe und Ausbildung finanziert werden.

Die finanzielle Hilfe wird in Form nichtrückzahlbarer Zuschüsse gewährt.

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Zusammenarbeit)

KAPITEL B7-7 0 — FINANZIELLE UNTERSTÜTZUNG DER VON DER GOLFKRISE UNMITTELBAR BETROFFENEN LÄNDER *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B7-7 0 3	*(Fortsetzung)*						
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt	—	—	500 000 000	500 000 000		
	Getrennte Mittel insgesamt	p.m.	30 000 000	87 500 000	57 500 000		
	KAPITEL B7-7 0 INSGESAMT	p.m.	30 000 000	587 500 000	557 500 000		
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt	—	—	500 000 000	500 000 000		
	Getrennte Mittel insgesamt	p.m.	30 000 000	87 500 000	57 500 000		
	Titel B7-7 insgesamt	**p.m.**	**30 000 000**	**587 500 000**	**557 500 000**		
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt	146 019 999	146 019 999	709 095 000	709 095 000	98 307 297,70	98 307 297,70
	Getrennte Mittel insgesamt	2 641 480 000	2 098 200 000	2 770 769 000	1 878 609 000	1 790 564 910,56	1 135 399 354,39
	Teileinzelplan B7 insgesamt	**2 787 499 999** *(29 672 000)*	**2 244 219 999** *(29 672 000)*	**3 479 864 000** *(50 976 000)*	**2 587 704 000** *(50 976 000)*	**1 888 872 208,26** *(7 768 483,12)*	**1 233 706 652,09** *(7 768 483,12)*

KOMMISSION
Teileinzelplan B7
(Zusammenarbeit)

KAPITEL B7-7 0 — FINANZIELLE UNTERSTÜTZUNG DER VON DER GOLFKRISE UNMITTELBAR BETROFFENEN LÄNDER *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B7-7 0 3	*(Fortsetzung)* Die für 1992 bewilligten Verpflichtungsermächtigungen: p.m. Fälligkeitsplan:

Verpflichtungen		Zahlungen				
		1991	1992	1993	1994	Spätere Haushaltsjahre
Vor 1991 eingegangene Verpflichtungen, die aus neuen Zahlungsermächtigungen abzurechnen sind						
Aus 1990 übertragene Verpflichtungsermächtigungen						
Mittel 1991						
Mittel 1992	p.m.		p.m.			
Insgesamt	p.m.		p.m.			

KOMMISSION
Teil B

TEILEINZELPLAN B8

UNTERSTÜTZUNGSAUSGABEN FÜR GEMEINSCHAFTSMASSNAHMEN

KOMMISSION

Teileinzelplan B8
(Unterstützungsausgaben)

Zusammenfassung der Haushaltsmittel (1992 und 1991) und der Ausgaben (1990)

Titel Kapitel	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B8-2	**UNTERSTÜTZUNGSAUSGABEN IM BEREICH STRUKTURMASSNAHMEN UND FISCHEREI**						
B8-2 2	VORBEREITUNG UND DURCHFÜHRUNG DER GEMEINSCHAFTLICHEN FÖRDERKONZEPTE — TECHNISCHE HILFE UND BEWERTUNG	7 475 000	7 475 000	7 475 000	7 475 000	1 833 000,—	1 833 000,—
B8-2 3	INTEGRIERTE MITTELMEERPROGRAMME	1 311 000	1 311 000	1 311 000	1 311 000	187 000,—	187 000,—
B8-2 5	AUSGABEN IM BEREICH DER LANDWIRTSCHAFT	6 932 000	6 932 000	10 313 000	10 313 000	4 288 000,—	4 288 000,—
B8-2 6	SONSTIGE INTERVENTIONEN MIT REGIONALEM CHARAKTER	1 116 000	1 116 000	1 116 000	1 116 000	490 000,—	490 000,—
B8-2 7	VERKEHR	433 000	433 000	433 000	433 000	182 000,—	182 000,—
B8-2 9	EUROPÄISCHER AUSRICHTUNGSFONDS FÜR DIE FISCHEREI	1 000 000	1 000 000	627 000	627 000	2 111 000,—	2 111 000,—
	Titel B8-2 insgesamt	**18 267 000**	**18 267 000**	**21 275 000**	**21 275 000**	**9 091 000,—**	**9 091 000,—**
B8-3	**UNTERSTÜTZUNGSAUSGABEN IM BEREICH BILDUNG, JUGENDPOLITIK, KULTUR, INFORMATION UND SONSTIGE SOZIALMASSNAHMEN**						
B8-3 1	ALLGEMEINE UND BERUFLICHE BILDUNG UND JUGENDPOLITIK	1 984 000	1 984 000	2 036 000	2 036 000	1 555 000,—	1 555 000,—
B8-3 2	KULTUR	514 000	514 000	648 000	648 000	0,—	0,—
B8-3 3	INFORMATION UND KOMMUNIKATION	4 416 000	4 416 000	4 496 000	4 496 000	5 325 000,—	5 325 000,—
B8-3 4	SOZIALER DIALOG UND BESCHÄFTIGUNG	2 466 000	2 466 000	5 114 000	5 114 000	1 998 000,—	1 998 000,—
B8-3 5	SOZIALER SCHUTZ UND FREIZÜGIGKEIT	2 866 000	2 866 000	5 030 000	5 030 000	1 375 000,—	1 375 000,—
B8-3 6	GESUNDHEIT	4 163 000	4 163 000	5 004 000	5 004 000	3 562 000,—	3 562 000,—
B8-3 7	DROGENBEKÄMPFUNG	500 000	500 000	582 000	582 000	390 000,—	390 000,—
	Titel B8-3 insgesamt	**16 909 000**	**16 909 000**	**22 910 000**	**22 910 000**	**14 205 000,—**	**14 205 000,—**

KOMMISSION

Teileinzelplan B8

(Unterstützungsausgaben)

Zusammenfassung der Haushaltsmittel (1992 und 1991) und der Ausgaben (1990) *(Fortsetzung)*

Titel Kapitel	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B8-4	**UNTERSTÜTZUNGSAUSGABEN IM BEREICH DER ENERGIE, DER EURATOM-SICHERHEITSÜBERWACHUNG UND DER UMWELT**						
B8-4 1	ENERGIEPOLITIK	5 035 000	5 035 000	5 270 000	5 270 000	4 627 475,75	4 627 475,75
B8-4 2	EURATOM-SICHERHEITSÜBERWACHUNG	428 000	428 000	428 000	428 000	5 741 856,65	5 741 856,65
B8-4 3	UMWELTAKTIONEN	6 550 000	6 550 000	9 073 000	9 073 000	8 177 276,10	8 177 276,10
B8-4 4	INSTRUMENT FINANCIER POUR L'ENVIRONNEMENT	3 000 000	3 000 000				
B8-4 5	KATASTROPHENSCHUTZ UND HILFE FÜR DIE OPFER VON KATASTROPHEN	315 000	315 000	315 000	315 000	386 976,39	386 976,39
	Titel B8-4 insgesamt	**15 328 000**	**15 328 000**	**15 086 000**	**15 086 000**	**18 933 584,89**	**18 933 584,89**
B8-5	**UNTERSTÜTZUNGSAUSGABEN FÜR MASSNAHMEN IN DEN BEREICHEN VERBRAUCHERSCHUTZ, BINNENMARKT, INDUSTRIE UND TECHNOLOGISCHE INNOVATION**						
B8-5 1	VERBRAUCHERSCHUTZ UND STÄRKUNG DER VERBRAUCHERINTERESSEN	1 260 000	1 260 000	2 064 000	2 064 000	1 513 179,76	1 513 179,76
B8-5 3	AKTIONEN IM BEREICH DES BINNENMARKTES	24 773 000	24 773 000	25 323 000	25 323 000	16 578 661,37	16 578 661,37
B8-5 4	BESONDERE AKTIONEN UND MASSNAHMEN IM HANDELSBEREICH	450 000	450 000	2 153 000	2 153 000	372 996,—	372 996,—
B8-5 5	POLITIK IN DEN BEREICHEN UNTERNEHMEN, HANDEL UND SOZIALWIRTSCHAFT	13 747 000	13 747 000	13 747 000	13 747 000	4 451 224,66	4 451 224,66
B8-5 6	MASSNAHMEN AUF DEM GEBIET DER INFORMATIONSTECHNOLOGIEN UND DER TELEKOMMUNIKATION	13 790 000	13 790 000	15 028 000	15 028 000	15 506 940,69	15 506 940,69
B8-5 7	MASSNAHMEN IM BEREICH DER GEWERBLICHEN WIRTSCHAFT	3 000 000	3 000 000	3 000 000	3 000 000	3 528 826,26	3 528 826,26
B8-5 8	INFORMATIONS- UND INNOVATIONSMARKT	3 279 000	3 279 000	3 717 000	3 717 000	1 840 314,45	1 840 314,45

KOMMISSION

Teileinzelplan B8
(Unterstützungsausgaben)

Zusammenfassung der Haushaltsmittel (1992 und 1991) und der Ausgaben (1990) *(Fortsetzung)*

Titel Kapitel	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B8-5 9	POLITIK AUF DEM GEBIET DER STATISTISCHEN INFORMATION IM ZUSAMMENHANG MIT DER VOLLENDUNG DES BINNENMARKTES UND DEN FLANKIERENDEN MASSNAHMEN ZUR POLITIK DER GEMEINSCHAFT	10 635 000	10 635 000	11 817 000	11 817 000	12 472 784,18	12 472 784,18
	Titel B8-5 insgesamt	**70 934 000**	**70 934 000**	**76 849 000**	**76 849 000**	**56 264 927,37**	**56 264 927,37**
B8-7	**UNTERSTÜTZUNGSAUSGABEN FÜR MASSNAHMEN IM BEREICH DER ZUSAMMENARBEIT MIT ENTWICKLUNGSLÄNDERN UND ANDEREN DRITTLÄNDERN**						
B8-7 2	NAHRUNGSMITTELHILFE UND ABLÖSUNG DER NAHRUNGSMITTELHILFE DURCH MASSNAHMEN IM BEREICH DER ERNÄHRUNG	893 000	893 000	893 000	893 000	640 899,48	640 899,48
B8-7 3	ZUSAMMENARBEIT MIT ENTWICKLUNGSLÄNDERN IN ASIEN UND LATEINAMERIKA	8 400 000	8 400 000	11 700 000	11 700 000	743 571,—	743 571,—
B8-7 4	ZUSAMMENARBEIT MIT DEN LÄNDERN DES MITTELMEERRAUMS	200 000	200 000	200 000	200 000	0,—	0,—
B8-7 5	SONSTIGE MASSNAHMEN DER ZUSAMMENARBEIT	5 179 000	5 179 000	10 098 000	10 098 000	2 988 032,64	2 988 032,64
B8-7 6	ZUSAMMENARBEIT MIT DEN LÄNDERN MITTEL- UND OSTEUROPAS	15 000 000	15 000 000	25 085 000	25 085 000	3 395 980,—	3 395 980,—
B8-7 7	TECHNISCHE ZUSAMMENARBEIT MIT DER SOWJETUNION	p.m.	p.m.	3 000 000	3 000 000		
	Titel B8-7 insgesamt	**29 672 000**	**29 672 000**	**50 976 000**	**50 976 000**	**7 768 483,12**	**7 768 483,12**
	Teileinzelplan B8 insgesamt	**151 110 000**	**151 110 000**	**187 096 000**	**187 096 000**	**106 262 995,38**	**106 262 995,38**

KOMMISSION
Teileinzelplan B8
(Unterstützungsausgaben)

TITEL B8-2

UNTERSTÜTZUNGSAUSGABEN IM BEREICH STRUKTURMASSNAHMEN UND FISCHEREI

KAPITEL B8-2 2 — VORBEREITUNG UND DURCHFÜHRUNG DER GEMEINSCHAFTLICHEN FÖRDERKONZEPTE — TECHNISCHE HILFE UND BEWERTUNG

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
	KAPITEL B8-2 2						
B8-2 2 0	***Vorbereitung und Durchführung der gemeinschaftlichen Förderkonzepte und technische Hilfe*** (B2-2 1 0)						
	Nichtgetrennte Mittel	7 145 000	7 145 000	7 145 000	7 145 000	1 733 000,—	1 733 000,—
B8-2 2 1	***Bewertung der Aktionen mit struktureller Zweckbestimmung*** (B2-2 1 1)						
	Nichtgetrennte Mittel	100 000	100 000	100 000	100 000	30 000,—	30 000,—

KOMMISSION
Teileinzelplan B8
(Unterstützungsausgaben)

TITEL B8-2

UNTERSTÜTZUNGSAUSGABEN IM BEREICH STRUKTURMASSNAHMEN UND FISCHEREI

KAPITEL B8-2 2 — VORBEREITUNG UND DURCHFÜHRUNG DER GEMEINSCHAFTLICHEN FÖRDERKONZEPTE — TECHNISCHE HILFE UND BEWERTUNG

Artikel Posten	Erläuterungen	
B8-2 2 0	*Vormals Artikel B8-2 4 0*	
	Diese Mittel sind zur Deckung der Personalausgaben (47,8 Personen), Ausgaben für Verträge mit Unternehmen, Infrastrukturausgaben, Ausgaben für Information und Veröffentlichungen sowie sonstiger Verwaltungsausgaben im Zusammenhang mit diesen Maßnahmen bestimmt.	
	Sie gliedern sich wie folgt auf:	
	— Personal	3 271 205
	— Veröffentlichungen/Information	473 464
	— Infrastruktur:	
	— direkte Ausgaben	1 219 528
	— anteilige Ausgaben	750 847
	— sonstige	1 429 956
	Insgesamt	7 145 000
B8-2 2 1	*Vormals Artikel B8-2 4 1*	
	Diese Mittel sind zur Deckung der Ausgaben für Verträge mit Unternehmen, Infrastrukturausgaben, Ausgaben für Information und Veröffentlichungen sowie sonstiger Verwaltungsausgaben im Zusammenhang mit diesen Maßnahmen bestimmt.	
	Sie gliedern sich wie folgt auf:	
	— Personal	—
	— Veröffentlichungen/Information	23 810
	— Infrastruktur:	
	— direkte Ausgaben	—
	— anteilige Ausgaben	—
	— sonstige	76 190
	Insgesamt	100 000

KOMMISSION

Teileinzelplan B8

(Unterstützungsausgaben)

KAPITEL B8-2 2 — VORBEREITUNG UND DURCHFÜHRUNG DER GEMEINSCHAFTLICHEN FÖRDERKONZEPTE — TECHNISCHE HILFE UND BEWERTUNG *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B8-2 2 2	***Überwachung der im Rahmen der Interventionen der Strukturfonds durchgeführten Programme*** (B2-2 1 2) Nichtgetrennte Mittel	230 000	230 000	230 000	230 000	70 000,—	70 000,—
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt	7 475 000	7 475 000	7 475 000	7 475 000	1 833 000,—	1 833 000,—
	Getrennte Mittel insgesamt						
	KAPITEL B8-2 2 INSGESAMT	7 475 000	7 475 000	7 475 000	7 475 000	1 833 000,—	1 833 000,—

KOMMISSION
Teileinzelplan B8
(Unterstützungsausgaben)

KAPITEL B8-2 2 — VORBEREITUNG UND DURCHFÜHRUNG DER GEMEINSCHAFTLICHEN FÖRDERKONZEPTE — TECHNISCHE HILFE UND BEWERTUNG *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen	
B8-2 2 2	*Vormals Artikel B8-2 4 2*	
	Diese Mittel sind zur Deckung der Personalausgaben (4,8 Personen), Ausgaben für Verträge mit Unternehmen, Infrastrukturausgaben, Ausgaben für Information und Veröffentlichungen sowie sonstiger Verwaltungsausgaben im Zusammenhang mit diesen Maßnahmen bestimmt.	
	Sie gliedern sich wie folgt auf:	
	— Personal	132 250
	— Veröffentlichungen/Information	—
	— Infrastruktur:	
	— direkte Ausgaben	—
	— anteilige Ausgaben	75 708
	— sonstige	22 042
	Insgesamt	230 000

KOMMISSION

Teileinzelplan B8
(Unterstützungsausgaben)

KAPITEL B8-2 3 — INTEGRIERTE MITTELMEERPROGRAMME

KAPITEL B8-2 5 — AUSGABEN IM BEREICH DER LANDWIRTSCHAFT

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
	KAPITEL B8-2 3						
B8-2 3 2	***Integrierte Mittelmeerprogramme — Technische Hilfe*** (B2-3 0 2)						
	Nichtgetrennte Mittel	1 311 000	1 311 000	1 311 000	1 311 000	187 000,—	187 000,—
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt	1 311 000	1 311 000	1 311 000	1 311 000	187 000,—	187 000,—
	Getrennte Mittel insgesamt						
	KAPITEL B8-2 3 INSGESAMT	1 311 000	1 311 000	1 311 000	1 311 000	187 000,—	187 000,—
	KAPITEL B8-2 5						
B8-2 5 0	***Sonstige Maßnahmen*** (B2-5 1 0 1)						
	Nichtgetrennte Mittel	1 904 000	1 904 000	1 904 000	1 904 000	0,—	0,—

KOMMISSION
Teileinzelplan B8
(Unterstützungsausgaben)

KAPITEL B8-2 3 — INTEGRIERTE MITTELMEERPROGRAMME

KAPITEL B8-2 5 — AUSGABEN IM BEREICH DER LANDWIRTSCHAFT

Artikel Posten	Erläuterungen	
B8-2 3 2	*Vormals Artikel B8-2 8 2*	
	Diese Mittel sind zur Deckung der Personalausgaben (4,8 Personen), Ausgaben für Verträge mit Unternehmen, Infrastrukturausgaben, Ausgaben für Information und Veröffentlichungen sowie sonstiger Verwaltungsausgaben im Zusammenhang mit diesen Maßnahmen bestimmt.	
	Sie gliedern sich wie folgt auf:	
	— Personal	665 000
	— Veröffentlichungen/Information	48 450
	— Infrastruktur:	
	— direkte Ausgaben	142 500
	— anteilige Ausgaben	75 050
	— sonstige	380 000
	Insgesamt	1 311 000
B8-2 5 0	*Vormals Posten B8-2 5 0 1*	
	Diese Mittel sind zur Deckung der Personalausgaben (15,8 Personen), Ausgaben für Verträge mit Unternehmen, Infrastrukturausgaben sowie sonstiger Verwaltungsausgaben im Zusammenhang mit diesen Maßnahmen bestimmt.	
	Sie gliedern sich wie folgt auf:	
	— Personal	827 826
	— Veröffentlichungen/Information	24 835
	— Infrastruktur:	
	— direkte Ausgaben	57 948
	— anteilige Ausgaben	248 348
	— sonstige	745 043
	Insgesamt	1 904 000

KOMMISSION

Teileinzelplan B8
(Unterstützungsausgaben)

KAPITEL B8-2 5 — AUSGABEN IM BEREICH DER LANDWIRTSCHAFT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B8-2 5 1	***Kontrollen in der Landwirtschaft*** (B2-5 1 1)						
B8-2 5 1 0	Kontroll- und Betrugsbekämpfungsmaßnahmen *(B2-5 1 1 0)* Nichtgetrennte Mittel	364 000	364 000	364 000	364 000	133 000,—	133 000,—
B8-2 5 1 1	Sonstige Kontrollen in der Landwirtschaft *(B2-5 1 1 1)* Nichtgetrennte Mittel	2 500 000	2 500 000	5 881 000	5 881 000	3 406 000,—	3 406 000,—
	Artikel B8-2 5 1 insgesamt	2 864 000	2 864 000	6 245 000	6 245 000	3 539 000,—	3 539 000,—
B8-2 5 2	***Informationsnetz landwirtschaftlicher Buchführungen in der Gemeinschaft*** (B2-5 1 2) Nichtgetrennte Mittel	200 000	200 000	200 000	200 000	285 000,—	285 000,—

KOMMISSION
Teileinzelplan B8
(Unterstützungsausgaben)

KAPITEL B8-2 5 — AUSGABEN IM BEREICH DER LANDWIRTSCHAFT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen	
B8-2 5 1		
B8-2 5 1 0	Diese Mittel sind zur Deckung der Personalausgaben (3,5 Personen), Ausgaben für Verträge mit Unternehmen, Infrastrukturausgaben sowie sonstiger Verwaltungsausgaben im Zusammenhang mit diesen Maßnahmen bestimmt.	
	Sie gliedern sich wie folgt auf:	
	— Personal	182 000
	— Veröffentlichungen/Information	18 200
	— Infrastruktur:	
	— direkte Ausgaben	63 700
	— anteilige Ausgaben	54 600
	— sonstige	45 500
	Insgesamt	364 000
B8-2 5 1 1	Diese Mittel sind zur Deckung der Personalausgaben (18,4 Personen), Ausgaben für Verträge mit Unternehmen, Infrastrukturausgaben sowie sonstiger Verwaltungsausgaben im Zusammenhang mit diesen Maßnahmen bestimmt.	
	Sie gliedern sich wie folgt auf:	
	— Personal	1 398 305
	— Veröffentlichungen/Information	8 475
	— Infrastruktur:	
	— direkte Ausgaben	169 491
	— anteilige Ausgaben	288 136
	— sonstige	635 593
	Insgesamt	2 500 000
B8-2 5 2	Diese Mittel sind zur Deckung der Personalausgaben (1,9 Personen), Ausgaben für Verträge mit Unternehmen, Ausgaben für Information und Veröffentlichungen sowie sonstiger Verwaltungsausgaben im Zusammenhang mit diesen Maßnahmen bestimmt.	
	Sie gliedern sich wie folgt auf:	
	— Personal	110 000
	— Veröffentlichungen/Information	—
	— Infrastruktur:	
	— direkte Ausgaben	60 000
	— anteilige Ausgaben	30 000
	— sonstige	—
	Insgesamt	200 000

KOMMISSION

Teileinzelplan B8
(Unterstützungsausgaben)

KAPITEL B8-2 5 — AUSGABEN IM BEREICH DER LANDWIRTSCHAFT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B8-2 5 3	***Neuordnung des Systems landwirtschaftlicher Erhebungen*** (B2-5 1 3) Nichtgetrennte Mittel	600 000	600 000	600 000	600 000	183 000,—	183 000,—
B8-2 5 4	***Ausbildung und Information*** (B2-5 1 4) Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	105 000,—	105 000,—
B8-2 5 5	***Wälder*** (B2-5 1 5) Nichtgetrennte Mittel	1 364 000	1 364 000	1 364 000	1 364 000	176 000,—	176 000,—
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt	6 932 000	6 932 000	10 313 000	10 313 000	4 288 000,—	4 288 000,—
	Getrennte Mittel insgesamt						
	KAPITEL B8-2 5 INSGESAMT	6 932 000	6 932 000	10 313 000	10 313 000	4 288 000,—	4 288 000,—

KOMMISSION
Teileinzelplan B8
(Unterstützungsausgaben)

KAPITEL B8-2 5 — AUSGABEN IM BEREICH DER LANDWIRTSCHAFT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen	
B8-2 5 3	Diese Mittel sind zur Deckung der Personalausgaben (3,2 Personen), Ausgaben für Verträge mit Unternehmen sowie sonstiger Verwaltungsausgaben im Zusammenhang mit diesen Maßnahmen bestimmt.	
	Sie gliedern sich wie folgt auf:	
	— Personal	350 000
	— Veröffentlichungen/Information	50 000
	— Infrastruktur:	
	— direkte Ausgaben	100 000
	— anteilige Ausgaben	50 000
	— sonstige	50 000
	Insgesamt	600 000
B8-2 5 4	Dieser Artikel ist zur Deckung der Personalausgaben, Ausgaben für Verträge mit Unternehmen, Infrastrukturausgaben, Ausgaben für Information und Veröffentlichungen sowie sonstiger Verwaltungsausgaben im Zusammenhang mit diesen Maßnahmen bestimmt.	
B8-2 5 5	Diese Mittel sind zur Deckung der Personalausgaben, Ausgaben für Verträge mit Unternehmen, Infrastrukturausgaben, Ausgaben für Information und Veröffentlichungen sowie sonstiger Verwaltungsausgaben im Zusammenhang mit diesen Maßnahmen bestimmt.	
	Sie gliedern sich wie folgt auf:	
	— Personal	155 886
	— Veröffentlichungen/Information	146 143
	— Infrastruktur:	
	— direkte Ausgaben	—
	— anteilige Ausgaben	—
	— sonstige	1 061 971
	Insgesamt	1 364 000

KOMMISSION

Teileinzelplan B8
(Unterstützungsausgaben)

KAPITEL B8-2 6 — SONSTIGE INTERVENTIONEN MIT REGIONALEM CHARAKTER

KAPITEL B8-2 7 — VERKEHR

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
	KAPITEL B8-2 6						
B8-2 6 1	***Unternehmens- und Innovationszentren*** (B2-6 0 1) Nichtgetrennte Mittel	1 116 000	1 116 000	1 116 000	1 116 000	490 000,—	490 000,—
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt	1 116 000	1 116 000	1 116 000	1 116 000	490 000,—	490 000,—
	Getrennte Mittel insgesamt						
	KAPITEL B8-2 6 INSGESAMT	1 116 000	1 116 000	1 116 000	1 116 000	490 000,—	490 000,—
	KAPITEL B8-2 7						
B8-2 7 2	***Besondere Beteiligungen, unter anderem auf dem Gebiet der Verkehrssicherheit*** (B2-7 0 2) Nichtgetrennte Mittel	206 000	206 000	206 000	206 000	0,—	0,—

KOMMISSION
Teileinzelplan B8
(Unterstützungsausgaben)

KAPITEL B8-2 6 — SONSTIGE INTERVENTIONEN MIT REGIONALEM CHARAKTER

KAPITEL B8-2 7 — VERKEHR

Artikel Posten	Erläuterungen	
B8-2 6 1	Diese Mittel sind zur Deckung der Personalausgaben (5,6 Personen), Ausgaben für Verträge mit Unternehmen, Infrastrukturausgaben, Ausgaben für Information und Veröffentlichungen sowie sonstiger Verwaltungsausgaben im Zusammenhang mit diesen Maßnahmen bestimmt.	
	Sie gliedern sich wie folgt auf:	
	— Personal	219 480
	— Veröffentlichungen/Information	158 100
	— Infrastruktur:	
	— direkte Ausgaben	93 000
	— anteilige Ausgaben	87 420
	— sonstige	558 000
	Insgesamt	1 116 000
B8-2 7 2	Diese Mittel sind zur Deckung der Personalausgaben (3,3 Personen), Ausgaben für Verträge mit Unternehmen, Infrastrukturausgaben sowie sonstiger Verwaltungsausgaben im Zusammenhang mit diesen Maßnahmen bestimmt.	
	Sie gliedern sich wie folgt auf:	
	— Personal	124 424
	— Veröffentlichungen/Information	29 664
	— Infrastruktur:	
	— direkte Ausgaben	—
	— anteilige Ausgaben	51 912
	— sonstige	—
	Insgesamt	206 000

KOMMISSION

Teileinzelplan B8
(Unterstützungsausgaben)

KAPITEL B8-2 7 — VERKEHR *(Fortsetzung)*

KAPITEL B8-2 9 — EUROPÄISCHER AUSRICHTUNGSFONDS FÜR DIE FISCHEREI

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B8-2 7 3	***Beobachtung und Ordnung der Güterverkehrsmärkte*** (B2-7 0 3) Nichtgetrennte Mittel	227 000	227 000	227 000	227 000	182 000,—	182 000,—
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt	433 000	433 000	433 000	433 000	182 000,—	182 000,—
	Getrennte Mittel insgesamt						
	KAPITEL B8-2 7 INSGESAMT	433 000	433 000	433 000	433 000	182 000,—	182 000,—
	KAPITEL B8-2 9						
B8-2 9 3	***Anpassung und Modernisierung*** (B2-9 3 0 1) Nichtgetrennte Mittel	1 000 000	1 000 000	627 000	627 000	2 111 000,—	2 111 000,—

KOMMISSION
Teileinzelplan B8
(Unterstützungsausgaben)

KAPITEL B8-2 7 — VERKEHR *(Fortsetzung)*

KAPITEL B8-2 9 — EUROPÄISCHER AUSRICHTUNGSFONDS FÜR DIE FISCHEREI

Artikel Posten	Erläuterungen	
B8-2 7 3	Diese Mittel sind zur Deckung der Personalausgaben (3,6 Personen), Ausgaben für Verträge mit Unternehmen, Infrastrukturausgaben sowie sonstiger Verwaltungsausgaben im Zusammenhang mit diesen Maßnahmen bestimmt.	
	Sie gliedern sich wie folgt auf:	
	— Personal	156 176
	— Veröffentlichungen/Information	—
	— Infrastruktur:	
	— direkte Ausgaben	13 620
	— anteilige Ausgaben	57 204
	— sonstige	—
	Insgesamt	227 000
B8-2 9 3	*Vormals Posten B8-2 9 3 1*	
	Diese Mittel sind zur Deckung der Personalausgaben (10 Personen), Ausgaben für Verträge mit Unternehmen und der Infrastrukturausgaben im Zusammenhang mit diesen Maßnahmen bestimmt.	

KOMMISSION

Teileinzelplan B8
(Unterstützungsausgaben)

KAPITEL B8-2 9 — EUROPÄISCHER AUSRICHTUNGSFONDS FÜR DIE FISCHEREI *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B8-2 9 3	*(Fortsetzung)*						
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt	1 000 000	1 000 000	627 000	627 000	2 111 000,—	2 111 000,—
	Getrennte Mittel insgesamt						
	KAPITEL B8-2 9 INSGESAMT	1 000 000	1 000 000	627 000	627 000	2 111 000,—	2 111 000,—
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt	18 267 000	18 267 000	21 275 000	21 275 000	9 091 000,—	9 091 000,—
	Getrennte Mittel insgesamt						
	Titel B8-2 insgesamt	**18 267 000**	**18 267 000**	**21 275 000**	**21 275 000**	**9 091 000,—**	**9 091 000,—**

KOMMISSION
Teileinzelplan B8
(Unterstützungsausgaben)

KAPITEL B8-29 — EUROPÄISCHER AUSRICHTUNGSFONDS FÜR DIE FISCHEREI *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen		
B8-293	*(Fortsetzung)*		
	Sie gliedern sich wie folgt auf:		
	— Personal		646 500
	— Veröffentlichungen/Information		100 000
	— Infrastruktur:		
	— direkte Ausgaben		71 500
	— anteilige Ausgaben		157 000
	— sonstige		25 000
		Insgesamt	1 000 000

KOMMISSION
Teileinzelplan B8
(Unterstützungsausgaben)

TITEL B8-3

UNTERSTÜTZUNGSAUSGABEN IM BEREICH BILDUNG, JUGENDPOLITIK, KULTUR, INFORMATION UND SONSTIGE SOZIALMASSNAHMEN

KAPITEL B8-3 1 — ALLGEMEINE UND BERUFLICHE BILDUNG UND JUGENDPOLITIK

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
	KAPITEL B8-3 1						
B8-3 1 0	***Allgemeine Aktionen in den Bereichen Bildung und Jugendpolitik*** (B3-1 0 0 0) Nichtgetrennte Mittel	400 000	400 000	505 000	505 000	392 000,—	392 000,—
B8-3 1 1	***Jugendaustausch*** (B3-1 0 1)						
B8-3 1 1 0	Austausch junger Arbeitskräfte *(B3-1 0 1 0)* Nichtgetrennte Mittel			54 000	54 000	0,—	0,—
B8-3 1 1 1	Jugend für Europa *(B3-1 0 1 1)* Nichtgetrennte Mittel	54 000	54 000	54 000	54 000	18 000,—	18 000,—
	Artikel B8-3 1 1 insgesamt	54 000	54 000	108 000	108 000	18 000,—	18 000,—

KOMMISSION
Teileinzelplan B8
(Unterstützungsausgaben)

TITEL B8-3

UNTERSTÜTZUNGSAUSGABEN IM BEREICH BILDUNG, JUGENDPOLITIK, KULTUR, INFORMATION UND SONSTIGE SOZIALMASSNAHMEN

KAPITEL B8-3 1 — ALLGEMEINE UND BERUFLICHE BILDUNG UND JUGENDPOLITIK

Artikel Posten	Erläuterungen	
B8-3 1 0	*Vormals Posten B8-3 1 0 0*	
	Diese Mittel sind zur Deckung der Personalausgaben (3,9 Personen), Ausgaben für Verträge mit Unternehmen, Infrastrukturausgaben, Ausgaben für Information und Veröffentlichungen sowie sonstiger Verwaltungsausgaben im Zusammenhang mit diesen Maßnahmen bestimmt.	
	Sie gliedern sich wie folgt auf:	
	— Personal	175 910
	— Veröffentlichungen/Information	154 062
	— Infrastruktur:	
	— direkte Ausgaben	—
	— anteilige Ausgaben	61 625
	— sonstige	8 403
	Insgesamt	400 000
B8-3 1 1		
B8-3 1 1 1	Diese Mittel sind zur Deckung der Personalausgaben (0,5 Person), Ausgaben für Verträge mit Unternehmen und der Infrastrukturausgaben im Zusammenhang mit diesen Maßnahmen bestimmt.	
	Sie gliedern sich wie folgt auf:	
	— Personal	18 621
	— Veröffentlichungen/Information	27 931
	— Infrastruktur:	
	— direkte Ausgaben	—
	— anteilige Ausgaben	7 448
	— sonstige	—
	Insgesamt	54 000

KOMMISSION

Teileinzelplan B8

(Unterstützungsausgaben)

KAPITEL B8-3 1 — ALLGEMEINE UND BERUFLICHE BILDUNG UND JUGENDPOLITIK *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B8-3 1 2	***Maßnahmen auf dem Gebiet der beruflichen Bildung und Beratung*** (B3-1 0 2)						
B8-3 1 2 0	Allgemeine Maßnahmen auf dem Gebiet der beruflichen Bildung und Beratung *(B3-1 0 2 0)* Nichtgetrennte Mittel	605 000	605 000	605 000	605 000	553 000,—	553 000,—
B8-3 1 2 1	PETRA *(B3-1 0 2 1)* Nichtgetrennte Mittel	200 000	200 000	138 000	138 000	155 000,—	155 000,—
B8-3 1 2 2	EUROTECNET *(B3-1 0 2 2)* Nichtgetrennte Mittel	54 000	54 000	54 000	54 000	48 000,—	48 000,—
B8-3 1 2 3	FORCE *(B3-1 0 2 3)* Nichtgetrennte Mittel	154 000	154 000	154 000	154 000		

KOMMISSION
Teileinzelplan B8
(Unterstützungsausgaben)

KAPITEL B8-3 1 — ALLGEMEINE UND BERUFLICHE BILDUNG UND JUGENDPOLITIK *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen	
B8-3 1 2		
B8-3 1 2 0	Diese Mittel sind zur Deckung der Personalausgaben (5,9 Personen), Ausgaben für Verträge mit Unternehmen, Infrastrukturausgaben, Ausgaben für Information und Veröffentlichungen sowie sonstiger Verwaltungsausgaben im Zusammenhang mit diesen Maßnahmen bestimmt.	
	Sie gliedern sich wie folgt auf:	
	— Personal	300 287
	— Veröffentlichungen/Information	195 518
	— Infrastruktur:	
	— direkte Ausgaben	—
	— anteilige Ausgaben	92 963
	— sonstige	16 232
	Insgesamt	605 000
B8-3 1 2 1	Diese Mittel sind zur Deckung der Personalausgaben (2,8 Personen) und der Infrastrukturausgaben im Zusammenhang mit diesen Maßnahmen bestimmt.	
	Sie gliedern sich wie folgt auf:	
	— Personal	109 210
	— Veröffentlichungen/Information	39 474
	— Infrastruktur:	
	— direkte Ausgaben	—
	— anteilige Ausgaben	44 737
	— sonstige	6 579
	Insgesamt	200 000
B8-3 1 2 2	Diese Mittel sind zur Deckung der Personalausgaben (0,7 Person), Ausgaben für Verträge mit Unternehmen und der Infrastrukturausgaben im Zusammenhang mit diesen Maßnahmen bestimmt.	
	Sie gliedern sich wie folgt auf:	
	— Personal	21 020
	— Veröffentlichungen/Information	21 745
	— Infrastruktur:	
	— direkte Ausgaben	—
	— anteilige Ausgaben	11 235
	— sonstige	—
	Insgesamt	54 000
B8-3 1 2 3	Diese Mittel sind zur Deckung der Personalausgaben (2 Personen), Ausgaben für Verträge mit Unternehmen, Infrastrukturausgaben und der Ausgaben für Information und Veröffentlichungen im Zusammenhang mit diesen Maßnahmen bestimmt.	

KOMMISSION

Teileinzelplan B8
(Unterstützungsausgaben)

KAPITEL B8-3 1 — ALLGEMEINE UND BERUFLICHE BILDUNG UND JUGENDPOLITIK *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B8-3 1 2	*(Fortsetzung)*						
B8-3 1 2 3	*(Fortsetzung)*						
	Artikel B8-3 1 2 insgesamt	1 013 000	1 013 000	951 000	951 000	756 000,—	756 000,—
B8-3 1 3	***COMETT*** (B3-1 0 3) Nichtgetrennte Mittel	200 000	200 000	157 000	157 000	40 000,—	40 000,—
B8-3 1 4	***ERASMUS*** (B3-1 0 4) Nichtgetrennte Mittel	207 000	207 000	207 000	207 000	199 000,—	199 000,—
B8-3 1 5	***LINGUA*** (B3-1 0 5) Nichtgetrennte Mittel	110 000	110 000	108 000	108 000	150 000,—	150 000,—

KOMMISSION
Teileinzelplan B8
(Unterstützungsausgaben)

KAPITEL B8-3 1 — ALLGEMEINE UND BERUFLICHE BILDUNG UND JUGENDPOLITIK *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen		
B8-3 1 2	*(Fortsetzung)*		
B8-3 1 2 3	*(Fortsetzung)*		
	Sie gliedern sich wie folgt auf:		
	— Personal		73 334
	— Veröffentlichungen/Information		40 000
	— Infrastruktur:		
	— direkte Ausgaben		—
	— anteilige Ausgaben		31 333
	— sonstige		9 333
		Insgesamt	154 000
B8-3 1 3	Diese Mittel sind zur Deckung der Personalausgaben (3 Personen), Ausgaben für Verträge mit Unternehmen und der Infrastrukturausgaben im Zusammenhang mit diesen Maßnahmen bestimmt.		
	Sie gliedern sich wie folgt auf:		
	— Personal		126 364
	— Veröffentlichungen/Information		18 182
	— Infrastruktur:		
	— direkte Ausgaben		—
	— anteilige Ausgaben		46 364
	— sonstige		9 090
		Insgesamt	200 000
B8-3 1 4	Diese Mittel sind zur Deckung der Personalausgaben (2,8 Personen), Ausgaben für Verträge mit Unternehmen und der Infrastrukturausgaben im Zusammenhang mit diesen Maßnahmen bestimmt.		
	Sie gliedern sich wie folgt auf:		
	— Personal		124 714
	— Veröffentlichungen/Information		25 714
	— Infrastruktur:		
	— direkte Ausgaben		—
	— anteilige Ausgaben		43 714
	— sonstige		12 858
		Insgesamt	207 000
B8-3 1 5	Diese Mittel sind zur Deckung der Personalausgaben (1,5 Personen), Ausgaben für Verträge mit Unternehmen und der Infrastrukturausgaben im Zusammenhang mit diesen Maßnahmen bestimmt.		

KOMMISSION

Teileinzelplan B8

(Unterstützungsausgaben)

KAPITEL B8-3 1 — ALLGEMEINE UND BERUFLICHE BILDUNG UND JUGENDPOLITIK *(Fortsetzung)*

KAPITEL B8-3 2 — KULTUR

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B8-3 1 5	*(Fortsetzung)*						
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt	1 984 000	1 984 000	2 036 000	2 036 000	1 555 000,—	1 555 000,—
	Getrennte Mittel insgesamt						
	KAPITEL B8-3 1 INSGESAMT	1 984 000	1 984 000	2 036 000	2 036 000	1 555 000,—	1 555 000,—
	KAPITEL B8-3 2						
B8-3 2 0	***Erhaltung und Förderung des europäischen architektonischen und kulturellen Erbes*** (B3-2 0 0) Nichtgetrennte Mittel	266 000	266 000	266 000	266 000	0,—	0,—
B8-3 2 1	***Spezielle Aktionen*** (B3-2 0 1) Nichtgetrennte Mittel	248 000	248 000	249 000	249 000		

KOMMISSION
Teileinzelplan B8
(Unterstützungsausgaben)

KAPITEL B8-3 1 — ALLGEMEINE UND BERUFLICHE BILDUNG UND JUGENDPOLITIK *(Fortsetzung)*

KAPITEL B8-3 2 — KULTUR

Artikel Posten	Erläuterungen	
B8-3 1 5	*(Fortsetzung)*	
	Sie gliedern sich wie folgt auf:	
	— Personal	47 568
	— Veröffentlichungen/Information	29 730
	— Infrastruktur:	
	— direkte Ausgaben	—
	— anteilige Ausgaben	23 040
	— sonstige	9 662
	Insgesamt	110 000
B8-3 2 0	*Vormals Posten B8-3 2 0 0*	
	Diese Mittel sind zur Deckung der Personalausgaben (6,4 Personen), Ausgaben für Verträge mit Unternehmen, Infrastrukturausgaben sowie sonstiger Verwaltungsausgaben im Zusammenhang mit diesen Maßnahmen bestimmt.	
	Sie gliedern sich wie folgt auf:	
	— Personal	147 980
	— Veröffentlichungen/Information	—
	— Infrastruktur:	
	— direkte Ausgaben	—
	— anteilige Ausgaben	99 863
	— sonstige	18 157
	Insgesamt	266 000
B8-3 2 1	*Vormals Posten B8-3 2 0 1 bis B8-3 2 0 3*	
	Diese Mittel sind zur Deckung der Personalausgaben (5 Personen), Ausgaben für Verträge mit Unternehmen, Infrastrukturausgaben, Ausgaben für Information und Veröffentlichungen sowie sonstiger Verwaltungsausgaben im Zusammenhang mit diesen Maßnahmen bestimmt.	

KOMMISSION
Teileinzelplan B8
(Unterstützungsausgaben)

KAPITEL B8-3 2 — KULTUR *(Fortsetzung)*

KAPITEL B8-3 3 — INFORMATION UND KOMMUNIKATION

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B8-3 2 1	*(Fortsetzung)*						
B8-3 2 2	***Kulturelle Zusammenarbeit mit Drittländern*** (B3-2 0 2) Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	133 000	133 000		
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt	514 000	514 000	648 000	648 000	0,—	0,—
	Getrennte Mittel insgesamt						
	KAPITEL B8-3 2 INSGESAMT	514 000	514 000	648 000	648 000	0,—	0,—
	KAPITEL B8-3 3						
B8-3 3 0	*MEDIA* (B3-3 0 0 0) Nichtgetrennte Mittel	541 000	541 000	541 000	541 000	808 000,—	808 000,—
B8-3 3 1	***Allgemeine Informationsmaßnahmen*** (B3-3 0 1 0) Nichtgetrennte Mittel	3 120 000	3 120 000	3 200 000	3 200 000	2 079 000,—	2 079 000,—

KOMMISSION
Teileinzelplan B8
(Unterstützungsausgaben)

KAPITEL B8-3 2 — KULTUR *(Fortsetzung)*

KAPITEL B8-3 3 — INFORMATION UND KOMMUNIKATION

Artikel Posten	Erläuterungen	
B8-3 2 1	*(Fortsetzung)*	
	Sie gliedern sich wie folgt auf:	
	— Personal	159 000
	— Veröffentlichungen/Information	—
	— Infrastruktur:	
	— direkte Ausgaben	—
	— anteilige Ausgaben	79 000
	— sonstige	10 000
	Insgesamt	248 000
B8-3 2 2	*Vormals Posten B8-3 2 0 4*	
	Dieser Artikel ist zur Deckung der Personalausgaben, Ausgaben für Verträge mit Unternehmen, Infrastrukturausgaben, Ausgaben für Information und Veröffentlichungen sowie sonstiger Verwaltungsausgaben im Zusammenhang mit diesen Maßnahmen bestimmt.	
B8-3 3 0	Diese Mittel sind zur Deckung der Personalausgaben (6,6 Personen), Ausgaben für Verträge mit Unternehmen und der Infrastrukturausgaben im Zusammenhang mit diesen Maßnahmen bestimmt.	
	Sie gliedern sich wie folgt auf:	
	— Personal	386 324
	— Veröffentlichungen/Information	—
	— Infrastruktur:	
	— direkte Ausgaben	14 661
	— anteilige Ausgaben	103 362
	— sonstige	36 653
	Insgesamt	541 000
B8-3 3 1	*Vormals Artikel B8-3 3 1 und Teilposten B8-3 3 2 0*	
	Diese Mittel sind zur Deckung der Personalausgaben (40 Personen), Ausgaben für Verträge mit Unternehmen, Infrastrukturausgaben sowie sonstiger Verwaltungsausgaben im Zusammenhang mit diesen Maßnahmen bestimmt.	

KOMMISSION
Teileinzelplan B8
(Unterstützungsausgaben)

KAPITEL B8-3 3 — INFORMATION UND KOMMUNIKATION *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B8-3 3 1	*(Fortsetzung)*						
B8-3 3 2	***Drittländer*** (B3-3 0 2) Nichtgetrennte Mittel	282 000	282 000	282 000	282 000	2 169 000,—	2 169 000,—
B8-3 3 3	***Allgemeine Maßnahmen im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit*** (B3-3 0 3) Nichtgetrennte Mittel	473 000	473 000	473 000	473 000	156 000,—	156 000,—
B8-3 3 4	***Europäische Integration in der Hochschule*** (B3-3 0 4) Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	113 000,—	113 000,—
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt	4 416 000	4 416 000	4 496 000	4 496 000	5 325 000,—	5 325 000,—
	Getrennte Mittel insgesamt						
	KAPITEL B8-3 3 INSGESAMT	4 416 000	4 416 000	4 496 000	4 496 000	5 325 000,—	5 325 000,—

KAPITEL B8-3 3 — INFORMATION UND KOMMUNIKATION *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen	
B8-3 3 1	*(Fortsetzung)*	
	Sie gliedern sich wie folgt auf:	
	— Personal	2 182 000
	— Veröffentlichungen/Information	—
	— Infrastruktur:	
	— direkte Ausgaben	270 000
	— anteilige Ausgaben	628 000
	— sonstige	40 000
	Insgesamt	3 120 000
B8-3 3 2	*Vormals Teilposten B8-3 3 2 0 und Teilartikel B8-3 3 3*	
	Diese Mittel sind zur Deckung der Personalausgaben (4,1 Personen), Ausgaben für Verträge mit Unternehmen, Infrastrukturausgaben sowie sonstiger Verwaltungsausgaben im Zusammenhang mit diesen Maßnahmen bestimmt.	
	Sie gliedern sich wie folgt auf:	
	— Personal	190 149
	— Veröffentlichungen/Information	—
	— Infrastruktur:	
	— direkte Ausgaben	16 114
	— anteilige Ausgaben	63 651
	— sonstige	12 086
	Insgesamt	282 000
B8-3 3 3	*Vormals Teilartikel B8-3 3 3*	
	Diese Mittel sind zur Deckung der Personalausgaben (7,1 Personen), Ausgaben für Verträge mit Unternehmen, Infrastrukturausgaben sowie sonstiger Verwaltungsausgaben im Zusammenhang mit diesen Maßnahmen bestimmt.	
	Sie gliedern sich wie folgt auf:	
	— Personal	283 011
	— Veröffentlichungen/Information	—
	— Infrastruktur:	
	— direkte Ausgaben	39 417
	— anteilige Ausgaben	111 155
	— sonstige	39 417
	Insgesamt	473 000
B8-3 3 4	*Vormals Posten B8-3 1 0 5*	
	Dieser Artikel ist zur Deckung der Personalausgaben, Ausgaben für Verträge mit Unternehmen, Infrastrukturausgaben, Ausgaben für Information und Veröffentlichungen sowie sonstiger Verwaltungsausgaben im Zusammenhang mit diesen Maßnahmen bestimmt.	

KOMMISSION

Teileinzelplan B8
(Unterstützungsausgaben)

KAPITEL B8-3 4 — SOZIALER DIALOG UND BESCHÄFTIGUNG

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
	KAPITEL B8-3 4						
B8-3 4 0	***Arbeitsbeziehungen und sozialer Dialog*** (B3-4 0 0 0) Nichtgetrennte Mittel	500 000	500 000	1 101 000	1 101 000	379 000,—	379 000,—
B8-3 4 1	***Arbeitsmarkt und Beschäftigung*** (B3-4 0 1)						
B8-3 4 1 0	Arbeitsmarkt und Beschäftigung *(B3-4 0 1 0)* Nichtgetrennte Mittel	1 500 000	1 500 000	3 215 000	3 215 000	1 032 000,—	1 032 000,—
B8-3 4 1 1	SEDOC *(B3-4 0 1 1)* Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	332 000	332 000	41 000,—	41 000,—

KOMMISSION
Teileinzelplan B8
(Unterstützungsausgaben)

KAPITEL B8-34 — SOZIALER DIALOG UND BESCHÄFTIGUNG

Artikel Posten	Erläuterungen	
B8-340	*Vormals Posten B8-3400*	
	Diese Mittel sind zur Deckung der Personalausgaben (7,8 Personen), Ausgaben für Verträge mit Unternehmen, Infrastrukturausgaben sowie sonstiger Verwaltungsausgaben im Zusammenhang mit diesen Maßnahmen bestimmt.	
	Sie gliedern sich wie folgt auf:	
	— Personal	280 024
	— Veröffentlichungen/Information	62 228
	— Infrastruktur:	
	— direkte Ausgaben	21 780
	— anteilige Ausgaben	122 278
	— sonstige	13 690
	Insgesamt	500 000
B8-341		
B8-3410	Diese Mittel sind zur Deckung der Personalausgaben (17,8 Personen), Ausgaben für Verträge mit Unternehmen, Infrastrukturausgaben sowie sonstiger Verwaltungsausgaben im Zusammenhang mit diesen Maßnahmen bestimmt.	
	Sie gliedern sich wie folgt auf:	
	— Personal	574 123
	— Veröffentlichungen/Information	242 588
	— Infrastruktur:	
	— direkte Ausgaben	242 588
	— anteilige Ausgaben	278 976
	— sonstige	161 725
	Insgesamt	1 500 000
B8-3411	Dieser Posten ist zur Deckung der Personalausgaben, Ausgaben für Verträge mit Unternehmen, Infrastrukturausgaben sowie sonstiger Verwaltungsausgaben im Zusammenhang mit diesen Maßnahmen bestimmt.	

KOMMISSION

Teileinzelplan B8

(Unterstützungsausgaben)

KAPITEL B8-3 4 — SOZIALER DIALOG UND BESCHÄFTIGUNG *(Fortsetzung)*

KAPITEL B8-3 5 — SOZIALER SCHUTZ UND FREIZÜGIGKEIT

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B8-3 4 1	*(Fortsetzung)*						
B8-3 4 1 2	Maßnahmen zur Verwirklichung der Gleichstellung von Männern und Frauen *(B3-4 0 1 2)*						
	Nichtgetrennte Mittel	466 000	466 000	466 000	466 000	546 000,—	546 000,—
	Artikel B8-3 4 1 insgesamt	1 966 000	1 966 000	4 013 000	4 013 000	1 619 000,—	1 619 000,—
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt	2 466 000	2 466 000	5 114 000	5 114 000	1 998 000,—	1 998 000,—
	Getrennte Mittel insgesamt						
	KAPITEL B8-3 4 INSGESAMT	2 466 000	2 466 000	5 114 000	5 114 000	1 998 000,—	1 998 000,—
	KAPITEL B8-3 5						
B8-3 5 0	***Sozialer Schutz*** (B3-4 1 0)						
B8-3 5 0 0	Maßnahmen und Studien im Bereich der sozialen Sicherheit *(B3-4 1 0 0)*						
	Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	198 000,—	198 000,—
B8-3 5 0 1	Maßnahmen zugunsten der Familien einschließlich Schutz der Jugend *(B3-4 1 0 1)*						
	Nichtgetrennte Mittel	400 000	400 000	571 000	571 000	0,—	0,—
B8-3 5 0 2	HELIOS *(B3-4 1 0 2)*						
	Nichtgetrennte Mittel	1 300 000	1 300 000	1 578 000	1 578 000	142 000,—	142 000,—

KOMMISSION
Teileinzelplan B8
(Unterstützungsausgaben)

KAPITEL B8-34 — SOZIALER DIALOG UND BESCHÄFTIGUNG *(Fortsetzung)*

KAPITEL B8-35 — SOZIALER SCHUTZ UND FREIZÜGIGKEIT

Artikel Posten	Erläuterungen	
B8-341	*(Fortsetzung)*	
B8-3412	Diese Mittel sind zur Deckung der Personalausgaben (6,6 Personen), Ausgaben für Verträge mit Unternehmen, Infrastrukturausgaben sowie sonstiger Verwaltungsausgaben im Zusammenhang mit diesen Maßnahmen bestimmt.	
	Sie gliedern sich wie folgt auf:	
	— Personal	280 696
	— Veröffentlichungen/Information	—
	— Infrastruktur:	
	— direkte Ausgaben	54 824
	— anteilige Ausgaben	103 068
	— sonstige	27 412
	Insgesamt	466 000
B8-350		
B8-3500	Dieser Posten ist zur Deckung der Personalausgaben, Ausgaben für Verträge mit Unternehmen, Infrastrukturausgaben sowie sonstiger Verwaltungsausgaben im Zusammenhang mit diesen Maßnahmen bestimmt.	
B8-3501	Diese Mittel sind zur Deckung der Personalausgaben (5,4 Personen), Ausgaben für Verträge mit Unternehmen, Infrastrukturausgaben sowie sonstiger Verwaltungsausgaben im Zusammenhang mit diesen Maßnahmen bestimmt.	
	Sie gliedern sich wie folgt auf:	
	— Personal	217 852
	— Veröffentlichungen/Information	—
	— Infrastruktur:	
	— direkte Ausgaben	36 309
	— anteilige Ausgaben	85 325
	— sonstige	60 514
	Insgesamt	400 000
B8-3502	Diese Mittel sind zur Deckung der Personalausgaben (7,1 Personen), Ausgaben für Verträge mit Unternehmen, Infrastrukturausgaben sowie sonstiger Verwaltungsausgaben im Zusammenhang mit diesen Maßnahmen bestimmt.	

KOMMISSION
Teileinzelplan B8
(Unterstützungsausgaben)

KAPITEL B8-3 5 — SOZIALER SCHUTZ UND FREIZÜGIGKEIT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B8-3 5 0	*(Fortsetzung)*						
B8-3 5 0 2	*(Fortsetzung)*						
B8-3 5 0 3	Maßnahmen zur Bekämpfung der Armut *(B3-4 1 0 3)* Nichtgetrennte Mittel	500 000	500 000	1 821 000	1 821 000	181 000,—	181 000,—
	Artikel B8-3 5 0 insgesamt	2 200 000	2 200 000	3 970 000	3 970 000	521 000,—	521 000,—
B8-3 5 1	***Freizügigkeit*** (B3-4 1 1)						
B8-3 5 1 0	Maßnahmen zugunsten der Wanderarbeitnehmer, einschließlich nichteuropäischer Zuwanderer *(B3-4 1 1 0)* Nichtgetrennte Mittel	222 000	222 000	616 000	616 000	526 000,—	526 000,—

KOMMISSION
Teileinzelplan B8
(Unterstützungsausgaben)

KAPITEL B8-3 5 — SOZIALER SCHUTZ UND FREIZÜGIGKEIT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen	
B8-3 5 0	*(Fortsetzung)*	
B8-3 5 0 2	*(Fortsetzung)*	
	Sie gliedern sich wie folgt auf:	
	— Personal	1 132 281
	— Veröffentlichungen/Information	—
	— Infrastruktur:	
	— direkte Ausgaben	28 307
	— anteilige Ausgaben	111 105
	— sonstige	28 307
	Insgesamt	1 300 000
B8-3 5 0 3	Diese Mittel sind zur Deckung der Personalausgaben (6 Personen), Ausgaben für Verträge mit Unternehmen, Infrastrukturausgaben sowie sonstiger Verwaltungsausgaben im Zusammenhang mit diesen Maßnahmen bestimmt.	
	Sie gliedern sich wie folgt auf:	
	— Personal	250 000
	— Veröffentlichungen/Information	—
	— Infrastruktur:	
	— direkte Ausgaben	100 000
	— anteilige Ausgaben	100 000
	— sonstige	50 000
	Insgesamt	500 000
B8-3 5 1		
B8-3 5 1 0	Diese Mittel sind zur Deckung der Personalausgaben (2 Personen), Ausgaben für Verträge mit Unternehmen, Infrastrukturausgaben sowie sonstiger Verwaltungsausgaben im Zusammenhang mit diesen Maßnahmen bestimmt.	
	Sie gliedern sich wie folgt auf:	
	— Personal	71 000
	— Veröffentlichungen/Information	—
	— Infrastruktur:	
	— direkte Ausgaben	100 000
	— anteilige Ausgaben	31 000
	— sonstige	20 000
	Insgesamt	222 000

KOMMISSION

Teileinzelplan B8
(Unterstützungsausgaben)

KAPITEL B8-3 5 — SOZIALER SCHUTZ UND FREIZÜGIGKEIT *(Fortsetzung)*

KAPITEL B8-3 6 — GESUNDHEIT

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B8-3 5 1	*(Fortsetzung)*						
B8-3 5 1 1	Maßnahmen der Verwaltungskommission für die soziale Sicherheit der Wanderarbeitnehmer *(B3-4 1 1 1)* Nichtgetrennte Mittel	444 000	444 000	444 000	444 000	328 000,—	328 000,—
	Artikel B8-3 5 1 insgesamt	666 000	666 000	1 060 000	1 060 000	854 000,—	854 000,—
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt	2 866 000	2 866 000	5 030 000	5 030 000	1 375 000,—	1 375 000,—
	Getrennte Mittel insgesamt						
	KAPITEL B8-3 5 INSGESAMT	2 866 000	2 866 000	5 030 000	5 030 000	1 375 000,—	1 375 000,—
	KAPITEL B8-3 6						
B8-3 6 0	***Aktionen auf dem Gebiet des Gesundheitsschutzes der Bürger*** (B3-4 3 0)						
B8-3 6 0 0	Maßnahmen zur Krebsverhütung *(B3-4 3 0 0)* Nichtgetrennte Mittel	2 024 000	2 024 000	2 369 000	2 369 000	1 375 000,—	1 375 000,—

KOMMISSION
Teileinzelplan B8
(Unterstützungsausgaben)

KAPITEL B8-3 5 — SOZIALER SCHUTZ UND FREIZÜGIGKEIT *(Fortsetzung)*

KAPITEL B8-3 6 — GESUNDHEIT

Artikel Posten	Erläuterungen	
B8-3 5 1	*(Fortsetzung)*	
B8-3 5 1 1	Diese Mittel sind zur Deckung der Personalausgaben (2 Personen), Ausgaben für Verträge mit Unternehmen, Infrastrukturausgaben sowie sonstiger Verwaltungsausgaben im Zusammenhang mit diesen Maßnahmen bestimmt.	
	Sie gliedern sich wie folgt auf:	
	— Personal	102 803
	— Veröffentlichungen/Information	273 230
	— Infrastruktur:	
	— direkte Ausgaben	17 077
	— anteilige Ausgaben	32 105
	— sonstige	18 785
	Insgesamt	444 000
B8-3 6 0		
B8-3 6 0 0	Diese Mittel sind zur Deckung der Personalausgaben (27 Personen), Ausgaben für Verträge mit Unternehmen, Infrastrukturausgaben sowie sonstiger Verwaltungsausgaben im Zusammenhang mit diesen Maßnahmen bestimmt.	
	Sie gliedern sich wie folgt auf:	
	— Personal	1 300 000
	— Veröffentlichungen/Information	—
	— Infrastruktur:	
	— direkte Ausgaben	—
	— anteilige Ausgaben	424 000
	— sonstige	300 000
	Insgesamt	2 024 000

KOMMISSION

Teileinzelplan B8
(Unterstützungsausgaben)

KAPITEL B8-3 6 — GESUNDHEIT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B8-3 6 0	*(Fortsetzung)*						
B8-3 6 0 1	Maßnahmen zur Bekämpfung von Aids und anderen übertragbaren Krankheiten *(B3-4 3 0 1)* Nichtgetrennte Mittel	371 000	371 000	371 000	371 000	250 000,—	250 000,—
B8-3 6 0 3	Maßnahmen zur Bekämpfung des Alkoholmißbrauchs *(B3-4 3 0 3)* Nichtgetrennte Mittel	368 000	368 000	371 000	371 000	245 000,—	245 000,—
B8-3 6 0 4	Untersuchungen und Maßnahmen auf dem Gebiet der Volksgesundheit *(B3-4 3 0 4)* Nichtgetrennte Mittel	200 000	200 000	429 000	429 000	269 000,—	269 000,—
	Artikel B8-3 6 0 insgesamt	2 963 000	2 963 000	3 540 000	3 540 000	2 139 000,—	2 139 000,—
B8-3 6 1	***Gesundheitsschutz, Arbeitshygiene und Sicherheit am Arbeitsplatz einschließlich Zuschüsse an das Internationale Arbeitsamt*** (B3-4 3 1 0) Nichtgetrennte Mittel	1 200 000	1 200 000	1 464 000	1 464 000	1 423 000,—	1 423 000,—

KOMMISSION
Teileinzelplan B8
(Unterstützungsausgaben)

KAPITEL B8-3 6 — GESUNDHEIT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen	
B8-3 6 0	*(Fortsetzung)*	
B8-3 6 0 1	Diese Mittel sind zur Deckung der Personalausgaben (5,8 Personen), Ausgaben für Verträge mit Unternehmen, Infrastrukturausgaben sowie sonstiger Verwaltungsausgaben im Zusammenhang mit diesen Maßnahmen bestimmt.	
	Sie gliedern sich wie folgt auf:	
	— Personal	173 133
	— Veröffentlichungen/Information	8 244
	— Infrastruktur:	
	— direkte Ausgaben	16 490
	— anteilige Ausgaben	90 689
	— sonstige	82 444
	Insgesamt	371 000
B8-3 6 0 3	Diese Mittel sind zur Deckung der Personalausgaben (5 Personen), Ausgaben für Verträge mit Unternehmen, Infrastrukturausgaben sowie sonstiger Verwaltungsausgaben im Zusammenhang mit diesen Maßnahmen bestimmt.	
	Sie gliedern sich wie folgt auf:	
	— Personal	159 000
	— Veröffentlichungen/Information	10 000
	— Infrastruktur:	
	— direkte Ausgaben	20 000
	— anteilige Ausgaben	79 000
	— sonstige	100 000
	Insgesamt	368 000
B8-3 6 0 4	Diese Mittel sind zur Deckung der Personalausgaben (2,4 Personen), Ausgaben für Verträge mit Unternehmen, Infrastrukturausgaben sowie sonstiger Verwaltungsausgaben im Zusammenhang mit diesen Maßnahmen bestimmt.	
	Sie gliedern sich wie folgt auf:	
	— Personal	108 108
	— Veröffentlichungen/Information	6 006
	— Infrastruktur:	
	— direkte Ausgaben	12 012
	— anteilige Ausgaben	37 838
	— sonstige	36 036
	Insgesamt	200 000
B8-3 6 1	*Vormals Posten B8-3 6 1 0*	
	Diese Mittel sind zur Deckung der Personalausgaben (17,3 Personen), Ausgaben für Verträge mit Unternehmen, Infrastrukturausgaben sowie sonstiger Verwaltungsausgaben im Zusammenhang mit diesen Maßnahmen bestimmt.	
	Sie gliedern sich wie folgt auf:	
	— Personal	690 153
	— Veröffentlichungen/Information	95 908
	— Infrastruktur:	
	— direkte Ausgaben	76 726
	— anteilige Ausgaben	271 228
	— sonstige	65 985
	Insgesamt	1 200 000

KOMMISSION
Teileinzelplan B8
(Unterstützungsausgaben)

KAPITEL B8-3 6 — GESUNDHEIT *(Fortsetzung)*

KAPITEL B8-3 7 — DROGENBEKÄMPFUNG

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B8-3 6 2	***Europäisches Jahr für Gesundheitsschutz und Sicherheit am Arbeitsplatz*** (B3-4 3 2) Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	0,—	0,—
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt	4 163 000	4 163 000	5 004 000	5 004 000	3 562 000,—	3 562 000,—
	Getrennte Mittel insgesamt						
	KAPITEL B8-3 6 INSGESAMT	4 163 000	4 163 000	5 004 000	5 004 000	3 562 000,—	3 562 000,—
	KAPITEL B8-3 7						
B8-3 7 0	***Maßnahmen zur Behämpfung des Drogenmißbranchs*** (B3-4 4 0) Nichtgetrennte Mittel	500 000	500 000	582 000	582 000	390 000,—	390 000,—
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt	500 000	500 000	582 000	582 000	390 000,—	390 000,—
	Getrennte Mittel insgesamt						
	KAPITEL B8-3 7 INSGESAMT	500 000	500 000	582 000	582 000	390 000,—	390 000,—
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt	16 909 000	16 909 000	22 910 000	22 910 000	14 205 000,—	14 205 000,—
	Getrennte Mittel insgesamt						
	Titel B8-3 insgesamt	**16 909 000**	**16 909 000**	**22 910 000**	**22 910 000**	**14 205 000,—**	**14 205 000,—**

KOMMISSION
Teileinzelplan B8
(Unterstützungsausgaben)

KAPITEL B8-3 6 — GESUNDHEIT *(Fortsetzung)*

KAPITEL B8-3 7 — DROGENBEKÄMPFUNG

Artikel Posten	Erläuterungen
B8-3 6 2	*Vormals Posten A-4 0 5 4* Dieser Artikel ist zur Deckung der Personalausgaben, Ausgaben für Verträge mit Unternehmen, Infrastrukturausgaben, Ausgaben für Information und Veröffentlichungen sowie sonstiger Verwaltungsausgaben im Zusammenhang mit diesen Maßnahmen bestimmt.
B8-3 7 0	*Vormals Posten B8-3 6 0 2* Diese Mittel sind zur Deckung der Personalausgaben (7 Personen), Ausgaben für Verträge mit Unternehmen, Infrastrukturausgaben, Ausgaben für Information und Veröffentlichungen sowie sonstiger Verwaltungsausgaben im Zusammenhang mit diesen Maßnahmen bestimmt. Sie gliedern sich wie folgt auf: — Personal 241 768 — Veröffentlichungen/Information 8 666 — Infrastruktur: — direkte Ausgaben 86 655 — anteilige Ausgaben 109 185 — sonstige 53 726 Insgesamt 500 000

KOMMISSION
Teileinzelplan B8
(Unterstützungsausgaben)

TITEL B8-4

UNTERSTÜTZUNGSAUSGABEN IM BEREICH DER ENERGIE, DER EURATOM-SICHERHEITSÜBERWACHUNG UND DER UMWELT

KAPITEL B8-4 1 — ENERGIEPOLITIK

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
	KAPITEL B8-4 1						
B8-4 1 0	***Aktionen im Bereich der neuen Energietechnologien*** (B4-1 0 0)						
B8-4 1 0 0	THERMIE *(B4-1 0 0 0)* Nichtgetrennte Mittel	4 645 000	4 645 000	4 645 000	4 645 000	0,—	0,—
B8-4 1 0 1	Finanzielle Unterstützung der technologischen Entwicklung im Bereich der Kohlenwasserstoffe *(B4-1 0 0 1)* Nichtgetrennte Mittel	—	—	p.m.	p.m.	435 360,—	435 360,—
B8-4 1 0 2	Finanzielle Unterstützung zur Förderung von Demonstrationsvorhaben und industriellen Pilotvorhaben *(B4-1 0 0 2)* Nichtgetrennte Mittel	—	—	p.m.	p.m.	3 467 447,75	3 467 447,75
	Artikel B8-4 1 0 insgesamt	4 645 000	4 645 000	4 645 000	4 645 000	3 902 807,75	3 902 807,75
B8-4 1 2	***Maßnahmen im Bereich der Beförderung radioaktiver Stoffe*** (B4-1 0 2) Nichtgetrennte Mittel	30 000	30 000	30 000	30 000	0,—	0,—

KOMMISSION
Teileinzelplan B8
(Unterstützungsausgaben)

TITEL B8-4

UNTERSTÜTZUNGSAUSGABEN IM BEREICH DER ENERGIE, DER EURATOM-SICHERHEITSÜBERWACHUNG UND DER UMWELT

KAPITEL B8-4 1 — ENERGIEPOLITIK

Artikel Posten	Erläuterungen	
B8-4 1 0		
B8-4 1 0 0	Diese Mittel sind zur Deckung der Personalausgaben (46,6 Personen), Ausgaben für Verträge mit Unternehmen, Infrastrukturausgaben, Ausgaben für Information und Veröffentlichungen sowie sonstiger Verwaltungsausgaben im Zusammenhang mit diesen Maßnahmen bestimmt.	
	Sie gliedern sich wie folgt auf:	
	— Personal	2 812 406
	— Veröffentlichungen/Information	423 428
	— Infrastruktur:	
	— direkte Ausgaben	254 057
	— anteilige Ausgaben	731 681
	— sonstige	423 428
	Insgesamt	4 645 000
B8-4 1 2	Diese Mittel sind zur Deckung der Personalausgaben, Ausgaben für Verträge mit Unternehmen sowie der Ausgaben für Information und Veröffentlichungen im Zusammenhang mit diesen Maßnahmen bestimmt.	
	Sie gliedern sich wie folgt auf:	
	— Personal	30 000
	— Veröffentlichungen/Information	—
	— Infrastruktur:	
	— direkte Ausgaben	—
	— anteilige Ausgaben	—
	— sonstige	—
	Insgesamt	30 000

KOMMISSION

Teileinzelplan B8
(Unterstützungsausgaben)

KAPITEL B8-4 1 — ENERGIEPOLITIK *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B8-4 1 3	***Maßnahmen zur Verbesserung der Energiebilanz der Gemeinschaft*** (B4-1 0 3)						
B8-4 1 3 0	ALTENER *(B4-1 0 3 0)*						
	Nichtgetrennte Mittel	360 000	360 000	p.m.	p.m.	182 024,—	182 024,—
B8-4 1 3 1	SAVE *(B4-1 0 3 1)*						
	Nichtgetrennte Mittel	—	—	p.m.	p.m.	55 000,—	55 000,—
B8-4 1 3 2	Studien im Energiebereich und Beobachtung der Märkte *(B4-1 0 3 2)*						
	Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	0,—	0,—
	Artikel B8-4 1 3 insgesamt	360 000	360 000	p.m.	p.m.	237 024,—	237 024,—
B8-4 1 4	***Erstellung von Programmen auf dem Energiesektor und flankierende Maßnahmen*** (B4-1 0 4)						
B8-4 1 4 0	Erstellung von Programmen auf dem Energiesektor *(B4-1 0 4 0)*						
	Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	595 000	595 000	467 644,—	467 644,—
B8-4 1 4 1	Technologieaustausch und -transfer mit Drittländern im Energiebereich *(B4-1 0 4 1)*						
	Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	20 000,—	20 000,—
	Artikel B8-4 1 4 insgesamt	p.m.	p.m.	595 000	595 000	487 644,—	487 644,—
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt	5 035 000	5 035 000	5 270 000	5 270 000	4 572 475,75	4 572 475,75
	Getrennte Mittel insgesamt			p.m.	p.m.	55 000,—	55 000,—
	KAPITEL B8-4 1 INSGESAMT	5 035 000	5 035 000	5 270 000	5 270 000	4 627 475,75	4 627 475,75

KOMMISSION
Teileinzelplan B8
(Unterstützungsausgaben)

KAPITEL B8-4 1 — ENERGIEPOLITIK *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B8-4 1 3	
B8-4 1 3 0	Diese Mittel sind zur Deckung der Personalausgaben (4,4 Personen), Ausgaben für Verträge mit Unternehmen, Infrastrukturausgaben, Ausgaben für Information und Veröffentlichungen sowie sonstiger Verwaltungsausgaben im Zusammenhang mit diesen Maßnahmen bestimmt. Sie gliedern sich wie folgt auf: — Personal 173 388 — Veröffentlichungen/Information 36 735 — Infrastruktur: — direkte Ausgaben 14 694 — anteilige Ausgaben 69 061 — sonstige 66 122 Insgesamt 360 000
B8-4 1 3 1	*Vormals Artikel B8-4 1 6*
B8-4 1 3 2	Dieser Posten ist zur Deckung der Personalausgaben, Ausgaben für Verträge mit Unternehmen, Infrastrukturausgaben, Ausgaben für Information und Veröffentlichungen sowie sonstiger Verwaltungsausgaben im Zusammenhang mit diesen Maßnahmen bestimmt.
B8-4 1 4	
B8-4 1 4 0	Dieser Posten ist zur Deckung der Personalausgaben, Ausgaben für Verträge mit Unternehmen, Infrastrukturausgaben, Ausgaben für Information und Veröffentlichungen sowie sonstiger Verwaltungsausgaben im Zusammenhang mit diesen Maßnahmen bestimmt.
B8-4 1 4 1	Dieser Posten ist zur Deckung der Personalausgaben, Ausgaben für Verträge mit Unternehmen, Infrastrukturausgaben, Ausgaben für Information und Veröffentlichungen sowie sonstiger Verwaltungsausgaben im Zusammenhang mit diesen Maßnahmen bestimmt.

KOMMISSION

Teileinzelplan B8
(Unterstützungsausgaben)

KAPITEL B8-4 2 — EURATOM-SICHERHEITSÜBERWACHUNG

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
	KAPITEL B8-4 2						
B8-4 2 0	***Überwachung an Ort und Stelle und Dienstreisen im Zusammenhang mit der Sicherheitsüberwachung*** (B4-2 0 0)						
	Nichtgetrennte Mittel	—	—	—	—	2 250 000,—	2 250 000,—
B8-4 2 1	***Kosten für Praktika, Fortbildung von Inspektoren, Sitzungen, Einberufungen im allgemeinen*** (B4-2 0 1)						
	Nichtgetrennte Mittel	7 000	7 000	7 000	7 000	120 000,—	120 000,—
B8-4 2 2	***Ausgaben für den Erwerb von Ausrüstung, für Dienstleistungen und für spezielle Arbeiten*** (B4-2 0 2)						
B8-4 2 2 0	Probenahmen und Analysen, Material, spezifische Arbeiten, Dienstleistungen und Transport *(B4-2 0 2 0)*						
	Nichtgetrennte Mittel	421 000	421 000	421 000	421 000	3 371 856,65	3 371 856,65
	Artikel B8-4 2 2 insgesamt	421 000	421 000	421 000	421 000	3 371 856,65	3 371 856,65
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt	428 000	428 000	428 000	428 000	5 741 856,65	5 741 856,65
	Getrennte Mittel insgesamt						
	KAPITEL B8-4 2 INSGESAMT	428 000	428 000	428 000	428 000	5 741 856,65	5 741 856,65

KOMMISSION
Teileinzelplan B8
(Unterstützungsausgaben)

KAPITEL B8-4 2 — EURATOM-SICHERHEITSÜBERWACHUNG

Artikel Posten	Erläuterungen	
B8-4 2 1	Diese Mittel sind zur Deckung der Personalausgaben im Zusammenhang mit diesen Maßnahmen bestimmt.	
	Sie gliedern sich wie folgt auf:	
	— Personal	7 000
	— Veröffentlichungen/Information	—
	— Infrastruktur:	
	— direkte Ausgaben	—
	— anteilige Ausgaben	—
	— sonstige	—
	Insgesamt	7 000
B8-4 2 2		
B8-4 2 2 0	Diese Mittel sind zur Deckung der Personalausgaben (8,9 Personen), Ausgaben für Verträge mit Unternehmen und der Infrastrukturausgaben im Zusammenhang mit diesen Maßnahmen bestimmt.	
	Sie gliedern sich wie folgt auf:	
	— Personal	275 644
	— Veröffentlichungen/Information	—
	— Infrastruktur:	
	— direkte Ausgaben	—
	— anteilige Ausgaben	139 152
	— sonstige	6 204
	Insgesamt	421 000

KOMMISSION

Teileinzelplan B8
(Unterstützungsausgaben)

KAPITEL B8-4 3 — UMWELTAKTIONEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
	KAPITEL B8-4 3						
B8-4 3 0	***ACE*** (B4-3 0 0) Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	567 000	567 000	485 161,72	485 161,72
B8-4 3 1	***ACNAT*** (B4-3 0 1) Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	1 371 000	1 371 000	323 441,14	323 441,14
B8-4 3 2	***MEDSPA*** (B4-3 0 2) Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	1 159 000	1 159 000	1 018 200,—	1 018 200,—
B8-4 3 4	***Umwelt-Rechtsvorschriften*** (B4-3 0 4) Nichtgetrennte Mittel	6 200 000	6 200 000	5 626 000	5 626 000	5 614 493,68	5 614 493,68
B8-4 3 7	***Strahlenschutz*** (B4-3 0 7) Nichtgetrennte Mittel	350 000	350 000	350 000	350 000	735 979,56	735 979,56
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt	6 550 000	6 550 000	9 073 000	9 073 000	8 177 276,10	8 177 276,10
	Getrennte Mittel insgesamt						
	KAPITEL B8-4 3 INSGESAMT	6 550 000	6 550 000	9 073 000	9 073 000	8 177 276,10	8 177 276,10

KOMMISSION
Teileinzelplan B8
(Unterstützungsausgaben)

KAPITEL B8-4 3 — UMWELTAKTIONEN

Artikel Posten	Erläuterungen	
B8-4 3 0	Dieser Artikel ist zur Deckung der Personalausgaben, Ausgaben für Verträge mit Unternehmen, Infrastrukturausgaben sowie sonstiger Verwaltungsausgaben im Zusammenhang mit diesen Maßnahmen bestimmt.	
B8-4 3 1	Dieser Artikel ist zur Deckung der Personalausgaben, Ausgaben für Verträge mit Unternehmen, Infrastrukturausgaben sowie sonstiger Verwaltungsausgaben im Zusammenhang mit diesen Maßnahmen bestimmt.	
B8-4 3 4	*Vormals Posten B8-4 3 4 0 bis B8-4 3 4 8, B8-4 3 6 2 und B8-4 3 8 0* Diese Mittel sind zur Deckung der Personalausgaben (124,8 Personen), Ausgaben für Verträge mit Unternehmen, Infrastrukturausgaben sowie sonstiger Verwaltungsausgaben im Zusammenhang mit diesen Maßnahmen bestimmt. Sie gliedern sich wie folgt auf:	
	— Personal	3 934 010
	— Veröffentlichungen/Information	—
	— Infrastruktur:	
	— direkte Ausgaben	306 328
	— anteilige Ausgaben	1 959 662
	— sonstige	—
	Insgesamt	6 200 000
B8-4 3 7	Diese Mittel sind zur Deckung der Personalausgaben (4,6 Personen), Ausgaben für Verträge mit Unternehmen, Infrastrukturausgaben, Ausgaben für Information und Veröffentlichungen sowie sonstiger Verwaltungsausgaben im Zusammenhang mit diesen Maßnahmen bestimmt. Sie gliedern sich wie folgt auf:	
	— Personal	197 826
	— Veröffentlichungen/Information	—
	— Infrastruktur:	
	— direkte Ausgaben	23 587
	— anteilige Ausgaben	71 522
	— sonstige	57 065
	Insgesamt	350 000

KOMMISSION

Teileinzelplan B8
(Unterstützungsausgaben)

KAPITEL B8-4 4 — INSTRUMENT FINANCIER POUR L'ENVIRONNEMENT

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
	KAPITEL B8-4 4						
B8-4 4 0	***LIFE*** (B4-3 2 0) Nichtgetrennte Mittel	3 000 000	3 000 000				
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt	3 000 000	3 000 000				
	Getrennte Mittel insgesamt						
	KAPITEL B8-4 4 INSGESAMT	3 000 000	3 000 000				

KOMMISSION
Teileinzelplan B8
(Unterstützungsausgaben)

KAPITEL B8-4 4 — INSTRUMENT FINANCIER POUR L'ENVIRONNEMENT

Artikel Posten	Erläuterungen	
B8-4 4 0	*Neuer Artikel*	
	Diese Mittel sind zur Deckung der Personalausgaben (36,9 Personen), Ausgaben für Verträge mit Unternehmen, Infrastrukturausgaben, Ausgaben für Information und Veröffentlichungen sowie sonstiger Verwaltungsausgaben im Zusammenhang mit diesen Maßnahmen bestimmt.	
	Sie gliedern sich wie folgt auf:	
	— Personal	2 214 022
	— Veröffentlichungen/Information	—
	— Infrastruktur:	
	— direkte Ausgaben	206 642
	— anteilige Ausgaben	579 336
	— sonstige	—
	Insgesamt	3 000 000

KOMMISSION

Teileinzelplan B8
(Unterstützungsausgaben)

KAPITEL B8-4 5 — KATASTROPHENSCHUTZ UND HILFE FÜR DIE OPFER VON KATASTROPHEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
	KAPITEL B8-4 5						
B8-4 5 0	***Katastrophenschutz*** (B4-3 3 0)						
B8-4 5 0 0	Gemeinschaftliche Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Katastrophenschutzes *(B4-3 3 0 0)* Nichtgetrennte Mittel	315 000	315 000	315 000	315 000	386 976,39	386 976,39
	Artikel B8-4 5 0 insgesamt	315 000	315 000	315 000	315 000	386 976,39	386 976,39
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt	315 000	315 000	315 000	315 000	386 976,39	386 976,39
	Getrennte Mittel insgesamt						
	KAPITEL B8-4 5 INSGESAMT	315 000	315 000	315 000	315 000	386 976,39	386 976,39
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt	15 328 000	15 328 000	15 086 000	15 086 000	18 878 584,89	18 878 584,89
	Getrennte Mittel insgesamt			p.m.	p.m.	55 000,—	55 000,—
	Titel B8-4 insgesamt	**15 328 000**	**15 328 000**	**15 086 000**	**15 086 000**	**18 933 584,89**	**18 933 584,89**

KOMMISSION

Teileinzelplan B8
(Unterstützungsausgaben)

KAPITEL B8-45 — KATASTROPHENSCHUTZ UND HILFE FÜR DIE OPFER VON KATASTROPHEN

Artikel Posten	Erläuterungen	
B8-450		
B8-4500	Diese Mittel sind zur Deckung der Personalausgaben (4,8 Personen), Ausgaben für Verträge mit Unternehmen und der Infrastrukturausgaben im Zusammenhang mit diesen Maßnahmen bestimmt.	
	Sie gliedern sich wie folgt auf:	
	— Personal	239 591
	— Veröffentlichungen/Information	—
	— Infrastruktur:	
	— direkte Ausgaben	—
	— anteilige Ausgaben	75 409
	— sonstige	—
	Insgesamt	315 000

KOMMISSION
Teileinzelplan B8
(Unterstützungsausgaben)

TITEL B8-5

UNTERSTÜTZUNGSAUSGABEN FÜR MASSNAHMEN IN DEN BEREICHEN VERBRAUCHERSCHUTZ, BINNENMARKT, INDUSTRIE UND TECHNOLOGISCHE INNOVATION

KAPITEL B8-5 1 — VERBRAUCHERSCHUTZ UND STÄRKUNG DER VERBRAUCHERINTERESSEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
	KAPITEL B8-5 1						
B8-5 1 0	***Aktionen und Zugang zum Recht*** (B5-1 0 0) Nichtgetrennte Mittel	300 000	300 000	641 000	641 000	652 652,—	652 652,—
B8-5 1 2	***Information der Verbraucher und vergleichende Prüfungen*** (B5-1 0 2) Nichtgetrennte Mittel	150 000	150 000	371 000	371 000	130 000,—	130 000,—
B8-5 1 3	***Anwendung der Richtlinien*** (B5-1 0 3) Nichtgetrennte Mittel	613 000	613 000	613 000	613 000	340 000,—	340 000,—
B8-5 1 4	***Untersuchungen*** (B5-1 0 4) Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	242 000	242 000	356 277,76	356 277,76

KOMMISSION
Teileinzelplan B8
(Unterstützungsausgaben)

TITEL B8-5

UNTERSTÜTZUNGSAUSGABEN FÜR MASSNAHMEN IN DEN BEREICHEN VERBRAUCHERSCHUTZ, BINNENMARKT, INDUSTRIE UND TECHNOLOGISCHE INNOVATION

KAPITEL B8-5 1 — VERBRAUCHERSCHUTZ UND STÄRKUNG DER VERBRAUCHERINTERESSEN

Artikel Posten	Erläuterungen	
B8-5 1 0	Diese Mittel sind zur Deckung der Personalausgaben (4,3 Personen), Ausgaben für Verträge mit Unternehmen, Infrastrukturausgaben sowie sonstiger Verwaltungsausgaben im Zusammenhang mit diesen Maßnahmen bestimmt.	
	Sie gliedern sich wie folgt auf:	
	— Personal	211 859
	— Veröffentlichungen/Information	—
	— Infrastruktur:	
	— direkte Ausgaben	10 619
	— anteilige Ausgaben	66 903
	— sonstige	10 619
	Insgesamt	300 000
B8-5 1 2	Diese Mittel sind zur Deckung der Personalausgaben (2,6 Personen), Ausgaben für Verträge mit Unternehmen, Infrastrukturausgaben sowie sonstiger Verwaltungsausgaben im Zusammenhang mit diesen Maßnahmen bestimmt.	
	Sie gliedern sich wie folgt auf:	
	— Personal	103 826
	— Veröffentlichungen/Information	—
	— Infrastruktur:	
	— direkte Ausgaben	3 130
	— anteilige Ausgaben	40 957
	— sonstige	2 087
	Insgesamt	150 000
B8-5 1 3	Diese Mittel sind zur Deckung der Personalausgaben (14 Personen), Ausgaben für Verträge mit Unternehmen, Infrastrukturausgaben sowie sonstiger Verwaltungsausgaben im Zusammenhang mit diesen Maßnahmen bestimmt.	
	Sie gliedern sich wie folgt auf:	
	— Personal	383 000
	— Veröffentlichungen/Information	—
	— Infrastruktur:	
	— direkte Ausgaben	—
	— anteilige Ausgaben	220 000
	— sonstige	10 000
	Insgesamt	613 000
B8-5 1 4	Dieser Artikel ist zur Deckung der Personalausgaben, Ausgaben für Verträge mit Unternehmen, Infrastrukturausgaben sowie sonstiger Verwaltungsausgaben im Zusammenhang mit diesen Maßnahmen bestimmt.	

KOMMISSION

Teileinzelplan B8

(Unterstützungsausgaben)

KAPITEL B8-5 1 — VERBRAUCHERSCHUTZ UND STÄRKUNG DER VERBRAUCHERINTERESSEN *(Fortsetzung)*

KAPITEL B8-5 3 — AKTIONEN IM BEREICH DES BINNENMARKTES

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B8-5 1 5	***Produktsicherheit*** (B5-1 0 5) Nichtgetrennte Mittel	197 000	197 000	197 000	197 000	34 250,—	34 250,—
B8-5 1 6	***EHLASS*** (B5-1 0 6) Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	0,—	0,—
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt	1 260 000	1 260 000	2 064 000	2 064 000	1 513 179,76	1 513 179,76
	Getrennte Mittel insgesamt						
	KAPITEL B8-5 1 INSGESAMT	1 260 000	1 260 000	2 064 000	2 064 000	1 513 179,76	1 513 179,76
	KAPITEL B8-5 3						
B8-5 3 0	***Aktionen zur Vollendung des Binnenmarktes*** (B5-3 0 0) Nichtgetrennte Mittel	24 000 000	24 000 000	24 052 000	24 052 000	16 335 679,42	16 335 679,42

KOMMISSION
Teileinzelplan B8
(Unterstützungsausgaben)

KAPITEL B8-5 1 — VERBRAUCHERSCHUTZ UND STÄRKUNG DER VERBRAUCHERINTERESSEN *(Fortsetzung)*

KAPITEL B8-5 3 — AKTIONEN IM BEREICH DES BINNENMARKTES

Artikel Posten	Erläuterungen	
B8-5 1 5	Diese Mittel sind zur Deckung der Personalausgaben (3,6 Personen), Ausgaben für Verträge mit Unternehmen, Infrastrukturausgaben sowie sonstiger Verwaltungsausgaben im Zusammenhang mit diesen Maßnahmen bestimmt.	
	Sie gliedern sich wie folgt auf:	
	— Personal	133 960
	— Veröffentlichungen/Information	—
	— Infrastruktur:	
	— direkte Ausgaben	3 582
	— anteilige Ausgaben	56 593
	— sonstige	2 865
	Insgesamt	197 000
B8-5 1 6	Dieser Artikel ist zur Deckung der Personalausgaben, Ausgaben für Verträge mit Unternehmen, Infrastrukturausgaben, Ausgaben für Information und Veröffentlichungen sowie sonstiger Verwaltungsausgaben im Zusammenhang mit diesen Maßnahmen bestimmt.	
B8-5 3 0	Diese Mittel sind zur Deckung der Personalausgaben (104,3 Personen), Ausgaben für Verträge mit Unternehmen, Infrastrukturausgaben sowie sonstiger Verwaltungsausgaben im Zusammenhang mit diesen Maßnahmen bestimmt.	
	Sie gliedern sich wie folgt auf:	
	— Personal	17 190 144
	— Veröffentlichungen/Information	344 803
	— Infrastruktur:	
	— direkte Ausgaben	1 293 011
	— anteilige Ausgaben	1 637 813
	— sonstige	3 534 229
	Insgesamt	24 000 000

KOMMISSION
Teileinzelplan B8
(Unterstützungsausgaben)

KAPITEL B8-5 3 — AKTIONEN IM BEREICH DES BINNENMARKTES *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B8-5 3 3	***Aktionen zur Entwicklung eines einheitlichen Marktes für Finanzdienste und des Rechts der europäischen Gesellschaften*** (B5-3 0 3 0)						
	Nichtgetrennte Mittel	500 000	500 000	500 000	500 000	45 086,95	45 086,95
B8-5 3 5	***Zollunion und Steuern*** (B5-3 0 5)						
B8-5 3 5 0	Zollunion, indirekte Steuern und Zollkodex *(B5-3 0 5 0)*						
	Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	197 895,—	197 895,—
B8-5 3 5 1	MATTHÄUS und Beamte der Steuerbehörden *(B5-3 0 5 1)*						
	Nichtgetrennte Mittel	273 000	273 000	771 000	771 000	0,—	0,—
	Artikel B8-5 3 5	273 000	273 000	771 000	771 000	197 895,—	197 895,—
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt	24 773 000	24 773 000	25 323 000	25 323 000	16 578 661,37	16 578 661,37
	Getrennte Mittel insgesamt						
	KAPITEL B8-5 3 INSGESAMT	24 773 000	24 773 000	25 323 000	25 323 000	16 578 661,37	16 578 661,37

KOMMISSION
Teileinzelplan B8
(Unterstützungsausgaben)

KAPITEL B8-5 3 — AKTIONEN IM BEREICH DES BINNENMARKTES *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen	
B8-5 3 3	Diese Mittel sind zur Deckung der Personalausgaben (3 Personen), Ausgaben für Verträge mit Unternehmen, Infrastrukturausgaben, Ausgaben für Information und Veröffentlichungen sowie sonstiger Verwaltungsausgaben im Zusammenhang mit diesen Maßnahmen bestimmt.	
	Sie gliedern sich wie folgt auf:	
	— Personal	343 000
	— Veröffentlichungen/Information	25 000
	— Infrastruktur:	
	— direkte Ausgaben	25 000
	— anteilige Ausgaben	47 000
	— sonstige	60 000
	Insgesamt	500 000
B8-5 3 5		
B8-5 3 5 0	*Vormals Artikel B8-5 3 5*	
	Dieser Posten ist zur Deckung der Personalausgaben, Ausgaben für Verträge mit Unternehmen, Infrastrukturausgaben, Ausgaben für Information und Veröffentlichungen sowie sonstiger Verwaltungsausgaben im Zusammenhang mit diesen Maßnahmen bestimmt.	
B8-5 3 5 1	*Vormals Artikel A-4 5 5*	
	Diese Mittel sind zur Deckung der Personalausgaben (3 Personen), Ausgaben für Verträge mit Unternehmen, Infrastrukturausgaben, Ausgaben für Information und Veröffentlichungen sowie sonstiger Verwaltungsausgaben im Zusammenhang mit diesen Maßnahmen bestimmt.	
	Sie gliedern sich wie folgt auf:	
	— Personal	92 000
	— Veröffentlichungen/Information	—
	— Infrastruktur:	
	— direkte Ausgaben	—
	— anteilige Ausgaben	31 000
	— sonstige	150 000
	Insgesamt	273 000

KOMMISSION
Teileinzelplan B8
(Unterstützungsausgaben)

KAPITEL B8-5 4 — BESONDERE AKTIONEN UND MASSNAHMEN IM HANDELSBEREICH

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
	KAPITEL B8-5 4						
B8-5 4 0	***Förderung der Exporte der Gemeinschaft nach Japan*** (B5-3 1 0) Nichtgetrennte Mittel	250 000	250 000	1 453 000	1 453 000	79 000,—	79 000,—
B8-5 4 1	***Gezielte Maßnahmen im Rahmen spezifischer Aktionen auf Drittlandsmärkten*** (B5-3 1 1)						
B8-5 4 1 0	Gezielte Maßnahmen im Rahmen spezifischer Aktionen auf Drittlandsmärkten *(B5-3 1 1 0)* Nichtgetrennte Mittel	200 000	200 000	200 000	200 000	293 996,—	293 996,—
	Artikel B8-5 4 1 insgesamt	200 000	200 000	200 000	200 000	293 996,—	293 996,—
B8-5 4 2	***Gezielte Maßnahmen im Rahmen spezifischer Aktionen mit den Vereinigten Staaten*** (B5-3 1 2) Nichtgetrennte Mittel	—	—	500 000	500 000	0,—	0,—
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt	450 000	450 000	2 153 000	2 153 000	372 996,—	372 996,—
	Getrennte Mittel insgesamt						
	KAPITEL B8-5 4 INSGESAMT	450 000	450 000	2 153 000	2 153 000	372 996,—	372 996,—

KOMMISSION
Teileinzelplan B8
(Unterstützungsausgaben)

KAPITEL B8-5 4 — BESONDERE AKTIONEN UND MASSNAHMEN IM HANDELSBEREICH

Artikel Posten	Erläuterungen	
B8-5 4 0	Diese Mittel sind zur Deckung der Personalausgaben (2 Personen), Ausgaben für Verträge mit Unternehmen, Infrastrukturausgaben, Ausgaben für Information und Veröffentlichungen sowie sonstiger Verwaltungsausgaben im Zusammenhang mit diesen Maßnahmen bestimmt.	
	Sie gliedern sich wie folgt auf:	
	— Personal	129 000
	— Veröffentlichungen/Information	—
	— Infrastruktur:	
	— direkte Ausgaben	20 000
	— anteilige Ausgaben	31 000
	— sonstige	70 000
	Insgesamt	250 000
B8-5 4 1		
B8-5 4 1 0	Diese Mittel sind zur Deckung der Personalausgaben (2,7 Personen), Ausgaben für Verträge mit Unternehmen, Infrastrukturausgaben, Ausgaben für Information und Veröffentlichungen sowie sonstiger Verwaltungsausgaben im Zusammenhang mit diesen Maßnahmen bestimmt.	
	Sie gliedern sich wie folgt auf:	
	— Personal	111 333
	— Veröffentlichungen/Information	—
	— Infrastruktur:	
	— direkte Ausgaben	6 667
	— anteilige Ausgaben	42 000
	— sonstige	40 000
	Insgesamt	200 000

KOMMISSION

Teileinzelplan B8
(Unterstützungsausgaben)

KAPITEL B8-5 5 — POLITIK IN DEN BEREICHEN UNTERNEHMEN, HANDEL UND SOZIALWIRTSCHAFT

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
	KAPITEL B8-5 5						
B8-5 5 0	***Schaffung von Anreizen für Unternehmen (kleine und mittlere Unternehmen)*** (B5-3 2 0) Nichtgetrennte Mittel	13 747 000	13 747 000	13 747 000	13 747 000	4 160 929,08	4 160 929,08
B8-5 5 1	***Aktionen auf dem Gebiet der Sozialwirtschaft*** (B5-3 2 1) Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	175 055,18	175 055,18
B8-5 5 2	***Aktionen auf dem Gebiet des Handels und Vertriebs*** (B5-3 2 2) Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	115 240,40	115 240,40
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt	13 747 000	13 747 000	13 747 000	13 747 000	4 451 224,66	4 451 224,66
	Getrennte Mittel insgesamt						
	KAPITEL B8-5 5 INSGESAMT	13 747 000	13 747 000	13 747 000	13 747 000	4 451 224,66	4 451 224,66

KOMMISSION
Teileinzelplan B8
(Unterstützungsausgaben)

KAPITEL B8-5 5 — POLITIK IN DEN BEREICHEN UNTERNEHMEN, HANDEL UND SOZIALWIRTSCHAFT

Artikel Posten	Erläuterungen
B8-5 5 0	*Vormals Posten B8-5 5 0 0* Diese Mittel sind zur Deckung der Personalausgaben (136,6 Personen), Ausgaben für Verträge mit Unternehmen, Infrastrukturausgaben, Ausgaben für Information und Veröffentlichungen sowie sonstiger Verwaltungsausgaben im Zusammenhang mit diesen Maßnahmen bestimmt. Sie gliedern sich wie folgt auf: — Personal 10 055 339 — Veröffentlichungen/Information 182 079 — Infrastruktur: — direkte Ausgaben 637 278 — anteilige Ausgaben 2 143 986 — sonstige 728 318 Insgesamt 13 747 000
B8-5 5 1	Dieser Artikel ist zur Deckung der Personalausgaben, Ausgaben für Verträge mit Unternehmen, Infrastrukturausgaben, Ausgaben für Information und Veröffentlichungen sowie sonstiger Verwaltungsausgaben im Zusammenhang mit diesen Maßnahmen bestimmt.
B8-5 5 2	Dieser Artikel ist zur Deckung der Personalausgaben, Ausgaben für Verträge mit Unternehmen, Infrastrukturausgaben, Ausgaben für Information und Veröffentlichungen sowie sonstiger Verwaltungsausgaben im Zusammenhang mit diesen Maßnahmen bestimmt.

KOMMISSION
Teileinzelplan B8
(Unterstützungsausgaben)

KAPITEL B8-5 6 — MASSNAHMEN AUF DEM GEBIET DER INFORMATIONSTECHNOLOGIEN UND DER TELEKOMMUNIKATION

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
	KAPITEL B8-5 6						
B8-5 6 0	***Vorbereitungsmaßnahmen auf dem Gebiet der Informationstechnologien und der Telekommunikation*** (B5-4 0 0)						
B8-5 6 0 1	Aktionsplan — Informations- und Kommunikationstechnologien *(B5-4 0 0 1)*						
	Nichtgetrennte Mittel	1 278 000	1 278 000	1 278 000	1 278 000	2 708 611,78	2 708 611,78
	Artikel B8-5 6 0 insgesamt	1 278 000	1 278 000	1 278 000	1 278 000	2 708 611,78	2 708 611,78
B8-5 6 1	***Maßnahmen auf dem Gebiet der Telekommunikation und der Normung*** (B5-4 0 1)						
B8-5 6 1 0	Definition und Durchführung der gemeinschaftlichen Telekommunikationspolitik *(B5-4 0 1 0)*						
	Nichtgetrennte Mittel	3 250 000	3 250 000	3 779 000	3 779 000	4 177 429,73	4 177 429,73

KOMMISSION
Teileinzelplan B8
(Unterstützungsausgaben)

KAPITEL B8-5 6 — MASSNAHMEN AUF DEM GEBIET DER INFORMATIONSTECHNOLOGIEN UND DER TELEKOMMUNIKATION

Artikel Posten	Erläuterungen	
B8-5 6 0		
B8-5 6 0 1	Diese Mittel sind zur Deckung der Personalausgaben (12,8 Personen), Ausgaben für Verträge mit Unternehmen, Infrastrukturausgaben sowie sonstiger Verwaltungsausgaben im Zusammenhang mit diesen Maßnahmen bestimmt.	
	Sie gliedern sich wie folgt auf:	
	— Personal	869 040
	— Veröffentlichungen/Information	118 027
	— Infrastruktur:	
	— direkte Ausgaben	—
	— anteilige Ausgaben	200 721
	— sonstige	90 212
	Insgesamt	1 278 000
B8-5 6 1		
B8-5 6 1 0	Diese Mittel sind zur Deckung der Personalausgaben (26 Personen), Ausgaben für Verträge mit Unternehmen, Infrastrukturausgaben, Ausgaben für Information und Veröffentlichungen sowie sonstiger Verwaltungsausgaben im Zusammenhang mit diesen Maßnahmen bestimmt.	
	Sie gliedern sich wie folgt auf:	
	— Personal	2 034 000
	— Veröffentlichungen/Information	278 000
	— Infrastruktur:	
	— direkte Ausgaben	100 000
	— anteilige Ausgaben	408 000
	— sonstige	430 000
	Insgesamt	3 250 000

KOMMISSION
Teileinzelplan B8
(Unterstützungsausgaben)

KAPITEL B8-5 6 — MASSNAHMEN AUF DEM GEBIET DER INFORMATIONSTECHNOLOGIEN UND DER TELEKOMMUNIKATION *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B8-5 6 1	*(Fortsetzung)*						
B8-5 6 1 1	Normung und Zertifizierung — Informationstechnologien *(B5-4 0 1 1)* Nichtgetrennte Mittel	562 000	562 000	562 000	562 000	567 622,—	567 622,—
	Artikel B8-5 6 1 insgesamt	3 812 000	3 812 000	4 341 000	4 341 000	4 745 051,73	4 745 051,73
B8-5 6 2	***Entwicklung der Kommunikationsdienste*** (B5-4 0 2)						
B8-5 6 2 1	INSIS *(B5-4 0 2 1)* Nichtgetrennte Mittel	2 700 000	2 700 000	3 409 000	3 409 000	2 920 024,97	2 920 024,97
B8-5 6 2 2	CADDIA *(B5-4 0 2 2)* Nichtgetrennte Mittel	5 000 000	5 000 000	5 000 000	5 000 000	4 718 452,21	4 718 452,21
B8-5 6 2 3	TEDIS *(B5-4 0 2 3)* Nichtgetrennte Mittel	1 000 000	1 000 000	1 000 000	1 000 000	414 800,—	414 800,—

KOMMISSION
Teileinzelplan B8
(Unterstützungsausgaben)

KAPITEL B8-5 6 — MASSNAHMEN AUF DEM GEBIET DER INFORMATIONSTECHNOLOGIEN UND DER TELEKOMMUNIKATION *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen	
B8-5 6 1	*(Fortsetzung)*	
B8-5 6 1 1	Diese Mittel sind zur Deckung der Personalausgaben (5,3 Personen), Ausgaben für Verträge mit Unternehmen, Infrastrukturausgaben, Ausgaben für Information und Veröffentlichungen sowie sonstiger Verwaltungsausgaben im Zusammenhang mit diesen Maßnahmen bestimmt.	
	Sie gliedern sich wie folgt auf:	
	— Personal	328 957
	— Veröffentlichungen/Information	90 669
	— Infrastruktur:	
	— direkte Ausgaben	—
	— anteilige Ausgaben	82 427
	— sonstige	59 947
	Insgesamt	562 000
B8-5 6 2		
B8-5 6 2 1	Diese Mittel sind zur Deckung der Personalausgaben (27 Personen), Ausgaben für Verträge mit Unternehmen, Infrastrukturausgaben, Ausgaben für Information und Veröffentlichungen sowie sonstiger Verwaltungsausgaben im Zusammenhang mit diesen Maßnahmen bestimmt.	
	Sie gliedern sich wie folgt auf:	
	— Personal	1 873 000
	— Veröffentlichungen/Information	328 000
	— Infrastruktur:	
	— direkte Ausgaben	—
	— anteilige Ausgaben	424 000
	— sonstige	75 000
	Insgesamt	2 700 000
B8-5 6 2 2	Diese Mittel sind zur Deckung der Personalausgaben (44,2 Personen), Ausgaben für Verträge mit Unternehmen, Infrastrukturausgaben, Ausgaben für Information und Veröffentlichungen sowie sonstiger Verwaltungsausgaben im Zusammenhang mit diesen Maßnahmen bestimmt.	
	Sie gliedern sich wie folgt auf:	
	— Personal	3 804 167
	— Veröffentlichungen/Information	252 500
	— Infrastruktur:	
	— direkte Ausgaben	—
	— anteilige Ausgaben	693 333
	— sonstige	250 000
	Insgesamt	5 000 000
B8-5 6 2 3	Diese Mittel sind zur Deckung der Personalausgaben (9,7 Personen), Ausgaben für Verträge mit Unternehmen, Infrastrukturausgaben, Ausgaben für Information und Veröffentlichungen sowie sonstiger Verwaltungsausgaben im Zusammenhang mit diesen Maßnahmen bestimmt.	

KOMMISSION
Teileinzelplan B8
(Unterstützungsausgaben)

KAPITEL B8-5 6 — MASSNAHMEN AUF DEM GEBIET DER INFORMATIONSTECHNOLOGIEN UND DER TELEKOMMUNIKATION *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B8-5 6 2	*(Fortsetzung)*						
B8-5 6 2 3	*(Fortsetzung)*						
	Artikel B8-5 6 2 insgesamt	8 700 000	8 700 000	9 409 000	9 409 000	8 053 277,18	8 053 277,18
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt	13 790 000	13 790 000	15 028 000	15 028 000	15 506 940,69	15 506 940,69
	Getrennte Mittel insgesamt						
	KAPITEL B8-5 6 INSGESAMT	13 790 000	13 790 000	15 028 000	15 028 000	15 506 940,69	15 506 940,69

KOMMISSION
Teileinzelplan B8
(Unterstützungsausgaben)

KAPITEL B8-5 6 — MASSNAHMEN AUF DEM GEBIET DER INFORMATIONSTECHNOLOGIEN UND DER TELEKOMMUNIKATION *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen		
B8-5 6 2	*(Fortsetzung)*		
B8-5 6 2 3	*(Fortsetzung)*		
	Sie gliedern sich wie folgt auf:		
	— Personal		671 429
	— Veröffentlichungen/Information		96 000
	— Infrastruktur:		
	— direkte Ausgaben		—
	— anteilige Ausgaben		152 571
	— sonstige		80 000
		Insgesamt	1 000 000

KOMMISSION

Teileinzelplan B8
(Unterstützungsausgaben)

KAPITEL B8-5 7 — MASSNAHMEN IM BEREICH DER GEWERBLICHEN WIRTSCHAFT

KAPITEL B8-5 8 — INFORMATIONS- UND INNOVATIONSMARKT

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
	KAPITEL B8-5 7						
B8-5 7 1	***Maßnahmen im Bereich der gewerblichen Wirtschaft*** (B5-4 1 1) Nichtgetrennte Mittel	3 000 000	3 000 000	3 000 000	3 000 000	3 528 826,26	3 528 826,26
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt	3 000 000	3 000 000	3 000 000	3 000 000	3 528 826,26	3 528 826,26
	Getrennte Mittel insgesamt						
	KAPITEL B8-5 7 INSGESAMT	3 000 000	3 000 000	3 000 000	3 000 000	3 528 826,26	3 528 826,26
	KAPITEL B8-5 8						
B8-5 8 0	***IMPACT*** (B5-5 0 0) Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	462 072,64	462 072,64
B8-5 8 1	***Verbesserung und Entwicklung mehrsprachiger Aktionen*** (B5-5 0 1) Nichtgetrennte Mittel	733 000	733 000	733 000	733 000	166 106,95	166 106,95
B8-5 8 2	***SPRINT*** (B5-5 0 2) Nichtgetrennte Mittel	2 200 000	2 200 000	2 638 000	2 638 000	911 177,26	911 177,26

KOMMISSION
Teileinzelplan B8
(Unterstützungsausgaben)

KAPITEL B8-5 7 — MASSNAHMEN IM BEREICH DER GEWERBLICHEN WIRTSCHAFT

KAPITEL B8-5 8 — INFORMATIONS- UND INNOVATIONSMARKT

Artikel Posten	Erläuterungen	
B8-5 7 1	Diese Mittel sind zur Deckung der Personalausgaben (13,3 Personen), Ausgaben für Verträge mit Unternehmen, Infrastrukturausgaben, Ausgaben für Information und Veröffentlichungen sowie sonstiger Verwaltungsausgaben im Zusammenhang mit diesen Maßnahmen bestimmt.	
	Sie gliedern sich wie folgt auf:	
	— Personal	1 349 524
	— Veröffentlichungen/Information	300 000
	— Infrastruktur:	
	— direkte Ausgaben	390 476
	— anteilige Ausgaben	209 524
	— sonstige	750 476
	Insgesamt	3 000 000
B8-5 8 0	Dieser Artikel ist zur Deckung der Personalausgaben, Ausgaben für Verträge mit Unternehmen, Infrastrukturausgaben, Ausgaben für Information und Veröffentlichungen sowie sonstiger Verwaltungsausgaben im Zusammenhang mit diesen Maßnahmen bestimmt.	
B8-5 8 1	Diese Mittel sind zur Deckung der Personalausgaben (5,7 Personen), Ausgaben für Verträge mit Unternehmen, Infrastrukturausgaben, Ausgaben für Information und Veröffentlichungen sowie sonstiger Verwaltungsausgaben im Zusammenhang mit diesen Maßnahmen bestimmt.	
	Sie gliedern sich wie folgt auf:	
	— Personal	337 994
	— Veröffentlichungen/Information	171 034
	— Infrastruktur:	
	— direkte Ausgaben	81 444
	— anteilige Ausgaben	89 589
	— sonstige	52 939
	Insgesamt	733 000
B8-5 8 2	Diese Mittel sind zur Deckung der Personalausgaben (15 Personen), Ausgaben für Verträge mit Unternehmen, Infrastrukturausgaben, Ausgaben für Information und Veröffentlichungen sowie sonstiger Verwaltungsausgaben im Zusammenhang mit diesen Maßnahmen bestimmt.	

KOMMISSION
Teileinzelplan B8
(Unterstützungsausgaben)

KAPITEL B8-5 8 — INFORMATIONS- UND INNOVATIONSMARKT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B8-5 8 2	*(Fortsetzung)*						
B8-5 8 3	***Verbreitung und Verwertung der Ergebnisse gemeinschaftlicher Forschungs-, Entwicklungs- und technologischer Demonstrationstätigkeiten*** (B5-5 0 3) Nichtgetrennte Mittel	346 000	346 000	346 000	346 000	300 957,60	300 957,60
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt	3 279 000	3 279 000	3 717 000	3 717 000	1 840 314,45	1 840 314,45
	Getrennte Mittel insgesamt						
	KAPITEL B8-5 8 INSGESAMT	3 279 000	3 279 000	3 717 000	3 717 000	1 840 314,45	1 840 314,45

KOMMISSION
Teileinzelplan B8
(Unterstützungsausgaben)

KAPITEL B8-5 8 — INFORMATIONS- UND INNOVATIONSMARKT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen	
B8-5 8 2	*(Fortsetzung)*	
	Sie gliedern sich wie folgt auf:	
	— Personal	832 000
	— Veröffentlichungen/Information	347 000
	— Infrastruktur:	
	— direkte Ausgaben	600 000
	— anteilige Ausgaben	236 000
	— sonstige	185 000
	Insgesamt	2 200 000
B8-5 8 3	Diese Mittel sind zur Deckung der Personalausgaben (2,8 Personen), Ausgaben für Verträge mit Unternehmen, Infrastrukturausgaben sowie sonstiger Verwaltungsausgaben im Zusammenhang mit diesen Maßnahmen bestimmt.	
	Sie gliedern sich wie folgt auf:	
	— Personal	165 388
	— Veröffentlichungen/Information	43 596
	— Infrastruktur:	
	— direkte Ausgaben	69 200
	— anteilige Ausgaben	43 596
	— sonstige	24 220
	Insgesamt	346 000

KOMMISSION

Teileinzelplan B8
(Unterstützungsausgaben)

KAPITEL B8-5 9 — POLITIK AUF DEM GEBIET DER STATISTISCHEN INFORMATION IM ZUSAMMENHANG MIT DER VOLLENDUNG DES BINNENMARKTES UND DEN FLANKIERENDEN MASSNAHMEN ZUR POLITIK DER GEMEINSCHAFT

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
	KAPITEL B8-5 9						
B8-5 9 0	***Maßnahmen im Zusammenhang mit den sektorbezogenen statistischen Programmen im Rahmen der Bestimmungen der Einheitlichen Europäischen Akte*** (B5-6 0 0)						
	Nichtgetrennte Mittel	3 875 000	3 875 000	3 875 000	3 875 000	2 707 121,—	2 707 121,—
B8-5 9 1	***Maßnahmen im Zusammenhang mit den sektorbezogenen statistischen Programmen: Flankierende Maßnahmen zur Politik der Gemeinschaft*** (B5-6 0 1)						
	Nichtgetrennte Mittel	4 075 000	4 075 000	4 075 000	4 075 000	5 019 596,54	5 019 596,54
B8-5 9 2	***Maßnahmen im Zusammenhang mit den sektorbezogenen statistischen Programmen betreffend das Funktionieren der Gemeinschaft*** (B5-6 0 2)						
	Nichtgetrennte Mittel	1 800 000	1 800 000	2 982 000	2 982 000	3 635 702,64	3 635 702,64

KOMMISSION

Teileinzelplan B8
(Unterstützungsausgaben)

KAPITEL B8-59 — POLITIK AUF DEM GEBIET DER STATISTISCHEN INFORMATION IM ZUSAMMENHANG MIT DER VOLLENDUNG DES BINNENMARKTES UND DEN FLANKIERENDEN MASSNAHMEN ZUR POLITIK DER GEMEINSCHAFT

Artikel Posten	Erläuterungen	
B8-590	Diese Mittel sind zur Deckung der Personalausgaben (48,4 Personen), Ausgaben für Verträge mit Unternehmen, Infrastrukturausgaben, Ausgaben für Information und Veröffentlichungen sowie sonstiger Verwaltungsausgaben im Zusammenhang mit diesen Maßnahmen bestimmt.	
	Sie gliedern sich wie folgt auf:	
	— Personal	2 523 593
	— Veröffentlichungen/Information	—
	— Infrastruktur:	
	— direkte Ausgaben	552 188
	— anteilige Ausgaben	760 469
	— sonstige	38 750
	Insgesamt	3 875 000
B8-591	Diese Mittel sind zur Deckung der Personalausgaben (48,5 Personen), Ausgaben für Verträge mit Unternehmen, Infrastrukturausgaben, Ausgaben für Information und Veröffentlichungen sowie sonstiger Verwaltungsausgaben im Zusammenhang mit diesen Maßnahmen bestimmt.	
	Sie gliedern sich wie folgt auf:	
	— Personal	2 362 530
	— Veröffentlichungen/Information	—
	— Infrastruktur:	
	— direkte Ausgaben	737 381
	— anteilige Ausgaben	761 637
	— sonstige	213 452
	Insgesamt	4 075 000
B8-592	Diese Mittel sind zur Deckung der Personalausgaben (17 Personen), Ausgaben für Verträge mit Unternehmen, Infrastrukturausgaben sowie sonstiger Verwaltungsausgaben im Zusammenhang mit diesen Maßnahmen bestimmt.	
	Sie gliedern sich wie folgt auf:	
	— Personal	1 228 000
	— Veröffentlichungen/Information	—
	— Infrastruktur:	
	— direkte Ausgaben	285 000
	— anteilige Ausgaben	267 000
	— sonstige	20 000
	Insgesamt	1 800 000

KOMMISSION

Teileinzelplan B8
(Unterstützungsausgaben)

KAPITEL B8-5 9 — POLITIK AUF DEM GEBIET DER STATISTISCHEN INFORMATION IM ZUSAMMENHANG MIT DER VOLLENDUNG DES BINNENMARKTES UND DEN FLANKIERENDEN MASSNAHMEN ZUR POLITIK DER GEMEINSCHAFT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B8-5 9 3	***Maßnahmen im Zusammenhang mit den sektorbezogenen statistischen Programmen betreffend das Funktionieren der Gemeinschaftsorgane*** (B5-6 0 3) Nichtgetrennte Mittel	885 000	885 000	885 000	885 000	1 110 364,—	1 110 364,—
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt	10 635 000	10 635 000	11 817 000	11 817 000	12 472 784,18	12 472 784,18
	Getrennte Mittel insgesamt						
	KAPITEL B8-5 9 INSGESAMT	10 635 000	10 635 000	11 817 000	11 817 000	12 472 784,18	12 472 784,18
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt	70 934 000	70 934 000	76 849 000	76 849 000	56 264 927,37	56 264 927,37
	Getrennte Mittel insgesamt						
	Titel B8-5 insgesamt	**70 934 000**	**70 934 000**	**76 849 000**	**76 849 000**	**56 264 927,37**	**56 264 927,37**

KOMMISSION

Teileinzelplan B8
(Unterstützungsausgaben)

KAPITEL B8-5 9 — POLITIK AUF DEM GEBIET DER STATISTISCHEN INFORMATION IM ZUSAMMENHANG MIT DER VOLLENDUNG DES BINNENMARKTES UND DEN FLANKIERENDEN MASSNAHMEN ZUR POLITIK DER GEMEINSCHAFT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen		
B8-5 9 3	Diese Mittel sind zur Deckung der Personalausgaben (9,7 Personen), Ausgaben für Verträge mit Unternehmen, Infrastrukturausgaben, Ausgaben für Information und Veröffentlichungen sowie sonstiger Verwaltungsausgaben im Zusammenhang mit diesen Maßnahmen bestimmt.		
	Sie gliedern sich wie folgt auf:		
	— Personal		568 465
	— Veröffentlichungen/Information		—
	— Infrastruktur:		
	— direkte Ausgaben		84 075
	— anteilige Ausgaben		152 810
	— sonstige		79 650
		Insgesamt	885 000

KOMMISSION
Teileinzelplan B8
(Unterstützungsausgaben)

TITEL B8-7

UNTERSTÜTZUNGSAUSGABEN FÜR MASSNAHMEN IM BEREICH DER ZUSAMMENARBEIT MIT ENTWICKLUNGSLÄNDERN UND ANDEREN DRITTLÄNDERN

KAPITEL B8-7 2 — NAHRUNGSMITTELHILFE UND ABLÖSUNG DER NAHRUNGSMITTELHILFE DURCH MASSNAHMEN IM BEREICH DER ERNÄHRUNG

KAPITEL B8-7 3 — ZUSAMMENARBEIT MIT ENTWICKLUNGSLÄNDERN IN ASIEN UND LATEINAMERIKA

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
	KAPITEL B8-7 2						
B8-7 2 6	***Sonstige Ausgaben im Rahmen der Nahrungsmittelhilfe*** (B7-2 0 6) Nichtgetrennte Mittel	893 000	893 000	893 000	893 000	640 899,48	640 899,48
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt	893 000	893 000	893 000	893 000	640 899,48	640 899,48
	Getrennte Mittel insgesamt						
	KAPITEL B8-7 2 INSGESAMT	893 000	893 000	893 000	893 000	640 899,48	640 899,48
	KAPITEL B8-7 3						
B8-7 3 0	***Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern in Asien*** (B7-3 0 0)						
B8-7 3 0 0	Finanzielle und technische Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern in Asien *(B7-3 0 0 0)* Nichtgetrennte Mittel	5 000 000	5 000 000	6 600 000	6 600 000	60 373,—	60 373,—

KOMMISSION
Teileinzelplan B8
(Unterstützungsausgaben)

TITEL B8-7

UNTERSTÜTZUNGSAUSGABEN FÜR MASSNAHMEN IM BEREICH DER ZUSAMMENARBEIT MIT ENTWICKLUNGSLÄNDERN UND ANDEREN DRITTLÄNDERN

KAPITEL B8-7 2 — NAHRUNGSMITTELHILFE UND ABLÖSUNG DER NAHRUNGSMITTELHILFE DURCH MASSNAHMEN IM BEREICH DER ERNÄHRUNG

KAPITEL B8-7 3 — ZUSAMMENARBEIT MIT ENTWICKLUNGSLÄNDERN IN ASIEN UND LATEINAMERIKA

Artikel Posten	Erläuterungen		
B8-7 2 6	Diese Mittel sind zur Deckung der Personalausgaben (11,9 Personen), Ausgaben für Verträge mit Unternehmen, Infrastrukturausgaben sowie sonstiger Verwaltungsausgaben im Zusammenhang mit diesen Maßnahmen bestimmt.		
	Sie gliedern sich wie folgt auf:		
	— Personal		468 329
	— Veröffentlichungen/Information		19 844
	— Infrastruktur:		
	— direkte Ausgaben		99 222
	— anteilige Ausgaben		186 538
	— sonstige		119 067
		Insgesamt	893 000
B8-7 3 0			
B8-7 3 0 0	Diese Mittel sind zur Deckung der Personalausgaben (35 Personen), Ausgaben für Verträge mit Unternehmen sowie sonstiger Verwaltungsausgaben im Zusammenhang mit diesen Maßnahmen bestimmt.		
	Sie gliedern sich wie folgt auf:		
	— Personal		3 100 000
	— Veröffentlichungen/Information		50 000
	— Infrastruktur:		
	— direkte Ausgaben		775 000
	— anteilige Ausgaben		550 000
	— sonstige		525 000
		Insgesamt	5 000 000

KOMMISSION
Teileinzelplan B8
(Unterstützungsausgaben)

KAPITEL B8-7 3 — ZUSAMMENARBEIT MIT ENTWICKLUNGSLÄNDERN IN ASIEN UND LATEINAMERIKA *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B8-7 3 0	*(Fortsetzung)*						
B8-7 3 0 1	Förderung der Handelsbeziehungen der Entwicklungsländer in Asien *(B7-3 0 0 1)* Nichtgetrennte Mittel	400 000	400 000	400 000	400 000	226 200,—	226 200,—
B8-7 3 0 4	Ausbildungsmaßnahmen zugunsten von Staatsangehörigen von Entwicklungsländern in Asien *(B7-3 0 0 4)* Nichtgetrennte Mittel	400 000	400 000	400 000	400 000	115 000,—	115 000,—
	Artikel B8-7 3 0 insgesamt	5 800 000	5 800 000	7 400 000	7 400 000	401 573,—	401 573,—
B8-7 3 1	***Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern in Lateinamerika*** (B7-3 0 1)						
B8-7 3 1 0	Finanzielle und technische Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern in Lateinamerika *(B7-3 0 1 0)* Nichtgetrennte Mittel	2 000 000	2 000 000	3 700 000	3 700 000	48 298,—	48 298,—

KOMMISSION
Teileinzelplan B8
(Unterstützungsausgaben)

KAPITEL B8-7 3 — ZUSAMMENARBEIT MIT ENTWICKLUNGSLÄNDERN IN ASIEN UND LATEINAMERIKA *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen	
B8-7 3 0	*(Fortsetzung)*	
B8-7 3 0 1	Diese Mittel sind zur Deckung der Personalausgaben (4 Personen), Ausgaben für Verträge mit Unternehmen sowie sonstiger Verwaltungsausgaben im Zusammenhang mit diesen Maßnahmen bestimmt.	
	Sie gliedern sich wie folgt auf:	
	— Personal	280 000
	— Veröffentlichungen/Information	—
	— Infrastruktur:	
	— direkte Ausgaben	—
	— anteilige Ausgaben	63 200
	— sonstige	56 800
	Insgesamt	400 000
B8-7 3 0 4	Diese Mittel sind zur Deckung der Personalausgaben (4 Personen), Ausgaben für Verträge mit Unternehmen sowie sonstiger Verwaltungsausgaben im Zusammenhang mit diesen Maßnahmen bestimmt.	
	Sie gliedern sich wie folgt auf:	
	— Personal	300 000
	— Veröffentlichungen/Information	—
	— Infrastruktur:	
	— direkte Ausgaben	—
	— anteilige Ausgaben	63 000
	— sonstige	37 000
	Insgesamt	400 000
B8-7 3 1		
B8-7 3 1 0	Diese Mittel sind zur Deckung der Personalausgaben (25 Personen), Ausgaben für Verträge mit Unternehmen sowie sonstiger Verwaltungsausgaben im Zusammenhang mit diesen Maßnahmen bestimmt.	
	Sie gliedern sich wie folgt auf:	
	— Personal	1 000 000
	— Veröffentlichungen/Information	57 000
	— Infrastruktur:	
	— direkte Ausgaben	350 000
	— anteilige Ausgaben	393 000
	— sonstige	200 000
	Insgesamt	2 000 000

KOMMISSION
Teileinzelplan B8
(Unterstützungsausgaben)

KAPITEL B8-7 3 — ZUSAMMENARBEIT MIT ENTWICKLUNGSLÄNDERN IN ASIEN UND LATEINAMERIKA *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B8-7 3 1	*(Fortsetzung)*						
B8-7 3 1 1	Förderung der Handelsbeziehungen der Entwicklungsländer in Lateinamerika *(B7-3 0 1 1)*						
	Nichtgetrennte Mittel	300 000	300 000	300 000	300 000	191 700,—	191 700,—
B8-7 3 1 4	Ausbildungsmaßnahmen zugunsten von Staatsangehörigen von Entwicklungsländern in Lateinamerika *(B7-3 0 1 4)*						
	Nichtgetrennte Mittel	300 000	300 000	300 000	300 000	102 000,—	102 000,—
	Artikel B8-7 3 1 insgesamt	2 600 000	2 600 000	4 300 000	4 300 000	341 998,—	341 998,—
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt	8 400 000	8 400 000	11 700 000	11 700 000	743 571,—	743 571,—
	Getrennte Mittel insgesamt						
	KAPITEL B8-7 3 INSGESAMT	8 400 000	8 400 000	11 700 000	11 700 000	743 571,—	743 571,—

KOMMISSION
Teileinzelplan B8
(Unterstützungsausgaben)

KAPITEL B8-7 3 — ZUSAMMENARBEIT MIT ENTWICKLUNGSLÄNDERN IN ASIEN UND LATEINAMERIKA *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen	
B8-7 3 1	*(Fortsetzung)*	
B8-7 3 1 1	Diese Mittel sind zur Deckung der Personalausgaben (5 Personen), Ausgaben für Verträge mit Unternehmen sowie sonstiger Verwaltungsausgaben im Zusammenhang mit diesen Maßnahmen bestimmt.	
	Sie gliedern sich wie folgt auf:	
	— Personal	200 000
	— Veröffentlichungen/Information	—
	— Infrastruktur:	
	— direkte Ausgaben	—
	— anteilige Ausgaben	79 000
	— sonstige	21 000
	Insgesamt	300 000
B8-7 3 1 4	Diese Mittel sind zur Deckung der Personalausgaben (4 Personen), Ausgaben für Verträge mit Unternehmen sowie sonstiger Verwaltungsausgaben im Zusammenhang mit diesen Maßnahmen bestimmt.	
	Sie gliedern sich wie folgt auf:	
	— Personal	175 000
	— Veröffentlichungen/Information	—
	— Infrastruktur:	
	— direkte Ausgaben	—
	— anteilige Ausgaben	63 000
	— sonstige	62 000
	Insgesamt	300 000

KOMMISSION

Teileinzelplan B8
(Unterstützungsausgaben)

KAPITEL B8-7 4 — ZUSAMMENARBEIT MIT DEN LÄNDERN DES MITTELMEERRAUMS

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
	KAPITEL B8-7 4						
B8-7 4 8	***Maßnahmen zur Förderung der Verwirklichung eines Globalkonzepts im Mittelmeerraum*** (B7-4 0 8)						
B8-7 4 8 0	Maßnahmen zur Förderung der multilateralen regionalen oder subregionalen Zusammenarbeit im Mittelmeerraum *(B7-4 0 8 0)*						
	Nichtgetrennte Mittel	200 000	200 000	200 000	200 000	0,—	0,—
	Artikel B8-7 4 8 insgesamt	200 000	200 000	200 000	200 000	0,—	0,—
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt	200 000	200 000	200 000	200 000	0,—	0,—
	Getrennte Mittel insgesamt						
	KAPITEL B8-7 4 INSGESAMT	200 000	200 000	200 000	200 000	0,—	0,—

KOMMISSION
Teileinzelplan B8
(Unterstützungsausgaben)

KAPITEL B8-7 4 — ZUSAMMENARBEIT MIT DEN LÄNDERN DES MITTELMEERRAUMS

Artikel Posten	Erläuterungen	
B8-7 4 8		
B8-7 4 8 0	Diese Mittel sind zur Deckung der Personalausgaben (2 Personen), Ausgaben für Verträge mit Unternehmen sowie sonstiger Verwaltungsausgaben im Zusammenhang mit diesen Maßnahmen bestimmt.	
	Sie gliedern sich wie folgt auf:	
	— Personal	156 000
	— Veröffentlichungen/Information	—
	— Infrastruktur:	
	— direkte Ausgaben	—
	— anteilige Ausgaben	31 400
	— sonstige	12 600
	Insgesamt	200 000

KOMMISSION

Teileinzelplan B8

(Unterstützungsausgaben)

KAPITEL B8-7 5 — SONSTIGE MASSNAHMEN DER ZUSAMMENARBEIT

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
	KAPITEL B8-7 5						
B8-7 5 1	***Beteiligung der Gemeinschaft an Maßnahmen von Nichtregierungsorganisationen (NRO) zugunsten der Entwicklungsländer*** (B7-5 0 1)						
B8-7 5 1 0	Beteiligung der Gemeinschaft an Maßnahmen von Nichtregierungsorganisationen (NRO) zugunsten der Entwicklungsländer *(B7-5 0 1 0)* Nichtgetrennte Mittel	700 000	700 000	719 000	719 000	200 905,04	200 905,04
	Artikel B8-7 5 1 insgesamt	700 000	700 000	719 000	719 000	200 905,04	200 905,04
B8-7 5 2	***Ausgaben für bestimmte Abkommen im Bereich der Zusammenarbeit und des Handels*** (B7-5 0 2)						
B8-7 5 2 0	Maßnahmen im Rahmen der Abkommen über die wirtschaftliche und handelspolitische Zusammenarbeit mit Drittländern *(B7-5 0 2 0)* Nichtgetrennte Mittel	2 500 000	2 500 000	7 000 000	7 000 000	1 573 533,10	1 573 533,10
B8-7 5 2 1	Unterstützungsmaßnahmen im Bereich der Außenbeziehungen, insbesondere während der GATT-Verhandlungen der Uruguay-Runde und im Anschluß daran *(B7-5 0 2 1)* Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	300 000	300 000	333 823,50	333 823,50
	Artikel B8-7 5 2 insgesamt	2 500 000	2 500 000	7 300 000	7 300 000	1 907 356,60	1 907 356,60

KOMMISSION
Teileinzelplan B8
(Unterstützungsausgaben)

KAPITEL B8-7 5 — SONSTIGE MASSNAHMEN DER ZUSAMMENARBEIT

Artikel Posten	Erläuterungen	
B8-7 5 1		
B8-7 5 1 0	Diese Mittel sind zur Deckung der Personalausgaben (9 Personen), Ausgaben für Verträge mit Unternehmen, Infrastrukturausgaben sowie sonstiger Verwaltungsausgaben im Zusammenhang mit diesen Maßnahmen bestimmt.	
	Sie gliedern sich wie folgt auf:	
	— Personal	384 000
	— Veröffentlichungen/Information	5 000
	— Infrastruktur:	
	— direkte Ausgaben	80 000
	— anteilige Ausgaben	141 000
	— sonstige	90 000
	Insgesamt	700 000
B8-7 5 2		
B8-7 5 2 0	Diese Mittel sind zur Deckung der Personalausgaben (15 Personen), Ausgaben für Verträge mit Unternehmen, Infrastrukturausgaben, Ausgaben für Information und Veröffentlichungen sowie sonstiger Verwaltungsausgaben im Zusammenhang mit diesen Maßnahmen bestimmt.	
	Sie gliedern sich wie folgt auf:	
	— Personal	1 728 000
	— Veröffentlichungen/Information	25 000
	— Infrastruktur:	
	— direkte Ausgaben	470 000
	— anteilige Ausgaben	235 500
	— sonstige	41 500
	Insgesamt	2 500 000
B8-7 5 2 1	Dieser Posten ist zur Deckung der Personalausgaben, Ausgaben für Verträge mit Unternehmen, Infrastrukturausgaben, Ausgaben für Information und Veröffentlichungen sowie sonstiger Verwaltungsausgaben im Zusammenhang mit diesen Maßnahmen bestimmt.	

KOMMISSION

Teileinzelplan B8
(Unterstützungsausgaben)

KAPITEL B8-7 5 — SONSTIGE MASSNAHMEN DER ZUSAMMENARBEIT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B8-7 5 3	***Bildung und Ausbildung im Entwicklungsbereich*** (B7-5 0 3)						
B8-7 5 3 0	Organisation von Seminaren über das System der allgemeinen Zollpräferenzen der Europäischen Gemeinschaften *(B7-5 0 3 0)*						
	Nichtgetrennte Mittel	170 000	170 000	270 000	270 000	0,—	0,—
B8-7 5 3 2	Aktionen zur Sensibilisierung der europäischen Öffentlichkeit und entwicklungspolitische Öffentlichkeitsarbeit *(B7-5 0 3 2)*						
	Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	12 075,—	12 075,—
	Artikel B8-7 5 3 insgesamt	170 000	170 000	270 000	270 000	12 075,—	12 075,—
B8-7 5 4	***Umwelt und Gesundheit in den Entwicklungsländern*** (B7-5 0 4)						
B8-7 5 4 6	Aids-Bekämpfung in den Entwicklungsländern *(B7-5 0 4 6)*						
	Nichtgetrennte Mittel	1 177 000	1 177 000	1 177 000	1 177 000	0,—	0,—
	Artikel B8-7 5 4 insgesamt	1 177 000	1 177 000	1 177 000	1 177 000	0,—	0,—

KOMMISSION
Teileinzelplan B8
(Unterstützungsausgaben)

KAPITEL B8-7 5 — SONSTIGE MASSNAHMEN DER ZUSAMMENARBEIT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen	
B8-7 5 3		
B8-7 5 3 0	Diese Mittel sind zur Deckung der Personalausgaben (2 Personen), Ausgaben für Verträge mit Unternehmen, Infrastrukturausgaben, Ausgaben für Information und Veröffentlichungen sowie sonstiger Verwaltungsausgaben im Zusammenhang mit diesen Maßnahmen bestimmt.	
	Sie gliedern sich wie folgt auf:	
	— Personal	115 000
	— Veröffentlichungen/Information	—
	— Infrastruktur:	
	— direkte Ausgaben	—
	— anteilige Ausgaben	31 000
	— sonstige	24 000
	Insgesamt	170 000
B8-7 5 3 2	Dieser Posten ist zur Deckung der Personalausgaben, Ausgaben für Verträge mit Unternehmen, Infrastrukturausgaben, Ausgaben für Information und Veröffentlichungen sowie sonstiger Verwaltungsausgaben im Zusammenhang mit diesen Maßnahmen bestimmt.	
B8-7 5 4		
B8-7 5 4 6	Diese Mittel sind zur Deckung der Personalausgaben (7,6 Personen), Ausgaben für Verträge mit Unternehmen, Infrastrukturausgaben sowie sonstiger Verwaltungsausgaben im Zusammenhang mit diesen Maßnahmen bestimmt.	
	Sie gliedern sich wie folgt auf:	
	— Personal	734 784
	— Veröffentlichungen/Information	25 221
	— Infrastruktur:	
	— direkte Ausgaben	130 311
	— anteilige Ausgaben	118 541
	— sonstige	168 143
	Insgesamt	1 177 000

KOMMISSION

Teileinzelplan B8
(Unterstützungsausgaben)

KAPITEL B8-7 5 — SONSTIGE MASSNAHMEN DER ZUSAMMENARBEIT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B8-7 5 8	***Gemeinschaftlicher Aktionsplan zur Bekämpfung des Drogenmißbrauchs und der Drogenabhängigkeit*** (B7-5 0 8)						
B8-7 5 8 0	Aktionsprogramm für Nord-Süd-Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des Drogenmißbrauchs und der Drogenabhängigkeit *(B7-5 0 8 0)*						
	Nichtgetrennte Mittel	350 000	350 000	350 000	350 000	69 990,—	69 990,—
	Artikel B8-7 5 8	350 000	350 000	350 000	350 000	69 990,—	69 990,—
B8-7 5 9	***Verwaltung und Beurteilung der Gemeinschaftshilfe*** (B7-5 0 9)						
B8-7 5 9 0	Maßnahmen zur Vorbereitung der Durchführung der gemeinschaftlichen Entwicklungshilfe im Rahmen der Vollendung des Binnenmarktes, der Annahme des Vierten Abkommens von Lomé und im Rahmen der Politischen Union *(B7-5 0 9 0)*						
	Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	791 669,—	791 669,—

KOMMISSION
Teileinzelplan B8
(Unterstützungsausgaben)

KAPITEL B8-7 5 — SONSTIGE MASSNAHMEN DER ZUSAMMENARBEIT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen		
B8-7 5 8			
B8-7 5 8 0	*Vormals Posten B8-7 5 4 5*		
	Diese Mittel sind zur Deckung der Personalausgaben (4,4 Personen), Ausgaben für Verträge mit Unternehmen sowie sonstiger Verwaltungsausgaben im Zusammenhang mit diesen Maßnahmen bestimmt.		
	Sie gliedern sich wie folgt auf:		
	— Personal		217 875
	— Veröffentlichungen/Information		—
	— Infrastruktur:		
	— direkte Ausgaben		—
	— anteilige Ausgaben		69 125
	— sonstige		63 000
		Insgesamt	350 000
B8-7 5 9			
B8-7 5 9 0	Dieser Posten ist zur Deckung der Personalausgaben, Ausgaben für Verträge mit Unternehmen, Infrastrukturausgaben, Ausgaben für Information und Veröffentlichungen sowie sonstiger Verwaltungsausgaben im Zusammenhang mit diesen Maßnahmen bestimmt.		

KOMMISSION
Teileinzelplan B8
(Unterstützungsausgaben)

KAPITEL B8-7 5 — SONSTIGE MASSNAHMEN DER ZUSAMMENARBEIT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B8-7 5 9	*(Fortsetzung)*						
B8-7 5 9 1	Beurteilung der Ergebnisse der Gemeinschaftshilfe sowie Maßnahmen zur praktischen Weiterverfolgung *(B7-5 0 9 1)* Nichtgetrennte Mittel	282 000	282 000	282 000	282 000	6 037,—	6 037,—
	Artikel B8-7 5 9 insgesamt	282 000	282 000	282 000	282 000	797 706,—	797 706,—
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt	5 179 000	5 179 000	10 098 000	10 098 000	2 988 032,64	2 988 032,64
	Getrennte Mittel insgesamt						
	KAPITEL B8-7 5 INSGESAMT	5 179 000	5 179 000	10 098 000	10 098 000	2 988 032,64	2 988 032,64

KOMMISSION
Teileinzelplan B8
(Unterstützungsausgaben)

KAPITEL B8-7 5 — SONSTIGE MASSNAHMEN DER ZUSAMMENARBEIT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen		
B8-7 5 9	*(Fortsetzung)*		
B8-7 5 9 1	Diese Mittel sind zur Deckung der Personalausgaben (4,7 Personen), Ausgaben für Verträge mit Unternehmen, Infrastrukturausgaben sowie sonstiger Verwaltungsausgaben im Zusammenhang mit diesen Maßnahmen bestimmt.		
	Sie gliedern sich wie folgt auf:		
	— Personal		153 481
	— Veröffentlichungen/Information		4 623
	— Infrastruktur:		
	— direkte Ausgaben		13 869
	— anteilige Ausgaben		73 043
	— sonstige		36 984
		Insgesamt	282 000

KOMMISSION

Teileinzelplan B8
(Unterstützungsausgaben)

KAPITEL B8-7 6 — ZUSAMMENARBEIT MIT DEN LÄNDERN MITTEL- UND OSTEUROPAS

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
	KAPITEL B8-7 6						
B8-7 6 0	***Hilfe zur Umgestaltung der Wirtschaft für die Länder Mittel- und Osteuropas*** (B7-6 0 0 0) Nichtgetrennte Mittel	15 000 000	15 000 000	25 085 000	25 085 000	3 395 980,—	3 395 980,—
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt	15 000 000	15 000 000	25 085 000	25 085 000	3 395 980,—	3 395 980,—
	Getrennte Mittel insgesamt						
	KAPITEL B8-7 6 INSGESAMT	15 000 000	15 000 000	25 085 000	25 085 000	3 395 980,—	3 395 980,—

KOMMISSION
Teileinzelplan B8
(Unterstützungsausgaben)

KAPITEL B8-7 6 — ZUSAMMENARBEIT MIT DEN LÄNDERN MITTEL- UND OSTEUROPAS

Artikel Posten	Erläuterungen		
B8-7 6 0	Diese Mittel sind zur Deckung der Personalausgaben (115 Personen), Ausgaben für Verträge mit Unternehmen, Infrastrukturausgaben sowie sonstiger Verwaltungsausgaben im Zusammenhang mit diesen Maßnahmen bestimmt.		
	Sie gliedern sich wie folgt auf:		
	— Personal		10 444 000
	— Veröffentlichungen/Information		—
	— Infrastruktur:		
	— direkte Ausgaben		750 000
	— anteilige Ausgaben		1 806 000
	— sonstige		2 000 000
		Insgesamt	15 000 000

KOMMISSION
Teileinzelplan B8
(Unterstützungsausgaben)

KAPITEL B8-7 7 — TECHNISCHE ZUSAMMENARBEIT MIT DER SOWJETUNION

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
	KAPITEL B8-7 7						
B8-7 7 0	***Technische Zusammenarbeit mit der Sowjetunion*** (B7-6 2 0 0)						
	Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	3 000 000	3 000 000		
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt	p.m.	p.m.	3 000 000	3 000 000		
	Getrennte Mittel insgesamt						
	KAPITEL B8-7 7 INSGESAMT	p.m.	p.m.	3 000 000	3 000 000		
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt	29 672 000	29 672 000	50 976 000	50 976 000	7 768 483,12	7 768 483,12
	Getrennte Mittel insgesamt						
	Titel B8-7 insgesamt	**29 672 000**	**29 672 000**	**50 976 000**	**50 976 000**	**7 768 483,12**	**7 768 483,12**
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt	151 110 000	151 110 000	187 096 000	187 096 000	106 207 995,38	106 207 995,38
	Getrennte Mittel insgesamt			p.m.	p.m.	55 000,—	55 000,—
	Teileinzelplan B8 insgesamt	**151 110 000**	**151 110 000**	**187 096 000**	**187 096 000**	**106 262 995,38**	**106 262 995,38**

KOMMISSION
Teileinzelplan B8
(Unterstützungsausgaben)

KAPITEL B8-7 7 — TECHNISCHE ZUSAMMENARBEIT MIT DER SOWJETUNION

Artikel Posten	Erläuterungen
B8-7 7 0	Dieser Artikel ist zur Deckung der Personalausgaben, der Ausgaben für Verträge mit Unternehmen, Infrastrukturausgaben sowie sonstiger Verwaltungsausgaben im Zusammenhang mit diesen Maßnahmen bestimmt.

KOMMISSION

Teileinzelplan B8
(Unterstützungsausgaben)

Anlage

Unterstützungsausgaben

Anzahl von Personen

(Mannjahre)

Eingliederungsplan			Bezeichnung	1990 (Ausführung)	1991 (Haushaltsplan)	1992
1992	1991	1990				
B8-220	B8-240	5540	Vorbereitung und Durchführung der gemeinschaftlichen Förderkonzepte und technische Hilfe	1	43,7	47,8
B8-221	B8-241	5541	Bewertung der Aktionen mit struktureller Zweckbestimmung	0	1	0
B8-222	B8-242	5542	Überwachung der im Rahmen der Interventionen der Strukturfonds durchgeführten Programme	0	2	4,8
B8-232	B8-282	552	Integrierte Mittelmeerprogramme — Technische Hilfe	0	5	4,8
B8-250	B8-2501	380 3821	Sonstige Maßnahmen	0	14,2	15,8
B8-2510	B8-2510	3820	Kontroll- und Betrugsbekämpfungsmaßnahmen	0	3,5	3,5
B8-2511	B8-2511	3821	Sonstige Kontrollen in der Landwirtschaft	28,2	18	18,4
B8-252	B8-252	383	Informationsnetz landwirtschaftlicher Buchführungen in der Gemeinschaft	2	1,5	1,9
B8-253	B8-253	385	Neuordnung des Systems landwirtschaftlicher Erhebungen	2	1,5	3,2
B8-254	B8-254	386	Ausbildung und Information	0	0	0
B8-255	B8-255	387	Wälder	0	0	0
B8-261	B8-261	543	Unternehmens- und Innovationszentren	0	6	5,6
B8-272	B8-272	583	Besondere Beteiligungen, unter anderem auf dem Gebiet der Verkehrssicherheit	0	4	3,3
B8-273	B8-273	584	Beobachtung und Ordnung der Güterverkehrsmärkte	2	5	3,6
B8-293	B8-2931	4702	Anpassung und Modernisierung	6,2	9	10
B8-310	B8-3100	6300	Allgemeine Aktionen in den Bereichen Bildung und Jugendpolitik	6	6,5	3,9
	B8-3110	6330	Austausch junger Arbeitskräfte	0	2	
B8-3111	B8-3111	6331	Jugend für Europa	0	1	0,5
B8-3120	B8-3120	6340	Allgemeine Maßnahmen auf dem Gebiet der beruflichen Bildung und Beratung	6	7,5	5,9
B8-3121	B8-3121	6341	PETRA	2	2	2,8
B8-3122	B8-3122	6342	EUROTECNET	1	2	0,7
B8-3123	B8-3123		FORCE		3	2
B8-313	B8-313	6310	COMETT	2	6	3

KOMMISSION
Teileinzelplan B8
(Unterstützungsausgaben)

Unterstützungsausgaben

Anzahl von Personen *(Fortsetzung)*

(Mannjahre)

Eingliederungsplan			Bezeichnung	1990 (Ausführung)	1991 (Haushaltsplan)	1992
1992	1991	1990				
B8-3 1 4	B8-3 1 4	6 3 2	ERASMUS	3	4	2,8
B8-3 1 5	B8-3 1 5	6 3 7	LINGUA	1	2	1,5
B8-3 2 0	B8-3 2 0 0	6 7 0	Erhaltung und Förderung des europäischen architektonischen und kulturellen Erbes	18	7	6,4
B8-3 2 1	B8-3 2 0 1 bis B8-3 2 0 3	6 7 0	Spezielle Aktionen	0	1	5
B8-3 2 2	B8-3 2 0 4		Kulturelle Zusammenarbeit mit Drittländern		5	0
B8-3 3 0	B8-3 3 0	6 7 1	MEDIA	6	8	6,6
B8-3 3 1	B8-3 3 1 B8-3 3 2 0	6 7 5 0 6 7 5 1	Allgemeine Informationsmaßnahmen	30	30	40
B8-3 3 2	B8-3 3 2 0 B8-3 3 3	6 7 5 1 6 7 5 2	Drittländer	2	7	4,1
B8-3 3 3	B8-3 3 3	6 7 5 2	Allgemeine Maßnahmen im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit	3	4	7,1
B8-3 3 4	B8-3 1 0 5	A 3 2 8	Europäische Integration in der Hochschule	0	0	0
B8-3 4 0	B8-3 4 0 0	6 4 0	Arbeitsbeziehungen und sozialer Dialog	18	24	7,8
B8-3 4 1 0	B8-3 4 1 0	6 4 0	Arbeitsmarkt und Beschäftigung	0	19	17,8
B8-3 4 1 1	B8-3 4 1 1	6 4 0	SEDOC	0	8	0
B8-3 4 1 2	B8-3 4 1 2	6 4 1	Maßnahmen zur Verwirklichung der Gleichstellung von Männern und Frauen	5	8	6,6
B8-3 5 0 0	B8-3 5 0 0	6 4 3	Maßnahmen und Studien im Bereich der sozialen Sicherheit	3	0	0
B8-3 5 0 1	B8-3 5 0 1	6 4 3 6 7 5 5	Maßnahmen zugunsten der Familien einschließlich Schutz der Jugend	0	6	5,4
B8-3 5 0 2	B8-3 5 0 2	6 4 5 0	HELIOS	4	8	7,1
B8-3 5 0 3	B8-3 5 0 3	6 4 6	Maßnahmen zur Bekämpfung der Armut	0	4	6
B8-3 5 1 0	B8-3 5 1 0	6 4 5 1	Maßnahmen zugunsten der Wanderarbeitnehmer, einschließlich nichteuropäischer Zuwanderer	4	2	2
B8-3 5 1 1	B8-3 5 1 1	6 4 5 1	Maßnahmen der Verwaltungskommission für die soziale Sicherheit der Wanderarbeitnehmer	0	6	2
B8-3 6 0 0	B8-3 6 0 0	6 4 7 0	Maßnahmen zur Krebsverhütung	20	26	27
B8-3 6 0 1	B8-3 6 0 1	6 4 7 1	Maßnahmen zur Bekämpfung von Aids und anderen übertragbaren Krankheiten	3	7	5,8
B8-3 6 0 3	B8-3 6 0 3	6 4 7 3	Maßnahmen zur Bekämpfung des Alkoholmißbrauchs	3	5	5
B8-3 6 0 4	B8-3 6 0 4	6 4 7 4 6 4 7 5	Untersuchungen und Maßnahmen auf dem Gebiet der Volksgesundheit	3	3	2,4
B8-3 6 1	B8-3 6 1 0	6 4 8 0 6 4 8 1	Gesundheitsschutz, Arbeitshygiene und Sicherheit am Arbeitsplatz einschließlich Zuschüsse an das Internationale Arbeitsamt	22	44	17,3
B8-3 6 2	A-4 0 5 4	A 3 0 5 4	Europäisches Jahr für Gesundheitsschutz und Sicherheit am Arbeitsplatz	0	0	0
B8-3 7 0	B8-3 6 0 2	6 4 7 2	Maßnahmen zur Bekämpfung des Drogenmißbrauchs	5	6	7

KOMMISSION

Teileinzelplan B8
(Unterstützungsausgaben)

Unterstützungsausgaben

Anzahl von Personen *(Fortsetzung)*

(Mannjahre)

Eingliederungsplan			Bezeichnung	1990 (Ausführung)	1991 (Haushaltsplan)	1992
1992	1991	1990				
B8-4100	B8-4100	7002	THERMIE	0	56	46,6
B8-4101	B8-4101	7000	Finanzielle Unterstützung der technologischen Entwicklung im Bereich der Kohlenwasserstoffe	8,4	0	0
B8-4102	B8-4102	7001	Finanzielle Unterstützung zur Förderung von Demonstrationsvorhaben und industriellen Pilotvorhaben	38	0	0
B8-412	B8-412	702	Maßnahmen im Bereich der Beförderung radioaktiver Stoffe	0	0	0
B8-4130	B8-4130	703	ALTENER	3	5	4,4
B8-4131	B8-4131	709	SAVE	0	0	0
B8-4132	B8-4132	704	Studien im Energiebereich und Beobachtung der Märkte	0	1	0
B8-4140	B8-4140	706	Erstellung von Programmen auf dem Energiesektor	3	8	0
B8-4141	B8-4141	707	Technologieaustausch und -transfer mit Drittländern im Energiebereich	0	2	0
B8-420	(B8-420)	(710)	Überwachung an Ort und Stelle und Dienstreisen im Zusammenhang mit der Sicherheitsüberwachung			0
B8-421	B8-421	711	Kosten für Praktika, Fortbildung von Inspektoren, Sitzungen, Einberufungen im allgemeinen	0	0	0
B8-4220	B8-4220	712	Probenahmen und Analysen, Material, spezifische Arbeiten, Dienstleistungen und Transport	6	11	8,9
B8-430	B8-430	6600	ACE	10	3,8	0
B8-431	B8-431	6600	ACNAT	0	7,1	0
B8-432	B8-432	665	MEDSPA	10	11,1	0
B8-434	B8-4340 bis B8-4348 B8-4362 B8-4380	6610 bis 6617 6619 6680	Umwelt-Rechtsvorschriften	80	117,1	124,8
B8-437	B8-437	664	Strahlenschutz	5	7,1	4,6
B8-440			LIFE			36,9
B8-4500	B8-4500	6691	Gemeinschaftliche Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Katastrophenschutzes	4	5,9	4,8
B8-510	B8-510	680	Aktionen und Zugang zum Recht	17	8	4,3
B8-512	B8-512	680 681	Information der Verbraucher und vergleichende Prüfungen	0	10	2,6
B8-513	B8-513	680 681	Anwendung der Richtlinien	0	15	14
B8-514	B8-514	680 684	Untersuchungen	0	2	0
B8-515	B8-515	685	Produktsicherheit	0	5	3,6
B8-516	B8-516	682	EHLASS	0	0	0

KOMMISSION

Teileinzelplan B8
(Unterstützungsausgaben)

Unterstützungsausgaben

Anzahl von Personen *(Fortsetzung)*

(Mannjahre)

Eingliederungsplan			Bezeichnung	1990 (Ausführung)	1991 (Haushaltsplan)	1992
1992	1991	1990				
B8-530	B8-530	7750	Aktionen zur Vollendung des Binnenmarktes	73	121	104,3
B8-533	B8-533	7752	Aktionen zur Entwicklung eines einheitlichen Marktes für Finanzdienste und des Rechts der europäischen Gesellschaften	0	1	3
B8-5350	B8-535	7757	Zollunion, indirekte Steuern und Zollkodex	1	0	0
B8-5351	A-455	A355	MATTHÄUS und Beamte der Steuerbehörden	0	5	3
B8-540	B8-540	7760	Förderung der Exporte der Gemeinschaft nach Japan	0	3,2	2
B8-5410	B8-5410	7761	Gezielte Maßnahmen im Rahmen spezifischer Aktionen auf Drittlandsmärkten	0	1	2,7
B8-542	B8-542	7762	Gezielte Maßnahmen im Rahmen spezifischer Aktionen mit den Vereinigten Staaten	0	1	0
B8-550	B8-5500	7770	Schaffung von Anreizen für Unternehmen (kleine und mittlere Unternehmen)	94	137	136,6
B8-551	B8-551	7771	Aktionen auf dem Gebiet der Sozialwirtschaft	0	4	0
B8-552	B8-552	7772	Aktionen auf dem Gebiet des Handels und Vertriebs	7	3	0
B8-5601	B8-5601	7706	Aktionsplan — Informations- und Kommunikationstechnologien	40	19	12,8
B8-5610	B8-5610	7700	Definition und Durchführung der gemeinschaftlichen Telekommunikationspolitik	40	30	26
B8-5611	B8-5611	7702	Normung und Zertifizierung — Informationstechnologien	7	2	5,3
B8-5621	B8-5621	7703	INSIS	33	29	27
B8-5622	B8-5622	7704	CADDIA	52	44	44,2
B8-5623	B8-5623	7705	TEDIS	0	9	9,7
B8-571	B8-571	773	Maßnahmen im Bereich der gewerblichen Wirtschaft	15	13,5	13,3
B8-580	B8-580	750	IMPACT	8	4	0
B8-581	B8-581	751	Verbesserung und Entwicklung mehrsprachiger Aktionen	5	8	5,7
B8-582	B8-582	7520 7521	SPRINT	13	12	15
B8-583	B8-583	753	Verbreitung und Verwertung der Ergebnisse gemeinschaftlicher Forschungs-, Entwicklungs- und technologischer Demonstrationstätigkeiten	0	4	2,8
B8-590	B8-590	760	Maßnahmen im Zusammenhang mit den sektorbezogenen statistischen Programmen im Rahmen der Bestimmungen der Einheitlichen Europäischen Akte	58	50	48,4
B8-591	B8-591	761	Maßnahmen im Zusammenhang mit den sektorbezogenen statistischen Programmen: Flankierende Maßnahmen zur Politik der Gemeinschaft	58	50	48,5
B8-592	B8-592	762	Maßnahmen im Zusammenhang mit den sektorbezogenen statistischen Programmen betreffend das Funktionieren der Gemeinschaft	21	32	17

KOMMISSION

Teileinzelplan B8
(Unterstützungsausgaben)

Unterstützungsausgaben

Anzahl von Personen *(Fortsetzung)*

(Mannjahre)

Eingliederungsplan			Bezeichnung	1990 (Ausführung)	1991 (Haushaltsplan)	1992
1992	1991	1990				
B8-593	B8-593	763	Maßnahmen im Zusammenhang mit den sektorbezogenen statistischen Programmen betreffend das Funktionieren der Gemeinschaftsorgane	3	18	9,7
B8-726	B8-726	927	Sonstige Ausgaben im Rahmen der Nahrungsmittelhilfe	0,5	8	11,9
B8-7300	B8-7300	9300	Finanzielle und technische Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern in Asien	5	11	35
B8-7301	B8-7301	9301	Förderung der Handelsbeziehungen der Entwicklungsländer in Asien	0	5	4
B8-7304	B8-7304	9304	Ausbildungsmaßnahmen zugunsten von Staatsangehörigen von Entwicklungsländern in Asien	0	2	4
B8-7310	B8-7310	9310	Finanzielle und technische Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern in Lateinamerika	4	20	25
B8-7311	B8-7311	9311	Förderung der Handelsbeziehungen der Entwicklungsländer in Lateinamerika	0	3	5
B8-7314	B8-7314	9314	Ausbildungsmaßnahmen zugunsten von Staatsangehörigen von Entwicklungsländern in Lateinamerika	0	2	4
B8-7480	B8-7480	9670	Maßnahmen zur Förderung der multilateralen regionalen oder subregionalen Zusammenarbeit im Mittelmeerraum	0	4	2
B8-7510	B8-7510	9410	Beteiligung der Gemeinschaft an Maßnahmen von Nichtregierungsorganisationen (NRO) zugunsten der Entwicklungsländer	6,8	9	9
B8-7520	B8-7520	990	Maßnahmen im Rahmen der Abkommen über die wirtschaftliche und handelspolitische Zusammenarbeit mit Drittländern	0	27,2	15
B8-7521	B8-7521	995	Unterstützungsmaßnahmen im Bereich der Außenbeziehungen, insbesondere während der GATT-Verhandlungen der Uruguay-Runde und im Anschluß daran	0	1,5	0
B8-7530	B8-7530	940	Organisation von Seminaren über das System der allgemeinen Zollpräferenzen der Europäischen Gemeinschaften	0	1	2
B8-7532	B8-7532	955	Aktionen zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit und entwicklungspolitische Öffentlichkeitsarbeit	1	0	0
B8-7546	B8-7546	954	Aids-Bekämpfung in den Entwicklungsländern	0	11	7,6
B8-7580	B8-7545	949	Aktionsprogramm für Nord-Süd-Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des Drogenmißbrauchs und der Drogenabhängigkeit	0	5,5	4,4
B8-7590	B8-7590	942	Maßnahmen zur Vorbereitung der Durchführung der gemeinschaftlichen Entwicklungshilfe im Rahmen der Vollendung des Binnenmarktes, der Annahme des Vierten Abkommens von Lomé und im Rahmen der Politischen Union	13	0	0

KOMMISSION

Teileinzelplan B8
(Unterstützungsausgaben)

Unterstützungsausgaben

Anzahl von Personen *(Fortsetzung)*

(Mannjahre)

Eingliederungsplan			Bezeichnung	1990 (Ausführung)	1991 (Haushaltsplan)	1992
1992	1991	1990				
B8-7 5 9 1	B8-7 5 9 1	9 4 4 0	Beurteilung der Ergebnisse der Gemeinschaftshilfe sowie Maßnahmen zur praktischen Weiterverfolgung	0,5	5	4,7
B8-7 6 0	B8-7 6 0	9 9 6	Hilfe zur Umgestaltung der Wirtschaft für die Länder Mittel- und Osteuropas	66,8	100	115
B8-7 7 0	B8-7 7 0		Technische Zusammenarbeit mit der Sowjetunion		13,8	0
			Insgesamt	**1 021,4**	**1 493,2**	**1 374,3**

KOMMISSION
Teil B

TEILEINZELPLAN B0

RÜCKZAHLUNGEN, GARANTIEN, RESERVEN

KOMMISSION

Teileinzelplan B0
(Rückzahlungen, Garantien, Reserven)

Zusammenfassung der Haushaltsmittel (1992 und 1991) und der Ausgaben (1990)

Titel Kapitel	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B0-1	**ERSTATTUNGEN UND RÜCKZAHLUNGEN AN DIE MITGLIEDSTAATEN**						
B0-1 0	ERSTATTUNG DER BEI DER WERTBERICHTIGUNG DER AGRARLAGERBESTÄNDE UND DEN BESONDEREN ABSATZMASSNAHMEN FÜR BUTTER AUS ÖFFENTLICHEN LAGERBESTÄNDEN ENTSTANDENEN KOSTEN AN DIE MITGLIEDSTAATEN	810 000 000	810 000 000	810 000 000	810 000 000	1 360 707 370,11	1 360 707 370,11
B0-1 1	ERSTATTUNGEN UND AUSGLEICHSZAHLUNGEN	81 937 665	81 937 665	477 014 346	477 014 346	1 076 430 526,16	1 020 276 796,90
	Titel B0-1 insgesamt	**891 937 665**	**891 937 665**	**1 287 014 346**	**1 287 014 346**	**2 437 137 896,27**	**2 380 984 167,01**
B0-2	**GARANTIE FÜR ANLEIHEN UND DARLEHEN**						
B0-2 0	GARANTIE FÜR ANLEIHEN UND DARLEHEN IN DEN MITGLIEDSTAATEN	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	0,—	0,—
B0-2 1	GARANTIE FÜR ANLEIHEN UND DARLEHEN ZUR FÖRDERUNG DER ENTWICKLUNG IN DRITTLÄNDERN	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	12 743 771,50	12 743 771,50
	Titel B0-2 insgesamt	**p.m.**	**p.m.**	**p.m.**	**p.m.**	**12 743 771,50**	**12 743 771,50**
B0-3	**AUS DEM VORHERGEHENDEN HAUSHALTSJAHR ÜBERTRAGENES DEFIZIT**						
B0-3 0	AUS DEM VORHERGEHENDEN HAUSHALTSJAHR ÜBERTRAGENES DEFIZIT	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	0,—	0,—
	Titel B0-3 insgesamt	**p.m.**	**p.m.**	**p.m.**	**p.m.**	**0,—**	**0,—**
B0-4	**RESERVEN UND RÜCKSTELLUNGEN**						
B0-4 0	VORLÄUFIG EINGESETZTE MITTEL	339 200 000	258 625 000	1 038 509 033	453 144 161	0,—	0,—
B0-4 1	RÜCKSTELLUNGEN FÜR UNVORHERGESEHENE AUSGABEN	—	—	—	—	0,—	0,—
	Titel B0-4 insgesamt	**339 200 000**	**258 625 000**	**1 038 509 033**	**453 144 161**	**0,—**	**0,—**

KOMMISSION

Teileinzelplan B0
(Rückzahlungen, Garantien, Reserven)

Zusammenfassung der Haushaltsmittel (1992 und 1991) und der Ausgaben (1990) *(Fortsetzung)*

Titel Kapitel	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B0-5	**OPERATIONELLE RESERVE FÜR DIE REVISION DER FINANZIELLEN VORAUSSCHAU**						
B0-5 0	OPERATIONELLE RESERVE FÜR DIE REVISION DER FINANZIELLEN VORAUSSCHAU	*1 660 000 000*	*1 200 000 000*				
	Titel B0-5 insgesamt	*1 660 000 000*	*1 200 000 000*				
	Teileinzelplan B0 insgesamt	**1 231 137 665**	**1 150 562 665**	**2 325 523 379**	**1 740 158 507**	**2 449 881 667,77**	**2 393 727 938,51**

KOMMISSION

Teileinzelplan B0
(Rückzahlungen, Garantien, Reserven)

TITEL B0-1

ERSTATTUNGEN UND RÜCKZAHLUNGEN AN DIE MITGLIEDSTAATEN

KAPITEL B0-1 0 — ERSTATTUNG DER BEI DER WERTBERICHTIGUNG DER AGRARLAGERBESTÄNDE UND DEN BESONDEREN ABSATZMASSNAHMEN FÜR BUTTER AUS ÖFFENTLICHEN LAGERBESTÄNDEN ENTSTANDENEN KOSTEN AN DIE MITGLIEDSTAATEN

KAPITEL B0-1 1 — ERSTATTUNGEN UND AUSGLEICHSZAHLUNGEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
	KAPITEL B0-1 0						
B0-1 0 0	***Erstattung der bei der Wertberichtigung der Agrarlagerbestände entstandenen Ausgaben an die Mitgliedstaaten*** Nichtgetrennte Mittel	—	—	p.m.	p.m.	564 334 315,60	564 334 315,60
B0-1 0 1	***Erstattung der Ausgaben für besondere Absatzmaßnahmen für Butter aus öffentlichen Lagerbeständen an die Mitgliedstaaten*** Nichtgetrennte Mittel	810 000 000	810 000 000	810 000 000	810 000 000	796 373 054,51	796 373 054,51
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt	810 000 000	810 000 000	810 000 000	810 000 000	1 360 707 370,11	1 360 707 370,11
	Getrennte Mittel insgesamt						
	KAPITEL B0-1 0 INSGESAMT	810 000 000	810 000 000	810 000 000	810 000 000	1 360 707 370,11	1 360 707 370,11
	KAPITEL B0-1 1						
B0-1 1 0	***Erstattungen an die Mitgliedstaaten***						
B0-1 1 0 0	Erstattungen an Griechenland Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	25 889,51	25 889,51

KOMMISSION

Teileinzelplan B0

(Rückzahlungen, Garantien, Reserven)

TITEL B0-1

ERSTATTUNGEN UND RÜCKZAHLUNGEN AN DIE MITGLIEDSTAATEN

KAPITEL B0-1 0 — ERSTATTUNG DER BEI DER WERTBERICHTIGUNG DER AGRARLAGERBESTÄNDE UND DEN BESONDEREN ABSATZMASSNAHMEN FÜR BUTTER AUS ÖFFENTLICHEN LAGERBESTÄNDEN ENTSTANDENEN KOSTEN AN DIE MITGLIEDSTAATEN

KAPITEL B0-1 1 — ERSTATTUNGEN UND AUSGLEICHSZAHLUNGEN

Artikel Posten	Erläuterungen
B0-1 0 0	Verordnung (EWG) Nr. 1883/78 des Rates vom 2. August 1978 über die allgemeinen Regeln für die Finanzierung der Interventionen durch den Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft, Abteilung Garantie (ABl. Nr. L 216 vom 5. 8. 1978, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 787/89 (ABl. Nr. L 85 vom 30. 3. 1989, S. 1). Verordnung (EWG) Nr. 822/87 des Rates vom 16. März 1987 über die gemeinsame Marktorganisation für Wein (ABl. Nr. L 84 vom 27. 3. 1987, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1236/89 (ABl. Nr. L 128 vom 11. 5. 1989, S. 31). Veranschlagt sind die Kosten der Wertberichtigung der öffentlichen Bestände an landwirtschaftlichen Erzeugnissen, die gemäß Artikel 8 Absatz 4 der Verordnung (EWG) Nr. 1883/78 zu Beginn des Haushaltsjahres zu erfolgen hat, sowie die Abschlagszahlung gemäß Artikel 37 Absatz 2 der Verordnung (EWG) Nr. 822/87.
B0-1 0 1	Verordnung (EWG) Nr. 801/87 des Rates vom 16. März 1987 zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 1883/78 über die allgemeinen Regeln für die Finanzierung der Interventionen durch den Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft, Abteilung Garantie (ABl. Nr. L 79 vom 21. 3. 1987, S. 14), insbesondere Artikel 4 Absatz 1. Veranschlagt sind die Mittel zur Deckung der Verkaufswertverluste, die von 1989 bis 1992 im Zusammenhang mit den von den Mitgliedstaaten vorfinanzierten besonderen Absatzmaßnahmen für Butter aus öffentlichen Lagerbeständen (Haushaltsjahre 1987 und 1988) eintreten werden.
B0-1 1 0	
B0-1 1 0 0	Akte vom 28. Mai 1979 über die Bedingungen des Beitritts der Republik Griechenland und die Anpassungen der Verträge (ABl. Nr. L 291 vom 19. 11. 1979, S. 17). Nach Artikel 127 der Beitrittsakte wurde Griechenland während der Übergangszeit von 1981 bis 1985 ein degressiv gestaffelter Teil der nach dem Bruttosozialprodukt berechneten Finanzbeiträge oder der Mehrwertsteuereigenmittel, die Griechenland an den Gemeinschaftshaushalt abführte, erstattet.

KOMMISSION

Teileinzelplan B0
(Rückzahlungen, Garantien, Reserven)

KAPITEL B0-1 1 — ERSTATTUNGEN UND AUSGLEICHSZAHLUNGEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B0-1 1 0	*(Fortsetzung)*						
B0-1 1 0 1	Erstattungen an Spanien Nichtgetrennte Mittel	16 898 297	16 898 297	381 298 874 (1)	381 298 874 (1)	915 296 065,68	859 142 336,42
B0-1 1 0 2	Erstattungen an Portugal Nichtgetrennte Mittel	6 954 931	6 954 931	45 562 180 (2)	45 562 180 (2)	103 727 733,50	103 727 733,50
	Artikel B0-1 1 0 insgesamt	23 853 228	23 853 228	426 861 054	426 861 054	1 019 049 688,69	962 895 959,43
B0-1 1 1	***Finanzausgleich für die Mitgliedstaaten***						
B0-1 1 1 0	Finanzausgleich für Spanien im Rahmen der Finanzierung der Wertberichtigung der Altlagerbestände an landwirtschaftlichen Erzeugnissen Nichtgetrennte Mittel	51 265 925	51 265 925	44 332 490	44 332 490	50 902 768,81	50 902 768,81

(1) Es werden Mittel in Höhe von 4 035 984 ECU in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.
(2) Es werden Mittel in Höhe von 508 177 ECU in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

KOMMISSION

Teileinzelplan B0

(Rückzahlungen, Garantien, Reserven)

KAPITEL B0-1 1 — ERSTATTUNGEN UND AUSGLEICHSZAHLUNGEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B0-1 1 0	*(Fortsetzung)*
B0-1 1 0 1	Akte vom 12. Juni 1985 über die Bedingungen des Beitritts des Königreichs Spanien und der Portugiesischen Republik und die Anpassungen der Verträge (ABl. Nr. L 302 vom 15. 11. 1985, S. 23). Beschluß 88/376/EWG, Euratom des Rates vom 24. Juni 1988 über das System der eigenen Mittel der Gemeinschaften (ABl. Nr. L 185 vom 15. 7. 1988, S. 24), insbesondere Artikel 9. Nach Artikel 187 der Beitrittsakte wird Spanien während der Übergangszeit von 1986 bis 1991 ein degressiv gestaffelter Teil der Mehrwertsteuereigenmittel, die Spanien an den Gemeinschaftshaushalt abführt — ausgenommen der Anteil Spaniens an der Finanzierung des Abzugs zugunsten des Vereinigten Königreichs — erstattet. Ab dem Haushaltsjahr 1988 wird Spanien auch ein Teil seiner Zahlung im Rahmen der ergänzenden Einnahme und ein Teil seines Beitrags zur Finanzierung des Abzugs zugunsten des Vereinigten Königreichs erstattet.
B0-1 1 0 2	Akte vom 12. Juni 1985 über die Bedingungen des Beitritts des Königreichs Spanien und der Portugiesischen Republik und die Anpassungen der Verträge (ABl. Nr. L 302 vom 15. 11. 1985, S. 23). Beschluß 88/376 EWG, Euratom des Rates vom 24. Juni 1988 über das System der eigenen Mittel der Gemeinschaften (ABl. Nr. L 185 vom 15. 7. 1988, S. 24), insbesondere Artikel 9. Nach Artikel 374 der Beitrittsakte wird Portugal während der Übergangszeit von 1986 bis 1991 ein degressiv gestaffelter Teil der Mehrwertsteuereigenmittel oder der nach dem Bruttosozialprodukt berechneten Finanzbeiträge, die Portugal an den Gemeinschaftshaushalt abführt — ausgenommen der Anteil Portugals an der Finanzierung des Abzugs zugunsten des Vereinigten Königreichs — erstattet. Ab dem Haushaltsjahr 1988 wird Portugal auch ein Teil seiner Zahlung im Rahmen der ergänzenden Einnahme und ein Teil seines Beitrags zur Finanzierung des Abzugs zugunsten des Vereinigten Königreichs erstattet.
B0-1 1 1	
B0-1 1 1 0	Verordnung (EWG) Nr. 2051/88 des Rates vom 24. Juni 1988 über einen Finanzausgleich für das Königreich Spanien und die Portugiesische Republik infolge der Minderbewertung bestimmter Agrarbestände (ABl. Nr. L 185 vom 15. 7. 1988, S. 8).

KOMMISSION

Teileinzelplan B0
(Rückzahlungen, Garantien, Reserven)

KAPITEL B0-1 1 — ERSTATTUNGEN UND AUSGLEICHSZAHLUNGEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B0-1 1 1	*(Fortsetzung)*						
B0-1 1 1 1	Finanzausgleich für Portugal im Rahmen der Finanzierung der Wertberichtigung der Altlagerbestände an landwirtschaftlichen Erzeugnissen Nichtgetrennte Mittel	6 818 512	6 818 512	5 820 802	5 820 802	6 478 068,66	6 478 068,66
	Artikel B0-1 1 1 insgesamt	58 084 437	58 084 437	50 153 292	50 153 292	57 380 837,47	57 380 837,47
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt	81 937 665	81 937 665	477 014 346	477 014 346	1 076 430 526,16	1 020 276 796,90
	Getrennte Mittel insgesamt						
	KAPITEL B0-1 1 INSGESAMT	81 937 665	81 937 665	477 014 346	477 014 346	1 076 430 526,16	1 020 276 796,90
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt	891 937 665	891 937 665	1 287 014 346	1 287 014 346	2 437 137 896,27	2 380 984 167,01
	Getrennte Mittel insgesamt						
	Titel B0-1 insgesamt	**891 937 665**	**891 937 665**	**1 287 014 346**	**1 287 014 346**	**2 437 137 896,27**	**2 380 984 167,01**

KOMMISSION
Teileinzelplan B0
(Rückzahlungen, Garantien, Reserven)

KAPITEL B0-1 1 — ERSTATTUNGEN UND AUSGLEICHSZAHLUNGEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B0-1 1 1	*(Fortsetzung)*
B0-1 1 1 1	Verordnung (EWG) Nr. 2051/88 des Rates vom 24. Juni 1988 über einen Finanzausgleich für das Königreich Spanien und die Portugiesische Republik infolge der Minderbewertung bestimmter Agrarbestände (ABl. Nr. L 185 vom 15. 7. 1988, S. 8).

KOMMISSION
Teileinzelplan B0
(Rückzahlungen, Garantien, Reserven)

TITEL B0-2

GARANTIE FÜR ANLEIHEN UND DARLEHEN

KAPITEL B0-2 0 — GARANTIE FÜR ANLEIHEN UND DARLEHEN IN DEN MITGLIEDSTAATEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
	KAPITEL B0-2 0						
B0-2 0 0	***Garantie der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft für Gemeinschaftsanleihen zur Stützung der Zahlungsbilanzen*** Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	0,—	0,—
B0-2 0 1	***Garantie der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft für Euratom-Anleihen*** Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	0,—	0,—

KOMMISSION
Teileinzelplan B0
(Rückzahlungen, Garantien, Reserven)

TITEL B0-2

GARANTIE FÜR ANLEIHEN UND DARLEHEN

KAPITEL B0-2 0 — GARANTIE FÜR ANLEIHEN UND DARLEHEN IN DEN MITGLIEDSTAATEN

Artikel Posten	Erläuterungen
B0-2 0 0	Verordnung (EWG) Nr. 397/75 des Rates vom 17. Februar 1975 über Gemeinschaftsanleihen (ABl. Nr. L 46 vom 20. 2. 1975, S. 1). Verordnung (EWG) Nr. 682/81 des Rates vom 16. März 1981 für die Anpassung des Systems der Gemeinschaftsanleihen zur Stützung der Zahlungsbilanzen der Mitgliedstaaten (ABl. Nr. L 73 vom 19. 3. 1981, S. 1). Entscheidung 83/298/EWG des Rates vom 16. Mai 1983 bezüglich einer Gemeinschaftsanleihe zugunsten der Französischen Republik (ABl. Nr. L 153 vom 11. 6. 1983, S. 44). Verordnung (EWG) Nr. 1131/85 des Rates vom 30. April 1985 zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 682/81 für die Anpassung des Systems der Gemeinschaftsanleihen zur Stützung der Zahlungsbilanzen der Mitgliedstaaten (ABl. Nr. L 118 vom 1. 5. 1985, S. 59). Akte vom 12. Juni 1985 über die Bedingungen des Beitritts des Königreichs Spanien und der Portugiesischen Republik und die Anpassungen der Verträge (ABl. Nr. L 302 vom 15. 11. 1985, S. 23) und insbesondere die Erklärung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft über die Anwendung des Systems der Gemeinschaftsanleihen zugunsten Portugals, enthalten in der Schlußakte. Entscheidung 85/543/EWG des Rates vom 9. Dezember 1985 über eine Gemeinschaftsanleihe zugunsten der Griechischen Republik (ABl. Nr. L 341 vom 19. 12. 1985, S. 17). Verordnung (EWG) Nr. 1969/88 des Rates vom 24. Juni 1988 zur Einführung eines einheitlichen Systems des mittelfristigen finanziellen Beistands zur Stützung der Zahlungsbilanzen der Mitgliedstaaten (ABl. Nr. L 178 vom 8. 7. 1988, S. 1). Entscheidung 91/136/EWG des Rates vom 4. März 1991 über ein Darlehen der Gemeinschaft an die Griechische Republik (ABl. Nr. L 66 vom 13. 3. 1991, S. 22). Die Bürgschaft der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft bezieht sich auf die auf den Kapitalmärkten oder bei Finanzinstitutionen aufgenommenen Anleihen. Der Kapitalbetrag der Darlehen, die auf diese Weise den Mitgliedstaaten gewährt werden können, ist auf 14 Milliarden ECU begrenzt. Dieser Artikel deckt die Ausfallbürgschaft der Gemeinschaft ab. Er erlaubt es der Kommission, den Schuldendienst an der Stelle des säumigen Schuldners zu leisten. Erforderlichenfalls wird der Artikel durch Übertragung oder durch Wiederverwendung der Beträge, die in Anwendung von Artikel 27 Absatz 3 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1), zurückgezahlt werden oder aber durch einen Berichtigungs- und/oder Nachtragshaushaltsplan mit Mitteln ausgestattet. Um ihren Verpflichtungen nachzukommen, kann die Kommission den Schuldendienst vorläufig aus den Kassenmitteln leisten. In diesem Fall gilt Artikel 12 der Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1552/89 des Rates vom 29. Mai 1989 zur Durchführung des Beschlusses 88/376/EWG, Euratom über das System der Eigenmittel der Gemeinschaften (ABl. Nr. L 155 vom 7. 6. 1989, S. 1). Anlage II dieses Teils des Ausgabenansatzes dieses Einzelplans enthält eine Zusammenfassung der Anleihe- und Darlehenstransaktionen einschließlich des Schuldendienstes (Kapital und Zinsen).
B0-2 0 1	Beschluß 77/270/Euratom des Rates vom 29. März 1977 zur Ermächtigung der Kommission, im Hinblick auf einen Beitrag für die Finanzierung von Kernkraftanlagen Euratom-Anleihen aufzunehmen (ABl. Nr. L 88 vom 6. 4. 1977, S. 9). Beschluß 77/271/Euratom des Rates vom 29. März 1977 zur Durchführung des Beschlusses 77/270/Euratom zur Ermächtigung der Kommission, im Hinblick auf einen Beitrag für die Finanzierung von Kernkraftanlagen Euratom-Anleihen aufzunehmen (ABl. Nr. L 88 vom 6. 4. 1977, S. 11). Beschluß 80/29/Euratom des Rates vom 20. Dezember 1979 zur Änderung des Beschlusses 77/271/Euratom zur Durchführung des Beschlusses 77/270/Euratom zur Ermächtigung der Kommission, im Hinblick auf einen Beitrag für die Finanzierung von Kernkraftanlagen Euratom-Anleihen aufzunehmen (ABl. Nr. L 12 vom 17. 1. 1980, S. 28). Beschluß 82/170/Euratom des Rates vom 15. März 1982 zur Änderung des Beschlusses 77/271/Euratom hinsichtlich des Höchstbetrags der Euratom-Anleihen, welche die Kommission im Hinblick auf einen Beitrag zur Finanzierung von Kernkraftanlagen aufnehmen kann (ABl. Nr. L 78 vom 24. 3. 1982, S. 21).

KOMMISSION

Teileinzelplan B0
(Rückzahlungen, Garantien, Reserven)

KAPITEL B0-2 0 — GARANTIE FÜR ANLEIHEN UND DARLEHEN IN DEN MITGLIEDSTAATEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B0-2 0 1	*(Fortsetzung)*						
B0-2 0 2	***Garantie der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft für Anleihen zur Investitionsförderung in der Gemeinschaft***						
	Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	0,—	0,—

KOMMISSION
Teileinzelplan B0
(Rückzahlungen, Garantien, Reserven)

KAPITEL B0-2 0 — GARANTIE FÜR ANLEIHEN UND DARLEHEN IN DEN MITGLIEDSTAATEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B0-2 0 1	*(Fortsetzung)* Beschluß 85/537/Euratom des Rates vom 5. Dezember 1985 zur Änderung des Beschlusses 77/271/Euratom hinsichtlich des Höchstbetrags der Euratom-Anleihen, welche die Kommission im Hinblick auf einen Beitrag für die Finanzierung von Kernkraftanlagen aufnehmen kann (ABl. Nr. L 334 vom 12. 12. 1985, S. 23). Beschluß 90/212/Euratom des Rates vom 23. April 1990 zur Änderung des Beschlusses 77/271/Euratom zur Durchführung des Beschlusses 77/270/Euratom zur Ermächtigung der Kommission, im Hinblick auf einen Beitrag für die Finanzierung von Kernkraftanlagen Euratom-Anleihen aufzunehmen (ABl. Nr. L 112 vom 3. 5. 1990, S. 26). Der Höchstbetrag der genehmigten Anleihen beträgt 4 Milliarden ECU, davon 500 000 000 ECU genehmigt mit Beschluß 77/270/Euratom, 500 000 000 ECU genehmigt mit Beschluß 80/29/Euratom, 1 Milliarde ECU genehmigt mit Beschluß 82/170/Euratom, 1 Milliarde ECU genehmigt mit Beschluß 85/537/Euratom und 1 Milliarde ECU genehmigt mit Beschluß 90/212/Euratom. Dieser Artikel deckt die Ausfallbürgschaft der Gemeinschaft ab. Er erlaubt es der Kommission, den Schuldendienst an der Stelle des säumigen Schuldners zu leisten. Erforderlichenfalls wird der Artikel durch Übertragung oder durch Wiederverwendung der Beträge, die in Anwendung von Artikel 27 Absatz 3 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1), zurückgezahlt werden, oder aber durch einen Berichtigungs- und/oder Nachtragshaushaltsplan mit Mitteln ausgestattet. Um ihren Verpflichtungen nachzukommen, kann die Kommission den Schuldendienst vorläufig aus den Kassenmitteln leisten. In diesem Fall gilt Artikel 12 der Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1552/89 des Rates vom 29. Mai 1989 zur Durchführung des Beschlusses 88/376/EWG, Euratom über das System der Eigenmittel der Gemeinschaften (ABl. Nr. L 155 vom 7. 6. 1989, S. 1). Anlage II dieses Teils des Ausgabenansatzes dieses Einzelplans enthält eine Zusammenfassung der Anleihe- und Darlehenstransaktionen sowie des entsprechenden Schuldendienstes (Kapital und Zinsen).
B0-2 0 2	Beschluß 78/870/EWG des Rates vom 16. Oktober 1978 zur Ermächtigung der Kommission, Anleihen zur Investitionsförderung in der Gemeinschaft aufzunehmen (ABl. Nr. L 298 vom 25. 10. 1978, S. 9). Beschluß 79/486/EWG des Rates vom 14. Mai 1979 über die Anwendung des Beschlusses 78/870/EWG zur Ermächtigung der Kommission, Anleihen zur Investitionsförderung in der Gemeinschaft aufzunehmen (ABl. Nr. L 125 vom 22. 5. 1979, S. 16). Beschluß 80/739/EWG des Rates vom 22. Juli 1980 über die zweite Anwendung des Beschlusses 78/870/EWG zur Ermächtigung der Kommission, Anleihen zur Investitionsförderung in der Gemeinschaft aufzunehmen (ABl. Nr. L 205 vom 17. 8. 1980, S. 19). Beschluß 80/1103/EWG des Rates vom 25. November 1980 über die Verwendung eines Teils der zweiten Anleihetranche in Ergänzung des Beschlusses 80/739/EWG über die zweite Anwendung des Beschlusses 78/870/EWG zur Ermächtigung der Kommission, Anleihen zur Investitionsförderung in der Gemeinschaft aufzunehmen (ABl. Nr. L 326 vom 2. 12. 1980, S. 19). Beschluß 81/19/EWG des Rates vom 20. Januar 1981 über eine Sonderbeihilfe der Gemeinschaft zugunsten des Wiederaufbaus der vom Erdbeben im November 1980 betroffenen Gebiete in Italien (ABl. Nr. L 37 vom 10. 2. 1981, S. 21). Beschluß 81/1013/EWG des Rates vom 14. Dezember 1981 über eine Sonderbeihilfe der Gemeinschaft zugunsten des Wiederaufbaus der von den Erdbeben der Monate Februar und März 1981 in Griechenland betroffenen Gebiete (ABl. Nr. L 367 vom 23. 12. 1981, S. 27). Beschluß 82/169/EWG des Rates vom 15. März 1982 zur Ermächtigung der Kommission, Anleihen zur Investitionsförderung in der Gemeinschaft aufzunehmen (ABl. Nr. L 78 vom 24. 3. 1982, S. 19). Beschluß 82/268/EWG des Rates vom 26. April 1982 über die Anwendung des Beschlusses 82/169/EWG zur Ermächtigung der Kommission, Anleihen zur Investitionsförderung in der Gemeinschaft aufzunehmen (ABl. Nr. L 116 vom 30. 4. 1982, S. 16). Beschluß 83/200/EWG des Rates vom 19. April 1983 zur Ermächtigung der Kommission, im Rahmen des Neuen Gemeinschaftsinstruments Anleihen zur Investitionsförderung in der Gemeinschaft aufzunehmen (ABl. Nr. L 112 vom 28. 4. 1983, S. 26). Beschluß 83/308/EWG des Rates vom 13. Juni 1983 zur Anwendung des Beschlusses 83/200/EWG zur Ermächtigung der Kommission, im Rahmen des Neuen Gemeinschaftsinstruments Anleihen aufzunehmen, um die Investitionen in der Gemeinschaft zu fördern (ABl. Nr. L 164 vom 23. 6. 1983, S. 31). Beschluß 84/383/EWG des Rates vom 23. Juli 1984 über die Anwendung des Beschlusses 83/200/EWG zur Ermächtigung der Kommission, im Rahmen des Neuen Gemeinschaftsinstruments Anleihen zur Investitionsförderung in der Gemeinschaft aufzunehmen (ABl. Nr. L 208 vom 3. 8. 1984, S. 53).

KOMMISSION

Teileinzelplan B0
(Rückzahlungen, Garantien, Reserven)

KAPITEL B0-2 0 — GARANTIE FÜR ANLEIHEN UND DARLEHEN IN DEN MITGLIEDSTAATEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B0-2 0 2	*(Fortsetzung)*						
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	0,—	0,—
	Getrennte Mittel insgesamt						
	KAPITEL B0-2 0 INSGESAMT	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	0,—	0,—

KOMMISSION

Teileinzelplan B0
(Rückzahlungen, Garantien, Reserven)

KAPITEL B0-2 0 — GARANTIE FÜR ANLEIHEN UND DARLEHEN IN DEN MITGLIEDSTAATEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B0-2 0 2	*(Fortsetzung)* Beschluß 87/182/EWG des Rates vom 9. März 1987 zur Ermächtigung der Kommission, im Rahmen des Neuen Gemeinschaftsinstruments Anleihen zur Investitionsförderung in der Gemeinschaft aufzunehmen (ABl. Nr. L 71 vom 14. 3. 1987, S. 34). Der Höchstbetrag der genehmigten Anleihen beträgt 6 830 000 000 ECU. Davon entfallen 1 Milliarde ECU auf die durch den Beschluß 78/870/EWG genehmigten Anleihen, 1 Milliarde ECU auf die durch den Beschluß 82/169/EWG genehmigten Anleihen und 1 080 000 000 ECU auf die durch die Beschlüsse 81/19/EWG und 81/1013/EWG genehmigten Anleihen sowie 3 Milliarden ECU auf die durch Beschluß 83/200/EWG und 750 000 000 ECU durch Beschluß 87/182/EWG genehmigten Anleihen. Der Höchstbetrag ist um die von der Europäischen Investitionsbank aus eigenen Mitteln für den gleichen Zweck gewährten Darlehen zu verringern. Dieser Artikel deckt die Ausfallbürgschaft der Gemeinschaft ab. Er erlaubt es der Kommission, den Schuldendienst an der Stelle des säumigen Schuldners zu leisten. Erforderlichenfalls wird der Artikel durch Übertragung oder durch Wiederverwendung der Beträge, die in Anwendung von Artikel 27 Absatz 3 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1), zurückgezahlt werden, oder aber durch einen Berichtigungs- und/oder Nachtragshaushaltsplan mit Mitteln ausgestattet. Um ihren Verpflichtungen nachzukommen, kann die Kommission den Schuldendienst vorläufig aus den Kassenmitteln leisten. In diesem Falle gilt Artikel 12 der Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1552/89 des Rates vom 29. Mai 1989 zur Durchführung des Beschlusses 88/376/EWG, Euratom über das System der Eigenmittel der Gemeinschaften (ABl. Nr. L 155 vom 7. 6. 1989, S. 1). Anlage II dieses Teils des Ausgabenansatzes dieses Einzelplans enthält eine Zusammenfassung der Anleihe- und Darlehenstransaktionen einschließlich des Schuldendienstes (Kapital und Zinsen).

KOMMISSION

Teileinzelplan B0
(Rückzahlungen, Garantien, Reserven)

KAPITEL B0-2 1 — GARANTIE FÜR ANLEIHEN UND DARLEHEN ZUR FÖRDERUNG DER ENTWICKLUNG IN DRITTLÄNDERN

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
	KAPITEL B0-2 1						
B0-2 1 0	***Garantie der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft für Anleiheprogramme der Gemeinschaft zur Gewährung einer mittelfristigen Finanzhilfe für Ungarn***						
B0-2 1 0 0	Garantie der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft für die beiden ersten Tranchen eines Anleiheprogramms der Gemeinschaft zur Gewährung einer mittelfristigen Finanzhilfe für Ungarn Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	0,—	0,—
B0-2 1 0 1	Garantie der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft für eine zweite Anleihe der Gemeinschaft zur Gewährung einer mittelfristigen Finanzhilfe für Ungarn Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.		
	Artikel B0-2 1 0 insgesamt	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	0,—	0,—
B0-2 1 1	***Garantie der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft für die von der Europäischen Investitionsbank an Drittländer des Mittelmeerraumes gewährten Darlehen*** Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	12 743 771,50	12 743 771,50

KOMMISSION

Teileinzelplan B0
(Rückzahlungen, Garantien, Reserven)

KAPITEL B0-2 1 — GARANTIE FÜR ANLEIHEN UND DARLEHEN ZUR FÖRDERUNG DER ENTWICKLUNG IN DRITTLÄNDERN

Artikel Posten	Erläuterungen
B0-2 1 0	
B0-2 1 0 0	Beschluß 90/83/EWG des Rates vom 22. Februar 1990 über die Gewährung einer mittelfristigen Finanzhilfe für Ungarn (ABl. Nr. L 58 vom 7. 3. 1990, S. 7). Beschluß 90/681/EWG des Rates vom 21. Dezember 1990 über einen zweiten Teilbetrag der mittelfristigen Finanzhilfe für Ungarn (ABl. Nr. L 375 vom 31. 12. 1990, S. 18). Bei diesem Posten wird die von der Gemeinschaft bereitgestellte Garantie eingesetzt, die es der Kommission ermöglicht, bei Ausfall des Schuldners den Schuldendienst (Rückzahlung von Kapital, Zinsen und Nebenkosten) der ersten beiden Tranchen in Höhe von 350 000 000 ECU und 260 000 000 ECU eines Anleiheprogramms im Umfang von maximal 870 000 000 ECU zu übernehmen. Falls erforderlich, werden für diesen Posten Mittel durch Übertragung, durch Wiederverwendung von Rückzahlungen gemäß Artikel 27 Absatz 3 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1), oder im Wege eines Berichtigungs- und/oder Nachtragshaushaltsplans bereitgestellt. Um ihren Verpflichtungen nachzukommen, kann die Kommission zur Abwicklung des Schuldendienstes vorläufig auf Kassenmittel zurückgreifen. In diesem Fall findet Artikel 12 der Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1552/89 des Rates vom 29. Mai 1989 zur Durchführung des Beschlusses 88/376/EWG, Euratom über das System der Eigenmittel der Gemeinschaften (ABl. Nr. L 155 vom 7. 6. 1989, S. 1) Anwendung. Anlage II dieses Teils des Ausgabenansatzes dieses Einzelplans enthält eine Zusammenfassung der Anleihe- und Darlehenstransaktionen einschließlich des Schuldendienstes (Kapital und Zinsen).
B0-2 1 0 1	Entscheidung 91/310/EWG des Rates vom 24. Juni 1991 über eine weitere mittelfristige Finanzhilfe für Ungarn (ABl. Nr. L 174 vom 3. 7. 1991, S. 34). Bei diesem Posten wird die von der Gemeinschaft bereitgestellte Garantie eingesetzt, die es der Kommission ermöglicht, bei Ausfall des Schuldners den Schuldendienst (Rückzahlung von Kapital, Zinsen und Nebenkosten) eines Darlehens mit einem Gesamtumfang von maximal 180 000 000 ECU zu übernehmen. Falls erforderlich, werden für diesen Posten Mittel durch Übertragung, durch Wiederverwendung von Rückzahlungen gemäß Artikel 27 Absatz 3 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1), oder im Wege eines Berichtigungs- und/oder Nachtragshaushaltsplans bereitgestellt. Um ihren Verpflichtungen nachzukommen, kann die Kommission zur Abwicklung des Schuldendienstes vorläufig auf Kassenmittel zurückgreifen. In diesem Fall findet Artikel 12 der Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1552/89 des Rates vom 29. Mai 1989 zur Durchführung des Beschlusses 88/376/EWG, Euratom über das System der Eigenmittel der Gemeinschaften (ABl. Nr. L 155 vom 7. 6. 1989, S. 1) Anwendung. Anlage II dieses Teils des Ausgabenansatzes dieses Einzelplans enthält eine Zusammenfassung der Anleihe- und Darlehenstransaktionen einschließlich des Schuldendienstes (Kapital und Zinsen).
B0-2 1 1	Beschluß des Rates vom 7. Oktober 1975 (Soforthilfe für Portugal). Verordnung (EWG) Nr. 939/76 des Rates vom 23. April 1976 über den Abschluß des Finanzprotokolls und des Protokolls zur Festlegung einiger Bestimmungen betreffend das Abkommen zur Gründung einer Assoziation zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und Malta (ABl. Nr. L 111 vom 28. 4. 1976, S. 1). Beschluß des Rates vom 19. Oktober 1976 (Abkommen mit Jugoslawien). Beschluß des Rates vom 8. März 1977 (Mittelmeerprotokolle). Beschluß des Rates vom 20. Dezember 1977 (außerordentliche Hilfe für Libanon).

KOMMISSION

Teileinzelplan B0
(Rückzahlungen, Garantien, Reserven)

KAPITEL B0-2 1 — GARANTIE FÜR ANLEIHEN UND DARLEHEN ZUR FÖRDERUNG DER ENTWICKLUNG IN DRITTLÄNDERN
(Fortsetzung)

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B0-2 1 1	*(Fortsetzung)*						

KOMMISSION

Teileinzelplan B0

(Rückzahlungen, Garantien, Reserven)

KAPITEL B0-2 1 — GARANTIE FÜR ANLEIHEN UND DARLEHEN ZUR FÖRDERUNG DER ENTWICKLUNG IN DRITTLÄNDERN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B0-2 1 1	*(Fortsetzung)* Beschluß 78/666/EWG des Rates vom 25. Juli 1978 über den Abschluß des Finanzprotokolls zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und Griechenland (ABl. Nr. L 225 vom 16. 8. 1978, S. 25). Verordnung (EWG) Nr. 2210/78 des Rates vom 26. September 1978 über den Abschluß des Kooperationsabkommens zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Demokratischen Volksrepublik Algerien (ABl. Nr. L 263 vom 27. 9. 1978, S. 1). Verordnung (EWG) Nr. 2211/78 des Rates vom 26. September 1978 über den Abschluß des Kooperationsabkommens zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Königreich Marokko (ABl. Nr. L 264 vom 27. 9. 1978, S. 1). Verordnung (EWG) Nr. 2212/78 des Rates vom 26. September 1978 über den Abschluß des Kooperationsabkommens zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Tunesischen Republik (ABl. Nr. L 265 vom 27. 9. 1978, S. 1). Verordnung (EWG) Nr. 2213/78 des Rates vom 26. September 1978 über den Abschluß des Kooperationsabkommens zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Arabischen Republik Ägypten (ABl. Nr. L 266 vom 27. 9. 1978, S. 1). Verordnung (EWG) Nr. 2214/78 des Rates vom 26. September 1978 über den Abschluß des Kooperationsabkommens zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Libanesischen Republik (ABl. Nr. L 267 vom 27. 9. 1978, S. 1). Verordnung (EWG) Nr. 2215/78 des Rates vom 26. September 1978 über den Abschluß des Kooperationsabkommens zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Haschemitischen Königreich Jordanien (ABl. Nr. L 268 vom 27. 9. 1978, S. 1). Verordnung (EWG) Nr. 2216/78 des Rates vom 26. September 1978 über den Abschluß des Kooperationsabkommens zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Arabischen Republik Syrien (ABl. Nr. L 269 vom 27. 9. 1978, S. 1). Verordnung (EWG) Nr. 2217/78 des Rates vom 26. September über den Abschluß des Ergänzungsprotokolls zum Abkommen zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Staat Israel sowie des Protokolls über die finanzielle Zusammenarbeit (ABl. Nr. L 270 vom 27. 9. 1978, S. 1). Verordnung (EWG) Nr. 2237/78 des Rates vom 26. September 1978 über den Abschluß des Finanzprotokolls und des Ergänzungsprotokolls zum Abkommen zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Republik Portugal (ABl. L 274 vom 29. 9. 1978, S. 1). Verordnung (EWG) Nr. 2760/78 des Rates vom 23. November 1978 über den Abschluß des Finanzprotokolls zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Republik Zypern (ABl. L 332 vom 29. 11. 1978, S. 1). Beschluß 79/281/EWG des Rates vom 5. März 1979 über den Abschluß des Finanzprotokolls zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Türkei (ABl. Nr. L 67 vom 17. 3. 1979, S. 14). Verordnung (EWG) Nr. 1273/80 des Rates vom 23. Mai 1980 über den Abschluß des Interimsprotokolls zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien betreffend die vorzeitige Inkraftsetzung des Protokolls Nr. 2 des Kooperationsabkommens (ABl. Nr. L 130 vom 27. 5. 1980, S. 98). Verordnung (EWG) Nr. 3323/80 des Rates vom 18. Dezember 1980 über den Abschluß des Abkommens in Form eines Briefwechsels zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Portugiesischen Republik über die Durchführung einer Hilfe zugunsten Portugals vor dessen Beitritt (ABl. Nr. L 349 vom 23. 12. 1980, S. 1). Beschluß des Rates vom 4. Juni 1981 (finanzielle Zusammenarbeit mit Spanien). Beschluß des Rates vom 19. Juli 1982 (zusätzliche Soforthilfe für den Wiederaufbau in Libanon). Verordnung (EWG) Nr. 3177/82 des Rates vom 22. November 1982 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Demokratischen Volksrepublik Algerien (ABl. Nr. L 337 vom 29. 11. 1982, S. 1). Verordnung (EWG) Nr. 3178/82 des Rates vom 22. November 1982 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Arabischen Republik Ägypten (ABl. Nr. L 337 vom 29. 11. 1982, S. 8). Verordnung (EWG) Nr. 3179/82 des Rates vom 22. November 1982 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Haschemitischen Königreich Jordanien (ABl. Nr. L 337 vom 29. 11. 1982, S. 15). Verordnung (EWG) Nr. 3180/82 des Rates vom 22. November 1982 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Libanesischen Republik (ABl. Nr. L 337 vom 29. 11. 1982, S. 22). Verordnung (EWG) Nr. 3181/82 des Rates vom 22. November 1982 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Königreich Marokko (ABl. Nr. L 337 vom 29. 11. 1982, S. 29). Verordnung (EWG) Nr. 3182/82 des Rates vom 22. November 1982 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Arabischen Republik Syrien (ABl. Nr. L 337 vom 29. 11. 1982, S. 36).

KOMMISSION

Teileinzelplan B0
(Rückzahlungen, Garantien, Reserven)

KAPITEL B0-2 1 — GARANTIE FÜR ANLEIHEN UND DARLEHEN ZUR FÖRDERUNG DER ENTWICKLUNG IN DRITTLÄNDERN
(Fortsetzung)

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B0-2 1 1	*(Fortsetzung)*						

KOMMISSION

Teileinzelplan B0
(Rückzahlungen, Garantien, Reserven)

KAPITEL B0-2 1 — GARANTIE FÜR ANLEIHEN UND DARLEHEN ZUR FÖRDERUNG DER ENTWICKLUNG IN DRITTLÄNDERN
(Fortsetzung)

Artikel Posten	Erläuterungen
B0-2 1 1	*(Fortsetzung)* Verordnung (EWG) Nr. 3183/82 des Rates vom 22. November 1982 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Tunesischen Republik (ABl. Nr. L 337 vom 29. 11. 1982, S. 43). Beschluß des Rates vom 17. Oktober 1983 (Fortsetzung der finanziellen Zusammenarbeit mit Spanien und Portugal). Verordnung (EWG) Nr. 3354/83 des Rates vom 22. November 1983 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Staat Israel (ABl. Nr. L 335 vom 30. 11. 1983, S. 7). Verordnung (EWG) Nr. 787/84 des Rates vom 26. März 1984 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Republik Zypern (ABl. Nr. L 85 vom 28. 3. 1984, S. 37). Beschluß des Rates vom 18. Juni 1984 (Schreiben des Präsidenten des Rates der Europäischen Investitionsbank, mit dem eine zweite Verlängerung der finanziellen und technischen Zusammenarbeit mit Spanien und Portugal empfohlen wird). Beschluß des Rates vom 9. Oktober 1984 (Darlehen außerhalb des Protokolls mit Jugoslawien). Verordnung (EWG) Nr. 2458/86 des Rates vom 7. Juli 1986 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Republik Malta (ABl. Nr. L 216 vom 5. 8. 1986, S. 1). Beschluß 87/604/EWG des Rates vom 21. Dezember 1987 über den Abschluß des zweiten Protokolls über die finanzielle Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien (ABl. Nr. L 389 vom 31. 12. 1987, S. 65). Beschluß 88/30/EWG des Rates vom 21. Dezember 1987 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Demokratischen Volksrepublik Algerien (ABl. Nr. L 22 vom 27. 1. 1988, S. 1). Beschluß 88/31/EWG des Rates vom 21. Dezember 1987 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Arabischen Republik Ägypten (ABl. Nr. L 22 vom 27. 1. 1988, S. 9). Beschluß 88/32/EWG des Rates vom 21. Dezember 1987 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Haschemitischen Königreich Jordanien (ABl. Nr. L 22 vom 27. 1. 1988, S. 17). Beschluß 88/33/EWG des Rates vom 21. Dezember 1987 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Libanesischen Republik (ABl. Nr. L 22 vom 27. 1. 1988, S. 25). Beschluß 88/34/EWG des Rates vom 21. Dezember 1987 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Tunesischen Republik (ABl. Nr. L 22 vom 27. 1. 1988, S. 33). Beschluß 88/453/EWG des Rates vom 30. Juni 1988 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Königreich Marokko (ABl. Nr. L 224 vom 13. 8. 1988, S. 32). Beschluß 88/597/EWG des Rates vom 21. November 1988 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Staat Israel (ABl. Nr. L 327 vom 30. 11. 1988, S. 51). Beschluß 89/378/EWG des Rates vom 12. Juni 1989 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und Malta (ABl. Nr. L 180 vom 27. 6. 1989, S. 46). Beschluß 90/153/EWG des Rates vom 26. Februar 1990 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Republik Zypern (ABl. Nr. L 82 vom 29. 3. 1990, S. 32). Empfehlung für einen Beschluß des Rates von der Kommission vorgelegt am 20. Dezember 1990, über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Arabischen Republik Syrien (ABl. Nr. C 16 vom 24. 1. 1991, S. 9). Vorschlag für einen Beschluß des Rates, von der Kommission vorgelegt am 6. April 1991, über den Abschluß des dritten Protokolls über die finanzielle Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien (ABl. Nr. C 134 vom 24. 5. 1991, S. 5). Empfehlung für einen Beschluß des Rates, von der Kommission vorgelegt am 6. Mai 1991, über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinsehaft und der Arabischen Republik Ägypten, der Demokratischen Volksrepublik Algerien, dem Königreich Marokko und der Tunesischen Republik (ABl. Nr. C 135 vom 25. 5. 1991, S. 4).

KOMMISSION

Teileinzelplan B0
(Rückzahlungen, Garantien, Reserven)

KAPITEL B0-2 1 — GARANTIE FÜR ANLEIHEN UND DARLEHEN ZUR FÖRDERUNG DER ENTWICKLUNG IN DRITTLÄNDERN
(Fortsetzung)

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B0-2 1 1	*(Fortsetzung)*						
B0-2 1 2	***Garantie der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft für die von der Europäischen Investitionsbank an die Drittländer Mittel- und Osteuropas gewährten Darlehen***						
	Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	0,—	0,—

KOMMISSION

Teileinzelplan B0
(Rückzahlungen, Garantien, Reserven)

KAPITEL B0-2 1 — GARANTIE FÜR ANLEIHEN UND DARLEHEN ZUR FÖRDERUNG DER ENTWICKLUNG IN DRITTLÄNDERN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B0-2 1 1	*(Fortsetzung)* Empfehlung für einen Beschluß des Rates, von der Kommission vorgelegt am 6. Mai 1991, über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Staat Israel (ABl. Nr. C 135 vom 25. 5. 1991, S. 12). Empfehlung für Beschlüsse des Rates, von der Kommission vorgelegt am 31. Mai 1991, über den Abschluß der Protokolle über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Haschemitischen Königreich Jordanien, der Libanesischen Republik und der Arabischen Republik Syrien (ABl. Nr. C 162 vom 21. 6. 1991, S. 5). In dem vorgenannten Beschluß des Rates vom 8. März 1977 übernimmt die Gemeinschaft die Garantie für Darlehen, die im Rahmen der finanziellen Verpflichtungen der Gemeinschaft gegenüber den Ländern des Mittelmeerraums von der Europäischen Investitionsbank gewährt werden. Aufgrund dieses Beschlusses wurden zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Europäischen Investitionsbank am 30. Oktober 1978 (Brüssel) und am 10. November 1978 (Luxemburg) ein Bürgschaftsvertrag unterzeichnet, demzufolge eine globale Garantie in Höhe von 75 % der gesamten Mittel für Darlehen in folgenden Ländern eingerichtet wird: Malta, Tunesien, Algerien, Marokko, Portugal (Finanzprotokoll, Soforthilfe), Türkei und Zypern. Außerdem wurde aufgrund des Beschlusses des Rates vom 7. Oktober 1975 eine hundertprozentige Garantie für die Soforthilfe an Portugal vereinbart. Für jedes neue Finanzprotokoll wird ein neuer Rechtsakt über die Verlängerung des Bürgschaftsvertrags erstellt. Die Höhe der globalen Garantie wird in Teil D (Tabelle 3) des Anhangs II dieses Einzelplans angegeben. Dieser Artikel bildet die Aufnahmestruktur für die Ausfallbürgschaft der Gemeinschaft und gibt der Kommission die Möglichkeit, den Schuldendienst anstelle des säumigen Schuldners zu übernehmen. Die gegebenenfalls erforderlichen Mittel werden durch Übertragung, durch Wiederverwendung von Rückzahlungen gemäß Artikel 27 Absatz 3 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1) oder im Wege eines Berichtigungs- und/oder Nachtragshaushaltsplans bereitgestellt. Um ihren Verpflichtungen nachzukommen, kann die Kommission vorläufig den Schuldendienst aus ihren Kassenmitteln sicherstellen. In diesem Fall findet Artikel 12 der Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1552/89 des Rates vom 29. Mai 1989 zur Durchführung des Beschlusses 88/376/EWG, Euratom über das System der Eigenmittel der Gemeinschaften (ABl. Nr. L 155 vom 7. 6. 1989, S. 1), Anwendung. Die vorgenannte Anlage II enthält eine Zusammenfassung der Anleihe- und Darlehenstransaktionen einschließlich des Schuldendienstes (Kapital und Zinsen).
B0-2 1 2	Beschluß 90/62/EWG des Rates vom 12. Februar 1990 zur Garantieleistung der Gemeinschaft bei der Europäischen Investitionsbank für Verluste im Rahmen von Darlehen für Vorhaben in Ungarn und Polen (ABl. Nr. L 42 vom 16. 2. 1990, S. 68). Beschluß 91/252/EWG des Rates vom 14. Mai 1991 zur Ausdehnung des Beschlusses 90/62/EWG zur Garantieleistung der Gemeinschaft bei der Europäischen Investitionsbank für Verluste im Rahmen von Darlehen für Vorhaben in Ungarn und Polen auf solche in der Tschechoslowakei, Bulgarien und Rumänien (ABl. Nr. L 123 vom 18. 5. 1991, S. 44). Aufgrund des Beschlusses 90/62/EWG wurde zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Europäischen Investitionsbank am 24. April 1990 (Brüssel) und am 14. Mai 1990 (Luxemburg) ein Bürgschaftsvertrag für die Darlehen an Ungarn und Polen unterzeichnet, sowie am 31. Juli 1991 in Brüssel und Luxemburg eine Ausweitung dieses Vertrags auf die Darlehen an die Tschechoslowakei und Bulgarien. Bei diesem Artikel wird die von der Gemeinschaft bereitgestellte Garantie eingesetzt, die es der Kommission ermöglicht, bei Ausfall des Schuldners den Schuldendienst (Rückzahlung von Kapital, Zinsen und Nebenkosten) für Darlehen der Europäischen Investitionsbank in einer Gesamthöhe von maximal 1 700 000 000 ECU zu übernehmen. Die gegebenenfalls erforderlichen Mittel werden durch Übertragung, durch Wiederverwendung von Rückzahlungen gemäß Artikel 27 Absatz 3 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1) oder im Wege eines Berichtigungs- und/oder Nachtragshaushaltsplans bereitgestellt. Um ihren Verpflichtungen nachzukommen, kann die Kommission zur Abwicklung des Schuldendienstes vorläufig auf Kassenmittel zurückgreifen. In diesem Fall findet Artikel 12 der Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1552/89 des Rates vom 29. Mai 1989 zur Durchführung des Beschlusses 88/376/EWG, Euratom über das System der Eigenmittel der Gemeinschaften (ABl. Nr. L 155 vom 7. 6. 1989, S. 1) Anwendung.

KOMMISSION

Teileinzelplan B0
(Rückzahlungen, Garantien, Reserven)

KAPITEL B0-2 1 — GARANTIE FÜR ANLEIHEN UND DARLEHEN ZUR FÖRDERUNG DER ENTWICKLUNG IN DRITTLÄNDERN
(Fortsetzung)

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B0-2 1 2	*(Fortsetzung)*						
B0-2 1 3	***Garantie der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft für Anleihen der Gemeinschaft und bereitgestellte Mittel zur Gewährleistung der Ausfuhr von Agrarerzeugnissen und Nahrungsmitteln in die Sowjetunion***						
B0-2 1 3 0	Garantie der Gemeinschaft zur Gewährleistung der Ausfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse und Nahrungsmittel in die Sowjetunion Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.		
B0-2 1 3 1	Garantie der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft für eine Anleihe der Gemeinschaft zur Gewährung einer mittelfristigen Finanzhilfe für die Sowjetunion und ihre Republiken Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.				
	Artikel B0-2 1 3	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.		

KOMMISSION

Teileinzelplan B0
(Rückzahlungen, Garantien, Reserven)

KAPITEL B0-2 1 — GARANTIE FÜR ANLEIHEN UND DARLEHEN ZUR FÖRDERUNG DER ENTWICKLUNG IN DRITTLÄNDERN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B0-2 1 2	*(Fortsetzung)* Anlage II dieses Teils des Ausgabenansatzes dieses Einzelplans enthält eine Zusammenfassung der Anleihe- und Darlehenstransaktionen einschließlich des Schuldendienstes (Kapital und Zinsen).
B0-2 1 3	
B0-2 1 3 0	*Vormals Artikel B0-2 1 3* Verordnung (EWG) Nr. 599/91 des Rates vom 5. März 1991 über eine Kreditbürgschaft für die Ausfuhr von Agrarerzeugnissen und Nahrungsmitteln der Gemeinschaft in die Sowjetunion (ABl. Nr. L 67 vom 14. 3. 1991, S. 21), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 3281/91 (ABl. Nr. L 310 vom 12. 11. 1991, S. 1). Die Verordnung (EWG) Nr. 599/91 liegt einem zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und einem von der Deutschen Bank vertretenen Bankenkonsortium am 26. November 1991 unterzeichneten Kreditbürgschaftsvertrag zugrunde, durch den der Sowjetunion Darlehen gewährt werden. In einem Übereinkommen zwischen der Gemeinschaft und der Sowjetunion von 26. November 1991 werden die Darlehensbestimmungen und die Einzelheiten für die Verwendung der Mittel festgelegt. Bei diesem Posten wird die von der Gemeinschaft bereitgestellte Garantie eingesetzt, die es der Kommission ermöglicht, bei Ausfall des Schuldners den Schuldendienst (Rückzahlung von Kapital, Zinsen und Nebenkosten) für ein Darlehen in einer Gesamthöhe von maximal 500 000 000 ECU zu übernehmen. Falls erforderlich, werden für diesen Posten Mittel durch Übertragung, durch Wiederverwendung von Rückzahlungen gemäß Artikel 27 Absatz 3 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1) oder im Wege eines Berichtigungs- und/oder Nachtragshaushaltsplans bereitgestellt. Um ihren Verpflichtungen nachzukommen, kann die Kommission zur Abwicklung des Schuldendienstes vorläufig auf Kassenmittel zurückgreifen. In diesem Fall findet Artikel 12 der Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1552/89 des Rates vom 29. Mai 1989 zur Durchführung des Beschlusses 88/376/EWG, Euratom über das System der Eigenmittel der Gemeinschaften (ABl. Nr. L 155 vom 7. 6. 1989, S. 1) Anwendung. Anlage II dieses Teils des Ausgabenansatzes dieses Einzelplans enthält eine Zusammenfassung der Anleihe- und Darlehenstransaktionen einschließlich des Schuldendienstes (Kapital und Zinsen).
B0-2 1 3 1	*Neuer Posten* Beschluß 91/658/EWG des Rates vom 16. Dezember 1991 über ein mittelfristiges Darlehen für die Sowjetunion und ihre Republiken (ABl. Nr. L 362 vom 31. 12. 1991, S. 89). Mit diesem Posten wird die von der Gemeinschaft bereitgestellte Garantie eingesetzt, die es der Kommission ermöglicht, bei Ausfall des Schuldners den Schuldendienst (Rückzahlung von Kapital, Zinsen und Nebenkosten) für ein Darlehen in einer Gesamthöhe von maximal 1 250 000 000 ECU von einer Gesamtlaufzeit von 5 Jahren zu übernehmen. Falls erforderlich, werden für diesen Posten Mittel durch Übertragung, durch Wiederverwendung von Rückzahlungen gemäß Artikel 27 Absatz 3 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1), oder im Wege eines Berichtigungs- und/oder Nachtragshaushaltsplans bereitgestellt. Um ihren Verpflichtungen nachzukommen, kann die Kommission zur Abwicklung des Schuldendienstes vorläufig auf die Kassenmittel zurückgreifen. In diesem Fall findet Artikel 12 der Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1552/89 des Rates vom 29. Mai 1989 zur Durchführung des Beschlusses 88/376/EWG, Euratom über das System der Eigenmittel der Gemeinschaften (ABl. Nr. L 155 vom 7. 6. 1989, S. 1) Anwendung.

KOMMISSION

Teileinzelplan B0
(Rückzahlungen, Garantien, Reserven)

KAPITEL B0-2 1 — GARANTIE FÜR ANLEIHEN UND DARLEHEN ZUR FÖRDERUNG DER ENTWICKLUNG IN DRITTLÄNDERN
(Fortsetzung)

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B0-2 1 4	***Garantie der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft für eine Anleihe der Gemeinschaft zur Gewährung einer mittelfristigen Finanzhilfe für die Tschechoslowakei***						
	Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.		
B0-2 1 5	***Garantie der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft für eine Anleihe der Gemeinschaft zur Gewährung einer mittelfristigen Finanzhilfe für Bulgarien***						
	Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.		
B0-2 1 6	***Garantie der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft für eine Anleihe der Gemeinschaft zur Gewährung einer mittelfristigen Finanzhilfe für Rumänien***						
	Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.		
B0-2 1 7	***Garantie der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft für eine Anleihe der Gemeinschaft zur Gewährung einer mittelfristigen Finanzhilfe für Israel***						
	Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.		

KOMMISSION

Teileinzelplan B0
(Rückzahlungen, Garantien, Reserven)

KAPITEL B0-2 1 — GARANTIE FÜR ANLEIHEN UND DARLEHEN ZUR FÖRDERUNG DER ENTWICKLUNG IN DRITTLÄNDERN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
B0-2 1 4	Beschluß 91/106/EWG des Rates vom 25. Februar 1991 über eine mittelfristige Finanzhilfe fur die Tschechische und Slowakische Föderative Republik (ABl. Nr. L 56 vom 2. 3. 1991, S. 24). Bei diesem Artikel wird die von der Gemeinschaft bereitgestellte Garantie eingesetzt, die es der Kommission ermöglicht, bei Ausfall des Schuldners den Schuldendienst (Rückzahlung von Kapital, Zinsen und Nebenkosten) für ein Darlehen in einer Gesamthöhe von maximal 375 000 000 ECU zu übernehmen. Falls erforderlich, werden für diesen Artikel Mittel durch Übertragung, durch Wiederverwendung von Rückzahlungen gemäß Artikel 27 Absatz 3 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1) oder im Wege eines Berichtigungs- und/oder Nachtragshaushaltsplans bereitgestellt. Um ihren Verpflichtungen nachzukommen, kann die Kommission zur Abwicklung des Schuldendienstes vorläufig auf Kassenmittel zurückgreifen. In diesem Fall findet Artikel 12 der Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1552/89 des Rates vom 29. Mai 1989 zur Durchführung des Beschlusses 88/376/EWG, Euratom über das System der Eigenmittel der Gemeinschaften (ABl. Nr. L 155 vom 7. 6. 1989, S. 1) Anwendung. Anlage II dieses Teils des Ausgabenansatzes dieses Einzelplans enthält eine Zusammenfassung der Anleihe- und Darlehenstransaktionen einschließlich des Schuldendienstes (Kapital und Zinsen).
B0-2 1 5	Beschluß 91/311/EWG des Rates vom 24. Juni 1991 über eine mittelfristige Finanzhilfe für Bulgarien (ABl. Nr. L 174 vom 3. 7. 1991, S. 36). Bei diesem Artikel wird die von der Gemeinschaft bereitgestellte Garantie eingesetzt, die es der Kommission ermöglicht, bei Ausfall des Schuldners den Schuldendienst (Rückzahlung von Kapital, Zinsen und Nebenkosten) für ein Darlehen in einer Gesamthöhe von maximal 290 000 000 ECU zu übernehmen. Falls erforderlich, werden für diesen Artikel Mittel durch Übertragung, durch Wiederverwendung von Rückzahlungen gemäß Artikel 27 Absatz 3 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1) oder im Wege eines Berichtigungs- und/oder Nachtragshaushaltsplans bereitgestellt. Um ihren Verpflichtungen nachzukommen, kann die Kommission zur Abwicklung des Schuldendienstes vorläufig auf Kassenmittel zurückgreifen. In diesem Fall findet Artikel 12 der Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1552/89 des Rates vom 29. Mai 1989 zur Durchführung des Beschlusses 88/376/EWG, Euratom über das System der Eigenmittel der Gemeinschaften (ABl. Nr. L 155 vom 7. 6. 1989, S. 1) Anwendung. Anlage II dieses Teils des Ausgabenansatzes dieses Einzelplans enthält eine Zusammenfassung der Anleihe- und Darlehenstransaktionen einschließlich des Schuldendienstes (Kapital und Zinsen).
B0-2 1 6	Beschluß 91/384/EWG des Rates vom 22. Juli 1991 über eine mittelfristige Finanzhilfe für Rumänien (ABl. Nr. L 208 vom 30. 7. 1991, S. 64). Bei diesem Artikel wird die von der Gemeinschaft bereitgestellte Garantie eingesetzt, die es der Kommission ermöglicht, bei Ausfall des Schuldners den Schuldendienst (Rückzahlung von Kapital, Zinsen und Nebenkosten) für ein Darlehen in einer Gesamthöhe von maximal 375 000 000 ECU zu übernehmen. Falls erforderlich, werden für diesen Artikel Mittel durch Übertragung, durch Wiederverwendung von Rückzahlungen gemäß Artikel 27 Absatz 3 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1), oder im Wege eines Berichtigungs- und/oder Nachtragshaushaltsplans bereitgestellt. Um ihren Verpflichtungen nachzukommen, kann die Kommission zur Abwicklung des Schuldendienstes vorläufig auf Kassenmittel zurückgreifen. In diesem Fall findet Artikel 12 der Verordnung (EWG, Euratom), Nr. 1552/89 des Rates vom 29. Mai 1989 zur Durchführung des Beschlusses 88/376/EWG, Euratom über das System der Eigenmittel der Gemeinschaften (ABl. Nr. L 155 vom 7. 6. 1989, S. 1) Anwendung.
B0-2 1 7	Beschluß 91/408/EWG des Rates vom 22. Juli 1991 über eine Finanzhilfe für Israel und die palästinensische Bevölkerung der besetzten Gebiete (ABl. Nr. L 227 vom 15. 8. 1991, S. 33). Bei diesem Artikel wird die von der Gemeinschaft bereitgestellte Garantie eingesetzt, die es der Kommission ermöglicht, bei Ausfall des Schuldners den Schuldendienst (Rückzahlung von Kapital, Zinsen und Nebenkosten) für ein Darlehen in einer Gesamthöhe von maximal 160 000 000 ECU zu übernehmen. Falls erforderlich, werden für diesen Artikel Mittel durch Übertragung, durch Wiederverwendung von Rückzahlungen gemäß Artikel 27 Absatz 3 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1) oder im Wege eines Berichtigungs- und/oder Nachtragshaushaltsplans bereitgestellt.

KOMMISSION

Teileinzelplan B0
(Rückzahlungen, Garantien, Reserven)

KAPITEL B0-2 1 — GARANTIE FÜR ANLEIHEN UND DARLEHEN ZUR FÖRDERUNG DER ENTWICKLUNG IN DRITTLÄNDERN
(Fortsetzung)

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
B0-2 1 7	*(Fortsetzung)*						
B0-2 1 8	***Garantie der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft für eine Anleihe der Gemeinschaft zur Gewährung eines mittelfristigen Darlehens an Algerien***						
	Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.		
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	12 743 771,50	12 743 771,50
	Getrennte Mittel insgesamt						
	KAPITEL B0-2 1 INSGESAMT	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	12 743 771,50	12 743 771,50
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	12 743 771,50	12 743 771,50
	Getrennte Mittel insgesamt						
	Titel B0-2 insgesamt	**p.m.**	**p.m.**	**p.m.**	**p.m.**	**12 743 771,50**	**12 743 771,50**

KOMMISSION

Teileinzelplan B0

(Rückzahlungen, Garantien, Reserven)

KAPITEL B0-2 1 — GARANTIE FÜR ANLEIHEN UND DARLEHEN ZUR FÖRDERUNG DER ENTWICKLUNG IN DRITTLÄNDERN
(Fortsetzung)

Artikel Posten	Erläuterungen
B0-2 1 7	*(Fortsetzung)* Um ihren Verpflichtungen nachzukommen, kann die Kommission zur Abwicklung des Schuldendienstes vorläufig auf Kassenmittel zurückgreifen. In diesem Fall findet Artikel 12 der Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1552/89 des Rates vom 29. Mai 1989 zur Durchführung des Beschlusses 88/376/EWG, Euratom über das System der Eigenmittel der Gemeinschaften (ABl. Nr. L 155 vom 7. 6. 1989, S. 1) Anwendung. Anlage II dieses Teils des Ausgabenansatzes dieses Einzelplans enthält eine Zusammenfassung der Anleihe- und Darlehenstransaktionen einschließlich des Schuldendienstes (Kapital und Zinsen).
B0-2 1 8	Beschluß 91/510/EWG des Rates vom 23. September 1991 über die Gewährung eines mittelfristigen Darlehens an Algerien (ABl. Nr. L 272 vom 28. 9. 1991, S. 90). Bei diesem Artikel wird die von der Gemeinschaft bereitgestellte Garantie eingesetzt, die es der Kommission ermöglicht, bei Ausfall des Schuldners den Schuldendienst (Ruckzahlung von Kapital, Zinsen und Nebenkosten) für ein Darlehen in einer Gesamthöhe von maximal 400 000 000 ECU zu übernehmen. Falls erforderlich, werden für diesen Artikel Mittel durch Übertragung, durch Wiederverwendung von Rückzahlungen gemäß Artikel 27 Absatz E der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1), oder im Wege eines Berichtigungs- und/oder Nachtragshaushaltsplans bereitgestellt. Um ihren Verpflichtungen nachzukommen, kann die Kommission zur Abwicklung des Schuldendienstes vorläufig auf Kassenmittel zurückgreifen. In diesem Fall findet Artikel 12 der Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1552/89 des Rates vom 29. Mai 1989 zur Durchführung des Beschlusses 88/376/EWG, Euratom über das System der Eigenmittel der Gemeinschaften (ABl. Nr. L 155 vom 7. 6. 1989, S. 1) Anwendung.

KOMMISSION

Teileinzelplan B0
(Rückzahlungen, Garantien, Reserven)

TITEL B0-3

AUS DEM VORHERGEHENDEN HAUSHALTSJAHR ÜBERTRAGENES DEFIZIT

KAPITEL B0-3 0 — AUS DEM VORHERGEHENDEN HAUSHALTSJAHR ÜBERTRAGENES DEFIZIT

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
	KAPITEL B0-3 0						
B0-3 0 0	***Aus dem vorhergehenden Haushaltsjahr übertragenes Defizit*** Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	0,—	0,—
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	0,—	0,—
	Getrennte Mittel insgesamt						
	KAPITEL B0-3 0 INSGESAMT	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	0,—	0,—
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	0,—	0,—
	Getrennte Mittel insgesamt						
	Titel B0-3 insgesamt	**p.m.**	**p.m.**	**p.m.**	**p.m.**	**0,—**	**0,—**

KOMMISSION

Teileinzelplan B0
(Rückzahlungen, Garantien, Reserven)

TITEL B0-3

AUS DEM VORHERGEHENDEN HAUSHALTSJAHR ÜBERTRAGENES DEFIZIT

KAPITEL B0-30 — AUS DEM VORHERGEHENDEN HAUSHALTSJAHR ÜBERTRAGENES DEFIZIT

Artikel Posten	Erläuterungen
B0-300	Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1). Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1552/89 des Rates vom 29. Mai 1989 zur Durchführung des Beschlusses 88/376/EWG, Euratom über das System der Eigenmittel der Gemeinschaften (ABl. Nr. L 155 vom 7. 6. 1989). Gemäß Artikel 32 der Haushaltsordnung wird der Saldo jedes Haushaltsjahres — je nachdem, ob es sich um einen Überschuß oder ein Defizit handelt — auf der Einnahmen- oder Ausgabenseite des Haushaltsplans des darauffolgenden Haushaltsjahres verbucht. Die geschätzten Einnahmen- oder Ausgabenbeträge werden im Verlauf des Haushaltsverfahrens oder gegebenenfalls im Wege eines Berichtigungsschreibens gemäß Artikel 14 der Haushaltsordnung in den Haushaltsplan eingesetzt. Diese Beträge werden gemäß Artikel 15 der Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1552/89 ermittelt. Nach Vorlage der Rechnungen jedes Haushaltsjahres wird der Unterschiedsbetrag im Verhältnis zu den Schätzungen durch Inanspruchnahme des Verfahrens des Berichtigungs- oder Nachtragshaushaltsplans in den Haushaltsplan des darauffolgenden Haushaltsjahres eingesetzt. Überschüsse werden bei Artikel 3 0 0 des Einnahmenansatzes eingesetzt.

KOMMISSION
Teileinzelplan B0
(Rückzahlungen, Garantien, Reserven)

TITEL B0-4

RESERVEN UND RÜCKSTELLUNGEN

KAPITEL B0-4 0 — VORLÄUFIG EINGESETZTE MITTEL

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
	KAPITEL B0-4 0						
	Nichtgetrennte Mittel	44 200 000	44 200 000	163 844 161	163 844 161	0,—	0,—
	Getrennte Mittel	295 000 000	214 425 000	874 664 872	289 300 000	0,—	0,—
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt	44 200 000	44 200 000	163 844 161	163 844 161	0,—	0,—
	Getrennte Mittel insgesamt	295 000 000	214 425 000	874 664 872	289 300 000	0,—	0,—
	KAPITEL B0-4 0 INSGESAMT	339 200 000	258 625 000	1 038 509 033	453 144 161	0,—	0,—

KOMMISSION

Teileinzelplan B0
(Rückzahlungen, Garantien, Reserven)

TITEL B0-4

RESERVEN UND RÜCKSTELLUNGEN

KAPITEL B0-4 0 — VORLÄUFIG EINGESETZTE MITTEL

Artikel Posten	Erläuterungen			
	Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1). Die Mittel dieses Kapitels haben rein vorläufigen Charakter und können erst verwendet werden, wenn sie nach dem in der Haushaltsordnung dafür vorgesehenen Verfahren auf andere Kapitel übertragen worden sind. (Verpflichtungsermächtigungen.) Der Gesamtbetrag der Mittel ist wie folgt aufgegliedert:			
	1. Artikel	B1-1 8 4	Tafeloliven	2 000 000
	2. Artikel	B1-3 6 0	Maßnahmen zur Betrugsbekämpfung im Bereich des Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft, Abteilung Garantie	15 000 000
	3. Posten	B2-5 1 0 0	Programme zur Tilgung von Seuchen	25 000 000
	4. Artikel	B2-9 1 0	Ausgaben im Zusammenhang mit internationalen Fischereiabkommen	169 000 000 (169 000 000)
	5. Artikel	B5-3 0 2	Markenamt der Gemeinschaft	200 000
	6. Artikel	B5-3 0 6	Zuschuß für die Europäische Agentur für die Beurteilung von Arzneimitteln	2 000 000
	7. Titel	B6-6	Indirekte Aktionen (Aktionen auf Kostenteilungsbasis), konzertierte Aktionen und ergänzende Programme — Rahmenprogramm 1990-1994	11 925 000
	8. Posten	B6-8 1 0 5	Hochauflösendes Fernsehen	9 000 000 (33 000 000)
	9. Posten	B7-4 0 3 1	Viertes Finanzprotokoll mit der Türkei	10 000 000 (75 000 000)
	10. Posten	B7-4 0 3 3	Zusammenarbeit mit der Türkei	2 500 000 (3 000 000)
	11. Posten	B7-4 0 9 1	Drittes Finanzprotokoll mit Jugoslawien	12 000 000 (15 000 000)
			Nichtgetrennte Mittel insgesamt	44 200 000
			Getrennte Mittel insgesamt	214 425 000 (295 000 000)
			Insgesamt	258 625 000 (339 200 000)

KOMMISSION

Teileinzelplan B0
(Rückzahlungen, Garantien, Reserven)

KAPITEL B0-4 1 — RÜCKSTELLUNGEN FÜR UNVORHERGESEHENE AUSGABEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
	KAPITEL B0-4 1	—	—	—	—	0,—	0,—
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt	—	—	—	—	0,—	0,—
	Getrennte Mittel insgesamt						
	KAPITEL B0-4 1 INSGESAMT	—	—	—	—	0,—	0,—
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt	44 200 000	44 200 000	163 844 161	163 844 161	0,—	0,—
	Getrennte Mittel insgesamt	295 000 000	214 425 000	874 664 872	289 300 000	0,—	0,—
	Titel B0-4 insgesamt	**339 200 000**	**258 625 000**	**1 038 509 033**	**453 144 161**	**0,—**	**0,—**

KOMMISSION
Teileinzelplan B0
(Rückzahlungen, Garantien, Reserven)

KAPITEL B0-4 1 — RÜCKSTELLUNGEN FÜR UNVORHERGESEHENE AUSGABEN

Artikel Posten	Erläuterungen

KOMMISSION
Teileinzelplan B0
(Rückzahlungen, Garantien, Reserven)

TITEL B0-5

OPERATIONELLE RESERVE FÜR DIE REVISION DER FINANZIELLEN VORAUSSCHAU

KAPITEL B0-5 0 — OPERATIONELLE RESERVE FÜR DIE REVISION DER FINANZIELLEN VORAUSSCHAU

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
	KAPITEL B0-5 0						
	Getrennte Mittel	*1 660 000 000* (1)	*1 200 000 000* (1)				
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	*1 660 000 000* (1)	*1 200 000 000* (1)				
	KAPITEL B0-5 0 INSGESAMT	*1 660 000 000* (1)	*1 200 000 000* (1)				

(1) Diese Beträge sind nicht in dem Gesamtbetrag der eingesetzten Mittel enthalten; sie werden erst nach der Revision der Finanziellen Vorausschau wirksam.

KOMMISSION
Teileinzelplan B0
(Rückzahlungen, Garantien, Reserven)

TITEL B0-5

OPERATIONELLE RESERVE FÜR DIE REVISION DER FINANZIELLEN VORAUSSCHAU

KAPITEL B0-5 0 — OPERATIONELLE RESERVE FÜR DIE REVISION DER FINANZIELLEN VORAUSSCHAU

Artikel Posten	Erläuterungen

Neues Kapitel

Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1).

Vorschlag der Kommission vom 22. September 1991 über eine neue Revision der Finanziellen Vorausschau (KOM(91) ...).

Reserve der Mittel, die vorbehaltlich einer Revision der Finanziellen Vorausschau im Anhang zu der Interinstitutionellen Vereinbarung von 1988 in den Haushaltsplan eingesetzt werden.

Sie umfaßt die Mittel, die das Europäische Parlament im Anschluß an den Vorschlag der Kommission für eine neue Revision der Finanziellen Vorausschau für erforderlich hält:

Teil	A	Verwaltungsmittel	100 000 000
Titel	B2-1	Strukturfonds	300 000 000
Artikel	B7-5 0 0	Humanitäre Hilfe	300 000 000
Posten	B7-5 0 4 1	Maßnahmen zugunsten tropischer Wälder	100 000 000
Titel	B7-6	Zusammenarbeit mit den Ländern Mittel- und Osteuropas und der Sowjetunion	860 000 000
		Insgesamt	1 660 000 000

Die Mittel werden erst nach entsprechender Revision der Finanziellen Vorausschau wirksam.

Die Haushaltsbehörde wird die Übertragung auf die operationellen Mittel erst nach einer entsprechenden Revision genehmigen. Diese Übertragung umfaßt außerdem die Genehmigung, die Mittel des Postens 1 4 0 2 der Einnahmen abzurufen.

KOMMISSION

Teileinzelplan B0

(Rückzahlungen, Garantien, Reserven)

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992		Mittel 1991		Ausgaben 1990	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt						
	Getrennte Mittel insgesamt	*1 660 000 000* (1)	*1 200 000 000* (1)				
	Titel B0-5 insgesamt	***1 660 000 000*** (1)	***1 200 000 000*** (1)				
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt	936 137 665	936 137 665	1 450 858 507	1 450 858 507	2 449 881 667,77	2 393 727 938,51
	Getrennte Mittel insgesamt	295 000 000	214 425 000	874 664 872	289 300 000	0,—	0,—
	Teileinzelplan B0 insgesamt	**1 231 137 665** ***1 660 000 000*** (1)	**1 150 562 665** ***1 200 000 000*** (1)	**2 325 523 379**	**1 740 158 507**	**2 449 881 667,77**	**2 393 727 938,51**
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt	38 173 183 665	38 173 183 665	35 759 572 507	35 759 572 507	28 341 325 710,07	28 285 171 980,81
	Getrennte Mittel insgesamt	25 017 329 000	21 727 042 021	20 919 716 000	17 635 594 000	15 205 833 568,26	12 896 970 494,16
	Teil B insgesamt	**63 190 512 665** ***1 660 000 000*** (1)	**59 900 225 686** ***1 200 000 000*** (1)	**56 679 288 507**	**53 395 166 507**	**43 547 159 278,33**	**41 182 142 474,97**
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt	1 872 707 101	1 872 707 101	1 719 450 213	1 719 450 213	1 509 966 455,50	1 509 966 455,50
	Getrennte Mittel insgesamt						
	Teil A insgesamt	**1 872 707 101**	**1 872 707 101**	**1 719 450 213**	**1 719 450 213**	**1 509 966 455,50**	**1 509 966 455,50**
	Nichtgetrennte Mittel insgesamt	40 045 890 766	40 045 890 766	37 479 022 720	37 479 022 720	29 851 292 165,57	29 795 138 436,31
	Getrennte Mittel insgesamt	25 017 329 000	21 727 042 021	20 919 716 000	17 635 594 000	15 205 833 568,26	12 896 970 494,16
	GESAMTBETRAG	**65 063 219 766** ***1 660 000 000*** (1)	**61 772 932 787** ***1 200 000 000*** (1)	**58 398 738 720**	**55 114 616 720**	**45 057 125 733,83**	**42 692 108 930,47**

(1) Diese Beträge sind nicht in dem Gesamtbetrag der eingesetzten Mittel enthalten; sie werden erst nach der Revision der Finanziellen Vorausschau wirksam.

KOMMISSION

Teileinzelplan B0

(Rückzahlungen, Garantien, Reserven)

Artikel Posten	Erläuterungen

KOMMISSION

ÜBERSICHT

über die Haushaltslinien, bei denen zwischen Verpflichtungsermächtigungen und Zahlungsermächtigungen unterschieden wird (einschließlich der in Kapitel B0-4 0 eingesetzten Mittel)

Teileinzelplan Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	Verpflichtungsermächtigungen	Zahlungsermächtigungen
B2	**STRUKTURMASSNAHMEN UND FISCHEREI**		
B2-1	**STRUKTURFONDS**		
B2-1 0 0	***Spezifische Strukturmaßnahmen in unmittelbarem Zusammenhang mit der Marktpolitik und verjährte Maßnahmen***	69 000 000	104 000 000
B2-1 0 1 0	Ziel Nr. 1	1 366 513 000	1 144 640 000
B2-1 0 1 1	Ziel Nr. 5 b)	417 000 000	326 000 000
B2-1 0 1 2	Ziel Nr. 5 a)	779 000 000	848 000 000
B2-1 1 0 0	Ziel Nr. 1	39 065 000	20 028 000
B2-1 1 0 1	Ziel Nr. 5 a)	30 000 000	15 000 000
B2-1 2 0 0	Ziel Nr. 1	5 453 038 000	5 418 031 000
B2-1 2 0 1	Ziel Nr. 2	1 072 806 000	1 016 723 000
B2-1 2 0 2	Ziel Nr. 5 b)	396 000 000	288 000 000
B2-1 3 0 0	Ziel Nr. 1	2 409 669 000	2 504 401 000
B2-1 3 0 1	Ziel Nr. 2	382 194 000	381 777 000
B2-1 3 0 2	Ziele Nrn. 3 und 4	1 733 000 000	1 514 000 000
B2-1 3 0 3	Ziel Nr. 5 b)	165 000 000	105 000 000
B2-1 4 0	***Gemeinschaftsinitiativen — Europäischer Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft, Abteilung Ausrichtung — Bereich Landwirtschaft***	192 000 000	221 000 000
B2-1 5 0	***Gemeinschaftsinitiativen — Europäischer Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft, Abteilung Ausrichtung — Bereich Fischerei***	p.m.	p.m.
B2-1 6 0	***Gemeinschaftsinitiativen — Europäischer Fonds für regionale Entwicklung***	1 216 000 000	856 000 000
B2-1 7 0	***Gemeinschaftsinitiativen — Europäischer Sozialfonds***	472 000 000	312 000 000
B2-1 8 0 1	Bereich Landwirtschaft	63 000 000	61 000 000
B2-1 8 0 2	Bereich Fischerei	p.m.	p.m.
B2-1 8 1	***Europäischer Fonds für regionale Entwicklung***	190 000 000	124 000 000
B2-1 8 2	***Europäischer Sozialfonds***	94 000 000	55 000 000
B2-1 9 0	***Strukturmaßnahmen gemäß Verordnung (EWG) Nr. 3575/90***	1 046 000 000	725 000 000
B2-2	**SONSTIGE STRUKTURMASSNAHMEN**		
B2-2 0 0	***Sonderprogramm zur industriellen Entwicklung in Portugal (PEDIP) — Zusätzliche Mittel***	127 700 000	121 600 000
B2-2 1 0	***Vorbereitung und Durchführung der gemeinschaftlichen Förderkonzepte und technische Hilfe***	5 600 000	3 500 000
B2-2 1 1	***Bewertung der Aktionen mit struktureller Zweckbestimmung***	940 000	940 000
B2-3	**INTEGRIERTE MITTELMEERPROGRAMME**		
B2-3 0 0	***Integrierte Mittelmeerprogramme — Vorbereitung***	—	p.m.
B2-3 0 1	***Integrierte Mittelmeerprogramme — Zusatzbeitrag***	465 000 000	300 000 000
B2-3 0 2	***Integrierte Mittelmeerprogramme — Technische Hilfe***	620 000	1 120 000

KOMMISSION

ÜBERSICHT

über die Haushaltslinien, bei denen zwischen Verpflichtungsermächtigungen und Zahlungsermächtigungen unterschieden wird (einschließlich der in Kapitel B0-4 0 eingesetzten Mittel) *(Fortsetzung)*

Teil-einzelplan Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	Verpflichtungs-ermächtigungen	Zahlungs-ermächtigungen
B2-5	**SONSTIGE AGRARMASSNAHMEN**		
B2-5 1 0 1	Sonstige Maßnahmen	19 000 000	20 000 000
B2-5 1 1 1	Sonstige Kontrollen in der Landwirtschaft	4 000 000	3 800 000
B2-5 1 2	***Informationsnetz landwirtschaftlicher Buchführungen in der Gemeinschaft***	7 200 000	6 500 000
B2-5 1 3	***Neuordnung des Systems landwirtschaftlicher Erhebungen***	5 100 000	5 800 000
B2-5 1 4	***Ausbildung und Information***	3 000 000	3 000 000
B2-5 1 5	***Wälder***	15 413 000	23 920 000
B2-5 1 8	***Beitrag der Gemeinschaft zur Weltviehausstellung 1992 in Salamanca***	p.m.	p.m.
B2-6	**SONSTIGE REGIONALE MASSNAHMEN**		
B2-6 0 0	***Förderung von Aktionen zur interregionalen Zusammenarbeit***	6 000 000	5 700 000
B2-6 0 1	***Unternehmens- und Innovationszentren***	7 514 000	6 300 000
B2-6 0 2 3	Vorbereitende Untersuchungen in Verbindung mit der Unterstützung der Projekte zur Erhaltung der europäischen Städte durch die Gemeinschaft	1 500 000	1 500 000
B2-6 0 2 5	Finanzielle Auswirkungen der „Mid-Term Review"	p.m.	p.m.
B2-6 1 0	***PERIFRA (Randregionen und Tätigkeiten in sensiblen Bereichen)***	50 000 000	45 000 000
B2-7	**VERKEHR UND FREMDENVERKEHR**		
B2-7 0 0	***Finanzielle Unterstützung von Verkehrsinfrastrukturvorhaben in der Gemeinschaft***	140 682 000	110 000 000
B2-7 0 1	***Finanzielle Unterstützung von Verkehrsinfrastrukturvorhaben zur Erleichterung des Transits durch Drittländer***	p.m.	p.m.
B2-9	**GEMEINSAME FISCHEREI- UND SEEPOLITIK**		
B2-9 1 0	***Ausgaben im Zusammenhang mit internationalen Fischereiabkommen***	270 000 000	270 000 000
B2-9 2 1	***Finanzielle Beteiligung an den Kontroll- und Überwachungsmaßnahmen in den Meeresgewässern bestimmter Mitgliedstaaten***	22 000 000	15 000 000
B2-9 3 0 0	Neurorientierung der Fischereitätigkeit	32 000 000	16 000 000
B2-9 3 0 1	Anpassung und Modernisierung	224 000 000	111 000 000
B2-9 3 0 2	Umstrukturierung der Kleinfischereiindustrie	8 000 000	3 200 000
B2-9 3 0 3	Sondermaßnahmen für den Mittelmeerraum	5 000 000	2 100 000
B2-9 3 1	***Maßnahmen zur Modernisierung und Umstrukturierung***	—	15 000 000
B2-9 3 2	***Umstrukturierung der Sardinenverarbeitungsindustrie***	—	2 000 000
B2-9 3 3	***Erzeugergemeinschaften im Fischereisektor***	600 000	600 000
B2-9 3 5	***Spezifische Vorhaben zum Schutz der Meeresbiologie***	500 000	500 000
B3	**ALLGEMEINE UND BERUFLICHE BILDUNG, JUGENDPOLITIK, KULTUR, INFORMATION UND SONSTIGE SOZIALMASSNAHMEN**		

KOMMISSION

ÜBERSICHT

über die Haushaltslinien, bei denen zwischen Verpflichtungsermächtigungen und Zahlungsermächtigungen unterschieden wird (einschließlich der in Kapitel B0-4 0 eingesetzten Mittel) *(Fortsetzung)*

Teil-einzelplan Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	Verpflichtungs-ermächtigungen	Zahlungs-ermächtigungen
B3-1	**ALLGEMEINE UND BERUFLICHE BILDUNG UND JUGENDPOLITIK**		
B3-1 0 2 2	EUROTECNET (Innovation auf dem Gebiet der Berufsbildung aufgrund des technologischen Wandels)	2 851 000	2 851 000
B3-1 0 3	***COMETT (Zusammenarbeit zwischen Hochschule und Wirtschaft hinsichtlich der Ausbildung im Rahmen der neuen Technologien)***	52 560 000	51 560 000
B3-3	**INFORMATION UND KOMMUNIKATION**		
B3-3 0 0 0	MEDIA (Maßnahmen zur Förderung der audiovisuellen Produktionsindustrie)	48 262 000	32 000 000
B3-4	**SONSTIGE SOZIALMASSNAHMEN**		
B3-4 1 0 2	HELIOS (Gemeinschaftsaktionen zugunsten der Behinderten)	8 000 000	8 000 000
B3-4 1 0 3	Maßnahmen zur Bekämpfung der Armut	16 500 000	14 420 000
B3-4 1 1 0	Maßnahmen zugunsten der Wanderarbeitnehmer, einschließlich nichteuropäischer Zuwanderer	5 428 000	4 128 000
B3-4 1 1 1	Maßnahmen der Verwaltungskommission für die soziale Sicherheit der Wanderarbeitnehmer	1 913 000	1 839 000
B3-4 1 2	***Außerordentliche Finanzhilfe für Griechenland im sozialen Bereich***	2 811 000	25 000 000
B3-4 1 3	***Wohungs- und Unterbringungsprogramm***	p.m.	p.m.
B3-4 3 0 0	Maßnahmen zur Krebsverhütung	11 500 000	14 000 000
B4	**ENERGIE, EURATOM-SICHERHEITSÜBERWACHUNG UND UMWELT**		
B4-1	**ENERGIE**		
B4-1 0 0 0	THERMIE (Förderung der europäischen Energietechnologien)	161 460 000	70 515 000
B4-1 0 0 1	Finanzielle Unterstützung der technologischen Entwicklung im Bereich der Kohlenwasserstoffe	p.m.	17 000 000
B4-1 0 0 2	Finanzielle Unterstützung zur Förderung von Demonstrationsvorhaben und industriellen Pilotvorhaben	p.m.	40 000 000
B4-1 0 3 0	ALTENER (neue und erneuerbare Energiequellen)	1 200 000	1 300 000
B4-1 0 3 1	SAVE (Förderung rationeller Energienutzung)	5 000 000	2 200 000
B4-1 0 4 0	Erstellung von Programmen auf dem Energiesektor	3 362 000	2 282 000
B4-1 0 4 1	Technologieaustausch und -transfer mit Drittländern im Energiebereich	8 043 000	5 423 000
B4-1 0 5 1	Studien — Pilotvorhaben im Bereich der sauberen Energien	p.m.	p.m.
B4-1 0 7 1	Energie-Charta — Garantien für Darlehen und Investitionen	p.m.	p.m.
B4-2	**EURATOM-SICHERHEITSÜBERWACHUNG**		
B4-2 0 2 1	Ausgaben für Großanlagen zur Verarbeitung und Handhabung von Plutonium	4 416 000	1 266 000

KOMMISSION

ÜBERSICHT

über die Haushaltslinien, bei denen zwischen Verpflichtungsermächtigungen und Zahlungsermächtigungen unterschieden wird (einschließlich der in Kapitel B0-4 0 eingesetzten Mittel) *(Fortsetzung)*

Teil-einzelplan Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	Verpflichtungs-ermächtigungen	Zahlungs-ermächtigungen
B4-3	**UMWELT**		
B4-3 0 0	***ACE (Gemeinschaftliche Umweltaktionen)***	p.m.	3 600 000
B4-3 0 1	***GANAT (Gemeinschaftliche Aktionen zum Naturschutz)***	p.m.	5 800 000
B4-3 0 2	***MEDSPA (Gemeinschaftsmaßnahmen zum Schutz der Umwelt im Mittelmeerraum)***	p.m.	8 450 000
B4-3 0 3	***NORSPA (Gemeinschaftsaktion zum Schutz der Umwelt in den Küstenregionen und Küstengewässern der Irischen See, der Nordsee, des Ärmelkanals, der Ostsee und des Nordost-Atlantiks)***	p.m.	3 554 000
B4-3 0 4	***Umwelt-Rechtsvorschriften***	21 500 000	16 000 000
B4-3 1 0 2	CORINE (Koordination von Informationen über die Umwelt)	—	1 350 000
B4-3 2 0	***LIFE — Europäisches Umweltfinanzinstrument***	72 500 000	22 700 000
B5	**VERBRAUCHERSCHUTZ, BINNENMARKT, INDUSTRIE UND TECHNOLOGISCHE INNOVATION**		
B5-1	**VERBRAUCHERSCHUTZ**		
B5-1 0 6	***EHLASS (Aktionen zur Überwachung der Sicherheit von Konsumgütern)***	1 000 000	1 365 000
B5-1 0 7	***Sicherheit von Kindern***	1 000 000	1 000 000
B5-1 0 9	***Kampagne „Info 1992"***	3 000 000	3 000 000
B5-3	**BINNENMARKT**		
B5-3 0 0	***Aktionen zur Vollendung des Binnenmarktes***	40 837 000	23 633 000
B5-3 0 3 0	Aktionen zur Entwicklung eines einheitlichen Marktes für Finanzdienste und des Rechts der europäischen Gesellschaften	500 000	400 000
B5-3 0 3 1	Zahlungsmittel im Binnenmarkt	1 050 000	550 000
B5-3 1 0	***Förderung der Exporte der Gemeinschaft nach Japan***	7 935 000	7 150 000
B5-3 2 0	***Schaffung von Anreizen für Unternehmen (kleine und mittlere Unternehmen)***	25 000 000	20 000 000
B5-3 2 1	***Aktionen auf dem Gebiet der Sozialwirtschaft***	950 000	950 000
B5-4	**INDUSTRIE**		
B5-4 0 0 1	Aktionsplan — Informations- und Kommunikationstechnologien	4 150 000	3 600 000
B5-4 0 1 0	Definition und Durchführung der gemeinschaftlichen Telekommunikationspolitik	13 773 000	13 650 000
B5-4 0 1 1	Normung und Zertifizierung — Informationstechnologien	9 000 000	9 000 000
B5-4 0 2 1	INSIS — Interinstitutionelles Informationssystem	6 050 000	5 300 000
B5-4 0 2 2	CADDIA (Datenübertragungssystem für die Bereiche Zoll, Landwirtschaft und Außenhandel)	1 300 000	2 900 000
B5-4 0 2 3	TEDIS (Elektronischer Datentransfer für kommerzielle Zwecke)	5 100 000	2 950 000
B5-4 0 3	***Abschluß früherer Aktionen***	—	600 000
B5-4 0 4 0	Beteiligung am EUREKA-Sekretariat	250 000	250 000

KOMMISSION

ÜBERSICHT

über die Haushaltslinien, bei denen zwischen Verpflichtungsermächtigungen und Zahlungsermächtigungen unterschieden wird (einschließlich der in Kapitel B0-4 0 eingesetzten Mittel) *(Fortsetzung)*

Teil-einzelplan Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	Verpflichtungs-ermächtigungen	Zahlungs-ermächtigungen
B5-4 1 1	***Maßnahmen im Bereich der gewerblichen Wirtschaft***	7 464 000	8 680 000
B5-4 1 2	***Überwachung im Bereich der Stahlindustrie***	—	—
B5-5	**INNOVATION, INFORMATIONSMARKT**		
B5-5 0 0	***IMPACT — Gemeinschaftsaktionen auf dem Gebiet der Information***	10 000 000	9 500 000
B5-5 0 1	***Verbesserung und Entwicklung mehrsprachiger Aktionen***	4 000 000	3 300 000
B5-5 0 2	***SPRINT (Gemeinschaftsaktion auf dem Gebiet der Innovation und des Technologietransfers)***	19 762 000	17 600 000
B5-5 0 3	***Verbreitung und Verwertung der Ergebnisse gemeinschaftlicher Forschungs-, Entwicklungs- und technologischer Demonstrationstätigkeiten***	2 400 000	3 300 000
B5-6	**STATISTISCHE INFORMATIONEN**		
B5-6 0 0	***Maßnahmen im Zusammenhang mit den sektorbezogenen statistischen Programmen im Rahmen der Bestimmungen der Einheitlichen Europäischen Akte***	16 000 000	14 600 000
B5-6 0 1	***Maßnahmen im Zusammenhang mit den sektorbezogenen statistischen Programmen: Flankierende Maßnahmen zur Politik der Gemeinschaft***	13 800 000	11 800 000
B5-6 0 2	***Maßnahmen im Zusammenhang mit den sektorbezogenen statistischen Programmen betreffend das Funktionieren der Gemeinschaft***	4 200 000	4 200 000
B5-6 0 3	***Maßnahmen im Zusammenhang mit den sektorbezogenen statistischen Programmen betreffend das Funktionieren der Gemeinschaftsorgane***	2 368 000	1 000 000
B6	**FORSCHUNG UND TECHNOLOGISCHE ENTWICKLUNG**		
B6-1	**GEMEINSAME FORSCHUNGSSTELLE — PERSONAL UND DURCHFÜHRUNGSMITTEL**		
B6-1 1 1	***Ausgaben für die mit der Institution verbundenen Personen***	155 856 000	155 856 000
B6-1 2 1	***Administrative und technische Infrastruktur***	26 370 200	25 005 000
B6-1 2 2	***Wissenschaftliche Unterstützungsmaßnahmen***	21 726 800	21 599 551
B6-1 2 3	***Großanlagen***	p.m.	p.m.
B6-3	**GEMEINSAME FORSCHUNGSSTELLE — DIREKTE OPERATIONELLE MITTEL RAHMENPROGRAMM 1990-1994**		
B6-3 1 2 1	Industrie- und Werkstofftechnologien	3 560 000	1 068 000
B6-3 1 2 2	Messungen und Prüfungen	4 029 000	1 209 000
B6-3 2 1 1	Umwelt	9 134 000	2 740 000
B6-3 2 3 2	Sicherheit der Kernspaltung	12 806 000	3 842 000
B6-3 2 3 3	Kontrollierte thermonukleare Fusion	1 401 000	421 000
B6-3 3 1	***Humankapital und Mobilität***	5 598 000	5 598 000
B6-3 5 1	***Exploratorische Forschung***	841 000	253 000

KOMMISSION

ÜBERSICHT

über die Haushaltslinien, bei denen zwischen Verpflichtungsermächtigungen und Zahlungsermächtigungen unterschieden wird (einschließlich der in Kapitel B0-4 0 eingesetzten Mittel) *(Fortsetzung)*

Teil-einzelplan Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	Verpflichtungs-ermächtigungen	Zahlungs-ermächtigungen
B6-4	**GEMEINSAME FORSCHUNGSSTELLE — DIREKTE OPERATIONELLE MITTEL — FLANKIERENDE UND UNTERSTÜTZENDE MASSNAHMEN FÜR DIE RAHMENPROGRAMME 1987-1991 UND 1990-1994**		
B6-4 1 2	***Abschluß der gemeinsamen Programme 1980-1983 und 1984-1987***	p.m.	300 000
B6-4 1 3	***Abschluß des gemeinsamen Programms 1988-1991***	p.m.	15 645 000
B6-4 2 1	***Unterstützung der Kommissionsdienststellen***	20 000 000	18 000 000
B6-4 3 1	***Arbeiten für Dritte — Direkte operationelle Mittel***	p.m.	p.m.
B6-4 3 2	***Arbeiten für Dritte — Vorschußfonds***	p.m.	1 016 000
B6-4 4 1	***Hochflußreaktor — Zusatzprogramm 1992-1994***	p.m.	p.m.
B6-4 4 2	***Hochflußreaktor — Abschluß der früheren Zusatzprogramme***	p.m.	p.m.
B6-5	**INDIREKTE AKTIONEN (AKTIONEN AUF KOSTENTEILUNGSBASIS) UND KONZERTIERTE AKTIONEN — RAHMENPROGRAMM 1987-1991**		
B6-5 1 1 1	Medizinische Forschung	p.m.	6 700 000
B6-5 1 1 2	Analyse des menschlichen Genoms	600 000	6 100 000
B6-5 1 2 1	Strahlenschutz	p.m.	3 900 000
B6-5 1 3 1	STEP (Themen zum Umweltschutz, kulturellen Erbe, technologische Risiken und Brandsicherung) und EPOCH (Klimatologie der natürlichen Risiken)	5 100 000	35 000 000
B6-5 2 1 1	ESPRIT (Informationstechnologien)	57 200 000	313 000 000
B6-5 2 2 1	RACE (Fortgeschrittene Kommunikationstechnologien für Europa)	17 100 000	75 100 000
B6-5 2 3 1	DELTA (Lerntechnologie)	p.m.	120 419
B6-5 2 3 2	DRIVE (Straßenverkehrsinformatik und -telekommunikation)	p.m.	7 800 000
B6-5 2 3 3	AIM (Fortgeschrittene Informationsverarbeitung in der Medizin)	p.m.	1 118 051
B6-5 2 3 4	EURET (Technologische Entwicklung im Verkehrswesen)	15 800 000	12 000 000
B6-5 3 1 1	BRITE (Technologische Grundlagenforschung und der Anwendung neuer Technologien)	p.m.	12 400 000
B6-5 3 1 2	BRITE / EURAM (Industrielle Fertigungstechnologien und Verwendung fortgeschrittener Werkstoffe)	34 600 000	114 900 000
B6-5 3 2 1	Primär-, Sekundär- und erneuerbare Rohstoffe	10 000 000	22 700 000
B6-5 3 3 1	Referenzbüro der Gemeinschaft (Angewandte Metrologie und chemische Analysen)	4 000 000	12 800 000
B6-5 4 1 1	BRIDGE (Biotechnologie)	6 800 000	28 000 000
B6-5 4 2 1	ECLAIR (Biotechnologische, agroindustrielle Forschung und technologische Entwicklung)	1 600 000	17 200 000
B6-5 4 2 2	FLAIR (Lebensmittelwissenschaft und -technologie)	1 100 000	6 400 000
B6-5 4 3 1	Koordination der Agrarforschung	1 300 000	17 100 000
B6-5 5 1 1	Kernspaltung — Bewirtschaftung und Lagerung radioaktiver Abfälle	11 000 000	21 200 000
B6-5 5 1 2	Kernspaltung — Stillegung von kerntechnischer Anlagen	800 000	5 400 000
B6-5 5 1 3	TELEMAN (Fernsteuerung im Katastrophenschutz und in unbekanntem Umfeld)	9 000 000	5 400 000
B6-5 5 2 1	Kontrollierte *thermonu*kleare Fusion — Hauptprogramm	24 400 000	61 602 483

KOMMISSION

ÜBERSICHT

über die Haushaltslinien, bei denen zwischen Verpflichtungsermächtigungen und Zahlungsermächtigungen unterschieden wird (einschließlich der in Kapitel B0-4 0 eingesetzten Mittel) *(Fortsetzung)*

Teileinzelplan Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	Verpflichtungsermächtigungen	Zahlungsermächtigungen
B6-5 5 2 2	Kontrollierte thermonukleare Fusion — Beteiligung an dem gemeinsamen Unternehmen JET	3 000 000	3 000 000
B6-5 5 3 1	JOULE (Nichtnukleare Energien und rationelle Energienutzung)	1 100 000	31 200 000
B6-5 6 1 1	Wissenschaft und Technik im Dienste der Entwicklung	p.m.	9 800 000
B6-5 7 1 1	MAST (Meereswissenschaft und -technologie)	2 200 000	9 100 000
B6-5 7 2 1	Forschungsprogramme im Fischereisektor	1 200 000	9 400 000
B6-5 8 1 1	SCIENCE (Stimulierung der internationalen Zusammenarbeit und des Austausches für europäische Forscher)	13 500 000	35 400 000
B6-5 8 1 2	SPES (Plan zur Stimulierung der Wirtschaftswissenschaften)	1 000 000	2 200 000
B6-5 8 2 1	Zuschüsse zu Großgeräten	7 100 000	7 900 000
B6-5 8 3 1	MONITOR (SAST, FAST und SPEAR) (Strategische Analyse, Vorausschau und Bewertung im Bereich von Forschung und Technologie)	3 300 000	5 100 000
B6-5 8 3 2	DOSES (Entwicklung von Expertensystemen für statistische Zwecke)	500 000	997 517
B6-5 8 4 1	VALUE (Verbreitung und Nutzung der Ergebnisse der wissenschaftlichen und technischen Forschung)	8 600 000	9 300 000
B6-5 8 4 2	EUROTRA (Maschinelles Übersetzungssystem modernster Konzeption)	1 000 000	3 920 000
B6-6	**INDIREKTE AKTIONEN (AKTIONEN AUF KOSTENTEILUNGSBASIS), KONZERTIERTE AKTIONEN UND ERGÄNZENDE PROGRAMME — RAHMENPROGRAMM 1990-1994**		
B6-6 1 1 1	Informationstechnologie	384 402 000	134 925 000
B6-6 1 1 2	Kommunikationstechnologien	154 302 000	50 700 000
B6-6 1 1 3	Allgemein relevante Telematiksysteme	178 584 000	49 775 000
B6-6 1 2 1	Industrielle und Werkstofftechnologien	264 375 000	93 975 000
B6-6 1 2 2	Messungen und Versuche	17 026 000	5 290 000
B6-6 2 1 1	Umwelt	124 627 000	37 113 000
B6-6 2 1 2	Meereswissenschaften und -technologien	34 686 000	9 600 000
B6-6 2 2 1	Biotechnologie	53 851 000	15 325 000
B6-6 2 2 2	Landwirtschaft und Agrarindustrie sowie Fischerei	90 483 000	38 712 000
B6-6 2 2 3	Biomedizin und Gesundheitswesen	36 626 000	10 800 000
B6-6 2 2 4	Biowissenschaften und -technologien für die Entwicklungsländer	47 871 000	15 050 000
B6-6 2 3 1	Nichtnukleare Energie	117 721 000	34 125 000
B6-6 2 3 2	Sicherheit der Kernspaltung	24 195 000	5 470 000
B6-6 2 3 3	Kontrollierte thermonukleare Fusion	141 238 000	44 925 000
B6-6 3 1 1	Mensch und Mobilität	180 679 000	51 600 000
B6-7	**AKTIONEN ZUR VERBREITUNG UND VERWERTUNG DER ERGEBNISSE — RAHMENPROGRAMM 1990-1994**		
B6-7 1 1	***Verbreitung und Verwertung der Ergebnisse***	30 000 000	8 425 000

KOMMISSION

ÜBERSICHT

über die Haushaltslinien, bei denen zwischen Verpflichtungsermächtigungen und Zahlungsermächtigungen unterschieden wird (einschließlich der in Kapitel B0-4 0 eingesetzten Mittel) *(Fortsetzung)*

Teil-einzelplan Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	Verpflichtungs-ermächtigungen	Zahlungs-ermächtigungen
B6-8	**TÄTIGKEITEN ZUR FLANKIERUNG UND UNTERSTÜTZUNG DER RAHMENPROGRAMME 1987-1991 UND 1990-1994**		
B6-8 0 0 0	Vorbereitung der neuen Programme und Koordinierung der Politik der Mitgliedstaaten	5 012 000	3 900 000
B6-8 0 0 3	Bereitstellung von Forschungspersonal für Dritte (Artikel 6 Buchstabe c) des Vertrages zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft)	400 000	400 000
B6-8 0 0 4	Einnahmen von Dritten	p.m.	p.m.
B6-8 1 0 0	Raumfahrt und Agrarstatistiken	6 600 000	5 900 000
B6-8 1 0 1	Beteiligung der Gemeinschaft am Projekt „SPOT IV-VEGETATION"	3 000 000	1 000 000
B6-8 1 0 2	Hydro-Wasserstoff	8 000 000	4 000 000
B6-8 1 0 3	Technische Probleme der nuklearen Sicherheit (codes und Normen) sowie kerntechnische Untersuchungen	3 500 000	3 000 000
B6-8 1 0 4	Maßnahme im Zusammenhang mit der Sicherheit von Datenverarbeitungssystemen	4 000 000	4 000 000
B6-8 1 0 5	Hochauflösendes Fernsehen	64 000 000	34 000 000
B6-8 1 0 6	Technologische Entwicklung zur gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Eingliederung von Behinderten und alten Menschen	10 000 000	7 000 000
B6-8 1 0 7	Abschluß früherer Programme auf Kostenteilungsbasis	p.m.	5 000 000
B6-8 1 0 8	Umwelterziehung	1 000 000	1 000 000
B6-8 1 0 9	Europäische regionale Produktionsinitiative	1 600 000	1 200 000
B6-8 2 0 0	Internationale Zusammenarbeit und COST	50 000 000	44 000 000
B6-8 2 0 1	Zusammenarbeit mit der Sowjetunion im Bereich der nuklearen Sicherheit	7 000 000	5 200 000
B6-8 2 0 2	Programme COPERNICUS, EAST und GREEN	40 000 000	10 000 000
B6-8 2 0 3	Unterstützung der Teilnahme von Ländern in Mittel- und Osteuropa an den spezifischen Programmen des dritten Rahmenprogramms	10 000 000	10 000 000
B6-8 2 0 4	EUREKA und andere Vorhaben (Beteiligung der Europäischen Gemeinschaft an wissenschaftlichen und technologischen Vorhaben von Gemeinschaftsinteresse)	p.m.	p.m.
B6-8 2 0 5	LIFE 2000 — weltweites Forschungsprogramm im Bereich der gesundheits-, umwelt- und energiepolitischen Erfordernisse im 21. Jahrhundert	p.m.	p.m.
B6-8 3 1	***Saubere Produktionstechnologie***	8 000 000	3 000 000
B6-8 3 2	***Kraftfahrzeugtechnologie***	10 000 000	4 000 000
B6-8 3 3	***Saubere Kohle-Technologie***	12 000 000	6 000 000
B6-8 3 4	***Technologie der Abfallentsorgung***	4 000 000	1 000 000
B6-8 3 5	***Systeme mit optischen Fasern***	5 000 000	3 000 000
B6-8 3 6	***Fortgeschrittene Luftfahrttechnologie***	7 000 000	4 000 000
B6-8 3 7	***Koordinierung der nationalen Gesundheitsforschung***	3 000 000	1 000 000
B7	**ZUSAMMENARBEIT MIT ENTWICKLUNGSLÄNDERN UND ANDEREN DRITTLÄNDERN**		
B7-1	**EUROPÄISCHER ENTWICKLUNGSFONDS**		
B7-1 0 0	***Zuschüsse***	p.m.	p.m.

KOMMISSION

ÜBERSICHT

über die Haushaltslinien, bei denen zwischen Verpflichtungsermächtigungen und Zahlungsermächtigungen unterschieden wird (einschließlich der in Kapitel B0-4 0 eingesetzten Mittel) *(Fortsetzung)*

Teil-einzelplan Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	Verpflichtungs-ermächtigungen	Zahlungs-ermächtigungen
B7-1 0 1	***Sonderdarlehen***	p.m.	p.m.
B7-1 0 2	***Risikokapital***	p.m.	p.m.
B7-1 0 3	***Transfers zur Stabilisierung der Ausfuhrerlöse***	p.m.	p.m.
B7-1 1 0	***Zuschüsse***	p.m.	p.m.
B7-1 1 1	***Sonderdarlehen***	p.m.	p.m.
B7-1 1 2	***Risikokapital***	p.m.	p.m.
B7-1 1 3	***Transfers zur Stabilisierung der Ausfuhrerlöse***	p.m.	p.m.
B7-2	**NAHRUNGSMITTELHILFE**		
B7-2 0 0 0	Nahrungsmittelhilfe — Getreide und Reis	88 200 000	89 900 000
B7-2 0 0 5	Zusätzliche Nahrungsmittelhilfe in Form von Getreide	43 350 000	65 000 000
B7-2 0 1 0	Nahrungsmittelhilfe — Milchpulver und andere gleichwertige Erzeugnisse	58 600 000	83 500 000
B7-2 0 1 5	Nahrungsmittelhilfe — Butteroil	10 600 000	19 300 000
B7-2 0 2	***Nahrungsmittelhilfe in Form von Zucker***	2 800 000	4 700 000
B7-2 0 3	***Nahrungsmittelhilfe in Form von pflanzlichen Ölen/Olivenöl***	41 000 000	45 000 000
B7-2 0 4	***Nahrungsmittelhilfe in Form anderer Nahrungsmittel***	48 000 000	57 800 000
B7-2 0 5	***Transportkosten im Rahmen der Nahrungsmittelhilfe***	214 000 000	175 500 000
B7-2 0 7 0	Außerordentliche Reserve	p.m.	p.m.
B7-2 0 7 1	Einrichtung von Vorratsprogrammen und Frühwarnsystemen	6 000 000	6 500 000
B7-3	**ZUSAMMENARBEIT MIT ENTWICKLUNGSLÄNDERN IN ASIEN UND LATEINAMERIKA**		
B7-3 0 0 0	Finanzielle und technische Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern in Asien	275 300 000	154 000 000
B7-3 0 0 1	Förderung der Handelsbeziehungen der Entwicklungsländer in Asien	11 500 000	7 300 000
B7-3 0 0 3	Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern in Asien auf dem Energiesektor	8 000 000	3 000 000
B7-3 0 0 4	Ausbildungsmaßnahmen zugunsten von Staatsangehörigen von Entwicklungsländern in Asien	12 600 000	6 400 000
B7-3 0 0 5	Maßnahmen zur Förderung der Gemeinschaftsinvestitionen in den Entwicklungsländern in Asien im Rahmen der Abkommen über wirtschaftliche und handelspolitische Zusammenarbeit	14 800 000	8 400 000
B7-3 0 1 0	Finanzielle und technische Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern in Lateinamerika	149 700 000	97 700 000
B7-3 0 1 1	Förderung der Handelsbeziehungen der Entwicklungsländer in Lateinamerika	10 700 000	4 900 000
B7-3 0 1 3	Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern in Lateinamerika auf dem Energiesektor	5 000 000	2 600 000
B7-3 0 1 4	Ausbildungsmaßnahmen zugunsten von Staatsangehörigen von Entwicklungsländern in Lateinamerika	12 700 000	4 500 000
B7-3 0 1 5	Maßnahmen zur Förderung der Gemeinschaftsinvestitionen in den Entwicklungsländern in Lateinamerika im Rahmen der Abkommen über wirtschaftliche und handelspolitische Zusammenarbeit	13 800 000	9 400 000

KOMMISSION

ÜBERSICHT

über die Haushaltslinien, bei denen zwischen Verpflichtungsermächtigungen und Zahlungsermächtigungen unterschieden wird (einschließlich der in Kapitel B0-4 0 eingesetzten Mittel) *(Fortsetzung)*

Teil-einzelplan Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	Verpflichtungs-ermächtigungen	Zahlungs-ermächtigungen
B7-3 0 2	***Hilfe zur Selbsthilfe von Flüchtlingen und Vertriebenen***	50 000 000	50 000 000
B7-3 0 3	***System zur Stabilisierung der Ausfuhrerlöse zugunsten der am wenigsten entwickelten Länder in Asien und Lateinamerika***	9 500 000	7 000 000
B7-4	**ZUSAMMENARBEIT MIT DEN LÄNDERN DES MITTELMEERRAUMS**		
B7-4 0 0 0	Beihilfen im Hinblick auf den Beitritt Portugals und spezifische Beihilfen zur Verbesserung der Agrarstrukturen in Portugal	—	10 000 000
B7-4 0 0 1	Finanzielle Zusammenarbeit mit Griechenland	p.m.	1 500 000
B7-4 0 1	***Finanzielle Zusammenarbeit mit Malta***	2 000 000	6 000 000
B7-4 0 3 0	Drittes Finanzprotokoll mit der Türkei	230 000	2 400 000
B7-4 0 3 1	Viertes Finanzprotokoll mit der Türkei	75 000 000	10 000 000
B7-4 0 3 2	Sonderhilfe für die Türkei	p.m.	10 000 000
B7-4 0 3 3	Zusammenarbeit mit der Türkei	3 000 000	2 500 000
B7-4 0 4	***Finanzielle Zusammenarbeit mit Zypern***	7 000 000	5 000 000
B7-4 0 5 0	Erste und zweite Finanzprotokolle mit den Ländern im südlichen Mittelmeerraum	9 000 000	48 000 000
B7-4 0 5 1	Dritte und vierte Finanzprotokolle mit den Ländern im südlichen Mittelmeerraum	200 000 000	115 000 000
B7-4 0 6	***Finanzielle Unterstützung der Gebiete Westjordanien und Gaza***	12 000 000	8 800 000
B7-4 0 8 0	Maßnahmen zur Förderung der multilateralen regionalen oder subregionalen Zusammenarbeit im Mittelmeerraum	64 000 000	33 800 000
B7-4 0 8 5	Maßnahmen zur Förderung der Investitionen und des Zustroms von neuem Kapital in Mittelmeerstaaten, die nicht der Gemeinschaft angehören	10 800 000	5 600 000
B7-4 0 9 1	Drittes Finanzprotokoll mit Jugoslawien	15 000 000	12 000 000
B7-5	**SONSTIGE MASSNAHMEN DER ZUSAMMENARBEIT**		
B7-5 0 0 9	Sonderprogramm zur Bekämpfung des Hungers in der Welt	—	2 300 000
B7-5 0 1 0	Beteiligung der Gemeinschaft an Maßnahmen von Nichtregierungsorganisationen (NRO) zugunsten der Entwicklungsländer	110 000 000	95 000 000
B7-5 0 1 1	Kofinanzierungsverfahren bei Nahrungsmittel- oder Saatgutkäufen von internationalen Organisationen und Nichtregierungsorganisationen	5 000 000	7 600 000
B7-5 0 2 0	Maßnahmen im Rahmen der Abkommen über die wirtschaftliche und handelspolitische Zusammenarbeit mit Drittländern	8 000 000	5 000 000
B7-5 0 3 5	Programm AVICENNA (Wissenschaftliche und technologische Zusammenarbeit mit den Maghreb-Ländern und sonstigen Ländern des Mittelmeeraums)	5 000 000	2 800 000
B7-5 0 4 0	Umweltschutz in den Entwicklungsländern	9 000 000	11 200 000
B7-5 0 4 1	Maßnahmen zugunsten tropischer Wälder	2 000 000	1 500 000
B7-5 0 4 6	Aids-Bekämpfung in den Entwicklungsländern	5 200 000	5 900 000
B7-5 0 5 0	Unterstützung der Bevölkerungspolitiken und -programme in den Entwicklungsländern	2 000 000	1 800 000
B7-5 0 7 0	Programm von Maßnahmen für Südafrika	80 000 000	70 000 000

KOMMISSION

ÜBERSICHT

über die Haushaltslinien, bei denen zwischen Verpflichtungsermächtigungen und Zahlungsermächtigungen unterschieden wird (einschließlich der in Kapitel B0-4 0 eingesetzten Mittel) *(Fortsetzung)*

Teileinzelplan Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	Verpflichtungsermächtigungen	Zahlungsermächtigungen
B7-5 0 7 1	Unterstützung der Frontstaaten und der Mitgliedstaaten der Southern Africa Development Coordination Conference	13 000 000	15 500 000
B7-5 0 7 2	Maßnahmen im Zusammenhang mit der Unabhängigkeit Namibias	—	4 500 000
B7-5 0 7 7	Dezentralisierte Zusammenarbeit in Entwicklungsländern	1 000 000	500 000
B7-5 0 8 0	Aktionsprogramm für Nord-Süd-Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des Drogenmißbrauchs und der Drogenabhängigkeit	10 100 000	9 100 000
B7-5 0 8 1	Andere Maßnahmen der internationalen Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des Drogenmißbrauchs und der Drogenabhängigkeit	p.m.	p.m.
B7-5 0 9 6	Kontrolldienststelle für die Entwicklungszusammenarbeit	p.m.	p.m.
B7-6	**ZUSAMMENARBEIT MIT DEN LÄNDERN MITTEL- UND OSTEUROPAS UND SOWJETUNION**		
B7-6 0 0 0	Hilfe zur Umgestaltung der Wirtschaft für die Länder Mittel- und Osteuropas	1 000 000 000	537 000 000
B7-6 0 1	***Maßnahmen zur Förderung der Einrichtung gemeinsamer Organisationen mit den Ländern Mittel- und Osteuropas***	p.m.	p.m.
B7-6 2 0 0	Technische Zusammenarbeit mit der Sowjetunion	p.m.	150 000 000
B7-6 2 1	***Maßnahmen zur Förderung der Einrichtung gemeinsamer Organisationen mit den Republiken der Sowjetunion***	p.m.	p.m.
B7-7	**ZUSAMMENARBEIT MIT ANDEREN DRITTLÄNDERN**		
B7-7 0 1	***Finanzhilfe für Israel und die palästinensische Bevölkerung der besetzten Gebiete***	—	30 000 000
B7-7 0 3	***Maßnahmen der Gemeinschaft im Zusammenhang mit dem Golfkrise***	p.m.	p.m.
B0	**RÜCKZAHLUNGEN, GARANTIEN, RESERVEN**		
B0-5	**OPERATIONELLE RESERVE FÜR DIE REVISION DER FINANZIELLEN VORAUSSCHAU**		
B0-5 0	OPERATIONELLE RESERVE FÜR DIE REVISION DER FINANZIELLEN VORAUSSCHAU	*1 660 000 000* (1)	*1 200 000 000* (1)
	Insgesamt	**25 017 329 000** *1 660 000 000* (1)	**21 727 042 021** *1 200 000 000* (1)

(1) Diese Beträge sind nicht in dem Gesamtbetrag der eingesetzten Mittel enthalten; sie werden erst nach der Revision der Finanziellen Vorausschau wirksam.

KOMMISSION
Teil B

ANLAGE I

FORSCHUNG UND TECHNOLOGISCHE ENTWICKLUNG

KOMMISSION

Teil B — Anlage I
(Forschung und technologische Entwicklung)

ÜBERSICHT ÜBER

betreffend die in Teileinzelplan B6 „Forschung und technologische Entwicklung" eingesetzten

Titel B6-3 und B6-4: Gemeinsame

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	Verpflichtungsermächtigungen		
		1	2	3
		Personal	Technische und verwaltungstechnische Infrastruktur	Wissenschaftliche und technische Unterstützung
B6-3	**GEMEINSAME FORSCHUNGSSTELLE — DIREKTE OPERATIONELLE MITTEL RAHMENPROGRAMM 1990-1994**			
B6-3 1	GRUNDLEGENDE TECHNOLOGIEN			
B6-3 1 2	***Industrie- und Werkstofftechnologien***			
B6-3 1 2 1	Industrie- und Werkstofftechnologien	17 468 367	3 050 693	613 222
B6-3 1 2 2	Messungen und Prüfungen	16 231 217	3 079 125	3 789 370
B6-3 2	SCHONENDe NUTZUNG NATÜRLICHER RESSOURCEN			
B6-3 2 1	***Umwelt***			
B6-3 2 1 1	Umwelt	31 184 786	5 258 313	1 525 500
B6-3 2 3	***Energie***			
B6-3 2 3 2	Sicherheit der Kernspaltung	28 843 970	5 612 847	8 251 929
B6-3 2 3 3	Kontrollierte thermonukleare Fusion	7 968 902	1 429 035	1 860 350
B6-3 3	NUTZUNG GEISTIGER RESSOURCEN			
B6-3 3 1	***Humankapital und Mobilität***	887 863	1 423 052	9 800
B6-3 5	EXPLORATORISCHE FORSCHUNG			
B6-3 5 1	***Exploratorische Forschung***	2 490 708	424 453	29 805
	Titel B6-3 insgesamt	**105 075 813**	**20 277 518**	**16 079 976**
B6-4	**GEMEINSAME FORSCHUNGSSTELLE — DIREKTE OPERATIONELLE MITTEL — FLANKIERENDE UND UNTERSTÜTZENDE MASSNAHMEN FÜR DIE RAHMENPROGRAMME 1987-1991 UND 1990-1994**			
B6-4 1	ABSCHLUSS DER FRÜHEREN GEMEINSAMEN PROGRAMME			
B6-4 1 2	***Abschluß der gemeinsamen Programme 1980-1983 und 1984-1987***	p.m.	p.m.	p.m.
B6-4 1 3	***Abschluß des gemeinsamen Programms 1988-1991***	p.m.	p.m.	p.m.
B6-4 2	UNTERSTÜTZUNG DER KOMMISSIONSDIENSTSTELLEN			
B6-4 2 1	***Unterstützung der Kommissionsdienststellen***	33 693 857	5 796 751	2 868 611
B6-4 3	DIENSTLEISTUNGEN FÜR RECHNUNG DRITTER			
B6-4 3 1	***Arbeiten für Dritte — Direkte operationelle Mittel***	10 646 501	1 864 924	1 209 220
B6-4 3 2	***Arbeiten für Dritte — Vorschußfonds***	p.m.	p.m.	p.m.

KOMMISSION

Teil B — Anlage I

(Forschung und technologische Entwicklung)

DIE ENTSPRECHUNGEN

Mittel (Artikel 93 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977, zuletzt geändert am 13. März 1990)

Forschungsstelle (direkte Aktionen)

		Zahlungsermächtigungen				
4		1	2	3	4	
Direkte operationelle Mittel	Insgesamt	Personal	Technische und verwaltungstechnische Infrastruktur	Wissenschaftliche Unterstützung	Direkte operationnelle Mittel	Insgesamt
3 560 000	24 692 282	17 468 367	1 781 465	493 291	1 068 000	20 811 123
4 029 000	27 128 712	16 231 217	1 944 928	2 907 944	1 209 000	22 293 089
9 134 000	47 102 599	31 184 786	2 787 226	1 179 209	2 740 000	37 891 221
12 806 000	55 514 746	28 843 970	3 217 569	6 317 640	3 842 000	42 221 179
1 401 000	12 659 287	7 968 902	763 444	1 433 801	421 000	10 587 147
5 598 000	7 918 715	887 863	1 358 002	7 418	5 598 000	7 851 283
841 000	3 785 966	2 490 708	240 025	22 813	253 000	3 006 546
37 369 000	**178 802 307**	**105 075 813**	**12 092 659**	**12 362 116**	**15 131 000**	**144 661 588**
p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	300 000	300 000
p.m.	p.m.	p.m.	9 900 000	4 857 000	15 645 000	30 402 000
20 000 000	62 359 219	33 693 857	3 215 456	2 209 417	18 000 000	57 118 730
p.m.	13 720 645	10 646 501	1 050 571	917 332	p.m.	12 614 404
p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	1 016 000	1 016 000

KOMMISSION

Teil B — Anlage I
(Forschung und technologische Entwicklung)

ÜBERSICHT ÜBER

betreffend die in Teileinzelplan B6 „Forschung und technologische Entwicklung" eingesetzten

Titel B6-3 und B6-4: Gemeinsame

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	Verpflichtungsermächtigungen		
		1	2	3
		Personal	Technische und verwaltungstechnische Infrastruktur	Wissenschaftliche und technische Unterstützung
B6-4 4	BETRIEB DES HOCHFLUSSREAKTORS			
B6-4 4 1	***Hochflußreaktor — Zusatzprogramm 1992-1994***	6 439 829	p.m.	p.m.
B6-4 4 2	***Hochflußreaktor — Abschluß der früheren Zusatzprogramme***	p.m.	p.m.	p.m.
	Titel B6-4 insgesamt	**50 780 187**	**7 661 675**	**4 077 831**
	Titel B6-3 und B6-4 insgesamt	**155 856 000**	**27 939 193**	**20 157 807**

KOMMISSION
Teil B — Anlage I
(Forschung und technologische Entwicklung)

DIE ENTSPRECHUNGEN

Mittel (Artikel 93 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977, zuletzt geändert am 13. März 1990)

Forschungsstelle (direkte Aktionen) *(Fortsetzung)*

		Zahlungsermächtigungen				
4		1	2	3	4	
Direkte operationelle Mittel	Insgesamt	Personal	Technische und verwaltungs-technische Infrastruktur	Wissen-schaftliche Unterstützung	Direkte operationnelle Mittel	Insgesamt
p.m.	6 439 829	6 439 829	p.m.	p.m.	p.m.	6 439 829
p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.
20 000 000	**82 519 693**	**50 780 187**	**14 166 027**	**7 983 749**	**34 961 000**	**107 890 963**
57 369 000	**261 322 000**	**155 856 000**	**26 258 686**	**20 345 865**	**50 092 000**	**252 552 551**

KOMMISSION

Teil B — Anlage I

(Forschung und technologische Entwicklung)

ÜBERSICHT ÜBER

betreffend die in Teileinzelplan B6 „Forschung und technologische Entwicklung" eingesetzten Mittel

Titel B6-5 bis B6-8: indirekte Aktionen, konzertierte

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	Verpflichtungsermächtigungen					
		1	2	3	4	5	6
		Intervention	Personal	Verwaltung	Infrastruktur	Information, Veröffentlichungen	Ständiges Personal „Forschung"
B6-5	**INDIREKTE AKTIONEN (AKTIONEN AUF KOSTENTEILUNGSBASIS) UND KONZERTIERTE AKTIONEN — RAHMENPROGRAMM 1987-1991**						
B6-5 1	LEBENSQUALITÄT						
B6-5 1 1	***Gesundheit***						
B6-5 1 1 1	Medizinische Forschung	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.
B6-5 1 1 2	Analyse des menschlichen Genoms	492 500	20 000	p.m.	14 000	2 000	71 500
B6-5 1 2	***Strahlenschutz***						
B6-5 1 2 1	Strahlenschutz	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.
B6-5 1 3	***Umweltschutz***						
B6-5 1 3 1	STEP (Themen zum Umweltschutz, kulturellen Erbe, technologische Risiken und Brandsicherung) und EPOCH (Klimatologie der natürlichen Risiken)	2 677 000	92 000	10 000	74 000	14 000	2 233 000
B6-5 2	IN RICHTUNG AUF EINEN GROSSEN MARKT UND EINE INFORMATIONS- UND KOMMUNIKATIONSGESELLSCHAFT						
B6-5 2 1	***Informationstechnologien***						
B6-5 2 1 1	ESPRIT (Informationstechnologien)	23 527 900	4 212 800	2 481 000	4 019 300	6 159 000	16 800 000
B6-5 2 2	***Telekommunikation***						
B6-5 2 2 1	RACE (Fortgeschrittene Kommunikationstechnologien für Europa)	8 433 400	2 450 800	815 000	1 214 000	986 800	3 200 000
B6-5 2 3	***Neue Dienste von gemeinschaftlichem Interesse***						
B6-5 2 3 1	DELTA (Lerntechnologie)	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.
B6-5 2 3 2	DRIVE (Straßenverkehrsinformatik und -telekommunikation)	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.
B6-5 2 3 3	AIM (Fortgeschrittene Informationsverarbeitung in der Medizin)	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.
B6-5 2 3 4	EURET (Technologische Entwicklung im Verkehrswesen)	14 275 000	502 000	150 000	323 000	36 000	514 000
B6-5 3	MODERNISIERUNG DER INDUSTRIEZWEIGE						
B6-5 3 1	***Wissenschaft und Technologie der verarbeitenden Industrie und fortgeschrittener Werkstoffe***						
B6-5 3 1 1	BRITE (Technologische Grundlagenforschung und der Anwendung neuer Technologien)	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.

KOMMISSION
Teil B — Anlage I
(Forschung und technologische Entwicklung)

DIE ENTSPRECHUNGEN

(Artikel 93 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977, zuletzt geändert am 13. März 1990)

Aktionen, ergänzende Programme und sonstige Forschungstätigkeiten

	Zahlungsermächtigungen						
7	1	2	3	4	5	6	7
Insgesamt	Intervention	Personal	Verwaltung	Infrastruktur	Information, Veröffentlichungen	Ständiges Personal „Forschung"	Insgesamt
p.m.	6 700 000	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	6 700 000
600 000	5 992 500	20 000	p.m.	14 000	2 000	71 500	6 100 000
p.m.	3 900 000	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	3 900 000
5 100 000	32 577 000	92 000	10 000	74 000	14 000	2 233 000	35 000 000
57 200 000	279 327 900	4 212 800	2 481 000	4 019 300	6 159 000	16 800 000	313 000 000
17 100 000	66 433 400	2 450 800	815 000	1 214 000	986 800	3 200 000	75 100 000
p.m.	120 419	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	120 419
p.m.	7 800 000	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	7 800 000
p.m.	1 118 051	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	1 118 051
15 800 000	10 475 000	502 000	150 000	323 000	36 000	514 000	12 000 000
p.m.	12 400 000	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	12 400 000

KOMMISSION

Teil B — Anlage I

(Forschung und technologische Entwicklung)

ÜBERSICHT ÜBER

betreffend die in Teileinzelplan B6 „Forschung und technologische Entwicklung" eingesetzten Mittel

Titel B6-5 bis B6-8: indirekte Aktionen, konzertierte

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	Verpflichtungsermächtigungen					
		1	2	3	4	5	6
		Intervention	Personal	Verwaltung	Infrastruktur	Information, Veröffentlichungen	Ständiges Personal „Forschung"
B6-5 3 1 2	BRITE / EURAM (Industrielle Fertigungstechnologien und Verwendung fortgeschrittener Werkstoffe)	28 492 000	555 000	145 000	468 500	95 500	4 844 000
B6-5 3 2	***Rohstoffe und Rückführung***						
B6-5 3 2 1	Primär-, Sekundär- und erneuerbare Rohstoffe	8 450 000	92 000	30 000	64 000	9 000	1 355 000
B6-5 3 3	***Technische Normen, Meßmethoden und Referenzmaterialien***						
B6-5 3 3 1	Referenzbüro der Gemeinschaft (Angewandte Metrologie und chemische Analysen)	1 190 500	65 000	130 000	58 500	13 000	2 543 000
B6-5 4	ERSCHLIESSUNG UND NUTZUNG DER BIOLOGISCHEN RESSOURCEN						
B6-5 4 1	***Biotechnologie***						
B6-5 4 1 1	BRIDGE (Biotechnologie)	4 415 500	123 000	45 000	99 500	19 000	2 098 000
B6-5 4 2	***Agroindustrielle Technologien***						
B6-5 4 2 1	ECLAIR (Biotechnologische, agroindustrielle Forschung und technologische Entwicklung)	534 000	27 000	25 000	24 500	5 500	984 000
B6-5 4 2 2	FLAIR (Lebensmittelwissenschaft und -technologie)	662 500	43 000	10 000	29 500	4 000	351 000
B6-5 4 3	***Landwirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit und Bewirtschaftung der landwirtschaftlichen Ressourcen***						
B6-5 4 3 1	Koordination der Agrarforschung	674 000	40 000	20 000	20 000	p.m.	546 000
B6-5 5	ENERGIE						
B6-5 5 1	***Kernspaltung — Nukleare Sicherheit***						
B6-5 5 1 1	Kernspaltung — Bewirtschaftung und Lagerung radioaktiver Abfälle	9 357 500	233 000	85 000	190 500	37 000	1 097 000
B6-5 5 1 2	Kernspaltung — Stillegung von kerntechnischer Anlagen	292 000	38 000	30 000	25 000	3 000	412 000
B6-5 5 1 3	TELEMAN (Fernsteuerung im Katastrophenschutz und in unbekanntem Umfeld)	8 302 000	147 000	100 000	118 500	22 500	310 000
B6-5 5 2	***Gesteuerte thermonukleare Fusion***						
B6-5 5 2 1	Kontrollierte thermonukleare Fusion — Hauptprogramm	21 047 750	432 000	50 000	379 000	81 500	2 409 750
B6-5 5 2 2	Kontrollierte thermonukleare Fusion — Beteiligung an dem gemeinsamen Unternehmen JET	3 000 000	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.
B6-5 5 3	***Nichtnukleare Energie und rationelle Energienutzung***						
B6-5 5 3 1	JOULE (Nichtnukleare Energien und rationelle Energienutzung)	387 500	18 000	10 000	16 000	3 500	665 000

KOMMISSION
Teil B — Anlage I
(Forschung und technologische Entwicklung)

DIE ENTSPRECHUNGEN

(Artikel 93 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977, zuletzt geändert am 13. März 1990)

Aktionen, ergänzende Programme und sonstige Forschungstätigkeiten *(Fortsetzung)*

	Zahlungsermächtigungen						
7	1	2	3	4	5	6	7
Insgesamt	Intervention	Personal	Verwaltung	Infrastruktur	Information, Veröffentlichungen	Ständiges Personal „Forschung"	Insgesamt
34 600 000	108 792 000	555 000	145 000	468 500	95 500	4 844 000	114 900 000
10 000 000	21 150 000	92 000	30 000	64 000	9 000	1 355 000	22 700 000
4 000 000	9 990 500	65 000	130 000	58 500	13 000	2 543 000	12 800 000
6 800 000	25 615 500	123 000	45 000	99 500	19 000	2 098 000	28 000 000
1 600 000	16 134 000	27 000	25 000	24 500	5 500	984 000	17 200 000
1 100 000	5 962 500	43 000	10 000	29 500	4 000	351 000	6 400 000
1 300 000	16 674 000	40 000	20 000	20 000	p.m.	546 000	17 100 000
11 000 000	19 557 500	233 000	85 000	190 500	37 000	1 097 000	21 200 000
800 000	4 892 000	38 000	30 000	25 000	3 000	412 000	5 400 000
9 000 000	4 702 000	147 000	100 000	118 500	22 500	310 000	5 400 000
24 400 000	58 250 233	432 000	50 000	379 000	81 500	2 409 750	61 602 483
3 000 000	3 000 000	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	3 000 000
1 100 000	30 487 500	18 000	10 000	16 000	3 500	665 000	31 200 000

KOMMISSION

Teil B — Anlage I
(Forschung und technologische Entwicklung)

ÜBERSICHT ÜBER

betreffend die in Teileinzelplan B6 „Forschung und technologische Entwicklung" eingesetzten Mittel

Titel B6-5 bis B6-8: indirekte Aktionen, konzertierte

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	Verpflichtungsermächtigungen					
		1	2	3	4	5	6
		Intervention	Personal	Verwaltung	Infrastruktur	Information, Veröffentlichungen	Ständiges Personal „Forschung"
B6-5 6	WISSENSCHAFT UND TECHNIK IM DIENSTE DER ENTWICKLUNG						
B6-5 6 1	***Wissenschaft und Technik im Dienste der Entwicklung***						
B6-5 6 1 1	Wissenschaft und Technik im Dienste der Entwicklung	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.
B6-5 7	NUTZUNG DES MEERESBODENS UND DER MEERESRESSOURCEN						
B6-5 7 1	***Meereswissenschaft und -technologien***						
B6-5 7 1 1	MAST (Meereswissenschaft und -technologie)	1 586 500	43 000	10 000	32 500	5 500	522 500
B6-5 7 2	***Fischereiwesen***						
B6-5 7 2 1	Forschungsprogramme im Fischereisektor	134 000	300 000	200 000	150 000	p.m.	416 000
B6-5 8	VERBESSERUNG DER EUROPÄISCHEN ZUSAMMENARBEIT IN WISSENSCHAFT UND TECHNIK						
B6-5 8 1	***Stimulierung zur Verstärkung des europäischen wissenschaftlichen und technischen Potentials***						
B6-5 8 1 1	SCIENCE (Stimulierung der internationalen Zusammenarbeit und des Austausches für europäische Forscher)	11 591 000	248 000	15 000	192 000	34 000	1 420 000
B6-5 8 1 2	SPES (Plan zur Stimulierung der Wirtschaftswissenschaften)	679 000	40 000	10 000	24 000	2 000	245 000
B6-5 8 2	***Benutzung von Großgeräten***						
B6-5 8 2 1	Zuschüsse zu Großgeräten	6 513 500	177 000	10 000	132 500	22 000	245 000
B6-5 8 3	***Vorausschau und Bewertung und sonstige Unterstützungsaktionen***						
B6-5 8 3 1	MONITOR (SAST, FAST und SPEAR) (Strategische Analyse, Vorausschau und Bewertung im Bereich von Forschung und Technologie)	582 500	385 000	180 000	214 500	11 000	1 927 000
B6-5 8 3 2	DOSES (Entwicklung von Expertensystemen für statistische Zwecke)	361 000	42 000	35 000	21 000	p.m.	41 000

KOMMISSION
Teil B — Anlage I
(Forschung und technologische Entwicklung)

DIE ENTSPRECHUNGEN

(Artikel 93 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977, zuletzt geändert am 13. März 1990)

Aktionen, ergänzende Programme und sonstige Forschungstätigkeiten *(Fortsetzung)*

	Zahlungsermächtigungen						
7	1	2	3	4	5	6	7
Insgesamt	Intervention	Personal	Verwaltung	Infrastruktur	Information, Veröffentlichungen	Ständiges Personal „Forschung"	Insgesamt
p.m.	9 800 000	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	9 800 000
2 200 000	8 486 500	43 000	10 000	32 500	5 500	522 500	9 100 000
1 200 000	8 334 000	300 000	200 000	150 000	p.m.	416 000	9 400 000
13 500 000	33 491 000	248 000	15 000	192 000	34 000	1 420 000	35 400 000
1 000 000	1 879 000	40 000	10 000	24 000	2 000	245 000	2 200 000
7 100 000	7 313 500	177 000	10 000	132 500	22 000	245 000	7 900 000
3 300 000	2 382 500	385 000	180 000	214 500	11 000	1 927 000	5 100 000
500 000	858 517	42 000	35 000	21 000	p.m.	41 000	997 517

KOMMISSION

Teil B — Anlage I
(Forschung und technologische Entwicklung)

ÜBERSICHT ÜBER

betreffend die in Teileinzelplan B6 „Forschung und technologische Entwicklung" eingesetzten Mittel

Titel B6-5 bis B6-8: indirekte Aktionen, konzertierte

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	Verpflichtungsermächtigungen					
		1	2	3	4	5	6
		Intervention	Personal	Verwaltung	Infrastruktur	Information, Veröffentlichungen	Ständiges Personal „Forschung"
B6-5 8 4	***Verbreitung und Auswertung der Ergebnisse der europäischen wissenschaftlichen und technischen Forschung***						
B6-5 8 4 1	VALUE (Verbreitung und Nutzung der Ergebnisse der wissenschaftlichen und technischen Forschung)	4 700 000	1 003 200	184 000	738 400	474 400	1 500 000
B6-5 8 4 2	EUROTRA (Maschinelles Übersetzungssystem modernster Konzeption)	700 000	p.m.	92 000	p.m.	8 000	200 000
	Titel B6-5 insgesamt	**163 058 550**	**11 328 800**	**4 872 000**	**8 642 700**	**8 048 200**	**46 949 750**
B6-6	**INDIREKTE AKTIONEN (AKTIONEN AUF KOSTENTEILUNGSBASIS), KONZERTIERTE AKTIONEN UND ERGÄNZENDE PROGRAMME — RAHMENPROGRAMM 1990-1994**						
B6-6 1	GRUNDLEGENDE TECHNOLOGIEN						
B6-6 1 1	***Informations- und Kommunikationstechnologien***						
B6-6 1 1 1	Informationstechnologie	377 102 000	278 200	1 014 700	147 100	160 000	5 700 000
B6-6 1 1 2	Kommunikationstechnologien	149 202 000	214 000	614 600	131 400	140 000	4 000 000
B6-6 1 1 3	Allgemein relevante Telematiksysteme	169 484 000	214 000	694 600	31 400	60 000	8 100 000
B6-6 1 2	***Industrielle und Werkstofftechnologien***						
B6-6 1 2 1	Industrielle und Werkstofftechnologien	257 058 000	1 730 000	2 386 000	2 437 000	350 000	414 000
B6-6 1 2 2	Messungen und Versuche	15 911 000	570 000	p.m.	443 000	p.m.	102 000
B6-6 2	BEWIRTSCHAFTUNG DER NATÜRLICHEN RESSOURCEN						
B6-6 2 1	***Umwelt***						
B6-6 2 1 1	Umwelt	122 475 000	570 000	203 000	931 000	30 000	418 000
B6-6 2 1 2	Meereswissenschaften und -technologien	32 577 000	273 000	611 000	367 000	90 000	768 000
B6-6 2 2	***Biowissenschaften und -technologien***						
B6-6 2 2 1	Biotechnologie	52 482 000	144 000	538 000	537 000	79 000	71 000
B6-6 2 2 2	Landwirtschaft und Agrarindustrie sowie Fischerei	85 334 000	1 869 000	1 372 000	1 304 000	202 000	402 000
B6-6 2 2 3	Biomedizin und Gesundheitswesen	32 830 000	296 000	1 676 000	385 000	245 000	1 194 000
B6-6 2 2 4	Biowissenschaften und -technologien für die Entwicklungsländer	45 211 000	251 000	439 000	448 000	65 000	1 457 000
B6-6 2 3	***Energie***						
B6-6 2 3 1	Nichtnukleare Energie	112 642 000	911 000	1 166 000	785 000	172 000	2 045 000

KOMMISSION

Teil B — Anlage I

(Forschung und technologische Entwicklung)

DIE ENTSPRECHUNGEN

(Artikel 93 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977, zuletzt geändert am 13. März 1990)

Aktionen, ergänzende Programme und sonstige Forschungstätigkeiten *(Fortsetzung)*

	Zahlungsermächtigungen						
7	1	2	3	4	5	6	7
Insgesamt	Intervention	Personal	Verwaltung	Infrastruktur	Information, Veröffentlichungen	Ständiges Personal „Forschung"	Insgesamt
8 600 000	5 400 000	1 003 200	184 000	738 400	474 400	1 500 000	9 300 000
1 000 000	3 620 000	p.m.	92 000	p.m.	8 000	200 000	3 920 000
242 900 000	**833 417 020**	**11 328 800**	**4 872 000**	**8 642 700**	**8 048 200**	**46 949 750**	**913 258 470**
384 402 000	127 625 000	278 200	1 014 700	147 100	160 000	5 700 000	134 925 000
154 302 000	45 600 000	214 000	614 600	131 400	140 000	4 000 000	50 700 000
178 584 000	40 675 000	214 000	694 600	31 400	60 000	8 100 000	49 775 000
264 375 000	86 658 000	1 730 000	2 386 000	2 437 000	350 000	414 000	93 975 000
17 026 000	4 175 000	570 000	p.m.	443 000	p.m.	102 000	5 290 000
124 627 000	34 961 000	570 000	203 000	931 000	30 000	418 000	37 113 000
34 686 000	7 491 000	273 000	611 000	367 000	90 000	768 000	9 600 000
53 851 000	13 956 000	144 000	538 000	537 000	79 000	71 000	15 325 000
90 483 000	33 563 000	1 869 000	1 372 000	1 304 000	202 000	402 000	38 712 000
36 626 000	7 004 000	296 000	1 676 000	385 000	245 000	1 194 000	10 800 000
48 871 000	12 390 000	251 000	439 000	448 000	65 000	1 457 000	15 050 000
117 721 000	29 046 000	911 000	1 166 000	785 000	172 000	2 045 000	34 125 000

KOMMISSION

Teil B — Anlage I
(Forschung und technologische Entwicklung)

ÜBERSICHT ÜBER

betreffend die in Teileinzelplan B6 „Forschung und technologische Entwicklung" eingesetzten Mittel

Titel B6-5 bis B6-8: indirekte Aktionen, konzertierte

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	Verpflichtungsermächtigungen					
		1	2	3	4	5	6
		Intervention	Personal	Verwaltung	Infrastruktur	Information, Veröffentlichungen	Ständiges Personal „Forschung"
B6-6 2 3 2	Sicherheit der Kernspaltung	20 878 000	50 000	645 000	185 000	95 000	2 342 000
B6-6 2 3 3	Kontrollierte thermonukleare Fusion	131 287 000	449 000	735 000	949 000	79 000	7 739 000
B6-6 3	VALORISIERUNG DER INTELLEKTUELLEN RESSOURCEN						
B6-6 3 1	***Mensch und Mobilität***						
B6-6 3 1 1	Mensch und Mobilität	176 776 000	736 000	711 000	1 828 000	104 000	524 000
	Titel B6-6 insgesamt	**1 781 249 000**	**8 555 200**	**12 805 900**	**10 908 900**	**1 871 000**	**35 276 000**
B6-7	**AKTIONEN ZUR VERBREITUNG UND VERWERTUNG DER ERGEBNISSE — RAHMENPROGRAMM 1990-1994**						
B6-7 1	VERBREITUNG UND VERWERTUNG DER ERGEBNISSE						
B6-7 1 1	***Verbreitung und Verwertung der Ergebnisse***	29 400 000	171 200	177 400	31 400	20 000	200 000
	Titel B6-7 insgesamt	**29 400 000**	**171 200**	**177 400**	**31 400**	**20 000**	**200 000**
B6-8	**TÄTIGKEITEN ZUR FLANKIERUNG UND UNTERSTÜTZUNG DER RAHMENPROGRAMME 1987-1991 UND 1990-1994**						
B6-8 0	UNTERSTÜTZUNG DER WISSENSCHAFTS- UND TECHNOLOGIEPOLITIK						
B6-8 0 0	***Unterstützung der Wissenschafts- und Technologiepolitik***						
B6-8 0 0 0	Vorbereitung der neuen Programme und Koordinierung der Politik der Mitgliedstaaten	4 252 000	373 000	151 000	219 500	16 500	p.m.
B6-8 0 0 3	Bereitstellung von Forschungspersonal für Dritte (Artikel 6 Buchstabe c) des Vertrages zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft)	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	400 000
B6-8 0 0 4	Einnahmen von Dritten	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.
B6-8 1	UNTERSTÜTZUNG DER ÜBRIGEN POLITIK						
B6-8 1 0	***Unterstützung der übrigen Politik***						
B6-8 1 0 0	Raumfahrt und Agrarstatistiken	5 577 500	352 000	230 000	189 000	6 500	245 000

KOMMISSION

Teil B — Anlage I

(Forschung und technologische Entwicklung)

DIE ENTSPRECHUNGEN

(Artikel 93 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977, zuletzt geändert am 13. März 1990)

Aktionen, ergänzende Programme und sonstige Forschungstätigkeiten *(Fortsetzung)*

	Zahlungsermächtigungen						
7	1	2	3	4	5	6	7
Insgesamt	Intervention	Personal	Verwaltung	Infrastruktur	Information, Veröffentlichungen	Ständiges Personal „Forschung"	Insgesamt
24 195 000	2 153 000	50 000	645 000	185 000	95 000	2 342 000	5 470 000
141 238 000	34 974 000	449 000	735 000	949 000	79 000	7 739 000	44 925 000
180 679 000	47 697 000	736 000	711 000	1 828 000	104 000	524 000	51 600 000
1 850 666 000	**527 968 000**	**8 555 200**	**12 805 900**	**10 908 900**	**1 871 000**	**35 276 000**	**597 385 000**
30 000 000	7 825 000	171 200	177 400	31 400	20 000	200 000	8 425 000
30 000 000	**7 825 000**	**171 200**	**177 400**	**31 400**	**20 000**	**200 000**	**8 425 000**
5 012 000	3 140 000	373 000	151 000	219 500	16 500	p.m.	3 900 000
400 000	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	400 000	400 000
p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.
6 600 000	4 877 500	352 000	230 000	189 000	6 500	245 000	5 900 000

KOMMISSION

Teil B — Anlage I

(Forschung und technologische Entwicklung)

ÜBERSICHT ÜBER

betreffend die in Teileinzelplan B6 „Forschung und technologische Entwicklung" eingesetzten Mittel

Titel B6-5 bis B6-8: indirekte Aktionen, konzertierte

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	Verpflichtungsermächtigungen					
		1	2	3	4	5	6
		Intervention	Personal	Verwaltung	Infrastruktur	Information, Veröffentlichungen	Ständiges Personal „Forschung"
B6-8 1 0 1	Beteiligung der Gemeinschaft am Projekt „SPOT IV-VEGETATION"	2 920 000	40 000	20 000	20 000	p.m.	p.m.
B6-8 1 0 2	Hydro-Wasserstoff	7 830 000	40 000	110 000	20 000	p.m.	p.m.
B6-8 1 0 3	Technische Probleme der nuklearen Sicherheit (Codes und Normen) sowie kerntechnische Untersuchungen	2 615 000	97 000	100 000	61 500	6 500	620 000
B6-8 1 0 4	Maßnahme im Zusammenhang mit der Sicherheit von Datenverarbeitungssystemen	2 710 400	546 000	133 000	125 600	400 000	85 000
B6-8 1 0 5	Hochauflösendes Fernsehen	28 000 000	1 400 000	50 000	800 000	305 000	445 000
B6-8 1 0 6	Technologische Entwicklung zur gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Eingliederung von Behinderten und alten Menschen	9 368 000	186 000	111 000	47 100	235 900	52 000
B6-8 1 0 7	Abschluß früherer Programme auf Kostenteilungsbasis	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.
B6-8 1 0 8	Umwelterziehung	887 500	68 000	10 500	34 000	p.m.	p.m.
B6-8 1 0 9	Europäische regionale Produktionsinitiative	1 600 000	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.
B6-8 2	INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT						
B6-8 2 0	***Internationale Zusammenarbeit***						
B6-8 2 0 0	Internationale Zusammenarbeit und COST	45 610 750	1 243 500	520 000	769 250	250 000	1 606 500
B6-8 2 0 1	Zusammenarbeit mit der Sowjetunion im Bereich der nuklearen Sicherheit	6 685 000	97 000	150 000	61 500	6 500	p.m.
B6-8 2 0 2	Programme COPERNICUS, EAST und GREEN	39 603 500	40 000	20 000	20 000	p.m.	316 500
B6-8 2 0 3	Unterstützung der Teilnahme von Ländern in Mittel- und Osteuropa an den spezifischen Programmen des dritten Rahmenprogramms	9 920 000	40 000	20 000	20 000	p.m.	p.m.
B6-8 2 0 4	EUREKA und andere Vorhaben (Beteiligung der Europäischen Gemeinschaft an wissenschaftlichen und technologischen Vorhaben von Gemeinschaftsinteresse)	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.
B6-8 2 0 5	LIFE 2000 — weltweites Forschungsprogramm im Bereich der gesundheits-, umwelt- und energiepolitischen Erfordernisse im 21. Jahrhundert	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.
B6-8 3	PILOTVORHABEN IM INDUSTRIELLEN BEREICH						
B6-8 3 1	***Saubere Produktionstechnologie***	7 920 000	40 000	20 000	20 000	p.m.	p.m.
B6-8 3 2	***Kraftfahrzeugtechnologie***	9 920 000	40 000	20 000	20 000	p.m.	p.m.
B6-8 3 3	***Saubere Kohle-Technologie***	11 920 000	40 000	20 000	20 000	p.m.	p.m.
B6-8 3 4	***Technologie der Abfallentsorgung***	3 920 000	40 000	20 000	20 000	p.m.	p.m.

KOMMISSION
Teil B — Anlage I
(Forschung und technologische Entwicklung)

DIE ENTSPRECHUNGEN

(Artikel 93 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977, zuletzt geändert am 13. März 1990)

Aktionen, ergänzende Programme und sonstige Forschungstätigkeiten *(Fortsetzung)*

	Zahlungsermächtigungen						
7	1	2	3	4	5	6	7
Insgesamt	Intervention	Personal	Verwaltung	Infrastruktur	Information, Veröffentlichungen	Ständiges Personal „Forschung"	Insgesamt
3 000 000	920 000	40 000	20 000	20 000	p.m.	p.m.	1 000 000
8 000 000	3 830 000	40 000	110 000	20 000	p.m.	p.m.	4 000 000
3 500 000	2 115 000	97 000	100 000	61 500	6 500	620 000	3 000 000
4 000 000	2 710 400	546 000	133 000	125 600	400 000	85 000	4 000 000
31 000 000	22 000 000	1 400 000	50 000	800 000	305 000	445 000	25 000 000
10 000 000	6 368 000	186 000	111 000	47 100	235 900	52 000	7 000 000
p.m.	5 000 000	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	5 000 000
1 000 000	887 500	68 000	10 500	34 000	p.m.	p.m.	1 000 000
1 600 000	1 200 000	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	1 200 000
50 000 000	39 610 750	1 243 500	520 000	769 250	250 000	1 606 500	44 000 000
7 000 000	4 885 000	97 000	150 000	61 500	6 500	p.m.	5 200 000
40 000 000	9 603 500	40 000	20 000	20 000	p.m.	316 500	10 000 000
10 000 000	9 920 000	40 000	20 000	20 000	p.m.	p.m.	10 000 000
p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.
p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.
8 000 000	2 920 000	40 000	20 000	20 000	p.m.	p.m.	3 000 000
10 000 000	3 920 000	40 000	20 000	20 000	p.m.	p.m.	4 000 000
12 000 000	5 920 000	40 000	20 000	20 000	p.m.	p.m.	6 000 000
4 000 000	920 000	40 000	20 000	20 000	p.m.	p.m.	1 000 000

KOMMISSION

Teil B — Anlage I
(Forschung und technologische Entwicklung)

ÜBERSICHT ÜBER

betreffend die in Teileinzelplan B6 „Forschung und technologische Entwicklung" eingesetzten Mittel

Titel B6-5 bis B6-8: indirekte Aktionen, konzertierte

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	Verpflichtungsermächtigungen					
		1	2	3	4	5	6
		Intervention	Personal	Verwaltung	Infrastruktur	Information, Veröffentlichungen	Ständiges Personal „Forschung"
B6-8 3 5	***Systeme mit optischen Fasern***	4 000 000	250 000	250 000	250 000	250 000	p.m.
B6-8 3 6	***Fortgeschrittene Luftfahrttechnologie***	6 920 000	40 000	20 000	20 000	p.m.	p.m.
B6-8 3 7	***Koordinierung der nationalen Gesundheitsforschung***	2 920 000	40 000	20 000	20 000	p.m.	p.m.
	Titel B6-8 insgesamt	**215 099 650**	**5 012 500**	**1 995 500**	**2 757 450**	**1 476 900**	**3 770 000**
	Titel B6-5 bis B6-8 insgesamt	**2 188 807 200**	**25 067 700**	**19 850 800**	**22 340 450**	**11 416 100**	**86 195 750**

KOMMISSION
Teil B — Anlage I
(Forschung und technologische Entwicklung)

DIE ENTSPRECHUNGEN

(Artikel 93 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977, zuletzt geändert am 13. März 1990)

Aktionen, ergänzende Programme und sonstige Forschungstätigkeiten *(Fortsetzung)*

	Zahlungsermächtigungen						
7	1	2	3	4	5	6	7
Insgesamt	Intervention	Personal	Verwaltung	Infrastruktur	Information, Veröffentlichungen	Ständiges Personal „Forschung"	Insgesamt
5 000 000	2 000 000	250 000	250 000	250 000	250 000	p.m.	3 000 000
7 000 000	3 920 000	40 000	20 000	20 000	p.m.	p.m.	4 000 000
3 000 000	920 000	40 000	20 000	20 000	p.m.	p.m.	1 000 000
230 112 000	**137 587 650**	**5 012 500**	**1 995 500**	**2 757 450**	**1 476 900**	**3 770 000**	**152 600 000**
2 353 678 000	**1 506 797 670**	**25 067 700**	**19 850 800**	**22 340 450**	**11 416 100**	**86 195 750**	**1 671 668 470**

KOMMISSION

Teil B — Anlage I

(Forschung und technologische Entwicklung)

MEHRJAHRESFÄLLIGKEITSPLAN DER VERPFLICHTUNGS- UND ZAHLUNGSERMÄCHTIGUNGEN

nach Forschungszielen der Rahmenprogramme 1987-1991 und 1990-1994

Rechtsgrundlagen

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung		Dauer der Aktion	Gesamtzuweisung für das Programm (vorgeschlagen oder angenommen)	Datum des Beschlusses (oder des Vorschlags), veröffentlicht im Amtsblatt (oder im Dokument)
B6-5	**INDIREKTE AKTIONEN (AKTIONEN AUF KOSTENTEILUNGSBASIS) UND KONZERTIERTE AKTIONEN — RAHMENPROGRAMM 1987-1991**				
B6-5 1	LEBENSQUALITÄT				
B6-5 1 1	***Gesundheit***				
B6-5 1 1 1	Medizinische Forschung		1987-1991	65 000 000	17. November 1987 (ABl. Nr. L 334 vom 24. 11. 1987)
				(64 000 000)	Änderungsvorschlag vom 1. Februar 1991 (ABl. Nr. C 53 vom 28. 2. 1991)
B6-5 1 1 2	Analyse des menschlichen Genoms		1989-1991	15 000 000	29. Juni 1990 (ABl. Nr. L 196 vom 26. 7. 1990)
B6-5 1 2	***Strahlenschutz***				
B6-5 1 2 1	Strahlenschutz	PC	1985-1989	68 000 000	12. März 1985 (ABl. Nr. L 83 vom 25. 3. 1985)
					21. Dezember 1987 (ABl. Nr. L 16 vom 21. 1. 1988)
		NP	1990-1991	21 200 000	20. Juni 1989 (ABl. Nr. L 200 vom 13. 7. 1989)
B6-5 1 3	***Umweltschutz***				
B6-5 1 3 1	STEP (Themen zum Umweltschutz, kulturellen Erbe, technologische Risiken und Brandsicherung) und EPOCH (Klimatologie der natürlichen Risiken)	AP	1981-1985	49 300 000	3. März 1981 (ABl. Nr. L 101 vom 11. 4. 1981)
					1. März 1984 (ABl. Nr. L 71 vom 14. 3. 1984) und Berichtigung (ABl. Nr. L 101 vom 13. 4. 1984)
		PC	1986-1990	75 000 000	10. Juni 1986 (ABl. Nr. L 159 vom 14. 6. 1986)
		NP	1989-1992	115 000 000	20. November 1989 (ABl. Nr. L 359 vom 8. 12. 1989)
				(114 000 000)	Änderungsvorschlag vom 1. Februar 1991 (ABl. Nr. C 53 vom 28. 2. 1991)

AP = Altes Programm.
PC = *Laufendes Programm.*
NP = Neues Programm.

KOMMISSION

Teil B — Anlage I
(Forschung und technologische Entwicklung)

MEHRJAHRESFÄLLIGKEITSPLAN DER VERPFLICHTUNGS- UND ZAHLUNGSERMÄCHTIGUNGEN

nach Forschungszielen der Rahmenprogramme 1987-1991 und 1990-1994

Rechtsgrundlagen *(Fortsetzung)*

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung		Dauer der Aktion	Gesamtzuweisung für das Programm (vorgeschlagen oder angenommen)	Datum des Beschlusses (oder des Vorschlags), veröffentlicht im Amtsblatt (oder im Dokument)
B6-5 2	IN RICHTUNG AUF EINEN GROSSEN MARKT UND EINE INFORMATIONS- UND KOMMUNIKATIONSGESELLSCHAFT				
B6-5 2 1	***Informationstechnologien***				
B6-5 2 1 1	ESPRIT (Informationstechnologien)	AP	1984-1988	750 000 000	28. Februar 1984 (ABl. Nr. L 67 vom 9. 3. 1984)
		PC	1. 12. 1987-30. 11. 1992	1 600 000 000	11. April 1988 (ABl. Nr. L 118 vom 6. 5. 1988)
				(1 588 000 000)	Änderungsvorschlag vom 1. Februar 1991 (ABl. Nr. C 53 vom 28. 2. 1991)
B6-5 2 2	***Telekommunikation***				
B6-5 2 2 1	RACE (Fortgeschrittene Kommunikationstechnologien für Europa)	AP	1. 7. 1985-31. 12. 1986	14 000 000	25. Juli 1985 (ABl. Nr. L 210 vom 7. 8. 1985)
		PC	1. 6. 1987-31. 5. 1992	550 000 000	14. Dezember 1987 (ABl. Nr. L 16 vom 21. 1. 1988)
				(546 000 000)	Änderungsvorschlag vom 1. Februar 1991 (ABl. Nr. C 53 vom 28. 2. 1991)
B6-5 2 3	***Neue Dienste von gemeinschaftlichem Interesse***				
B6-5 2 3 1	DELTA (Lerntechnologie)		1. 6. 1988-31. 5. 1990	20 000 000	29. Juni 1988 (ABl. Nr. L 206 vom 30. 7. 1988)
B6-5 2 3 2	DRIVE (Straßenverkehrsinformatik und -telekommunikation)		1. 6. 1988-31. 5. 1991	60 000 000	29. Juni 1988 (ABl. Nr. L 206 vom 30. 7. 1988)
				(59 000 000)	Änderungsvorschlag vom 1. Februar 1991 (ABl. Nr. C 53 vom 28. 2. 1991)
B6-5 2 3 3	AIM (Fortgeschrittene Informationsverarbeitung in der Medizin)		1. 6. 1988-31. 5. 1990	20 000 000	4. November 1988 (ABl. Nr. L 314 vom 22. 11. 1988)
B6-5 2 3 4	EURET (Technologische Entwicklung im Verkehrswesen)		1990-1993	25 000 000	21. Dezember 1990 (ABl. Nr. L 8 vom 11. 1. 1991)

AP = Altes Programm.
PC = Laufendes Programm.
NP = Neues Programm.

KOMMISSION

Teil B — Anlage I

(Forschung und technologische Entwicklung)

MEHRJAHRESFÄLLIGKEITSPLAN DER VERPFLICHTUNGS- UND ZAHLUNGSERMÄCHTIGUNGEN

nach Forschungszielen der Rahmenprogramme 1987-1991 und 1990-1994

Rechtsgrundlagen *(Fortsetzung)*

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung		Dauer der Aktion	Gesamtzuweisung für das Programm (vorgeschlagen oder angenommen)	Datum des Beschlusses (oder des Vorschlags), veröffentlicht im Amtsblatt (oder im Dokument)
B6-5 3	MODERNISIERUNG DER INDUSTRIEZWEIGE				
B6-5 3 1	***Wissenschaft und Technologie der verarbeitenden Industrie und fortgeschrittener Werkstoffe***				
B6-5 3 1 1	BRITE (Technologische Grundlagenforschung und der Anwendung neuer Technologien)		1985-1988	185 000 000	12. März 1985 (ABl. Nr. L 83 vom 25. 3. 1985) 29. Februar 1988 (ABl. Nr. L 59 vom 4. 3. 1988)
B6-5 3 1 2	BRITE / EURAM (Industrielle Fertigungstechnologien und Verwendung fortgeschrittener Werkstoffe)		1989-1992	499 500 000 (496 000 000)	14. März 1989 (ABl. Nr. L 98 vom 11. 4. 1989) Änderungsvorschlag vom 1. Februar 1991 (ABl. Nr. C 53 vom 28. 2. 1991)
B6-5 3 2	***Rohstoffe und Rückführung***				
B6-5 3 2 1	Primär-, Sekundär- und erneuerbare Rohstoffe	AP	1982-1985	54 000 000	17. Mai 1982 (ABl. Nr. L 174 vom 21. 6. 1982) 28. Juni 1983 (ABl. Nr. L 181 vom 6. 7. 1983) 12. Dezember 1983 (ABl. Nr. L 357 vom 21. 12. 1983)
		PC	1986-1989	70 000 000	10. Juni 1986 (ABl. Nr. L 159 vom 14. 6. 1986)
		NP	1990-1992	45 000 000	20. November 1989 (ABl. Nr. L 359 vom 8. 12. 1989)
B6-5 3 3	***Technische Normen, Meßmethoden und Referenzmaterialien***				
B6-5 3 3 1	Referenzbüro der Gemeinschaft (Angewandte Metrologie und chemische Analysen)	AP	1983-1987	25 000 000	21. Dezember 1982 (ABl. Nr. L 26 vom 28. 1. 1983)
		NP	1988-1992	59 200 000 (58 700 000)	29. Juni 1988 (ABl. Nr. L 206 vom 30. 7. 1988) Änderungsvorschlag vom 1. Februar 1991 (ABl. Nr. C 53 vom 28. 2. 1991)

AP = Altes Programm.
PC = Laufendes Programm.
NP = Neues Programm.

KOMMISSION

Teil B — Anlage I
(Forschung und technologische Entwicklung)

MEHRJAHRESFÄLLIGKEITSPLAN DER VERPFLICHTUNGS- UND ZAHLUNGSERMÄCHTIGUNGEN

nach Forschungszielen der Rahmenprogramme 1987-1991 und 1990-1994

Rechtsgrundlagen *(Fortsetzung)*

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung		Dauer der Aktion	Gesamtzuweisung für das Programm (vorgeschlagen oder angenommen)	Datum des Beschlusses (oder des Vorschlags), veröffentlicht im Amtsblatt (oder im Dokument)
B6-5 4	ERSCHLIESSUNG UND NUTZUNG DER BIOLOGISCHEN RESSOURCEN				
B6-5 4 1	***Biotechnologie***				
B6-5 4 1 1	BRIDGE (Biotechnologie)	PC	1985-1989	75 000 000	12. März 1985 (ABl. Nr. L 83 vom 25. 3. 1985)
					29. Juni 1988 (ABl. Nr. L 206 vom 30. 7. 1988)
		NP	1990-1994	100 000 000	27. November 1989 (ABl. Nr. L 360 vom 9. 12. 1989)
				(99 000 000)	Änderungsvorschlag vom 1. Februar 1991 (ABl. Nr. C 53 vom 28. 2. 1991)
B6-5 4 2	***Agroindustrielle Technologien***				
B6-5 4 2 1	ECLAIR (Biotechnologische, agroindustrielle Forschung und technologische Entwicklung)		1. 7. 1988-30. 6. 1993	80 000 000	23. Februar 1989 (ABl. Nr. L 60 vom 3. 3. 1989)
				(79 000 000)	Änderungsvorschlag vom 1. Februar 1991 (ABl. Nr. C 53 vom 28. 2. 1991)
B6-5 4 2 2	FLAIR (Lebensmittelwissenschaft und -technologie)		1. 7. 1989-30. 6. 1993	25 000 000	20. Juni 1989 (ABl. Nr. L 200 vom 13. 7. 1989)
B6-5 4 3	***Landwirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit und Bewirtschaftung der landwirtschaftlichen Ressourcen***				
B6-5 4 3 1	Koordination der Agrarforschung	AP	1984-1988	30 000 000	12. Dezember 1983 (ABl. Nr. L 358 vom 22. 12. 1983)
		NP	1989-1993	55 000 000	26. Februar 1990 (ABl. Nr. L 58 vom 7. 3. 1990)
B6-5 5	ENERGIE				
B6-5 5 1	***Kernspaltung — Nukleare Sicherheit***				
B6-5 5 1 1	Kernspaltung — Bewirtschaftung und Lagerung radioaktiver Abfälle	PC	1985-1989	62 000 000	12. März 1985 (ABl. Nr. L 83 vom 25. 3. 1985)
		NP	1990-1994	79 600 000	15. Dezember 1989 (ABl. Nr. L 395 vom 30. 12. 1989)
				(78 600 000)	Änderungsvorschlag vom 1. Februar 1991 (ABl. Nr. C 53 vom 28. 2. 1991)
B6-5 5 1 2	Kernspaltung — Stillegung von kerntechnischer Anlagen	AP	1984-1988	12 100 000	31. Januar 1984 (ABl. Nr. L 36 vom 8. 2. 1984)
		NP	1989-1993	31 500 000	14. März 1989 (ABl. Nr. L 98 vom 11. 4. 1989)

AP = Altes Programm.
PC = Laufendes Programm.
NP = Neues Programm.

KOMMISSION

Teil B — Anlage I

(Forschung und technologische Entwicklung)

MEHRJAHRESFÄLLIGKEITSPLAN DER VERPFLICHTUNGS- UND ZAHLUNGSERMÄCHTIGUNGEN

nach Forschungszielen der Rahmenprogramme 1987-1991 und 1990-1994

Rechtsgrundlagen *(Fortsetzung)*

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung		Dauer der Aktion	Gesamtzuweisung für das Programm (vorgeschlagen oder angenommen)	Datum des Beschlusses (oder des Vorschlags), veröffentlicht im Amtsblatt (oder im Dokument)
B6-5 5 1 3	TELEMAN (Fernsteuerung im Katastrophenschutz und in unbekanntem Umfeld)		1989-1993	19 000 000	18. Juli 1989 (ABl. Nr. L 226 vom 3. 8. 1989)
B6-5 5 2	***Gesteuerte thermonukleare Fusion***				
B6-5 5 2 1	Kontrollierte thermonukleare Fusion — Hauptprogramm	PC	1985-1989	360 000 000	12. März 1985 (ABl. Nr. L 83 vom 25. 3. 1985)
		NP	1. 1. 1988-31. 3. 1992	406 000 000	25. Juli 1988 (ABl. Nr. L 222 vom 12. 8. 1988)
				(401 000 000)	Änderungsvorschlag vom 1. Februar 1991 (ABl. Nr. C 53 vom 28. 2. 1991)
B6-5 5 2 2	Kontrollierte thermonukleare Fusion — Beteiligung an dem gemeinsamen Unternehmen JET	PC	1985-1989	330 000 000	12. März 1985 (ABl. Nr. L 83 vom 25. 3. 1985)
		NP	1. 1. 1988-31. 3. 1992	329 000 000	25. Juli 1988 (ABl. Nr. L 222 vom 12. 8. 1988)
B6-5 5 3	***Nichtnukleare Energie und rationelle Energienutzung***				
B6-5 5 3 1	JOULE (Nichtnukleare Energien und rationelle Energienutzung)	AP	1985-1988	175 000 000	12. März 1985 (ABl. Nr. L 83 vom 25. 3. 1985)
		PC	1. 1. 1989-31. 3. 1992	122 000 000	14. März 1989 (ABl. Nr. L 98 vom 11. 4. 1989)
				(162 000 000)	Änderungsvorschlag vom 1. Februar 1991 (ABl. Nr. C 53 vom 28. 2. 1991)
B6-5 6	WISSENSCHAFT UND TECHNIK IM DIENSTE DER ENTWICKLUNG				
B6-5 6 1	***Wissenschaft und Technik im Dienste der Entwicklung***				
B6-5 6 1 1	Wissenschaft und Technik im Dienste der Entwicklung	AP	1983-1986	40 000 000	3. Dezember 1982 (ABl. Nr. L 352 vom 14. 12. 1982)
		PC	1987-1991	80 000 000	14. Dezember 1987 (ABl. Nr. L 355 vom 17. 12. 1987)
				(79 000 000)	Änderungsvorschlag vom 1. Februar 1991 (ABl. Nr. C 53 vom 28. 2. 1991)

AP = Altes Programm.
PC = Laufendes Programm.
NP = Neues Programm.

KOMMISSION

Teil B — Anlage I

(Forschung und technologische Entwicklung)

MEHRJAHRESFÄLLIGKEITSPLAN DER VERPFLICHTUNGS- UND ZAHLUNGSERMÄCHTIGUNGEN

nach Forschungszielen der Rahmenprogramme 1987-1991 und 1990-1994

Rechtsgrundlagen *(Fortsetzung)*

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung		Dauer der Aktion	Gesamtzuweisung für das Programm (vorgeschlagen oder angenommen)	Datum des Beschlusses (oder des Vorschlags), veröffentlicht im Amtsblatt (oder im Dokument)
B6-5 7	NUTZUNG DES MEERESBODENS UND DER MEERESRESSOURCEN				
B6-5 7 1	***Meereswissenschaft und -technologien***				
B6-5 7 1 1	MAST (Meereswissenschaft und -technologie)		28. 6. 1989-27. 6. 1992	50 000 000	20. Juni 1989 (ABl. Nr. L 200 vom 13. 7. 1989)
				(49 000 000)	Änderungsvorschlag vom 1. Februar 1991 (ABl. Nr. C 53 vom 28. 2. 1991)
B6-5 7 2	***Fischereiwesen***				
B6-5 7 2 1	Forschungsprogramme im Fischereisektor		1988-1992	30 000 000	19. Oktober 1987 (ABl. Nr. L 314 vom 4. 11. 1987)
B6-5 8	VERBESSERUNG DER EUROPÄISCHEN ZUSAMMENARBEIT IN WISSENSCHAFT UND TECHNIK				
B6-5 8 1	***Stimulierung zur Verstärkung des europäischen wissenschaftlichen und technischen Potentials***				
B6-5 8 1 1	SCIENCE (Stimulierung der internationalen Zusammenarbeit und des Austausches für europäische Forscher)	AP	1983-1984	7 000 000	28. Juni 1983 (ABl. Nr. L 181 vom 6. 7. 1983
		PC	1985-1988	60 000 000	12. März 1985 (ABl. Nr. L 83 vom 25. 3. 1985)
		NP	1988-1992	167 000 000	29. Juni 1988 (ABl. Nr. L 206 vom 30. 7. 1988)
				(165 000 000)	Änderungsvorschlag vom 1. Februar 1991 (ABl. Nr. C 53 vom 28. 2. 1991)
B6-5 8 1 2	SPES (Plan zur Stimulierung der Wirtschaftswissenschaften)		1989-1992	6 000 000	13. Februar 1989 (ABl. Nr. L 44 vom 16. 2. 1989)
B6-5 8 2	***Benutzung von Großgeräten***				
B6-5 8 2 1	Zuschüsse zu Großgeräten		1988-1992	30 000 000	14. März 1989 (ABl. Nr. L 98 vom 11. 4. 1989)
B6-5 8 3	***Vorausschau und Bewertung und sonstige Unterstützungsaktionen***				
B6-5 8 3 1	MONITOR (SAST, FAST und SPEAR) (Strategische Analyse, Vorausschau und Bewertung im Bereich von Forschung und Technologie)		27. 6. 1989-26. 6. 1993	22 000 000	20. Juni 1989 (ABl. Nr. L 200 vom 13. 7. 1989)

AP = Altes Programm.
PC = Laufendes Programm.
NP = Neues Programm.

KOMMISSION

Teil B — Anlage I

(Forschung und technologische Entwicklung)

MEHRJAHRESFÄLLIGKEITSPLAN DER VERPFLICHTUNGS- UND ZAHLUNGSERMÄCHTIGUNGEN

nach Forschungszielen der Rahmenprogramme 1987-1991 und 1990-1994

Rechtsgrundlagen *(Fortsetzung)*

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung		Dauer der Aktion	Gesamtzuweisung für das Programm (vorgeschlagen oder angenommen)	Datum des Beschlusses (oder des Vorschlags), veröffentlicht im Amtsblatt (oder im Dokument)
B6-5 8 3 2	DOSES (Entwicklung von Expertensystemen für statistische Zwecke)		20. 6. 1989-19. 6. 1993	4 000 000	20. Juni 1989 (ABl. Nr. L 200 vom 13. 7. 1989)
B6-5 8 4	***Verbreitung und Auswertung der Ergebnisse der europäischen wissenschaftlichen und technischen Forschung***				
B6-5 8 4 1	VALUE (Verbreitung und Nutzung der Ergebnisse der wissenschaftlichen und technischen Forschung)		27. 6. 1989-26. 6. 1993	38 000 000	20. Juni 1989 (ABl. Nr. L 200 vom 13. 7. 1989)
B6-5 8 4 2	EUROTRA (Maschinelles Übersetzungssystem modernster Konzeption)	PC	1989-1990	7 000 000	20. Juni 1989 (ABl. Nr. L 200 vom 13. 7. 1989)
		NP	1. 7. 1990-1. 7. 1992	10 000 000	26. November 1990 (ABl. Nr. L 358 vom 21. 12. 1990)
B6-6	**INDIREKTE AKTIONEN (AKTIONEN AUF KOSTENTEILUNGSBASIS), KONZERTIERTE AKTIONEN UND ERGÄNZENDE PROGRAMME — RAHMENPROGRAMM 1990-1994**				
B6-6 1	GRUNDLEGENDE TECHNOLOGIEN				
B6-6 1 1	***Informations- und Kommunikationstechnologien***				
B6-6 1 1 1	Informationstechnologie		1990-1994	1 338 480 000	8. Juli 1991 (ABl. Nr. L 218 vom 6. 8. 1991)
B6-6 1 1 2	Kommunikationstechnologien		1990-1994	484 110 000	7. Juni 1991 (ABl. Nr. L 192 vom 16. 7. 1991)
B6-6 1 1 3	Allgemein relevante Telematiksysteme		1990-1994	376 200 000	7. Juni 1991 (ABl. Nr. L 192 vom 16. 7. 1991)
B6-6 1 2	***Industrielle und Werkstofftechnologien***				
B6-6 1 2 1	Industrielle und Werkstofftechnologien		1990-1994	663 300 000	9. September 1991 (ABl. Nr. L 269 vom 25. 9. 1991)
B6-6 1 2 2	Messungen und Versuche		1990-1994	49 500 000	Vorschlag vom 3. Mai 1990 (ABl. Nr. C 174 vom 16. 7. 1990) Änderung vom 10. Dezember 1991 (ABl. Nr. C 4 vom 8. 1. 1992)

AP = Altes Programm.
PC = *Laufendes Programm.*
NP = Neues Programm.

KOMMISSION

Teil B — Anlage I
(Forschung und technologische Entwicklung)

MEHRJAHRESFÄLLIGKEITSPLAN DER VERPFLICHTUNGS- UND ZAHLUNGSERMÄCHTIGUNGEN

nach Forschungszielen der Rahmenprogramme 1987-1991 und 1990-1994

Rechtsgrundlagen *(Fortsetzung)*

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	Dauer der Aktion	Gesamtzuweisung für das Programm (vorgeschlagen oder angenommen)	Datum des Beschlusses (oder des Vorschlags), veröffentlicht im Amtsblatt (oder im Dokument)
B6-6 2	BEWIRTSCHAFTUNG DER NATÜRLICHEN RESSOURCEN			
B6-6 2 1	***Umwelt***			
B6-6 2 1 1	Umwelt	1990-1994	257 400 000	7. Juni 1991 (ABl. Nr. L 192 vom 16. 7. 1991)
B6-6 2 1 2	Meereswissenschaften und -technologien	1990-1994	102 960 000	7. Juni 1991 (ABl. Nr. L 192 vom 16. 7. 1991)
B6-6 2 2	***Biowissenschaften und -technologien***			
B6-6 2 2 1	Biotechnologie	1990-1994	162 360 000	Vorschlag vom 3. Mai 1990 (ABl. Nr. C 174 vom 16. 7. 1990) Änderung vom 18. Oktober 1991 (ABl. Nr. C 289 vom 7. 11. 1991)
B6-6 2 2 2	Landwirtschaft und Agrarindustrie sowie Fischerei	1990-1994	329 670 000	9. September 1991 (ABl. Nr. L 265 vom 21. 9. 1991)
B6-6 2 2 3	Biomedizin und Gesundheitswesen	1990-1994	131 670 000	9. September 1991 (ABl. Nr. L 267 vom 24. 9. 1991)
B6-6 2 2 4	Biowissenschaften und -technologien für die Entwicklungsländer	1990-1994	109 890 000	7. Juni 1991 (ABl. Nr. L 196 vom 19. 7. 1991)
B6-6 2 3	***Energie***			
B6-6 2 3 1	Nichtnukleare Energie	1990-1994	155 430 000	9. September 1991 (ABl. Nr. L 257 vom 14. 9. 1991)
B6-6 2 3 2	Sicherheit der Kernspaltung	1990-1994	36 630 000	28. November 1991 (ABl. Nr. L 336 vom 7. 12. 1991)
B6-6 2 3 3	Kontrollierte thermonukleare Fusion	1990-1994	412 830 000	Vorschlag vom 3. Oktober 1990 (ABl. Nr. C 261 vom 16. 10. 1990)
B6-6 3	VALORISIERUNG DER INTELLEKTUELLEN RESSOURCEN			
B6-6 3 1	***Mensch und Mobilität***			
B6-6 3 1 1	Mensch und Mobilität	1990-1994	488 070 000	Vorschlag vom 3. Mai 1990 (ABl. Nr. C 174 vom 16. 7. 1990) Änderung vom 24. Juni 1991 (ABl. Nr. C 188 vom 19. 7.1991)

AP = Altes Programm.
PC = Laufendes Programm.
NP = Neues Programm.

KOMMISSION

Teil B — Anlage I
(Forschung und technologische Entwicklung)

MEHRJAHRESFÄLLIGKEITSPLAN DER VERPFLICHTUNGS- UND ZAHLUNGSERMÄCHTIGUNGEN

nach Forschungszielen der Rahmenprogramme 1987-1991 und 1990-1994

Rechtsgrundlagen *(Fortsetzung)*

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	Dauer der Aktion	Gesamtzuweisung für das Programm (vorgeschlagen oder angenommen)	Datum des Beschlusses (oder des Vorschlags), veröffentlicht im Amtsblatt (oder im Dokument)
B6-7	**AKTIONEN ZUR VERBREITUNG UND VERWERTUNG DER ERGEBNISSE — RAHMENPROGRAMM 1990-1994**			
B6-7 1	VERBREITUNG UND VERWERTUNG DER ERGEBNISSE			
B6-7 1 1	***Verbreitung und Verwertung der Ergebnisse***	1990-1994	57 000 000	Vorschlag vom 17. Dezember 1990 (ABl. Nr. C 53 vom 28. 2. 1991)

AP = Altes Programm.
PC = Laufendes Programm.
NP = Neues Programm.

KOMMISSION

Teil B — Anlage I

(Forschung und technologische Entwicklung)

MEHRJAHRESFÄLLIGKEITSPLAN DER

nach Forschungszielen der

Genehmigte Programme

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	Verpflichtungen						
		Ausgaben ≤ 1989 (1)	Ausgaben 1990 (2)	Mittel 1991 (3)	Mittel 1992	1993	1994	1995 und spätere Haushaltsjahre
B6-1	**GEMEINSAME FORSCHUNGSSTELLE — PERSONAL UND DURCHFÜHRUNGSMITTEL**							
B6-1 1	PERSONAL							
B6-1 1 1	***Ausgaben für die mit der Institution verbundenen Personen***							
	— im Rahmenprogramm verwendetes Personal				105 076	111 097	120 502	—
	— außerhalb des Rahmenprogramms verwendetes Personal				50 780 (6)	54 716	57 609	—
	Artikel B6-1 1 1 insgesamt				155 856 (6)	165 813	178 111	—
B6-1 2	DURCHFÜHRUNGSMITTEL							
	— für das Rahmenprogramm verwendete Mittel				36 357	34 958	35 533	—
	— außerhalb des Rahmenprogramms verwendete Mittel				11 740	11 869	12 397	—
	KAPITEL B6-1 2 INSGESAMT				48 097	46 827	47 930	—

AP = Altes Programm.

PC = Laufendes Programm.

NP = Neues Programm.

(1) Endgültige Verpflichtungen (einschließlich der annullierten Verpflichtungen, wodurch Mittel verfügbar werden).

(2) Zu Lasten der Mittel 1990 und der Restmittel 1989 im Jahr 1990 eingegangene Verpflichtungen.

(3) Einschließlich noch vorhandener Verpflichtungsermächtigungen aus dem Haushaltsjahr 1990.

(4) Endgültige Ausführung.

(5) Einschließlich noch vorhandener Zahlungsermächtigungen aus dem Haushaltsjahr 1990.

(6) Davon sind 6 439 829 ECU für das Ergänzungsprogramm HFR bestimmt.

KOMMISSION

Teil B — Anlage I

(Forschung und technologische Entwicklung)

VERPFLICHTUNGS- UND ZAHLUNGSERMÄCHTIGUNGEN

Rahmenprogramme 1987-1991 und 1990-1994

oder bewilligte Mittel

(in Tausend ECU)

	Zahlungen							
Insgesamt	Ausgaben ≤ 1989 (4)	Ausgaben 1990 (4)	Mittel 1991 (5)	Mittel 1992	1993	1994	1995 und spätere Haushalts-jahre	Insgesamt
336 675				105 076	111 097	120 502	—	336 675
163 105				50 780 (6)	54 716	57 609	—	163 105
499 780				155 856 (6)	165 813	178 111	—	499 780
106 848				24 455	34 958	35 533	11 902	106 848
36 006				22 150	11 869	12 397	4 590	51 006
142 854				46 605	46 827	47 930	16 492	157 854

KOMMISSION

Teil B — Anlage I

(Forschung und technologische Entwicklung)

MEHRJAHRESFÄLLIGKEITSPLAN DER

nach Forschungszielen der

Genehmigte Programme

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	Verpflichtungen						
		Ausgaben ≤ 1989 (1)	Ausgaben 1990 (2)	Mittel 1991 (3)	Mittel 1992	1993	1994	1995 und spätere Haushaltsjahre
B6-3	**GEMEINSAME FORSCHUNGSSTELLE — DIREKTE OPERATIONELLE MITTEL RAHMENPROGRAMM 1990-1994**				37 369	32 037	32 618	
B6-3 1	GRUNDLEGENDE TECHNOLOGIEN							
B6-3 1 2	***Industrie- und Werkstofftechnologien***							
B6-3 1 2 1	Industrie- und Werkstofftechnologien				3 560	2 739	2 208	—
B6-3 1 2 2	Messungen und Prüfungen				4 029	5 180	5 419	—
	Artikel B6-3 1 2 insgesamt				7 589	7 919	7 627	—
	KAPITEL B6-3 1 INSGESAMT				7 589	7 919	7 627	—
B6-3 2	SCHONENDe NUTZUNG NATÜRLICHER RESSOURCEN							
B6-3 2 1	***Umwelt***							
B6-3 2 1 1	Umwelt				9 134	9 528	9 922	—
	Artikel B6-3 2 1 insgesamt				9 134	9 528	9 922	—
B6-3 2 3	***Energie***							
B6-3 2 3 2	Sicherheit der Kernspaltung				12 806	5 794	5 894	—

AP = Altes Programm.
PC = Laufendes Programm.
NP = Neues Programm.
(1) Endgültige Verpflichtungen (einschließlich der annullierten Verpflichtungen, wodurch Mittel verfügbar werden).
(2) Zu Lasten der Mittel 1990 und der Restmittel 1989 im Jahr 1990 eingegangene Verpflichtungen.
(3) Einschließlich noch vorhandener Verpflichtungsermächtigungen aus dem Haushaltsjahr 1990.
(4) Endgültige Ausführung.
(5) Einschließlich noch vorhandener Zahlungsermächtigungen aus dem Haushaltsjahr 1990.

KOMMISSION
Teil B — Anlage I
(Forschung und technologische Entwicklung)

VERPFLICHTUNGS- UND ZAHLUNGSERMÄCHTIGUNGEN

Rahmenprogramme 1987-1991 und 1990-1994

oder bewilligte Mittel *(Fortsetzung)*

(in Tausend ECU)

	Zahlungen							
Insgesamt	Ausgaben ≤ 1989 (4)	Ausgaben 1990 (4)	Mittel 1991 (5)	Mittel 1992	1993	1994	1995 und spätere Haushalts-jahre	Insgesamt
102 024				15 131	32 478	32 765	21 650	102 024
8 507				1 068	2 739	2 208	2 492	8 507
14 628				1 209	5 180	5 419	2 820	14 628
23 135				2 277	7 919	7 627	5 312	23 135
23 135				2 277	7 919	7 627	5 312	23 135
28 584				2 740	9 528	9 922	6 394	28 584
28 584				2 740	9 528	9 922	6 394	28 584
24 494				3 842	5 794	5 894	8 964	24 494

KOMMISSION

Teil B — Anlage I

(Forschung und technologische Entwicklung)

MEHRJAHRESFÄLLIGKEITSPLAN DER

nach Forschungszielen der

Genehmigte Programme

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	Verpflichtungen						
		Ausgaben ⩽ 1989 (1)	Ausgaben 1990 (2)	Mittel 1991 (3)	Mittel 1992	1993	1994	1995 und spätere Haushaltsjahre
B6-3 2 3 3	Kontrollierte thermonukleare Fusion				1 401	1 806	1 871	—
	Artikel B6-3 2 3 insgesamt				14 207	7 600	7 765	—
	KAPITEL B6-3 2 INSGESAMT				23 341	17 128	17 687	—
B6-3 3	NUTZUNG GEISTIGER RESSOURCEN							
B6-3 3 1	***Humankapital und Mobilität***				5 598	6 990	7 304	—
	Artikel B6-3 3 1 insgesamt				5 598	6 990	7 304	—
	KAPITEL B6-3 3 INSGESAMT				5 598	6 990	7 304	—
B6-3 5	EXPLORATORISCHE FORSCHUNG							
B6-3 5 1	***Exploratorische Forschung***				841	p.m.	p.m.	—
	Artikel B6-3 5 1 insgesamt				841	p.m.	p.m.	—
	KAPITEL B6-3 5 INSGESAMT				841	p.m.	p.m.	—
	Rahmenprogramm der Gemeinsamen Forschungsstelle insgesamt				**178 802**	**178 092**	**188 653**	—

AP = Altes Programm.
PC = Laufendes Programm.
NP = Neues Programm.
(1) Endgültige Verpflichtungen (einschließlich der annullierten Verpflichtungen, wodurch Mittel verfügbar werden).
(2) Zu Lasten der Mittel 1990 und der Restmittel 1989 im Jahr 1990 eingegangene Verpflichtungen.
(3) Einschließlich noch vorhandener Verpflichtungsermächtigungen aus dem Haushaltsjahr 1990.
(4) Endgültige Ausführung.
(5) Einschließlich noch vorhandener Zahlungsermächtigungen aus dem Haushaltsjahr 1990.

KOMMISSION

Teil B — Anlage I

(Forschung und technologische Entwicklung)

VERPFLICHTUNGS- UND ZAHLUNGSERMÄCHTIGUNGEN

Rahmenprogramme 1987-1991 und 1990-1994

oder bewilligte Mittel *(Fortsetzung)*

(in Tausend ECU)

	Zahlungen							
Insgesamt	Ausgaben ⩽ 1989 (4)	Ausgaben 1990 (4)	Mittel 1991 (5)	Mittel 1992	1993	1994	1995 und spätere Haushalts-jahre	Insgesamt
5 078				421	1 806	1 871	980	5 078
29 572				4 263	7 600	7 765	9 944	29 572
58 156				7 003	17 128	17 687	16 338	58 156
19 892				5 598	6 990	7 304	p.m.	19 892
19 892				5 598	6 990	7 304	p.m.	19 892
19 892				5 598	6 990	7 304	p.m.	19 892
841				253	441	147	p.m.	841
841				253	441	147	p.m.	841
841				253	441	147	p.m.	841
545 547				**144 662**	**178 533**	**188 800**	**33 552**	**545 547**

KOMMISSION

Teil B — Anlage I

(Forschung und technologische Entwicklung)

MEHRJAHRESFÄLLIGKEITSPLAN DER

nach Forschungszielen der

Genehmigte Programme

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung		Verpflichtungen						
			Ausgaben ⩽ 1989 (1)	Ausgaben 1990 (2)	Mittel 1991 (3)	Mittel 1992	1993	1994	1995 und spätere Haushaltsjahre
B6-5	**INDIREKTE AKTIONEN (AKTIONEN AUF KOSTENTEILUNGSBASIS) UND KONZERTIERTE AKTIONEN — RAHMENPROGRAMM 1987-1991**								
B6-5 1	LEBENSQUALITÄT								
B6-5 1 1	***Gesundheit***								
B6-5 1 1 1	Medizinische Forschung		46 351 249	17 372 722	7 021 655	p.m.	p.m.	p.m.	—
B6-5 1 1 2	Analyse des menschlichen Genoms		—	2 979 506	12 000 000	600 000	p.m.	p.m.	p.m.
B6-5 1 2	***Strahlenschutz***								
B6-5 1 2 1	Strahlenschutz	AP	67 644 853	—	p.m.	—	—	—	—
		PC	—	16 736 249	4 200 000	p.m.	p.m.	p.m.	—
B6-5 1 3	***Umweltschutz***								
B6-5 1 3 1	STEP (Themen zum Umweltschutz, kulturellen Erbe, technologische Risiken und Brandsicherung) und EPOCH (Klimatologie der natürlichen Risiken)	AP	47 263 724	—	p.m.	—	—	—	—
		PC	71 608 631	4 142 464	p.m.	—	p.m.	—	—
		NP	5 697 677	65 493 628	38 700 783	5 100 000	p.m.	—	p.m.

AP = Altes Programm.
PC = Laufendes Programm.
NP = Neues Programm.
(1) Endgültige Verpflichtungen (einschließlich der annullierten Verpflichtungen, wodurch Mittel verfügbar werden).
(2) Zu Lasten der Mittel 1990 und der Restmittel 1989 im Jahr 1990 eingegangene Verpflichtungen.
(3) Einschließlich noch vorhandener Verpflichtungsermächtigungen aus dem Haushaltsjahr 1990.
(4) Endgültige Ausführung.
(5) Einschließlich noch vorhandener Zahlungsermächtigungen aus dem Haushaltsjahr 1990.
(6) Einschließlich Mittelübertragung Nr. 20/1991 (700 000 ECU).
(7) Einschließlich Mittelübertragung Nr. 20/1991 (3 000 000 ECU).
(8) Einschließlich Mittelübertragung Nr. 20/1991 (1 500 000 ECU).
(9) Einschließlich Mittelübertragung Nr. 20/1991 (6 000 000 ECU).

KOMMISSION

Teil B — Anlage I

(Forschung und technologische Entwicklung)

VERPFLICHTUNGS- UND ZAHLUNGSERMÄCHTIGUNGEN

Rahmenprogramme 1987-1991 und 1990-1994

oder bewilligte Mittel *(Fortsetzung)*

	Zahlungen							
Insgesamt	Ausgaben ⩽ 1989 (4)	Ausgaben 1990 (4)	Mittel 1991 (5)	Mittel 1992	1993	1994	1995 und spätere Haushaltsjahre	Insgesamt
70 745 626	25 572 959	15 886 254	13 200 000 (6)	6 700 000	5 300 000	4 086 413	p.m.	70 745 626
15 579 506	—	28 422	7 000 000 (7)	6 100 000	2 000 000	451 084	p.m.	15 579 506
67 644 853	51 612 614	10 273 439	2 500 000	1 500 000	1 500 000	258 800	p.m.	67 644 853
20 936 249	—	7 681 206	9 500 000 (8)	2 400 000	1 000 000	355 043	p.m.	20 936 249
47 263 724	47 005 975	87 847	169 902	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	47 263 724
75 751 095	45 897 844	12 809 359	6 830 098	2 200 000	2 500 000	2 500 000	3 013 794	75 751 095
114 992 088	—	10 663 621	37 000 000 (9)	32 800 000	18 300 000	12 000 000	4 228 467	114 992 088

KOMMISSION

Teil B — Anlage I

(Forschung und technologische Entwicklung)

MEHRJAHRESFÄLLIGKEITSPLAN DER

nach Forschungszielen der

Genehmigte Programme

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung		Verpflichtungen						
			Ausgaben ⩽ 1989 (1)	Ausgaben 1990 (2)	Mittel 1991 (3)	Mittel 1992	1993	1994	1995 und spätere Haushaltsjahre
B6-5 2	IN RICHTUNG AUF EINEN GROSSEN MARKT UND EINE INFORMATIONS- UND KOMMUNIKATIONSGESELLSCHAFT								
B6-5 2 1	***Informationstechnologien***								
B6-5 2 1 1	ESPRIT (Informationstechnologien)	AP	750 000 000	—	—	—	—	—	—
		PC	737 431 666	525 998 334	267 070 000	57 200 000	p.m.	p.m.	p.m.
B6-5 2 2	***Telekommunikation***								
B6-5 2 2 1	RACE (Fortgeschrittene Kommunikationstechnologien für Europa)	PC	399 794 805	47 425 195	80 280 000	17 100 000	p.m.	p.m.	p.m.
B6-5 2 3	***Neue Dienste von gemeinschaftlichem Interesse***								
B6-5 2 3 1	DELTA (Lerntechnologie)		16 990 508	2 963 443	p.m.	p.m.	—	—	—
B6-5 2 3 2	DRIVE (Straßenverkehrsinformatik und -telekommunikation)		33 949 280	22 694 297	3 293 500	p.m.	—	—	—
B6-5 2 3 3	AIM (Fortgeschrittene Informationsverarbeitung in der Medizin)		15 492 500	4 435 682	p.m.	p.m.	—	—	—
B6-5 2 3 4	EURET (Technologische Entwicklung im Verkehrswesen)		—	—	9 000 000	15 800 000	3 700 000	p.m.	p.m.

AP = Altes Programm.
PC = Laufendes Programm.
NP = Neues Programm.
(1) Endgültige Verpflichtungen (einschließlich der annullierten Verpflichtungen, wodurch Mittel verfügbar werden).
(2) Zu Lasten der Mittel 1990 und der Restmittel 1989 im Jahr 1990 eingegangene Verpflichtungen.
(3) Einschließlich noch vorhandener Verpflichtungsermächtigungen aus dem Haushaltsjahr 1990.
(4) Endgültige Ausführung.
(5) Einschließlich noch vorhandener Zahlungsermächtigungen aus dem Haushaltsjahr 1990.
(6) Einschließlich Mittelübertragung Nr. 20/1991 (50 000 000 ECU).
(7) Abzüglich Mittelübertragung Nr. 12/1991 (2 000 000 ECU).
(8) Davon 500 000 ECU überschüssige Zahlungsermächtigungen.

KOMMISSION

Teil B — Anlage I

(Forschung und technologische Entwicklung)

VERPFLICHTUNGS- UND ZAHLUNGSERMÄCHTIGUNGEN

Rahmenprogramme 1987-1991 und 1990-1994

oder bewilligte Mittel *(Fortsetzung)*

	Zahlungen							
Insgesamt	Ausgaben ⩽ 1989 (4)	Ausgaben 1990 (4)	Mittel 1991 (5)	Mittel 1992	1993	1994	1995 und spätere Haushaltsjahre	Insgesamt
750 000 000	659 577 403	36 055 100	31 112 965	20 000 000	3 254 532	p.m.	—	750 000 000
1 587 700 000	327 546 260	383 910 554	378 887 035 (6)	293 000 000	118 745 468	72 200 000	13 410 683	1 587 700 000
544 600 000	205 448 021	84 814 882	118 000 000	75 100 000	43 000 000	17 678 338	558 759	544 600 000
19 953 951	11 529 081	5 473 451	2 831 000	120 419	p.m.	p.m.	p.m.	19 953 951
59 937 077	19 241 878	16 911 663	14 000 000	7 800 000	1 983 536	—	—	59 937 077
19 928 182	10 535 890	6 274 241	2 500 000 (7) (8)	1 118 051	—	—	—	20 428 182 (8)
28 500 000	—	—	2 700 000	12 000 000	9 000 000	4 800 000	p.m.	28 500 000

KOMMISSION

Teil B — Anlage I

(Forschung und technologische Entwicklung)

MEHRJAHRESFÄLLIGKEITSPLAN DER

nach Forschungszielen der

Genehmigte Programme

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung		Verpflichtungen						
			Ausgaben ≤ 1989 (1)	Ausgaben 1990 (2)	Mittel 1991 (3)	Mittel 1992	1993	1994	1995 und spätere Haushaltsjahre
B6-5 3	MODERNISIERUNG DER INDUSTRIEZWEIGE								
B6-5 3 1	***Wissenschaft und Technologie der verarbeitenden Industrie und fortgeschrittener Werkstoffe***								
B6-5 3 1 1	BRITE (Technologische Grundlagenforschung und der Anwendung neuer Technologien)		183 142 048	p.m.	p.m.	p.m.	—	—	—
B6-5 3 1 2	BRITE / EURAM (Industrielle Fertigungstechnologien und Verwendung fortgeschrittener Werkstoffe)		100 131 157	154 627 342	210 171 763	34 600 000	p.m.	p.m.	p.m.
			1 000 000	—	—	—	—	—	—
B6-5 3 2	***Rohstoffe und Rückführung***								
B6-5 3 2 1	Primär-, Sekundär- und erneuerbare Rohstoffe	AP	120 655 460	—	p.m.	—	—	—	—
		PC	—	17 542 753	24 500 000	10 000 000	p.m.	p.m.	p.m.
B6-5 3 3	***Technische Normen, Meßmethoden und Referenzmaterialien***								
B6-5 3 3 1	Referenzbüro der Gemeinschaft (Angewandte Metrologie und chemische Analysen)	AP	35 136 937	—	—	—	—	—	—
		NP	18 557 820	14 952 960	21 291 002	4 000 000	p.m.	p.m.	p.m.

AP = Altes Programm.
PC = Laufendes Programm.
NP = Neues Programm.
(1) Endgültige Verpflichtungen (einschließlich der annullierten Verpflichtungen, wodurch Mittel verfügbar werden).
(2) Zu Lasten der Mittel 1990 und der Restmittel 1989 im Jahr 1990 eingegangene Verpflichtungen.
(3) Einschließlich noch vorhandener Verpflichtungsermächtigungen aus dem Haushaltsjahr 1990.
(4) Endgültige Ausführung.
(5) Einschließlich noch vorhandener Zahlungsermächtigungen aus dem Haushaltsjahr 1990.
(6) Abzüglich Mittelübertragung Nr. 20/1991 (7 000 000 ECU).
(7) Abzüglich Mittelübertragung Nr. 20/1991 (45 000 000 ECU).
(8) Einschließlich Mittelübertragung Nr. 20/1991 (9 000 000 ECU).

KOMMISSION

Teil B — Anlage I

(Forschung und technologische Entwicklung)

VERPFLICHTUNGS- UND ZAHLUNGSERMÄCHTIGUNGEN

Rahmenprogramme 1987-1991 und 1990-1994

oder bewilligte Mittel *(Fortsetzung)*

	Zahlungen							
Insgesamt	Ausgaben ⩽ 1989 (4)	Ausgaben 1990 (4)	Mittel 1991 (5)	Mittel 1992	1993	1994	1995 und spätere Haushalts-jahre	Insgesamt
183 142 048	112 469 076	26 299 310	18 500 000 (6)	12 400 000	13 000 000	473 662	p.m.	183 142 048
499 530 262	24 691 992	79 259 981	115 395 000 (7)	114 900 000	117 100 000	40 000 000	8 183 289	499 530 262
1 000 000	400 000	600 000	—	—	—	—	—	1 000 000
120 655 460	100 191 296	9 149 827	4 200 000	2 700 000	3 000 000	1 414 338	p.m.	120 655 460
52 042 753	—	1 733 030	17 500 000 (8)	20 000 000	3 500 000	5 000 000	4 309 724	52 042 753
35 136 937	33 101 879	1 181 885	—	853 173	p.m.	p.m.	p.m.	35 136 937
58 801 781	6 451 566	10 098 961	13 500 000	11 946 827	7 000 000	5 000 000	4 804 428	58 801 781

KOMMISSION

Teil B — Anlage I

(Forschung und technologische Entwicklung)

MEHRJAHRESFÄLLIGKEITSPLAN DER

nach Forschungszielen der

Genehmigte Programme

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung		Verpflichtungen						
			Ausgaben ⩽ 1989 (1)	Ausgaben 1990 (2)	Mittel 1991 (3)	Mittel 1992	1993	1994	1995 und spätere Haushaltsjahre
B6-5 4	ERSCHLIESSUNG UND NUTZUNG DER BIOLOGISCHEN RESSOURCEN								
B6-5 4 1	***Biotechnologie***								
B6-5 4 1 1	BRIDGE (Biotechnologie)	AP	75 228 699	2 500	p.m.	p.m.	—	—	—
		NP	—	29 930 732	58 100 000	6 800 000	5 100 000	p.m.	p.m.
B6-5 4 2	***Agroindustrielle Technologien***								
B6-5 4 2 1	ECLAIR (Biotechnologische, agroindustrielle Forschung und technologische Entwicklung)		23 688 756	23 611 924	29 000 379	1 600 000	1 600 000	p.m.	p.m.
B6-5 4 2 2	FLAIR (Lebensmittelwissenschaft und -technologie)		590 583	10 863 104	12 200 991	1 100 000	1 100 000	p.m.	p.m.
B6-5 4 3	***Landwirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit und Bewirtschaftung der landwirtschaftlichen Ressourcen***								
B6-5 4 3 1	Koordination der Agrarforschung	AP	30 319 527	—	p.m.	p.m.	—	—	—
		NP	—	20 981 596	34 000 000	1 300 000	1 300 000	1 500 000	p.m.
B6-5 5	ENERGIE								
B6-5 5 1	***Kernspaltung — Nukleare Sicherheit***								
B6-5 5 1 1	Kernspaltung — Bewirtschaftung und Lagerung radioaktiver Abfälle	AP	61 473 004	730 000	p.m.	p.m.	—	—	—
		PC	—	29 892 539	26 900 000	11 000 000	6 700 000	2 600 000	p.m.
B6-5 5 1 2	Kernspaltung — Stillegung von kerntechnischer Anlagen	AP	12 098 973	—	p.m.	p.m.	—	—	—
		PC	7 768 412	12 493 975	11 941 837	800 000	800 000	p.m.	p.m.
B6-5 5 1 3	TELEMAN (Fernsteuerung im Katastrophenschutz und in unbekanntem Umfeld)		792 269	8 597 495	1 600 097	9 000 000	600 000	p.m.	p.m.

AP = Altes Programm.
PC = Laufendes Programm.
NP = Neues Programm.
(1) Endgültige Verpflichtungen (einschließlich der annullierten Verpflichtungen, wodurch Mittel verfügbar werden).
(2) Zu Lasten der Mittel 1990 und der Restmittel 1989 im Jahr 1990 eingegangene Verpflichtungen.
(3) Einschließlich noch vorhandener Verpflichtungsermächtigungen aus dem Haushaltsjahr 1990.
(4) Endgültige Ausführung.
(5) Einschließlich noch vorhandener Zahlungsermächtigungen aus dem Haushaltsjahr 1990.
(6) Einschließlich Mittelübertragung Nr. 20/1991 (2 500 000 ECU).
(7) Abzüglich Mittelübertragungen Nr. 12/1991 und 20/1991 (8 300 000 ECU).

KOMMISSION
Teil B — Anlage I
(Forschung und technologische Entwicklung)

VERPFLICHTUNGS- UND ZAHLUNGSERMÄCHTIGUNGEN

Rahmenprogramme 1987-1991 und 1990-1994

oder bewilligte Mittel *(Fortsetzung)*

	Zahlungen							
Insgesamt	Ausgaben ≤ 1989 (4)	Ausgaben 1990 (4)	Mittel 1991 (5)	Mittel 1992	1993	1994	1995 und spätere Haushaltsjahre	Insgesamt
75 231 199	55 804 347	11 841 484	7 585 368	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	75 231 199
99 930 732	—	8 071 623	25 414 632 (6)	28 000 000	15 900 000	12 000 000	10 544 477	99 930 732
79 501 058	5 478 648	9 401 535	14 200 000 (7)	17 200 000	21 300 000	9 000 000	2 920 876	79 501 058
25 854 678	389 697	2 746 493	7 200 000	6 400 000	6 000 000	3 000 000	118 489	25 854 678
30 319 527	19 293 533	6 263 798	4 500 000	262 197	p.m.	p.m.	p.m.	30 319 527
59 081 596	—	1 260 529	14 000 000	16 837 803	14 000 000	9 000 000	3 983 264	59 081 596
62 203 004	50 108 095	36 064	4 809 624	7 249 221	p.m.	p.m.	p.m.	62 203 004
77 092 539	—	11 030 661	16 190 376	13 950 779	15 000 000	11 000 000	9 920 723	77 092 539
12 098 973	10 222 991	830 894	69 649	975 439	p.m.	p.m.	p.m.	12 098 973
33 804 224	1 915 551	5 651 145	8 130 351	4 424 561	6 800 000	4 500 000	2 382 615	33 804 224
20 589 861	195 731	3 217 742	3 400 000	5 400 000	5 200 000	2 000 000	1 176 389	20 589 861

KOMMISSION

Teil B — Anlage I

(Forschung und technologische Entwicklung)

MEHRJAHRESFÄLLIGKEITSPLAN DER

nach Forschungszielen der

Genehmigte Programme

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung		Verpflichtungen						
			Ausgaben ≤ 1989 (1)	Ausgaben 1990 (2)	Mittel 1991 (3)	Mittel 1992	1993	1994	1995 und spätere Haushaltsjahre
B6-5 5 2	***Gesteuerte thermonukleare Fusion***								
B6-5 5 2 1	Kontrollierte thermonukleare Fusion — Hauptprogramm	AP	458 474 343	—	—	—	—	—	—
		AP	385 853 534	—	—	—	—	—	—
		PC	182 429 982	112 778 106	41 900 000	24 400 000	p.m.	p.m.	p.m.
B6-5 5 2 2	Kontrollierte thermonukleare Fusion — Beteiligung an dem gemeinsamen Unternehmen JET	AP	317 299 099	—	p.m.	—	—	—	—
		PC	18 000 000	79 000 000	75 000 000 (6)	3 000 000	p.m.	p.m.	p.m.
B6-5 5 3	***Nichtnukleare Energie und rationelle Energienutzung***								
B6-5 5 3 1	JOULE (Nichtnukleare Energien und rationelle Energienutzung)	AP	173 103 179	—	—	—	—	—	—
		PC	18 906 685	89 887 005	50 910 622	1 100 000	p.m.	p.m.	p.m.
B6-5 6	WISSENSCHAFT UND TECHNIK IM DIENSTE DER ENTWICKLUNG								
B6-5 6 1	***Wissenschaft und Technik im Dienste der Entwicklung***								
B6-5 6 1 1	Wissenschaft und Technik im Dienste der Entwicklung	AP	42 027 873	—	—	—	—	—	—
		NP	63 764 249	13 884 712	7 113 502	p.m.	p.m.	p.m.	—

AP = Altes Programm.

PC = Laufendes Programm.

NP = Neues Programm.

(1) Endgültige Verpflichtungen (einschließlich der annullierten Verpflichtungen, wodurch Mittel verfügbar werden).

(2) Zu Lasten der Mittel 1990 und der Restmittel 1989 im Jahr 1990 eingegangene Verpflichtungen.

(3) Einschließlich noch vorhandener Verpflichtungsermächtigungen aus dem Haushaltsjahr 1990.

(4) Endgültige Ausführung.

(5) Einschließlich noch vorhandener Zahlungsermächtigungen aus dem Haushaltsjahr 1990.

(6) Einschließlich Mittelübertragung Nr. 28/1991 (6 000 000 ECU aus Kapitel B0-4 0).

(7) Abzüglich Mittelübertragung Nr. 20/1991 (8 000 000 ECU).

KOMMISSION
Teil B — Anlage I
(Forschung und technologische Entwicklung)

VERPFLICHTUNGS- UND ZAHLUNGSERMÄCHTIGUNGEN

Rahmenprogramme 1987-1991 und 1990-1994

oder bewilligte Mittel *(Fortsetzung)*

	Zahlungen							
Insgesamt	Ausgaben ⩽ 1989 (4)	Ausgaben 1990 (4)	Mittel 1991 (5)	Mittel 1992	1993	1994	1995 und spätere Haushaltsjahre	Insgesamt
458 474 343	456 594 808	833 564	409 535	636 436	p.m.	p.m.	p.m.	458 474 343
385 853 534	335 321 285	21 191 814	15 755 472	10 000 000	2 500 000	1 084 963	p.m.	385 853 534
361 508 088	48 417 512	101 157 346	78 834 993	50 966 047	40 000 000	30 000 000	12 132 190	361 508 088
317 299 099	317 298 129	—	970	p.m.	p.m.	p.m.	p.m.	317 299 099
175 000 000	18 000 000	79 000 000	74 999 030 (6)	3 000 000	970	p.m.	p.m.	175 000 000
173 103 179	140 525 509	15 820 203	11 577 670	5 179 797	p.m.	p.m.	p.m.	173 103 179
160 804 312	4 248 221	45 986 014	31 422 330 (7)	26 020 203	31 000 000	15 000 000	7 127 544	160 804 312
42 027 873	41 368 807	193 213	359 067	106 786	p.m.	p.m.	p.m.	42 027 873
84 762 463	26 242 328	17 422 555	16 640 933	9 693 214	8 000 000	5 500 000	1 263 433	84 762 463

KOMMISSION

Teil B — Anlage I
(Forschung und technologische Entwicklung)

MEHRJAHRESFÄLLIGKEITSPLAN DER

nach Forschungszielen der

Genehmigte Programme

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung		Verpflichtungen						
			Ausgaben ⩽ 1989 (1)	Ausgaben 1990 (2)	Mittel 1991 (3)	Mittel 1992	1993	1994	1995 und spätere Haushaltsjahre
B6-5 7	NUTZUNG DES MEERESBODENS UND DER MEERESRESSOURCEN								
B6-5 7 1	***Meereswissenschaft und -technologien***								
B6-5 7 1 1	MAST (Meereswissenschaft und -technologie)		3 481 859	32 799 423	11 504 328	2 200 000	p.m.	p.m.	p.m.
B6-5 7 2	***Fischereiwesen***								
B6-5 7 2 1	Forschungsprogramme im Fischereisektor		13 474 758	9 483 241	12 000 000	1 200 000	p.m.	p.m.	p.m.
B6-5 8	VERBESSERUNG DER EUROPÄISCHEN ZUSAMMENARBEIT IN WISSENSCHAFT UND TECHNIK								
B6-5 8 1	***Stimulierung zur Verstärkung des europäischen wissenschaftlichen und technischen Potentials***								
B6-5 8 1 1	SCIENCE (Stimulierung der internationalen Zusammenarbeit und des Austausches für europäische Forscher)	AP	66 656 450	—	—	—	—	—	—
		PC	68 467 085	34 993 398	49 990 814	13 500 000	p.m.	p.m.	p.m.
B6-5 8 1 2	SPES (Plan zur Stimulierung der Wirtschaftswissenschaften)	PC	947 895	2 283 321	2 001 442	1 000 000	p.m.	p.m.	p.m.
			—	—	5 900 000 (8)	—	—	—	—
B6-5 8 2	***Benutzung von Großgeräten***								
B6-5 8 2 1	Zuschüsse zu Großgeräten		6 928 076	7 999 947	8 001 279	7 100 000	p.m.	p.m.	p.m.

AP = Altes Programm.
PC = Laufendes Programm.
NP = Neues Programm.
(1) Endgültige Verpflichtungen (einschließlich der annullierten Verpflichtungen, wodurch Mittel verfügbar werden).
(2) Zu Lasten der Mittel 1990 und der Restmittel 1989 im Jahr 1990 eingegangene Verpflichtungen.
(3) Einschließlich noch vorhandener Verpflichtungsermächtigungen aus dem Haushaltsjahr 1990.
(4) Endgültige Ausführung.
(5) Einschließlich noch vorhandener Zahlungsermächtigungen aus dem Haushaltsjahr 1990.
(6) Abzüglich Mittelübertragung Nr. 20/1991 (1 500 000 ECU).
(7) Abzüglich Mittelübertragung Nr. 20/1991 (5 000 000 ECU).
(8) Einschließlich Mittelübertragung Nr. 10/1991 (4 500 000 ECU Verpflichtungsermächtigungen und 1 000 000 ECU Zahlungsermächtigungen aus Kapitel B0-4 0).
(9) Davon sind 500 000 ECU in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

KOMMISSION
Teil B — Anlage I
(Forschung und technologische Entwicklung)

VERPFLICHTUNGS- UND ZAHLUNGSERMÄCHTIGUNGEN

Rahmenprogramme 1987-1991 und 1990-1994

oder bewilligte Mittel *(Fortsetzung)*

	Zahlungen							
Insgesamt	Ausgaben ⩽ 1989 (4)	Ausgaben 1990 (4)	Mittel 1991 (5)	Mittel 1992	1993	1994	1995 und spätere Haushaltsjahre	Insgesamt
49 985 610	357 805	13 498 527	13 700 000 (6)	9 100 000	7 900 000	4 000 000	1 429 278	49 985 610
36 157 999	1 586 280	4 806 566	8 200 000	9 400 000	6 500 000	4 500 000	1 165 153	36 157 999
66 656 450	55 681 696	7 096 455	1 824 754	1 300 000	753 545	p.m.	p.m.	66 656 450
166 951 297	20 523 696	27 387 104	33 175 246 (7)	34 100 000	28 300 000	15 000 000	8 465 251	166 951 297
6 232 658	383 249	984 956	1 800 000	2 200 000	700 000	164 453	p.m.	6 232 658
5 900 000	—	—	1 500 000 (8) (9)	—	1 300 000	1 200 000	1 900 000	5 900 000
30 029 302	3 555 403	3 959 960	8 000 000	7 900 000	4 200 000	2 000 000	413 939	30 029 302

KOMMISSION

Teil B — Anlage I
(Forschung und technologische Entwicklung)

MEHRJAHRESFÄLLIGKEITSPLAN DER

nach Forschungszielen der

Genehmigte Programme

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung		Verpflichtungen						
			Ausgaben ≤ 1989 (1)	Ausgaben 1990 (2)	Mittel 1991 (3)	Mittel 1992	1993	1994	1995 und spätere Haushaltsjahre
B6-5 8 3	***Vorausschau und Bewertung und sonstige Unterstützungsaktionen***								
B6-5 8 3 1	MONITOR (SAST, FAST und SPEAR) (Strategische Analyse, Vorausschau und Bewertung im Bereich von Forschung und Technologie)	AP	8 444 294	—	—	—	—	—	—
		PC	4 946 096	7 233 511	5 615 634	3 300 000	1 600 000	p.m.	p.m.
B6-5 8 3 2	DOSES (Entwicklung von Expertensystemen für statistische Zwecke)		500 000	1 730 349	1 255 000	500 000	p.m.	p.m.	p.m.
B6-5 8 4	***Verbreitung und Auswertung der Ergebnisse der europäischen wissenschaftlichen und technischen Forschung***								
B6-5 8 4 1	VALUE (Verbreitung und Nutzung der Ergebnisse der wissenschaftlichen und technischen Forschung)		6 477 697	11 422 303	10 000 000	8 600 000	1 500 000	—	—
B6-5 8 4 2	EUROTRA (Maschinelles Übersetzungssystem modernster Konzeption)	PC	4 641 525	2 357 944	—	—	—	—	—
		NP	—	—	9 000 000	1 000 000	p.m.	—	—

AP = Altes Programm.
PC = Laufendes Programm.
NP = Neues Programm.
(1) Endgültige Verpflichtungen (einschließlich der annullierten Verpflichtungen, wodurch Mittel verfügbar werden).
(2) Zu Lasten der Mittel 1990 und der Restmittel 1989 im Jahr 1990 eingegangene Verpflichtungen.
(3) Einschließlich noch vorhandener Verpflichtungsermächtigungen aus dem Haushaltsjahr 1990.
(4) Endgültige Ausführung.
(5) Einschließlich noch vorhandener Zahlungsermächtigungen aus dem Haushaltsjahr 1990.
(6) Einschließlich Mittelübertragung Nr. 20/1991 (3 600 000 ECU).
(7) Einschließlich Mittelübertragungen Nr. 12/1991 und 20/1991 (4 000 000 ECU).
(8) Abzüglich Mittelübertragung Nr. 20/1991 (1 500 000 ECU).

KOMMISSION

Teil B — Anlage I

(Forschung und technologische Entwicklung)

VERPFLICHTUNGS- UND ZAHLUNGSERMÄCHTIGUNGEN

Rahmenprogramme 1987-1991 und 1990-1994

oder bewilligte Mittel *(Fortsetzung)*

	Zahlungen							
Insgesamt	Ausgaben ≤ 1989 (4)	Ausgaben 1990 (4)	Mittel 1991 (5)	Mittel 1992	1993	1994	1995 und spätere Haushaltsjahre	Insgesamt
8 444 294	8 318 855	25 494	p.m.	99 945	p.m.	p.m.	p.m.	8 444 294
22 695 242	2 773 327	4 749 295	9 600 000 (6)	5 000 055	300 000	100 000	172 565	22 695 242
3 985 349	197 644	1 290 188	1 500 000	997 517	p.m.	p.m.	p.m.	3 985 349
38 000 000	3 209 267	7 886 959	10 000 000 (7)	9 300 000	4 803 774	2 300 000	500 000	38 000 000
6 999 469	771 098	4 804 739	1 423 632	—	—	—	—	6 999 469
10 000 000	—	—	3 576 368 (8)	3 920 000	2 503 632	—	—	10 000 000

KOMMISSION

Teil B — Anlage I
(Forschung und technologische Entwicklung)

MEHRJAHRESFÄLLIGKEITSPLAN DER

nach Forschungszielen der

Genehmigte Programme

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	Verpflichtungen						
		Ausgaben ≤ 1989	Ausgaben 1990	Mittel 1991 (1)	Mittel 1992 (2)	1993	1994	1995 und spätere Haushaltsjahre
B6-6	**INDIREKTE AKTIONEN (AKTIONEN AUF KOSTENTEILUNGSBASIS), KONZERTIERTE AKTIONEN UND ERGÄNZENDE PROGRAMME — RAHMENPROGRAMM 1990-1994**							
B6-6 1	GRUNDLEGENDE TECHNOLOGIEN							
B6-6 1 1	***Informations- und Kommunikationstechnologien***							
B6-6 1 1 1	Informationstechnologie			179 458 000	384 402 000	512 000 000	262 620 000	—
B6-6 1 1 2	Kommunikationstechnologien			142 864 000 (3)	154 302 000 (4)	180 000 000	93 110 000	—
B6-6 1 1 3	Allgemein relevante Telematiksysteme			89 416 000 (5) (6)	178 584 000 (4)	90 000 000	58 200 000	—
B6-6 1 2	***Industrielle und Werkstofftechnologien***							
B6-6 1 2 1	Industrielle und Werkstofftechnologien			72 095 000	264 375 000	199 400 000	127 430 000	
B6-6 1 2 2	Messungen und Versuche			p.m. (7)	17 026 000 (4)	p.m.	p.m.	—
B6-6 2	BEWIRTSCHAFTUNG DER NATÜRLICHEN RESSOURCEN							
B6-6 2 1	***Umwelt***							
B6-6 2 1 1	Umwelt			33 473 000	124 627 000	86 710 000	16 550 000	—
B6-6 2 1 2	Meereswissenschaften und -technologien			11 844 000	34 686 000	39 600 000	16 830 000	—
B6-6 2 2	***Biowissenschaften und -technologien***							
B6-6 2 2 1	Biotechnologie			p.m. (8)	53 851 000 (4)	p.m.	p.m.	—

AP = Altes Programm.
PC = Laufendes Programm.
NP = Neues Programm.
(1) Diese Mittel sind in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.
(2) Eine pauschale Reserve von 11 925 000 ECU an Zahlungsermächtigungen ist in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.
(3) Einschließlich Mittelübertragung Nr. 21/1991 (86 116 000 ECU aus Verpflichtungsermächtigungen und 26 186 000 ECU aus Zahlungsermächtigungen).
(4) Die Mittelübertragung Nr. 21/1991 bedarf einer Mittelanpassung im Haushaltsjahr 1992.
(5) Davon sind 2 000 000 ECU in dem Posten eingesetzt.
(6) Einschließlich Mittelübertragung Nr. 21/1991 (40 000 000 ECU aus Verpflichtungsermächtigungen und 12 156 000 ECU aus Zahlungsermächtigungen).
(7) Abzüglich Mittelübertragung Nr. 21/1991 (7 724 000 ECU aus Verpflichtungsermächtigungen und 3 306 000 ECU aus Zahlungsermächtigungen).
(8) Abzüglich Mittelübertragung Nr. 21/1991 (15 449 000 ECU aus Verpflichtungsermächtigungen und 5 338 000 ECU aus Zahlungsermächtigungen).

KOMMISSION

Teil B — Anlage I

(Forschung und technologische Entwicklung)

VERPFLICHTUNGS- UND ZAHLUNGSERMÄCHTIGUNGEN

Rahmenprogramme 1987-1991 und 1990-1994

oder bewilligte Mittel *(Fortsetzung)*

	Zahlungen							
Insgesamt	Ausgaben ≤ 1989	Ausgaben 1990	Mittel 1991 (1)	Mittel 1992 (2)	1993	1994	1995 und spätere Haushaltsjahre	Insgesamt
1 338 480 000			53 984 000	134 925 000	341 000 000	447 000 000	361 571 000	1 338 480 000
570 276 000 (3) (4)			47 779 000 (3)	50 700 000 (4)	122 965 000	153 245 000	143 607 000	510 296 000 (3) (4)
416 200 000 (4) (6)			30 375 000 (5) (6)	49 775 000 (4)	109 333 000	113 275 000	85 598 000	388 356 000 (4) (6)
663 300 000			8 772 000	93 975 000	176 700 000	208 000 000	175 853 000	663 300 000
17 026 000 (4) (7)			p.m. (7)	5 290 000 (4)	p.m.	p.m.	p.m.	5 290 000 (4) (7)
261 360 000			16 195 000	37 113 000	78 400 000	79 700 000	49 952 000	261 360 000
102 960 000			6 073 000	9 600 000	27 300 000	34 100 000	25 887 000	102 960 000
53 851 000 (4) (8)			p.m. (8)	15 325 000 (4)	p.m.	p.m.	p.m.	15 325 000 (4) (8)

KOMMISSION

Teil B — Anlage I

(Forschung und technologische Entwicklung)

MEHRJAHRESFÄLLIGKEITSPLAN DER

nach Forschungszielen der

Genehmigte Programme

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	Verpflichtungen						
		Ausgaben ≤ 1989	Ausgaben 1990	Mittel 1991 (1)	Mittel 1992 (2)	1993	1994	1995 und spätere Haushaltsjahre
B6-6 2 2 2	Landwirtschaft und Agrarindustrie sowie Fischerei			81 048 000 (3)	90 483 000	115 830 000	42 309 000	—
B6-6 2 2 3	Biomedizin und Gesundheitswesen			12 874 000	36 626 000	59 400 000	22 770 000	—
B6-6 2 2 4	Biowissenschaften und -technologien für die Entwicklungsländer			16 479 000	47 871 000	22 770 000	22 770 000	—
B6-6 2 3	***Energie***							
B6-6 2 3 1	Nichtnukleare Energie			19 569 000	117 721 000	10 140 000	8 000 000	—
B6-6 2 3 2	Sicherheit der Kernspaltung			1 545 000	24 195 000	6 930 000	—	—
B6-6 2 3 3	Kontrollierte thermonukleare Fusion			p.m. (5)	141 238 000 (6)	p.m.	p.m.	—
B6-6 3	VALORISIERUNG DER INTELLEKTUELLEN RESSOURCEN							
B6-6 3 1	***Mensch und Mobilität***							
B6-6 3 1 1	Mensch und Mobilität			p.m. (7)	180 679 000 (6)	p.m.	p.m.	—
B6-7	**AKTIONEN ZUR VERBREITUNG UND VERWERTUNG DER ERGEBNISSE — RAHMENPROGRAMM 1990-1994**							
B6-7 1	VERBREITUNG UND VERWERTUNG DER ERGEBNISSE							
B6-7 1 1	***Verbreitung und Verwertung der Ergebnisse***			—	30 000 000	p.m.	p.m.	—

AP = Altes Programm.

PC = Laufendes Programm.

NP = Neues Programm.

(1) Diese Mittel sind in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

(2) Eine pauschale Reserve von 11 925 000 ECU an Zahlungsermächtigungen ist in Kapitel B0-4 0 eingesetzt.

(3) Einschließlich der Mittel aus dem vormaligen Posten B6-6 2 2 5 des Haushaltsjahres 1991 (45 000 000 ECU).

(4) Einschließlich Deckung für Zahlungsermächtigungen des vormaligen Posten B6-6 2 2 5 des Haushaltsjahres 1991 (Deckung in Höhe von 45 000 000 ECU); 11 925 000 ECU für Zahlungsermächtigungen des Haushaltsjahres 1992 werden in Kapitel B0-4 0 der Globalreserve für das Dritte Rahmenprogramm eingesetzt.

(5) Abzüglich Mittelübertragung Nr. 21/1991 (46 862 000 ECU aus Verpflichtungsermächtigungen und 67 480 000 ECU aus Zahlungsermächtigungen).

(6) Die Mittelübertragung Nr. 21/1991 bedarf einer Mittelanpassung im Haushaltsjahr 1992.

(7) Abzüglich Mittelübertragung Nr. 21/1991 (56 131 000 ECU aus Verpflichtungsermächtigungen und 22 950 000 ECU aus Zahlungsermächtigungen).

KOMMISSION

Teil B — Anlage I

(Forschung und technologische Entwicklung)

VERPFLICHTUNGS- UND ZAHLUNGSERMÄCHTIGUNGEN

Rahmenprogramme 1987-1991 und 1990-1994

oder bewilligte Mittel *(Fortsetzung)*

	Zahlungen							
Insgesamt	Ausgaben ⩽ 1989	Ausgaben 1990	Mittel 1991 (1)	Mittel 1992 (2)	1993	1994	1995 und spätere Haushaltsjahre	Insgesamt
329 670 000 (3)			p.m. (4)	38 712 000 (4)	p.m.	p.m. (4)	p.m. (4)	172 000 (4)
131 670 000			4 859 000	10 800 000	34 700 000	46 700 000	34 611 000	131 670 000
109 890 000			3 408 000	15 050 000	29 800 000	32 000 000	29 632 000	109 890 000
155 430 000			10 797 000	34 125 000	49 200 000	35 200 000	26 108 000	155 430 000
32 670 000			891 000	5 470 000	11 700 000	9 300 000	5 309 000	32 670 000
141 238 000 (5) (6)			p.m. (5)	44 925 000 (6)	p.m.	p.m.	p.m.	44 925 000 (5) (6)
180 679 000 (6) (7)			p.m. (7)	51 600 000 (6)	p.m.	p.m.	p.m.	51 600 000 (6) (7)
30 000 000			—	8 425 000	p.m.	p.m.	p.m.	8 425 000

KOMMISSION
Teil B

ANLAGE II

(Angaben über)

TEIL II DES HAUSHALTSPLANS: ANLEIHE- UND DARLEHENSTRANSAKTIONEN

ANLEIHEN UND DARLEHEN MIT GARANTIE AUS DEM GESAMTHAUSHALTSPLAN

Umrechnung der Währungen in Ecu
zu den Kursen vom 31. Dezember 1990

KOMMISSION

Teil B — Anlage II
(Anleihen und Darlehen)

A. EINLEITUNG

Diese Anlage wird gemäß Artikel 20 Absatz 5 Buchstabe c) der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1) erstellt.

Sie enthält eine Reihe qualitativer und quantitativer Informationen zu den Anleihen und Darlehen mit Garantie aus dem Gesamthaushalt: Anleihen „Zahlungsbilanzstützung", Euratom-Anleihen, NGI-Anleihen, Darlehen der Europäischen Investitionsbank an die Mittelmeerländer, ab 1991 Anleihen für die Gewährung mittelfristiger Finanzhilfen an die mittel- und osteuropäischen Länder, Darlehen der Europäischen Investitionsbank an dieselben Länder und Bürgschaften für einen Kredit, den die Sowjetunion bei einem Bankenkonsortium aufgenommen hat, um die Einfuhr von Agrarerzeugnissen und Lebensmitteln aus der Gemeinschaft finanzieren zu können.

Die bei den ausstehenden Beträgen zu verzeichnende Entwicklung war 1990 durch einen Rückgang der NGI- und Euratom-Anleihen und die Auszahlung von Darlehen an Ungarn (610 Millionen ECU) und Griechenland (600 Millionen ECU) gekennzeichnet.

Am 31. Dezember 1990 beliefen sich die aus dem Gesamthaushalt garantierten ausstehenden Beträge auf 10 400 000 000 ECU; davon entfallen 8 000 000 000 auf Gemeindeflächen und 2 400 000 000 auf Drittländer.

KOMMISSION

Teil B — Anlage II
(Anleihen und Darlehen)

B. KURZE DARSTELLUNG DER VERSCHIEDENEN ARTEN VON ANLEIHEN UND DARLEHEN MIT GARANTIE AUS DEM GESAMTHAUSHALT

I. EINHEITLICHES SYSTEM DES MITTELFRISTIGEN FINANZIELLEN BEISTANDS ZUR STÜTZUNG DER ZAHLUNGSBILANZEN DER MITGLIEDSTAATEN

1. **Rechtsgrundlage**

Verordnung (EWG) Nr. 397/75 des Rates vom 17. Februar 1975 über Gemeinschaftsanleihen (ABl. Nr. L 46 vom 20. 2. 1975, S. 1).

Verordnung (EWG) Nr. 682/81 des Rates vom 16. März 1981 für die Anpassung des Systems der Gemeinschaftsanleihen zur Stützung der Zahlungsbilanzen der Mitgliedstaaten (ABl. Nr. L 73 vom 19. 3. 1981, S. 1).

Entscheidung 83/298/EWG des Rates vom 16. Mai 1983 bezüglich einer Gemeinschaftsanleihe zugunsten der Französischen Republik (ABl. Nr. L 153 vom 11. 6. 1983, S. 44).

Verordnung (EWG) Nr. 1131/85 des Rates vom 30. April 1985 zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 682/81 für die Anpassung des Systems der Gemeinschaftsanleihen zur Stützung der Zahlungsbilanzen der Mitgliedstaaten (ABl. Nr. L 118 vom 1. 5. 1985, S. 59).

Akte vom 12. Juni 1985 über die Bedingungen des Beitritts des Königreichs Spaniens und der Portugiesischen Republik und die Anpassungen der Verträge (ABl. Nr. L 302 vom 15. 11. 1985, S. 23) und insbesondere die Erklärung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft in der Schlußakte über die Anwendung des Systems der Gemeinschaftsanleihen zugunsten Portugals.

Entscheidung 85/543/EWG des Rates vom 9. Dezember 1985 über eine Gemeinschaftsanleihe zugunsten der Griechischen Republik (ABl. Nr. L 341 vom 19. 12. 1985, S. 17).

Verordnung (EWG) Nr. 1969/88 des Rates vom 24. Juni 1988 zur Einführung eines einheitlichen Systems des mittelfristigen finanziellen Beistands zur Stützung der Zahlungsbilanzen der Mitgliedstaaten (ABl. Nr. L 178 vom 8. 7. 1988, S. 1).

Entscheidung 91/136/EWG des Rates vom 4. März 1991 über eine Gemeinschaftsanleihe zugunsten der Griechischen Republik (ABl. Nr. L 66 vom 13. 3. 1991, S. 22).

2. **Beschreibung**

Nach der Verordnung (EWG) Nr. 1969/88 kann die Gemeinschaft Mitgliedstaaten, die von Zahlungsbilanzschwierigkeiten betroffen oder ernstlich bedroht sind, Darlehen gewähren. Der ausstehende Kapitalbetrag dieser Darlehen ist auf 16 Milliarden ECU begrenzt.

Die Kommission ist ermächtigt, im Namen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft Anleihen auf den Kapitalmärkten oder bei Finanzinstitutionen aufzunehmen. Die Garantie aus dem Gesamthaushalt betrifft diese Anleihen. Der ausstehende Kapitalbetrag der Darlehen, die den Mitgliedstaaten auf diese Weise gewährt werden können, ist auf 14 Milliarden ECU begrenzt. Der Restbetrag — die Differenz zu den 16 Milliarden ECU — kann durch Inanspruchnahme der Mitgliedstaaten aufgebracht werden.

Zur Ermittlung des verfügbaren Restbetrags, der auf den genehmigten Höchstbetrag anzurechnen ist, werden die Anleihetransaktionen zum Wechselkurs des Tages, an dem sie abgeschlossen werden, und die Rückzahlungstransaktionen zum Wechselkurs des Tages, an dem das entsprechende Darlehen abgeschlossen worden ist, bewertet.

Die laufenden Gemeinschaftsdarlehenstransaktionen, die im Rahmen der Verordnung (EWG) Nr. 682/81 getätigt wurden, werden in Höhe der noch nicht zurückgezahlten Beträge auf den Plafond der ausstehenden Kapitalbeträge angerechnet.

Über die Gewährung eines Darlehens an einen Mitgliedstaat entscheidet der Rat mit qualifizierter Mehrheit.

Jede Darlehenstransaktion ist an die Auflage gebunden, daß der betreffende Mitgliedstaat wirtschaftspolitische Maßnahmen trifft, die geeignet sind, eine tragbare Zahlungsbilanzsituation wiederherzustellen.

Die Anleihen und Darlehen werden vom Europäischen Fonds für währungspolitische Zusammenarbeit verwaltet.

KOMMISSION

Teil B — Anlage II
(Anleihen und Darlehen)

3. **Auswirkungen auf den Haushalt**

Da die Anleihen und Darlehen zu gleichen Bedingungen aufgenommen bzw. gewährt werden, beschränken sich die haushaltsmäßigen Auswirkungen auf die Inanspruchnahme der Garantie bei Ausfall eines Schuldners.

II. EURATOM-ANLEIHEN UND -DARLEHEN

1. **Rechtsgrundlage**

Beschluß 77/270/Euratom des Rates vom 29. März 1977 zur Ermächtigung der Kommission, im Hinblick auf einen Beitrag für die Finanzierung von Kernkraftanlagen Euratom-Anleihen aufzunehmen (ABl. Nr. L 88 vom 6. 4. 1977, S. 9).

Beschluß 77/271/Euratom des Rates vom 29. März 1977 zur Durchführung des Beschlusses 77/270/Euratom zur Ermächtigung der Kommission, im Hinblick auf einen Beitrag für die Finanzierung von Kernkraftanlagen Euratom-Anleihen aufzunehmen (ABl. Nr. L 88 vom 6. 4. 1977, S. 11), mit dem eine erste Tranche in Höhe von bis zu 500 000 000 ECU genehmigt wird.

Beschluß 80/29/Euratom des Rates vom 20. Dezember 1979 zur Änderung des Beschlusses 77/271/Euratom zur Durchführung des Beschlusses 77/270/Euratom zur Ermächtigung der Kommission, im Hinblick auf einen Beitrag für die Finanzierung von Kernkraftanlagen Euratom-Anleihen aufzunehmen (ABl. Nr. L 12 vom 17. 1. 1980, S. 28), mit dem der Gesamtbetrag der Euratom-Anleihen, die von der Kommission aufgenommen werden können, von 500 000 000 auf 1 Milliarde ECU erhöht wird.

Beschluß 82/170/Euratom des Rates vom 15. März 1982 zur Änderung des Beschlusses 77/271/Euratom hinsichtlich des Höchstbetrags der Euratom-Anleihen, welche die Kommission im Hinblick auf einen Beitrag für die Finanzierung von Kernkraftanlagen aufnehmen kann (ABl. Nr. L 78 vom 24. 3. 1982, S. 21); hiermit wurde der Gesamtbetrag der Euratom-Anleihen, die die Kommission aufnehmen kann, von 1 Milliarde auf 2 Milliarden ECU erhöht.

Beschluß 85/537/Euratom des Rates vom 5. Dezember 1985 zur Änderung des Beschlusses 77/271/Euratom hinsichtlich des Höchstbetrags der Euratom-Anleihen, welche die Kommission im Hinblick auf einen Beitrag für die Finanzierung von Kernkraftanlagen aufnehmen kann (ABl. Nr. L 334 vom 12. 12. 1985, S. 23), mit dem der Gesamtbetrag der genehmigten Euratom-Anleihen von 2 auf 3 Milliarden ECU erhöht wird.

Beschluß 90/212/Euratom des Rates vom 23. April 1990 zur Änderung des Beschlusses 77/271/Euratom zur Durchführung des Beschlusses 77/270/Euratom zur Ermächtigung der Kommission, im Hinblick auf einen Beitrag für die Finanzierung von Kernkraftanlagen Euratom-Anleihen aufzunehmen (ABl. Nr. L 112 vom 3. 5. 1990, S. 26), mit dem der Gesamtbetrag der Euratom-Anleihen, die die Kommission aufnehmen kann, von 3 auf 4 Milliarden ECU erhöht wird.

2. **Beschreibung**

Aufgrund der vorgenannten Rechtsakte ist die Kommission ermächtigt, im Namen der Europäischen Atomgemeinschaft Anleihen aufzunehmen, deren Aufkommen in Form von Darlehen zur Finanzierung von Investitionsvorhaben für die industrielle Erzeugung von Elektrizität in Kernkraftwerken und für die industriellen Anlagen des Brennstoffkreislaufs verwendet wird.

Um die Abhängigkeit Europas von eingeführter Energie zu verringern, muß die Verwendung von Kernenergie zur Stromerzeugung unter Berücksichtigung der Sicherheits- und Garantieanforderungen gefördert werden. In den nachgelagerten Bereichen der Erzeugung sind insbesondere die für die Aufbereitung und Lagerung der Abfälle notwendigen Investitionen zu fördern.

KOMMISSION

Teil B — Anlage II
(Anleihen und Darlehen)

Das Anleihe- und Darlehenssystem der Europäischen Atomgemeinschaft soll es den Stromerzeugern, deren Investitions- und Betriebskosten erheblich gestiegen sind, ermöglichen, in höherem Maße Kredite in Anspruch zu nehmen.

Diese Anleihen werden von der Kommission verwaltet. Die Darlehen werden von der Kommission in Zusammenarbeit mit der Europäischen Investitionsbank verwaltet.

Gemäß Artikel 4 des Beschlusses 77/270/Euratom hat die Kommission am 25. September 1990 im Rahmen des Jahresberichts über die Anleihe- und Darlehenstätigkeit der Gemeinschaft im Haushaltsjahr 1989 einen Bericht über die Euratom-Anleihen und -Darlehen vorgelegt, der für den Rat und das Europäische Parlament bestimmt ist.

3. **Auswirkungen auf den Haushalt**

Da die Anleihen und Darlehen zu gleichen Bedingungen aufgenommen bzw. gewährt werden, beschränken sich die haushaltsmäßigen Auswirkungen auf die Inanspruchnahme der Garantie bei Ausfall eines Schuldners.

III. ANLEIHEN UND DARLEHEN DES NEUEN GEMEINSCHAFTSINSTRUMENTS ZUR INVESTITIONSFÖRDERUNG IN DER GEMEINSCHAFT (NGI) UND SONDERHILFEN ZUGUNSTEN DES WIEDERAUFBAUS VON ERDBEBENGESCHÄDIGTEN GEBIETEN (NGI — ERDBEBEN)

1. **Rechtsgrundlage**

a) *NGI*

Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, insbesondere Artikel 235.

Beschluß 78/870/EWG des Rates vom 16. Oktober 1978 zur Ermächtigung der Kommission, zur Investitionsförderung in der Gemeinschaft Anleihen im Höchstbetrag des Gegenwertes von 1 Milliarde ECU (Anleihekapital) aufzunehmen (NGI I) (ABl. Nr. L 298 vom 25. 10. 1978, S. 9).

Beschluß 79/486/EWG des Rates vom 14. Mai 1979 über die Durchführung des Beschlusses 78/870/EWG zur Ermächtigung der Kommission, Anleihen für die Investitionsförderung in der Gemeinschaft aufzunehmen (ABl. Nr. L 125 vom 22. 5. 1979, S. 16), mit dem eine erste Anleihetranche bis zum Gegenwert von 500 000 000 ECU (Anleihekapital) genehmigt wird.

Beschluß 80/739/EWG des Rates vom 22. Juli 1980 über die zweite Anwendung des Beschlusses 78/870/EWG zur Ermächtigung der Kommission, zur Investitionsförderung in der Gemeinschaft Anleihen aufzunehmen (ABl. Nr. L 205 vom 17. 8. 1980, S. 19), durch den eine zweite Anleihetranche bis zum Gegenwert von 500 000 000 ECU (Anleihekapital) genehmigt wird.

Beschluß 80/1103/EWG des Rates vom 25. November 1980 über die Verwendung eines Teils der zweiten Anleihetranche in Ergänzung des Beschlusses 80/739/EWG über die zweite Anwendung des Beschlusses 78/870/EWG zur Ermächtigung der Kommission, Anleihen zur Investitionsförderung in der Gemeinschaft aufzunehmen (ABl. Nr. L 326 vom 2. 12. 1980, S. 19); der Beschluß betrifft einen Anleihebetrag im Gegenwert von 100 000 000 ECU.

Beschluß 82/169/EWG des Rates vom 15. März 1982 zur Ermächtigung der Kommission, Anleihen zur Investitionsförderung in der Gemeinschaft bis zum Gegenwert von 1 Milliarde ECU (Anleihekapital) (NGI II) aufzunehmen (ABl. Nr. L 78 vom 24. 3. 1982, S. 19).

KOMMISSION

Teil B — Anlage II
(Anleihen und Darlehen)

Beschluß 82/268/EWG des Rates vom 26. April 1982 zur Durchführung des Beschlusses 82/169/EWG zur Ermächtigung der Kommission, Anleihen zur Investitionsförderung in der Gemeinschaft aufzunehmen (ABl. Nr. L 116 vom 30. 4. 1982, S. 16); mit diesem Beschluß wird eine einzige Tranche von bis zu 1 Milliarde ECU (Anleihekapital) genehmigt.

Beschluß 83/200/EWG des Rates vom 19. April 1983 zur Ermächtigung der Kommission, im Rahmen des Neuen Gemeinschaftsinstruments (NGI III) Anleihen in Höhe von 3 Milliarden ECU zur Investitionsförderung in der Gemeinschaft aufzunehmen (ABl. Nr. L 112 vom 28. 4. 1983, S. 26).

Beschluß 83/308/EWG des Rates vom 13. Juni 1983 zur Anwendung des Beschlusses 83/200/EWG zur Ermächtigung der Kommission, im Rahmen des Neuen Gemeinschaftsinstruments Anleihen aufzunehmen, um die Investitionen in der Gemeinschaft zu fördern (ABl. Nr. L 164 vom 23. 6. 1983, S. 31); hiermit wird eine erste Anleihetranche in Höhe von 1 500 000 000 ECU genehmigt.

Beschluß 84/383/EWG des Rates vom 23. Juli 1984 zur Durchführung des Beschlusses 83/200/EWG zur Ermächtigung der Kommission, im Rahmen des Neuen Gemeinschaftsinstruments Anleihen zur Investitionsförderung in der Gemeinschaft aufzunehmen (ABl. Nr. L 208 vom 3. 8. 1984, S. 53); hiermit wird eine dritte Anleihetranche in Höhe von 1 400 000 000 ECU genehmigt.

Beschluß 87/182/EWG des Rates vom 9. März 1987 zur Ermächtigung der Kommission, im Rahmen des Neuen Gemeinschaftsinstruments Anleihen zur Investitionsförderung in der Gemeinschaft aufzunehmen (ABl. Nr. L 71 vom 14. 3. 1987, S. 34), und zwar für einen Betrag von 750 000 000 ECU (NGI IV).

b) *NGI — Erdbeben*

Beschluß 81/19/EWG des Rates vom 20. Januar 1981 über eine Sonderhilfe der Gemeinschaft zugunsten des Wiederaufbaus der vom Erdbeben im November 1980 betroffenen Gebiete in Italien (ABl. Nr. L 37 vom 10. 2. 1981, S. 21), mit dem die Kommission ermächtigt wird, Anleihen bis zum Gegenwert von 1 Milliarde ECU (Anleihekapital) aufzunehmen, abzüglich der Beträge, die gegebenenfalls von der Europäischen Investitionsbank aus Eigenmitteln mit derselben Zweckbestimmung vergeben werden.

Beschluß 81/1013/EWG des Rates vom 14. Dezember 1981 über eine Sonderhilfe der Gemeinschaft zugunsten des Wiederaufbaus der von den Erdbeben der Monate Februar und März 1981 in Griechenland betroffenen Gebiete (ABl. Nr. L 367 vom 23. 12. 1981, S. 27), der rückwirkend zum 1. Januar 1981 in Kraft trat und mit dem die Kommission ermächtigt wird, Anleihen bis zum Gegenwert von 80 000 000 ECU (Anleihekapital) aufzunehmen, abzüglich der Beträge, die gegebenenfalls von der Europäischen Investitionsbank aus Eigenmitteln mit derselben Zweckbestimmung vergeben werden.

2. **Beschreibung**

a) *NGI*

Aufgrund der vorgenannten Rechtsakte ist die Kommission ermächtigt, im Namen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft Anleihen aufzunehmen, deren Aufkommen in Form von Darlehen zur Finanzierung von Investitionsvorhaben zu verwenden ist, die zur Förderung der Konvergenz und Integration der Volkswirtschaften der Mitgliedstaaten beitragen. Diese Vorhaben müssen den vorrangigen Zielen der Gemeinschaft in den Sektoren Energie, Industrie und Infrastruktur entsprechen und zur Finanzierung der Investitionen kleiner und mittlerer Unternehmen in produktiven Sektoren sowie zur Förderung neuer Technologien und der Innovation beitragen, wobei unter anderem ihren regionalen Auswirkungen sowie der Notwendigkeit der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit Rechnung zu tragen ist.

Während über die Höchstbeträge für die Anleihen des Neuen Gemeinschaftsinstruments ebenso wie über die Höchstbeträge für die anderen Finanzinstrumente der Gemeinschaft vom Rat einstimmig entschieden wird, werden die Tranchen des Neuen Gemeinschaftsinstruments die im Falle des NGI I und des NGI II ebenfalls einstimmig vom Rat beschlossen wurden — seit dem Beschluß 83/200/EWG vom Rat mit qualifizierter Mehrheit genehmigt.

Die Kommission nimmt im Rahmen der vom Rat genehmigten Tranchen Anleihen auf den Kapitalmärkten auf; sie beauftragt die Europäische Investitionsbank aufgrund eines mit letzterer geschlossenen Abkommens über Zusammenarbeit, nachdem sie die einzelnen Vorhaben für förderungswürdig erklärt hat, Darlehen zu gewähren und deren Abwicklung zu übernehmen.

Gemäß Artikel 6 des Beschlusses 78/870/EWG, Artikel 10 der Verordnung (EWG) Nr. 1736/79 und dem Artikel 7 der Beschlüsse 81/19/EWG, 82/268/EWG und 83/200/EWG hat die Kommission am 25. September 1990 einen Bericht an den Rat und das Europäische Parlament über das Haushaltsjahr 1989 zu folgenden Maßnahmen verabschiedet:

— NGI-Anleihen und -Darlehen,

— Sonderhilfe der Gemeinschaft zugunsten des Wiederaufbaus der von den Erdbeben im November 1980 in Italien und im Februar und März 1981 in Griechenland betroffenen Gebiete.

Außerdem übermittelt die Kommission dem Rat und dem Europäischen Parlament gemäß Artikel 6 des Beschlusses 83/200/EWG Halbjahresberichte über den Stand der Verwendung der NGI-Tranchen.

Am 31. Dezember 1990 standen im Rahmen der Höchstbeträge der verschiedenen NGI (einschließlich NGI — Erdbeben) nur noch rund 150 000 000 ECU zur Verfügung.

b) *NGI — Erdbeben*

In Erweiterung der ursprünglichen Bestimmungen des Neuen Gemeinschaftsinstruments wird die Kommission ermächtigt, ausnahmsweise und einmalig Anleihen aufzunehmen, die zur Finanzierung von Investitionsvorhaben zur Wiederherstellung von Produktionsmitteln und zum Wiederaufbau der wirtschaftlichen und sozialen Infrastruktur in den von den Erdbeben am 23. November 1980 bzw. der Monate Februar und März 1981 betroffenen Gebiete in Italien und Griechenland bestimmt sind.

Das Anleihevolumen, das die Kommission aufnehmen kann, ist für Italien auf 1 Milliarde ECU und für Griechenland auf 80 000 000 ECU begrenzt, und zwar grundsätzlich abzüglich der Beträge, die gegebenenfalls von der Europäischen Investitionsbank aus Eigenmitteln vergeben werden.

Die Garantie aus dem Haushaltsplan deckt die von der Kommission aufgenommenen Anleihen.

Der Gesamtbetrag in Höhe von 80 000 000 ECU für Griechenland ist vom NGI 1982 aufgenommen und gewährt worden. Von den für Italien genehmigten 1 000 000 000 ECU waren am 31. Dezember 1990 965 000 000 ECU ausgezahlt, und zwar 63 % vom NGI und 37 % in Form von Darlehen der Europäischen Investitionsbank aus Eigenmitteln.

KOMMISSION

Teil B — Anlage II
(Anleihen und Darlehen)

Ein Zinszuschuß von 3 % für höchstens zwölf Jahre kann von der Gemeinschaft für Darlehen bewilligt werden, die bis zur Höchstgrenze von 1 Milliarde ECU Kapitalwert zugunsten von Investitionsvorhaben in den vom Erdbeben des Monats November 1980 in Italien betroffenen Gebieten aus Mitteln des Neuen Gemeinschaftsinstruments zur Investitionsförderung in der Gemeinschaft aufgrund von Artikel 1 des Beschlusses 78/870/EWG, ergänzt durch Artikel 1 des Beschlusses 81/19/EWG, oder aus Eigenmitteln der Europäischen Investitionsbank gewährt werden.

Ein Zinszuschuß von 3 % für höchstens zwölf Jahre kann von der Gemeinschaft für Darlehen bewilligt werden, die bis zur Höchstgrenze von 80 000 000 ECU Kapitalwert zugunsten von Investitionsvorhaben in den von den Erdbeben der Monate Februar und März 1981 in Griechenland betroffenen Gebieten aus Mitteln des Neuen Gemeinschaftsinstruments zur Investitionsförderung in der Gemeinschaft aufgrund von Artikel 1 des Beschlusses 78/870/EWG, ergänzt durch Artikel 1 des Beschlusses 81/1013/EWG, oder aus Eigenmitteln der Europäischen Investitionsbank gewährt werden.

Ein Zinszuschuß von 3 % für höchstens zwölf Jahre kann schließlich von der Gemeinschaft für Darlehen bewilligt werden, die aus Eigenmitteln der Europäischen Investitionsbank bis zur Höchstgrenze von 100 000 000 ECU Kapitalwert zugunsten von Investitionsvorhaben in den vom Erdbeben des Monats September 1986 in Griechenland betroffenen Gebieten aufgrund von Artikel 1 des Beschlusses 88/561/EWG gewährt werden.

3. **Auswirkungen auf den Haushalt**

Die Anleihe- und Darlehenstransaktionen bringen normalerweise keine direkte Belastung für den Haushalt der Gemeinschaft mit sich. Die in Artikel 4 der NGI-Beschlüsse vorgesehene Möglichkeit einer vorübergehenden Anlage aufgenommener Mittel auf Konten der Kommission bei der Europäischen Investitionsbank (Kassenmittel) dürfte den haushaltsneutralen Charakter der Anleihe- und Darlehenstransaktionen im Rahmen dieses Instruments nicht beeinträchtigen.

Die finanziellen Auswirkungen beschränken sich auf:

— die Inanspruchnahme der Garantie bei Ausfall eines Schuldners,

— die Zinszuschüsse (Transaktionen „Erdbeben").

IV. ANLEIHEPROGRAMM DER GEMEINSCHAFT ZUR GEWÄHRUNG EINER MITTELFRISTIGEN FINANZHILFE AN UNGARN

1. **Rechtsgrundlage**

Beschluß 90/83/EWG des Rates vom 22. Februar 1990 über eine mittelfristige Finanzhilfe für Ungarn (ABl. Nr. L 58 vom 7. 3. 1990, S. 7).

Beschluß 90/681/EWG des Rates vom 21. Dezember 1990 über einen zweiten Teilbetrag der mittelfristigen Finanzhilfe für Ungarn (ABl. Nr. L 375 vom 31. 12. 1990, S. 18).

Beschluß 91/310/EWG des Rates vom 24. Juni 1991 über eine weitere mittelfristige Finanzhilfe für Ungarn (ABl. Nr. L 174 vom 3. 7. 1991, S. 34).

2. **Beschreibung**

Die Gemeinschaft gewährt Ungarn eine mittelfristige Darlehensfazilität mit einem Kapitalhöchstbetrag von 870 000 000 ECU und einer Laufzeit von bis zu fünf Jahren. Dieses Darlehen soll die Anpassung der ungarischen Volkswirtschaft erleichtern helfen, damit dem Land die ungeschmälerten Vorteile einer auf marktwirtschaftliche Prinzipien gegründeten Wirtschaft zugute kommen können. Das Darlehen wird Ungarn in Teilbeträgen zur Verfügung gestellt.

Die erste Tranche im Betrag von 350 000 000 ECU ist am 20. April 1990, die zweite Tranche im Betrag von 260 000 000 ECU am 14. Februar 1991 ausgezahlt worden.

Über die Auszahlung der dritten Tranche und die entsprechenden Verfahrensmodalitäten, einschließlich der Garantie-Frage, wird zu einem späteren Zeitpunkt entschieden.

Da die Gefahr besteht, daß die anfangs ermutigenden Ergebnisse der eingeleiteten Reformen durch die Auflösung des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (COMECON) und die Golfkrise in Frage gestellt werden, ist im Rahmen eines globalen Hilfsprogramms der Gruppe der vierundzwanzig Industrieländer in Höhe von 360 000 000 ECU eine zusätzliche Anleihe-/Darlehenstransaktion im Betrag von 180 000 000 ECU beschlossen worden. Die Mittel dürften im Laufe des Jahres 1991 ausgezahlt werden.

Die Kommission erstattet dem Europäischen Parlament und dem Rat mindestens einmal jährlich Bericht über die Durchführung dieser Beschlüsse.

3. **Auswirkungen auf den Haushalt**

Die Auswirkungen auf den Haushalt beschränken sich auf die Inanspruchnahme der Garantie bei Ausfall des Schuldners, d.h. Ungarns.

V. DARLEHEN DER EUROPÄISCHEN INVESTITIONSBANK AN MITTELMEERLÄNDER MIT GARANTIE AUS DEM GESAMTHAUSHALT (zur Information)

1. **Rechtsgrundlage**

a) *Darlehen der Europäischen Investitionsbank*

Beschluß des Rates vom 7. Oktober 1975 (Soforthilfe für Portugal).

Verordnung (EWG) Nr. 939/76 des Rates vom 23. April 1976 über den Abschluß des Finanzprotokolls und des Protokolls zur Festlegung einiger Bestimmungen betreffend das Abkommen zur Gründung einer Assoziation zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und Malta (ABl. Nr. L 111 vom 28. 4. 1976, S. 1).

Beschluß des Rates vom 19. Oktober 1976 (Abkommen mit Jugoslawien).

Beschluß des Rates vom 8. März 1977 (Mittelmeer-Protokolle).

Beschluß des Rates vom 20. Dezember 1977 (Sonderhilfe an den Libanon).

Beschluß 78/666/EWG des Rates vom 25. Juli 1978 über den Abschluß des Finanzprotokolls zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und Griechenland (ABl. Nr. L 225 vom 16. 8. 1978, S. 25).

Verordnung (EWG) Nr. 2210/78 des Rates vom 26. September 1978 über den Abschluß des Kooperationsabkommens zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Demokratischen Volksrepublik Algerien (ABl. Nr. L 263 vom 27. 9. 1978, S. 1).

Verordnung (EWG) Nr. 2211/78 des Rates vom 26. September 1978 über den Abschluß des Kooperationsabkommens zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Königreich Marokko (ABl. Nr. L 264 vom 27. 9. 1978, S. 1).

Verordnung (EWG) Nr. 2212/78 des Rates vom 26. September 1978 über den Abschluß des Kooperationsabkommens zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Tunesischen Republik (ABl. Nr. L 265 vom 27. 9. 1978, S. 1).

Verordnung (EWG) Nr. 2213/78 des Rates vom 26. September 1978 über den Abschluß des Kooperationsabkommens zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Arabischen Republik Ägypten (ABl. Nr. L 266 vom 27. 9. 1978, S. 1).

Verordnung (EWG) Nr. 2214/78 des Rates vom 26. September 1978 über den Abschluß des Kooperationsabkommens zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Libanesischen Republik (ABl. Nr. L 267 vom 27. 9. 1978, S. 1).

KOMMISSION

Teil B — Anlage II
(Anleihen und Darlehen)

Verordnung (EWG) Nr. 2215/78 des Rates vom 26. September 1978 über den Abschluß des Kooperationsabkommens zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Haschemitischen Königreich Jordanien (ABl. Nr. L 268 vom 27. 9. 1978, S. 1).

Verordnung (EWG) Nr. 2216/78 des Rates vom 26. September 1978 über den Abschluß des Kooperationsabkommens zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Arabischen Republik Syrien (ABl. Nr. L 269 vom 27. 9. 1978, S. 1).

Verordnung (EWG) Nr. 2217/78 des Rates vom 26. September 1978 über den Abschluß des Zusatzprotokolls zum Abkommen zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Staat Israel sowie des Protokolls über die finanzielle Zusammenarbeit (ABl. Nr. L 270 vom 27. 9. 1978, S. 1).

Verordnung (EWG) Nr. 2237/78 des Rates vom 26. September 1978 über den Abschluß des Finanzprotokolls und des Zusatzprotokolls zum Abkommen zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Portugiesischen Republik (ABl. Nr. L 274 vom 29. 9. 1978, S. 1).

Verordnung (EWG) Nr. 2760/78 des Rates vom 23. November 1978 über den Abschluß des Finanzprotokolls zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Republik Zypern (ABl. Nr. L 332 vom 29. 11. 1978, S. 1).

Beschluß 79/281/EWG des Rates vom 5. März 1979 über den Abschluß des Finanzprotokolls zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Türkei (ABl. Nr. L 67 vom 17. 3. 1979, S. 14).

Verordnung (EWG) Nr. 1273/80 des Rates vom 23. Mai 1980 über den Abschluß des Interimsprotokolls zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien betreffend die vorzeitige Inkraftsetzung des Protokolls Nr. 2 des Kooperationsabkommens (ABl. Nr. L 130 vom 27. 5. 1980, S. 98).

Verordnung (EWG) Nr. 3323/80 des Rates vom 18. Dezember 1980 über den Abschluß des Abkommens in Form eines Briefwechsels zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Portugiesischen Republik über die Durchführung einer Hilfe zugunsten Portugals vor dessen Beitritt (ABl. Nr. L 349 vom 23. 12. 1980, S. 1).

Beschluß des Rates vom 4. Juni 1981 (finanzielle Zusammenarbeit mit Spanien).

Beschluß des Rates vom 19. Juli 1982 (zusätzliche Soforthilfe für den Wiederaufbau in Libanon).

Verordnung (EWG) Nr. 3177/82 des Rates vom 22. November 1982 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Demokratischen Volksrepublik Algerien (ABl. Nr. L 337 vom 29. 11. 1982, S. 1).

Verordnung (EWG) Nr. 3178/82 des Rates vom 22. November 1982 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Arabischen Republik Ägypten (ABl. Nr. L 337 vom 29. 11. 1982, S. 8).

Verordnung (EWG) Nr. 3179/82 des Rates vom 22. November 1982 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Haschemitischen Königreich Jordanien (ABl. Nr. L 337 vom 29. 11. 1982, S. 15).

Verordnung (EWG) Nr. 3180/82 des Rates vom 22. November 1982 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Libanesischen Republik (ABl. Nr. L 337 vom 29. 11. 1982, S. 22).

Verordnung (EWG) Nr. 3181/82 des Rates vom 22. November 1982 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Königreich Marokko (ABl. Nr. L 337 vom 29. 11. 1982, S. 29).

Verordnung (EWG) Nr. 3182/82 des Rates vom 22. November 1982 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Arabischen Republik Syrien (ABl. Nr. L 337 vom 29. 11. 1982, S. 36).

Verordnung (EWG) Nr. 3183/82 des Rates vom 22. November 1982 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Tunesischen Republik (ABl. Nr. L 337 vom 29. 11. 1982, S. 43).

Beschluß des Rates vom 17. Oktober 1983 (Verlängerung der finanziellen Zusammenarbeit mit Spanien und Portugal).

Verordnung (EWG) Nr. 3354/83 des Rates vom 22. November 1983 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Staat Israel (ABl. Nr. L 335 vom 30. 11. 1983, S. 7).

Verordnung (EWG) Nr. 787/84 des Rates vom 26. März 1984 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Republik Zypern (ABl. Nr. L 85 vom 28. 3. 1984, S. 37).

Beschluß des Rates vom 18. Juni 1984 (Schreiben des Präsidenten des Rates an die Europäische Investitionsbank, in dem eine zweite Verlängerung der finanziellen Zusammenarbeit mit Spanien und Portugal empfohlen wird).

Beschluß des Rates vom 9. Oktober 1984 (Darlehen außerhalb des Protokolls mit Jugoslawien).

Verordnung (EWG) Nr. 2458/86 des Rates vom 7. Juli 1986 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Republik Malta (ABl. Nr. L 216 vom 5. 8. 1986, S. 1).

Beschluß 87/604/EWG des Rates vom 21. Dezember 1987 über den Abschluß des zweiten Protokolls über die finanzielle Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien (ABl. Nr. L 389 vom 31. 12. 1987, S. 65).

Beschluß 88/30/EWG des Rates vom 21. Dezember 1987 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Demokratischen Volksrepublik Algerien (ABl. Nr. L 22 vom 27. 1. 1988, S. 1).

Beschluß 88/31/EWG des Rates vom 21. Dezember 1987 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Arabischen Republik Ägypten (ABl. Nr. L 22 vom 27. 1. 1988, S. 9).

Beschluß 88/32/EWG des Rates vom 21. Dezember 1987 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Haschemitischen Königreich Jordanien (ABl. Nr. L 22 vom 27. 1. 1988, S. 17).

Beschluß 88/33/EWG des Rates vom 21. Dezember 1987 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Libanesischen Republik (ABl. Nr. L 22 vom 27. 1. 1988, S. 25).

Beschluß 88/34/EWG des Rates vom 21. Dezember 1987 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Tunesischen Republik (ABl. Nr. L 22 vom 27. 1. 1988, S. 33).

Beschluß 88/453/EWG des Rates vom 30. Juni 1988 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Königreich Marokko (ABl. Nr. L 224 vom 13. 8. 1988, S. 32).

Beschluß 88/597/EWG des Rates vom 21. November 1988 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Staat Israel (ABl. Nr. L 327 vom 30. 11. 1988, S. 51).

Beschluß 89/378/EWG des Rates vom 12. Juni 1989 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und Malta (ABl. Nr. L 180 vom 27. 6. 1989, S. 46).

Beschluß 90/153/EWG des Rates vom 26. Februar 1990 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Republik Zypern (ABl. Nr. L 82 vom 29. 3. 1990, S. 32).

Vorschlag für einen Beschluß des Rates, von der Kommission vorgelegt am 20. Dezember 1990, über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Arabischen Republik Syrien (ABl. Nr. C 16 vom 24. 1. 1991, S. 9).

KOMMISSION

Teil B — Anlage II
(Anleihen und Darlehen)

Vorschlag für einen Beschluß des Rates, von der Kommission vorgelegt am 6. April 1991, über den Abschluß des dritten Protokolls über die finanzielle Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien (ABl. Nr. C 134 vom 24. 5. 1991, S. 5).

Empfehlung für einen Beschluß des Rates, von der Kommission vorgelegt am 6. Mai 1991, über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Arabischen Republik Ägypten, der Demokratischen Volksrepublik Algerien, dem Königreich Marokko und der Tunesischen Republik (ABl. Nr. C 135 vom 25. 5. 1991, S. 4).

Empfehlung für einen Beschluß des Rates, von der Kommission vorgelegt am 6. Mai 1991, über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Staat Israel (ABl. Nr. C 135 vom 25. 5. 1991, S. 12).

Empfehlung für Beschlüsse des Rates, von der Kommission vorgelegt am 31. Mai 1991, über den Abschluß der Protokolle über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Haschemitischen Königreich Jordanien, der Libanesischen Republik und der Arabischen Republik Syrien (ABl. Nr. C 162 vom 21. 6. 1991, S. 5).

Beschluß 92/44/EWG des Rates vom 19. Dezember 1991 über den Abschluß des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Tunesischen Republik (ABl. Nr. L 18 vom 25. 1. 1992, S. 34).

b) *Garantie aus dem Gesamthaushaltsplan*

Gemäß dem vorstehend erwähnten Beschluß des Rates vom 8. März 1977 übernimmt die Gemeinschaft die Garantie für Darlehen, die die Europäische Investitionsbank im Rahmen der finanziellen Verpflichtungen der Gemeinschaft gegenüber den Mittelmeerländern gewährt.

Dieser Beschluß bildet die Grundlage eines Garantieübernahmevertrags der am 30. Oktober 1978 (Brüssel) und am 10. November 1978 (Luxemburg) von der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Europäischen Investitionsbank unterzeichnet wurde und demzufolge eine Globalgarantie in Höhe von 75 % aller Kredite übernommen wird, die im Rahmen der Darlehenstransaktionen in folgenden Ländern bereitgestellt werden: Malta, Tunesien, Algerien, Marokko, Portugal (Finanzprotokoll, Soforthilfe), Türkei, Zypern, Ägypten, Jordanien, Syrien, Israel, Griechenland, Jugoslawien und Libanon.

Außerdem sind ausnahmsweise die im Rahmen der Soforthilfe an Portugal gemäß dem Beschluß des Rates vom 7. Oktober 1975 gewährten Kredite durch eine 100 %ige Garantie gedeckt.

Für jedes Finanzprotokoll wird ein neuer Rechtsakt zur Verlängerung des Garantieübernahmevertrags erstellt. Die Höhe der Globalgarantie ist in Teil D (Übersicht 3) angegeben.

2. **Beschreibung**

Im Rahmen der Finanzprotokolle mit den Drittländern des Mittelmeerraums sind Gesamtbeträge für Darlehen festgesetzt worden, die gegebenenfalls von der Europäischen Investitionsbank aus ihren eigenen Mitteln gewährt werden. Die Europäische Investitionsbank gewährt Darlehen für Vorhaben in Bereichen, die zur wirtschaftlichen Entwicklung der betreffenden Länder beitragen können: Verkehrsinfrastruktur, Häfen, Wasserversorgung, Energieerzeugung und -beförderung, landwirtschaftliche Vorhaben, Förderung der kleinen und mittleren Unternehmen.

3. **Auswirkungen auf den Haushalt**

Die Auswirkungen auf den Haushalt beschränken sich:

— auf die Inanspruchnahme der Garantie bei Ausfall eines Schuldners,

(Die Garantie aus dem Haushalt ist erstmals im Februar 1988 in Anspruch genommen worden. Die Gemeinschaft mußte nacheinander achtmal an Stelle des säumigen Libanon zahlen. Von den insgesamt gezahlten 25 110 000 ECU hat der Libanon bereits 10 760 000 ECU zurückgezahlt.

Im Fall Syriens wurde die Garantie erstmals im März 1990 und danach fünfmal in Anspruch genommen. Von den insgesamt gezahlten 8 100 000 ECU hat Syrien nahezu alles (8 000 000 ECU) zurückgezahlt).

— auf die Gewährung von Zinszuschüssen von 2 % in einigen Fällen, die als nichtrückzahlbare Hilfe bis zur Höhe der ebenfalls in den Finanzprotokollen vorgesehenen Rahmenbeträge gezahlt werden.

VI. DARLEHEN DER EUROPÄISCHEN INVESTITIONSBANK AN DRITTLÄNDER IN MITTEL- UND OSTEUROPA

1. **Rechtgrundlage**

Beschluß des Rates der Gouverneure der Europäischen Investitionsbank vom 29. November 1989 betreffend die Transaktionen der Bank in Ungarn und Polen.

Beschluß 90/62/EWG des Rates vom 12. Februar 1990 zur Garantieleistung der Gemeinschaft bei der Europäischen Investitionsbank für Verluste im Rahmen von Darlehen für Vorhaben in Ungarn und Polen (ABl. Nr. L 42 vom 16. 2. 1990, S. 68).

Beschluß 91/252/EWG des Rates vom 14. Mai 1991 zur Ausdehnung des Beschlusses 90/62/EWG zur Garantieleistung der Gemeinschaft bei der Europäischen Investitionsbank für Verluste im Rahmen von Darlehen für Vorhaben in Ungarn und Polen auf solche in der Tschechoslowakei, Bulgarien und Rumänien (ABl. Nr. L 123 vom 18. 5. 1991, S. 44).

Der Beschluß 90/62/EWG bildet die Grundlage eines zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Europäischen Investitionsbank geschlossenen Garantieübernahmevertrags im Zusammenhang mit den Darlehen für Ungarn und Polen, der am 24. April 1990 (Brüssel) und am 14. Mai 1990 (Luxemburg) unterzeichnet wurde, sowie für die Ausdehnung der Bestimmungen dieses Vertrags auf Darlehen für die Tschechoslowakei und Bulgarien unterzeichnet am 31. Juli 1991 in Brüssel und Luxemburg.

2. **Beschreibung**

Gemäß einer Aufforderung des Rates vom 9. Oktober 1989 hat der Rat der Gouverneure der Europäischen Investitionsbank am 29. November 1989 beschlossen, die Bank zu ermächtigen, Darlehen aus Eigenmitteln zu gewähren, um Investitionsvorhaben in Ungarn und Polen in Höhe eines Gesamtbetrags von bis zu 1 Milliarde ECU zu finanzieren. Diese Darlehen werden zur Finanzierung von Investitionsvorhaben gewährt, die den normalerweise von der Bank angewandten Kriterien bei Gewährung von Darlehen aus Eigenmitteln entsprechen.

Gemäß einem Vorschlag der Kommission vom 10. September 1990 soll diese Garantie auf etwaige Darlehen der Europäischen Investitionsbank in den anderen Ländern Mittel- und Osteuropas (Tschechoslowakei, Bulgarien, Rumänien) für einen Zeitraum von zwei Jahren (Höchstbetrag: 700 000 000 ECU) ausgedehnt werden.

Die Garantie aus dem Haushalt deckt den gesamten Schuldendienst (Rückzahlung des Kapitals, Zinsen, damit verbundene Kosten) im Zusammenhang mit diesen Darlehen.

3. **Auswirkungen auf den Haushalt**

Die Auswirkungen auf den Haushalt beschränken sich auf die Inanspruchnahme der Garantie bei Ausfall eines Schuldners.

KOMMISSION

Teil B — Anlage II
(Anleihen und Darlehen)

VII. KREDITBÜRGSCHAFT DER GEMEINSCHAFT FÜR DIE AUSFUHR VON AGRARERZEUGNISSEN UND NAHRUNGSMITTELN IN DER GEMEINSCHAFT IN DIE SOWJETUNION

1. **Rechtsgrundlage**

Verordnung (EWG) Nr. 599/91 des Rates vom 5. März 1991 über eine Kreditbürgschaft für die Ausfuhr von Agrarerzeugnissen und Nahrungsmitteln der Gemeinschaft in die Sowjetunion (ABl. Nr. L 67 vom 14. 3. 1991, S. 21), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 3281/91 (ABl. Nr. L 310 vom 12. 11. 1991, S. 1).

Die Verordnung (EWG) Nr. 599/91 bildet die Grundlage für einen Garantieübernahmevertrag im Zusammenhang mit Darlehen für die Sowjetunion, der zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und einem durch die Deutsche Bank vertretenen Bankenkonsortium geschlossen und am 26. November 1991 unterzeichnet wurde. In einem zwischen der Gemeinschaft und der Sowjetunion am 26. November 1991 geschlossenen Abkommen sind die Darlehensbestimmungen und die Einzelheiten der Mittelverwendung festgelegt.

2. **Beschreibung**

Die Gemeinschaft hat beschlossen, die Bürgschaft für einen Kredit zu übernehmen, den ein Bankenkonsortium der Sowjetunion zur Finanzierung der Einfuhr von Agrarerzeugnissen und Nahrungsmitteln mit Ursprung in der Gemeinschaft gewährt hat.

Die Bürgschaft der Gemeinschaft sichert bei Ausfall die Rückzahlung eines Kredithöchstbetrags von 500 000 000 ECU sowie die Zinsen zu 98 %.

Der Gemeinschaft wird für diese Garantieleistung eine Avalprovision gezahlt.

In einem zwischen der Gemeinschaft und der Sowjetunion zu schließenden Abkommen werden die Darlehensbestimmungen und die Einzelheiten der Mittelverwendung festgelegt.

Die Laufzeit des Darlehens beträgt drei Jahre; die Ziehungsfrist ist auf sechs Monate ab dem Tag der Unterzeichnung des vorgenannten Abkommens beschränkt.

Die Zinsen sind halbjährlich zu zahlen. Die Rückzahlung des Kapitals erfolgt in drei Raten jeweils zwanzig, einunddreißig und zweiundvierzig Monate nach dem Datum der Unterzeichnung des Abkommens.

3. **Auswirkungen auf den Haushalt**

Die Auswirkungen auf den Haushalt beschränken sich auf die Inanspruchnahme der Garantie bei Ausfall des Schuldners sowie auf den Ertrag der Avalprovision.

VIII. GARANTIE DER EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTSGEMEINSCHAFT FÜR EINE ANLEIHE DER GEMEINSCHAFT ZUR GEWÄHRUNG EINER MITTELFRISTIGEN FINANZHILFE AN DIE TSCHECHISCHE UND SLOWAKISCHE FÖDERATIVE REPUBLIK

1. **Rechtsgrundlage**

Beschluß 91/106/EWG des Rates vom 25. Februar 1991 über eine mittelfristige Finanzhilfe für die Tschechische und Slowakische Föderative Republik (ABl. Nr. L 56 vom 2. 3. 1991, S. 24).

2. **Beschreibung**

Die Gemeinschaft gewährt der Tschechoslowakei ein mittelfristiges Darlehen im Höchstbetrag von 375 000 000 ECU mit einer Laufzeit von sieben Jahren.

Das Darlehen wird in zwei Teilbeträgen ausgezahlt.

3. **Auswirkungen auf den Haushalt**

Die Auswirkungen auf den Haushalt beschränken sich auf die Inanspruchnahme der Garantie bei Ausfall des Schuldners.

IX. GARANTIE DER EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTSGEMEINSCHAFT FÜR EINE ANLEIHE DER GEMEINSCHAFT ZUR GEWÄHRUNG EINER MITTELFRISTIGEN FINANZHILFE AN BULGARIEN

1. **Rechtsgrundlage**

Beschluß 91/311/EWG des Rates vom 24. Juni 1991 über eine mittelfristige Finanzhilfe für Bulgarien (ABl. Nr. L 174 vom 3. 7. 1991, S. 36).

2. **Beschreibung**

Die Gemeinschaft gewährt ein Darlehen im Höchstbetrag von 290 000 000 ECU mit einer Laufzeit von sieben Jahren.

Dieses Darlehen ist im Rahmen einer Globalhilfe über 580 000 000 ECU der Gruppe der vierundzwanzig Industrieländer als Beitrag zur Stützung der Zahlungsbilanz Bulgariens vergeben. Voraussetzungen für die Vergabe dieses Darlehens sind ein Stand-by-Kredit des Internationalen Währungsfonds sowie Umschuldungsmaßnahmen u.a. auch im Handelsbereich.

3. **Auswirkungen auf den Haushalt**

Die Auswirkungen auf den Haushalt sind auf die Inanspruchnahme der Garantie bei Ausfall des Schuldners beschränkt.

X. GARANTIE DER EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTSGEMEINSCHAFT FÜR EINE ANLEIHE DER GEMEINSCHAFT ZUR GEWÄHRUNG EINES MITTELFRISTIGEN DARLEHENS AN ISRAEL

1. **Rechtsgrundlage**

Beschluß 91/408/EWG des Rates vom 22. Juli 1991 über eine Finanzhilfe für Israel und die Palästinensische Bevölkerung der besetzten Gebiete (ABl. Nr. L 227 vom 15. 8. 1991, S. 33).

2. **Beschreibung**

Die Gemeinschaft gewährt ein Darlehen im Höchstbetrag von 160 000 000 ECU mit einer Laufzeit von sieben Jahren und mit einer Zinsvergütung im Betrag von 27 500 000 ECU.

KOMMISSION

Teil B — Anlage II
(Anleihen und Darlehen)

3. **Auswirkungen auf den Haushalt**

Die Auswirkungen auf den Haushalt beschränken sich auf die Inanspruchnahme der Garantie bei Ausfall des Schuldners.

XI. SONSTIGE TRANSAKTIONEN IM JAHR 1992

1. **Rechtsgrundlage**

Beschluß 91/384/EWG des Rates vom 22. Juli 1991 über eine mittelfristige Finanzhilfe für Rumänien (ABl. Nr. L 208 vom 30. 7. 1991, S. 64).

Beschluß 91/510/EWG des Rates vom 23. September 1991 über die Gewährung eines mittelfristigen Darlehens an Algerien (ABl. Nr. L 272 vom 28. 9. 1991, S. 90).

2. **Beschreibung**

Es handelt sich zum um einen Darlehen über 375 000 000 ECU zugunsten Rumäniens, und zum anderen um 400 000 000 ECU zugunsten Algeriens.

KOMMISSION
Teil B — Anlage II
(Anleihen und Darlehen)

C. VORAUSSCHÄTZUNGEN 1991-1992: NEUE ANLEIHEN UND DARLEHEN

Die nachstehende Übersicht enthält zahlenmäßig stark auf- bzw. abgerundete Angaben zur möglichen Entwicklung der neuen Anleihen und Darlehen (mit Garantie aus dem Gesamthaushalt) in den Jahren 1991-1992.

Neue Anleihen und Darlehen 1991-1992 (Vorausschätzungen)

(in Millionen ECU)

Instrument	1991	1992
„EWG"-Anleihen und „Euratom"-Anleihen mit Garantie aus dem Gesamthaushalt		
1. Zahlungsbilanzen:		
Griechenland II	1 000	600
2. Euratom	350	450
3. NGI — Erdbeben	140	
4. Anleiheprogramm zur Gewährung einer mittelfristigen Finanzhilfe an Ungarn:		
Ungarn I	260	260
Ungarn II	180	
5. Anleiheprogramm zur Gewährung einer mittelfristigen Finanzhilfe an die Tschechoslowakei	375	
6. Anleiheprogramm zur Gewährung einer mittelfristigen Finanzhilfe an Bulgarien	290	
7. Anleiheprogramm zur Gewährung einer mittelfristigen Finanzhilfe an Israel	160	
8. Anleiheprogramm zur Gewährung einer mittelfristigen Finanzhilfe an Rumänien	375	
Insgesamt	3 130	1 310
Darlehen mit Garantie aus dem Gesamthaushalt		
1. Darlehen für die Ausfuhr von landwirtschaftlichen Erzeugnissen und Nahrungsmitteln aus der Gemeinschaft in die Sowjetunion	415	
Insgesamt	3 545	
Darlehen der Europäischen Investitionsbank mit Garantie aus dem Gesamthaushalt		
1. Darlehen an Drittländer des Mittelmeerraums	400 bis 450	700 bis 800
2. Darlehen in Drittländern in Mittel- und Osteuropa	300 bis 400	600 bis 700
Insgesamt	700 bis 850	1 300 bis 1 500
Gesamtbetrag	**4 245 bis 4 395**	**2 610 bis 2 810**

KOMMISSION

Teil B — Anlage II
(Anleihen und Darlehen)

1. **Zahlungsbilanzen**

Mit der Verordnung (EWG) Nr. 1969/88 ist ein einheitliches System des mittelfristigen finanziellen Beistands zur Stützung der Zahlungsbilanzen der Mitgliedstaaten eingeführt worden. 1991 hat Griechenland dieses System erneut in Anspruch genommen: Es wurde ein Darlehen in einer Gesamthöhe von 2 200 000 000 ECU gewährt, wovon ein erster Teilbetrag in Höhe von 1 000 000 000 ECU im März 1991 aufgenommen und an Griechenland ausgezahlt worden ist. Ein zweiter Teilbetrag von 600 000 000 ECU ist für Anfang 1992 vorgesehen.

2. **Euratom**

Nachdem der Anleihehöchstbetrag von 3 000 000 000 auf 4 000 000 000 ECU angehoben worden ist, dürften sich die neuen Anleihen und Darlehen 1991 auf etwa 350 000 000 ECU und 1992 auf 450 000 000 ECU belaufen, je nachdem, wie sich die energiepolitische Entwicklung in den Mitgliedstaaten gestaltet.

3. **NGI einschließlich Beteiligung des NGI an der Aktion „Wiederaufbau erdbebengeschädigter Gebiete"**

Die Vorausschätzung geht davon aus, daß 1991 die Restbeträge aller bestehenden NGI-Ermächtigungen erschöpft sein werden. Der Vorschlag der Kommission für eine neue NGI-Aktion ist vom Rat nicht genehmigt worden.

4. **Anleiheprogramm zur Gewährung einer mittelfristigen Finanzhilfe an Ungarn**

Ungarn I

Der erste Teilbetrag von 350 000 000 ECU ist im April 1990 aufgenommen und an Ungarn ausgezahlt worden. Der zweite Teilbetrag von 260 000 000 ECU ist im Februar 1991 aufgenommen und an Ungarn ausgezahlt worden. Für 1992 ist mit einem dritten Teilbetrag von 260 000 000 ECU zu rechnen (Höchstbetrag insgesamt: 870 000 000 ECU).

Ungarn II

Die geplante Finanzhilfe ist in zwei Teilbeträgen abzuwickeln, die 1991 aufgenommen und an Ungarn ausgezahlt werden (Höchstbetrag insgesamt: 180 000 000 ECU).

5. **Darlehen der Europäischen Investitionsbank an Drittländer des Mittelmeeraums**

Das Volumen der insbesondere in Anwendung der dritten Finanzprotokolle unterzeichneten neuen Darlehen, für die eine Globalgarantie von 75 % übernommen wird, läßt sich 1991 auf 400 000 000 bis 450 000 000 ECU und 1992 auf 700 000 000 bis 800 000 000 ECU veranschlagen.

6. **Darlehen der Europäischen Investitionsbank in Drittländern in Mittel- und Osteuropa**

Im Rahmen des Höchstbetrags von insgesamt 1 700 000 000 ECU wurden 1991 300 000 000 bis 400 000 000 ECU gewährt und 1992 werden es 600 000 000 bis 700 000 000 ECU sein.

7. **Darlehen für die Ausfuhr von landwirtschaftlichen Erzeugnissen und Nahrungsmitteln aus der Gemeinschaft in die Sowjetunion**

Der von der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft garantierte Darlehensbetrag wurde von den Banken im Laufe des Jahres 1991 in voller Höhe bereitgestellt. Bei dem angegebenen Betrag handelt es sich um den geschätzten maximalen Kapitalbetrag.

8. **Anleiheprogramm zur Gewährung einer mittelfristigen Finanzhilfe an die Tschechoslowakei**

Gemäß dem Beschluß des Rates soll 1991 ein Gesamtbetrag in Höhe von 375 000 000 ECU in zwei Teilbeträgen an die Tschechoslowakei ausgezahlt werden.

KOMMISSION
Teil B — Anlage II
(Anleihen und Darlehen)

9. **Anleiheprogramm zur Gewährung einer mittelfristigen Finanzhilfe an Bulgarien**

Die geplante Finanzhilfe ist in zwei Teilbeträgen abzuwickeln, die 1991 aufgenommen und an Bulgarien ausgezahlt werden (Höchstbetrag insgesamt: 290 000 000 ECU).

10. **Anleiheprogramm zur Gewährung einer mittelfristigen Finanzhilfe an Israel**

Die geplante Finanzhilfe ist in Form eines Darlehens zu gewähren, das 1991 an Israel ausgezahlt wird (Höchstbetrag insgesamt: 160 000 000 ECU).

11. **Anleiheprogramm der Gewährung einer mittelfristigen Finanzhilfe an Rumänien**

Die geplante Finanzhilfe ist in Form eines Darlehens zu gewähren, das 1991 in zwei Teilbeträgen an Rumänien ausgezahlt wird (Höchstbetrag insgesamt: 375 000 000 ECU).

KOMMISSION
Teil B — Anlage II
(Anleihen und Darlehen)

D. LAUFENDE KAPITALTRANSAKTIONEN UND SCHULDENDIENST

ÜBERSICHT 1

AUFGENOMMENE ANLEIHEN

Kapitaltransaktionen und Verwaltung der Anleihen

(zu Umrechnungskursen vom 31. Dezember 1990)

(in Millionen ECU)

Instrument und Jahr der Unterzeichnung	Gegenwert zum Zeitpunkt der Unterzeichnung (1)	Ursprünglicher bis 31. Dezember 1990 vereinnahmter Betrag	Ausstehender Betrag (31. Dezember 1990)	Tilgung		Ausstehender Betrag (31. Dezember)		Zinsen		
				1991	1992	1991	1992	1990	1991	1992
(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)	(10)	(11)
1. *Zahlungsbilanz*										
1983	3 997,2	2 636,6	30,0	—	—	30,0	30,0	8,0	3,5	3,5
1984	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1985	2 704,1	1 753,1	—	—	—	—	—	—	—	—
1986	865,0	835,2	485,2	110,0	375,2	375,2	—	37,4	38,4	16,2
1987	873,9	830,2	830,2	—	164,7	830,2	665,5	54,9	54,9	54,9
1988	752,7	606,7	350,0	100,0	100,0	250,0	150,0	49,4	26,0	18,6
1989	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1990	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Zahlungsbilanz insgesamt	9 192,9	6 661,8	1 695,4	210,0	639,9	1 485,4	845,5	149,7	122,8	93,2
Refinanzierungen	3 456,8									
Insgesamt ohne Refinanzierungen	5 736,1									
2. *Euratom*										
1977	98,3	120,0	1,8	0,9	0,9	0,9	—	0,2	0,1	0,1
1978	72,7	82,6	29,9	2,3	2,3	27,6	25,3	1,4	1,3	1,2
1979	152,9	160,9	5,4	5,4	—	—	—	0,7	0,3	—
1980	183,5	184,4	23,3	1,9	9,1	21,4	12,3	4,4	2,8	2,6
1981	362,3	393,3	66,6	36,9	5,9	29,7	23,7	10,4	8,2	3,9
1982	355,4	388,9	85,5	3,4	75,3	82,1	6,8	15,7	13,8	13,2
1983	369,1	382,8	253,4	11,0	11,0	242,4	231,3	27,6	24,8	23,9
1984	205,0	224,9	116,6	8,9	6,5	107,7	101,2	10,9	10,0	9,0
1985	337,8	359,8	126,6	24,5	—	102,1	102,1	15,9	11,7	9,7
1986	594,4	468,7	206,6	7,5	5,6	199,2	193,6	17,3	15,3	14,7
1987	674,6	818,7	688,1	30,5	84,6	657,6	573,0	52,8	49,7	46,2
1988	88,0	93,2	83,7	4,7	74,2	79,0	4,7	8,8	8,4	8,0

(1) Zu den zum Zeitpunkt der Unterzeichnung geltenden Umrechnungskursen.

KOMMISSION

Teil B — Anlage II
(Anleihen und Darlehen)

ÜBERSICHT 1

AUFGENOMMENE ANLEIHEN

Kapitaltransaktionen und Verwaltung der Anleihen

(zu Umrechnungskursen vom 31. Dezember 1990) *(Fortsetzung)*

(in Millionen ECU)

Instrument und Jahr der Unterzeichnung	Gegenwert zum Zeitpunkt der Unterzeichnung (1)	Ursprünglicher bis 31. Dezember 1990 vereinnahmter Betrag	Ausstehender Betrag (31. Dezember 1990)	Tilgung		Ausstehender Betrag (31. Dezember)		Zinsen		
				1991	1992	1991	1992	1990	1991	1992
(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)	(10)	(11)
1989	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1990	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Euratom insgesamt	3 494,0	3 678,3	1 687,4	137,9	275,5	1 549,5	1 274,0	166,1	146,4	132,5
Refinanzierungen	725,2									
Insgesamt ohne Refinanzierungen	2 768,8									
3. *Neues Gemeinschaftsinstrument (NGI)*										
1979	180,0	201,9	55,2	6,1	6,1	49,1	43,0	7,1	6,4	5,7
1980	298,0	332,9	81,4	13,3	13,3	68,0	54,7	12,5	8,6	7,2
1981	333,1	346,6	99,7	27,4	23,9	72,3	48,4	15,1	11,9	8,7
1982	762,5	638,3	123,6	27,0	27,0	96,6	69,6	19,7	11,3	8,8
1983	1 459,8	1 422,1	666,4	64,2	50,0	602,2	552,2	71,3	63,2	56,7
1984	1 001,4	946,4	467,1	84,7	132,7	382,4	249,7	55,6	44,0	35,3
1985	776,4	844,4	676,2	8,7	8,7	667,5	658,8	66,4	58,2	57,6
1986	509,2	479,9	479,9	162,3	9,3	317,6	308,3	36,7	36,7	25,4
1987	604,1	609,9	530,5	26,5	64,7	504,0	439,2	43,4	41,7	39,9
1988	911,7	891,6	810,6	28,1	285,1	782,5	497,4	65,7	62,8	61,6
1989	535,6	494,3	491,7	78,2	141,0	413,5	272,5	46,3	47,2	38,3
1990	76,1	76,3	76,3	13,9	13,0	63,4	50,4	1,0	7,9	5,6
NGI insgesamt (2)	7 447,9	7 284,5	4 558,4	539,4	774,8	4 019,0	3 244,2	440,8	398,9	350,7

(1) Zu den zum Zeitpunkt der Unterzeichnung geltenden Umrechnungskursen.

(2) Einschließlich der Anleihemittel aus dem Neuen Gemeinschaftsinstrument (Erdbeben).

KOMMISSION
Teil B — Anlage II
(Anleihen und Darlehen)

ÜBERSICHT 1

AUFGENOMMENE ANLEIHEN

Kapitaltransaktionen und Verwaltung der Anleihen

(zu Umrechnungskursen vom 31. Dezember 1990) *(Fortsetzung)*

(in Millionen ECU)

Instrument und Jahr der Unterzeichnung	Gegenwert zum Zeitpunkt der Unterzeichnung (1)	Ursprünglicher bis 31. Dezember 1990 vereinnahmter Betrag	Ausstehender Betrag (31. Dezember 1990)	Tilgung		Ausstehender Betrag (31. Dezember)		Zinsen		
				1991	1992	1991	1992	1990	1991	1992
(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)	(10)	(11)
EIB-Mittel „Erdbeben" (2)	353,1									
NGI und Erdbeben insgesamt	7 801,0									
Refinanzierungen	1 210,0									
Insgesamt ohne Refinanzierungen	6 591,0									
4. *Mittelfristige Finanzhilfe für Ungarn*										
1990	350,0	350,0	350,0	—	—	350,0	350,0	0	37,0	37,0
Insgesamt	350,0	350,0	350,0	—	—	350,0	350,0	0	37,0	37,0
Gesamtsumme Anleihen (3)	**20 484,8**	**17 974,6**	**8 291,2**	**887,3**	**1 690,2**	**7 403,9**	**5 713,7**	**756,5**	**705,1**	**613,4**
Aufgliederung der Gesamtsumme nach Devisen										
ECU	3 494,5	3 494,5	2 370,2	239,2	444,2	2 131,0	1 686,8	171,4	197,2	176,2
bfrs	858,2	867,8	283,4	17,9	17,9	265,6	247,7	29,4	26,2	24,0
Dkr	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
DM	1 883,7	2 133,9	1 304,1	118,2	421,4	1 185,8	764,5	113,1	100,8	78,3
Dr	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Pta	190,1	191,4	191,4	—	—	191,4	191,4	23,7	23,7	23,7
ffrs	607,3	583,4	514,4	—	79,1	514,4	435,2	60,0	59,0	59,0
Ir £	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Lit	131,3	134,4	134,4	—	69,5	134,4	64,9	14,8	14,8	14,8
lfrs	452,9	469,0	91,6	6,2	6,9	85,5	78,6	10,0	7,6	7,0

(1) Zu den zum Zeitpunkt der Unterzeichnung geltenden Umrechnungskursen.
(2) Von der Europäischen Investitionsbank zum 31. Dezember 1990 unterzeichnete Darlehen.
(3) Einschließlich Refinanzierungen (1 210 000 000 ECU), aber ohne EIB-Mittel „Erdbeben".

KOMMISSION

Teil B — Anlage II
(Anleihen und Darlehen)

ÜBERSICHT 1

AUFGENOMMENE ANLEIHEN

Kapitaltransaktionen und Verwaltung der Anleihen

(zu Umrechnungskursen vom 31. Dezember 1990) *(Fortsetzung)*

(in Millionen ECU)

Instrument und Jahr der Unterzeichnung	Gegenwert zum Zeitpunkt der Unterzeichnung (1)	Ursprünglicher bis 31. Dezember 1990 vereinnahmter Betrag	Ausstehender Betrag (31. Dezember 1990)	Tilgung		Ausstehender Betrag (31. Dezember)		Zinsen		
				1991	1992	1991	1992	1990	1991	1992
(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)	(10)	(11)
hfl	1 083,2	1 219,4	810,1	124,8	124,1	685,3	561,2	84,7	73,3	61,1
Esc	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
£ Stg	419,6	348,9	183,4	14,9	0,8	168,5	167,7	27,3	21,5	19,6
US $	9 539,4	6 589,5	1 404,0	230,4	186,2	1 173,6	987,4	161,9	125,8	106,5
sfrs	706,0	775,1	529,4	5,7	178,0	523,7	345,7	29,6	27,8	27,5
Yen	1 058,6	1 116,7	424,2	79,4	162,2	344,8	182,6	23,8	21,7	15,8
CND $	60,0	50,6	50,6	50,6	—	—	—	6,6	5,7	—

(1) Zu den zum Zeitpunkt der Unterzeichnung geltenden Umrechnungskursen.

KOMMISSION

Teil B — Anlage II
(Anleihen und Darlehen)

ÜBERSICHT 2

GEWÄHRTE DARLEHEN

Kapitaltransaktionen und Verwaltung der Darlehen

(zu Umrechnungskursen vom 31. Dezember 1990)

(in Millionen ECU)

Instrument und Jahr der Unterzeichnung	Gegenwert zum Zeitpunkt der Unterzeichnung (1)	Ursprünglicher bis 31. Dezember 1990 ausgezahlter Betrag	Ausstehender Betrag (31. Dezember 1990)	Tilgung		Ausstehender Betrag (31. Dezember)		Zinsen		
				1991	1992	1991	1992	1990	1991	1992
(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)	(10)	(11)
1. *Zahlungsbilanz*										
1983	3 997,2	2 636,6	30,0	—	—	30,0	30,0	28,6	3,5	3,5
1984	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1985	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1986	865,0	835,2	835,2	210,0	475,2	625,2	150,0	70,8	69,3	34,9
1987	873,9	830,2	830,2	—	164,7	830,2	665,5	54,9	54,9	54,9
1988	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1989	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1990	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Zahlungsbilanz insgesamt	5 736,1	4 302,0	1 695,4	210,0	639,9	1 485,4	845,5	154,3	127,7	93,3
2. *Euratom*										
1977	95,3	116,3	4,3	2,2	2,2	2,2	—	0,5	0,3	0,2
1978	70,8	80,2	27,9	2,3	2,3	25,6	23,3	2,8	1,4	1,3
1979	151,6	159,4	5,2	5,2	—	—	—	0,7	0,4	—
1980	183,5	184,4	23,3	1,9	9,1	21,4	12,3	4,5	2,8	2,6
1981	360,4	391,3	114,4	51,5	15,6	62,9	47,4	15,1	11,6	6,1
1982	354,6	388,0	166,0	15,3	143,9	150,7	6,8	23,7	19,1	16,0
1983	366,9	380,4	295,2	25,8	25,8	269,4	243,7	33,5	29,4	27,1
1984	183,7	197,9	187,7	8,9	77,6	178,8	101,2	16,1	15,1	14,1
1985	208,3	221,8	125,4	24,5	—	100,9	100,9	15,7	11,9	9,9
1986	575,0	425,5	425,5	—	—	425,5	425,5	33,2	32,7	32,2
1987	209,6	308,5	308,5	—	—	308,5	308,5	23,9	23,3	22,7
1988	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1989	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1990	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Euratom insgesamt	2 759,7	2 853,6	1 683,5	137,5	276,5	1 546,0	1 269,5	169,9	148,0	132,3

(1) Zu den zum Zeitpunkt der Unterzeichnung geltenden Umrechnungskursen.

KOMMISSION

Teil B — Anlage II
(Anleihen und Darlehen)

ÜBERSICHT 2

GEWÄHRTE DARLEHEN

Kapitaltransaktionen und Verwaltung der Darlehen

(zu Umrechnungskursen vom 31. Dezember 1990) *(Fortsetzung)*

(in Millionen ECU)

Instrument und Jahr der Unterzeichnung	Gegenwert zum Zeitpunkt der Unterzeichnung (1)	Ursprünglicher bis 31. Dezember 1990 ausgezahlter Betrag	Ausstehender Betrag (31. Dezember 1990)	Tilgung		Ausstehender Betrag (31. Dezember)		Zinsen		
				1991	1992	1991	1992	1990	1991	1992
(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)	(10)	(11)
3. *Neues Gemeinschaftsinstrument (NGI)*										
a) Ohne Transaktionen „Erdbeben“										
1979	272,7	304,6	161,7	22,3	66,4	139,4	73,0	13,8	12,4	9,2
1980	197,6	223,0	110,3	12,1	47,2	98,2	51,0	12,0	9,7	7,3
1981	243,5	264,6	104,8	31,4	24,4	73,4	49,0	14,6	11,5	8,3
1982	631,4	582,0	238,2	38,9	42,0	199,3	157,3	26,1	19,3	15,9
1983	961,0	914,9	549,8	88,8	96,2	461,0	364,8	58,8	47,8	39,3
1984	1 154,0	1 076,5	662,0	119,6	117,1	542,4	425,3	77,7	65,8	53,9
1985	845,7	839,3	589,2	91,6	101,6	497,6	396,0	61,8	54,0	45,9
1986	390,8	379,9	298,5	44,0	49,7	254,5	204,8	25,8	22,8	19,4
1987	384,9	385,4	340,1	50,2	86,1	289,9	203,8	33,8	29,6	24,9
1988	323,7	246,5	244,1	18,0	19,3	226,1	206,8	21,0	22,2	20,4
1989	78,3	46,9	46,9	2,7	5,8	44,2	38,4	3,7	4,4	4,0
1990	23,6	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Zwischensumme	5 507,2	5 263,6	3 345,6	519,6	655,8	2 826,0	2 170,2	349,1	229,5	248,5
b) Transaktionen „Erdbeben“										
Italien	608,7	621,3	355,6	69,8	124,6	285,8	161,2	29,2	23,9	19,3
Griechenland	80,0	75,2	36,0	8,1	8,7	27,9	19,2	2,8	2,3	1,7
Zwischensumme	688,7	696,5	391,6	77,9	133,3	313,7	180,4	32,0	26,2	21,0
NGI insgesamt	6 195,9	5 960,1	3 737,2	597,5	789,1	3 139,7	2 350,6	381,1	325,7	269,5

(1) Zu den zum Zeitpunkt der Unterzeichnung geltenden Umrechnungskursen.

KOMMISSION
Teil B — Anlage II
(Anleihen und Darlehen)

ÜBERSICHT 2

GEWÄHRTE DARLEHEN

Kapitaltransaktionen und Verwaltung der Darlehen

(zu Umrechnungskursen vom 31. Dezember 1990) *(Fortsetzung)*

(in Millionen ECU)

Instrument und Jahr der Unterzeichnung	Gegenwert zum Zeitpunkt der Unterzeichnung (1)	Ursprünglicher bis 31. Dezember 1990 ausgezahlter Betrag	Ausstehender Betrag (31. Dezember 1990)	Tilgung		Ausstehender Betrag (31. Dezember)		Zinsen		
				1991	1992	1991	1992	1990	1991	1992
(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)	(10)	(11)
4. *Mittelfristige Finanzhilfe für Ungarn*										
1990	350,0	350,0	350,0	—	—	350,0	350,0	25,3	34,0	34,0
Insgesamt	350,0	350,0	350,0	—	—	350,0	350,0	25,3	34,0	34,0
Darlehen insgesamt	**15 041,7**	**13 465,7**	**7 466,1**	**945,0**	**1 705,5**	**6 521,1**	**4 815,6**	**730,6**	**635,4**	**529,1**
Aufgliederung der Gesamtsumme nach ausgezahlten Devisen										
ECU	—	2 596,2	2 032,8	231,9	421,8	1 800,9	1 379,2	200,7	183,9	160,9
bfrs	—	722,9	415,2	43,9	117,0	371,3	254,3	41,7	36,4	31,8
Dkr	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
DM	—	2 107,0	1 374,4	168,1	379,3	1 206,3	827,1	125,4	113,5	74,4
Dr	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Pta	—	76,5	66,1	14,6	16,3	51,5	35,2	8,1	7,6	5,9
ffrs	—	695,7	552,7	32,9	115,2	519,8	404,5	64,6	61,4	58,3
Ir £	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Lit	—	148,5	122,3	20,0	22,7	102,3	79,6	14,7	13,2	11,0
lfrs	—	316,0	68,6	5,2	6,0	63,5	57,5	8,6	6,2	5,6
hfl	—	1 204,6	708,4	122,7	117,2	585,7	468,6	73,1	62,2	50,8
Esc	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
£ Stg	—	414,9	267,5	24,7	25,8	242,8	217,0	34,9	30,1	27,5
US $	—	3 862,7	911,7	182,7	144,7	729,0	584,3	105,8	76,9	57,4
sfrs	—	707,9	505,1	47,5	181,3	457,6	276,3	31,4	28,5	25,3
Yen	—	612,8	441,2	51,0	158,2	390,2	232,0	31,3	27,4	21,8

(1) Zu den zum Zeitpunkt der Unterzeichnung geltenden Umrechnungskursen.

KOMMISSION

Teil B — Anlage II
(Anleihen und Darlehen)

ÜBERSICHT 3

Darlehen der Europäischen Investitionsbank an Mittelmeerländer und in Drittländern Mittel- und Osteuropas mit Garantie aus dem Gesamthaushalt

(zu Umrechnungskursen vom 31. Dezember 1990)

(in Millionen ECU)

Empfängerländer	Bewilligte Höchstgrenze für die Darlehen	Bereitgestellte Kredite (abzüglich Annullierungen)	Ursprünglicher bis 31. Dezember 1990 ausgezahlter Betrag	Ausstehender Betrag (31. Dezember 1990)	Tilgung		Ausstehender Betrag (31. Dezember)		Zinsen		
					1991	1992	1991	1992	1990	1991	1992
(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)	(10)	(11)	(12)
Mittelmeerländer											
Malta											
— Protokoll I	16,0	16,0	16,9	13,0	0,8	0,9	12,2	11,3	0,9	1,0	0,9
— Protokoll II	16,0	16,0	6,4	6,4	—	0,2	6,4	6,2	0,2	0,4	0,4
— Protokoll III	23,0	10,0	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Tunesien											
— Protokoll I	41,0	41,0	44,9	20,8	3,1	2,3	17,7	15,4	2,2	1,9	1,6
— Protokoll II	78,0	78,0	58,6	56,2	2,9	5,1	53,3	48,2	2,8	2,8	2,6
— Protokoll III	131,0	103,0	40,9	40,9	—	0,9	40,9	40,0	1,1	2,3	2,3
Algerien											
— Protokoll I	70,0	70,0	68,0	56,4	5,0	5,5	51,4	45,9	4,6	4,2	3,8
— Protokoll II	107,0	102,1	57,3	57,3	1,3	2,5	56,0	53,5	2,7	3,4	3,4
— Protokoll III	183,0	113,0	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Marokko											
— Protokoll I	56,0	56,0	59,3	39,4	4,8	5,4	34,6	29,2	4,4	3,9	3,4
— Protokoll II	90,0	90,0	85,7	78,6	4,2	4,5	74,4	69,9	7,0	6,7	6,3
— Protokoll III	151,0	91,0	29,4	29,4	—	—	29,4	29,4	1,7	2,3	2,2
Ägypten											
— Protokoll I	93,0	93,0	89,6	46,9	4,6	4,9	42,3	37,4	4,4	4,0	3,5
— Protokoll II	150,0	150,0	141,2	118,0	10,2	10,8	107,8	97,0	6,5	6,7	6,1
— Protokoll III	249,0	137,0	13,8	13,8	—	—	13,8	13,8	0,3	0,9	0,9
Jordanien											
— Protokoll I	18,0	18,0	19,8	7,3	1,8	1,3	5,5	4,2	0,8	0,6	0,5
— Protokoll II	37,0	37,0	35,4	28,2	2,8	3,1	25,4	22,3	2,1	2,0	1,8
— Protokoll III	63,0	48,0	19,0	19,0	—	—	19,0	19,0	0,7	1,0	1,0

KOMMISSION
Teil B — Anlage II
(Anleihen und Darlehen)

ÜBERSICHT 3

Darlehen der Europäischen Investitionsbank an Mittelmeerländer und in Drittländern Mittel- und Osteuropas mit Garantie aus dem Gesamthaushalt

(zu Umrechnungskursen vom 31. Dezember 1990) *(Fortsetzung)*

(in Millionen ECU)

Empfängerländer	Bewilligte Höchstgrenze für die Darlehen	Bereitgestellte Kredite (abzüglich Annullierungen)	Ursprünglicher bis 31. Dezember 1990 ausgezahlter Betrag	Ausstehender Betrag (31. Dezember 1990)	Tilgung		Ausstehender Betrag (31. Dezember)		Zinsen		
					1991	1992	1991	1992	1990	1991	1992
(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)	(10)	(11)	(12)
Syrien											
— Protokoll I	34,0	34,0	32,5	25,0	2,1	2,3	22,9	20,6	2,2	2,0	1,8
— Protokoll II	64,0	60,1	39,9	36,0	3,1	3,3	32,9	29,6	2,3	2,1	1,9
— Protokoll III	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Israel											
— Protokoll I	30,0	30,0	30,9	11,4	4,1	4,6	7,3	2,7	1,7	1,2	0,7
— Protokoll II	40,0	40,0	43,4	31,7	4,0	4,3	27,7	23,4	2,7	2,4	2,0
— Protokoll III	63,0	57,0	58,4	58,4	—	—	58,4	58,4	1,5	4,6	4,8
Zypern											
— Protokoll I	20,0	20,0	19,1	13,1	1,5	1,7	11,6	9,9	1,6	1,4	1,2
— Protokoll II	28,0	28,0	26,2	24,6	1,3	1,3	23,3	22,0	1,9	1,8	1,7
— Protokoll III	44	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Libanon											
— Sonderhilfe	20,0	20,0	26,4	—	—	—	—	—	—	—	—
— Protokoll I	20,0	20,0	20,0	9,5	1,9	1,6	7,6	6,0	1,1	0,9	0,7
— Protokoll II	34,0	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
— zusätzliche Sonderhilfe	50,0	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
— Protokoll III	53,0	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Jugoslawien											
— Artikel 18 (1976)	50,0	50,0	46,2	14,8	5,5	6,0	9,3	3,3	1,8	1,3	0,7
— Protokoll I	200,0	200,0	126,9	117,4	3,9	5,0	113,5	108,5	12,8	12,4	12,0
— Artikel 18 (1984)	60,0	60,0	53,4	51,8	1,8	2,0	50,0	48,0	5,3	5,3	5,1
— Protokoll II	550,0	450,0	172,7	172,7	—	—	172,7	172,7	5,5	13,4	14,2
Türkei											
— Protokoll III	90,0	89,9	97,7	50,0	9,8	10,9	40,2	29,3	6,2	5,2	4,1
— Protokoll IV	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Griechenland											
— Protokoll II	225,0	225,0	244,0	110,7	20,6	19,2	90,1	70,9	10,8	8,8	6,9

KOMMISSION

Teil B — Anlage II
(Anleihen und Darlehen)

ÜBERSICHT 3

Darlehen der Europäischen Investitionsbank an Mittelmeerländer und in Drittländern Mittel- und Osteuropas mit Garantie aus dem Gesamthaushalt

(zu Umrechnungskursen vom 31. Dezember 1990) *(Fortsetzung)*

(in Millionen ECU)

Empfängerländer	Bewilligte Höchstgrenze für die Darlehen	Bereitgestellte Kredite (abzüglich Annullierungen)	Ursprünglicher bis 31. Dezember 1990 ausgezahlter Betrag	Ausstehender Betrag (31. Dezember 1990)	Tilgung		Ausstehender Betrag (31. Dezember)		Zinsen		
					1991	1992	1991	1992	1990	1991	1992
(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)	(10)	(11)	(12)
Portugal											
— Protokoll I	200,0	190,6	202,8	75,1	10,1	11,0	65,0	54,0	7,4	6,3	5,4
— Beihilfe vor dem Beitritt	150,0	150,0	140,5	99,5	11,3	12,5	88,2	75,7	10,1	9,1	8,0
— zusätzliche Beihilfe vor dem Beitritt I	75,0	72,9	65,6	52,2	4,4	4,3	47,8	43,5	5,3	4,9	4,5
— zusätzliche Beihilfe vor dem Beitritt II	150,0	150,0	146,2	136,3	6,7	7,3	129,6	122,3	12,0	11,5	10,9
Spanien											
— finanzielle Zusammenarbeit vor dem Beitritt	200,0	200,0	199,5	103,3	23,5	17,4	79,8	62,4	13,6	11,1	8,6
— zusätzliche finanzielle Zusammenarbeit vor dem Beitritt I	100,0	100,0	92,2	64,2	8,6	9,5	55,6	46,1	7,3	6,5	5,6
— zusätzliche finanzielle Zusammenarbeit vor dem Beitritt II	250,0	235,0	228,2	173,9	16,5	18,0	157,4	139,4	16,2	14,7	13,5
Zwischensumme [1]	4 372,0	3 751,6	2 898,9	2 063,2	182,2	189,6	1 881,0	1 691,4	171,7	171,7	155,0
Portugal [2]											
— Soforthilfe	150,0	141,5	138,2	13,8	6,6	2,4	7,2	4,8	1,3	0,8	0,5
Insgesamt	**4 522,0**	**3 893,1**	**3 037,1**	**2 077,0**	**188,8**	**192,0**	**1 888,2**	**1 696,2**	**173,0**	**171,8**	**155,5**
Garantie der Europäischen Gemeinschaften											
[1] Globalgarantie zu 75 %	3 279,0	2 813,7	2 174,2	2 063,2	—	—	—	—	—	—	—
[2] Gesamtgarantie zu 100 %	150,0	141,5	138,2	13,8	—	—	—	—	—	—	—
Garantie insgesamt	3 429,0	2 955,2	2 312,4	2 077,0	—	—	—	—	—	—	—

KOMMISSION
Teil B — Anlage II
(Anleihen und Darlehen)

ÜBERSICHT 3

Darlehen der Europäischen Investitionsbank an Mittelmeerländer und in Drittländern Mittel- und Osteuropas mit Garantie aus dem Gesamthaushalt

(zu Umrechnungskursen vom 31. Dezember 1990) *(Fortsetzung)*

(in Millionen ECU)

Empfängerländer	Bewilligte Höchstgrenze für die Darlehen	Bereitgestellte Kredite (abzüglich Annullierungen)	Ursprünglicher bis 31. Dezember 1990 ausgezahlter Betrag	Ausstehender Betrag (31. Dezember 1990)	Tilgung		Ausstehender Betrag (31. Dezember)		Zinsen		
					1991	1992	1991	1992	1990	1991	1992
(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)	(10)	(11)	(12)
Drittländer Mittel- und Osteuropas											
Polen	(1)	120,0	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Ungarn	(1)	95,0	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Insgesamt	**1 000,0**	**215,0**	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Garantie der Europäischen Gemeinschaften											
Insgesamt zu 100 %	1 000,0	215,0	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Insgesamt											
Garantie der Europäischen Gemeinschaften											
Globalgarantie zu 75 %	3 279,0	2 813,7	2 174,2	2 063,2	—	—	—	—	—	—	—
Gesamtgarantie zu 100 %	1 150,0	356,5	138,2	13,8	—	—	—	—	—	—	—
Garantie insgesamt	**4 429,0**	**3 170,2**	**2 312,4**	**2 077,0**	—	—	—	—	—	—	—
Aufgliederung der Gesamtsumme nach Devisen											
ECU			149,8	124,2	8,4	9,2	115,8	106,6	12,0	11,4	10,5
bfrs			91,1	71,6	5,1	5,1	66,5	61,4	6,0	5,7	5,3
Dkr			41,1	37,7	1,5	1,7	36,2	34,5	4,0	3,9	3,7
DM			593,6	365,9	40,4	39,6	325,5	285,9	32,5	30,3	26,6
Dr			17,5	15,1	1,0	1,3	14,1	12,8	1,6	1,5	1,4
Pta			8,3	7,6	0,3	0,3	7,3	7,0	0,8	0,8	0,8
ffrs			254,5	194,5	18,0	18,5	176,5	158,0	17,8	16,8	15,1
Ir £			0,9	0,9	—	—	0,9	0,9	0,1	0,1	0,1
Lit			152,8	127,7	9,8	11,0	117,9	106,9	11,6	10,9	10,0
lfrs			24,4	10,8	2,5	2,7	8,3	5,6	1,3	1,0	0,8

(1) Keine Aufgliederung nach Ländern.

KOMMISSION

Teil B — Anlage II
(Anleihen und Darlehen)

ÜBERSICHT 3

Darlehen der Europäischen Investitionsbank an Mittelmeerländer und in Drittländern Mittel- und Osteuropas mit Garantie aus dem Gesamthaushalt

(zu Umrechnungskursen vom 31. Dezember 1990) *(Fortsetzung)*

(in Millionen ECU)

Empfängerländer	Bewilligte Höchstgrenze für die Darlehen	Bereitgestellte Kredite (abzüglich Annullierungen)	Ursprünglicher bis 31. Dezember 1990 ausgezahlter Betrag	Ausstehender Betrag (31. Dezember 1990)	Tilgung		Ausstehender Betrag (31. Dezember)		Zinsen		
					1991	1992	1991	1992	1990	1991	1992
(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)	(10)	(11)	(12)
hfl			189,1	130,4	12,5	12,5	117,9	105,4	10,8	10,2	9,1
Esc			—	—	—	—	—	—	—	—	—
£ Stg			155,5	129,8	10,1	11,2	119,7	108,5	11,8	11,0	10,1
US $			524,5	286,7	35,5	33,2	251,2	218,0	25,5	26,0	23,1
sfrs			467,5	294,1	24,4	23,8	269,7	245,9	18,1	21,1	19,3
Yen			364,9	279,1	19,2	21,8	259,9	238,1	19,0	21,0	19,5
ö S			1,6	0,9	0,1	0,1	0,8	0,7	0,1	0,1	0,1

KOMMISSION
Teil B — Anlage II
(Anleihen und Darlehen)

Technische Anmerkungen zu den Übersichten 1 bis 3

1. *Übersichten 1 und 2*

a) Bei den Operationen zur Stützung der Zahlungsbilanzen sowie den „NGI"- und „Euratom"-Operationen entspricht im allgemeinen der Anleihebetrag genau dem Darlehensbetrag.

Allerdings können die aufgenommenen Beträge im Wege von Swap-Transaktionen in andere Währungen umgetauscht (mit anderen Zinssätzen) werden, welche dann als Darlehen vergeben werden.

Die unterschiedliche Entwicklung der Währungsparitäten bei den aufgenommenen und den vergebenen Beträgen im Verhältnis zum Ecu ist der Grund für die Differenz, die zwischen den Zahlenangaben in den Spalten „Tilgung" und „Ausstehender Betrag" über die Anleihen und Darlehensoperationen zu verzeichnen sind.

Die unterschiedlichen Zahlungen in der Spalte „Zinsen" bei den Anleihen und den Darlehen erklären sich durch die unterschiedlich hohen Zinssätze für die bei den jeweiligen Operationen benutzten Währungen.

b) Umrechnungskurse: die Beträge der Spalte (2) „Gegenwert zum Zeitpunkt der Unterzeichnung" werden zu den zum Zeitpunkt der Unterzeichnung geltenden Kursen umgerechnet. Bei Refinanzierung läßt die Übersicht 1 sowohl die ursprüngliche Transaktion (beispielsweise im Jahr 1979) als auch die Ersatztransaktion (beispielsweise im Jahr 1986) erkennen. Die Ersatztransaktion wird zu den Kursen der ursprünglichen Transaktion umgerechnet. Die sich daraus ergebende Doppelrechnung wird beziffert, bleibt aber in der Gesamtsumme unberücksichtigt.

Alle anderen Beträge werden zu den Kursen vom 31. Dezember 1990 umgerechnet.

c) Spalte (3) „Ursprünglicher bis 31. Dezember 1990 vereinnahmter/ausgezahlter Betrag". Beispiel: Die Zahl „1986" weist die Gesamtsumme aller Beträge aus, die:

— bis zum 31. Dezember 1990 aus 1986 unterzeichneten Anleihen (Übersicht 1) einschließlich der Refinanzierungen (daher eine gewisse Doppelrechnung) vereinnahmt worden sind;

— bis zum 31. Dezember 1990 für 1986 unterzeichnete Darlehen (Übersicht 2) ausgezahlt worden sind.

d) Spalte (4) „Ausstehender Betrag (31. Dezember 1990)": Nettozahl ohne Doppelrechnungen infolge der Refinanzierungen, die sich durch Abzug des Gesamtbetrags der bis zum 31. Dezember 1990 vorgenommenen Tilgungen einschließlich der mit den Refinanzierungen verbundenen Tilgungen (in den Übersichten nicht ausgewiesener Betrag) von der Spalte (3) ergibt.

e) Spalte (7) = Spalte (4) − Spalte (5).

f) Spalte (8) = Spalte (7) − Spalte (6).

2. *Übersicht 3*

a) Spalte (1) „Empfängerländer": die noch nicht am 31. Dezember 1990 in Kraft getretenen Protokolle sind aus der Übersicht ausgeschlossen: Syrien III und Türkei IV.

b) Spalte (2) „Bewilligte Höchstgrenze für die Darlehen": Im Kooperationsabkommen oder Finanzprotokoll vorgesehener Rahmenbetrag.

c) Spalte (3) „Bereitgestellte Kredite (abzüglich Annullierungen)": Unterzeichnete Darlehen.

d) Garantie der Europäischen Gemeinschaften: Die Globalgarantie von 75 % wird als Garantie in Höhe von „75 % aller bereitgestellten Kredite" bezeichnet, das sind Ende 1990 2 814 000 000 ECU. Da sich der ausstehende Betrag am 31. Dezember auf 2 063 000 000 ECU beläuft, würde der mit der Globalgarantie verbundene theoretische Höchstverlust 2 063 000 000 ECU betragen.

EINZELPLAN IV

GERICHTSHOF

EINNAHMEN

Beitrag der Europäischen Gemeinschaften zur Finanzierung der Ausgaben des Gerichtshofes für das Haushaltsjahr 1992

Bezeichnung	Betrag
Ausgaben	82 096 725
Eigene Einnahmen	−9 168 144
Zu vereinnahmender Beitrag	**72 928 581**

GERICHTSHOF

Eigene Einnahmen

Titel Kapitel Artikel	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1992	Haushaltsjahr 1991	Haushaltsjahr 1990
4	**SONSTIGE, VON DER GEMEINSCHAFT ERHOBENE ABGABEN, STEUERN UND GEBÜHREN**			
40	ABZÜGE VON DEN GEHÄLTERN			
400	**Ertrag der Steuer auf die Gehälter, Löhne und Vergütungen der Mitglieder des Organs, der Beamten und sonstigen Bediensteten**	6 256 688	5 729 072	5 158 024,77
401	**Beiträge des Personals zur Versorgungsordnung**	2 491 456	2 225 866	2 044 500,28
402	**Abgabe auf Dienstbezüge**	p.m.	570 477	1 025 690,13
	KAPITEL 40 INSGESAMT	8 748 144	8 525 415	8 228 215,18
	Titel 4 insgesamt	**8 748 144**	**8 525 415**	**8 228 215,18**
5	**ERLÖSE AUS DEM VERWALTUNGSBETRIEB DES ORGANS**			
50	ERLÖS AUS DER VERÄUSSERUNG VON BEWEGLICHEN UND UNBEWEGLICHEN SACHEN			
500	**Erlös aus der Veräußerung von beweglichen Sachen**	p.m.	p.m.	0,—
502	**Erlös aus dem Verkauf von Veröffentlichungen, Drucksachen und Filmen**	40 000	35 000	43 940,49
	KAPITEL 50 INSGESAMT	40 000	35 000	43 940,49
52	ERTRAG AUS ANLAGEMITTELN, BANKZINSEN UND SONSTIGEN ZINSEN			
520	**Ertrag aus Anlagemitteln, Bankzinsen und sonstigen Zinsen von Konten des Organs**	100 000	74 500	170 174,02
	KAPITEL 52 INSGESAMT	100 000	74 500	170 174,02
54	VERSCHIEDENE, NICHT BENUTZTE EINNAHMEN, DIE WIEDERVERWENDET WERDEN KÖNNEN (ARTIKEL 22 DER HAUSHALTSORDNUNG)			
540	**Verschiedene, nicht benutzte Einnahmen, die wiederverwendet werden können (Artikel 22 der Haushaltsordnung)**	p.m.	p.m.	9 983,—
	KAPITEL 54 INSGESAMT	p.m.	p.m.	9 983,—
55	ÜBERTRAGUNG ODER RÜCKKAUF VON RUHEGEHALTSANSPRÜCHEN DURCH DAS PERSONAL			
550	**Übertragung oder Rückkauf von Ruhegehaltsansprüchen durch das Personal**	250 000	86 100	669 074,12
	KAPITEL 55 INSGESAMT	250 000	86 100	669 074,12
	Titel 5 insgesamt	**390 000**	**195 600**	**893 171,63**

GERICHTSHOF

Eigene Einnahmen *(Fortsetzung)*

Titel Kapitel Artikel	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1992	Haushaltsjahr 1991	Haushaltsjahr 1990
9	**VERSCHIEDENE EINNAHMEN**			
9 0	VERSCHIEDENE EINNAHMEN			
9 0 0	**Verschiedene Einnahmen**	30 000	10 000	35 548,66
	KAPITEL 9 0 INSGESAMT	30 000	10 000	37 548,66
	Titel 9 insgesamt	**30 000**	**10 000**	**37 548,66**
	GESAMTBETRAG	**9 168 144**	**8 731 015**	**9 158 935,47**

GERICHTSHOF

AUSGABEN

Gesamtübersicht über die Mittel (1992 und 1991) und Ausgaben (1990)

Titel Kapitel	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
1	**AUSGABEN FÜR MITGLIEDER UND PERSONAL DES ORGANS**			
10	MITGLIEDER DES ORGANS	10 256 600	9 601 306	8 585 983,85
11	PERSONAL IM AKTIVEN DIENST	53 523 314	47 955 507	41 897 918,81
12	VERSORGUNGSBEZÜGE, VERGÜTUNGEN UND VERSCHIEDENE BEITRÄGE	801 411	944 137	597 793,07
13	DIENSTREISE- UND FAHRKOSTEN	190 000	187 000	168 843,33
14	SOZIALE UND MEDIZINISCHE INFRASTRUKTUR	175 000	145 000	144 536,33
16	SOZIALAUSGABEN	353 500	309 500	288 999,33
17	AUSGABEN FÜR EMPFÄNGE UND FÜR REPRÄSENTATIONSZWECKE	55 000	59 400	52 746,63
	Titel 1 insgesamt	**65 354 825**	**59 201 850**	**51 736 821,35**
2	**GEBÄUDE, MATERIAL UND SONSTIGE SACHAUSGABEN**			
20	GRUNDSTÜCKSINVESTITIONEN, MIETE VON GEBÄUDEN UND NEBENKOSTEN	9 000 000	4 890 400	7 579 777,75
22	BEWEGLICHE SACHEN UND NEBENKOSTEN	2 575 000	2 575 976	2 577 671,01
23	LAUFENDE SACHAUSGABEN FÜR DEN DIENSTBETRIEB	671 500	681 500	650 998,71
24	POST- UND FERNMELDEGEBÜHREN	800 000	662 800	712 369,17
25	AUSGABEN FÜR SITZUNGEN UND EINBERUFUNGEN	370 000	343 000	265 060,37
26	KOSTEN FÜR UNTERSUCHUNGEN, ERHEBUNGEN UND KONSULTATIONEN	p.m.	p.m.	0,—
27	AUSGABEN FÜR VERÖFFENTLICHUNGEN UND FÜR DIE UNTERRICHTUNG DER ÖFFENTLICHKEIT	2 900 000	3 197 500	2 297 368,47
29	ZUSCHÜSSE UND BETEILIGUNGEN	80 400	80 400	73 169,23
	Titel 2 insgesamt	**16 396 900**	**12 431 576**	**14 156 414,71**
3	**AUSGABEN IM ZUSAMMENHANG MIT DER DURCHFÜHRUNG SPEZIFISCHER AUFGABEN DURCH DAS ORGAN**			
37	BESONDERE AUSGABEN EINIGER INSTITUTIONEN UND ORGANE	25 000	15 000	65 000,—
	Titel 3 insgesamt	**25 000**	**15 000**	**65 000,—**

GERICHTSHOF

Gesamtübersicht über die Mittel (1992 und 1991) und Ausgaben (1990) *(Fortsetzung)*

Titel Kapitel	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
10	**ANDERE AUSGABEN**			
10 0	VORLÄUFIG EINGESETZTE MITTEL	320 000	3 442 900	0,—
10 1	RÜCKLAGE FÜR UNVORHERGESEHENE AUSGABEN	p.m.	p.m.	0,—
	Titel 10 insgesamt	**320 000**	**3 442 900**	**0,—**
	GESAMTBETRAG	**82 096 725**	**75 091 326**	**65 958 236,06**

GERICHTSHOF

TITEL 1

AUSGABEN FÜR MITGLIEDER UND PERSONAL DES ORGANS

KAPITEL 10 — MITGLIEDER DES ORGANS

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
	KAPITEL 10			
100	***Gehälter, Zulagen und Entschädigungen***			
1000	Grundgehälter Nichtgetrennte Mittel	5 132 600	4 901 464	4 725 907,48
1001	Residenzzulagen Nichtgetrennte Mittel	770 000	735 220	708 888,74
1002	Familienzulagen Nichtgetrennte Mittel	437 300	435 140	402 675,40
1003	Aufwandsentschädigungen Nichtgetrennte Mittel	310 100	298 378	277 258,31
	Artikel 100 insgesamt	6 650 000	6 370 202	6 114 729,93
101	***Kranken- und Unfallversicherung sowie sonstige Soziallasten*** Nichtgetrennte Mittel	306 000	278 358	196 219,73
102	***Übergangsgelder*** Nichtgetrennte Mittel	650 000	618 163	634 963,54
103	***Versorgungsbezüge***			
1030	Ruhegehälter Nichtgetrennte Mittel	1 605 400	1 279 666	1 100 988,16

GERICHTSHOF

TITEL 1

AUSGABEN FÜR MITGLIEDER UND PERSONAL DES ORGANS

KAPITEL 10 — MITGLIEDER DES ORGANS

Artikel Posten	Erläuterungen
100	
1000	Verordnung Nr. 422/67/EWG, 5/67/Euratom des Rates vom 25. Juli 1967 über die Regelung der Amtsbezüge für den Präsidenten und die Mitglieder der Kommission sowie für den Präsidenten, die Richter, die Generalanwälte und den Kanzler des Gerichtshofes (ABl. Nr. 187 vom 8. 8. 1967, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EGKS, EWG, Euratom) Nr. 1546/73 (ABl. Nr. L 155 vom 11. 6. 1973, S. 8). Verordnung (EGKS, EWG, Euratom) Nr. 4045/88 des Rates vom 19. Dezember 1988 über die Regelung der Amtsbezüge für den Präsidenten, die Mitglieder und den Kanzler des Gerichts erster Instanz der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 24. 12. 1988, S. 1). Dieser Mittelansatz soll die Grundgehälter der Mitglieder des Organs decken.
1001	Regelung der Amtsbezüge der Mitglieder des Organs, insbesondere Artikel 4. Dieser Mittelansatz soll die Residenzzulagen der Mitglieder des Organs decken.
1002	Regelung der Amtsbezüge der Mitglieder des Organs, insbesondere Artikel 3. Dieser Mittelansatz soll die Familienzulagen decken, d.h. — Haushaltszulage, — Zulage für unterhaltsberechtigte Kinder, — Erziehungszulage der Mitglieder des Organs.
1003	Regelung der Amtsbezüge der Mitglieder des Organs, insbesondere Artikel 4. Dieser Mittelansatz soll die Aufwandsentschädigungen und die Amtszulagen der Mitglieder des Organs decken.
101	Regelung der Amtsbezüge der Mitglieder des Organs, insbesondere Artikel 11 und 14. Dieser Mittelansatz soll decken: — den Arbeitgeberbeitrag (0,67 %) zur Versicherung gegen Berufskrankheiten und Unfälle, — den Arbeitgeberbeitrag (3,4 %) zur Krankenversicherung, — die Geburtszulage, — die bei Tod eines Mitglieds des Organs vorgesehenen Beihilfen.
102	Regelung der Amtsbezüge der Mitglieder des Organs, insbesondere Artikel 7. Dieser Mittelansatz soll die Übergangsgelder, die Familienzulagen sowie die Berichtigungskoeffizienten der Wohnsitzländer der Mitglieder des Organs nach Ausscheiden aus ihrem Amt decken.
103	
1030	Regelung der Amtsbezüge der Mitglieder des Organs, insbesondere Artikel 8, 9 und 18. Dieser Mittelansatz soll die Ruhegehälter der ehemaligen Mitglieder des Organs sowie den Berichtigungskoeffizienten ihres jeweiligen Wohnsitzlandes decken.

GERICHTSHOF

KAPITEL 1 0 — MITGLIEDER DES ORGANS *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
1 0 3	*(Fortsetzung)*			
1 0 3 1	Ruhegehälter wegen Dienstunfähigkeit Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
1 0 3 2	Hinterbliebenenversorgung Nichtgetrennte Mittel	425 100	422 845	331 007,95
	Artikel 1 0 3 insgesamt	2 030 500	1 702 511	1 431 996,11
1 0 4	***Dienstreisekosten*** Nichtgetrennte Mittel	140 000	140 000	130 000,—
1 0 5	***Vergütungen und Kosten beim Dienstantritt und beim Ausscheiden aus dem Dienst***			
1 0 5 0	Reisekosten (einschließlich derjenigen der Familienmitglieder) Nichtgetrennte Mittel	6 200	7 000	1 351,33
1 0 5 1	Einrichtungs- und Wiedereinrichtungsbeihilfen Nichtgetrennte Mittel	102 800	196 620	35 255,52
1 0 5 2	Umzugskosten Nichtgetrennte Mittel	31 000	70 000	10 537,62
	Artikel 1 0 5 insgesamt	140 000	273 620	47 144,47
1 0 9	***Mittel für Anpassungen der Amtsbezüge***			
1 0 9 0	Berichtigungskoeffizient Nichtgetrennte Mittel	38 200	29 500	30 930,07
1 0 9 1	Vorläufig eingesetzte Mittel für etwaige Anpassungen der Dienstbezüge Nichtgetrennte Mittel	301 900	188 952	0,—
	Artikel 1 0 9 insgesamt	340 100	218 452	30 930,07
	KAPITEL 1 0 INSGESAMT	10 256 600	9 601 306	8 585 983,85

GERICHTSHOF

KAPITEL 10 — MITGLIEDER DES ORGANS *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
103	*(Fortsetzung)*
1032	Regelung der Amtsbezüge der Mitglieder des Organs, insbesondere Artikel 15 und 18. Dieser Mittelansatz soll die Hinterbliebenenversorgung der Witwen und/oder Waisen der ehemaligen Mitglieder des Organs sowie die Berichtigungskoeffizienten ihres jeweiligen Wohnsitzlandes decken.
104	Regelung der Amtsbezüge der Mitglieder des Organs, insbesondere Artikel 6. Dieser Mittelansatz soll die Ausgaben für Fahrkosten, die Zahlung der Tagegelder bei Dienstreisen sowie zusätzliche oder außergewöhnliche Auslagen bei der Durchführung von Dienstreisen decken.
105	
1050	Regelung der Amtsbezüge der Mitglieder des Organs, insbesondere Artikel 5. Dieser Mittelansatz soll die Reisekosten der Mitglieder des Organs (einschließlich ihrer Familienangehörigen) bei ihrem Dienstantritt oder ihrem Ausscheiden aus dem Dienst decken.
1051	Regelung der Amtsbezüge der Mitglieder des Organs, insbesondere Artikel 5. Dieser Mittelansatz soll die den Mitgliedern des Organs bei ihrem Dienstantritt oder ihrem Ausscheiden aus dem Dienst zustehenden Einrichtungs- und Wiedereinrichtungsbeihilfen decken.
1052	Regelung der Amtsbezüge der Mitglieder des Organs, insbesondere Artikel 5. Dieser Mittelansatz soll die Umzugskosten der Mitglieder des Organs bei ihrem Dienstantritt oder ihrem Ausscheiden aus dem Dienst decken.
109	
1090	Regelung der Amtsbezüge der Mitglieder des Organs, insbesondere Artikel 4a. Dieser Mittelansatz soll die Zahlung der Berichtigungskoeffizienten decken, die auf — die Grundgehälter, — die Residenzzulagen, — die Familienzulagen, — die Überweisungen eines Teils der Bezüge ins Ausland (analoge Anwendung von Artikel 17 des Anhangs VII des Statuts der Beamten der Europäischen Gemeinschaften) der Mitglieder des Organs angewendet werden.
1091	Dieser Mittelansatz soll die Auswirkungen von Anpassungen der Dienst- und Versorgungsbezüge decken, die der Rat möglicherweise während des Haushaltsjahres beschließt. Er hat vorläufigen Charakter und kann erst nach Übertragung auf die entsprechenden Linien dieses Kapitels in Anspruch genommen werden.

GERICHTSHOF

KAPITEL 1 1 — PERSONAL IM AKTIVEN DIENST

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
	KAPITEL 1 1			
1 1 0	***Beamte und Bedienstete auf Zeit, die eine im Stellenplan vorgesehene Stelle innehaben***			
1 1 0 0	Grundgehälter Nichtgetrennte Mittel	36 906 145	32 975 114	29 139 307,26
1 1 0 1	Familienzulagen Nichtgetrennte Mittel	3 148 322	2 802 955	2 431 893,06
1 1 0 2	Auslands- und Expatriierungszulagen (einschließlich Artikel 97 des EGKS-Statuts) Nichtgetrennte Mittel	5 784 346	5 144 163	4 566 339,71
1 1 0 3	Sekretariatszulage Nichtgetrennte Mittel	290 000	282 951	228 772,87
	Artikel 1 1 0 insgesamt	46 128 813	41 205 183	36 366 312,90
1 1 1	***Sonstige Bedienstete***			
1 1 1 0	Hilfskräfte Nichtgetrennte Mittel	875 000	845 306	906 971,91
1 1 1 2	Örtliche Bedienstete Nichtgetrennte Mittel	p.m.	148 297	352 388,36
1 1 1 3	Sonderberater Nichtgetrennte Mittel	p.m.	44 536	39 603,82
	Artikel 1 1 1 insgesamt	875 000	1 038 139	1 298 964,09
1 1 2	***Berufliche Fortbildung des Personals, Sprachkurse, Umschulung und Information des Personals*** Nichtgetrennte Mittel	210 000	142 686	205 215,57

GERICHTSHOF

KAPITEL 11 — PERSONAL IM AKTIVEN DIENST

Artikel Posten	Erläuterungen
110	
1100	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 62 und 66. Dieser Mittelansatz soll das Grundgehalt der auf Dauer und der auf Zeit beschäftigten Beamten decken.
1101	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 62, 67 und 68a sowie Anhang VII Abschnitt I. Dieser Mittelansatz soll die Familienzulagen der auf Dauer und der auf Zeit beschäftigten Beamten decken, d.h. — die Haushaltszulage, — die Zulage für unterhaltsberechtigte Kinder, — die Erziehungszulage.
1102	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 62 und 69 sowie Anhang VII Artikel 4. Dieser Mittelansatz soll die Auslands- und die Expatriierungszulage der auf Dauer und der auf Zeit beschäftigten Beamten decken.
1103	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Anhang VII Artikel 4a. Dieser Mittelansatz soll die Sekretariatszulage der auf Dauer und der auf Zeit beschäftigten Beamten der Laufbahngruppe C decken, die als Bürosekretäre oder Büroassistenten beschäftigt sind.
111	
1110	Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 3 und Titel III. Dieser Mittelansatz soll die Bezüge sowie den Arbeitgeberbeitrag zur Sozialversicherung der Hilfskräfte (Sekretariatspersonal und sonstiges Hilfspersonal, das zur Bewältigung von Arbeitsspitzen und zum Ersatz von längere Zeit abwesenden Bediensteten eingesetzt wird) decken.
1112	Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 4 und Titel IV. Dieser Posten soll die Bezüge sowie den Arbeitgeberbeitrag zur Sozialversicherung der örtlichen Bediensteten decken.
1113	Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 5, 82 und 83. Dieser Posten soll die Vergütungen und die Kosten von Sonderberatern decken.
112	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 24 Absatz 3. Dieser Mittelansatz soll die Ausgaben für Sprach- und Fortbildungskurse decken. Er deckt auch den Ankauf der erforderlichen Lehrmittel und sonstigen Unterlagen.

GERICHTSHOF

KAPITEL 11 — PERSONAL IM AKTIVEN DIENST *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
113	***Kranken- und Unfallversicherung und Versicherung gegen Berufskrankheiten sowie Arbeitslosenversicherung und Aufrechterhaltung der Ruhegehaltsansprüche***			
1130	Krankenversicherung Nichtgetrennte Mittel	1 255 058	1 121 241	795 108,28
1131	Unfallversicherung und Versicherung gegen Berufskrankheiten Nichtgetrennte Mittel	252 077	225 728	197 310,35
1132	Beitrag zur Arbeitslosenversicherung der Bediensteten auf Zeit Nichtgetrennte Mittel	56 400	46 788	45 603,63
1133	Bildung oder Aufrechterhaltung von Versorgungsansprüchen der Bediensteten auf Zeit Nichtgetrennte Mittel	33 000	30 402	17 813,34
	Artikel 113 insgesamt	1 596 535	1 424 159	1 055 835,60
114	***Sonstige Zulagen und Vergütungen***			
1140	Geburtenzulagen und Sterbegelder Nichtgetrennte Mittel	25 000	25 000	564,08
1141	Fahrkosten anläßlich des Jahresurlaubs Nichtgetrennte Mittel	544 300	502 359	488 748,02
1144	Pauschalabgeltung von Fahrkosten Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
1145	Sondervergütungen für Rechnungsführer und Zahlstellenverwalter Nichtgetrennte Mittel	5 700	5 700	2 972,—
1149	Sonstige Zulagen und Erstattungen Nichtgetrennte Mittel	5 000	5 000	5 144,29
	Artikel 114 insgesamt	580 000	538 059	497 428,39
115	***Überstunden*** Nichtgetrennte Mittel	250 000	237 032	290 490,38

GERICHTSHOF

KAPITEL 11 — PERSONAL IM AKTIVEN DIENST *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
113	
1130	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 72. Diese Mittel sind zur Deckung des Arbeitgeberbeitrags zur Krankenversicherung (3,4 % des Grundgehalts) bestimmt. Der Beitrag der Bediensteten beläuft sich auf 1,7 % des Grundgehalts.
1131	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 73 und Anhang VIII Artikel 15. Dieser Mittelansatz soll decken: — den Arbeitgeberbeitrag zur Versicherung gegen Berufskrankheiten und Unfälle (0,67 % des Grundgehalts), — die sich aus der Anwendung der einschlägigen Bestimmungen des Statuts ergebenden zusätzlichen Ausgaben.
1132	Verordnung (EGKS, EWG, Euratom) Nr. 2799/85 des Rates vom 27. September 1985 zur Änderung des Statuts der Beamten der Europäischen Gemeinschaften sowie der Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten dieser Gemeinschaften (ABl. Nr. L 265 vom 8. 10. 1985, S. 1). Dieser Mittelansatz soll die Arbeitslosenversicherung der Bediensteten auf Zeit decken.
1133	Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 42. Dieser Mittelansatz soll die von dem Organ zugunsten der Bediensteten auf Zeit zu leistenden Zahlungen zur Bildung oder Aufrechterhaltung ihrer Versorgungsansprüche in ihren Herkunftsländern decken.
114	
1140	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 70, 74 und 75.
1141	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Anhang VII Artikel 8. Dieser Mittelansatz soll die Reisekosten der (auf Dauer oder auf Zeit beschäftigten) Beamten, ihrer Ehegatten und ihrer unterhaltsberechtigten Angehörigen vom Dienstort zum Herkunftsort aus Anlaß des Jahresurlaubs decken.
1145	Dieser Mittelansatz soll die Sondervergütung für die Beamten decken, die Rechnungsführer, unterstellte Rechnungsführer oder Zahlstellenverwalter im Sinne von Artikel 75 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1), sind.
1149	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Anhang VIII Artikel 11 Absatz 2. Dieser Mittelansatz soll die Anrechnung der Dienste, die eine Hilfskraft vor ihrer Einstellung als Beamter oder Bediensteter auf Zeit geleistet hat, im gemeinschaftlichen Versorgungssystem decken.
115	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 56 und Anhang VI. Dieser Mittelansatz soll die Pauschalvergütungen und die Vergütungen zum Stundensatz für Überstunden der Beamten und der Hilfskräfte der Laufbahngruppen/Kategorien C und D decken, die nicht nach den vorgesehenen Regelungen durch Dienstbefreiung abgegolten werden konnten.

GERICHTSHOF

KAPITEL 11 — PERSONAL IM AKTIVEN DIENST *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
117	***Aushilfedienstleistungen***			
1170	Freiberufliche Dolmetscher und Konferenzoperateure Nichtgetrennte Mittel	486 500	497 500	275 000,—
1174	Freiberufliche Korrektoren Nichtgetrennte Mittel	150 000	146 000	0,—
1175	Auf Dienstleistungsbasis entlohntes sonstiges Personal sowie nach außerhalb zu vergebende Übersetzungs- und Schreibarbeiten Nichtgetrennte Mittel	723 500	723 500	789 622,60
	Artikel 117 insgesamt	1 360 000	1 367 000	1 064 622,60
118	***Vergütungen und Kosten bei Dienstantritt, Ausscheiden aus dem Dienst und Versetzungen***			
1180	Verschiedene Ausgaben für Einstellung Nichtgetrennte Mittel	167 300	180 277	173 933,84
1181	Reisekosten (einschließlich derjenigen der Familienmitglieder) Nichtgetrennte Mittel	16 000	12 460	17 092,90
1182	Einrichtungs-, Wiedereinrichtungs- und Versetzungsbeihilfen Nichtgetrennte Mittel	314 000	289 228	383 902,33
1183	Umzugskosten Nichtgetrennte Mittel	180 000	167 650	161 938,10
1184	Zeitweilige Tagegelder Nichtgetrennte Mittel	262 700	290 550	261 693,45
	Artikel 118 insgesamt	940 000	940 165	998 560,62
119	***Mittel für Anpassungen der Dienstbezüge der Beamten und sonstigen Bediensteten***			
1190	Berichtigungskoeffizienten Nichtgetrennte Mittel	113 600	109 802	120 488,66

GERICHTSHOF

KAPITEL 11 — PERSONAL IM AKTIVEN DIENST *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
117	
1170	Dieser Mittelansatz soll die Bezahlung der Leistungen von Dolmetschern und von Operateuren decken, die von Fall zu Fall auf Vertragsbasis tätig sind.
1174	Dieser Mittelansatz ist dazu bestimmt, dem Amt für amtliche Veröffentlichungen Leistungen von Korrektoren zu vergüten, die dem Gerichtshof zur Beschleunigung der Veröffentlichung der *Sammlung der Rechtsprechung des Gerichtshofes* zur Verfügung gestellt worden sind.
1175	Dieser Mittelansatz soll die Ausgaben für folgende Leistungen decken, die nicht vom Personal des Gerichtshofes erbracht werden können: — an freiberufliche Überprüfer und Übersetzer vergebene Übersetzungsarbeiten, — sonstige Aushilfsarbeiten, — EDV-Analyse- und Programmierarbeiten.
118	
1180	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 27 bis 31, 33 und Anhang III. Dieser Mittelansatz soll die Kosten für die Durchführung von Einstellungsverfahren decken, insbesondere die Kosten für — Anzeigen, — Reise und Aufenthalt sowie Unfallversicherung der einberufenen Bewerber, — Durchführung der Auswahlverfahren (Anmietung von Räumen, Mobiliar, Maschinen, Korrektur der Arbeiten), — die ärztliche Untersuchung vor der Einstellung.
1181	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 20 und 71 sowie Anhang VII Artikel 7. Dieser Mittelansatz soll die Reisekosten für die Bediensteten, einschließlich der Angehörigen, bei ihrem Dienstantritt oder ihrem Ausscheiden aus dem Dienst decken.
1182	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Anhang VII Artikel 5 und 6. Dieser Mittelansatz soll hauptsächlich die Einrichtungs- und die Wiedereinrichtungsbeihilfen decken, die den Bediensteten zustehen, die nach ihrem Dienstantritt sowie bei ihrem endgültigen Ausscheiden aus dem Dienst mit anschließender Wiedereinrichtung an einem anderen Ort ihren Wohnsitz wechseln mußten.
1183	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 20 und 71 sowie Anhang VII Artikel 9. Dieser Mittelansatz soll die Umzugskosten der Bediensteten decken, die nach ihrem Dienstantritt sowie bei ihrem endgültigen Ausscheiden aus dem Dienst mit anschließender Wiedereinrichtung an einem anderen Ort ihren Wohnsitz wechseln mußten.
1184	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Anhang VII Artikel 10. Dieser Mittelansatz soll die Tagegelder der Bediensteten decken, die nachweisen, daß sie nach ihrem Dienstantritt ihren Wohnsitz wechseln mußten.
119	
1190	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 64 und 65. Dieser Mittelansatz soll die Auswirkungen der Berichtigungskoeffizienten decken, die anwendbar sind — auf die Besoldung der Beamten und der Hilfskräfte, — auf Überstunden,

GERICHTSHOF

KAPITEL 11 — PERSONAL IM AKTIVEN DIENST *(Fortsetzung)*

KAPITEL 12 — VERSORGUNGSBEZÜGE, VERGÜTUNGEN UND VERSCHIEDENE BEITRÄGE

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
119	*(Fortsetzung)*			
1190	*(Fortsetzung)*			
1191	Vorläufig eingesetzte Mittel Nichtgetrennte Mittel	1 469 366	953 282	0,—
	Artikel 119 insgesamt	1 582 966	1 063 084	120 488,66
	KAPITEL 11 INSGESAMT	53 523 314	47 955 507	41 897 918,81
	KAPITEL 12			
121	***Vergütungen bei Versetzung in den einstweiligen Ruhestand, bei Stellenenthebung und Entlassung***			
1210	Vergütungen bei Stellenenthebung aus dienstlichen Gründen in Anwendung der Artikel 41 und 50 des Statuts Nichtgetrennte Mittel	77 900	77 808	37 539,45
1215	Vergütungen bei endgültigem Ausscheiden aus dem Dienst Nichtgetrennte Mittel	690 100	845 072	560 253,62
	Artikel 121 insgesamt	768 000	922 880	597 793,07
129	***Mittel für Anpassungen der Ruhegelder sowie verschiedener Vergütungen***			
1290	Berichtigungskoeffizient Nichtgetrennte Mittel	5 511	5 511	0,—
1291	Vorläufiger Mittelansatz für mögliche Anpassungen der Besoldung Nichtgetrennte Mittel	27 900	15 746	0,—
	Artikel 129 insgesamt	33 411	21 257	0,—
	KAPITEL 12 INSGESAMT	801 411	944 137	597 793,07

GERICHTSHOF

KAPITEL 11 — PERSONAL IM AKTIVEN DIENST *(Fortsetzung)*

KAPITEL 12 — VERSORGUNGSBEZÜGE, VERGÜTUNGEN UND VERSCHIEDENE BEITRÄGE

Artikel Posten	Erläuterungen
119	*(Fortsetzung)*
1190	*(Fortsetzung)* — auf Überweisungen eines Teils der Bezüge ins Ausland (Anhang VII des Statuts Artikel 17).
1191	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 65. Dieser Mittelansatz soll die Auswirkungen von Anpassungen der Dienstbezüge decken, die der Rat möglicherweise im Laufe des Haushaltsjahrs beschließt. Er hat vorläufigen Charakter und kann erst nach Übertragung auf die entsprechenden Linien dieses Kapitels in Anspruch genommen werden.
121	
1210	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 41 und 50 sowie Anhang IV. Dieser Mittelansatz soll die Vergütungen decken, die den Beamten zu zahlen sind, — die infolge einer Verringerung der Planstellen des Organs in den einstweiligen Ruhestand versetzt worden sind, — die ein Amt der Besoldungsgruppen A 1 oder A 2 bekleiden und die ihrer Stelle aus dienstlichen Gründen enthoben worden sind.
1215	Verordnung (EGKS, EWG, Euratom) Nr. 3518/85 des Rates vom 12. Dezember 1985 zur Einführung von Sondermaßnahmen aufgrund des Beitritts Spaniens und Portugals betreffend das endgültige Ausscheiden von Beamten der Europäischen Gemeinschaften aus dem Dienst (ABl. Nr. L 335 vom 13. 12. 1985, S. 56). Dieser Mittelansatz soll die Vergütungen für Beamte decken, die von Maßnahmen für Stellenenthebungen aus dienstlichen Gründen betroffen sind, um den Bedürfnissen im Zusammenhang mit dem Beitritt neuer Mitgliedstaaten zu den Europäischen Gemeinschaften Rechnung zu tragen.
129	
1290	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 64 und 65. Dieser Mittelansatz soll die Auswirkungen der Berichtigungskoeffizienten decken, die auf die in den Posten 1210 und 1215 vorgesehenen Vergütungen anzuwenden sind.
1291	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 65. Dieser Mittelansatz soll die Auswirkungen von Anpassungen der Dienstbezüge und Vergütungen decken, die der Rat möglicherweise im Laufe des Haushaltsjahrs beschließt. Er hat vorläufigen Charakter und kann erst nach Übertragung auf die entsprechenden Linien dieses Kapitels in Anspruch genommen werden.

GERICHTSHOF

KAPITEL 1 3 — DIENSTREISE- UND FAHRKOSTEN

KAPITEL 1 4 — SOZIALE UND MEDIZINISCHE INFRASTRUKTUR

KAPITEL 1 6 — SOZIALAUSGABEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
	KAPITEL 1 3			
1 3 0	***Dienstreise- und Fahrkosten sowie Nebenkosten*** Nichtgetrennte Mittel	190 000	187 000	168 843,33
	KAPITEL 1 3 INSGESAMT	190 000	187 000	168 843,33
	KAPITEL 1 4			
1 4 0	***Restaurants und Kantinen*** Nichtgetrennte Mittel	91 500	112 100	119 536,33
1 4 1	***Ärztlicher Dienst*** Nichtgetrennte Mittel	83 500	32 900	25 000,—
	KAPITEL 1 4 INSGESAMT	175 000	145 000	144 536,33
	KAPITEL 1 6			
1 6 0	***Außerordentliche Beihilfen*** Nichtgetrennte Mittel	3 000	3 000	4 999,99
1 6 1	***Gesellschaftliche Beziehungen zwischen den Bediensteten*** Nichtgetrennte Mittel	18 500	18 500	14 136,35
1 6 2	***Sonstige Sozialaufwendungen***			
1 6 2 0	Vom Ausschuß für soziale Maßnahmen verwaltete soziale Maßnahmen Nichtgetrennte Mittel	35 000	28 000	29 862,99

GERICHTSHOF

KAPITEL 13 — DIENSTREISE- UND FAHRKOSTEN

KAPITEL 14 — SOZIALE UND MEDIZINISCHE INFRASTRUKTUR

KAPITEL 16 — SOZIALAUSGABEN

Artikel Posten	Erläuterungen
130	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 71 sowie Anhang VII Artikel 11, 12 und 13. Dieser Mittelansatz soll die Ausgaben für Fahrkosten, die Zahlung der Tagegelder bei Dienstreisen sowie zusätzliche oder außergewöhnliche Auslagen bei der Durchführung von Dienstreisen decken.
140	Dieser Mittelansatz soll die Ausgaben für den Betrieb der Kantine und der Cafeteria decken.
141	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 59. Dieser Mittelansatz soll die Kosten für die jährliche ärztliche Kontrolluntersuchung aller Beamten einschließlich der im Rahmen dieser Kontrolluntersuchung angeforderten Analysen und ärztlichen Untersuchungen sowie die Honorare und Kosten des Vertrauensarztes und die laufenden Kosten des Untersuchungszentrums decken.
160	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 76. Dieser Mittelansatz soll die Zuwendungen für Bedienstete decken, die sich in einer besonders schwierigen Lage befinden.
161	Durch diesen Mittelansatz sollen Initiativen zur Förderung der gesellschaftlichen Kontakte zwischen den Bediensteten verschiedener Staatsangehörigkeit gefördert und finanziell unterstützt werden, wie zum Beispiel durch Zuschüsse an Clubs, Sportgruppen und kulturelle Vereinigungen des Personals.
162	
1620	*Vormals Artikel 162* Dieser Mittelansatz soll die Kosten sonstiger Maßnahmen zugunsten der Bediensteten und ihrer Familien decken, wie zum Beispiel die Kosten von Ferienlagern, Familienhelferinnen, Rechtshilfe usw.

GERICHTSHOF

KAPITEL 16 — SOZIALAUSGABEN *(Fortsetzung)*

KAPITEL 17 — AUSGABEN FÜR EMPFÄNGE UND FÜR REPRÄSENTATIONSZWECKE

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
162	*(Fortsetzung)*			
1620	*(Fortsetzung)*			
	Artikel 162 insgesamt	35 000	28 000	29 862,99
163	***Kleinkinder-Tagesstätte***			
	Nichtgetrennte Mittel	286 000	260 000	240 000,—
164	***Hilfe für behinderte Personen***			
	Nichtgetrennte Mittel	11 000		
	KAPITEL 16 INSGESAMT	353 500	309 500	288 999,33
	KAPITEL 17			
170	***Ausgaben für Empfänge und für Repräsentationszwecke***			
1700	Ausgaben für Empfänge und für Repräsentationszwecke der Mitglieder des Organs			
	Nichtgetrennte Mittel	52 500	56 896	52 695,85
1701	Ausgaben für Empfänge und für Repräsentationszwecke des Personals			
	Nichtgetrennte Mittel	2 500	2 504	50,78
	Artikel 170 insgesamt	55 000	59 400	52 746,63
	KAPITEL 17 INSGESAMT	55 000	59 400	52 746,63
	Titel 1 insgesamt	**65 354 825**	**59 201 850**	**51 736 821,35**

GERICHTSHOF

KAPITEL 16 — SOZIALAUSGABEN *(Fortsetzung)*

KAPITEL 17 — AUSGABEN FÜR EMPFÄNGE UND FÜR REPRÄSENTATIONSZWECKE

Artikel Posten	Erläuterungen
162	*(Fortsetzung)*
1620	*(Fortsetzung)* Aus diesen Mitteln können ferner im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel nach Erlöschen eines etwaigen Anspruchs auf einzelstaatlicher Ebene im Aufenthalts- oder Herkunftsland Ausgaben erstattet werden, die nicht die medizinische Versorgung betreffen, als erforderlich anerkannt sind, aufgrund einer Behinderung entstehen und ordnungsgemäß nachgewiesen werden.
163	Dieser Mittelansatz soll den Anteil des Organs an den Kosten der Kleinkindertagesstätte decken: — Infrastrukturkosten, — Personalkosten. Die Betriebskosten gehen ausschließlich zu Lasten der Eltern.
164	*Neuer Artikel* Diese Mittel sind im Rahmen von Maßnahmen zu ihren Gunsten für folgende behinderte Personen bestimmt: — Beamte und Bedienstete auf Zeit im aktiven Dienst, — Ehegatten von Beamten und Bediensteten auf Zeit im aktiven Dienst, — alle unterhaltsberechtigten Kinder im Sinne des Statuts der Beamten der Europäischen Gemeinschaften. Damit werden im Rahmen der Möglichkeiten des Haushalts und nach Ausschöpfung der Ansprüche im Aufenthaltsland bzw. Herkunftsland die Erstattung von als notwendig anerkannten Kosten (außer Arztkosten), die sich aus der Behinderung ergeben und nachweislich belegt sind, gedeckt.
170	
1700	Dieser Mittelansatz soll die Kosten decken, die sich aus den Verpflichtungen des Gerichtshofes als Gastgeber und aus seinen Repräsentationsverpflichtungen ergeben.

GERICHTSHOF

TITEL 2

GEBÄUDE, MATERIAL UND SONSTIGE SACHAUSGABEN

KAPITEL 20 — GRUNDSTÜCKSINVESTITIONEN, MIETE VON GEBÄUDEN UND NEBENKOSTEN

KAPITEL 22 — BEWEGLICHE SACHEN UND NEBENKOSTEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
	KAPITEL 20			
200	***Mieten*** Nichtgetrennte Mittel	6 347 200	2 714 000	5 493 943,86
201	***Versicherungskosten*** Nichtgetrennte Mittel	33 000	33 000	8 001,03
202	***Wasser, Gas, Strom und Heizung*** Nichtgetrennte Mittel	790 200	730 900	572 697,51
203	***Reinigung und Unterhaltung*** Nichtgetrennte Mittel	1 150 000	920 000	868 920,90
204	***Herrichtung der Diensträume*** Nichtgetrennte Mittel	160 000	40 000	147 593,31
205	***Sicherheit und Überwachung der Gebäude*** Nichtgetrennte Mittel	487 100	420 000	460 960,99
206	***Erwerb von Immobilien*** Nichtgetrennte Mittel	—	p.m.	
209	***Sonstige Ausgaben für Gebäude*** Nichtgetrennte Mittel	32 500	32 500	27 660,15
	KAPITEL 20 INSGESAMT	9 000 000	4 890 400	7 579 777,75
	KAPITEL 22			
220	***Technische Anlagen und Hardware für die Büroautomation***			
2200	Erstausstattung — Material und technische Anlagen Nichtgetrennte Mittel	40 000	32 800	84 666,02
2201	Ersatzbeschaffung — Material und technische Anlagen Nichtgetrennte Mittel	70 000	58 900	15 680,08

GERICHTSHOF

TITEL 2

GEBÄUDE, MATERIAL UND SONSTIGE SACHAUSGABEN

KAPITEL 20 — GRUNDSTÜCKSINVESTITIONEN, MIETE VON GEBÄUDEN UND NEBENKOSTEN

KAPITEL 22 — BEWEGLICHE SACHEN UND NEBENKOSTEN

Artikel Posten	Erläuterungen
200	Dieser Mittelansatz soll die Mieten für die von dem Organ genutzten Gebäude oder Gebäudeteile decken. Die Einnahmen aus vorübergehender Untervermietung eines Teils der Gebäude werden auf 565 000 ECU geschätzt und von den Ausgaben abgezogen.
201	Dieser Mittelansatz soll die in den Versicherungspolicen für die von dem Organ genutzten Gebäude vorgesehenen Prämien decken.
202	Dieser Mittelansatz soll die Kosten des Verbrauchs von Wasser, Gas, Elektrizität und Heizungsenergie decken.
203	Dieser Mittelansatz soll die Reinigungskosten und die Kosten der Verträge über die Instandhaltung der technischen Einrichtungen sowie die Ausgaben für die Arbeiten und das erforderliche Material für die allgemeine Unterhaltung der von dem Organ genutzten Gebäude decken.
204	Dieser Mittelansatz soll die Durchführung verschiedener Einrichtungsarbeiten wie Änderungen an den Trennwänden der Büros sowie die damit zusammenhängenden Anpassungen der technischen Einrichtungen decken.
205	Dieser Mittelansatz soll die Kosten der Überwachung der von dem Organ genutzten Gebäude decken.
209	Dieser Mittelansatz soll die sonstigen laufenden Ausgaben für Gebäude decken, die in den anderen Artikeln dieses Kapitels nicht besonders vorgesehen sind, insbesondere für Wegegebühren, Kanalisation, Müllabfuhr, Beschilderung usw.
220	
2200	Dieser Mittelansatz soll den Kauf von technischen Anlagen decken.
2201	Dieser Mittelansatz soll die Ausgaben für die Ersatzbeschaffung von technischen Anlagen decken, insbesondere von: — Material für die Audio-Video-Technik, für die Archivierung, für die Bibliothek und für das Dolmetschen, wie Kabinen, Kopfhörer und Hörgeräte für Simultandolmetschanlagen, — verschiedenem Arbeitsgerät für die Werkstätten, die für Gebäudeinstandhaltung zuständig sind,

GERICHTSHOF

KAPITEL 22 — BEWEGLICHE SACHEN UND NEBENKOSTEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
220	*(Fortsetzung)*			
2201	*(Fortsetzung)*			
2202	Miete von Material und technischen Anlagen Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
2203	Unterhaltung, Betrieb und Instandsetzung von Material und technischen Anlagen Nichtgetrennte Mittel	57 500	51 100	5 854,55
2204	Hardware für die Büroautomation Nichtgetrennte Mittel	1 567 500	1 547 200	1 545 908,93
	Artikel 220 insgesamt	1 735 000	1 690 000	1 652 109,58
221	***Mobiliar***			
2210	Erstausstattung Mobiliar Nichtgetrennte Mittel	39 300	56 900	181 516,91
2211	Ersatzbeschaffung von Mobiliar Nichtgetrennte Mittel	78 700	89 100	1 321,09
2212	Miete von Mobiliar Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
2213	Unterhaltung, Betrieb und Instandsetzung von Mobiliar Nichtgetrennte Mittel	2 000	4 000	2 801,63
	Artikel 221 insgesamt	120 000	150 000	185 639,63
223	***Fahrzeuge***			
2230	Erstausstattung — Fahrzeuge Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
2231	Ersatzbeschaffung von Fahrzeugen Nichtgetrennte Mittel	79 400	73 200	105 440,—
2232	Miete von Fahrzeugen Nichtgetrennte Mittel	127 100	128 070	123 840,91
2233	Unterhaltung, Betrieb und Instandsetzung von Fahrzeugen Nichtgetrennte Mittel	93 500	114 730	131 385,41
	Artikel 223 insgesamt	300 000	316 000	360 666,32
225	***Ausgaben für Dokumentation und Bibliothek***			
2250	Bibliothek, Beschaffung von Büchern Nichtgetrennte Mittel	298 800	284 976	280 204,—

GERICHTSHOF

KAPITEL 22 — BEWEGLICHE SACHEN UND NEBENKOSTEN *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
220	*(Fortsetzung)*
2201	*(Fortsetzung)* — fermeldetechnischem Material, — Material für Reprographie/Übertragung und Post. Der wiederverwendungsfähige Erlös wird auf 2 500 ECU geschätzt.
2202	Dieser Posten soll insbesondere die Kosten für die Miete der Telefonanlage und der Telefonapparate decken.
2203	Dieser Mittelansatz soll die Instandhaltungs- und Instandsetzungskosten für das Material und die Geräte der Posten 2200 bis 2202 decken.
2204	Dieser Mittelansatz soll den Kauf, die Miete und die Wartung aller Geräte decken, die mit der Informatik und der Bürokommunikation zusammenhängen.
221	
2210	Dieser Mittelansatz soll den Kauf von zusätzlichem Mobiliar decken.
2211	Dieser Mittelansatz soll die Erneuerung eines Teils des mindestens 15 Jahre alten Mobiliars und des nicht mehr instandsetzbaren Mobiliars decken. Der wiederverwendungsfähige Erlös wird auf 1 000 ECU geschätzt.
2213	Dieser Mittelansatz soll die Kosten der Unterhaltung und der Instandsetzung des Mobiliars decken.
223	
2230	Dieser Posten soll den Kauf von Fahrzeugen decken.
2231	Dieser Mittelansatz soll die Ersatzbeschaffung von Kraftfahrzeugen decken, die weitaus mehr als 120 000 Kilometer zurückgelegt haben. Der Erlös des Verkaufs der alten Kraftfahrzeuge wird von den Ausgaben abgezogen.
2232	Dieser Mittelansatz soll die Kosten der Miete von Fahrzeugen decken.
2233	Dieser Mittelansatz soll hauptsächlich die Kosten für Wartung, Instandsetzung, Garagen, Abstellplätze, Autobahngebühren und Versicherungen der Dienstfahrzeuge decken. Der wiederverwendungsfähige Erlös wird auf 6 000 ECU geschätzt.
225	
2250	Dieser Mittelansatz soll den Kauf von Büchern, Dokumenten und anderen Veröffentlichungen sowie von Ergänzungslieferungen zu den vorhandenen Werken decken.

GERICHTSHOF

KAPITEL 22 — BEWEGLICHE SACHEN UND NEBENKOSTEN *(Fortsetzung)*

KAPITEL 23 — LAUFENDE SACHAUSGABEN FÜR DEN DIENSTBETRIEB

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
225	*(Fortsetzung)*			
2251	Spezielles Bibliotheks-, Dokumentations- und Vervielfältigungsmaterial Nichtgetrennte Mittel	32 000	48 500	24 171,96
2252	Abonnements auf Zeitungen und Zeitschriften Nichtgetrennte Mittel	35 000	35 000	24 982,86
2253	Abonnements bei Presseagenturen Nichtgetrennte Mittel	20 000	20 000	17 994,01
2254	Kosten für Buchbinderarbeiten und zur Erhaltung der Werke der Bibliothek Nichtgetrennte Mittel	23 200	22 000	23 466,35
2255	Abonnements bei Bildschirmschnellinformationsdiensten Nichtgetrennte Mittel	11 000	9 500	8 436,30
	Artikel 225 insgesamt	420 000	419 976	379 255,48
	KAPITEL 22 INSGESAMT	2 575 000	2 575 976	2 577 671,01
	KAPITEL 23			
230	***Papier- und Bürobedarf*** Nichtgetrennte Mittel	585 000	600 000	552 505,49
232	***Finanzkosten***			
2320	Bankkosten Nichtgetrennte Mittel	500	500	154,66
2329	Sonstige Finanzkosten Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
	Artikel 232 insgesamt	500	500	154,66

KAPITEL 22 — BEWEGLICHE SACHEN UND NEBENKOSTEN *(Fortsetzung)*

KAPITEL 23 — LAUFENDE SACHAUSGABEN FÜR DEN DIENSTBETRIEB

Artikel Posten	Erläuterungen
225	*(Fortsetzung)*
2251	Dieser Mittelansatz soll insbesondere decken: — die Datenerfassung und den Kauf von informatisierten Daten im Bereich der juristischen Dokumentation, — die Ausstattung der Bibliothek mit besonderen Materialien.
2252	Dieser Mittelansatz soll die Kosten der Abonnements von Zeitungen, allgemeinen Zeitschriften und verschiedenen Mitteilungsblättern decken.
2253	Dieser Mittelansatz soll die Kosten der Abonnements bei Presseagenturen decken.
2255	Dieser Mittelansatz soll die Kosten für die Abfrage bestimmter externer juristischer Datenbanken decken.
230	Dieser Mittelansatz soll den Kauf von Schreibwaren und der folgenden Materialien decken: — Offsetpapier, — Xerographiepapier, Photokopien und Gebühren, — Papier und Büromaterial, — Material für die Vervielfältigungswerkstatt, — Material für die Verteilungs- und Postdienste, — Tonaufnahmematerial, — Drucksachen und Formulare, — Material für Anlagen der Informatik und der Bürokommunikation, — sonstiges und nicht ins Inventar aufgenommenes Material. Der insbesondere aus dem Verkauf der in der Druckerei des Gerichtshofes hergestellten Veröffentlichungen herrührende wiederverwendungsfähige Erlös wird auf 40 000 ECU geschätzt.
232	
2320	Dieser Mittelansatz soll Bankkosten (Provisionen, Agios, verschiedene Kosten) decken. Die vom Gerichtshof eingenommenen Bankzinsen sind im Einnahmenplan eingesetzt.

GERICHTSHOF

KAPITEL 2 3 — LAUFENDE SACHAUSGABEN FÜR DEN DIENSTBETRIEB *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung		Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
2 3 3	***Streitsachen***	Nichtgetrennte Mittel	16 000	16 000	39 995,91
2 3 4	***Schadenersatz***	Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
2 3 5	***Andere Sachausgaben***				
2 3 5 0	Verschiedene Versicherungen	Nichtgetrennte Mittel	5 200	5 200	4 446,87
2 3 5 1	Dienst- und Arbeitskleidung	Nichtgetrennte Mittel	44 100	42 000	33 044,06
2 3 5 2	Verschiedene Ausgaben für interne Sitzungen	Nichtgetrennte Mittel	14 200	13 500	17 565,78
2 3 5 3	Umzug von Dienststellen	Nichtgetrennte Mittel	5 000	3 300	1 848,68
2 3 5 4	Kleinausgaben	Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
2 3 5 9	Sonstige Sachausgaben	Nichtgetrennte Mittel	1 500	1 000	1 437,26
		Artikel 2 3 5 insgesamt	70 000	65 000	58 342,65
2 3 9	***Dienstleistungen zwischen den Organen***				
2 3 9 1	Gemeinsamer Dolmetscher- und Konferenzdienst	Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
2 3 9 3	Dienststelle Rechtsinformatik	Nichtgetrennte Mittel	p.m.		
		Artikel 2 3 9 insgesamt	p.m.	p.m.	0,—
		KAPITEL 2 3 INSGESAMT	671 500	681 500	650 998,71

KAPITEL 23 — LAUFENDE SACHAUSGABEN FÜR DEN DIENSTBETRIEB *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
233	Dieser Mittelansatz soll besonders die Honorare der Rechtsanwälte decken, die den Bediensteten des Gerichtshofes in den Rechtsstreitigkeiten zwischen der Verwaltung des Gerichtshofes und einem seiner Beamten oder Bediensteten unterstützen.
235	
2350	Dieser Mittelansatz soll die Kosten der verschiedenen Versicherungen (insbesondere Haftpflicht, Diebstahl, von Textverarbeitungsanlagen ausgehendes Risiko, von elektronischen Anlagen ausgehendes Risiko) sowie die Kosten der Versicherung im Sinne von Artikel 75 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1), decken.
2351	Dieser Mittelansatz soll hauptsächlich den Kauf, die Unterhaltung und die Reinigung der — Roben der Richter und Generalanwälte, — Dienstkleidung für Amtsboten und Fahrer, — Arbeitskleidung für das Personal des Vervielfältigungsdienstes und des Wartungsdienstes decken.
2352	Dieser Mittelansatz soll verschiedene Kosten interner Sitzungen decken.
2353	Dieser Mittelansatz soll die Kosten von Umzügen und der Instandhaltung des Materials, des Mobiliars und der Büroausstattung decken.
2359	Dieser Mittelansatz soll sonstige in den vorhergehenden Linien nicht besonders vorgesehene Sachausgaben decken.
239	
2391	*Vormals Artikel 239*
2393	*Neuer Posten* Dieser Posten deckt eine etwaige Forderung auf Kostenbeteiligung, die die Kommission im Zusammenhang mit dem juristischen Dokumentationszentrum an die anderen Organe richten könnte (Dateneingabe und Vertrieb der Interinstitutionellen Datenbank).

GERICHTSHOF

KAPITEL 24 — POST- UND FERNMELDEGEBÜHREN

KAPITEL 25 — AUSGABEN FÜR SITZUNGEN UND EINBERUFUNGEN

KAPITEL 26 — KOSTEN FÜR UNTERSUCHUNGEN, ERHEBUNGEN UND KONSULTATIONEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
	KAPITEL 24			
240	***Postgebühren und Zustellungskosten*** Nichtgetrennte Mittel	409 000	312 600	312 600,—
241	***Ferngespräche, Telegramme, Fernschreiben*** Nichtgetrennte Mittel	391 000	350 200	399 769,17
	KAPITEL 24 INSGESAMT	800 000	662 800	712 369,17
	KAPITEL 25			
250	***Sitzungen und Einberufungen im allgemeinen*** Nichtgetrennte Mittel	112 000	110 000	88 878,87
254	***Stipendien*** Nichtgetrennte Mittel	40 000	40 000	
255	***Verschiedene Kosten für die Veranstaltung von Konferenzen, Kongressen und Sitzungen und die Teilnahme an diesen*** Nichtgetrennte Mittel	218 000	193 000	176 181,50
	KAPITEL 25 INSGESAMT	370 000	343 000	265 060,37
	KAPITEL 26			
260	***Konsultationen, Untersuchungen und Erhebungen über Einzelprobleme*** Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
	KAPITEL 26 INSGESAMT	p.m.	p.m.	0,—

GERICHTSHOF

KAPITEL 24 — POST- UND FERNMELDEGEBÜHREN

KAPITEL 25 — AUSGABEN FÜR SITZUNGEN UND EINBERUFUNGEN

KAPITEL 26 — KOSTEN FÜR UNTERSUCHUNGEN, ERHEBUNGEN UND KONSULTATIONEN

Artikel Posten	Erläuterungen
240	Der wiederverwendungsfähige Erlös wird auf 5 000 ECU geschätzt.
241	Dieser Mittelansatz soll die festen Anschlußgebühren (Telefon, Telegraf, Telex), die Telefonleitungen, die Gebühren für Telefongespräche sowie für telegraphische und Telexverbindungen, die Unterhaltungskosten, die Instandsetzung und die Unterhaltung des Materials, den Kauf von Telefonbüchern usw. decken. Er deckt auch die festen Anschlußgebühren für die Verbindungen zwischen den Gebäuden, die Miete der telefonischen Querverbindungsleitungen für das Terminal Celex, die Telefonleitungen für die Terminals in Verbindung mit Eurolex, Euronet, Jure, CED, Citère und Belindis. Der wiederverwendungsfähige Erlös wird auf 30 000 ECU geschätzt.
250	Dieser Mittelansatz soll in der Hauptsache die Veranstaltung von ungefähr einwöchigen Fortbildungsaufenthalten für jeweils etwa 100 Richter und Staatsanwälte aus den zwölf Mitgliedstaaten am Sitz des Gerichtshofes in Zusammenarbeit mit den Justizministerien decken.
254	Mit diesem Mittelansatz soll die Vergabe von Stipendien an Praktikanten finanziert werden, die an Foschungs- und Dokumentationsarbeiten in den Dienststellen des Gerichtshofes beteiligt sind.
255	Die Entwicklung der Rechtsprechung des Gerichtshofes und der einzelstaatlichen Gerichte auf dem Gebiet des Gemeinschaftsrechts macht Studiensitzungen mit Richtern und Staatsanwälten der höheren einzelstaatlichen Gerichte und mit Fachleuten auf dem Gebiet des Gemeinschaftsrechts erforderlich. Dieser Mittelansatz soll die Reise- und Aufenthaltskosten von etwa 200 Personen decken.

GERICHTSHOF

KAPITEL 27 — AUSGABEN FÜR VERÖFFENTLICHUNGEN UND FÜR DIE UNTERRICHTUNG DER ÖFFENTLICHKEIT

KAPITEL 29 — ZUSCHÜSSE UND BETEILIGUNGEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
	KAPITEL 27			
270	***Amtsblatt*** Nichtgetrennte Mittel	920 000	1 017 500	1 207 405,17
271	***Veröffentlichungen***			
2710	Allgemeine Veröffentlichungen Nichtgetrennte Mittel	1 895 000 (1)	2 110 000	1 025 000,—
2719	Ausgaben für die Unterrichtung der Öffentlichkeit und für die Förderung der Veröffentlichungen Nichtgetrennte Mittel	55 000	40 000	47 000,—
	Artikel 271 insgesamt	1 950 000	2 150 000	1 072 000,—
272	***Ausgaben für die Unterrichtung und Aufklärung der Öffentlichkeit sowie die Teilnahme an öffentlichen Veranstaltungen*** Nichtgetrennte Mittel	30 000	30 000	17 963,30
	KAPITEL 27 INSGESAMT	2 900 000	3 197 500	2 297 368,47
	KAPITEL 29			
299	***Andere Zuschüsse*** Nichtgetrennte Mittel	80 400	80 400	73 169,23
	KAPITEL 29 INSGESAMT	80 400	80 400	73 169,23
	Titel 2 insgesamt	**16 396 900**	**12 431 576**	**14 156 414,71**

(1) Mittel in Höhe von 320 000 ECU werden in Kapitel 10 0 eingesetzt.

GERICHTSHOF

KAPITEL 27 — AUSGABEN FÜR VERÖFFENTLICHUNGEN UND FÜR DIE UNTERRICHTUNG DER ÖFFENTLICHKEIT

KAPITEL 29 — ZUSCHÜSSE UND BETEILIGUNGEN

Artikel Posten	Erläuterungen
270	Dieser Mittelansatz soll die Kosten für die Aufnahme der Mitteilungen des Gerichtshofes in das *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* decken. Der wiederverwendungsfähige Erlös wird auf 20 000 ECU geschätzt. Der Mittelansatz entspricht dem Betrag, der nach Mitteilung des Amtes für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften den Anteil des Gerichtshofes an den Druckkosten des Amtsblatts und den Nebenkosten ausmacht.
271	
2710	Dieser Mittelansatz soll die Kosten des Drucks der *Sammlung der Rechtsprechung des Gerichtshofes* einschließlich der Rechtsprechung des Gerichts erster Instanz sowie des *Nachschlagewerks der Rechtsprechung zum Gemeinschaftsrecht* decken. Der wiederverwendungsfähige Erlös wird auf 66 500 ECU geschätzt.
2719	Dieser Mittelansatz soll insbesondere die Kosten der Herausgabe der Veröffentlichungen *Überblick über die Tätigkeit des Gerichtshofes* und *Feierliche Sitzungen* und anderer Broschüren über den Gerichtshof decken, die den Besuchern zur Verfügung gestellt werden.
272	Dieser Mittelansatz soll den Kauf von leichtverständlichen Veröffentlichungen über das Gemeinschaftsrecht, andere Ausgaben für Information und Fotografiekosten decken.
299	Dieser Mittelansatz soll eine Beteiligung an den Kosten der Besuche beim Gerichtshof ermöglichen.

GERICHTSHOF

TITEL 3

AUSGABEN IM ZUSAMMENHANG MIT DER DURCHFÜHRUNG SPEZIFISCHER AUFGABEN DURCH DAS ORGAN

KAPITEL 3 7 — BESONDERE AUSGABEN EINIGER INSTITUTIONEN UND ORGANE

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
	KAPITEL 3 7			
3 7 1	***Besondere Ausgaben des Gerichtshofes***			
3 7 1 0	Gerichtskosten Nichtgetrennte Mittel	25 000	15 000	65 000,—
3 7 1 1	Schiedsausschuß gemäß Artikel 18 des Euratom-Vertrags Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
	Artikel 3 7 1 insgesamt	25 000	15 000	65 000,—
	KAPITEL 3 7 INSGESAMT	25 000	15 000	65 000,—
	Titel 3 insgesamt	**25 000**	**15 000**	**65 000,—**

GERICHTSHOF

TITEL 3

AUSGABEN IM ZUSAMMENHANG MIT DER DURCHFÜHRUNG SPEZIFISCHER AUFGABEN DURCH DAS ORGAN

KAPITEL 37 — BESONDERE AUSGABEN EINIGER INSTITUTIONEN UND ORGANE

Artikel Posten	Erläuterungen
371	
3710	Dieser Mittelansatz soll den normalen Gang der Rechtspflege in allen Fällen der Bewilligung des Armenrechts ermöglichen und Zeugen- und Sachverständigenauslagen, Kosten für Augenscheinnahmen und Rechtshilfeersuchen sowie Anwaltshonorare und sonstige Kosten decken, die unter Umständen vom Gerichtshof zu tragen sind.

GERICHTSHOF

TITEL 10

ANDERE AUSGABEN

KAPITEL 10 0 — VORLÄUFIG EINGESETZTE MITTEL

KAPITEL 10 1 — RÜCKLAGE FÜR UNVORHERGESEHENE AUSGABEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
	KAPITEL 10 0	320 000	3 442 900	0,—
	KAPITEL 10 0 INSGESAMT	320 000	3 442 900	0,—
	KAPITEL 10 1	p.m.	p.m.	0,—
	KAPITEL 10 1 INSGESAMT	p.m.	p.m.	0,—
	Titel 10 insgesamt	**320 000**	**3 442 900**	**0,—**
	GESAMTBETRAG	**82 096 725**	**75 091 326**	**65 958 236,06**

GERICHTSHOF

TITEL 10

ANDERE AUSGABEN

KAPITEL 10 0 — VORLÄUFIG EINGESETZTE MITTEL

KAPITEL 10 1 — RÜCKLAGE FÜR UNVORHERGESEHENE AUSGABEN

Artikel Posten	Erläuterungen
	Diese Mittel dürfen nur zur Finanzierung von Maßnahmen im Zusammenhang mit der Veröffentlichung der *Historischen Sammlung der Rechtsprechung des Gerichtshofes* in spanischer, griechischer und portugiesischer Sprache verwendet werden.

EINZELPLAN V

RECHNUNGSHOF

EINNAHMEN

Beitrag der Europäischen Gemeinschaften zur Finanzierung der Ausgaben des Rechnungshofes im Haushaltsjahr 1992

Bezeichnung	Betrag
Ausgaben	36 679 920
Eigene Einnahmen	– 4 560 400
Zu vereinnahmender Beitrag	**32 119 520**

RECHNUNGSHOF

Eigene Einnahmen

TITEL 4

SONSTIGE VON DER GEMEINSCHAFT ERHOBENE ABGABEN, ABZÜGE UND GEBÜHREN

KAPITEL 4 0 — GEHALTSABZÜGE

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1992	Haushaltsjahr 1991	Haushaltsjahr 1990
	KAPITEL 4 0			
4 0 0	***Ertrag aus der Steuer auf die Gehälter, Löhne und anderen Bezüge der Mitglieder des Organs, der Beamten und sonstigen Bediensteten***	3 000 200	2 498 625	2 497 559,30
4 0 1	***Beiträge des Personals zur Versorgungsordnung***	1 335 200	1 304 220	1 111 175,25
4 0 2	***Ertrag der besonderen Abgabe auf die Dienstbezüge***	p.m.	270 006	532 863,91
	KAPITEL 4 0 INSGESAMT	4 335 400	4 072 851	4 141 598,46
	Titel 4 insgesamt	**4 335 400**	**4 072 851**	**4 141 598,46**

RECHNUNGSHOF

Eigene Einnahmen

TITEL 4

SONSTIGE VON DER GEMEINSCHAFT ERHOBENE ABGABEN, ABZÜGE UND GEBÜHREN

KAPITEL 40 — GEHALTSABZÜGE

Artikel Posten	Erläuterungen
400	Protokoll über die Vorrechte und Befreiungen der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 13. Verordnung (EWG, Euratom, EGKS) Nr. 260/68 des Rates vom 29. Februar 1968 zur Festlegung der Bestimmungen und des Verfahrens für die Erhebung der Steuer zugunsten der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 56 vom 4. 3. 1968, S. 8), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 3736/90 (ABl. Nr. L 360 vom 22. 12. 1990, S. 1). Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 3822/81 des Rates vom 15. Dezember 1981 zur Änderung der Verordnung Nr. 422/67/EWG, Nr. 5/67/Euratom über die Regelung der Amtsbezüge für den Präsidenten und die Mitglieder der Kommission sowie für den Präsidenten, die Richter, die Generalanwälte und den Kanzler des Gerichtshofes, der Verordnung (EGKS, EWG, Euratom) Nr. 1240/70 über die Regelung der Amtsbezüge für die ehemaligen Mitglieder der Kommission der Europäischen Gemeinschaften, deren Amtszeit am 1. Juli 1970 abläuft, der Verordnung Nr. 423/67/EWG, Nr. 6/67/Euratom über die Regelung der Amtsbezüge für die Mitglieder der EWG-Kommission und der EAG-Kommission sowie der Hohen Behörde, die nicht zu Mitgliedern der gemeinsamen Kommission der Europäischen Gemeinschaften ernannt worden sind, und der Verordnung (EWG, Euratom, EGKS) Nr. 2290/77 über die Regelung der Amtsbezüge für die Mitglieder des Rechnungshofes (ABl. Nr. L 386 vom 31. 12. 1981, S. 4).
401	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 83 Absatz 2.
402	Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 3821/81 des Rates vom 15. Dezember 1981 zur Änderung des Statuts der Beamten der Europäischen Gemeinschaften sowie der Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Gemeinschaften (ABl. Nr. L 386 vom 31. 12. 1981, S. 1). Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 3822/81 des Rates vom 15. Dezember 1981 zur Änderung der Verordnung Nr. 422/67/EWG, Nr. 5/67/Euratom über die Regelung der Amtsbezüge für den Präsidenten und die Mitglieder der Kommission sowie für den Präsidenten, die Richter, die Generalanwälte und den Kanzler des Gerichtshofes, der Verordnung (EGKS, EWG, Euratom) Nr. 1240/70 über die Regelung der Amtsbezüge für die ehemaligen Mitglieder der Kommission der Europäischen Gemeinschaften, deren Amtszeit am 1. Juli 1970 abläuft, der Verordnung Nr. 423/67/EWG, Nr. 6/67/Euratom über die Regelung der Amtsbezüge für die Mitglieder der EWG-Kommission und der EAG-Kommission sowie der Hohen Behörde, die nicht zu Mitgliedern der gemeinsamen Kommission der Europäischen Gemeinschaften ernannt worden sind, und der Verordnung (EWG, Euratom, EGKS) Nr. 2290/77 über die Regelung der Amtsbezüge für die Mitglieder des Rechnungshofes (ABl. Nr. L 386 vom 31. 12. 1981, S. 4).

RECHNUNGSHOF

TITEL 5

EINNAHMEN AUS DER LAUFENDEN VERWALTUNGSTÄTIGKEIT DES ORGANS

KAPITEL 50 — ERLÖS AUS DER VERÄUSSERUNG VON BEWEGLICHEN UND UNBEWEGLICHEN SACHEN

KAPITEL 52 — ERTRÄGE AUS ANLAGEMITTELN UND DARLEHENSMITTELN, BANKZINSEN UND SONSTIGE ZINSEN

KAPITEL 55 — ÜBERTRAGUNG ODER RÜCKKAUF VON RUHEGEHALTSANSPRÜCHEN DURCH DAS PERSONAL

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1992	Haushaltsjahr 1991	Haushaltsjahr 1990
	KAPITEL 50			
500	***Erlös aus der Veräußerung von beweglichen Sachen***	1 000	1 000	0,—
502	***Erlös aus dem Verkauf von Veröffentlichungen, Drucksachen und Filmen***	59 000	50 000	58 883,29
	KAPITEL 50 INSGESAMT	60 000	51 000	58 883,29
	KAPITEL 52			
520	***Erträge aus Anlagemitteln und Darlehensmitteln, Bankzinsen und sonstige Zinsen auf Guthaben des Organs***	24 000	15 000	38 568,13
	KAPITEL 52 INSGESAMT	24 000	15 000	38 568,13
	KAPITEL 55			
550	***Übertragung oder Rückkauf von Ruhegehaltsansprüchen durch das Personal***	91 000	92 000	175 068,16
	KAPITEL 55 INSGESAMT	91 000	92 000	175 068,16
	Titel 5 insgesamt	**175 000**	**158 000**	**272 519,58**

RECHNUNGSHOF

TITEL 5

EINNAHMEN AUS DER LAUFENDEN VERWALTUNGSTÄTIGKEIT DES ORGANS

KAPITEL 50 — ERLÖS AUS DER VERÄUSSERUNG VON BEWEGLICHEN UND UNBEWEGLICHEN SACHEN

KAPITEL 52 — ERTRÄGE AUS ANLAGEMITTELN UND DARLEHENSMITTELN, BANKZINSEN UND SONSTIGE ZINSEN

KAPITEL 55 — ÜBERTRAGUNG ODER RÜCKKAUF VON RUHEGEHALTSANSPRÜCHEN DURCH DAS PERSONAL

Artikel Posten	Erläuterungen
500	Erlös aus der Veräußerung beweglicher Sachen, der nicht gemäß Artikel 27 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1), wiederverwendet werden kann.
502	Erlös aus dem Verkauf von Veröffentlichungen, Druckschriften und Filmen, der nicht gemäß Artikel 27 der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1), wiederverwendet werden kann.
550	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 107 und Artikel 4, Artikel 11 Absatz 2 und Anhang VIII Artikel 48.

RECHNUNGSHOF

TITEL 9

SONSTIGE EINNAHMEN

KAPITEL 9 0 — SONSTIGE EINNAHMEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsjahr 1992	Haushaltsjahr 1991	Haushaltsjahr 1990
	KAPITEL 9 0			
9 0 0	***Sonstige Einnahmen***	50 000	25 000	56 973,35
	KAPITEL 9 0 INSGESAMT	50 000	25 000	56 973,35
	Titel 9 insgesamt	**50 000**	**25 000**	**56 973,35**
	GESAMTBETRAG	**4 560 400**	**4 255 851**	**4 471 091,39**

RECHNUNGSHOF

TITEL 9

SONSTIGE EINNAHMEN

KAPITEL 9 0 — SONSTIGE EINNAHMEN

Artikel Posten	Erläuterungen

RECHNUNGSHOF

AUSGABEN

Zusammenfassung der Haushaltsmittel (1992 und 1991) und der Ausgaben (1990)

Titel Kapitel	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
1	**AUSGABEN FÜR MITGLIEDER UND PERSONAL DES ORGANS**			
10	MITGLIEDER DES ORGANS	3 128 100	2 970 195	2 769 021,97
11	PERSONAL IM AKTIVEN DIENST	28 295 000	25 434 144	22 692 003,09
12	VERSORGUNGSBEZÜGE, VERGÜTUNGEN UND VERSCHIEDENE BEITRÄGE	682 600	827 902	503 948,37
13	DIENSTREISE- UND FAHRKOSTEN	1 080 000	1 000 000	883 889,77
14	SOZIALE UND MEDIZINISCHE INFRASTRUKTUR	35 000	20 200	20 876,08
15	AUSTAUSCH VON BEAMTEN UND SACHVERSTÄNDIGEN	p.m.	p.m.	0,—
16	SOZIALAUSGABEN	197 500	169 600	153 205,—
17	AUSGABEN FÜR EMPFÄNGE UND REPRÄSENTATIONSZWECKE	74 220	74 220	67 362,43
	Titel 1 insgesamt	**33 492 420**	**30 496 261**	**27 090 306,71**
2	**GEBÄUDE, MATERIAL UND VERSCHIEDENE SACHAUSGABEN**			
20	GRUNDSTÜCKSINVESTITIONEN, MIETE VON GEBÄUDEN UND NEBENKOSTEN	660 000	577 100	24 559 879,06
21	AUSGABEN FÜR DIE DATENVERARBEITUNG	680 000	635 000	584 706,66
22	BEWEGLICHE SACHEN UND NEBENKOSTEN	475 000	497 000	404 475,64
23	LAUFENDE SACHAUSGABEN FÜR DEN DIENSTBETRIEB	380 000	342 300	334 053,21
24	POST- UND FERNMELDEGEBÜHREN	215 000	203 700	201 392,—
25	AUSGABEN FÜR SITZUNGEN UND EINBERUFUNGEN	26 500	19 500	17 456,82
26	KOSTEN FÜR UNTERSUCHUNGEN, ERHEBUNGEN UND KONSULTATIONEN	55 000	80 000	34 333,37
27	AUSGABEN FÜR VERÖFFENTLICHUNGEN UND FÜR DIE UNTERRICHTUNG DER ÖFFENTLICHKEIT	696 000	687 200	691 946,27
	Titel 2 insgesamt	**3 187 500**	**3 041 800**	**26 828 243,03**
10	**SONSTIGE AUSGABEN**			
100	VORLÄUFIG EINGESETZTE MITTEL	—	—	0,—
101	RÜCKSTELLUNGEN FÜR UNVORHERGESEHENE AUSGABEN	—	—	0,—
	Titel 10 insgesamt	**—**	**—**	**0,—**
	GESAMTBETRAG	**36 679 920**	**33 538 061**	**53 918 549,74**

RECHNUNGSHOF

TITEL 1

AUSGABEN FÜR MITGLIEDER UND PERSONAL DES ORGANS

KAPITEL 1 0 — MITGLIEDER DES ORGANS

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
	KAPITEL 1 0			
1 0 0	***Gehälter, Zulagen und Entschädigungen***			
1 0 0 0	Grundgehälter Nichtgetrennte Mittel	1 801 000	1 681 676	1 637 312,85
1 0 0 1	Residenzzulagen Nichtgetrennte Mittel	270 100	252 096	245 596,22
1 0 0 2	Familienzulagen Nichtgetrennte Mittel	124 000	111 146	112 737,84
1 0 0 3	Aufwandsentschädigungen Nichtgetrennte Mittel	—	—	0,—
	Artikel 1 0 0 insgesamt	2 195 100	2 044 918	1 995 646,91
1 0 1	***Kranken- und Unfallversicherung und sonstige Sozialleistungen*** Nichtgetrennte Mittel	101 000	100 487	59 046,35
1 0 2	***Übergangsgelder*** Nichtgetrennte Mittel	349 000	400 498	421 589,11
1 0 3	***Versorgungsbezüge***			
1 0 3 0	Ruhegehälter Nichtgetrennte Mittel	254 800	210 701	176 262,04
1 0 3 1	Ruhegehälter wegen Dienstunfähigkeit Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—

RECHNUNGSHOF

TITEL 1

AUSGABEN FÜR MITGLIEDER UND PERSONAL DES ORGANS

KAPITEL 10 — MITGLIEDER DES ORGANS

Artikel Posten	Erläuterungen
100	
1000	Verordnung (EWG, Euratom, EGKS) Nr. 2290/77 des Rates vom 18. Oktober 1977 über die Regelung der Amtsbezüge für die Mitglieder des Rechnungshofes (ABl. Nr. L 268 vom 20. 10. 1977, S. 1), geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 3822/81 (ABl. Nr. L 386 vom 31. 12. 1981, S. 4). Regelung der Amtsbezüge für die Mitglieder des Rechnungshofes, insbesondere Artikel 2. Diese Mittel sind zur Deckung der Grundgehälter der Mitglieder des Rechnungshofes bestimmt.
1001	Regelung der Amtsbezüge für die Mitglieder des Rechnungshofes, insbesondere Artikel 4. Diese Mittel sind zur Deckung der Residenzzulagen der Mitglieder des Rechnungshofes bestimmt.
1002	Regelung der Amtsbezüge für die Mitglieder des Rechnungshofes, insbesondere Artikel 3. Diese Mittel decken die Familienzulagen der Mitglieder des Rechnungshofes; dabei handelt es sich um: — die Haushaltszulage, — die Zulage für unterhaltsberechtigte Kinder, — die Erziehungszulage.
101	Regelung der Amtsbezüge für die Mitglieder des Rechnungshofes, insbesondere Artikel 12. Diese Mittel decken: — den Arbeitgeberbeitrag zur Versicherung gegen Berufskrankheiten und Unfälle in Höhe von 0,67 %; — den Arbeitgeberbeitrag zur Krankenversicherung in Höhe von 3,4 %; — im Falle des Ablebens eines Mitglieds des Rechnungshofes: — die Gesamtbezüge des Verstorbenen bis zum Ende des dritten auf den Sterbemonat folgenden Monats, — die Überführungskosten bis zum Herkunftsort des Verstorbenen.
102	Regelung der Amtsbezüge für die Mitglieder des Rechnungshofes, insbesondere Artikel 8. Diese Mittel sind zur Deckung der Übergangsgelder und der Familienzulagen für die aus dem Amt ausgeschiedenen Mitglieder des Rechnungshofes bestimmt.
103	
1030	Regelung der Amtsbezüge für die Mitglieder des Rechnungshofes, insbesondere die Artikel 9 und 10. Diese Mittel sind zur Deckung der Ruhegehälter der ehemaligen Mitglieder des Rechnungshofes bestimmt.

RECHNUNGSHOF

KAPITEL 1 0 — MITGLIEDER DES ORGANS *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
1 0 3	*(Fortsetzung)*			
1 0 3 2	Hinterbliebenenversorgung Nichtgetrennte Mittel	24 200	27 321	5 703,96
	Artikel 1 0 3 insgesamt	279 000	238 022	181 966,—
1 0 4	***Dienstreise- und Fahrkosten sowie Nebenkosten*** Nichtgetrennte Mittel	70 000	60 000	60 894,95
1 0 5	***Vergütungen und Kosten beim Dienstantritt und beim Ausscheiden aus dem Dienst***			
1 0 5 0	Reisekosten (einschließlich derjenigen der Familienmitglieder) Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
1 0 5 1	Einrichtungs- und Wiedereinrichtungsbeihilfen Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
1 0 5 2	Umzugskosten Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
	Artikel 1 0 5 insgesamt	p.m.	p.m.	0,—
1 0 6	***Berufliche Fortbildung und Sprachkurse für die Mitglieder des Organs*** Nichtgetrennte Mittel	10 000	5 500	8 387,89
1 0 9	***Mittel für etwaige Anpassungen der Bezüge der Mitglieder des Organs***			
1 0 9 0	Berichtigungskoeffizient Nichtgetrennte Mittel	37 000	63 748	41 490,76

KAPITEL 1 0 — MITGLIEDER DES ORGANS *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
1 0 4	Regelung der Amtsbezüge für die Mitglieder des Rechnungshofes, insbesondere Artikel 7. Diese Mittel sind zur Deckung der Ausgaben für Fahrkosten, Dienstreisetagegelder sowie Nebenkosten oder außergewöhnliche Auslagen bestimmt, die bei Erledigung eines dienstlichen Auftrags entstehen.
1 0 5	Regelung der Amtsbezüge für die Mitglieder des Rechnungshofes, insbesondere Artikel 6.
1 0 5 0	Dieser Posten ist für die Erstattung der Reisekosten bestimmt, die den Mitgliedern des Rechnungshofes bei Dienstantritt oder Ausscheiden aus dem Dienst entstehen.
1 0 5 1	Dieser Posten soll die bei Dienstantritt und Ausscheiden aus dem Dienst fälligen Einrichtungs- und Wiedereinrichtungsbeihilfen für die Mitglieder des Rechnungshofes decken.
1 0 5 2	Dieser Posten ist für die Erstattung der Umzugskosten der Mitglieder des Rechnungshofes bei deren Dienstantritt bzw. Ausscheiden aus dem Dienst bestimmt.
1 0 6	Diese Mittel sollen die Kosten der Teilnahme von Mitgliedern des Hofes an Sprachkursen oder anderen Weiterbildungsveranstaltungen decken.
1 0 9	
1 0 9 0	Regelung der Amtsbezüge für die Mitglieder des Rechnungshofes, insbesondere Artikel 5. Veranschlagt sind Mittel für die Anwendung der Berichtigungskoeffizienten auf: — die Grundgehälter, — die Residenzzulagen, — die Familienzulagen, — die Übergangsgelder, — die Ruhegehälter, — die Ruhegehälter wegen Dienstunfähigkeit und — die Hinterbliebenenversorgung der Mitglieder des Rechnungshofes.

RECHNUNGSHOF

KAPITEL 10 — MITGLIEDER DES ORGANS *(Fortsetzung)*

KAPITEL 11 — PERSONAL IM AKTIVEN DIENST

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
109	*(Fortsetzung)*			
1091	Vorläufige Mittel Nichtgetrennte Mittel	87 000	57 022	0,—
	Artikel 109 insgesamt	124 000	120 770	41 490,76
	KAPITEL 10 INSGESAMT	3 128 100	2 970 195	2 769 021,97
	KAPITEL 11			
110	***Beamte und Bedienstete auf Zeit, die eine im Stellenplan vorgesehene Stelle innehaben***			
1100	Grundgehälter Nichtgetrennte Mittel	19 469 000	17 633 898	15 802 401,55
1101	Familienzulagen Nichtgetrennte Mittel	2 014 000	1 825 110	1 618 707,48
1102	Auslands- und Expatriierungszulagen (einschließlich Artikel 97 des EGKS-Statuts) Nichtgetrennte Mittel	3 039 000	2 751 015	2 468 757,41
1103	Sekretariatszulage Nichtgetrennte Mittel	136 500	116 010	111 672,61
	Artikel 110 insgesamt	24 658 500	22 326 033	20 001 539,05
111	***Sonstige Bedienstete***			
1110	Hilfskräfte Nichtgetrennte Mittel	450 000	348 754	483 441,94
1111	Dolmetscher- und Übersetzerhilfskräfte Nichtgetrennte Mittel	100 000	96 244	133 742,90
1112	Örtliche Bedienstete Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—

RECHNUNGSHOF

KAPITEL 10 — MITGLIEDER DES ORGANS *(Fortsetzung)*

KAPITEL 11 — PERSONAL IM AKTIVEN DIENST

Artikel Posten	Erläuterungen
109	*(Fortsetzung)*
1091	Diese Mittel sollen die Auswirkungen der vom Rat gegebenenfalls im Laufe des Haushaltsjahres beschlossenen Anpassungen der Bezüge decken. Sie sind nur vorläufig eingesetzt und können erst nach Übertragung auf die entsprechenden Haushaltslinien dieses Kapitels verwendet werden.
110	
1100	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere die Artikel 62 und 66. Diese Mittel sind zur Deckung der Grundgehälter der Beamten und Bediensteten auf Zeit bestimmt.
1101	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere die Artikel 62, 67 und 68a sowie Abschnitt 1 des Anhangs VII. Veranschlagt sind Mittel für die Haushaltszulagen, Zulagen für unterhaltsberechtigte Kinder und Erziehungszulagen der Beamten und Bediensteten auf Zeit.
1102	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere die Artikel 62 und 69 sowie Artikel 4 des Anhangs VII. Veranschlagt sind die Auslands- und Expatriierungszulagen der Beamten und Bediensteten auf Zeit.
1103	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 4a des Anhangs VII. Diese Mittel sind für die Sekretariatszulage bestimmt, die den als Bürosekretären oder Büroassistenten beschäftigten Beamten der Laufbahngruppe C gewährt wird.
111	
1110	Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 3 und Titel III. Veranschlagt sind die Bezüge einschließlich der Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung für Hilfskräfte (Sekretariatspersonal und sonstiges in Zeiten der Spitzenbelastung und bei langfristiger Abwesenheit eingestelltes Personal).
1111	Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 3 und Titel III. Diese Mittel sollen die Bezüge einschließlich der Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung für Hilfsübersetzer decken.
1112	Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 4 und Titel IV. Dieser Posten ist zur Deckung der Bezüge (einschließlich Überstunden) sowie der Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung für die örtlichen Bediensteten bestimmt.

RECHNUNGSHOF

KAPITEL 1 1 — PERSONAL IM AKTIVEN DIENST *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
1 1 1	*(Fortsetzung)*			
1 1 1 3	Sonderberater Nichtgetrennte Mittel	—	p.m.	7 859,11
	Artikel 1 1 1 insgesamt	550 000	444 998	625 043,95
1 1 2	***Berufliche Fortbildung des Personals, Sprachkurse, Umschulung und Information des Personals***			
1 1 2 0	Berufliche Fortbildung Nichtgetrennte Mittel	98 000	85 000	101 986,01
1 1 2 1	Sprachkurse Nichtgetrennte Mittel	50 000	50 000	32 568,88
1 1 2 2	Lehrmaterial und technisches Material für die berufliche Fortbildung Nichtgetrennte Mittel	7 000	5 000	11 451,28
	Artikel 1 1 2 insgesamt	155 000	140 000	146 006,17
1 1 3	***Kranken- und Unfallversicherung und Versicherung gegen Berufskrankheiten***			
1 1 3 0	Krankenversicherung Nichtgetrennte Mittel	661 000	593 502	428 412,84
1 1 3 1	Versicherung gegen Unfall und Berufskrankheiten Nichtgetrennte Mittel	131 000	117 871	106 304,39
1 1 3 2	Arbeitslosenversicherung für Bedienstete auf Zeit Nichtgetrennte Mittel	33 300	29 597	24 261,71
1 1 3 3	Bildung oder Aufrechterhaltung von Ruhegehaltsansprüchen der Bediensteten auf Zeit Nichtgetrennte Mittel	23 300	21 629	0,—
	Artikel 1 1 3 insgesamt	848 600	762 599	558 978,94
1 1 4	***Sonstige Zulagen und Vergütungen***			
1 1 4 0	Geburtenzulagen und Sterbegelder Nichtgetrennte Mittel	3 100	1 000	1 240,22

RECHNUNGSHOF

KAPITEL 11 — PERSONAL IM AKTIVEN DIENST *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
111	*(Fortsetzung)*
1113	Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere die Artikel 5, 82 und 83.
112	
1120	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 24 Absatz 3. Im Rahmen der Durchführung des Mehrjahresprogramms des Rechnungshofes für die berufliche Fortbildung decken diese Mittel die Ausgaben für die Veranstaltung von beruflichen Fortbildungskursen und Seminaren auf dem Gebiet der Rechnungsprüfung und Finanzverwaltung sowie für die Teilnahme an ähnlichen Veranstaltungen in den Mitgliedstaaten. Ferner dienen sie zur Anschaffung von Lehrmitteln und technischem Material für die Fortbildungsmaßnahmen.
1122	Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 2 500 ECU veranschlagt.
113	
1130	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 72. Regelung zur Sicherstellung der Krankheitsfürsorge für die Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 23. Dieser Posten ist zur Deckung der Arbeitgeberbeiträge zur Krankenversicherung (3,4 % des Grundgehalts) bestimmt. Der Beitrag der Bediensteten entspricht 1,7 % des Grundgehalts.
1131	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 73 und Artikel 15 des Anhangs VIII. Diese Mittel sollen den Arbeitgeberbeitrag zur Versicherung gegen Unfall und Berufskrankheiten (0,67 % des Grundgehalts) sowie die zusätzlichen Ausgaben decken, die sich aus der Anwendung der einschlägigen Statutsbestimmungen ergeben.
1132	Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 28a. Diese Mittel sind für die Arbeitslosenversicherung der Bediensteten auf Zeit bestimmt.
1133	Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 42. Veranschlagt sind die Zahlungen, die das Organ für Bedienstete auf Zeit zur Bildung oder Aufrechterhaltung von Versorgungsansprüchen im Herkunftsland leisten muß.
114	
1140	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 70, 74 und 75. Unter diesem Posten sind veranschlagt die Geburtszulagen sowie die beim Tode eines Beamten zu zahlenden vollen Dienstbezüge des Verstorbenen bis zum Ende des dritten auf den Sterbemonat folgenden Monats einschließlich der Kosten der Überführung bis zum Herkunftsort des Verstorbenen.

RECHNUNGSHOF

KAPITEL 11 — PERSONAL IM AKTIVEN DIENST *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
114	*(Fortsetzung)*			
1141	Reisekosten anläßlich des Jahresurlaubs Nichtgetrennte Mittel	292 500	251 800	262 924,70
1143	Pauschale Amtszulagen Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
1144	Fahrkostenpauschale Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
1145	Sondervergütung für die Rechnungsführer und Zahlstellenverwalter Nichtgetrennte Mittel	4 500	4 100	4 080,—
1149	Sonstige Zulagen und Erstattungen Nichtgetrennte Mittel	5 900	8 279	2 229,67
	Artikel 114 insgesamt	306 000	265 179	270 474,59
115	***Überstunden*** Nichtgetrennte Mittel	170 500	139 708	151 865,40
117	***Aushilfsleistungen***			
1170	Freiberufliche Dolmetscher des SCIC Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
1171	Freiberufliche Dolmetscher, Interims- und sonstige Konferenzoperateure Nichtgetrennte Mittel	4 000	6 000	2 231,62
1175	Sonstige Leistungen sowie Übersetzungs- und Schreibarbeiten außerhalb des Hauses Nichtgetrennte Mittel	146 000	119 000	170 749,93
	Artikel 117 insgesamt	150 000	125 000	172 981,55
118	***Vergütungen und Kosten bei Dienstantritt, Ausscheiden aus dem Dienst und Versetzungen***			
1180	Verschiedene Ausgaben für Einstellung Nichtgetrennte Mittel	34 600	54 200	84 500,—

RECHNUNGSHOF

KAPITEL 11 — PERSONAL IM AKTIVEN DIENST *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
114	*(Fortsetzung)*
1141	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 8 des Anhangs VII. Diese Mittel dienen zur Deckung der Fahrkosten anläßlich des Jahresurlaubs für Beamte, deren Ehegatten sowie unterhaltsberechtigte Personen vom Ort der dienstlichen Verwendung bis zum Herkunftsort.
1145	Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S 1), insbesondere Artikel 75 Absatz 4. Diese Mittel sind zur Deckung der Sondervergütungen für Beamte bestimmt, die die Eigenschaft eines Rechnungsführers oder eines unterstellten Rechnungsführers haben.
1149	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 34. Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 47. Diese Mittel dienen zur Deckung der Entschädigung bei Beendigung des Dienstverhältnisses eines Beamten auf Probe durch das Organ, der Vergütung bei Kündigung des Vertrags eines Bediensteten auf Zeit durch das Organ sowie der Ausgleichszulage, auf die Beamte bei einem Wechsel der Laufbahngruppe Anspruch haben.
115	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 56 und Anhang VI. Unter diesem Artikel sind die Pauschalzulagen und die Vergütungen zum Stundensatz für Überstunden der Beamten, Bediensteten auf Zeit und Hilfskräfte der Laufbahngruppen C und D sowie der örtlichen Bediensteten veranschlagt, sofern diese Überstunden nicht, wie vorgesehen, durch Dienstbefreiung abgegolten werden konnten.
117	
1170	Alle Dolmetscherleistungen, die der Gemeinsame Dolmetscher-Konferenzdienst (SCIC) dem Hof in Rechnung stellt, werden unter Posten 2391 verbucht.
1171	Diese Mittel dienen zur Deckung der Kosten von Dolmetscherleistungen, insbesondere bei Dienstreisen in den Mitgliedstaaten.
1175	Mittel für Dienstleistungen, die gelegentlich von nicht an das Organ gebundenen Personen erbracht werden.
118	
1180	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere die Artikel 27 bis 31 und 33 sowie Anhang III. Veranschlagt sind die Ausgaben für die Einstellungsverfahren und insbesondere die Durchführung verschiedener Auswahlverfahren.

RECHNUNGSHOF

KAPITEL 1 1 — PERSONAL IM AKTIVEN DIENST *(Fortsetzung)*

KAPITEL 1 2 — VERSORGUNGSBEZÜGE, VERGÜTUNGEN UND VERSCHIEDENE BEITRÄGE

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
1 1 8	*(Fortsetzung)*			
1 1 8 1	Reisekosten (einschließlich derjenigen der Familienmitglieder) Nichtgetrennte Mittel	17 900	18 200	10 158,98
1 1 8 2	Einrichtungs-, Wiedereinrichtungs- und Versetzungsbeihilfen Nichtgetrennte Mittel	297 500	300 632	327 825,66
1 1 8 3	Umzugskosten Nichtgetrennte Mittel	163 700	175 300	122 754,22
1 1 8 4	Zeitweilige Tagegelder Nichtgetrennte Mittel	133 300	135 155	127 371,49
	Artikel 1 1 8 insgesamt	647 000	683 487	672 610,35
1 1 9	***Vorläufige Mittel für etwaige Anpassungen der Bezüge der Beamten und sonstigen Bediensteten***			
1 1 9 0	Berichtigungskoeffizienten Nichtgetrennte Mittel	81 400	93 553	92 503,09
1 1 9 1	Vorläufig eingesetzte Mittel Nichtgetrennte Mittel	728 000	453 587	0,—
	Artikel 1 1 9 insgesamt	809 400	547 140	92 503,09
	KAPITEL 1 1 INSGESAMT	28 295 000	25 434 144	22 692 003,09
	KAPITEL 1 2			
1 2 1	***Vergütungen bei Versetzung in den einstweiligen Ruhestand, bei Stellenenthebung und bei Entlassung***			
1 2 1 0	Vergütungen bei Stellenenthebung aus dienstlichen Gründen in Anwendung der Artikel 41 und 50 des Statuts Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	36 517,19
1 2 1 5	Vergütungen bei endgültigem Ausscheiden aus dem Dienst Nichtgetrennte Mittel	634 600	776 158	448 353,03

RECHNUNGSHOF

KAPITEL 11 — PERSONAL IM AKTIVEN DIENST *(Fortsetzung)*

KAPITEL 12 — VERSORGUNGSBEZÜGE, VERGÜTUNGEN UND VERSCHIEDENE BEITRÄGE

Artikel Posten	Erläuterungen
118	*(Fortsetzung)*
1181	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere die Artikel 20 und 71 sowie Artikel 7 des Anhangs VII. Der Mittelansatz ist zur Deckung der Reisekosten der Bediensteten (einschließlich ihrer Familienangehörigen) beim Dienstantritt bzw. beim Ausscheiden aus dem Dienst bestimmt.
1182	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere die Artikel 5 und 6 des Anhangs VII. Diese Mittel dienen zur Deckung der Einrichtungsbeihilfen für die Bediensteten, die nach ihrem Dienstantritt oder ihrem endgültigen Ausscheiden aus dem Dienst ihren Wohnsitz wechseln und sich an einem anderen Ort wieder einrichten müssen.
1183	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere die Artikel 20 und 71 sowie Artikel 9 des Anhangs VII. Diese Mittel sind für die Erstattung der Umzugskosten der Bediensteten bestimmt, die nach ihrem Dienstantritt oder ihrem endgültigen Ausscheiden aus dem Dienst ihren Wohnsitz wechseln und sich an einem anderen Ort wieder einrichten müssen.
1184	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere die Artikel 20 und 71 sowie Artikel 10 des Anhangs VII. Diese Mittel betreffen die Tagegelder für Bedienstete, die nachweisen, daß sie nach ihrem Dienstantritt ihren Wohnsitz ändern mußten.
119	
1190	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere die Artikel 64 und 65. Mit diesen Mitteln sollen die Auswirkungen der Berichtigungskoeffizienten abgedeckt werden, die auf die Bezüge der Beamten, Bediensteten auf Zeit und Hilfskräfte sowie auf die Überstunden anzuwenden sind.
1191	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 65. Diese Mittel dienen zur Deckung der Auswirkungen der vom Rat gegebenenfalls im Laufe des Haushaltsjahres beschlossenen Anpassungen der Bezüge. Es handelt sich dabei um vorläufig eingesetzte Mittel, die erst nach Übertragung auf die entsprechenden Haushaltslinien dieses Kapitels verwendet werden können.
121	
1210	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere die Artikel 41 und 50 sowie Anhang IV. Dieser Posten dient der Deckung der Vergütungen für Beamte, die im Anschluß an eine Maßnahme zur Verringerung der Zahl der Planstellen des Organs in den einstweiligen Ruhestand versetzt werden oder die ein Amt der Besoldungsgruppe A 2 bekleiden und aus dienstlichen Gründen ihrer Stelle enthoben werden.
1215	Verordnung (EGKS, EWG, Euratom) Nr. 3518/85 des Rates vom 12. Dezember 1985 zur Einführung von Sondermaßnahmen aufgrund des Beitritts Spaniens und Portugals betreffend das endgültige Ausscheiden von Beamten der Europäischen Gemeinschaften aus dem Dienst (ABl. Nr. L 335 vom 13. 12. 1985, S. 56).

RECHNUNGSHOF

KAPITEL 1 2 — VERSORGUNGSBEZÜGE, VERGÜTUNGEN UND VERSCHIEDENE BEITRÄGE *(Fortsetzung)*

KAPITEL 1 3 — DIENSTREISE- UND FAHRKOSTEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
1 2 1	*(Fortsetzung)*			
1 2 1 5	*(Fortsetzung)*			
	Artikel 1 2 1 insgesamt	634 600	776 158	484 870,22
1 2 3	***Krankenversicherung*** Nichtgetrennte Mittel	21 600	26 389	11 110,40
1 2 9	***Mittel für Anpassungen der Versorgungsbezüge und der verschiedenen Vergütungen***			
1 2 9 0	Berichtigungskoeffizienten Nichtgetrennte Mittel	6 800	8 176	7 967,75
1 2 9 1	Vorläufig eingesetzte Mittel Nichtgetrennte Mittel	19 600	17 179	0,—
	Artikel 1 2 9 insgesamt	26 400	25 355	7 967,75
	KAPITEL 1 2 INSGESAMT	682 600	827 902	503 948,37
	KAPITEL 1 3			
1 3 0	***Dienstreise- und Fahrkosten sowie Nebenkosten*** Nichtgetrennte Mittel	1 080 000	1 000 000	883 889,77
	KAPITEL 1 3 INSGESAMT	1 080 000	1 000 000	883 889,77

RECHNUNGSHOF

KAPITEL 12 — VERSORGUNGSBEZÜGE, VERGÜTUNGEN UND VERSCHIEDENE BEITRÄGE *(Fortsetzung)*

KAPITEL 13 — DIENSTREISE- UND FAHRKOSTEN

Artikel Posten	Erläuterungen
121	*(Fortsetzung)*
1215	*(Fortsetzung)* Diese Mittel dienen zur Deckung der Vergütungen, die den Beamten gezahlt werden, auf die im dienstlichen Interesse und mit Rücksicht auf die Erfordernisse, die sich aus dem Beitritt neuer Mitgliedstaaten zu den Europäischen Gemeinschaften ergeben, Maßnahmen zum endgültigen Ausscheiden aus dem Dienst Anwendung finden.
123	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 72. Veranschlagt sind die Arbeitgeberbeiträge zur Krankenversicherung für die Ruhegehaltsempfänger und die Empfänger von Vergütungen bei Versetzung in den einstweiligen Ruhestand, Amtsenthebung und Entlassung.
129	
1290	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 64 und 65. Diese Mittel dienen zur Deckung der Auswirkungen der Berichtigungskoeffizienten auf die Ruhegehälter und auf die verschiedenen Vergütungen.
1291	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 65. Diese Mittel sind dazu bestimmt, die Auswirkungen der eventuellen, vom Rat während des Haushaltsjahres zu beschließenden Anpassungen der Dienstbezüge zu decken. Sie sind vorläufig eingesetzt und können erst verwendet werden, wenn sie auf die entsprechenden Haushaltslinien dieses Kapitels übertragen worden sind.
130	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 71 und Artikel 11, 12 und 13 des Anhangs VII. Diese Mittel dienen zur Deckung der Fahrkosten und Tagegelder und der Nebenkosten oder außergewöhnlichen Auslagen, die bei der Durchführung einer Dienstreise entstehen.

RECHNUNGSHOF

KAPITEL 14 — SOZIALE UND MEDIZINISCHE INFRASTRUKTUR

KAPITEL 15 — AUSTAUSCH VON BEAMTEN UND SACHVERSTÄNDIGEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
	KAPITEL 14			
140	***Restaurants und Kantinen***			
1400	Ausgaben für den Betrieb der Restaurants und Kantinen Nichtgetrennte Mittel	5 000	5 000	9 840,11
1401	Ausgaben für den Umbau und die Erneuerung der Einrichtung der Restaurants und Kantinen Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
	Artikel 140 insgesamt	5 000	5 000	9 840,11
141	***Ärztlicher Dienst*** Nichtgetrennte Mittel	30 000	15 200	11 035,97
	KAPITEL 14 INSGESAMT	35 000	20 200	20 876,08
	KAPITEL 15			
150	***Reise- und Aufenthaltskosten für die zu den Dienststellen der Institution abgestellten nationalen Sachverständigen*** Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
152	***Austausch von Personal zwischen den Gemeinschaften und dem öffentlichen und privaten Sektor***			
1520	Vorübergehend zum Rechnungshof abgeordnete nationale und internationale Beamte sowie Bedienstete des privaten Sektors Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
1521	Vorübergehend zu nationalen und internationalen Verwaltungsstellen der Mitgliedstaaten abgeordnete Beamte des Rechnungshofes Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
	Artikel 152 insgesamt	p.m.	p.m.	0,—
	KAPITEL 15 INSGESAMT	p.m.	p.m.	0,—

RECHNUNGSHOF

KAPITEL 14 — SOZIALE UND MEDIZINISCHE INFRASTRUKTUR

KAPITEL 15 — AUSTAUSCH VON BEAMTEN UND SACHVERSTÄNDIGEN

Artikel Posten	Erläuterungen
140	
1400	Diese Mittel dienen zur Deckung des Kaufs und der Wartung der in der Kantine und in der Cafeteria installierten Anlagen. Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 1 500 ECU veranschlagt.
1401	Dieser Posten dient zur Deckung des Umbaus und des Austauschs der in der Kantine und in der Cafeteria installierten Anlagen.
141	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 59 und Artikel 8 des Anhangs II. Diese Mittel dienen zur Deckung der Honorare und anderen Kosten des Vertrauensarztes sowie der Kosten für die jährliche ärztliche Untersuchung aller Beamten einschließlich der im Rahmen dieser Kontrolluntersuchung beantragten zusätzlichen ärztlichen Analysen und Untersuchungen.
152	
1520	Veranschlagt ist ein Posten für die Ausgaben im Zusammenhang mit der Abordnung nationaler Beamter und anderer Sachverständiger zu den Dienststellen des Rechnungshofes, ihrer vorübergehenden Verwendung in diesen Dienststellen sowie die Ausgaben für Konsultationen von kurzer Dauer.
1521	Veranschlagt ist ein Posten zur Erstattung zusätzlicher Kosten, die den Beamten der Gemeinschaften bei diesem Austausch entstehen.

RECHNUNGSHOF

KAPITEL 16 — SOZIALAUSGABEN

KAPITEL 17 — AUSGABEN FÜR EMPFÄNGE UND REPRÄSENTATIONSZWECKE

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
	KAPITEL 16			
160	***Außerordentliche Beihilfen***			
	Nichtgetrennte Mittel	1 000	1 000	0,—
161	***Gesellschaftliche Beziehungen zwischen den Bediensteten***			
	Nichtgetrennte Mittel	9 200	7 400	8 400,—
162	***Sonstige Sozialaufwendungen***			
1620	Vom Ausschuß für soziale Maßnahmen verwaltete soziale Maßnahmen			
	Nichtgetrennte Mittel	16 800	11 200	11 200,—
	Artikel 162 insgesamt	16 800	11 200	11 200,—
163	***Kleinkinder-Tagesstätte***			
	Nichtgetrennte Mittel	165 000	150 000	133 605,—
164	***Hilfe für behinderte Personen***			
	Nichtgetrennte Mittel	5 500		
	KAPITEL 16 INSGESAMT	197 500	169 600	153 205,—
	KAPITEL 17			
170	***Ausgaben für Empfänge und Repräsentationszwecke***			
1700	Ausgaben der Mitglieder des Organs für Empfänge und Repräsentationszwecke			
	Nichtgetrennte Mittel	72 000	73 000	66 543,80

RECHNUNGSHOF

KAPITEL 16 — SOZIALAUSGABEN

KAPITEL 17 — AUSGABEN FÜR EMPFÄNGE UND REPRÄSENTATIONSZWECKE

Artikel Posten	Erläuterungen
160	Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 76. Aus diesen Mitteln sollen die Zuwendungen an Bedienstete bestritten werden, die sich in einer besonders schwierigen Lage befinden.
161	Der Mittelansatz ist dazu bestimmt, Initiativen zur Förderung der gesellschaftlichen Kontakte zwischen den Bediensteten verschiedener Staatsangehörigkeit zu ermutigen und finanziell zu unterstützen (so durch Zuschüsse an Klubs, Sportgruppen und kulturelle Vereinigungen des Personals).
162	
1620	*Vormals Artikel 162* Diese Mittel dienen zur Deckung der sonstigen Zuwendungen und Zuschüsse zugunsten der Bediensteten und ihrer Familien. Aus diesen Mitteln können ferner im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel nach Erlöschen eines etwaigen Anspruchs auf einzelstaatlicher Ebene im Aufenthalts- oder Herkunftsland Ausgaben erstattet werden, die nicht die medizinische Versorgung betreffen, als erforderlich anerkannt sind, aufgrund einer Behinderung entstehen und ordnungsgemäß nachgewiesen werden.
163	Diese Mittel sind zur Deckung des Anteils des Rechnungshofes (5,44 %) an den Kosten der Kleinkinder-Tagesstätte bestimmt: — Infrastrukturkosten, — Personalkosten. Die Betriebskosten gehen ausschließlich zu Lasten der Eltern.
164	*Neuer Artikel* Diese Mittel sind im Rahmen von Maßnahmen zu ihren Gunsten für folgende behinderte Personen bestimmt: — Beamte und Bedienstete auf Zeit im aktiven Dienst, — Ehegatten von Beamten und Bediensteten auf Zeit im aktiven Dienst, — alle unterhaltsberechtigten Kinder im Sinne des Statuts der Beamten der Europäischen Gemeinschaften. Damit werden im Rahmen der Möglichkeiten des Haushalts und nach Ausschöpfung der Ansprüche im Aufenthaltsland bzw. Herkunftsland die Erstattung von als notwendig anerkannten Kosten (außer Arztkosten), die sich aus der Behinderung ergeben und nachweislich belegt sind, gedeckt.
170	
1700	Die Mittel dieses Postens dienen zur Deckung der Ausgaben für Empfänge und Repräsentationsverpflichtungen des Rechnungshofes.

RECHNUNGSHOF

KAPITEL 17 — AUSGABEN FÜR EMPFÄNGE UND REPRÄSENTATIONSZWECKE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
170	*(Fortsetzung)*			
1701	Ausgaben des Personals für Empfänge und Repräsentationszwecke Nichtgetrennte Mittel	2 220	1 220	818,63
	Artikel 170 insgesamt	74 220	74 220	67 362,43
	KAPITEL 17 INSGESAMT	74 220	74 220	67 362,43
	Titel 1 insgesamt	**33 492 420**	**30 496 261**	**27 090 306,71**

RECHNUNGSHOF

KAPITEL 17 — AUSGABEN FÜR EMPFÄNGE UND REPRÄSENTATIONSZWECKE *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen

RECHNUNGSHOF

TITEL 2

GEBÄUDE, MATERIAL UND VERSCHIEDENE SACHAUSGABEN

KAPITEL 20 — GRUNDSTÜCKSINVESTITIONEN, MIETE VON GEBÄUDEN UND NEBENKOSTEN

KAPITEL 21 — AUSGABEN FÜR DIE DATENVERARBEITUNG

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
	KAPITEL 20			
200	***Mieten*** Nichtgetrennte Mittel	72 500	54 600	49 672,67
201	***Versicherungskosten*** Nichtgetrennte Mittel	14 100	20 500	11 194,93
202	***Wasser, Gas, Strom und Heizung*** Nichtgetrennte Mittel	176 000	155 000	149 808,91
203	***Reinigung und Unterhaltung*** Nichtgetrennte Mittel	230 600	185 000	199 902,14
204	***Herrichtung der Diensträume*** Nichtgetrennte Mittel	5 200	7 000	12 899,78
205	***Sicherheit und Überwachung der Gebäude*** Nichtgetrennte Mittel	139 800	135 000	116 434,43
206	***Erwerb von Immobilien*** Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	24 000 000,—
208	***Sonstige, vor dem Erwerb von Immobilien oder dem Bau von Gebäuden anfallende Ausgaben*** Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
209	***Sonstige Ausgaben für Gebäude*** Nichtgetrennte Mittel	21 800	20 000	19 966,20
	KAPITEL 20 INSGESAMT	660 000	577 100	24 559 879,06
	KAPITEL 21			
211	***Datenübertragungsnetze*** Nichtgetrennte Mittel	640 000	585 000	571 383,42

RECHNUNGSHOF

TITEL 2

GEBÄUDE, MATERIAL UND VERSCHIEDENE SACHAUSGABEN

KAPITEL 20 — GRUNDSTÜCKSINVESTITIONEN, MIETE VON GEBÄUDEN UND NEBENKOSTEN

KAPITEL 21 — AUSGABEN FÜR DIE DATENVERARBEITUNG

Artikel Posten	Erläuterungen
200	Diese Mittel sind zur Deckung der Kosten für die Miete in Brüssel (83-85, rue de la Loi) bestimmt.
201	Diese Mittel decken die in den Versicherungspolicen vorgesehenen Prämien für die vom Rechnungshof belegten Gebäude einschließlich der beweglichen Sachen und der Kunstgegenstände.
202	Diese Mittel decken die Kosten für Wasser-, Gas- und Stromverbrauch sowie Heizung.
203	Veranschlagt sind die Mittel für die Unterhaltung der Räume, der Aufzüge, der Zentralheizung, der Klimaanlagen, der elektrischen Anlagen sowie für Änderungs- und Instandsetzungsarbeiten. Veranschlagt sind ferner die Mittel für Putz- und Pflegemittel, Wäscherei und chemische Reinigung sowie das für die Instandhaltung erforderliche Material.
204	Veranschlagt sind Mittel für Herrichtungsarbeiten wie die Errichtung von Zwischenwänden in den Gebäuden, Anbringung von Vorhängen, Verlegung von Telefon- oder EDV-Leitungen usw.
205	Veranschlagt sind verschiedene Ausgaben für die Sicherheit der Gebäude, insbesondere für den Gebäudeüberwachungsvertrag, die Anschaffung und Unterhaltung der Brandbekämpfungsgeräte, die Ausrüstung der freiwilligen Mannschaften des Feuerlöschdienstes usw.
208	Dieser Artikel ist veranschlagt für eine Studie über den Ausbau des Rechnungshofsgebäudes in Luxemburg-Kirchberg.
209	Diese Mittel sind für die übrigen, in den sonstigen Artikeln dieses Kapitels nicht gesondert ausgewiesenen laufenden Ausgaben für Gebäude bestimmt, insbesondere für Kanalgebühren, Müllabfuhr, Straßenreinigungsgebühren, Beschilderungsmaterial usw.
211	Unter diesem Artikel sind folgende Betriebskosten veranschlagt: — Kauf-, Miet- und Wartungskosten für die Terminals, die an das Rechenzentrum der Kommission in Luxemburg angeschlossen sind, sowie für Kleinrechner, — Kauf-, Miet- und Wartungskosten für EDV-Anlagen, Software sowie sonstiges Material und Dokumentation,

RECHNUNGSHOF

KAPITEL 21 — AUSGABEN FÜR DIE DATENVERARBEITUNG *(Fortsetzung)*

KAPITEL 22 — BEWEGLICHE SACHEN UND NEBENKOSTEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
211	*(Fortsetzung)*			
214	***Systemanalyse- und Programmierungsarbeiten, Systementwicklungen und besondere Vorhaben, die an Dritte vergeben werden***			
	Nichtgetrennte Mittel	40 000	50 000	13 323,24
	KAPITEL 21 INSGESAMT	680 000	635 000	584 706,66
	KAPITEL 22			
220	***Technische Anlagen und Hardware für die Büroautomation***			
2200	Erstausstattung — Material und technische Anlagen			
	Nichtgetrennte Mittel	23 600	11 900	22 932,70
2201	Ersatzbeschaffung von Material und technischen Anlagen			
	Nichtgetrennte Mittel	2 000	2 000	0,—
2202	Miete von Material und technischen Anlagen			
	Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
2203	Unterhaltung, Betrieb und Instandsetzung von Material und technischen Anlagen			
	Nichtgetrennte Mittel	22 200	22 500	3 288,72
2204	Hardware für die Büroautomation			
	Nichtgetrennte Mittel	162 200	163 600	187 300,—
	Artikel 220 insgesamt	210 000	200 000	213 521,42
221	***Mobiliar***			
2210	Erstausstattung — Mobiliar			
	Nichtgetrennte Mittel	23 700	48 000	20 400,—
2211	Ersatzbeschaffung von Mobiliar			
	Nichtgetrennte Mittel	59 300	60 000	0,—
2212	Miete von Mobiliar			
	Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
2213	Unterhaltung, Betrieb und Instandsetzung von Mobiliar			
	Nichtgetrennte Mittel	2 000	2 000	1 996,69
	Artikel 221 insgesamt	85 000	110 000	22 396,69

RECHNUNGSHOF

KAPITEL 21 — AUSGABEN FÜR DIE DATENVERARBEITUNG *(Fortsetzung)*

KAPITEL 22 — BEWEGLICHE SACHEN UND NEBENKOSTEN

Artikel Posten	Erläuterungen
211	*(Fortsetzung)* — EDV-Verbindungsleitungen.
214	Veranschlagt sind die Ausgaben für Personal außerhalb des Hauses und für außerhalb des Hauses durchgeführte Arbeiten.
220	
2200	Diese Mittel sind für die Beschaffung von Material und technischen Anlagen, insbesondere für die Fernsprechanlage, für Archivierungszwecke und für die Dolmetschanlage, bestimmt.
2201	Veranschlagt sind die Mittel für Ersatzbeschaffungen, insbesondere für — audiovisuelles Material sowie Archivierungs-, Bibliotheks- und Dolmetschmaterial wie Kabinen, Kopfhörer und Hörgeräte für Simultandolmetschanlagen, — verschiedenes Arbeitsgerät für die Werkstätten, die für die Gebäudeinstandhaltung zuständig sind. Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 1 000 ECU veranschlagt.
2202	Dieser Posten ist zur Deckung der Mietkosten für Material und technische Anlagen bestimmt.
2203	Veranschlagt sind die Mittel für die Instandhaltungs- und Instandsetzungskosten des unter den Posten 2200 bis 2202 ausgewiesenen Materials.
2204	Veranschlagt sind die Mittel für Kauf, Miete und Wartung aller für die Büroautomation benötigten Geräte wie Schreibmaschinen und Textverarbeitungsmaschinen, elektronische Fotokopiergeräte, Kleincomputer, Reader-Printer, Fernkopierer, Telekommunikationseinrichtungen, große Vervielfältigungseinheiten usw. Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 1 000 ECU veranschlagt.
221	
2210	Diese Mittel sind für den Kauf von zusätzlichem Mobiliar bestimmt.
2211	Diese Mittel sind für die Erneuerung von beschädigtem oder mindestens fünfzehn Jahre altem Mobiliar bestimmt. Die wiederzuverwendenden Einnahmen werden auf 1 000 ECU veranschlagt.

RECHNUNGSHOF

KAPITEL 22 — BEWEGLICHE SACHEN UND NEBENKOSTEN *(Fortsetzung)*

KAPITEL 23 — LAUFENDE SACHAUSGABEN FÜR DEN DIENSTBETRIEB

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
223	***Fahrzeuge***			
2230	Erstausstattung — Fahrzeuge Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
2231	Ersatzbeschaffung von Fahrzeugen Nichtgetrennte Mittel	52 000	52 000	48 110,24
2232	Miete von Fahrzeugen Nichtgetrennte Mittel	1 000	1 000	0,—
2233	Unterhaltung, Betrieb und Instandsetzung von Fahrzeugen Nichtgetrennte Mittel	72 000	72 000	71 447,29
	Artikel 223 insgesamt	125 000	125 000	119 557,53
225	***Ausgaben für Dokumentation und Bibliothek***			
2250	Bibliothek, Beschaffung von Büchern Nichtgetrennte Mittel	8 300	8 300	13 300,—
2251	Spezifisches Bibliotheks-, Dokumentations- und Vervielfältigungsmaterial Nichtgetrennte Mittel	1 400	12 000	0,—
2252	Abonnements auf Zeitungen und Zeitschriften Nichtgetrennte Mittel	28 900	27 700	24 600,—
2253	Abonnements bei Presseagenturen Nichtgetrennte Mittel	14 400	12 000	11 100,—
2254	Kosten für Buchbinderarbeiten und zur Erhaltung der Werke der Bibliothek Nichtgetrennte Mittel	2 000	2 000	0,—
	Artikel 225 insgesamt	55 000	62 000	49 000,—
	KAPITEL 22 INSGESAMT	475 000	497 000	404 475,64
	KAPITEL 23			
230	***Papier- und Bürobedarf*** Nichtgetrennte Mittel	81 000	70 000	70 142,32
232	***Finanzkosten***			
2320	Bankspesen Nichtgetrennte Mittel	500	500	0,—
2321	Kursdifferenzen Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—

RECHNUNGSHOF

KAPITEL 22 — BEWEGLICHE SACHEN UND NEBENKOSTEN *(Fortsetzung)*

KAPITEL 23 — LAUFENDE SACHAUSGABEN FÜR DEN DIENSTBETRIEB

Artikel Posten	Erläuterungen
223	
2231	Veranschlagt sind Mittel für den Ersatz von Fahrzeugen mit dem höchsten, über 120 000 km liegenden Kilometerstand. Veranschlagt ist ein wiederverwendbarer Einnahmebetrag von 18 000 ECU.
2233	Veranschlagt sind die Kosten für Instandhaltung, Instandsetzung, Park- und Autobahngebühren sowie Versicherung für die Dienstfahrzeuge.
225	
2250	Veranschlagt sind Mittel für die Anschaffung von Büchern und nicht periodisch erscheinenden Veröffentlichungen für dienstliche Zwecke und insbesondere für den Sprachendienst.
2252	Diese Mittel sind zur Deckung von Abonnementskosten für Zeitungen und Zeitschriften einschließlich Fachzeitschriften des Finanzbereichs bestimmt, um eine regelmäßige, für die Kontrollaufgaben unerläßliche Versorgung mit Presseinformationen zu gewährleisten.
2253	Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Kosten für Abonnements bei Presseagenturen.
230	Diese Mittel dienen zur Deckung aller Ausgaben für Papier und Büromaterial.

RECHNUNGSHOF

KAPITEL 23 — LAUFENDE SACHAUSGABEN FÜR DEN DIENSTBETRIEB *(Fortsetzung)*

KAPITEL 24 — POST- UND FERNMELDEGEBÜHREN

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
232	*(Fortsetzung)*			
2329	Sonstige Finanzkosten Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
	Artikel 232 insgesamt	500	500	0,—
233	***Streitsachen*** Nichtgetrennte Mittel	13 000	20 000	0,—
234	***Schadenersatz*** Nichtgetrennte Mittel	p.m.	p.m.	0,—
235	***Andere Sachausgaben***			
2350	Verschiedene Versicherungskosten Nichtgetrennte Mittel	900	900	2 881,48
2351	Dienst- und Arbeitskleidung Nichtgetrennte Mittel	18 000	16 500	13 844,56
2352	Verschiedene Ausgaben für interne Sitzungen Nichtgetrennte Mittel	34 900	22 900	27 104,06
2353	Umzug von Dienststellen Nichtgetrennte Mittel	3 700	5 000	3 494,52
2354	Kleinausgaben Nichtgetrennte Mittel	1 000	1 000	0,—
2359	Andere Sachausgaben Nichtgetrennte Mittel	4 000	4 000	2 786,27
	Artikel 235 insgesamt	62 500	50 300	50 110,89
239	***Dienstleistungen zwischen den Organen — Gemeinsamer Dolmetscherkonferenzdienst*** Nichtgetrennte Mittel	223 000	201 500	213 800,—
	KAPITEL 23 INSGESAMT	380 000	342 300	334 053,21
	KAPITEL 24			
240	***Postgebühren und Zustellungskosten*** Nichtgetrennte Mittel	13 300	13 700	10 100,—

RECHNUNGSHOF

KAPITEL 23 — LAUFENDE SACHAUSGABEN FÜR DEN DIENSTBETRIEB *(Fortsetzung)*

KAPITEL 24 — POST- UND FERNMELDEGEBÜHREN

Artikel Posten	Erläuterungen
233	Dieser Mittelansatz deckt die Gesamtheit der Kosten und Gebühren, die der Rechnungshof tragen muß.
235	
2350	Die Mittel dienen zur Deckung der Ausgaben für die obligatorische Versicherung des Rechnungsführers, des unterstellten Rechnungsführers, der Zahlstellenverwalter sowie für die Versicherung des Reisegepäcks der Bediensteten auf Dienstreise.
2351	Veranschlagt sind Mittel für Anschaffung, Pflege und Reinigung der Dienstkleidung für Amtsgehilfen und Fahrer sowie der sonstigen Arbeitskleidung.
2352	Veranschlagt sind Mittel für Erfrischungen und Imbisse bei internen Sitzungen.
2353	Veranschlagt sind die Kosten für Umzüge und Transporte von Material, Mobiliar und Bürobedarf.
2359	Veranschlagt sind Mittel für sonstige, unter den vorhergehenden Haushaltslinien nicht ausdrücklich vorgesehene Sachausgaben sowie für Pflege- und Reparaturmaterial.
239	Diese Mittel sind zur Zahlung der von den Dolmetscherdiensten des Parlaments und der Kommission erbrachten Leistungen bestimmt.

RECHNUNGSHOF

KAPITEL 24 — POST- UND FERNMELDEGEBÜHREN *(Fortsetzung)*

KAPITEL 25 — AUSGABEN FÜR SITZUNGEN UND EINBERUFUNGEN

KAPITEL 26 — KOSTEN FÜR UNTERSUCHUNGEN, ERHEBUNGEN UND KONSULTATIONEN

KAPITEL 27 — AUSGABEN FÜR VERÖFFENTLICHUNGEN UND FÜR DIE UNTERRICHTUNG DER ÖFFENTLICHKEIT

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
241	***Ferngespräche, Telegramme, Fernschreiben, Fernsehen*** Nichtgetrennte Mittel	201 700	190 000	191 292,—
	KAPITEL 24 INSGESAMT	215 000	203 700	201 392,—
	KAPITEL 25			
250	***Sitzungen und Einberufungen im allgemeinen*** Nichtgetrennte Mittel	18 000	15 000	12 969,90
255	***Verschiedene Kosten für die Veranstaltung von Konferenzen, Kongressen und Sitzungen und für die Teilnahme an diesen*** Nichtgetrennte Mittel	8 500	4 500	4 486,92
	KAPITEL 25 INSGESAMT	26 500	19 500	17 456,82
	KAPITEL 26			
260	***Konsultationen, Untersuchungen und Erhebungen über Einzelprobleme*** Nichtgetrennte Mittel	55 000	80 000	34 333,37
	KAPITEL 26 INSGESAMT	55 000	80 000	34 333,37
	KAPITEL 27			
270	***Amtsblatt*** Nichtgetrennte Mittel	682 000	674 000	682 580,—

KAPITEL 24 — POST- UND FERNMELDEGEBÜHREN *(Fortsetzung)*

KAPITEL 25 — AUSGABEN FÜR SITZUNGEN UND EINBERUFUNGEN

KAPITEL 26 — KOSTEN FÜR UNTERSUCHUNGEN, ERHEBUNGEN UND KONSULTATIONEN

KAPITEL 27 — AUSGABEN FÜR VERÖFFENTLICHUNGEN UND FÜR DIE UNTERRICHTUNG DER ÖFFENTLICHKEIT

Artikel Posten	Erläuterungen
241	Die Mittel sind zur Deckung der Grundgebühren (Telefon, Telegraf, Fernschreiber), der Kosten für die Verlegung von Telefonleitungen, der Benutzungsgebühren (Telefon, Telegraf, Fernschreiber), der Wartungsgebühren, der Reparatur- und Instandsetzungskosten der Anlagen und Geräte, des Kaufs von Fernsprechbüchern usw. bestimmt. Sie decken ferner die Grundgebühren für die Leitungen zwischen den einzelnen Gebäuden.
250	Diese Mittel dienen zur Deckung der Ausgaben für die Sitzungen des Rechnungshofes mit den Vertretern der einzelstaatlichen Rechnungsprüfungsorgane oder anderer nationaler Dienststellen.
255	Diese Mittel dienen zur Deckung der verschiedenen Kosten für die Organisation von und die Teilnahme an Konferenzen, Kongressen und Sitzungen.
260	Im Rahmen seiner Prüfungen muß der Hof auf Fachuntersuchungen und -analysen zurückgreifen (im Bereich der Chemie, Physik, Statistik), die an externe Experten vergeben werden. Der spezifische Charakter der oft nicht vorausplanbaren Untersuchungen, die an externe Experten vergeben werden, begründet die notwendige Verfügbarkeit dieser Mittel, ohne die der Rechnungshof bei der Durchführung seiner Aufgaben und der Wahrung seiner Unabhängigkeit benachteiligt wäre. In diesem Betrag sind auch 30 000 ECU zur Deckung der Ausgaben im Zusammenhang mit der Rechnungsprüfung des Rechnungshofes durch eine unabhängige Wirtschaftsprüfungsgesellschaft enthalten.
270	Die Mittel sollen die Kosten für den Druck der Veröffentlichungen des Rechnungshofes im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften*, insbesondere des Jahresberichts, der Stellungnahmen gemäß Artikel 209 des Vertrages zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, der Sonderberichte und der allgemeinen Auswahlverfahren sowie den Anteil des Rechnungshofes an den gemeinsamen Kosten wie z.B. für die Monats- und Jahresregister decken.

RECHNUNGSHOF

KAPITEL 2 7 — AUSGABEN FÜR VERÖFFENTLICHUNGEN UND FÜR DIE UNTERRICHTUNG DER ÖFFENTLICHKEIT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
2 7 0	*(Fortsetzung)*	.		
2 7 1	***Veröffentlichungen***			
2 7 1 0	Allgemeine Veröffentlichungen Nichtgetrennte Mittel	7 500	12 000	6 775,99
2 7 1 9	Ausgaben für die Verbreitung von Informationen und für die Förderung von Veröffentlichungen Nichtgetrennte Mittel	4 500	p.m.	590,28
	Artikel 2 7 1 insgesamt	12 000	12 000	7 366,27
2 7 2	***Ausgaben für die Unterrichtung der Öffentlichkeit und für die Teilnahme an öffentlichen Veranstaltungen*** Nichtgetrennte Mittel	2 000	1 200	2 000,—
2 7 3	***Bildung der Jugendlichen im europäischen Geist*** Nichtgetrennte Mittel	p.m.		
	KAPITEL 2 7 INSGESAMT	696 000	687 200	691 946,27
	Titel 2 insgesamt	**3 187 500**	**3 041 800**	**26 828 243,03**

RECHNUNGSHOF

KAPITEL 27 — AUSGABEN FÜR VERÖFFENTLICHUNGEN UND FÜR DIE UNTERRICHTUNG DER ÖFFENTLICHKEIT *(Fortsetzung)*

Artikel Posten	Erläuterungen
270	*(Fortsetzung)* Der mit 50 000 ECU veranschlagte Erlös aus dem Verkauf des Amtsblatts ist im Einnahmeteil des Haushaltsplans ausgewiesen.
271	
2710	Diese Mittel decken die Ausgaben im Zusammenhang mit Druck und Vertrieb von Veröffentlichungen über den Rechnungshof.
2719	Diese Mittel sind zur Deckung der Kosten für den Druck und die Verteilung von Broschüren und für die Verteilung von Dokumenten über die Prüfungsarbeiten des Rechnungshofes an die nationalen Kontrollbehörden bestimmt.
272	Diese Mittel sind zur Deckung der Kosten für die Veranstaltung von Studientagen über die Tätigkeit des Rechnungshofes für Hochschullehrer und Redakteure von Fachzeitschriften oder sonstige Interessenten aus den Mitgliedstaaten der Gemeinschaften bestimmt.
273	*Neuer Artikel* Dieser Artikel ist für die Durchführung von Praktika in den Dienststellen des Rechnungshofes bestimmt.

RECHNUNGSHOF

TITEL 10

SONSTIGE AUSGABEN

KAPITEL 10 0 — VORLÄUFIG EINGESETZTE MITTEL

KAPITEL 10 1 — RÜCKSTELLUNGEN FÜR UNVORHERGESEHENE AUSGABEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
	KAPITEL 10 0	—	—	0,—
	KAPITEL 10 0 INSGESAMT	—	—	0,—
	KAPITEL 10 1	—	—	0,—
	KAPITEL 10 1 INSGESAMT	—	—	0,—
	Titel 10 insgesamt	—	—	**0,—**
	GESAMTBETRAG	**36 679 920**	**33 538 061**	**53 918 549,74**

RECHNUNGSHOF

TITEL 10

SONSTIGE AUSGABEN

KAPITEL 10 0 — VORLÄUFIG EINGESETZTE MITTEL

KAPITEL 10 1 — RÜCKSTELLUNGEN FÜR UNVORHERGESEHENE AUSGABEN

Artikel Posten	Erläuterungen

EINZELPLAN VI

INTERINSTITUTIONELLES AMT

INTERINSTITUTIONELLES AMT

AUSGABEN

TITEL 1

PERSONALAUSGABEN

KAPITEL 1 0 — KOSTEN DER PERSONALEINSTELLUNG

KAPITEL 1 1 — VERSORGUNGSBEZÜGE UND VERGÜTUNGEN BEIM AUSSCHEIDEN AUS DEM DIENST

KAPITEL 1 2 — KRANKENKASSE — UNFALLVERSICHERUNG

KAPITEL 1 3 — SPRACHKURSE, BERUFLICHE UMSCHULUNG UND FORBILDUNG, INFORMATION DES PERSONALS

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
	KAPITEL 1 0	—		
	KAPITEL 1 0 INSGESAMT	—		
	KAPITEL 1 1	—		
	KAPITEL 1 1 INSGESAMT	—		
	KAPITEL 1 2	—		
	KAPITEL 1 2 INSGESAMT	—		
	KAPITEL 1 3	—		
	KAPITEL 1 3 INSGESAMT	—		

INTERINSTITUTIONELLES AMT

TITEL 1

PERSONALAUSGABEN

KAPITEL 1 0 — KOSTEN DER PERSONALEINSTELLUNG

KAPITEL 1 1 — VERSORGUNGSBEZÜGE UND VERGÜTUNGEN BEIM AUSSCHEIDEN AUS DEM DIENST

KAPITEL 1 2 — KRANKENKASSE — UNFALLVERSICHERUNG

KAPITEL 1 3 — SPRACHKURSE, BERUFLICHE UMSCHULUNG UND FORBILDUNG, INFORMATION DES PERSONALS

Artikel Posten	Erläuterungen
	Dieser neue Einzelplan ist den Einnahmen und Ausgaben des Interinstitutionellen Amtes gewidmet. Die erforderlichen Mittel werden im Wege eines Berichtigungshaushaltsplans und/oder Zusatzhaushaltsplans während des Haushaltsjahres 1992 eingesetzt. Die für die Arbeitsweise dieses Amtes notwendige personelle Ausstattung wird im Wege von Transfers aus den derzeitigen Stellenplänen vorgenommen.

INTERINSTITUTIONELLES AMT

KAPITEL 1 4 — AUSGABEN SOZIALER ART

Artikel Posten	Bezeichnung	Mittel 1992	Mittel 1991	Ausgaben 1990
	KAPITEL 1 4	—		
	KAPITEL 1 4 INSGESAMT	—		
	Titel 1 insgesamt	—		
	GESAMTBETRAG	—		

INTERINSTITUTIONELLES AMT

KAPITEL 14 — AUSGABEN SOZIALER ART

Artikel Posten	Erläuterungen